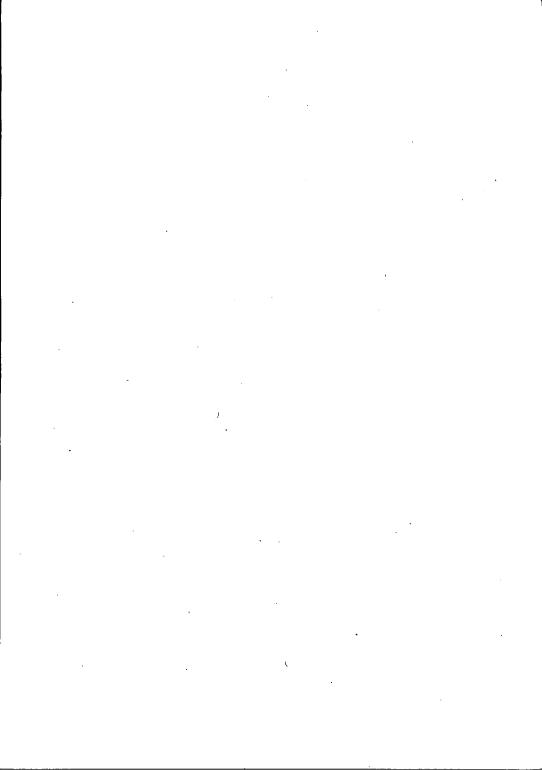
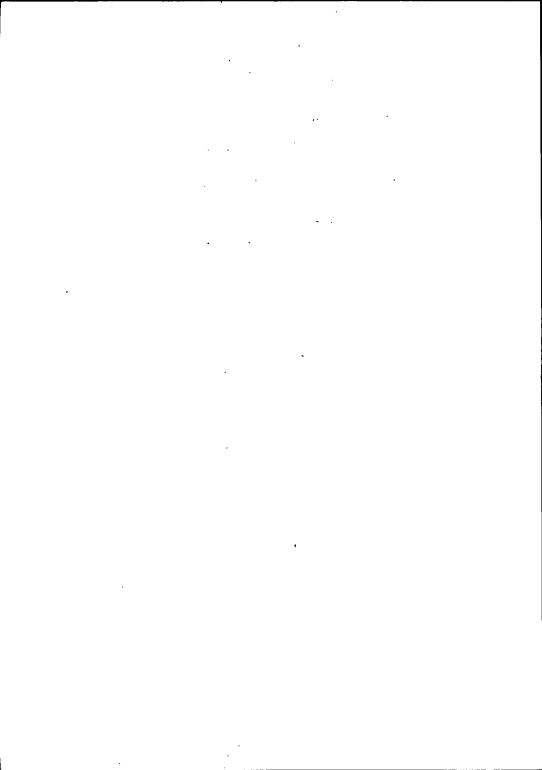


Bundesparteitag 1965

Düsseldorf, 28. - 31. März 1965 - Niederschrift







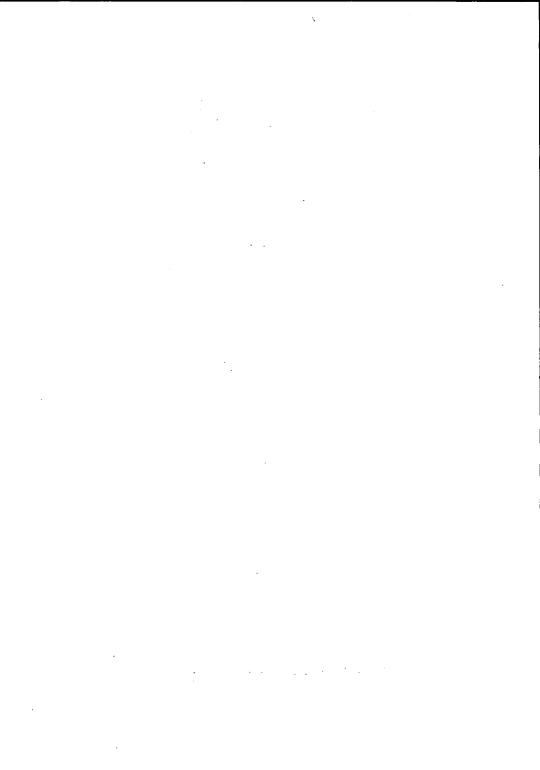
CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS

13. CDU-Bundesparteitag

Düsseldorf, 28.-31. März 1965

Niederschrift

Presse- und Informationsdienste der Christlich Demokratischen Union Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn



Sonntag, 28. März 1965

GEDENKSTUNDE

im Plenarsaal des Landtages von Nordrhein-Westfalen

Die Gedenkstunde wird mit der Romanze aus dem Streichquartett c-Moll, op. 51,1 von Johannes Brahms, gespielt vom Schäffer-Quartett, eingeleitet

Franz Etzel:

Wir haben soeben an den Gräbern von Josef Gockeln und Karl Arnold Kränze niedergelegt. Damit haben wir nicht nur dieser beiden Freunde gedacht. Wir bekundeten an diesen beiden Gräbern — und auch in dieser Gedenkstunde, in die wir Männer wie Jakob Kalser, Johannes Albers und Josef Even einbeziehen — die christlich-soziale Verpflichtung der CDU als Volkspartei gegenüber allen Schichten, insbesondere den Arbeitern an Rhein und Ruhr.

Der Düsseldorfer Raum hat noch andere Männer hervorgebracht, und im letzten Jahr sind davon wieder einige von uns geschieden; ihrer wird an anderer Stelle des Parteitages gedacht.

Meine Worte gelten insbesondere Karl Arnold, dem Freund, dem Menschen, dem aus christlich-sozialer Verpflichtung handelnden Politiker. Ich begegnete Karl Arnold im Widerstand bei unserem gemeinsamen Freund Walter Hensel, wahrscheinlich im Jahre 1936. Der aus dem Zentrum kommende ehemalige christliche Gewerkschaftssekretär suchte in der Zeit, da die Lichter der Freiheit erloschen waren, Menschen, auch "Menschen der anderen Seite", welche früher das Zentrum bekämpft hatten, die für Freiheit, Menschenwürde, Gerechtigkeit in Gott, Menschsein, Dienst am Volk aus sozialer Verpflichtung, Selbstverantwortung und Gewissenhaftigkeit eintraten. So begegnete der sozial verpflichtete ehemalige katholische Gewerkschaftssekretär dem konservativen evangelischen Rechtsanwalt. Wir trafen uns oft in Düsseldorf, in Duisburg, in Berlin. Ich lernte durch ihn und Walter Hensel, Letter-Haus, Jakob Kalser, Wirmer und viele andere gleichgesonnene Männer kennen.

Karl Arnold repräsentierte einen kompromißlosen Widerstand, den der Nationalsozialismus vergeblich zu ersticken versucht hat. Unbeugsam widerstand er allen Versuchungen der Zeit. Seinen Glauben, seinen Mut und seine Opferbereitschaft setzte er ein im Dienst für die Zukunft seines Volkes, im Dienst der Freiheit und im Dienst für die ewigen Gesetze unseres Herrgotts. Ihn trug die Zukunftsahnung, daß die Zeit nach dem sicher erwarteten Zusammenbruch des Dritten Reiches ihn gebrauchen würde. Karl Arnold glaubte an die Zukunft seines Volkes.

Die Not, die ein verantwortungsloses System verursachte, war seine Not. So geriet er in äußere Konflikte, erlitt Verhöre, sah Gefängnisse und erlitt große Drangsale. Die Familie erlitt Not und Angst, aber die Treue der Seinen gab ihm wieder Kraft.

Als Walter Hensel ins Gefängnis geworfen und einem lebensgefährlichen Prozeß unterzogen wurde, erschlen er in meiner Duisburger Wohnung und bat um anwaltliche Hilfe für den gemeinsamen Freund und stellte sich als Zeuge und Helfer zur Verfügung. Damals wußte ich: Karl Arnold ist ein zuverlässiger Freund, er ist ein Mensch, ein Im Gewissen verpflichteter Politiker.

Der Krieg führte mich zu den Soldaten und uns auseinander. Als ich nach kurzer Gefangenschaft im September 1945 in den Evakuierungsort meiner Familie im Odenwald zurückkehrte, gab es aus der Heimat an Rhein und Ruhr eine einzige Nachricht: einen Brief von Karl Arnold und Walter Hensel an meine Frau, wo ich sei, man brauche mich.

Anfang November 1945 war ich wieder in Duisburg. Wenige Tage später kam ich nach Düsseldorf und wurde in der Küche der damaligen Wohnung von Karl Arnold für die Gründung der CDU aktiv gemacht. Das in der Nazizeit geknüpfte Band menschlicher Begegnung wurde die Grundlage für ein neues gemeinsames Beginnen.

Karl Arnold marschierte voran mit der Kraft seines Glaubens, seines Idealismus. Mit seinem Gewissen und seinem Gespür für eine neue Zeit, mit seinem Sinn für soziale Gerechtigkeit prägte er weitgehend das Bild unserer neuen Partei. Verpflichtet vor seinem Gewissen und seinem Volk trat er in die politische Verantwortung.

Am 24. November 1945 gründete Karl Arnold mit Frauen und Männern aus beiden christlichen Konfessionen und aus allen Ständen in Düsseldorf im erhalten gebliebenen Zuschauerraum der Oper die CDU. In der Gründungsrede umriß er die Grundsätze seines Wollens: Gottesfurcht und Gottesgehorsam, politische konfessionelle Aussöhnung, eine aus dem Volk kommende demokratische Gesinnung, die aus der sittlichen und geistigen Substanz aller Volksschichten die Kraft gewinnt.

Er suchte die Lösung der Arbeiterfrage nicht im überlieferten, sondern in einem größeren umfassenderen Sinn. Er wies auf die Arbeiterschaft und die Arbeiterpsyche als eine nicht zu übersehende evolutionierende Macht hin und nannte die überbrachte Gesellschaftsordnung "bleich, blutleer und todkrank".

Er forderte eine Ideenkraft, die aus der Gerechtigkeit kommt. Nur die Gerechtigkeit aus Gott, die in materieller und geistiger Hinsicht gleich stark wirkt, könne die enttäuschungsfreie und sichere Grundlage für den gesellschaftlichen Neubau geben. So sprach in dieser Gründungsversammlung Karl Arnold, der damals eine politische Führungsrolle in Düsseldorf, im Rheinland, in Westfalen und auch in Deutschland übernahm.

Das Erbe war schwer. Er wurde schnell einer der Hauptakteure und legte mitentscheidend die Fundamente für Gegenwart und Zukunft.

Ich habe hier nicht die Zeit, den "all-round"-Politiker Karl Arnold, den Oberbürgermeister, den Landesvater in seiner ganzen Vielfältigkeit, den Vorsitzenden des Bundesrates, den Staatsmann in allen seinen Funktionen einschließlich der Kulturpolitik, den Europäer zu schildern. Ich möchte vielmehr als ein Politiker, der in der CDU sich dem wirtschaftlichen und finanzpolitischen Aufbau der Bundesrepublik verschrieben hat, bei diesem Aufbau die ganz besonders auf dem Werke von Karl Arnold beruhende christlich-soziale Verpflichtung unserer Partei als einer Volkspartei würdigen.

Karl Arnold hatte eine sehr klare Vorstellung von dem Weg, der das Zusammenleben aller Glieder unseres Volkes neu formen sollte. Seine Gedanken hatten ihre Wurzel in einer neuen vertieften Auffassung von der Würde des Menschen und einer christlichen Gemeinschaft, die aus dem Du und Ich das Wir formt.

Die Pflicht gegenüber dem Nächsten ist nach seiner Auffassung die Pflicht zur Arbeit für die Gemeinschaft. Er war ein Feind der Zerrissenheit unseres Volkes und ein Streiter für diese Gemeinschaft. Nur aus der lebendigen Verbindung aller Glieder könne praktisch und geistig ein Volk wachsen. Er war davon überzeugt, daß der marxistische Sozialismus mit seinem kollektivistischen Grundelement nicht geeignet sei, Gerechtigkeit und eine soziale Gemeinschaft zu schaffen.

In einer Rede rief er aus:

Wir haben es erlebt, daß die angeblich klassenlose Gesellschaft in Wirklichkeit entscheldende soziale Unterschiede zwischen einer Schicht von Privilegierten und einer breiten Masse von Arbeitssklaven hat entstehen lassen, wie sie selbst das Manchestertum nicht gekannt hat.

Auf der anderen Seite meinte er aber auch:

Ein Leben in der alten gesellschaftlichen Abkapselung würde nicht dem Volke, sondern dem Stolz, der Dummheit und der Geistlosigkeit dienen.

Er stellt die ernste Frage: Wie muß das neue Bild aussehen, in dem wir leben wollen? Er gab auch die Antwort: In den Mittelpunkt seiner Vorstellung rückte er die freie, in Gott verpflichtete Einzelpersönlichkeit. Sie müsse zu allen Berufsschichten eine lebendige Verbindung und eine

gegenseitige Wechselbeziehung schaffen. Wir brauchen nach seiner Meinung die große Verständigung zwischen allen Berufsschichten, damit wir die Grundlage finden, um ein geistig und wirtschaftlich leistungsfähiges Staatsvolk in Freiheit und christlicher Verantwortung zu werden.

Er meinte die Freiheit, die die unangreifbarsten Fundamente habe, eine Freiheit, die die stabilste und großzügigste, die sozialste und gerechteste Grundlage gebe, eine Freiheit, die Verantwortung zu tragen bereit sei. Freiheit und soziale Gerechtigkeit seien nicht zu trennen; erst die soziale Gerechtigkeit mache die Freiheit blutvoll.

Extremer Kapitalismus und radikale Sozialisierung stellten nach ihm keine Alternative dar. Er meinte, es gebe eine andere moderne, auf gegenseitige Achtung beruhende Ordnung, für die einmal in der Öffentlichkeit das Wort "Sozialpartner" symbolisch sein werde. Dieser Begriff sei der Inhalt eines neuen sozialen Klimas; ein Wort, das weiß Gott prophetisch gesagt war.

Partnerschaft heißt ein Teil des Gemeinsamen, des Ganzen zu sein. Er dachte dabel an eine Gemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die auf der Grundlage der Gleichberechtigung der beiden Sozialpartner beruht.

Die Partnerschaft war nach seiner Auffassung berufen, endgültig in unserem Volksleben eine geistige Epoche abzulösen, die wir zum Schaden unseres Volkes als eine Zeit des Klassenhasses und des Klassenkampfes gar oft mit tiefer Bitterkeit erlebt hatten. Echte und gute Partnerschaft schaffe einen Arbeitsfrieden, der die Grundlage unserer volklichen Existenz darstelle.

Karl Arnold wollte mit diesen Gedanken keine Gleichschaltung und keine Verwischung der Verschiedenartigkeit in der Funktion der Partner.

In seiner Düsseldorfer Rede vom 31. Mai 1951 sagte er:

Eine solche Verwischung wäre verderblich. Sie würde den lebendigen Unternehmergeist hemmen, und auf der anderen Seite könnte die Entwicklung leicht dazu führen, daß die Vertreter der Arbeitnehmer, wenn sie sich selbst Unternehmereigenschaft aneignen wollen, das Vertrauen der Arbeiterschaft einbüßen. Die Sozialpartner haben unterschiedliche Aufgaben, und es wäre auch falsch, ein schematisches Partnerschaftsverhältnis zu entwerfen, worin der Vielgestaltigkeit der Wirtschaft und dem dynamischen Können des einzelnen kein Raum mehr gegeben wäre. In der Bezeichnung Partner liegt meiner Ansicht nach eine Anerkennung der Unterschiedlichkeit.

Dann fuhr er in der gleichen Rede fort:

Mit Recht verlangt die Partnerschaft Gleichberechtigung. Gleichberechtigung kann bei der Verschiedenartigkeit der Funktionen nicht Gleichheit in allen Einzelheiten bedeuten. Wohl aber muß Gleichheit in der Summe der Rechte und Pflichten und in der Anerkennung der Würde und Eigenverantwortung des einzelnen bestehen.

In einem neuen Betriebsklima sollte den Arbeitern an Stelle der Entwurzelung ein Stück Heimat zurückgegeben werden. Es gebe aber auch nicht nur zwei Säulen: Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Ohne die Existenz einer breittragenden Schicht geistig frei schaffender Menschen gäbe es bald nur noch bedauernswerte Glieder eines anonym kommandierten Gemeinwesens.

Karl Arnold zog aus diesem Ordnungsbild praktische Konsequenzen. Aus dem Wert der Einzelpersönlichkeit folge das Recht auf Mitbestimmung, wobei das Sozialprodukt eine wesentliche Bereicherung erfahre. Er definierte: "Mitbestimmung ist keine arbeitsrechtliche Forderung der Arbeiterschaft. Sie ist auch keine Klassenforderung. Das Mitbestimmungsrecht ist in seiner gesellschaftspolitischen Wirkung die Garantie der Sicherheit, daß sich in unserem Volke das bürgerliche Element in Freiheit und eigener Schaffenskraft erhalten und entfalten könne."

Damit waren drei Funktionen in unserem Wirtschaftsbild klar definiert und zueinander abgegrenzt: die Funktion des Kapitals, die Funktion der Arbeitnehmer und die Funktion der Unternehmer, Gleichberechtigung nicht Gleichheit; Respektierung der unterschiedlichen Aufgaben dieser drei Funktionen, keine Verwischung.

Das war die Erkenntnis eines Mannes, der tief in der Arbeitnehmerschaft wurzelnd, schon im Dritten Reich als Leiter eines handwerklichen Betriebes und später als Verleger selber Unternehmer geworden war, und der so die Bedeutung aller drei Funktionen im Wirtschaftsleben kennengelernt hatte.

Als ein Gegner des marxistischen Sozialismus verteidigte Karl Arnold das Privateigentum. "Ohne das Privateigentum kann die Persönlichkeit und die Familie sich nicht entfalten. Die Kräfte der persönlichen Verantwortlichkeit, der Initiative, der Strebsamkeit und der Kulturentfaltung sind weitgehend an das Recht auf Eigentum gebunden. Diese Kräfte sind für eine Volks- und Ordnungsbildung unentbehrlich." Die beste Verteidigung des Privateigentums, das um der menschlichen Freiheit willen erhalten bleiben müsse, bestehe darin, den Arbeitnehmern zu echtem Eigentum zu verhelfen. Ein breitgestreutes Eigentum diene dieser Aufgabe.

Seine Forderung auf dem Hamburger Parteitag 1957 war: "Eigentum für jeden." Sie wurde die Parole des folgenden Wahlkampfes und damit eine Hauptursache für den folgenden Wahlsieg der CDU mit einer absoluten Mehrheit. Mit dieser Parole war die Überwindung des Gegensatzes zwischen Eigentum auf der einen Seite und dem Menschen, der nur von seiner Arbeit leben muß, auf der anderen Seite gefordert. "Eigentum, soweit wie möglich gestreut", lautete seine Forderung.

Aber er wußte auch, daß der Mensch dabei nicht zu vergessen sei. "Alle äußeren und wirtschaftlichen Sozialreformen werden uns nicht weiter bringen, wenn nicht zugleich eine Neubildung des inneren Menschen erfolgt." "Wir wollen keinen Staatssozialismus, sondern eine

Wirtschaftsordnung, die ihre stärksten Antriebe aus der Idee der christlichen Gerechtigkeit empfängt."

Eine Sozialordnung ist nur dann gesund, wenn sie von einer möglichst breiten Schicht getragen wird. Dazu gehört auch eine gerechte Eigentumsverteilung. Dabei komme dem Selbsthilfegedanken und dem Sparwillen besondere Bedeutung zu. Praktisch, wie Karl Arnold war, machte er sogleich konkrete Vorschläge. Neben der Notwendigkeit, dem Arbeiter möglichst auch zum eigenen Haus und Garten zu verhelfen, verlangte er für die Arbeitnehmerschaft Teilnahme an den neuen Industrieinvestitionen. Beide Sozialpartner sollten freiwillig durch eigene Leistung zur Erreichung dieses Zieles beitragen.

Der Staat sollte dazu seine Hand reichen; denn der Staat habe an einer breitgestreuten Eigentumsverteilung das größte Interesse. Er wurde mit diesem Gedanken zum Vater der Idee einer breiten Vermögensbildung, wie sie in der Vergangenheit bereits durch Gesetze eingeleitet wurde und jetzt durch ein neues Gesetz verdichtet werden soll.

So lehnte er den allein Eigentum besitzenden Staat ab: "Wir wollen das Gegenteil, wir wollen ein Volk von Eigentümern werden; denn in einer freien Wirtschaftsordnung ist das private Eigentum entscheidender sozialer Ordnungsfaktor."

Das hier aus Karl Arnolds Reden skizzierte Bild seiner Persönlichkeit umfaßt sein Wirken — aus Zeitgründen — nur zu einem Teil. Aber es zeigt einen Menschen, der die modernen Probleme aus tiefer, religiöser Verantwortung erfaßt hatte und dessen Sein schöpferisch wurde für unsere CDU und für das Wirken in Volk und Staat. Sein Schöpfen und das Schöpfen der Freude, die ich eingangs erwähnt habe, ihre Ausstrahlung auf die Menschen an Rhein und Ruhr und auf das Bundesgebiet und seine Darstellung der christlich-sozialen Verpflichtung sind verpflichtend für uns alle.

Zu dieser Verpflichtung bekenne ich mich als ein Mann, der das Glück hatte, Karl Arnold zum Freund zu haben.

Hans Katzer: In dieser Stunde des ehrenden Gedenkens der Männer und Frauen der christlich-sozialen Bewegung gilt es, das Fundament sichtbar zu machen, auf dem sie aufbauten. Lassen Sie mich hierzu ein Dreifaches sagen: Wenn wir heute in einer gesicherten parlamentarischen Demokratie und der Freiheit, die sie gewährt, leben, dann nicht zuletzt deshalb, weil die Arbeitnehmerschaft heute staatsbewußt und staatsbejahend ist.

Es ist das historische Verdienst der Arbeiterbewegung, vor allem der christlich-sozialen Arbeitnehmerschaft, die Arbeitnehmerschaft, die Arbeiter, an diesen Staat herangeführt zu haben.

Am klarsten hat dies wohl Adam Stegerwald auf dem Essener Kongreß der alten Christlichen Gewerkschaften ausgedrückt, der — wie Hannes Albers einmal zitierte — in einer Zeit gärender Unruhe, die durch den Zusammenbruch der Traditionskräfte des Deutschen Reiches ausgelöst

war, im November 1920 stattfand. Stegerwald hatte erkannt, daß eine Neuordnung nur aus den Kräften des Christentums kommen konnte, und er folgerte: Eine christlich-soziale Bewegung dürfe nicht nur im religiösen oder im gewerkschaftlichen Bereich verbleiben; sie müsse vielmehr ihre Kraft gemeinsam mit allen anderen Berufsständen zur Gestaltung des politischen Lebens einsetzen.

Stegerwald forderte 1920 die Neugestaltung des Parteiwesens und konkret die christlich-soziale Volkspartei. Das Losungswort von Essen 1920 lautete: christlich – deutsch – demokratisch – sozial.

Mir will scheinen: Hier war die Wahrheit, die Geburtsstunde der Christlich Demokratischen Union. Im schroffen Gegensatz zu Marxismus und Sozialismus bekannten sich die Christlich-Sozialen zur Idee der Partnerschaft. Den Klassenkampfgedanken der Marxisten lehnten sie ebenso entschieden wie wirkungsvoll ab.

Diese Idee der Partnerschaft, verbunden mit dem Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer, war für die Union der Christlichen Demokraten das gesellschaftliche Leltmotiv, und mit dieser Idee ist es ihr gelungen, den gesellschaftlichen Aufbau glückhaft zu gestalten.

Wenn wir heute nicht vom Klassenkampf zerrissen werden, dann verdanken wir das nicht dem neuerdings scharmanten Lächeln der SPD – der Arbeiterpartei von gestern –, sondern dem Zusammenwirken aller Kräfte und Gruppen, das die Union beispielgebend für das ganze Volk in sich verwirklicht hat.

Ein Zweites soll gesagt sein: Als 1933 der Nationalsozialismus über Deutschland hereinbrach, waren es nicht zuletzt Männer und Frauen der Arbeiterschaft, die das drohende Unheil der rechtsradikalen Revolution Hitlers heraufziehen sahen. Sie haben 1933 keinen Pakt mit Hitler geschlossen; sie standen vom ersten Tage an im Widerstand gegen Hitler. Sie haben sich nicht von der Not der Zeit überrennen lassen – und sie litten Not. Sie haben sich nicht von der Hoffnungslosigkeit anstecken lassen, die schließlich in dem Terrorregime einen Ausweg suchten, denn sie erkannten bereits hinter dem Anschein der Legaliät den zutiefst widersittlichen Kern des Nationalsozialismus.

Diese Männer und Frauen der Arbeiterschaft haben weder den Versprechungen Hitlers geglaubt, noch haben sie sich von dem vordergründigen wirtschaftlichen Aufstieg blenden lassen. Mit ihrem Widerstand und dem blutigen Zeugnis, das sie nach dem 20. Juli 1944 für Freiheit und Gerechtigkeit ablegten, haben diese Männer und Frauen – stellvertretend nenne ich die Gehenkten Nikolaus Groß und Bernhard Letterhaus, die Gemordeten Heinrich Körner, Max Habermann, Prälat Otto Müller und die Überlebenden Heinrich Strunk, Karl Arnold, Johannes Albers, Joseph Joos und Jakob Kaiser – damit noch einmal aufs neue das sittliche Fundament eines neuen deutschen Staatswesens gelegt.

Jakob Kaiser, der sich Hitler nicht beugte, der die Unterschrift zur Verschmelzung der Christlichen Gewerkschaften mit der DAF verweigerte, stand dann Jahre später wieder im Widerstand gegen den Totalitarismus. Er beugte sich den Sowjets nicht, als diese die Gleichschaltung der Ost-CDU mit der SED erzwingen wollten.

Lassen Sie mich ein Drittes hinzufügen: 1945, in der ersten Stunde eines neuen Deutschlands, standen die Männer und Frauen aus der christlichsozialen Bewegung wieder in vorderster Linie. Sie gingen daran, das hoffnungslose Chaos, das uns der Zusammenbruch hinterlassen hatte, zu beseitigen. Mit den Erfahrungen, die sie in der Weimarer Zeit gewonnen hatten, dem Feuerofen des braunen Terrors entronnen, haben sie entscheidend eine neue Verfassung und eine neue staatliche und gesellschaftliche Ordnung geschaffen. Die bedeutungsvollste war die, daß die christlich-soziale Arbeitnehmerschaft auf eine eigene politische Organisation verzichtete und ihr geistiges Erbe in die Union der Christlichen Demokraten einbrachte. Erst damit wurde dieser Volkspartei eine feste Grundlage gegeben. Das Profil des neuen deutschen Staatswesens wurde entscheidend dadurch mitgeprägt.

Es ist nicht nur gelungen, die soziale Verpflichtung des Staates in der Verfassung zu verankern, sondern es wurde erreicht, daß in der Gesetzgebung mit dieser Verpflichtung ernst gemacht wurde. Daß dies durch eine Koordination aller politischen Sachbereiche unter einem gesellschaftlichen Ordnungsbild geschah, welches weitgehend von christlichsozialen Vorstellungen geprägt ist, bestätigt uns aufs neue, daß es richtig war, daß die christlich-soziale Arbeitnehmerschaft zum Wegbereiter der Union Christlicher Demokraten wurde.

Wenn heute in der Bundesrepublik von Eigentumspolitik gesprochen wird, dann nur deshalb, well die Christlich-Sozialen seit mehr als 20 Jahren gerade diese Frage in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen gestellt haben. Unvergessen ist der Beitrag, den Johannes Even hlerzu bereits im Jahre 1950 leistete, und hätte der Gewerkschaftler Karl Arnold im Jahre 1951, als er auf dem Karlsruher Parteitag seinen Eigentumsplan vorlegte, damals das Ohr der deutschen Gewerkschaften gehabt, dann wäre die Diskussion über die Eigentumspolitik heute in der Bundesrepublik anders; denn dann würde ein Großteil der Arbeitnehmerschaft heute schon ein, wenn auch bescheidenes Vermögen besitzen.

Und hier dies sei noch hinzugefügt: Josef Gockeln, der als Präsident des Landtags von Nordrhein-Westfalen von diesem Platze aus mehr als einmal zur fairen demokratischen Auseinandersetzung seinen Beitrag leistete, hat als Vorsitzender der Katholischen Arbeiterbewegung immer wieder gemahnt — auch die Union gemahnt —, daß sie sich stets der geistigen und sittlichen Grundlegung der Partei bewußt zu sein hätten. Und so sei auch in diese Stunde gesagt: Die christlich-soziale Arbeitnehmerschaft wendet sich gegen jene, die glauben, nach dem Worte "Not lehrt beten!" handeln zu müssen, wie Johannes Albers es einmal formulierte.

Wir glauben nicht, daß die Rückbesinnung auf christliche Werte nur in der Schrecksekunde des Jahres 1945 nötig und richtig gewesen sei. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß gerade heute im Jahre 1965 uns allen eine solche Rückbesinnung not tut.

Diese wenigen Sätze mögen genügen, um klarzustellen, aus welcher Verpflichtung, aus welcher Verantwortung und mit welcher Zielsetzung die christlich-soziale Arbeitnehmerschaft ihre Aufgabe in der Union sieht. Es ging und es geht uns nicht um bloße Interessenvertretung — das sicherlich auch. Aber die christlich-soziale Arbeitnehmerschaft hat sich allezeit als Sachwalter des Gemeinwohls verstanden. Es geht ihr nicht um Privilegien, es geht ihr nicht um Geschenke, es geht ihr nicht darum, etwas auf Kosten anderer zu erzwingen auf Grund ihrer großen Zahl. Im Gegenteil. Wenn wir sehen, daß es in anderen Schichten zu unzumutbaren Belastungen kommt, werden wir die ersten sein, die gegen Ungerechtigkeit angehen. Der Aufstieg der Arbeitnehmerschaft aus den Kellerräumen der Gesellschaft — wie Jakob Kaiser so gerne und oft formulierte — ist noch zu wach in uns, als daß wir stumpf sein könnten gegen Not, wo immer sie sich zeigt.

Unser Ringen geht um Freiheit und Gerechtigkeit für jedermann. Das ist ein Erbteil, das wir zu verwalten haben.

Wir bekennen uns zu unserer Tradition, und wir sind stolz auf sie. Wir haben es nicht notwendig, wie die Sozialdemokraten anläßlich ihres hundertjährigen Bestehens Marx und Engels auszutauschen. Wir bekennen uns zur ganzen christlich-sozialen Tradition, und wir bekennen uns zu allen Männern, die diese Tradition mit geschaffen haben.

Wenn die Christlich Demokratische Union vor dem Beginn Ihres Parteitages in besonderer Weise das Andenken der Männer und Frauen aus der Arbeitnehmerschaft hier in Düsseldorf ehrt, die zu den Wegbereitern der Union gehörten, erfüllt das die Sozialausschüsse mit tiefer Genugtuung und mit Dankbarkeit gegenüber dem Vorsitzenden der Union. Wir stehen in der Verpflichtung. Wir werden auch in Zukunft unseren Beitrag für die soziale Ausgestaltung der Bundesrepublik leisten. Wir würden aber — so meine ich — dem Vermächtnis unserer Toten nicht gerecht, dächten wir nur an unsere sozial-gesellschaftspolitischen Probleme.

Soziale Ausgestaltung der Bundesrepublik und der Wille zur Wiedervereinigung waren insbesondere für Jakob Kaiser, den ersten Vorsitzenden der Sozialausschüsse, stets nur zwei Seiten einer Medaille.

Unser Bekenntnis zum unteilbaren Deutschland hat eine feste Grundlage; denn wir haben einen unverzichtbaren moralischen Anspruch darauf, als Volk auch unter dem Dach eines Staates zu leben. Dieser unverzichtbare moralische Anspruch ist aber gleichzeitig von politischer Wirkung; denn das in der Charta der Menschenrechte garantierte Recht eines jeden Volkes auf Selbstbestimmung gilt auch für uns. Wir müssen immer wieder darauf hinweisen, daß diese Menschenrechte auch von

der Sowjetunion feierlich beschworen wurden. Wir werden unablässig stets das ganze Deutschland vor Augen haben und alle unsere Kräfte einsetzen für ein wiedervereinigtes Deutschland in Einigkeit und Recht und Freiheit.

Bundesvorsitzender Dr. Konrad Adenauer: Karl Arnold und Josef Gockeln kenne ich aus den Anfängen der Arbeit für die Christlich Demokratische Union. Damals bin ich nach meiner Erinnerung zuerst mit ihnen zusammengekommen. Bei einer so schweren Arbeit, wie sie die Gründung einer neuen großen Partei nach dem vollständigen Zusammenbruch darstellte, lernte man, glaube ich, seine Mitarbeiter und Streitgenossen am allerbesten kennen. Ich habe beide gut gekannt, und ich habe beide hoch geschätzt. Karl Arnold war der Streitbarere, Josef Gockeln, ebenso treu und ebenso fest wie Karl Arnold, liebte etwas den milderen Ton.

Und so haben diese beiden Männer, meine verehrten Damen und Herren, gerade hier Im Industriegebiet für unsere Christlich Demokratische Union Großes geschaffen und Großes geleistet. Unter uns sind sicher noch Männer und Frauen, die wissen, wie es in dem rheinischwestfälischen Industriegebiet parteipolitisch aussah nach dieser ganzen Fülle von Bewegungen, nach dem ersten Weltkrieg, der Weimarer Republik, dem Nationalsozialismus, dem zweiten Weltkrieg und dem vollkommenen Zusammenbruch Deutschlands, der insbesondere auch das rheinisch-westfälische Industriegebiet schwer traf.

Wer sich jener Zeiten erinnert, der denkt nicht nur an die Last zurück, die sie uns allen brachten, sondern der denkt auch mit Fug und Recht an die Erfolge zurück, die wir damals erzielt haben, der denkt auch mit Fug und Recht an die Opferwilligkeit zurück, die allen, die hier damals für die CDU eintraten, zu eigen war. Denn wenn es irgendwo nicht leicht war, diese neue Partei ins Leben zu rufen, eine Volkspartei, keine Klassenpartei, dann, meine Damen und Herren, war das hier, und zwar insbesondere hier auch gegenüber der britischen Besatzung, die — das muß auch einmal gesagt werden — alles andere als unser Freund war.

Ich habe mir gerade zufällig in den letzten Tagen nicht von einem Deutschen, sondern von einem Ausländer erzählen lassen, der am Abend der ersten Bundestagswahl hier in Düsseldorf im Breidenbacher Hof gewesen war. Er erzählte, daß dort alle Besatzungsvertreter, die da waren – und es waren viele –, völlig davon überzeugt waren, daß die Sozialdemokratie aus dieser ersten Wahl als Siegerin hervorgehen würde.

Gerade die Vertreter der Arbeitnehmerschaft – und hier meine ich sie alle, von denen meine Herren Vorredner gesprochen haben – haben ein historisches Verdienst daran, daß die Christlich Demokratische Union all die Jahre hindurch die Führung der Bundesrepublik in der Hand gehabt hat. Ohne die Arbeitnehmerschaft, ohne einen entspre-

١

chenden Prozentsatz der Arbeitnehmerschaft, der zu uns gehören mußte, wäre uns das niemals gelungen. Daher möchte ich als Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union in dieser Stunde und an diesem Tage besonders der beiden Männer mit dankerfülltem Herzen gedenken, die damals im Industriegebiet führend waren, Karl Arnold und Josef Gockeln. Wer einmal rückblickend an seinem geistigen Auge vorüberziehen läßt, was diese Partei nach dem völligen Zusammenbruch Deutschlands geschaffen hat, der muß insbesondere der Arbeitnehmerschaft und ihrer Führer mit großer Dankbarkeit gedenken.

Ich denke heute auch besonders an jene Tagung in Neheim-Hüsten zurück, wo unser Freund Albers sich ein so großes Verdienst dadurch erworben hat, daß es ihm gelang, die Gegensätze zu überbrücken, die sich naturgemäß ergaben — es müßten ja merkwürdige Männer undmerkwürdige Politiker sein, die in solch aufgeregten Zeiten keine Gegensätze aufzuweisen hätten —, daß es ihm gelang, den Bogen zu spannen zwischen der Arbeitnehmerschaft und den Vertretern anderer Teile unseres Volkes, indem er darauf hinwies, daß wir ein Volk seien, das in solchen Zeiten der Not zusammenstehen müsse.

Wenn ich in diesem Saale und an diesem Platze stehe, denke ich an so viele zurückliegende Jahre. Zunächst an den Rheinischen Provinziallandtag. Welch ruhige Zeit, welch friedliche Zeit! Weiter halte ich mir die Sitzungen vor Augen, die stattfanden, nachdem die Zeiten anders geworden waren, und auch die Sitzungen des neuen Landtags von Nordrhein-Westfalen. Ich war Mitglied dieses ersten Landtags von Nordrhein-Westfalen. Wer an all das denkt, meine Damen und Herren, und sich die ganze Entwicklung vergegenwärtigt, dem wird klar, wie wir im Laufe dieser Jahre, die so viel Geschichte umfassen, in der Christlich Demokratischen Union zusammengewachsen sind.

Wir gedenken heute auch der Gattinnen dieser beiden Männer, Frau Arnold und Frau Gockeln. Denn ich glaube, wer die beiden Männer gekannt hat, ist sich auch darüber klar, daß sie aus ihrem guten Familienleben einen großen Teil der Kraft hernahmen, die sie für das öffentliche Wohl einsetzen konnten. Daher gedenken wir gerade auch Ihrer beider, die Sie hier anwesend sind, und mit Ihnen der Frauen der anderen christlichen Arbeitnehmer, die damals hier für unsere Ideale gestanden haben, mit herzlichem Danke.

Zum Ausklang spielt das Schäffer-Quartett den 2. Satz aus dem Streichquartett C-Dur op. 76, 3 (Kaiserquartett) von Joseph Haydn.

Sonntag, den 28. März 1965

Öffentliche Kundgebung

in Düsseldorf, Rheinhalle

Beginn: 19.30 Uhr

Josef Hermann Dufhues

(Geschäftsführender Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union).

Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wer an diesem schönen Frühlingsabend zu uns gekommen ist, wer in dieser drangvollen Enge aushält, der ist ein CDU-Mann, auf den wir uns auch in schwersten Stunden verlassen können.

(Beifall und Heiterkeit)

Zu diesen CDU-Männern gehören vor allen Dingen Sie, meine Damen.
(Heiterkeit)

Seien Sie alle recht herzlich willkommen! Wir sind glücklich und dankbar, daß Sie mit uns gemeinsam sich zu dieser Versammlung, zu dieser Stunde hier zusammengefunden haben.

Mit dieser Versammlung treten wir vor die breite Öffentlichkeit, vor die Bevölkerung von Düsseldorf, vor das rheinische Volk, zugleich wohl aber auch vor das ganze deutsche Volk und auch jene 17 Millionen, die gegen jedes Recht immer noch von uns getrennt leben müssen.

(Starker Beifall)

Zu ihnen wird nachher unser Freund Lemmer sprechen.

Meine Damen und Herren, mit dieser Kundgebung eröffnen wir praktisch den 13. Parteitag der Christlich Demokratischen Union. Wir haben die Zahl 13 nicht überschlagen, wie das gelegentlich in Hotels geschieht; auch 13 bedeutet uns Glück, und im übrigen sind wir strahlende Optimisten und werden allen Widrigkeiten, auch der Zahl 13, widerstehen.

(Beifall)

So begrüße ich an erster Stelle den strahlendsten Optimisten der CDU, den Mann, der auch in schwersten Stunden Vertrauen und Glauben an die Zukunft nicht verloren hat, der aus seinem Optimismus her-

16

aus das ganze deutsche Volk in die Lage versetzt hat, aus Trümmern und Kellern aufzustehen und ein neues, schöneres Deutschland aufzubauen, Herrn Bundeskanzler Prof. Ludwig Erhard.

(Lang anhaltender starker Beifall)

Lieber Herr Bundeskanzler Erhard! Diese Stadt Düsseldorf, die wie viele rheinische Städte schwer unter dem letzten Krieg hat leiden müssen, ist in ihrem Wiederaufbau ein strahlendes Zeugnis Ihrer erfolgreichen Politik, und wir wissen, daß die Politik, die die CDU selt jeher betrieben hat, durch Konrad Adenauer in ihren wesentlichen Fragen formuliert worden ist.

(Starker Beifall)

Wir wissen, daß Sie diese Politik konsequent und überzeugt fortsetzen werden. An dieser Stelle und in dieser Stunde möchte ich Ihnen daher für die klare Entscheidung danken, die Sie gestern getroffen haben.

(Beifall)

Wir sind dankbar dafür, daß Sie die am Freitag durch den Rücktritt des Justizministers Bucher entstandene Situation in wenigen Stunden überwunden haben, und zwar dadurch, daß Sie einen unserer Parteifreunde, unseren Parteifreund Weber, der Zeit seines Lebens wie wenige redlich dem Recht gedient hat, zum Bundesjustizminister ernannt haben.

(Erneuter Beifall)

Ich meine, an dieser Praxis sollten Sie festhalten. Wenn es sich um eine Angelegenheit der CDU handelt, dann darf uns keine andere Partei dort hineinreden.

Und nun begrüße ich mit der gleichen Herzlichkeit unseren früheren Bundeskanzler und Parteivorsitzenden Konrad Adenauer.

(Erneuter starker Beifall)

Die Geschichte und der Weg unseres Volkes seit dem Jahre 1945 und vor allem seit dem Jahre 1949 ist und bleibt für immer mit Ihrem Namen verbunden.

(Lebhafter Beifall)

Durch Ihre Leistungen haben Sie sich den Rang eines Staatsmannes erworben. Wir danken Ihnen für alles, was Sie für Deutschland, für unser Volk, getan haben.

(Starker Beifall)

Im übrigen, meine Damen und Herren, hat eine besonders geschickte Regie dafür gesorgt, daß wir nun alle die Rede unseres Altbundeskanzlers, unseres Bundesparteivorsitzenden Adenauer, mit besonderer Aufmerksamkeit erwarten. Ich möchte Ihnen allerdings bereits jetzt sagen: Wir, Ihre Freunde, wissen, daß Sie wie zu allen Zeiten auch heute unsere Gegner enttäuschen werden. Sie werden die Politik der Union vertreten und verfechten wie in ihren besten Jahren.

Adenauer und Erhard — Erhard und Adenauer! Die Leistung des einen ist der Erfolg des anderen.

(Beifall)

Beide haben das Vertrauen des deutschen Volkes. Erhard führt uns in den Wahlkampf dieses Herbstes, Adenauer leiht uns seine Kraft, selne Autorität.

Meine Damen und Herren, was will denn der Altkandidat der SPD gegen diese Autorität, gegen diese Männer, diese Persönlichkeiten! Was will der Altkandidat der SPD gegen Ludwig Erhard!

(Bravo-Rufe und Beifall)

Wenn er wenigstens das Vertrauen seiner eigenen Partei hätte!

(Beifall)

Mein weiterer Gruß gilt den Herren Ministerpräsidenten der Bundesländer, gilt den Bundes- und Landesministern. Ich grüße herzlich die Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion des Bundestags, die Abgeordneten der Landtage und für alle Abgeordneten vor allem unseren treuen Freund Dr. Rainer Barzel, dem ich auch an dieser Stelle herzlichen Dank sagen möchte.

(Beifall)

Viele ausländische Gäste sind unter uns. Stellvertretend für sie alle heiße ich herzlich willkommen Herrn Dr. Caldera, den Generalsekretär der Christlich Sozialen Partei Venezuelas.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir sind aus wohlerwogenen Gründen mit dieser Kundgebung unseres Parteitags in diese schöne Stadt Düsseldorf gegangen. Sie ist eines der größten Zentren des Industriellen Lebens Europas. Hier werden Fragen im Bereich der Wirtschafts-, Sozialund Gesellschaftspolitik entwickelt und entschieden, an denen keine verantwortungsbewußte politische Partei vorübergehen kann. Gerade hier in dieser Stadt werden alle jene Probleme erörtert und diskutiert und, so möglich, auch entschieden, die für die wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Entwicklung unseres Volkes von entscheidender Bedeutung sind.

Aber, meine Damen und Herren, wir sind auch gekommen in die Stadt, in der Männer wie Karl Arnold und Josef Gockeln gewirkt und gearbeitet haben.

(Beifall)

Wenn der SPD keine Chance gegeben worden ist, die Idee des Klassenkampfes in das deutsche Volk hineinzutragen, wenn Deutschland ein Land des sozialen Ausgleichs und des sozialen Friedens ist, dann haben wir das nicht zuletzt Männern und Persönlichkelten wie Arnold und Gockeln und den vielen anderen aus der christlich-sozialen Bewegung zu verdanken.

(Lebhafter Beifall)

Hier an dieser Stelle möchte ich deshalb Frau Arnold und Frau Gockeln erneut den Dank aussprechen, den wir den Lebenden schuldig geblieben sind.

(Beifall)

Niemals, meine Freunde, vergesse ich jene Stunde im Sommer des Jahres 1958, als wir Karl Arnold zu Grabe trugen. Der Wahlkampf hatte den Höhepunkt erreicht; er stand unmittelbar vor seiner Entscheidung. Da verließ er uns, der, der den Wahlkampf geführt hatte, und alle senkten die Waffen. Niemals werden wir vergessen, daß in dieser Stunde Hunderttausende aus Ihrer Stadt die Straßen säumten, bewegten Herzens; viele schämten sich der Tränen nicht, als es galt, von Karl Arnold Abschied zu nehmen.

Damals wurde uns bewußt, was er uns war, was wir an ihm schätzten, Überzeugung, Treue und Festigkeit, Redlichkeit und die Bereitschaft zum Wirken. Das sind Tugenden, die uns Karl Arnold, Josef Gockeln und viele andere vorgelebt haben. Wir aber leisteten damals den Eid: In seinem Geiste weiter! — Ich meine, wir sollten uns auch in schweren Stunden jenes Eides erinnern.

Meine Damen und Herren, ich darf es bei diesen Grußworten bewenden lassen. Wir erwarten nun die Worte unseres Bundeskanzlers Dr. Erhard und unseres Parteivorsitzenden Dr. Konrad Adenauer.

Ich möchte jetzt Herrn Dr. Adenauer bitten, zu Ihnen zu sprechen.

(Beifail)

Bundesvorsitzender Dr. Konrad Adenauer (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Meine lieben Parteifreunde! Zwanzig Jahre sind jetzt verflossen, seit die Christlich Demokratische Union ins Leben trat. Wir entstanden nicht auf einmal nach einem vorgefaßten Plan, sondern überall, an allen Orten in Deutschland, fanden sich damals Männer und Frauen zusammen — waren es zunächst auch nur wenige —, die eine neue Partei, keine Klassenkampfpartei, wollten, Männer und Frauen, denen es auch klar geworden war in den Zeiten des Nationalsozialismus, daß in schwierigen Zeiten der Mensch ein ethisches Fundament, ein religiöses Fundament brauche, um das Richtige zu tun.

Damals, meine Freunde, war das Gründen neuer Partelen noch durch die Besatzungsmächte verboten. Nur die Sozialdemokraten wurden in der britischen Zone geschont; sie durften tun und lassen, was sie wollten.

Aber auch wir, die Christlich Demokratische Union und In Bayern die Christlich Soziale Union, fanden uns bald zusammen. Es war nicht so leicht, das, was wir alle im Innersten als Reaktion auf die Jahre, die hinter uns lagen, fühlten, in Worte zu fassen, die allen gefielen. Aber es ist uns gelungen, meine Freunde, und so traten wir im politischen Leben in Erscheinung.

Es war schwer, sehr schwer, aber auf der anderen Seite auch wieder eine große Freude, mit den Leuten Fühlung zu nehmen, die dachten wie wir, denen die Freiheit — die Freiheit der Person, die Freiheit in der Religion —, denen all das über allem anderen stand.

Viele von Ihnen wissen, daß es eine sehr schwere Zeit war. Aber wenn ich an all die Jahre damals und auch an die Schwere der Zeit zurückdenke, dann bin ich doch von einer inneren Freude und Genugtuung darüber erfüllt, daß wir den Mut hatten, mitten auf Trümmern und mitten unter Trümmern eine neue große Volkspartel, eine christliche Partei zu gründen.

(Beifall)

Nun, meine Damen und Herren, es kam die erste Bundestagswahl im Jahre 1949. Noch dieser Tage sagte mir ein Ausländer, der damals zufällig in Düsseldorf war, daß man hier in den großen Hotels dieser Stadt, wo überall Engländer wohnten, damit rechnete, daß die Sozialdemokratische Partei als die stärkste Partei aus dem Wahlkampf hervorgehen würde. Aber, meine Damen und Herren, es kam anders.

(Heiterkeit)

Ich dachte damals an ein Gespräch zurück, das ich mit Dr. Schumacher gehabt hatte. Als wir im Zonenausschuß waren, führte uns der spätere Ministerpräsident von Niedersachsen zusammen, damit wir beide unsere Meinungen austauschten. Wir haben uns also zusammengesetzt, und Herr Dr. Schumacher und ich waren im großen und ganzen über die Dinge, die es unmittelbar zu lösen galt, einig. Zum Schluß sagte Herr Dr. Schumacher folgendes: Sie werden doch zugeben, daß Sie, die jüngere Partei, auch die schwächere Partei sind und daß uns, der alten Sozialdemokratischen Partei, daher die Führung gebührt! — Na, meine verehrten Damén und Herren, ich schmunzelte etwas.

(Große Heiterkeit und Beifall)

Ich sagte ihm: Daß wir jünger sind als Sie, das können wir nicht bestreiten; aber ob wir schwächer sind als Sie — da wollen wir doch einmal die ersten Wahlen abwarten, die werden es ja zeigen.

(Beifall)

Herr Schumacher hat mir das lelder nie vergessen; er hat mir deswegen gegrollt. Er war im Grunde genommen ein Mann, vor dem man Respekt haben konnte. Er war nicht sehr geliebt, auch von seinen eigenen Leuten nicht. Aber sie erkannten seine Führerqualitäten an. Wir haben seit jener Zeit kaum mehr ein Wort, namentlich kein vertrauliches Wort mehr miteinander gesprochen.

Wir übernahmen also die Führung in der Bundesrepublik, und, melne Damen und Herren, wir haben sie beibehalten: durch unsere Stetigkeit, durch die Konsequenz in unserer Politik und durch die Treue unserer Anhänger. Stetigkeit in der Politik, Beharrlichkeit in der

Politik, vor allem aber Gewissenhaftigkeit und Stetigkeit, das sind mit die Hauptfundamente für den Sieg.

(Beifall)

Wir haben dann in den Jahren dieses zerrissene und am Boden liegende Deutschland wieder aufgebaut. Sicher waren unsere Grundsätze der Hauptgrund dafür, daß uns das gelungen ist und daß uns unsere Wähler treu geblieben sind. Aber Stetigkeit einer Regierung ist für ein Volk von unersetzlichem Wert. Wenn alle vier Jahre hott und hü gemacht wird.

(Heiterkeit)

dann weiß der arme Ackergaul gar nicht mehr, wo er nachher noch hin soll. Daran denken Sie bitte, meine Freunde, auch, wenn Sie am 19. September zur Wahlurne gehen: daß ein Land, und namentlich ein Land in einer so ungemein schwierigen Zeit wie der unsrigen, es gar nicht verträgt, plötzlich aus seinem Geleise geworfen zu werden und alles über sich ergehen lassen zu müssen, was anders ist als das, was es vorher gelebt hat.

(Belfall)

Es kam der Wahlkampf 1953: wir bekamen die absolute Mehrheit. Es kam der Wahlkampf 1957: wir behielten die absolute Mehrheit. Es kam der Wahlkampf 1961, der die Berliner Mauer brachte. Meine Freunde, daß damals unter den Augen der Besatzungsmächte diese Mauer kam.

(Zuruf: Pfuil)

hat uns die absolute Mehrheit gekostet.

(Beifall)

Was haben wir in diesen Jahren geleistet? Ich will versuchen, Ihnen das an einigen Beispielen klarzumachen. Im Rahmen der Zelt, die mir zur Verfügung gestellt ist, muß Ich mich dabei auf einige wenige, aber sehr schlagende Beispiele beschränken. Ich greife heraus unsere Arbeit Im Wohnungsbau und unsere Leistungen auf sozialem Gebiet.

Wir haben seit dem Jahre 1949 so viel Wohnraum geschaffen, wie für die gesamte Bevölkerung Österreichs, der Schweiz, Hollands und Schwedens erforderlich wäre.

(Beifall)

Ich glaube, ein solches Beispiel macht besser, als Ziffern das können, klar, was wir geschaffen haben. Ich möchte gerade den Wohnungsbau, auch was seine Bedeutung überhaupt anlangt, mit an die erste Stelle setzen, nicht nur wegen der schrecklichen Wohnungsnot, in der wir waren, sondern weil der Wohnungsbau ein notwendiges Fundament war, um die Familien der Wohnungslosen wieder aufzubauen. Ich glaube, wir müssen Bundesminister Lücke, der den alten Kurs mit großer Kraft weiterführt, von Herzen dafür danken.

(Beifall)

Nun, meine verehrten Freunde, von der Schule! Sie wissen, daß der Schulbau Sache der Länder ist. In den von einer CDU-Mehrheit regierten Ländern Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen wurden folgende Leistungen im Schulbau erzielt. In Baden-Württemberg wurden von 1945 bis 1964 15 548 Volksschulklassen neu gebaut, in Nordrhein-Westfalen von 1958 bis 1963 13 000 Klassenräume. In Nordrhein-Westfalen wurde in den letzten Jahren in jeder 7. Woche ein neues Gymnasium dem Schulbetrieb übergeben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es ist etwas billig, immer nur von Schulnot zu sprechen. Wir wissen ganz genau, daß diese Not an Klassenräumen noch lange nicht vorüber ist. Aber ich meine, man sollte auch daran denken, was in der Vergangenheit auf diesen Gebieten in der Tat geschaffen worden ist.

(Beifall)

Nun zu dem, was wir auf sozialem Gebiet geschaffen haben! Auch hier muß ich wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit stark zusammenfassen.

Das Internationale Arbeitsamt in Genf hat in einer Untersuchung, die sich auf etwa 50 der bedeutendsten Länder der Erde erstreckte, festgestellt, daß unsere Bundesrepublik in der ganzen Welt die höchsten Leistungen für die soziale Sicherheit erbringt.

(Beifall)

Bei uns wurden in den letzten Jahren 16,5 Prozent unseres Sozialprodukts für die soziale Sicherheit aufgewendet, in den Vereinigten Staaten 6,5 Prozent, in Frankreich 13,9 Prozent, in Schweden 12,4 Prozent, in England 11 Prozent. Bei uns, lassen Sie mich das noch einmal wiederholen, 16,5 Prozent!!

Die Bundesrepublik ist doch das einzige Land – ich unterstreiche dieses Wort –, das ein ausgebautes System von Maßnahmen zur Förderung der Vermögensbildung in den breitesten Volksschichten hat.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Ich komme zu einer anderen Frage, die mir sehr am Herzen liegt. Als 1945 die bedingungslose Kapitulation Deutschlands erfolgte, glaubte die Welt, nunmehr sel Frieden auf der Welt. Aber wie sehr hatte man sich getäuscht. Es bildete sich in den folgenden Jahren ein Block von kommunistischen Ländern von einer Größe, einer Aggressionskraft, einem Agressionswillen, wie es die Menschheitsgeschichte noch nicht erlebt hatte. Und dieser Aggressionswille bei den kommunistischen Völkern beruht nicht auf dem Eroberungsplan eines einzelnen, sondern er gründet sich auf den in diktatorischer Weise zusammengefaßten Willen der kommunistischen Völker.

Darum, meine Damen und Herren, ist die kommunistische Gefahr für die Freiheit auf der Welt so gefährlich und so andauernd. Sie beruht auf einer Weltanschauung. Sie gründet sich unübersehbar auf diese Weltanschauung, und sie bedroht unübersehbar andauernd die Existenz der nicht-kommunistischen Völker.

(Beifall)

Aus dem Vorhandensein der kommunistischen Völker und ihrer Zusammenarbeit sind seit 1945, seit dem Deutschland bedingungslos kapitulierte, immer neue Unruhen, immer neue Kriege, immer neue Gefahren für die Freiheit auf der Erde entstanden.

Meine Damen und Herren! Wer die Lage in der Welt richtig einzuschätzen weiß, darf an der Tatsache des Vorhandenseins einer so ungeheuren Macht, wie sie die dem Kommunismus anhängenden Völker darstellen, nicht vorübergehen. Mir ist es nicht erklärlich, wie bei den anderen freien Völkern die Sorge wegen des Kommunismus immer mehr schwindet und geringer wird. Die täuschen sich, die glauben, daß der Kommunismus einmal liberalisiert werde.

(Beifall)

Das kommunistische Feuer wird bald heftiger brennen, bald gedämpfter, aber es bleibt ein Brand, auch wenn man statt des heißen Krieges vom kalten Kriege spricht. Es bildet dieser Kommunismus immerdar eine Bedrohung, auch wenn man von friedlicher Koexistenz spricht. Die meisten Menschen wissen wohl gar nicht, was denn Sowjetrußland unter friedlicher Koexistenz versteht. Es versteht nur eines darunter, daß es zwar nicht mit der Waffe in der Hand gegen die anderen losgeht, aber daß es nach wie vor gegen die anderen losgeht, indem es sie unterminiert und versucht, ihnen sein System aufzudrängen und ihnen die Freiheit zu nehmen.

(Beifall)

Zur Zeit ist Sowjetrußland mit seinen Satellitenstaaten unbedingt die stärkste kommunistische Macht der Erde, aber hinter ihm steht schon Rotchina, um einzutreten in den Kampf, wenn es stark genug dazu ist. Wenn man sich die Lage in Europa klarmachen will, dann muß man wissen, daß Sowjetrußland mit seinen Satellitenstaaten ungefähr die Hälfte der gesamten europäischen Bevölkerung umfaßt.

Man muß sich weiter darüber klar sein, daß in fast allen freien Völkern Europas, insbesondere in Frankreich und in Italien, starke kommunistische Parteien bestehen, die dem Kommando Sowjetrußlands gehorchen. Nur wer die Lage Im ganzen betrachtet, wird sich der ungeheueren Gefahr, die allen vom Kommunismus her droht, klar.

(Beifall)

Zweifellos sind die Vereinigten Staaten zur Zeit das mächtigste und militärisch stärkste Volk der Welt, aber es ist auch sicher, daß, wenn es Sowjetrußland gelingt, Westeuropa — das sind in der Hauptsache die

Bundesrepublik, Frankreich und Italien — in sein Kielwasser zu bekommen, dann ist Rußland weitaus stärker als die Vereinigten Staaten, und zwar wirtschaftlich und militärisch stärker. Ob in elner solchen Situation die Vereinigten Staaten klug daran tun, ihre Aufmerksamkeit von Westeuropa wegzulenken und sich den Vorgängen in Ostasien zu widmen, das muß ja schließlich Amerika selbst wissen, aber ich bin der festen Überzeugung, daß es niemals in dieser Politik so weit gehen darf, daß es Europa vernachlässigt. Die Vereinigten Staaten sind auch verantwortlich in der Führung der NATO.

(Beifall)

Meine Freunde! Westeuropa besteht aus einer Vielzahl von Ländern, und am meisten kennen wir wohl alle die sechs Länder, die zusammengeschlossen sind in der Montanunion und in der EWG. Das sind Italien, Frankreich, Deutschland und die Beneluxländer. Die Beneluxländer sind nicht etwa hineingekommen auf Grund einer überlegten Konstruktion, sondern sie sind vielmehr als Nachbarn von Deutschland von den Siegermächten herangezogen worden, als es sich um die Grenzen Deutschlands und um die deutsche Frage insgesamt handelte. Erst Robert Schuman, dem wir immer dankbar sein müssen, war es, der zuerst den Gedanken faßte, daß nur dann Europa sicher sei, wenn es zusammengefaßt würde, und, daß Europa nur dann zusammengefaßt werden könnte, wenn Frankreich und Deutschland, die so viele Jahrhunderte hindurch Kriege miteinander geführt hatten, Freunde würden.

(Beifall)

Als Robert Schuman mir als damaligem Bundeskanzler den Vorschlag der Gründung einer Montanunion machte, schickte er mir neben dem offiziellen Brief einen rein persönlichen und privaten Brief, in dem er schrieb, daß ihm vor allem anderen am Herzen liege, auch auf diesem Wege eine Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich zu begründen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Wir Deutsche müssen uns immer wieder die Weltlage vor Augen halten. Wir müssen uns die Frage stellen, ob wir die Lage in der Welt und die Lage in Europa Immer richtig gesehen und konsequent unsere Politik dementsprechend eingerichtet haben. Sie alle wissen, meine Freunde, welche Mühe, welche Arbeit und welche Geduld auf beiden Seiten nötig gewesen ist, um den Freundschaftsvertrag zwischen Frankreich und Deutschland zustandezubringen, den Vertrag, ohne dessen Abschluß und lebendiges Funktionieren ein Zerfall Europas mit Sicherheit zu erwarten ist.

(Beifall)

Nun stellt sich die Frage, ob Deutschland und ob Frankreich die Pflichten, die ihnen durch die Entwicklung in dieser Welt, durch ihre Lage im Herzen Europas auferlegt worden sind, wirklich erfüllen oder nicht. Meine Damen und Herren! Ich sage Ihnen mit aller Offenheit und mit allem Ernst auf Grund meiner Erfahrungen, die ich gesammelt habe, daß diese Aufgaben nach meiner Kenntnis der Dinge von uns beiden besser erfüllt werden müssen.

(Beifall)

Frankreich bitte ich zu prüfen, was es von seiner Seite aus tun kann, damit die deutsch-französische Freundschaft, dieses Kernstück der europäischen Einigung, die Früchte bringt, die wir alle von diesem Vertrage erwarten.

Meine Damen und Herren! Sie werden erstaunt sein über meine etwas ernsten Worte. Ich will Ihnen die Berechtigung dieser Worte durch einige Hinweise darlegen. Am 3. und 4. Juli des vergangenen Jahres war der Besuch des französischen Staatspräsidenten in Bonn; Sie wissen, daß er günstiger hätte verlaufen können. Unserem Bundeskanzler Erhard ist es dann durch seinen Besuch in Rambouillet gelungen, die Wolken, die sich damals erhoben hatten zwischen unseren beiden Völkern, zu beseitigen.

Aber, meine Freunde, auf diesen guten Anfang, auf diesen ausgezeichneten Anfang sind nicht die entsprechenden Taten gefolgt. Wahrscheinlich sind beide Seiten daran schuld. Aber, meine Damen und Herren, wir dürfen unter gar keinen Umständen die Kraft, die Geduld und den Mut verlieren, die deutsch-französische Freundschaft auszubauen, zu stärken und zu kräftigen.

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren! Es ist dann in Rambouillet zwischen den beiden Staatsmännern vereinbart worden, daß die Verhandlungen zur Herbeiführung der politischen Union Europas fortgeführt werden sollen. Denn beide Seiten haben das gleiche Interesse an dieser Freundschaft.

(Starker Beifall)

Dann hat man eine Konferenz in Venedig vorgeschlagen und dafür einen Tag vorgesehen. Anscheinend wird es auch zu dieser Konferenz zunächst nicht kommen, denn heute nachmittag ist die Nachricht eingetroffen, daß der Besuch, den Couve de Murville, der französische Außenminister, bei Fanfani in Rom gemacht hat — Fanfani hatte ja nach Rom eingeladen —, damit endete, daß man beschlossen haben soll, die ganze Sache bis zum Herbst zu vertagen.

Meine Damen und Herren! Die Gefahren, die darin stecken, sind für uns, aber auch für Frankreich groß. Unser Geschick ist auch das Geschick Frankreichs. Wenn wir von den Russen verschlungen werden, wird auch Frankreich von den Russen verschlungen werden.

(Starker Beifall)

In diesen Tagen, meine Damen und Herren, hat sich der russische Botschafter in Paris, Winogradow, verabschiedet. De Gaulle hat ihm

eine besonders große Auszeichnung, ein großes Diner, gegeben. Er hat seinen Trinkspruch auf den russischen Botschafter mit folgenden Worten geschlossen: "Auf das Wohl Seiner Exzellenz, des Herrn Winogradow, und der traditionellen, nun aber zu neuem Leben erweckten Freundschaft zwischen Rußland und Frankreich!"

(Pful!-Rufe und Pfiffe)

- Pfeifen Sie nicht; das hat gar keinen Zweck.

(Starker Beifall)

Nehmen Sie von mir das mit nach Haus: Wenn es auf einmal zwischen zwei Leuten, die sich gut verstanden, nicht mehr so recht stimmt, sind gewöhnlich beide daran schuld. Es fragt sich nur, wer mehr schuld ist. Aber schuld sind gewöhnlich beide.

(Beifall)

Ich möchte Sie, meine Damen und Herren, auf einen Artikel hinweisen, der dieser Tage in der "Welt" erschienen ist.

Es hieß dort, daß doch in französischen Kreisen Gedanken gehegt würden über die Wiederherstellung des Vertrages zwischen Rußland und Frankreich, der im Jahre 1944 von Rußland gekündigt worden ist. — Das wäre in höchstem Maße bedauerlich. Für uns Deutsche ist es jedoch auch das Signal, aufzupassen und alles zu tun, damit das warme Gefühl, das zwischen den beiden Völkern besteht, die Politiker nötigt, auch in der politischen Arbeit schneller voranzuschreiten.

(Starker Beifail)

Gestern abend, meine Damen und Herren, war ich auf einer Veranstaltung in Beuel, dem Städtchen gegenüber Bonn, die mich sehr ergriffen und gerührt hat. Im Jahre 1806 hatten französische Soldaten aus der Kirche Schwarzrheindorf eine große Glocke mit nach Frankreich genommen. Diese Glocke war seit jener Zeit aufgehängt worden in der Pfarrkirche von Méricous in Lothringen. Irgend jemand hat ausfindig gemacht, daß das also eine Beuteglocke war, denn die französischen Soldaten waren ja im Kriege hier. Der Gemeinderat des französischen Städtchens hat einstimmig beschlossen, diese Glocke der Kirche von Schwarzrheindorf zurückgegeben.

(Lebhafter Beifall)

Gestern wurde diese Glocke, eine schöne und recht große Bronzeglocke, nach Beuel gebracht. Man hatte mich auch zu der kleinen Veranstaltung eingeladen. Die Glocke war begleitet von dem Maire von Méricous, einigen Gemeinderatsmitgliedern und von dem Geistlichen der Pfarre. Von unserer Seite waren auch sehr viele Leute da. Auch Jugendgruppen aus Frankreich hatten die Glocke begleitet, die heute Schwarzrheindorf zurückgegeben wird. Das Ganze atmete ein so warmes Gefühl der Verbundenheit, der Inneren Versöhnung, des Inneren Mitgefühls, daß jeder. der dabel war. seine Freude daran haben mußte und gehabt hat.

Meine Freunde! Das letzte Wort — lassen Sie es mich riskleren, das zu sagen — haben aber nicht die Völker, sondern die Politiker. Deswegen muß man auf die Politiker aufpassen.

(Heiterkeit und anhaltender Beifall)

Einige Politiker können nämlich vieles von dem verderben, was bei den Völkern aus sich heraus gewachsen ist.

(Starker Beifall)

Ich muß selbst gestehen, daß ich Politiker gewesen bin, vielleicht auch noch bin.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber, meine Damen und Herren, ich glaube, es war Solon, der sagte, "Gnothi s'auton!" — "Erkenne dich selbst!" Das versuche ich und versuchen auch die anderen Politiker: Kennenzulernen und zu erkennen. Es ist mein herzlichster Wunsch — die Sicherheit des deutschen Volkes hängt aufs engste an dem Bündnis mit Frankreich und umgekehrt —, daß wir alles tun, damit dieses Bündnis stark und kräftig und gesund wird, daß es zum Segen für Frankreich, für Deutschland, für Europa und für den Frieden in der Welt wird.

(Starker, lang anhaltender Beifall)

Josef Hermann Dufhues, geschäftsführender Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union: Meine Damen und Herren! Namens der Christlich Demokratischen Union Deutschlands danke ich unserem 1. Vorsitzenden, Ihnen, Herr Bundeskanzler Adenauer.

(Starker Beifall)

Meine Damen und Herren, das ist eine Frage des Protokolls, und gerade Herr Adenauer legt Wert darauf, daß das Protokoll streng beachtet wird. Er weiß aber auch zwischen den Aufgaben zu unterscheiden; das haben Sie seinen Worten entnehmen können. Es waren Worte ernster Sorge — wir alle hatten es gespürt —, denn Adenauer ist in die Geschichte eingegangen als der Kanzler der deutsch-französischen Freundschaft.

(Starker Beifall)

Wer würde nicht, gerade hier in der Stadt am Rhein, die tiefen Sorgen gespürt haben, die er um die Entwicklung dieser Freundschaft, aber auch um die Entwicklung der europäischen Politik hat. Wir alle, ohne Ausnahme, arbeiten daran, diese Freundschaft zu festigen. Hier, vor der deutschen Öffentlichkelt, darf ich namens der CDU dafür Zeugnis ablegen, daß es vor allem in erster Linie sein Nachfolger, Professor Ludwig Erhard, ist, der an diesem Auftrag arbeitet, um ihn zu erfüllen im Geiste seines Vorgängers.

(Starker Beifall)

Wir alle wissen: Die Weltlage befindet sich in einem Wandel. Differenzierter handeln die anderen Mächte, differenzierter müssen wir antworten. In einer so gewandelten Situation, unter geänderten Verhältnissen mit der richtigen Differenziertheit zu antworten, zu handeln und zu entscheiden, das ist die schwere Aufgabe des Mannes, der als Kanzler des deutschen Volkes die Verantwortung trägt für diese Politik, auch für die Politik der deutsch-französischen Freundschaft.

Nun bitte ich Bundeskanzler Professor Ludwig Erhard, zu uns zu sprechen und seine Gedanken vor der deutschen Öffentlichkeit auszubreiten.

(Lebhafter Beifall)

Bundeskanzler Prof. Dr. Ludwig Erhard:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In diesem Raum habe ich schon manche Schlacht geschlagen, so unter anderem in einem Streitgespräch mit dem sozialistischen Wirtschaftsexperten Nölting.

Ich glaube, es ist richtig, wenn ich mit der Innenpolitik beginne und dann die europäische Politik und die Außenpolitik überhaupt behandele. Meine Damen und Herren! Die Bundesrepublik ist vor der ganzen Welt ein Zeugnis für innere Stabilität und Ordnung. Und zwar gilt das für alle Bereiche unseres Lebens: für den Staat, für die Gesellschaft, es gilt für unsere Wirtschaft, für unser soziales Leben, es gilt nicht zuletzt auch für unsere Währung. Das alles kam nicht von ungefähr. Das deutsche Volk mußte diese Stabilität erarbeiten, und zwar auf Grund einer Konzeption wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Art, die wir von der CDU entwickelt haben und die erst den Fielß der Menschen fruchtbar gestalten konnte.

(Beifall)

Es geht uns in Deutschland nicht gut, weil wir reich sind, sondern es geht uns deshalb gut, weil wir die deutsche Arbeit auf der richtigen Grundlage nach einem klaren Prinzip fruchtbar gestaltet haben.

(Beifall)

Ich nenne keine Zahlen; denn ich war zu lange Wirtschaftsminister, als daß Ich es hier nötig hätte, den Weg seit dem Tag der Währungsreform bis zu diesem Augenblick zu kennzeichnen. Es war ein Weg ständigen Aufschwungs, frei von Krisen und ernsten Erschütterungen. Wie schon mein verehrter Vorgänger sagte, wir haben eine Sozialordnung, ein Sozialsystem in Deutschland errichtet, das leistungsfähiger und ergiebiger, moderner und fortschrittlicher ist als sonst irgendwo in der Welt.

(Beifall)

Wir verfügen über eine Währung, unsere Deutsche Mark, die eine der stabilsten Währungen der Welt ist. Ich sage das deshalb, well ich mich auch an die Adresse der Opposition wenden will. Die will ja an die Macht.

Aber ich stelle hier fest, daß es vor allem und in erster Linie die sozialistischen Länder in der Welt sind, die es nicht fertiggebracht haben, eine stabile Währung aufrechtzuerhalten, und die aus den Währungsschwierigkeiten und Zahlungsbilanznöten nicht herausfinden.

(Beifall)

Sozialismus bedeutet Zerstörung der Währung oder mindestens eine so starke Abwertung,

(Beifall)

daß damit die gesicherten und geordneten Grundlagen unseres gesellschaftlichen Lebens verlorengehen.

Meine Damen und Herren! Es wird jetzt so viel von den Gemeinschaftsaufgaben gesprochen. Ja, ich habe auch immer wieder dieses Thema angeschnitten, aber im Bewußtsein und in der Verantwortung, daß Gemeinschaftsaufgaben nicht nur eine billige parteipolitische Forderung sein sollen, sondern daß dahinter der ernste und ehrliche Wille eines ganzen Volkes stehen muß. Diese Belange, die uns alle angehen, die unser Leben bereichern, unsere Umwelt verschönern und harmonischer gestalten sollen, sind eine Aufgabe, die jeden einzelnen Staatsbürger angeht.

Es geht nicht an, daß zuerst einmal alle Gruppen und alle Interessenten für sich fordern, was sie überhaupt fordern können, daß wir den Sinn unseres Lebens bloß im besseren Konsum sehen. So sehr ich jedem ein besseres Leben gönne — ich werde mir nicht untreu in meiner eigenen These "Wohlstand für alle" —, aber es muß alles in den rechten Relationen bleiben. Ich meine, wir haben einen Wohlstand erreicht, einen Grad der sozialen Sicherheit, daß es für das ganze deutsche Volk, für Regierung und Parlament ein dringendes Gebot ist, sich den Aufgaben, die die Gemeinschaft stärken können, zuzuwenden.

Wenn wir das politische und soziale Klima in Deutschland betrachten, dann, glaube ich, sagen zu können:

Im aligemeinen ist der deutsche Staatsbürger ganz zufrieden. Er wird bloß immer dauernd aufgestachelt und angereizt, nicht zufrieden zu sein. Damit behaupte ich nicht,

(Lebhafter Beifall)

daß nun alles schon zum besten geordnet wäre und daß wir Grund hätten, auf Lorbeeren auszuruhen. Nein!

Aber wenn ich von dem sozialen und ökonomischen Klima in unserem Lande spreche, bin ich mir dessen wohl bewußt, daß sich die Welt auch auf diesem Gebiete gewandelt hat. Das heißt, die Beziehung zwischen den Menschen, unser Leben und unser Schicksal sind nicht mehr im gleichen Maße transparent und für den einzelnen erkennbar. Wäre es nur eine Frage von Mark und Pfennig, über die der elnzelne verfügt, dann wäre manche Erscheinung, die ich ernst nehme und der wir zu Leibe gehen wollen, nicht ganz erklärbar.

Es ist nicht die Unzufriedenheit als solche über die materielle Lage, sondern es ist eine gewisse Unsicherheit und Unruhe in den Menschen weil sie die Vielfältigkeit der Beziehungen nicht mehr überschauen, well nicht nur eine dynamische Wirtschaft täglich uns vor neue Aufgaben stellt und immer neue Daten setzt, sondern weil auch die Räume wachsen und sich weiten. Und damit kommen wir in andere Dimensionen und Kategorien des Denkens. Wenn der einzelne sich darin nicht ganz zurecht findet, ist das nicht seine Schuld, und ich kritisiere es nicht. Es ist unsere Aufgabe, das gesellschaftspolitische Bild noch plastischer darzustellen. das erkenne Ich als meine Aufgabe während des Parteitages in den nächsten Tagen.

Meine Damen und Herren! Die Sozialdemokraten haben sich im Grunde genommen vor dem Erfolg gebeugt. Sie haben kapituliert, und ich frage mich, wie echt ihr Bekenntnis zur Marktwirtschaft ist. Es ist ihnen nichts anderes übrig geblieben, sie mußten sich dazu bekennen, wenn ihnen nicht sämtliche Felle davonschwimmen wollten.

(Lebhafter Beifall)

Aber ich halte ihre Aussage nicht für glaubhaft; denn diese Art von Marktwirtschaft wird global gesteuert und kollektiv gestaltet, und die eigentliche Kraft, die Eigenverantwortung und der Einsatz der Persönlichkeit, gehen dabei verloren.

Ich möchte mich nicht einem Fahrer anvertrauen, in dessen Land bisher immer links gefahren worden ist und der sich in einer modernen Welt, in der rechts gefahren wird, nicht zurechtfindet. Ich würde mich unwohl fühlen in einem solchen Karren.

(Lebhafter Beifall)

Ich glaube, darüber sollten sich die deutschen Wähler klar sein. Wir haben eine festgefügte demokratische Ordnung gebaut, die von keiner-lei Krisen erschüttert ist.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich überhaupt ein Wort zu dem Begriff "Krise" sagen. Was ist alles Krise? Wenn die Amerikaner in einer sehr schwierigen und erregenden Situation in Südvietnam für die Freiheit einstehen und wenn sie in Alabama ihre inneren Gegensätze haben, dann ist das bestimmt eine Krise. Wenn in Großbritannien die Währungs- und Finanzschwierigkeiten das ganze Land erschüttern und sich daneben noch in Malaisia noch keine klare Lösung abzeichnet, bin ich bereit, das als eine Krise gelten zu lassen.

Aber, was ist bei uns eine Krise? Etwa, wenn ein ganz normaler demokratischer Vorgang wie der Rücktritt eines Ministers und die Ernennung eines anderen Ministers schon als Krise hingestellt wird!

(Beifall)

Ich meine, wir sollten mit dem Begriff "Krise" etwas vorsichtiger umgehen, und wir sollten uns die guten Nerven bewahren, die dazu gehörten, den deutschen Wiederaufbau zu vollziehen.

Seien wir dessen eingedenk: Der ganze deutsche Wiederaufbau erfolgte nach den Leitlinien und nach den Vorstellungen unserer Partei, der CDU. Und ihr allein hat es das deutsche Volk zu verdanken — natürlich neben seinem Einsatz, der dadurch aber erst auf feste Grundlagen gestellt war —, daß wir die Not überwinden konnten und wieder zu Wohlstand und sozialer Sicherheit kamen. Wir können heute eine Gesellschaftspolitk in Angriff nehmen, die, wie Ich glaube, für die Welt ebenso beispielhaft sein kann, wie es die soziale Marktwirtschaft gewesen ist.

(Beifall)

Wir haben in der Welt wieder Ansehen gewonnen, ja, wir verfügen auch über Einfluß. Ich glaube, das gehört in das Bild der Außenpolitik und unserer eigenen Leistungen, die wir damit verbinden können. Manchmal habe ich den Eindruck, daß unser Bewußtsein unserer eigenen Lage, unserer Stärke und unseres Vermögens hinter der Wirklichkeit zurückbleibt.

Es ist natürlich: was geleistet worden ist, nun, das ist vergessen. Ich habe auch nicht die Absicht, den Wahlkampf damit zu beginnen oder daraufhin auszurichten, daß ich auf die Dankbarkeit des deutschen Volkes rechne. Nein! Wir haben für das deutsche Volk unsere Pflicht getan.

(Beifall)

Ich sprach vorhin von der Krise. Man sprach in den letzten Tagen von einer Koalitionskrise. Ich glaube, guten Grund zu der Feststellung zu haben, daß es eine Koalitionskrise nicht gibt. Die Frage der Verjährung war ja bekanntlich der eigentliche Anlaß der Diskussion. Wie der Bundestag selber, so habe ich dem Kabinett auch Gewissensfreiheit gegeben, und ich kann auch nicht jemanden zwingen, seine verfassungsrechtlichen Bedenken, ob sie subjektiv begründet oder objektiv gerechtfertigt sind, nun zu verleugnen. Herr Dr. Bucher ist unter Wahrung völliger Loyalität zum Kabinett aus seinem Posten geschieden, und ich bin froh, annehmen zu dürfen, daß diese Koalition erhalten bleibt. Das ist auch mein Wille und entspricht meiner Vorstellung, um auch für die Zukunft eine klare und sauber gegliederte Demokratie erhalten zu können.

Was die Sache der Verjährung selber anbetrifft: es ist viel darüber gesprochen worden, viel Falsches und auch manches Richtige. Es sollte damit aber alles andere bewerkstelligt werden, als etwa eine neue Entnazifizierung einzuleiten. Das sei fern von uns, und jede neue Hexenverfolgung wäre von Übel für uns und für den Frieden der Welt. Um das geht es nicht. Es geht um Verbrechen. Und Mord Ist Verbrechen — vom Kindermord, Taximord und Sexualmord bis zum Massenmord —, das gesühnt werden muß. Aber dann möchte ich auch sagen: Ein Volk, das so viel guten Willen zeigt und so große Anstrengungen unternommen hat, zu sühnen, dem muß auch die Ge-

rechtigkeit zuteil werden, daß es sich entsühnen kann. Ich glaube, wir haben alles in dieser Richtung getan. Man möge uns glauben, daß es uns damit ernst ist und daß wir damit ein deutsches Anliegen erfüllen.

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, wir stehen vor der Wahl. Unser Koalitionspartner will sein Profil wahren. Das ist verständlich genug.

Aber die Opposition verliert ihr Profil, hat es schon verloren, und das ist kein Unglück. Die SPD hat sich in der Opposition verbraucht. Aber gerade diese Tatsache gibt ihr keln Recht auf den Führungsanspruch über das deutsche Volk.

(Beifall)

Das Wort Sozialismus wird überhaupt nicht mehr gebraucht. Die SPD ist heute weder rot noch blau noch welche Farbe auch immer: Die Sprecher der SPD — ob sie nun Lautsprecher sind oder in Zeitlupentempo ihre Banalitäten vortragen —

(Beifall)

weisen dem deutschen Volk keine Richtung auf. Das ist nichts als reiner Opportunismus, der heute das Innerste Prinzip der Oppositionspartei ausmacht.

Lassen Sie mich zur Außenpolitik übergehen. Ich teile die Sorgen meines Vorredners. Das Verhältnis zwischen Ost und West läßt sich nicht mehr in Schwarz-Weiß-Malerei ausdeuten. Es ist sehr viel differenzierter geworden.

Wir haben auch — dessen bin Ich mir bewußt — gerade in dieser Lage die Freundschaften zu pflegen.

Ich bin sehr glücklich, sagen zu können, daß mich mit dem französischen Staatspräsidenten gerade nach meinen letzten Gesprächen Im Rambouillet ein sehr freundschaftliches und vertrauensvolles Verhältnis verbindet. Das gleiche gilt für den amerikanischen Präsidenten Johnson. Ich habe kürzlich auch Gelegenheit gehabt, mit dem britischen Premierminister Wilson ein vertrauensvolles Gespräch zu führen. Das ist alles wichtig, und das muß so sein.

Ich bin mir durchaus darüber klar, daß gerade die Freundschaft zu Frankreich ein stabilisierendes Element in Europa ist und daß die Integration Europas auf dieser Basis die sicherste Grundlage hat. Hier können Impulse gesetzt und Kräfte ausgelöst werden, die allen europäischen Völkern zugute kommen.

Auch ich bin der Meinung, daß in dieser Weltsituation die Geschlossenheit, die Wachsamkeit, die Zielstrebigkeit unserer Außenpolitik oberstes Gebot ist. Es gibt im Augenblick viele Fragen, die nicht so gelöst, nicht so abgeklärt sind, daß wir völlig beruhigt sein können.

Wir müssen um die Reform der NATO ringen, aber vor allen Dingen um eine gemeinsame Strategie zur Verteidigung unseres Kontinents und der freien Welt. Diese gemeinsame Strategie erfaßt nicht etwa nur den militärischen Bereich, Es gilt ebenso auch in den Fragen der Politik schlechthin und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit eine gemeinsame Strategie zu entwickeln, die heute zweifellos trotz unserer deutschen Bemühungen noch nicht so ist, wie wir es gerne wünschen möchten.

Und nun komme ich zu der Frage unseres Verhältnisses zum Osten. Meine Damen und Herren, ich darf auf die Pressekonferenz Bezug nehmen, die der französische Staatspräsident am 4. Februar abgehalten hat und in der er selne Konzeption — oder wenn Sie so wollen: seine Vision — aufgezeigt hat, daß ein Europa erstehen könnte, das über den westlichen freien Teil Europas weiter nach dem Osten übergreift, nicht im Sinne einer Aktion, sondern eines Prozesses, der unter Umständen — auch nach der Meinung von General de Gaulle — langwierig sein kann.

Meine Damen und Herren, ich bin ein eifriger Anhänger der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Ich glaube, sie sollte sich in sich festigen. Aber wenn wir Europa soweit begreifen und schon den Blick nach dem Osten wenden, dann, meine ich, sollten wir uns auf die Dauer nicht damit zufrieden geben, den Bereich der sechs Länder, die in der Montan-Union, in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und in EURATOM vereinigt sind, als den letzten Schritt zu Europa zu betrachten. Denn das eine würde praktisch das andere ausschließen. Ich meine, wir sollten die freie Welt stärker zusammenfügen.

Nun wird soviel von Entspannung geredet. Wir haben auch einen Beitrag dazu geleistet, indem wir mit den Ostblockstaaten Handelsmissionen ausgetauscht haben, um die wirtschaftlichen Beziehungen, die traditionell bestehen, nicht abreißen zu lassen, und um auch die kulturellen Bande zu pflegen. Ich glaube, das ist eine gute Politik, die auch unser aller Anerkennung gefunden hat.

(Beifall)

Aber natürlich hat das seine Grenzen. Wir dürfen bei allen Gesprächen um Entspannung doch die Situation im Osten nicht verkennen. Man steht dort zweifellos vor großen Schwierigkeiten. Die treten nur nicht so nach außen hin auf, wie sich das bei uns hier darstellt. Sie machen das unter sich ab, aber wir wissen es trotzdem. Z. B. hat man den Versuch unternommen, in den Ostblockstaaten nach Art unserer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Comecon etwas Vergleichbares zu schaffen. Das ist gescheitert.

Sie werden mir als früheren Wirtschaftsminister nicht verargen, wenn ich sage: ich habe so eine Ahnung, was eine Volkswirtschaft leisten kann. Sie kann nicht gleichzeitig den zunehmenden Wünschen der Bevölkerung nach besserem Leben Rechnung tragen und auch in der Rüstung Schritt halten oder gar vorausgehen wollen, denn das ist eine teure und kostspielige Angelegenheit. Dabei kann man eben nicht die

eigene Wirtschaft so weiter entwickeln mit riesigen Investitionen und allem was dazu gehört. Das ist zuviel.

Darum sollten wir uns überlegen, ob wir uns nicht innerhalb der westlichen Welt zu einer gemeinsamen Strategie – auch handelspolitischer Art – gegenüber den Ostblockländern zusammenfinden.

Es ist heute viel die Rede von Verdünnung, von Demilitarisierung, von Entnuklearisierung. Wir in Deutschland – das hat mein Vorgänger Dr. Adenauer immer wieder gesagt – haben keinen sehnlicheren Wunsch, als daß eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung Platz greift. Es darf aber nicht eine Methode angewandt werden, die im Zweifelsfalle zu einer Schwächung des Westens führt.

(Beifall)

Die Kommunisten haben auf ihre Welteroberungspläne noch nicht verzichtet; nichts spricht dafür. Wir erleben in manchen Teilen der Welt – ohne daß ich es hier näher ausführen könnte –, wie wir durch eine Offensive Moskaus bedrängt werden. Das kommt nicht von ungefähr. Ich meine, die höchste Wachsamkeit ist geboten. Wir dürfen keine Politik treiben, die den Westen schwächt.

Wenn ich dann höre, daß das Gleichgewicht in Europa gewahrt werden sollte, dann muß ich sagen: es besteht doch gar kein Gleichgewicht. Sowohl was die konventionelle Verteidigung als auch was die nukleare Bedrohung anlangt, ist uns in Europa der Osten weit überlegen.

Meine Damen und Herren, darum wissen wir auch, daß das atlantische Bündnis unverzichtbar ist, und daß wir es — in welchen Formen auch immer — zu pflegen haben, und daß wir die gemeinsame Strategie entwickeln müssen.

(Beifall)

Damit möchte ich sagen: auch unsere Europa-Politik ist nicht isoliert zu begreifen, sondern sie ist ein Teil unserer gesamten Außenpolitik. Sie liegt eingebettet in die atlantische Gemeinschaft, in dem Zusammenstehen der atlantischen Welt.

Meine Damen und Herren, man kann nicht alles zu gleicher Zeit erreichen. Wir sind glücklich, daß wir in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Fortschritte erzielt haben, daß wir auf dem guten Wege sind, wirklich das zu vollenden, was gemeinsamer Markt in letzter Konsequenz heißt.

Es sind viele Entscheidungen auf diesem Feld gefallen. Ich denke nur an den deutschen Getreidepreis. Über dieses Problem ist vielleicht mancher von Ihnen etwas anderer Meinung. Das war keine agrarpolitische Entscheidung, sondern eine rein politische Entscheidung, um Deutschland den Vorwurf zu ersparen, wir hätten nicht alles getan, um den Felsblock auf dem Wege nach Europa wegzuräumen.

Wir haben immer und überall eine communautaire Haltung an den Tag gelegt. Ich war mir über folgendes klar, und damit habe ich eigentlich meine Amtszeit als Kanzler begonnen: Je mehr sich in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die Dinge zu der letzten Lösung verdichten, um so schwieriger werden die Probleme. Wir werden ohne eine politische Zusammenarbeit wahrscheinlich nicht bis zum letzten durchstoßen können. Wir werden immer noch durch nationale Egoismen und Vorstellungen von gestern gehemmt werden, dieses Ziel zu erreichen.

Das waren die Gespräche, die ich mit dem französischen Staatspräsidenten hatte. Ich war sehr glücklich, daß er sich in Rambouillet auf diesen Boden gestellt hat und sagte: Jawohl, ich bin mit Ihnen einverstanden, daß wir mit der politischen Zusammenarbeit Europas beginnen. Ich muß nach meinem Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten annehmen, daß die geplante Außenministerkonferenz, die wir für Anfang Mai vorgesehen hatten, ebenso wie eine nachfolgende Besprechung oder Konferenz der Regierungschefs stattfindet.

Wenn diese Konferenz nach Italien gelegt wurde, dann entsprach das folgender Vorstellung: Die letzten Verhandlungen dieser Art sind vor Jahren in Italien gescheitert. Darum wollte man jetzt dort wieder den Anschluß suchen. Ich vertraue darauf und werde alles tun — ich stehe in ständiger Verbindung mit dem französischen Staatspräsidenten —, um dieses Ziel zu erreichen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wenn wir hier weiterkommen, dann gewinnen wir auch die Möglichkeit oder eine festere Grundlage, um dem Problem der Wiedervereinigung näherzukommen. Auch ich bin der Meinung: das fällt nicht so losgelöst von allen übrigen Zeiterscheinungen und politischen Strömungen vom Himmel. Aber ich bin der festen Überzeugung, daß es ein Segen für ganz Europa wäre, wenn man eine europäische Ordnung gewährleisten könnte, die die Wiedervereinigung Deutschlands nach dem Grundsatz der Selbstbestimmung ermöglichen würde. Denn so lange wird es in Europa keine Ruhe geben – auch bei all unserem Willen und bei allen ehrlichen Beteuerungen, daß dieses Problem nicht mit Gewalt gelöst werden kann –, als hier nicht die letzte und befreiende Lösung gefunden worden ist.

(Beifall)

Noch ein Wort zur Nahostkrise! Daß wir uns im Kabinett über diesen Gegenstand zwei Tage lang unterhalten haben, ist wohl bei der weltpolitischen Bedeutung dieses Problems verständlich und dem Ernst der Situation angemessen. Ich glaube, das versteht das deutsche Volk sehr gut, wenn es auch manche Presse nicht verstanden hat.

(Beifall)

Ich habe nicht gezögert, als mir eine Kompromißlösung der Auffassungen nicht mehr möglich erschien, an jenem bekannten 7. März die

Entscheidung zu treffen, die eine gewisse Wendung bedeutet hat, indem ich den längst fälligen Schritt, nämlich die Anerkennung Israels, angeboten habe.

(Beifall)

Die Anerkennung Israels und die Befreiung von Waffentieferungen – auch das wird gelingen – sind wirklich alles andere als ein feindseliger Schritt gegenüber den arabischen Ländern.

Über 80 Staaten unterhalten diplomatische Beziehungen mit Israel und auch mit den arabischen Staaten. Dagegen wird nichts eingewandt! Ich weiß zwar nicht, warum wir schuldig sein sollen, warum wir uns Feindschaft zuziehen sollen, wenn wir dasselbe tun wie unsere Freunde und viele, viele andere Länder in der Welt?

(Beifall)

Wir müssen die alten Hypotheken abbauen, und wir müssen die Freundschaften pflegen - die Freundschaften auch zur arabischen Welt. Ich würde gegen meine Überzeugung handeln, wenn ich sagen wollte, daß diese Krise schon beendet ist. Aber ich glaube, die hektische Erregung nach den ersten Maßnahmen und den ersten Äußerungen wird allmählich doch einer ruhigeren Betrachtung Platz machen. Ich hoffe sehr, daß dann ein Weg gefunden wird, um das zu erreichen, was ich vorangestellt habe: einen Beitrag zur Entspannung im Nahostraume, dadurch, daß wir in beiden Teilen dieses Bereiches vertreten sind und unseren Einfluß in dem Sinne ausüben, daß wir unser Bestes tun, um diesen Menschen und diesen Völkern zu helfen. Und hier darf ich sagen, hier hat die SPD, die Opposition, in einem Maße versagt. daß man es als eine Schuld an der Nation betrachten kann. Sie hat ihre eigene Existenz verleugnet. Sie hat nicht einen einzigen konstruktiven Beitrag dazu geleistet, ja, sie hat sich in Äußerungen dieses oder ienes Mitalieds der Fraktion oder der Partei so zwiellchtig ausgedrückt, daß sie, wenn es gut geht, sagen kann: sie haben es auch gesagt; wenn es nicht gelingt, aber auch Zeugen für die Voraussage hat.

(Starker Beifall)

Meine Damen und Herren! Dabel war die SPD über manche Dinge besser unterrichtet als ich. Herr Erler wußte zum Beispiel von den Waffenlieferungen viel früher als ich davon Kenntnis hatte. Seine Schrankenwärtertheorie, die er heute in einem Interview zum besten gegeben hat, hilft uns auch nicht weiter. Die Reglerung ist auf sich allein gestellt, und die CDU ist willens, in vorderster Linie die Verantwortung für alles zu tragen, was sich aus der weiteren Regelung in diesem Raum ergibt.

(Starker Beifall)

Damit, meine Damen und Herren, komme ich zur Deutschlandfrage: Ich will hier gar nicht von Doktrinen sprechen. Es geht darum, daß wir

den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik für das ganze deutsche Volk, d. h. diesseits und jenseits von Mauer, Stacheldraht und Minenfeldern wahrnehmen; denn diese Menschen können nicht ihre Stimme erheben, sie werden nicht gehört. Sie sind auf uns angewiesen!

(Beifall)

Wir haben vor Gott und der Welt das Mandat,

(Starker Beifall)

für unsere Brüder und Schwestern drüben einzutreten. Ich stehe dafür, und Ich sage es immer wieder: Es ist eine Schande, daß in der Mitte des 20. Jahrhunderts und Inmitten Europas diese Trennung eines Volkes fortbestehen soll, daß uns verwehrt wird, was in der ganzen Welt heiliges Prinzip geworden ist.

(Starker Beifall)

Ein Volk, ein Land und ein Staat, die darauf verzichten würden, gäben sich selbst preis.

Nun wissen wir natürlich: wir allein können das Problem nicht lösen, und wir sind glücklich, daß unsere westlichen Verbündeten zu uns stehen. Und wenn wir immer wieder auf eine Deutschlandinitiative drängen, dann nicht etwa deshalb, well das ein Wahlschlager für uns ist, sondern weil wir einfach nicht darauf verzichten können und weil uns die Not der Menschen in der Zone auf dem Herzen brennt. Wir können auch nicht beliebig warten. Hier spielt ein Zeitfaktor mit, und ich melne, diesen müssen wir auch im Auge behalten. Denken Sie an die Menschen, die im Jahre 1933 den Nationalsozialismus erlebt haben. die damals 20 Jahre gewesen sind, die eigentlich noch nie die Demokratie und ein wirklich freiheitliches, bürgerliches, demokratisches Leben erlebt haben. Diese Menschen sind in der Zwischenzeit 53 Jahre geworden. Nur diejenigen, die älter sind, erinnern sich noch an die Zeit der Freiheit. Noch zehn oder noch zwanzig Jahre, dann sind buchstäblich nur noch die Greise in matter Erinnerung in der Lage, das zu rekonstruieren, was ein würdiges, freiheitliches und demokratisches Leben ist.

Das habe ich übrigens auch dem französischen Staatspräsidenten gesagt, als er seine Konzeption entwickelte. Ich habe Ihm gesagt, Ich leugnete nicht, daß auf lange Sicht realistische Züge darin sein können; aber das nützt mich nichts! Ich kann nicht vor das deutsche Volk hintreten und sagen, in zwanzig oder in dreißig Jahren kommt vielleicht dieser glückliche und ersehnte Tag. Nein, hier geht es um die Politik des Tages und für den Augenblick, und jeden Tag immer wieder aufs neue!

(Starker Belfall)

Es ist nicht zuviel gesagt, wenn ich meine, daß wir hier einen geschichtlichen Auftrag nicht nur für Deutschland, sondern für die Freiheit in der ganzen Welt zu erfüllen haben.

Nun komme ich zu den sogenannten "kleinen Schritten": Meine sehr verehrten Damen und Herren! Natürlich, wir haben sie geübt mit den Passierscheinen, wir betreiben den Interzonenhandel nicht um des Geschäftes willen, sondern um den Menschen drüben nicht das Gefühl des Verlassenseins zu geben. Wir haben Verbindungen im Verkehr, wir haben den Rentnerbesuchen zugestimmt, wir haben die Häftlingsentlassungen mit ermöglicht — das alles ist gut und schön. Wer aber annimmt, daß alle diese kleinen Schritte die Politik ersetzen könnten, die zielstrebig auf die Wiedervereinigung ausgerichtete Politik, der dürfte sich einer argen Täuschung hingeben. Nein, wir müssen sogar erleben, daß die übrige Welt glaubt: na ja, die arrangieren sich, es geht ja schließlich auch so. Nein, so geht es eben nicht, meine Damen und Herren!

(Starker Beifall)

Ich will sie nicht zu lange in dieser Halle halten, und ich möchte zusammenfassend doch zum Schlusse kommen: Die Lage der Bundesrepublik kann sich vor der Welt und vor uns selbst sehen lassen. Wir sind wieder jemand geworden, und wir haben einen Stand erreicht, nicht nur im eigenen Lande, was die Wohlfahrt und die Sicherheit betrifft, sondern auch in der Welt. Das wird am besten dadurch beleuchtet, daß wir das zweitstärkste Welthandelsland geworden sind.

Meine Damen und Herren! Wir stehen im Straßen- und Wohnungsbau – aber dank der wirtschaftlichen Leistung des ganzen Volkes! – an der ersten Stelle in Europa.

Mein verehrter Herr Vorredner hat schon beleuchtet, was es bedeutet, daß wir nach all dieser Trübsal und all der Zerstörung, nach dem Einströmen von Millionen von Flüchtlingen mit Sozialleistungen von 16,5 Prozent des Bruttosozialproduktes an der Spitze stehen. Das haben wir herausgearbeitet aus einer verfallenen und zerstörten Volkswirtschaft, und wer sagt, das sei der Grund, weshalb wir so viele soziale Leistungen erfüllen müßten — dann stimmt das natürlich vom moralischen Anspruch her gesehen; aber das mindert nicht die Notwendigkeit, diese sozialen Leistungen aus unserem Wirtschaftskörper zu erarbeiten, und das ist wahrlich eine stolze Leistung.

Wir, die CDU, wissen sehr gut, um was es geht und auch um das, woran es uns noch mangelt. Es ist darum kein Zufall, daß ich auf die Gemeinschaftsaufgaben auf der einen Seite immer stärkeres Gewicht lege und auf der anderen Seite der Überzeugung bin, daß uns vor allen Dingen eine Gesellschaftspolitik not tut, die auch das gesellschaftliche Leben in stärkerem Maße integriert. Aber ich will meinen Ausführungen vor dem Plenum der Partei hier nicht vorgreifen.

Meine Damen und Herren! Wenn ich demgegenüber die Äußerungen der SPD betrachte und beurteile — und ich bemühe mich, up to date zu bleiben —

(Heiterkeit)

muß ich sagen: die kommen mir vor, als ob sie in Schmierseife getaucht wären, wenn man sie fassen will, entwischen sie einem!

(Große Heiterkeit - Starker Beifall)

Meine Damen und Herren! Mit einer Opposition, die sich nicht mehr stellt, ist auch kein ernsthaftes Gespräch zu führen. Ich bleibe dabel: Wir sind nach unserer Leistung, nach unserer Erfahrung berufen, für die Stabilität im Staat, in unserer Demokratie und in der Wirtschaft zu sorgen. Ich meine, wir haben es auch an dem moralischen Ernst und an Anstrengung nicht fehlen lassen, um uns den inneren und äußeren Frieden zu erhalten. Wir haben in unserer Partei den Hader der Konfessionen überwunden. Welcher Segen ist daraus für uns alle erwachsen? — Wir haben eine klassenlose Gesellschaft ganz moderner Prägung im Gegensatz zu dem Kommunistischen Manifest.

Wir handeln aus Erfahrung, aus Wille und aus Erkenntnis nach einer Bewährung vor dem ganzen deutschen Volk. Wir sind aufgerufen, so wie nach dem Zusammenbruch in einer schier ausweglosen Lage, doch der Welt ein ordnungspolitisches Prinzip vor Augen zu führen und glaubhaft zu machen, über das heute nicht nur in Deutschland, sondern in der freien Welt nicht mehr gestritten wird.

Wir können etwas leisten für uns und für die übrige, für die freie Welt. Es kann auch ein Modell sein, das einmal die Fesseln und die Verkrampfungen zwischen Ost und West löst und auf solche Weise vielleicht eine Aussicht eröffnet, daß wir wieder zusammenfinden in ein em deutschen Vaterland.

(Anhaltender, stürmischer Beifall)

(Mit starkem Beifall begrüßt)

Bundesminister Ernst Lemmer: Meine Damen und Herren! Der Vorsitzende, mein Freund Dufhues, hat mich gebeten, das Schlußwort zu sprechen. Soweit nicht bekannt: mein Name ist Ernst Lemmer,

(Heiterkeit)

geboren im Bergischen Land, seit 15. März 1922 Berliner, was ich bis an mein Lebensende bleiben werde.

(Bravo! - Starker Beifall)

Es ist meine erste Pflicht, den beiden Kanzlern für das zu danken, was sie uns gesagt haben, um damit unserer großen Befriedigung Ausdruck zu geben, daß wohl zwei sehr eigenständige und eigenwillige Männer zu uns gesprochen haben.

Vielleicht waren Nuancen in der Gemütstönung zu vernehmen. In dem Willen, das Werk fortzusetzen, das die Christlich Demokratische Union begonnen hat, sind sich beide einig.

(Starker, anhaltender Beifall)

Den Beobachtern gegnerischer Parteien kann Ich versichern, daß wir sehr stolz darauf sind, daß es in unserer Partei nicht Monologe gibt, sondern Dialoge, Auseinandersetzungen um den richtigen Weg unseres Wirkens für Deutschland.

(Beifall)

Wir sind weder ein politischer Kasernenhof noch ein politischer Sack von Flöhen,

(Heiterkeit)

sondern wissen, daß der schöpferische Weg der Politik nur aus geistiger Spannung und freimütigem Meinungsaustausch gefunden werden kann. Herr Altbundeskanzler Dr. Konrad Adenauer, Sie wiesen auf die Entstehung unserer CDU hin. Ich habe nur eine ganz kleine Differenz mit Ihnen — die werden wir beide mit ins Grab nehmen —, nämlich die Antwort auf die Frage: Ist diese neue Partei zuerst am Rhein oder an der Spree gegründet worden? Die einzige Differenz!

(Heiterkeit und Beifall)

Aber eines steht fest: Wir haben uns vom Rhein zur Spree und umgekehrt sehr schnell gefunden, weil es uns um Deutschland ging — das Thema dieses Parteitages!

Es ist gut, wenn wir in diesem Jahr, auch wenn es in den Wahlkampf hineinfällt, zurückblicken wollen auf jene Begegnungen, in denen wir diese den Staat nunmehr 16 Jahre in allerschwerster Zeit tragende CDU/CSU gegründet haben. Es gibt viele Gedenktage in diesem Jahr. Lassen Sie mich freimütig bekennen: Am 8. Mai wünsche ich, daß wir alle in unser Kämmerlein gehen, über alles nachdenken in tiefer Besinnung und auf alle Feierlichkeiten verzichten und diese Herrn Ulbricht in Ost-Berlin überlassen.

(Starker Beifall)

Und zu Ihnen gewandt, Herr Bundeskanzler Professor Ludwig Erhard, darf ich, der ich die Ehre habe, wie einem Kabinett Konrad Adenauer heute dem Ihrigen anzugehören, sagen: mein Berliner Mitbürger Willy Brandt hat gestern verkündet, Sie stünden einer nur bedingt geschäftsfähigen Regierung vor. Es wäre billig, zu antworten: Und Herr Erler oder Herr Brandt steht meiner Meinung nach nur einer bedingt geschäftstüchtigen Opposition vor.

(Beifall)

Aber das ist nicht das letzte, was ich zusammengefaßt, ohne zu wiederholen, Ihnen in diesem Augenblick sagen möchte. Ich habe keine Sorge gehabt, aber es war mir nicht wohl, als wir in den letzten Tagen wieder von Koalition usw. sprachen. Dr. Erhard meint, es sei keine Krisis gewesen. Er hat sie nach menschlichem Ermessen verhindert. Aber dem Koalitionspartner, der sich uns in Frankfurt sehr eingehend gewidmet hat, darf ich doch eine sehr freundschaftlich gemeinte Antwort geben: Wenn wir mit einem Riß in diesen Wahlkampf hineingehen, wird die FDP noch mehr Schaden nehmen als wir. Davon bin ich überzeugt.

(Starker Beifall)

Von einem fahrenden Schiff soll man nur abspringen, wenn es leck geworden ist. Dazu besteht keine Veranlassung; denn daß dieses Schiff fahrfähig bleiben wird, dafür sorgt die Regierung der CDU/CSU, wenn es sein müßte, auch alleine, meine Damen und Herren.

(Erneuter starker Beifail)

Ich kann meinem ganzen Naturell nach diese Versammlung unmöglich abschließen, ohne hier bei meiner Verbundenheit zu Vertriebenen und Flüchtlingen doch noch ein einziges Wort ganz zum Abschluß zu sagen. Jeder vierte Bürger der Bundesrepublik und West-Berlins ist Heimatvertriebener oder Flüchtling. Wir haben ihnen hier eine lebenswürdige Heimat gegeben so lange, bis durch das Selbstbestimmungsrecht unseres ganzen Volkes erst endgültige geschichtliche Tatbestände geschaffen werden können.

(Beifall)

Wir tun diesen unseren Mitbürgern, die mitgewirkt haben an all dem Schaffen zu Neuem, wie es in diesen 16 Jahren gelungen ist, keinen Dienst — das möchte ich mit dem Blick in eine bestimmte Richtung aussprechen —, wenn wir beginnen, allzuviel von kleinen und neuerdings sogar von mittleren Schritten zu sprechen. Niemand widersetzt sich einer Handlung der Vernunft. Politik kann nicht aus der Emotion, muß mit Vernunft gemacht werden. Niemand will sich kleinen Schritten aus Prinzip widersetzen. Aber eines muß zur Warnung gesagt werden: Wir wollen nicht dazu beitragen, die Ungeheuerlichkeit der Tellung unseres Landes gegen jedes Menschenrecht durch sogenannte kleine Schritte zu verniedlichen.

(Starker Beifall)

Ich hatte mir vorgenommen, noch mehr zu sagen. Ich verzichte. Wir haben hier in dieser Schwüle lange genug aushalten müssen. Aber, meine lieben Freunde, wenn noch einmal auch von mir der Blick zurück auf das Jahr 1945 geworfen werden darf — und das ist das, was uns in der CDU/CSU berechtigterweise immer mit Befriedigung erfüllen muß —: wir waren gewarnt von den Irrtümern Weimars; wir wußten, was in der Weimarer Republik, die zu mißachten und zu verunglimpfen ich der allerletzte wäre — sie stand unter ganz besonderen Existenz-bedingungen, von innen und außen war ihr nahezu die Existenz unmöglich gemacht —, geschehen war. Aber eines haben wir aus dieser Zeit gelernt: Nur ganz große Parteien sind in der Lage, die Demokratie krisenfest zu machen. Im kommenden Wahlkampf geht es einfach darum, ob die Männer der SPD oder die bewährten Männer der CDU/CSU und, wenn die FDP weiter will, die der FDP mit ihnen den Wie-

deraufbau unseres deutschen Vaterlandes bis zur Einigung aller Deutschen in einem Staat erreicht haben werden.

(Starker Beifall)

Ich bin im allgemeinen nicht dafür, unsere Nationalhymne zu mißbrauchen. Ich habe kürzlich in einer Berliner Veranstaltung, die, glaube ich, noch größer war als diese — ja, wir Berliner sehen alles etwas größer —, gesagt — weil es eine Landesveranstaltung war —: Verzichten wir auf den Abschluß durch "Einigkeit und Recht und Freiheit". Bei mir meldet sich da immer ein bißchen kommunistische Unterwelt; das bin ich gewöhnt, das ist nicht schlimm. Meine Damen und Herren, da habe ich gesagt: Lassen wir das. Aber da wir uns am Vorabend des 13. Bundesparteitages der Christlich Demokratischen Union Deutschlands befinden und es hler um das Leitwort geht "Es geht um Deutschland", bitte ich Sie, sich zum Abschluß dieser Kundgebung von den Plätzen zu erheben und gemeinsam zu singen: Einigkeit und Recht und Freiheit.

(Die Versammlung erhebt sich und singt gemeinsam die dritte Strophe des Deutschlandliedes.)

Die Kundgebung ist geschlossen.

Montag, 29. März 1965

Eröffnung des Bundesparteitages Grußworte

1. Plenarsitzung

Eröffnung des Bundesparteitages durch den Ersten Vorsitzenden Wahl des Parteitagspräsidiums

Grußworte

des Präsidenten des Bundesparteitages des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen des Vorsitzenden der CSU des Vertreters der ausländischen Gäste

Bundesvorsitzender Dr. Adenauer

Meine lieben Parteifreunde! Ich eröffne den 13. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union und heiße Sie alle herzlich willkommen. Es ist zunächst unsere Aufgabe, das Parteitagspräsidium zu wählen. Mit dieser Frage haben sich gestern der Parteivorstand und der Parteiausschuß beschäftigt. Sie schlagen Ihnen vor, als Präsident des Bundesparteitages Herrn Grundmann zu wählen; als Mitglieder des Präsidiums:

Frau Giese Frau Jochmus Herrn Jahnen Herrn Klesinger Herrn Dr. Lemmke Herrn Dr. Klepsch Herrn Niermann Herrn Singl.

Ich nehme an, daß alle Genannten in diesem Saal anwesend sind, und darf nun Herrn Präsident Grundmann bitten, die Leitung des Bundesparteitages zu übernehmen.

Präsident Grundmann: Herr Bundesvorsitzender! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Meine lieben Parteifreunde! Ich darf herzlichst für das Präsidium danken, daß Sie uns beauftragt haben, diese Verhandlungen zu leiten. Ich darf in die Begrüßung eintreten und begrüße zunächst sehr herzlich den Vorsitzenden der Bundespartel, Herrn Altbundeskanzler Dr. Adenauer.

(Starker Beifall)

Ich begrüße Herrn Bundeskanzler Professor Dr. Ludwig Erhard,

(Starker Beifall)

den Geschäftsführenden Vorsitzenden der Partei, Herrn Dufhues;

(Beifall)

der Stellvertretende Geschäftsführende Vorsitzende Herr von Hassel ist leider erkrankt. Er kann an der heutigen Beratung nicht teilnehmen. Ich begrüße die weiteren Mitglieder des Präsidiums, Herrn Bundesminister Theo Blank, Herrn Präsidenten Dr. Eugen Gerstenmaier und Herrn Bundesminister Dr. Heinrich Krone:

den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Dr. Rainer Barzel:

(Beifall)

die Ministerpräsidenten der CDU, Herrn Kiesinger, Herrn Dr. Lemcke, Herrn Dr. Meyers, Herrn Dr. Röder — Herr Dr. Altmaier läßt sich entschuldigen, weil seine Frau schwer erkrankt ist —;

(Beifall)

die Mitglieder der Bundesregierung, Herrn Dr. Heck, Herrn Lemmer, Herrn Lücke, Herrn Minister Schmücker, Herrn Schwarz, Frau Dr. Elisabeth Schwarzhaupt, Herrn Dr. Hans-Christoph Seebohm und Herrn Dr. Weber:

(Beifall)

die Bundesminister Herrn Hermann Höcherl, Herrn Dr. Dollinger und Herrn Stücklen von der CSU.

(Beifall)

Ich darf herzlichst begrüßen die Landtagspräsidenten der CDU und zahlreiche Landesminister, die unter uns sind.

(Beifall)

Ich begrüße die Unionsfreunde aus der Fraktion des Bundestages, aus den Fraktionen der Landtage und aus den Parlamenten der kommunalen Ebene.

(Beifall)

Ein besonders herzlicher Gruß gilt den Freunden der Christlich Sozialen Union, an ihrer Spitze dem Vorsitzenden, unserem Freund Dr. Franz Josef Strauß.

(Langanhaltender Beifall)

Wir haben zahlreiche ausländische Ehrengäste unter uns, die entweder schon eingetroffen sind oder noch zu uns kommen werden. Ich darf sie herzlichst begrüßen: für die Internationale Union Christlicher Demokraten den Generalsekretär, Herrn Seitlinger;

(Beifall)

für die Christlich Demokratische Fraktion des Europäischen Parlaments Herrn Präsident Poher und Herrn Generalsekretär Dr. Lenz;

(Beifall)

für die Organisation Christlicher Demokraten Lateinamerikas Herrn Präsident Dr. Caldera;

(Beifall)

für die Christlich Demokratische Union Zentraleuropas Herrn Generalsekretär Sieniewicz.

(Beifali)

Wir begrüßen unsere belgischen Freunde: für die Christlich Soziale Partei Herrn Generalsekretär Tindemans;

(Beifall)

für die Konservative Volkspartei Dänemarks Herrn Außenminister a. D. Kraft.

(Beifall)

Wir begrüßen unsere französischen Freunde: für die MRP Herrn Präsldent Lecanuet, Herrn Bürgermeister Vendroux und Herrn Generalsekretär Baumel;

(Beifall)

für die Konservative Partei Englands begrüßen wir Baroneß Emmet

(Beifall)

und Mr. Wall;

(Beifall)

für die Democrazia Cristiana Italiens den Generalsekretär Rumor (Beifali)

und die Herren Abgeordneten Sarti und Bisaglia;

(Beifall)

für die Anti-Revolutionäre Partei Hollands Herrn Präsident Dr. Berghuis; (Beifall)

für die Christlich Historische Union Hollands Herrn Pfarrer Gerssen und Herrn Professor Dr. Niftrik;

(Beifall)

für die Katholische Volkspartei Hollands Herrn Dr. Horbach und Herrn Generalsekretär Dr. Kleisterlee:

für die Höyre Partei Norwegens Herrn Domprobst Dr. Loning;

(Beifall)

für die österreichische Volkspartei Herrn Staatssekretär Dr. Carl Bobleter und Herrn Generalsekretär Nationalrat Dr. Withalm;

(Beifall)

für die Högerpartei Schwedens Herrn Präsident Leif Cassel und Herrn Nilsson:

(Beifall)

für die Konservativ-Christlichsoziale Volkspartei der Schweiz Herrn Präsidenten Nationalrat Dr. Ettore Tenchio

(Beifall)

und Herrn Generalsekretär Dr. Rosenberg, dem wir sehr herzlich zu seinem heutigen Geburtstag gratulieren dürfen.

(Lebhafter Beifall)

Ich darf, meine Damen und Herren, sehr herzlich begrüßen den Präsidenten der EWG-Kommission, Herrn Professor Dr. Hallstein;

(Beifall)

das Mitglied der Hohen Behörde der Montan-Union, unseren Parteifreund, Herrn Dr. Hellwig;

(Beifall)

Herrn Staatssekretär a. D. Dr. Strauß vom Gerichtshof der europäischen Gemeinschaften.

(Beifall)

Ich darf die Vertreter der Kirchen begrüßen, für die Evangelische Kirche Herrn Bischof Kunst:

(Beifall)

für die Katholische Kirche Herrn Prälat Wissing vom Katholischen Büro Bonn.

(Beifall)

Wir begrüßen sehr herzlich vom Zentralrat der Juden in Deutschland, Herrn Dr. van Dam.

(Beifall)

Wir begrüßen den Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf, unserer gastgebenden Stadt, Herrn Oberbürgermeister Becker.

(Beifall)

Wir begrüßen den Vizepräsidenten des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, Herrn Dr. Roesen;

(Beifall)

den amtierenden Vorsitzenden der Katholischen Arbeiterbewegung, Herrn Winkelheide, MdB;

vom Verband Evangelischer Gesellen- und Meistervereine im Bundesgebiet, Herrn Karl Heine;

(Beifall)

vom Bund Evangelischer Lehrer, Herrn Helmut Heine.

(Beifall)

Dazu begrüßen wir die Vertreter zahlreicher Verbände des kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Unter ihnen darf ich namentlich begrüßen den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsverbandes, Herrn Ludwig Rosenberg;

(Beifall)

den Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes, Herrn Alfred Krause; (Beifall)

den Vorsitzenden der Deutschen Angestelltengewerkschaft, Herrn Rolf Späten;

(Beifall)

den Vorsitzenden des Christlichen Gewerkschaftsbundes, Herrn Seiler;
(Beifall)

den Vorsitzenden des Deutschen Bundeswehrverbandes, Herrn Hermann Stahlberg;

(Beifall)

von der Union der Leitenden Angestellten, Herrn Dr. Schulz-Knappe.

(Beifall)

Ich darf ebenso herzlich begrüßen den Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Herrn Professor Dr. Siegfried Balke:

(Beifall)

das Mitglied des Präsidiums der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, Herrn Friedrich Conzen;

(Beifall)

den Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstages, Herrn Dr. Albrecht Düren;

(Beifall)

den Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes, Herrn Johannes Hummel;

(Beifall)

den Präsidenten des Deutschen Raiffeisen-Verbandes, Herrn Staatssekretär a. D. Dr. Theodor Sonnemann;

(Beifall)

den Präsidenten des Familienbundes der Deutschen Katholiken, Herrn Dr. Hans Hutter.

Ich begrüße sehr herzlich den Präsidenten des Verbandes der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands, Herrn Dr. Friedrich-Wilhelm Weltersbach.

(Beifall)

Ich begrüße den Vorsitzenden des Reichsbundes der Kriegs- und Zivilbeschädigten Deutschlands, Herrn Rudolf Kleine.

(Beifall)

Ich begrüße den Präsidenten des Bundesverbandes der freien Berufe, Herrn Dr. Karl Winter:

(Beifall)

den Direktor des Deutschen Volkshochschulverbandes, Herrn Helmut Wolf:

(Beifail)

den Hauptgeschäftsführer des Deutschen Gemeindetages, Herrn Dr. Rüdiger Göb:

(Beifall)

den Stellvertretenden Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Herrn Dr. Bruno Weinberger.

(Beifall)

Ich darf besonders herzlichst hier auf diesem Parteitag die zahlreichen Vertreter der diplomatischen Vertretungen in Bonn und Düsseldorf willkommen heißen.

(Beifall)

Ich begrüße mit besonderer Herzlichkeit und Freude über die zahlreiche Teilnahme die Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen, insbesondere die Herren Intendanten.

(Beifall)

Ich darf noch nachträglich sehr herzlich den Vizepräsidenten des Europaparlaments, Herrn Professor Furler, begrüßen.

(Beifall)

Meine lieben Parteifreunde! Seit dem 12. Bundesparteitag sind eine Reihe unserer Freunde von uns gegangen, und ich darf Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen)

Aus den Reihen des Bundesvorstandes unserer Partei sind von uns gegangen: Frau Dr. Luise Rehling, der Vorsitzende der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Bundesminister a. D. Dr. Heinrich von Brentano und Johannes Evens. Wir gedenken ihrer stellvertretend für alle diejenigen unserer Freunde in den Landes- und Kreisverbänden unserer Partei, die seit unserem letzten Parteitag verstorben sind. Ich bin davon

überzeugt, daß sie auf dem schweren Feld der politischen Arbeit das Ziel ihres Lebens erreichen konnten. Ich darf ihnen danken, daß Sie sich von den Plätzen erhoben haben.

Meine lieben Parteifreunde! Sehr verehrte Gäste! Die Stadt dieses Parteitages ist zugleich die Hauptstadt des bevölkerungsreichsten Bundeslandes. Sie liegt an den Ufern des Rheines. Sie wird der Schreibtisch des Ruhrgebiets und die Tochter Europas genannt. Hier, wo man den Pulsschlag der Wirtschaft nicht überhören kann, findet die politische Orientierung einer großen Partei das besondere Interesse der Bevölkerung. Vom Erfolg dieser Orientierung - das wissen die Menschen an Rhein und Ruhr - hängt auch ihr persönliches Schicksal, ihr eigenes Wohlergehen ab. Frieden und soziale Ordnung, Freiheit und Verantwortung für den Mitmenschen und die Gemeinschaft der Familie wie die des Volkes mit den Mitteln einer nach christlich demokratischen Grundsätzen gestalteten Politik zu sichern, ist unsere gemeinsame Aufgabe, deren Erfüllung dieser 13. Parteitag dient. Möge er unserer Arbeit neue Impulse verleihen und stärken in dem Bewußtsein, welche Verantwortung uns allen besonders in diesem Jahr der Bundestagswahlen auferlegt ist. Als Vorsitzender der gastgebenden Landespartei der Rheinischen CDU darf ich Ihnen die Grüße ihrer Mitglieder sagen. Wir sind hier im Rheinland bereit und gerüstet, auch die vor uns liegende Bewährungsprobe im 20. Jahr unseres Bestehens durchzuführen. Ein erfreuliches Zeichen bedeutet für uns alle in dieser Partei sicherlich das Anwachsen der Mitaliederzahlen insbesondere aus der jungen Generation. Wir werten es als einen zunehmenden Beweis der Bereitschaft unserer Bevölkerung, aus der Rolle politischer Zaungäste hineinzuwachsen in die Gestaltung der Zukunft und mitverantwortlich Aufgaben zu übernehmen. In der rauhen Wirklichkeit unseres wirtschaftlichen und sozialen Lebens schärft sich der Blick für die Realitäten und Notwendigkeiten einer weit über den Tag hinausgehenden Politik gerade in diesem Land an Rhein und Ruhr.

Um deren Grundlinien und Formen geht es uns in diesen Tagen hier in Düsseldorf, der Hauptstadt Nordrhein-Westfalens.

Darum lassen Sie mich als Vorsitzender der Rheinischen CDU Ihnen hier an diesem 13. Bundesparteitag wünschen, daß wir lebendige, zielstrebige und klare Aussprachen haben werden und daß unsere Delegierten von nah und fern, denen unser besonderer Wilkommensgruß gilt, damit zum Ausdruck bringen, daß die innere Verbundenheit unserer Freunde in der Partei, wo sie auch stehen mögen, mit den gewählten Verantwortlichen der Bundespartei untrennbar ist, daß wir zusammenstehen, um die Zukunft zu gewinnen.

Meine Damen und Herren! Ich darf in die Tagesordnung des Parteitages eintreten.

Ich darf zunächst den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Herrn Ministerpräsidenten Dr. Franz Meyers, bitten, das Wort zur Begrüßung zu nehmen. Ministerpräsident Dr. Franz Meyers: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde in der Union! Sie alle, die Sie zum diesjährigen Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union in die Hauptstadt des Landes Nordrhein-Westfalen gekommen sind, heiße ich im Namen der Landesregierung und im eigenen Namen recht herzlich aufrichtig willkommen.

Daß, wie vor vier Jahren, auch in diesem Jahr der Bundestagswahl der Bundesparteitag der CDU wieder im Lande Nordrhein-Westfalen stattfindet, erfüllt mich mit aufrichtiger Genugtuung. Ich sehe darin auch eine Entscheidung für dieses Land an Rhein und Ruhr, an Weser und Lippe. Dieses Land hat eine Bevölkerung von über 16 Millionen Einwohnern, ein Drittel der Bevölkerung der Bundesrepublik und fast soviel wie die Zone. Dieses Land ist dank seiner Bevölkerungsstärke für unsere Partei in dem vor uns stehenden Wahlkampf von besonderer, ja möglicherweise entscheidender Bedeutung.

Vor vier Jahren war die Wahl Kölns ein Zeichen für die Entschlossenheit unserer Union, sich — wie bisher — weiter den großen zukunftsweisenden wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Entwicklungstendenzen in unserem öffentlichen Leben zu stellen.

Die Wahl Düsseldorfs bestätigt diese Entschlossenheit aufs neue; denn was man auch immer für oder gegen dieses Land Nordrhein-Westfalen sagen mag: Unbestreitbar ist jedenfalls, daß es wohl kaum eine deutsche Landschaft gibt, in der die zukunftsweisenden Entwicklungstendenzen so deutlich zutage treten, in der die Probleme der wirtschaftlichen Neuordnung und Ausrichtung auf die Zukunft so gegenwärtig und spürbar, so drängend und nach Antwort verlangend zutage treten.

Arbeit heißt dieses Land, hat der Arbeiterdichter Heinrich Lersch geschrieben. Die führenden Männer und Frauen der Christlich Demokratischen Union haben sich gestern an den Gräbern Karl Arnolds und Josef Gockelns versammelt, um mit diesem symbolischen Akt aller der Männer und Frauen der Union zu gedenken, die an ihrer Gründung entscheidend beteiligt waren und die Ziele der Union mit formuliert und geprägt haben.

Die Namen Karl Arnold und Josef Gockeln stehen stellvertretend für viele unserer politischen Freunde im rheinisch-westfälischen Raum, die in der Geschichte der Christlich Demokratischen Union Männer und Frauen der ersten Stunde waren und damit Zeugnis ablegten für die politische Kraft, die der Christlich Demokratischen Union seit der ersten Stunde ihres Bestehens aus diesem Lande zugeflossen ist.

Wir Christlichen Demokraten In Nordrhein-Westfalen sind stolz auf diesen gewichtigen Anteil, den Männer und Frauen unseres Landes zum Wachsen und Gedeihen unserer Union beigetragen haben und beitragen.

Diesen Beitrag halten wir für um so nötiger, als er stets darauf gerichtet war und ist, dem Wirken der Christlich Demokratischen Union

neuen Auftrieb zu geben, ihre Arbeit durch Fragen und Sorgen der Menschen der größten Industrielandschaft Europas zu befruchten und dazu beizutragen, daß unsere Union im besten Sinne des Wortes eine moderne, der Erkenntnis der Gegenwart und der Sorge für die Zukunft verpflichtete politische Kraft in der Bundesrepublik Deutschland bleibt. Es geht um Deutschland. – Unter dieser Losung wird dieser Parteltag stehen und arbeiten. Was könnte die Berechtigung dieser Losung besser dartun als ein Blick auf die politische Landschaft der Bundesrepublik? Die letzten Monate haben uns mit einer bisher wohl nicht gekannten Eindringlichkeit gezeigt, daß wir in der deutschen Außenpolitik einer Periode neuer Entwicklungen entgegengehen, daß sich Im weltweiten Maßstab Veränderungen und Verschiebungen vollziehen, lich gesinnten Deutschen und ihr Alleinvertretungsrecht auf das stärkste berühren.

Die europäische Einigung bedarf neuer und mutiger Antriebe, und innerhalb der deutschen Grenzen gibt es im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich genug Aufgaben, die uns zu neuer Aktivität und zu zielbewußtem Handeln auffordern.

Angesichts dieser vielfältigen und ernsten neuen Aufgaben und Probleme stehen wir vor der Verpflichtung, die Arbeit unserer Partei mit neuem Leben und mit neuer Kraft zu erfüllen, ihre innere Geschlossenheit zu stärken, ihre Initiative zu beleben und damit zugleich unseren Mitbürgern zu zeigen, daß die CDU, die seit mehr als 15 Jahren das politische Schicksal unseres Volkes lenkt, auch für die Zukunft die richtigen Mittel und Wege zur Bewältigung der deutschen Probleme aufzuzeigen und in die Tat umzusetzen vermag.

Das ist nach einer so langen Zeit schwerster politischer Last und Verantwortung gewiß eine große Aufgabe für eine Partei, die vor der Notwendigkeit steht, ihre besten politischen Kräfte einem harten und rücksichtslosen Abnutzungsprozeß auszusetzen. Wir hier an Rhein und Ruhr wissen aber, daß guter Stahl durch solche Härteprüfungen nur noch welche die Position der Bundesrepublik als der Sprecherin aller freiheltbesser wird.

(Beifall)

Und wer sich in redlicher Gesinnung die Mühe macht, den Weg der CDU in einer mehr als 15jährigen Regierungsverantwortung zu überprüfen, der wird zugeben müssen, daß diese Partei bislang auch die schwersten Aufgabe bewältigt hat.

Wir hier in Nordrhein-Westfalen, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Freunde in der Union, wissen, worum es in Zukunft geht. Wir haben in den zurückliegenden Jahren in einer umfassenden Analyse die Struktur unseres Landes untersucht. Wir wissen, wo die Aktiva unseres wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens liegen. Wir wissen aber auch, wo die Passiva sind. Wir sind entschlossen, diese Passiva mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu beseitigen.

Wir beginnen mit einem Strukturverbesserungsprogramm auf breitester Grundlage, mit umfassender Zielrichtung und dem Einsatz sehr großer Mittel, um dafür Sorge zu tragen, daß Nordrhein-Westfalen, das wirtschaftliche Herzstück der Bundesrepublik, auch in einer sich durch technischen Fortschritt ständig wandelnden Welt den ihm gebührenden Platz behält.

In der Erkenntnis, daß der Aufbau des öffentlichen Bildungswesens eine wesentliche Voraussetzung für die Entfaltung unseres wirtschaftlichen Lebens in der Zukunft ist, sind wir mit allem Nachdruck darangegangen, unsere Bildungseinrichtungen zu vermehren, ihr Gefüge und die Arbeitsziele den Notwendigkeiten der Zukunft anzupassen und zugleich vor der deutschen Öffentlichkeit zu zeigen, daß und wie man so etwas machen kann.

Nordrhein-Westfalen ist, in diesem großen, allgemeinen Sinne verstanden, schon seit Jahr und Tag eine riesige Großbaustelle. Diese wird es nach unserem Willen noch eine geraume Zeit bleiben, weil wir erst dann erreicht haben, was uns heute noch als Ziel vorschwebt.

Die Menschen dieses Landes werden daher den Beratungen dieses Parteitages mit besonderem Interesse und besonderer Aufgeschlossenheit folgen. Sie erwarten von diesem Parteitag der Christlich Demokratischen Union im Jahre der Bundestagswahl neue Aufschlüsse darüber, wie unsere Partei in ihrer Sorge um Deutschland ihre Ziele in den kommenden vier Jahren praktisch in die Tat umsetzen will. Vor allem aber erwarten sie, daß die CDU sich durch diesen Parteitag als das erweist, was sie in ihren Augen schon seit Jahren war und deshalb auch in Zukunft sein soll: eine große, geschlossene, der Zukunft zugewandte kraftvolle Volkspartei, die weiß, worauf es ankommt, und die deshalb zu entscheiden und zu handeln versteht.

(Beifall)

Wir dürfen und wir werden die Erwartungen unserer Mitbürger nicht enttäuschen, weil wir der Überzeugung sind, daß das Schicksal Deutschlands in den besten Händen liegt, wenn es in den Händen der CDU liegt.

(Beifall)

In diesem Sinne gelten Ihnen allen, meine Freunde in der Union, die aufrichtigsten Wünsche für den Erfolg dieses Parteitags. In dieser Gesinnung begrüße ich Sie mit dem schönen alten Gruß dieses Landes, mit einem herzlichen Glückauf.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Grundmann: Herr Ministerpräsident, ich darf Ihnen sehr herzlich für Ihr Grußwort danken, und ich darf anknüpfen daran den Dank für eine siebenjährige Arbeit an der Spitze der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, eine Arbeit, die Sie zu einem Zeitpunkt übernommen haben, als Karl Arnold nicht mehr unter uns weilte, und von der man mit Fug und Recht sagen kann, daß sie in derselben christlichen, demokratischen und sozialen Gesinnung fortgeführt wurde, wie sie von Karl Arnold begonnen worden war.

(Beifall)

Ich möchte gerade diesen Zeitpunkt dazu benutzen, um in unserer Mitte sehr herzlich Frau Liesel Arnold zu begrüßen.

(Lebhafter Beifall)

Darf ich nunmehr Sie, Herr Oberbürgermeister, bitten, namens der Stadt Düsseldorf zu uns zu sprechen.

Oberbürgermeister Becker: Herr Präsident! Herr Bundesparteivorsitzender! Herr Bundestagspräsident! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie im Namen der Stadt Düsseldorf auf diesem außerordentlichen Parteitag der Christlich Demokratischen Union.

Die Stadt Düsseldorf gibt ihrer Freude darüber Ausdruck, daß diese, im Jahre der Bundestagswahl besonders bedeutsame Veranstaltung hier, in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt durchgeführt wird. Ich verbinde damit die Hoffnung, daß Sie, meine Herren vom Präsidium und vom Organisationskomitee hier in Düsseldorf alle Voraussetzungen vorfinden werden, die für das gute Gelingen — insbesondere in organisatorischer Hinsicht — einer so großen und wichtigen Veranstaltung erforderlich sind.

Parteitage, meine Damen und Herren, haben im politischen Leben eine wichtige Funktion. Sie sind gewissermaßen wie Leuchttürme, die den Weg einer Partei markieren, und sie haben ihre besondere Bedeutung in unserer Demokratie, in der die Parteien die staatstragenden Elemente darstellen. Ein Parteitag ist deshalb nicht nur für diejenige Partei bedeutsam, die ihn durchführt, sondern für die große Öffentlichkeit und natürlich ebenso selbstverständlich für die Angehörigen anderer Parteien. Zu dieser Kategorie gehöre auch ich hier heute, und ich darf mich hier in diesem Saale wohl mit Recht als Vertreter einer echten Minderheit vorstellen. Ich gehöre nämlich der SPD an, jener Partei, die bei den Kommunalwahlen im September des vergangenen Jahres in dieser Stadt nach Mandaten die absolute Mehrheit errungen hat und seitdem wieder den Oberbürgermeister stellt. Trotzdem — ich möchte besser sagen: — gerade deshalb — bin ich heute zu Ihnen gekommen, um Sie herzlichst willkommen zu heißen.

Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, meine Damen und Herren, daß die Stadt Düsseldorf mit der Geschichte der CDU besonders eng verknüpft ist. Große Männer wie Arnold und Gockeln, deren Namen in Ihrer Partei und in der Öffentlichkeit unvergessen sind, haben in Düsseldorf als Oberbürgermeister gewirkt. Dr. Robert Lehr, Mitbegründer der CDU in Düsseldorf und Bundesinnenminister, war Oberbürgermeister dieser Stadt bis 1933, bis zu jenem Jahr also, in dem ihn die damaligen Machthaber aus dem Amt entfernten und ihm den Prozeß machten, aus dem er im übrigen völlig rehabilitiert hervorging.

Meine Damen und Herren, es grenzt aber an bodenlose Unverschämtheit, wenn der damals für diese Dinge verantwortliche Gauleiter Florian in den letzten Wochen rechtliche Schritte gegenüber der Stadt Düsseldorf angedroht hat wegen einer Darstellung dieser Vorkommnisse aus den Jahren 1933 und 34 in einer kleinen Stadtgeschichte, die vom Kulturamt unserer Stadt herausgegeben worden ist und die Herrn Florian nicht gefällt.

Bei der Verbindung dieser Stadt zu der Geschichte der CDU kann ich mich aber auch auf noch lebende und sogar teilweise heute hier anwesende Vertreter ihrer Partei berufen.

Zu einer Zeit, als unser heutiger Bundespräsident in Düsseldorf Ernährungsminister war und sich darum bemühte, das Getrelde für die Brotration des nächsten Tages zu beschaffen, hieß der CDU-Fraktionsvorsitzende in unserem Landtag Dr. Adenauer. Sehen Sie, Herr Altbundeskanzler, damals hatten Sie natürlich andere Sorgen als heute, wo Sie als Vorsitzender der CDU diesem Parteitag präsidieren. Ich bin zur Feier des heutigen Tages noch etwas tiefer in die Vergangenheit hinabgestlegen, denn ich wollte einen Beitrag zu dem reizvollen Thema leisten: "Dr. Adenauer und Düsseldorf". Unser Stadtarchivdirektor hat mir dieser Tage einen vergilbten Zeitungsabschnitt aus den 20er Jahren übersandt, in dem geschildert wird, wie Sie sich damals als Oberbürgermeister von Köln um den Frieden zwischen Düsseldorf und Köln verdient gemacht haben.

(Heiterkeit und Beifall)

Damals hatte es wieder einmal – ich weiß nicht, aus welchen Gründen – einen kleinen Streit zwischen Köln und Düsseldorf gegeben. Kleine Streitereien dieser Art erhalten ja bekanntlich die Freundschaft. Deshalb fand dann auch prompt ein festliches Versöhnungsessen im Düsseldorfer "Malkasten" statt, an dem die Spitzen der Städte Köln und Düsseldorf teilnahmen. Darüber berichtete damals eine Düsseldorfer Zeitung folgendermaßen – ich zitiere –:

Der Kölner Oberbürgermeister Dr. Konrad Adenauer, der jetzt das Wort hatte, ist in Düsseldorf nicht unbekannt. Man kennt seine Tatkraft und auch seine Klugheit. Als Vorsitzender des Provinzial-ausschusses der Rheinprovinz hat er auch einmal im "Malkasten" manches beherzigenswerte Wort über Städtepolitik gesprochen. Man war gespannt, was Dr. Adenauer wohl diesmal im "Malkasten" angesichts einer ganz neuen Lage sagen werde. Er suchte in seiner Erwiderung auf die Begrüßung zunächst den freudig überraschenden Eindruck ob dieses Empfanges der Kölner in Düsseldorf zu schildern. Er meinte, man habe in den letzten Jahren manche alte Überlieferung und Überzeugung wanken sehen, aber diese Aufnahme der Kölner durch die Düsseldorfer hier im "Malkasten" sei die größte Umwälzung, die er je erlebt habe.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich hoffe, sehr verehrter Herr Altbundeskanzler, daß Sie sich diesen umwälzenden Eindruck von der Gastfreundschaft der Düsseldorfer bis heute bewahrt haben.

(Beifall)

Seien Sie uns deshalb auch heute sehr herzlich willkommen!
Düsseldorf, meine Damen und Herren, grüßt den Außerordentlichen
Parteitag der CDU. Möge Ihr Parteitag durchdrungen sein vom Geist
der Freiheit und der Toleranz. Mögen Ihre Beratungen einen guten
und erfolgreichen Verlauf nehmen!
Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Präsident Grundmann: Herr Oberbürgermeister, wir dürfen Ihnen sehr, sehr herzlich danken. Wir empfinden aus Ihren Grußworten das, was wir bei der Vorbereitung des Bundesparteitags und auch in der Bevölkerung in diesen Tagen empfunden haben: Düsseldorf ist eine Stadt der Gastfreundschaft.

Ich darf nunmehr dem Kreisvorsitzenden der CDU Düsseldorf, Herrn Ullrich, das Wort geben.

Ullrich: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Irgendwie fühlt sich wohl jede Kreispartei geehrt, wenn ihr Hoheitsgebiet den Vorzug erhält, Standort und Schauplatz eines Bundesparteitags zu sein. Das gilt auch für die CDU Düsseldorf. Wir hoffen, daß Sie, meine Damen und Herren, sich in unserer Stadt wohlfühlen und daß der äußere Rahmen, den wir Ihnen zu bieten in der Lage sind, Ihren Erwartungen entspricht.

Wir meinen jedenfalls, daß die Landeshauptstadt Düsseldorf als Ausstellungs- und Kongreßstadt über einige gute Voraussetzungen dieser Art verfügt. Ein Bundesparteitag der Union, deren Kräfte in den entscheidenden Jahren den Wiederaufbau und die Gestaltung dieser Stadt maßgeblich mitbestimmt haben, ist unseres Erachtens für diesen Rahmen ein Motiv, der sich darin ganz besonders gut ausnimmt, so daß wir, Herr Bundesvorsitzender Dr. Adenauer, es eigentlich gar nicht gut verstehen können, daß Sie dieses Mal — auch nach unserer Überzeugung sehr zu Recht — mit einer hervorragenden Witterung für das, was der Union nützt, erst nach 15 Jahren auf die gute Idee gekommen sind, das höchste Organ unserer Partei auch einmal nach Düsseldorf einzuberufen.

Ich möchte nach den Worten unseres Herrn Oberbürgermeisters nicht mehr viele Worte über die Beziehungen Düsseldorfs und unseres Vorsitzenden und Düsseldorfs überhaupt verlieren zur CDU. Wie jede deutsche Großstadt hat sie ihre Vorzüge und ihre Nachteile, wobel wir allerdings glauben, daß die Vorzüge ein wenig überwiegen. Wir würden uns sehr freuen, meine Damen und Herren, wenn Sie im Laufe Ihrer Beratungen einige Mußestunden fänden, um sich das eine oder andere in unserer Stadt hier anzusehen.

Gestatten Sie mir nun, daß ich Sie alle, meine Damen und Herren. im Namen der Kreispartei Düsseldorfs recht herzlich begrüße und der Parteiführung danke für die Wahl Düsseldorfs als Tagungsort. Ich darf der Hoffnung Ausdruck geben, daß dieser letzte Bundesparteitag vor den Bundestagswahlen ein neuer Markstein in der Geschichte unserer Union werden und dieser Markstein mit dem Namen dieser Stadt, wie Karl Arnold und Josef Gockeln, verbunden bleiben möge, ähnlich wie die im Jahre 1949 bekanntgewordenen Düsseldorfer Leitsätze, die grundsätzlichen Empfehlungen unserer Partei. Die Kreispartei Düsseldorf hat erhebliche Anstrengungen unternommen, um die Gegenwartskonzeption der Union, die unserer gewandelten Zeit, unserer gewandelten Welt gerecht werden muß, mitzubestimmen. Zu diesem Zweck hat sie einen Außerordentlichen Parteitag einberufen, und sie hat das CDU-Forum Düsseldorf gegründet, eine Stätte der Begegnung mit den Trägern unseres geistigen und kulturellen Lebens. Beide Unternehmungen haben weit über die Grenzen Düsseldorfs hinaus große Beachtung gefunden. Die gastgebende Kreispartei hofft nun, daß der Bundesparteitag dieses Bemühen fortsetzen und daß die Union analog den Kräften des religiösen Bereiches bei ihren Beratungen hier in Düsseldorf in aroßer Aufgeschlossenheit ihrer christlichen Zielsetzung im politischen Leben der Bundesrepublik Rechnung tragen wird, daß sie sich für die nächsten Jahre in der Regierungsverantwortung, so hoffe ich, erneut bestätigt, wieder in stärkerem Maße von den Einflüssen der Interessengruppen frei machen und eine konsequent christliche Gesellschaftspolitik betreiben wird; eine Gesellschaftspolitik, die wahrhaft sozial, aber nicht im geringsten sozialistisch ist.

Die CDU muß sich unseres Erachtens hier auf dem Bundesparteitag auch zur Wehr setzen gegen die aufkommende gefährliche Wohlstandsmentalität, weil der Wohlstandsstaat — so drückte es ein namhafter deutscher Publizist kürzlich treffend aus — Initiative und Fleiß seiner Staatsbürger zugleich tötet und voraussetzt.

Die CDU muß im Gegensatz hierzu in ihrer Politik weiterhin — so erwarten wir es — konsequent von der Eigenverantwortung jedes einzelnen Staatsbürgers ausgehen.

Wir hoffen und wünschen ferner, daß dieser Bundesparteitag mit Entschiedenheit die Auffassung derjenigen zurückweist, die in der Bindung unserer Politik an das christliche Sittengesetz ein Hindernis für eine erfolgreiche Politik sehen wollen.

Wir erwarten, daß der Bundesparteitag klar herausstellt, daß nicht die Orientierung an unserem christlichen Glaubensgut, sondern die Verwässerung des Christlichen durch diejenigen Kräfte, die die CDU für Ihre materiellen und kommerziellen Interessen mißbrauchen wollen, ihrer politischen Wirksamkeit und ihrer Anziehungskraft geschadet hat.

Die CDU Düsseldorf möchte hier vor den Delegierten des gesamten Bundesgebietes das Bekenntnis ablegen, daß sie an die Kraft und an die politische Konzeption der Christlich Demokratischen Union und deshalb auch an ihren erneuten Wahlsieg glaubt.

Mit diesem Bekenntnis, meine Damen und Herren, verbinden wir aber auch den aufrichtigen Wunsch, daß dieser Parteitag in der deutschen Öffentlichkeit Aufsehen erregen und das Interesse des deutschen Volkes auf sich lenken möge.

Wir erwarten von ihm ferner, daß er vor allem eine klare Antwort geben wird auf den Karlsruher Parteitag der SPD und daß er der dort aus allzu durchsichtigen Gründen erzeugten Katastrophenstimmung entgegentritt.

Mit diesen Wünschen, meine Damen und Herren, und dem Wunsche für einen guten, erfolgreichen Verlauf dieses Bundesparteitages darf Ich mich nunmehr als Kreisparteivorsitzender der CDU Düsseldorf von Ihnen verabschieden und meinen Platz unter den Delegierten einnehmen. – Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Grundmann: Herr Ullrich, ich darf auch Ihnen sehr herzlich danken. Wir verbinden damit den Dank für die Vorbereitungsarbeit, die die Kreispartel Düsseldorf diesem Parteitag geleistet hat. Wenn wir das Ergebnis der gestrigen Großkundgebung in der überfüllten Rheinhalle und die Zusammensetzung des Personenkreises als Omen werten, so glaube ich, daß die CDU-Kreispartei Düsseldorf aus dem Ergebnis der Kommunalwahl, das der Herr Oberbürgermeister bereits nannte, Konsequenzen gezogen hat.

(Beifall)

Meine Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Ich darf jetzt sehr herzlich bitten, daß der Vorsitzende der CSU, unser Freund Franz Josef Strauß, zu uns spricht.

(Lebhafter Beifall)

Franz Josef Strauß, Vorsitzender der CSU: Herr Präsident! Meine Herren Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Zunächst darf ich ein Wort sozusagen des Trostes für die CSU oder für mich selbst aussprechen. Wenn es nämlich so viele Jahre gedauert hat, bis ein Bundesparteitag der CDU nach Düsseldorf gelegt worden ist, dann wird es wohl in einigen Jahren auch möglich sein, daß ein Bundesparteitag der CDU nach München verlegt wird.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir könnten uns dann von der CSU aus verpflichten, als Gegenleistung dafür unseren Landesparteitag ausnahmsweise einmal in Hamburg zu halten.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich habe mit großer Aufmerksamkeit die Worte des Herrn Ministerpräsidenten über die Größe des Landes, der Stärke der Bevölkerung verfolgt. Man wäre beinahe geneigt, ein Dichterwort zu zitieren. Ich glaube aber, daß die Verbindung zwischen München und Düsseldorf — so gut sie ist — noch wesentlich verbessert werden könnte, wenn die Fahrtzeiten auf der Autobahn in diesem Lande wieder berechenbar werden.

(Heiterkeit und Beifall)

Lassen Sie mich nach diesen humorvoll gemeinten Worten ein Wort des Grußes an den Parteitag der CDU richten, ein Wort des Grußes in einem politisch bedeutsamen Jahre, dem Jahre 1965, in dem wir einer schweren Auseinandersetzung und einer bedeutungsvollen Entscheidung entgegengehen, vielleicht einer Entscheidung, wie sie seit dem Jahre 1949 in all den Auseinandersetzungen der Jahre 1953, 1957 und 1961 nicht mehr so heftig umstritten war.

Lassen Sie mich ferner ein Wort des Dankes im Namen der Christlich Sozialen Union an all die Persönlichkeiten der Christlich Demokratischen Union für die gute Zusammenarbeit sagen, die sich in all den Jahren nicht nur im Interesse von Parteien, sondern im Interesse unseres Landes so sehr bewährt hat. Lassen Sie mich deshalb auch ein Wort der Treue zu dieser unserer gemeinsamen Koalition, der Treue zu unseren gemeinsamen Grundsätzen, der Treue zu unseren gemeinsamen Zielen und der Treue zu den gemeinsamen Elementen unserer Politik hier in aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen.

(Beifall)

Eine Enttäuschung müßte ich nur denen bereiten, die von mir hier ein hartes Wort erwarten, die glauben, daß Franz-Josef Strauß gekommen sei, um Öl ins Feuer zu gießen. Ich werde kein hartes Wort, sondern höchstens ein klares Wort sagen. Wenn die Angriffe gegen mich von seiten der FDP die notwendige psychologische Brücke für die Rettung der Koalition sind, dann hätte die CDU abermals ihre regierungs- und staatserhaltende Funktion bewiesen.

(Heiterkeit)

Ich schlage auch nicht mit gleichartigen Angriffen etwa gegen die Ausdrücke oder Prädikate, gegen die Angriffe unserer Koalitionspartner zurück. Ich möchte nur folgendes in allem Ernst und aller Deutlichkeit und in aller Ruhe zum Ausdruck bringen.

Wir, CDU und CSU — haben den freien Teil Deutschlands nach dem größten Zusammenbruch aller Zeiten — in erster Linie durch unsere Politik — wiederaufgebaut, gestaltet und zu dem gemacht, was er heute ist, nicht nur für die Menschen, die hier wohnen — und ich möchte beinahe sagen: die hier wohnen dürfen —, auch für diejenigen, die gerne unter gleichen Verhältnissen leben würden, wenn sie könnten,

(Beifall)

und die deshalb kein Verständnis dafür haben, wie schlecht sich oft die Bundesrepublik Deutschland in manchen Mitteln ihrer Selbstpräsentation zeigt. Wir haben diesen freien Teil Deutschlands zu einem Staat mit den größten rechtsstaatlichen Sicherungen aufgebaut, die es überhaupt unter den Demokratien der Weit gibt. Wir haben ihn zu einem Sozialsystem ausgebaut, dessen Sicherungen und dessen Umfang nicht den Vergleich mit den Verhältnissen in irgendeinem anderen Land zu scheuen brauchen. Wir haben in diesem Lande auch — ich sage: immer noch und trotz allem — eine stabile wirtschaftliche Grundlage, die sogar anhalten wird, wenn sie nicht mutwillig zerschlagen werden sollte.

Wir haben die Bundesrepublik Deutschland in die Gemeinschaft der Völker eingefügt, wir haben ihr unter der Politik Konrad Adenauers den Platz in der Welt und den Platz als ein Eckpfeiler einer atlantischen Gemeinschaft gegeben.

Wir haben dieser atlantisch orientierten, europäisch fundierten Außenpolitik zwei Schwerpunkte gegeben. Ich bitte Sie, mir zu erlauben, nur
die zwei Stichworte zu sagen; ich meine die zwei Schwerpunkte: die
mühselige, aber geduldige und unerläßlich erforderliche Aussöhnung
mit dem israelischen Volk, wie Konrad Adenauer sie begonnen hatte,
und dann weiter über eine Aussöhnung hinaus die immer engere politische Zusammenarbeit mit unserem französischen Nachbarn, mit dem
uns Geographie, Geschichte und gemeinsame politische Konstellation zu
einer Schicksalsgemeinschaft verbinden.

Wir haben unter diesen Zeichen begonnen, die Vergangenheit zu bewältigen. Wir haben nicht nur die moralische oder materielle Wiedergutmachung, sondern auch die geschichtliche Wiedergutmachung begonnen, die eine Aufgabe für den Rest dieses Jahrhunderts und für die kommenden Generationen darstellen wird.

Wir haben in der vergangenen Woche auch den Versuch gemacht, durch Verabschiedung eines Gesetzes im Deutschen Bundestag diese Vergangenheit zu bewältigen. Ich darf in aller Deutlichkeit nach den vielen Worten, die darüber gesprochen worden sind, sagen: Es ist mir nicht leicht gefallen, diesem Gesetz meine Zustimmung zu geben, und den meisten Parteifreunden der Christlich Sozialen Union ist es aus rechtsstaatlichen und rechtspolitischen Gründen genauso gegangen. Wir haben aber, um eine breite tragfähige Mehrheit im Bundestag zu erzielen, dem Grundgedanken zugestimmt, den Konrad Adenauer mit seinem großen Instinkt für pragmatische Lösungen und mit seiner nie erlahmenden Fähigkeit für taktische Auswege uns gewiesen hatte.

Aber – und das ist der Sinn der Erklärung gewesen, die zu so heftigen Reaktionen geführt hat – wir verwahren uns dagegen, daß diese vom Deutschen Bundestag mit großer Mehrheit getroffene Entscheidung etwa rechts- oder verfassungswidrig sein soll. Wir verwahren uns dagegen, daß mit diesem Thema in einer kommenden innenpolitischen Auselnandersetzung eine Agitation getrieben werden könnte, und wir haben das deshalb vorweg zum Ausdruck gebracht. Es hat jeder sein Gewissen. Aber es gibt kein Kollektivgewissen einer Partei.

das dieser Partei verbieten würde, einen Justizminister zu stellen, der dieses Gesetz unterschreiben könnte. Diese Töne passen nicht in unseren gemeinsamen politischen Willen und in unsere gemeinsame politische Zielsetzung hinein.

(Beifall)

Mehr will ich zu dem nicht sagen, weil ich nicht über das hinausgehen will, was ich anfangs enttäuschend angekündigt hatte, nämlich gewisse Erwartungen bestimmt nicht zu erfüllen.

Lassen Sie mich ein zweites und ein letztes in diesem Zusammenhang sagen. Herr Ministerpräsident Meyers hat von den schwierigen außenpolitischen Entwicklungen gesprochen, er hat von der zunehmenden Schwierigkeit gesprochen, mit der wir Deutsche in einer Welt voller Veränderungen in dem freien Teil unseres Landes unser Alleinvertretungsrecht behaupten können. Niemand von uns soll sagen, daß alles, was einmal an politischen Überlegungen nach den damaligen Verhältnissen und Zuständen richtig war, für unbegrenzte und unabsehbare Zeiten ebenfalls richtig sein muß. Sicherlich werden Grundsätze und Ziele unserer Politik gleichbleiben müssen, sonst geben wir uns selbst auf. Aber manche Elemente und Methoden dieser Politik werden den Zeitentwicklungen und Notwendigkeiten angepaßt werden müssen. Wenn aber das zu geschehen hat, dann soll es geschehen in gemeinsamer Beratung derer, die für Deutschlands Zukunft verantwortlich sind. Man kann es nicht geschehen lassen auf dem Wege eines parteipolitischen Alleingangs.

Ich meine, daß damit die Frage, ob wir die Art unserer Beziehungen zu unseren kommunistischen Nachbarländern im Osten unter Preisgabe dessen, was bisher unser Grundsatz war, zu ändern haben. Das ist eine Angelegenheit, die tief in die Richtliniengewalt des Bundeskanzlers und tief in unsere gemeinsame politische Substanz eingreift.

(Beifall)

Die Frage, ob wir wenigstens auf technischem Wege — aber der technische Weg ist immer ein faktischer Weg und der faktische Weg ist häufig der Türöffner für den juristischen Weg — gemeinsame technische Institutionen mit dem Regime des Herrn Ulbricht einzurichten haben, ist ebenfalls eine Angelegenheit, die an die Grundlagen unserer Politik rührt.

(Beifall)

Wenn wir selbst das nicht mehr sehen würden, wären wir drauf und dran, unsere eigene Politik aufzugeben, unsere eigene Daseinsberechtigung zu leugnen.

Diese Dinge ausgesprochen zu haben, war die Absicht des kleineren Teils der Union, die vielleicht von dem Rechte ihrer Redefreiheit wenigstens in einem ganz geringen Umfang – gering gegenüber dem Recht,

das sich der Koalitionspartner zuspricht – Gebrauch gemacht hat, auch heute hier Gebrauch macht und auch in Zukunft Gebrauch machen wird.

(Beifall)

Wir sind überhaupt der Meinung, das Gesetz der Demokratie erfordert es, daß die politische Bewegungsfreiheit einer politischen Partei in einer wenigstens vergleichbaren arithmetischen Größenordnung zur Zahl ihrer Stimmen im Parlament steht.

(Beifall)

Ansonsten treten Wirkungen ein, die ich hier im einzelnen nicht andeuten will.

Ich darf dem Geschäftsführenden Vorsitzenden der CDU, Herrn Staatsminister a. D. Dufhues, für die Erlaubnis, hier etwa zehn Minuten vor Ihnen zu sprechen, ganz besonders danken. Ich darf Ihrem Parteitag einen vollen Erfolg wünschen. Ich darf eines wünschen und was den Anteil der CSU an der gemeinsamen Arbeit bedeutet, zum Ausdruck bringen, daß aus diesem Parteitag hinausströmen: Kraft, Mut und Hoffnung. Kraft zur Bewältigung der kommenden Probleme, der Mut, daß wir auch den Stürmen der Zukunft gewachsen sein werden, und die Hoffnung, daß die Zukunft Deutschlands wieder unter dem großen Zeichen der Union auch in einer neuen Periode der europäischen, atlantischen und Weltpolitik gestaltet werden wird. In diesem Sinne die herzlichsten Wünsche, die besten Grüße, Dank und Freundschaft Ihnen allen.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Grundmann: Kollege Strauß, darf ich Ihnen sehr herzlich für Ihr Grußwort danken, und darf ich hier feststellen, daß Ihre Rede, aber auch die Reaktion der Delegierten dieses Parteitages darauf deutlich erkennen lassen, daß die Christlich Soziale Union und die Christlich Demokratische Union untrennbar miteinander verbunden sind.

(Starker Beifall)

Daß das für uns alle als selbstverständliche Notwendigkeit um des besseren Weges willen einer ständigen inneren Diskussion bedarf, ist unbestritten, und wir können nur erklären, das Lebenselement der demokratischen Diskussion gilt nicht nur mit dem politischen Gegner, sondern ist auch eine Notwendigkeit innerer und festester Zusammenarbeit.

Meine Damen und Herren! Meine Parteifreunde! Es spricht nun zu uns als Vertreter unserer zahlreichen ausländischen Freunde der Generalsekretär der italienischen Democrazia Cristiana, Herr Rumor.

(Lebhafter Beifall)

Ich darf darauf hinweisen, daß Herr Rumor italienisch zu uns spricht; seine Rede wird anschließend übersetzt.
Bitte sehr!

(Redner wird mit starkem Beifall begrüßt)

On Mariano Rumor, Generalsekretär der Democrazia Cristiana, Italien (deutsche Übersetzung durch Dolmetscherin): Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich entbiete Ihnen einen herzlichen Gruß und die besten Wünsche der italienischen Democrazia Cristiana und zugleich auch die besten Wünsche und Grüße der christlich demokratischen Schwesterparteien.

In dem Zeitpunkt, in dem sie an einen harten Kampf herangehen, der von entscheidender Bedeutung für die Zukunft Ihres Landes ist, bin ich hierher gekommen, um Ihnen zu sagen, daß für Deutschland und für Europa die italienische Democrazia Cristiana Ihnen den besten Erfolg wünscht.

Im übrigen gibt es in der heutigen Welt kein Ereignis, das seine Bedeutung in dem engen Rahmen der nationalen Grenzen erschöpft. Das gilt um so mehr, als unsere Länder einem gleichen Kontinent angehören, dessen geschichtliche Entwicklung so qualvoll, so schmerzvoll und so widerspruchsvoll war, die aber endlich dazu geführt hat zu verstehen, daß die gemeinsame Rettung und die Möglichkeit der Entwicklung nur in der Anerkennung ihrer Schicksalsgemeinschaft liegt. Aus diesem Grunde haben sich unsere Völker gemeinsam eingesetzt zur Erfüllung der Aufgabe des Außbaues Europas. Aus diesem Grunde sind sie Teilhaber und Befürworter der Atlantischen Gemeinschaft.

Erlauben Sie mir, in diesem Zusammenhang meinen herzlichen Dank für die Gastfreundschaft auszusprechen, die seit Jahren und Jahren meine Landsleute hier in Deutschland gefunden haben, für ihre Arbeits- und Lebensmöglichkeiten.

Ich möchte hinzufügen — da dies mir als die geeignetste Stelle erscheint, es zu tun —, daß unsere beiden Länder seit über 15 Jahren auf dem gleichen demokratischen und christlichen Pfeiler ruhen, einem Pfeiler, der durch die Ereignisse dieser mühevollen Jahre keine Risse erhalten hat, sondern der im Gegenteil in dem Bewußtsein der Völker noch verstärkt dasteht, wobei auch die Bande der Freundschaft und Sympathie zwischen unseren Parteien und Völkern verstärkt wurden.

Dies ist für mich ein erster Grund der Freude und des Stolzes. In unserem gemeinsamen Schützengraben wird der große Kampf um die Freiheit und die Demokratie gekämpft und siegreich vollendet werden.

Wir waren und wir sind immer noch aufgeschlossen für jede aufrichtige Sammlung der Kräfte, die geeignet sind, die unaufhaltbare Logik dieser großen Ideale anzuerkennen, und empfinden daher die gemeinsame Verantwortung mit den christlich-demokratischen Parteien aller anderen Länder, die Vorkämpfer und die Erbauer einer gerechten und friedlichen christlichen Gesellschaft zu sein. Mit uns ist jeder Fortschritt möglich, ohne uns könnte alles in Europa gefährdet werden.

Von all diesen großen geistigen und politischen Kräften in Europa haben wir die größte Lebenskraft, die größte Fähigkeit, eine Sprache zu sprechen, die dem ganzen Westen verständlich ist. Wir sind eine junge Kraft, die auch außerhalb Europas gerade in diesen Tagen bewiesen hat, welche starke Expansionsfähigkeit sie besitzt, wo wir selber erstaunt waren. Ich erinnere an den großen Sieg in Chile, der uns mit Stolz erfüllt, während er uns neue Hoffnungen gibt für eine weitere Blüte unserer Ideale in allen Teilen Lateinamerikas. Wir sind auch dort eine Kraft des Fortschritts in der Ordnung, eine Kraft, die bewiesen hat, daß sie in der Lage ist, die Völker von der dramatischen Alternative "Kommunismus oder oligarisches Privileg" zu befreien, die ihnen alle Hoffnung auf Freiheit und Fortschritt nehmen würde.

Aber dies stellt uns vor neue Aufgaben, vor neue, größere Verantwortung. Es gibt uns aber auch ein größeres Zutrauen in unsere Erneuerungskraft und in die Fähigkeit, durch die christlich-demokratischen Parteien in der ganzen Welt Fortschritte zu erzielen.

Aber gerade aus diesem Grund müssen wir unseren Freunden auch ein Beispiel unserer tätigen Solidarität bieten. Unsere "Nouvelles équipes internationales" waren ein bedeutsamer Beweis einer derartigen Solidariät. Die italienische Democrazia Cristiana möchte auch hier ihren Willen bekräftigen, den besten Beitrag zu der Verfolgung der gemeinsamen Ziele und der Errichtung einer großen christlich-demokratischen Internationale zu leisten, was eines der Hauptziele unserer Aktion sein wird.

In diesem Zusammenhang scheint es mir sehr wichtig, auf die Zusammenkünfte zwischen den führenden Persönlichkeiten der europälschen christlich-demokratischen Parteien hinzuweisen. Sie bieten eine ausgezeichnete Gelegenheit, um unter uns unsere Erfahrungen und Standpunkte über die gemeinsamen Probleme auszutauschen, sind aber auch ein Ansporn für die Aktionen unserer Regierungen, deren Kompetenzund Autonomiesphäre wir zwar anerkennen, von deren Tätigkeit wir aber die geistige und politische Hefe sein möchten. Denn es gibt ja andere Kräfte in Europa, und das Ausmaß unserer eigenen Kräfte zwingt uns zu einer tätigen und verantwortungsvollen Präsenz.

Zur Verwirklichung des politischen supranationalen, communautären Europa, das auch aufgeschlossen ist für die Erwartung der dritten Welt, eines geistigen Partners unserer amerikanischen Verbündeten, leisten wir unseren Beitrag in einer atlantischen Gemeinschaft, die in der Lage ist, das große und von uns nie aufgegebene Ideal des Kennedy-Plans zu verwirklichen. Mit einem derartigen Europa ist die Zukunft unserer Parteien eng verbunden. Wir müssen dessen Verwirklichung vorantreiben, unserer Berufung nach.

Dies gilt auch aus Gründen des kommunistischen Drucks, den wir an unseren Grenzen spüren und der das Tempo unserer Anstrengungen bedingt, unserer Anstrengungen, die in Zukunft noch beschleunigt werden müssen.

Dieser vielfältigen Bedrohung stellen wir die Vielfalt unserer Ideale gegenüber.

Die christlich-demokratischen Parteien haben die Fahne ihres Kampfes gegen den Kommunismus nie eingezogen. Wir sind selbstverständlich für die weitere graduelle Entwicklung der politischen Integration unter der Voraussetzung, daß der Prozeß sich weiter entwickelt; denn ein Stillstand könnte gefährliche Folgerungen haben.

Die Fusion der Exekutiven der europäischen Gemeinschaft erscheint mir eine vollendete Tatsache zu sein. Die Fusion selbst sollte aber auch zu einer Erweiterung der Kontrollbefugnisse führen und zu einer direkten Wahl des europäischen Parlaments. Die italienische Außenpolitik ist auf diese Ziele ausgerichtet. In diesem Sinne wurden Vorschläge im vergangenen November für die Wiederaufnahme der Arbeiten zur Erreichung der politischen Einheit Europas gemacht. Wir legen großen Wert auf die Außenministerkonferenz der sechs Länder, die demnächst in unserem Lande stattfinden soll, und freuen uns, daß die Bundesregierung bereits ihre Zustimmung erteilt hat. Wir hoffen, daß diese Konferenz sobald wie möglich durchgeführt werden kann und daß ihre Ziele, wenn auch begrenzt, so doch konstruktiv sein mögen. Mit ruhigem Stolz können wir im kommenden Monat auf die besondere Sitzung des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa, das von Jean Monnet ins Leben gerufen wurde, entgegensehen. Wir werden alle im Geiste bei dieser Sitzung anwesend sein, die am selben Tag stattfindet wie zwei Ereignisse, die die Sitzung besonders bedeutungsvoll machen:

- 1. der Jahrestag des Kriegsendes und
- jährt sich in diesen Tagen die berühmte Erklärung von Robert Schuman, die zu Recht als Beginn einer neuen Epoche für Europa betrachtet werden kann.

Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine Herren Delegierten! Sie sind dabei, das deutsche Volk aufzurufen zu einem Streben nach neuen Zielen der Kultur und des Fortschrittes. Ihr Sieg wird ein weiterer Beitrag zur Eröffnung großer Perspektiven für die neue Generation Europas darstellen. Sie wird Ihnen und uns allen die Hoffnung geben, daß die Erfüllung des Planes, an den wir seit langen Jahren arbeiten, nicht fern ist.

Dies ist der Wunsch, den ich Ihnen mit meinen Worten im Namen der italienischen Demokrazia Cristiana bringen wollte.

(Beifall)

Präsident Grundmann: Meine Damen und Herren! Mit dem Dank an Herrn Rumor verbinden wir unseren herzlichsten Dank noch einmal für alle unsere ausländischen Freunde, die durch ihren Besuch des 13. Bundesparteitages ihre Verbundenheit mit uns zum Ausdruck gebracht haben. Wir hoffen, daß sie sich alle in unserem Kreise freundschaftlich wohlfühlen.

Meine Damen und Herren! Meine Parteifreunde! Wir kommen nunmehr zum ersten Referat des Bundesparteitages. Ich darf Sie, Herr Bundesvorsitzender, bitten, zu uns zu sprechen.

Montag, den 29. März 1965

1. Plenarsitzung

Bundesvorsitzender Dr. Adenauer:

(mit lebhaftem Beifall begrüßt)

Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Ich glaube, man wird es verstehen, wenn ich nach den Worten des Oberbürgermeisters dieser Stadt, der Stadt Düsseldorf, wie das unser Präsident schon getan hat, auch unseren herzlichen Dank für die große Gastfreundschaft, die sie uns erweist, ausspreche. Der Herr Oberbürgermeister hat humorvolle Erinnerungen daran geknüpft. Ja, meine verehrten Damen und Herren, die Zeiten, in denen wir damals lebten, waren doch sehr ruhlg und schön, und zwar trotz der Streitigkeiten, die uns heute gegenüber den großen Geschehen in unserer Zeit etwas klein erscheinen.

Meine Freunde! Wir sind hier zum Bundesparteitag zusammengekommen. Es ist der letzte Bundesparteitag vor der Bundestagswahl, wird aber nicht die letzte Zusammenkunft von Irgendwelchen Parteiorganen vor der Bundestagswahl sein. In unserer in jeder Beziehung schnellebigen Zeit wissen wir gar nicht, was in den nächsten Monaten, sei es im Bundestag, sei es in der Welt, passiert, das uns nötigt, wieder zusammenzutreten.

Das möchte ich vorausschicken, damit von unseren Gegnern nachher nicht gesagt wird, unser ganzer Parteitag habe nicht viel Inhalt gehabt. Ich glaube das nicht, meine Damen und Herren. Ich habe Parteitage anderer Parteien nach den Zeitungsberichten verfolgt und festgestellt, daß diese sehr langweilig gewesen sind. Ich habe nur die Geduld der Mitglieder bewundert, die das fast eine Woche lang ausgehalten haben. Ich weiß auch von einem Parteitag einer anderen Partei, auf dem alles im Galopp gemacht wurde. Wenn man galoppiert, weiß man nicht immer, wohln einen das Pferd trägt. Ich bin keln Reiter, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit)

aber ich habe mir das sagen lassen.

(Beifall)

Wir vermeiden solche Dinge. Warum vermeiden wir sie? Wir tun das, weil wir, meine Freunde von der CDU und CSU - lieber Herr Strauß,

nach Ihrer Rede, für die ich Ihnen von ganzem Herzen danke, darf ich so sprechen -,

(Lebhafter Beifall)

eine ungeheure Verantwortung auch für die Zukunft Deutschlands und des Friedens in Europa und in der Welt haben, eine größere Verantwortung als jede andere deutsche Partei.

(Starker Beifall)

Warum tragen wir eine größere Verantwortung, meine Freunde? Wir tragen sie, weil alles, was seit dem Jahre 1949 in Deutschland geschehen ist, unsere Arbeit und unser Erfolg sind. Wir tragen sie, weil die Außenpolitik, die wir in Deutschland in diesen langen Jahren mit Erfolg eingeschlagen haben, unsere Außenpolitik und unser Erfolg sind. Wir tragen sie, weil plötzliche Störungen auf einem Wege, den ein Land eingeschlagen hat, immer Störungen bleiben, Störungen, welche die Sicherheit gefährden.

Darum, meine Damen und Herren, glaube ich, daß wir dem deutschen Volke von diesem unserem Parteitag vermitteln müssen, daß wir uns verantwortlich fühlen und uns unseres Tuns, unseres Handelns, unserer Geschlossenheit und unserer Einigkeit bewußt sind, damit wir auch bei dieser Bundestagswahl 1965 wieder die stärkste Partei sind.

(Lebhafter Beifall)

Meine Freunde! Der Vorsitzende der Kreispartei Düsseldorf hat in seiner Begrüßungsansprache einige leichte Töne einer gewissen Sorge über die Zukunft unserer Partei angeschlagen.

Ich verstehe das und sage ganz offen, daß ich diese Sorge auch habe. Wir müssen aufpassen, damit unsere Partei das bleibt, als was sie ins Leben getreten ist: eine christliche Volkspartei.

(Beifall)

Warum Volkspartei, meine Damen und Herren? Weil wir keine Klassenpartei sein wollen, weil wir eine Partei für alle Glieder unseres Volkes, für alle Schichten, für beide Konfessionen sein wollen und sind.

Wir müssen doch erkannt haben — namentlich diejenigen, die schon mit Bewußtsein erlebt haben —, was diese gottlose Zeit des Nationalsozialismus in der Welt zustande gebracht hat, wie sie alles zerschlagen hat, nachdem sie erst in Deutschland alles zertrümmert hatte. In so schwierigen Zeiten können nur die Grundsätze, die beiden Konfessionen gemeinsam sind, den Menschen helfen, auf der richtigen Bahn zu bleiben.

(Beifall)

Meine verehrten Damen und Herren! Wir sind die Partei des konservativen Fortschritts. Die Fassung dieses Gedankens kam mir, als ich gestern abend nach der großen Versammlung nach Hause fuhr und als ich heute morgen wieder hierherfuhr. Als ich gestern nach Hause fuhr —

Sie wissen, es ist ein ziemlich weiter Weg von Düsseldorf bis Rhöndorf –, da begegnete mir auf der ganzen langen Strecke der Autobahn ein Personenauto nach dem anderen, gefüllt mit Menschen, die von einem Ausflug in den ersten schönen Frühlingstag zurückkamen. Als ich heute morgen hierhin fuhr, da begegnete mir eine unendliche Fülle von Lastwagen, die die wirtschaftlichen Güter möglichst schnell befördern, und es begegnete mir eine große Zahl von Personenautos, gefüllt mit Menschen, die zur Arbeit fuhren. Und die ganze Autobahn, meine verehrten Damen und Herren, war ja auch ein Werk unserer Partei. Sehen Sie, der gestrige Tag mit diesem Ausflug in den Frühling und heute der Tag mit der Arbeit – und das alles auf einer neu geschaffenen Bahn, auf der Autobahn, und unter Benutzung modernster Verkehrsmittel – machte mir doch klar, daß wir eine Partei des Fortschritts sind. aber eine Partei des konservativen Fortschritts.

Wir müssen uns auch darüber klar sein, daß die Zeiten, wie sie jetzt sind, trotz aller Fortschritte der Technik, trotz aller Erfolge, nicht etwa die schönsten Zeiten sind, die sich ein Mensch denken kann. Wir müssen auch immer daran denken, daß in der Vergangenheit Werte — geistige Werte — erzeugt worden sind, die auch für uns fortieben. Und damit denke ich auch an das christliche Fundament unserer Partei des Fortschritts.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß wir der Wahl im September dieses Jahres mit großer Ruhe aber auch mit dem eisernen Entschlusse entgegensehen müssen, auch das Letzte herzugeben, was wir an Kraft haben, um auch diesmal wieder den Sieg davonzutragen.

(Beifall)

49, 53, 57, 61, das waren Meilensteine in der Entwicklung Deutschlands zu dem, was es geworden ist. Und unserem Lande wollen wir wieder einen neuen dieser Meilensteine am 19. September dieses Jahres errichten

Es wird schwer werden, darüber sind wir uns klar. Aber ich habe noch keine Wahl mitgemacht, bei der es leicht herging.

(Heiterkeit)

Jede Wahl ist Kampf. Wenn ich ein leichtes Wort über die Kommunalwahlen in einigen Ländern vor wenigen Monaten sagen darf, dann ist es, daß ich fürchte, man hat auf unserer Seite zu wenig gekämpft.

(Beifall)

Natürlich war es für uns eine Schlappe. Man muß sich das doch klarmachen. Aber Sie haben gestern abend diese großartige Versammlung gesehen und Sie haben von dem Vorsitzenden der Kreispartei Düsseldorf gehört, diese Versammlung sei ein Beweis dafür, daß man die nötigen Konsequenzen aus den Kommunalwahlen gezogen habe. In dem Sinne wollen wir auch diese Kommunalwahlen betrachten. Wir wollen die Konsequenzen daraus ziehen. Wir wollen vor allem verhüten,

daß das deutsche Volk sich nicht mehr so recht all der Gefahren bewußt bleibt, die insbesondere Deutschland in den nächsten Jahren drohen werden.

Nach der Rede von Herrn Strauß meine ich: vielleicht nehmen wir ihn doch einmal beim Wort und halten einen Parteitag der CDU in München ab.

(Beifall)

Ich glaube, daß das für uns alle vielleicht gut wäre. Er braucht dann nicht als Gegenstück nach Hamburg zu gehen,

(Heiterkeit)

er braucht nicht diese weite Reise zu machen, um seinerseits auch bei uns einen Parteitag der CSU abzuhalten, er kann es näher haben!

Lassen Sie mich gerade als der 1. Vorsitzende der Partei Ihnen sagen, daß — und ich kann das immer nur wiederholen — jede Wahl einen Kampf bedeutet, einen Kampf bis zum letzten, bei dem wir alles daran setzen müssen, um wiederum zu siegen. Die Stetigkeit und die Konsequenz in der ganzen politischen und wirtschaftlichen Arbeit, die beibehalten werden konnte, weil wir seit dem Jahre 1949 führend in der Regierung waren, ist mit ein wesentlicher Grund der Erfolge, die wir für unser Land erreicht haben.

Ein Land, das nicht den begründeten Eindruck dieser Sicherheit wie Deutschland bletet, gilt weder in der Wirtschaft so viel noch auch in der gesamten Außenpolitik. Diese Stetigkeit ist etwas, was Vertrauen erzeugt.

Meine Damen und Herren! Wir brauchen Vertrauen in der Welt. gerade wir Deutsche brauchen Vertrauen in der Welt. Mancher von uns, der vielleicht nicht so mit der Denkweise in anderen Ländern vertraut ist, wird doch bei den Wirren der letzten Wochen zu seinem Erstaunen vielleicht und zu seiner Überraschung verspürt haben, daß wir Im Grunde genommen doch nicht so ungeheuer von den anderen Völkern geliebt werden. Das liegt in der Natur der Sache. Wir sind für die anderen Völker zu reich geworden, meine Damen und Herren, das lassen Sie mich auch ganz offen sagen: Wenn wir noch so arm und so schwach wären, wie wir es gewesen sind, dann würde wahrscheinlich in der übrigen Welt mit Mitleid gemischtes Wohlwollen vorhanden sein. Das Mitleid, meine Freunde, ist weggefallen, das Wohlwollen ist - wie ich hoffe - geblieben. Wir müssen es uns überall wieder zu erringen versuchen. Meine Damen und Herren! Das gilt auch für ieden einzelnen Deutschen, der in ein fremdes Land geht. Lassen Sie mich das auch einmal sehr nachdrücklich sagen.

(Starker Beifall)

Wir Deutsche reisen gerne, wir reisen gerne in andere Länder; aber, meine Damen und Herren, das ist gut, wir müssen es aber in der richtigen Weise tun. Ich will mich weiter darüber gar nicht auslassen.

Wir stehen am Beginn der Reisesaison. Ich hoffe, daß jeder Deutsche, der ins Ausland reist, dort Wohlwollen für unser Land erweckt, für unser Land, meine Freunde, das das Wohlwollen der ganzen Welt noch für lange Zeit braucht.

(Beifall)

Wir sollten, meine Damen und Herren, namentlich auch versuchen, der Welt klarzumachen, daß die Wiedervereinigung Deutschlands nicht nur eine deutsche Angelegenheit ist, sondern eine Angelegenheit für Europa und für die ganze Welt.

(Starker Beifall)

Solange, meine Damen und Herren, die Wiedervereinigung nicht beschlossen und durchgeführt ist, ist das Gleichgewicht in Europa und in der Welt nicht hergestellt.

(Beifall)

das Gleichgewicht der Macht und Gesinnung nach - und das ist kein guter Zustand.

Meine Damen und Herren! Wir werden in wenigen Tagen den 150. Geburtstag Bismarcks begehen. Ich weiß nicht, ob Sie wissen, wie sehr Bismarck die Russen gefürchtet hat, und daß er fürchtete, daß eines Tages die Russen an der Elbe stünden. Diese Furcht, melne Freunde, die Bismarck, der welt in die Zukunft blickte, damals schon hatte. ist Wirklichkeit geworden.

Darum glaube ich, die Wiedervereinigung Deutschlands ist eine menschliche Frage, ist eine deutsche Frage, aber sie ist eine Frage der großen internationalen Politik der ganzen Welt.

(Beifall)

Und nun, meine verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich schließen. Sie haben hier heute sehr gute Worte über uns gehört. Dafür sind wir sehr dankbar. Sie werden jetzt noch den Bericht vom Herrn Kollegen Dufhues entgegenzunehmen haben. Ich möchte Ihnen sagen: Wir wollen den Wahlkampf führen wie alle bisherigen Wahlkämpfe, und ich bin überzeugt, daß wir auch diesmal wieder den Sieg davontragen.

(Starker Beifall)

Präsident Grundmann: Herr Bundesvorsitzender, wir dürfen Ihnen sehr herzlich für Ihre Rede danken. Wir dürfen Ihnen gleichzeitig für die unermüdliche Arbeit danken, die Sie für die Christlich Demokratische Union Deutschlands leisten.

(Beifall)

Ich darf nunmehr Herrn Dufhues bitten, zu uns zu sprechen.

Montag, den 29. März 1965

1. Plenarsitzung

Josef Hermann Dufhues,

MdL, Geschäftsführender Vorsitzender (mit Beifall begrüßt):

Herr Präsident! Herr Bundesvorsitzender! Herr Bundeskanzier! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine lieben Parteifreunde!

Dieser Parteitag — es ist kein außerordentlicher Parteitag, wie gesagt wurde, sondern ein ordentlicher, und, ich meine, ein sehr ordentlicher Parteitag, wenn ich den bisherigen Verlauf ins Auge fasse — ist die Mobilmachung der CDU für den Wahlkampf 1965. Sie fordert von uns nicht nur die Anspannung aller Kräfte. Sie fordert zuallererst nüchterne, kritische und klare Beurteilung der eigenen Situation, aber auch der Lage unseres Volkes. Das, meine lieben Parteifreunde, ist für uns und das deutsche Volk wichtiger als ideologische Phrasen, als Wahlversprechungen alten Stils.

Der Kurs unserer Partel, die Ziele unserer Politik liegen seit langen Jahren fest — nicht als ideologisches Programm, sondern als Richtschnur unseres praktischen Handelns, als Ausdruck unserer sittlichen Überzeugung.

Unsere Erfolge sind unbestreitbar, auch in den letzten Jahren. Wenn Sie selbst, meine Parteifreunde, angesichts von kritischen Situationen, von Fehlern und auch Schwächen auch manchmal gefragt haben: Haben wir noch genug Kraft und Elan, um die politische Verantwortung für uns fordern zu können? Nun, dann antworte ich Ihnen:

Welcher anderen Partei wäre es gelungen, einen so zentralen Führungswechsel mitten in einer Legislaturperiode ohne Krisen durchzuführen? Und weiter:

Wann war es um den Wohlstand aller Schichten unseres Volkes -vor allem auch der Arbeitnehmerschaft -- so gut bestellt wie in den letzten Jahren und heute? Hat nicht Deutschland auch im Wandel der politischen Gesamtlage seine Stellung behauptet, und hat es nicht das Vertrauensverhältnis zu den Völkern und Staaten der freien Welt gefestigt?

Nein, meine Damen und Herren, wenn es auf Leistung und Erfolg, Erfahrung, Solidität und Vertrauenswürdigkeit ankommt — wenn Phrasen und Versprechungen, Demagogie und Nörgeleien nicht zählen —, dann kann die CDU mit Festigkeit und Selbstvertrauen dem Wahltag entgegensehen. Allerdings unter einer Voraussetzung: Daß wir alle, jeder einzelne, wo er auch stehen möge, selne Pflicht — ich meine, mehr als seine Pflicht — tut.

Haltung und Handeln der Bundesregierung, unserer Partei und der Fraktion waren in diesen Jahren durch eine sehr grundsätzliche Entscheldung bestimmt: Bei allem, was wir taten, haben wir das innere Gleichgewicht und die Stabilität unserer Demokratie — sei es in der Wirtschaft, in der Sozial- und Gesellschaftspolitik, in der Landwirtschaft oder im Gemeinsamen Markt — haben wir all das nicht nur zu wahren, sondern auch zu festigen verstanden.

Innere Stabilisierung und Wohlstand und soziale Sicherheit — die Sozialdemokraten sollen uns einen Staat in der Welt nennen, der nach einer solchen Katastrophe, einer solchen Zerstörung und moralischen Isolierung, in einer so schwierigen Lage, wie es die des deutschen Volkes heute noch ist, solche Leistungen und Erfolge, ein solches Maß an innerer Stabilität aufzuweisen hat.

Natürlich war das nicht allein der Erfolg unserer Partei — es war die Leistung unseres ganzen Volkes — und wir sind stolz darauf; wir sind dankbar dafür.

Aber schließlich sind ja in der CDU/CSU alle Kräfte und Schichten unseres Volkes versammelt oder repräsentiert. Regierung, CDU/CSU und das deutsche Volk als Ganzes haben diese Leistungen vollbracht. Nicht nur wirtschaftspolitisch im engeren Sinne war es das Werk von Professor Ludwig Erhard, in dessen Händen die Verantwortung für den Wiederaufbau unseres zerstörten Landes lag. Ich wiederhole, was ich gestern gesagt habe: Adenauer und Erhard! Der Erfolg des einen ist ohne die Leistung des anderen nicht denkbar. Beide aber zogen ihre Kraft aus der gleichen Quelle, aus der Christlich Demokratischen Union.

(Lebhafter Beifall)

Und der Beitrag der SPD? In der Vergangenheit war sie die Partei des obstruktiven Nein, und während der letzten Jahre bestand ihre Leistung im Abschwören der Vergangenheit, in der Anpassung an unsere Politik, in einem mittlerweile schrankenlosen Opportunismus.

Gerade weil die SPD in diesem Wahlkampf keine Alternative der deutschen Politik anbietet, mit der auseinanderzusetzen sich lohnt, gerade deshalb ist es um so wichtiger, daß wir unsere Grundsätze dem deutschen Volk deutlich machen, daß wir die Situation unseres Landes von uns aus und in den eigenen Reihen klären.

Nicht etwa in dem Sinne, daß wir diesem Parteitag und der Öffentlichkeit ein neues Grundsatzprogramm vorlegen — vergleichbar mit dem Godesberger Programm der SPD. Das, meine ich, wäre vollkommen falsch. Die SPD hat mit diesem Programm — ob ehrlich und ernsthaft

gemeint oder nicht — der Öffentlichkeit gegenüber ihrer marxistische Vergangenheit abschwören wollen. Nach der Tradition ideologischer Parteien konnte sie das nur mit einem neuen Grundsatzprogramm; ein politisches Konzept, eine praktische Alternative gegenüber unserer Politik — das hat sie nicht mehr. Wir dagegen haben gar keinen Grund, irgend etwas zu dementieren, was wir in der Vergangenheit formuliert, was wir in den vergangenen Jahren getan haben. Von uns verlangt das deutsche Volk vielmehr, daß wir unsere Grundsätze und Ziele klarer und härter, konsequenter und geschlossener verfolgen.

Es würde den Rahmen meines Themas sprengen, wenn ich in diesem Zusammenhang auf die Probleme und Schwierigkeiten der Nahost-Krise eingehen würde. Sie fordert von uns ebenso Klarheit und Geschlossenheit wie Mut und Entscheidungskraft. Aber — und das ist eine ganz entscheidende Frage:

Zeigt sich in diesen und anderen Schwierigkeiten etwa eine außenpolitische Schwächung der Bundesrepublik?

Meine Parteifreunde, das Gegenteil Ist der Fall. Wenn wir die Möglichkeiten und Schwierigkeiten unserer Situation ins Auge fassen, müssen wir davon ausgehen, daß Deutschland seit dem ersten Weltkrieg noch nie so stark war wie heute. Neben anderen Faktoren ist es diese wachsende Stärke, die uns vor neue Situationen stellt.

Wir würden die politische Situation falsch beurteilen, wenn wir die Tatsache außer acht lassen würden, daß wir uns nicht mehr in der Rolle befinden, die die Bundesrepublik Deutschland vor 10 Jahren gespielt hat, als sie wieder als souveräner Staat anerkannt wurde. Well wir auf die Teilung Deutschlands sahen, auf den verlorenen Krieg, auf die materiellen und moralischen Belastungen aus der nationalsozialistischen Konkursmasse und auch auf das Mißtrauen, mit dem wir uns allzu sehr daran gewöhnt, die außenpolitische Bedeutung unseres Landes zu untertreiben.

Trotz aller dieser Einschränkungen und Belastungen haben wir sowohl durch unsere Lage in Mitteleuropa wie durch unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit an Bedeutung gewonnen, und wir haben uns dieser Bedeutung entsprechend verhalten.

Um kelne Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Wir haben in gar keiner Weise den Wunsch oder die Macht, die Rolle einer Großmacht zu spielen; noch weniger wollen oder können wir Machtpolitik alten Stils betreiben.

Und vor allem: Solange die CDU regiert, wird es keine Rückkehr zu einer nationalistischen Politik geben. Aber wir müssen uns auch klarmachen, daß wir die Interessen unseres Landes anspruchsvoller als bisher aussprechen und zur Diskussion stellen müssen.

(Beifall)

Das gilt um so mehr, als sich nicht nur unsere Bedeutung, sondern auch das Bild der Weltpolitik seit einigen Jahren verändert hat. Auch die Interessen unserer westlichen Verbündeten treten heute differenzierter zutage, als das etwa vor zehn Jahren der Fall gewesen ist und wir, wir müssen entsprechend differenzierter handeln.

Deshalb ist es gut, daß innerhalb unserer Partei mit Ernst und Leidenschaft über die Notwendigkelten unserer Außenpolitik diskutiert worden ist und weiterhin diskutiert wird. Es war unvermeldlich, daß solche Innerparteilichen Diskussionen ihr Echo in der Öffentlichkeit gefunden haben.

Was allerdings zu vermeiden gewesen wäre, war die völlig verfehlte Ansicht, daß es irgend jemandem – ausgenommen den Sozialdemokraten – nütze, wenn man sich in einer innerparteilichen Diskussion an die Offentlichkeit wendet.

(Beifall)

Auch die Führungskräfte einer Partei müssen sich, mag es auch schwerfallen, in der Tugend der Disziplin üben, wenn sie von den Mitgliedern und Wählern Disziplin und Vertrauen erwarten.

(Beifall)

Ich hoffe aber, Ihnen zuversichtlich versprechen zu können, daß in absehbarer Zeit kein Politiker unserer Partei mehr der Versuchung unterliegen wird, Sonntagszeitungen unnötige Interviews zu geben.

(Beifall)

Rückschauend möchte ich allerdings betonen, daß es besser ist, eine Partel diskutiert diese wichtigen Fragen, überdenkt ihre Politik und überprüft Wege und Methoden, als daß sie überhaupt nichts zu sagen hat und jede Diskussion unterdrückt, um in der Öffentlichkeit den Irrtum zu erwecken, sie habe eine geschlossene und überprüfte Meinung in den schwierigen Fragen unserer auswärtigen Politik.

Als Bundeskanzler Ludwig Erhard seine Entscheidung über die deutsche Haltung in der Nahost-Krise traf, haben viele gesagt, daß es vorher zu lange und zu viele Überlegungen, Beratungen und Abstimmungen gegeben habe. Nun — das mag sein. Aber die Entscheidung, die er getroffen hat, war besonnen, nüchtern und abgewogen, und sie hat ein gutes Echo in der Welt gefunden, und das ist entscheidend.

Und der Beitrag der SPD? Abgesehen von nörgelnder Kritik, Phrasen und Gemeinplätzen von erhabener Langeweile haben wir nichts gehört. Der Vorschlag der sozialdemokratischen Außenpolitiker, sich mit Nasser ebenso zu arrangieren wie mit dem Staate Israel, war ebenso banal wie irreal. Er demonstriert das Bestreben der SPD, schwierigen Entscheidungen auszuweichen, wie überhaupt der SPD bei aller Parteldisziplin auch in den Fragen der Außenpolitik selt 1949 nichts Vernünftiges und Produktives eingefallen ist.

In den letzten Jahren ist oft gesagt worden, die deutsche Politik stehe vor einem grundlegenden Wandel. Viele haben bei der Regierungsübernahme durch Ludwig Erhard von einem neuen Abschnitt der deutschen Politik gesprochen, der jetzt notwendig werde. Das alles ist ebenso richtig wie falsch. Denn die politischen Verhältnisse unserer Welt befinden sich in einem ständigen Wandel.

Die Entwicklungsphasen sowohl unserer Gesellschaft wie der Außenpolitik folgen rasch aufeinander, jedenfalls sehr viel rascher als in früheren Jahrzehnten. Wir müssen uns diesen Entwicklungen ebenso sehr anpassen, wie es notwendige sein kann, Ihnen Widerstand zu leisten.

Das gilt nicht nur für die deutsche Politik und für die Bundesrepublik als Ganzes, das gilt vor allem auch für unsere Partei. Der Maßstab, den wir an die weitere Entwicklung der CDU anlegen müssen, ist zunächst das Bild einer modernen Partei. Jeder Parteitag sollte sich deshalb kritisch mit den Fragen beschäftigen: Welches sind denn die Züge einer modernen Partei unseres Stils? Entsprechen wir diesem Bild? Welche Aufgaben ergeben sich daraus?

In dieser Diskussion wird wieder die Frage aufgeworfen, ob die CDU eine Mitglieder- oder eine Wählerpartei sein soll. Selbstverständlich müssen wir bemüht sein, so viele Mitglieder wie möglich zu gewinnen, unsere Parteiorganisation zu verbessern und der Union noch mehr Gewicht und Kraft zu geben. Aber wir gäben uns einer verhängnisvollen Selbsttäuschung hin, wenn wir darüber hinwegsähen, daß die Union Ihre Rolle als Mehrheitspartei nur deshalb spielen konnte, weil sie immer auch bewußt Wählerpartei gewesen ist, weil sie weiten Kreisen unseres Volkes, die nicht bereit waren, in einer Partei aktiv mitzuarbeiten oder auch nur Mitglied zu werden, Orientierungsmöglichkeiten gegeben hat und das Bewußtsein, daß die Sache der CDU auf lange Sicht auch ihre eigene Sache ist.

Das konnten wir nur, weil wir bewußt auch diese Wählerschichten repräsentieren wollten, ohne sie als Mitglieder gewinnen zu können.

Hier wird deutlich, daß unser Charakter als Wähler- und Mitgliederpartei keinen Gegensatz bedeutet, sondern daß beide aufeinander bezogen sein müssen. Unsere Aufgabe, möglichst breite Schichten von Wählern politisch zu gewinnen und zu stabilisieren, verlangt eine aktive, verantwortlich denkende Mitgliedschaft und macht ständige Mitgliederwerbung zu einem ersten Gebot unserer Parteiarbeit.

Zum Bild einer modernen Partei gehören also sowohl große, im Wesen der Partei selbst begründete Offenhelt gegenüber allen in Betracht kommenden Wählerschichten, wie auf der anderen Seite ein eben solches Bewußtsein der Geschlossenheit, der politischen Solidarität, der Gesinnungsgemeinschaft. Wir müssen die darin liegende Spannung bejahen, weil sie politisch fruchtbar ist und weil sie die CDU erst zum großen Ganzen einer Mehrheits- und Volkspartei integriert.

Führungsgruppe in der Demokratie zu sein, das ist die erste und wichtigste Aufgabe einer modernen Partei. Darauf ist das Parlament angewiesen, ebenso aber die Demokratie im ganzen, in der wir zu unserem Tell die politische Führung zu repräsentieren haben, und zwar in der Selbstverwaltung der Gemeinden ebenso wie in den Ländern und im Bund.

Wenn wir diese entscheidende Aufgabe überzeugend erfüllen wollen, können wir uns nicht damit begnügen, meine lieben Freunde, politische Ämter nach Art von Honoratiorengruppen ängstlich unter uns zu verteilen.

(Beifall)

Wir können auch keine "politischen Erbhöfe" anerkennen – weder bei der Aufstellung von Kandidatenlisten noch bei der Bildung eines Kabinetts.

(Beifall)

Ich möchte im Gegenteil Herrn Professor Ludwig Erhard ermuntern, bei der Neubildung des Kabinetts im September eine — ich möchte sagen — umfassende Wachablösung durchzuführen.

(Beifall)

Wir sollten es uns abgewöhnen, einen Wechsel im Ministeramt als ein spektakuläres Ereignis oder gar als eine Krise anzusehen.

(Beifall)

Um auf mein Thema zurückzukommen, meine Damen und Herren:

Die Union muß das politische Begabungsreservoir unseres Volkes optimal ausschöpfen. Ich weiß um die vielfältigen Schwierigkeiten, die sich dieser Notwendigkeit entgegenstellen, und zwar sowohl auf seiten der Partei, wie auf seiten derer, um deren Mitarbeit wir bitten, vor allem auf seiten derer, die es sich zur Aufgabe gestellt haben, neben einem Beruf auch im öffentlichen Leben ihren Beitrag zu leisten. Aber es wäre ein grundsätzlicher Fehler, wollten wir — wie es die SPD seit alters her gewohnt ist — politische Führungsauslese mit Funktionärsschulung gleichsetzen. Auch hier haben wir uns ganz deutlich von der SPD zu unterscheiden.

Neben der Führungsaufgabe steht in einer Gesellschaft organisierter Verbände an zweiter Stelle die Aufgabe der Integration. Es geht nicht nur darum, diese meist organisierten Interessen gegeneinander abzuwägen. Wir müssen daraus eine in sich geschlossene, eine gesamtheitliche Politik entwickeln.

Bilden sich in Partei und Fraktion auf Grund dieser Aufgabe eigene Gruppen, so dürfen sie sich in keiner Weise organisatorisch und in anderer Form abschließen. Die politische Einheit der Partei steht über den Interessen der einzelnen Gruppen, mögen diese Interessen noch so legitim, noch so berechtigt sein.

(Beifall)

Zur Integration tritt als dritte Aufgabe die politische Arbeit in den Gemeinden, den Ländern und dem Bund zu einer Einheit zusammenzufügen. Diese Einheit haben wir noch nicht erreicht, wenn es auch unter Bundeskanzler Erhard in der Zusammenarbeit mit den Ländern zu dankenswerten Fortschritten gekommen ist. Diese Einheit ist keine bloße Frage einer zentralistischeren Organisation der Partel, sondern eine höchst politische Angelegenheit, die sich in den letzten Jahren immer dringender zur Lösung angeboten hat.

Bundeskanzler und Bundesinnenminister sollten mit den Ministerpräsidenten der deutschen Länder dieser politisch wichtigen Aufgabe in Zukunft erhöhte Aufmerksamkeit widmen.

(Beifall)

In weiten Bereichen des öffentlichen Lebens – auch der Schul- und Kulturpolitik – erwartet unser Volk mehr Einheit als gegenwärtig gegeben ist.

(Beifall)

Ich glaube, wir müssen uns mehr als bisher darüber im klaren sein, daß wir im Unterschied zu den Parteien des vorigen Jahrhunderts, aber auch der Weimarer Demokratie, unmittelbar verantwortlich für den Staat, unmittelbar beteiligt an der Gestaltung und Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Ordnung sind.

Eine solche Aufgabe verlangt ein hohes politisches Ethos. Das ist der Grund — jedenfalls einer der wesentlichen Gründe —, weshalb wir an dem christlichen Namen unserer Partei mit Überzeugung festhalten.

Das Gegenteil sehen Sie am Bild der Sozialdemokratie. Warum ist sie opportunistisch? Warum wirken ihre Führer so überzeugungslos? Warum hat sie nicht mehr den Mut, die Rolle einer parlamentarischen Opposition zu spielen?

Die einfache Antwort lautet: Weil die SPD keineswegs ihre marxistische Erbschaft, sondern ihre Überzeugung, ihr politisches Ethos preisgegeben hat, weil sie eine sozialistische Partei ohne Sozialismus sein möchte. Das aber ist unmöglich. Das ist — um ein Bild zu gebrauchen — ein Ochs ohne Hörner.

Meine Damen und Herren, ich habe versucht – jedenfalls in einigen Zügen –, das Bild einer modernen Partei unseres Stils zu zeichnen. Damit stellt sich die Frage, wie wir dem Maßstab gerecht werden, den wir an die weitere Entwicklung der CDU anlegen müssen.

Wenn ich betone, daß wir uns zuallererst an das erinnern müssen, was wir bisher geleistet haben, so meine ich damit alles andere als einen seligen oder wehmütigen Rückblick in eine besonnte Vergangenheit. Ich meine vielmehr die absolute Notwendigkeit, daß wir nur auf der Basis des bisher Gewonnenen weiterarbeiten können. Und das ist keineswegs selbstverständlich. Es spielt dabei keine Rolle, ob wir auf Dankbarkeit für unsere Leistungen rechnen können oder nicht. Wir sollten da sehr skeptisch sein.

Aber unser Volk braucht diese Erinnerung an seine jüngste Vergangenheit, ein klares Bewußtsein dieser letzten Phase seiner Geschichte. Es muß wissen, wie schwer der Wiederaufbau gewesen ist, wie wichtig es war, die soziale und religiöse Zerrissenheit noch der zwanziger Jahre im Bereich der Politik zu überwinden.

Die Erfahrungen, die wir mit der Entwicklung einer modernen Sozialordnung gemacht haben, die Kunst, eine hochleistungsfähige Wirtschaft zu entwickein, das alles darf weder in der Partei noch in unserem Volk in Vergessenheit geraten, wenn wir in Zukunft bestehen wollen.

Das ist die Basis, von der wir ausgehen müssen. Aber dieses Fundament muß in ganz anderer Weise gefestigt werden als bisher. Und von dieser Grundlage aus müssen wir daran gehen, uns die großen Ziele zu setzen, die wir als Volk und als Partel anstreben. Denn wir können, wir dürfen nicht stehen bleiben.

Wir können uns nicht damit begnügen, sogenannte "Gemeinschaftsaufgaben" zu erledigen. Wir müssen weit in die Zukunft blicken, und diese Zukunft ist schwierig genug, sie verlangt unsere ganze Kraft.

 Im 20. Jahr der Spaltung muß es unser vornehmstes Ziel sein, die geschichtliche Existenz unseres Volkes in Europa neu zu festigen, neu zu formulieren. Dabei geht es natürlich in erster Linie um unsere nationale Wiedervereinigung.

Aber es wäre ein Fehler, wollten wir uns darauf beschränken, nach Osten die Wiedervereinigung Deutschlands und nach Westen die Vereinigung Europas zu proklamieren, ohne beides in einen engen Zusammenhang miteinander zu bringen.

Im Vordergrund unserer Anstrengungen steht weiterhin die Aufgabe, die fortschreitende wirtschaftliche Einigung Europas durch eine politische Union zu untermauern und das Atlantische Bündnis der Entwicklung der Weltpolitik anzupassen, es mit neuem politischen Leben zu erfüllen und militärisch dauerhaft zu festigen.

Ein Blick auf die europäische Landkarte macht deutlich, daß das Ziel der politischen Einigung und auch der Auftrag einer wirksamen Verteidigung Europas nur durch eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Frankreich zu erreichen ist. Trotz aller Schwierigkeiten, von denen wir gerade in diesen Tagen und Stunden hören, haben wir die Hoffnung, daß die Erwartungen, die sich an den letzten Besuch des Bundeskanzlers Erhard in Rambouillet knüpfen, nicht enttäuscht werden.

Zu Europa gehören aber auch die osteuropäischen Völker. Unser Blick geht also auch hier über die Wiedervereinigung hinaus; denn wir können keine Politik ohne eine große geschichtliche Perspektive betreiben.

Wir alle wissen, wie schwierig die Probleme sind, die wir in Mittelund Osteuropa zu lösen haben, und wir wissen auch, daß sie nur langfristig zu lösen sind. Gerade deshalb müssen wir ein konkretes Bild des wiedervereinigten Deutschland in einem neuen Europa entwickeln, ein Bild, das auch für unsere Nachbarn im Osten Anziehungskraft besitzt.

Ich sagte bereits: Die Bundesrepublik ist in diesen letzten Jahren nicht schwächer, sie ist stärker geworden. Eine ganze Reihe von aktuellen Schwierigkeiten unserer Außenpolitik ergeben sich aus dieser Erstarkung unseres Landes, das trotz Teilung, trotz des Ruins des zweiten Weltkrieges, trotz der russischen Vormachtstellung in Osteuropa nicht nur rechtlich, sondern auch tatsächlich das Erbe des Deutschen Reiches angetreten hat.

Ich appelliere hier vor allem an die Vertriebenen aus Ostdeutschland. Sie haben aus dem Nichts heraus beginnend, ganz wesentlich zum Wiederaufbau der Bundesrepublik belgetragen.

Ich glaube, es ist keine Übertreibung zu sagen, daß ohne die moralische Haltung und ohne die Kraft von Hunderttausenden von Vertriebenen der wirtschaftliche und politische Aufbau Deutschlands nicht gelungen wäre.

(Beifall)

Die Bevölkerung des deutschen Ostens hat jahrhundertelang Tür an Tür mit den slawischen Völkern gelebt. Sie kennt ihre Geschichte, ihre Kultur, ihre Schwächen und ihre Stärken. Sie hat deshalb eine wichtige Mission zu erfüllen, wenn wir das zukünftige Zusammenleben mit diesen Völkern erörtern.

Uns geht es — um es zum wiederholten Mal zu sagen — nicht um Revanche, es geht uns um die Wiederherstellung Europas. Es geht uns um den Beweis, daß die Wiedervereinigung Deutschlands in diesem Sinne auch der Friede Europas sein wird.

(Belfali)

Wir haben seit vielen Jahren immer wieder darauf hingewiesen, daß ein wiedervereinigtes Deutschland keineswegs eine nationalstaatliche Politik treiben wird – vor allem dann nicht, wenn es als Teil eines politisch geeinten Europas ist. Wir verstehen unter Frieden auch keineswegs nur den Verzicht auf Krieg und Gewalt. Friede in unserer Zeit heißt ein höchst intensiver Austausch von Kultur- und Wirtschaftsgütern – so, wie wir es im Westen Europas zu erreichen versuchen. Nur ein solcher Friede kann den Völkern Osteuropas den großen wirtschaftlichen Aufschwung sichern und das Streben nach persönlicher Freiheit und Wohlstand befriedigen, dem sich heute nicht einmal mehr die kommunistischen Regierungen entziehen können. Wiedervereinigung Deutschlands und Befriedung Europas, das sind als zwei Seiten derselben Sache, zwei Grundzüge einer gesamteuropäischen Politik.

Seien wir uns klar darüber, daß heute, zwanzig Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges, von uns ein ganz entscheidender Beitrag zu dieser Politik verlangt wird, ein Beitrag, dessen konkrete Gestaltung naturgemäß sorgfältigster Prüfung und Abwägung bedarf.

2. Die zweite große Perspektive, die wir, die CDU mit der CSU, politisch entwickeln müssen, richtet sich auf die Leistungsziele unserer Demokratie und unserer Gesellschaft. Wir leben heute in der Bundesrepublik zu wenig im Bewußtsein unserer Modernität — ja, unser Bewußtsein hinkt sogar hinter dieser Modernität her.

Auch die CDU befindet sich in einer gewissen Gefahr, die außerordentlich modernen Züge ihrer eigenen Politik nicht zu sehen.

Wir sprechen von den sozialen Problemen oft noch mit den Vokabein des vorigen Jahrhunderts oder auch der zwanziger Jahre. Dabei übersehen wir, daß die Sozialordnung, die wir nach dem zweiten Weltkrieg auf dem Chaos aufgebaut haben, bereits einen modellhaften Charakter angenommen und gewonnen hat.

Immer mehr sind an die Stelle von Konflikten geregelte und geordnete Verfahren getreten, Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik sind eng miteinander verflochten. Sämtliche sozialen Interessen sind nicht nur organisiert, sie sind auch grundsätzlich anerkannt. Ich meine, die Umverteilung des Sozialprodukts ist jedenfalls im Prinzip geordnet.

Dieses Modell, das wir aus der Praxis heraus entwickelt haben, bedarf ganz gewiß noch größerer Überschaubarkeit. Es muß gestrafft, es muß vereinfacht werden, um leistungsfähiger zu werden, und ganz sicher bedarf es auch des weiteren Ausbaues. Die Bedeutung dieses sozialen Modells liegt aber nicht nur in seiner Funktion als Ordnung, sondern auch darin, daß es die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft gestelgert und keineswegs geschwächt hat.

20 Jahre nach der Beendigung des letzten Krieges gilt es, den Rahmen abzustecken für die Gesellschaft von morgen. Die moderne Industriegesellschaft entwickelt sich in einem atemberaubenden Tempo. Die sich daraus ergebende Aufgabe ist keineswegs leichter als die der vergangenen Jahre.

Dabel haben wir vor allem daran zu denken, daß uns der wachsende Wohlstand nicht zur Unsolidität verführen darf. Oberstes Gebot unserer Wirtschaftspolitik bleibt die Stabilität der Währung.

Das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung darf uns nicht verführen, mehr auszugeben als wir erarbeiten.

(Beifail)

Das gilt für den einzelnen wie für die öffentliche Hand.

(Belfall)

Unser Ziel bleibt – um es ganz einfach, schlicht und verständlich zu formulieren –: die DM neben dem Dollar als die härteste Währung der Welt zu erhalten.

Eine der besonderen Schwierigkeiten besteht noch heute darin, das Bildungswesen in diesem neuen Funktionszusammenhang voll zur Entfaltung zu bringen. Wir sind auch hier in raschem Vormarsch — ich meine, unter Führung von sehr modernen und sehr fortschrittlichen Kulturpolitikern der CDU/CSU.

(Beifall)

Die Schwierigkeiten, die sich aus den Schäden und Folgen des Krieges, aber z. T. auch aus der föderativen Struktur der Bundesrepublik ergeben, werden hoffentlich bald überwunden sein. Es mag dem Bedürfnis nach Schlagzeilen entsprochen haben, von einer Bildungskatastrophe und ähnlichem zu reden, um das Interesse der Öffentlichkeit zu finden. In Wirklichkeit kann auch ernsthaft von einer Katastrophe keine Rede sein. Trotz ihrer geringen Kompetenzen ist auch die Bundesregierung auf diesem Gebiet Schritt für Schritt vorwärtsgekommen. Aber auch hier, meine Damen und Herren, halten wir nichts von leeren Versprechungen. Nicht nur im Bereich von Bildung und Wissenschaft, sondern ebenso im Verkehrswesen, in der industriellen Hyglene, im Städtebau, in der regionalen Strukturpolitik besteht die große Aufgabe darin, alle Maßnahmen von vornherein in einen Gesamtzusammenhang zu bringen.

Trotzdem stellen sich hier keine unlösbaren Probleme mehr. Im Gegenteil: Die Grundformen, in denen sich unsere Politik weiterentwickeln kann, sind geschaffen, und zwar in außerordentlich stabiler Weise.

Aber es wäre kurzsichtig, sich vorzustellen, wir Deutschen könnten dieses Modell weiter ausbauen — nur für uns, nur zu unserem eigenen Nutzen. Die innere Ordnung und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die wir erreicht haben, sind vielmehr Voraussetzung für unsere internationalen Beziehungen im ganzen, aber auch für die Ziele, die unsere Außenpolitik im einzelnen erreichen muß.

Außenpolitik und Innenpolitik stehen im engen Wechselverhältnis. Gerade angesichts der schwierigen Lage der Bundesrepublik vor den Toren des bolschewistischen Imperiums erscheint es mir doppelt wichtig, unsere Außenpolitik auf diese moderne Demokratie zu stützen, die wir nach dem letzten Kriege mit vielen Freunden draußen in der Welt entwickelt haben. Denn die freiheitliche demokratische Weltordnung, nach der der freie Westen strebt, wird solche Züge unserer Demokratie haben müssen, wenn sie nicht dem Kommunismus zum Opfer fallen will.

3. Beides, sowohl die geschichtliche und politische Existenz unseres Volkes wie die Leistungsziele unserer Demokratie und unserer Gesellschaft, läßt sich nicht nur unter Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten – das, was man in der praktischen Politik so gern Realpolitik nennt – oder gar durch eine gute Organisation erreichen.

Diese moderne Demokratie und insbesondere unser deutsches Volk bedürfen eines großen politischen Ethos, um Ihre Existenz mit Erfolg verwirklichen zu können. Ein solches Ethos läßt sich nicht zusammensetzen aus Gruppeninteressen und Verbandsloyalität, auch nicht aus

Parteiideologien alten Stils, es muß, das meine Ich, auf die politische Einheit eines Volkes gerichtet sein. Diese politische Einheit ist nicht möglich ohne ein überzeugendes Geschichtsbewußtsein.

Ein solches Ethos läßt sich nicht auf den bloßen Wunsch nach Frieden gründen, und Freiheit muß ihm mehr sein als der Wunsch, persönlich von lästigen Verpflichtungen ungeschoren zu bleiben. Das politische Ethos des freiheitlichen Rechtsstaats verlangt, daß wir uns intensiv nicht nur mit den Fragen unseres Volkes, sondern auch mit denen des Friedens der Welt beschäftigen, uns dafür mitverantwortlich fühlen. Dazu gehört auch das Bewußtsein, daß die Freiheit, für die wir kämpfen, immer auch die Freiheit der anderen ist, und umgekehrt.

Mit tiefem Ernst wiederhole ich hier, was ich zu Beginn meiner Ausführungen gesagt habe: Wir wissen, warum wir bei der Gründung unserer Partei ein verbindliches Bekenntnis zum Christentum abgelegt haben.

So oberflächlich es wäre, wollten wir jeden sozialpolitischen Kompromiß, jede wirtschaftliche Investition, jeden Schritt unserer Außenpolitik aus dem Christentum rechtfertigen, so notwendig ist es, niemals zu vergessen, daß wir gerade in unserer Gegenwart, in der die Kraft des nationalen Gedankens und mit ihm die Idee des souveränen Staates erlahmt ist, daß wir in unseren Tagen noch mehr als früher die gelstigen Wurzeln suchen müssen, aus denen der Mensch lebt, die die Kultur tragen, und ohne die Politik und Gesellschaft dem Untergang geweiht wären.

Dies alles, meine lieben Parteifreunde, kann nicht heißen, uns selbst und der Öffentlichkeit einen Weg politischer und geistiger Harmonie anzupreisen.

Eine der ganz üblen Illusionen, die die Sozialdemokraten pflegen, besteht in dem Versprechen, sie könnten alle Fragen der Politik in Gemeinschaftsaufgaben verwandeln — in harmonische Beziehungen, die sozusagen alle Probleme in Wohlgefallen auflösen.

Nichts davon ist wahr. Politik heißt auch dann, wenn es uns gelungen ist, eine soziale Ordnung zu formen, daß man Spannungen standhält, sie zum Ausgleich bringt und daß man Entscheidungen wagt. Wir sollten uns über diese Spannungen in unserer Gesellschaft nicht einfach hinwegtäuschen lassen.

Gerade in unserer Gesellschaft besteht eine große Spannung zwischen der Freiheit des einzelnen gegenüber dem Staat, wie sie in den Grundrechten formuliert worden ist, und dem Anspruch auf staatliche Garantie von Freiheit und Sicherheit, wie sie in der modernen Sozialpolitik, aber auch in anderen Bereichen zum Ausdruck kommt. Es besteht eine starke Spannung zwischen der Stabilisierung, der Verfestigung unserer sozialen Ordnung und der Dynamik, die der Wirtschaftsprozeß, unterstützt von Wissenschaft und Technik, immer wieder hervorbringen muß. Schließlich hängt die Stabilität unserer Demokratie davon ab, daß wir

immer wieder ein Gleichgewicht zwischen der Notwendigkeit von Entscheidungen und dem oft mühsamen, Zeit und Prestige raubenden Aushandeln von Kompromissen finden.

Wer von uns spürte nicht die geistige Spannung, die darin besteht, daß wir auf der einen Seite die Tradition unserer Geschichte als Verpflichtung, als Bewußtsein der Kontinuität bewahren und auf der anderen Seite eine Distanz von der bisherigen Geschichte nehmen müssen wie nie eine Generation zuvor.

Diese Spannungen, mögen sie alt sein oder nur Kennzeichen für unsere heutige Situation, bestimmen den dramatischen Charakter der Politik, das Risiko, das wir immer von neuem auf uns nehmen müssen. Sie lassen sich nicht einfach harmonisieren und gerade, weil sie keine bloßen "Sachfragen" sind, sind sie so entscheidend für unsere weitere Entwicklung.

Um sie entscheiden zu können, um in diesen Spannungen politisch zu handeln, bedarf es der Macht, bedarf es eines eindeutigen Mandats für diese Macht. Insofern, meine Damen und Herren, kann der Wahlkampf, dem wir uns nähern, keine Veranstaltung für staatsbürgerliche Bildung sein, ebensowenig wie unsere Partei ein Verein für "Gemeinschaftsaufgaben" sein darf.

Die Beurteilung unserer Lage, und zwar nicht nur der CDU, sondern die der deutschen Politik, wäre unvollständig ohne das Bild, das die übrigen Parteien bieten.

Ich erspare es mir, näher auf die FDP einzugehen — trotz des Parteitages der FDP in Frankfurt, trotz ihrer ungereiften und für uns weitgehend undiskutablen Thesen zur Deutschlandpolitik —

(Beifall)

auch ihrer unüberlegten und, so meine ich, törichten Bemerkungen über den Vorsitzenden der Christlich Sozialen Union.

(Lebhafter Beifall)

So reizvoll es auch wäre, meine Damen und Herren – ich erspare es mir, darauf näher einzugehen. Die FDP ist eine kleine Partei, und das mit Recht.

(Beifall und Heiterkeit)

Die Kleinen haben immer das Bestreben, sich durch besonders schrille Töne und durch ein Feuerwerk spektakulärer Vorschläge bemerkbar zu machen. Das alles, so meine ich, sollten wir nicht allzu ernst nehmen. Jeder vernünftige Wähler wird daraus die Konsequenz ziehen, sich bei der kommenden Wahl für eine klare regierungsfähige Mehrheit zu entscheiden, damit die Voraussetzungen für eine konsequente, überzeugende Politik geschaffen werden können.

(Beifall)

Aber vielleicht muß man den Freien Demokraten doch einige mildernde Umstände zubilligen; denn der Parteitag in Frankfurt a. M.

scheint unter besonders schwierigen Bedingungen durchgeführt worden zu sein. Ich schließe das jedenfalls aus einer Bemerkung, die der stellvertretende Vorsitzende der Freien Demokratischen Partei, Herr Weyer, nach einer Zeitungsmeldung vom Donnerstag der vergangenen Woche, also offensichtlich unter dem Eindruck des Parteitags seiner Partei, gemacht hat. Es heißt hier in einem Zitat der großen Tageszeitung "Tag":

Der menschliche Verstand ist das größte unterentwickelte Gebiet der Welt.

(Heiterkeit)

Nun, meine Damen und Herren, wenn das die Summe der Erkenntnisse aus den vorangegangenen Beratungen sein soll – ich kann es nicht übersehen –, dann wäre vieles vielleicht verständlich, und ich würde meinen, daß wir die Freien Demokraten der Obhut unseres Bundesvorsitzenden anvertrauen sollten, der stets die These vertreten hat, daß jeder ein Recht darauf habe, klüger zu werden.

Damit kann vielleicht der Mangel beseitigt werden, den Herr Weyer hier beklagt hat.

Nun, meine Damen und Herren, zur Sozialdemokratischen Partei! Es wäre gut, wenn sich im kommenden Wahlkampf CDU und SPD in fairer, aber harter Konkurrenz gegenüberständen. Das setzt zunächst einmal auf seiten der SPD einen Kanzlerkandidaten voraus, der mindestens von der SPD ernst genommen wird. Wir suchen ihn vergeblich.

Als der Altkandidat der SPD die letzte Bundestagswahl verloren hatte, wurde er behutsam in das zweite Glied zurückgezogen, um ihn jeder Bewährungsprobe in den Debatten und Auseinandersetzungen des Bundestages zu entziehen.

Aber auch diese Vorsicht, das hat die weitere Entwicklung bewiesen, konnte nicht verhindern, daß der Chef des sogenannten Schattenkabinetts auch jetzt nur noch ein Schatten seiner selbst ist. Ich erspare es mir, Ihnen die vielen Peinlichkeiten und Unzulänglichkeiten ins Gedächtnis zurückzurufen. Vielleicht erinnert sich der eine oder andere dieser Vorgänge, z. B. der Berufung eines für ihn offenbar dringend benötigten Brain trusts. Ich erspare es mir, auf alle diese Dinge einzugehen, durch die sich der Altkandidat der SPD als ein Versager erwiesen hat, dessen erneute Nominierung auch führende Kreise der SPD für einen großen Fehler halten. Nun, wir selbst haben seine Nominierung zwar nicht begrüßt, aber wir waren auch nicht sehr traurig darüber. Wir werden allerdings das deutsche Volk sorgfältig darüber aufklären, daß jede Stimme für die SPD zugleich auch eine Stimme für Willi Brandt ist. Das muß der Wähler ja doch wohl wissen.

(Beifall)

Der Wahlkampf setzt aber weiter eine Opposition voraus, die uns ihr Konzept der deutschen Politik entgegenhält. Aber die Sozialdemo-

kraten haben kein Konzept. Sie wollen keine Opposition sein. Sie sind sogar stolz darauf, daß sie nicht einmal mehr nein sagen, sie haben keinen wirklichen Willen zur Macht, es sel denn den Wunsch, vom Staatssekretär bis zur letzten Putzfrau alle Posten durch Genossen und Genossinnen zu besetzen.

(Beifall)

Die SPD wagt nicht einmal, der Öffentlichkeit zu sagen, sie kämpfe in diesem Wahlkampf um die Mehrheit.

Statt dessen läßt sie unter der Hand verlauten, sie wolle gern mit uns gemeinsam die neue Bundesregierung bilden, obwohl wir doch angeblich so verbraucht sind. Die schwarz-rote Koalition — um in überholten Kategorien zu sprechen — ist bei Licht besehen das eigentliche Ziel, das einzige Ziel der SPD, allerdings eingefaßt von einem Strauß rosaroter Wahlversprechungen.

Ist das geschickte Taktik oder gut ausgedachte Strategie? Es ist keines von beiden. Es ist der Verzicht auf Politik. Und darin liegt vielleicht unsere hauptsächliche Verantwortung in diesem Wahlkampf.

Wir müssen dem deutschen Volk klar machen, daß diese nächsten Jahre nicht damit verbracht werden können, daß wir auf der Basis des bisher von uns Erreichten sogenannte "Gemeinschaftsaufgaben" lösen, sondern daß wir nach wie vor für unsere Existenz, für unsere Zukunft kämpfen müssen.

(Beifall)

Wenn wir anfangen wollen wie die SPD, unsere Politik wie Zahnpasta zu verkaufen, wenn — wie bei der SPD.— Demoskopie und public relations unseren Weg bestimmen, wäre das nicht nur töricht, es führte uns auch mit Sicherheit in eine nicht absehbare politische Katastrophe.

Deshalb müssen wir diesen Wahlkampf mit aller Härte führen. Je entschiedener wir auftreten, je überzeugender wir dem deutschen Volk unsere Vorstellungen über die zukünftige Politik entwickeln, desto leichter wird dem deutschen Wähler die Entscheidung fallen. Und wir können gewiß sein — das beweisen die Erfahrungen der Vergangenheit —, wenn der deutsche Wähler weiß, daß er wirklich eine Entscheidung von großer Tragweite zu fällen hat, wenn er erkennt, daß es in Wahrheit um Deutschland geht, dann wird diese Entscheidung des Wählers zugleich sein: Der Sieg des Bundeskanzlers Erhard über einen Kandidaten, den wir uns als Nachfolger von Staatsmännern wie Bismarck und Adenauer einfach nicht vorstellen können:

(Beifall)

dann wird dieser Wahltag sein der Sieg der Union, die für Deutschlands Existenz und Zukunft zu kämpfen bereit ist; dann wird dieser Wahltag sein der Sieg einer Politik, die Sicherheit, Stabilität und Fortschritt garantiert und unser Volk vor Inflation und sozialistischen Abenteuern bewahrt.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Grundmann: Meine Damen und Herren! Meine lieben Partelfreunde! Ich möchte Herrn Dufhues sehr herzlich danken für dieses großangelegte Referat, aber ich möchte noch mehr diesen 13. Parteitag benutzen, um ihm zu danken für seine Arbeit an unserer Partei, im Bemühen um eine straffe Organisation, um neue Wege und Ziele.

(Beifall)

Ich koppele diesen Dank mit dem Dank an unseren Bundesgeschäftsführer, Herrn Dr. Kraske, und an alle Damen und Herren, die in der Bundesgeschäftsstelle mit an diesem Ziele ständig zu arbeiten bereit sind.

Ich darf Sie bitten, noch einen Augenblick auf Ihren Plätzen zu bleiben. Ich habe jetzt abstimmen zu lassen über das Redaktionskomitee. Sie haben die Liste der Namen auf Ihren Plätzen vorliegen. Ich darf die stimmberechtigten Delegierten bitten, darüber abzustimmen. Wer mit dem Vorschlag zum Redaktionskomitee, wie er Ihnen schriftlich vorliegt, einverstanden ist, den darf ich um das Kartenzeichen bitten! — Meine Damen und Herren! Ich will noch einmal vorlesen, wie das Redaktionskomitee zusammengesetzt ist:

Vorsitzender: Herr Dufhues Herr Lücke
Mitglieder: Herr Dr. Müller-Hermann
Herr von Eckardt
Herr Minister Dr. Krone
Herr Majonica
Herr Dr. Kohl
Herr Dr. Hellwig
Herr Dr. Röder
Herr Dr. Rathke

Herr Katzer Herr Professor Mikat

Wer diesem Komitee zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe! – Enthaltungen! – Ich stelle fest, daß bei einigen Enthaltungen dieses Redaktionskomitee durch den 13. Parteitag bestätigt worden ist.

Ich darf Ihnen noch bekanntgeben, daß die zweite Plenarsitzung des Parteitages heute mittag Punkt 15 Uhr beginnt. Wir hören dann das Referat unseres Parteifreundes, des Herrn Bundestagspräsidenten Dr. Eugen Gerstenmaier:

"Was ist mit uns Deutschen los?" Versuch einer Orientierung.

Die erste Plenarsitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 12.59 Uhr.

Montag, den 29. März 1965

2. Plenarsitzung

Präsidentin Frau Dr. Jochmus: Ich eröffne die zweite Plenarsitzung des 13. Bundesparteitages der CDU. Wie Ihnen heute morgen mitgeteilt wurde, werden wir jetzt Herrn Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier hören mit seinem Referat: "Was ist mit uns Deutschen los?" Ich freue mich, Ihnen damit einen Redner ankündigen zu können, der uns schon auf vielen Parteitagen Grundlegendes für unsere Arbeit und für unser Selbstverständnis gesagt hat. Welche Bedeutung die Partei diesem Referat beimißt, sehen Sie daraus, daß wir für den heutigen Nachmittag die ganze Zelt für das Referat und die Aussprache zur Verfügung haben. Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit für Herrn Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier.

(Beifall)

Bundestagspräsident D. Dr. Eugen Gerstenmaier: Herr Bundesvorsitzender! Herr Bundeskanzier! Liebe Freunde! Meine Damen und Herren!

..Was ist denn mit Euch Deutschen los?" Das. meine Damen und Herren, war die erste Frage eines amerikanischen Freundes, als wir uns nach zehn Jahren kürzlich wiedersahen. Er gehört zu dem Kreis der Männer, denen wir die Verständigung mit den USA und die Aufnahme in die Bündnisgemeinschaft der freien Welt mitzuverdanken haben. Die Frage kam nicht eigentlich aus dem Mißtrauen. In ihr spiegelte sich vielmehr die wache Aufmerksamkeit, aber auch etwas von der Verwunderung und vielleicht Enttäuschung, auf die wir Deutsche von Zeit zu Zeit in der freien und in der neutralen Welt stoßen. Man kann die Frage natürlich ignorieren oder ihr auch von unserer Seite mit jener Mischung von Verwunderung und Enttäuschung begegnen, die etwa in der kurzen Gegenfrage liegt: Wieso? Man kann die Frage aber auch zum Anlaß nehmen, den eigenen Blick prüfend auf das derzeltige Deutschlandbild unserer Umwelt zu richten und es mit unseren eigenen Vorstellungen und mit unserem eigenen nationalen Selbstverständnis kritisch zu vergleichen. Was dabei herauskommt, ist noch nicht Politik, sicher noch keine neue deutsche Politik, wohl aber ist es eine unerläßliche Voraussetzung jeder deutschen Politik, mindestens jeder deutschen Außenpolitik.

Ohne nüchterne Weltorientierung und ohne gewissenhafte innere Orlentierung kann heutzutage niemand eine vernünftige Politik betreiben. Am wenigsten wir Deutsche. Wir haben an uns selbst erfahren, wohin es führt, wenn sich der Blick für die Realität trübt, wenn das Gewissen der Nation betäubt und orientierungslos wird und wenn an die Stelle der kritischen Weltorientierung die Illusion und der Machttraum treten.

Das Deutschlandbild der Welt ist auch heute. 20 Jahre nach dem Krieg, alles andere als einheitlich. Es war nie einheitlich, mit großer Wahrscheinlichkeit wird es auch nie einheitlich sein. Denn es hängt keineswegs nur von dem ab. was wir Deutsche tun oder lassen, sondern auch von dem geschichtlichen und politischen Standort des Beobachters, Dabei spielen Interessen und Gefühlstraditionen eine große, wenn nicht sogar entscheidende Rolle. Das labilste Deutschlandbild haben zur Zeit wahrscheinlich die Araber. Sie sehen in den Deutschen vorwiegend Freunde oder potentielle Verbündete. So war es wenigstens bis vor kurzem. Das beruhte weniger auf einer sentimentalen Beziehung zu Deutschland als auf dem simplen Schluß: Meines Feindes Feind ist mein Freund. Weil wir gegen England und gegen Frankreich große Kriege führten und weil sich - es kann nicht verschwiegen werden an den deutschen Namen der größte Judenmord hängt, deshalb galt Deutschland bis vor kurzem als der natürliche Freund und Verbündete der arabischen Welt. Daß die Voraussetzungen dieses Deutschlandbildes jetzt einer Revision unterzogen werden, das sollte niemand bedauern. Von Deutschland aus sehe ich nur zweierlei, was unsere freundschaftlichen Beziehungen zur arabischen Welt und zum Nahen Osten im ganzen ernstlich gefährden, ja zerstören könnte, nämlich der Umgang mit dem Ulbricht-Regime, als ob es einen regulären deutschen Staat verkörpere, und Angriffskriege.

Den Bundeskanzler haben wir zu seiner Entscheidung beglückwünscht, das deutsch-israelische Verhältnis zu normalisieren. Das waren wir unserer Selbstachtung wie unserer Geschichte seit langem schuldig.

(Lebhafter Beifall)

Es war einfach unzumutbar, meine Freunde, uns dauernd in die Zwangsalternative Kairo oder Tel Aviv spannen zu lassen.

Der Vergleich Bonn-Pankow für die anderen zieht dabei gar nicht; denn im Unterschied zum Reiche Ulbrichts ist Israel ein völkerrechtlich anerkannter, rechtlich einwandfrei etablierter Staat. Und das andere ist eben eine russische Besatzungszone, auch wenn es noch so getarnt ist.

(Beifall)

Der vielfache Zusammenhang des Staates Israel mit dem Judentum der ganzen Welt ist für unseren Aspekt deshalb von so großer Bedeutung und kann auch frei angesprochen werden, weil das Weltjudentum einen bedeutenden Einfluß auf das Deutschlandbild in der heutigen Welt hat. Es kommt gar nicht darauf an, ob wir das begrüßen oder bedauern. Das ist eine Realität, die wir zur Kenntnis nehmen müssen.

Die relativ geringste Wandlung ist, wie mir scheint, im Deutschlandbild der kommunistischen Welt zu verzeichnen. Ich höre immer noch die tieferstaunte Frage einer deutschen Studentin, die mich nach ihrem ersten Rußlandbesuch fragte, wie es denn überhaupt möglich sei, daß es ernsthafte und liebenswerte russische Menschen gebe, die immer noch vor Deutschland Angst hätten. Sie habe es zunächst gar nicht glauben können, sondern derartige Reden für Zweckpropaganda gehalten. Aber sie habe doch die Erfahrung gemacht, daß es gar nicht wenige seien, die sich nach Deutschland und der Friedensliebe der Deutschen immer wieder mit einem Vorzeichen der Angst und Sorge erkundigt hätten.

Meine Damen und Herren, diese Reaktion ist sicher auch eine Wirkung der monotonen antideutschen Zweckpropaganda der Sowjets. Sie ist vielleicht aus innenpolitischen Gründen der Sowjetunion erforderlich, um dem nach höheren Lebensständard strebenden fleißigen Sowjetbürger klarzumachen, warum der größte Teil seines Fleißes einer sinnlosen Rüstung und den Bedürfnissen eines im Grunde immer noch offensiv gestimmten Weltkommunismus zugute kommt. Dazu kommt, daß sich der Eiserne Vorhang auch insofern katastrophal auswirkte, als er unserer Verständigungs- und Versöhnungsbereitschaft nach dem Osten hin fast jede Chance genommen hat. Die gereizte Polemik zweier feindlicher Weltsysteme, die sich auf deutschem Boden unmittelbar gegenübertreten, hat ein übriges dazu getan.

Dennoch wird man sagen dürfen, daß auch am Deutschlandbild des Ostens die Zeit nicht spurlos vorübergegangen ist. Es gibt nämlich Anzeichen dafür, daß seine Kraft und Macht auch über die russische und die polnische Seele zu schwinden begonnen hat und daß das Klischee des revanchistisch militaristischen Deutschland nur noch mit sehr beträchtlichem Aufwand der offiziellen kommunistischen Propaganda vor seinem Zusammenbruch bewahrt werden kann.

Man muß sich jedoch darüber im klaren sein, daß gerade dieses Klischee ein Instrument der sowjetrussischen Deutschland-Politik ist. Es dient keineswegs nur allgemelnen kommunistischen Propagandabedürfnissen, sondern noch weit mehr dem sowjetrussischen Imperialismus. Denn es ist nicht nur der kommunistische Terror, dem Moskau in seiner deutschen Besatzungszone Schutz und Hilfe leiht, sondern es ist auch brutaler russischer Imperialismus, der sich der Ulbricht und Genossen bedient. Das Deutschlandbild des kommunistischen Ostens ist ganz und gar auf diesen Zweck abgestellt. Es orientiert sich also nicht an der deutschen Wirklichkeit, sondern bewußt an der kommunistischen

Zielstellung. Und solange die Sache so ist, ist es der Korrektur auch mit den wohlgemeintesten Mitteln nahezu unzugänglich.

Völlig anders liegen die Dinge im Westen. Auch das Deutschlandbild des Westens ist in sich nicht einheitlich. Aber es ist von Elementen bestimmt, die sich nahezu in jedem Land der freien Welt finden.

Das Belastendste ist — wie wir auch aus der Reaktion auf die Verjährungsdebatte soeben wieder gesehen haben — noch immer das, was Hitler aus Deutschland gemacht und was er der Welt im deutschen Namen angetan hat. Es verbinden sich damit aber noch sehr viel ältere Vorbehalte gegen das deutsche Volk und die deutsche Geschichte im ganzen.

In seinem Bestseller "Aufstieg und Fall des Dritten Reiches" hat der Amerikaner William Shirer die auch von einigen anderen vertretene Behauptung aufgestellt, daß Hitler kein Sonderfall der deutschen Geschichte, sondern der Gipfel war, ihr Gipfel, in dem das eigentliche Wesen der Deutschen in Erscheinung getreten sei. Shirer hat damit Vorstellungen und Ressentiments zusammengefaßt, die weit verbreitet und in der freien Welt auch heute noch nicht einfach überwunden sind. Shirer und seine Nachbeter haben nicht bemerkt, daß sie mit solchen Theorien eine fatale Parallele zu dem Rassismus dieses Jahrhunderts geliefert haben; denn, daß das geschichtliche Verhalten eines Volkes sich zwangsläufig aus seinem Wesen ergäbe und mithin im Bösen wie im Guten unvermeidbar und nicht wandelbar sei, das eben war die ebenso närrische wie verbrecherlsche Grundanschauung des vom Nationalsozialismus praktizierten Antisemitismus. "Die Juden an sich sind schlecht", so hieß es dort; "die Deutschen an sich sind eine Gefahr", so heißt es bei Leuten wie Shirer. Es waren vor allem deutsche jüdische Emigranten, die Shirer in die Schranken gewiesen haben: aber die Vorbehalte und die inneren Distanzen gegenüber Deutschland sind auch heute noch so groß, daß die deutsche Politik sie fortgesetzt einkalkulieren muß, auch - machen wir uns doch nichts vor! wenn diese Distanzen ganz höflich verschwiegen werden.

Zweifelhaft ist mir, meine Freunde, ob die wachsende Einsicht in die ohne uns - verpfuschte Friedenslösung für uns selber eine nennenswerte Entlastung bedeutet. Edens Kritik an Roosevelts Sonderspiel mit
Stalin ist dabei für uns interessant. Aber wird sie von Irgendwelcher
Bedeutung für die Korrektur des Deutschlandbildes zu unseren Gunsten sein? - Eine Frage!

Einen großen positiven Beitrag hingegen hat zu dieser Korrektur die breite Begegnung von Volk zu Volk geliefert, die Begegnung, wie sie in der Besatzungszeit begann und sich in der europäischen Integration und der atlantischen Partnerschaft vertiefte. Die Rehabilitierung des deutschen Volkes in der freien Welt hätte – dabei bleiben wir – auf keinem anderen Weg als auf dem der von Konrad Adenauer geführten Außenpolitik wirkungsvoller durchgeführt werden können.

(Lebhafter Beifall)

Sie hat uns auch in der sogenannten blockfreien Welt Achtung verschafft. Mit der Entscheidung zur Sache der Freiheit in der Welt, mit unseren Wiedergutmachungsleistungen und mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau hat das deutsche Volk die Voraussetzungen für seine Rückkehr als gleichberechtigter Partner in die Gemeinschaft der Völker und in die Weltpolitik geschaffen.

Aber die Anerkennung dieser moralischen, politischen und wirtschaftlichen Leistungen ist noch nicht gleichbedeutend mit jener inneren Beziehung, die das Miteinander der Völker auf die Dauer allein freundschaftlich und fruchtbar macht. Völker sind eben noch etwas anderes als Staats- und Wirtschaftsapparaturen. Ihre Beziehungen werden erst fruchtbar, wenn sie sich in einem Klima der gegenseitigen Wertschätzung, ja, der inneren Zuneigung entfalten können. Es ist kein Zweifel, daß wir Deutschen auch heute, zwanzig Jahre nach dem Krieg, darauf nur teilweise und zurückhaltend rechnen können.

Zwar geben sich viele unserer Nachbarvölker Mühe, uns zu begegnen wie anderen auch. Aber wir können uns nicht einbilden, daß wir das, was wir uns an unbefangener Freundschaftlichkeit wünschen müssen, mit unserer noch so bemühten Politik und Psychologie allein bewirken können. Unserem politischen Verstand und Takt muß dabei doch immer viel abverlangt werden. Aber es hängt einfach nicht von ihm allein ab, ob sich dann auch so etwas vollzieht, was z. B. zwischen den Deutschen und den Franzosen in den vergangenen fünfzehn Jahren Ereignis wurde. Wo die Versöhnung Wirklichkeit wird, ist immer ein Wunder dabei. Ihre Früchte haben Anspruch auf sorgfältigste Pflege und Bewahrung. Das brauchen sie nicht, wie die Ängstlichen meinen, weil sie besonders zerbrechlich wären, sondern weil sie besonders kostbar sind.

(Beifall)

Die Pflege des deutsch-französischen Verhältnisses ist schon deshalb eine vorrangige Aufgabe unserer Politik, weil in ihm die Neuorientierung unseres nationalen, unseres geschichtlichen und politischen Denkens ihren wahrscheinlich tiefsten und nach unserem Empfinden produktivsten Ausdruck gefunden hat.

Verständigung und Versöhnung hat es in den vergangenen zwei Jahrzehnten Gott sei Dank nicht nur zwischen Deutschland und Frankreich gegeben. Die amerikanische Deutschland-Politik und die europäische Integration wären ohne sie nicht denkbar und nicht möglich gewesen. Aber wir Deutsche haben sie wohl doch am tiefsten eben in der Entwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses erlebt. Frankreich hat seit mehr als zweihundert Jahren den weitaus stärksten Einfluß auf das deutsche Nationalbewußtsein ausgeübt. Neben den subtilsten Verbindungen geistiger Art bestand zwischen Deutschland und Frankreich auch lange der ausgeprägteste, mit viel Haß gepflegte Gegensatz. Es bedurfte mehr als des Überdrusses an den Schlachten, die wir uns lieferten, um einen fundamentalen neuen Abschnitt in unserer

gemeinsamen Geschichte zu eröffnen. Dazu gehörten eine neue Idee und ein gemeinsames klares Ziel.

Der Gedanke der europäischen Integration hat sie geliefert, in diesem Fall unter der Führung eines Mannes, der beide Völker eigentlich in sich vereinte: Robert Schuman. Unter seinem Horizont und dem Horizont der Integration hat sich die Begegnung der Deutschen mit den meisten unserer europäischen Nachbarn schon bald nach dem Kriege zu vollziehen begonnen, und diese Begegnung wiederum hat wesentlich zur Revision des Deutschlandbildes in Europa und In der Welt beigetragen.

Der Europarat hat, was heute nahezu vergessen ist, dafür Unersetzliches geleistet. Hier in diesem Saal sind Männer und Frauen, die mit angefangen haben im Jahre 1950, sich an den Tisch zu setzen, an den Tisch, an dem die Praxis der Versöhnung exerziert wurde.

(Beifall)

Im Europarat sind wir den Vertretern der meisten unserer Nachbarvölker, gegen die wir lange gekämpft haben, zum erstenmal wieder gegenübergetreten. Aus weiten Distanzen haben wir uns langsam aufeinander zubewegt, bis wir uns in der Montanunion, in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in der NATO und im deutsch-französischen Elysée-Vertrag miteinander verbunden haben.

Daß das kein spannungsloses Unternehmen sein kann, war jedem nüchtern Denkenden von Anfang an klar. Nationale Interessen und Denkweisen werden nämlich nicht automatisch harmonisiert, indem man sie unter den Horizont und in das Konzert übernationaler Zusammenschlüsse stellt. Die Konflikte, die sich auch dabei zwischen einzelnen nationalen Interessen und den Notwendigkeiten des Ganzen ergeben, sind natürlich. Sie wird es auch in Zukunft geben.

In der Art und Weise, wie sie bestanden werden, zeigt sich jedoch, wieviel tatsächliche Kraft in der neuen Orientierung der Völker der freien Welt wirksam ist. Wir Deutsche waren zum Beispiel in der Frage des Getreidepreises vor eine solche Probe gefordert. Sie wurde bestanden. Verfehlt wäre es aber, wenn wir uns vor Alternativen stellen ließen, die dem Sinn und Geist der europäisch-atlantischen Partnerschaft zuwider sind. Eine solche Alternative ist zum Beispiel das Wort: Paris oder Washington.

(Beifall)

Eine solche Formulierung ist deshalb grundfalsch, well der deutsch-französische Vertrag mehr ist als eine deutsch-französische Interessen-koalition innerhalb der europäischen Gemeinschaft oder der NATO. Er ist vielmehr der Ausdruck eines vertieften Verhältnisses und eines höchst produktiven Verhältnisses der beiden Völker. Dieser Ausdruck beraubt keinen der Möglichkeit, seine Entscheidungen innerhalb der großen Zusammenschlüsse nach sachlicher Notwendigkeit im gegenseitigen Vertrauen und im Respekt vor dem Geist der Gemeinschaft

zu treffen. Es ist durchaus berechtigt und der neuen Orientierung unserer Politik auch gar nicht zuwider, wenn wir unser nationales Interesse dabei ebenso sorgsam bedenken wie unsere Partner das ihre.

(Beifall)

Jetzt kommt also ein so etwas halbstarker Belfall. Ich möchte wissen, ob ich mir auch diesen Belfall noch verscherze mit dem nächsten Satz; denn der heißt: Ich warne jedoch vor dem neuerdings wieder recht ungehemmt vertretenen Rezept, daß wir uns ausschließlich von unseren eigenen nationalen Interessen leiten lassen müßten.

(Beifall)

Der Beifall ist besser, und er steht einer Christlich-Demokratischen Union Deutschlands wohl zu Gesicht.

(Beifall)

Denn, meine Damen und Herren, bei allem Respekt vor den nationalen Interessen: daß sie allein es sein müßten, die unser Tun und Lassen bestimmten und dirigierten, gegen diese Formulierung ist einzuwenden, daß sie mindestens insofern mißverständlich, ja sogar fatal sel, als sie nämlich allzu leicht vergessen läßt, daß es zwischen unserem nationalen Interesse und dem anderer Völker der freien Welt weit mehr Interessenidentität als Interessenkonkurrenz gibt.

(Belfall)

Aber die ganze Parole paßt auch deshalb nicht mehr so richtig in die Landschaft, weil sie dem neuen Ziel, dem großen Maßstab und den wichtigsten Methoden der deutschen Politik in den letzten 15 Jahren nicht gerecht wird. Das Wesen dieser Politik besteht darin, daß sie sich mit den gemeinsamen Notwendigkeiten und der gemeinsamen Existenz der freien Welt identifiziert. Sie ist ein Ziel oder, wie Kant sagen würde, ein Zweck und nicht nur ein Mittel unserer Politik. Deshalb ist auch der Verdacht unbegründet, der sich da und dort in der Welt ausgebreitet hat — das ist nämlich die Kehrseite der Medaille —, daß wir Deutsche nur uns selbst und das große Elend unserer Teilung im Auge hätten, daß wir die anderen nur für politische Initiativen zu unseren Gunsten einzuspannen wünschten, uns selber aber in keuscher Distanz von allen Konfliktherden hielten, mit denen fertigzuwerden eben nicht nur die Sache der Amerikaner und allenfalls der Engländer sei, weil sie nämlich die ganze freie Welt angingen.

Dieser Vorwurf ist unterwegs und wird gar nicht mehr immer nur allein hinter vorgehaltener Hand geflüstert. Ihm muß begegnet werden. Man muß sagen, daß es leider wahr ist, daß es Äußerungen und vielleicht auch Aktionen von deutscher Seite gab, die so gedeutet, so mißdeutet werden oder einen solchen Eindruck hervorrufen konnten. Aber, meine Damen und Herren, es gibt auch anderes, ganz anderes, was ihn widerlegt. Dazu gehört nicht nur die ungewöhnlich hohe Integrierung der Bundeswehr in die NATO, sondern dazu gehört z. B. auch unsere

Ratifizierung des Atomteststopps. Wir waren keineswegs blind gegen die Bedenken, die sich aus der Zulassung Pankows zu dieser Ratifizierung ergeben mußten. Wir haben diese Bedenken im Interesse der Sache und der Rücksicht auf den Präsidenten im Weißen Haus in Washington seinerzeit fallenlassen.

In der nahezu vollständigen Synchronisierung unserer eigenen Deutschland-Politik mit den weltpolitischen Zielen und Methoden unserer wichtigsten Bündnispartner drückt sich natürlich auch die Überzeugung aus, daß es richtig und methodisch notwendig ist, die Lösung der Deutschland-Frage nicht im nationalen Alleingang nach Osten, sondern in der weltpolitisch handlungsfähigen Gemeinschaft der freien Welt zu suchen. Aber das ist nur eine Bestätigung der Interessenidentität und kein Beweis dafür, daß wir die Sache der freien Welt unseren berechtigten nationalen Belangen einfach unterordnen würden.

Damit, meine Damen und Herren, haben wir uns bereits der Kehrseite der Medaille zugewandt, nämlich dem Verhältnis Deutschlands zur Welt und dem Verhältnis zu sich selbst.

Man kann nicht in Abrede stellen, daß die Hinwendung vieler Deutscher an den Gedanken der europäischen Einigung seinerzeit unter dem Eindruck erfolgte, daß der deutsche Nationalstaat in der bedingungslosen Kapitulation vom Mai 1945 für immer zerbrochen sei. Das vereinte Europa war deshalb für viele ein Ersatz für das zerstörte Vaterland. Sie versuchten damit, aus der Not eine Tugend zu machen, was um so leichter war, als dem Gedanken gar nicht zu widersprechen war, daß das alte Europa ein neues Gesicht bekommen müsse, wenn es noch eine Zukunft haben wolle. Dem Beitritt des freien Teiles Deutschlands zu der atlantischen Sicherheitsgemeinschaft ist zwar von der Opposition heftig widersprochen worden — was man gar nicht mehr wissen will —; seine Notwendigkeit erwies sich aber als unwiderlegbar.

Das Verhältnis Deutschlands zur Welt orientierte sich deshalb in den fünfziger Jahren erstens an der Bereitschaft, einer europäischen Föderation den Vorrang vor der Wiederherstellung des klassischen Nationalstaates zu geben, jedenfalls sein wichtigstes Attribut, die nationale Souveränität, den Erfordernissen der europäischen Einigung zu opfern: zweitens daran, die Sicherung unserer Freiheit in der Bündnisgemeinschaft der freien Welt zu suchen. Damit war nicht nur allen herkömmlichen deutschen Bündnissystemen, sondern auch nahezu allen traditionellen Vorstellungen von der Rolle Deutschlands in der Weltpolitik der Abschied gegeben. Die Deutschen haben sich überraschend schnell und richtig orientiert, indem sie sich der von uns, der CDU, programmatisch formulierten und praktizierten Politik anschlossen. Das, meine Damen und Herren, gilt durchaus für ganz Deutschland, denn es kann kein Zweifel sein, daß auch die Deutschen in der sowjetisch besetzten Zone in ihrer großen Mehrheit sich innerlich dafür entschieden.

Das ist einer der Gründe, weshalb die Sowjets und Ihre Handlanger die freien Wahlen in Mitteldeutschland niemals ernsthaft in Erwägung zogen, geschweige gar zugelassen haben. Es war auch deshalb nur konsequent und gerecht, wenn die Bundesregierung in Anspruch nahm, der allein autorisierte Sprecher aller Deutschen in der Welt zu sein. Darum muß die Hallstein-Doktrin auch weiterhin mit Entschiedenheit gehandhabt werden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich warne vor der Illusion, daß daran viel zu biegen, zu wandeln und zu machen sei. Sie muß angewandt werden. Das heißt, man muß sie genau präzisieren, und dann muß sie genau angewandt werden. Wendet man sie nicht an, dann hat man sie schon aufgegeben ohne jede weitere Theorie. Sie hat keinen anderen Zweck, als den Anspruch durchzusetzen, daß Deutschland in der Welt allein von der Bundesrepublik vertreten wird. Nur damit wird dem deutschen Volk und der Welt erspart, daß zwei grundverschieden gestimmte deutsche Staaten in der Weltpolitik erscheinen und damit die Spaltung Deutschlands perfekt machen.

Es ist sicher, daß in der Entschiedenheit, mit der wir dagegen angehen, nicht wenige unserer Zeitgenossen unsympathische deutsche Widerborstigkeit gegen das Schicksal, kalte Kriegsstimmung oder gar nationale Überheblichkeit sehen. Wir müssen damit rechnen, daß unser unentwegtes Bestehen auf der Wiederherstellung unserer nationalen Einheit, ja selbst die beharrliche Verfechtung des Selbstbestimmungsrechtes für alle Deutschen im Rahmen des Statuts der Vereinten Nationen von vielen als lästig und gegen die Entspannung in der Welt gerichtet empfunden wird.

Das wird das aufgehellte Deutschlandbild in einem Teil der Welt möglicherweise wieder verdunkeln, zumindest wird es da und dort uns Sympathien kosten. Das muß gesehen und muß hingenommen werden. Denn wir hätten sonst nur noch die Wahl, die uns vom Rechtsbewußtsein und von den Geboten der menschlichen Solidarität gezogenen Grenzen zu überschreiten, indem wir uns mit dem Status quo — d. h. mit der Teilung — formell und tatsächlich abfänden. Das aber kann nicht sein, und das darf nicht sein, gleichgültig, ob wir dafür gelobt oder gescholten werden.

(Beifall)

Die gerechte Lösung der Deutschland-Frage und die damit verbundene Stabilisierung Europas ist jedoch eine zu große Aufgabe, als daß sie Illusionismus und leere Demonstrationen vertrüge.

Gerade weil sie für uns und unsere Nachbarn von höchstem Rang und für die um den Frieden besorgte Welt von unabweisbarer Bedeutung ist, muß sie mit langem Atem und größter Nüchternheit mitten in der Weltpolitik gehalten werden.

Der Wandel der Welt wird uns möglicherweise auch einen Wandel der Methoden dafür auferlegen. Es ist an uns, dafür nicht nur offen zu

sein, sondern uns immer von neuem zeitgerechten Vorschlägen und Initiativen verpflichtet zu wissen.

Eine unerläßliche Voraussetzung für das Gelingen einer solchen Politik ist, daß wir Deutsche selbst die Balance halten zwischen wirtschaftlicher Kraft und politischer Leistung. Denn Deutschlands politische Geltung in der Welt kann hinfort nicht allein auf seine wirtschaftliche Energie, auf seine Selbstreinigung und seine Bündnistreue gegründet werden. Das alles, meine Freunde, ist notwendig, aber das notwendige Gewicht in der großen Politik gewinnt es erst, wenn es kraftvoll in einer in sich selbst ausgeglichenen weitblickenden und methodisch sicheren politischen Aktivität zusammengefaßt wird.

Bis jetzt hat die geistige und moralische Kraft der CDU die Energien Deutschlands politisch geformt und gelenkt und jene Balance zwischen wirtschaftlicher und politischer Leistung herbeigeführt, die Deutschlands Wiederaufstieg bewirkte. Der neue Abschnitt der weltpolitischen Entwicklung mit seiner Differenzierung innerhalb der großen Blöcke, mit den komplizierter werdenden Integrationsaufgaben, mit der notwendigen und ganz unausweichlichen Reform der NATO, mit der inneren Labilität weiter Teile der Welt und mit dem diffus gewordenen Weltkommunismus, das alles erfordert von uns, von der CDU als der führenden Kraft Deutschlands, präzise Orientierung, große Entschlossenheit und klare Führung.

(Beifall)

Aber, meine Damen und Herren, vielleicht halten das nun nicht alle für der Weisheit letzter Schluß vor einem Wahlkampf. Es muß aber gesagt werden. Der neue Abschnitt verlangt nämlich auch die Einsicht unseres Volkes, daß neue Anstrengungen notwendig sind. Sie sind zuerst gedanklicher und methodischer Art im Bereich der Politik. Aber sie sind auch materieller Art. Es hat nämlich keinen Zweck, vor den starrenden Atomwänden sitzen zu bleiben und darauf zu warten, bis die Russen davor Angst bekommen. Diese haben sie schon längst. Aber sie verhindert nur kriegerische Experimente, sie löst jedoch nicht brennende politische Aufgaben.

Es ist ein Irrtum, daraus den halb befriedigten, halb melancholischen Schluß zu ziehen, daß es um den Frieden der Welt zwar gar nicht so übel bestellt sei, daß aber alles andere immobil bleibe. Nein! Die große Auseinandersetzung, der Wettlauf zwischen Ost und West um die Welt findet weiter statt. Er vollzieht sich nur statt mit militärischen mit wirtschaftlichen, gesellschaftspolitischen und organisatorischen Mitteln, und er findet einstweilen hauptsächlich in der sogenannten und um die sogenannte blockfreie Welt statt.

Es geht zunächst um Asien und Afrika. Aber das sind doch nur Tellziele im Konzept des Weltkommunismus. Es ist keine unrichtige, auf die Dauer aber auch keine ganz zureichende, aber für sich allein genommen zu bequeme Behauptung, daß wir Deutsche getan hätten, was wir Deutschland und der Sache der freien Welt schuldig seien, wenn wir

unseren Verteidigungsbeitrag und etwas Entwicklungshilfe entrichteten und im übrigen durch unsere gesellschaftspolitischen Investitionen im deutschen Volk dafür sorgten, daß der Kommunismus bei uns keine Chance habe. Das ist alles gut und wahr. Ich glaube, daß wir uns in den kommenden Jahren dazu entschließen müssen, mit einem noch größeren politischen und materiellen Einsatz an dem wirtschaftlich-sozialen Wettkampf zwischen Ost und West teilzunehmen.

Wenn es wahr ist, daß die Lösung der deutschen Frage eine Frage des Verlaufs der Weltpolitik ist — und der Herr Altbundeskanzler hat uns das heute morgen wieder höchst eindrucksvoll zum Bewußtsein gebracht —, dann ist das nicht nur unsere moralische Pflicht als Mitglied der freien Welt, sondern es ist auch unsere unmittelbar nationale Aufgabe.

Aber wird sich das deutsche Volk entschließen, die Anstrengungen, die eine politische Leistung dieser Art verlangt, auf sich zu nehmen? Und wird es sich bereitfinden - die Frage muß ja auch angesprochen werden -, zu jenem fortgesetzten inneren Engagement, das eben dazugehört und das ihm seine Kritiker so gerne absprechen? Oder werden wir mit steigendem Sozialprodukt erst jener "gepanzerte Konsumverein" werden, der zu einem hinreichenden weltpolitisch wirksamen Beitrag und einer durchgreifenden inneren Orientierung der Nation überhaupt nicht mehr fähig ist. Muß jene "Abdankung des Geistes vor dem Vitalen" - um ein Wort Emil Brunners zu gebrauchen - dergestalt wirklich das Schicksal der Deutschen in ihrem neuen Wohlstand sein? - Es gibt Belege dafür, meine Freunde, daß diese Gefahr keine Erfindung ist; und es ist Tatsache, daß sich viele Deutsche vor einem Vakuum sehen, wenn nach ihrer persönlichen Orientierung in unserer Zeit und in Staat und Gesellschaft gefragt wird. Daß es so ist, liegt nicht nur an der gedankenlosen Selbstbeschränkung auf den Vordergrund des Lebens, sondern auch an den zerbrochenen Traditionen, an der in Frage gestellten Kontinuität unserer Geschichte, an den Schwierigkeiten unserer Provisorien und an der verbrecherischen Ausbeutung der Vaterlandsliebe im Dritten Reich. In einem ausgezeichneten eindringlichen Bericht aus Frankreich schreibt Heinz Barth, der Pariser Vertreter der "Welt", daß die Bundesrepublik für die Franzosen z. B. "ein leichter zu begreifender Partner wäre, wenn sie eine klarer umrissene Beziehung zu ihrer nationalen Aufgabe hätte. Auf den Vulgärnationalismus des Dritten Reiches sei das entgegengesetzte Extrem einer ratlosen Passivität des nationalen Bewußtseins gefolgt." Barth, der Sachkenner, läßt keinen Zweifel daran, daß das bedauernd, ja vorwurfsvoll gemeint ist und daß das keineswegs nur von den Gaullisten so empfunden wird. Meine Damen und Herren! Es ist keine Illusion, zu sagen, daß sich seit einiger Zeit jedoch in Deutschland neue Kräfte zu regen beginnen, Kräfte, die in das große Vakuum eindringen und die unprogrammatisch aber wirklich wieder so etwas wie ein nationales Bewußtsein zu schaffen beginnen, ein Bewußtsein, das sich jedenfalls ansprechen

läßt. Es hat nichts zu tun mit den schäbigen Resten des Nationalsozialismus; denn es stammt aus ganz anderen seelischen Bereichen, und es orientiert sich an völlig anderen Leitbildern und Überzeugungen. Angestachelt und geformt wird es vielleicht mehr von einem humanitären als spezifisch politisch-staatlichen Element, nämlich von der menschlichen Solidarität mit denen hinter dem Eisernen Vorhang. Damit verbindet sich aber die wachsende Einsicht, daß die europäische Integration die nationale Integration weder ersetzen soll noch ersetzen kann. Es zeigt sich dabei auf deutschem Boden, daß keineswegs nur die Engländer und das Frankreich de Gaulles den Nationalstaat nicht aufgegeben haben. In unserem beständigen Verlangen nach der Wiedervereinigung Deutschlands hat er eben immer auch weitergelebt, auch wenn man davon ausgehen darf, daß sein heutiges und zukünftiges Verständnis sich nicht mehr auf die alte Wertordnung der nationalen Souveränität gründet. Aber je größer und undurchdringlicher -prüfen wir uns doch selber! - die übernationalen Zusammenschlüsse mit ihren notwendigen Apparaturen werden, desto mehr sucht der Mensch des Massenzeitalters Zuflucht in seelisch durchdringbaren Räumen, desto mehr verlangt er nach Gliederung und vertrauter Behausuna.

O

Der Nationalstaat mit seinen Kulturtraditionen und Strukturprofilen wird sie ihm auch weiter bieten, obwohl sich — ich wiederhole — seine Souveränitätsvorstellungen und damit sein staatliches Selbstbewußtsein grundlegend gewandelt haben.

Zu dieser inneren Bewegung gehört, daß das deutsche Bewußtsein wieder nach seiner Geschichte fragt. Die Frage gilt nicht der Heroisierung oder Beschönigung, sondern dem Bedürfnis nach nationaler Kontinuität und Identität. Dabei ist nicht nur der Verstand, sondern vor allem das Gewissen engagiert. Deshalb wird in diesem Feld die Frage nach unserer Schuld und Unschuld und der der anderen noch lange nicht verstummen. Ihr auszuweichen, ist nicht wohlgetan, sie zu forcieren, ist nicht notwendig. Unerträglich, und zwar moralisch wie politisch, ist jedoch der Versuch der Aufrechnung von Untaten, der Versuch, dem sich einige hingegeben haben.

Meine Damen und Herren, wir haben es nicht in der Hand, daß zweifelhafte Gestalten mit den Regungen eines neuen deutschen Nationalbewußtseins ihre dunklen oder banalen Geschäfte zu machen versuchen.

(Beifall)

Aber bei uns, innerhalb der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, sollte kein Schatten eines Zweifels darüber bestehen, daß solchen Leuten energisch begegnet werden muß.

(Erneuter Beifall)

Die Bildung eines neuen Nationalbewußtseins der Deutschen sollte jedoch nicht verdächtigt, sondern von uns, der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, gewissenhaft gepflegt werden. Denn es vollzieht sich in ihm — vielleicht oft wirr — doch so etwas wie eine neue Orientierung, die über Sex, über Geld und Freizeitgestaltung hinausdrängt, die des leichten Spiels überdrüssig ist, die das Vakuum des "gepanzerten Konsumvereins" angähnt und anödet.

(Beifall)

Menschen, die sich dieser Orientierung öffnen, ahnen etwas davon, daß der Dienst der Freiheit ein strenger Dienst ist und das Vaterland auch in unserer Zeit eine faszinierende Sache Ist.

(Beifall)

Wenn wir etwas brauchen, wenn die deutsche Politik etwas braucht, dann sind es Menschen dieser Art. Denn bei allem Respekt vor der Macht der tausend Verbände, in denen unsere Wirtschaftsgesellschaft dem Staat gegenübertritt und – das Wort von Eschenburg ist nicht aus der Luft gegriffen – ihn zu beherrschen trachtet – eine Nation und ihr Staat sind mehr als ein Wechselrahmen für den Interessenausgleich, und die CDU ist etwas qualitativ anderes als eine Interessenkoalition.

(Beifall)

Was uns betrifft, wir dienen Deutschland nicht nur, weil es die Grundlage unserer Existenz ist, sondern weil es einen Anspruch auch auf unsere Liebe hat.

Meine Damen und Herren, in seinen Memoiren berichtet General de Gaulle einmal von dem Eindruck, den er bei seiner ersten Fahrt durch die französische Besatzungszone von dem geschlagenen Deutschland gewonnen habe. Es ist eine menschlich noble Außerung. Sie verbindet sich mit der Feststellung — Ich zitiere de Gaulle —: "Wiederaufbau und Lebensniveau — das mußten auf lange Jahre die Ziele des deutschen Volkes und seiner Politik bleiben."

So war es in der Tat.

Inzwischen sind 20 Jahre ins Land gegangen. Wiederaufbau und Lebensniveau — mögen die Nörgler sagen, was sie wollen — sind Im ganzen wesentlich erreicht. Geblieben, als Aufgabe aber geblieben ist, was nur in der Bewegung der Weltpolitik erreicht werden kann: Deutschlands Einheit, Europas gerechte Ordnung und der gesicherte Weltfrieden.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, darf ich auf die Frage: "Was ist denn mit Euch Deutschen los?" für Deutschlands Christlich-Demokratische Union – Franz-Josef Strauß, mit Deiner Erlaubnis auch für die Christlich-Soziale Union – antworten: Keine Angst! Wir fallen nicht zurück. Wir gehen vorwärts. Wir treten neben die Partner, Bundesgenossen und Freunde, die uns Gott in diesen Jahren wiedergegeben hat. In ihrer Gemeinschaft nehmen wir unseren vollen Part auf uns im Ringen unserer Zeit um eine Welt, in der Gerechtigkeit wohnt.

(Anhaltender starker Beifall)

Montag, 29. März 1965

2. Plenarsitzung Aussprache

Präsidentin Dr. Jochmus:

Herr Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier! Ich darf Ihnen auch im Namen aller, die hier im Saal anwesend sind, sehr herzlich danken für diesen weitschauenden Blick in die ganze Welt hinaus, den Sie uns eröffnet haben. Sie haben uns aufgezeigt das Bild, das die Welt von uns hat, und die Aufgabe, die uns in dieser Welt erwächst. Sie haben uns auch den Weg gezeigt, den wir im Inneren für Deutschland zu gehen haben.

Ich danke Ihnen dafür, daß Sie uns mit diesen Ausführungen eine Basis gegeben haben, an der wir in den nächsten Tagen unsere Beratungen auszurichten haben. Ich glaube, wir werden wohl immer daran denken müssen, auch in den Arbeitskreisen, denken an das, was wir heute gehört haben. Dafür möchte ich ganz besonders danken. Die Resonanz, die Ihr Vortrag hier im Saale gefunden hat, zeigt Ihnen, daß die anderen wohl gleich mir denken und diese Basis wohl auch als richtig empfinden.

(Erneuter Beifall)

Wir treten jetzt in die Diskussion ein, und wir bitten um Wortmeldungen.

Präsident Dr. Lemke: Bevor wir in die Diskussion eintreten, darf ich noch zwei Gäste begrüßen, den Vorsitzenden der Christlich Sozialen Volkspartei Belgiens, Herrn van den Buinards.

(Beifall)

Weiter begrüße ich den Generalsekretär des Christlich Demokratischen Studienzentrums in Rom, Herrn Dr. Hahn.

Zunächst hat nun Herr Stingl vom Landesverband Berlin/Oder-Neiße ums Wort gebeten. Bitte sehr!

Stingl: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach einer so aufwühlenden Rede des Herrn Bundestagspräsidenten ist es sicher schwierig, jetzt Ihr Ohr zu finden. Aber die Rede unseres Geschäftsführenden Vorsitzenden Dufhues, die Rede unseres Vorsitzenden und jetzt die Rede des Herrn Gerstenmaier haben mir doch gezeigt, daß es notwendig ist, auch einmal zu fragen: Woran liegt es denn, daß wir selbst in der CDU gelegentlich jetzt auch vor den Wahlen ein so mangelndes Selbstvertrauen haben? Mir will es scheinen, als vergäßen wir selbst immer wieder, daß wir doch auf gesichertem Boden stehen, daß diese Christlich Demokratische Union nicht gleich zusammenknicken muß, wenn einmal etwas nicht wie am Schnürchen geht.

Ich glaube, wir haben in unserer Partei immer wieder den Fehler gemacht, daß wir, wenn einmal nicht alles sofort und geradlinig in unserem Sinne ging, gleich meinten, wir hätten eine falsche Politik eingeschlagen. Gestern abend hat uns Bundeskanzier Adenauer aufgefordert, uns immer wieder daran zu klammern, daß wir in unserer Politik, in der Politik für Deutschland, Stetigkeit walten lassen. Diese Stetigkeit muß sich gründen auf dem Selbstvertrauen, daß wir, die Christlich Demokratische Union und die Christlich Soziale Union, schon ungemein Großes für unser Volk geleistet haben, aber daß es damit nicht aus ist, sondern daß auch die Zukunft unseres Volkes bei uns in guten Händen lst.

Wir haben eine Diskussion innerhalb unserer eigenen Reihen nicht zu scheuen. Wir können uns darauf berufen, daß unser geschäftsführender Vorsitzender Dufhues heute morgen ja schon gesagt hat: Wir haben vielleicht ein wenig zuviel nach außen diskutiert, aber Diskussion an sich ist nichts Schlechtes, ist das Wesen der Demokratie.

Wenn Eugen Gerstenmaier eben gesagt hat, wir sollten uns davor hüten, unsere nationalen Ansprüche etwa zu übersteigern, so hat er damit gewiß nicht gemeint, daß wir immer nur so tun sollten, als gäbe es nur berechtigte Anliegen anderer Nationen. Vielmehr müssen wir uns endlich nur dareinfinden, daß wir das, was wir für unsere Nation brauchen, was für unsere Nation notwendig ist, klar sagen, und daß wir dabei in unserem Bündnissystem immer auch der richtige, vertrauensvolle Bündnisparter auch für die Anliegen der anderen Partner sind.

Wir meinen — und wenn ich als Flüchtling oder Vertriebener spreche, muß ich das besonders sagen —, daß wir Deutschen in der Welt ein Recht darauf haben, unruhig zu sein, ihr zu sagen, daß gerade in unserem Vaterland eine unmenschliche Mauer errichtet ist, daß unser Vaterland wider alles Recht geteilt ist. Aber wir müssen zugleich dazu sagen, daß wir das nicht nur deshalb sagen, um die Welt aufzustacheln, uns zu helfen, in unserem Volk die Teilung zu beseitigen, den Deutschen die Freiheit wiederzubringen. Vielmehr müssen wir zum Ausdruck bringen, daß wir wohl wissen, daß die Freiheit in der ganzen Welt in Nöten liegt, daß wir — und gerade wir, die wir Vertriebene sind — uns zu Fürsprechern machen nicht nur für die Freiheit der Menschen in der Zone, sondern eben auch für die Freiheit der Menschen in Polen, ir der Tschechoslowakei, in Ungarn und wo immer es sonst sein mag.

(Beifall)

Wir haben aus bitterem eigenem Erleben unseren Beitrag dafür zu leisten, daß Freiheit, Selbstbestimmung, Recht auf die Heimat unteilbare Werte sind. Es muß uns dabei um die Freiheit in der ganzen Welt gehen.

Unsere Ostpolitik darf nicht dadurch unglaubwürdig werden, daß wir etwa sagen: Wir haben das Alleinvertretungsrecht für alle Deutschen, denn Ulbricht ist ein Usurpator von Macht!, aber nicht zugleich auch sagen, daß die anderen Tyrannen kommunistischer Prägung eben auch Usurpatoren der Macht sind und daß sich die anderen Völker ebenso wie unsere Menschen in Mittelsdeutschland nach der Freiheit sehnen. Unsere Ostpolitik muß sich den wandelnden Verhältnissen anpassen. Aber das, was uns die FDP auf dem letzten Parteitag geboten hat, ist nicht die Lösung, sondern das ist am Ende die Aufgabe des Alleinvertretungsrechts auch bei uns, für die Deutschen. Denn wer Ulbricht als Herrn über die Deutschen nicht anerkannt wissen will, der darf auch nicht so tun, als sei der legitime Herr über die Tschechen Herr Novotny, oder wen Sie sonst nennen wollen.

(Beifall)

Unsere Ostpolitik darf nicht der Stärkung der Tyrannen dienen, aber sie muß ausgewogen genug getrieben werden, und jede Möglichkeit muß ausgenutzt werden, daß wir zu den Völkern im ostmitteleuropäischen Raum, die zu uns gehören und ohne die Europa nicht denkbar ist, die immer wieder ihren kulturellen Beitrag zu diesem Europa geleistet haben, Zugang finden und den Menschen dort helfen können, — übrigens auch jeder einzelne durch sein Hineinwirken, durch seine persönlichen Beziehungen und auch durch seine Reisen.

Allerdings dürfen wir dabei nicht deshalb, weil es zu lange dauert, weil wir große Geduld brauchen, die falschen Mittel anwenden. Der Verzicht auf die Lösung jeder dieser Fragen durch Waffengewalt darf nicht bedeuten den Verzicht auch auf Politik und auf politische Mittel, um diese Zustände zu ändern.

(Beifall)

Wir müssen bei einer Politik, die kleine Schritte tun will — auch hier kann ich mich auf das beziehen, was gestern gesagt wurde —, sehr darauf aufpassen, ob diese kleinen Schritte wirklich Schritte nach vorne zu den Menschen hin, für ihre Freiheit, sind. Es muß überlegt werden, ob denn der kleine Schritt, daß jemand unter erschwerten Umständen — zum Beispiel das Unterschreiben von Formularen, mit denen er dann von Wilmersdorf nach der Stadtmitte in Berlin reisen kann — dann zwar von Neukölln nach Köpenick, aber nicht von Neukölln nach Köln reisen kann.

Diese Überlegungen müssen ernsthaft erwogen werden. Wir dürfen uns vor allen Dingen nicht in die Situation hineinreden lassen, wie es manche tun, und wie es Herr Brandt mit seinen sechs oder sieben Punkten, die er unlängst herausgegeben hat, getan hat, als selen wir

es, die die Mauer errichtet hätten, als läge es an uns, als ob die Menschen nicht von Dresden nach München oder von Neukölln nach Köpenick reisen könnten. Es gibt keine Bestimmungen unseres Staates, die den deutschen Menschen in Mitteldeutschland das Zusammenkommen mit uns. sei es hinüber oder herüber, verwehren. Alle diese einschränkenden Maßnahmen, alle Mauern, jeder Stacheldraht usw. sind nicht von uns errichtet, sondern von den anderen. Wenn uns dann gesagt wird, wir sollten dafür sorgen, daß die Mauer transparent wäre und der Stacheldraht überwindbar, dann muß man abwägen, welche politischen Konzessionen die anderen damit erreichen wollen. Auf keinen Fall dürfen politische Konzessionen geboten werden, die die Freiheit insgesamt gefährden und die die Wiedervereinigung Deutschlands nicht in Freiheit, sondern in Unfreiheit dann vielleicht zur Folge haben. Wer das verletzte Recht wiederherstellen will, wer das verletzte Recht auf die Heimat, auf Selbstbestimmung und auf Freiheit wiederherstellen will, der muß eine stetige, eine feste Politik betreiben. So haben wir es immer wieder gesagt. Diese stetige, diese feste Politik treiben wir gegen den Widerstand der SPD, teilweise auch der FDP, dadurch, daß wir Bündnispartner der westlichen Welt geworden sind und daß wir uns zu Opfern verpflichtet haben. Wer mag das leugnen?

Aber auch die anderen sind verpflichtet, uns in unseren Belangen zu heifen.

Wir müssen dabel an die europäische Integration, aber auch daran denken, daß wir unseren Staat im Inneren so bauen, daß er für die Menschen, die die Freiheit nicht haben, der Anziehungspunkt bleibt. Unsere innere gesellschaftliche und unsere soziale Ordnung muß für die Menschen in Mitteleuropa ein Anziehungspunkt sein, es muß die Sehnsucht sein, daß man heraus will aus der Unterdrückung, die der Kommunismus über dieses Europa geworfen hat. Wir, de christlichen Demokraten, können das Selbstvertrauen haben, daß wir den Weg dahin gegangen sind. Wir können unserem Volk, wenn wir es alle redlich tun, in Diskussion und in Gesprächen klarmachen, daß es am 19. September die Entscheidung hat, uns wieder die Führung zu geben, damit wir auf diesem Wege immer wieder weiterkommen können.

(Beifall)

Präsident Dr. Lemke: Ich danke dem Kollegen Stingl für diese Ausführungen. Wir wollen gleich weitergehen, und wir hören nun Herrn Köberle aus Schleswig-Holstein.

Köberle: Herr Präsident! Meine Freunde! Parteltage der CDU/CSU sollen Formen der Diskussion sein. Das Referat unseres Präsidenten Dr. Gerstenmaier ermuntert mich, einige Sätze als Diskussionsbeitrag hier zu sagen. Ich bin außerordentlich dankbar, daß das Thema "Nationalbewußtsein und seine neue mögliche Ausformung" einen so breiten Raum heute nachmittag eingenommen hat in diesem Referat. Man hat sich doch in den letzten Monaten draußen verstärkt gefragt, wie steht

es denn mit dieser unserer ureigensten Frage? Man hat sich das gefragt im Zusammenhang etwa mit der Debatte um die Verjährungsfrist und ihren Begleiterscheinungen. Man hat sich das gefragt im Zusammenhang mit der Orientierung und dem neuen Durchdenken unserer Nahost-Politik.

Wir haben dabei zwei Punkte herauszustellen. Der eine ist positiv: daß bei unseren Bürgern im Lande verstärkt das Bewußtsein entwickelt wurde, daß wir doch als eine Gemeinschaft, als ein, wenn auch geteiltes, Staatsvolk in dieser Welt stehen. Das zweite scheint mir eine sehr kritische Begleiterscheinung zu sein: daß man sich draußen verstärkt gefragt hat: Wird denn aber in einer solchen Situation unser nationales Interesse — wie es dann genannt worden ist — auch hinreichend gewahrt?

Das, meine Freunde, ist eine harte und präzise Frage an uns, an die CDU/CSU, gewesen.

Sicherlich ist es richtig, daß auch draußen zweifelhafte Gestalten — wenn ich das zitieren darf — ihre dunklen und banalen Geschäfte gern besorgen wollen. Eine Richtung, in die diese Formulierung sicherlich gehen muß, hat Franz Josef Strauß heute vormittag für uns alle unmißverständlich dargelegt. Der Denkansatz Gerstenmaiers also. Unsere Beobachtungen draußen im Lande, im politischen Alltag, müssen uns dazu bringen, daß wir über dieses Thema "neues nationales Bewußtsein" bei uns in der Union verstärkt nachdenken.

Wir in Schleswig-Holstein haben einen doppelten, permanenten Anlaß, uns mit dieser Frage zu beschäftigen. Einmal sind wir ein Grenzland im überkommenen Sinne an der Grenze zu Dänemark. Zum anderen leiden wir in besonderem Maße an der offenen Wunde einer Zonengrenze. Es ist nicht zufällig gewesen, daß unsere Ministerpräsidenten von Hassel und Dr. Lemke gerade in diesen beiden Fragen, insbesondere auch, was das Verhältnis zu unserem Nachbarlande Dänemark anbelangt, seit Jahren besonders aktiv gewesen sind.

Nun stoßen wir — mein Freund Dr. Weimar aus der nördlichsten Stadt unserer Bundesrepublik, aus Flensburg, Abgeordneter bei uns im Landtag, sprach mich vorhin nochmals darauf an — dabei auf eine Interessante Erscheinungsform. Wir stoßen nämlich auf die Erscheinung, daß man mit der wachsenden Integration, mit der Verbesserung nachbarschaftlicher Verhältnisse gerade auch zu Dänemark eine ganz neue Form nationalen Bewußtseins und nationalen Selbstverständnisses im Grenzbereich findet. Sie stellt sich etwa in der Weise dar, daß man sehr freundschaftlich, aber sehr intensiv in einen kulturellen Wettbewerb eintritt, der wirklich begrüßenswerte und erfreuliche Ergebnisse zeitigt.

Das andere, was zwar anklang, was aber vielleicht der eigentliche Kernpunkt unserer Diskussionen noch in langer Zukunft bleiben wird: Nachdem wir das Herausstellen des Nationalstaates als höchsten Wert etwa in der Politik Gott sei Dank überwunden haben, verbinden

wir aber mit diesem Wort "Nationalstaat", mit der Vorstellung eines nationalen Bewußtseins, doch jetzt die Begriffe des Rechtsstaates: Einigkeit und Recht und Freiheit.

Damit sind wir mitten in der Diskussion um die Wiedervereinigung und alles, was damit zusammenhängt. Damit stehen wir aber auch vor der uns gestellten Aufgabe, unter solchen Aspekten in dem Bereich, in dem wir das tun können, in dem wir jetzt und heute und seit 1949 zuständig sind, nämlich in der Bundesrepublik, die nationale Ordnung innen immer wieder in Angriff zu nehmen und zu gestalten.

Das sind Spannungsbögen, meine Freunde. Ich glaube nicht, daß man sie auch nach einem noch so ausgezeichneten Referat in einer kurzen Diskussion im Plenum eines Parteitags ausdiskutieren kann. Ich glaube jedoch, diese Spannungsbögen sollten uns als CDU/CSU dazu bringen. daß wir sie einmal erkennen, vielleicht deutlicher und klarer, als wir es in der praktischen Alltagspolitik immer tun. Zum anderen sollten wir unter diesem Gesichtspunkt, welche Möglichkeiten es denn gebe, ein neues Bewußtsein dieser Art zu entwickeln, unser gesamtes politisches Verhalten Tag um Tag überprüfen und durchleuchten.

Das, meine Freunde, scheint mit ein entscheidender Auftrag an uns alle zu sein. Er muß dann damit verbunden sein, daß wir vertieft und verstärkt nachdenken. Ich meine, daß dann der Bogen an dieser Stelle, aber auch an anderen, in unserer Politik geschlagen wird von der Praxis, von dem Regieren, von dem Verantwortungstragen zum Nachdenken, d. h. hin zum Geist. Es ist doch sicher, daß die Politik, die Konrad Adenauer in all diesen Jahren handfest und klar und unbeirrbar gelegt hat, uns, Insbesondere der jüngeren Generation, die Freihelt eines solchen Nachdenkens überhaupt erst ermöglicht.

(Lebhafter Beifali)

Präsident Dr. Lemke: Ich danke Herrn Köberle und bitte Herrn Dr. Kohl. Dr. Kohl: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist vielleicht ein sehr später Zeltpunkt — es handelt sich ja um den 13. Parteitag der Christlich Demokratischen Union seit Begründung dieser Partei in der Bundesrepublik —, wenn wir uns heute in dem Referat unseres Freundes Eugen Gerstenmaier und jetzt in dieser Aussprache einem Thema zuwenden, das gerade in diesen Wochen sozusagen höchste Aktualität gewonnen hat. In diesen Wochen sind es ja gerade 20 Jahre her, daß die Kapitulation und all das erfolgte, was dieses Wort beinhaltet; damals war die Stunde Null unseres Volkes.

Ich bin sehr froh, daß unser Freund Köberle vom äußersten Norden unseres Vaterlandes dieses Thema noch einmal aufgegriffen hat. Vielleicht erlauben Sie mir, daß ich in dieser Debatte als einer, der aus dem Südwesten Deutschlands, aus der Pfalz, kommt, auch einige Gedanken zu diesem Thema beisteuere.

Mir scheint, es ist eine wichtige Sache, und es gehört zum Selbstverständnis christlicher Demokraten in Deutschland, daß wir heute vielleicht sehr viel freier, unmittelbarer und auch ohne größere Hemmungen, ganz einfach nebeneinander, die Worte Vaterland und Europa aussprechen, und daß wir - wie ich es in meiner eigenen Heimat erlebe - es als selbstverständlich empfinden, daß die Zeit der dauernden Auseinandersetzungen mit dem unmittelbaren Nachbarn - Frankreich -, die Zeit der Kriege, der Evakuierungen, der Not und des Elends, die Besatzungszeiten - besonders in meiner engeren Heimat sind. Wir betrachten heute die Dinge Unbefangenheit. Wir betrachten diesen Zustand als ein köstliches Geschenk der Geschichte. Wir als CDU haben kräftig daran mitgewirkt, daß heute dieses Geschenk als ganz selbstverständlich genossen werden kann. Von diesen Dingen ist vielleicht in den letzten Jahren zu wenig gesprochen worden. Aber es ist heute hier wieder mehrfach angeklungen, daß das vor allem ein Verdienst der christlichen Demokraten und insbesondere von Konrad Adenauer war.

Auf diesem Parteitag, der ein Parteitag zur Vorbereitung der Wahlentscheidung vom 19. September sein soll, sollte man dieses wichtige Axiom deutscher Politik in der Nachkriegszeit noch deutlicher herausstellen. Aber das entbindet uns umgekehrt nicht davon, auch so zu sprechen, wie Eugen Gerstenmaier es hier getan hat, indem er sagte:

Aber die Bildung eines neuen deutschen nationalen Bewußtseins sollte nicht verdächtig, sondern von uns, der Christlich Demokratischen Union, gewissenhaft gepflegt werden.

Ich sage das vor allem hier als einer aus der jüngeren Generation in der Partei, weil ich das Gefühl habe, daß in unserem Volk, und vor allem in der jungen Generation, heute die Ansprache auf den Begriff – und auf das, was da mitschwingt – "Vaterland" viel größer ist, als das noch vor Jahren erwartet und gesehen wurde. Das ist kein Wagnis, das ist heute eine Realität deutscher Politik.

Wir sind uns sicherlich darüber im klaren, daß wir aus der Nachkriegsoder Endkriegsgeneration des 2. Weltkrieges diesen Begriff etwas anders sehen. Wir sehen ihn nicht unmittelbar so, wie er sich in der Münchener Universität wieder dokumentiert in dem Spruch: Es ist süß und ehrenvoll, für das Vaterland zu sterben. Aber wir sehen ihn auch angesichts dieses Spruches in der Münchener Universität und unter dem Gedanken, daß vor diesem schmiedeeisernen Gitter der Universität einstens, vor mehr als 20 Jahren, die Flugblätter mit dem Aufruf der Geschwister Scholl und der Weißen Rose heruntergingen, und daß just an dieser Stelle die Männer um Professor Kurt Huber verhaftet wurden, die dann später schmähllch umgebracht wurden. Aus diesem Bezug heraus verstehen wir den Begriff. Wir sehen ihn sicherlich nicht — auch das sollte man ganz offen aussprechen — in einer Perspektive der Studentenregimenter von Langemark. Aber wir sehen ihn heute als eine Realität deutscher Politik.

Ich glaube, es ist ein wichtiger Auftrag an unsere Partel, daß wir dieses bedeutende Gebiet deutscher Politik, deutschen Selbstbewußtseins und politischen Selbstverständnisses nicht jenen althergebrachten Kräften, die mehrfach hier zitiert worden sind, überlassen, die aus alten und verstaubten Parolen, aus den Parolen der untergegangenen Zeit des Dritten Reiches, heute wieder versuchen, fröhlich Urständ in der deutschen Politik zu feiern.

(Beifall)

Mir scheint es wichtig zu sein, gerade diesen neonazistischen Kräften, wie sie sich jetzt wieder anschicken, in einer neuen politischen Gruppierung zur Bundestagswahl anzutreten, eine scharfe, eine entschiedene Absage zu erteilen, all diese Leute daran zu erinnern, daß es die Schuld ihrer gedanklichen und geistigen Vorgänger war, daß heute Millionen Deutscher immer noch ihre Väter, ihre Brüder, ihre Geschwister betrauern und daß eben der Blutzoll des 2. Weltkrieges, und das Elend der Flüchtlinge und Vertriebenen, ganz ursächlich seinen Ursprung in diesem Teil jüngster deutscher Geschichte hat.

Man soll auf einem solchen Parteitag vielleicht noch ein anderes mit in Erinnerung rufen: daß dieses peinliche, aber, wie ich glaube, notwendige Erlebnis für uns, wenn wir große Zeitungen aufschlagen und die Berichte vom Auschwitzprozeß in Frankfurt auf uns wirken lassen und lesen, seinen Hintergrund eben in jener Zeit hat.

Aber ich meine, daß gerade wir als Deutsche im freien Teil unseres Vaterlandes aus Gründen unserer staatlichen Existenz dennoch heute - ich sage es noch einmal - sehr viel unbefangener vom Vaterland sprechen sollten. Gerade wir in der Christlich Demokratischen Union, die einiges dazu beigetragen haben, diesen Begriff Vaterland auszuweiten und hineinzunehmen in den europäischen Anschluß, in den europäischen Bezug, sollten das tun. Wir sollten das vor allem tun und ich bitte Sie inständig, diesen Gedanken zu bedenken - aus der Sicht und der Verantwortung auch für die junge Generation unseres Volkes, Ich habe oft genug in Diskussionen mit Studenten, mit Oberschülern und Schülern, auch in Diskussionsabenden unserer Jungen Union, in den letzten Jahren empfunden, daß sich hier in dieser Gedankenwelt viel mehr heimisch fühlen, als das vielleicht gemeinhin bei uns geglaubt wird. Und ich möchte sagen: Das ist eine gute Sache, eine Sache, bei der wir keine Abstriche zu machen brauchen, eine Sache, auf die wir im guten Sinne des Wortes sogar stolz sein können. Um es klar auszusprechen: Es soll hier kein Plädoyer gehalten werden für nationalistische Gesinnung, aber es soll jetzt hier ein Plädover gehalten werden - so leidenschaftlich, wie ich es jetzt in dieser Stunde zu tun vermag - dafür, daß wir das rechte Verhältnis zu unserem deutschen Vaterland hier gewinnen, zu diesem Lande, das vom Eisernen Vorhang zertrennt ist, zu diesem Lande, in dessen Namen so viel Unheilvolles in der jüngsten Geschichte geschehen ist, zu diesem Lande, in dem wir alle unsere Heimat haben und von dem wir alle hoffen, daß wir in einer friedlichen Zeit und in einer friedlichen Welt unseren Beitrag zur Geschichte der Menschheit geben können, eben unser Vaterland: Deutschland.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Dr. Lemke: Ich danke Ihnen, Herr Dr. Kohl. Bitte, Herr Dr. Barzel.

Rainer Barzel, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Herr Vorsitzender! Meine lieben Freunde! Ich hatte nicht vor, jetzt zu sprechen. Ich bin mit dem Referat des Kollegen Gerstenmaier voll einverstanden.

Das war klar und gut. Ich habe jetzt um das Wort gebeten, weil von außen eine Stellungnahme zu unserem Parteitag hier eingegangen ist: von Herrn Brandt, ich weiß nicht, in welcher seiner vielen Eigenschaften. Diese Stellungnahme veranlaßt mich doch, hier etwas dazu zu sagen, damit das nicht unwidersprochen bleibt.

Herr Brandt hat es für nötig gehalten, schon heute um 15 Uhr — also wir hatten gerade erst angefangen — sich zu äußern. Das zeigt, wie gut wir liegen und wie nervös er geworden ist. Wir haben kaum begonnen, und schon schießt er mit den schwersten Geschützen. Ich will nur einen einzigen Punkt aus seinem Votum herausgreifen. Er behauptet, wir seien nicht in der Lage, ein Programm zu entwickeln!

Meine Freunde! Dazu nichts Grundsätzliches, sondern zwei ganz praktische Punkte: Gleich zwei Fragen an den Führer der Opposition; denn in dieser Eigenschaft wird er ja wohl gesprochen haben, nehme ich an.

Das erste ist dies: Wir alle hier erinnern uns; im Jahr 58 oder 59 -- ich habe es nicht genau präsent -- hat die Sozialdemokratische Partel Deutschlands ihren Deutschlandplan vorgelegt.

Wir alle erinnern uns, was er beinhaltete, und wir erinnern uns daran, daß er ohne eine klare Erklärung – darf ich sagen – aus dem Verkehr gezogen worden ist.

(Heiterkeit)

Nun möchte ich ihm eine Frage stellen. Er gibt sich so optimistisch, er sagt, er wolle nicht mitregieren, er wolle regieren. Nun gut. Sollte es je dazu kommen – ich bin sicher, es wird nicht dazu kommen; dieser Brandt ist ausgebrannt, meine Freunde,

(Starker Beifall)

das Schattenkabinett bleibt ohnehln im Schatten; denn wenn er kein Licht mehr gibt, müssen die im Schatten bleiben –, daß er die Verantwortung für die deutschen Dinge bekäme, dann, meine Freunde, hätten wir eine Frage zu stellen. Ich stelle jetzt hier in aller Form eine Frage, die ich gerne dem Kollegen Brandt im Bundestag gestellt hätte; aber da kommt er nicht hin, wie Sie wissen, obwohl wir ihn zweimal aufgefordert haben. Ich stelle ihm hier eine Frage. Ich sage, daß wir

kein Interesse haben, einen Popanz aufzubauen; aber wir verlangen eine Antwort auf die Frage, und je nachdem, wie sie jetzt gleich beantwortet wird in diesen Tagen, wird diese Frage gar keine oder eine sehr große Rolle in unserem Wahlkampf zu spielen haben.

Die Frage lautet ganz schlicht: Was würden Sie, Herr Brandt, tun, falls Sie je die Verantwortung für die Führung der deutschen Politik bekämen und nun Moskau Ihnen diesen Deutschlandplan vorlegte? Einen Plan, meine Freunde, der damals in der sowjetrussischen Presse in Moskau publiziert worden ist, einen Plan, von dem damals der sowjetische Ministerpräsident sagte, er sei sehr interessant, aber leider sei die Opposition in der Opposition, und man könne darüber nicht verhandeln.

Vor diesem Hintergrund haben wir Anlaß, das zu fragen, und wir fragen das, um uns ein bißchen zu erkundigen nach dem Programm unserer Opposition, von der gestern der Bundeskanzler Erhard — so meine ich — mit Recht den Vergleich der Schmierseife gebraucht hat.

(Lebhafte Heiterkeit - Lebhafter Beifall)

Das zweite, meine Freunde — jetzt greife ich ein Stück vorweg; ich habe das Zitat nicht hier, weil ich nicht wußte, daß es heute schon hier so munter werden würde; ich zitiere deshalb aus dem Gedächtnis —: Eine Zeitung, hier aus Düsseldorf, hat vor einigen Wochen — wir haben es im Bundestag schon einmal gebracht — den Regierenden Bürgermeister von Berlin interviewt und ihm ein paar Fragen gestellt aus dem finanziellen, sozialen und wirtschaftlichen Gebiet. Und dann hat Brandt auf die Frage gesagt — ich zitiere jetzt dem Sinne nach; ich werde das Zitat mitbringen, wenn ich am Mittwoch hier mein offizielles Referat halte, damit jeder sehen kann, inwieweit ich mich geirrt habe oder inwieweit nicht —, man könne nicht eine Stelle des SPD-Grundsatzprogramms einfach herausnehmen und, auf eine solche Stelle gestützt, eine ganze Politik begründen; denn man könne eine andere Stelle finden, die das Gegenteil besage.

(Heiterkeit)

Nun, meine Damen, meine Herren, das ist wieder eine zweite Frage: Wie steht es mit dieser Sache? — Was ist das für ein Programm, in dem man einen Satz so und einen Satz wieder anders finden könnte?

Meine Freunde! Ich meine, es war notwendig, hier gleich das zurückzuweisen, damit niemand meint, weil wir hier grundsätzlich beginnen, morgen konkret werden und am Mittwoch dann den Höhepunkt der Rede des Herrn Bundeskanzlers haben werden, hieraus etwa rasche Schlüsse ziehen zu müssen.

Meine Freunde! Die christlichen Demokraten — und das wird dieser Parteitag allen noch beweisen, auch den Leuten, die diesen lauten Parteitag in Frankfurt gerade hinter sich haben — sind sehr wohl Imstande und gewillt, die Antworten zu geben; aber wir hielten es eigent-

Ilch für richtig, auch diesen Wahlparteitag mit einer grundsätzlichen Anlage einzuleiten. Wir wollen uns darin nicht stören lassen, vor allen Dingen nicht die Diskussionsredner, die das Vergnügen haben werden, zu grundsätzlichen Dingen nach mir das Wort zu nehmen. Ich will das heute nicht tun, weil ich am Mittwoch zu Ihnen sprechen darf.

Aber diese beiden Dinge wollte ich doch gleich in dieser Stunde hier von mir loswerden, damit nicht irgendein falscher Eindruck entsteht, meine Damen, meine Herren. Wir sind imstande, jede Münze zu wechseln.

Wir wollten hier noch nicht mit irgendwelchen Dingen beginnen. Aber gut. Wenn sich schon nach den ersten fünf Stunden unseres Parteitages der Oppositionschef selbst meldet, dann soll er eine erste Antwort haben; und wenn er kneift, meine Freunde, wir sind gerne bereit — ich für meinen Teil ganz besonders gerne — und geradezu begierig darauf, ihn am besten da zu stellen, wo, wie ich glaube, der Führer der Opposition eigentlich hingehört, nämlich: im Deutschen Bundestag.

(Beifall)

Meine Freunde, wenn wir zu beklagen haben — und das haben wir ja ein bißchen überwunden —, daß sich ein Stück unserer öffentlichen Diskussion an dritte Orte verlagert — der Grund dafür ist doch der, daß der Führer der Opposition dem Haus nicht angehört. Wir können ihn nicht fragen: Was meinst du? Aber jeden Tag hält er irgendwo an dritten Orten Reden.

Und darum als drittes und als letztes an Brandt: Bitte, stellen Sie sich im Bundestag, und wenn das nicht langt, nun, kommen Sie endlich mal und stellen Sie sich wenigstens im Fernsehen! Diese Art von phrasenhaften Angriffen einer Partei, die da in Karlsruhe keinen neuen Gedanken hatte, nach den ersten fünf Stunden unseres Parteitages, — meine Freunde, das richtet sich von selbst. Wir wollen es auch nicht zu sehr hochspielen. Ich wollte es nur sagen, damit die Herren, wenn sie anfangen, wissen: Sie können von uns jede Münze gewechselt haben.

(Starker Beifall)

Präsident Dr. Lemke: Herr Dr. Barzel, dieser Beifall zeigt Ihnen, daß der Parteitag begierig ist, die Antwort auf Ihre Fragen noch während des Parteitages zu erfahren.

Es hat jetzt Herr Dr. Hellwig ums Wort gebeten. Bitte!

Dr. habil. Fritz Hellwig: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Nach dem grundsätzlichen Referat, das uns Bundestagspräsident Gerstenmaier gehalten hat, ist es mir ein Bedürfnis, ihm aus der Sicht der aktiven und konkreten Arbeit zu danken, die fast täglich draußen in den europäischen Gemeinschaften und in anderen internationalen Verhandlungen mit den Feststellungen konfrontiert wird, von denen er

uns eine Analyse gegeben hat. Das eine oder andere wäre vielleicht noch um eine Nuance zu bereichern. Aber, im ganzen, glaube ich, sagen zu können, hat er die großen Linien des Bildes, in dem wir Deutsche bei unseren Partnern, auch bei unseren Freunden, erscheinen, richtig getroffen. Das ist kein böswilliges Mißtrauen. Das ist eine Distanz, die nur in zäher Kleinarbeit überwunden wird, dergestalt, daß sich daraus Freundschaft und Vertrauen entwickeln, einer Arbeit, die mühsam ist, und in der man sich nicht dadurch zurückwerfen lassen darf, daß im Gespräch um wirtschaftliche Interessen auch einmal hart gerungen wird.

Wenn Sie es mir gestatten, will ich hier einmal ein Wort zitieren, das uns öfter entgegengehalten wird. Man wirft uns nicht vor, daß hart verhandelt wird, wenn verschiedene Standpunkte in der Wahrung durchaus legitimer nationaler Interessen, wirtschaftlicher Interessen usw. einander entgegenstehen. Aber, wovor man Angst hat, das ist eine — ich zitiere — gewisse Großzügigkeit, in der wir bereit sind, ja zu sagen, um einer schwierigen Verhandlung ein Ende zu bereiten, in der Hoffnung, daß dieses Ja nachher nicht so teuer honoriert werden muß, wie es von den anderen gedacht war.

Man hat es einmal auf eine kurze Formel gebracht: Ihr Deutschen sollt hart sein vor der Unterschrift und nicht nach der Unterschrift. Das ist eine Erfahrung, die vielleicht etwas überspitzt formuliert wird, die aber in den Gesamtrahmen der Darstellung unseres Freundes, Bundestagspräsident Gerstenmaier, hineingehört.

Und was steht dahinter? Dahinter steht der Verdacht, daß wir es mit der Vertragstreue nicht allzu ernst nehmen, daß wir zu einem gewissen Opportunismus neigen oder, auf die europäische Integrationspolitik übertragen, daß die europäische Integration, die im Kern der ersten deutschen Außenpolitik der Nachkriegsjahre, der ersten Jahre der Bundesrepublik, stand, an Rang gemindert worden sei und daß sie sich jetzt in einer Art von Instrumentenkasten befände, auf den bel Bedarf zurückgegriffen wird. Ich weiß, daß nichts falscher ist als etwa dieser Vorwurf; denn die Leistungen und die Beiträge gerade der letzten Jahre haben gezeigt, daß das Ziel unverrückbar dasselbe ist.

Die Welt ist, so hat Bundeskanzler Professor Erhard gestern gesagt, eben differenzierter geworden. Damit ist auch die Europapolitik In viel komplexere Zusammenhänge getreten, als es uns vor einigen Jahren noch erschienen ist. Aber keinesfalls — das wäre ein Trugschluß — sollte daraus geschlossen werden, daß mit einer differenzierten Welt die Europapolitik an Gewicht und Bedeutung verloren hätte. Das Gegenteil ist richtig.

In einer komplexeren, in einer differenzierter gewordenen Welt ist die Bindung der Bundesrepublik als des einzigen freien Teils Deutschlands in einer klaren Konzeption und in einer klaren westlichen Gemeinschaft einfach lebenswichtig. Das gilt nicht nur für das Ansehen dieses Landes. Wir haben ja in den letzten Wochen gesehen, wie schnell sich auch Ansehen in einer kritischen Situation finden kann. Das ist vielmehr ganz entscheldend für die weitere Existenz unseres Vaterlandes.

Damit komme ich zu einer zweiten Gruppe von Überlegungen, zu denen die Ausführungen des Herrn Bundespräsidenten Veranlassung gaben. Er hat vom Inneren her an uns alle die Frage gerichtet, ob sich unser Staat, ob sich unsere Nation und unsere Vorstellung vom Vaterland in dem Ausgleich wirtschaftlicher und sozialer Interessen erschöpfe, ob nicht mehr dahinterstände, ob dieser Staat nicht mehr sei als nur ein den Wohlstand garantierender Apparat, ein Vertellungsmechanismus. Niemand kann diese Frage leidenschaftlicher bejahen als die Freunde, die auf der europäischen Ebene an der Einlgung und Integration zusammenarbeiten; denn noch ist es so, daß die ersten, entscheidenden Phasen der Integration im wirtschaftlichen Bereich liegen. Mit jeder Entscheidung aber, die getroffen wird, schreitet sie über die Grenzen des Wirtschaftlichen hinaus; es werden echte politische Tatbestände, echte Beiträge zu einer politischen Ordnung dieses geeinten und weiter zu einenden Europas.

Wir stehen sicher vor wirtschaftlichen Interessenfragen und -gegensätzen. Aber hinter jeder Lösung steckt im Grunde genommen irgendein neues Element des politischen, ja des innerstaatlichen Aufbaues der europäischen Gemeinschaft, und wenn wir um die Regelung von Wettbewerbsfragen, von Transportfragen, von Agrarfragen ringen: In der Lösung steckt etwas Konstruktives zum Aufbau eines europäischen Bundesstaates. Das bitte ich zu beachten, wenn an der Oberfläche immer nur die Interessengegensätze diskutiert werden.

Gerade, weil wir uns in einer solch schwierigen Phase befinden, in der von der Zollunion der Weg zur Wirtschaftsunion gemacht werden muß, gerade deshalb ist die Tagesordnung angefüllt mit Problemen, bei denen zunächst wirtschaftliche Interessengegensätze aufeinandertreffen. Aber hier gerade gilt es, das Ziel zu sehen, ferner zu sehen, daß jede Lösung in bezug auf diese Interessengegensätze das konstruktive Element zur Errichtung eines bundesstaatlichen Europas sein muß. Auch hier gilt genauso wie für den Bereich von Vaterland und Nation die alte Formel, daß das Ganze mehr ist als der Ausgleich von Interessen, daß das Ganze mehr ist als lediglich die Summe der Teile.

Meine lieben Parteifreunde, vor der CDU/CSU liegt mir aber noch sehr viel daran, ein anderes zu sagen.

Der Name der CDU/CSU war in den ersten Jahren der europäischen Integration synonym mit europäischer Einigungspolitik, mit einem Bekenntnis zur europäischen Integration. Wir sollten dafür Sorge tragen, daß uns dieser historische Ruf nicht verlorengeht und daß uns die Schau nicht von anderen gestohlen wird, die erst in den letzten Jahren erkannt haben, daß hiermit vielleicht Wahlen gewonnen werden könnten.

(Beifall)

Daher bitte ich dringend, hinter den Diskussionen des Tages, der Woche, des Monats — und die Themen werden weiter in bunter Folge aufkommen —, hinter diesen Diskussionen an der Oberfläche, die sich mit wirtschaftlichen Spezialfragen oder vielleicht auch mit den Interessen ganzer Wirtschaftszweige befassen, doch immer wieder den leidenschaftlichen Willen zu verspüren, über die Lösung von Interessenproblemen zur politischen Integration zu kommen. Wir setzen unsere Hoffnung auf Sie, meine Freunde, daß Sie uns ermöglichen, diese Politik in einer klaren Linie, getreu dem Gesetz, nach dem die CDU/CSU in Europa angetreten ist, fortzusetzen.

(Beifall)

Vizepräsident Dr. Lemke: Ich danke Ihnen, Herr Dr. Hellwig. Das Wort hat Herr Dr. Röder.

Ministerpräsident Dr. Röder: Herr Präsident! Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Gestern und heute war in allen Ausführungen wiederholt die Rede von den letzten zwanzig Jahren. Es ist mit Recht darauf hingewiesen worden, was in diesen zwanzig Jahren Vergangenheit von der CDU geleistet worden ist. Lassen Sie mich als Landesvorsitzender der Christlich Demokratischen Union an der Saar und als Ministerpräsident des Saarlandes in aller Bescheidenheit auf ein Ereignis hinweisen, das genau in der Mitte dieser zwanzig Jahre liegt und dessen zehnjähriges Jubiläum wir in diesem Jahr begehen, ein Ereignis, das ebenfalls durch die gute Politik der CDU zustande gekommen ist und in hohem Maße ein nationales Ereignis war und zugleich - um mit Eugen Gerstenmaier zu sprechen - bei der Identität der Interessen auch ein gutes europäisches Ereignis ist. Vor zehn Jahren nämlich konnte an der Saar eine demokratische Abstimmung stattfinden, kraft derer dann dieses Land als erstes in den Bereich der Bundesrepublik zurückkehren konnte.

(Beifall)

Wir selber an der Saar hätten uns Anfang der 50er Jahre dieses Ereignis noch nicht vorstellen können.

Wie ist es zustande gekommen? Man darf es nicht vergessen und muß es immer wieder sagen: Dieses Ereignis war nur deshalb möglich, weil das völlig zerstörte Vertrauen zwischen Deutschland und Frankreich durch die Politik der Christlich Demokratischen Union — auch in den europäischen Gremien, von denen eben die Rede war und in deren Eingang die SPD im Wege stand und gegen uns stand — und vornehmlich durch die Person Konrad Adenauers, der es verstanden hat, das französische Vertrauen in seiner Person zu vereinigen, wiederhergestellt worden ist. Nur dadurch ist die Saar wieder ein deutsches Bundesland geworden.

(Beifall)

Wenn sich dann in der Fortsetzung auch der sicher nicht leichte wirtschaftliche Übergang aus einem völlig anders strukturierten Wirt-

schafts- und Währungssystem in den Bereich der Bundesrepublik Deutschland ohne große Schwierigkeiten vollzogen hat, so ist das das Ergebnis der Politik des gegenwärtigen Bundeskanzlers Ludwig Erhard, der in Deutschland die wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür geschaffen hat, daß auch dieses industrialisierte Land an der Saar ohne Schäden in den Verband Deutschlands zurückkehren konnte.

(Beifall)

Meine lieben Parteifreunde, wir sind in diesem Lande sicher nicht am Ende aller Schwierigkeiten und aller Sorgen. Daher bitte ich Sie darum, bei allen Ihren Überlegungen und Gedanken immer auch mit an die Saar zu denken und sie mit in Ihre Betrachtungen einzuschließen, denn wir brauchen dieses Mitdenken und Mithandeln für uns.

Ich will hier keine Einzelheiten ansprechen. Aber ich darf Ihnen sagen, daß es der Christlich Demokratischen Union an der Saar gelungen ist — auch das scheint mit etwas Wichtiges zu sein —, in diesem so zerstrittenen Land, das als Grenzland immer den Meinungsverschiedenheiten nicht nur von außen, sondern auch im Innern ausgesetzt war, die Gräben, die durch die Familien hindurchgingen, zu schließen, Frieden herzustellen, so daß wir uns heute in diesem Bundesland alle einig und glücklich fühlen, und daß die Saar heute zu einem Land deutsch-französischer Begegnung geworden ist.

In diesem Land finden nach drei Monaten Landtagswahlen statt. Wenn hier immer von dem Parteitag der Wahlen gesprochen wird, dann erlaube ich mir den bescheidenen Hinweis, daß es zugleich auch ein Parteitag der Landtagswahlen an der Saar sein wird. Von dem Ergebnis dieser Wahlen an der Saar wird auch das Ergebnis der Bundestagswahlen nicht ganz ungeschoren bleiben können. Deshalb sollten wir alle unsere Kräfte einsetzen, daß diese Wahlen gewonnen werden und daß dieses Land, das durch die gute Politik der CDU ein deutsches Bundesland geworden ist, auch ein in der Zukunft von der CDU regiertes Land bleiben kann.

(Beifall)

Präsident Dr. Lemke: Vielen Dank, Herr Dr. Röder. Sie können sich darauf verlassen, daß wir Sie dabei unterstützen werden.

Es spricht jetzt Herr Peter Petersen aus Nord-Württemberg.

Petersen: Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir einige Worte zu dem Referat von Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier. Ich muß sagen, Ich bin sehr dankbar dafür, daß wir uns immer wieder grundsätzlich Gedanken über die Stellung unseres Vaterlandes in der Welt machen. Ich meine, daß die Tatsache, daß ein so grundsätzliches Referat am Anfang dieses Parteitages steht, außerordentlich bedeutsam ist.

Ich habe als Privatmann im vergangenen Jahr eine ausgedehnte Reise durch die farbige Welt gemacht. Ich habe dort erlebt, wie immer dann, wenn ich sagte, daß ich Mitglied der Partei von Dr. Adenauer und Professor Erhard sei, überall sofort die Türen aufgingen. Und mit der gleichen Frage, die Dr. Gerstenmaier zitierte, "was ist mit euch Deutschen los", kam immer wieder die Frage: Wie macht ihr Deutschen das, wie habt ihr das geschafft?

Aber ich möchte eine Sorge hier auch zum Ausdruck bringen, die im Zusammenhang mit der Selbstdarstellung unserer freien Welt in der farbigen Welt steht. Die kommunistischen Länder überlegen sich sehr genau, in welcher Weise sie ihre eigenen Ordnungsvorstellungen in dieser "Noncommitted-World", in dieser dritten Welt, an den Mann bringen können. Sie wissen, daß in den farbigen Völkern noch große Teile der Bevölkerung Analphabeten sind. Da hat der Film einen unerhörten Einfluß. Die Kinos sind dort von morgens bis abends überfüllt. Ich habe mir Filme angesehen, die aus den Ostblockländern kamen, die sehr geschickt und sehr plastisch das Bild der kommunistischen Gesellschaft von morgen darstellen. Und ich habe mir Filme angesehen, die aus unserem Teil der Welt kamen, auch aus Deutschland. Ich muß Ihnen gestehen, daß ich mich geschämt habe, in welcher Weise wir unser Vaterland und unsere freie Welt darstellen. Ich habe mit arabischen Eltern gesprochen, die mir gesagt haben, sie würden Ihre erwachsenen Kinder nie in den Westen schicken: denn dort würden Millionäre. Gangster und leicht bekleidete Mädchen die Szene bestimmen.

Natürlich ist das übertrieben, aber ich bin der Meinung, daß wir es uns nicht länger leisten können, auch angesichts des großen Einflusses, den wir haben, es den Sowjets zu überlassen, Ihre Ordnungsvorstellungen publizistisch darzustellen und wir uns an diesem lebenswichtigen Punkt viel zu vornehm zurückhalten.

Ich möchte also anregen, daß wir uns — ich weiß nicht in welchen Gremien, sicher wird der Bundestag da mitzureden haben — genau überlegen — und das wird einige Gedankenarbeit kosten —, welche Ordnungsvorstellungen wir eigentlich haben, und dann, wie wir diese Ordnungsvorstellungen, diese Leitbilder weitergeben können in dieser gewaltigen geistigen Auseinandersetzung, die um die Zukunft der Welt tobt.

Präsident Lemke: Herr Fyrnys aus Nord-Wüttemberg hat jetzt das Wort

Ich darf die kleine Pause benutzen, um Ihnen mitzuteilen, daß der Ring Christlicher Demokratischer Studenten uns einen guten Verlauf wünscht. (Belfall)

Fyrnys: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nur ein ganz kurzes Wort. Ich bin sehr dankbar und froh, daß unsere Bundesregierung und die Christlich Demokratische Union so konsequent und treu an der Hallstein-Doktrin festzuhalten gedenken. Warum so dankbar und froh? — Weil diese Politik doch nichts anderes heißt, als der Welt zu zeigen, daß Deutschland niemals mehr gewillt ist, wenn auch nur auf

elnem Teil dieses deutschen Bodens, einen Diktator zu dulden. Deshalb wollen wir der Welt sagen: Es ist ein feindlicher Akt, wenn ein Diktator auf deutschem Boden, in diesem Fall Herr Ulbricht in Mitteldeutschland, von irgendeiner anderen Nation empfangen wird, als wäre er kein Diktator.

Ich will aber noch ein zweites Wort anfügen, und zwar will ich diesen Ort ausnutzen, um einen Satz im Sinne des Art. 21 GG zu sprechen: daß nämlich die politischen Parteien an der Willensbildung des Volkes teilnehmen müssen.

Ich meine damit folgendes: Es ist wiederholt der Begriff des Vaterlandes von dieser Stelle angesprochen worden. Es wurde gesagt, wie sehr wir uns bemühen sollten, wieder das rechte Verhältnis zum Begriff "Vaterland" zu finden, der — wie Herr Bundestagspräsident Gerstenmaler sagte — etwas Faszinierendes hat. Mit dem Verstand, mit unserem Bemühen und unserem Willen allein werden wir aber nicht zum rechten Verhältnis zum Begriff des Vaterlandes und hoffentlich eines geeinigten Vaterlandes kommen, wenn uns der Glaube daran fehlt.

Das Schwabenland ist meine dritte Heimat auf deutschem Boden. Ich gehöre zu denen, die aus Ostdeutschland kamen und in Mitteldeutschland die zweite Heimat gefunden hatten. Auf Grund der Tatsache, daß ich zu denen gehörte, die am 17. Juni sich gegen den Diktator Ulbricht erhoben hatten, darf ich in Klammern anfügen, daß ich auch deshalb so dankbar und froh darüber bin, daß unsere Bundesregierung, die von der CDU getragen wird, Ulbricht so konsequent ablehnt, auch wenn es so aussieht, daß wir die arabische Freundschaft um dessentwillen verlieren müßten. Wenn wir eine andere Politik machten, wären wir denen, die am 17. Juni mit bloßen Händen gegen die Panzer der Roten Armee auf die Straße gegangen sind, in den Rücken gefallen.

(Lebhafter Beifall)

Aber nun zu dem letzten Wort, das ich meinte, als ich aufforderte, wir dürften unseren Glauben an dieses geeinigte Deutschland nicht verlieren. Ich sagte, meine dritte Heimat sei das Schwabenland. Hler war der große Friedrich Schiller zu Hause, der ein rechtes Wort für unser geteiltes Land der Gegenwart in seinem Drama "Jeanne d'Arc" gesprochen hat, und zwar ließ er dieses Wort durch ein 16jähriges Hirtenmädchen sprechen, das eine Vertreterin der Jugend war. Auch damals gab es keine Möglichkeit — ähnlich wie bei uns —, da das Land von einer englischen Macht besetzt war. Die Historie spielt keine Rolle. Schiller wollte Symbole setzen. Das Mädchen litt sehr darunter, daß ihr Vaterland, das ja ebenso ein Begriff, ein Etwas in der Schöpfungsordnung ist wie die Familie, geteilt war. Sie litt so sehr unter der Teilung des Landes wie unter einem eigenen Schicksal. Sie bekannte später dem König: Da rief ich flehend Gottes Mutter an, damit dieses Elend, diese Teilung des Landes, vorübergeht. —

Möge die deutsche Jugend von einem ähnlichen Glauben durchdrungen sein wie dieses 16jährige Mädchen in einer geschichtlich ähnlichen Situation, als sie dem Aggressor, dem englischen Gesandten — heute kann man das auf den sowjetischen Gesandten anwenden — entgegenrief: Eher reißt ihr einen Stern vom Himmelswagen als ein Dorf aus diesem Reich, dem unzertrennbar ewig einigen.

(Beifall)

Präsident Dr. Lemke: Ich danke Herrn Fyrnys für diese Ausführungen und gebe dem letzten Redner, Herrn Dr. Gradi, das Wort.

Dr. Gradi (mit Beifall begrüßt): Meine Parteifreunde! Ich möchte nur zwei kurze Bemerkungen machen. Zu beiden bin ich durch die Ausführungen unseres Freundes Gerstenmaler angeregt worden.

Die eine Bemerkung bezieht sich auf die Hallstein-Doktrin. Ich glaube, es gibt wenig politische Doktrinen in der Geschichte, die so sehr in alle Munde gekommen sind, wie das mit der Hallstein-Doktrin passiert ist.

Ich habe manchmal den Eindruck – das gilt natürlich nicht für unseren Freund Gerstenmaier –, daß Leute über die Hallstein-Doktrin und ihre Handhabung ein Urteil abgeben, die nicht oder nicht genau wissen, was damit überhaupt gemeint ist.

(Zurufe: Sehr richtig!)

Das liegt vielleicht auch an dem Namen. Nichts gegen unseren lieben Freund Hallstein. Ich hoffe, er ist hier, damit ihm nicht falsch hinterbracht wird, was ich jetzt sage. Natürlich ist der Name sehr ehrenhaft. Aber er hat auch einen Mangel. Er bringt den eigentlichen Sachverhalt, den diese Doktrin bewältigen will, nicht zum Ausdruck.

Wenn die Leute, die uns sagen, wir sollten diese Doktrin aufgeben, eine Antwort nicht auf die Hallstein-Doktrin, sondern auf die Ein-Deutschland-Doktrin geben müßten — um letztere handelt es sich in Wirklichkelt —, dann würden sie sich ihre Antwort wesentlich schwerer machen.

Unser Freund Gerstenmaier hat hier gesagt: Die Hallstein-Doktrin muß auch weiterhin mit Entschiedenheit beibehalten werden. Dem wurde zugestimmt. Dies ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Wir können uns vorstellen, wie es um die Durchsetzung des deutschen Anspruchs auf nationale Einheit, auf Wiedervereinigung und Selbstbestimmung stünde, wenn in allen wesentlichen Hauptstädten der Welt zwei Botschafter aus Deutschland wären. Dann nützte es uns gar nichts mehr, wenn wir immer noch darauf beharrten, daß wir Pankow nicht anerkennen. Dann wäre das nur noch die deutsche Eigenbrötelel, und die Welt hätte sich — vielleicht sogar gar nicht ungern — mit dem Faktum abgefunden, das die Anwesenheit von zwei Botschaftern aus Deutschland völkerrechtlich darstellt, nämlich die völkerrechtliche Existenz von zwei deutschen Staaten.

Wir wissen das, und deshalb sind wir mit Entschiedenheit dafür, daß diese Doktrin verteidigt wird.

Deswegen hätte ich hierzu jetzt nicht reden müssen. Das war nur eine Vorbemerkung. Ich will jetzt vielmehr auf diejenigen eingehen, die sich zwar scheuen, daß man die Hallstein-Doktrin über Bord wirft, die aber meinen, man müsse doch mit der Zeit gehen, man müsse auch da flexibel sein, man müsse doch modifizieren und differenzieren. Dann kommt z. B. dieser Vorschlag zustande, man sollte doch wenigstens insofern differenzieren, als man sich entschließt, in den osteuropäischen Ländern deutsche Botschaften einzurichten.

Dabel stützt man sich auf das uns allen eigene Streben, auch zu den Osteuropäern ein besseres, ein echt nachbarliches Verhältnis herzustellen.

Aber ich möchte auch zu dieser Art der Differenzierung, die uns da vorgeschlagen wird, mit aller Deutlichkeit sagen: In der Theorie kann man eine solche Unterscheidung zwischen den Mitgliedern des kommunistischen Blocks und allen anderen Ländern in der Welt durchaus vornehmen. Das läßt sich mit der sogenannten "Geburtsfehlertheorie" begründen. "Die konnten gar nicht anders", so sagt man — und ich glaube mit Recht — "als sich mit der Existenz Pankows in der Weise vertraut zu machen, daß sie sich gegenseitig anerkennen."

Aber in der Politik splelt ja nicht nur die Kunst des Erklärenkönnens eine Rolle, sondern in der Politik ist es auch entscheidend, wie die politische Situation ist, in der so etwas vorgeschlagen wird. Und da kann ich nur sagen, ist dieser Zeitpunkt der denkbar ungünstigste, um solche Überlegungen — auch nur Überlegungen — vorzuschlagen; denn wir sind doch in einer Zeit, in der wir um die Durchsetzung unseres Ein-Deutschland-Standpunktes in einem bestimmten Teil der Welt, nämlich im Nahen Osten, schwerstens zu ringen haben. Wer versteht denn dann noch, wenn wir im selben Augenblick sagen wollten, wir können dazu beitragen, daß in bestimmten Teilen der Welt zwei Botschafter aus Deutschland sind, daß man aber sagt, in Daressalam oder Uganda dürfe das nicht sein. Nein! In einer solchen Situation muß man einen ganz klaren Standpunkt einnehmen, den jeder versteht, und man darf nicht den eigenen Standpunkt unglaubwürdig machen.

(Beifall)

Und dann gibt es also diese andere Art zu differenzieren. Man sagt: "Nun ja, es ist doch aber schrecklich, wenn wir in dieser oder jener Hauptstadt nicht vertreten sind." Natürlich ist das nicht erfreulich, und wenn das wichtige Hauptstädte sind, dann ist das sogar besonders unerfreullich. Aber, wie will man da eigentlich differenzieren? Wie will man da aussortieren? Vergißt man dabei, daß, wenn man anfängt zu sortieren, man damit gleichzeitig diskriminiert, daß man bei dem einen es in Kauf nimmt, wenn er mit Pankow mehr als einen Flirt anfängt und man dennoch bei ihm bleibt und dem anderen sagt: "Du

bist nicht wichtig genug für uns, mit dir können wir uns es leisten, daß wir die Beziehungen abbrechen."

Meine Damen und Herren! Was wäre das für eine merkwürdige Politik in einer Situation, in der die Sowjetunion erneut und verstärkt darauf aus ist und es sich viel kosten läßt, in einem Teil der Welt Pankow als ein völkerrechtliches Etwas zu etablieren. In einem solchen Augenblick müssen wir ganz klare Posten beziehen. Da gibt es nur ein Entweder — Oder und kein Differenzieren und Sortieren. Entweder wir bleiben bei unserem Standpunkt, versuchen ihn mit aller Kraft durchzusetzen oder wir geben ihn auf. Aber "halbe-halbe" sind in einer solchen Situation, in einer solchen Zelt, wie die es ist, in der wir uns im Augenblick befinden, nicht angebracht. In einer solchen Situation muß man um seinen eigenen Standpunkt, um den Ein-Deutschland-Standpunkt kämpfen und darf ihn nicht abbauen.

(Beifall)

Noch eine zweite und letzte. Bemerkung, zu der mich unser Freund Gerstenmaier angeregt hat über die Art, in der Deutsche ihre nationalen Interessen vertreten, und vertreten dürfen und über die Gefahr der Mißdeutung der Vertretung unserer Interessen. Er betonte, auch der legitimen Interessen, unserer legitimen Interessen, die uns doch so leicht als Nationalismus ausgedeutet wird.

Wir haben es in der Tat schwer. Keinem anderen Volk nimmt man es übel, wenn es seine legitimen Interessen vertritt; aber wir? Wir werden von den einen systematisch als Revisionisten, Revanchisten, Kriegshetzer, Nationalisten diffamiert und die anderen bezeichnen uns zwar nicht so, aber manch einer denkt und manch einer, der nicht sehr verantwortlich ist, schreibt: ach, das ist doch eine ewige Störung unserer Bemühungen, die Atmosphäre in der Welt zu verbessern zu einem Klima der Entspannung und schließlich zu einer Entspannung selbst zu kommen.

Das ist die psychologische Situation weithln in der Welt, auf die wir stoßen, wenn wir sagen: wir können uns mit diesem Zustand, der in unserem Larıde besteht, nicht abfinden, es tut uns leid; aber wir müssen darauf bestehen, wir müssen dahin drängen, daß dieser sogenannte Status quo geändert wird. Wir müssen das! Wir würden uns und unserem Volke zutiefst untreu, wenn wir das nicht täten. Und ich frage diejenigen, die uns das vorhalten, wie wir uns eigentlich verhalten sollen angesichts der Tatsache, daß mitten in unserem Lande Tag für Tag auf Deutsche geschossen wird und daß Deutsche erschossen werden! Wenn wir nicht drängen, daß das geändert wird, wenn wir nicht davon reden, daß das unerträglich ist — wer sollte, wer würde es denn dann noch tun, wenn wir es nicht tun? — Und so müssen wir es tun, auch auf die Gefahr hin, daß wir manch einem — wie man sagt — auf die Nerven fallen; recht machen können wir es sowieso keinem; denn machen wir es in einer Zeit der Spannung, dann heißt es, wenn

wir mit unseren Dingen kommen: ihr verschärft nur noch die Spannung; machen wir es in einer Zeit der Entspannung, dann heißt es: nun laßt das doch, ihr stört gerade die Entwicklung zu einer Entspannung! — Also — der langen Rede kurzer Sinn —: Nicht mit falschen Tönen! Wohlüberlegt, aber beharrlich und zähe festhalten an unserem Standpunkt, daß es hier in der Mitte Europas keine Ruhe geben kann, solange ein Volk wie das deutsche, das auch noch etwas auf sich hält, in diesem widernatürlichen Zustand gehalten wird, in dem es sich befindet.

(Lebhafter Beifall)

Und dabei, meine Freunde, dürfen und werden wir uns auch nicht von der Sowjetunion, von ihrer Sturheit, von ihrer Veto-Haltung abhalten lassen, auch nicht durch das, was Herr Gromyko neulich gesagt hat.

Wir werden uns morgen hier in diesem Raume im Arbeitskreis Im einzelnen mit den außenpolitischen Fragen zu befassen haben, und dazu gehört dann auch die Frage der sowjetischen Politik.

Aber das eine darf ich in diesem Augenblick wohl sagen: das Wort "niemals", das haben wir alle noch gut im Ohr. Das haben wir im Dritten Reich in markigen Worten und Tönen immer wieder gehört, und wir haben erfahren, wo die "Niemalse" von damals gebileben sind. Und Herrn Gromyko könnten wir auch einige Vorgänge aus dem sowjetischen Bereich nennen, die er sicher niemals für möglich gehalten hat. Ich glaube nicht, daß er es für möglich gehalten hat, daß eines schönen Tages der große Stalin aus diesem Grabmal auf dem Roten Platz herausgescharrt werden würde.

Nun, meine Damen und Herren, also: nicht entmutigen lassen, nicht mürbe machen lassen, nicht sich lähmen lassen durch diese systematisch angelegte sowjetische Politik, uns zu ermüden, uns zur Resignation zu bringen, uns zu lähmen und gerade dadurch zu verhindern, daß das geschieht, was sie nicht wollen, nämlich eine Initiative in Richtung Gesamtdeutschland und europäische Gestaltung, Neugestaltung, und europäischer Entspannung, die doch unser Ziel ist.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich mit diesen Sätzen schließen. Es ist ja in diesen Wochen und Monaten sehr viel von Initiative, von gesamtdeutscher Initiative die Rede. Manch einer hat das abgewertet. Mich hat es — ich will das gestehen — beinahe geschmerzt, daß der Regierende Bürgermeister von Berlin in einer Stellungnahme vor einigen Wochen dazu dieses minächtige Wort von dem "Wortschwall gesamtdeutscher Initiative" fand. Nein, meine Damen und Herren, hier geht es doch nicht um Worte, hier geht es doch nicht darum, daß nur irgendwelche Erklärungen zu Papier gebracht werden, wie er neulich auch gesagt hat. Nichts gegen Deklarationen! Die sind auch Realitäten als Willensbekundungen unserer Freunde, unserer Verbündeten. Aber was wir wollen und was die Bundesregierung will, ist ja wesentlich mehr im Jahre 20 der deutschen Teilung, das ist eine gemeinsame große Anstrengung der Bundesrepublik und der Verbündeten in der freien

Welt, um wenigstens den Weg zu öffnen zu einer Entwicklung, die diese schreckliche Situation des geteilten Deutschland und des mit Deutschland geteilten Europa zu überwinden trachtet.

Das ist das, was wir wollen, nicht eine Initiative, nur in schönen Worten, eine platonische Initiative, sondern eine Initiative, die an die Substanz geht und die Ge Sowjetunion zwingt, einmal Farbe zu bekennen, ob sie wirklich Entspannung in Europa will oder ob sie darauf beharrt, eine Machtposition in Deutschland zu halten, die nur den einen Sinn haben kann: ein Sprungbrett für den Fall der Fälle bereit zu haben, um nach Westeuropa hinüberzugreifen.

(Beifall)

Das ist der Kern der Frage, um die es geht, und darauf bestehen wir. Und diese Politik der Bundesregierung unterstützen wir. Ich hoffe, daß auf diesem Parteitag noch viel Gelegenheit ist, daß Sie alle diesen Willen vor aller Welt deutlich machen.

(Starker Beifall)

Präsident Dr. Lemke: Ich danke Herrn Dr. Gradl und bitte Herrn Dr. Gerstenmaier um das letzte Wort.

Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaler: Meine Damen und Herren! Ich danke den Diskussionsrednern, die sich heute nachmittag hier zum Wort gemeldet haben und die mir jetzt auch noch die Gelegenheit geben, ein ganz kleines Mißverständnis — das eigentlich gar kein Mißverständnis ist, sondern nur ein Hörfehler meiner Ohren sein kann — zu präzisieren.

Ich habe beim Zitieren dessen, was ich in einem Satz gesagt habe, gehört, daß nicht von dem nationalen Bewußtsein der Deutschen die Rede war, sondern vom deutsch-nationalen Bewußtsein.

(Heiterkeit)

Das, meine Damen und Herren, ist genau das, was natürlich scharf ins Visier genommen und worauf geschossen werden sollte. Denn dem meine Damen und Herren, Verbindungen dieser Art, sollten wir uns auch sprachlich nicht nähern, und sollte Ich es irgendwo getan haben, dann bitte Ich um Nachsicht. Gemeint ist das natürlich mit diesem großen Thema, das uns beschäftigt und uns in die Zukunft hinein meiner Schätzung nach immer mehr beschäftigen wird, in gar keiner Weise. Ich müßte sehr mißverstehen, was ich in Begegnungen – keineswegs nur mit Mannschaften und Offizieren der Bundeswehr, sondern auch im Gespräch an deutschen Universitäten mit Studenten, im Gespräch mit jungen Leuten aller Art, wer immer mir begegnet ist – gehört habe. Was diese Menschen meinen, wenn sie in dieser Richtung sprechen, ist ganz gewiß nicht das, was sich unsere Altvorderen unter dem deutschnationalen Bewußtsein vergangener Jahre und Zeiten vorgesteilt haben.

(Beifall)

Das ist nicht gemeint. Es ist überhaupt nichts gemeint, meine Damen und Herren, was auch nur im mindesten in die Nähe reaktionärer Gedankenbahnen und Gefühlsabläufe zielt. Im Gegentell: Das, woraufhin wir zielen mit diesem Thema — ich danke den Diskussionsrednern des heutigen Nachmittags, daß wir alle uns darin elnig sind —, ist etwas durchaus Nobles, etwas, das vor Verdacht und Mißdeutung in unserer Zeit geschützt werden müßte und von uns auch verständnisvoll — ich bitte noch einmal darum: verständnisvoll! — aufgenommen, von mir aus kritisch, aber wohlwollend aufgenommen, gehört und gepflegt werden sollte.

Denn, meine Damen und Herren, ich bleibe dabei, daß sich darin mit Sicherheit eines zu Wort meldet: der Überdruß am einfachen leichten Spiel. Ich habe gesagt: Sex, Geld, Freizeitgestaltung! Man kann es auch mit einem nicht von mir erfundenen Wort so charakterlsieren: Ein gepanzerter Konsumverein als Deutschland vorgestellt. Damit kann man die Deutschen, weder die alten, noch die mittelalterlichen, noch die jungen, die heranwachsenden Deutschen glücklich und selig machen. Lassen Sie sich das doch nicht einreden!

(Beifall)

Wir tun gut daran, meine Damen und Herren, im Blick auf das, was hinter uns liegt, ein unserem selbstkritischen Bewußtsein entsprechendes nationales Bewußtsein zu haben. Aber zu diesem kritischen nationalen Bewußtsein gehört gerade, daß man nicht bereit ist, sich auf dieser Ebene ein für allemal mit seinen Söhnen und Töchtern abfinden und abspeisen zu lassen: Versorgung, Konsumverein, Staatsapparatur, meinethalben auch die technischen Notwendigkeiten und die gewiß großen technischen Möglichkeiten, daß das alles sei. Das ist alles auch wahr, und die materielle Basis, meine Damen und Herren, nun — wir werden uns nicht einfallen lassen, über sie erhaben oder snobitisch daherzureden.

Es gibt so eine ganz billige Art, sozusagen höhere Ansprüche zu dokumentieren; aber sie hat in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren einen mehr unglücklichen als glücklichen Ausdruck darin gefunden, daß jeder Spießbürger glaubte, seine geistige Erhabenheit damit dokumentieren zu können, daß er über das Wirtschaftswunder erhaben und snobistisch von oben herab sprach. Das werden wir uns nicht einfallen lassen; denn wir wissen, woher das Brot kommt, und wir wissen, welche Bedeutung es hat, welche Bedeutung es hat für die Unabhängigkeit einer geistigen, einer gewissenmäßig orientierten Existenz. Gerade Leute, die darauf Wert legen, die auf innere Unabhängigkeit, die auf Freiheit Wert legen, werden das Materielle und die materielle Sicherung zu schätzen wissen. Deshalb ist alles, was hier gesagt wird, nicht dagegen gesagt, sondern es ist nur gegen den Wahn geredet, daß das alles das Ziel und nicht nur - wie wir meinen - ein Mittel unserer Existenz sei. Wir glauben, daß das Ziel unserer persönlichen und unserer nationalen Existenz über die materielle Sicherung hinausgehend liegt.

So ist das gemeint, wenn ich sage, daß das, was sich hier, vor allem bei den jungen Menschen und in Ihren Fragen, loszuringen beginnt, etwas durchaus Nobles und durchaus nichts Reaktionäres sei; und es verdient deshalb unser Vertrauen, verdient nicht unser Mißtrauen oder die Verdächtigung.

Das ist das eine, was ich noch zu sagen wünschte.

Das zweite, was mir im Laufe der Diskussionsbemerkungen noch einmal deutlich geworden ist: Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß das nationale Bewußtsein, auf das wir dergestalt hinauswollen, das wir pflegen und hüten möchten, natürlich auch inhaltlich ein gewandeltes nationales Bewußtsein ist. Ich möchte das in aller Kürze an folgender Überlegung deutlich machen:

In meiner Jugend gab es die großen Diskussionen der Nationalen und der Internationalen. Die einen waren mehr international, die anderen waren mehr national gestimmt. Freund Stingl, das war bei den Volksdeutschen genauso wie in der gesamten deutschen Jugendbewegung und sonst, wo wir auch immer mit unseren kurzen Hosen herumliefen, überall das gleiche: Die einen waren mehr international, und die anderen waren mehr national gestimmt, und das ging auch in die Parteien herein.

Meine Damen und Herren, wenn ich etwas für das Glück unserer Zeit halte, wirklich für ein Glück in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts, dann ist es die Tatsache, daß dieser Konflikt weggefallen ist.

(Beifall)

Ja, er ist weg, meine Damen und Herren! Das kann man nämlich ganz schnell daran zeigen: Früher galt als die eigentliche These, in der sich ein nationales Bewußtsein darstellte, daß es einer Rangordnung folgte "right or wrong, it is my country": ob es richtig oder falsch ist —, im Namen und im Dienste des Vaterlandes ist es schließlich recht und richtig.

Und dann kamen andere, gewissenhafte Menschen und sagten: Keineswegs ist es immer so; auch im Dienste unseres Vaterlandes werden gelegentlich Sachen von uns verlangt, die wir einfach gewissensmäßig nicht akzeptleren können!

So kam es zu Spannungen. Im Fluch der Hitlerzeit war das das Schlimmste: daß soundso viele Menschen in eine grauenhafte Gewissensverwirrung gestürzt wurden. Sie haben im Grund ihres Herzens gespürt: Irgendwo ist das doch nicht richtig. Aber weil es im Namen des Vaterlandes von ihnen gefordert wurde, kamen sie in die Wirrnis, in die Bedrückung, und das hat schließlich die große Verwirrung und das Vakuum geschaffen, in dem sich viele von uns befinden.

Meine Damen und Herren, ich sage, daß das eigentliche Glück unserer Jahre in dieser zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in diesem Bereich darin besteht, daß die Loyalität, die das Vaterland, die der freiheitliche Rechtsstaat heute von jedem seiner Bürger verlangt, verlangen darf und verlangen muß, daß diese Loyalität gegenüber dem Staatsgehalt des freiheitlichen Rechtsstaates nicht im mindesten gerichtet ist, nicht gespannt ist gegen die große Idee des internationalen, übernationalen Zusammenschlusses der freien Welt. Beide zielen ja aufs gleiche, beide haben nichts anderes im Sinn, als im Rahmen einer großen Ideengemeinschaft — natürlich mitsamt der erforderlichen großen Apparatur — die Loyalität des nach dem Bilde Gottes geschaffenen Menschen zum freiheitlichen Rechtsstaat im nationalen und im übernationalen Bereich miteinander zu synchronisieren, zu verbinden und so erst geschichtsmächtig in dieser zweiten Hälfte des Jahrhunderts als das große Thema der Welt und als die Zukunft der Menschheit zu verbürgen.

Hier mündet das nationale Bewußtsein der Deutschen – dem wir uns stellen sollten, zu dem wir aufrufen – In die große Aufgabe der inneren, der geistigen Orientierung der Weltpolitik, ja, der Weltgeschichte, der wir uns zu stellen haben, zu der wir gefordert sind.

(Beifall)

Vizepräsident Dr. Lemke: Ich danke Ihnen, Herr Dr. Gerstenmaier, für diesen Nachmittag, für Ihr Referat und für dieses Schlußwort.

Ich habe mir einen Satz aus Ihren Ausführungen gemerkt, der eigentlich alles das zusammenfaßt, was Sie auch soeben wieder so eindringlich gesagt haben:

Menschen, die das Vakuum des gepanzerten Konsumvereins angähnt und anödet, ahnen etwas davon, daß der Dienst der Freiheit ein strenger Dienst ist und daß das Vaterland auch in unserer Zeit eine faszinierende Sache ist

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich finde, wir haben eine gute, aus sich selbst gewordene Diskussion gehabt und können nunmehr die zweite Plenarsitzung beschließen. Morgen früh um 9 Uhr tagen die Arbeitskreise. Übermorgen, am Mittwoch, sehen wir uns um 9 Uhr hier zur dritten Plenarsitzung wieder.

Schluß der Sitzung: 17.36 Uhr.

Dienstag, 30. März 1965

Arbeitskreis I Deutschland, Europa und die Welt

Beginn: 9.17 Uhr

Vorsitzender Bundesminister Dr. Heinrich Krone:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne unsere Arbeitskreissitzung. Ich freue mich insbesondere, daß die drei Referenten hier anwesend sein können.

(Beifall)

Gestern sah es noch nicht so aus. Auch Professor Hallstein hatte sich gestern abend noch frühzeitig ins Bett legen müssen. Aber auch er ist da. Ich heiße besonders herzlich unseren Parteifreund Außenminister Dr. Schröder willkommen,

(Beifall)

sodann Herrn Minister Kai-Uwe von Hassel.

(Beifall)

und den dritten Referenten unserer Tagung, Professor Hallstein aus Brüssel.

(Belfall)

Ich schlage Ihnen folgendes vor: Zu Beginn unserer Arbeitstagung hören wir die drei Referate. Dann lassen wir eine sehr kurze Pause eintreten und treten dann in eine ausgedehnte Aussprache ein, die heute so lange dauern kann, wie die Materie es erfordert. Damit werden Sie einverstanden sein.

(Beifall)

Berichterstatter für diese Tagung ist statt des erkrankten Kollegen Majonica Professor Furler. Auch das wird Ihre Zustimmung finden.

Ich bitte ietzt Herrn Minister Schröder das Wort zu nehmen.

Bundesminister Dr. Gerhard Schröder:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Meine lieben Parteifreunde! Dieser Parteitag findet zwanzig Jahre nach der Kapitulation des Dritten Reiches statt. Und wenn wir an die Prozesse über die NS-Verbrechen und die Debatte der Verjährung denken, die wir gerade geführt haben, erscheint es uns wieder einmal, als ob es gestern erst zu Ende gegangen sei.

Noch immer weht die rote Flagge des Kommunismus von Wladiwostok bis zur Elbe mitten in unserem Land. Im Zeitalter der Kosmonauten und der nuklearen Interkontinentalwaffen ist die Welt enger zusammengedrängt. Der Frieden in der Welt beruht nicht auf ausgeglichenen Wirtschafts- und Sozialverhältnissen in allen Ländern und zwischen allen Ländern, sondern eher auf dem Gleichgewicht des Schreckens, der beiderseitigen Furcht vor nuklearer Vernichtung.

Das ließ uns bisher für Europa einigermaßen ruhig sein. Um so besorgter sind unsere Blicke heute nach Südostasien gerichtet. In dieser Stunde fragen wir uns daher: Wo steht die deutsche Politik? Wohin geht sie? Welches ist ihr Kurs? Welches sind ihre Chancen?

Ich kann das in der Kürze der Zeit nur in Umrissen entwickeln. Melne Kollegen werden ihre Meinung darstellen, und die Diskussion wird uns in die Einzelprobleme bringen.

Beginnen möchte ich mit einem Wort zu den Vorgängen der letzten Wochen im Nahen Osten. Unsere Politik dort ist durch besondere Komplexität gekennzeichnet: die Ost-West-Auseinandersetzung im arabischen Raum, der arabisch-israelische Konflikt, die traditionelle deutsch-arabische Freundschaft, unsere vielfältigen Interessen in den arabischen Ländern und ganz besonders unser aus der Vergangenheit belastetes Verhältnis zum jüdischen Volk. Keiner dieser Gesichtspunkte darf vernachlässigt werden. Das erfordert klare, langfristige Überlegungen, Besonnenheit und Festigkeit.

Die kritische Phase unserer Nahostpolitik ist durch die Einladung Ulbrichts in die VAR ausgelöst worden. Diese Brüskierung durch Aufwertung des Zonenregimes konnten wir nicht hinnehmen. Wir haben mit Einstellung unserer Wirtschaftshilfe geantwortet.

Jetzt hat eine Reihe arabischer Staaten angekündigt, mit uns zu brechen, sobald wir, wie beabsichtigt, diplomatische Beziehungen zu Israel aufnehmen. Wir bedauern diese Ankündigungen, weil wir aufrichtig freundschaftliche Beziehungen zu diesen Ländern wünschen. Aber wir können uns unser Verhalten gegenüber dritten Staaten nicht von anderen Regierungen vorschreiben lassen.

(Beifall)

Wir nehmen für uns das gleiche Recht in Anspruch wie die 85 Staaten, die bereits diplomatische Beziehungen zu Israel unterhalten und von denen viele den arabischen Ländern freundschaftlich verbunden sind.

Wir sind dabei, unsere Wünsche auf weitere freundschaftliche Beziehungen mit den arabischen Staaten als unveränderte Grundlinie unserer Politik in diesen Ländern auf vielfältige Weise dort vortragen zu lassen, nicht nur durch Abgeordnete — aber wir halten es für gut, auch die guten Dienste von Abgeordneten in Anspruch zu nehmen, wie das in anderen Ländern traditionell und bewährt ist. Wir hoffen darauf und arbeiten daran, daß wir wenigstens auf die Dauer wieder zu einer Beruhigung und zur Fortsetzung der Zusammenarbeit so weit wie möglich kommen.

Meine Damen und Herren, meine lieben Freunde! Die Welt, in der wir leben, ist voller gefährlicher revolutionärer und gewalttätiger Entwicklungen. Im Zeitalter der nuklearen Superwaffen nimmt unter den politischen Zielen die Bewahrung des Weltfriedens unbestreitbar den ersten Platz ein. Die Kuba-Krise von 1962 hat der Weltöffentlichkeit die Gefährdung des Weltfriedens atemberaubend vor Augen geführt. Die unmittelbare Konfrontation der beiden atomaren Weltmächte, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, brachte die Welt an den Rand des Abgrunds.

Die Kuba-Krise hat gezeigt, wie gefährlich es ist, es überhaupt erst zu einer akuten nuklearen Konfrontation kommen zu lassen. Immerhin hat die Krise dazu geführt, daß die Sowjets seitdem die Entschlossenheit und den Selbstbehauptungswillen der Vereinigten Staaten realistischer einschätzen als zuvor. Die Sowjetunion ist vorsichtiger geworden, auch in ihrer Berlin-Politik. Aber auch die mächtigen Vereinigten Staaten haben die Grenzen der atomaren Macht kennenlernen müssen: das kommunistische Regime in Kuba ist nicht verschwunden.

Unter dem Eindruck der nuklearen Gefahr haben unsere Verbündeten unter Führung der Vereinigten Staaten das Gespräch über Entspannungsmaßnahmen zwischen Ost und West nicht abreißen lassen. Es wurden Vorkehrungen und Vereinbarungen getroffen, um der Gefahr eines nuklearen Krieges durch Fehleinschätzungen zu begegnen.

Die Einrichtung einer direkten Nachrichtenverbindung zwischen Washington und Moskau war ein Schritt in dieser Richtung. Der Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen war ein weiterer, und die Bemühungen, eine weitere Ausbreitung des Besitzes von Nuklearwaffen zu verhindern, sind auf das gleiche Ziel gerichtet.

Der allgemeine Wunsch nach Entspannung und das erste Ost-West-Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche haben sich auch auf die Deutschlandpolitik ausgewirkt.

Im Zeichen des kalten Krieges war die Wiedervereinigungspolitik eingebettet in das umfassende Anliegen der freien Welt, die Einflußsphäre des Kommunismus in Europa zurückzudrängen. Heute hat sich in der Welt das beherrschende und allgemeine Interesse der Friedenserhaltung vor das Teillnteresse der Wiedervereinigung Deutschlands geschoben. Es besteht zwar noch eine Übereinstimmung im Ziel; aber es ist für die deutsche Außenpolitik schwieriger geworden, den engen Zusammenhang der beiden Probleme bis in die praktischen Auswirkungen hinein zu erhalten.

Ein beredtes Beispiel dieses Dilemmas ist der Beitritt zu dem bereits erwähnten Vertrag über die Einstellung der Kernwaffenversuche. Der Bundestag hatte über unseren Beitritt zu diesem Abkommen zu entscheiden. Er wußte wohl, daß die sowjetisch besetzte Zone Ihrerseits in Moskau eine Unterschrift unter den Vertrag gesetzt hatte. Das deutsche Parlament hat aber einstimmig dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu diesem Vertrag mehr Bedeutung beigemessen als der sowjetzonalen Unterschrift.

Für uns, meine Damen und Herren, wird sich immer wieder die schwierige Frage stellen, wie wir die Deutschlandpolitik in den größeren Zusammenhang der Ost-West-Beziehungen und der Friedenserhaltung am besten einzubeziehen vermögen.

Im Verhältnis der osteuropäischen Staaten zur Sowjetunion hat sich einiges geändert. Ein stärkeres Nationalbewußtsein in diesen Ländern geht mit einer größeren Eigenständigkeit in der Politik ihrer Regierungen einher. Die Bedeutung dieser Vorgänge tritt noch nicht eindeutig und endgültig zutage. Wir müssen uns hüten, in ihnen bereits ein Zeichen einer inneren Liberalisierung zu sehen. Es ist sogar denkbar, daß der Kommunismus als Ganzes aus der größeren Elastizität des bisher monolithischen Blocks eine Stärkung erfährt. Bisher ist es jedenfalls nicht zu einer Erschütterung der sowjetischen Hegemonie im osteuropäischen Raum gekommen. Die einheitliche Lenkung Osteuropas durch Moskau funktioniert aber nicht mehr so zuverlässig wie zu Stalins Zeiten. Die osteuropäischen Regierungen verlangen gehört zu werden. Sie wollen auf die Parteibeschlüsse Einfluß nehmen. Die sowjetische Führung muß ihrerseits die osteuropäischen Regierungen rücksichtsvoller und mit größerem Entgegenkommen behandeln.

Die Länder der freien Welt haben auf die Tendenz zu größerer Eigenständigkeit der osteuropäischen Staaten positiv reagiert. Die Beziehungen auf den Gebieten der Wirtschaft und der Kultur nehmen einen sichtbaren Aufschwung. Offizielle Besuche führender Regierungsmitglieder dieser Länder in westlichen Hauptstädten, die noch vor wenigen Jahren unvorstellbar waren, sind heute ein gewohntes Bild.

Deutschland, meine Freunde, darf sich dieser Entwicklung nicht verschließen. Das neue Verhältnis zwischen den osteuropäischen Ländern und der Sowjetunion ist für uns in dem Maße von Interesse, wie diese Regierungen neuerdings auf die Außenpolitik der Sowjetunion einzuwirken vermögen. In diesen Ländern für unseren Standpunkt Verständnis zu wecken ist eine Aufgabe unserer Außenpolitik.

Das Zonenregime nun kämpft seit Jahren um eine internationale Anerkennung als Staat. Gegenüber den osteuropäischen kommunistischen Staaten hat es seine Stellung dank der Tüchtigkeit seiner Bevölkerung verbessern können. Die Zone steht heute hinsichtlich der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit im Rahmen des Comecon an zweiter Stelle. Pankow versucht, sich den Neutralismus der Entwicklungsländer zunutze zu machen. Es gebärdet sich in diesen zum Teil linksgerichteten Ländern als ein Vorposten des Sozialismus. Die wachsende wirtschaftliche Leistungsfähigkeit kommt ihm dabei zustatten. Zunehmende kommunistische Verleumdungen der Bundesrepublik Deutschland als reaktionäres und revanchistisches Land unterstützen diese Politik. Sie ist ein Stück der globalen Auseinandersetzung zwischen der kommunistischen und der freien Welt. Die Bevölkerung der Zone in ihrer überwiegenden Mehrheit lehnt den Kommunismus nach wie vor ab. Ihre Wirtschaftsleistung muß oft gegen die Erschwerung durch das kommunistische Regime erzielt werden.

Wir würden den Aufgaben der Außenpolitik nicht gerecht, wenn wir die Existenz und die Lebensäußerungen der Zone außer acht ließen. Unsere Außenpolitik muß die Zone so berücksichtigen, wie sie in der nunmehr bald zwanzigjährigen Trennung von uns geworden ist. Insbesondere müssen wir ihre internationalen Möglichkeiten, die sie unter der Protektion und mit Hilfe Moskaus wahrnimmt, realistisch einschätzen.

In Ostasien ist eine zweite kommunistische Großmacht entstanden. Präsident Kennedy hat wenige Monate vor seinem Tode vorausgesagt, daß China mit seinen bald 700 Millionen Menschen und nuklear bewaffnet zu einer alles beherrschenden Gefahr werden würde. China werde innerhalb eines Jahrzehnts der gefährlichste Gegner der Vereinigten Staaten sein.

Heute sind die Vereinigten Staaten, die der stärkste Garant für die Sicherheit Europas sind, in Vietnam in einen folgenschweren Kampf verwickelt. Kräfteverschiebungen, die dort möglich erscheinen, üben auch auf Europa und damit auf die deutsche Außenpolitik einen Einfluß aus.

Der Kampf für die Freiheit ist unteilbar, wenn auch nicht alle Bündnispartner zu gleicher Zeit die gleichen Mittel anwenden können. Aber Sieg oder Niederlage hier oder dort wirken sich auf die Verläßlichkeit der Bündniszusage aus.

Die Ereignisse in Ostasien könnten durch die besondere Rolle, welche die Sowjetunion dort spielt, die Lage in Mitteleuropa beeinflussen. Die Sowjetunion könnte versucht sein, der kommunistischen Seite in Vietnam dadurch Erleichterung zu verschaffen, daß sie den Druck gegen die Stellungnahme der freien Welt in Europa verstärkt. Umgekehrt ist auch denkbar, daß der Sowjetunion das Risiko, das mit der chinesischen Expansionspolitik verbunden ist, zu groß erscheint, so daß sie ihm entgegentreten könnte.

Der sowjetisch-chinesische Streit ist auch nach dem Abgang Chruschtschows fortgesetzt worden. Über die endgültige Gestaltung der chinesisch-sowjetischen Beziehung besteht jedoch keine Klarheit. Die einen interpretieren die sowjetisch-chinesischen Melnungsverschiedenheiten dahin, daß die Sowjetunion im Gegensatz zu Rotchina bei der Expansion des Kommunismus auf die Anwendung von Gewalt verzichtet habe, die

anderen meinen, daß der Sowjetunion früher oder später ein militärischer Konflikt mit China bevorstehe. Sie sehe sich daher immer mehr in die Notwendigkeit versetzt, an ihrer Westgrenze gegen Europa Stabilisierung, wenn nicht gar Entlastung zu suchen. Nach meiner Meinung, meine Damen und Herren, sind beide Betrachtungsweisen für die aktuellen außenpolitischen Entscheidungen nicht von Gewicht.

In einer Hinsicht besteht allerdings Klarheit. Die Aktivität Chinas in den Entwicklungsländern, vor allem in Asien und Afrika, hat zu einer Konkurrenz mit der sowjetischen Spielart des Kommunismus geführt. Durch die damit verbundene Mehrleistung beider kommunistischen Mächte in den Entwicklungsländern hat sich die Gefahr der kommunistischen Subversion insgesamt vergrößert. Die Sowjetzone benutzt die sowjetischchinesische Agitation in diesen Gebieten, um sich ins Spiel zu bringen.

Mit dem Vordringen der Sowjets und Chinesen in Asien und Afrika ist daher auch eine Verschlechterung unserer Alleinvertretungsposition verbunden. Im Bereich der Entwicklungspolitik stoßen wir auf ein Problem, dessen Lösung nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze freie Welt entscheidend sein wird. Der Graben zwischen den hochindustrialisierten Ländern der nördlichen Halbkugel und den unter den Folgen einer Bevölkerungsexplosion stehenden Entwicklungsländern der südlichen Halbkugel mit einer zum Teil archaischen Wirtschafts- und Sozialstruktur wird immer breiter. Die Entwicklungshilfe ist für uns nicht mehr so populär wie vielleicht vor einigen Jahren. Es ist im deutschen Volke darüber zu einer gewissen Ernüchterung gekommen, trotzdem muß uns die Bedeutung des Entwicklungsproblems bewußt bleiben. Dabei sollten wir allerdings unsere Entwicklungsmittel in erster Linie unseren Freunden zukommen lassen.

(Beifall)

Die Veränderungen in der Welt haben die Struktur und das Funktionieren des atlantischen Bündnisses nicht unberührt gelassen. Eine gewisse Unruhe hat sich der Mitglieder bemächtigt. Manche der Bündnispartner sind mit ihren eigenen Problemen so stark beschäftigt, daß der Zusammenhang mit den Gesamtinteressen der Allianz manchmal übersehen wird. Handelt es sich wirklich um eine gefährliche Krise der Allianz? Ich möchte das bezweifeln, aber eine Anpassung an die neuen Verhältnisse ist wohl notwendig. Ein solcher Prozeß erfolgt nicht ohne Schwierigkeiten und nicht ohne Reibungen. Wir sollten uns aber hüten, solche Erscheinungen zu dramatisieren. Das Bündnis ist und bleibt der stärkste Ausdruck der Macht der freien Welt.

Mit diesem Überblick über die weltpolitischen Veränderungen, melne lieben Freunde, möchte ich die Ziele und die Probleme der deutschen Außenpolitik angesichts dieser sich verändernden Welt erörtern. Die Welt, in der wir unsere außenpolitische Aufgabe erfüllen müssen, wird von Faktoren bestimmt, die zur Zeit des Entstehens der Bundesrepublik Deutschland oder auch nur vor 10 Jahren keine Rolle gespielt haben:

zum Teil waren sie noch nicht einmal sichtbar. Es wird daher darauf ankommen, die Mittel unserer Außenpolitik so zu wählen, daß sie einerseits für die Erreichung unseres Zieles geeignet sind, andererseits aber auch den neuen Verhältnissen Rechnung tragen.

Was wir brauchen, meine Freunde, ist nicht eine grundsätzlich neue Politik, sondern die Anwendung bestimmter Grundsätze auf die neuen Verhältnisse. Die Ziele unserer Politik sind: Bewahrung des Friedens, die Sicherung der Freiheit und die Überwindung der Teilung unseres Landes. Diese unsere Ziele sind aufs engste miteinander verbunden. Die Wiedervereinigung Deutschlands wäre ein Beitrag zum Frieden, und ohne Wiedervereinigung wird es keinen dauerhaften Frieden in Mitteleuropa geben.

(Beifall)

Wenn die deutsche Außenpolitik auf diese Ziele gerichtet ist, erfüllt sie den Willen des Grundgesetzes. Es hat Deutschland gesehen als gleichberechtigtes Glied in einem vereinigten Europa, um dem Frieden der Welt zu dienen. Wenn wir, meine Freunde, von Deutschland sprechen, so weiß jeder, was damit gemeint ist. Es ist das Vaterland aller Deutschen, die die Freiheit wollen.

(Beifall)

Wir wissen nicht sicher, ob die Zeit für uns arbeitet, aber niemals wird die Zeit ein stärkerer Faktor sein können als der Wille der Deutschen, die Einheit und Freiheit des Landes zu vollenden.

(Beifall)

Nur der Wille einer ausländischen Macht hält unser Vaterland geteilt. Diese Teilung zu überwinden, ist die zentrale Aufgabe der deutschen Außenpolitik. Die Wiedervereinigung Deutschlands ist ein außenpolitisches Problem, ja, man kann sagen, daß in einem geteilten Lande wie dem unsrigen alle Außenpolitik im Grunde genommen Wiedervereinigungspolitik ist.

(Beifall)

Die Kraft und Geschlossenheit des atlantischen Bündnisses ist daher für die Wiedervereinigungspolitik von großer Bedeutung. Wir weisen unsere Verbündeten oft darauf hin, daß sie mit uns die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit zum gemeinsamen Ziele westlicher Politik erklärt haben, ebenso tragen aber auch wir eine Mitverantwortung für den Stand und die Zukunft dieser Allianz, von der wir militärische Sicherheit und politische Solidarität erwarten.

Die Mitverantwortung für den Bestand des Bündnisses erfordert nun freimütige Beiträge in der Diskussion über die Probleme der Allianz. Hierzu gehört in erster Linie die nukleare Organisation. Deutschland hat durch die Zugehörigkeit zum Bündnis und angesichts der besonderen Bedeutung der nuklearen Strategie ein Recht darauf, in glaubhafter Weise

In die Organisation des westlichen nuklearen Abschreckungspotentials einbezogen zu sein. Angesichts des sogenannten atomaren Patts zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion gewinnt diese Forderung ihr besonderes Gewicht. Die auf Deutschland gerichteten sowjetischen Mittelstreckenraketen geben ihr die Berechtigung. Es liegen bisher verschiedene Pläne für die Lösung des nuklearen Problems innerhalb der Allianz vor. Die Diskussion darüber muß weitergehen; denn wer den Zusammenhalt des Bündnisses will, muß auch für die nuklearen Fragen eine Lösung suchen.

Die politische Stärkung des Bündnisses ist ebenso wichtig wie die militärische. Auch Deutschland muß eine eigenständige Außenpolitik im Rahmen dieser Allianz treiben, aber wir müssen wissen, meine Freunde, daß dem eigenständigen Handeln Grenzen gesetzt sind, wenn nicht die Allianz als Ganzes in Gefanr kommen soll. Die Grenze ist dort zu sehen, wo vitale Interessen der Allianzpartner berührt werden. Daraus ergibt sich aber auch in bezug auf Deutschland — und das erkläre ich ganz eindeutig —, daß die Mitglieder der Allianz in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands mit uns solidarisch sein müssen.

(Beifall)

Ich habe die Wiedervereinigung Deutschlands das zentrale Anliegen unserer Außenpolitik genannt. Die Sowjetunion sieht es allerdings anders. Sie möchte die Wiedervereinigung Deutschlands zu einer Angelegenheit der Deutschen untereinander machen. Dies hat seinen Grund. Sie Sowjetunion und in ihrem Auftrag das Regime in der sowjetisch besetzten Zone möchten den Weg frei machen zu einer möglichst risikolosen Politik kommunistischer Expansion in Deutschland. Die Wiedervereinigung Deutschlands soll nicht durch die Verantwortlichkeit der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges zustandekommen, sondern durch Ausdehnung des kommunistischen Teilstückes.

Dabei soll die kommunistische Deutschland-Politik so geführt werden, daß sie eine ernsthafte internationale Verwicklung möglichst vermeidet; denn dies würde der kommunistischen Doktrin von der sogenannten "friedlichen Koexistenz" widersprechen. Was uns angeht, so sind wir nicht bereit, die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges aus ihrer Verantwortung für die Einheit Deutschlands zu entlassen.

(Beifall)

In Deutschland ist eine breite Diskussion darüber entstanden, wie der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik Deutschland auch in Zukunft gesichert werden kann. Diese Diskussion wird und muß auch mit unseren Alliierten geführt werden, weil wir ihre Unterstützung für jede Politik brauchen, die den wahren Charakter des Zonenregimes enthüllt. Ich möchte zu unserem Anspruch auf Alleinvertretung ein paar grundsätzliche Feststellungen treffen: Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist als einzige deutsche Regierung für das ganze deutsche Volk zu

sprechen berechtigt. Diesem Grundsatz internationale Geltung zu verschaffen ist nach wie vor das Ziel der deutschen Außenpolitik. Dabei werden wir nicht aus dem Auge verlieren, daß die Internationale Lage heute eine andere ist als vor zehn Jahren. Wir müssen unseren Alleinvertretungsanspruch überall mit größtem Nachdruck und mit den jeweils richtigen, das heißt der Situation angepaßten Mitteln vertreten.

Die Gefahr des Auseinanderlebens der beiden Bevölkerungsteile in Ost und West — und ich sehe das als die entscheidende Gefahr an, mit der wir auf längere Zeit zu tun haben —, muß auf jede nur erdenkliche Welse gebannt werden. Ich sagte schon, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung der Zone das kommunistische Regime nach wie vor ablehnt. Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit hat nichts zu schaffen mit jener Behauptung von den beiden deutschen Staaten, die von den kommunistischen Doktrinären ersonnen worden ist. Die Bevölkerung in Ost und West weiß, daß die deutsche Nation als Ganzes die Folgen tragen und überwinden muß, die uns eine unselige Vergangenheit aufgebürdet hat. Die Teilung ist eine dieser Folgen.

Nun ist das Deutschlandproblem Teil der großen und umfassenden Ost-West-Auseinandersetzung. In der sowjetischen Strategie der sogenannten "friedlichen Koexistenz" nimmt Deutschland einen besonderen Platz ein. Wenn auch die Sowjets gegenwärtig ihren Blick auf Asien gerichtet haben, so muß daran erinnert werden, daß Rußland in seiner Außenpolitik schon vor der Oktoberrevolution Europa den Vorrang vor Asien gegeben hat. Die Sowjetunion will offenbar die Wiederherstellung und Rehabilitierung Deutschlands verhindern, weil diese ein echtes Interesse und eine moralische Berechtigung hat, den Status quo in Frage zu stellen.

Deutschland ist so zum Haupteinsatz im Kampf zwischen Washington und Moskau geworden. Mag auch Herr Gromyko dieser Tage in London erklärt haben, daß es für eine Wiedervereinigung der beiden Telle Deutschlands zu spät sei, wahr ist, daß in Wirklichkeit die freie Welt und die Welt des Kommunismus seit zwanzig Jahren um Deutschland ringen. Hier wird die ganze Verantwortung, die auf unserer Generation lastet, deutlich. Es geht nämlich letzten Endes um die Frage, ob die Einheit Deutschlands im Zeichen des Kommunismus oder im Zeichen der Freiheit vollendet wird.

Die europäische Einigung ist vom Zeitablauf nicht unbeeinflußt geblieben. Bei allen beteiligten Ländern sind Tendenzen festzustellen, das nationale Interesse wieder stärker in den Vordergrund zu stellen. Ich glaube, daß eine nüchterne Betrachtungsweise der europäischen Einigung nur von Vorteil sein kann. Ziel unserer europäischen Politik bleibt die Schaffung einer föderativen Ordnung für ganz Europa. Dabei werden wir in Etappen vorgehen müssen. Wir werden auch jede Art von theoretischem Streit über die anzuwendenden Methoden vermeiden müs-

sen. Das beste Beispiel für einen stetigen Prozeß der Einigung bletet uns die europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Ihre weitere Entwicklung wird bald zu einer gemeinsamen Außenhandelspolitik führen. Die Außenhandelspolitik eines Landes nun ist ein wichtiges Instrument seiner Äußenpolitik. Es stellt sich daher die Frage, auf welche Weise wir sicherstellen können, daß die europäische Wirtschaftsgemeinschaft bei der Gestaltung ihrer Außenhandelspolitik das vitale politische Interesse der Wiedervereinigung Deutschlands berücksichtigt. Ich brauche nicht zu betonen, daß die Solidarität unserer europäischen Partner in dieser Frage und die Bereitschaft des deutschen Volkes, zur europäischen Einigung in der bisherigen Weise weiter beizutragen, eng zusammenhängen. Die europäische Einigung hat heute einen Punkt erreicht, von dem aus nur die politische Einigung Europas das bisher Erreichte bewahren kann.

Die politische Union Europas wird kommen. Aber es wäre ein großer Fehler, wenn wir die Tragweite der durch sie aufgeworfenen Probleme unterschätzen würden. Da ist zunächst die Frage, wie die einzelnen europäischen Regierungen ein geeinigtes Europa sehen, wieweit sie bereit sind, nationale Interessen dem europäischen Gesamtinteresse unterzuordnen.

Sodann ist das Verhältnis der europäischen Partner untereinander zu klären. Große und kleine Staaten sollen eine gemeinsame Außenpolitik betrelben. Das Verhältnis von nuklearen und nichtnuklearen Partnern, das schon der Atlantischen Allianz so viel zu schaffen macht, muß auch im europäischen Rahmen eine Regelung finden. Schließlich ist das Verhältnis eines geeinten Europas zu den Vereinigten Staaten ungeklärt. Wir können uns jedenfalls keine europäische Gemeinschaft vorstellen, die dazu bestimmt wäre, sich von den Vereinigten Staaten abzuwenden.

(Beifall)

Wir hoffen, trotz aller aktuellen Schwierigkeiten, daß die vorgesehene Außenministerkonferenz bald zustande kommt und uns ein Stück welterbringt.

Das deutsch-französische Verhältnis ist durch den Vertrag über die Zusammenarbeit der beiden Länder vom 22. Januar 1963 auf eine besondere Ebene gehoben worden. Dieser Vertrag hat sich — was man auch sagen mag — bewährt. Er wird sich eines Tages als ein solldes Bindeglied zwischen dem deutschen und dem französischen Volke erweisen, als Pfeiler für die europäische Einigung und als ein Beispiel für den Zusammenhalt der freien Welt. In diesem Geiste und in keinem anderen hat der Bundestag diesem Vertrag einmütig zugestimmt.

Unser Verhältnis zu den beiden anderen westlichen Mächten, die für Deutschland als Ganzes eine besondere Verantwortung tragen, ist ebenso vertrauensvoll. Mit Genugtuung haben wir vermerkt, daß Präsident Johnson in einer Rede in der Georgetown University festgestellt hat, daß

die erzwungene Teilung Deutschlands eine andauernde Friedensbedrohung sei. Er hat uns die Zusicherung gegeben, daß es hierzu keine Zustimmung der Alliierten geben wird. Solange einem Teil Deutschlands das Grundrecht der Selbstbestimmung verweigert wird, könne es keinen dauerhaften Frieden in Europa geben. Die Gespräche, die wir vor kurzem mit dem britischen Premier geführt haben, sind von demselben Geist getragen. Im übrigen wird der bevorstehende Besuch der englischen Königin in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin die Zusammengehörigkeit der beiden Länder und Völker augenfällig bestätigen.

Die Darstellung dieses Beitrags zur europäischen Politik wäre nicht vollständig, wollte ich nicht vom Verhältnis Deutschland zu den osteuropäischen Ländern sprechen. Das deutsche Volk hat nach 1945 mit den westeuropäischen Völkern neue Beziehungen angeknüpft. Es hat sie geduldig und beharrlich verbessert und sie schließlich in eine Freundschaft verwandelt. Das Verständnis der westeuropäischen Völker für diese Bemühungen war dabei eine Voraussetzung. Warum sollte es nicht möglich sein, daß das deutsche Volk zwanzig Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges zu seinen osteuropäischen Nachbarn und zu den südosteuropäischen Ländern Beziehungen des gegenseitigen Verständnisses aufnehmen kann, wie diese mit den westlichen Nachbarn längst wieder hergestellt sind?

Ich weiß, daß einer solchen Entwicklung unserer Beziehungen nach Osten noch schwere Hindernisse im Wege liegen. Aber wir dürfen nicht nachlassen, an den Verständigungswillen der osteuropäischen Völker und ihrer Regierungen zu appellieren und an der Beseitigung der Hindernisse zu arbeiten. In dieser Absicht haben wir Handelsvertretungen in vier osteuropäischen Ländern eingerichtet. Dieser erste Schritt kann nur ein Anfang sein. Wir wünschen, daß die osteuropäischen Länder mit uns nicht nur Handel treiben, sondern daß sie sich auch davon überzeugen, daß sie es mit einem neuen Deutschland zu tun haben. Sie werden sich davon überzeugen können, daß das deutsche Volk - wie übrigens alle anderen Völker - keinen größeren Wunsch hat, als in Frieden zu leben und in Frieden gelassen zu werden. Wenn wir erst einmal ein vertrauensvolles Verhältnis und ein vertrauensvolles Gespräch mit den Vertretern dieser Länder hergestellt haben, wird auch unseren osteuropäischen Nachbarn deutlicher werden als bisher, daß die Überwindung der Teilung Deutschlands auch für sie selber nur von Vorteil sein wird.

Wir glauben, in manchen Vorstellungen über die europäischen Sicherheitsprobleme den Wunsch nach Beruhigung und Frieden in Mitteleuropa zu erkennen. Wir wissen auch, daß eine realistische Wiedervereinigungspolitik verlangt, daß neue Gedanken über die europäische Sicherheit entwickelt werden. Wir sind derartigen Anregungen gegenüber aufgeschlossen. Sie müssen aber wirklich zur Beruhigung in Mitteleuropa

beitragen, daß heißt sie müssen die Überwindung der Teilung Deutschlands zum Ziele haben, sie dürfen nicht den gegenwärtigen Gefahrenzustand verewigen wollen.

(Beifall)

Meine Freundel Die Analyse der Weltlage und die Besinnung auf die Ziele unserer Außenpolitik führen zu einigen Leitsätzen. Sie sollen uns orientieren und die kommende Arbeit erleichtern:

- In einer sich verändernden Welt wird die deutsche Außenpolitik weiterhin darauf bedacht sein, daß das deutsche Volk jenen Beitrag zur Lösung der Probleme unserer Generation leisten kann, den die Welt auf Grund des kulturellen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Standes des deutschen Volkes erwarten darf.
- Ziele der deutschen Außenpolitik sind die Bewahrung des Friedens, die Sicherung der Freiheit und die Überwindung der Teilung unserer Nation. Diese Ziele bilden ein Ganzes.
- 3. Im Zentrum unserer Außenpolitik steht unsere Wiedervereinigungspolitik. Sie beruht auf dem Recht der Bundesrepublik Deutschland, das ganze deutsche Volk allein zu vertreten. Dieses Recht werden wir Jeweils mit den geeignetsten und den erfolgversprechendsten Mitteln verteidigen.
- 4. Wir halten an der Verantwortung der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges für die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands fest.
- 5. Deutschland hat sich ein für allemal für die Zugehörigkeit zur freien Welt entschieden. Unsere Solidarität mit den Verbündeten entspricht deren Solidarität in der Deutschland- und Berlin-Frage.
- 6. Die Bundesregierung wird zusammen mit Ihren westlichen Alliierten Immer wieder Vorstöße unternehmen, um die Sowjetunion zu Schritten in Richtung auf die Wiedervereinigung Deutschlands zu bewegen. Der Sowjetunion soll vor Augen geführt werden, daß die Wiedervereinigung Deutschlands auch ihrem nationalen Interesse und dem der osteuropäischen Länder förderlich sein wird.
- 7. Die Gefahr eines Auseinanderlebens der beiden Teile Deutschlands muß gebannt werden. Die uns im Grundgesetz auferlegte Verpflichtung, die Einheit und Freiheit des deutschen Volkes zu vollenden, wird uns dabei die Richtung weisen.
- 8. Deutschland wird wie bisher zu der Politik der europäischen Einigung beitragen.
- 9. Die Atlantische Allianz ist das Rückgrat unserer Sicherheit. Die Probleme der Allianz müssen so gelöst werden, daß ihre Einheit und Verteidigungsbereitschaft gestärkt wird. Das gilt auch für das Problem der nuklearen Organisation der Allianz.

- 10. Die mit der Einrichtung von Handelsvertretungen begonnene Politik der Wiederanknüpfung von Beziehungen mit den ost- und südosteuropäischen Ländern muß weiter entwickelt werden. Wir appellieren an diese Völker und Regierungen, unsere Absichten nicht zu mißdeuten. Der Wunsch des deutschen Volkes nach Frieden, Ausgleich und Sicherheit für alle ist tief und echt.
- 11. Das deutsche Volk ist sich der großen Aufgaben unseres Jahrhunderts bewußt. Es weiß um die sittliche Pflicht, sein Wissen und Können für die Hebung des Lebensstandards anderer Völker einzusetzen. Es ist überzeugt, daß der internationale Frieden nur auf der Gerechtigkeit aufgebaut werden kann.
- 12. Das deutsche Volk erwartet, daß auch die Welt seinen Wunsch nach Frieden, Sicherheit und Wiedervereinigung Deutschlands respektiert. Ein wiedervereinigtes freies Deutschland wird eine Quelle der internationalen Stabilität sein. Es wird zur Lösung der großen Probleme unserer Zeit einen unvergleichlich größeren Beitrag leisten können, als dies schon heute geschieht.

Meine Damen und Herren, meine lieben Freundel Ich denke, daß ich mit diesen Gedanken unser gemeinsames Wollen skizziert habe, wie es sich im Laufe der Jahre entwickelt und, wie ich mit Befriedigung feststellen möchte, bewährt hat. Für diese politische Richtung sind wir in der Vergangenheit gemeinsam eingetreten. Die Sache selbst verlangt von uns, daß wir das auch weiterhin in Disziplin und in Loyalität tun.

im Wahlkampf kämpfen wir um unseren neuen Auftrag zur Führung. Dabei sind unsere Einigkeit und Geschlossenheit die Grundlage für das Vertrauen des deutschen Volkes in unsere Führungskraft.

(Beifall)

Die sozialdemokratische Opposition bietet heute weder eine überzeugende Alternative der Ziele und Methoden noch im Blick auf die letzten Jahre jene Unbeirrbarkeit der Grundvorstellungen, die der Öffentlichkeit Vertrauen einzuflößen vermag Deshalb, meine Freunde, gehen wir guten Mutes in einen sicherlich sehr schweren Wahlkampf. Wir stehen geschlossen und loyal hinter dem Bundeskanzler Erhard.

(Starker Beifall)

Zusammen mit ihm appeilieren wir an das deutsche Volk: Macht die CDU stark! Es geht um Deutschland!

(Anhaltender starker Beifall)

Vorsitzender pr. Krone: Meine Damen und Herren, ich mache mir Ihren Beifall zu eigen und danke unserem Außenminister und unserem Freund Gerhard Schröder für diesen mit klaren und festen Akzenten, auch innerpolitischen Akzenten, versehenen weltweiten Überblick.

Ich begrüße noch besonders unsere ausländischen Gäste, die hier in diesem Arbeitskreis in großer Zahl vertreten sind. Von der CDU begrüße ich unseren Freund Präsident Jaeger.

(Beifall)

Außerdem begrüße ich zwei Kollegen, die in den letzten Wochen Im aktuellen Geschehen gestanden haben und stehen, die Kollegen Dr. Birrenbach und Werner.

Und jetzt hat das Wort unser Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel.

Dienstag, 30. März 1965

Arbeitskreis I

Aufgaben der deutschen Sicherheitspolitik

Bundesminister von Hassel

(mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe aus gutem Grund für mein Referat in diesem Arbeitskreis das Thema "Bedrohung und Sicherheit" gewählt. Denn diese beiden elementaren Probleme sind und bleiben nicht nur der Ausgangspunkt jeder deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. — Ihre Lösung bestimmt letzten Endes unser künftiges Schicksal.

Nicht zuletzt ist es gerade in einer Zeit politischer Bewegung in der Welt, bei der sehr viel von Entspannungsbemühungen die Rede ist, besonders notwendig, auf jene Fakten hinzuweisen, die bei dem nur allzu begreiflichen Streben nach Entspannung niemals in Vergessenheit geraten dürfen.

Wer die militärischen Überlegungen während der letzten Jahre besonders in Europa mit Aufmerksamkeit verfolgt, kann den Eindruck nicht von der Hand weisen, daß diese "Vergeßlichkeit" — wenn ich sie so nennen darf — manchmal bedenkliche Formen anzunehmen scheint.

Lassen Sie mich mit der Feststellung beginnen, daß der Kommunismus – gleich welcher Prägung – zwar mit wechselnden und teilweise neuen Methoden, aber mit unveränderter Hartnäckigkeit das Ziel verfolgt, seine Ideologie global durchzusetzen.

Zwar gelten bei dieser weltweiten Herausforderung die Vereinigten Staaten weiterhin als das Kraft- und das Führungszentrum der westlichen Welt und als Hauptgegner dieser Auseinandersetzung. Die Sowjets betrachten jedoch ganz ohne Zweifel – und dies unverändert seit Lenins Zeiten – Deutschland als wichtigste Zwischenstufe auf dem Wege, Europa und die Welt zu ändern. Dies bestätigt uns nicht nur die sowjetische Nachkriegspolitik, wir ermessen es auch an dem ungeheueren Ausmaß der kommunistischen Propaganda, die keineswegs ganz erfolglos eine Ver-

ketzerung der Bundesrepublik weltweit befolgt und betreibt und nichts unversucht läßt, uns aus jener Allianz, die allein unsere Sicherheit garantiert, herauszubrechen. Daraus ergibt sich, daß trotz der schwindenden akuten militärischen Gefahr im mitteleuropäischen Raum und trotz der Verlagerung der Krisen und Konflikte vorübergehend in die Randzonen der Schwerpunkt der Ost-West-Auseinandersetzung unverändert in Mitteleuropa bleibt.

Nichts wäre für Deutschland, für Europa und für die freie Welt verhängnisvoller als der Trugschluß, es handele sich bei den Krisen mit zum Teil offenem Kriegsgeschehen in den peripheren Gebieten des Einflußbereiches der Großmächte um endgültige Schwerpunktverlagerungen des weltpolitischen Geschehens.

Verhängnisvoll deshalb, weil dieser Trugschluß zwangsläufig die Illusion erzeugt, daß die Bedrohung Europas geringer geworden sei. In Wahrheit handelt es sich lediglich um den Versuch des Ostens, den um seinen Machtbereich gezogenen westlichen Verteidigungsring nicht in Europa, sondern an anderen Orten der Welt zu überspringen und ihn damit zu sprengen.

Wer heute die gewandelte Methodik der kommunistischen Welt, das Endziel zu erreichen, in ein Nachlassen der Bedrohung umdeutet oder diesen Wandel als tatsächliche Entspannung mißdeutet, hat den Blick für Tatsachen verloren, die allein Ausgangspunkt für militärpolitische Überlegungen sein dürfen.

Diese Tatsachen aber sprechen leider eine ganz andere Sprache, als man sie da und dort nicht nur bei uns in Deutschland, sondern auch bei unseren Freunden draußen zu hören bekommt.

Lassen Sie mich deshalb aus der langen Serie unbestreitbarer Fakten eine kleine und darum unvollständige Auswahl höchst aktueller Feststellungen treffen, um deutlich zu machen, wie unverändert das Damoklesschwert der Bedrohung über dem freien Teil unseres Kontinents hängt, und wie existenzgefährdend es wäre, bei den zweifellos notwendigen Bemühungen um Entspannung und Entkrampfung der Lage Illusionen nachzujagen und den Wunsch zum Vater des Gedankens zu machen.

Meine Damen und Herren, es ist erstens eine unbestreitbare Tatsache, daß seit Abschluß des Moskauer Beistandsvertrages vom Juni 1964 zwischen der UdSSR und der SBZ, der praktisch eine 20jährige Garantie der SBZ enthält, und seit dem Führungswechsel in Moskau die sowjetzonale Politik zur Verankerung eines dreigeteilten Deutschlands weltweit aktiviert wurde.

Die Propagandamaschine läuft auf Hochtouren. Offizielle Äußerungen des Kremls – ich erinnere an Gromyko – zeigen eine wesentliche Verhärtung des kommunistischen Standpunktes ohne jede Kompromißbereitschaft an. Wir stellen sogar eine Erweiterung der Aggressionsfront in

der Deutschlandfrage auch auf peripherem Raum – z. B. VAR mit arabischen Staaten und Indonesien – fest.

Es ist zweitens eine unbestreitbare Tatsache, daß die UdSSR ihre Rüstung auf allen Sektoren erheblich verstärkt.

Die kürzlich erfolgte Umorganisation der Führung mit der Schaffung von sleben neuen Ministerien auf wirtschaftlichem Gebiet zeigt das Bestreben, die Schwerindustrie noch mehr zentral zu steuern und vor allem die Rüstungstechnik zu fördern.

Besonders bei Forschung und Technik sind gewaltige Anstrengungen in steil steigender Kurve festzustellen, die den Zweck verfolgen, den Rüstungswettlauf für sich zu entscheiden.

Die Schwerpunkte liegen dabei im Ausbau eines effektiven ABM-Systems, das für die Abwehr selektiver strategischer Atomschläge ausreicht, und in der Ausnutzung des Vorsprunges für bewaffnete Satelliten.

Es ist drittens eine unbestreitbare Tatsache, daß das militärische Potential der Streitkräfte des Warschauer Paktes in den vergangenen zwei Jahren wesentlich verstärkt wurde durch Verbesserung der Ausbildung, durch Modernisierung von Waffen und Gerät, durch engere Zusammenarbeit der nicht integrierten nationalen Streitkräfte der Warschauer-Pakt-Staaten und durch wesentliche Erhöhung der Kapazität von Versorgung und Transport besonders in Ost-West-Richtung im polnischen Gebiet.

Besonders hervorzuheben ist die forcierte Modernisierung der Streitkräfte der SBZ, Polens, der Tschechoslowakei, die nunmehr vollwertige Kampfverbände sind, und vor allem auch die wesentliche Erhöhung der Verkehrs- und Transportkapazität.

Diese Tatsache ist von ungeheurer Bedeutung. Denn diese Verbesserungen sind so weit gediehen, daß ohne besondere Herabsetzung des militärischen Gesamtpotentials für Kriegshandlungen in Mitteleuropa einzelne sowjetische Großverbände hinter die Buglinie zurückgezogen werden könnten, da ihre schnelle und zum Teil auch verdeckte Rückführung im Bedarfsfall nunmehr jederzeit möglich ist.

Es ist viertens eine unbestreitbare Tatsache, daß jenseits des Eisernen Vorhangs bis in die Tiefe der westlichen sowjetischen Militärbezirke in hoher Bereitschaft etwa 100 Kampfdivisionen stehen, wovon etwa 80 in rund 20 Armeen und vier Fronten einschließlich taktischer Luftstreitkräfte mit etwa 2200 Angriffsflugzeugen und großer Übermacht an Marinestreitkräften in der Ostsee — darunter allein 60 Flugkörper, also Raketen, tragende Einheiten und über 100 Landungsfahrzeuge — in kürzester Frist zum Angriff aufmarschieren können.

Solche potentielle Operationen wären gestützt durch rund 400 Mittelstreckenraketen und interkontinentale Raketen mit doppelter Anzahl von Flugkörpern, die fast den gesamten europäischen Raum abdecken.

Diese gewaltigen Streitkräfte – rund zwei Millionen Mann – vorbereitet auf konventionellen und atomaren, bakteriologischen und chemischen

Einsatz, werden von einer einzigen Zentrale geführt, die die Weltrevolution nach wie vor auf ihre Fahnen geschrieben hat, deren autoritäre Regierungsform höchste Schnelligkeit, Vollständigkeit und Geheimhaltung garantiert. Ich ziehe daraus zunächst folgende Schlüsse:

Erstens. Selbst ein militärischer Laie wird begreifen, daß ein so gewaltiges militärisches Potential, das mit ungeheuerem finanziellem Aufwand nach modernstem Stand für einen Angriff ausgerüstet und ausgebildet wird, kein reines Verteidigungsinstrument ist.

Ich ziehe zweitens den Schluß: Dieser materielle Aufwand, der zwangsläufig den Lebensstandard der Völker der UdSSR drückt und belastet, wird vom Kreml bewußt und wider besseres Wissen als notwendig mit der Lüge begründet, die Bundesrepublik bereite einen Angriffskrieg vor. So absurd diese Zwecklüge auch sein mag für jeden, der zu denken in der Lage ist,

wir dürfen diese von Friedensschalmeien begleitete Propaganda nicht unterschätzen. Sie hält nicht nur die Völker des Ostblocks unter der Faust der Diktatur, sie nährt den Haß und nährt die Angst der Unwissenden hinter dem Eisernen Vorhang.

sie hat zur Folge, daß auch im Westen manchmal Stimmen laut werden, die den Eindruck vermitteln, als seien wir, die loyalsten und letzten Endes von der Existenz der NATO abhängigen Partner der Allianz, die Störenfriede und nicht jene, die offen bekennen, daß sie alles tun werden, um die Freiheit zu begraben.

Der Druck dieser hier nur kurz umrissenen latenten Bedrohung Mitteleuropas verstärkt sich erheblich, wenn kommunistische Kräfte durch periphere Befreiungskriege — die ja bekanntlich a u c h zum sogenannten Koexistenzprogramm der Sowjets gehören — NATO-Staaten mit überseelschen Verpflichtungen zu Kräfteminderungen in Westeuropa oder ihrer strategischen Reserven herausfordern.

Erlauben Sie mir, in diesem Zusammenhang und angesichts dieser Situation zwei Feststellungen zu treffen:

Die NATO hat sich — wie kaum ein Verteidigungsbündnis in der Geschichte der Völker — voll bewährt.

Wenn aber unsere militärische Sicherheit von heute ein Erfolg unserer Verteidigungsanstrengungen von gestern ist, müssen wir darauf bedacht sein, daß nicht ein Aufweichen unserer Verteidigung von heute zu einer militärischen Unsicherheit und Instabilität von morgen führt.

(Beifall)

Zweitens ist für die Bundesrepublik und damit für Westeuropa existenzentscheidend

daß die westliche Verteidigungspolitik das abschreckende Risiko für den Aggressor weiterhin glaubhaft erhält.

Jedes die militärischen Positionen in Mitteleuropa verschiebende Experiment würde die Sicherheit Westeuropas und damit den Frieden aufs höchste gefährden.

Seit Jahren reist – und sicher nicht ohne Wissen und Auftrag des Kremis – Polens Verteidigungsminister Rapacki durch die westlichen Lande, um für Pläne zu werben, mit deren Hilfe Moskau endlich seinem Traumziel.

der Aufweichung und Sprengung der NATO näherzukommen und der beginnenden Integration Westeuropas einen Riegel vorzuschieben höfft.

Die sowjetische Politik läßt nichts unversucht, immer wieder jene Disengagementpläne ins Spiel zu bringen.

die angeblich das militärische Gleichgewicht nicht verschieben.

die aber samt und sonders, bei genauer Prüfung eine Situation entstehen lassen würden, die eine glaubwürdige Abschreckung und eine wirksame Verteidigung praktisch ausschließen.

Aber auch bei uns und bei manchen europäischen Freunden angestellte Disengagementüberlegungen führen.

so schön sie klingen mögen und so sehr sie eine Störung des Gleichgewichtes zu umgehen trachten,

in ihrer heutigen Form praktisch zum Ende aller Sicherheit. Die Entwicklung der Waffentechnik hat sie überholt.

weitreichende Waffen geben der atomaren Erpressung Raum,

und nicht zuletzt die schon erwähnte Modernisierung der Warschauer-Pakt-Streitkräfte und die erhebliche Verbesserung ihrer Transport-kapazität würden in jedem Fall das militärische Verhältnis zugunsten des Ostens verändern.

Das militärische Kriegsbild verlangt zwingend präsente Streitkräfte am Eisernen Vorhang. Das durch den deutschen Verteidigungsbeitrag in der NATO ermöglichte Prinzip der Vorwärtsverteidigung ist und bleibt für uns die conditio sine qua non.

(Beifall)

Wir dürfen gerade auch im Hinblick auf Vorstellungen, wie sie z. B. Im letzten britischen Weißbuch entwickelt worden sind, keinen Zweifel daran lassen, daß echte Entspannung nur

ohne Risiko für die Sicherheit und nur

durch Beseitigung der Spannung im mitteleuropäischen Raum möglich ist.

Unsere Sicherheitspolitik muß deshalb auch künftig der Stärkung der NATO dienen, denn nur die Allianz kann unsere Freiheit garantieren. Alles, was die NATO stärkt, stärkt auch unsere Verteidigung und erhöht unsere Sicherheit.

Die zur Anpassung an die Erfordernisse der Gegenwart notwendige Weiterentwicklung der Allianz

muß die Effektivität glaubhafter Abschreckung vervollkommnen.

Die Erarbeitung einer dem atomaren Patt angepaßten strategischen Konzeption und Organisation der NATO, die der Strategie der Vorwärtsverteidigung entspricht, d. h., die Integrität der NATO-Gebiete mit allen angemessenen Mitteln sichert, ist deshalb nicht nur vordringlich, sondern muß im Interesse aller Partner der Allianz liegen.

Diese Spannungen sind die Spaltung Berlins, die Spaltung Deutschlands, die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts für die SBZ.

Meine Freunde, wir Christlichen Demokraten haben keinen Zweifel, daß in zäher Geduld die schwierigen Probleme gelöst werden,

nämlich die Atom- und Nichtatom-Mächte der Allianz in ein neues Partnerschaftsverhältnis zu bringen, das den Sicherheitsbedürfnissen und eine gemeinsame strategische Konzeption zu entwickeln, die der Bedrohung unserer Zeit gerecht werden.

Vor jeder Lösung wird aber die Prämisse stehen müssen, daß die Sicherheit Europas und damit der Frieden der Welt nur dann erhalten bleiben, wenn sich der Westen weiterhin um den höchsten Grad an militärischer und politischer Einheit bemüht.

Meine Freunde, lassen Sie mich aus dieser gerafften Darstellung der beiden Problemkreise Bedrohung und Sicherheit kurz in einigen Thesen die Prinzipien entwickeln, die für unsere Sicherheitspolitik auch in Zukunft zu gelten haben:

Erstens nämlich den weiteren Ausbau der deutsch-französischen Zusammenarbeit als Voraussetzung der Verteidigung Westeuropas,

(Lebhafter Beifall)

zweitens eine höchstmögliche Integration Westeuropas mit dem Ziel der politischen Vereinigung des freien Teils unseres Kontinents.

(Beifall)

drittens Befriedigung des Sicherheitsbedürfnisses der europäischen Nachbarn unter Übernahme größerer europäischer Verantwortung, besonders auch an Zielplanung und Einsatz strategischer und nuklearer Waffen.

viertens eine immer enger werdende politische und militärische Verklammerung Europas mit Amerika.

(Beifall)

Die deutsche Sicherheitspolitik wird diese Ziele mit Konsequenz und Entschlossenheit verfolgen.

Wie Sie wissen, meine Damen und Herren, wird dieser Tage die 12. deutsche Kampfdivision der NATO unterstellt. Damit geht die Aufstellung der Bundeswehr in ihr Endstadium.

Dies sollte gerade der CDU/CSU Anlaß sein, diese schwierige und bedeutsame Leistung unseres jungen Gemeinwesens besonders zu würdigen. Ohne Beeinträchtigung des volkswirtschaftlichen Gefüges wurde aus dem Nichts und gegen den leidenschaftlichen Widerstand der Sozialdemokratie in unserer Verantwortung ein Verteidigungsinstrument geschaffen, dessen militärischer Wert nicht bezweifelt und dessen großer politischer Effekt nicht bestritten werden kann.

(Lebhafter Beifali)

Ihre Bewaffnung und Ausrüstung, ihr Ausbildungsstand und ihr Geist entsprechen ihrem Auftrag.

Diese Armee ist längst zu einem in seinem Wert nicht zu unterschätzenden stabilisierenden Faktor der demokratischen Erneuerung unseres Volkes geworden.

Die nahtlose Einfügung in Staat und Gesellschaft ist voll gelungen, eine erstrangige gesellschaftspolitische Leistung!

(Beifall)

Von dieser Bundeswehr gehen ungezählte Impulse in viele Bereiche der Wirtschaft, der Technik, der Industrie, der Forschung und der staatsbürgerlichen Bildung.

Diese Bundeswehr verdient unser Vertrauen.

(Erneut lebhafter Beifall)

Daß bei dem durch das Ausmaß der Bedrohung bedingten raschen Aufbau der Streitkräfte bewußt auch Mängel und Provisorien mit in Kauf genommen werden mußten, ist klar. Es ging darum, möglichst rasch die Vorwärtsverteildigung am Eisernen Vorhang zu ermöglichen, um mit der Garantie der Sicherheit überhaupt erst die Voraussetzung für den Aufstieg unseres Gemeinwesens zu schaffen.

Meine Freunde, wenn diese Priorität auch heute noch in der innenpolitischen Auseinandersetzung von der Sozialdemokratie bestritten wird, so ist dies kennzeichnend für den Opportunismus unserer Opposition, die nicht in der Lage ist, unserer Verteidigungspolitik eine brauchbare Alternative entgegenzusetzen. Denn es gibt hier keine Alternative, die sinnvoll wäre. Daß im übrigen die psychologischen, die materiellen, die personellen, die legislativen und die politischen Anfangsschwierigkelten bei der Aufstellung der Bundeswehr

Schwierigkeiten, die sich zum Teil heute noch auswirken zumeist auf die "Ohne-mich"-Politik der Sozialdemokratie bis 1958 zurückzuführen sind, ist Tatsache.

(Lebhafter Beifall)

Manchmal scheint mir, daß sie die Geister, die sie damals rief, auch heute noch nicht losgeworden ist.

(Beifall)

Es fehlt auch bei diesem Punkt des Themas an Zeit, sich näher mit der sozialdemokratischen Parteipropaganda zu beschäftigen, die sich in zunehmender Verkrampfung verzweifelt bemüht,

an Stelle eines nicht vorhandenen klaren Programms nichtssagende Formulierungen zu setzen.

Meine Freunde, die Karlsruher SPD-Entschließung "Zur Lage in der Bundeswehr" entbehrt nicht parteitaktischer Raffinesse:

Die Diktion ist — zum einen — auf die Wahl abgestellt mit dem Zweck, der Wählermasse, die den wirklichen Sachverhalt kaum kennt, den Eindruck eines neuen, von der SPD erfundenen "Wehrprogramms" vorzugaukeln. In Wahrheit besteht es aus einer Mischung bereits von mir eingeführter Neuerungen, eingeleiteter Maßnahmen, fertiger Planungen für die Konsoldierungsphase und allgemeinen, von uns stets vertretenen Forderungen. Der Rest ist Utopie und Phrase.

(Beifall)

Zum anderen versucht die SPD, mit dieser Diktion ein staatspolitisch äußerst bedenkliches und die Sicherheit gefährdendes Ziel anzusteuern, nämlich die Untergrabung des Vertrauens der Armee in ihre Führung und in ihre Waffen.

Diese Tatsache ist als Beispiel dafür zu werten, daß die SPD im Wahljahr den Kampf um die Macht ohne Rücksicht auf die von ihr immer so sehr betonte Verantwortung für den Staat zu führen gewillt ist.

Lassen Sie mich abschließend – als Vergleich zum Katalog der Versprechungen, der Phrasen und der destruktiven Kritik der SPD – in aller Kürze unser Wollen und Planen entgegenstellen:

Trotz aller Schwierigkeiten konnten wir den Aufbau unserer Streitkräfte im großen abschließen und damit unsere vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der NATO einhalten.

Zugleich war damit die Möglichkeit gegeben, der Aufbau-Phase die Phase der Konsolidierung folgen zu lassen, die nach einer klaren, alle Bereiche umfassenden und festgelegten Planung das Ziel hat

vorhandene Mängel zu beheben.

Lücken zu schließen und

das Erreichte zu festigen.

Dieser 1963 von mir betohlene Abschnitt des Ausbaus der Streitkräfte umfaßt fünf Jahre und wird Ende 1967 die gesteckten Ziele erreicht haben. Das heißt: Der Ausbau der Bundeswehr wird systematisch so vorangetrieben, daß sie in ihrer militärischen Abwehrkraft, in ihrer geistigen Haltung und in ihrer materiellen modernsten Ausstattung den Anforderungen der Zukunft entspricht.

Es würde zu weit führen, hier die Fülle der langfristigen Vorhaben aufzuzählen, die dieser Konzeption zugrunde liegen. Sie reicht vom Katalog der Baumaßnahmen aller Bereiche bls zum Katalog fortschrittlicher so-

zialpolitischer Entscheidungen, von der ständig notwendigen Modernisierung der Waffensysteme bis zur Serie der Vorhaben auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung, von den Maßnahmen zur Verbesserung der Personalstruktur, Laufbahn, Fürsorge und Versorgung bis zum umfassenden, modernen Bildungs- und Erziehungsprogramm, vom Ausbau der Territorialverteidigung bis zu den notwendigen Gesetzgebungsvorhaben, um nur einiges aus der klaren Konzeption anzuführen, mit der der zielsichere und vorausschauende Wille der politischen Führung in enger Zusammenarbeit mit der militärischen Führungsspitze in dieser Phase der Konsolidierung die Streitkräfte formt.

Ich mache aber, gerade hier an dieser Stelle, kein Hehl daraus: Die Realisierung dieses großen Programms setzt voraus, daß die gesellschaftliche Konsolidierung in der Bundesrepublik jenen Grad erreicht, der der Bundeswehr den geistig-seelischen Rückhalt und damit zusammenhängend die ausreichende Zahl gut veranlagter Offiziere und Unteroffiziere gibt.

Sie setzt auch voraus, daß die zu diesen Vorhaben notwendigen Haushaltsmittel zur Verfügung stehen, ohne daß allerdings Währung und Wirtschaft gefährdet werden dürfen. Man muß sich darüber klar sein, daß die Unterhaltung und ständige Modernisierung der Armee nicht etwa billiger sein wird als ihre Aufstellung.

Wenn ich trotzdem in diesem Jahr einer Kürzung des Wehretats zugestimmt habe, so tat ich dies nach reiflicher Überlegung, um den Gesamthaushalt nicht zu gefährden. Auch und gerade der Bundesverteidigungsminister muß sich dem Ganzen verantwortlich wissen. Die Gründe, die diesen schweren Entschluß ermöglichten, sind bekannt. Ich lasse aber keinen Zweifel daran, daß die Sicherheit der Bundesrepublik und Ihr Gewicht in der Allianz künftig auch höchste finanzielle Anstrengungen bedingen.

Meine Damen und Herren! Mit diesen Voraussetzungen sind in erster Linie auch die Christlich Demokratische und Christlich Soziale Union angesprochen. Wern es auch die SPD vergessen lassen will: Unser Volk verdankt in erster Linie den Unionsparteien die Sicherheit, in der es heute lebt.

(Beifali)

Dank der Umsicht und dem Verantwortungsbewußtsein unserer Unionsparteien steht heute die Bundeswehr und sichert den Frieden unserer Heimat. Die große Leistung, die beim Aufbau unserer Streitkräfte vollbracht wurde, ist nicht nur an ihrem militärischen Effekt, sondern vor allem auch an ihrem politischen Wert zu messen. Diese Leistung verdient den Respekt aller; denn allen verbunden und verpflichtet steht die Bundeswehr mitten in unserem Volk!

(Beifall)

Nun aber kommt es darauf an, mit gleicher Energie und Entschlossenheit diese Leistung fortzuführen und zu vollenden.

Wir alle sind aufgerufen, dafür zu sorgen, daß der sichere Weg in die Zukunft nicht verlassen wird, denn jeder andere Weg führt über Illusionen zum bitteren Ende unserer Freiheit!

(Starker Beifall)

Präsident Dr. Krone: Auch ihnen, verehrter, lieber Herr von Hassel, verbindlichen und herzlichen Dank für ihren Aufriß über die deutsche Sicherheits-Politik. Aus Ihren Ausführungen greife ich einen Satz heraus, als Sie dem deutschen Soldaten Anerkennung und Dank zollten für die deutsche Sicherheit. Diesem Satz schließen sich dieser Arbeitskreis und der ganze Parteitag voll inhaltlich an.

(Beifall)

Ich bitte jetzt unseren Freund Prof. Dr. Hallstein zu seinem Referat.

Dienstag, den 30. März 1965

Arbeitskreis I

Deutschland, Europa und die Welt

Aufgaben der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik

Referat Prof. Dr. Walter Hallstein Präsident der Kommission der EWG

Professor Dr. Hallstein:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich habe die dankbare Aufgabe, über die deutsche Europapolitik zu berichten. Ich sage dankbar, denn die Geschichte dieser Politik ist die Geschichte eines großen Erfolges, eines aktiven und konstruktiven Beitrages der deutschen Politik zu dem wahrscheinlich größten Erfolg, den nach dem Zweiten Weltkrieg die Politik der freien Welt zu verzeichnen hat.

Es geht um die Einigung Europas. Von dieser Einigung Europas nähert sich die erste Hälfte, die sogenannte wirtschaftliche Integration, mit einer außerordentlichen Geschwindigkeit ihrer Vollendung. Die zweite Hälfte, die gern "politische Union" genannt wird, läßt noch auf sich warten.

Was hat diese wirtschaftliche Integration den Deutschen gebracht? Die Frage ist nicht uneuropäisch, die Frage ist legitim. Der Vertrag von Rom selbst verlangt einen "ausgewogenen" Erfolg der wirtschaftlichen Integration, das heißt einen Erfolg, der gleichmäßig auf die Mitglieder verteilt ist. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ist für alle da, und das politische Leitbild des vereinigten Europa ist das Leitbild eines Bundesstaates, in dem die Persönlichkeiten der darin verbundenen Staaten weiterleben.

Die Antwort auf diese Frage lautet, daß seit 1958 die Bundesrepublik sich im Zeichen einer permanenten Hochkonjunktur befindet, die beispiellos

in der Wirtschaftsgeschichte ist. Und noch ist kein Ende dieser Konjunktur abzusehen. Diese Feststellung will ich mit ein paar knappen Hinweisen illustrieren:

- 1. Das Problem der Vollbeschäftigung ist gelöst. Während wir 1958 noch ³/₄ Million Erwerbslose hatten, haben wir heute nur noch so viel 1 Prozent der Arbeitnehmer —, wie strukturell wie man zu sagen pflegt in jeder Wirtschaft und in jedem sozialen Land vorhanden zu sein pflegen. Und dem steht das Dreieinhalbfache von offenen Stellen gegenüber; eine Situation, deren wir nur deshalb leidlich Herr werden können, weil die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft uns zugleich die Möglichkeit europäischer Binnenwanderungen von Arbeitnehmern beschert.
- 2. Der Handel! Der deutsche Außenhandel mit den Mitgliedsstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist seit 1958 um 134 Prozent gestiegen. Das ist eine Zahl, die kein Vorbild in der Wirtschaftsgeschichte hat. Die Ausfuhren haben 1964 23,6 Milliarden betragen und haben mehr als ½ der deutschen Ausfuhren ausgemacht. Was heißt das? Das heißt, daß ein Drittel der deutschen Ausfuhren auf einen sicheren Markt stößt. Gewiß, es ist viel geschehen und geschieht immer mehr, um den ganzen Weltmarkt leidlich sicher zu machen. Wie relativ diese Sicherheit aber ist, wie leicht diese Sicherheit gerade in dem Augenblick versagt, in dem man sie am meisten braucht, das haben uns jüngst die massiven britischen Zollerhöhungen gezeigt; ich kritisiere sie jetzt nicht, ich stelle nur fest, daß in einem Augenblick, in dem ein Land, das am Welthandel tell hat, in erhebliche Schwierigkeiten gerät, es die Sicherheit für die anderen beseitigte, die in dem Welthandelssystem an sich angelegt ist.

Wir haben innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eine Situation gehabt, die damit vergleichbar ist, als im vorigen Jahr die ersten ernsthaften konjunkturellen Gefährdungen, vor allem in Italien und in Frankreich, auftraten. Sie wissen, daß die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft — und es ist das Verdienst unseres Freundes, des deutschen Bundeswirtschaftsministers Schmücker, das veranlaßt zu haben — geschlossen reagiert hat durch Empfehlungen an die gefährdeten Mitgliedsstaaten. Diese Empfehlungen sind befolgt worden, und wir sind mit dem Erfolg zufrieden. Dabei hat keiner der gefährdeten Mitgliedsstaaten individuelle Maßnahmen getroffen auf Kosten der Solidarität und der Einheit der EWG. Es hätte nahegelegen, auch den Handel mit den EWG-Mitgliedsländern abzuschneiden. Keine Einschränkungen dieser Art sind durchgeführt worden, obwohl das bedeutete, daß diese Länder vorübergehend Wachstumsverluste in Kauf nehmen mußten.

Das alles bedeutet nicht nur Unternehmergewinn, das alles bedeutet auch sichere Arbeitsplätze. Sicherheit des Marktes ist Sicherheit des Arbeitsplatzes.

Mehr noch, unter dieser Steigerung des Handels mit den Mitgliedsländern hat der Handel mit den Nichtmitgliedsländern nicht gelitten. Die deutsche Ausfuhr in die Nichtmitgliedsländer ist seit der Entstehung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft um 76 Prozent gestiegen. Das ist erheblich mehr, als der Welthandel insgesamt gestiegen ist; er ist nur um 44 Prozent gestiegen. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft nützt wirklich allen, nicht nur ihren Mitgliedern. Sogar der Agrarhandel hat an diesem Aufschwung teil.

- 3. Im Wirtschaftswachstum steht in diesen Jahren des Bestehens der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die Bundesrepublik mit Italien, wo aber der Ausgangspunkt niedriger lag, an der Spitze der Gemeinschaft. Wir verzeichnen einen Zuwachs des realen Bruttosozialproduktes von 40 Prozent, der Industrieproduktion von 48 Prozent, und wir haben Anhaltspunkte denn diese Dinge sind nicht meßbar für die Stelgerung des Lebensstandards im realen privaten Verbrauch je Einwohner, der um 29 Prozent gestiegen ist, und er hat trotzdem noch Raum gelassen für eine Stelgerung der Ersparnisse um 75 Prozent.
- 4. Die Stabilität der Preisel Ich gehe gern auf dieses Thema ein, denn es ist ein beliebtes Thema, wenn man über die Wirkungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft spricht. Gelegentlich wird die Befürchtung ausgesprochen, daß dieses Thema nicht ernst genommen würde. Das böse Wort von der "Inflationsgemeinschaft" ist gefallen. Was ist die Wahrheit?

Man lese den letzten Jahresbericht der Deutschen Bundesbank, und man wird darin die erneute Feststellung finden, daß es 1964 so gut wie keine importierte Inflation gegeben hat. Wenn eine Importiert gewesen ist, ist sie nicht aus der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft importiert. Heute ist die Lage so sehr umgekehrt, daß die anderen Grund hätten, die Frage des Exports der Inflation aus der Bundesrepublik in ihre Länder zu stellen.

Wie ist das erreicht worden? Durch den natürlichen Fortschritt der Produktivität, durch jene Steigerung des Handels, von der Ich eben sprach, die zugleich Steigerung des Wettbewerbs und damit Niederhaltung der Preise bedeutet, und schließlich durch eine bewußte Konjunkturpolitik, die nunmehr anfängt, in die Hände der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft überzugehen. Die Ansätze dafür im Vertrag von Rom sind schmal und es verdient alle Bewunderung, was die Organe der Gemeinschaft aus diesen Ansätzen gemacht haben. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ist in dieser Frage den bewährten Grundsätzen gefolgt, die seit dem Wirken des ersten deutschen Bundeswirtschaftsministers Ludwig Erhard zu dem eisernen Bestand der deutschen Wirtschaftspolitik gehören: Preisstabilität und liberale Einfuhrpolitik.

(Belfall)

Diese Stabilität ist nicht nur an sich bedeutsam als eine Sicherung innerhalb des EWG-Raums. Da die EWG die größte Handelsmacht der Erde ist, ist die Stabilität innerhalb der EWG ein Faktor, der einen starken, stützenden und beruhigenden Einfluß auf die gesamte Weltkonjunktur ausübt, und das ist eine große Sache.

Ich breche hier ab mit den statistisch nachweisbaren Erfolgen, die die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft wirtschaftlich hervorgerufen hat; denn wir sind nicht ein wirtschaftlicher Kongreß, sondern eine politische Tagung. Ich sage nur mit einem Wort, daß unmeßbare weitere Vorteile erkennbar werden, vor allen Dingen im sozialen Bereich, aber auch bis in den kulturellen Bereich hinein.

Ich schließe ab, ohne mich lange aufzuhalten mit der Frage, die einigen theoretischen Nationalökonomen Sorge macht: ob die Ursächlichkeit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für diese gute Lage theoretisch vollkommen beweisbar ist. Vielleicht ist sie es nicht; denn wirtschaftliche Vorgänge sind außerordentlich komplex, eine Vielfalt von Motiven und Ursachen — auch psychologische Ursachen, die schwer erfaßbar sind — trägt dazu bei. Aber so schwer das vielleicht theoretisch beweisbar ist, so leicht ist es praktisch einzusehen.

Es ist heute unbestritten und es kann mit Sicherheit gesagt werden, daß die europäische Integration für diese Entwicklung des Wohlstandes in der Bundesrepublik seit 1958 ursächlich ist; denn seit diesem Jahr hat die Wirtschaft in der Bundesrepublik unter den Bedingungen des Gemeinsamen Marktes – und unter keinen anderen – gelebt und hat unter ihnen diesen unvorstellbaren Aufschwung erlebt, einen Aufschwung, den andere nicht erlebt haben, die unter anderen Bedingungen gearbeitet haben. Warum sonst wären wir wohl Gegenstand von so vielen Anträgen auf Beitritt, auf Assoziation, auf Abschluß von Handelsverträgen gewesen und warum wären wir es noch? Warum sonst hätten wir mit einem Kapitalzufluß in die Bundesrepublik und in die Gemeinschaft überhaupt von außerhalb zu tun, der so groß ist, daß er ein Problem geworden ist.

Es ist keln Wunder, daß es heute infolgedessen in der Bundesrepublik keine offenen Gegner dieser Politik der wirtschaftlichen Integration mehr gibt, wenn auch viele von denen, die sich dazu bekennen, das nur als ein Lippenbekenntnis tun. Noch interessanter ist, daß sogar die Gegner dieser Unternehmung sozusagen "unter Grund" gehen. Sie tarnen sich europäisch, ihre Kritik beginnt mit den Worten: "Das, was hier geschieht, ist nicht europäisch genug."

Wie ist dieses ganze Ergebnis herbeigeführt worden? Das ist die zweite Frage, die ich mir stellen möchte, und ich stelle sie deshalb, weil sie unmittelbar hineinführt in das, was hier und heute der wichtigere Gesprächsgegenstand ist, nämlich in die politische Substanz dieses ganzen Vorganges. Sie wissen, im Zentrum der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft steht die Idee des Gemeinsamen Marktes, eines Marktes, der sich aus den Märkten von sechs Mitgliedsländern zusammensetzt und in dem Bedingungen herrschen, die denen eines nationalen Binnen-

marktes so nahe kommen, wie das eben möglich ist, wenn die Staaten getrennt bleiben. Das erreicht man durch eine Zollunion, die vollständige Abschaffung der Zölle im Innern, die notwendig einen gemeinsamen Außenzoll hervorruft.

Aber man sieht sofort, daß in modernen Wirtschaftsordnungen das nicht genügt, um die Verschmelzung der Märkte, die man will, herbeizuführen, wenn man auch Umgehungen ausschließen will. Der moderne Staat hat so viele Möglichkeiten, auf die Bedingungen des Wirtschaftslebens einzuwirken, daß er sehr leicht den Verlust der Zölle, der ihm durch die Zollunion zugefügt wird, durch alle möglichen anderen Mittel wettmachen kann: durch diskriminierende Verkehrstarife, durch währungspolitische Manöver, durch die Begünstigung von Kartellen und ähnliches. Hier haben wir also einzugreifen, und es gibt nur ein Mittel, einzugreifen – und damit betreten wir das strikt politische Gebiet – dadurch, daß wir diese Wirtschaftspolitiken, die dem Staat Möglichkeiten der Rückgängigmachung der Integration gewähren, unter gemeinsame Disziplin nehmen.

Dazu kommt ein zweiter Grund: Es gibt Gebiete, in denen keine Marktwirtschaft herrscht, auch bei uns, die dirigistisch verfaßt sind — wenn Sie mir dieses Wort nicht übelnehmen —, wo Staatseingriffe die Marktbedingungen bestimmen, zum Beispiel die Verkehrswirtschaft und vor allem natürlich die Agrarwirtschaft. Auch hier gibt es nur ein Mittel, um die Wirkungen des Binnenmarktes zu erzeugen: alle diese Politiken zusammenzufassen. Das tut der Vertrag. Und dabei stellt sich eine merkwürdige Notwendigkeit heraus, die wir meinen, wenn wir davon sprechen, daß diese Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ein dynamisches Wesen ist. Es stellt sich eine Kettenreaktion heraus. In dem Augenblick, in dem Ich beginne, ein Stück der Wirtschaftspolitik, das für den Integrationseffekt besonders gefährlich ist, zusammenzufassen, bin ich unabweisbar genötigt, Stück für Stück die gesamte Wirtschaftspolitik in diese gemeinschaftliche Disziplin hineinzuziehen.

Das haben wir erlebt. Wir haben gemeinsame Agrarpreise — zunächst für Getreide — geschaffen. Damit sie wirklich gemeinsam sind, haben wir sie in Währungseinheiten ausdrücken müssen, also nicht in den verschiedenen nationalen Währungen. Damit haben wir einen wichtigen Schritt in die Währungsunion hinein getan. Eine Währungsunion besteht nämlich zu einem wesentlichen Teil in der Unmöglichkeit, die Wechselkurse zwischen den verschiedenen Währungen zu ändern. Das führt an die Budgetpolitik heran. In der Tat haben wir für die Konfrontation der Budgetpolitik bereits organisatorische Vorkehrungen getroffen.

Damit sind wir in der Steuerpolitik. Gestern und heute haben zum ersten Mal die Finanzminister der sechs Länder im Rahmen des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft getagt, um über eine Vereinheitlichung der Umsatzsteuer zu sprechen. Damit ist eine Praxis formalisiert, deren Entstehung wir einem deutschen Finanzminister, unserem Freund

Etzel, verdanken, der die regelmäßigen Zusammenkünfte der Finanzminister herbeigeführt hat, auch eine jener Weiterwirkungen der europäischen Integration,

(Beifall)

damit die Herren sich über Angelegenheiten ihrer gemeinsamen Verantwortung, die sogar außerhalb des strikten Rahmens des Vertrages liegen, einig werden.

Schließlich haben wir für die Einrichtung einer gemeinschaftlichen mittelfristigen Wirtschaftspolitik das Notwendige getan durch den Aufbau einer Organisation, in der ein wichtiges Stück unter die Leitung des deutschen Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium, Langer, gestellt worden ist.

Das alles sind keine theoretischen Konstruktionen, sondern das ist lebendige Realität, und zwar eine Realität, die in diesen Monaten in einen neuen, starken Fluß gekommen ist, dank einer — wie wir zugeben müssen, — schwierigen, mit großem Mut und mit großer Entschlossenheit getroffene Entscheidung der Bundesregierung, nämlich Ihrer Zustimmung zur Vereinheitlichung der Getreidepreise. Diese Zustimmung, die am 15. Dezember erreicht worden ist, hat den gesamten Vorgang der europäischen Integration einen neuen, starken Elan gegeben. Wer will also bestreiten, daß diese sogenannte wirtschaftliche Integration ein politischer Vorgang ist?

Aber ich gehe noch weiter, und das ist meine dritte These: Alle diese politischen Wirkungen sind nicht etwa Nebenprodukte eines an sich wirtschaftlichen Vorgangs. Diese politischen Wirkungen machen den eigentlichen Sinn der Unternehmung aus. Und damit bin ich beim politischen Kern unseres Problems. Er wird am klarsten, wenn wir nun einen Augenblick die Motive bloßlegen, aus denen die Mitgliedsstaaten der Europälschen Wirtschaftsgemeinschaft sich einmal zu dieser Integration entschlossen haben.

Ich beginne mit den Motiven, die im Verhältnis zur Umwelt Europas begründet sind: die europäische Welt ist immer noch durch politische Kräfte bedroht, deren Ziel nichts anderes ist als die Zerstörung der europäischen Lebensform. Diese Kräfte sind stark und werden immer stärker. Lassen wir uns nicht täuschen durch gewisse Lockerungserschelnungen, die wir im Satellitensystem der Sowjetunion feststellen und die von eilfertigen politischen Wissenschaftlern ausgedeutet werden als ein Polyzentrismus, der angeblich das Weltbild zurückverwandelt in das Weltbild einer Vielzahl souveräner Staaten. Das ist ein sehr gefährlicher Irrtum. Es ist richtig, daß die Zügel gelockert werden. Aber die Zügel bleiben.

Die Mittel, die diesen Kräften zur Verfügung stehen, sind: militärische Gewalt, politisch das Mittel der Subversion und auch wirtschaftliche Mittel. Dem muß die Verteidigung Europas entsprechend durch ein höchst geschlossenes militärisches Allianzsystem, über das wir soeben das Not-

wendige gehört haben, durch eine starke politische Moral, die zu den größten Aufgaben dieser Partei gehört, und durch die größte erreichbare wirtschaftliche Kraft.

Aber auch im Verhältnis zur befreundeten Umwelt und zur atlantischen Umwelt sind wir einer Herausforderung ausgesetzt, die wirtschaftlich und politisch ist. Wenn ich sie auf eine einfache Formel bringen soll und mit ihr das Verhältnis zu unserer größten Schutzmacht kennzelchnen soll, so sind wir im Übergang von einer Zeit, in der dieses Europa unter amerikanischer Obhut stand, wir sind mitten in einer Phase des Dialogs zwischen Europa und Amerika, und wir steuern auf eine atlantische Partnerschaft zu. Mit anderen Worten: die Phase der Barmherzigkeit, politisch gesprochen die Phase, in der dieses Europa Objekt einer wohlmeinenden fremden Politik gewesen ist, ist vorüber. Der Dialog ist im vollen Gange. Seine stärkste Form hat er in der sogenannten Kennedy-Runde in Genf gefunden, in der über einen in der Wirtschaftsgeschichte noch nicht dagewesenen Abbau von Handelsschranken verhandelt wird. Und an die Stelle eines Objektverhältnisses ist das Gespräch zwischen Gleichen, der Wettbewerb zwischen Gleichen getreten.

Es führt eine gerade Linie von der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu jener genialen Formel der Partnerschaft, die von dem Präsidenten Kennedy geprägt worden ist. Diese Formel hat den eminenten Vorzug, daß sie zwei politische Ziele, die für die deutsche Politik unabweisbar sind, miteinander aussöhnt und in ein widerspruchsfreies Verhältnis zueinander bringt.

Das eine ist die europäische Einigung, und das andere ist die atlantische Gemeinsamkeit. Die Formel von der atlantischen Partnerschaft leistet dies, indem sie die europäische Einigung, weit entfernt davon, in ihr eine Alternative zur atlantischen Gemeinsamkeit zu sehen, zur Bedingung der Partnerschaft macht; denn Partnerschaft ist ein Zusammenwirken zwischen den beiden großen Mächten des atlantischen Raums, den Vereinigten Staaten von Amerika und dem sich neu zu politischer Einheit formierenden Europa.

Nicht minder politisch, meine Damen und Herren, sind sodann die Ursachen und die Bewegungen, die In Europa selbst das Geschehen in der Richtung auf politische Einheit bestimmt haben. Schon seit dem Ende des Ersten Weltkrieges haben wir das Außerkrafttreten eines politischen Mechanismus beobachtet, der bis dahin das europäische Zusammenleben bestimmt hat und den man kurz das "europäische System" genannt hat. Das heißt eine Ordnung, in der Europa aufgetellt war in eine Vielzahl von mehr oder weniger gleichgewichtigen Staaten, die sehr scharf voneinander abgegrenzt waren, von denen jeder die volle Verfügung über seine Politik und über das in ihm eingeschriebene Potential, das militärische, diplomatische, wirtschaftliche, politische, besaß, ein System also, das gekennzelchnet war durch eine Vielzahl von europäischen souveränen Staaten – um dieses Wort nicht preziös zu vermeiden.

Dieses System war gesteuert durch das sogenannte Konzert der Großmächte und mit großem Geschick durch die britische Diplomatie mit wechselnder Unterstützung des einen oder anderen. Es gab also ein Gleichgewicht. Aber dieses Gleichgewicht war labil, und die Erfahrung lehrte, daß im Funktionieren dieses Gleichgewichts alles abhing vom deutsch-französischen Verhältnis.

Es ist das System des 19. Jahrhunderts, und sein größter, nie wieder erreichter Melster war Bismarck.

Nun, diese Ordnung — wir haben diesem Vorgang belgewohnt — hat ihre Gültigkeit verloren, weil sie die einzige Prüfung nicht bestanden hat, die im 20. Jahrhundert wahrhaft verbindlich ist. Sie hat sich als unfähig erwiesen, zwei Weltkriege zu vermeiden. Sie hat sich als unfähig erwiesen, den Frieden zu bewahren. Und deshalb ist das europäische Konzert verstummt.

Das Verdienst der Tat, aus dieser Erkenntnis die Folgerungen gezogen zu haben, gebührt in erster Linie der französischen und der deutschen Politik und ist geschichtlich für immer geknüpft an die Namen Robert Schumann und Konrad Adenauer.

(Starker Beifall)

Sie haben die Folgerungen gezogen aus jenen veränderten Bedingungen, aus jenem Aufhören des Gleichgewichtsspiels. Sie haben es auch formal außer Kraft gesetzt. Sie haben den großen Entschluß gefaßt, das europäische Gleichgewicht — wenn Sie dem Juristen diesen Ausdruck erlauben — in gesamthänderische Verwaltung der Europäer zu nehmen. Das ist die elementarste politische Formel, die über den politischen Sinn dieses Unternehmens ausgesprochen werden kann.

Die letzte Rechtfertigung für dieses ganze Tun, eine Rechtfertigung, die stark verdunkelt wird durch vordergründige wirtschaftliche und sozial-politische Räsonnements, ist, daß diese Ordnung dem Frieden dient. Sie dient dem Frieden, indem sie in Europa Kriege nicht nur verbietet, sondern indem sie innerhalb dieser Gemeinschaft Kriege unmöglich macht, sie unmöglich macht, indem sie die Einzelstaaten der Verfügung über ihr Individuelles Rüstungspotential beraubt, indem sie dieses Potential denkbarer Kriege in gemeinschaftliche Verwaltung gibt.

Schließlich: die individuellen Motive der deutschen Politik! Ich brauche zu der Ausgangsiehre nicht viel zu sagen. Der Herr Bundesaußenminister hat darüber vorhin wirkungsvoll gesprochen. Es ist eine Lage, die heute für uns von einem Schleier des Vergessens gnädig verdeckt ist. Aber es lohnt sich, und es ist notwendig, wenn man den Sinn der europäischen Einigung verstehen will, sie sich doch kurz ins Gedächtnis zurückzurufen.

Wir waren politisch im Innern am Nullpunkt staatlicher Ordnung angelangt. Alles war neu aufzubauen. Wir waren Objekt fremder Herrschaft. An der Stelle einer Verfassung stand ein Besatzungsstatut. Und die Notwendigkeit, die Einheit der Nation nach außen zur Geltung zu bringen,

stieß sich an einer Barriere von Eis, die abzuschmelzen war. Dennoch wurde die gigantische Aufgabe unternommen, Deutschland in die Gesellschaft der Welt wieder einzuführen.

Aber diese Welt war geteilt. Es ist dieselbe tief einschneidende Teilung, die heute noch die weltpolitische Lage bestimmt wie kein anderer Vorgang. Und mehr noch: die Grenze zwischen diesen beiden geteilten Welten, der Welt der Freiheit und der Welt der Unfreiheit, lief mitten durch Deutschland.

Theoretisch bot diese Lage drei Alternativen an:

Die erste Möglichkeit war die, sich neutral zu verhalten. Das würde heißen: neutralistisch, wertfrei zwischen diesen Lagern, und würde innerpolitisch gesehen heißen: die Notwendigkeit einer nationalen, rein nationalen deutschen Ideologie. Das war rein utopisch angesichts der Kräftelage.

Die zweite Möglichkeit war, für den Osten zu optieren. Das hätte zwar die Wiedervereinigung gebracht, aber eine Wiedervereinigung in Unfreiheit. Und die will niemand, weder hier noch in der sowjetisch besetzten Zone.

(Beifall)

Die dritte Möglichkeit war die Option für die freie Welt, für jene Welt, der wir mit unseren tiefsten Überzeugungen verbunden sind.

Aber hier stellte sich eine weitere Wahl, wie oft übersehen wird: ob man hier ein individuelles, direktes Ausschließlichkeitsverhältnis mit den Vereinigten Staaten herstellen sollte, von denen alles abhing, der größten Weltmacht, dem wahren Sieger des Zweiten Weltkrieges, oder ein europäisches Konzept.

Das zweite haben wir gewählt. Das war eine bewußte Wahl. Das war nicht ein Naturereignis. Wir haben es gewählt, weil es erlaubte, zugleich das deutsch-französische Verhältnis zu lösen, das die Kernfrage aller europäischen Einigung ist. Wir haben es aber auch getan, weil es erlaubte, das, was am deutschen Nationalgefühl durch das Dritte Reich nicht verdorben war, hineinzuretten in eine europäische Ordnung. Denn die europäische Ordnung, die Gemeinschaftsordnung, die wir anstreben und die wir zu einem wesentlichen Teil bereits realisiert haben, ist nicht eine Ordnung, die die Nationen liquidiert, die sie einschmilzt in einem "Stromlinien-Europa", ist nicht der Ersatz eines Nationalgefühls im traditionellen Sinn des Wortes durch ein europäisches, sondern ist vielmehr eine Reinigung, eine Veredelung des Nationalgefühls, eln Nationalgefühl, das uns hinführt zu einem gesitteten Zusammenleben mit denen, die uns am nächsten sind, ein Zusammenleben im friedlichen Wettstreit.

Auch hier ist die Frage notwendig, auch hier ist die Frage erlaubt: Hat sich diese Option gelohnt? Auch hier wie bei der wirtschaftlichen Überlegung ist die Antwort ein klares und uneingeschränktes Ja. Ich will das

mit ein paar kurzen Hinweisen auf die repräsentativsten Probleme dartun, die mit Hilfe der europäischen Formel gelöst worden sind.

Das sogenannte Ruhr-Problem zuerst! Sie erinnern sich, daß nach dem totalen Zusammenbruch drakonische Beschränkungen in Gestalt des Ruhrstatutes auf der schwerindustriellen Produktion der Bundesrepublik lagen. Es war eine törichte, primitive Niederhaltepolitik. Aber es war eine Politik, die da war. Sie war real. Sie konnte nicht vermieden werden. Sofort nach der Unterzeichnung des Statuts, schon im Jahre 1949, erklärte indessen Konrad Adenauer, daß dieses Abkommen, das Ruhrstatut, nur dann eine Zukunft habe, wenn es verstanden werden dürfe als die Vorstufe zu einer europäischen Föderation.

Wie notwendig eine solche Erklärung war, meine Damen und Herren, ergibt sich aus der Tatsache, daß noch in der berühmten Erklärung Robert Schumans vom 9. Mai 1950, von der wir die wirtschaftliche Integration Europas datieren, ein Vorbehalt zugunsten des Ruhrstatuts gemacht worden war. Es beweist die verwandelnde Kraft des europäischen Konzepts, daß diese These nicht bis zum Ende der Verhandlungen über die Montanunion durchgehalten werden konnte. Die innere Logik des Gemeinschaftsgedankens war stärker als diese arbiträre Einschränkung und Diskriminierung eines der Partner.

Zweitens: die Wiedervereinigung der Souveränität. Ich lasse wieder Konrad Adenauer sprechen — bei der Vorstellung seines ersten Kabinetts im September 1949 —:

Wir werden das Unsrige dazu tun – sagte er –, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß es die Alliierten ermöglichen, das Besatzungsstatut in einer großzügigen und maßvollen Weise anzuwenden und

- noch einmal -

das Ruhrstatut durch eine europäische Föderation wirtschaftlich und politisch zu überwinden.

Drittens: die Wiederbewaffnung der Deutschen. Es gibt nun einmal keine wahre Souveränität für ein Volk ohne eigene Verantwortung oder Mitverantwortung für die Sicherheit der Nation. Es kann überhaupt kein Zweifel darüber sein, daß die Lösung des Problems, so wie wir sie gefunden haben, unmöglich gewesen wäre, wenn sie nicht durch die Stadien einer europäischen Lösung, eines europäischen Lösungsversuchs hindurchgegangen wäre.

Das gleiche ist wahr viertens — und das soll mein letztes Beispiel sein — für die Rückkehr der Saar. Niemals hätten wir sie so erreicht und so früh erreicht, wie wir sie erreicht haben, wenn nicht auch hier der Versuch einer europäischen Lösung vorangegangen wäre, ein Versuch, der das Problem objektiviert hat, der die psychologischen Voraussetzungen dafür geschaffen hat, daß es eine deutsch-französische gemeinsame Basis des Denkens und des Bewertens, des Wollens in dieser Frage gab, die dann die erfolgreiche Verhandlung ermöglichte.

Mein viertes Thema ist — und Ich nähere mich dem Ende — das, was man "Politische Union" nennt. Alle Politik ist eine Einheit. Es ist schon gesagt worden, daß man nicht die Handelspolitik der Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ersetzen kann durch eine Handelspolitik dieser Gemeinschaft, ohne daß das ein Stück Vergemeinschaftung der Außenpolitik bedeutet.

Die Schaffung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist also die Schaffung einer sicheren Bedingung für die Hervorbringung auch des Restes. Für diesen Rest bleiben wir, die in der sogenannten wirtschaftlichen Integration arbeiten, das Wort "Politische Union" nicht sehr, well es mißverständlich ist, well es den Eindruck erweckt, als ob bisher auf dem Gebiete der politischen Einigung nichts geschehen sei, während wir haben feststellen können, daß alles, was an dem Geschehen der wirtschaftlichen Integration wesentlich ist, politisch ist, daß sie die Zusammenfassung von Politiken ist, daß sie die Grundform einer europäischen Verfassung ist. Was ist das anderes: der Ministerrat, die Kommission, das Europäische Parlament, ein Europäischer Gerichtshof? Das ist eine rudimentäre europäische Verfassung, deshalb, weil wir im Übergang sind. Sie ist unterentwickelt, unvollständig, unvollendet. Aber es ist eine politische Verfassung.

Worum es sich also in Wahrheit handelt und was durch diesen Titel "Politische Union" schlecht ausgedrückt wird, sind zwei Dinge: einmal die Ausdehnung der Gegenstände der Vereinigung, der Vergemeinschaftung über die Wintschaftspolitik und die Sozialpolitik hinaus auf die Außenpolitik, von der ein Teil, die Handelspolitik, schon vom Vertrag von Rom gedeckt ist, und die Verteidigungspolitik, vielleicht auch die Kulturpolitik, obwohl da die geschworenen Föderalisten ihre Bedenken haben werden. Das ist das eine.

Mit Recht ist gesagt worden, das sei ein Thema auf lange Sicht, und was jetzt zur Diskussion steht, ist eine Vorbereitung darauf, aber noch nicht der echte Schritt hinein in dieses zweite Buch der europäischen Einigung, nämlich der Einigung aller der Politiken, die unser Verhältnis zur Umwelt betreffen. Das zweite, was man meint mit dem Wort "Politische Union", ist dann eine Verbesserung der europäischen Verfassung. Nun, sie vollzieht sich unter unseren Augen.

Soeben ist die Vereinheitlichung der Exekutiven der drei Gemeinschaften, der Montanunion, der Atomgemeinschaft und des Gemeinsamen Marktes, beschlossen worden, und es kann kein Zweifel darüber sein, daß dadurch eine wesentliche Stärkung dieses Einheitsgebildes erreicht worden ist. Diese eine Stimme, die für die drei Gemeinschaften spricht, ist stärker als die drei Stimmen, die getrennt, jede für ihre Gemeinschaft, sprechen. Dazu kommt, daß diese Fusion eine Verschmelzung der Verträge selbst, die doch ein wenig unterschiedlich konstruiert sind, vorbereitet. Wir werden sie in zwei oder drei Jahren im wesentlichen haben.

Die weitere Verbesserung ist die Verstärkung der Stellung des Europäischen Parlaments, die wir Irgendwann erreichen müssen. Die Entscheidungen hierfür bereiten sich vor, und unser Ministerrat wird demnächst vor der Frage stehen, ob er die Gelegenheit zur Herstellung einer Finanzverfassung für die Agrarpolitik benutzen wird, um hier etwas zu tun. Eine spätere Gelegenheit würde jene Vereinigung der Gemeinschaften sein, von der ich soeben gesprochen habe.

Ich fasse zusammen, meine Damen und Herren:

Der Erfolg, der durch das alles dargestellt wird, ist vielleicht von außerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft deutlicher zu sehen als von innen. Dort ist das Gefühl dafür lebendig, daß es in einer Welt voller Unruhe und voller Unsicherheit doch ein Geschehen gibt, das offenbar mit einer ganz unbeirrbaren Zielstrebigkeit und Konsequenz voranschreitet. Existenz und Funktionieren unserer Gemeinschaften, daß diese Gemeinschaften geschaffen werden konnten und daß ihre Organe etwas taugen, daß sie funktionieren, so wie die Verträge es wollen - ist nicht die ganze Weit ein staunender Zeuge des schier unglaublichen Phänomens, daß sich hier ein Kontinent, ein hundertmal totgesagter Kontinent, aus der Asche einer Zerstörung erhebt, wie sie die Weltgeschichte noch nicht gekannt hat, und sich zu neuen großen Leistungen, diesmal gemeinschaftlichen Leistungen, aufrafft? Leistungen, sage ich; denn wiederum: Es gibt keine Automatik in diesem europäischen Geschehen. Man braucht dafür Initiative, Schwung, Willen, einen harten Willen, Zähigkeit, ein bißchen jugendliche Unternehmenslust; denn ein Risiko ist natürlich immer in dieser Sache.

Es ist leicht, in einem Stadium, in dem alle diese Dinge nur Programm sind, begeistert zu sein. Es ist schwerer, den Schwung zu bewahren, wenn der Alltag kommt mit seiner Monotonie, mit seinen Interessenstreitigkeiten, wenn die Widrigkeiten sich häufen und der Kleinmut sich breitmacht. Dann zeigt sich, daß Geduld eine der großen europäischen Tugenden ist.

(Beifall)

Der Wert und der Sinn dieses Vorgehens sind letztlich nur erfaßbar, wenn man sieht, daß dies ein Teilstück einer tiefgreifenden Verwandlung des Wesens der modernen Politik überhaupt ist. Wir vergessen zu leicht, daß wir uns mit einer atemberaubenden Geschwindigkeit dem Jahre 2000 nähern. Ich sagte vorhin, daß die europäische Einigung ein Werk des Friedens ist, in Ihren Mitteln, in ihren Verfahrensweisen, in ihren Methoden, aber vor allem auch in ihren Zielen. Eben damit ist sie ein Stück dieser Verwandlung, die wir von der Gegenwart erhoffen.

Die Vergangenheit hat in Kriegen und in Siegen das eigentliche, das formende, das konstitutive Element des geschichtlichen Geschehens gesehen, und jede Friedensordnung war im Grunde nur, solange sie eben dauerte, die Stabilisierung dessen, was man vermessen das "Recht des Siegers" genannt hat.

Wir wünschen, daß an die Stelle dieses barbarischen Prinzips der friedliche, der vernünftige Ausgleich tritt, und es ist eines der großen Wunder unserer Zeit, ein Geschenk an diese Zeit, daß die größte Siegermacht des zweiten Weltkrieges diese Verwandlung selber wünscht, daß sie auf das Recht des Siegers verzichtet.

Sie werden sagen, das sei eine ideale Betrachtungsweise der Dinge, und ich höre das Wort: Ist das realpolitisch?

Meine Freunde ich erschrecke immer, wenn dieses Wort fällt. Ich glaube, daß kaum ein Wort so viele Verheerungen im poltischen Denken der Deutschen angerichtet hat wie dieses,

(Lebhafter Beifall)

und es fällt mit immer ein, was von Stalin erzählt wird, als man in seiner Gegenwart den Papst erwähnte. "Der Papst", fragte er zynisch zurück, "wie viele Divisionen hat der?" — Wie dumm, wie unbeschreiblich, wie bodenlos dumm ist diese Bemerkung! Wenn man natürlich Macht versteht als den Besitz der zufällig größeren Keule, als die Fähigkeit, den Gegner physisch zu vernichten, nun wohl, dann ergibt sich vielleicht diese Konsequenz; wenn man jedoch Macht versteht als die Fähigkeit, den Gegner für das Richtige zu gewinnen, dann sieht sich die Sache anders an.

Wir sind keine Phantasten. Natürlich brauchen wir Macht; aber wir brauchen sie als Mittel zur Erreichung des Richtigen. Wir erkennen sie nicht an als den Sinh des geschichtlichen Geschehens.

(Beifall)

Wo wollten wir die Hoffnung für die Lösung des größten nationalen Problems der Deutschen ansiedeln, wenn wir einer anderen Auffassung wären, wenn wir nicht darauf vertrauten — denn wir wollen diese Wiedervereinigung ja friedlich herbeiführen —, daß es gelingen wird, alle, alle diejenigen, die verantwortlich sind für das deutsche Schicksal der Zukunft, davon zu überzeugen, daß die Wiederherstellung der Einheit und Freiheit die richtige, die gerechte Lösung ist. Daran glauben wir, und wir glauben, daß diese Chance realer ist als das Vertrauen auf physische Macht allein. Diese unsere Partei, meine Freunde, würde sich selber aufgeben, sie würde die Fundamente zerstören, auf denen sie errichtet ist — geistig, moralisch, religiös und politisch — wenn sie diese Überzeugung aufgäbe, den Glauben an die Idee, an die Gerechtigkeit im Leben der Völker.

(Langanhaltender starker Beifall)

Vorsitzender Dr. Krone: Meine Damen und Herren, der Referent hat in seinen Ausführungen viele Namen genannt, Namen von Männern, die an Europa gebaut haben; aber ich glaube, wir haben allen Anlaß, zu den

großen Europäern, zu den manchmal lästigen Drängern nach Europa hin Prof. Hallstein zu nennen,

(Lebhafter Beifall)

und wir sind froh, daß dieser Mann aus unseren Reihen kommt.

(Erneuter Beifall)

Meine Freunde, es ist jetzt 11.30 Uhr. Ich schlage dennoch vor, daß wir eine kurze Pause von etwa zehn Minuten eintreten lassen und dann mit der Aussprache beginnen.

(Unterbrechung von 11.26 bis 11.45 Uhr)

Dienstag, 30. März 1965

Arbeitskreis I

Aussprache

Deutschland, Europa und die Welt

Aufgaben der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik

Wiederbeginn der Sitzung: 11.45 Uhr

Präsident Dr. Krone:

Meine Damen und Herren! Es liegt eine große Anzahl von Wortmeldungen vor. Heute morgen werde ich auch den Kollegen Birrenbach und Werner noch das Wort geben für ihren aktuellen Aufgabenbereich. Ich gebe das Wort zunächst dem Kollegen Friedensburg zur Frage der Wiedervereinigung.

Professor Dr. Friedensburg: Meine lieben Freunde! Nach dem Bilde der Geschlossenheit und Zielklarheit, das uns die bisherigen Reden auf diesem Parteitag vermittelt haben, insbesondere nach dem mit Recht so stolzen Bilde, das unser Freund Hallstein hier entworfen hat, fällt es schwer, daran zu denken, daß draußen ein ganz gehöriges Stück Unruhe und Unzufriedenheit herrscht. Es genügt also wohl kaum, daß wir hier auf dem Parteitag das wiederholen, was wir schon immer im Herzen getragen haben. Wir werden uns auch nach dem Rezept unseres Freundes Schröder daran zu erinnern haben, daß sich die Welt verändert hat. Wer Ohren hat, zu hören, und Augen, zu sehen, der wird sich darüber klar sein, daß die Stellung der Bundesrepublik, und damit Deutschlands, in der Welt heute nicht mehr die gleiche ist wie in den fünfziger Jahren. Ich glaube nicht, daß wir daran schuld sind, jedenfalls nicht im wesentlichen schuld sind. Ich glaube, daß das ein natürlicher Prozeß ist, den wir erkennen müssen, damit wir die nötigen Folgerungen ziehen. Das Deutschland der fünfziger Jahre war niedergeworfen, war zerschlagen. Man sah noch die hungernden Menschen. die zerstörten Häuser usw. Das ist heute nicht mehr so. Das natürliche Gerechtigkeitsbedürfnis der Menschen draußen nach dem, was Hitler angerichtet hat, war befriedigt. Solange es den Deutschen schlecht ging, konnte man sich die Ritterlichkeit leisten, den Deutschen wieder auf die Beine zu helfen und Ihnen auch Unterstützung in der Erfüllung ihrer großen und entscheidenden Wünsche zu geben. Ein Mann, der in der Aktentasche sich mühsam einen Kohlkopf für seine Famille organisierte, war mehr geeignet, Sympathie und Interesse draußen zu erwecken als derjenige, der 10 oder 15 Jahre später sich überlegt, ob er nach der Costa Brava oder nach Teneriffa fahren oder sich einen 300er Mercedes anschaffen soll. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß uns das in eine neue Lage versetzt. Wir als die führende Partei haben die Pflicht, uns dieser veränderten Verantwortung vor der Welt zu erinnern.

Wir sind etwas verwöhnt worden durch die Zeit der fünfziger Jahre, durch dieses für viele von uns doch überraschende Entgegenkommen. Die überraschende Wandlung in der Haltung der Menschen uns gegenüber ist nicht mehr. Eine gewisse Schonzeit ist abgelaufen. Wir sollten darum auch in unserer Politik, die ein neues Deutschland offenbart, etwas sorgfältiger sein in der Personalpolitik, in der Verjährungsfrage und in allen diesen Dingen. All diese Dinge haben heute eine wesentlich größere und ernstere Bedeutung erhalten, als sie sie noch vor 10 Jahren gehabt haben.

Die zweite Wandlung, die sich vollzogen hat, auch ohne unser Zutun, aber auch mit schwerwiegenden Folgen für uns, ist die Tatsache, daß das Ruhe- und Friedensbedürfnis der Welt heute fast zu einem universellen Vorrang nach Entspannung, nach friedlicher Koexistenz, nach einem irgendwie Sichzurechtfinden geführt hat und daß namentlich von den beiden großen Weltmächten, der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten, ein ausgesprochenes Bedürfnis besteht, sich für die Zukunft irgendwie zu arrangieren.

Meine Freunde! Seien wir uns darüber klar, daß damit die Stellung Deutschlands zwischen diesen Mächten — namentlich auch gegenüber den Amerikanern — eine andere geworden ist. Wir sind heute nicht mehr so als Boliwerk notwendig. Man erkennt das nicht mehr. Man braucht sich nicht mehr so sehr um uns zu bemühen; man braucht uns nicht mehr zu umwerben, man braucht uns nicht mehr alles mögliche anzubieten und uns zu helfen, daß wir als Boliwerk recht stark und fest sein mögen. Ich glaube nicht, daß das Berlin betrifft, das ist ein anderer Punkt. Ich glaube, daß wir da ohne Sorge seln können, aber im ganzen ist die Stellung Deutschlands in dieser Welt eine andere geworden. Das heißt also, die Konsequenzen zu ziehen. Wenn unser Außenminister mit Recht sagt, wir müßten uns den veränderten Verhältnissen mit denselben Grundsätzen unserer Politik anpassen, so gilt das auch in diesem Punkte. Deutschland ist heute nicht mehr das

umworbene Boliwerk. Heute ist Deutschland – gestehen wir uns das offen – in gewissem Sinne der Störenfried, der Unruhestifter in einer Welt, die Ruhe und Frieden haben will.

Und das dritte! Gestern wurde auf dem Parteitag – namentlich durch die Worte unseres Freundes Gerstenmaier – daran erinnert: Deutschland ist heute auch wieder eine Macht geworden. Wir wollen uns hier nicht in Großmachtträumen ergehen, aber wenn Sie einmal einem alten Parteifreund, einem der Urgründer unserer Partei, ein offenes Wort gestatten wollen, dann folgendes: Ich hasse etwas das Kokettieren mit unserer Kleinheit und unserer Bescheidenheit und unserer Ohnmacht, hinter der sich oft genug nur Trägheit und Nichtstun und Nichtsriskieren-Wollen verbergen.

(Beifall)

Wir haben — hier möchte ich anknüpfen an das, was Herr Gerstenmaler gesagt hat — durchaus Anlaß, uns nach 20 Jahren einmal daran zu erinnern, daß es ja auch eine deutsche Geschichte vor 1933 gegeben hat. Und es ist ein Jammer, daß wir das Kaiserreich eigentlich nur in der Karikatur und die Weimarer Republik eigentlich nur als einen Gegenstand des Mitleids und der Nichtachtung kennenlernen wollen.

(Beifall)

Ich fürchte, daß auch unsere Schulen hier eine veränderte Aufgabe haben. Es mag richtig gewesen sein, daß wir nach 1945 zunächst einmal gerade auch unsere Jugend aufzuklären hatten, wieso und wodurch es zu diesem unerhörten Zusammenbruch gekommen ist. Es steckt in uns allen die Sorge, es könnte sich noch einmal eine neue ähnliche Entwicklung ergeben, und man hat nun alles darauf angelegt, auch die ganze Schulerziehung und den Geschichtsunterricht, das zu verhindern. Meine Freundel Die große, stolze deutsche Geschichte, die nicht schlechter ist als die anderer Völker, ist in der Tat etwas zu kurz gekommen.

Wenn wir heute ein neues Nationalgefühl prägen – wir freuen uns, daß das geschehen ist –, so müssen wir an das anknüpfen, was vor 1933 gewesen ist. Wir müssen diese schwarze Wand einmal hindurchstoßen und auch unseren Kindern helfen, durch diese Wand hindurchzukommen. Wir müssen daran erinnern, daß wir einer großen und anständigen Nation angehören, die einmal verirrt ist, aber die deshalb nicht in Bausch und Bogen für alle Zeit verdammt sein darf.

(Beifall)

Etwas habe ich vermißt. Das ist nämlich das, was mich hauptsächlich jetzt auf die Tribüne geführt hat. Ich knüpfe an das an, was ich auch bei früheren Parteitagen gesagt habe. Meine lieben Freunde! Wenn unsere Mitbürger in der Zone in fleberhafter Aufmerksamkeit am Rundfunk lauern und nach Hoffnungsschimmern suchen, wird nun die

große, maßgebende Partei irgendelne konkrete Aussicht auf eine baldige Lösung Ihrer Jammervollen Lage bieten, so werden diese enttäuscht sein. Seien wir uns darüber ganz klar.

Ich möchte hier nicht das sagen, was ich bei früheren Gelegenheiten gesagt habe. Sie wissen, Ich sehe seit langem die Lösung dieser Frage in einer Besserung der Bezlehungen zur Sowjetunion. Ich bin nach meiner Vergangenheit und nach meiner Stellung wohl unabhängig genug, um das in aller Klarheit auszusprechen, ohne irgendeiner Mißdeutung zu unterliegen. Da wir nicht Krieg führen wollen und nicht Krieg führen können, da wir uns nicht den Sowjets unterwerfen wollen, bleibt nur übrig, uns zu bemühen, zu besseren Beziehungen zu der Macht zu gelangen, von der — mögen wir es drehen und wenden, wie wir wollen — doch letzten Endes die Frage der Wiederverelnigung abhängt.

Meine Damen und Herren! Ich bin es müde, immer wieder von Wiedervereinigung zu sprechen, ohne nicht dieses Kernproblem der deutschen Wiedervereinigung irgendwie zu berühren.

(Beifall)

Nun werden Sie sagen: Das hört sich schön an. Was kann geschehen? Ich bitte den Herrn Außenminister, unseren lieben Freund Schröder, dem ich in vieler Hinsicht größte Hochachtung entgegenbringe und von Herzen Gesundheit wünsche, es mir nicht zu verargen, wenn ich sage, daß da nicht nur nicht genug geschieht, sondern daß auch da das eine oder andere in wenig erwünschter Weise versäumt worden ist.

Denken Sie an die Überreichung der Abrüstungsnote durch einen Lieferwagen, denken Sie an die vorzeitige Abberufung eines Botschafters, der im Kreml besonders gut eingeführt war, denken Sie an die letzte Auselnandersetzung im Bundestag zur Frage der wissenschaftlichen Referenten. Man benutzt die mageren, spärlichen Möglichkeiten, die wir vielleicht hätten, nicht, weil man dieses Kernproblem nicht klar und energisch genug in die Hand nimmt.

Zur Frage der wissenschaftlichen Referenten: Es ist eine Kleinigkeit. Aber sie schien mir ganz charakteristisch zu sein. Die Bundesregierung richtet wissenschaftliche Referenten bei einer Anzahl von Botschaften ein: Washington oder Paris usw. Moskau ist nicht und als Wissenschaftler kann ich nur sagen, daß ich jederzeit in der Lage bin, mir von meinen Kollegen in Frankreich, in England, in Nord-Material beschaffen. amerika usw. iedes zu Gerade aber, wo ich einen wissenschaftlichen Referenten in einer deutschen Botschaft haben möchte, dort wird er nicht eingerichtet. Die Begründung war: "Das bietet zu große Schwierigkeiten." Aber es sind ja gerade die Schwierigkeiten, die uns veranlassen sollten, erst recht jemand dorthin zu schicken und auf diesem ja völlig unpolitischen und harmlosen Gebiet den Versuch zu machen, zu Annäherungen zu kommen und

das Verhältnis von innen her zu bessern. Ob das Aussicht hat, ob sich das ändern wird, wenn wir uns mehr Mühe geben, weiß man nicht. In der Politik kann man nicht 2 mal 2 gleich 4 sagen, und wenn man irgendeinen Einsatz vornimmt, eine Investition wagt, kann man nicht mit Sicherheit sagen, das und das wird dabei herauskommen.

Aber wollen wir uns doch schmerzlich klar sein, daß wir nun zwanzig Jahre lang diesen Zustand hingenommen haben, daß wir auf unseren Parteitagen immer dieselben Grundsatzerklärungen abgeben und anhören. Und wenn wir ganz nüchtern und ehrlich uns prüfen, so werden wir nicht behaupten wollen, daß das Ziel, die Wiederherstellung unseres Vaterlandes in Einheit und Freiheit, nähergerückt ist.

Es muß also doch irgend etwas an der bisherigen Politik unzureichend gewesen sein und wenn ich an jene Wandlungen erinnere, die ich Ihnen ausgeführt habe, und für die wir keine Verantwortung tragen, so haben sich die Verhältnisse vielleicht sogar verschlechtert. Die Möglichkeiten der deutschen Politik, zu einer Verwirklichung der Lösung ihres Kernproblems zu kommen - unserem Freund Schröder sei gedankt, daß er das als das deutsche Kernproblem herausgestellt hat -. erscheinen uns heute ferner als je. Ich meine, der Parteitag sollte nicht vorübergehen ohne sich darüber Gedanken gemacht zu haben. Mag sein, daß es kein Patentrezept gibt. Ich bin nicht eingebildet genug, um zu glaubén, daß ich Ihnen ein Patentrezept bieten könnte. Aber wenn Sie mir ein frivoles Wort aus Faust gestatten: "Es ist doch all das Weh und Ach so tausendfach in einem Punkte zu kurieren." Ali das Weh und Ach mit Ulbricht und was damit zusammenhängt ist in dem einen Punkt zu kurieren, daß es uns gelingt, zu den Sowiets bessere Beziehungen herzustellen. Das mag schmerzlich sein, das mag uns schwerfallen. Dann ist es eben die letzte große, schreckliche Last, die uns der Hitler auferlegt hat, der wir uns aber nicht entziehen können. wenn wir der Aufgabe getreu bleiben wollen, die wir gerade heute immer wieder so einleuchtend gehört haben. Wenn wir unser Land wiederherstellen wollen, bleibt uns nichts anderes übrig.

(Beifall)

Vorsitzender Bundesminister Dr. Heinrich Krone: Da Professor Friedensburg die deutsche Frage angeschnitten und in den Mittelpunkt seiner Ausführungen gestellt hat, gebe ich jetzt das Wort zur selben Frage an Herrn Dr. Gradi und Herrn Lindner.

Dr. Gradi: Meine Freundel Ich habe mir aus den Ausführungen des Außenministers einen Satz notiert, den er am Schluß in den Leltsätzen gesagt hat. Dieser Satz heißt — kurzgefaßt, aber sicher im Sinn richtig wiedergegeben —: "Die Bundesregierung werde zusammen mit ihren Verbündeten immer Vorstöße zur Wiedervereinigung unternehmen." Das soll also zweifellos etwas decken, was wir in den letzten Monaten in Außerungen von vielen verantwortlichen Sprechern unserer Partel, insbe-

sondere auch des Bundeskanzlers, kurz zu bezeichnen pflegten und pflegen als die deutsche Initiative zur Öffnung des Weges zur Lösung der deutschen Frage. Ich glaube, es würde nicht genügen, wenn wir diese Diskussion, die ja auch unter dem Stichwort "Es geht um Deutschland" steht, vorübergehen ließen, ohne daß wir über die allgemeine Bekundung hinaus, es sei das Ziel der Politik der Bundesreglerung, Vorstöße in dieser Richtung zu unternehmen, nicht einen kurzen Gedanken anhängen würden, wie diese Initiative vor sich gehen soll.

Ich halte das nicht nur deshalb für wichtig, weil es sachlich letzten Endes entscheidend ist, wie man einen solchen Weg geht, sondern auch deshalb, weil ich das Gefühl habe, daß hier ein politischer Bereich angesprochen wird, der erst gefüllt werden muß. Ich will nicht sagen, daß es ein Vakuum ist. Das wäre falsch. Aber das muß erst konstruiert werden, wie das denn gehen soll.

Das muß auch deshalb geschehen, weil sonst andere diesen Bereich mit ihren Vorstellungen füllen, und das kann unter Umständen sehr gefährlich sein. Wir erleben das ja. Ich will diese Bemerkungen, die auf dem Parteitag der FDP von Herrn Mende, insbesondere aber auch von dem Berliner Vertreter, von Herrn Borm, gemacht worden sind, gar nicht überbewerten. Aber immerhin ist also in diesem Bereich, dem Sachbereich "deutsche Initiative", ein Vorschlag "gesamtdeutsche Initiative" eingeführt worden. Das ist gar nichts Neues. Aber immerhin ist dieser Vorschlag an den Vorstellungen aufgehängt, die wir für gefährlich halten, nämlich an Vorstellungen, für die die Viermächte-Verantwortung nicht mehr so wesentlich zu sein scheint — ich will es einmal vorsichtig ausdrücken —, wie sie nach unserer Meinung sein müßte. Das halten wir sicher alle für gefährlich.

Aber ich denke auch an andere Versuche, diesen Bereich auszufüllen. Nicht nur in unserem Lande gab es in den letzten Monaten eine breite Diskussion darüber, ob es denn noch einen Sinn habe, eine Initiative in Richtung sozusagen eines Frontalangriffes auf das deutsche Problem. einen direkten Weg zur Wiedervereinigung, zu geben. Da gab und gibt es doch eine Menge Leute, die mehr oder minder deutlich aussprechen: "Es gibt keinen direkten Weg, wir müssen uns darauf einstellen, es gibt nur einen Umweg zur Lösung der deutschen Frage, das ist der Umweg über die europäische Integration." Und dann meinen sie dabei die gesamteuropäische Integration. Wenn man das so liest, ist es ja nicht weiter tragisch. Aber man muß sich ja überlegen, was das wörtlich heißen würde, wenn es so wäre, wenn wir unsere Initiative in dieser Richtung entwickeln sollten. Man muß sich einmal vorstellen. wie die Situation der Menschen in der Zone wäre, wenn ihnen gesagt würde, daß dies also der Weg zur Wiedervereinigung ist. Jedermann weiß, das ist ein Weg mindestens für eine Generation. Wir wissen ja schließlich, wie lange, wie mühsam selbst im Krelse gleichgesinnter Länder die westeuropäische Integration dauert.

Wenn wir dieses Verlangen nach Aktivität nicht erfüllen, dann machen es andere. Nehmen Sie dazu die Bemerkung, die der französische Staatspräsident in seiner Pressekonferenz in Rambouillet gemacht hat, wo er die Lösung der deutschen Frage bejaht hat. Damit ich nicht mißverstanden werde: Ich glaube diesem Manne, im Unterschied zu vielen, die annehmen, er meine es nicht so, wie er es sagt. Ich glaube ihm, daß er aus nationalem französischen Interesse die deutsche Wiedervereinigung will. Es hat mich aufgeregt, daß Leute, die diesen Text gelesen haben, nur die Schwierigkeiten, die er dargestellt hat, abgelesen haben und meinten, aus diesen Äußerungen könne man ersehen, daß er es in Wirklichkeit gar nicht so ernst meine. Nein! Man muß diese Rede sehr sorgfältig lesen. Da hat er uns manche Kümmernisse der Europäer mit diesen Germanen gesagt. Das war nicht schön für uns zu hören. Aber wie er es gesagt hat und die Folgerungen, die er daran geknüpft hat, zeigen, daß dieser Mann sich den Weg von 44 bis 65 nicht leicht gemacht hat. Und deshalb glaube ich ihm, daß er es ernst meint, wenn er sagt, es gibt keinen Frieden in Europa, solange die deutsche Frage nicht durch Wiederherstellung der deutschen Einheit gelöst ist.

ï

In dieser Rede steht aber eben auch der Satz: "Dieser Zustand der Teilung kann noch lange Zeit dauern." Was ist unsere Aufgabe in der Situation? Zu verhindern, daß auf die Frage nach dem "Wie" der Vorstöße, der Aktivität und der Initiative Antworten gegeben werden, die uns nicht gefallen können. Denn natürlich kann dies nicht unser Weg sein. Das hieße ja in Wahrheit resignieren, das hieße ja dann, wenn ich mich damit abfinden soll, daß wir eine Lösung für uns Deutsche erst in 20 oder 30 Jahren finden, die Leute auf den Nimmerleinstag zu vertrösten. Wer das will, der mag das verantworten. Wir als führende Partei und Kraft im deutschen Volk, können das nicht. Wir sind dazu da, den Willen zu formen

(Beifall)

und der Welt zu zeigen, daß wir vor diesen Schwierigkeiten nicht resignieren, sondern daß wir zäh und unerbittlich immer wieder drängen werden, um einen direkten Weg zur deutschen Wiedervereinigung zu öffnen.

(Beifall)

Ich habe ja bisher nur gesagt, was mir nicht gefällt, was in den Sachbereich der Vorstöße und der Initiative eingefügt wird. Das ist also die Frage, wie denn dann über das Bekunden des Willens und über Deklamationen hinaus etwas tun kann.

Der Herr Außenminister hat gesagt, für die deutsche Politik stelle sich die Aufgabe, die deutsche Frage einzuordnen in die allgemeinen Bestrebungen der Entspannung und Friedenssicherung. Jedes Wort davon ist richtig. Die Frage ist: Wie?

Ich glaube, daß wir für die Beantwortung wieder etwas von dem lernen können, was der französische Staatschef gesagt hat. Nicht neu! Aber daß er es gesagt hat, gibt ihm doch eine besondere Bedeutung: Sehen muß man das Ganze im europäischen Zusammenhang, und denken muß man an die Erinnerungen und an die Interessen unserer europäischen Nachbarn auf allen Seiten. So, glaube ich, gebe ich in einem Satz den Sinn dieses Teils seiner Ausführungen richtig wieder. Für uns, ins Positive gewandelt, heißt das, daß wir versuchen müssen, das Interesse an Entspannung, das legitim ist, das wir auch haben, und die Arbeit an dieser Entspannung zu identifizieren, in engsten Zusammenhang wenigstens zu bringen mit dem, was wir die Lösung der deutschen Frage nennen.

Wir müssen - und da unterstreiche ich besonders einen Satz des Au-Benministers - z. B. neue Gedanken zur europäischen Sicherheit entwickeln. Sie werden sagen: Nun, das ist ja alles noch in der Blässe des Gedankens. Aber, meine Damen und Herren, in der Politik Ist das Entwickeln nicht nur von allgemeinen Aussagen, sondern von konkreten Grundlinien, auf die man den politischen Willen bringen will nicht nur den eigenen, sondern möglichst auch den derer, mit denen man von der Natur oder von der Geschichte besonders verbunden ist -. ein eigenes Wirkinstrument. Und dies ist die Aufgabe. Und da. meine ich, soll man sich den Willen und die Sicht der deutschen Frage im europäischen Zusammenhang, die man bei dem General de Gaulle erfreulicherweise feststellen kann, zunutze machen und versuchen, mit unseren anderen Verbündeten, natürlich auch mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien - wir wären Narren, wenn wir vergäßen, daß sie mit dazugehören und daß ohne die Zustimmung der Vereinigten Staaten ohnehin nichts von uns verantwortet werden könnte - ein System der europäischen Entspannung zu entwickeln. Dies ist, meine ich, eine konkrete Aufgabe der deutschen Politik: in den nächsten Monaten zu entwickeln, wie man sich ein System der europäischen Entspannung konkret vorzustellen hat unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit, unter dem Gesichtspunkt des Zusammenwirkens zum wirtschaftlichen Aufbau nach allen Seiten.

Und da gehören dann Dinge hinein, die uns die Sowjets ständig entgegenhalten, um zu sagen, daß wir, weil wir sie angeblich ablehnen, Revanchisten sind. Sie sagen: Nichtaggressionspakt, sie sagen: Gewaltverzicht und was sie sonst so an Vorschlägen haben, und sie heucheln, das käme alles nicht zustande auf dem Felde der Entspannung, weil diese Deutschen dazu nein sagten.

Wir haben das, fürchte ich, ein bißchen zu leichtsinnig hingenommen. Die Aufgabe ist das Gegenteil: daß wir Europäer uns mit unseren großen Verbündeten von jenseits zusammenfinden und den Sowjets und der Welt klarmachen: Dies alles, felerlicher Gewaltverzicht, felerliche Nichtangriffspakte, Schutzsystem gegen Überraschungsangriffe und

was es da alles gibt, auch im Bereich der gesicherten kontrollierten Abrüstung, dies alles wäre möglich, wir wären mit von der Partie, Ja, wir wären spaar Vorreiter, wenn nur die andere Seite dies alles nicht mißbrauchen wollte, um einen Status zu stabilisieren, der den Unfrieden selbst darstellt. Dies deutlich zu machen, umzudrehen und die wahren Hindernisse zu zeigen, das gehört mit in die Darstellung dessen, was deutsche Politik will und was sie sich unter Initiative vorstellt.

(Beifall)

Und in diesem Sinne, meine ich, sollten wir uns alle anstrengen, vor allen Dingen natürlich die Bundesreglerung. Manchmal hat man das Gefühl, daß Müdigkeit von daher kommt, daß eigentlich gar nichts Neues mehr gesagt werden kann.

(Zustimmung)

Alles, was ich jetzt gesagt habe, ist schon gesagt worden. Die Begriffe hängen uns schon zum Halse heraus, die ich auch wieder gebrauchen mußte. Aber, meine Freunde, dies ist eine der großen Gefahren: daß man müde wird, auch das Richtige zu wiederholen und es vor allen Dingen so zu sagen, daß es in den konkreten Zusammenhang und in die Formulierung der konkreten Aufgaben paßt.

Ich würde wünschen, daß in diesem Sinne die Diskussion doch noch einige schöne Beiträge bringt.

(Starker Beifall)

Vorsitzender Dr. Krone: Jetzt hat Herr Lindner das Wort, und dann würde ich Herrn Dr. Birrenbach bitten, zu uns zu sprechen.

Lindner: Meine Unionsfreunde! Minister von Hassel hat in seinem Referat darauf hingewiesen, daß die Sowjetunion jetzt geradezu mit Leidenschaft dabei ist, die sogenannte Deutsche Demokratische Republik wieder mehr ins Spiel zu bringen. Er hat an den 20jährigen Freundschaftsvertrag erinnert und auch darauf hingewiesen, daß sich die russische Politik seit Lenins Zeiten nicht geändert hat. Sie hat sich leider auch seit Stalins Zeiten nicht geändert. In den Memolren des ehemaligen englischen Außenministers Anthony Eden wird klar ausgesprochen, daß Stalin schon im Jahre 1941 die deutsche Teilung verlangt und daß er darüber hinaus die Abtrennung Bayerns und der Rheinlande von Deutschland gefordert hat. Er ist mit dieser seiner Forderung seinen Alliierten gegenüber nicht durchgedrungen, aber die Teilung Deutschlands hat er durchgesetzt.

Was kann unsere Antwort auf das russische Gebaren in Zukunft sein? Mit der gleichen Leidenschaft, die auch jetzt eben unser Freund Dr. Gradl angedeutet hat, für die Wiedervereinigung unseres Volkes einzutreten!

Nun ist ja eihes leider festzuhalten: die sowjetische Propaganda ist uns Deutschen, überhaupt den Europäern zweifellos über. Seit Goebbels Zeiten hat das Wort "Propaganda" einen etwas anrüchigen Charakter. Aber, meine Freunde, die Propaganda ist nun einmal notwendig, und wer sich ihrer nicht bedient, der dürfte wohl als etwas rückständig bezeichnet werden.

Wir müssen mit der Tatsache rechnen, daß es in der ganzen Welt im Augenblick 1 400 000 000 Jugendliche bis zu 20 Jahren gibt. Davon sind nur 320 000 000 Weiße. Alles andere sind farbige Menschen. Die Sowjetunion wird nicht müde, Stipendien zu zahlen und diese Jugend der Welt auf ihre Seite zu ziehen. Wie lernbegierig diese Menschen sind, die bis jetzt Analphabeten gewesen sind, kann jeder bestätigen, der irgendwie Fühlung mit den anderen Kontinenten hat.

Der Weltkirchenrat in Genf hat erst dieser Tage festgestellt, daß die Sowjetunion für Propaganda zehnmal mehr ausgibt als Europa und Amerika zusammengenommen. Zehnmal mehr!

Meine Unionsfreunde, unser Bundespräsident Dr. Lübke hat erst im Dezember in Berlin erklärt, daß in der Frage der deutschen Wiedervereinigung überall eine heilsame Unruhe entstehen müsse. Ich glaube, Aufgabe eines CDU-Parteitags kann nicht allein sein, daß wir Delegierten gute und wertvolle Reden hören, sondern wir müssen auch irgendwelche Direktiven geben. Ich glaube, es müßte Aufgabe unseres Außenministeriums sein, alle deutschen Botschafter in der ganzen Weit zu mobilisieren, daß auch von dort aus mehr Propaganda für die deutsche Wiedervereinigung gemacht wird.

(Beifall)

Die heilsame Unruhe darf nicht nur in Deutschland existieren. Die muß in der ganzen Welt irgendwie zu spüren sein. Ich glaube, es wäre recht nett, wenn Professor Furler in seinem Bericht vor dem Plenum des Parteitags auch die Frage stellte, ob nicht der ganze Parteitag der Ansicht ist, daß wir uns der Propaganda besser bedienen müssen, als das bisher der Fall gewesen ist. Meine Unionsfreunde, 20 Jahre sind genug! Es dürfen nicht noch einmal 20 Jahre werden.

(Starker Beifall)

Vorsitzender Dr. Krone: Herr Dr. Birrenbach!

Dr. Birrenbach: Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Sie wissen alle, daß wir in einer schweren politischen Krise stecken, deren geographischer Mittelpunkt der Vordere Orient ist. Ich möchte darüber kein Wort sagen. Aber was ich sagen möchte, ist dieses: die Erfahrungen, die wir in den letzten Wochen und Monaten gemacht haben, zwingen uns zu zwei Schlußfolgerungen fundamentaler Bedeutung.

Die erste Schlußfolgerung ist diese: Wenn die Bundesrepublik als reiner Nationalstaat in einer großen politischen Krise in der Isolierung vorgeht, ist sie schwer verwundbar. Sie kann es schwerlich vermeiden, Schaden zu erleiden.

Die zweite Schlußfolgerung, die ich aus diesen Erfahrungen der letzten Wochen und Monate ziehen möchte, ist diese: Die großen Probleme

der westlichen Welt heute können nur in eindeutiger Solldarität des westlichen Bündnisses gelöst werden.

(Starker Beifall)

Ein anderer Weg existiert nicht!

Welches sind die Konsequenzen aus diesen Schlußfolgerungen? Meine lieben Parteifreunde, wenn es wahr ist, daß die Bundesrepublik so verwundbar ist, wie sie es ist — und sie ist es auf Grund der Tatsache ihrer Teillung —, dann gibt es nur einen einzigen Weg, die großen Ziele unserer Politik durchzusetzen, nämlich den, sie durch die Einführung in eine größere Einheit zu legitimieren.

Wenn also die deutschen Ziele gleichzeitig die europäischen werden, und wenn diese Ziele gleichzeitig die Ziele der ganzen westlichen Welt sind, dann, und erst dann, liebe Parteifreunde, werden wir Aussicht haben, diese Ziele auch endlich zu erreichen.

Hier in Europa ist der Weg, den vorhin Prof. Hallstein vorgezeichnet hat, der Weg der politischen Einheit. Die große entscheidende Etappe auf diesem Weg ist die Versöhnung unseres Landes mit Frankreich. Das ist kein geschichtliches Geschenk einmaliger Art; das muß jeden Tag erneut wieder erkämpft werden.

(Beifall)

Daß über das Europa der Sechs der Weg hinausführen muß zu einem größeren Europa, wissen wir alle. Selen wir aber glücklich, daß wir den Beginn zur Schaffung dieses Kerneuropas gemacht haben, aus dem sich später, in einer gnadenvolleren geschichtlichen Stunde vielleicht das ganze Europa ergeben wird. Ist das aber der Fall, meine lieben Parteifreunde, dann wird der deutsche Wunsch, das deutsche Bestreben um Wiedervereinigung, getragen von einem ganzen Europa, ein ganz anderes Echo finden, als würden wir diesen Wunsch lediglich aus der Perspektive eines Nationalstaates vortragen. Dieser Tatsache müssen Sie sich bewußt sein. Sie ist sicherlich eine Hypothek, aber auch eine große Chance.

Was nun die zweite Frage anbelangt: Die Konsequenz aus der Notwendigkeit einer Solidarität ist diese: Das Rezept des Polyzentrismus eignet sich nicht für die westliche Welt. Nur in absoluter Zusammenfassung ihrer Politiken, in absoluter Zusammenfassung ihrer Energien ist die westliche Welt in der Lage, die großen Probleme, die sich ihr stellen, heute zu lösen. Das eine Problem ist der West-Ost-Konflikt, und das zweite ist das große Problem der Entwicklungswelt.

Wenn ich "Zusammenfassung" sage, und wenn ich "Solidarität" meine, so bedeutet das nicht Unterwerfung unter irgendeine Führung. Daß aber die stärkste Macht der westlichen Welt automatisch führen muß, ist selbstverständlich. Wir können zu einer Gleichheit in der Partnerschaft – und das ist das große Ziel – nur dann kommen, wenn wir uns zusammenschließen, wenn wir wieder eine Einhelt bilden, die so groß

ist, daß gleichwertige Größen nebeneinander stehen. So ist das Angebot der amerikanischen Partnerschaft eine Herausforderung an die europäische Nationalstaaten, sich zu einigen; denn nur dieser Weg führt zu einer Gleichwertigkeit der Leistungen, und nur die Gleichwertigkeit der Leistungen führt zu einer Gleichwertigkeit in der Partnerschaft.

(Beifall)

Meine lieben Parteifreunde, da sich die Gewichte in der westlichen Weit im Verlaufe der 50er Jahre verschoben haben, da Europa heute — selbst wenn es noch nicht mit einer Stimme spricht — schon ein Faktor erster Ordnung in der Weltpolitik geworden ist, muß auch die Gestaltung dieses Bündnisses dieser Entwicklung entsprechen.

Seien Sie sich aber darüber klar: Selbst dann, wenn eine Antizipierung der Gleichheit erfolgen sollte — und diese müssen wir anstreben, und es sollte die besondere Aufgabe der Vereinigten Staaten sein, dieser Tatsache Rechnung zu tragen —, so muß ich Ihnen doch sagen, daß wir die endliche Gleichheit nur dann erreichen werden, wenn dieser Kontinent, wenn dieses Europa, dieses restliche Europa diesseits der Demarkationslinie, eine Einheit wird. Nur dann können wir das große Problem unserer Geschichte lösen, nämlich die Wiedervereinigung; denn in Wahrheit ist die Tellung Deutschlands die Tellung Europas. — Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall)

Werner: Herr Vorsitzer! Meine Damen und Herren! Es sei mir gestattet, nach den Ausführungen meines Freundes Birrenbach, der die Crux unserer Lage schlagartig beleuchtet hat, etwas mehr ins Detail zu gehen.

Sie, meine Damen und Herren, wird interessieren, daß in den Gesprächen, die ich bisher geführt habe, keine einzige Deutsche Mark eine Rolle gespielt hat. Vielmehr ging es nur darum, ein altes Vertrauensverhältnis wiederherzustellen, und es ging nur darum, Anknüpfungspunkte zu finden, die uns aus der jetzigen Situation herausführen.

Im Raume steht die Drohung des Präsidenten Nasser, diplomatische Beziehungen zu Pankow aufzunehmen. Ich darf hier feststellen, daß aus den Gesprächen deutlich hervorgegangen ist, daß auch für die Araber diese Frage eine grundsätzliche ist, daß sie eine Neuorientierung ihrer Politik bedeutet und praktisch einen Weg ohne Umkehr. Es könnte auch bedeuten, daß die Stellung des Präsidenten Nasser als des möglichen Führers in der dritten Welt sehr gefährdet sein könnte. Die arabische Welt muß begreifen — das müssen wir ihr in dieser Zeit klarmachen —, daß eine Normalisierung unseres Verhältnisses zu Israel sich auf die Dauer nur vorteilhaft auf die Beziehung der arabischen Staaten zu uns auswirken kann.

Für uns ist es nicht verständlich, vielleicht aber erklärlich, daß die arabischen Staaten um eine gewisse Reaktion nicht herumzukommen meinen. Doch wäre es, so meine ich, ein Beweis der Stärke und nicht der Schwäche dieser Staaten, wenn sie uns unsere guten Absichten zum Nennwert abnehmen und auch auf den formellen Abbruch der Beziehungen zu uns verzichten würden.

Was nun Ägypten im einzelnen betrifft, so meine ich, hoffen zu können, daß auch darin, wenn der Präsident dieses Landes den formellen Abbruch der Beziehungen zu uns für unumgänglich halten sollte, die deutschen Schulen fortfahren können, ungestört zu arbeiten, die deutschen Vermögen, die ja schließlich im Interesse des Landes dort arbeiten, unangetastet bleiben und eine — möglichst kurze — Zeit heilsam auf die Wiederverbesserung der deutsch-ägyptischen Beziehungen wirken kann. Beide Seiten sollten diesen notwendigen Ablauf mit Geduld und Gelassenheit überstehen.

Meine Damen und Herren, wenn die Sozialdemokraten bezgülich dieser Frage behauptet haben, sie hätten Alternativen angeboten, so ist das absolut unwahr.

(Beifall)

In jener Zeit, als wir, meine Kollegen und ich, die Zeit noch nicht für gekommen hielten, die Beziehungen zu Israel normalisieren zu können — letztlich auch im Interesse Israels —, sind die Sozialdemokraten hingegangen und haben diesen Standpunkt, den Standpunkt einer sofortigen Aufnahme von Beziehungen, in Rundfunk und Fernsehen vertreten. Sie sind in den Ausschüssen jedesmal, wenn es darum ging, die letzten Konsequenzen zu ziehen, vor diesen Konsequenzen zurückgeschreckt. Das ist die historische Wahrheit.

In der Zeit, meine Damen und Herren, als der Ulbricht-Besuch in Ägypten stattfand, hat die öffentliche Meinung und die veröffentlichte Meinung hier einen Ulbricht aufgebaut, der viel größer war, als er jemals von Natur aus sein konnte.

(Beifall)

Die nächsten Wochen werden nicht einfach sein. Ich glaube jedoch, daß je größer die innere Stärke einer Nation ist, um so größer auch die Gelassenheit, der Abstand und die Geduld sein sollten, um durch eine solche Phase hindurchzukommen.

(Vereinzelter Beifall)

Letzten Endes glaube ich auch, daß der Außenminister in dieser Phase unsere ganze Loyalität braucht, um draußen unsere Linie klar und deutlich und glaubhaft darstellen zu können.

(Lebhafter Beifall)

Vorsitzender pr. Krone: Meine Damen und Herren, ich nehme nun doch Anlaß, unseren beiden Freunden Dr. Birrenbach und dem Kollegen Werner für ihre Worte und für ihre Arbeit, die sie im Einvernehmen mit der Regierung drüben leisten, auch vom Parteitag aus herzlich zu danken.

(Beifall)

Es ist jetzt 12.45 Uhr. Ich schlage vor, jetzt unsere Aussprache zu unterbrechen. Wir beginnen dann wieder pünktlich um 15 Uhr.

(Pause von 12.41 bis 15 Uhr)

Beginn der Sitzung: 15.08 Uhr.

Präsident Dr. Krone: Meine Damen und Herren! Wir fahren in der Beratung fort. Ich gebe das Wort Herrn Dr. Jahn aus Braunschweig.

Dr. Jahn: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich habe die Mittagszeit benutzt, noch einmal die Ausführungen des Vormittags gründlich zu studieren. Ich möchte hier einiges dazu sagen. In der Bundesrepublik herrscht Unruhe, bei unseren Freunden, aber auch in der Bevölkerung, über den weltpolitischen Wandlungsprozeß und die Folgen für das deutsche Volk und sein nationales Anliegen; etwas mehr Unruhe als auf diesem Parteitag, sowohl im Plenum als auch in den Seitendiskussionen.

Meine Damen und Herren! Der Herr Bundesaußenminister hat hier sehr diplomatisch gesprochen. Die Analyse war gut. Und in Analysen der deutschen Politik sind wir allmählich Meister geworden, aber die Auseinandersetzung mit den großen weltpolitischen Problemen kam nach meiner Überzeugung zu kurz. Es ist darauf hingewiesen worden, daß das atomare Patt, das Atomtestabkommen, das heiße Telefon, das Auseinanderbrechen des kommunistischen Monolithen Auswirkungen auf die deutsche und auf die europäische Politik hat und haben könnte und daß wir alles tun müßten, um nicht ins Dilemma zu kommen. Seit 1963 erklären die amerikanischen Freunde, daß China der Hauptfeind Nummer 1 sei. Sie erklären, daß man eine Politik der kleinen Schritte machen müsse. Für sie mag das richtig sein, für uns scheint das allmählich eine Politik der kleinen Sprüche zu werden. Die von unseren Freunden erst anerkannte sowietische Entspannungspolitik ist heute - wenn wir nach dem Westen sehen und realistisch bleiben - nahezu eigenes Programm geworden. Wir stehen in der Gefahr. daß durch den Frontwechsel die europäische Problematik, die Teilung Deutschlands und die Teilung Europas eingefroren werden kann. Wir haben dahin zu wirken, daß durch Entspannung und Koexistenz es dann zu einer K.-O.-Existenz kommt, bei der wir mit unserem Anliegen nicht nur ausgezählt, sondern vielleicht noch in einen Trancezustand versetzt werden.

(Beifall)

Ich meine, Herr Bundesaußenminister, die Problematik der Sowjetunion und Chinas ist auch vom Machtpolitischen nicht nur nicht aktuell, sondern auch für unser eigenes nationales Anliegen sehr aktuell. Über unsere Politik diesem Phänomen gegenüber ist leider nicht gesprochen worden. Oder gibt es keine deutsche außenpolitische Konzeption? Die Engländer, die Franzosen, die Holländer, die Dänen und die Norweger — wenn ich richtig informiert bin — sind in Peking. Alle sind NATO-Mächte. Sollten wir uns nicht mit diesem China etwas näher befassen und — Ich werfe die Frage auf — ein Handelsabkommen und vielleicht auch ein Handelsmissionsabkommen abschließen, wo wir doch wissen, wie sich unsere sowjetischen "Freunde" dann darüber freuen würden. Sollten wir nicht unsere amerikanischen Freunde von der Notwendigkeit überzeugen können? Oder sollten wir freiwillig in ein Dilemma einwilligen? Die kommunistische Welt ist geteilt. Ich glaube, es ist notwendig, daß die Politik einen Grundsatz beherrscht und hier nicht vorübergehen läßt, daß man auch in Teilen seinen Vorteil haben kann. Die Wiedervereinigungspolitik ist, wie wir alle wissen, nur im weltpolitischen Wandlungsprozeß möglich. Den Wandel haben die anderen genutzt. Wir haben die Frage aufzuwerfen, wie wir ihn nutzen. Die nationale — ich betone das — Interessenpolitik unserer Freunde im Westen fügt unseren nationalen Interessen zur Zeit nicht unerheblichen Schaden bei.

Wenn Sie mit den Menschen auf der Straße sprechen — ich habe einen Wahlkreis, der im Zonengrenzgebiet liegt und zu 80 Prozent aus Arbeitern besteht —, dann sind diese sehr besorgt über die Probleme der westlichen Wirtschaft, die ja heute das ganze Gebiet nicht nur von Leipzig bis Moskau, sondern bis Wladiwostok für sich in Anspruch nimmt, den ehemaligen deutschen Osthandelsraum.

Das sowietische Wirtschafts- und Sozialdilemma wird durch den Wettlauf privater, aber auch staatlich geförderter Wirtschaftsunternehmen in einem Umfang in der Sowietunion zu einer Entlastung der sowietischen Politik gemacht, daß wir für die Zukunft befürchten müssen. daß wir die Chancen, die uns die Geschichte einräumt, nicht nutzen. Die amerikanische Politik sagt auf der anderen Seite, sie müßte den Liberalisierungsprozeß in der Sowietunion fördern, indem sie große Wirtschaftsmaßnahmen ergreift. Das hat sich auch auf unsere Politik hier und da in bezug auf die Ostblockländer allmählich als neue Maxime durchgesetzt. Das NATO-Embargo und das Berner Abkommen werden leichtfertig durchbrochen, und wir reagieren auf die westlichen Wirtschaftsmaßnahmen, ja, wir passen uns zum Schluß noch an. Unsere Freunde haben sich an unser Anpassen allmählich gewöhnt. Es ist hier die Einheit sehr beschworen worden, aber ich bin in Sorge. wie Sie alle, um dieses Bündnis; denn das geht uns heute, wenn wir die weltpolitische Lage sehen, sehr nahe. Aber was wir nebelhaft ahnten und schon früher deutlich am Horizont sahen, ist die unmittelbare. aber unheimliche Verbindung von Washington nach Moskau und die seit Wochen und Tagen immer deutlicher werdende Verbindung von Paris nach Moskau. Können wir dabei ruhlg bleiben? Das war Bismarcks Albtraum in den zwanzig Jahren seiner Regierung, Deutschland in der Mitte zu haben zwischen zwei großen Machtkomponenten.

In dieser unserer heutigen Erklärung kam Frankreich in der außenpolitischen Analyse mit zwei Sätzen weg. Stempeln Sie mich bitte nicht gleich zum Gaullisten, wie das heute so üblich ist in Deutschland, wenn man seine Meinung sagt. Ich bin es nicht und weiß sehr wohl zu unterscheiden zwischen Freundschaftsbündnis, europäischer Gemeinschaft und hier und da durchschimmernden Hegemonialinteressen. Ich frage mich, ob dieses Frankreich diesen Weg gehen mußte, ohne daß wir in der Lage gewesen waren, ihn zu verhindern: vielleicht im Sommer des letzten Jahres. Gemeinsame politische Ziele kann man nicht ertaktiken, sondern nur in großzügiger Strategie erreichen. Intellekt ist notwendig, und Nüchternheit und Sachlichkeit sind erforderlich, aber das Herz muß mitsprechen, wenn man mit den Völkern zusammengeht.

(Beifall)

Es gibt keine Politik ohne persönliche, ohne menschliche Freundschaft, ohne Sympathie und Verständnis.

Nun ein Wort zur Ostpolitik! Ich komme aus dem Osten, aus Pommern, und vertrete die nordostdeutschen Gruppen von den Baltendeutschen über die Ostpreußen und Westpreußen bis zu den Rußlanddeutschen und Pommern. Meine vertriebenen Landsleute haben Sorge um die Entwicklung der deutschen Wiedervereinigungspolitik. Wenn es heute morgen nicht ausgesprochen worden ist, will ich es jetzt tun: Wenn wir in der CDU von Wiedervereinigungspolitik sprechen, meinen wir die Wiedervereinigung des dreigeteilten Deutschlands in den Grenzen von 1937 und das Heimats- und Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen.

(Beifall)

Wir haben in der Vergangenheit mit den Polen zusammengelebt, und wir kennen die Russen aus dem Osten. Ich spreche hier von den Menschen und nicht von den Ideologien. Ich spreche von den Völkern. Wir haben eine gemeinsame Geschichte mit diesen Völkern und Menschen im osteuropäischen Raum. Wir hassen einander nicht, aber wir hassen jede Fremdherrschaft, ob sie über 17 Millionen Mitteldeutsche oder über die Polen oder andere Völker in Ostmitteleuropa und Südosteuropa ausgeübt wird. 17 Millionen Mitteldeutsche leben heute unter Fremdherrschaft. Sie können nicht reden wie wir hier — sie sehen, ich nehme mir die Freizügigkeit, hier zu sprechen —, sie können nicht hören, sie können nicht lesen, sie können nicht einmal denken, was sie wollen, und zwar 20 Jahre hindurch. Und wenn Sie Vertriebener sind und aus diesen Gebieten kommen und sehr viele Menschen drüben kennen, dann drückt das jeden Tag aufs Herz!

(Beifall)

Damit möchte ich ein Wort zur Ostpolitik sagen. Ich spreche von der Ostpolitik. Ich frage mich, haben wir überhaupt eine Ostpolitik? Wir haben nicht einmal eine ostpolitische Abteilung im Auswärtigen Amt, obwohl jede einzelne Nation im Westen diese Abteilung hat.

Wenn unser Anliegen dort gelöst werden muß im Osten, dann brauchen wir diese Abteilung, und zwar eher heute als morgen. Wir hätten sie schon gestern haben müssen.

(Beifali)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir teilen die Sorge um die Wiedervereinigung Deutschlands mit unseren Verbündeten. Wir hoffen, daß ihnen die Erklärung, vom Potsdamer Abkommen völkerrechtlich begründet, die Wiedervereinigung Deutschlands wiederherzustellen, mehr als nur ein sachliches Anliegen ist in der Zukunft, Wir teilen diese Not und diese Sorge mit den Sympathien vieler Völker der Welt. Aber wir können die Wiedervereinigung Deutschlands nur mit den vier Nationen bekommen. Zu den vier Nationen gehört die Sowjetunion. Nach Lage der Dinge werden wir zur Zeit und in absehbarer Zukunft die Wiedervereinigung nur erreichen können - dabel ist mir die sowjetische Propaganda nicht Maßstab, aber ich unterschätze sie auch nicht -, wenn wir uns auf diese Situation kalt, nüchtern und realistisch einstellen. Die Sowjets machen neben der Propaganda auch Politik. Und wer uns sagt - wie wir es jeden Tag draußen erleben -, es sei Unsinn, an die Wiedervereinigung Deutschlands zu glauben, sie bleibt da, wo sie steht, den widerlegt die sowjetische Politik in der Nachkriegszeit durch die Räumung Finnlands, durch die Räumung Österreichs, durch die Aufgabe Ihres Ultimatums an die Türkei, Stützpunkte am Bosporus und den Dardanellen, die türkischen Ostprovinzen Ersekan, Adekan und Erserum, zu erreichen. Sie haben auch nach diesem Krieg die nördlichen Gebiete des Irans geräumt. Die Sowjets machen neben der Propaganda auch Politik. Das geschah unter Tschitscherin genau wie unter Molotow, unter Chruschtschow, und es wird auch unter Kossygin geschehen und allen seinen Nachfolgern. Daher begrüße ich es, daß der Herr Bundeskanzler Professor Erhard sich zum Sprechen bereit erklärt und die Einladung an die Sowjetunion gegeben hat, Ich bin der Meinung, wer sagt, die Deutschland-Initiative ist zur Zeit nicht richtig, dem sage ich, jetzt und heute und morgen und jeden Tag ist sie erneut wichtig.

Denn wer will mir sagen, daß er weiß, wann sich Situationen in der Sowjetunion einstellen, wo man sein Anliegen vorbringen kann? Die Sowjetastrologen lagen in der Beurteilung des Sturzes Chruschtschow um zwei Jahre zu spät und wir wollen, wenn es um unser Anliegen geht, nicht zu spät liegen. Wer will denn Prophet sein, wann und wie der richtige Augenblick gekommen und zu fassen ist? Die Wiedervereinigung geht nicht über die Sowjetzone, auch nicht über Warschau. Sie geht nach Lage der Dinge heute und in absehbarer Zeit — das ist meine Auffassung, die ich hier vortrage — über die Sowjets. In dieser Richtung muß in Zukunft mehr Aktivität entfaltet werden.

(Beifall)

Wenn wir hier den weltpolitischen Wandlungsprozeß analysiert haben, so müssen wir auch begreifen, daß der Auftrag unserer Außenpolitik nicht aus der Lage von 55 und 60, sondern von 65 gestellt ist. Ich gehöre nicht zu denen, die da sagen, wir sollten jetzt eine den ureigenen nationalen Interessen gemäße Außenpolitik machen. Ich glaube, so töricht ist niemand von uns. Aber wir sollten auch unseren Freunden gegenüber unsere Politik selbstbewußter als bisher vortragen.

(Beifall)

In der Nahostkrise sind wir das erstemal sehr selbstbewußt aufgetreten, ich betone: sehr selbstbewußt. Ich wünschte wir würden ein wenig mehr — vielleicht ist es zu optimistisch zu sagen die Hälfte mehr — Selbstbewußtsein auch gegenüber unseren Verbündeten zeigen. Ich weiß, daß das nicht immer in die Linie paßt, wenn man das sagt. Die Dosierung ist abzuwägen. Aber verzichten dürfen wir auf diese Politik auf keinen Fall.

Es ist nicht notwendig mit der hier auf diesem Parteitag aufgezeigten wirtschaftlichen Stärke zu manövrieren. Ich meine, es ist notwendig, etwas aktiver in der multilateralen, europäischen, internationalen und weltpolitischen Ebene zu wirken. Befinden wir uns in der Zwangslage, immer warten zu müssen oder müssen wir selbst handeln, indem wir ein vernünftiges Programm, das wir durchführen, nun auch über das Allgemeine unserer Bündnisverpflichtung hinaus aufstellen?

Wir haben bisher das außenpolitische Konzept gehabt. Die Opposition hat es — wie fast alles — nur abgeschrieben und übernommen und ein bißchen höhergestapelt. Jetzt gilt es, unsere Konzeption dem weltpolitischen Wandlungsprozeß nicht anzupassen, sondern in Aufgabenstellung und Zielsetzung unter Berücksichtigung unserer Bündnislage und der nationalen Zielsetzungen so zu erarbeiten und durchzusetzen, daß die Praktiken und Taktiken, denen ich Erfolg wünsche, dann zu einem strategischen Konzept führen. Zur Mitarbeit, glaube ich, sind wir alle bereit.

(Beifall)

Vorsitzender Bundesminister Dr. Helnrich Krone: Meine Damen und Herrent Ich möchte, daß wir in voller Breite diskutieren. Aber ich habe eine große Zahl von Wortmeldungen und ich möchte keine Beschränkung der Redezeit einführen. Ich bitte deshalb die Redner, sich an ein gewisses Ausmaß zu halten.

Das Wort hat jetzt Herr Dr. Kopf. Nach ihm kommt Herr Kühnle vom Landtag Baden-Württemberg.

Dr. Kopf: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! In den letzten Monaten und Wochen hat uns die Entwicklung der Lage im Nahen Osten in zunehmendem Maße beunruhigt. Es war die Auf-

gabe der Bundesrepublik, hier im Nahen Osten auf der einen Selte die traditionelle deutsche Freundschaft zu den arabischen Ländern aufrecht zu erhalten und auf der anderen Selte den Versuch zu machen, die Normalisierung unserer Beziehungen zu Israel schrittweise anzubahnen.

Wenn ich von Israel spreche, so weiß jedermann, daß das Schicksal des jüdischen Volkes in unheilbarer Weise mit den Maßnahmen des nationalsozialistischen Regimes verbunden war, die uns allen alizu sehr bekannt sind. Es war daher notwendig und berechtigt, daß die Bundesrepublik, nachdem der Staat Israel gegründet worden ist, ihm durch Wiedergutmachungsleistungen zu Hilfe kam, durch die - nach meiner persönlichen Meinung wenigstens - auch der Staat Israel als Staat bereits damais seine Anerkennung gefunden hat, ganz im Gegensatz zu der arabischen Auffassung, als ob erst durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen eine Anerkennung Israels erfolgen würde. Es mußte unser Bestreben sein, die sehr schwierige und komplexe Situation im Nahen Osten, die sich aus zahlreichen Teilelementen zusammensetzt, so zu behandeln, daß eine Art friedlicher Koexistenz - nicht in dem abgenutzten, mißbrauchten und mißdeuteten Sinn des Begriffes, wohl aber in dem ursprünglichen Wortbegriff - angebahnt und versucht werden kann. Auf der anderen Selte sollte sowohl die deutscharabische Freundschaft als auch die Normalisierung unserer Beziehungen zu Israel angestrebt werden. Die Einladung, die Präsident Nasser an Ulbricht hat ergehen lassen, ist nach meiner Auffassung keineswegs auf die Gewährung von Rüstungshilfe seitens der Bundesrepublik an Israel zurückzuführen. Sie ist vielmehr hervorgerufen worden durch den Besuch des stellvertretenden sowietrussischen Außenministers Schellepin und durch die Einwirkungen von sowietrussischer Seite auf Nasser.

Ich glaube, es ist sehr notwendig und wichtig, diesen Zusammenhang aufzuhellen. Die Bundesrepublik wird auch in der Zukunft sich bestreben müssen, in der Lage im Nahen Osten - so schwierig sie sich gestaltet haben mag - nicht in einseitiger Welse für den einen oder anderen der Akteure Partei zu ergreifen, sondern sie wird vielmehr trotz der bestehenden Trübungen den Versuch machen müssen, ihre traditionelle Freundschaft zu den arabischen Staaten fortzusetzen und auf der anderen Seite die Normalisierung der Beziehungen zu Israel so zu verwirklichen, wie dies in der Entscheidung des Bundeskanzlers in der Bundesregierung zum Ausdruck gekommen ist. Es ist wichtig darauf hinzuweisen, daß, wenn die Bundesrepublik die Beziehungen zu Israel durch Aufnahme diplomatischer Beziehungen normalisiert, sie nichts anders tut, als das, was 80 andere Länder bereits vorher getan haben, darunter die Sowietunion, Jugoslawien und zahlreiche afrikanische Staaten, ohne daß diese normalen Schritte von arabischer Selte hätten beanstandet werden können.

Uns liegt daran, daß im Nahen Osten wirklich eine echte und friedliche Koexistenz der Länder und Staaten stattfindet. Daß auch in diesem Teil der Welt wie in der ganzen Welt der Friede bestehen bleibt und gewährleistet ist.

Europa hat in seinen Bestrebungen auf Einigung Fortschritte gemacht. Die Ausführung von Professor Hallstein heute morgen haben uns in anschaulicher Weise vor Augen geführt, wie stark, wie wichtig, wie bedeutsam die Bildung des Gemeinsamen Marktes, seine Tätigkeit, die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes für die Entstehung eines nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch politischen Europas sind.

Wenn man davon spricht, daß sich jenseits des Eisernen Vorhangs ein gewisser Polyzentrismus - ich würde sagen ein Polyzentrismus in gewissen, sehr leicht überschaubaren Grenzen - anbahnt, wäre nichts verkehrter und verhängnisvoller als die Tatsache, daß auch im Westen Europas ein derartiger Polyzentrismus Platz greifen würde. Mehr als bisher ist es notwendig, daß der Westen zusammensteht und einig bleibt. Er muß diese Einigung in den bestehenden Organisationen bekunden. Er muß sie in der NATO bekunden. Darum hat Herr Minister von Hassel heute morgen gesprochen. Die NATO muß nicht nur als ein notwendiges Bündnis fortbestehen, sie muß vielmehr auch in ihrer Organisation, vielleicht in einer sich verbessernden Organisation fortbestehen. Trotz der Bedenken, die ich heute morgen in einer maßgebenden Zeitung aus der Feder eines bekannten Militärfachmanns gelesen habe, sollte daran weitergearbeitet werden, im Rahmen der NATO die gemeinsame strategische Konzeption zu erarbeiten. Aber auch die anderen Formen der europäischen Einigung müssen und sollen vorwärtsgetrieben werden. Und soweit ich mit Herrn Präsident Hallstein übereinstimme, daß die bestehenden drei europäischen Gemeinschaften ein politisches Phänomen darstellen, daß sie nicht nur im wirtschaftspolitischen Raum arbeiten, sondern auch politische Ausstrahlung auf die beteiligten Länder haben, so glaube ich doch, daß die bedeutsame Tätigkeit dieser Gemeinschaften für sich allein noch nicht ausreicht, um auch die politische Einigung Europas herbeizuführen. Dies war der Grund dafür, daß die Bundesrepublik Deutschland immer wieder erneut und auch nicht ohne Aussicht auf Erfolg ihre Initiative entfaltet hat, um zusätzlich zu den bestehenden europäischen Gemeinschaften ein weiteres Instrument zu schaffen, das eine gemeinsame Koordination der beteiligten Länder durch ein ständiges Konsultativsystem verbürgen soll. Wir sind froh, daß diese Initiative Verständnis und Widerhall gefunden hat und wir bedauern es, daß die Konferenz, die schon in Bälde in Venedig einberufen werden sollte, nunmehr vertagt ist. Ich glaube, die Bundesregierung sollte alles daransetzen, um die Bemühungen in dieser Richtung fortzusetzen, und zu der bestehenden und fortzuführenden wirtschaftlichen Einigung Europas das zusätzliche Element der politischen Einigung hinzuzufügen. Mehr als je erscheint uns diese Einigung des Westens notwendig, mehr als je wird es notwendig sein, auch die Politik des Westens zu koordinieren.

Ich möchte in diesem Zusammenhang ein Wort zu unserem Verhältnis zu Frankreich sagen. Wir erblicken in einer guten Zusammenarbeit mit Frankreich eine wichtige Grundlage unserer Außenpolitik und werden es als verhängnisvoll bezeichnen, wenn eine künftige Geschichtsschreibung vielleicht glaubte, feststellen zu müssen, daß die Möglichkeiten des deutsch-französischen Vertrages nicht in der Weise genutzt worden sind, als die Chancen bei Abschluß dieses Vertrages gegeben waren. Ich bin der Meinung, daß diese Möglichkeiten auch heute noch nicht ungenutzt bleiben dürfen, daß wir alles daransetzen müssen, um im Rahmen unserer bestehenden Gemeinschaften auch diese deutsch-französische Zusammenarbeit für beide Länder ersprießlich zu gestalten.

(Beifall)

Ich habe die feste Hoffnung, daß diese Möglichkeiten auch heute noch bestehen und daß sie genutzt werden sollten.

Es ist von der Deutschland-Initiative gesprochen worden.

Ich möchte dazu nur ein Wort sagen. Wenn wir immer und immer wieder auf die Notwendigkeit einer deutschen Initiative oder einer gemeinsamen Initiative auf deutsche Anregung hinweisen, einer Initiative, die sich mit der Spaltung Deutschlands und mit der Beseitigung dieser Spaltung befaßt, dann haben wir unsere guten Gründe dafür. Der Anspruch der Deutschen auf die Wiederherstellung ihrer Einheit ist unverjährbar. Aber um diesen Anspruch zu verwirklichen, bedarf es einer immer wieder fortgesetzten, immer wieder erneuten, bedarf es einer permanenten Bemühung. Unsere Nation muß wissen, daß sie nicht allein steht, daß sie auf die Hilfe derer rechnen kann, die sich in Verträgen zur Unterstützung unserer Wiedervereinigung bereit erklärt haben, daß es also die gemeinsame europäische Stimme, daß es die gemeinsame Stimme unserer Verbündeten ist, die diese Wiedervereinigung immer und immer wieder fordert.

Und so halten wir es für richtig und notwendig, daß diese Initiative auch jetzt wieder von neuem entfaltet wird, auch dann, wenn vielleicht der Adressat dieser Initiative im jetzigen Zeitpunkt kein geneigtes Ohr dafür haben sollte.

Die Beziehungen zu den Oststaaten sind bereits angesprochen worden im 3. Deutschen Bundestag, und zwar in einem Berichte des Auswärtigen Ausschusses, dem auch unsere Fraktion zugestimmt hat. Es soll danach angestrebt werden, gute und gedeihliche Beziehungen auch zu den Staaten Jenseits des Eisernen Vorhangs zu entwickeln,

soweit nicht vitale deutsche Interessen dadurch gefährdet oder beeinträchtigt werden können.

Die Schritte, die unsere Bundesregierung unternommen und angebahnt hat, bewegen sich in dieser Richtung und haben diese Tendenz. Sosehr ich diese Schritte gutheißen möchte, möchte Ich doch vor ihrer Überschätzung warnen. Niemand, kein vernünftiger Mensch denkt daran, durch eine Verbesserung dieser Beziehungen zu den Staaten des Ostens nun die Gemeinschaft der Staaten, die sich das kommunistische Programm zu eigen gemacht hat, lockern zu können. Das wäre eine zu weitgehende Meinung. Aber Ich glaube, daß allein schon eine gewisse Verbesserung dieser Beziehungen erstrebenswert ist und daß gedeihliche Beziehungen es auch ermöglichen könnten, daß endlich einmal auch die ständig flutende Propagandamaschine, die wir seit Jahren schon gewohnt sind, abgestellt wird und daß man versucht, auch diese Beziehungen mehr auf der Ebene der Sachlichkeit aufzubauen.

Es ist über die Notwendigkeit eines gesunden deutschen Nationalgefühls gesprochen worden, und es ist mit Recht darüber gesprochen worden. Nachdem wir in der Zeit des Nationalsozialismus die Steigerung des Nationalgefühls erlebt haben, nachdem wir nach der Katastrophe des zweiten Weltkrieges die Depressionen erlebt haben, nunmehr, 20 Jahre nach dem Ende des Krieges, ist die Zeit dafür reif, daß unser Nationalgefühl so sei, wie es der Bedeutung unserer Nation entspricht: ein gesundes Nationalgefühl ohne Überschätzung und ohne Unterschätzung.

Natürlich muß dieses Gefühl auch in der Politik zum Ausdruck kommen. Unsere deutsche Politik muß eine eigenständige Politik sein, auch dann, wenn wir uns darüber klar sind, daß unsere deutsche politische Position nicht so stark ist wie unsere deutsche wirtschaftliche Position. Die Bundesrepublik ist keines Landes Satellit. Aber die Bundesrepublik ist sich zugleich bewußt ihrer europäischen Verpflichtung, ihrer atlantischen Verpflichtung, ihrer Verpflichtung gegenüber der ganzen Welt. Sie ist sich bewußt, daß die Erarbeitung einer Politik für ein einzelnes Land notwendigerweise durch eine ständige Koordination erfolgen muß. Wir sind bereit, diese Koordination zu leisten, so wie wir sie auch von den anderen Ländern wünschen. Wir haben im Europarat seit Jahren diese Forderung nach Koordination der Außenpolitik aufgestellt, und wir wünschen, daß im Rahmen der zu schaffenden europäischen politischen Union diese Koordination erfolgen soil. Selbstverständlich auch über den Ozean hinaus wünschen wir eine Abstimmung der Politik, nicht nur mit unseren europäischen Partnern, nicht nur mit Frankreich, sondern auch mit Amerika.

Und so glauben wir, daß die Einordnung unserer Politik in der Tat so zu erfolgen hat, wie sie vom Deutschen Bundestag bei der Annahme des deutsch-französischen Vertrages beschlossen worden ist. Der Deutsche Bundestag hat damais der deutsch-französischen Zusammenarbeit

größte Bedeutung beigemessen. Er hat diese deutsch-französische Zusammenarbeit eingebaut in die Notwendigkeit der europäischen Einigungsbestrebungen. Er hat zugleich aber auch anerkannt die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit unseren atlantischen Partnern. Die Formel, die Präsident Kennedy geprägt hat, atlantische Partnerschaft mit einem vereinten Europa, bewahrt auch heute noch eine Gültigkeit. Dieses vereinte Europa zu schaffen, ist eines der Ziele auch unserer deutschen nationalen Politik.

(Lebhafter Beifall)

Vorsitzender Dr. Krone: Das Wort hat Herr Kühnle und dann Dr. Kroll. Kühnle: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Das Generalthema des Bundesparteitags heißt: Es geht um Deutschland. Darum muß die CDU/CSU weiterhin die Geschicke Deutschlands bestimmen. Nur diese Union ist kraft ihrer kontinulerlichen bewährten politischen Konzeption, dank ihrer praktischen Politik aus einem Guß und ihrer inneren Stabilität in der Lage, die Zukunft des ganzen Deutschlands sinnvoll und fruchtbar zu gestalten. Deshalb bedarf es der Anstrengung aller, die Bundestagswahl im Herbst überzeugend zu gewinnen.

Die langjährige Erfahrung hat gezeigt, daß dies die Geschlossenheit der Führungspitze voraussetzt. Die breite Masse der Wählerschaft schenkt derjenigen politischen Gruppe ihr Vertrauen, die überzeugend und unverdrossen ihre Erfolge und Ziele dargelegt und sie kraftvoll und einmütig vertritt. Das tirfft besonders im außenpolitischen Bereich zu. Das ist die Wirklichkeit – ob sie uns gefällt oder nicht gefällt. Deshalb dürfen wir – wir, das Parteivolk und die ungezählten Wahlhelfer – erwarten, daß die Prominenz der CDU/CSU ihre sachlichen Differenzen – die persönlichen sowieso – zumindest im gegenwärtigen Zeitpunkt intern diskutiert, aber nicht auf offenem Markt echte oder scheinbare Gegensätze austrägt. Wir verlangen hier Disziplin und Zurückstellung der Egoismen von allen Außenministeranwärtern.

(Heiterkeit und Beifall)

Die Schwierigkeiten unserer außenpolitischen Situation in der sich rasch ändernden Welt werden nicht dadurch beseitigt, daß man z. B. aus eigenen Reihen den Rücktritt des Außenministers erwartet oder bei den Problemen, die der deutsch-französische Freundschaftsvertrag erwartungsgemäß bei der autoritären, eigenwilligen und empfindlichen Persönlichkeit des französischen Staatschefs mit sich brachte, öffentlich eine Schuld in vereinfachender Weise auf beide Regierungen verteilt.

Zum letzten ist aktueil zu vermerken, daß wir es nicht sind, die das so notwendige geplante Außenministertreffen der EWG-Staaten in Frage stellen. Wir betrachten es als eine Mißachtung des Idealismus und der millionenfachen Anstrengung aller unserer Freunde im bereits begonnenen Wahlkampf, wenn von oben her in gefährlicher Weise die bitter notwendige Geschlossenheit der CDU/CSU erschüttert wird. Nur wenn wir uns wie ein Mann hinter unseren Bundeskanzler Ludwig Erhard stellen, der das Aufbauwerk seines großen Vorgängers Konrad Adenauer fortzusetzen in der Lage ist, wird der Sieg unser sein.

(Zustimmung)

Dazu hat er in der Vergangenheit als Wirtschaftsminister bereits einen wesentlichen Beitrag geleistet. Angesichts der atomaren militärischen Patt-Stellung in der Welt kommt der Wirtschaftskraft eines Landes die entscheidende Bedeutung zu. Da ist Professor Erhard am richtigen Platz. Wir brauchen den Sieg am 19. September 1965, weil es um uns alle, um Deutschland und den Frieden der Welt geht.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Krone: Dr. Kroll, dann Dr. Kliesing.

Dr. Kroll (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzer! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist das erstemal, daß ich die Ehre habe, vor einem Parteitag der CDU zu sprechen. Ich wäre dankbar, wenn Sie ein wenig Nachsicht mit mir hätten; denn ich weiß nicht, ob ich in jedem Falle den richtigen Ton treffen werde.

(Heiterkeit)

Ich habe ja, wie Sie wissen, in meinem Leben manchmal nicht den richtigen Ton getroffen.

(Erneute Heiterkeit)

Das ist mir dann zum Vorwurf gemacht worden, obschon das, was ich zu sagen hatte, aus einem reinen Herzen kam und von einem Menschen, der wirklich für sich in Anspruch nimmt, vom Tage, da er mit 16 Jahren als Freiwilliger in den Krieg eintrat, bis zum heutigen Tage mit Passion seinem Land gedient zu haben.

(Beifall)

Ich möchte mich hier auf einen bescheidenen Beitrag zu dem Thema beschränken, das ja hier so oft schon angesprochen worden ist, zur Frage der deutschen Wiedervereinigung und damit der Grenzen und Möglichkeiten einer aktiven deutschen Ostpolitik. Ich habe ja diese Politik und die Gebiete des Ostens nicht aus Büchern studiert, sondern Ich habe über 20 Jahre meines Lebens Gelegenheit dazu gehabt, von hochinteressanten diplomatischen Posten aus — sieben Jahre in der Sowjetunion, sieben Jahre in der Türkei, drei Jahre in Japan, beinahe drei Jahre in Belgrad — das politische Geschehen im Osten nun wirklich eingehend zu verfolgen, und ich habe vor allen Dingen in den viereinhalb Jahren, in denen ich Botschafter in Moskau war, wie Sie ja wissen, in ständigen, regelmäßigen und manchmal sehr harten Ausein-

andersetzungen mit den sowjetischen Staatsmännern versucht, das deutsche Interesse dabei zu wahren. Es ist mir nicht immer leicht gefallen. Auch darüber haben Sie gelegentlich in der Presse gelesen.

Als Ich seinerzeit im Frühjahr 1958 zum Botschafter in Moskau ernannt wurde, hat man mir ausdrücklich versichert, daß man von mir Beweglichkeit und Dynamik erwarte, und Ich sah darin einen Appell zur Aktivität. Ich habe dann versucht, diesen Appell zu erfüllen.

Herr Bundeskanzler Adenauer hatte mich damals vor meiner Ausrelse zu einer längeren Aussprache empfangen und mir gesagt: Neben der Besserung der allgemeinen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern, neben der Besserung der politischen, der wirtschaftlichen und der kulturellen Beziehungen und vor allem der menschlich und politisch so wichtigen Aktion der Rückführung der in der Sowjetunion verbliebenen deutschen Reichsangehörigen haben Sie vor allen Dingen zwei große politische Aufgaben, denen ich Sie bitten möchte Ihre besondere Beachtung zu schenken. Das ist: die Stellung der Sowjetunion zur Frage der Wiedervereinigung zu sondieren und vor allen Dingen aber auch alle Dinge, alle Vorgänge genauestens zu beobachten, die wieder einmal zum Abschluß einer französisch-sowjetischen Allianz führen können, die ja dann die endgültige und nochmalige Einkreisung Deutschlands und damit das Ende aller Wiedervereinigungsbewegung bedeutet hätte.

Ich habe mich bemüht, diesen Aufgaben gerecht zu werden. Aber es war nicht ganz leicht. Herr Dr. Adenauer hatte mir gesagt: Sie müssen zu diesem Zweck versuchen, mit Herrn Chruschtschow in einen möglichst engen Arbeitskontakt zu kommen. Das wird Ihnen nicht leicht fallen. Ich kenne diesen Herrn; Ich habe mit Ihm selbst eine recht peinliche Szene im Herbst 55 bei Aufnahme der Beziehungen in Moskau erlebt. Er ist zwar ein sehr kluger Mann, aber er ist auch ein sehr explosiver Mann, eine cholerische Persönlichkeit. Lassen Sie sich von ihm bitte nicht provozieren!

Nun hat aber leider Herr Dr. Adenauer recht behalten. Es war sehr schwierig. Und wenn ich manchmal in der deutschen Presse las, daß Herr Chruschtschow mich sozusagen auf dem Flugplatz empfangen und mich umarmt und gesagt hat: "Nun, endlich sind Sie da!", so kann ich Ihnen nur sagen: das ist eine volle Legende. Es war am Anfang sehr schwer. Vielleicht darf Ich hier eine kurze Begegnung mit Chruschtschow schildern, vielleicht auch, um ein bißchen dazu beizutragen, daß auch der Humor in dieser Versammlung zu seinem Rechte kommt, den Ich bisher vermißt habe.

(Beifall)

Es war beim Empfang in der Indischen Botschaft; es waren etwa 1100 Menschen dort. Chruschtschow kam plötzlich mitten durch den Saal auf mich zu, faßte mich vorne an den Rockaufschlägen und schrie In recht lauter Stimme auf mich ein. Und zwar sagte er: Ihre Regierung hat

meine Friedensvorschläge abgelehnt. Sie wollen wieder Krieg: Sie wollen zum drittenmal nach Moskau marschieren. So ging es weiter. Ich hörte ihn ruhig an; ich hatte ja die strikte Weisung bekommen, mich nicht provozieren zu lassen;

(Heiterkeit)

aber dann fing er an, doch den Bundeskanzler Adenauer in beleidigender Weise zu beschimpfen, und da schien mir doch der Zeitpunkt gekommen, auch etwas zu sagen.

Ich faßte ihn daraufhin auch an seinen Rockaufschlägen und sagte ihm: Nun lassen Sie mich auch einmal etwas sagen! Wir wollen genauso den Frieden wie Sie; aber wir wollen einen echten und keinen Scheinfrieden. Das, was Sie uns angeboten haben, ist kein Frieden, sondern ist ein Diktat: das ist schlimmer als Versailles, und es kommt für uns nicht einmal als Diskussionsgrundlage in Frage. Chruschtschow schaute mich etwas verdutzt an; denn er hatte offenbar ein solches Betragen von einem Diplomaten nicht erwartet, und schließlich sagte er mir: Sagen Sie einmal, gefällt ihnen denn gar nichts an unserem Friedensvertragsentwurf? — Daraufhin sagte ich: Doch, einen Artikel können wir eventuel! akzeptieren, den Artikel, in dem Sie auf die Zahlung von Reparationen verzichten.

(Heiterkeit)

Nun, er lachte auch — ich möchte das noch zu seinen Gunsten sagen — das Eis war gebrochen, die Spannung war beseitigt und seit der Zeit habe ich dann kein unfreundliches Wort mehr von ihm gehört. Wir hatten also den rechten Ton zueinander gefunden.

Ich habe mich dann bemüht, in vielen, vielen Besprechungen mit den sowjetischen Staatsmännern, insbesondere mit Chruschtschow selbst, die Wege für spätere Verhandlungen über die Wiedervereinigung unseres Landes zu ebnen; denn die Wiedervereinigung ist ja die alles überragende Aufgabe. Das ist hier schon so oft ausgesprochen worden; aber ich möchte es doch aus meiner persönlichen Erfahrung heraus noch einmal bestätigen. Ich hab das Menschenmögliche getan, meine Damen und Herren — das können Sie mir glauben —, um die Wege für fruchtbare deutsch-sowjetische Wiedervereinigungsverhandlungen zu ebnen. Denn ich war mir im klaren darüber, auch dann, wenn wir dazu die Hilfe unserer westlichen Verbündeten erwarten müssen, vielleicht auch einmal eine ein bißchen stärkere Hilfe als die, die bisher gewährt worden ist.

(Beifall)

so wird es doch in erster Linie auf das Verhalten der Sowjetunion ankommen, ob es einmal zu dieser Wiedervereinigung kommen wird; denn sie hat ja das Pfand in der Hand.

(Zuruf: Sehr richtig!)

So wenig, wie wir das Saarland ohne die deutsch-französische Aussöhnung nicht wiederbekommen hätten, so wenig können wir auch erwarten, daß wir einmal die jetzt von uns getrennten Teile des Ostens zurückerhalten, ich denke dabei in erster Linie an Mitteldeutschland, aber auch an meine schlesische Heimatprovinz —, wenn wir nicht in direkten Verhandlungen mit der Sowjetunion versuchen, zu einer endgültigen Generalbereinigung der deutsch-sowjetischen Interessen und damit auch zu einer Aussöhnung der beiden großen Völker in Europa, der beiden größten Völker in Europa, des russischen und des deutschen Volkes, zu kommen.

(Beifall)

Ich habe mich für eine solche Aussöhnung in den viereinhalb Jahren meiner Tätigkeit als Botschafter in Moskau eingesetzt, und als ich sah, daß die Alliierten mit ihren Verhandlungen schließlich steckenblieben, kam mir ganz natürlich der Gedanke, ob man nicht in deutsch-sowjetischen Direktbesprechungen eine Lösung dieser Lage finden könnte.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Diese deutsch-sowjetische Direktbesprechungen waren uns ja von der Sowjetreglerung wiederholt angeboten worden — Sie haben darüber in der Presse gelesen —; sie sind uns ja schriftlich und mündlich angeboten worden, und ich habe mich dafür eingesetzt, daß man die Chancen, die in diesen Angeboten lagen, nicht ungenutzt vorübergehen lasse. Mein Jahrelanges Bestreben war es, dafür zu sorgen, daß eventuelle deutsch-sowjetische Direktbesprechungen dann einmal ausmünden müßten in eine Begegnung zwischen Adenauer und Chruschtschow. Das war nicht so leicht; denn natürlich mußte der damalige Bundes-kanzler mit der Auswirkung einer solchen Politik auf Amerika und auf unsere westlichen Bundesgenossen rechnen, und er hatte natürlich mancherlei Bedenken, die ich durchaus geteilt habe.

Aber es war ja von vornherein klargesteilt, daß wir ein solches Direktgespräch nicht hinter dem Rücken unserer westlichen Verbündeten führen würden, sondern im vollen Einvernehmen mit ihnen; denn sie hatten uns ja oft genug dazu aufgefordert. Keineswegs war es so, daß diese Angebote nur von russischer Seite gemacht worden wären. Auch unsere westlichen Verbündeten hatten gegen solche Besprechungen nichts einzuwenden, vorausgesetzt, daß sie in loyaler Weise von uns informiert werden würden.

Nun, bisher ist es zu solchen Direktbesprechungen auf höchster Ebene nicht gekommen. Ich hätte es außerordentlich begrüßt, wenn Chruschtschow in die Bundesrepublik gekommen wäre, wozu er ja durch Bundeskanzler Erhard eingeladen worden war, und ich bin auch überzeugt, daß dieser Besuch keln Mißerfolg geworden wäre. Er hätte sogar ein Erfolg werden können, melne Damen und Herren. Ich sage das hier bewußt, obwohl ich sehr nüchtern in solchen Dingen denke. Es

hätte sogar ein Erfolg werden können, wenn eine solche Begegnung die erste einer Serie von Begegnungen geworden wäre; weitere hätten sich dann anschließen müssen, und bei diesen weiteren Begegnungen wäre man dann auch von den leichter zu lösenden Fragen allmählich zu den schwierigen und komplizierten Fragen vorgeschritten. Ich bin überzeugt davon, daß wir dann heute bereits ein ganzes Stück weiter wären.

Nun, dazu ist es nicht gekommen, und ich möchte nur sagen, wir haben keinen Anlaß dazu, als Deutsche den Sturz Chruschtschows zu begrüßen. Im Gegenteil: Ich glaube, es wäre für uns besser gewesen, er wäre noch eine Zeitlang an der Macht geblieben.

Was seine Nachfolger anbetrifft - vielleicht werden Sie von mir auch ein Wort darüber erwarten; ich habe sie ja beide gut gekannt -, so möchte ich ausdrücklich sagen, gegenüber manchen Darstellungen, die ich in der Presse gelesen habe, daß sie doch nüchterne, besonnene Politiker sind, sehr harte Arbeiter. Menschen, die alles andere als Abenteurer oder Fanatiker sind. Und was uns besonders interessiert: Ich habe von beiden nie ein unfreundliches Wort über unser Land gehört. Im Gegenteil: Ich entsinne mich auf eine Begegnung zwischen Chruschtschow, Mikojan, Kossygin und mir in der Neujahrsnacht 1960 auf 1961 im Wintergarten des Kreml. Wir hatten uns dorthin zurückgezogen, weil Chruschtschow Wert darauf gelegt hatte, mit mir zu sprechen. Nach einer zweistündigen, sehr ernsten Unterhaltung stand dann Kossygin auf und sagte, er möchte einen Trinkspruch auf den deutschen Botschafter ausbringen. Er erhob sich, stieß mit mir an und sagte: Herr Botschafter, Sie sind für uns der Botschafter aller Deutschen. - Nun, ich empfand das Ganze nicht als Voreingenommenheit gegenüber unserem Land.

Ich möchte meine kurzen Ausführungen schließen mit einem Bekenntnis. Ich bin ja neu in die Politik gekommen; ich will nicht sagen, ich habe mich entschlossen, Politiker zu werden; denn das hat einen unangenehmen Beigeschmack.

(Heiterkeit)

Aber ich bin ganz neu in der Politik, ich komme zum erstenmal hierher, und ich hatte eigentlich gedacht, ich würde in eine Schlacht geraten. Nun habe ich jedoch gesehen, daß ich eigentlich in eine Sitzung des Auswärtigen Ausschusses gekommen bin.

(Erneute Heiterkeit)

Hier sind sehr kluge und sehr wohl formulierte Dinge ausgesprochen worden, die alle ganz zutreffend sind. Ich hätte eigentlich gar nichts daran auszusetzen. Doch ich dachte mir eigentlich so in meiner politischen Naivität, die ich, wie gesagt, auf die kurze Zeit zurückzuführen bitte, die ich erst in der Politik bin, ich würde hier für meinen Wahlkampf im Wahlkreis 22 mit vielen Argumenten ausgerüstet werden.

mit denen Ich dann meine Gegner glänzend aus dem Feld schlagen würde. Also die habe ich bisher noch nicht gehört.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich hätte mich gefreut, wenn dieser Parteitag wie eine Schlacht ausgegangen wäre, in der unsere Gegner dann zerrissen und zerfetzt am Boden gelegen hätten.

(Erneute Heiterkeit)

Jedenfalls gedenke ich meinen Wahlkampf im Kreis Oldenburg/Ameland/Friesland so zu führen, keineswegs gehässig, auch nicht polemisch, aber doch hart, nicht auf der weichen Welle.

(Beifall)

Ich glaube auch, daß man dabei gerade bei der jüngeren Generation Anklang finden wird.

(Zustimmung)

In meinen bisherigen Versammlungen — ich habe schon eine ganze Reihe abgehalten und stets anschließend eine Diskussion geführt — ist mir aufgefallen, ich kann sagen, angenehm aufgefallen, wie außerordentlich ernst sich die jüngere Generation für die Ideellen, für die großen nationalen Fragen zu interessieren beginnt. Da waren keine Fragen, ob die Löhne oder die Preise steigen würden; vielmehr kamen laufend Fragen an mich: Wie denken Sie über die großen nationalen Fragen unserer Zeit, wie denken Sie über die Wiedervereinigung, von der wir ja wissen, daß letzten Endes die künftigen Historiker die Tätigkeit unserer Bundesregierung danach beurteilen werden, was sie zur Lösung dieses Problems der Wiedervereinigung getan hat?

(Beifall)

Das wird die Frage sein, die unsere Historiker künftig stellen werden, und ich war erfreut zu sehen, daß doch die junge Generation in unserem Lande wirklich beginnt, sich mit ihrem Interesse wieder den großen nationalen Fragen zuzuwenden.

Das bringt mich auch auf eine letzte Bemerkung. Ich bin vorhin von einem Journalisten in der Wandelhalle hier gefragt worden: Was denken Sie über die Vorschläge Mendes auf dem Frankfurter Parteitag? — Nun, diese Vorschläge, meine Damen und Herren, die ja von der CDU — meines Erachtens sachlich mit Recht — abgelehnt werden, haben doch bei einem großen Teil der jungen Generation und bei der Presse sehr viel Anklang gefunden. Wir wollen das gar nicht unterschätzen. Wenn wir sie ablehnen — meines Erachtens lehnen wir sie mit Recht aus sachlichen Gründen ab —, dann müssen wir sie überzeugend ablehnen, und wir müssen nach Möglichkeit eine solche Ablehnung auch noch erweitern und ergänzen mit besseren Vorschlägen, die wir zu machen haben.

(Lebhafter Beifall)

Mit dem bloßen Nein ist es nicht mehr getan. Sie kennen ja alle den Ausspruch: Du sprichst vergeblich viel, um zu versagen; der andere hört aus allem nur das Nein. So ist es doch!

(Zurufe: Konkrete Vorschläge machen!)

– Ja, konkrete Vorschläge machen! Ich wäre durchaus bereit, konkrete Vorschläge zu machen, aber nicht hier. Sehen Sie, da würde ich dann schon den Auswärtigen Ausschuß vorzlehen; denn jeder Mensch weiß ja, daß er, wenn er sich vorzeitig in die Karten schauen läßt, vermutlich den Skat verliert.

(Heiterkeit und Beifall)

Sie können mich also durchaus auf konkrete Vorschläge hin ansprechen, jedoch nicht hier in diesem Kreis. Sie sind da, und ich kann Ihnen nur eines sagen: Die konkreten Vorschläge werden dahin lauten müssen — das kann ich hier aussprechen —, daß man zwar über die Zone, aber nicht mit der Zone spricht.

(Beifall)

Über die Zone können Sie nur sprechen mit denjenigen Menschen, die in der Zone regieren. Das ist nicht Herr Ulbricht, sondern das sind die Russen.

(Zuruf: Sehr wahr! - Beifall)

Ich habe nicht den Eindruck — und ich stimme da mit meinem Freund Jahn völlig überein, der vorhin hier gesprochen hat —, daß die sowjetische Politik unter allen Umständen bis zum Jahre 3000 die gleiche bleiben wird. Warum denn? — Wir haben ja bisher gesehen, wie sich die Welt schon in den letzten 20 Jahren gewandelt hat. Sind wir denn heute, im Jahre 1965, auf dem gleichen Stand wie 1955, vor 10 Jahren? Und wo werden wir 1975 sein? Wir wissen, daß doch alles jetzt in Fluß gekommen ist.

Wir können die Grenzen und die Möglichkeiten dieses großen Umschichtungsprozesses in der Welt noch gar nicht übersehen. Eines aber ist sicher: daß sich auch die sowjetische Deutschland-Politik aus diesem Wandel nicht wird heraushalten können, die ja ohnehin sachlich schon längst überholt ist.

Man kann einem Volk wie dem deutschen, dem zweitgrößten Volk Europas, man kann Deutschland, der zweitgrößten Handelsmacht und Außenhandelsmacht der Welt, dem drittgrößten Industriestaat der Welt, auf die Dauer unmöglich das Selbstbestimmungsrecht absprechen. Das geht nicht, das wird auf die Dauer auch in unserem Falle nicht gehen, und wir werden eines Tages das Selbstbestimmungsrecht für uns in Anspruch nehmen, um uns wieder mit unseren Landsleuten in der Zone zu vereinigen. Das wird auch die Sowjetunion nicht verhindern können.

(Starker Beifall)

Ich glaube jedoch, wir sollten auch — damit möchte Ich schließen — unseren jungen Menschen doch ein politisches Leitbild, ein nationales Leitbild auf den Weg geben. Sie verlangen es; sie fordern es von uns, und mit Recht. Hier ist ja schon gesagt worden, daß es geradezu töricht sei, töricht auch von manchen Menschen in den Ländern, die mit uns verbündet sind, uns immer wieder die lächerlichen 12 Jahre, die doch nur eine Sekunde sind im Leben unseres Volkes, das ja auf eine geschichtliche Vergangenheit von 2000 Jahren zurückblickt, vorzuhalten.

Das deutsche Volk hat der Menschheit viel gegeben; es hat ihr viele große und noble Geister geschenkt, deren Genie wie ein Komet die Jahrhunderte erleuchtet hat. Das wollen wir unseren jungen Menschen auch einmal sagen, die das inzwischen vielleicht vergessen haben, weil es ihnen ja niemand mehr sagt.

(Beifall)

Ich spreche es hier auch ganz offen aus, und damit will ich schließen: Ich glaube trotz allem, was geschehen ist, an das Gute und Edle im deutschen Menschen. Ich habe mit ihm zusammen im Schützengraben gestanden; ich habe mit ihm zusammen gewirkt und gearbeitet, auch in schwierigen Posten gearbeitet und habe gesehen, was für ein wertvoller Mensch das ist. Darum sollten wir auch nicht irgendwie pessimistisch werden, auch dann nicht, wenn nicht gleich alle Blütenträume wahr werden. Das deutsche Volk ist noch nicht am Ende seines geschichtlichen Weges angelangt; es braucht noch nicht in den Schatten der Geschichte zurücktreten. Im Gegenteil, es hat seine irdische Aufgabe noch zu erfüllen, und ich bin davon überzeugt, daß wir auch künftig der Menschheit für den Aufbau einer besseren, friedlicheren und glücklicheren Weit manchen wertvollen Beitrag werden leisten können. — Ich danke Ihnen.

(Anhaltender starker Beifall)

Vorsitzender Dr. Krone: Meine Damen und Herren, ich darf wohl feststellen, daß die neue Fraktion in dem Botschafter a. D. Kroll einen jungen, aktiven Abgeordneten bekommen wird.

(Lebhafter Beifall)

Herr Dr. Kliesing, bitte!

Dr. Kliesing: Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Mir fällt nun die etwas undankbare Aufgabe zu, Sie aus den Höhen der Diplomatie wieder hinabzuführen in die Sphäre des politisch alltäglich Notwendigen; denn was helfen uns die besten Ideen über die Wiedervereinigung, wenn wir unterdessen versäumen, jene Sicherhelt in unserer Bundesrepublik herzustellen und zu gewährleisten, die nun einmal für die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit unabdingbare Voraussetzungen sind.

(Beifall)

Wir haben heute morgen überzeugend hier gehört, daß der sowietische Kommunismus - früher nannte man ihn einfacher: Bolschewismus nichts an seiner Gefährlichkeit bisher eingebüßt hat. Und wenn ich diese Feststellung in Zusammenhang bringe mit der Tatsache, daß wir heute in Ost und West eine Politik haben, der man meines Erachtens unberechtigterweise das Prädikat Entspannungspolitik gegeben hat, dann ergeben sich daraus einige Fragen, von denen ich hier nur eine oder zwei herausgreifen möchte. Die erste Frage Ist: Welche Konsequenzen sind aus der Tatsache zu ziehen, daß die Sowietunion eine sogenannte Entspannungspolitik betreiben will. Diese sogenannte Entspannungspolitik hat ihre Ursache wohl darin, daß auf Grund des derzeitigen atomaren Patts der sowietischen Politik ein heißer Krieg hier in Europa als ungeeignetes Mittel erscheint, um den Sieg der Weltrevolution zu vollziehen. Da aber ihre Gefährlichkeit und ihre Aggressivität weiterhin bestehen, kann doch die Folgerung nur die sein, daß dieser kommunistische weltrevolutionäre Angriff auf unsere Frelheit andere Methoden und andere Wege gewählt hat. Ich halte deshalb nichts für verfehlter als zu sagen, der kalte Krieg sei beendet oder nähere sich seinem Ende. Im Gegentell, ich meine gerade die Tatsache, daß der heiße Krieg in Europa rebus sic stantibus unwahrscheinlicher geworden ist als vor einigen Jahren, sollte uns doch darauf hinweisen, daß der kalte Krieg und die Methoden des kalten Kriegs heute im Denken der sowietischen Politiker eine größere Rolle spielen als ie zuvor.

Da haben wir nun die zweite Frage zu stellen, ob unsere Verteidigungspolitik dem entspricht? Ist sie in ihrem Wesen und in ihren Maßen dem Charakter der Bedrohung adäquat? Ist es etwa so, daß unserer militärischen Verteidigungsbereltschaft eine zivile Bereitschaft gleichwertig und gleichangesehen zur Seite steht? Ist es so, daß unsere Wirtschafts- und Sozialpolitik in einem hinreichenden Maße in die Aufgabe der Strategie der Verteidigung unserer Freiheit eingebaut ist? Ist es vor allen Dingen so, daß die heute morgen vom Verteidigungsminister hier zitierte geistig-seelische Abwehrbereitschaft überall im notwendigen Maße aufrechterhalten wird? Es liegt gerade hier in diesem Punkte meines Erachtens eine sehr große Gefahr angesichts des Denkens der Wohlstandsgesellschaft. Wir wollen es doch offen aussprechen, daß unsere gesamte Verteidigungspolitik einschließlich Bundeswehr für "Katz" ist, wenn eben die geistig-sittliche Verteidigungsbereitschaft unseres Volkes nicht besteht.

(Beifall)

Konkret gesprochen aber ergibt sich daraus meines Erachtens eine notwendige Folgerung. Alle die von mir angesprochenen Sachgebiete der Verteidigung — der Begriff Verteidigung in einem umfassenden Sinn genommen natürlich — müssen ihre organisatorisch ausreichende Form im Rahmen der Bundesregierung finden, das heißt mit anderen Worten.

unter diesen Gesichtspunkten, Herr Vorsitzender, erhält Ihr Amt, das des Vorsitzenden des Bundesverteidigungsrates, eine ganz eminent wichtige Bedeutung. Ich bin der Auffassung, daß deshalb dieses Amt weiterhin ausgebaut werden muß, nicht im Sinne eines Superministeriums, auch nicht in der Art, daß es in die Kompetenzen der einzelnen Fachressorts eingreifen sollte — das wäre auch wider das Grundgesetz — aber ich glaube doch, daß für den Gesamtbereich unserer Verteidigung, wie wir den Begriff auffassen müssen angesichts des totalen Charakters der Bedrohung, eine große Koordinierungsstelle geschaffen werden muß, deren sachliche Interessen noch über die Bundesregierung hinausgehen. Ich möchte meinen, daß gerade angesichts auch der wichtigen geistig-sittlichen Aufgaben, die hier vor uns stehen, auch ein Weg gefunden werden müßte, damit der Bundesverteidigungsrat das Gespräch mit der Ständigen Konferenz der Kulturminister aufnehmen könnte.

Lassen Sie mich noch zu einem anderen Gedanken kurz Stellung nehmen, nämlich zum NATO-Bündnis. Wenn ich vorhin sagte, daß nach meiner Überzeugung es im Augenblick der Sowjetunion wenig aussichtsreich erscheint, hier in Europa dem Kommunismus mittels eines heißen Krieges zu einem Siege zu verhelfen, so fügte ich hinzu: rebus sic stantibus, das heißt die Situation in diesem Punkte könnte sich entscheidend wandeln durch eine wesentliche Veränderung der militärtechnischen oder der militärpolitischen Lage. Wir alle wissen ja nicht, wie weit die Sowiets sind mit ihren Anti-Raketen-Raketen, Wir wissen nicht, was aus Satellitenstationen im Weltraum auf uns zukommen könnte, rein militärtechnisch gesehen. Wir wissen nicht, welche neuen Offensivmöglichkeiten etwa die Bündelung von Lichtenergie mit sich bringt und derartige Dinge mehr. Wir wissen nur eins, daß die westliche Strategie schon einmal von einem militärtechnischen Ereignis überrascht worden ist, das die gesamte westliche Strategie ins Wanken gebracht und erschüttert hat, daß die Nachwirkungen bis heute noch nachklingen. Ich denke an den Sputnik im Jahre 1957, der bekanntlich die bis dahin geübte amerikanische und NATO-Abschrekkungsstrategie in ihren Wesenselementen verändert hat. Wer schützt uns davor, daß eine solche Überraschung nicht heute oder morgen wieder eintreten kann. Unter diesen Umständen warne ich vor der Soralosiakeit, die da glaubt annehmen zu können, daß angesichts dieses atomaren Patts ein Krieg in Europa für ewige Zeiten ausgeschlossen sei. Ich kann es einfach nicht verstehen, wie man heute -Herr Kopf zitierte diesen Artikel schon - uns ermahnt, wir sollten doch etwas gelassener die Dinge entgegennehmen, und wir könnten die Frage, was geschieht, wenn die abgestufte Abschreckung eines Tages versagt, doch einfach beantworten mit einem Hinwels darauf, daß sie doch niemals auf die Probe gestellt würde. Das kann doch weiß Gott heute niemand voraussagen. Deshalb sollten wir sehr vorsichtig sein.

Die andere Möglichkeit, daß die Situation für uns hier wieder erneut sehr gefährlich wird, besteht darin, daß sich die militärpolitische Situation in Europa wesentlich ändert. Da haben wir die Frage zu stellen, was ist eigentlich mit der NATO los?

Wenn ein militärpolitischer Schrumpfungsprozeß der NATO hier weiter vonstatten gehen könnte, dann könnte eines Tages der Punkt eintreten, wo sich tatsächlich eine qualitative — nicht eine quantitative — Veränderung in der Beurteilung der militärpolitischen Situation Europas durch die Sowjetunion ergibt. Deshalb, glaube ich, sollte eine der notwendigsten Initiativen der Bundesregierung der NATO gelten. Wir müssen dazu kommen, aus der NATO das zu machen, was sie im ursprünglichen Sinne auch sein sollte, nämlich ein politisches Bündnis, das zu einer Koordinierung nicht nur militärischer Verteidigungsmaßnahmen, sondern vor allen Dingen auch der politischen Strategien führt.

Ich halte das geradezu für lebensentscheidend für uns und kann mir bisher jedenfalls keine Lösung außerhalb der NATO vorstellen, insbesondere auch angesichts der Tatsache, daß die NATO bisher die einzig geeignete Basis für die Entwicklung einer politischen atlantischen Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten darstellt. Wir sollten diese Dinge nicht so leicht nehmen und sollten vor allen Dingen die NATO nicht so weiterschlittern lassen, wie das leider in den letzten beiden Jahren der Fall war. Allerdings werden wir bei unseren Verbündeten, insbesondere bei den Vereinigten Staaten, für unsere Argumente nur dann Gehör finden können, wenn wir selbst unseren eigenen Verteidigungswillen glaubhaft machen werden. Das aber ist eine Aufgabe, die nicht dem Bundestag und der Bundesreglerung allein zusteht, sondern dieses Glaubhaftmachen unseres eigenen ernsten Verteidigungswillens gegenüber der Bedrohung des Kommunismus ist eine erzieherische Aufgabe unserer Partel am ganzen Volke.

(Beifall)

Präsident Dr. Krone: Das Wort hat Herr Dr. Meyer-Staude.

Dr. Meyer-Staude: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine lieben Parteifreunde! Ich werde Ihre geschätzte Aufmerksamkeit nur drei Minuten in Anspruch nehmen. Der Herr Bundesverteidigungsminister hat in einem bemerkenswerten und aufschlußreichen Bericht von der Situation gesprochen, in der sich die Bundeswehr befindet, in der wir uns mit der Bundeswehr befinden. Er hat ausgeführt, daß die Bundeswehr als echtes Instrument des Friedens im NATO-Defensivverband allerdings nur dann völlig wirkungssicher agieren kann, wenn sie dem jeweils besten und vollkommenen technischen Rüstungsstand angepaßt ist. Es ist ganz klar, NATO-Partner harmonieren um so besser, je angeglichener und vollkommener ihr allgemeiner und spezieller Rüstungsstand ist.

Militär aufzubauen und Militär auszurüsten, kostet Geld. Das zeigt die preußisch-deutsche Geschichte nicht nur erst vom vorigen Jahrhundert an. Ein kommender Bundestag sollte deshalb dem entsprechen, den Etat für die Bundeswehr großzügig und mit einem gewissen Prioritätsrang zu behandeln. Wenn Sie übrigens, meine Damen und Herren, bedenken, was allein ein Panzer modernster Bauart kostet, — wir wollen gar nicht reden von der Luftwaffe und der Marine — dann werden Sie zu der Einsicht kommen, daß der Etat des Bundesverteidigungsministeriums gar nicht so hoch angesetzt war, daß man hier hätte zurückstecken sollen. Wir wollen doch alle die besten Panzer haben.

Meine Damen und Herren! Wenn ich etwas Gutes und mir Nützliches erwerben will, dann kann ich das auch nicht damit vollbringen, daß Ich mit der Hand das Portemonnaie zuhalte. Im übrigen scheinen mir Investitionen für die Bundeswehr die beste Garantie und Kapitalanlage für Freiheit und Frieden unserer gesamten Nation zu sein.

Es ist bitter, wenn man immer nur die Vorwürfe darüber hört, was die Bundeswehr kostet und wie es wohl manchmal darin zugehen mag. Nicht der geringste Vorwurf gegen die Weimarer Republik ist gewesen, sie habe kein Geschichtsbild hervorgebracht, ihr Heer habe sich dem Staat versagt. Damals — die Älteren unter uns werden das noch genau wissen — sprach man von den "Noskes" statt von der Reichswehr. Es liegt ganz an uns, daß sich derlei Dinge nicht wiederholen. Wir sollten lernen zu sagen nicht "die Bundeswehr", wie es immer in der Zeitung steht, sondern "unsere Bundeswehr",

(Beifall)

auch wenn wir glauben, uns kritisch mit ihr auseinandersetzen zu müssen. Unsere Bundeswehr ist es, in der unsere Jungen dem Vaterland dienen und auch unsere Enkel.

(Beifall)

Ein Recht, sich mit der Bundeswehr und ihrem völlig neuen inneren und äußeren Aufbau auseinanderzusetzen, hat nur, wer sich um sie kümmert. Und hier, glaube ich, hapert es wohl etwas mit unserer Bereitschaft. Ich habe den Vorzug gehabt, vor nicht allzu langer Zeit an einem Lehrgang auf der Bundeswehrschule für innere Führung in Koblenz teilzunehmen. Zu meinem Erstaunen mußte ich dort vernehmen, daß beispielsweise die Gewerkschaften sich leichter zu einer Diskussion über die Dinge der inneren Führung stellten als gerade wir. Vielleicht mag sich das hier und da anders verhalten. Ich habe in jüngster Zeit eigentlich gerade wieder das Gegenteil gehört. Wir sollten nirgends, wo uns ein Anlaß dazu gegeben wird, versäumen, allen Gliedern der Bundeswehr das Gefühl zu geben, daß wir restlos hinter ihr stehen, daß sie unsere Bundeswehr ist. Die Bundeswehr wählt auch mit.

Die SPD versucht jüngst mit Volldampf auch hier nachzuziehen. Sie sagt: "Zwischen Euch und uns" auf die Bundeswehr bezogen. Nun, da gibt es ja einen ganz kleinen Unterschied. Darauf kann die Antwort zu Ehren der Bundeswehr nur lauten: "Es lebe der kleine Unterschied!"

(Beifall)

Vorsitzender Bundesminister Dr. Heinrich Krone: Das Wort hat Herr Fyrnys, dann Herr Dr. von Merkatz.

Herr Fyrnys: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die wenigen Sätze, die ich hier zu sagen habe, werden sicher nicht sehr neu sein. Aber sie erhalten den Wert dadurch, daß sie von einem Vertreter der jüngeren Generation ausgesprochen werden. Es hat sich die Frage gestellt: "Was ist mit unserer außenpolitischen Konzeption?" Unsere außenpolitische Konzeption, so meine ich, wird nach wie vor bestimmt von der Bedrohung des Kommunismus. Das, was viele sich erhoffen von dem Zwiespalt im Osten, daß der monolithische Block gespalten wird, das darf uns — so hat es Präsident Kennedy ausgedrückt — keineswegs Anlaß zur Freude sein; denn der Streit ist nur ein Streit darüber, wie man am schnellsten unsere freiheitliche Welt zu Grabe führen kann.

(Beifall)

Wenn der Akzent meiner Sätze ein wenig anders gesetzt wird als etwa von Herrn Botschafter a. D. Kroll, dann vielleicht deshalb, well ich dem Kommunismus nicht als Diplomat begegnet bin, sondern als einer der Unterdrückten und von ihm Verhafteten. Ich möchte ganz kurz auf ein Dokument ganz kurz hinweisen, das meines Erachtens viel zu wenig bekannt ist: Eine Rede des damaligen Diktators Chruschtschow, gehalten am 12. Dezember 1962 vor dem Obersten Sowjet auf dem Höhepunkt der Koexistenz nach der Kuba-Krise. Dort hat uns der Sprecher des Ostblocks gesagt, was der Ostblock unter Koexistenz versteht, und das gilt auch heute noch; denn wir wissen ja, daß immer stärker das Wort des "Chruschtschowismus ohne Chruschtschow" gebraucht wird, das heißt, daß diese Auffassung der Koexistenz nach wie vor gilt.

Was sagt Chruschtschow in dieser Rede am 12. Dezember 1962? "Schon Lenin war für die Koexistenz gewesen." Der Beweis dafür ist folgender: Der Führer des Weltkommunismus Lenin hat mit dem kapitalistischimperialistischen Deutschland zu Beginn des Jahres 1918 in Brest-Litowsk ein Musterbeispiel für die Koexistenz geliefert, in dem der Kommunist mit dem Imperialisten einen Friedensvertrag geschlossen hat. Diese Koexistenz von Brest-Litowsk hat es ermöglicht — so nachzulesen in dieser doch nicht veralteten Rede von Chruschtschow —, daß heute der Kommunismus mitten in dieser Nation steht, mit der wir damals Koexistenz geübt haben.

Ich glaube also, es ist keine Illusion oder Scharfmacherei, wenn wir sagen: Die Bedrohung durch den Kommunismus gilt nach wie vor.

Wenn das aber so ist, dann bleibt für uns nur die Konsequenz, die NATO, das westliche Verteidigungsbündnis, und die CDU zu stärken, die noch die Partei war und ist, die mit aller Klarheit, Kraft und Entschiedenheit in die NATO hineingegangen ist und weiterhin mit der NATO geht, und zwar so kraftvoll, daß selbst die Opposition in das Schlepptau dieser Christlich-Demokratischen Union hineingezwungen ist. Das ist doch der Grund, daß wir wenigstens ein Minimum von gemeinsamer Außenpolitik in Deutschland haben.

Was würde mit Deutschland geschehen, wenn der deutsche Wähler diesen Motor für die Verteidigungspolitik am 19. September abstellen würde? Das ist nicht auszudenken. Es ist von Ihnen, Herr Bundesverteidigungsminister von Hassel, gesagt worden: "Die Zügel drüben im Ostblock sind gelockert worden, aber die Menschen bleiben doch gezügelt." Ich meine, daß die Zügel wenigstens gelockert worden sind, das eben ist schon ein Ergebnis der Politik der starken Verteidigungsbereitschaft der westlichen Welt.

(Beifall)

Und noch ein letzter Satz. Es ist auch vom Herrn Professor Friedensburg vom Wandel der Mentalität insbesondere bei der jüngeren Generation gesprochen worden. Während es nämlich in den Jahren 1945, 46, 47 "um den Krautkopf" ging — so sagte er wörtlich —, beschäftigt sich heute der Bundesbürger mit der Ferienreise an die Riviera. Ich meine, es ist notwendig, an diesem Parteitag dem deutschen Bürger und Wähler vom 19. September 1965 mit aller Deutlichkeit zu sagen, daß er heute nicht nur "die Freiheit mit seinem Krautkopf", sondern die Freiheit mit seiner Reise nach der Riviera zu verlieren hat.

(Beifall)

Vorsitzender Bundesminister Dr. Heinrich Krone: Das Wort hat jetzt der Herr Dr. von Merkatz und dann Herr Klaus Jäger aus Baden-Württemberg.

Dr. von Merkatz: Herr Vorsitzender! Melne sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe nicht die Befugnis, Wertungen von Diskussionsbeiträgen vorzunehmen. Aber ich glaube, das, was eben gesagt worden ist, habe ich jedenfalls persönlich als sehr wohltuend, als elne klare Außerung empfunden.

(Beifall)

Ich stelle mit Besorgnis fest, daß wir wieder in die Gefahr hinelnkommen, in eine Stimmungspolitik zu verfallen.

Das hängt eng mit der demokratischen Grundlage jeder Politik zusammen. In den heutigen modernen Verhältnissen ist Außenpolitik sehr viel schwieriger zu führen als in der klassischen Zeit Bismarcks, deren wir jetzt ja gedenken. Stimmungspolitik und diese nationale Unmutswelle, die da zu spüren ist, schränkt tatsächlich die Bewegungsfreiheit der Regierung ein. Sie ist kein Beitrag zum Positiven, weil die Regierung zu Handlungen und zu Erklärungen gezwungen wird, die sehr oft daneben liegen.

Es gibt gewisse Vokabeln. Wenn die ausgesprochen werden, hört jedes logische politische Denken auf. Und das Ist eine Gefahr. Es gehört sozusagen zur Reputation eines Menschen, der Geltung beansprucht, daß er "von den großen Wandlungen" in der Welt spricht. Darüber muß man doch einmal genau nachdenken: Was hat sich gewandelt? Gewiß: Wir wandeln uns alle, von Jahr zu Jahr, von Tag zu Tag.

Eine große Änderung ist eingetreten: daß die "dritte Welt" — ich meine die aus der Vorherrschaft der Weißen emanzipierten Staaten — immer mehr ein beherrschender Faktor vor allen Dingen bei den Vereinten Nationen wird mit dem Ergebnis, daß die Vereinten Nationen augenblicklich handlungsunfähig sind. Hier wird um die Führung gestritten. Das ist eine große Weltlage. Aber im Verhältnis zu uns und zu unseren Fragen — hat sich da eigentlich in der Grundlage der Weltsituation Wesentliches gewandelt? Wir haben die gleiche Aggressivität der Sowjetunion, und es zeichnet sich nicht der geringste Gesinnungswandel ab. Im Gegenteil: Die sowjetische Politik gegenüber der Bundesrepublik Deutschland und damit gegenüber unserem ganzen Volk hat härtere Züge entwickelt als das bisher der Fall war.

(Beifall)

Von der Theorie, daß man irgendwie eine Wiedervereinigung Deutschlands zustandebringen könne, kam dann die Zwei-Staaten-Theorie, und dann hat Herr Gromyko erklärt: "Sie können sich gar nicht mehr vereinigen, weil sie sich so verändert haben." Und die dritte Phase setzt jetzt wieder ein, in der man ganz deutlich bestrebt ist, die Bundesrepublik von ihren Bündnispartnern zu trennen, um damit zu verhindern, daß ein vereinigtes Europa zustande kommt, und im NATO-Bündnis, das uns schützt, Auflösungserscheinungen zu befördern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann es nur so sehen: Die Politik der Sowjetunion – ihre Propaganda – versucht, die bei uns ausgebrochene verständliche Unruhe in ihrem Sinne zu nutzen. Sie treibt einerseits eine Propaganda bei unseren Bundesgenossen, eine antideutsche Stimmung zu erzeugen, und bei uns, unsicher zu werden gegenüber den Bundesgenossen.

Hier stecken Gefahren. Ich will nicht sagen, daß das absolut und unveränderlich so ist. Aber hier stecken Gefahren. Sehen Sie doch einmal hin! Leben wir überhaupt noch — ich frage bloß, ich behaupte nicht, daß es so ist — in einer Entspannungsperiode? Sehen Sie sich doch die Welt an! Was geschieht in Südostasien? Ich fasse vorläufig noch China und die Sowjetunion zusammen. Wenn sie auch untereinander um die Führung im Kommunismus streiten — in den weltpolitischen Fragen sehe ich doch eine gewisse Kooperation in Südostasien.

(Beifall)

Vor allen Dingen sollte man einmal seine Aufmerksamkeit weniger auf die politischen Vorgänge und mehr auf die Kontakte zwischen den beiden Armeen lenken, der Roten Armee und der chinesischen Armee. Ich glaube, daß da einige interessante Dinge festzustellen wären. Ich deute es nur an. In Südostasien sind unsere amerikanischen Freunde in einen ihre gesamte politische Weltgeltung berührenden Konflikt verwickelt, stark gebunden. Dazu kommt, daß sie auch innenpolitisch eine ganze Menge von Problemen zu bewältigen haben.

Und im Nahen Osten? Hier kann man doch feststellen, daß eine Kooperation oder irgendwie ein Zusammenklang zwischen der nationalrevolutionären Bewegung im arabischen Raum und im Kommunismus
stattfindet. Jedenfalls, sie können zusammenkommen; das ist noch nicht
ausgereift. Aber das bedeutet doch, daß hier der Kommunismus der
Sowjetunion an den Küsten des Mittelmeers Fuß faßt. Sie wissen: der
Konflikt in Cypern. Die Türkei und Griechenland sind absolut nur hierauf konzentriert. Es besteht die Gefahr, daß die Türkei isoliert wird.
Die Verhältnisse in Griechenland sind nicht sehr erfreulich. Es ist also
ein Umfassungsmanöver, was hier gemacht wird, in dem der harte
Kern Europas umgangen wird in Richtung auch auf Spanien, Portugal
und Italien, Nordafrika. Außerdem wird das Tor nach Schwarz-Afrika
durch diese Operation geöffnet.

Meine Damen und Herren, das sind keineswegs Symptome einer Entspannungspolitik,

(Beifall)

sondern hier kämpft die Sowjetunion um ein gutes Stückchen Geltung auch gegenüber den Chinesen.

Alle Politik ist doppelbödig, meine Damen und Herren. Ich sage nicht, daß das verhängnisvoll so ablaufen muß. Ich stelle nur fest daß man sich hier auf mehrere Möglichkeiten einzustellen hat.

Und dann bitte das Wort: Deutschland darf nicht zum Störenfried werden, oder wir werden zum Störenfried gemacht im Zusammenhang mit der Erörterung des Problems der Möglichkeit und des Zeitpunktes einer Initiative. Meine Damen und Herren, soweit ich sehe, wird Deutschland von den tragenden Kräften unserer Bundesrepublik und den Regierungen und den tragenden Kräften unserer Bündnispartner nicht als ein Störenfried betrachtet. Aber sie verlangen von uns – und ich glaube, es ist ein Gebot der Klugheit – Rücksichtnahme auf die Gesamtlage. Rücksichtnahme! Das heißt nicht, daß wir als Satelliten gewissermaßen nur die Anpassungsdienste ihrer Politik zu leisten hätten, sondern das bedeutet ein Verstehen der Interdependenz, der gegenseitigen Abhängigkeit, ein Verstehen ihrer Verantwortung in den Schwerpunkten in der Welt, d. h. ein Denken, das mit ihnen wirklich auf eine Wellenlänge kommt. Das bedeutet nicht einen Verzicht auf das, was wir als unser Interesse zu vertreten haben. Es ist nämlich nicht nur

unser Interesse. Die deutsche Frage ist nicht nur eine deutsche, sie ist auch nicht nur eine europäische, sie ist eine Weltfrage.

Und hier ist eine Politik der Zusammenarbeit erforderlich. Meine Damen und Herren, hat man einmal genau darüber nachgedacht — und ich sage das all den Kritikern, die nach Initiativen schreien und damit eigentlich immer wieder die stille, die harte diplomatische Arbeit unserer Bundesreglerung Jahre hindurch stören und schwierig machen —

(Beifall)

hat man sich eigentlich einmal klargemacht, was es heißt, eine Wiedervereinigungspolitik mit friedlichen Mitteln zu machen? Meine Damen und Herren, friedliche Mittel — und das ist wahrhaft das einzig Mögliche — setzen aber eben doch einen Zeitraum voraus. Sie können nicht spektakuläre Ergebnisse erwarten, mit keiner noch so sehr ausgedachten Initiative, die dieser politischen Richtung entspricht, für die wir allein die Unterstützung unserer Bundesgenossen bekommen, nämlich friedliche Mittel, die der sich wandelnden Weltlage und den bestehenden Möglichkeiten angemessen sind, einzusetzen. Das ist eine Politik der Geduld.

Und wenn hier so oft von dem nationalen Bewußtsein gesprochen wird — meine Damen und Herren, wir haben viel verloren mit dem Zusammenbruch Deutschlands. Das ganze Erfahrungsbewußtsein der Vergangenheit Ist — auch in den Personen, die zum Teil auf den Schlachtfeldern verblutet sind — verlorengegangen. Wir haben neu anfangen müssen, am Nullpunkt vielfach mit Dilettanten!

(Beifall)

Erst allmählich haben wir uns wieder eingearbeitet in die große Verantwortung, die unsere heutige Generation trägt. Ich meine, daß ein Bewußtsein großer nationaler Disziplin notwendig ist,

(Beifall)

um den schweren Weg einer Neuordnung, einer Generalbereinigung in Europa und darin auch der deutschen Frage mit friedlichen Mitteln zu gehen, unterstützt durch die Weltmeinung, getragen von der Macht unserer Bundesgenossen, getragen vor allen Dingen von unserem eigenen harten, leidenschaftlichen Willen, den man aber nicht im Theaterdonner verausgaben und versprühen darf.

Dieser Weg der Disziplin, das ist die Aufgabe. Es ist eine unerhörte Führungsaufgabe, nicht nur für die Regierung, aber doch eine der vornehmsten Aufgaben der Partei, d. h. nicht irgendelnes Abstraktums, einer Unpersönlichkeit, sondern jedes einzelnen von uns im Gespräch mit seinem Nachbarn, mit seinem Nächsten. Der Kampf, zu überzeugen, das ist der eigentliche demokratische Prozeß. Das ist unser Erbe, das wir verwirklichen müssen: in einer tiefen, elsernen Disziplin und gerade auf diesem Gebiet unseres Verhältnisses zum Westen, unseres Verhältnisses zu unserer nationalen Verpflichtung der

Wiederherstellung der Einheit unseres Staates, unseres Verhältnisses zu unseren Nachbarn im Westen und im Osten eine einheitliche, klare, nicht mehr in Illusionen und Deklarationen sich abspielende Politik zu entwickeln.

Nun fragen Sie mich: Was wollt Ihr praktisch? Was nützen uns Betrachtungen? Die nützen nicht viel. Ich meine, zwei Dinge sind zu tun. Das eine ist eine geduldige Politik nach Osten hin, die das völlig verzerrte Deutschlandbild — verzerrt Im Bewußtsein der dortigen Völker — richtigstellt, eine geduldige Politik, die über kulturelle Kontakte, wenn es möglich ist, unbedingt allmählich — das dauert einige Jahre, bis man das hin hat — ein echtes Deutschland-Bild aus der Erfahrung dieser Völker, aus der Begegnung hervorruft.

Das zweite ist, daß wir – und das tut die Bundesregierung; Ich weiß es – in intensiven diplomatischen Bemühungen die Zusammenarbeit mit unseren Bundesgenossen vertiefen.

Meine Damen und Herren, ich muß noch ein Wort über die französische Politik sagen. Der französische Staatschef, General de Gaulle, geht von der Auffassung aus, daß die Blöcke eine Wandlung durchgemacht haben, daß die Blockbildung nicht mehr jene Festigkelt hat wie in der Vergangenheit, und er tut etwas, was das ganz Natürliche für einen starken politischen Staatschef ist: Er will seinem Lande eine große politische Bewegungsfreiheit verschaffen. Er hat uns manches Anerbieten gemacht. Auch hier ist es eine Frage der Wellenlänge. Die Ostpolitik Frankreichs, so wie sie sich zeichnet, hat zwel Gesichter. Ich möchte nicht mehr vertiefen, was ist. In jeder politischen Situation liegen oft viele Entfaltungsmöglichkeiten. Hier kann eine sehr positive liegen, wenn wir recht zusammenarbeiten; es kann in dieser Situation aber auch — und darauf muß unsere Regierung achten, und darauf hat sie geachtet — eine negative Entwicklungsmöglichkeit liegen. Ich möchte es nur so andeuten. Hier ist Wachsamkeit notwendig.

Aber indem alles zerschwatzt wird, alles zerkritisiert wird, nimmt man ja den Verantwortlichen etwas die eigentliche Bewegungsfreiheit. Sie müssen immer wieder erklären – und das ist nicht unbedingt überzeugend –, sie müssen sich verteidigen, sie müssen dementieren. Wenn das Vertrauen in die Führung einmal in so einer Situation ins Wanken gebracht wird, dann kann die Führung nichts Rechtes mehr schaffen. Und da liegt unsere Verantwortung, die wir nicht in der Exekutive sind, hier den Boden wahrhaft zu bereiten.

(Beifall)

Die große Gefahr für uns ist unsere Isolierung. Das ist eine geschichtliche Gefahr des deutschen Staates so irgendwo, wo er in die Einheit gekommen ist, die große Gefahr, die Bismarck gesehen hat, und dieses Schicksal steht auch heute noch über uns.

Das zweite ist: vermeiden – das ist eine diplomatische Frage –, in die Alternative Paris oder Washington hineingedrängt zu werden.

Und das dritte ist: uns die Gedanken reifen zu lassen, wenn der Moment kommt, wo drüben wirklich eine Wandlung eintritt, nämlich eine Sinneswandlung, daß wir ein Konzept haben, wie man sich eine Generalbereinigung im mitteleuropäischen Raum, aufbauend auf der Entwicklung, die die Welt genommen hat, denkt. Da sind stille Arbeiten sicherlich zunächst für die Schublade. Aber man muß wissen — gewissermaßen generalstabsmäßig gedacht —, was man bei verschledenen Alternativen tut. Und soweit ich orientiert bin: an diesem Werk wird gearbeitet.

Was ich für die größte Gefahr halte, ist dies: daß die Russen jetzt Erfolg haben, ihre Bedingungen den Deutschen dadurch schmackhaft zu machen, daß man so eine Tauroggen- oder Rapallo-Grundgesinnung wieder bei den ewig nalven Kälbern hervorbringt.

(Lebhafter Beifall)

Vorsitzender Dr. Krone: Herr Klaus Jäger und dann Herr Klodas.

Klaus Jäger: Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Lassen Sie mich zunächst eine kurze Vorbemerkung machen. Ich möchte mit dem, was ich nachfolgend sage, nicht den Eindruck hervorrufen, als wolle ich mich in Gegensatz zu dem setzen, was heute morgen die drei Referenten in klarer und überzeugender Weise gesagt haben. Ich unterstreiche und unterschreibe das, was gesagt worden ist. Aber ich glaube, es ist nicht die Aufgabe eines Diskussionsredners, das nun in weniger guten Worten noch einmal zu sagen, sondern dort einzusetzen, wo er glaubt, Kritik üben zu müssen und zu sollen. Und dort lassen Sie mich ein paar Bemerkungen machen.

Das erste Gebiet scheint mir hier unsere bisherige Entwicklungspolitik zu sein. Das was ich hier sagen möchte, soll nicht in erster Linie ein Vorwurf sein. Aber ich möchte eine Warnung aussprechen. Vor ein paar Tagen ging durch die deutsche Presse eine Meldung, daß zwei Abgeordnete der Bundestagsfraktion der CDU/CSU zum Ausdruck gebracht haben, daß sie die Verknüpfung unserer Entwicklungshilfepolitik mit unserer auswärtigen Politik für gefährlich ansehen, und daß sie für eine Trennung dieser beiden Bereiche plädiert haben. Ich möchte meinerseits entschieden davor warnen, derartigen Gedankengängen breiteren Raum zu geben; denn Entwicklungshilfepolitik ist ebenso wie Milltärpolitik oder irgendeine andere Politik, die heute mit unserer auswärtigen Politik zusammenhängt, immer auch Außenpolitik, und wir können und dürfen das nicht tun.

(Beifall)

Ich meine sogar, wir sollten zu einer noch stärkeren Koordinierung auch unserer Entwicklungshilfepolitik mit unseren Verbündeten in der NATO kommen.

Dann ist es auch nicht mehr so ohne weiteres möglich, uns auf diesem Gebiet zu erpressen oder den Versuch dazu zu machen. Wenn wir

etwa eine Entwicklungshilfe-Behörde der NATO hätten, über die alle Entwicklungsprojekte der Nationalstaaten der NATO laufen würden, wären, glaube ich, manche Schwierigkelten und manche Gefahren auf diesem Gebiet, die in den letzten Wochen und für uns Deutsche besonders deutlich sichtbar geworden sind, nicht passiert, und dann hätten manche Schwierigkeiten von uns leichter gemeistert werden können.

In diesem Zusammenhang lassen Sie mich dann noch ein zweites sagen! Auf diesem Gebiet ist eine gewisse Resignation bei uns eingetreten. Eines der Mittel, die wir heute noch haben, um - sagen wir einmal auf der zweithöchsten, nicht auf der höchsten Ebene einen gewissen Druck auf die Zonenmachthaber im Zusammenhang mit Berlin auszuüben, ist unser Handel mit der Sowjetzone, unser Interzonenhandel. Ich meine, daß es eines unserer Ziele sein sollte, unserer Außenpolitik. unsere westlichen Freunde zu bitten, auf diesem Gebiet unsere Position nicht dadurch zu entwerten, daß sie in immer stärkerem Maße in Verhandlungen mit der Sowietzonenregierung eintreten, sei es durch eventuelle Kreditgarantien und andere Maßnahmen, dadurch unsere Möglichkeiten im Streitfalle, im Entscheidungsfalle nicht zu entwerten. durch ein Erinnern an unsere Situation im gesamtdeutschen Raum, im Interzonenhandel hier gewisse Gefahren abzuwenden. Bei der Berlin-Krise 1961 hat wenigstens in gewisser Hinsicht der Interzonenhandel und mit ihm unsere Möglichkeit. Druck auszuüben, noch seinen Dienst getan. Ob bei der derzeitigen Elfrigkeit unserer Verbündeten das auch in einigen Jahren noch der Fall sein wird, wenn sich eine solche Situation wiederholen sollte, möchte ich erheblich bezweifeln.

Ein zweiter Punkt — da muß ich nun vielleicht ebenfalls den Widerspruch einiger Parteifreunde hier wecken —, ist die Frage der Deutschlandinitiative. Ich bitte die Vorredner des Vormittags und des Nachmittags, mir es nicht übel zu nehmen, die sich in sehr starker Weise für eine derzeitige, augenblickliche Deutschlandinitiative eingesetzt haben, wenn ich jetzt hier vielleicht versuche, ein wenig zu bremsen und sie zu bitten, nicht allzu eilig und allzu rasch vorzugehen.

Lassen Sie mich Ihnen nur ein Zitat vorlesen, das ein uns wohlwollender Journalist in der "Stuttgarter Zeitung" geschrieben hat, und zwar zu der Äußerung unseres derzeitigen Diskussionsvorsitzenden in Washington, unseres Bundesministers Krone. Dort heißt es:

Nur zu deutlich hat Krone aus seinen Gesprächen in Washington erkennen müssen, daß diese Initiative sofort am sowjetischen Njet zerbräche. Wenn sie aber auch nur den geringsten Anschein einer Aussicht auf Erfolg haben sollte, dann müßte man den Sowjets Konzessionen anbieten, die für jede, auf unsere Sicherheit bedachte deutsche Politik unverzichtbar wären.

Hier liegen, so meine ich, die Gefahren, und ich meine, hier ist es auch nicht unbedingt von vornherein eine falsche Angst, als Störenfried angesehen zu werden, wenn wir sagen: Hier nicht unbedingt sofort mit der Tür ins Haus fallen, wenn man nicht einen gewissen Anhaltspunkt für Erfolge hat! Ich meine, man sollte auch ein anderes Ergebnis, das diese Initiative haben könnte, bedenken, und zwar gerade im Hinblick auf unsere deutschen Brüder und Schwestern in der Zone drüben.

Wenn eine solche Initiative breit angelegt und mit allem propagandistischen und politischen Effekt, den wir uns wünschen könnten, durchgeführt wird und dann mit einem glatten Mißerfolg endet, weil die Sowjetunion — so sieht es doch nach der Äußerung Gromykos im Moment aus — einfach von ihrem Standpunkt nicht wegzubringen ist, dann könnte die psychologische Auswirkung in der Zone schlimmer sein, als würden wir im Moment sagen: Wir warten einen günstlgeren und beseren Zeitpunkt ab, bei dem vielleicht ein besserer Erfolg für uns herauszuholen wäre.

Ich möchte damit also nicht gegen Irgendwelche Initiativen Stellung nehmen, sondern möchte nur bitten, sehr sorgfältig den Zeitpunkt solcher Initiativen abzuwägen.

Nun lassen Sie mich bitte noch ein Wort zu Ihnen — nehmen Sie es mir bitte nicht übell —, sehr verehrter Herr Bundesaußenminister Schröder, sagen. Ich komme wohl nicht in den Verruf, den vorhin ein Parteifreund angesprochen hat, nun Irgendwelche Ambitionen der Nachfolge zu hegen,

(Heiterkeit)

wenn Ich hierzu ein Wort sage. Ich habe — das darf ich für mich auf der unteren Ebene unserer Kreis- und Ortsverbände in Anspruch nehmen — zu denjenigen Parteifreunden gehört, die manche voreilige und unbedachte Kritik, die hier geübt worden ist, immer wieder zurückgewiesen haben, und so möchte ich hier vorweg betonen, daß ich in gar keiner Welse irgend etwas an dem auszusetzen habe, was politisch Ihre außenpolitische Linie und Haltung ist.

Aber eines lassen Sie mich doch ausführen, lieber Parteifreund Schröder, wenn ich so sagen darf!

Ich glaube, wir brauchen heute, gerade angesichts der sich häufenden Angriffe in Presseorganen aller Art eine entschlossene Erwiderung und ein entschlosseneres Entgegnen auf solche Angriffe.

(Lebhafter Beifall)

Ich meine auch, daß es nicht genügt, Angriffe, wie sie neulich in der Illustrierten "Quick" vorgetragen worden sind, nur mit der einzigen und in der deutschen Presse ungefähr untergegangenen Bemerkung zu beantworten, daß das eben unter dem Niveau sei, das wir uns wünschten und von der deutschen Presse fordern müßten. Ich meine vielmehr, daß es hier besser gewesen und für alle, die den Versuch machen wollen, diese Position zu stützen und zu verteidigen, günstiger gewesen wäre, wenn Sie, lieber Parteifreund Schröder, es so gemacht hät-

ten wie Ihr Kollege von Hassel, daß Sie mit klaren eindeutigen Sätzen diese ganzen Dinge in der Luft zerrissen hätten, damit nichts davon übrig geblieben wäre. Damit wäre, so meine ich, unserer Union und unserer Sache besser gedient gewesen.

(Erneuter Beifall)

Lassen Sie mich dazu noch ein Letztes sagen! Ich glaube auch — darin hat mich Ihre Rede von heute vormittag, nur in diesem Punkte, ein wenig enttäuscht —, daß es in einem Wahljahr, auf einem Wahlparteitag gerade für den Führer der deutschen Außenpolitik neben dem Bundeskanzler nottut, sich mit der farblosen und phrasenhaften Politik unserer Opposition nachhaltiger und stärker auseinanderzusetzen, als das geschehen ist.

(Starker Beifall)

Ich glaube, daß Sie als ein Staatsmann, dem die Sozialdemokratie personell und sachlich gar nichts entgegenzustellen und entgegenzusetzen hat, keinen Grund haben, irgendelne Auseinandersetzung zu scheuen,

(Erneuter starker Belfall)

mit dieser Partei in einem harten und scharfen Kampf, in eine harte und scharfe Auseinandersetzung einzutreten. Ich nehme an, daß das vielleicht auch der einzige, der tiefstgehende Grund ist, weshalb in dieser Hinsicht in unserer Partei eine gewisse Unruhe entstanden ist. In dem Moment, lieber Parteifreund Schröder, in dem Sie an die Spitze unserer Partei in der Auseinandersetzung, in der Abrechnung über die Außenpolitik mit der Opposition treten, haben Sie uns alle geschlossen Mann für Mann hinter sich.

(Bravo-Rufe - Erneuter anhaltender starker Belfall)

Vorsitzender Dr. Krone: Meine Damen und Herren, es liegen noch drei Wortmeldungen vor. Danach werde Ich meinen beiden Nachbarn zur Rechten und Linken das Schlußwort geben. Wir werden wohl in etwa dreiviertel Stunden fertig sein. Herr Kludas bitte, dann Herr Gogeisel aus Südbaden, dann noch Herr Dr. Jaeger von der Christlich-Sozialen Union Bayerns.

Kludas: Herr Vorsitzer! Meine Damen und Herren! Ich habe mich heute vormittag sehr gefreut, daß in zwei Referaten die friedliche Koexistenz angesprochen wurde. Im Anschluß an die Referate und beeindruckt durch die Ausführungen vom heutigen Nachmittag, tauchte in mir ein Bild aus der Nazizeit auf. Da hatte in einer notvollen Zeit eine bedeutsame Konferenz im evangelischen Raum stattgefunden. Dieser Versammlung wurde gesagt: Wer von Ihnen noch nicht den "Kampf" von Hitler und den "Mythos" von Rosenberg durchgearbeitet hat, ist nicht berechtigt, irgendeine führende Funktion in der Kirche einzunehmen.

Heute möchte ich fragen oder sagen: Wer sich aus den Quellen heraus kein Bild darüber gemacht hat, was friedliche Koexistenz wirklich be-

deutet, der sollte wenigstens nicht nach Zitaten greifen, sondern sich aus den Bänden Lenins — in letzter Zeit sind 40 Bände in deutscher Ausgabe erschienen —, den letzten Band vornehmen, das Register. Dort findet er unter dem Stichwort "friedliche Koexistenz" die Angaben: Band sowieso, Seite sowieso! Dann brauchen wir keine Zitate von Irgendwelchen Staatsmännern, sondern dann werden uns die Schuppen von den Augen fallen.

Friedliche Koexistenz ist die Leimrute nicht nur für Deutschland, sie ist es weltweit, und man hat Angst, daß man hier vor einer hypnotisierenden Schlange weltweit auf diese Leimrute geht. Wer das weiß, dem wird es vergehen, unsere Regierung immer wieder zu kritisieren. Er wird sich vielmehr fragen: Was kann ich dazu tun, daß wir in unserem deutschen Volk auch zu dieser Position wirklich einmütig Stellung nehmen? So, wie ich manchem alten Parteigenossen wünschen möchte, daß er sich einmal hinsetzte und den "Kampf", den er früher nicht gelesen hat, jetzt vornimmt, um einige Kapitel abzuschreiben, damit er mit der Nase einmal daraufgestoßen wird, so sollten wir jetzt dafür sorgen, daß in unserem deutschen Volke bekannt wird, was friedliche Koexistenz ist.

Ich meine, unsere Freunde von der Presse haben eine dankbare Aufgabe, nicht in Leitartikeln, aber dann und wann nur ein kurzes Zitat aus diesen Werken zu bringen. Dann werden wir dahin kommen, zu dieser ganzen Frage, die ja dann eine weltweite ist, eine Haltung einzunehmen.

Mir hat einmal ein Bischof in der Zone, damals in der Kampfzeit gesagt: Der Russe wird, wenn er einen Gegner vor sich hat, diesen ganz scharf fixieren, und versuchen festzustellen, was es für einer ist. Spürt er, daß es jemand mit Haltung ist, bei dem nichts zu machen ist, dann wird er versuchen, sich aus der Situation herauszuwinden, möglichst sein Gesicht zu wahren. Findet er eine weiche Stelle, dann wird er mit den Stiefeln auf ihm herumtrampeln. Dazu wollen wir es nicht kommen lassen, dazu, daß auf uns herumgetrampelt wird.

(Beifall)

Wir sind das deutsche Volk nach wie vor, und es darf nur nicht passieren — wie damals in der Nazizeit —, daß unsere arme Bevölkerung von der sogenannten Intelligenz nicht aufgeklärt wird, weil diese sich um die Grundlagen nämlich überhaupt nicht gekümmert hat.

Unser Berliner Bischof hat wenige Tage nach Errichtung der Mauer einige Reden an die geteilte Stadt gehalten. In ihnen sagte er unter anderem: Ich glaube keinem Pastor seine Predigt, die er am Sonntag hält; Ich glaube keinem Politiker, was er sagt; Ich glaube keinem Journalisten, was er schreibt, solange Ich mich nicht überzeugt habe, daß er für das, was er schreibt oder sagt, auch zu leiden bereit ist. — Ich danke Ihnen.

(Beifall)

ţ

Vorsitzender Dr. Krone: Herr Gogeisel!

Gogelsel: Liebe Parteifreundel Meine Damen und Herren! Machen wir es kurz! Ich habe mich heute um elf Uhr zu Wort gemeldet, und zwar aus dem Eindruck heraus, daß der Parteitag etwas lahm und müde — mindestens bisher — abgelaufen sei. Verzeihen Sie! Ich will keine außenpolitischen Ausführungen und Argumente bringen. Dazu bin Ich auf der untersten Ebene gar nicht befugt.

Jedoch möchte ich diesen Moment und diese Stelle hier benutzen, um unsere Herren, die an der Spitze der Union stehen, und unsere Minister, die an der Spitze Deutschlands stehen, und Deutschland nach außen hin repräsentieren, zu bitten, im entscheldenden Moment der Öffentlichkeit, den Mitgliedern und unserem ganzen deutschen Volk zu sagen, was sie denken und es nicht unterlassen vor lauter Angst, weil ja Politik bekannterweise nicht immer eine gerade Linie verfolgen kann, vor der Kurve oder vor dem Bogen, den sie macht, in eine Schlinge zu geraten. Wir als Mitglieder werden jederzeit hinter unseren führenden Leuten stehen. Wenn das dem deutschen Volk gesagt wird, weiß es: Hier können wir Vertrauen haben und können diese Leute wählen.

An der Substanz unserer Politik hat sich nichts geändert. Unsere Politik ist nach wie vor — auch in den Augen der Bevölkerung — gut; nur sprechen die anderen mehr, und so hört man schon manchmal von-jungen Leuten: Was ihr wollt, ist ja ungetähr das gleiche wie das, was die SPD will. Soweit ist es manchmal schon gekommen, daß nämlich, weil wir schon so lange eine klare Politik haben, gar nicht mehr erkannt wird, daß wir die Urheber sind. Das soll ganz deutlich gesagt werden. Das, was die anderen bringen, ist ja nur eine Kopie, und Sie können das nicht oft genug sagen und vor allen Dingen: Handeln und nochmals handeln und sofort reagieren, wenn es nötig ist! Das war auch, glaube ich, das, was unser junger Freund aus Stuttgart gemeint hat.

Ich hoffe, daß morgen an diesem Endtag des Parteitags, eine ganz klare Einheit für unseren Bundeskanzler und unsere Minister, die im Kabinett sitzen, vorhanden sein wird. Dann werden wir auch die Wahlen gewinnen, dann, wenn wir alle diese Einheit zeigen. — Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Präsident Dr. Krone: Unser Freund, Präsident Dr. Jaeger, hat als letzter Diskussionsredner das Wort:

Dr. Jaeger: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist der unerforschliche Wille unseres Vorsitzenden, daß ich zu Ihnen als letzter Redner sprechen soll. Das soll aber keineswegs bedeuten, daß in der Fraktion der CDU/CSU die CSU immer das letzte Wort habe. Aber es ist vielleicht richtig, daß die Stimme der CSU auch hier gehört wird; denn wenn Ich hier auch als Gast so unmittelbar gleich nach dem

Ausland begrüßt worden bin, so gehöre ich doch nicht dazu, obwohl einzelne der Anwesenden meinten, ich gehöre zum Ausland. Das wäre allerdings ein falscher Schluß und widerlegt durch die 16jährige gemeinsame Arbeit im Bundestag. Denn was wir auf den verschiedensten Gebieten, vor allem aber auf den Gebieten der Außenpolitik und der Verteidigungspolitik, in diesen 16 Jahren geleistet haben, ist eben die gemeinsame Politik der Christlich-Demokratischen Union und der Christlich-Sozialen Union, einmal von der einen, und einmal von der anderen Seite federführend, aber immer gemeinsam erdacht, gemeinsam durchgesetzt und gemeinsam verantwortet. Gerade aus meiner nun 12jährigen Tätigkeit als Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Verteidigung weiß ich doch, daß wir diese Politik nur durch unsere Einigkeit gegen die anderen durchzusetzen vermochten. Auch diese unsere Bundeswehr, von der heute wiederholt gesprochen wurde, ist doch politisch-parlamentarisch das Werk der CDU/CSU; denn wir haben sie geschaffen gegen den Widerstand der Sozialdemokraten und gegen die bis in die jüngste Zeit gehenden Querschüsse der Freien Demokraten.

(Beifall)

Wir sind, wie einer meiner Vorredner mit Recht besonders betont hat, auch die politische Partei, die den Gedanken des atlantischen Bündnisses ebenso wie den der europäischen Einigung als erste und am deutlichsten und ohne jedes Schwanken aufgegriffen und realisiert hat. Es wird mit mehr oder weniger Recht im Augenblick von einer Krise der NATO gesprochen. Aber, meine Damen und Herren, was man darunter auch verstehen mag, wir wollen uns darüber klar sein und bleiben: Militärisch ist die NATO intakt. Wenn eine aktuelle Bedrohung käme – ich glaube nicht, daß sie im Augenblick kommt, ich hoffe es zumindest nicht –, würde die NATO genauso funktionieren, wie sie vor Jahren funktioniert hat. Es geht nicht um die militärische Seite in ihrer gegenwärtigen Effektivität, es geht um den politischen Grund. Und hier allerdings, im politischen Kern des Bündnisses, gibt es Spannungen mannigfacher Art.

Sicherlich beruhen sie im wesentlichen auf dem, was Professor Hallstein heute früh hier gesagt hat, daß eben das Europa von 1965 nicht mehr das von 1949 ist, daß es nicht mehr das Objekt der wirklich mit Dank zu bemerkenden Barmherzigkeit der anderen Seite des Ozeans ist, sondern daß es so erstarkt ist, daß es ein eigenes Selbstbewußtsein entwickelt hat. Allerdings darf dieses Selbstbewußtsein — wir brauchen es in Deutschland gar nicht zu betonen — nicht so weit gehen, daß wir am Ende glauben, wir Europäer könnten es alleine schaffen. Wir wissen genau, selbst wenn wir ganz geeint wären, könnten wir uns gegenüber der militärischen Bedrohung aus dem Osten nicht aus eigener Kraft behaupten. Aber wir vermögen schon als Deutsche, erst recht als Europäer, heute mehr beizutragen, zur gemeinsamen Verteidigung, als wir es vor 15 Jahren vermocht haben.

Deshalb ist auch dieses Selbstbewußtsein der Europäer in diesen Grenzen, die ich aufgezeigt habe, berechtigt, und es erfordert eine Reform der NATO nach dem Grundsatz, daß der NATO-Pakt so etwas wie eine Brücke über den Ozean darstellt, der auf zwei festen Pfellern beruhen muß. Der Pfeiler drüben, der amerikanische, ist fest und einheitlich. Der Pfeiler auf unserer Seite ist nicht einheitlich und demgemäß auch nicht so fest, wie er sein könnte und wie er sein sollte. Deshalb meine ich, daß die europäische Einigung die Konsequenz aus dem NATO-Gedanken unter anderem und auch die Voraussetzung für das wirkliche Funktionieren dieser NATO ist.

Ich meine, daß eine solche Reform – in der Europa eine größere Bedeutung hat als früher – notwendig ist. Würde sie versäumt, könnte das die ernstesten Folgen für das atlantische Bündnis haben.

Um aber von diesen mehr allgemeinen und grundsätzlichen Betrachtungen zu den konkreten und ernsten Problemen überzugehen, müssen wir leider feststellen, daß die Frage der nuklearen Verteidigung, der Verantwortung an dieser Verteidigung, immer noch ungelöst ist und sicherlich noch einige Zeit ungelöst bleiben wird. Meine Damen und Herren! Wir müssen - und das ist das Bedauerliche - feststellen, daß die Vorschläge, die uns gemacht werden, sich verschlechtern. Es hat auch an jener im Augenblick nicht sonderlich aktuellen MLF-Kritik in unserem Lande nicht gefehlt, aber so berechtigt die Kritik im einzelnen gewesen sein muß, Ich bleibe - und ich weiß mich mit meinen Freunden in der CDU einig - bei der Auffassung, daß dieser Weg prinzipiell ein richtiger Weg gewesen ist und daß das Angebot, das die Amerikaner damit gemacht haben, ein Vertrauensbeweis für Europa und angesichts des bedeutenden Einflusses, den die Bundesrepublik hätte wahrnehmen sollen, auch einen Vertrauensbeweis für Deutschland dargestellt hat.

Aber es läßt sich nicht leugnen, daß jene Ersatzlösung, die man uns nach dem Sieg der britischen Arbeiterpartel vorgeschlagen hat, vom Geist des Vertrauens nicht getragen ist. Dennis Healy, der englische Verteidigungsminister, hat es in seinem ersten Rundfunkinterview deutlich genug gesagt. Nach seinen Vorschlägen soll nicht nur Deutschland einen geringeren Einfluß haben, als es nach den amerikanischen Vorschlägen zur MLF gehabt hätte. Darüber hätten wir viellelcht, bescheiden wie wir sind, mit uns reden lassen, sondern er hat dies sogar begrüßt, daß Deutschland einen geringeren Einfluß hat. Und das, meine Damen und Herren, ist ein Geist, der bei uns keine Zustimmung finden kann, wenn wir noch Selbstachtung in uns haben.

(Beifall)

Das finde ich viel bedauerlicher als die Tatsache, daß man uns zum Verschrotten relfe Bomber anbietet und finanziell in Rechnung bringen will, eine typisch sozialistische Rechnung!

(Beifali)

Aber ich möchte nicht, daß man meint, unsere Kritik gegenüber der AFN beruhe bloß auf der fragwürdigen Stellung, die man Deutschland dort zugedacht hat, sondern ich meine klipp und klar, unser Haupteinwand besteht darin, daß dieser Vorschlag die NATO nicht stärkt, sondern schwächt, und zwar deshalb schwächt, weil dieses Kommando nicht Saceur, dem verantwortlichen General für die Verteidigung ganz Europas unterstellt ist, sondern außerhalb geregelt werden soll und damit die Einheitlichkeit der Verteidigung schwächt, entgegen alledem, was wir seit je und was man in Paris bei der NATO auch seit je wünscht und fordert.

Deshalb möchte ich das, was ich an anderer Stelle schon ausgesprochen habe, auch hier aussprechen: Ich bin überzeugt, daß für diese AFN, wie sie jetzt vorgeschlagen wird, sich im Deutschen Bundestag keine Mehrheit findet, es sei denn, daß die Sozialdemokraten die Regierung bilden; denn dann ist vieles, wenn nicht alles möglich.

Meine Damen und Herren! Wenn ich aber bei der Frage der nuklearen Verteidigung bin, dann muß ich allerdings noch eine ernste Frage nicht nur nach links, sondern auch nach rechts stellen. Nach alledem, was wir in den letzten Monaten gehört haben, ist die Frage, ob unser derzeitiger Koalitionspartner überhaupt gewillt ist, eine solche Politik der stärkeren Verantwortung Europas und damit auch der stärkeren Verantwortung Deutschlands an der Gesamtverteidigung mit dem besonderen Sektor der nuklearen Verteidigung auf sich und auf unsere Schultern zu nehmen. Wir weichen, wie in den vergangenen Jahren, dieser Verantwortung nicht aus. Wir können es aber auf die Dauer nicht vertragen, daß unser Koalitionspartner auch hier, wie in so vielen Fragen, auszuweichen sich bemüht.

(Beifall)

Noch aktueller aber scheint mir im Augenblick — da die Frage, die ich soeben behandelt habe, sicher in den nächsten Monaten nicht zur Entscheidung und nicht zum Schwure kommen wird —, daß wir von unserem Koalitionspartner eine klare und deutliche Meinung gegenüber dem, was den Alleinvertretungsanspruch des deutschen Volkes betrifft, erwarten müssen.

(Beifall)

Lassen Sie mich noch einmal betonen, meine Damen und Herren, das Wort "Hallstein-Doktrin" ist ein schlechtes Wort. Es handelt sich weiß Gott um keine Doktrin, sondern um das Ergebnis praktischer Überlegungen, ja, ich möchte beinahe sagen, einer pragmatischen Politik; denn mit dieser sogenannten Doktrin haben wir bis zum heutigen Tage erreicht, daß die Sowjetzone nur 12 Botschafter und einen Gesandten unterhält, während die der bundesrepublikanischen Diplomaten beinahe an die 100 gehen. Das ist der Beweis dafür, daß mit einer

angeblichen Doktrin eine außerordentlich praktische und richtige Politik gemacht worden ist.

(Beifall)

Wenn wir an dieser Doktrin festhalten und wenn wir sie — wie es nun einmal in dieser unvollkommenen Welt notwendig ist — mit der Entwicklungshilfe und dem Gelde koppeln, dann werden wir auch weiterhin auf diesem Gebiete Erfolge vor uns haben und uns behaupten können. Jedenfalls aber meine ich eines: Nichts wäre falscher, als an dieser Politik von einer Modifizierung dieser Doktrin zu sprechen. Natürlich wird man Auffassungen im Laufe der Zeit den veränderten Verhältnissen anzupassen haben, aber jetzt, wo wir im Nahen Osten mitten in der Krise stehen oder uns langsam wieder, wie ich hoffe, hinausbewegen, von Modifikation zu sprechen, heißt doch, diejenigen zu ermutigen, die den Feind der deutschen Einheit als Freund ihres Landes empfangen haben.

(Belfall)

Wenn auf dem Parteitag der Freien Demokraten – der ja nur deshalb eine so große Presse gehabt hat, weil man einige wilde und unrealisierbare Behauptungen und Forderungen in die Welt gesetzt hat – die Veränderung oder gar die Aufgabe der Hallstein-Doktrin gefordert worden ist, so ist das mindestens nicht der richtige Augenblick, nein, es ist der falscheste aller politischen Augenblicke gewesen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Wir sollten klar und entschlossen auch hier mit unserem Koalitionspartner sprechen; denn diese Regierungskoalition hat eine einheitliche Außenpolitik, oder sie hat keine. Wir haben soeben erlebt, daß der energische Umgang mit diesem Koalitionspartner ihn auf die Position verweist, die er seiner geringen Stärke entsprechend hat.

(Starker Beifall)

Wieder einmal ist jemand, der sich als brüllender Löwe aufgeführt hat, als schwanzwedelnder Dackel entpuppt worden.

(Lebhafte Heiterkeit)

Wir sollten daraus auch in anderen Fragen die Konsequenzen ziehen, nicht zuletzt, wenn es um das geht, was unser heiligstes Anliegen ist: die deutsche Frage. Wer heute wieder, wie die Freien Demokraten, gemeinsame Kommissionen mit Herrn Ulbricht fordert, der kehrt zurück zum Deutschlandplan, den die Sozialdemokraten längst aufgegeben haben.

(Beifall)

Und da frage ich mich allerdings, wo ist Fortschritt und wo ist Reaktion. Wenn ich an solche Dinge denke, daß sich die Freien Demokra-

ten mit den Federn schmücken, die sogar die Sozialdemokraten nicht mehr tragen, dann scheint mir das schon eine erzreaktionäre Partei zu sein.

(Beifall)

Dies waren die Bemerkungen, die ich aus meiner Sicht der Dinge zur Diskussion des heutigen Tages machen wollte.

(Beifall)

Präsident Dr. Krone: Meine lieben Parteifreunde! Wir stehen am Schluß einer sehr offenen und unbeschränkten Aussprache. Es sind sämtliche Redner, die sich zum Wort gemeldet haben, auch zum Wort gekommen. Es war eine klärende Aussprache, auch kritisch in manchen Punkten, aber eine Aussprache ohne jede Sensation, auf die vielleicht draußen mancher gewartet hat.

Ich danke Ihnen allen für die Aussprache. Ich freue mich, daß dieser Arbeitskreis wohl der besuchteste von allen Arbeitskreisen gewesen ist. Ich danke Ihnen, daß Sie bis zum Schluß ausgehalten haben.

Ich gebe jetzt den beiden Rednern, die einleitende Referate gehalten haben, das Wort für ein "vorläufiges Schlußwort", wenn Sie so wollen. Das Schlußwort wird morgen Professor Furler als Berichterstatter in der Plenarsitzung haben.

Das Wort hat jetzt Herr Bundesverteidigungsminister von Hassel und danach Herr Bundesaußenminister Schröder.

Bundesverteidigungsminister Kal-Uwe von Hassel: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte aus der Fülle der Diskussionsbeiträge der letzten dreieinhalb Stunden nur einige wenige Punkte herausgreifen, aber ich glaube, daß dazu noch einiges gesagt werden müßte.

Das erste: Unser Freund, Herr Dr. Kliesing, der Vorsitzende des Arbeitskreises für Verteidigungsfragen innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, hat vier Punkte angesprochen, auf die ich eingehen möchte. Das erste waren seine Bemerkungen über den Heißen und den Kalten Krieg. Mich veranlaßt dazu folgendes: Der britische Minister der Verteidigung, mein Kollege Dennis Healy, hat unlängst die Auffassung seiner Regierung zum Thema der Verteidigung in einem Weißbuch niedergelegt. Das Weißbuch haben wir bekommen, wir haben es studiert. In diesem Weißbuch steht etwa folgendes drin: "Da bisher in Mitteleuropa ein Krieg nicht ausgebrochen sei und auch nicht zu erwarten stünde, könnten wir darüber nachdenken, ob die Anstrengungen für die Verteidigung hier im zentralen Teil Europas nicht vermindert werden könnten."

(Zurufe: Hört! Hört!)

Ich möchte in dieser Richtung eine sehr warnende Stimme erheben.

(Beifall)

Die Sowjets haben bisher nie einen Angriff unternommen, wenn sie sich von vornherein nicht ganz klar darüber waren, daß sie ihn bestehen und durchführen können. Zu glauben, es hätte keinen Krieg gegeben und daraus zu schließen, dann könnten wir etwas weniger tun, ist ein uns lebensgefährlich erscheinender Trugschluß. In dem Augenblick, wo wir unsere Anstrengungen der freien Welt oder das Zusammenstehen in der NATO vermindern, wachsen die Chancen der Sowjets, einen Krieg zu beginnen.

(Beifall)

Das zweite: Kliesing sprach über die geistige und die sittliche Verteidigungsbereitschaft, und ich bin ihm außerordentlich dankbar dafür, daß er gleichsam einen Appell an das deutsche Volk richtet, sich darum zu kümmern, daß die Bundeswehr, die deutschen Soldaten sich im Verteidigungswillen unseres Volkes geborgen fühlen können. Er hat gesagt, unsere Bundeswehr sei nichts wert, wenn sie sich nicht getragen fühlen könnte von einer breiten Zustimmung, wirklich sich zu verteidigen.

In diesem Punkte möchte ich meinem Freunde Kliesing sagen, daß aus sehr vielen Begegnungen landauf landab mit Soldaten auf der einen Seite, aber auch mit der zivilen Bevölkerung auf der anderen Seite mein Eindruck dahin geht, daß es um diesen Verteidigungswillen unseres deutschen Volkes in den letzten zehn Jahren sehr viel besser geworden Ist. Und wenn wir in dieser Form fortfahren wie bisher und im wesentlichen auf der Grundlage unermüdlicher Tätigkeit der Christlich-Demokratischen Union in Richtung auf diese Verteidigungsbereltschaft hinarbeiten, werden wir in absehbarer Zeit ein geschlossenes Volk haben, das weiß, was wir zu tun oder zu lassen haben.

Das dritte: Kliesing hat mich auf einen Kontakt zur Kultusministerkonferenz angesprochen. Denn – so möchte ich es frei interpretieren – in der Schule draußen wird letztlich der Grundstein für das staatsbürgerliche Verhalten der späteren Soldaten drinnen in den Streitkräften gelegt.

Lieber Freund Kliesing! Ich habe mehrfach Kontakt aufgenommen zur Konferenz der Kultusminister, im besonderen zu unserem Freund, dem nordrhein-westfälischen Kultusminister Professor Mikat, hier in Düsseldorf, und dem turnusgemäßen Nachfolger, Professor Hahn aus Stuttgart. Wir haben einen sehr engen Kontakt und wir setzen uns mit allen Fragen auseinander, die die Kultusminister angehen, bei denen wir ihnen einiges zu sagen und von ihnen einiges zu fordern haben, beispielsweise an den Universitäten zu respektieren, wenn ein junger Abiturient ohne Wenn und Aber seine Wehrpflicht erfüllt hat, viellelcht sogar zwei Jahre Soldat auf Zeit wurde und nun als Student auf eine Hochschule gehen möchte. Wir erwarten dann von der Hochschule, daß sie diese Leistung des jungen Mannes respektiert

und ihn bevorzugt zum Studium zuläßt, sofern die geistigen Voraussetzungen bei ihm gegeben sind.

(Lebhafter Beifall)

Allen aber möchte ich folgendes mit auf den Weg geben: Das neue Einzugsverfahren wehrpflichtiger Soldaten, das das sogenannte "Lossystem" über Bord geworfen hat, gründet sich auf zwei große Untersuchungsgruppen. Erstens auf einen sorgfältigen ärztlichen Test, zweitens auf einen sorgfältigen psychologischen Test. Von 1965 an wird nicht mehr das Los gezogen - und den einen trifft es und den anderen nicht -, sondern der Gesündeste und der Geeignetste werden zunächst eingezogen einschließlich aller gesunden und geeigneten Abiturienten. Was wir bisher gehabt haben, gab dem jungen Abiturienten die Chance, zu entwischen, etwa nach Berlin zu gehen und sich damit der Wehrpflicht zu entziehen. Ich möchte Ihnen deutlich sagen, daß ich es für ein staatspolitisches Prinzip halte, daß jene jungen Männer, die von Geistesgaben, Elternhaus und sonstigen Umständen her eine bessere Bildung mit auf den Weg bekommen, die später einmal die akademische Führungsschicht bilden werden, ihren Dienst für das Vaterland - ich wiederhole - ohne Wenn und Aber leisten.

(Beifall)

Das vierte: Unser Freund Kliesing sprach von einem Schrumpfungsprozeß, von dem man in der NATO vielleicht sprechen könnte. Ich habe heute morgen in meiner Ansprache dargelegt, daß wir in den nächsten Tagen die letzte deutsche Heeresdivision der NATO unterstellen. Wir haben ein ausgezeichnetes Gewissen; denn alle Kampfverbände, die eine gewisse Kampfkraft erreicht haben, sind alle ohne jede Ausnahme der Allianz unterstellt. Es wäre gut für die Allianz, wenn alle übrigen Partner gleichermaßen verfahren würden.

(Beifall)

Das sind heute 12 Heeresdivisionen, 7 Luftwaffendivisionen und eine Großzahl von Schiffen der Bundesmarine.

Wenn wir aber, lieber Freund Kliesing, von schrumpfender NATO sprechen, möchte ich demgegenüber folgendes hinzufügen. Ich würde es für gut halten, wenn darüber nachgedacht würde, daß Staaten, die gern der NATO beitreten würden, die sich in ihren Schutz stellen würden, und die bereit wären, selber eine Leistung für die NATO mit zu erbringen, der NATO beitreten können, und damit kein Schrumpfungsprozeß, sondern das Gegenteil, ein Wachstumsprozeß entstehen kann.

Der zweite Diskussionspartner, mit dem ich hier einige Worte wechseln möchte, ist Herr Dr. Meyer-Staude. Ich möchte Ihnen, Herr Dr. Meyer-Staude, zunächst sehr herzlich danken für die sehr feinen Worte, die Sie für die Bundeswehr gefunden haben. Sie haben über den Etat der Bundeswehr gesprochen und verlangt, daß der Bundeshaushalt die

Mittel für die Verteidigung in Zukunft großzügig und mit großer Priorität bereitstellt, die die Verteidigungskräfte benötigen.

Ich möchte Ihnen folgendes sagen: 1. Wir haben im abgelaufenen Jahr 1964 die Mittel, die man uns bereitstellte, nicht ausgeben können, und zwar ganz einfach deshalb, weil bei den einmaligen Ausgaben für die vielfältigen Bauten und für die großen modernen Waffensysteme die Enge beim Baumarkt, die Schwierigkeiten mit der reinen technischen Bauplanung bis hin zu den großen Schwierigkeiten in einer sehr stark wachsenden Wirtschaft es unmöglich machten, diese Programme zügig abzuwickeln. Dank dieser Situation haben wir im Jahre 1964 fast 2 Milliarden DM nicht ausgeben können.

- 2. Man hat uns in diesem Jahr zwar um 1 Milliarde gekürzt, es ist aber immer noch 1 Milliarde mehr als im vergangenen Jahr.
- 3. Es wird nicht ein einziges Programm für die Verteidigung etwa durch diese Kürzung um tausend Millionen gekürzt werden. Sie können sich darauf verlassen, daß alle Planungen wie vorgesehen durchgeführt werden. Ich füge hinzu, daß wir uns unter der Hand darüber klar sind: Wenn es notwendig wäre, würde auch niemand davor zurückscheuen, den Haushalt der Verteidigung zu überziehen.
- 4. Was nützt eigentlich der Aufbau einer großen äußeren Sicherheit, einer äußeren Verteidigung, wenn damit so viel Mittel absorbiert werden, daß damit die tausendfältigen Aufgaben in Deutschland im Innern nicht mehr lösbar werden? Auch der Bundesminister der Verteidigung hat das Staatsganze zu sehen und nicht nur seinen Sektor.

(Beifall)

Insofern findet mich Ludwig Erhard immer auf seiner Seite.

(Belfall)

5. Es sei hier einmal angedeutet: Anfang Juni werde ich ein sehr umfassendes Programm vorlegen, mit dem wir noch eine Fülle der Lücken schließen können, mit denen wir uns in den letzten 12 Monaten herumgeschlagen haben. Ich werde das erst dann der Öffentlichkeit sagen, wenn ich dem Bundestagsausschuß für Verteidigung und für Haushalt die Einzelheiten vorgelegt habe.

Der dritte Diskussionspartner, dem ich noch antworten möchte, ist Herr Gogeisel. Er sagt, die anderen, also die Sozialdemokraten, sprechen mehr. Aber, Herr Gogeisel, wenn Sie mal nachsehen, was die anderen sagen, nicht nur wie sie es sagen! Vorgestern abend hat der Bundeskanzler in der großen Kundgebung darauf angespielt: "Banalitäten im Zeitlupentempo". Wer von Ihnen dabei war, hat das gehört. Herr Gogeisel, Sie können eines machen: Sie können jeden Sozialdemokraten in die Pfanne hauen, wenn Sie ihn konkret um seine Meinung zu dieser oder zu jener Frage befragen. Sie werden eine allgemeine Antwort im Nebel finden und nie eine einzige konkrete Formulierung.

(Zurufe: Sehr richtig! - Beifall)

Insofern, scheint mir, hat die CDU in diesem Wahlkampf eine große Chance. Fragen Sie die Sozialdemokraten, was sie eigentlich wollen, und Sie werden als Antwort nur vage Formulierungen im Zeltlupentempo hören.

(Lebhafter Beifall)

Vorsitzender Dr. Krone. Ich bitte jetzt Herrn Minister Schröder um sein Schlußwort.

Bundesminister Dr. Schröder: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst sehr aufrichtig den beinahe 20 Diskussionsrednern für das danken, was sie hier heute im Laufe des Tages zu dieser großen Erörterung beigetragen haben. Es sind ein paar Fragen gestellt worden. Einmal die Frage, ob die Referate und ob dieser Tag genug Munition für den Wahlkampf hergäben. Nun, meine Damen und Herren, dies umzuformen in Munition für den Wahlkampf, das ist die Sache aller intelligenten Zuhörer, und ich bin der Überzeugung, daß es daran nicht fehlen wird, daß hier genug Munition für den Wahlkampf gereicht worden ist.

(Helterkeit)

Sie werden verstehen, daß, wenn z. B. ich hier spreche, ich nicht in erster Linie als Wahlkämpfer spreche — das kommt ein bißchen später; der Wahlkampf beginnt nicht hier in diesem Saale, jedenfalls für mich nicht, sondern er beginnt außerhalb des Saales —, sondern daß ich — und ich hoffe, Sie werden das entsprechend berücksichtigen — in keinem Augenblick vergessen darf, daß die Welt all das mithört, was über die deutsche Außenpolitik und ihre Intentionen gesagt wird. Das macht es mir manchmal schwieriger, die größte Posaune zu benutzen. Jeder hier im Saale ist berechtigter als ich, die ganz großen Posaunen zu benutzen. Ich muß sehen, daß ich die Instrumente spiele, mit denen wir uns im Weltkonzert richtig hören lassen können. Sie werden das hoffentlich richtig verstehen. Außerhalb dieses Saales kann ich ein bißchen anders.

Ich habe mit sehr sorgfältigem, mit sehr, ich möchte beinahe sagen, liebevollem Ohr zugehört: Gibt es neue Gedanken? Gibt es neue Vorschläge? Gibt es irgend etwas, was nutzbar gemacht werden kann, was umgeformt werden kann in die aktuelle Politik? Können wir etwas besser machen, als wir es bisher getan haben? Das Ergebnis dieses Zuhörens möchte ich hier nun nicht im einzelnen bekanntgeben. Aber seien Sie sicher: ich habe sehr sorgfältig zugehört, und niemand sollte hier weggehen ohne das Gefühl, daß alles, was er gesagt, auf das gewissenhafteste erwogen werden wird.

Ich möchte nun ein paar Anmerkungen im einzelnen machen und halte mich dabei an die Reihenfolge der Diskussionsredner.

Herr Kollege Friedensburg hat ein paar Anmerkungen vor allen Dingen zur Rußlandpolitik - will ich jetzt einmal sagen - gemacht. Er hat

da an ein, zwei, drei Dingen Kritik geübt. Ich will das jetzt nicht aufgreifen. Diese Kritik geht in die Irre. Ich möchte nur sagen: lieber Kollege Friedensburg, das ist unser großes Thema, das ist ganz bestimmt das große Thema meiner Amtszeit. Vielleicht erinnern Sie sich daran: ich war noch keine drei Monate in diesem Amte, als im Februar 1962 jenes Memorandum an die Sowjetunion gerichtet worden ist, von dem heute noch, ich möchte sagen, Freund und Feind — wenn wir einmal die Opposition als Feind bezeichnen wollen — zehren. Wir wissen, daß die Wiedervereinigung unseres Landes niemals ohne die Sowjetunion zustande kommen kann. Unsere ganze Politik ist darauf ausgerichtet, das nicht einen Tag lang, nicht eine Minute lang zu vergessen.

Das, was der Kollege Gradl gesagt hat, möchte ich gerne an einer Stelle, lieber Kollege Gradl, unterstreichen. Sie wissen, daß ich Ihren Gedankengängen sehr viel Zustimmung entgegenbringe. Aber ich möchte ein Verdienst herausheben, das Sie haben. Sie haben sicherlich das Verdienst, in der letzten Zeit sehr nachdrücklich darauf hingewiesen zu haben, daß wir das Thema europäische Sicherheit unter gar keinen Umständen aussparen können, wenn wir realistisch über Wledervereinigungspolitik sprechen wollen.

Ich komme zum nächsten Diskussionsredner, Herrn Lindner. Er hat an mich die Aufforderung gerichtet, daß ich alle Botschaften des auswärtigen Dienstes für Propaganda einsetzen müßte. Ja, ich würde gern Herrn Lindner einmal zeigen — soweit er es nicht aus eigenem Augenschein kennt —, wie stark die Botschaften eigentlich sind und was die Botschaften für Propaganda hergeben können. Da macht er sich wahrscheinlich ganz falsche Vorstellungen. Das ist keine Aufgabe, die man auf ein paar hundert Menschen abwälzen kann, sondern die Propaganda, wie er sie gemeint hat, ist eine Aufgabe von uns allen und täglich, und man soll nicht irgendwelche einzelnen speziell dafür über ihre Kräfte und ihre dienstlichen Möglichkeiten hinaus für verantwortlich halten.

Ich möchte sagen — und ich sage das, um mich hier wirklich rückhaltlos vor den auswärtigen Dienst zu stellen —: Das, was unsere Missionen in den letzten Jahren auf dem Gebiete der Verteidigung unseres Alleinvertretungsrechts geleistet haben, verdient höchste Anerkennung, ich unterstreiche noch einmal: höchste Anerkennung.

(Beifall)

Ein Wort des Dankes möchte ich an die Kollegen Birrenbach und Werner richten. Ich hatte ja in meinem Referat davon gesprochen, daß sie Aufgaben übernommen haben, die vielleicht nach unserer Tradition ein bißchen ungewöhnlich sind. Aber die Herren haben sich dieser Aufgabe mit großem Nachdruck unterzogen. Sie haben sich ihr, wie ich

glaube — ohne dem Ergebnis jetzt vorgreifen zu wollen —, mit Erfolg unterzogen, und wir sollten ihnen alle dafür aufrichtig dankbar sein.

(Beifall)

Herr Jahn hat des längeren im wesentlichen auch über Ostfragen gesprochen und dabei u. a. den Rotchina-Komplex berührt. Dies ist ein Thema, über das ich jetzt hier nicht im einzelnen sprechen möchte. Ich möchte nur sagen, unsere Absicht, auch hier zu Handelsabsprachen zu kommen, haben wir keineswegs aufgegeben. Ich möchte aber mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß die Absprachen, die wir auf diesem Gebiete mit den osteuropäischen Ländern getroffen haben, in unseren Augen nicht zuletzt dadurch ihren Wert bekamen, daß in sie eine positive Berlin-Klausel eingebaut werden konnte, und dem gelten auch unsere Bemühungen in anderer Richtung.

Wenn ich mich hier also mit Herrn Jahn einverstanden erklären kann. so kann ich mich keineswegs mit der Kritik einverstanden erklären, die er an der Organisation des Auswärtigen Amts geübt hat. Das war ein bißchen zu leicht dahin: die Behauptung, das Auswärtige Amt habe sozusagen nicht einmal eine Ostabteilung. Nun, soweit es sich um die Politik handelt - diese ist im Auswärtigen Amt in zwei großen Abteilungen organisiert. Ich selbst bin derjenige gewesen, der diese Reform des Auswärtigen Amts eingeleitet hat, und ich bin der Meinung jedenfalls bis heute; Reformen sind nichts für alle Ewigkeit -, daß sich diese Arbeitsteilung bewährt hat. In dieser Zeit hat es nämlich eine ausgesprochene Ostpolitik gegeben, meine Damen und Herren, und ich bitte nicht zu vergessen, daß wir in diesen Jahren etwas getan haben, was ein gutes Stück Zeit davor noch als ausgeschlossen angesehen wurde, nämlich wirklich einen großen Schritt voran in die osteuropäischen Länder hinein durch die Errichtung von Handelsmissionen. Also selbst wenn wir keine Abteilung haben, die als Ostabteilung firmiert, sondern nur zwei Abteilungen, die ganz schlicht als 1 und II firmieren, so haben wir die Arbeit, die dort zu leisten ist, auf jeden Fall geleistet. (Beifail)

Dem Kollegen Kopf möchte ich besonders dafür danken, daß er den Zusammenhang zwischen unserer Europa- und unserer Atlantik-Politik so klar herausgestellt hat.

An den Kollegen Kühnle möchte ich ebenfalls ein Dankeswort richten. Er hat hier — ich weiß nicht recht, was das ist — Disziplin vor allem für alle Außenministeranwärter verlangt.

(Heiterkelt)

Nun, Herr Kühnle, ich hoffe, daß diejenigen, an die Sie dabei gedacht haben, und alle, die es möglicherweise angehen mag, das mit großer Aufmerksamkeit und, wie ich hoffe, mit Zustimmung und dem Willen, es zu befolgen, gehört haben.

(Heiterkeit und Beifali)

Der Herr Kollege Kliesing hat den Finger sehr nachdrücklich darauf gelegt, daß die nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft tatsächlich die Basis der Partnerschaft im atlantischen Raum ist. Und das, was er über mögliche Reformen der nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft gesagt hat, wird uns ganz sicherlich in der nächsten Zeit nachdrücklich beschäftigen.

Ein Wort des Dankes auch an Herrn Kollegen von Merkatz. Er hat etwas gesagt, was ich sehr richtig finde, weil ich glaube, es sozusagen von dieser Seite her beurteilen zu können. Er hat sich gegen Stimmungspolitik gewendet. Nun, meine Damen und Herren, Stimmungspolitik ist sicherlich dann und wann eine ganz notwendige und angezeigte Politik. Aber die Gefahren, die sie hat, hat Herr von Merkatz nachdrücklich hervorgehoben. Sie schränkt natürlich die Aktionsmöglichkeiten einer Regierung außerordentlich ein, weil — Herr von Merkatz hat das ganz richtig gesagt — eine Regierung sich dann aufs Argumentieren verlegen und beweisen und begründen muß, warum dieser oder jener Zug, den sie tut oder unterläßt, richtig ist. Und deswegen: je weniger wir bei diesem so heiklen und schwierigen Geschäft durch Emotion, oder ich will einmal sagen, durch übertriebene oder ungerechtfertigte Emotionen behindert werden, desto besser ist es für das Ergebnis der auswärtigen Politik.

Ich möchte nachdrücklich unterstreichen, was Herr von Merkatz darüber gesagt hat, daß friedliche Mittel einen Zeitraum voraussetzen, einen Zeitraum verlangen und daß Disziplin und Geduld die Kategorien, die Eigenschaften sind, die wir außerordentlich stark brauchen.

Nicht zuletzt möchte ich das unterstreichen, was er über kulturelle Kontakte zu Osteuropa gesagt hat. Daran ist uns außerordentlich gelegen, damit können wir wleder anknüpfen an frühere Entwicklungen, und ich glaube, daß das, was wir uns als Sinn und Ziel dieser kulturellen Kontakte vorstellen, nämlich ein richtiges und zutreffendes und echtes und neues Bild von Deutschland zu geben, auf diese Weise erreicht, mindestens aber gefördert werden kann.

Dann komme ich zu dem Kollegen Jäger. Ich meine nicht meinen Bundestagskollegen Jaeger, sondern Herrn Klaus Jäger, der hier gesprochen hat. Ihm möchte ich in manchen Punkten nachdrücklich zustimmen. Das, was er z. B. über Entwicklungspolitik gesagt hat, halte ich für ganz richtig. An der Entwicklungspolitik kann man deutlicher als an manchem anderen sehen, daß auch Außenpolitik Geld kostet und daß dies nicht etwas ist, was so einfach nur à fonds perdu und karitativ verwendet oder gar verschleudert wird, sondern daß es sich hier wirklich darum handelt, die Zwecke unserer auswärtigen Politik richtig aufgefaßt zu unterstützen.

Ich unterstreiche auch, was er über Interzonenhandel gesagt hat, und seinen Appell gerade an unsere westlichen Freunde, sich auf diesem Gebiete — d. h. von ihnen aus gesehen nicht Interzonenhandel, son-

dern Handel mit der Zone – zurückzuhalten, um damit nicht im Grunde querzutreiben gegen notwendige Schritte, wie wir sie innerhalb des Interzonenhandels unternommen haben und unternehmen müssen.

Herr Jäger hat gemeint — und das war nun eine Kritik an mir —, Ich müsse mich gegenüber gewissen Angriffen entschlossener wehren, man brauche auf gewisse Angriffe entschlossenere Antworten. Nun, das sage Ich mir manchmal auch, und Ich habe mir das sehr oft und sehr reiflich überlegt. Aber Ich möchte Ihnen die Gewißheit geben, meine Damen und Herren, daß, wenn Ich zu bestimmten Dingen schweige, vor allen Dingen zu bestimmten Dingen, die Ich mit keinem anderen Ausdruck als dem einer üblen Rufmord-Kampagne belegen möchte,

ich das aus Staatsräson, aus Disziplin und Loyalität tue. Das fällt nicht immer ganz leicht. Aber man muß sich in einem solchen Amt an manches gewöhnen, ganz sicher an die drei Dinge, die ich gerade genannt habe. Und jemand anders an meiner Stelle würde — jedenfalls richtigerweise — nicht anders handeln können.

Herr Jäger hat dann ein Zweites gesagt. Er hat beanstandet — und das hat die Versammlung mit so starkem Beifall unterstrichen —, daß ich die Sozialdemokratische Partei nicht stärker angriffe. Es fehlt hierbei nur etwas. Er hat nicht erinnert an jene schönen Zeiten, in denen Ich noch Innenminister war und in denen Ich sozusagen eine Art Hauptträger der Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten gewesen bin.

Nun, meine Damen und Herren, die Ämter haben ihre verschiedenen Aufgaben, um das hier einmal ganz klar und offen zu sagen, und der Außenminister hat nicht ganz dieselbe Aufgabe, wie sie der Innenminister in der inneren Auseinandersetzung hat. Der Außenminister hat das zu bewahren und zu behüten, was mit zu den kostbarsten Dingen eines Volkes gehört, nämlich tatsächlich seine auswärtigen Bezlehungen. Das ist ein ganz anderes Material als das, was man im Innern in der Hand hat, ein wesentlich vorsichtiger zu behandelndes Material. Und Sie können ganz sicher sein — ich würde immer sagen: Hände weg von diesem wertvollen Porzellan, da, wo es wirklich attackiert wird und wo es wirklich notwendig ist!

Aber, meine Damen und Herren, kommen Sie bitte nicht auf die Idee, daß ich mich in meiner Freudigkeit zur Auseinandersetzung nach rechts und links irgendwie durch mein neues Amt beeinträchtigen ließe! Es gibt für mich eine einzige gebotene Linie, und das sind die deutschen, die auswärtigen Interessen. Sie werde ich weiterhin so behandeln, wie ich das nach bestem Gewissen für gut und richtig halte.

(Lebhafter Beifall)

Ich möchte hier eine Klarstellung vornehmen, um die ich gebeten worden bin. Selbst wenn man, meine Damen und Herren, einen schriftlichen

Text von dem, was man gesagt hat, ausgegeben hat, und selbst wenn man sich peinlich genau an seinen Text hält, gibt es offensichtlich — obwohl das also auf das sorgfältigste abgewogen ist — doch noch die Möglichkeit, Irgendwelche Dinge zu entstellen. So findet sich also bei mir die Bemerkung: Unsere Außenpolitik muß die Zone so berücksichtigen, wie sie in der nunmehr bald zwanzigjährigen Trennung von uns geworden ist. Insbesondere müssen wir ihre Internationalen Möglichkeiten, die sie unter der Protektion und mit der Hilfe Moskaus wahrnimmt, realistisch einschätzen.

Meine Damen und Herren, wenn jetzt jemand auf die Idee käme — offenbar sind schon ein paar Leute darauf gekommen — zu sagen, ich hätte also hier die Realität der Zone etwa akzeptiert, nun, das würde also wirklich noch schlimmer dialektisch sein, als jene Leute dialektisch sind. Nicht ein Wort davon steht hier drin, sondern hierin steht, daß die Zone realistisch und ihre Möglichkeiten realistisch eingeschätzt werden müssen. Das muß es in der Tat, meine Damen und Herren; das ist nun aber nicht das Streichen einer Flagge hier, sondern meine ganze Rede ist ein Appell des Kampfes und die Realisierung des deutschen Alleinvertretungsrechts, und daran möchte ich auch nicht durch irgendwelche Fehlinterpretationen auch nur einen Millimeter abstreichen lassen.

Dann gibt es eine andere Stelle, auf die ich aufmerksam gemacht worden bin. Ich habe gesagt — ich kann es jetzt nicht so schnell finden; es geht um den Besuch der britischen Königin, und dabei habe ich gesagt, daß die Königin — ich habe die Stelle jetzt gefunden. Dort heißt es:

Der bevorstehende Besuch der englischen Königin in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin . . .

hier sollte, meine Damen und Herren — Berlin! Das ist das erstemal und ein ganz großes, überwältigends Ereignis —, daß die britische Königin nach Berlin kommt, nachdrücklich unterstrichen werden, daß die britische Königin nach Berlin kommt, und ich wäre also dankbar, wenn man nicht irgendwelche falschen Betrachtungen an dieses "und" knüpfen wollte. Bringen Sie dieses "und" in ein "ganz besonders auch Berlin"! Dann wird die Sache hoffentlich in den Augen aller stimmen.

Nun, mein Bundestagskollege Jaeger hat es mir ein bißchen schwerer gemacht. Lieber Freund Jaeger, ich hatte mir vorgenommen, heute hierher zu kommen in sehr milder und liebevoller Gesinnung, und mich ja nicht provozieren zu lassen und also nun nicht gerade mit den heißesten Eisen und mit den heikelsten Fragen hier zu jonglieren. Ich kann das — ich will jetzt hier nicht im einzelnen darauf eingehen —, was Sie über MLF und ANF gesagt haben, keineswegs vollinhaltlich unterstreichen. Es würde zu weit führen, das hier im einzelnen auseinanderzusetzen. Ich bleibe bei dem, was ich in meiner Rede gesagt habe: Das, was wir brauchen, meine Damen und Herren — und ehrlich gesagt,

mehr brauchen, als ich das heute vielleicht in meinem Referat klargemacht habe —, ist eine Beteiligung an der nuklearen Organisation des atlantischen Bündnisses. Das ist nicht irgendwie eine Randfrage, sondern das ist eine zentrale Frage dieses Bündnisses. Dafür, meine Damen und Herren, liegen derzeit mehrere Vorschläge vor, die ich jetzt gar nicht im einzelnen bewerten will. Aber ich will keine Zweifel daran aufkommen lassen, daß unsere Auseinandersetzung um die richtige nukleare Organisation des Bündnisses überhaupt erst begonnen hat. Sie wird auf jeden Fall weitergehen.

Wenn Sie, meine Damen und Herren, mich nun fragen, welches Resümee ich aus dem ziehe, was wir heute hier miteinander besprochen haben, so würde ich sagen: Ich glaube, das Ganze ist durchaus ermutigend. Ich habe ein zu feines Ohr, um diesen und jenen Ton vielleicht nicht gehört zu haben; aber ich glaube, daß man insgesamt — und ich sage das in einer nüchternen Einschätzung der Kräfte, der Bewegungen, der Gruppen, der Strömungen, der Richtungen und der Möglichkeiten — sagen kann, daß wir als die große deutsche Partei uns, in allen entscheidenden Fragen jedenfalls, so einig sind, wie wir das brauchen, um mit gutem Gewissen an das deutsche Volk appellieren zu können: Gebt uns ein neues Mandat für vier Jahrel Deswegen werden wir guten Mutes und mit aller Aussicht in den Wahlkampf hineingehen. — Danke sehr!

(Lebhafter anhaltender Beifall)

Vorsitzender Dr. Krone: Meine Damen und Herren! Kein Schlußwort von mir mehr!

Zunächst nur noch die Mitteilung, daß sich die Landesvorsitzenden erst morgen um 13 Uhr im "Breitenbacher Hof" zu versammeln haben!

Darüber hinaus noch einmal den Dank an Sie alle, den Dank den Diskussionsrednern, besonderen Dank Herrn Prof. Hallstein, unserem Verteidigungsminister von Hassel und unserem Außenminister Dr. Schröder!

(Beifall)

Dank an die Presse, der wir bestimmt keinen Anlaß zu sensationellen Überschriften gegeben haben – Herr Strobel,

(Zuruf: Nein!)

darin werden Sie mir recht geben —, von der ich aber hoffe, daß sie von dem Tage sagen wird, das sei eine Tagung guter sachlicher Arbeit und geschlossener außenpolitischer Haltung gewesen.

(Heiterkeit)

Darum würde ich Sie bitten. Ich schließe die Sitzung.

(Schluß: 18.01 Uhr)

Dienstag, 30. März 1965

Arbeitskreis II

"Soziale Sicherheit — stabile Wirtschaft"

Theodor Blank

Vorsitzender Dr. Hellwig:

Die Sitzung ist eröffnet.

Meine Damen und Herren, ich heiße Sie zu den Verhandlungen des Arbeitskreises II, "Soziale Sicherheit – Stabile Wirtschaft", anläßlich des diesjährigen Parteitags der CDU herzlichst willkommen.

Mein besonderer Gruß gilt zunächst den Mitgliedern des Bundeskablnetts mit einschlägiger Verantwortung, die heute selbstverständlich bei uns sind und die es übernommen haben, einführende Referate zu halten.

Ebenso herzlich begrüße ich Herrn Bundesminister Dollinger, der durch seine Anwesenheit zugleich den Brückenschlag zur CSU herstellt. Er ist uns also auf Grund seiner mehrfachen Funktion besonders willkommen.

Beifalll

Herr Minister Dollinger hat zugesagt, im Rahmen der Diskussionsbeiträge, die sich an die beiden Hauptreferate anschließen sollen, uns auch aus seinem Arbeitsbereich, der uns hier natürlich sehr interessiert, zu berichten.

Ein besonderes Grußwort darf ich ferner Herrn Bundesbankpräsidenten Blessing widmen. Er hatte zugesagt, in der Diskussion einen Beitrag zu leisten; denn verständlicherweise fühlte er sich durch das Thema dieses Arbeitskreises: "Soziale Sicherheit – Stablie Wirtschaft", besonders angesprochen.

Beifalli

Wir danken ihnen sehr, verehrter Herr Blessing!

Hier darf ich eine Mitteilung zur Geschäftsordnung einflechten. Herr Bundesbankpräsident Blessing ist durch seine Verpflichtungen gezwungen, uns frühzeitig zu verlassen. Die Maschine, die ihn nach Stuttgart bringen sollte, steht offenbar im Augenblick nicht zur Verfügung. Er muß also schon um 11 Uhr abfahren. Das bedeutet, daß wir seinen Beitrag, der im Rahmen der Diskussionen erfolgen sollte, schon vor dem Referat des Herrn Bundeswirtschaftsministers entgegennehmen werden. Wir werden also mit dem Referat des Herrn Bundesarbeitsministers Blank beginnen, dann den Beitrag von Herrn Bundesbankpräsident Blessing hören und anschließend das angekündigte Referat von Herrn Bundeswirtschaftsminister Schmücker entgegennehmen.

Der Blick auf das Programm zeigt Ihnen, daß wir nicht wie sonst alle Referate oder Sachgebiete, die den Bereich der Sozial- und Wirtschaftspolitik betreffen, in aller Breite in unserem heutigen Arbeitskreis vereinigen. Ein Blick auf die Aufteilung der Arbeitskreise zeigt Ihnen, daß wichtige Bereiche, denen sonst unsere Aufmerksamkeit in diesem Arbeitskreis gilt, in einem besonderen Arbeitskreis herausgestellt werden sollen. Ich denke an den Arbeitskreis III "Gesunde Umwelt, gesunde Menschen", wo neben den Fragen der Gesundheit der Wohnungsbau, der Städtebau und der Verkehr ihre Behandlung finden.

Das besagt nun nicht, daß wir in unserem Arbeitskreis lediglich auf die Probleme von Industrie, Handel und Gewerbe beschränkt seien und auf die damit verbundenen sozialen Probleme der Arbeitnehmerschaft. Ich glaube, daß wir in unserem Arbeitskreis immer wieder die Gesamtverantwortung herausstellen müssen, die der Wirtschafts- und Sozialpolitik zukommen gegenüber allen Bereichen, in denen Detail- oder Spezialfragen von noch so großer Wichtigkeit behandelt werden, die aber in jedem Fall aus der Gesamtleistung der Volkswirtschaft zu tragen sind. Wir haben so oft von "Wirtschaftspolitik aus einem Guß" gesprochen, daß wir uns auch hier der Gesamtverantwortung erinnern wollen, die der Wirtschafts- und Sozialpolitik zukommt, auch wenn es um die Lösung von Fragen in Einzelbereichen geht.

Sie werden vielleicht vermissen, daß in unserem Arbeitskreis nicht von den Problemen der Agrarpolitik und der Landwirtschaft direkt gesprochen wird. Der Grund – das möchte ich hier ausdrücklich erklären – ist folgender: Die Freunde der Landwirtschaft und der Agrarpolitik haben gerade vor kurzem ihren besonderen CDU-Kongreß für Agrarpolitik gehabt. Der Bericht über den Verlauf und die Ergebnisse dieses Kongresses wird morgen im Plenum des Parteitages in gleicher Weise vorgetragen wie etwa der Bericht über die Arbeiten der einzelnen Arbeitskreise, der Bericht, der von diesem Arbeitskreis vorgelegt wird.

Berichterstatter ist Herr Hans Katzer, den ich hier auch besonders begrüßen möchte. Er hat wahrscheinlich die undankbarste Arbeit von allen, die heute hier aktiv mitwirken. Wir wollen uns aber nach Schluß der Beratungen zusammensetzen und ihm in einer kleinen Redaktionskommission behilflich sein, aus der Fülle der sicher sehr wichtigen Gesichtspunkte, die hier vorgetragen werden, die Essenz herauszufinden;

denn es versteht sich von selbst, daß in den nur 15 Minuten, dle zum Bericht vor dem Plenum des Parteitages vorgesehen sind, nur das Allerwichtigste komprimiert werden kann.

Zum technischen Ablauf noch folgendes. Wir haben den ganzen Tag Zeit. Eine Mittagspause werden wir von 13 bis 15 Uhr machen. Um 15 Uhr sollen die Beratungen weitergehen. Ich denke mir, daß wir bis 18 Uhr fertig sein können und dann noch Zeit haben, uns der Frage der Berichterstattung und der Vorarbeit für den Bericht zu widmen.

Damit sind die Mitteilungen, die ich zu machen habe, erledigt. Das eine oder andere wird sich wohl im Laufe der Beratungen noch ergeben.

Eines möchte ich aber noch bemerken: Die Gesamtanlage des Parteitages ist so gedacht, daß Ihnen die Berichte der einzelnen Arbeitskreise vorgetragen werden, nicht aber Anträge, die etwa der Gesamtparteitag dann zum Gegenstand von Entschließungen machen sollte. Wir werden die Fragen, die sich als Programmforderungen vor der Bundestagswahl ergeben, noch in welteren Tagungen und in mehreren Gremien behandeln. Der Parteitag will eine Art Bestandsaufnahme der uns vor allem bewegenden Fragen machen. Er wird seinen Niederschlag in den Berichten der Berichterstatter finden.

Soviel zum Auftakt der Arbeit. Nun darf ich Herrn Bundesminister Blank bitten, zu seinem Referat das Wort zu ergreifen.

Bundesminister Blank: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Es ist auf den letzten Parteitagen jedenfalls immer eine gute Übung gewesen, daß wir die wirtschaftlichen und die sozialen Probleme zusammen behandelten. Früher hatte ich die Ehre, das mit dem damaligen Wirtschaftsminister Prof. Dr. Erhard tun zu dürfen, heute mit meinem Freund Schmücker.

Es ist eine gute Übung, die beiden Problemkreise miteinander zu verbinden und in einem Arbeitskreis zu behandeln, weil wir damit zum Ausdruck bringen wollen, daß Wirtschafts- und Sozialpolitik für uns nicht isolierte Gebilde sind, die sich feindlich gegenüberstehen, sondern eine Einheit bilden. Ich hoffe, daß mir der Nachweis gelingt.

Als der Erste Deutsche Bundestag am 7. September 1949 zusammentrat, fragte der damalige Alterspräsident Loebe: "Was erhofft sich das deutsche Volk von der Arbeit des Bundestages?" Seine Antwort lautete: "Daß wir eine stabile Regierung, eine gesunde Wirtschaft, eine neue soziale Ordnung in einem gesicherten Privatleben aufrichten, daß wir unser Vaterland einer neuen Blüte und einem neuen Wohlstand entgegenführen." Diese damals sicherlich kühnen Wünsche sind samt und sonders wahr geworden. Wir haben einen damals von niemandem erahnten, in aller Welt bewunderten Aufbau vollbracht. Wir genießen wieder Vertrauen in der Welt. Unsere Wirtschaft blüht, unser Wohlstand ist kein Privileg für wenige mehr, sondern eine Selbstverständlichkeit für alle.

Ist schon der Wirtschaftsaufbau des total verwüsteten Landes vielen fast wie ein Wunder vorgekommen, so muß man heute, 20 Jahre nach Kriegsende, erst recht die unerhörte Dauer unserer Konjunktur bestaunen. Wir kennen keine allgemeine Wirtschaftskrise mehr, kaum noch Rückschläge, nicht einmal mehr Stillstand in der Wirtschaft. Die Vollbeschäftigung ist längst zum Dauerzustand geworden. Über eine Million Ausländer sind bei uns beschäftigt, und dennoch waren im letzten Jahr ständig rund 600 000 Arbeitsplätze unbesetzt. Löhne und Gehälter stiegen Jahr für Jahr in kräftigen Raten. Obwohl der Verbrauch in den letzten Jahren stark anstieg, blieb bei der anhaltend steigenden Einkommensentwicklung noch genug übrig für neue Sparrekorde. Ende des Jahres 1964 standen mehr als 100 Mrd. DM auf Sparkonten.

Regierung, Gewerkschaften und Unternehmer sind sich einig, daß Volkseinkommen und Produktion auch in Zukunft weiter wachsen. Umfangreiche Investitionen werden die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Industrieproduktion trotz des Mangels an Arbeitskräften weiterhin kräftig wächst. Die Masseneinkommen werden zukünftig mindestens so stark zunehmen wie in der Vergangenheit. Das sind alles in allem beruhigende Aussichten für die Zukunft.

Die Voraussetzungen für diese Erfolge schuf unsere Wirtschaftspolitik. Dank der sozialen Marktwirtschaft können wir auch sozialpolitische Erfolge vorzeigen, die den wirtschaftspolitischen in nichts nachstehen. Den deutschen Arbeitnehmer - und darauf sind wir stolz - schützt das beste soziale Sicherungssystem der Welt; er ist voll in die Gesellschaft eingegliedert; auch sein Einkommen ist unaufhörlich gestiegen und liegt weit über dem Existenzminimum; er kann sich einer glänzend funktionierenden Arbeitsvermittlung und Berufsausbildungsbeihilfe bedienen. Die ökonomische Entproletarisierung der Arbeiter - drei Generationen lang die soziale Frage - ist heute völlig erreicht. Auch den letzten Resten klassenkämpferischer Ideologie ist der Boden entzogen. Soziale Spannungen, einst an der Tagesordnung, sind durch faires Denken und Handeln der Sozialpartner unbekannt geworden. Die Familie nimmt ideell und materiell den Rang ein, den sie wegen Ihrer Bedeutung für die Zukunft des Volkes verdient. Vollbeschäftigung. hoher Lebensstandard, der Einfluß der Gewerkschaften, Geltung des Rechtsstaates und politische Stabilität garantieren eine harmonische Gesellschaftsstruktur.

Dieses Zustandsbild gibt der Sozialpolitik ganz neue Aufgaben auf. Die staatliche Sozialpolitik kann nicht mehr nur auf den Elementen ihrer Entstehungszeit weiterbauen. Sie war einst zum Schutz einer Minderheit angemessen und notwendig. Dieses Schutzbedürfnis besteht heute nicht mehr im gleichen Ausmaß. Die Lebenslage der Erwerbstätigen von heute ist mit der Situation der Arbeiter des frühen Industriezeitalters gar nicht mehr zu vergleichen. Das Einkommen ist nicht mehr karg, Arbeitsplatz und Existenz sind nicht mehr gefährdet wie

damals. Die Arbeitnehmerschaft ist auch keine Minderheit mehr. Sie ist mit 23 Millionen Menschen die beherrschende Schicht der heutigen Gesellschaft. Dem muß zwangsläufig die moderne Sozialpolitik Rechnung tragen. Sie kann nicht mehr Arme-Leute-Politik sein. Sie verteilt auch keine Almosen an Schutzbedürftige. Sie ist eine neue, eigenständige Politik, dazu bestimmt, die Voraussetzungen und Hilfen für eine Existenzsicherung aus eigener Kraft zu schaffen. Sie Ist ein selbständiges, den Bereichen der übrigen Politik vollauf systemkonformes Wirken. Auf diese Feststellung lege ich entscheidenden Wert. Sie hat in den nächsten Jahrzehnten die große Aufgabe, die vollständige Befriedung der Gesellschaft zu lösen. Für diese soziale Zukunft aber ist es entscheidend, welches Konzept dafür verwendet wird. Versorgungsstaat oder solidarische Selbsthilfe freier Menschen - das ist die Frage, vor der wir in der nationalen und internationalen Sozialpolitik stehen. Ich verkenne keineswegs, daß große Anstrengungen des Geistes und des Willens nötig sind, um nicht in den Versorgungsstaat abzugleiten, der vom totalen Staat östlicher Prägung nur um kleine Schritte ge-

Dabei teilen wir keineswegs das liberale Vorurteil gegen die Einrichtung der sozialen Sicherheit überhaupt. Wir sagen nicht, diese Einrichtungen seien nur eine mit schlechtem Gewissen gemachte Konzession, die im Grunde gar nicht mit dem Bild einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung vereinbar sei, die man nur dulden müsse, weil starke politische Kräfte dahinter stecken.

Das Konzept der modernen, zeitgerechten Sozialpolitik müßte gerade auch Liberale überzeugen: nämlich keine Fürsorge mehr, keinen Obrigkeitsstaat, sondern klares Verhältnis von Leistung und Gegenleistung; keine Staatsbevormundung, sondern Selbsthilfe. Das ist liberal, marktkonform und systemgerecht gedacht.

Die "neue Sozialpolitik" muß sich deshalb in Zukunft auf zwei Gleisen bewegen: Einmal auf dem traditionellen.

Das bestehende System der sozialen Sicherung muß vernünftig und behutsam nach den Ansprüchen und Rechten der freien Persönlichkeit ausgebaut und ergänzt werden. Dabei müssen die Voraussetzungen einer sollden Sozialpolitik strikt im Visier behalten werden, sonst entzieht sie sich selbst den Boden. Sie braucht Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und eine stabile Währung. Sie muß auf dieser Basis dann auch in ihren traditionellen Bereichen eine gute Balance zwischen staatlicher und eigener Leistung finden. Es ist an der Zeit, daß außerhalb der öffentlichen Sicherung ein größerer Freiheitsraum entwickelt wird; denn der gestiegene und immer weiter stelgende Massenwohlstand gibt der Sozialpolitik die reelle Chance, der ständigen und durch den gesellschaftlichen Strukturwandel erzwungenen Ausweitung der sozialpolitischen Aktivität des Staates das Gegengewicht eines stärkeren individuellen Engagements für die soziale Si-

trennt ist.

cherheit entgegenzusetzen. Auf diese Weise verliert die Sozialpolitik den Geruch der Armen-Fürsorge, der ihr seit langem anhaftet und der gar nicht mehr in unsere Zeit paßt. Überdies ist die gesetzliche Sozialbelastung der Einkommen an einer Grenze angelangt, deren Überschreitung nicht mehr vertretbar ist.

Am klarsten drückt sich der Stilwandel der Sozialpolitik in der geplanten und von mir noch nicht aufgegebenen Krankenkassenreform aus. Es ist ja nicht die Schuld der Christlichen Demokraten, daß dieses bedeutsame soziale Problem nicht behandelt werden konnte. Es ist hinlänglich bekannt, daß durch eine ganz merkwürdige Koalition bei den Ausschußberatungen mit den Stimmen der SPD und der FDP gegen die der CDU die Beratungen blocklert worden sind.

Durch den medizinischen Fortschritt sind die Kosten für das Heilen von Krankheiten immer größer geworden. Wenn diese Fortschritte allen zugute kommen sollen, dann sind von Jahr zu Jahr steigende Beitragserhöhungen in der gesetzlichen Krankenversicherung einfach unumgänglich. Dieses Problem zwingt uns dennoch, sich mit ihm noch in dieser Legislaturperiode zu beschäftigen. Wir stehen ganz einfach vor der Frage, ob wir wegen der steigenden Belastung die Beiträge drastisch erhöhen wollen oder ob wir die Versicherungspflichtgrenze entsprechend erhöhen. Beides ist nur durch einen gesetzgeberischen Akt möglich. Wenn wir aber zu einem solchen gesetzgeberischen Akt genötigt sind, werden Sie mir sicher zugeben, daß wir diese Gelegenheit benutzen sollten, um auch noch einiges andere zu regeln, was damit im Zusammenhang steht. Wenn - so sagte ich eben - diese Fortschritte allen zugute kommen sollen, sind von Jahr zu Jahr steigende Beitragserhöhungen einfach unumgänglich. Der damit zwangsläufig verbundenen immer stärkeren Sozialisierung der Arbeitseinkommen soll und muß durch die Weckung des Eigeninteresses beim Beitragszahler und potentiellen Patienten - natürlich nur im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des einzelnen - entgegengewirkt werden. Das ist und bleibt der Kernpunkt aller kassenreformerischen Bemühungen der Bundesregierung. Die Reform ist in dem vergangenen Jahr nicht an der Konzeptionslosigkeit der Bundesregierung, auch nicht an den Argumenten der Gegner gescheitert, sondern sie scheiterte an dem Druck der Interessen.

Hört! Hört!

Das war immer meine feste Überzeugung. Dennoch zwingen uns die Verhältnisse, an dem Problem nicht mehr vorüberzugehen, sondern es einer Lösung zuzuführen.

Die Wendung zu einem neuen Stil in der Sozialpolitik kann auf keinen Fall bedeuten, die traditionelle Sozialpolitik zu vernachlässigen oder gar einzustellen. Niemand denkt daran, das System der sozialen Sicherung abzurüsten. Wir können es unmöglich entbehren, müssen und wollen es auch beibehalten.

Die Frage kann nur sein, ob wir das Sicherungssystem so weit ausbauen wollen, daß eine Grenze erreicht ist, über die man aus materiellen Rücksichten nicht hinausgehen kann und aus ideellen Erwägungen nicht hinausgehen soll. Ginge nämlich die Entwicklung ins Unbegrenzte weiter, dann würde zum Beispiel die Sozialversicherung ihren ursprünglichen Charakter völlig wandeln. Eine derart sich auswachsende Sozialversicherung würde nicht nur den Versicherungscharakter verlieren, sondern schließlich in eine totale staatsbürgerliche Versorgung umschlagen. Wir hören ja merkwürdige Töne - die zwei Flügel trachten sich hier miteinander zu vereinigen - über die allgemeine vom Staat zu garantierende, ja sogar zu leistende Versorgung, zunächst etwas bescheiden "Grundsicherung" genannt. Nein, meine Damen und Herren, wir bleiben bei unserem System der sozialen Sicherung, wo Leistung und Gegenleistung zwei entscheidende und bestimmende Faktoren sind. Schließlich haben wir 81/2 Millionen Rentner in Deutschland 1957 das Versprechen gegeben, daß sie in ihrem Alter auch eine Existenzsicherung finden, deren Größenordnung in einer Relation zu ihrer früheren volkswirtschaftlichen Leistung steht.

Beifall!

Lassen Sie mich in dem Zusammenhang mit aller Härte sagen: Dieses Sozialversicherungssystem werden wir Christlichen Demokraten nicht aufgeben, sondern mit Zähnen und Klauen verteidigen.

Beifall!

Ich sagte soeben, daß wir nicht in die staatsbürgerliche Versorgung einmünden sollen. Ein solcher Umschlag würde unsere ganzen gesellschaftlichen Verhältnisse derart umgestalten, daß man letzten Endes soziale Strukturen einplaniert und aufgehoben hätte, obendrein dem Beitragszahler Kosten aufbürden müßte, die er gar nicht tragen kann. Wir wollen nicht die Reichseinheitsrente, wir wollen die durch ein erfülltes Arbeitsleben, durch Teilhabe am volkswirtschaftlichen Prozeß verdiente echte Alterssicherung.

Beifall!

Selbstredend muß das Alter gesichert bleiben. Da hat noch viel zu geschehen, weil zwel Weltkriege, die Auswirkungen zweler Inflationen – und jetzt will ich mich in Anwesenheit des Herrn Bundesbankpräsidenten vorsichtig ausdrücken – die Veränderungen der Kaufkraft des Geldes und viele andere, in der Natur der Sache liegende Probleme noch so viele ungelöste Fragen in der Sozialversicherung zurückgelassen haben, daß der Gesetzgeber viel Mühe darauf zu verwenden hat. Wir werden in wenigen Tagen mit der Härtenovelle einige erste große Verbesserungen für das bestehende System bringen. Wir werden weiter mit allen Kräften bemüht sein, das System auf seiner vorbildlichen Höhe zu halten. Und jetzt schneide ich ein Problem an – Ich schneide es mit

Absicht nur an —, bei dem uns die Diskussion zeigen wird, wie tief diese Ideen gehen. Auch den Wunsch, jenen Kreisen, die bisher noch nicht der gesetzlichen Rentenversicherung angehören, diese Sicherung zugänglich zu machen, werden wir sorgfältig prüfen.

Solche Erwägungen, wie die Einbeziehung der Selbständigen in die Arbeitnehmerrentenversicherungen, können aber nur verwirklicht werden, wenn die Grundlagen des bisherigen Systems nicht angetastet werden, wenn dem Prinzip der gleichen Rechte das der gleichen Pfilchten gegenübersteht und wenn ein Weg gefunden wird, der abgrenzbare, noch nicht von der Rentenversicherung erfaßte Stände in die Versicherung geschlossen einbezieht.

Wir können hier auch nicht aus dem allgemeinen Gericht einzelnen Gruppen einen besonders großen Brocken zuteilen. Wenn dieser Wunsch lebendige Gestalt annimmt, wenn man ihn unterstützt, wenn man vielleicht Lösungsmöglichkeiten überlegt, dann müßte man folgendes an den Anfang setzen: Man kann hier nur Mitglied in diesem Fairneßverein werden nach gleichen Rechten, aber auch nach gleichen Pflichten. Der Ausbau und die Ergänzung des bestehenden Systems unserer sozialen Sicherung hat schließlich noch die letzten Reste von Ungleichheit in der Gesellschaft zu beseitigen. Ich habe mir lange überlegt, ob ich den folgenden Satz - ich spreche ia nach einem vorbereiteten Konzept - in meinem Konzept stehenlassen sollte. Ich habe mir das mehrfach überlegt, und dann habe ich ihn mit mehreren Buntstiften unterstrichen. Das heißt nämlich, daß ich diesen Satz mit besonderem Nachdruck vortragen wollte. Ich wiederhole noch einmal den Rest des letzten Satzes: noch die letzten Reste von Ungleichheit in der Gesellschaft zu beseitigen."

Unsere soziologische Situation läßt es deshalb einfach nicht mehr zu, den Arbeitern die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle, die die Angestellten seit 30 Jahren haben, noch länger vorzuenthalten.

Lebhafter Beifall!

Ich lasse mich auf den berühmten Streit, eine wie große Belastung hierbei auf die Wirtschaft zukäme, überhaupt nicht mehr ein, und zwar deshalb, weil letztlich wieder in einer Besprechung von Arbeitgeberseite dargelegt worden ist: Es geht gar nicht darum; wir sind bereit, in vollem Umfang die Kosten zu übernehmen.

Zuruf: Aber?

Ich komme gleich darauf. Haben Sie keine Sorge. Ich kann ja nicht zwei Sätze auf einmal sprechen.

Heiterkeit und Beifall!

Man sagt: Wir sind bereit, auch den darauf entfallenden Sozialversicherungsbeitrag – Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeitrag – zu bezahlen. Das ist gar nicht das Problem. Das Problem ist nur: der Rechtsanspruch muß gegen die Kasse gerichtet sein, und darf nicht gegen mich, den Arbeitgeber, gerichtet sein.

Zuruf: Pfui!

Da sage ich: wir gehen doch von den personalen Beziehungen aus, und der Arbeitsvertrag, das Arbeitsverhältnis sollte mehr Elemente des Personalen bekommen.

Zuruf: Sehr richtig!

Ich glaube, daß die Menschen in der Wirtschaft – das ist ja seit zwanzig Jahren allgemeine Überzeugung – mehr bedeuten als das Kapital.

Belfall!

Ich meine, daß ein Arbeiter heute — natürlich nicht alle im gleichen Maße; das gilt ja auch für die Angestellten — unter Umständen Tätigkeiten von so großem Wert ausübt, daß von seinem Können und seinem Einsatz der wirtschaftliche Effekt in einem so entscheidenden Ausmaß abhängt, daß man endlich mit dem Unsinn aufhören muß — ich habe diesen Ausdruck gebraucht und ich wiederhole ihn —, diesem Arbeitnehmer, vielleicht noch einem Familienvater mit mehreren Kindern.

Sehr richtig!

einem wichtigen Mann im Betrieb, einem tüchtigen Arbeiter mit Mißtrauen zu begegnen und ihm das zu verweigern, was man jedem Werkstattschreiber als zu seinem Stand gehörend zubilligt. Das ist in unserem Staat nicht mehr möglich!

Beifall!

Ich fordere daher heute wie schon auf mehreren Parteitagen die Beseitigung dieses Unrechts und die Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall im gleichen Ausmaß, wie sie den Angestellten gewährt wird.

Die Union hat dieses Ziel seit Jahren proklamiert. Sie hat auch einige gesetzliche Voraussetzungen dafür geschaffen. Ich will sie gar nicht aufzählen. Sie wissen, was wir getan haben, welche Teilschritte wir eingeleitet haben, nicht immer zum Nachteil der Wirtschaft. Die Union hat nunmehr die Verpflichtung, ihr Versprechen endlich einzulösen.

Auch die Mitbestimmung wird im Lichte der Erfahrungen und der technisch-wirtschaftlichen Entwicklung geprüft werden müssen. Sie hat sich bisher zweifellos bewährt. Das ist nicht bloß die Auffassung der Arbeitnehmer, das ist nicht bloß die Auffassung der Gewerkschaften; nein, das ist die Auffassung des Parteipräsidiums der CDU, nachdem wir in den letzten Wochen eine Reihe von Gesprächen mit den Vertretern verschiedenster Organisationen gehabt haben. Das ist auch, wie Ich gehört habe, die Meinung des Herrn Abs, ist auch die Meinung der

Herren aus der Wirtschaft. Ich glaube also, daß die Mitbestimmung im Lichte der Erfahrungen und der technisch-wirtschaftlichen Entwicklung überprüft werden muß.

Die heute diskutierte Ausgestaltung muß auf jeden Fall jeder partelpolitischen Einseitigkeit bei der Besetzung der Mitbestimmungsorgane einen Riegel vorschleben. Gerade wir, die wir die Träger dieses Gedankens und seine politischen Verwirklicher sind — ich darf an 1949 erinnern und daran, daß wir es dann im Bundestag gemacht haben —, gerade wir, die wir die Mitbestimmung bejahen, sagen: Die Mitbestimmung ist kein Objekt für bestimmte Gewerkschaften und Parteien, Machtpositionen zu erzwingen.

Aber wir sagen ebenso deutlich: Die geltende Mitbestimmung darf nicht auf kaltem Wege ausgehöhlt werden.

Raifall

Es entspricht nicht dem Sinn der Mitbestimmungsgesetze, durch Veränderung des Produktionsprogramms bei größeren Zusammenschlüssen das Unternehmen des Charakters zu entkleiden, auf Grund dessen es unter die Mitbestimmungsgesetze fiel. Ich bin froh, daß es in vielen Fällen gelungen ist, das abzuwehren. Sollte das aber nicht möglich sein, müßte man sich diese Frage bei einer zeitgemäßen Überprüfung der Mitbestimmungsgesetze erneut überlegen.

Zustimmung!

Neben dem behutsamen Ausbau unseres herkömmlichen Sicherungssystems kommt in den kommenden Jahren der zweite Komponente unserer Sozialpolitik die allergrößte Bedeutung zu. Diese Entwicklung steht im Lichte von mehr Freiheit und mehr Eigenverantwortung mit den wesentlichen konkreten Zielen: noch mehr Verantwortung für den einzelnen wegen seiner größeren Mündigkeit und seiner ständig besser gewordenen sozialen Situation, die Vermögensbildung in breiten Schichten und die Förderung der Aufstiegschancen in der Massengesellschaft. Auch für diese Schwerpunkte der modernen Sozialpolitik gilt als unumstößlicher Richtsatz, daß die Vollbeschäftigung erhalten bleiben muß, daß der Geldwert konstant bleibt und daß die Lohnpolitik das wirtschaftliche Wachstum nicht gefährden darf.

Das Kernstück dieser neuen Sozialpolitik ist die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Ich bekenne freimütig, daß ich auf diesem Parteitag gerne, um das soziale Wollen der Christlich-Demokratischen Union zu demonstrieren, in meiner Rede einen Satz gesagt hätte, nämlich den: Unser neues Vermögensbildungsgesetz ist im Deutschen Bundestag verabschiedet. Leider kann ich heute nur sagen: Es ist erst im federführenden Ausschuß verabschiedet. Aber ich glaube, es wird in wenigen Wochen auch im Plenum verabschiedet.

Meine Damen und Herren, diese Christlich-Demokratische Union braucht doch eine Sozialdemokratie nicht zu fürchten! Diese Christlich-Demo-

kratische Union braucht nur weniger miteinander zu zerren. Sie braucht nur mit großem, offenem Herzen im sozialen Bereich zu tun, was an der Zeit, was notwendig und was möglich ist.

Beifelil

Dann haben wir schon geslegt.

Aber die Christlich-Demokratische Union muß sich dieses kleinliche — wie ich eben gesagt habe — Gezerre abgewöhnen. Muß denn erst ein Leber uns überholen, damit wir auf Krücken hinterhermarschieren! Unser war die Idee der Eigentumsbildung, unser waren die ersten Gesetze; unser sollte auch sein, was hier und heute zu tun notwendig ist.

Beifall1

Es gehört zu den fundamentalen Überzeugungen christlich-demokratischer Politik — bei mir war das immer so, auf die bin ich eingeschworen seit meiner frühesten Jugend —, jedem Bürger den Raum für die Freiheit zu garantieren, damit er seine Lebensvorsteilungen verwirklichen kann. Eine elementare Voraussetzung dafür ist, daß jeder die reale Chance hat, Eigentum zu bilden. Keine andere Partei hat so wie die Union jahrelang um die Verwirklichung dieses Programms gerungen und im Parlament wesentliche Entscheidungen durchgesetzt. Sie wird auch in den nächsten Wochen weitere wesentliche Schritte tun.

Wir fördern die Bildung von Eigentum und Vermögen in Arbeitnehmerhand, weil sie ein Unterpfand der persönlichen Sicherheit gegen die Wechselfälle des Lebens ist. Wer Vermögen hat, kann dem Leben und dem Schicksal freier gegenübertreten. Wer einen Rückhalt in einem Vermögen hat, fühlt sich, auch als Arbeitnehmer, selbständig und frei. Vermögen eröffnet die ganze Vielfalt des Erwerbs und Aufstiegs im Leben, setzt auch den Arbeitnehmer in die Lage, den würdelosen Zustand des Lebens von der Hand in den Mund zu überwinden. Das ist der sozialpädagogische Kern aller Bemühungen um die Vermögensbildung. Erst Eigentum vermittelt dem Menschen das volle Heimatgefühl in der Freiheit.

Eigentum und Vermögen haben gemeinschaftsbildende Kraft. Denn Vermögen, nicht nur als persönlicher Besitz, sondern als Familienerbe betrachtet, versetzt die Kinder der kommenden Generation in eine ganz neue Lebenssituation. Das ist auch Familienpolitik.

Belfall!

Sie sind Erbberechtigte. Sie werden ihr Erbe zu bewahren suchen und es als ihre Aufgabe ansehen, es welterzureichen. So verklammert Vermögen die Generationen. Es stärkt den Zusammenhalt der Familie und kräftigt die elterliche Autorität.

Vermögen und Vermehrung von Vermögen trägt schließlich dazu bei, die volkswirtschaftliche Kapitalbildung, eine dringende Forderung des Gemeinwohls, zu verbessern. Die Kapitalmehrung ist die Voraussetzung der Einkommensstelgerung und daher der Weg zur Bewältigung der materiellen Armut. Sie ist auch die Voraussetzung für die Weitergabe von Hilfe in die Entwicklungsregionen.

Den Freunden aus der Wirtschaft möchte ich folgendes sagen: Dank unserer erzieherischen Aufgabe, durch die Bewegung der christlich-sozialen Arbeitnehmerschaft ist es heute auch für den einfachsten Arbeitnehmer eine Binsenwahrheit, die er gar nicht mehr anzweifelt, daß unser wirtschaftliches Schicksal abhängt von einer wachsenden Wirtschaft. Es ist für ihn auch eine Binsenwahrheit, daß man das Produzierte nicht alles verzehren, sondern daß man einen erheblichen Teil und vielleicht sogar noch immer steigenden Teil investieren muß. Das alles verstehen die Leute, und sie sind auch bereit, auf diesen Teil des Konsums für sich zu verzichten. Nur eines wollen die Leute nicht einsehen – und ich denke, sie haben dabei recht –: Sie wollen nicht einsehen, daß ihnen dann von diesem so entstehenden Produktivvermögen auch nicht ein Teil als Eigentumstitel zuwachsen soll.

Beifall!

Wir sollten die Zeichen der Zeit sehen. Eine Eigentumsordnung ist um so gefestigter, je mehr Eigentümer es gibt und je mehr Menschen aus eigener Teilhabe vorbehaltlos dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zustimmen.

Endlich vermag Eigentum und Vermögen die industrielle Gesellschaft als Ganzes zu stabilisieren. Der einzelne wird sich erst dann in der Freiheit ganz zu Hause fühlen, wenn er an allen Funktionen des Wirtschaftslebens teilnimmt, also auch an der Funktion des Vermehrens von Besitz und Kapital. Das Bewußtsein, als Eigentümer, Mitverantwortlicher und Mitträger und nicht nur, wie weitgehend heute, Kostgänger und Nutznießer der Kapitalbildung zu sein, wird sein Lebensgefühl erhöhen und seine Personenwürde stärken. Das ist das erklärte Ziel unserer Eigentumspolitik. Mehr Vermögen soll für den Bürger der Titel sein, daß er sich nicht nur mit einem passiven Empfängerdasein zu begnügen braucht, sondern daß er mittragen kann und will an der Last und Verantwortung des Gemeinwohls. Hier liegt für uns von der CDU die letzte staatspolitische Rechtfertigung unserer Eigentumspolitik.

Auch der Förderung der beruflichen Fortbildung und des Aufstiegs in der Gesellschaft entspricht dieser Grundvorstellung. Für die vitale Situation des arbeitenden Menschen in der aus Eigengesetzlichkeit Immer stärkeren Nivellierung unserer Massengesellschaft ist es von unabdingbarem persönlichem Wert, daß er das Gefühl der persönlichen Befriedigung empfindet. Hier greifen Sozialpolitik und Bildungspolitik eng ineinander. Die soziale Gesellschaftspolitik der kommenden Jahre wird mit viel größerem Nachdruck als bisher bemüht bleiben, die Einrichtungen für die Berufswahl zu verstärken, weil von der Entscheidung für den Beruf das ganze weitere Lebensschicksal abhängt. Diesen Proble-

men des richtigen Berufs und des Aufstiegs im beruflichen Leben werden wir die allergrößte Beachtung schenken. Die erste Weichenstellung dafür ist durch mein Programm der beruflichen Fortbildung geschehen.

Es kann bereits heute – von Herrn Schellenberg ursprünglich als Groschenprogramm verlacht – erfreuliche Ergebnisse vorlegen. Die Leistungen werden sich durch das Leistungsförderungsgesetz und durch die Mitarbeit meines Freundes Dollinger, der die Bundesschätze in richtiger Weise zu verwalten beginnt, in den nächsten Jahren noch erheblich steigern.

Beifall!

Die ökonomische Entproletarisierung ist im heutigen Sozialstaat fast völlig erreicht. Aber nun geht es um die seelische Entproletarisierung, und im Mittelpunkt dieses Programms muß heute das Bildungs- und Erziehungsproblem stehen. Erst der völlig "entproletarisierte" Arbeitnehmer ist der Staatsbürger, den wir bei all unseren Bemühungen meinen. Nur er wird bereit sein, seine eigene Kraft zu aktivieren; er wird es sich angelegen sein lassen, für Alter und Wechselfälle auch noch durch eigenes Sparen und private Anstrengungen vorzusorgen, anstatt durch die ihm von anderen zugedachten Staatsrenten. Er wird bereit sein, seinen Kindern bessere Entfaltungschangen zu geben. Er wird auch am Arbeitsplatz Initiative entfalten, er wird Mitarbeiter sein wollen, aber nicht Werkzeug. Er wird sich nach Mitverantwortung und Mitbestimmung drängen. Er wird nicht nur mitlaufen wollen, sondern danach trachten, seinen Rang in der Gemeinschaft und im Staat einzunehmen. Das ist der Bürger, den wir meinen und den wir für unsere freiheitliche Demokratie brauchen.

Natürlich kostet die Verwirklichung aller Pläne Geld. Viele Dinge kosten Geld, aber das hierfür aufgewandte wäre gut angewendetes Geld; denn es legt den Grundstein für einen zufriedenen Menschen und damit für eine stabile, harmonische Gesellschaft, und es gibt den Menschen mehr Freiheit.

Die Grundlinien unseres Wollens sind ausgezogen. Wir brauchen sie nur weiterzuzlehen und wir werden sie auch weiterziehen. Ich bin sicher, daß nur die Union, diese Union nach Konzept und Leistung in der Vergangenheit und nach Ideen und Kraft für die Zukunft imstande ist, die zweite Phase der Sozial- und Wirtschaftspolitik zu verwirklichen. Die Opposition hat für diese Phase kein Rezept. Ihre Programme von Godesberg bis Karlsruhe entbehren jeder Konkretheit und verweisen immer nur auf den Staat, was zu großen finanziellen Problemen führen muß. Nur die Union, die als Zusammenschluß aller Stände und Schichten angetreten ist und damit ihre größten Erfolge erzielte, darf mit Stoiz das Gefühl haben, auch die weitere Phase bewältigen zu können. Ich glaube, wir dürfen sogar das Bedürfnis haben, daß die Hauptakteure dieses politischen Wollens auch in Zukunft die Politik an leitender

Stelle mitgestalten, mitprägen, mitformen; denn wir waren ja nicht eine Gemeinschaft von "Flaschen", sondern eine Gemeinschaft produktiver Politiker; denn wir haben eine Erfolgsbilanz vorzulegen, wie sie stolzer kaum jemals vorgelegt werden konnte.

Belfall!

Wir wollen einen Staat der Freiheit, einen Staat der Gerechtigkeit, einen Staat der Menschenwürde, der eine Geistes- und Herzensheimat ist, für die es sich lohnt, sich einzusetzen. Eine gute Sozialpolitik schafft hierfür die besten Voraussetzungen. Gehen wir guten Mutes, entschlossen und zielklar, in die zweite Phase. Diese Union siegt, wenn sie nur siegen will.

Anhaltender Beifall!

Dienstag, 30. März 1965

Arbeitskreis II

"Soziale Sicherheit — stabile Wirtschaft"

Vorsitzender Dr. Hellwig:

Kurt Schmücker

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wieder eröffnet. Wir kommen nun zu dem angekündigten Referat des Herrn Bundeswirtschaftsministers.

Bundesminister Schmücker (mit Beifall begrüßt):

Meine lieben Parteifreunde! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jetzt haben Sie schon zwei Reden gehört und sollen noch eine dritte ertragen. Das ist schwer und am schwersten — das weiß ich aus eigener Erfahrung — für diejenigen, die ungeduldig darauf warten, selber das Wort nehmen zu können. Aber Herr Dufhues hat uns gesagt, wir sollten bei diesem Parteitag bedenken, daß wir vor den Wahlen stehen. Zu keiner Zeit ist der Bundesbürger gegenüber Parteiprogrammen so kritisch wie vor Wahlen. Er sieht — das ist ganz natürlich — in jedem politischen Redner einen Propagandisten, und er lauert darauf, seine Reklame zu entiarven. Ich meine, daß dies so ist, sei unser Vorteil, denn wir können uns darauf verlassen, daß die Opposition, die frei ist im Kritisieren und frei ist im Fordern, im Versprechen und im Tadeln sowie auch im Herabsetzen einiger Unionspolitiker, keine Punkte sammeln wird.

Aber wir sollten uns auch darüber im klaren sein, daß mit noch so gut aufgebauten Rechenschaftsberichten ebenfalls keine Lorbeeren geholt werden können. Im Gegentell, wer zu sehr auf seine eigenen Leistungen hinweist, gerät in den Verdacht, müde geworden zu sein: "Wer so viel getan hat, daß alles fertig ist, der ist womöglich selber fertig."

Wir sind hier auf dem Parteitag im Kreise von Unionsfreunden versammelt, und wir haben, weil anders die Arbeit nicht zu bewältigen ist, fachliche Arbeitskreise bilden müssen, die sich übrigens — wie könnte es anders sein! — alle überschneiden.

Aber machen wir uns hier in diesem Saale nichts vor: So interessiert wir als Experten sein mögen, der Bürger draußen will keine Fachsimpelei und schon gar nicht eine Geheimniskrämerel. Er verlangt von der Politik mehr als die Lösung von Schulaufgaben. Er will erkennen und fühlen können, welchen Grundsätzen und welchen Persönlichkeiten er sich anvertrauen kann, und die politische Versammlung, die diese Frage nicht beantwortet, ist langweilig.

Es ist ein Irrtum, zu glauben, Grundsätze seien nicht mehr gefragt. Es ist heute wie bei den vier Wahlen: Wir müssen für jedermann verständlich und unüberhörbar deutlich sagen, was wir wollen.

Und wie haben wir die vier Wahlen gewonnen? 1949, weil die Bevölkerung erkannte und spürte, daß mit der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union eine politische Besinnung auf christliche Werte Wirklichkeit wurde, eine Besinnung, die allein in der Lage war, uns von dem Alpdruck einer bösen Vergangenheit zu befreien. Und das geschah gegen einen innenpolitischen Gegner, der damals im Kern atheistisch war.

(Sehr wahr! Sehr richtig!)

1953 bestätigte der Wähler unser Bemühen, dem einzelnen auch im wirtschaftlichen Bereich die Chance zur Entfaltung seiner Persönlichkeit zu geben. Unser innenpolitischer Gegner war damals eine Sozialdemokratie, die sich noch stolz sozialistisch nannte und noch rote Fahnen hatte. Es ging um Grundsätze und um Persönlichkeiten, genau wie es bei der europäischen Einigung und beim Wehrbeitrag bis zum atomaren Schutz um Prinzipien ging.

1957 kam die absolute Mehrheit. Sie kam nach harten und offenen Auseinandersetzungen. Ich bleibe dabei: 1961 fehlten uns nach der Wahl die acht Sitze für die absolute Mehrheit nur deswegen, weil wir in einigen Fragen der deutschen Öffentlichkeit die erwartete Antwort nicht in der Deutlichkeit gegeben hatten, auf die der Wähler einen Anspruch hat.

(Beifall)

Zu allen Wahlen hat uns die SPD vorgeworfen, wir hätten zuwenig für die Wiedervereinigung getan. Wie unberechtigt dieser Vorwurf ist, erkennt man am raschesten bei der Vorstellung, wo wir mit der Wiedervereinigungsfrage heute ständen, wenn die anderen Erfolge nicht hätten errungen werden können. Ohne diese Erfolge, auch und gerade ohne die wirtschaftlichen Erfolge, wären wir rettungslos in den sowjetischen Sog geraten und hätten damit die Voraussetzungen für eine Wiedervereinigung in Freiheit verloren.

Das alles wissen unsere Bürger. Sie wissen es viel besser, als wir gemeinhin annehmen. Wie genau sie es wissen, erkennt man daran, daß die Opposition heute vergessen machen will, wie sehr sie gegen alle diese Entscheidungen gewesen ist, und daß sie schon zu behaupten wagt, die eigentliche Triebkraft des Erfolges gewesen zu sein.

Wir sprechen heute davon, daß unsere jetzige Zeit Jahre der Konsolidierung zu sein hätten und daß es Probleme altgewohnter Größenordnung nicht mehr gebe. Gewiß, daran ist einiges wahr. In der Tat kommt es jetzt auf eine Konsolidierung unserer politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse an.

Wer konsolidieren will, muß die Vergangenheit, die Gegenwart und die Ziele der Zukunft kennen. Er muß vor sich selber Rechenschaft ablegen. Aber über den Wert von Rechenschaftsberichten in den Augen der Wähler habe ich schon eingangs einiges gesagt. Ich möchte es mir daher versagen, auf die großen Verdienste und Leistungen lauter und länger einzugehen, die Menschen aller Berufe in den Nachkriegsjahren vollbracht haben und die zu unserer heutigen Wirtschaftskraft geführt haben. Diese Kräfte, den Einfallsreichtum und die Arbeitsfreudigkeit unseres Volkes werden wir auch in Zukunft notwendig brauchen, um die Aufgaben der nahen Zukunft, um die Aufgaben der Konsolidierung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse zu erfüllen.

Diese Konsolidierungsaufgabe ist in ihrer Größe mit den früheren Entscheidungen durchaus vergleichbar. Ich glaube sogar, daß unsere jetzigen Probleme schwieriger sind. Das wird gerade am Beispiel der Wirtschaftspolitik deutlich. Ich bitte Sie, immer zu bedenken, daß die Wirtschaftspolitik ein Teil der Politik schlechthin ist und daß es nicht eine einzige Frage in der Politik gibt, die ohne wirtschaftliche Auswirkungen wäre. Vor allem aber ist es notwendig, den Zusammenhang zwischen der Außen- und der Wirtschaftspolitik immer im Auge zu behalten.

Alles, was wir bis heute erreicht haben, bereitet uns irgendwie neue Sorgen. Ob es die Vollbeschäftigung ist, ob es der Zuwachs beim Bruttosozialprodukt ist, ob es die 600 000 Wohnungen sind, die wir jährlich bauen, oder ob das die 11 bis 12 Millionen Autos sind, die heute in der Bundesrepublik laufen, ob Exportüberschuß, Zahlungsbilanz, Lohnfortzahlung oder Vermögensbildung: alles bereitet erhebliche Sorge. Die Tatsache, daß wir das drittgrößte Industrieland und die zweitgrößte Handelsnation der Welt geworden sind, hat uns neue, bis dahin nicht gekannte Verpflichtungen gebracht.

Die Arbeitslosigkeit konnte man überwinden, um ihre Sorgen loszuwerden. Aber Vollbeschäftigung kann man nicht abschaffen, und wer das will, der redet irre. Wer von einer kleinen Wohnung in ein geräumiges Familienheim umzieht, der hat mehr Vorteile, aber er hat auch mehr Arbeit. Und wer ein Auto fährt, lernt Probleme kennen, die es vordem für ihn nicht gab.

Wer also an Lebensstandard gewinnt, steht vor neuen Fragen und vor neuen Verhaltensregeln. Mit anderen Worten: Wirtschaftlicher Aufstieg überwindet zwar altgewohnten Kummer, schafft aber gleichzeitig neue, bis dahin ungekannte Probleme.

Trotzdem gibt es noch viele fortschrittsgläubige Menschen, die auf ein Paradies auf Erden hoffen, sei es aus zärtlicher Erinnerung an alte Märchen, sei es aus noch nicht überwundener Ideologie. Ich möchte es so klar wie möglich sagen: Die soziale Marktwirtschaft ist weder eine Heilslehre noch ein Religionsersatz. Wer einen wirtschaftlichen Aufstieg erreicht hat, wer technischen Fortschritt erzielt, wer mehr Komfort gewinnt, hat Leistungen vollbracht, Leistungen, die ihm sicherlich eine größere menschliche Genugtuung geben können; aber mit jedem Aufstieg hat er sich neue, größere Aufgaben herangeholt, die dann immer wieder neue, größere Leistungen verlangen.

(Beifall)

In diesem Punkte Klarheit zu schaffen und Klarheit zu halten, ist eine wesentliche Voraussetzung für die Fortführung unserer Wettbewerbswirtschaft. Von hier aus muß auch die soziologische Betrachtung ansetzen, deren Aufgabe ich darin sehe, eine Überforderung unserer Menschen zu verhindern. Sagen wir es laut und vernehmlich: Es ist viel schwerer, den Tag über im Akkord zu arbeiten, am Fileßband zu stehen, als einen Zehnstundentag durchzuhalten, der mit ablenkenden Worten und kleinen Annehmlichkeiten verschönt ist; es ist viel schwerer, stets freundlich hinter dem Tresen und hinter dem Schalter zu stehen und Seiner Majestät dem Kunden zu dienen, als zuzuteilen und abzufertigen.

(Beifall)

Es ist keine leichte Sache für den Unternehmer, jeden Tag aufs neue das Vermögen zu riskieren, nie wissend, ob am Altentage noch eine ausreichende Rente vorhanden ist. Der vielbekrittelte Manager muß immer wieder mehr schaffen, als seine Kräfte zulassen, weil stets neue Führungsaufgaben an ihn herangetragen werden.

Also, hören wir doch endlich auf mit dem dummen Gerede von der Wohlstandsgesellschaft! Wir sind eine Leistungsgemeinschaft mit unerhörten Anforderungen...

(Beifall)

...und — zugegeben — auch mit mehr Komfort. Und wenn es einige gibt, die bisher nur vom Komfort profitiert haben, so mag das wahr sein, aber Parasiten hat es zu allen Zeiten gegeben.

Well diese unsere Leistungsgemeinschaft so harte, so aufreibende Forderungen an die Menschen stellt, erscheint es mir notwendig zu sein, zweierlei zu tun:

Erstens muß unter allen Umständen dafür gesorgt werden, daß der Wettbewerb überall unter denkbar fairsten Bedingungen stattfindet.

(Beifall)

Zweitens müssen die soziale Sicherung und die soziologische Struktur derart gestaltet sein, daß niemand bei einem möglichen Sturz zerbricht, sondern von dem Netz der Gemeinschaft aufgefangen wird.

Diese beiden Forderungen klingen sehr ethisch, und sie sind es auch. Aber daran, daß Ethos und Vernunft zusammengehören und nicht etwa Gegensätze zu sein haben, sollten zumindest wir Christen festhalten. Es wäre nun reizvoll, die wirtschaftspolitischen Probleme nach diesen beiden Leitgedanken abzuhandeln. Ich möchte anders verfahren. Ich möchte, daß die Frage, ob das, was vorgeschlagen wird, fair und sozial ist, in jedem Einzelfall von jedem selber gestellt wird. Das ist von mir nicht nur als Methode gedacht, sondern auch als ein Ausdruck politischen Wollens. Man spricht heute gern von dem magischen Dreieck: Vollbeschäftigung, Wachstum und Stabilität. Nun, die Vollbeschäftigung ist für uns ein unabdingbarer Ausgangspunkt aller Überlegungen. Wer heute Wirtschaftspolitik ohne Vollbeschäftigung betreiben will, ist weder sozial gerecht noch wirtschaftlich vernünftig.

(Zustimmung)

Der hohe Stand unserer Sicherheitsleistungen, von der persönlichen angefangen bis hin zur militärischen, und die Erfüllung der wachsenden kulturellen Bedürfnisse lassen es einfach nicht zu, eine einzige Arbeitskraft ungenutzt zu lassen. Kein Kaufmann läßt irgendwo Kapital herumliegen, wieviel weniger kann es sich eine Volkswirtschaft leisten, vorhandene, willige Arbeitskräfte nicht zu nutzen.

Nun komme mir niemand mit dem Vorwurf, daß ich also weniger aus moralischen als vielmehr aus Gründen des Profits die Vollbeschäftigung suchte. Da Profit nichts Unmoralisches ist und moralisches Verhalten nicht unbedingt wirtschaftlichen Verlust zur Folge zu haben braucht, wiederhole ich an dieser Stelle, was ich soeben sagte: Ethos und Vernunft sind keine Gegensätze; sie gehören zusammen.

Meine Damen und Herren, wir haben nicht nur nicht bestritten, sondern immer wieder darauf hingewiesen, daß der rasche Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft viele Schwierigkeiten überdeckt. Es ist noch nicht alles so festgefügt, so konsolidiert, daß es jeden Sturm überdauern würde. Wir ärgern uns nur darüber, daß diejenigen, die politisch bitter wenig dazu beigetragen haben, daß wir die heutigen Erfolge erzielen konnten, das Recht zur Kritik so demagogisch mißbrauchen.

(Beifall)

Wir wissen: Manches Ungleichgewicht gesamtwirtschaftlicher oder betriebswirtschaftlicher Art kann bei einem stärkeren konjunkturellen Ausschlag schnell zu einem Gefahrenpunkt werden. Wir müssen deshalb bei der Fortführung unserer Wirtschaftspolitik dem Stabilisierungsziel eine vorrangige Bedeutung zumessen. Stabilität braucht dabei keineswegs im Widerspruch zu Dynamik zu stehen. Ich habe das Zutrauen zur deutschen Wirtschaft, daß sie auch weiterhin nach vorn

drängen wird, wenn wir wie bisher durch eine vernünftige Wirtschaftsund Sozialpolitik die Bedingungen dafür schaffen. Wir brauchen eine in sich stabile und zugleich dynamische Wirtschaft, die auch langfristig auf den internationalen Märkten konkurrenzfähig ist. Nur eine solche Wirtschaft bietet auch die wirkliche soziale Sicherheit und die Basis für eine wirkungsvolle Außenpolitik.

Grundlage der stabilen Wirtschaft in einer gerechten Sozialordnung ist eine stabile Währung. Ohne stabiles Geld kann keine Volkswirtschaft ihre Leistungskraft erhalten, ohne ein stabiles Geld gibt es keine soziale Gerechtigkeit. Wenn die Sparer der Früchte ihres Konsumverzichts durch schleichende Geldentwertung beraubt werden und die Bezieher fester Einkommen immer hinter der Entwicklung herlaufen müssen, so ist das ungerecht. Aber allem unsinnigen und unverantwortlichen Inflationsgerede müssen wir mit der Feststellung begegnen, daß die DM nach wie vor zu den härtesten Währungen der Welt zählt.

Das bedeutet nicht, daß wir, gemessen an unserem eigenen Maßstab, zufrieden sind. Im Gegenteil! Doch mit Lamentieren und Schimpfen auf den jeweils anderen ist nichts gewonnen. Alle, ob Unternehmer oder Gewerkschaften, ob Politiker oder Konsumenten, alle müssen ihre Forderungen einordnen in die gesamtwirtschaftlichen Möglichkeiten.

Wir wollen es nun keineswegs nur bei Ermahnungen bewenden lassen. Wir müssen den Mut haben, bei unseren politischen Entscheidungen allen inflationsträchtigen Experimenten eine klare Absage zu erteilen. Das gilt vor allem für die Belastung der öffentlichen Haushalte und die Belastung der Wirtschaft mit zusätzlichen Kosten. Es ist nicht so, als würde ich die Wichtigkeit der vielen berechtigten politischen Anliegen nicht anerkennen, nur – und das ist häufig genug gesagt worden –: Wir können nicht alles auf einmal haben. Wenn wir es trotzdem täten, würden wir uns übernehmen. Wir müssen uns gerade in diesem Punkte klar und deutlich von den Sozialdemokraten unterscheiden, die nach der Art eines Warenkataloges jedem alles sofort und frei Haus anbieten

(Sehr richtig!)

Entweder sind diese Versprechungen nur blauer Dunst, der sich im Falle der Übernahme von Regierungsverantwortung rasch verflüchtigt, oder aber, wenn sie durchgeführt werden, gehen sie zu Lasten der Währung. Von der modernen Finanzpolitik ohne Steuererhöhungen, die von der SPD der angeblich konservativen Finanzpolitik der Regierung entgegengesetzt werden soll, wird großspurig geredet, aber es werden keine Lösungen gezeigt. Wir bejahen die Erfüllung der großen Gemeinschaftsaufgaben und Sozialinvestitionen, aber ich wiederhole: Die Durchführung darf nicht auf Kosten der Stabilität gehen. Wachstum bei Wahrung der Stabilität, das ist die Linie der Christlichen Demokraten.

(Beifall)

Nun, eine nur rhetorische Absage an inflatorische Investitionspolitik genügt natürlich nicht. Ich sage auch hier: Wir brauchen ein vielseitiges und für jede Situation vorbereitetes Instrumentarium für die konjunkturpolitische Steuerung.

Die jüngste Entwicklung hat uns deutlich die Grenzen der klassischen Mittel der Notenbankpolitik gezeigt. Mit den öffentlichen Haushalten haben wir ein Steuer in der Hand, das wir konjunkturpolitisch richtig benutzen müssen. Ich betone: Die öffentlichen Haushalte müssen von uns als wirtschaftlicher Angelpunkt begriffen werden. Wer dem widerrät, der sagt damit, daß er konjunkturpolitisch gar nichts tun oder die konjunkturpolitische Steuerung auf den privaten Sektor abwälzen und diesen damit reglementieren, d. h. sozialisieren, will. Ich würde so etwas einen getarnten, aber echten Sozialismus nennen. Ich kenne sehr wohl die Argumente, die gegen eine antizyklische Finanzpolitik vorgebracht werden. Es überragt alle Einwände. Für diese Politik brauchen wir aber die Mitarbeit der Länder und der Gemeinden. Häufig wird in diesem Zusammenhang die föderalistische Struktur der

(Beifall)

Bundesrepublik kritisiert. Ich halte das für falsch.

In der Handhabung des Föderalismus könnte allerdings vieles verbessert werden. Das Prinzip des Föderalismus wird mißverstanden, wenn daraus ein beziehungsloses Nebeneinander wird. Bund, Länder und Kommunen müssen zusammenstehen, wenn das Gemeinwohl es erfordert.

(Beifall)

Wir alle, ob wir nun ein politisches Mandat auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene haben, müssen die Notwendigkeit einer Einordnung aller öffentlichen Haushalte in die gesamtwirtschaftlichen Überlegungen anerkennen. Ich meine, ein Parteitag sei der richtige Ort, dies zu bekräftigen und dies von sich selber und den anderen zu fordern.

(Lebhafter Beifall)

Im Zeitalter des Gemeinsamen Marktes und der wachsenden internationalen Integration kann kein Staat mehr für sich allein das wirtschaftliche Gleichgewicht gewährleisten.

Wir brauchen die konjunktur- und währungspolitische Zusammenarbeit mit andern Ländern, besonders in der Europäischen Wirtschafts-Gemeinschaft. Welche Möglichkeiten hier liegen, hat im vergangenen Jahr unser Vorstoß in Brüssel gezeigt, der maßgeblich zur Stabilisierung in unseren Nachbarländern beigetragen hat. Durch diese Entwicklung und durch unsere eigenen Maßnahmen, wie Zollsenkung, Kuponsteuer, Verzinsungsverbot für Auslandsgelder, haben wir ein Gleichgewicht in der Zahlungsbilanz erreicht – und das ohne den Export zu drosseln, wie das einige unserer Gegner vorgeschlagen haben. Wir standen in der Tat im vergangenen Jahr vor der Gefahr des Inflationsimports. Das ist

vorbei. Herr Blessing hat es Ihnen vorhin schon dargelegt. Die Bundesregierung hat im Verein mit der Bundesbank gehandelt und Erfolg gehabt. Heute kann keiner mehr mit der Ausrede der Importierten Inflation kommen. Es liegt an uns Deutschen selbst, ob wir die Stabilität erreichen oder nicht. Jeder, der neue Forderungen stellt, sei es nun bei den Preisen, den Löhnen, in der Arbeitszeitverkürzung, bei den Sozialleistungen oder Subventionen, muß wissen, welche Verantwortung er damit übernimmt. Es bleibt allerdings auch bei ausgeglichener Zahlungsbilanz die Tatsache, daß die deutsche Wirtschaft schon von ihrer Position als zweitgrößter Handelspartner der Welt in die Internationalen Währungsprobleme hineingezogen wird. Ich verniedliche darum auch nicht die Schwierigkeiten, die sich aus der Defizitpolitik einiger Länder für uns ergeben. Aber ich weiß auch, wie schwer die Bürde einer Leitwährung zu tragen ist. Ich teile deswegen nicht die Auffassung, daß die Bundesrepublik eine solche Last tragen könnte. Ich hoffe, daß ein vereinigtes Europa diese Bürde zum Vorteil der Welt übernehmen kann. Wir müssen die Fragen durch wachsende internationale Zusammenarbeit in der Währungspolitik und eine Verbesserung des internationalen Währungssystems lösen. Die Bundesregierung hat den Mitgliedstaaten der EWG einen Weg vorgeschlagen.

Eine Währungsunion wäre bereits ein Stück politischer Union. Eine engere währungspolitische Zusammenarbeit der EWG-Staaten könnte aber bereits jetzt manche Frage klären und zugleich Voraussetzungen zur Verbesserung des Weltwährungssystems schaffen. Es muß uns gelingen, eine stärkere monetäre Disziplin aller Beteiligten zu verankern. Instabilität der Wirtschaft führt auch gesamtpolitisch ins Durcheinander. Diese internationalen Wirtschafts- und Währungsprobleme werden deutlich in einer Reihe von höchst persönlich wirkenden Einzelfragen. Ich denke hier besonders an die zu geringe Kapitalausstattung der deutschen Unternehmen, die, wenn ausländische Investoren auftreten, auch demienigen deutlich wird, der ansonsten die Kapitalnot der deutschen Wirtschaft bestreitet. Die Kapitalnot der deutschen Wirtschaft, und insbesondere der mittelständischen, ist zum Teil gefährlich groß. Man spricht nicht gern darüber, denn Klagen verderben das Renommee. Der Kapitalmangel kann für das einzelne Unternehmen - und im Kumulationsfall - für die gesamte Volkswirtschaft, zumindest für regionale Wirtschaften, kritisch werden. Aber ist es nicht ein erstaunliches Phänomen, daß wir einerseits eine Unterkapitalisierung beklagen und auf der anderen Seite eine bewundernswert hohe Sparleistung registrieren? Irgendwer hat diesen Zustand einmal so charakterisiert: Das deutsche Volk wohnt bei sich selbst zur Miete. Diese merkwürdige Situation ergibt sich daraus, daß die Ersparnisse oft zu teure Umwege oder Nebenwege gehen müssen, um arbeitendes, haftendes Kapital zu werden. Geld ist genug da, aber kein haftendes Kapital. Wie können wir das ändern? Sicher ist dieses: Unsere Unternehmen brauchen für

den technischen Fortschritt viel Kapital. Ein Kraftfahrzeughandwerker muß heute für einen modernen Betrieb fast eine halbe Million DM aufwenden, Freiberufler, Ärzte, die früher kaum einen Realkapitaleinsatz brauchten, müssen heute oft teure Apparaturen kaufen. Viele Industrieunternehmen sind für den Wettbewerb auf den Weltmärkten noch immer nicht groß genug. Der wachsende private Wohlstand verlangt ein größeres Maß an öffentlichen Investitionen. Dieser riesige Kapitalbedarf kann nur durch die — auch gesellschaftspolitisch notwendige — Betelligung breitester Schichten aufgebracht werden.

Aber, meine Damen und Herren, bitte keine Romantik, keine übertriebene Romantik! Es ist mit dem gewonnenen Vermögen so wie mit jedem anderen Fortschritt auch: Man hat durch den Erwerb dieses Vermögens eine menschliche Bewährungsprobe abgelegt und damit Genugtuung erlangt. Aber sorgenlos macht Vermögen nicht. Wer Vermögen sammelt, sammelt neue Sorgen. Geben Sie sich keinen Illusionen hin! Oder haben Sie noch nicht gesehen, wie eine früh verwitwete Frau ihre Rente aufwendet, um ja das Haus zu halten! Es wäre wirtschaftlich vernünftiger, es abzustoßen und von dem Erlös zu leben. Aber sie tut es nicht. Sie hält es für die Kinder. Vermögen gibt die Genugtuung, daß man die Möglichkeit zur menschlichen Bewährung hatte, aber ein sorgenfreies Leben gibt Vermögen nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall - Zuruf: Ein ganz sorgenfreies Leben existlert niemals!)

 Mein lieber Freund, ich habe das ganz bewußt gesagt, weil jeder sich unter Aufstleg und Fortschritt vorstellt, daß er dann alte Sorgen los wird. Das stimmt auch.

Aber mit jeder losgewordenen alten Sorge kriege ich zwei weitere. Das ist so, und das sollte jeder, der in der politischen Führung steht, gerade an seinem eigenen Lebensweg erkennen.

(Beifall)

Es muß nicht nur gespart werden, sondern es muß auch vom einzelnen Beteiligungsvermögen gebildet werden. Daß dies noch nicht geschieht, liegt nicht zuletzt an unseren Steuergesetzen und auch an der daraus resultierenden Dividendenpolitik! Ich muß auch gestehen, daß mich dieses System schon lange ärgert. Es führt dazu, daß viele Gewinne im Betrieb lassen, die sie ökonomisch besser anders anlegen könnten. So entsteht eine Expansion, die in vielen Fällen unecht ist und mit einer marktnotwendigen Konzentration, die ich bejahe, nichts mehr zu tun hat. Und wenn irgendwo Geld zuviel ist und zum Verdrängungswettbewerb gebraucht wird, muß es logischerweise an anderer technischer Erkenntnisse. Es fehlt beim Ausbau zu weltweit wirkenden Unternehmen. Dieses System der hohen und doppelten Steuern, das so

unerhört sozial aussieht, hat zur Folge, daß die notwendigen Kapitalerweiterungen tunlichst über Selbstfinanzierung oder ohne Sprengung des eigenen Kreises vollzogen werden. Es ist daher in Wahrheit unsozial.

Wir müssen dafür sorgen, daß das Beteiligungssparen attraktiver wird. Aber wir müssen ebenso absichern, daß dieses Beteiligungssparen vom Standpunkt der Unternehmen rentabel ist. Nur so, und nicht mit Subventionen, die nur als zusätzliche Starthilfe brauchbar sind, können wir unser politisches Ziel, ein "Volk von Eigentümern" zu schaffen, erreichen.

Die Arbeitnehmer müssen über das Beteiligungssparen Unternehmer werden, wobei wir vor neuen Instituten, wie Beteiligungsgesellschaften, nicht zurückschrecken sollten. Es wird auch so die Mitbestimmung am besten und in vollem Einklang mit unserer Wirtschaftsordnung ausgebaut. Mitbestimmung durch Mitbesitz. Hier beginnt für meine Begriffe in aller Härte die Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten. Sie möchten lieber die Fondsbildung, auch wenn sie den Plander deutschen Nationalstiftung und seine Leber-Varianten vorerst zurückgestellt haben. Die Fondsbildung ist die neue Form der Sozialisierung. Kohle und Stahl sind uninteressant, die Kapitalströme möchte man lenken und Investitionskontrollen gewinnen.

Wir halten nicht viel davon, daß Kontrolleure lenken, wir wollen unternehmerlsch fählge und risikobereite Eigentümer.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, das Kapitalproblem ist ein gutes Beispiel dafür, wie Stabilität und Wachstum in einem engen Zusammenhang stehen. Stabilität ist eine Vorbedingung für gesundes Wachstum, das wir ebenfalls haben müssen. Wer rastet, der rostet, ist ein altes wahres Sprichwort. Wir werden daher weiterhin eine bewußte Politik der Wachstumsförderung betreiben. Dazu zwingt uns allein schon die ständig wachsende internationale Konkurrenz. Ich weiß, wie schwer es in vielen Bereichen der deutschen Wirtschaft ist, sich der ausländischen Konkurrenz gegenüber zu behaupten. Hinzu kommt, daß die zunehmende Differenzierung der Nachfrage die Absetzbarkeit mancher Waren und Leistungen erheblich erschwert. Da die Arbeitskräftereserven weitgehend ausgeschöpft sind, wird das künftige Wachstum wesentlich bestimmt werden von Art und Umfang der produktivitätsstelgernden Investitionen. Wir müssen dafür sorgen, daß das vorhandene Kapital dort eingesetzt wird, wo es den größten Nutzen bringt. Wo dieser ist, muß der Unternehmer mit vollem Vermögensrisiko selber entscheiden. Wer diese Entscheidung dem Staat geben will oder gar anonymen - und das heißt im Zweifelsfalle sozialistisch gelenkten -Töpfen, will keine freie Wirtschaft, und wenn er es noch so laut behauptet.

Es darf auch keine Fehlleitung durch die Steuern erfolgen. Durch Infrastruktur- und Komplementärinvestitionen in Bereichen wie Verkehr, Versorgung, Schulwesen usw. muß die öffentliche Hand die Voraussetzungen für neue private Investitionen verbessern.

Das gilt vor allem auch für die Aufwendungen für Bildung und Wissenschaft, denn der technische Fortschritt baut auf den Ergebnissen der Forschung auf. Bei den Arbeitskräften wird in Zukunft mehr als die Zahl das Können der einzelnen entscheiden. Eine Entwicklung, über die wir als eine Partei, die stets die Persönlichkeit des einzelnen fördern will, glücklich sein dürfen. Es zeigt sich immer deutlicher, daß die Grundausbildung in der Jugend allein nicht mehr ausreicht, sondern daß eine Ergänzung durch berufsbegleitende Fortbildung notwendiger wird. Möge mir keiner kommen und sagen, daß die wirtschaftlichen Aspekte nichts mit der Bildungs- und Wissenschaftspolitik zu tun hätten. Wir dürfen nicht die Fragen der Bildung und Wissenschaft in dem Elfenbeinturm belassen, in den sie durch eine in Abstraktionen verliebte Geisteshaltung hineingeraten sind. Wir müssen ihre Bedeutung für alle Lebensbereiche erkennen und berücksichtigen. Für den Wirtschaftspolitiker sind Aufwendungen für Wissenschaft und Bildung nicht Luxusausgaben der Gesellschaft, sondern "Investitionen in geistiges Kapital".

(Beifall)

Dem Schulpolitiker, der sich für wirtschaftliche Aspekte zu schade ist, möchte ich übrigens raten, dann seine eigene Gehaltsfrage genauso zimperlich zu behandeln. Dann wird er von seiner Frau schon zurechtgestoßen werden.

(Heiterkeit)

Kultur und Wirtschaft sind keine Gegensätze, sondern beide menschliche Leistungen, geistige Leistungen, die zusammengehören.

Die künftige Wirtschaftsentwicklung wird nicht nur durch Realkapitalinvestitionen, sondern in einem immer stärkeren Maße durch die "geistigen" Investitionen bestimmt werden. Andere Länder haben daraus
bereits die Konsequenzen gezogen. Wenn wir erst später dazu gekommen sind, so einfach deswegen, weil wir durch einen sehr hohen
Aufwand an Mitteln für die Kriegsfolgen und Wiedergutmachung zu
wenig Gelder für diesen Zweck frei hatten. Meine Damen und Herren,
ich sage das auch deswegen, damit man begreift, daß jene Leistungen —
Kriegsfolge- und Wiedergutmachungsleistungen — nicht Zahlungen aus
einem übervollen Portemonnale sind, sondern Opfer des gesamten
deutschen Volkes!

(Beifall)

Bei den Ausbildungsfragen sollte man -- und mit Dank und Anerkennung erwähne ich jetzt die Namen unserer Freunde Mikat und Hahn -- sich um ein neues Verhältnis von Allgemein- und Spezialbildung bemühen, denn dies ist doch eine der wesentlichsten Erkenntnisse, die uns die moderne Wirtschaft gebracht hat: Es gibt keinen Beruf mehr. der einem Menschen die Garantie bietet, in diesem Beruf zeit seines Lebens arbeiten zu können. Das Berufsbild wandelt sich, einige Berufe verschwinden sogar fast völlig, andere entstehen neu. In diesem Phänomen liegt auch eines der wesentlichsten Probleme der Mittelstandspolitik. Ich möchte sagen, der Gesellschaftspolitik schlechthin, insbesondere aber der sektoralen Strukturpolitik. So. wie die Berufe sich wandeln, verwandeln sich auch die Unternehmen und die Branchen. Was wir technischen Fortschritt nennen, ist nichts anderes als sektoraler Strukturwandel. Dieser Strukturwandel ist die natürlichste Sache von der Welt, und es wäre schädlich, ihn unterbinden zu wollen. Handwerkliche Fertigungen wurden industrialisiert, und im Zeitalter der Automation gelten nicht mehr die altgewordenen industriellen Regeln. Dieser technische Fortschritt ist eine, im wirtschaftlichen Sinne gesehen, vortellhafte Sache. Und ich nehme keine Bereiche - auch nicht die Kohle, nicht einmal Landwirtschaft - aus. Allerdings ist der Fortschritt verbunden mit erheblichen sozialen und soziologischen Problemen. Es war die große Hoffnung der Marxisten, daß die bürgerliche Welt mit dem ständigen Wechsel nicht fertigwerden würde, und wir sehen es noch heute, daß einige, die aus iener Schule kommen, den Vorgang des Strukturwandels demagogisch mißbrauchen. Demagogisch, weil es nicht zusammenpaßt, über Wissenschaft und Forschung und technischen Fortschritt lobzureden und gleichzeitig die Branchen und regionalen Entwicklungen stoppen zu wollen.

Wer die Entwicklung bremst, hält menschliche Arbeitskraft und Kapital an falscher Stelle fest. Er tut damit etwas Unsoziales, denn er läßt Menschen und ihr erarbeitetes und erspartes Vermögen — also Kapital — an wenig aussichtsreicher Stelle stehn und gibt diese Menschen und das notwendige Kapital nicht jenen Bereichen, die dieser Stütze dringend bedürfen.

Bei meinen Versuchen, den sektoralen Strukturwandel zu einer Gemeinschaftsaufgabe zwischen Bund, Ländern, Gemeinden und den betroffenen Branchen zu machen, stoße ich immer wieder auf das Argument, daß man dem Privatmann nicht zumuten könne, eigene Mittel zur Verfügung zu stellen. Ein Fabrikant sagte meinen Mitarbeitern: "Warum soll ich zahlen? Die Kapazität derjenigen, die Sie mit finanzieller Unterstützung auflösen wollen, fällt mir ja ohnehin zu." Gegen diese Mentalität, meine Damen und Herren, möchte ich in aller Härte Front machen. Es ist unmöglich, den Strukturwandel im Sinne des Manchester-Liberalismus laufen zu lassen. Würden wir das tun, würden wir nachträglich den Marxisten noch eine echte Chance geben. Die Aufgabe der Strukturpolitik muß gemeinschaftlich gelöst werden, und es müssen sich vor allen Dingen an ihr diejenigen beteiligen, die den ganzen Vorteil für sich haben.

Ich weiß sehr wohl, daß staatliche Hilfen auch hier in der Gefahr stehen, marktwidrige Entwicklungen einzuleiten. Diese Gefahr sehen, bedeutet aber die Aufforderung, sie zu überwinden.

Der Rationalisierungsverband im Bergbau ist der erste groß angelegte Versuch, sektorale Strukturpolitik zu betreiben. Wir haben im Erzbergbau und auch in anderen Branchen kleinere Versuche mit Erfolg durchgeführt. Es sollten diese Arbeiten fortgesetzt werden und der Reihe nach die Branchen angesprochen werden, die sich in einem Wandel befinden.

Ich habe bei allem eine große Befürchtung, nämlich, daß über die geforderte größere Mobilität und die notwendige berufliche Umschulung so gute Tugenden wie Heimatverbundenheit und Berufstreue leiden könnten. Aber ist es nicht so, daß wir schon seit Jahren vom Handwerker und sogar vom Bauern heute verlangen, daß sie sich in erster Linie wie Unternehmer fühlen sollen? Wenn das so ist — ich halte es für richtig —, dann müssen wir konsequenterweise auch der Arbeit den höheren Rang vor dem Beruf einräumen.

Das alles kann mit Erfolg nur geschehen, wenn wir die entsprechende Solidarität aufbringen. In diesem Appell auf Solidarität spreche ich nicht nur die Gewerkschaften und die Unternehmerverbände, sondern die einzelnen Personen in diesen Organisationen an, und ich wende mich vor allen Dingen an die Kommunalpolitiker. Die kommunalen Auswirkungen des Strukturwandels sind vielleicht die schwierigsten und teuersten. Ich verstehe, wenn darum einige Kommunen sich dem Strukturwandel widersetzen, aber ich bitte sie, diesen Widerstand aufzugeben, weil sie sonst ihrer Gemeinde selbst den schwersten Schaden zufügen. Ich bitte sie auch, in Zusammenarbeit mit Bund und Ländern ihre verstärkten Anstrengungen auf einen entsprechenden betrieblichen Ersatz zu richten.

Sektorale Strukturpolitik geht, wenn sie wie hier im Ruhrgebiet schwerpunktmäßig auftritt, über die branchenmäßige Bedeutung hinaus und wird zu einem regionalen Problem. Der Bund stellt seit Jahren für regionale Förderungsprogramme erhebliche Mittel zur Verfügung. Im einzelnen sind dies:

das Zonenrandprogramm Förderungsprogramm für die Bundesausbaugeblete Entwicklungsprogramm für die Bundesausbauorte

(früher zentrale Orte)

und unter agrarischem Vorzeichen das Emslandprogramm

Küstenplan

Programm Nord

Alpenplan

besondere Förderung der von der Natur benachteiligten Gebiete im Rahmen des "Grünen Planes"

Es muß gelingen, den deutschen Raum besser zu nutzen. Eine bessere Ausnutzung führt zu einer Verbilligung der Produktion und zu einer Angleichung der Lebensverhältnisse, so wie es die Verfassung uns vorschreibt. Es ist erstaunlich, wie viele Reserven durch eine regionale Strukturpolitik noch erschlossen werden können.

Bei der Dringlichkeit aller anderen Probleme, die ich gar nicht verkleinern will, möchte ich aber doch unmißverständlich feststellen, daß eine erhebliche Erhöhung der Bundes- und Landesmittel für Regionalförderung unausweichlich ist. Und um es gleich hinzuzufügen: Es gibt kaum eine rentablere Anlage als diese. Ich bin sicher, daß die agrarischen Probleme auf die Hälfte zusammenschmelzen, wenn wir die regionale Strukturpolitik weiter ausbauen. Andeuten möchte ich nur, daß die ungleiche Bevölkerungsdichte und die unterschiedliche Industrialisierung nicht nur soziale, kulturelle und moralische Folgen mißlicher Art haben, sondern daß sie bis in die Verteidigungspolitik hinein sich nachteilig auswirken.

Sektorale und regionale Strukturprobleme erfassen mit besonderer Heftigkeit — jedoch nicht ausschließlich — die Mittel- und Kleinbetriebe. Diese Betriebe und ihre Gemeinden sind durchweg nicht in der Lage, aus sich heraus die Mittel aufzubringen und die Chancen des Übertritts in andere Bereiche auszukundschaften. Unsere Mittelstandspolitik stand und steht darum welterhin im Zeichen der Eingliederung in die Gesamtwirtschaft. Gegen eine Sonderstellung des Mittelstandes wende ich mich heute wie am ersten Tag meiner Parlamentsarbeit. Wohlgemerkt, gegen eine Sonderstellung. Und das heißt, gegen eine Schlechterstellung genauso wie gegen eine Besserstellung.

(Bravol)

Die Unzulänglichkeiten durch Spezialhilfen - Palliativmittelchen im Politiker-Jargon - ausgleichen zu wollen, ist ein Trugschluß. Ich sagte vorhin bei der Kapitalfrage: Wenn irgendwo zuviel Geld ist und es zum Verdrängungswettbewerb führt, fehlt es an der anderen Stelle, wo es dringend für den technischen Fortschritt gebraucht wird. Ich möchte in diesem Sinne ein früher oft gebrauchtes Wort wiederholen: Ungerechtfertigte Nachteile der Mittel- und Kleinbetriebe sind immer das Gegenstück zu ungerechtfertigten Vorteilen anderer. Man kann die Nachteile nur beseitigen, indem man die anderen Vorteile aufhebt. Wer die Nachteile wegsubventioniert oder durch einen verdunkelten Markt unkenntlich macht und dabei die anderen Vorteile bestehen läßt, darf sich nicht wundern, daß die Vorteile sich dann eben einen neuen Weg suchen. Verdrängungswettbewerb geht ja nicht nur über die Preise, er geht nicht einmal nur über die bauliche Expansion, er hat viele hundert Methoden. So simpel ist der Markt nicht, daß man mit Ihm blinde Kuh spielen kann. Es ist falsch, mit einem Konzernstopp, mit Sonderbelastungen oder egalisierenden Preisbindungen arbeiten zu wollen. Und wenn eine Minderheit von Funktionären mit diesen Vorschlägen meint, sie brauchten sich nicht mehr als dieses einfallen zu lassen, so kann ich nur antworten: So billig kommen sie mir nicht davon.

Damit mir, wie das leider in der letzten Zeit manchmal geschehen ist, keiner meine klare Auffassung verwischen kann, zähle ich Punkt für Punkt auf, was getan worden ist und was weiterhin in der Mittelstandspolitik zu tun sein wird.

Die großen mittelstandspolitischen Leistungen waren die Berufsgesetze für Handwerk und Handel, die Gewerbesteuernovelle, die Umsatzsteuernovelle, die Einrichtung der Kreditgarantiegemeinschaften, die Fortsetzung der Altersversorgung des Handwerks und die Aufwertung der Pflichtversicherung. In der jetzt ablaufenden Legislaturperiode wurden folgende Maßnahmen getroffen: Intensivierung und Ausbau der Gewerbeförderung, Steueränderungsgesetz 1964 mit Beseitigung des Mittelstandsbogens, § 6b — steuerliche Übertragbarkeit der stillen Reserven, Erhöhung der Altersfreibeträge bei der Einkommensteuer, steuerliche Erleichterungen bei Veräußerung des Betriebes, Novelle zur Handwerksordnung, Novelle zum Kartellgesetz, Verschärfung der Bestimmungen der Preisbindung der zweiten Hand und das Leistungsförderungsgesetz.

Als notwendige Maßnahmen stehen vor uns: die Alterssicherung aller Selbständigen, die Umsatzsteuerreform, das Splitting bei der Einkommensteuer auf einen Verbrauchs- und Investitionsteil, die Reduzierung der Gewerbesteuer im Rahmen der kommunalen Finanzreform, die gesetzliche Absicherung der Beteiligung der Klein- und Mittelbetriebe an Neusiedlungen und städtischen Neugründungen, der weitere Ausbau der Gewerbeförderung und die Unterstützung bei der Kooperation, die Verbesserung der Möglichkeiten von Kredit und Kapitalaufnahme auch durch die Gründung von Beteiligungsgesellschaften für industrielle Mittelbetriebe. Ich bin von der Überlegenheit der selbständigen und der Personalunternehmen so sehr überzeugt, daß ich jeden Pessimismus in der Mittelstandspolitik zurückwelse.

Die Größenordnungen der Betriebe verändern sich. Es gibt noch eine Vielzahl neuer Möglichkeiten beruflich selbständiger Betätigung. Man möge auch verstehen, wenn wir — wie bei den Arbeitnehmern die Eigentumsbildung — bei den Selbständigen die soziale Sicherung vorantreiben. Ich kenne die Nöte der mittleren Betriebe, weil ich selber von Hause aus mittelständischer Unternehmer bin und weiß, wie schwer es ist, Strukturwandlungen zu erfassen und darauf richtig zu reagleren. Hier zu helfen, ist nicht nur die Aufgabe der Politik, sondern die Aufgabe der Solidarität aller Unternehmer.

(Beifall)

Nun zur Verbraucherpolitik! Eine Wirtschaft, in welcher der Produzent bestimmt, was verbraucht werden muß, würde uns sehr schnell zuwider sein! Seltsam, daß wir das bei unseren Interessenvertretungen mei-

stens übersehen! Bekanntlich treiben wir keine Wirtschaftspolitik um der Wirtschaft willen, sondern um die materiellen Grundlagen für unser staatliches und privates Dasein zu schaffen und in der Sorge um diese Grundlage den Menschen Chance und Anreiz zu persönlicher Bewährung zu geben. Lieber Kollege Winkelheide, darf ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich sagen, daß der Sinn darin liegt, dem einzelnen beim Übertritt in andere Bereiche die Chance der Bewährung zu geben, worin er seine Befriedigung findet? Es kommt ja nicht auf die materiellen Vorteile an. Das habe ich vorhin bei der Vermögensbildung sagen wollen, und das wiederhole ich an dieser Stelle. Das sollten wir unseren Menschen klarmachen, weil wir sie vor Enttäuschungen bewahren müssen. Selbstverständlich hat die Wirtschaft ihre eigenen Lebensgesetze. Wir sollten aber immer bedenken, daß der Verbraucher der Auftraggeber der Wirtschaft ist. Wohlgemerkt, Verbraucher sind wir alle. Jeder einzelne von uns, aber auch unsere Zusammenschlüsse in Bund. Land und Gemeinde. Wir haben nicht nur die Möglichkeiten, den Lebensstandard zu steigern, indem wir mehr produzieren, sondern auch dadurch, daß wir das, was produziert wird, besser nutzen.

Es liegt mir daran, hier einmal die Möglichkeit der besseren Nutzung zu erörtern und damit die Verbraucherpolitik ganz und gar zu einer wirtschaftlichen Frage zu machen.

Der Verbraucher sollte in Stand gesetzt werden, aus der Fülle und Vielfalt des Angebotes das herauszufinden, was seinen persönlichen Bedürfnissen am besten entspricht. Ihm soll auch Gelegenheit gegeben werden, sich zu informieren, wie er das Eingekaufte bestmöglich für sich verwenden kann, Angesichts der komplizierter werdenden Konstruktion von Gebrauchsgütern und der Erweiterung des Angebots, der Einführung neuer Stoffe usw. kann kein einzelner Verbraucher mehr beurteilen, was für ihn das Zweckmäßigste ist. Dazu braucht leder von uns, der zumeist noch gehetzt und gejagt zum Einkaufen kommt, die Unterstützung durch Informationen, etwa mit Hilfe der Preisauszeichnung, der kontrollierten Warenkennzeichnungen und Gütezeichen, durch die Veröffentlichung vergleichender Warentests und manche andere Aufklärung. Nur wenn der Verbraucher die einzelnen Angebote hinsichtlich Qualität und Preis einigermaßen beurteilen kann, wird er die leistungsfähigen Anbieter erkennen und durch Kauf belohnen. Solche Kenntnis des Marktes zu vermitteln, ist eine wichtige Aufgabe der Verbraucherpolitik. Ich möchte die alte Kaufmannsregel, daß im Einkauf der Gewinn liegen muß, auf alle Einkäufer - also den Verbraucher - übertragen.

Ich erinnere an die Gründung der "Stiftung Warentest". In diesen Tagen ist die Bundesregierung mit einem neuen Eichgesetz hervorgetreten. Auf den Verbraucher direkt bezogen, soll es den Preisvergleich erleichtern und im Vollzug fairen Wettbewerbs die Mogelmöglichkeit einschränken. Alle diese Bestrebungen dienen dem Ziel, die bestmög-

liche Versorgung und damit den höchstmöglichen Lebensstandard jedes einzelnen – unter Wahrung seiner völlig freien Entscheidung – zu gewährleisten. In der Verbraucherpolitik findet die soziale Marktwirtschaft ihre höchste ökonomische Bewährung!

Zu diesen vielfältigen Sorgen um die binnenwirtschaftliche Entwicklung kommen aber noch die Probleme der Außenwirtschaft. Wir sind nach 1949 konsequent den Weg in den internationalen Wettbewerb hineingegangen. Wir haben Sonderwünschen nur ausnahmsweise nachgegeben und sind oft hart, für manchen sogar sehr hart und zu hart, gewesen. Ich weiß, welche Sorgen wir damit manchem Unternehmer und manchem Wirtschaftszweig bereitet haben. Ich verüble es keinem, daß er auch bei den Gesetzen des letzten so energisch Widerstand geleistet hat. Aber dieser Kurs war richtig. Andere Staaten, die diese Härte nicht aufgebracht haben, müssen heute für ihre Interne Nachgiebigkeit teuer bezahlen. Das fortgesetzte Konditionstraining ist der deutschen Wirtschaft insgesamt gut bekommen. Sie hat auf vielen Märkten eine führende Position erreicht. Wir sind im Welthandel der zweitgrößte Partner geworden mit einem Anteil von über 10 Prozent am gesamten internationalen Warenaustausch.

Diese Position verpflichtet uns. Wir müssen zur Erhaltung und zum Ausbau der friedlichen Zusammenarbeit beitragen. So wichtig wir unsere Mitarbeit bei der Kennedy-Runde, der Welthandelskonferenz und den anderen internationalen Verhandlungen nehmen, ernsthaft ist sie nur, wenn wir selbst unsere Wirtschaftspolitik auf den freien internationalen Waren- und Kapitalverkehr ausrichten.

Wer den Welthandel will — und wir können ohne ihn nicht leben —, der muß seinen eigenen Markt mit ins Geschäft einbringen! Bei unserer Außenhandelspolitik darf es daher nicht um Exportförderung alleln gehen. Wer für eine Ausweitung der Ausfuhr eintritt, muß zugleich bereit sein, dem ausländischen Wettbewerber auf den deutschen Märkten eine faire Chance einzuräumen. Einfuhr und Ausfuhr gehören zusammen. Die liberale Außenwirtschaft mit freier Convertibilität wird nur dann voll durchzuhalten sein, wenn bei multilateralem Verkehr dennoch jeder einzelne Staat sich um Ausgeglichenheit bemüht. Durch unsere liberale Einfuhrpolitik nehmen wir ohne Verzögerung am wirtschaftlichen und am technischen Fortschritt in aller Welt teil. Durch die Einkaufsmöglichkeiten im Ausland kann auch die Preisstabilität gefördert werden.

Daß Einfuhr und Ausfuhr zusammengehören, müssen wir gerade beim Osthandel beachten. Vom Warenangebot her sind jedem Osthandel natürliche Grenzen gesetzt. Wir können niemand bei uns zwingen, aus den Ostblockstaaten importierte Waren zu kaufen. Diejenigen, die einer starken Ausweitung des Exports in den Osten das Wort reden, sollten dies nicht übersehen!

In der Kreditfrage hat die Bundesregierung gemäß der Berner Union eine Übergangsregelung geschaffen. Ich hoffe jedoch, daß wir bald auch zu einer Einigung mit unseren westlichen Partnern kommen werden, wobei die einzelnen Modalitäten zweitrangig sind. Die Einheitlichkeit ist das Wichtigere!

Zur Außenwirtschaft gehört ein freier Kapitalverkehr. Dieser setzt gleiche Bedingungen auf allen Seiten voraus. Es darf beim Kapitalverkehr auf lange Sicht keine Einbahnstraßen geben. Ohne einen Ausgleich der Kapitalströme kann auf die Dauer weder das wirtschaftliche noch das politische Gleichgewicht erhalten bleiben. Deutsches Kapital muß in Europa und Übersee die gleichen Chancen haben, wie ausländisches Kapital sie bei uns bereits hat.

Bei der Freiheit des internationalen Leistungs- und Kapitalverkehrs geht es auch darum, zum Wohle aller eine weltweite Arbeitsteilung zu verwirklichen. Aber nicht nur dies, der ständige Kontakt auch gleichartiger Produktionen fördert den Wettbewerb und damit den wirtschaftlichen Fortschritt. Diese Sicht muß auch für unsere EWG-Politik maßgebend sein.

Die EWG bedeutet die Schaffung unseres wirtschaftlichen Großraumes mit all seinen ökonomischen und politischen Vorteilen. Ich sage bewußt auch politische Vorteile, denn der wirtschaftliche Weg in die EWG ist zugleich der politische Weg nach Europa. Ich sage das, wenn auch auf diesem Parteitag dem Titel nach der Arbeitskreis I dafür zuständig ist. Wir wollen und müssen die Europäische Wirtschafts-Gemeinschaft nach außen offenhalten. Das darf uns jedoch nicht hindern, die EWG selbst zu einer politischen Kerngemeinschaft in Europa auszubauen. Wer sich die anderen wirtschaftlichen Großräume ansieht und die entstehenden betrachtet, sollte doch sehen, daß die meisten Großräume gleichzeitig politische Einheiten sind. Mit der sicher nicht leichten Getreidepreisregelung haben wir einen politischen Durchbruch nach vorn ermöglicht. Es gilt nicht nur für Europa, sondern für die gesamte westliche Welt, daß wir wirtschaftlich den Weg ebnen müssen, damit die Politik folgen kann.

Wir werden in der EWG darauf drängen, daß die Schwerpunktaufgaben, die baldige Abschaffung aller Binnenzölle, die Harmonisierung der Umsatz- und Verbrauchsteuern, die Entwicklung der gemeinsamen Handels-, Konjunktur- und Währungspolitik, verstärkt fortgesetzt werden. Die beschlossene Fusionierung der europäischen Behörden schafft einen neuen Ansatz für die konzentrierte und nach vorn drängende Arbeit. Sie gibt uns die Möglichkeit, jetzt auch eine gemeinsame Energiepolitik, die alle Energieträger umfaßt, anzupacken.

Das Ziel der Energiepolitik ist klar: eine ausreichende, möglichst billige und sichere Versorgung. Dies geht nicht mit jener Arbeitsteilung, daß wir Deutschen mit der Kohle die Sicherheit der Versorgung übernehmen und die anderen billigere Energie kaufen. Die EWG muß solidarisch

handeln. Außerdem bringt der technische Fortschritt enorme Veränderungen gerade in der Energieversorgung. Aber er stellt damit auch Anforderungen, die wir rentabel nur erfüllen können, wenn wir gemeinsam vorgehen. Gemeinsame Energiepolitik in der EWG ist eine klare deutsche Forderung. Wir erwarten, daß in dieser Energiepolitik der kommuniäre Geist sich bewährt. Noch vieles bleibt in Europa wirtschaftspolitisch zu tun. Wir wissen, daß der Weg bis zur Verwirklichung der Wirtschaftsunion dornenvoll ist. Wir wissen aber auch, daß wir unwiderruflich diesem Ziel entgegengehen.

Liebe Parteifreunde, lassen Sie mich am Schluß dieses Referates zusammengefaßt die Leitgedanken für unsere künftige Wirtschaftspolitik sagen:

 Die soziale Marktwirtschaft hat sich bewährt. Sie ist heute so modern wie im Jahre Ihrer politischen Begründung durch Ludwig Erhard. Sie muß konsequent fortgesetzt werden.

(Beifall)

 Unsere künftige Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik muß die Stabilität unserer Währung und unserer Wirtschaft sichern und ein stetiges Wachstum in einer gesunden Wirtschafts- und Sozialstruktur erreichen.

(Beifall)

 Die wirtschaftliche und politische Einigung ist die Aufgabe dieser Zeit. Die Europäische Wirtschafts-Gemeinschaft muß zügig zu einer Wirtschaftsunion mit gemeinsamer Handelspolitik ausgebaut werden.

(Beifall)

- Das Zusammenwachsen in der EWG muß begleitet werden von einer zunehmenden weltweiten wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Der freie Welthandel dient dem Wohle aller Völker.
- Die W\u00e4hrung ist das Zeichen f\u00fcr den politischen und wirtschaftlichen Status eines Landes. Die internationale W\u00e4hrungsordnung mu\u00df so reformiert werden, da\u00ed sie alle L\u00e4nder zu einer monet\u00e4ren Disziplin zwingt.

Dieses Konzept ist realistisch und fortschrittlich zugleich. Es entspricht damit der Tradition Christlich-Demokratischer Politik. Wir Deutschen haben begriffen, daß kein politisches, auch kein wirtschaftspolitisches, Programm nur in nationalem Rahmen gelöst werden kann. Wir warnen daher vor isolationistischen Ideen und einer Re-Nationalisierung der Wirtschaftspolitik.

(Beifall)

Es genügt uns, daß schon einmal solche Parolen zur Weltkatastrophe geführt haben.

70 Millionen Deutsche – 17 Millionen davon gegen ihren Willen von uns getrennt – sind eine große wirtschaftliche Kraft. Diese Kraft ist weder in Stücke zu teilen und zu neutralisieren noch aufzubauschen und zu einer sich selbst genügenden Großmacht zu erheben. Beides wäre übel!

Deutschlands Zukunft liegt auch wirtschaftlich im vereinten Europa, dem es ganz und ohne Vorbehalte mit allen seinen 70 Millionen Bürgern angehören will. Das ganze Deutschland als Teil eines vereinten Europa — das ist es, was wir als die geschichtliche Leistung unserer Generation vollbringen müssen.

(Lebhafter Beifall)

Vorsitzender Dr. Hellwig:

Meine Damen und Herren, wir sind unserem Bundeswirtschaftsminister Schmücker aufrichtigen Dank schuldig für dieses großangelegte Referat, mit dem er den großen Bogen über die Gesamtheit der Wirtschaftsprobleme gespannt und damit auch einen Beitrag zu den Grundlagen der sozialpolitischen Komponente unserer Beratungen in diesem Arbeitskreis geleistet hat.

Sie werden Ihrem Vorsitzenden nicht übelnehmen, wenn er persönlich zwei Bemerkungen anknüpfen möchte, die sich nach diesem Referat aufdrängen.

Ich glaube sagen zu dürfen, daß der Bundesregierung im letzten Jahre ein Durchbruch auf dem Wege zur europäischen Konjunktur- und Währungspolitik gelungen ist.

(Beifall)

Dafür sind wir der Bundesregierung, dem zuständigen Wirtschaftsminister, aber auch dem Bundesbankpräsidenten, den wir vorhin hören konnten, besonderen Dank schuldig.

(Beifall)

Es ist in der Tat etwas Neues mit unserer Diskussion um die Wechselkurse gelungen, nämlich die Verbreitung der grundsätzlichen Auffassungen von den Erfordernissen einer stabilen Währungspolitik. Es wurde die Antwort auf Fragen gegeben, die wir bei nur nationalwirtschaftlicher Betrachtung wahrscheinlich nicht befriedigend würden lösen können. Hier allerdings stellt sich eine Konsequenz ein: Mit dem Vormarsch einer an unseren Prinzipien orientierten Konjunktur- und Währungspolitik wird das Leben für die deutsche Wirtschaft nicht bequemer, sondern die Wettbewerbsfähigkeit wird auf härtere Proben gestellt, wenn auch die Partner bewußt eine Politik der Stabilität, d. h. mit anderen Worten eine Politik des knappen Geldes, betreiben.

Ein zweites glaube ich hier sagen zu dürfen bezüglich der Gesamthelt der Orientierung unserer Wirtschaftspolitik. Wir beobachten laufend einen Vorgang, den ich als die Europäisierung der deutschen Wirtschaftspolitik bezeichnen möchte. Politisch so wichtige Entscheidungen

wie etwa die, die mit dem Getreidepreisproblem verbunden waren, sind ein sinnfälliges Beispiel dafür, daß tatsächlich die Europäisierung der deutschen Wirtschaftspolitik im weitesten Umfang des Wortes im Gange ist.

Eine persönliche Bemerkung könnte ich natürlich noch an das Thema der Energiewirtschaftspolitik anknüpfen, weil es unmittelbar meinen Arbeitsbereich berührt. Aber ich möchte nicht der Diskussion vorgreifen. Nur soviel möchte ich hier dazu sagen: Auf der Ebene der europälschen Gemeinschaft wächst die Einsicht in jene Gedanken, von denen die deutsche Energiewirtschaftspolitik bestimmt ist. Insbesondere dort, wo man die streng dirigistischen Systeme hat, wie etwa in Großbritanien oder Frankreich, ist eine gewisse Orientierung an dem flexibleren System der deutschen Energiewirtschaftspolitik zu beobachten. Aber, wie gesagt, ich will der Diskussion nicht vorgreifen.

Nochmals recht herzlichen Dank, Herr Schmücker!

Jetzt wird zu uns Herr Bundesschatzminister Dollinger sprechen. Er machte hier eben die Bemerkung, daß er ein etwas merkwürdiges Phänomen föderalistischer Probleme demonstriere, Indem er schwarz-weiß im Hinblick auf seine Herkunft aus Franken und zugleich weiß-blau im Hinblick auf seine Zugehörigkeit zur CSU sei. Aber trotz dieser Streifen sind wir sicher, daß wir von ihm ein Bekenntnis zu seiner Funktion als Bundesschatzminister hören werden.

Dienstag, 30. März 1965

Arbeitskreis II "Soziale Sicherheit — stabile Wirtschaft" Aussprache

Bundesbankpräsident Blessing

(mit Beifall begrüßt)

Meine Damen und Herren!

Die Qualität der Währung zeigt besser als alles andere, ob ein Land in Form ist. Nicht nur wird das Ansehen eines Landes maßgeblich von der Qualität seiner Währung bestimmt, auch seine wirtschaftliche und politische Handlungsfreiheit hängt weitgehend davon ab.

Die D-Mark gilt als eine der besten und härtesten Währungen der Welt. Sie hat sich diesen Ruf in der Nachkriegszeit ununterbrochen erhalten. Jeder, der im Ausland gereist ist, weiß, wie gern die D-Mark überall genommen wird. Unsere Währungsreserven sind mit rund 30 Mrd. DM die zweitgrößten der Welt, sie reichen aus, um allen Eventualitäten ins Auge zu sehen. Zu keiner Zeit unserer wechselnden Geschichte waren unsere Währungsverhältnisse, im internationalen Licht gesehen, so gut wie heute.

Und doch gibt es eine Währungsfrage; es gibt ein Unbehagen, nicht über den Außenwert, sondern über den Binnenwert, das heißt über die Kaufkraft der D-Mark. Unser Volk, das zwei Weltkriegsinflationen mit einer fast totalen Vernichtung des Geldwertes erlebt hat, ist allergischer gegen Preissteigerungen und Kaufkraftminderungen als jedes andere Volk.

Es gehört heutzutage schon beinahe zum guten Ton, die leichten Preissteigerungen, die in der ganzen westlichen Welt in der Nachkriegszeit aufgetreten sind, und von denen auch die Bundesrepublik nicht verschont blieb, zu dramatisieren und zu übertreiben. Was ist geschehen? Seit 1953 ist der Lebenskostenindex um etwa 24–25 Prozent gestiegen. Die Kaufkraftminderung beträgt demnach 19–20 Prozent. In der gleichen Zeit aber hat sich das Realeinkommen des Arbeitnehmers, also sein Einkommen nach Ausschaltung der Preissteigerungen, um 77

Prozent erhöht, das Warenangebot ist reichlicher und vielfältiger geworden, und die Qualität vieler Waren hat sich verbessert, was im Lebenskostenindex nicht zum Ausdruck kommt. Die Renten, sowohl die dynamischen Altersrenten als auch die sonstigen Renten, haben sich in weit stärkerem Maße erhöht als die Preise. Letzten Endes sind auch die Sparer noch glimpflich davongekommen. Sie haben nicht nur anständige Zinsen, sondern auch steuerliche Erleichterungen bekommen.

Und die Spartätigkeit ist durch die starken Einkommenserhöhungen gefördert worden. Keine Schicht ist unter die Räder gekommen, weder wirtschaftlich noch sozial. Die Preissteigerungen sind im übrigen geringer gewesen als in den letzten 15 Jahren vor dem ersten Weltkrieg, und sie sind geringer gewesen als in den meisten anderen Ländern. Ich will nichts beschönigen oder verharmlosen, aber Fakten bleiben Fakten. Dies alles darf uns jedoch niemals dazu verleiten, gegenüber der Preissteigerung zu resignieren. Wir müssen im Gegenteil den Kampf gegen die Preissteigerungen auf jeder Ebene verstärkt fortsetzen, auf der nationalen wie auf der internationalen.

(Beifall)

Der Hauptgrund für die leichten Preissteigerungen lag in den hohen außenwirtschaftlichen Überschüssen der Nachkriegslahre. Sie sind die Ursache für jene Geldvermehrung und Überliguidität der Wirtschaft und des Bankenapparates, die der Bundesbank die Kontrolle über den Geld- und Kreditumlauf bis vor kurzem so erschwert oder unmöglich gemacht haben. Sie haben die Bundesbank daran gehindert, diejenige Geldpolitik zu treiben, die zur Dämpfung der Konjunktur und der inneren Preisauftriebstendenzen notwendig gewesen wäre. Je mehr wir versuchten, monetäre Disziplin zu halten, um die Kosten- und Preisstelgerungen zu bekämpfen, desto größer wurden die Devisenüberschüsse, weil wir durch das Voraneilen der Preissteigerungen im Ausland immer wieder einen Kostenvorsprung erlangten. Die Bundesregierung hat zwar den Import durch Abbau der Einfuhrschranken gefördert, man hat vorzeitig Schulden an das Ausland zurückgezahlt, man hat den Kapitalexport gefördert, um die Devisen wieder nach draußen abzulenken, und schließlich hat man die D-Mark um 5 Prozent aufgewertet. Aber all das hat nicht ausgereicht, um die importierte Inflation, wie der Prozeß auch genannt wird, in der Vergangenheit zum Stillstand zu bringen.

Es gibt nun Leute, die glauben, mit flexiblen Wechselkursen hätte man das innere Preisniveau von dem Preisgeschehen im Ausland abhängen können. Sie haben jüngst auch Unterstützung beim Sachverständigenrat gefunden. Der Sachverständigenrat hat die Ansicht vertreten, daß erst die volle Elexibilität die Freiheit geben würde, eine wirksame Politik der Geldwertstabilität zu treiben.

Bundesregierung und Bundesbank haben den Vorschlag abgelehnt, nicht nur weil er unseren Verpflichtungen in den internationalen Währungseinrichtungen zuwiderlaufen würde, sondern auch, weil er die Bundesrepublik in eine währungspolitische Isolierung hineinführen würde, die mit der erfolgreichen Integration der deutschen Wirtschaft in die Weltwirtschaft, insbesondere in die EWG, nicht zu vereinbaren wäre. Ich frage: Was würde übrigens geschehen, wenn andere Länder gleichfalls zu flexiblen Wechselkursen übergehen würden? Bestünde nicht die Gefahr, daß wir bei dem gleichen Währungsdurcheinander landen würden, das wir aus den dreißiger Jahren kennen? Die Anhänger flexibler Wechselkurse unterstellen offenbar, daß es ein permanentes Inflationsgefälle zwischen der Bundesregierung und dem Ausland geben und die D-Mark bei flexiblen Wechselkursen eine ständige langsame Aufwertung erfahren würde. Diese Ansicht ist nicht gerentiget.

Nicht nur die Bundesrepublik, auch viele andere Länder machen neuerdings große Anstrengungen, ihre Wirtschaft zu stabilisieren. Die Ära der unbekümmerten Inflationierung ist auch im Ausland vorbel. Die Empfehlungen des Ministerrats der EWG vom April 1964 sind nicht erfolglos geblieben. Der internationale Druck hat dazu beigetragen, die Im Jahre 1963 recht bedrohlich aussehende Inflationsentwicklung in Frankreich und Italien unter Kontrolle zu bringen. In Frankreich gibt es keine Übernachfrage mehr. Die französische Wirtschaft stagniert auf hohem Niveau. Italien leidet unter einer regelrechten Rezession, und Großbritannien sieht sich gezwungen, unter dem Druck seiner Zahlungsbilanzkrise die innere Nachfrage mit kreditpolitischen Maßnahmen und einem Diskontsatz von 7 Prozent zu drosseln. Unsere Ausfuhr hat diese Entwicklung bereits deutlich zu spüren bekommen.

Amerika, das wichtigste Land der Weltwirtschaft, hat in den letzten Jahren seine Kosten- und Preisstruktur besser stabil gehalten als alle europäischen Länder. Die Löhne sind In den letzten Jahren in Amerika nur um 3 bis 3¹/₂ Prozent gestiegen, das heißt, etwas weniger als die volkswirtschaftliche Produktivität. Die Großhandelspreise für Industrieprodukte sind stabil, und die Lebenshaltungskosten sind — wegen der Verteuerung der Dienstleistungen — nur noch um etwas mehr als 1 Prozent pro Jahr gestiegen. Ich wünschte, meine Damen und Herren, wir hätten diesen Zustand in der Bundesrepublik erreicht.

(Beifall)

Die Konkurrenzverhältnisse haben sich für die Amerikaner deutlich verbessert. Sie erzielen Rekordüberschüsse Im Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland. Die amerikanische Zahlungsbilanz ist zwar noch immer passiv, einmal, weil die Amerikaner im Interesse Ihrer Weltstellung erhebliche Dollarausgaben im Ausland haben, und zum anderen, weil sie in großem Umfang Kapital exportierten, sei es, daß sie Kredite an das Ausland gaben, sei es, daß sie sich an ausländischen Unternehmungen, vorwiegend an europäischen, beteiligten. Die Amerikaner haben aber in letzter Zeit klar erkannt, daß die hohen Kapitalabflüsse nach dem Ausland aufhören müssen. Anfang Februar 1965

haben sie energische und wirksame Maßnahmen ergriffen, den Kapitalabfluß zu verringern. Am Euro-Geldmarkt machen sich durch die amerikanischen Geldrückrufe bereits erhebliche Verknappungserscheinungen bemerkbar.

Die amerikanischen Maßnahmen sind nicht nur für die amerikanische Zahlungsbilanz von größter Bedeutung, sondern auch für das internationale Währungssystem überhaupt. Durch ihr — vorwiegend durch Kapitalexporte verursachtes — Zahlungsbilanzdefizit haben die Amerikaner bis vor kurzem die übrige Welt, besonders Europa, mit Dollars überschwemmt, die sich in den Portefeuilles der Zentraibanken niederschlugen und so einen leicht inflatorischen Prozeß auslösten. Die Erwartung ist gerechtfertigt, daß dieser Prozeß jetzt aufhören wird. Die jüngsten amerikanischen Maßnahmen lassen das internationale Währungssystem wieder in einem günstigeren Licht erscheinen. Wenn die Amerikaner ihre Preis- und Kostenstabilität weiterhin wahren, können sich auch die Europäer keine weiteren Preissteigerungen mehr leisten, ohne daß ihre Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt wird und Zahlungsbilanzdefizite hingenommen werden müssen.

Auch bei uns hat sich die Lage geändert. Seit vielen Monaten weist unsere Zahlungsbilanz keine Überschüsse mehr auf. Unser Import steigt erheblich schneller als unser Export.

Dies hängt einmal mit der hohen Inlandskonjunktur zusammen, es hängt aber auch damit zusammen, daß die in letzter Zeit eingetretenen Kosten- und Preissteigerungen unsere Wettbewerbsfähigkeit in Mitleidenschaft zu ziehen drohen. Wir importieren also keine Inflation mehr, und es hat auch nicht den Anschein, als ob es in absehbarer Zeit wieder zu größeren und andauernden Zahlungsbilanzüberschüssen kommen würde. Angesichts der steigenden Preis- und Kostenstruktur macht uns auf längere Sicht die deutsche Wettbewerbsfähigkeit am Weltmarkt mehr Sorge als die importierte Inflation. Wie man sich angesichts dieser Lage für flexible Wechselkurse einsetzen kann, ist mir persönlich unerfindlich. Nichts ist weniger aktuell als dieses Thema.

Durch diese Entwicklung hat sich die Lage im Abwehrkampf gegen die leichten Preissteigerungen wesentlich verbessert. Die Liquiditätszunahme, die sich aus den Devisenüberschüssen ergab, hat aufgehört. Die kreditpolitischen Waffen der Notenbank sind schärfer geworden. Die Notenbank hat die veränderte Lage im Interesse der Geldwertstabilität sofort genutzt und den Liquiditätsspielraum der Banken durch eine Mindestreserveerhöhung und im Januar 1965 durch eine Diskonterhöhung eingeengt. Unsere Restriktionsmaßnahmen haben nicht wie früher zu Geldzuflüssen aus dem Ausland geführt. Die Stabilitätspolitik, die neurdings in Europa getrieben wird, hat zu einer Erhöhung der Zinssätze auch im Ausland geführt. Diese Erhöhung der Zinssätze und die jüngsten amerikanischen Maßnahmen haben den kreditpolitischen Spielraum der Bundesbank in letzter Zeit sogar wieder erweitert. Wir

sind im Interesse des Geldwerts nicht bereit, auf die Stimmen der Jenigen zu hören, die auf eine Milderung der Restriktionsmaßnahmen der Bundesbank drängen.

Die Kreditrestriktionen der Notenbank haben bisher nicht ausgereicht, um den schnell laufenden und durch die hohe Liquiditätszufuhr der Vergangenheit gespeisten Motor der Konjunktur auf eine erträgliche Tourenzahl abzubremsen. Die Gesamtnachfrage ist immer noch zu hoch, und die Preiskurve zeigt noch immer leicht nach oben. Insbesondere sind die Preise für industrielle Fertigwaren gestiegen, nicht zuletzt, weil angesichts der angespannten Lage am Arbeitsmarkt sich die Kosten verteuert haben. Trotzdem, meine Damen und Herren, hat sich Entscheidendes geändert: Auf Grund der gewandelten Zahlungsbilanzlage und der besseren Stabilitätsbestrebungen im Ausland brauchen wir nicht mehr damit zu rechnen, daß immer neue Inflationsstöße aus dem Ausland auf uns zukommen. Für das, was von nun an geschieht, sind wir selbst verantwortlich. Die Preissteigerungen, die in der Zukunft auftreten sollten, sind heimische Gewächse, sie können nicht mehr auf die importierte Inflation abgeschoben werden.

(Beifall)

Werden wir, meine Damen und Herren, die Chance nutzen, nun eine Politik der Stabilität zu treiben? Wir, die Bundesbank, sind entschlossen, unseren Beitrag zu leisten. Die Bundesbank allein kann aber die überhöhte Nachfrage nicht ausreichend dämpfen. Die öffentliche Hand muß durch Streckung ihrer Investitionsausgaben das Ihre dazu tun; ebenso tragen die Sozialpartner eine große Verantwortung. Wenn wir eine andauernd hohe und krisenlose Konjunktur auch in der Zukunft haben wollen, wenn wir die Geißel der Arbeitslosigkeit für immer los sein wollen, müssen wir auch diejenige Disziplin in Kauf nehmen, die einen krisenlosen Zustand möglich macht.

(Beifall)

Mit "creeping inflation" kann man eine Zeitlang, aber nicht für immer leben, ohne eines Tages in einen krisenhaften Zustand hineinzugeraten. Wir müssen lernen, die Löhne und Gehälter besser am Produktionsfortschritt zu orientieren, wie es die Amerikaner tun;

(Beifail)

wir müssen lernen, die öffentlichen Ausgaben im Rahmen der realen Steigerung des Sozialprodukts oder – in Zeiten starker Gesamtnachfrage – etwas darunter halten,

(Beifall)

und wir müssen das Gestrüpp der Subventionen durchforsten, um damit der freien Marktwirtschaft mehr Spielraum zu schaffen.

(Beifall)

Kurz, wir müssen lernen, die Vernunft walten zu lassen und die Dinge nicht zu übertreiben.

In Zeiten, in denen die Industrie stärker investiert, muß die öffentliche Hand etwas kürzer treten. Die Industrie ist die Hauptquelle unseres Wohlstandes. Ich bin der letzte, der die großen Aufgaben der öffentlichen Hand in der modernen Industriegesellschaft verkennt; angesichts unseres ungenügenden Arbeitskräftepotentials muß die Industrie aber investieren, rationalisieren und automatisieren, wenn wir unseren Status unter den Industriestaaten der Erde aufrechterhalten wollen.

(Beifall)

Es wäre auch schwer möglich, der monetären Disziplin in den internationalen Gremien wie dem Währungsausschuß, der OECD und dem Gemeinsamen Markt mit großer Lautstärke das Wort zu reden, wie wir es ständig tun, wenn wir selbst gegen die monetäre Disziplin verstießen. Noch stehen wir im Rufe, eine Insel der Stabilität zu sein. Versuchen wir auch weiterhin, unserem Ruf durch noch größere Bemühungen zur Aufrechterhaltung der Stabilität im Inneren gerecht zu werden!

In jüngster Zeit, meine Damen und Herren, ist viel von internationalen Währungsfragen die Rede gewesen. Der Gold-Devisen-Standard, wie er sich in der Nachkriegszeit entwickelt hat, ist starker Kritik ausgesetzt gewesen. Sicher weist er Mängel auf. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß er eine Steigerung des Welthandels und eine Erhöhung des Lebensstandards ermöglicht hat, die größer ist als alles, was die Welt bisher gesehen hat. Es ist wenig sinnvoll, das heutige System zu verdammen, ohne etwas Besseres an seine Stelle setzen zu können. Abrupte Änderungen, die nicht ausgereift sind, wären gefährlich. Man kann die Reservehaltung, soweit sie aus Devisen besteht, nicht von heute auf morgen eliminieren, ohne starke Erschütterungen herbeizuführen. Ich erinnere daran, daß die Devisenreserven der "Zehnergruppe" und der Schweiz allein 10 Mrd. Dollar betragen.

Worin bestehen nun die Mängel des heutigen Systems? Sie bestehen in erster Linie darin, daß die Reservewährungen selbst nicht so sind, wie sie sein sollten. Das langanhaltende Zahlungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten hat dazu geführt, daß allmählich zuviel Dollars in den internationalen Kreislauf gelangten und daß die Empfängerländer sich zu sträuben beginnen, ihre Dollarreserven weiter zu erhöhen. Es sei überhaupt kein befriedigender Zustand, so wird gesagt, daß die Höhe der internationalen Währungsreserven, oder, wie man auch sagt, der internationalen Liquidität, von den Schwankungen der amerikanischen Zahlungsbilanz abhängig sei. Wir stimmen unseren französlschen Freunden darin zu, daß der schleichenden Inflation auf internationaler Ebene ein Ende bereitet und die Entstehung neuer Internationaler Liquidität an strenge multilateral kontrollierte Regeln gebunden werden muß.

Während aber unsere französischen Freunde die Reservehaltung in Dollars ganz eliminieren und dem Gold wieder eine entscheidende

Rolle zuweisen wollen, kann unserer Ansicht nach der Gold-Devisen-Standard so verbessert und gestrafft werden, daß er ein brauchbares internationales Währungssystem abgibt. Auch die Franzosen erkennen an, daß das Gold — besonders die Neuproduktion an Gold — nicht ausreichen würde, um einen steigenden Welthandel zu finanzieren. Sie schlagen daher vor, eine synthetische Reserveeinheit zu schaffen, die an Gold gebunden ist und die zu den Goldreserven hinzutritt, während wir einer lebenden Währung — oder lebenden Währungen — den Vorzug geben, vorausgesetzt, daß sie entsprechend knapp gehalten werden. Die ganze Frage gehört zum weiteren Studium in die "Gruppe der Zehn". Bundesregierung und Bundesbank sehen daher einstweilen keinen Anlaß, ihre bisherige Reservepolitik zu ändern.

Eine Rückkehr zum Goldstandard in der Weise, daß die Reservehaltung nur noch aus Gold besteht und die Zahlungsbilanzsalden durch Gold ausgeglichen werden, wäre — auch nach der Meinung der meisten Urheber dieses Vorschlages — nur möglich, wenn der Goldpreis drastisch erhöht würde. Sämtliche Regierungen und Notenbanken des "Zehnerklubs" haben aber eine Goldpreiserhöhung abgelehnt. Abgesehen davon, daß die Goldproduzenten im Falle einer Goldpreiserhöhung ein gutes Geschäft machen würden, würde eine solche Maßnahme nur bedeuten, daß die goldbesitzenden Währungsbehörden Buchgewinne erzielten, die die Gefahr einer weltweiten Inflation in sich schließen. Eine einmalige Erhöhung des Goldpreises, würde auch das Problem der internationalen Liquidität nicht dauerhaft lösen. Wenn die Liquiditätserhöhung einmal absorbiert wäre, würde sich das Problem nach einer gewissen Zeit neu stellen.

Es ist gesagt worden, die D-Mark soll Reservewährung werden. Dazu ist zu sagen: Eine Währung wird nicht dadurch Reservewährung, daß man dies deklariert, sie kann diesen Status nur durch langjährige Wertschätzung seitens des Auslandes erlangen. Zu einer Reservewährung gehört überdies mehr, als wir zu bieten vermögen, nämlich ein großer und leistungsfähiger Geld- und Kapitalmarkt, auf dem ständig erhebliche Beträge bewegt werden können.

Im übrigen wäre der Status einer Reservewährung keln reines Glück. Unsere Währungsreserven würden durch die Haltung größerer DM-Bestände des Auslands bei uns noch mehr anwachsen. Dies würde die Frage einer Einlösung in Gold aufwerfen oder uns mehr als bisher zu nicht ganz risikolosen Geld- und Kapitalexporten zwingen.

Eine andere Frage wäre, ob nicht eines Tages eine gemeinsame EWG-Währung zur Reservewährung werden könnte. Die Zeit für eine gemeinsame EWG-Währung ist aber noch nicht reif. Zwar gibt es Leute, die glauben, man brauche nur eine europäische Währung zu schaffen, um die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft voranzutreiben und zu vollenden. So einfach liegen die Dinge aber nicht. Man kann den zweiten Schritt nicht vor dem ersten tun. Zur Zeit ist die EWG

immer noch ein Verband mehr oder weniger souveräner Staaten, die vor allem in ihrer Haushaltsgebarung noch völlig autonom vorgehen. Solange in der Harmonisierung auf wirtschaftlichem, finanziellem und sozialem Gebiet nicht weitere Fortschritte gemacht worden sind, ist eine gemeinsame Währung nicht möglich. Sie ist nur denkbar, wenn die Mitgliedsländer bereit sind, auf maßgebliche Souveränitätsrechte zu verzichten und sich — wenigstens dem Wesen nach — zu einem Bundesstaat zusammenzuschließen.

Um diesen Tatbestand kann man auch nicht herumkommen, indem man vorweg eine gemeinsame Notenbank einrichtet oder einen Teil der Währungsreserven poolt. Entweder wäre die gemeinsame Notenbank machtlos und nur eine Stelle für Konsultation und Koordination, oder sie müßte eine Einrichtung mit geradezu diktatorischen Vollmachten gegenüber allen Mitgliedsstaaten sein. Das erstere wäre unnötig, weil es praktisch bereits besteht, das zweite ist nicht vorstellbar, jedenfalls zur Zeit nicht. Nur ein allmähliches organisches Zusammenwachsen bringt uns dem Ziel einer Währungsunion näher. Bis dahln wollen wir — wie bisher — aufgeschlossen alle Währungsfragen der EWG im Ausschuß der Notenbankpräsidenten und im Währungsausschuß behandeln mit dem Ziel, schrittweise zu einer Währungsunion zu kommen. Dabei darf niemals aus dem Auge verloren werden, daß Währungsfragen weltweite Fragen sind, die über den Bereich der EWG hinausgehen.

Ich habe versucht, Ihnen einen kurzen Überblick über unsere gegenwärtigen Währungsprobleme zu geben. Wir werden auch in Zukunft alles tun, um der D-Mark ihr Ansehen in der Welt zu erhalten. Wir wissen, daß dauernder Wohlstand, Gerechtigkeit und Freiheit nur auf dem Boden einer gesunden Währung gedeihen können.

(Lebhafter Beifall)

Vorsitzender Dr. Heilwig: Sehr verehrter Herr Blessing! Ich glaube, meine Damen und Herren, in Ihrer aller Namen zu sprechen, wenn Ich dem Herrn Redner besonders herzlich für das danke, was er gesagt hat. Er hat es in der von ihm gewohnten nüchternen, scheinbar leidenschaftslosen Art getan. Aber wer hinzuhören weiß und wer die gemessene Sprache der Bundesbank zu lesen versteht, der wird verspürt haben, welche Leidenschaft auch hinter dem stand, was uns gesagt wurde.

(Beifall)

Uns ist eigentlich eine völlig paradoxe Situation dargelegt worden. Herr Blessing hat an einer Stelle den Satz gesagt: Noch sind wir eine Insel der Stabilität. Doch dürfen wir uns nicht so verhalten, als wenn wir auf einer Insel leben würden. Wir stehen in einer internationalen Situation, in der wir uns einfach nicht so verhalten können, als wenn wir auf einer Insel ein isoliertes Dasein unabhängig von dem Ansatz unserer

Wirtschafts- und Sozialpolitik leben würden. Das ist das scheinbar Paradoxe dieser Situation, daß wir im Grunde auch selbstverantwortlich dafür sind, ob diese Insel der Stabilität weiter bestehen wird.

Etwas anderes ist mir in Erinnerung gekommen, als Sie sehr zu Recht den Weg schilderten, wie in das Problem der importierten Inflation eine Umkehr, eine neue Orientierung kam, weil andere nun eine Stabilisierungspolitik entwickelt haben, deren erste Erfolge wir verspüren, deren Wirkungen wir zweifellos noch stärker verspüren werden.

Ich glaube, man sollte auch in diesem Zusammenhang — gerade im Blick auf das Referat von Herrn Minister Blank — daran erinnern, daß ein großer Teil unserer heute noch vorhandenen sozialen Probleme auch die Folgen von Währungskatastrophen sind. Der Herr Bundesarbeitsminister hat erwähnt, daß noch bis zur Stunde die Schäden und die Nachtelle, die die Sozialversicherungssysteme aus den Währungskatastrophen erlitten, den Gesetzgeber beschäftigen und daß wir noch immer vor der Frage der Härteregelungen und des Wiederaufbaus des Vermögens stehen. An dieser Stelle ist wohl deutlich geworden, daß die zwel Begriffe in der Überschrift unseres Arbeitskreises — soziale Sicherheit und stabile Wirtschaft — nicht nur nebeneinander gestellt sind, sondern daß wir eigentlich sagen können: keine soziale Sicherheit ohne Stabilität der Wirtschaft.

(Beifall)

In dieser Verbindung liegt auch die innere Rechtfertigung dafür, daß wir Ihren Beitrag, Herr Blessing, unmittelbar nach den Ausführungen des Herrn Bundesarbeitsministers gebracht haben. Wir danken Ihnen nochmals sehr herzlich dafür, daß Sie an diesem Morgen zu uns gekommen sind und Ihre anderen Termine zurückgedrängt haben.

Meine Damen und Herren, ich würde vorschlagen, daß wir nun eine kurze Pause eintreten lassen. — Sie sind damit einverstanden.

(Kurze Pause)

Bundesschatzminister Dr. Dollinger: Meine sehr verehrten Damen und Herren und, wenn ich auch von der CSU komme, trotzdem oder erst recht: liebe Parteifreunde!

(Heiterkeit und Beifall)

Auf einem Kongreß vor den Wahlen kann der Schatzminister natürlich nicht fehlen. Denn ihm sagt man ja nach, daß er Wahlgeschenke mache, indem er seine Schätze verteile. Meine Damen und Herren, wenn auch wir aus dem Schatzministerium im Jahre 1965 einiges zu bieten haben, so sollte die Opposition das richtig verstehen. Wir haben hier den richtigen Endspurt hingelegt, so wie man das früher auf der Schule auch gemacht hat: Im letzten Vierteljahr — bei uns im letzten Jahr von vieren — die gute Leistung, um das Ziel zu erreichen.

(Heiterkeit)

Es sind zwei Dinge, die ich hier kurz ansprechen will, einmal das Leistungsförderungsgesetz, das vom Parlament bereits verabschiedet ist. und zum andern die Teilprivatisierung der VEBA, geschrieben mit V und B, nicht mit F und W.

(Heiterkeit)

Das ist passiert, und diese Verwechslung hängt vielleicht damit zusammen, daß man glaubt, der Bund brauche eine Waschmittelfabrik im Interesse der Sauberwaschung der Politiker.

(Heiterkeit)

Über die Teilprivatisierung der VEBA soll bekanntlich auf der Bundestagssitzung am 7. April in Berlin endgültig entschieden werden.

Beide Gesetze haben einen gesellschaftspolitischen und eigentumspolitischen Charakter. Das Leistungsförderungsgesetz soll immaterielle Werte schaffen, geistiges Eigentum fördern, die VEBA-Teilprivatisierung soll ein Beitrag für die Schaffung materieller Werte und die Begründung unternehmerischen Miteigentums sein. Beides ergänzt sich also. Wir brauchen nicht nur materielles, sondern wir brauchen auch geistiges Eigentum für unsere Bürger. Was hilft letzten Endes der Fächer von Möglichkeiten, dem Arbeitnehmer den Erwerb von materiellen Gütern zu erleichtern, wenn nicht auch sein Leistungsvermögen gestärkt und gefördert wird?! Je größer und fundierter seine Fählgkeiten sind, um so unabhängiger ist der Arbeiter von den Wechselfällen des Lebens und um so größer ist die Möglichkeit, Elgentum zu bilden. Wir müssen dafür sorgen, daß in einer Zeit, wo wir einen Mangel an Arbeitskräften haben, nicht auch noch der Mangel an Ausgebildeten hinzukommt. Denn wir leben in einer Zeit, wo auf Grund der Überbeschäftigung der Leistungswille zu erlahmen droht.

Wir haben es im Zusammenhang mit dem Leistungsförderungsgesetz mit zwei Problemen zu tun. Einmal geht es um die strukturellen Wandlungen, zum anderen um den technischen Fortschritt. Mein Kollege Schmücker hat gesagt, man könne heute nicht sagen, daß man einen Beruf sein Leben lang ausüben wird. Nun, eine Ausnahme: der Politiker kann es, denn er muß sich den Wechselfällen des Lebens anpassen.

(Heiterkeit)

Aber einige Gedanken zu den strukturellen Wandlungen! Der technische Fortschritt erfordert ein breitangelegtes Wissen. Ein Beruf, der heute noch begehrt ist und begehrenswert erscheint, kann morgen uninteressant sein und keine Zukunftsaussichten mehr haben. Wir müssen daher dafür sorgen, daß die Anpassungsfähigkeit des Arbeiters gestärkt wird, und müssen ihm Möglichkeiten geben, daß er sich den wechselnden Arbeitsbedingungen anpassen kann.

Der technische Fortschritt erfordert eine ständige Weiterbildung. Er erfordert ein Vertrautmachen mit neuen Werkstoffen, mit neuen maschinellen Einrichtungen. Der technische Fortschritt bedingt zum Teil auch eine erhöhte Spezialisierung. Diese stärkeren Anforderungen bedeuten, daß eine höhere berufliche Qualifikation erforderlich ist. Was helfen letzten Endes alle Automaten und technischen Finessen, wenn man sie nicht richtig bedienen kann?!

Was hilft dem Arbeiter der technische Fortschritt, wenn seine beruflichen Kenntnisse nicht entsprechend Schritt halten? Im Interesse der Arbeitnehmer und der Wirtschaft müssen daher technische Fortschritte und berufliche Kenntnisse im Gleichschritt gehalten werden.

Nun, meine Damen und Herren, wie wird das Leistungsförderungsgesetz gehandhabt? Hierzu ganz kurz wenige Bemerkungen. Ich habe mich mit den Ressortministern geeinigt, insbesondere mit dem Kollegen Blank und dem Kollegen Schmücker. Wir unterscheiden institutionelle und individuelle Förderungsmaßnahmen.

institutionelle Förderung! Hier sollen gefördert werden: a) Errichtung und Ausbau überbetrieblicher Berufsfortbildungsstätten, die fachpraktische, fachtheoretische, kaufmännische, betriebs- und volkswirtschaftliche, wirtschafts- und sozialrechtliche oder berufserzieherische Kenntnisse vermitteln, b) überbetriebliche Lehrwerkstätten, in denen Lehrlinge Grund- und Zusatzausbildung erhalten, c) Einrichtungen zur Fortbildung von Ausbildern für die berufliche Fort- bzw. Lehrlingsausbildung. Unterweisungsstoff ist z. B. der Umgang mit neuen Werkstoffen, modernsten maschinellen Einrichtungen, neuzeitlichen Fertigungstechniken. Antragsberechtigt sollen sein: Selbstverwaltungseinrichtungen, Selbsthilfeeinrichtungen der Wirtschaft, Wirtschaftsvereinigungen, Stiftungen, berufliche Organisationen, Vereine, die technisches und wirtschaftliches Wissen vermitteln. Die Art der Mittel: in erster Linie Darlehen, Zuschüsse nur in Ausnahmefällen: Eigenmittel in angemessener Höhe sollten vorhanden sein. Zu den Konditionen gehört die Absicherung der Darlehen: die Zinsfrage ist noch nicht geklärt. Das Antragsverfahren: Anträge werden an zuständige oberste Landesbehörden für Wirtschaft gestellt, die nach Prüfung an KfW weiterleitet. Diese zahlt nach Prüfung aus. Zuständig für die Richtlinien ist das Bundesschatzministerium. Die Richtlinien werden Ende April, Anfang Mai erlassen werden.

Nun zur individuellen Förderung: Hier werden gefördert: die Teilnahme an Lehrgängen, die a) der beruflichen Anpassung an die Entwicklung in der Wirtschaft dienen, b) die die Heranbildung von Fachoder deren bessere berufliche Qualifikation bezwecken, d) durch die ein Wiedereintritt weiblicher Arbeitnehmer in das Berufsleben vorbereiten oder deren bessere berufliche Qualifikation bezwecken, c) durch die ein fehlender Berufsabschluß erreicht werden kann. Hier sind unselbständige wie selbständige Berufstätige antragsberechtigt. Die Art der Mittel sind Darlehn und Zuschüsse. Das Antragsverfahren: Über die zuständigen Arbeitsämter an die Bundesanstalt in Nürnberg. Die Richtlinien werden nach den Grundsätzen des Bundesschatzministeriums vom Bundesarbeitsministerium erlassen werden.

Nun, meine Damen und Herren, nach diesen etwas trockenen Tatsachen folgendes. Es handelt sich hier um ein Sondervermögen zur beruflichen Leistungsförderung, das nach den ERP-Grundsätzen vom Bundesschatzministerium verwaltet werden wird. Die Gelder kommen aus der VEBA-Privatisierung. Es handelt sich um 560 Millionen DM, die die Stiftung dem Bund als Darlehn zur Verfügung gestellt hat und die der Bundesfinanzminister in 11 Raten zur Verfügung stellt. Wir werden also 650 Millionen DM zur Verfügung haben, und ich hoffe, daß das Leistungsförderungsgesetz dem beruflichen Aufstieg dienen wird und all denen eine Hilfe gibt, die strebsam und fleißig sein wollen.

Meine Damen und Herren, nun etwas zu dem Thema der Teilprivatisierung der VEBA. Die bisherigen Privatisierungen bei Preußag und VW waren erfolgreich. Wir haben die alten Grundsätze, nämlich erstens: Der Staat soll nicht wirtschaften, wo es nicht unbedingt erforderlich ist. Meine Damen und Herren, wo Staatsunternehmungen mit Prichen Chancen und Risiken verfahren wird. Wir haben dazu einen westunternehmen konkurrieren, muß dafür gesorgt sein, daß nach gleisentlichen Beitrag geleistet durch den Antrag der Koalitionsparteien auf dem Geblet der Umsatzsteuer und Vermögenssteuer bei Elektrizitätsversorgungsunternehmen, eine einheitliche Besteuerung durchzuführen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, bei der Frage der Teilprivatisierung der VEBA ging es um das Thema einer Kapitalaufstockung bei einem Kapitalbedarf von 750 Millionen DM. Wenn wir, um es einmal drastisch zu sagen, das Geld aus der Staatskasse genommen hätten, dann hätte das bedeutet, daß wir Staatsgelder gleich Steuergelder für diese Kapitalaufstockung verwendet hätten. Das hätte in der Praxis bedeutet: wir hätten einen Beitrag geleistet, den Bürger ärmer und den Staat reicher und mächtiger zu machen. Das wollen wir nicht. Deshalb Volksaktien.

Meine Damen und Herren, es muß hier einmal deutlich gesagt werden: Es wäre hohe Zeit, daß auch die Länder und Kommunen sich mit der Frage der Privatisierung beschäftigen.

(Lebhafter Beifall)

Es gibt keinen Zweifel, daß es Länder und Kommunen gibt, die zum Teil sogar immer wieder an der Klagemauer stehen, das Geld reiche nicht, die auf der anderen Seite Anlagewerte bei Industriellen Unternehmungen besitzen, die man leicht unter den gleichen Aspekten wie wir realisieren könnten, nämlich breitgestreutes Eigentum zu schaffen.

(Beifall)

Deshalb sollte gerade auch von diesem Parteitag die Forderung ausgehen: Privatisierungen nicht nur beim Bund, sondern auch bei den Ländern und Kommunen, überall da, wo es möglich ist.

(Erneuter Beifall)

Punkt 2, meine Damen und Herren: Wir brauchen Unternehmungen, die privatisierungsreif sind. Was meine ich damit? — Wir können nicht Unternehmungen zur Privatisierung anbieten, die keine gute und sichere Kapitalanlage darstellen und keine entsprechende Rendite erwarten lassen. Aus diesem Grunde ergibt sich die Konsequenz, daß wir — und das möchte ich als Drittes sagen — mit den bundeseigenen Unternehmungen eine Unternehmenspolitik unter dem Gesichtspunkt betreiben müssen, daß wir dafür sorgen, durch entsprechende Zu- und Belordnung die Unternehmenseinheiten so zu gestalten, daß sie privatisierungsreif sein werden. Sonst könnte es passieren, daß die Filetstücke verkauft werden und die Knochen beim Bund bleiben.

Nun stellt sich auch die Frage nach dem Privatisierungserlös für die Zukunft. Es wäre falsch, nur zu privatisieren und das Geld in die Bundeskasse fließen zu lassen. Ich glaube, daß wir auch über die Verwendung des Privatisierungserlöses sehr klare Vorstellungen entwickeln müssen. Gedanken darüber haben sich die Kollegen Katzer und Burgbacher bereits gemacht.

Meine Damen und Herren, zu der Frage, ob nach der Teilprivatisierung der VEBA noch eine weitere Teilprivatisierung möglich ist — die FDP hat einen Antrag im Hinblick auf die VIAG gestellt —, möchte ich doch kurz folgendes bemerken. Das ist erstens arbeitsmäßig nicht möglich, zweitens ist es nach melner Meinung kapitalmarktmäßig nicht möglich, noch einmal mit einer großen Aktion zu kommen. Und drittens: Wenn wir in einem Jahr zweimal soziale Privatisierungen durchführten, würde unsere Privatisierungspolitik unter dem Gesichtspunkt, breit gestreutes Eigentum zu schaffen, unglaubwürdig, weil die Kreise, die wir ansprechen, nicht in der Lage sind, zweimal im Jahr zu kaufen.

(Beifall)

Es bestand früher, im Zeitalter der Klassenkämpfer, die Alternative: Aktionär/Kapitalist gegen Arbeiter/Proletarier. Unsere Politik hat dazu geführt, daß wir heute durch Preußag, durch VW und in absehbarer Zeit durch die Teilprivatisierung von VEBA eine große Zahl von Aktionären haben werden, die dem Arbeiterstand angehören. Ich glaube, das ist ein ganz entscheidender Fortschritt gegenüber früher. Wir privilegieren bei der Teilprivatisierung der VEBA geradezu die unteren und mittleren Einkommensgruppen einschließlich der Betriebsangehörigen, damit sie industrielles Vermögen erwerben können.

(Beifall)

Ich möchte hier ausdrücklich danken für die Unterstützung bei der Teilprivatisierung. Die Zeit war sehr knapp. Ich danke ganz besonders dem Vorsitzenden des Ausschusses für wirtschaftlichen Besitz, dem Kollegen Katzer, und dem Vorsitzenden des Arbeitskreises "Eigentum" der CDU/CSU, Herrn Professor Burgbacher, für die tatkräftige Unterstützung.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreundel Durch die Privatisierung wollen wir Volksaktionäre schaffen. Wir wollen eine neue Kapitalanlage geben, und wir hoffen auch, daß das so sehr umstrittene 312 DM-Gesetz unter diesem Gesichtspunkt des Erwerbs von Volksaktien gesehen wird.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es geht bei dem Leistungsförderungsgesetz, es geht bei der Teilprivatisierung letzten Endes um den Menschen und um die Volkswirtschaft. Wir wollen die Eigentumspolitik fördern und unterstützen. Wir wollen damit aber zugleich auch Wirtschaftspolitik betreiben, und wir wollen die Stabilität und das Wachstum in Deutschland dadurch mitgestalten.

(Anhaltender Beifall)

Vorsitzender Dr. Hellwig: Ich darf Ihnen, Herr Minister Dollinger, herzlich danken für Ihren Beitrag, den wir sicher im Rahmen des Gesamtablaufs nicht missen möchten. Ich darf vor allem unterstreichen: Es war nicht nur ein Blick zurück über das, was an Arbeit war, über das, was abgeschlossen ist, sondern auch ein mutiger Blick nach vorn. Ich fühlte mich etwas erinnert an einen Almanach des Bundespresseballs vor einigen Jahren. Da hat ein Journalist hinsichtlich der Bekanntgabe gewisser Dinge offenbar gezögert und hat das wie folgt formuliert: "Wissen würden wir schon, welche wollen, aber dürfen haben wir uns nicht getraut." Was die Privatisierung angeht, glaube ich, daß dieses für sie nicht gilt. Sie haben das Thema mutig angesprochen und auch zu verstehen gegeben, daß Sie darum wissen, wo hier der Hebel weiter angesetzt werden muß. Herzlichen Dank.

Meine Damen und Herren, wir haben bis jetzt rund 30 Wortmeldungen vorliegen. Ich schlage Ihnen folgendes vor. Zu dem Thema "Währungsund Finanzpolitik" liegen zwei Wortmeldungen vor. Wir sollten diese beiden Wortmeldungen noch vor der Mittagspause abwickeln, dann können wir am Nachmittag die anderen Komplexe nach großen Themengruppen geordnet diskutieren. Es wird keine Aufrufung der einzelnen Wortmeldungen in der Reihenfolge des Eingangs erfolgen. Ich bitte um Ihr Verständnis, wenn der Vorsitzende die Wortmeldungen nach den großen Sachgebieten gruppiert, die wir diskutieren wollen.

In diesem Sinne schlage ich Ihnen also vor, zunächst die beiden Wortmeldungen zum Thema Währungs- und Finanzpolitik, Stabilität usw. abzuwickeln. – Zunächst hat Herr Bundesminister a. D. Etzel, Vorsitzender des Arbeitskreises 3 der Bundestagsfraktion, um das Wort gebeten.

Etzel: Meine Damen und meine Herren! Ich glaube, in einem Arbeitskreis "Soziale Sicherheit und stabile Wirtschaft" sollte an der Spitze der Diskussion ein Bekenntnis zu unserem gemeinsamen Verlangen nach stabiler Wirtschaft und stabiler Währung stehen. Wir haben heute morgen drei Referate auf hohem Niveau gehört. Alle drei Referate

sind von unserem gemeinsamen politischen Wollen ausgegangen, daß sowohl für eine Sozialpolitik, die gesund ist, wie für eine Wirtschaftspolitik, die gesund ist, wie natürlich auf für eine Geld- und Finanzpolitik eine stabile Währung eine entscheidende Voraussetzung ist. Dazu möchte ich mich in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses dieser Partei ausdrücklich bekennen.

Unser Hauptziel besteht darin, die Währung stabil zu halten. Das ist — darauf hat der Kollege Blank hingewiesen — ganz besonders wichtig in einem Volk, welches zweimal eine schreckliche Inflation gehabt hat. Die erste Inflation hat dem damaligen Bürgertum wirtschaftlich das Genick gebrochen und ihm gewissermaßen den Garaus gemacht. Damit wurde sie die Voraussetzung für den Nationalsozialismus, der uns dann eine zweite Inflation bescherte. Diese politische Katastrophe können und dürfen wir uns nicht ein neues Mal leisten. Das sollten wir ganz klar sagen.

Ich meine aber auch: Geldwertstabilität ist die Voraussetzung für die von uns gewollte, proklamierte und durchgesetzte Eigentumspolitik. Es kann nicht sinnvoll sein, Eigentums- und Sparpolitik betreiben zu wollen, wenn gleichzeitig der Geldwert nicht stabil ist und wenn die Kaufkraft ständig nachläßt. Das ist um so wichtiger, als wir im Jahre 1964 eine exorbitant hohe Sparkraft gehabt haben. 10,8 Prozent des Sozialprodukts betrug unsere Sparquote. Das hat es noch nie in der deutschen Wirtschaft gegeben — trotz allen Geredes über die sogenannte schleichende Inflation. Ich bin auch stolz darauf — das möchte ich hier betonen —, daß unser Sparprämiengesetz, das Herr Kollege Blank und ich damals eingebracht haben, bis zum Jahre 1964 eine prämienbegünstigte Sparkraft von 10 Milliarden DM ermöglicht hat. Ich glaube, das ist ein stolzer Erfolg, den wir uns als Partei zuzuschreiben haben. Auch dieser Erfolg zwingt einfach zu unserem Leitziel einer Stabilerhaltung der Währung.

Das Problem der Stabilerhaltung der Währung ist natürlich nicht ganz einfach zu lösen. Ich glaube, wir haben die Probleme einer etwaigen Rezession, die wir nach der Stabilisierung 1948 noch nicht gehabt haben, theoretisch und wahrscheinlich auch praktisch gelöst. Wir haben hierfür ein gutes Instrumentarium. Ein Problem, wie wir es 1932/33 mit sechs Millionen Erwerbslosen gehabt haben, würde uns heute nicht mehr überraschen.

Was wir aber noch nicht bis zum letzten durchforstet und durchleuchtet haben, ist folgendes: Wie wird man mit einer großen Konjunktur fertig? Das haben wir in den letzten Jahren erlebt. Der reiche Katalog, den Herr Blessing uns heute morgen in seinem Referat dargelegt hat, hat uns gezeigt, daß diese Problematik noch weitgehend absolut offen ist. Hier sollten wir weiter nachdenken, und wir sollten uns viele Dinge überlegen.

Ich möchte hier noch etwas herausstellen, auf das Herr Blessing nicht zu sprechen gekommen ist. Ich möchte nämlich der Auffassung entgegentreten, die uns glauben machen will, wirtschaftliches Wachstum, das wir haben, müsse mit dem Preis einer wohldosierten Geldwertverschlechterung bezahlt werden. Meine Damen und Herren, diese Behauptung ist ganz einfach falsch.

(Beifall)

Das Deutsche Industrieinstitut hat in der jüngsten Vergangenheit bei einer Untersuchung über das Wirtschaftswachstum und die Kaufkraftentwicklung in 18 Ländern festgestellt, daß Preisstabilität und hohes Wachstum sich keinesfalls gegenseitig ausschließen. Fünf der untersuchten Länder hatten bei überdurchschnittlichem Wachstum einen unterdurchschnittlichen Preisanstieg zu verzeichnen. Bei den anderen fünf Ländern war es genau umgekehrt.

Es ist ganz interessant zu sehen, welches die Länder gewesen sind. Die fünf Länder, die bei einem überdurchschnittlichen Wachstum einen unterdurchschnittlichen Preisanstieg hatten, waren die Bundesrepublik Deutschland, die Schweiz, Portugal, die Niederlande und Italien, also alles Länder, die unternehmerisch bewirtschaftet werden. Die anderen fünf Länder waren Großbritannien, Schweden, Norwegen, Dänemark und Irland. Man sieht, daß hier ganz andere Ursachen eine Rolle spielen, als es im Zusammenhang mit dieser Behauptung häufig in den Vordergrund gestellt wird.

Nun lassen Sie mich ein paar Worte zu den Problemen sagen, die Herr Blessing hier hat aufleuchten lassen. Es sind Probleme, die sicherlich nicht nur unseren Parteitag tangieren. Ich glaube, die Fragen, zu denen er Stellung genommen hat, werden die gesamte deutsche und Weltöffentlichkeit in diesen und den nächsten Stunden interessieren.

Den einleitenden Satz, den er ausgesprochen hat, möchte ich wärmstens unterstreichen:

Die Qualität der Währung zeigt besser als alles andere, ob ein Land in Form ist.

Die Qualität der Währung! Er hat aus dieser Feststellung mit Recht die Schlußfolgerung gezogen, daß unsere Währung eine Währung von hoher Qualität ist.

Der Preisanstieg im Verhältnis zum Wirtschaftswachstum ist von mir bereits behandelt worden. Ich darf noch einmal auf die 30 Milliarden DM Währungsreserven hinweisen. Das ist ein Novum. Das haben wir in der deutschen Geschichte einfach noch nicht gehabt. Wir haben also eine ausgezeichnete Währung.

Das Unbehagen, in dem wir uns trotz dieser ausgezeichneten Währung befinden, resultiert aus der von mir schon erwähnten Tatsache der beiden Entwertungen, der beiden großen Inflationen. Wir sind in einem besonderen Maße allergisch.

Beachten wir aber, daß ein gewisser Preisanstieg, der sicherlich gegeben ist, zu einem Teil mit dieser Inflation gar nichts zu tun hat. Herr

Professor Burgbacher weist in seinen Diskussionen immer wieder auf den veränderten Warenkorb hin. Herr Blessing hat gesagt: Wir haben heute im Angebot eine andere Qualität und eine größere Auswahl. Das ist eine der Ursachen.

Zwei Ursachen, die für einen gewissen Preisanstieg ebenfalls entscheidend sind, möchte ich auch noch erwähnen. Einmal ist die Erhöhung des Lebenshaltungskostenindexis auf die Mietsteigerungen zurückzuführen, die gar nichts mit einer Inflation zu tun haben, sondern eine Angleichung des Mietwesens an die soziale Marktwirtschaft sind. Zweitens ist die Anpassung der Agrarpreise an unser Preisniveau zu nennen. Sie hat auch nichts mit Inflation zu tun, sondern ist der Ausdruck dafür, daß die agrarische Wirtschaft Ansprüche auf ähnliche Äquivalente hat wie die gewerbliche Wirtschaft. Das möchte ich ganz klar gesagt haben.

Ich möchte auch auf ein Element hinweisen, das immer gern übersehen wird, wie auch Herr Blessing schon gesagt hat. Auch vor dem ersten Weltkrieg, in der "goldenen Zeit", wo alles in Ordnung war, hat es eine große Geldentwertung gegeben. Meine Mutter pflegte das immer so auszudrücken: "Als ich heiratete — das war 1900 — kostete Butter 48 Pf, und 1919 kostete sie 90 Pf." Damals hat es keine Institute gegeben. Damals wurden uns nicht jeden Tag die Zahlen des Anstiegs der Lebenshaltungskosten vorgesetzt. Damals kannten wir das Problem der Inflation überhaupt nicht. Es wurde damals überhaupt nicht diskutiert. Aber einen Preisanstieg hat es auch in der damaligen Zeit gegeben. Jedoch muß er wohl andere Ursachen gehabt haben, als sie uns heute gern vorgeworfen werden.

Herr Blessing hat gesagt: Die bisherige Not ging aus von außenwirtschaftlichen Überschüssen. Er hat gleichzeitig gesagt: Die außenwirtschaftlichen Überschüsse haben sich erledigt; die aktive Handelsbilanz gibt es nicht mehr. Der Import ist stärker gestlegen als der Export. Wir befinden uns also hier in einem Umbruch, den wir wirtschafts- und geldpolitisch natürlich auf das genaueste beachten müssen.

Dann ist er auf das Problem der flexiblen Wechselkurse zu sprechen gekommen. Er mußte es wohl tun, weil der Sachverständigenbeirat flexible Wechselkurse empfohlen hatte. Ich persönlich — wir haben das in unserem Kreise noch nicht bis zum letzten ausdiskutiert — möchte mich zu der Blessingschen Auffassung bekennen. Ich bin der Meinung, daß flexible Wechselkurse in diesem Augenblick einfach nicht durchzuhalten wären und uns ganz sicher in ein Chaos stürzen könnten.

Ich denke dabei gar nicht daran, daß wir uns flexible Wechselkurse im Augenblick aus Vertragsgründen gar nicht gestatten können. Ich denke daran, daß wir, wenn die anderen Länder dasselbe täten, nicht in ein Währungsgleichgewicht, sondern in ein Währungsdurcheinander kämen.

Das Problem der festen Wechselkurse stellt sich natürlich wieder anders. Hier möchte ich auf etwas hinweisen, auf das Herr Kollege

Schmücker zu sprechen gekommen ist. Ich meine die Tatsache, daß bei festen Wechselkursen die Räume, in denen die Geldströme fluktuieren, natürlich gleich wirtschaftspolitische und finanzpolitische Überlegungen aufgeben.

Hier hat die Empfehlung des Wirtschaftsrates der EWG vom April 1964 eine große Bedeutung gehabt. Den beteiligten Ländern ist der gleiche Rhythmus in der Wirtschafts- und Finanzpolitik empfohlen worden. Ich glaube, von diesen Empfehlungen ist ein großer Druck ausgegangen, der die inflatorische Einwirkung der aus den Ländern Frankrich und Italien importierten Inflation zum Stillstand gebracht hat. Herr Blessing hat mit Recht gesagt: Frankreich stagniert auf großer Höhe. Italien befindet sich in einer Rezession.

In Großbritannien ist das Problem anders gelöst worden. Aber auch hier besteht bei festen Wechselkursen der Druck, sich dem Schema der anderen anzupassen und einen Gleichklang auslösen zu lassen. Ich sagte schon: Großbritannien hat andere Mittel gesucht und gefunden. Amerika hat ganz andere Probleme, die ihren Ausdruck in einer maßvollen Angleichung der Löhne an das steigende Sozialprodukt finden. Hier liegen gewisse Probleme. Wir müssen natürlich davon ausgehen, daß wir bei festen Wechselkursen in der Internationalen Konkurrenz eines Tages nicht mehr konkurrieren können, wenn eine Übersteigerung der Kosten und der Preise unsere Preise wesentlich höher erscheinen lassen würden, als es bei den Amerikanern der Fall ist. Wir würden damit einen starken Druck auf unsere gesamte Wirtschaftsentwicklung auslösen.

Es ist zuzugeben: Die Welt hat sich geändert. Wir haben im Augenblick die importierte Inflation nicht mehr. Darüber können wir froh sein. In der nächsten Gegenwart haben wir Inflationsstöße nicht zu befürchten. Die Wettbewerbsschwierigkeit am Weltmarkt muß uns aber Sorgen machen. Daran müssen wir denken.

Nun hat Herr Blessing etwas ausgesprochen, was mich persönlich in einen kleinen Zwiespalt bringt. Er hat gesagt — der Politiker Etzel bekennt sich aus währungspolitischen Gründen zu der Auffassung von Herrn Blessing; vielleicht denkt Herr Blessing aber auch ein bißchen anders —: Wir sind im Interesse des Geldwertes nicht bereit, auf die Stimmen derjenigen zu hören, die auf eine Minderung der Restriktionsmaßnahmen der Bundesbank drängen. In der Tat hat die Bundesbank sehr energisch Restriktionsmaßnahmen ausgelöst, welche den Bankenapparat in eine größere Liquiditätsenge gebracht haben, als es im letzten Jahr der Fall gewesen ist. Von hier aus hat es Einflüsse auf den Geld- und Kapitalmarkt gegeben, denen gegenüber wir politisch nicht ganz gleichgültig sein dürfen.

Ich habe heute morgen in einem Privatgespräch Herrn Blessing erklärt: Man muß aufpassen, ob man mit dieser Liquiditätsenge nicht an eine Schwelle kommt. Diese zeigt sich im Geldmarkt, wo wir z. B. den Kurs der festen Rentenwerte erleben. Ich denke jetzt an die Pfandbriefe. Breite Teile unseres Volkes sparen in Pfandbriefen. Das ist hier an Rhein und Ruhr nicht so üblich, aber im süddeutschen Raum ist es ganz anders. Wenn der Pfandbriefkurs in wenigen Wochen um fünf Punkte verfällt, ist das natürlich mit der Stabilisierung eines Sparpapieres und mit der Sparidee nicht ganz zu vereinbaren. Hier muß aufgepaßt werden.

Herr Blessing hat mir Recht gegeben, daß das ein Sorgenpunkt ist, der genau beachtet werden müsse. Er hat mir gesagt: Wir werden das tun. Er meinte, auch hier sei das Schlimmste überwunden, und die Postanleihe habe gezeigt, daß die Lage leichter geworden sei.

In der Frage der großen internationalen Zusammenhänge möchte ich die Auffassung bejahen, daß wir nicht, wie Frankreich und de Gaulle auf den Rat von Jacques Rueff es vorgeschlagen haben, zu einer Goldwährung übergehen sollten. Ich glaube, dieses Problem ist für uns Im Augenblick nicht reif. Das Problem ist besonders besorgniserregend, weil die produzierte Goldmenge nicht ausreichen würde, die Goldwährung richtig zu stützen. Ich bin der Meinung, daß unser augenblickliches System sicherlich verbesserungsfähig ist. Ich stimme Herrn Blessing zu, daß das ein Problem des sogenannten Zehnerklubs in Basel ist und daß dieses Problem noch genauer zu diskutieren ist. Also keine Goldwährung, aber auch keine Erhöhung des Goldpreises, der derzeit sehr in der Diskussion ist!

Ich glaube, eine Erhöhung des Goldpreises — um wirksam zu sein, käme eine Erhöhung um 150, nicht auf 150 Prozent in Frage — hätte die katastrophale Wirkung, daß dadurch sicherlich zunächst einmal die Russen den Vorteil hätten, ebenfalls die Südafrikaner, also die goldproduzierenden Länder. Das wäre aber schlimmer. Eine solche Erhöhung würde einen Inflationsstoß auslösen. Denn der höhere Preis des Goldes würde allen goldgedeckten Währungen größere Papierausgaben ermöglichen. — Also auch hier ein klares Nein und eine kleine Unterstützung dessen, was Herr Biessing in diesem Punkt gesagt hat.

Ich bin mit ihm auch darüber einig, was er über die D-Mark als Reservewährung gesagt hat. Die D-Mark ist als Reservewährung nicht einfach durchzuhalten. Die Zeit ist sicherlich nicht reif für eine solche Entwicklung.

Das Problem einer gemeinsamen EWG-Währung sollten wir ernstlich diskutieren. Auch da ist die Frage, ob das morgen möglich ist. Auch hier müssen eine ganze Menge Dinge vorbesprochen werden. Aber unser Ziel, daß unsere Wirtschaftsgemeinschaft eine eigene Währung bekommt, scheint mir wichtig zu sein; dazu sollten wir ja sagen.

Ein letztes. Herr Blessing hat gesagt: Es ist nicht nur die Bundesbank, welche die Währung in Gefahr bringen könnte, sondern es sind auch eigene Gewächse. Diese eigenen Gewächse müssen gesehen werden.

O

Hier muß ich dem Vorsitzenden des Arbeitskreises ein Wort sagen. Man muß auch sehen, daß die Haushaltspolitik von Bund, Ländern und Gemeinden in der Tat auch Inflationsstöße auslösen kann, wenn der Haushalt überfordert wird.

Der Bund hat sich bei dem Zuwachs des Volumens der beiden letzten Haushaite — 1963 und 1964 — streng an die Zunahme des Sozialproduktes gehalten. Das ist eine klare währungspolitische Haltung. Ich glaube nicht sagen zu können, daß die Länder das gleiche getan haben.

(Zuruf)

 Im allgemeinen nicht. Herr Blessing hat das an Hand von Zahlen bestätigt. Auch für die Gemeinden wäre diese Aussage nicht richtig. Die Überverschuldung der Gemeinden müssen wir mit Sorge beobachten.

Eine große Partel wie die CDU, die Verantwortung in Bund, Ländern und Gemeinden trägt, muß auch auf dem hier behandelten Gebiet ihrer Verantwortung gerecht werden. Mit diesem Bekenntnis möchte ich wegen der fortgeschrittenen Zeit meine Ausführungen abschließen. Es wäre noch vieles zu sagen, z. B. auch über die Steuerpolitik. Vielleicht ergibt sich dazu im Laufe der Diskussion noch die Gelegenheit. Wenn Sie sich heute nicht mehr ergeben sollte, werden wir darüber sicher noch einmal auf dem Wirtschaftstag sprechen, der im Juli in Düsseldorf stattfindet.

(Belfall)

Vorsitzender Dr. Hellwig: Herzlichen Dank, Herr Etzel. – Ich glaube, daß der Vorsitzende des zuständigen Arbeitskreises der Bundestagsfraktion durchaus Anspruch auf etwas mehr Redezeit hatte. Er trägt ja damit in besonderem Maße mit an der Verantwortung.

Es liegt nun eine Wortmeldung von Frau Tübler zur Geschäftsordnung vor.

Frau Tübler: Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Gestatten Sie, daß ich als Frau einen Antrag zur Geschäftsordnung stelle. Wir laufen Gefahr, daß unsere Diskussionsreden zu lange werden. Wenn 30 Wortmeldungen vorliegen, sitzen wir vielleicht in zehn Stunden noch hier. Ich bitte deshalb, eine Redezeltbeschränkung einzuführen. Jeder soll sich so kurz wie möglich halten.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Hellwig: Niemand ist dankbarer als ich für die Anregung, die Redezeit zu beschränken. Ich bitte aber, mir zuzugestehen, daß das Gewicht der Ausführungen, die wir von dem einen oder anderen Redner zu erwarten haben, keine schematische Regelung erlaubt.

(Beifall)

Es würde uns nicht abgenommen werden, wenn wir die Guillotine der Redezeitbeschränkung bei einem so zentralen Problem wie der Stabilität der Währung anwenden wollten.

(Erneuter Beifall)

Wir werden selbstverständlich allen Rednern Ihren Wunsch dringend zur persönlichen Beachtung empfehlen.

Das Wort hat nun Herr Dr. Binder zu dem gleichen Thema.

Dr. Binder: Meine Damen und Herren! Bei der Frage: flexible Wechselkurse handelt es sich nicht um eine parteipolitische Angelegenheit. Darüber sollte man sich nicht verbreiten.

(Beifall)

Eine politische Frage ist jedoch, ob wir die Lage auch richtig beurteilen.

Herr Präsident Blessing hat recht. Dank des Eingreifens unseres verehrten Herrn Bundeswirtschaftsministers Schmücker ist es in diesem Frühjahr gelungen, in den Staaten, die uns in Europa am nächsten gelegen sind und mit denen wir den größten Handelsaustausch haben, wieder eine Politik der Stabilität herbeizuführen. Aber so, wie Herr Präsident Blessing die Dinge hinstellt – daß wir damit über den Berg wären und daß wir nicht mehr über importierte Inflation sprechen könnten –, liegen sie leider nicht.

Ich darf dazu zweierlei anführen. Die Inflation ist keine monetäre Angelegenheit, sondern im Grunde genommen eine Geisteshaltung, die es jedermann recht machen will und deswegen immer wieder zu Mehrausgaben führt, die dann die inflatorischen Ursachen darstellen.

Vor allen Dingen darf ich auf folgendes aufmerksam machen. Auch bei ausgeglichener Handels- und Zahlungsbilanz ist der Import ausländischer Inflation durchaus möglich. Wenn im Außenhandel die Preise steigen und wir für die Rohstoffe mehr bezahlen müssen, dann läßt es sich gar nicht verhindern, daß auch die deutschen Waren um die Verteuerung der Rohstoffe teurer werden. Das Ausland wird dadurch, daß es uns seine Waren teurer verkauft hat, in der Lage sein, in größerem Umfange deutsche Waren zu kaufen und dafür mehr zu zahlen. Dadurch werden die deutschen Inlandpreise in die Höhe getrieben.

Man treibt nun keine Politik der flexiblen Wechselkurse, weil man der Meinung ist — eine Meinung, die ich persönlich nicht teile —, daß stabile Wechselkurse integrationsfördernder seien. Dabei muß man sich aber darüber im klaren sein, daß man dafür bei der heutigen Lage der Welt einen Preis zu bezahlen hat; man bekommt diese Stabilität nicht umsonst.

Um so wichtiger ist es, daß wir in Deutschland selber alle Quellen der Inflation verstopfen. Dabei geht es in erster Linie um die Gestaltung

unserer öffentlichen Haushalte. Herr Schmücker hat den Vorschlag gemacht — auch Herr Blessing hat davon gesprochen —, man solle die öffentlichen Haushalte so führen, daß sie der Konjunkturpolitk eine Stütze geben; die Ausgaben des Staates sollten gelegentlich zugunsten industrieller Investitionen zurücktreten. Ich war lange Zeit ein Anhänger dieser Auffassung, habe mich aber überzeugt, daß es bei der Fülle der Investitionsaufgaben unserer öffentlichen Haushalte wahrscheinlich eine Illusion wäre, mit dieser Möglichkeit zu rechnen und daß wir vielleicht sehr viel besser fahren, wenn wir die Haushalte proportional zum Wachstumsverhältnis des Bruttosozialproduktes anwachsen lassen und eine stetige Ausgabenpolitik verfolgen.

Wir können aber eines tun, was die Ziele, die Herr Schmücker anstrebt, unterstützen kann. Gute Konjunkturjahre werden uns infolge unseres Steuersystems immer einen überproportionalen Steuereingang bringen. Diese Mehreinnahmen an Steuern sollten wir nicht sofort wieder verausgaben. Ich hätte es außerordentlich begrüßt, wenn Herr Blessing uns nahegelegt hätte, in diesem Jahr keine Steuersenkung vorzunehmen, sondern vom Bund und von den Ländern aus Ausgleichsforderungen von der Bundesbank zurückkaufen zu lassen. Nur auf diese Weise könnte erreicht werden, daß wir nicht wieder in eine Geldschwemme kommen, die ganz automatisch weitere Anforderungen an die Haushalte nach sich ziehen würde.

Im übrigen ist es vollkommen richtig, daß jedes Überschreiten des realen Wachstums durch Maßnahmen auf dem Gebiet der Gehaltsund Lohnpolitik unweigerlich zu Preiserhöhungen führt. Das reale Elnkommen kann nämlich nur in gleichem Maße wachsen, wie die
Produktivität steigt. Eine nur nominelle Erhöhung gleicht einer Luftblase. Außerlich erscheint so etwas zunächst befriedigend; es ist
aber nicht möglich, den Arbeitnehmern mehr zukommen zu lassen, als
die Wirtschaft leistet.

Ich glaube, daß ich mit diesen kurzen Ausführungen das Bild, das heute vormittag hier gezeichnet wurde, mit wenigen Strichen etwas berichtigen konnte.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Hellwig: Meine Damen und Herren, wir danken Herrn Dr. Binder. Er hat ein Beispiel für eine lebendige Diskussion gegeben.

Als Mitglied des Sachverständigenausschusses hat er einen wesentlichen Anteil an der zu diesen Problemen vorgelegten Ausarbeitungen gehabt. Auch für diese Arbeit an dem ersten Bericht des Sachverständigenausschusses schulden wir ihm besonderen Dank.

Wir unterbrechen jetzt die Verhandlungen bis 15 Uhr.

(Unterbrechung von 13 bis 15 Uhr)

Nachmittagssitzung

Vorsitzender Dr. Hellwig: Meine Damen und Herren, wir fahren in der unterbrochenen Diskussion fort. Einstweilen befinden wir uns noch bei dem Thema "Währungspolitik, Währungsstabilität".

Bevor ich das Wort erteile, darf ich angesichts der großen Zahl der vorliegenden Wortmeldungen noch einmal bitten, sich so kurz wie möglich zu fassen. Sie werden verstehen, daß ein Vorsitzender nicht gern von einer Redezeitbeschränkung Gebrauch macht. Es wird Ihnen überlassen bleiben, nachher festzustellen, ob wir ohne eine solche Maßnahme auskommen. Ich selbst verlasse mich einstweilen auf Ihren guten Willen.

Das Wort hat Herr Dr. Luda.

Dr. Luda: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Gestatten Sie, daß ich zur Frage der Währungsstabilität vom Standpunkt der Bundestagspraxis auch von meiner Seite aus einige Worte sage.

Der deutsche Gesetzgeber, der Bundestag, hat erstmals in der Geschichte der deutschen Wirtschaftspolitik die Ziele der Wirtschaftspolitik gesetzlich fixiert. Das ist bekanntlich in § 2 des Gutachtergesetzes geschehen. Als Ziele sind dort aufgeführt einmal die Stabilität des Preisniveaus – das ist die innere Stabilität –, zum andern das außenwirtschaftliche Gleichgewicht – das ist die äußere Stabilität – und drittens die Vollbeschäftigung. Nebenher läuft dann noch die Formei "bei stetigem, angemessenem Wachstum".

Ich glaube aber, daß das Wachstumsziel politisch absolut gleichrangig ist, zumindest seit der Chruschtschowschen Wachstumsideologie, die ja in der ganzen Welt eine Wachstumsbewegung und oftmals sogar eine Wachstumspsychose ausgelöst hat. Wir sollten das als Faktum sehen. Ich bin deshalb der Meinung, man sollte besser von einem magischen Viereck sprechen. Wenn das aber der Fall ist, dann zerfallen diese vier Zielvorstellungen in zwei Gruppen, nämlich in einen statischen und in einen dynamischen Bereich. Der statische Bereich ist die innere und äußere Stabilität und der dynamische Bereich ist die Frage der Vollbeschäftigung und des stetigen, angemessenen Wachstums.

Die Grundsatzfrage, die uns im Rahmen des Themas der Währungsstabilität beschäftigt, geht dahin: Kann man in der Wirtschaftspolitik Statik und Dynamik auf einen Nenner bringen?

Über die Frage des Beschäftigungsziels brauchen wir uns gottlob überhaupt nicht zu unterhalten. Aber auch die Wachstumsfrage ist durch unsere Marktwirtschaft ja zu vollster Zufriedenheit geregelt. Wir haben reale Zuwachsraten gehabt 1961 von 4,5 Prozent, 1962 von 4,1 Prozent, 1963 von 3,2 Prozent und im vergangenen Jahr von 6,4 Prozent.

Kritisch ist also nicht der dynamische, sondern der statische Bereich unserer Zielvorstellungen.

Was nun die Frage der äußeren Stabilität betrifft, so wissen Sie, daß wir uns vor genau einem Jahr in einer besonders kritischen Situation befunden haben. Die Zahlungsbilanz des Jahres 1963 war mit 2,5 MIIliarden DM überschüssig. Hinzu kamen ganz erhebliche Nettokapitalzuflüsse in den ersten drei Monaten des Jahres 1964. Wir standen vor der Frage, wie das alles abgebremst werden kann, wie erhebliche Schäden in bezug auf unsere Währung verhindert werden könnten. Die Ankündigung und die Durchführung des Stablissierungsprogrammes von Bundesregierung und Bundesbank haben alsbald den allseits bekannten positiven Erfolg herbeigeführt. Ich verweise auf das Gutachten der Sachverständigen, Ziffer 220. Da heißt es, daß wir uns heute In der Nähe des Gleichgewichts befinden. Ich stelle das als einen Erfolg der Politik unserer Bundesregierung mit besonderer Genugtuung fest, mit besonderer Genugtuung auch deshalb, weil die SPD Ja vor einem Jahr gefordert hatte, daß die Umsatzausgleichsteuer und die Umsatzsteuerrückvergütung gesenkt werden sollen. Sie hatte sich davon einen stabilisierenden Effekt versprochen. Aber wir können heute feststellen, daß der gewünschte Effekt auch ohne solche Maßnahmen, die ja zwangsläufig zu einer Reduzierung des deutschen Exports und damit zu einer Gefährdung der Beschäftigung in unserer Volkswirtschaft geführt hätten, erreicht werden konnte.

Wenn man sich diesen Erfolg, der vom Gutachtergremium bestätigt worden ist, vor Augen führt, sollte man sich gleichzeitig den Kommentar vor Augen führen, den der SPD-Sprecher Dr. Möller drei Tage nach dem 23. März vorigen Jahres veröffentlicht hat. Er hat laut "Frankfurter Allgemeine Zeitung" gesagt — ich zitiere wörtlich:

... das Konjunkturpaket von Bundesbank und Bundesregierung werde sicher nicht zu einer Abwehr der Inflationsgefahr führen, weil die monetären Vorgänge für die Stabilität der D-Mark nahezu ohne Belang seien.

Das war die Prognose des Herrn Möller, und der wirklich eingetretene Effekt, nun, der ist uns vom Gutachtergremium bestätigt worden. Ich habe das soeben schon gesagt. Nun, meine Damen und Herren, wir sind immer schon für das Recht des einzelnen auf politischen Irrtum eingetreten. Was wir der SPD bloß immer wieder schon zum Vorwurf gemacht haben, ist die Tatsache, daß sie von diesem Recht einen unangemessenen Gebrauch macht. Soweit zur Frage der äußeren Stabilität.

Jetzt kommt die innere Stabilität. Warum läßt sie zu wünschen übrig? Meine Damen und Herren, laut Gutachten — und heute morgen ist es auch von dem Vertreter der Bundesbank besprochen worden — liegt die Hauptquelle des Geldwertverlustes in der Außenwirtschaft. Kapitalimport schafft Liquiditätsimport, übermäßige Geldfülle schafft Überforderung der Kapazitäten, schafft ein Ungleichgewicht zwischen Warenmenge und Geldmenge. Daraus entstehen dann die Erscheinungen,

die uns heute deshalb besonders intensiv beschäftigten, weil sie auch in der politischen Vorstellung des Wählers an erster Stelle rangieren.

Nun arbeiten wir mit authentischen Zahlen, ich würde sagen: mit denen des Internationalen Währungsfonds. Wenn man diese zugrunde legt, stehen wir in bezug auf die Entwicklung der Lebenshaltungskosten in den Jahren von 1958 bis 1963 in einer mittleren Gruppe mit 14 Prozent, die Niederlande mit 13 Prozent, die Schweiz und Großbritannien auch mit 13 Prozent. Besser liegen nur Belgien mit 9 Prozent, Kanada mit 8 Prozent und die USA mit 7 Prozent.

Nun ist heute morgen schon mit Recht gesagt worden, man müsse das in Beziehung setzen zu der Entwicklung der Reallöhne. Da aber liegen wir bereits an der Spitze mit plus 33,3 Prozent. Der Währungsverlust ist also ganz bedeutend überkompensiert worden.

Was ergibt sich aus diesen authentischen Zahlen? — Erstens: Die Stelgerung der Lebenshaltungskosten — das müssen wir aus dieser Statistik sagen — ergibt sich eindeutig. Sämtliche Volkswirtschaften, die in der Entwicklung der Lebenshaltungskosten unter dem Durchschnitt liegen, werden marktwirtschaftlich regiert, und sämtliche planwirtschaftlich regierten Volkswirtschaften — nehmen Sie alle skandinavischen Länder, nehmen Sie die französische und auch die Italienische Volkswirtschaft, die ich als Planwirtschaft nicht bezeichnen möchte — liegen ganz deutlich über dem Durchschnitt, und oftmals beträgt de Quote das Doppelte dessen, was wir als Währungsschwund hier in Mitteleuropa festzustellen haben. Die sozialistischen Staaten führen also im Inflationierungsgrad. Das ist etwas, was, glaube ich, in der Situation, in der wir uns befinden, doch von einiger Bedeutung ist.

Das zweite: Das Idealbild des magischen Dreiecks wird nirgendwo voll erreicht. Wo der Geldwertschwund geringer ist — und das ist ganz deutlich in den USA, in Kanada und in der Schweiz der Fall —, gibt es auch heute noch Arbeitslosigkeit, eine Vokabel, die wir kaum noch kennen. Dort gibt es noch strukturelle Arbeitslosigkeit, und da scheint doch wohl ein Zusammenhang zu sein zwischen der Geldwertentwicklung auf der einen Seite und der Frage: wie sieht es mit der Vollbeschäftigung aus? auf der anderen Seite. Ich glaube, das ist eine ganz entscheidende Frage.

Drittens: Wir liegen per Saldo günstiger als alle vergleichbaren Industrienationen. Das ergibt sich vor allem auch aus der Reallohnentwicklung.

Meine Damen und Herren, was ist weiter zu tun? Das ist die entscheidende Frage auch für unsere heutige Diskussion. Die Geldwertstabliität muß weiterhin im Mittelpunkt stehen, und dazu ist heute schon etliches gesagt worden, vor allem von Herrn Minister Schmücker: gemeinsame Konjunkturpolitik der EWG-Staaten, Koordinierung der Haushaltspolitik von Bund, Ländern und Gemeinden usw. Ich meine, in dem Rahmen sollten wir für den 5. Deutschen Bundestag zusätzlich auch noch sagen:

weitere Steuerermäßigungen! Das ist meine Auffassung. Ich glaube, daß das notwendig ist aus den Motiven heraus, aus denen wir auch schon im vorigen Jahr die Korrekturen vorgenommen haben.

Was ich aber eigentlich sagen wollte, ist folgendes. Die deutsche Wirtschaftspolitik sollte doch besser, als es bisher offenbar geschehen ist, die Chancen des Gutachtens der Sachverständigen nutzen. Herr Bundesminister Schmücker hat in der letzten Bundestagsdebatte - es ging um den Haushalt in dritter Lesung - ausführlich zu dem Gutachten Stellung genommen. Mein Bundestagskollege Haase hat es getan: auch ich selbst habe dazu gesprochen. Die SPD hat nur durch einen Redner überhaupt kurz einmal zu dem Gutachten Stellung nehmen lassen. Die FDP hat kein Wort darüber verloren, Ich glaube nicht, daß es der Sinn der Einrichtung ist, für die wir jährlich einige hunderttausend DM aufwenden, daß dann im parlamentarischen Bereich bei etlichen Parteien davon kaum die Rede ist. Ich glaube, das sollten wir hier rügen. Meine Damen und Herren, das Gutachtergremium will die Währungsfrage durch flexible Wechselkurse lösen und hat eine entsprechende Empfehlung gemacht. Ich will hier nicht die Frage erörtern: Ist es vertragswidrig, wenn wir flexible Kurse nehmen? Ist das integrationsfeindlich oder spekulationsfördernd? Nein, ich will hier nur die eine Frage, die ich anfangs schon angesprochen habe, aufwerfen: Sind flexible Kurse wachstumshemmend? Könnten sie die Vollbeschäftigung gefährden? Das ist doch ganz offensichtlich ein wenn nicht zwingender. Herr Minister Etzel, so doch möglicher und dann gefährlicher Zusammenhang. Dazu jetzt noch ein letztes.

Meine Damen und Herren, die Freigabe der Kurse — heute morgen ist es schon gesagt worden — hätte die Wirkung einer Aufwertung — gar keine Frage —, und im weiteren Verfolg hätten wir ein weiter laufendes Ansteigen des Wechselkurses festzustellen. Das wäre der Tatbestand: Die Exporte würden teurer, die Importe billiger werden. Die logische Konsequenz: Exportrückgang und wahrscheinlich doch auch Gefährdung der Vollbeschäftigung, jedenfalls in der Tendenz, ob im Ergebnis, das ist die Frage, die ich hier stellen möchte; sie ist doch wichtig genug.

Es liegt also hier ganz offensichtlich ein Zielkonflikt vor zwischen innerer und äußerer Stabilität auf der einen Seite und Vollbeschäftigung und angemessenes Wirtschaftswachstum auf der anderen Seite. Das Optimum, was ich auf der einen Seite erreiche, geht doch ganz offensichtlich zu Lasten der anderen.

Daß das zutrifft, ergibt sich nach meiner Schau der Dinge zum Beispiel aus dem Fall Kanada. Kanada hat bekanntlich im Jahre 1950 flexible Kurse eingeführt. Im Jahre 1957 stellten sich aber eine Konjunkturabschwächung und Arbeitslosigkeit heraus. Was machte dann — nach zwölfjähriger Praxis, — die kanadische Regierung im Jahre 1962? — Sie verfügte eine Abwertung und führte wieder feste Paritäten ein.

Meine Damen und Herren, die Gefahren der Einführung flexibler Kurse liegen also ganz offensichtlich darin, daß die Vollbeschäftigung und auch das Wirtschaftswachstum darunter leiden könnten. Das Prinzip flexibler Kurse als eines Garanten der Stabilität ist ein logisch sicherlich überzeugendes. Aber die Frage, die ich stellen wollte, ist, ob es sich auch praktisch bewährt.

Nun, meine Damen und Herren, das Gutachten – das ist der letzte Punkt, auf den ich hinweisen wollte – sagt in Ziffer 163:

Das heutige Währungssystem gewährleistet Vollbeschäftigung, selbst bei einem Kostenbruch.

Der Umkehrschluß führt zu der Frage: Gewährleisten flexible Kurse keine Vollbeschäftigung und somit kein angemessenes Wirtschaftswachstum? Das ergibt sich doch daraus.

Und dann das zweite: In dem Gutachten wird in Ziffer 254 ausdrücklich gesagt – ich zitiere wörtlich:

...die Wachstumsfrage sei bei den Untersuchungen etwas in den Hintergrund getreten.

Das ist ganz offensichtlich der Fall.

Die Gefahren, die sich bei Einführung flexibler Kurse für die Vollbeschäftigung und das Wachstum ergeben, sind noch nicht ausdiskutiert. Herr Minister Etzel hat heute morgen von den Erörterungen des Wirtschaftsausschusses unserer Bundespartei gesprochen. Ich meine, es sollten konkrete Vorschläge für diese noch offen gebliebene Frage gemacht werden, und die lauten dahin, das Beispiel Großbritannien auszudiskutieren, wo man ja von 1931 bis 1939 freie Kurse gehabt hat, auszudiskutieren auch das Beispiel Kanada und schließlich die Frage zu prüfen, inwieweit gemeinsame Getreidepreise in der EWG möglich sind bei flexiblen Wechselkursen. Ich meine, diese Erörterungen schulden wir dem Bundestagsbeschluß, der ein Sachverständigengremium berufen hat. Diese Untersuchungen schulden wir der Qualität des vorgelegten Gutachtens, und ich glaube, es ist auch das Ziel unserer heutigen Diskussion, dafür zu sorgen, daß diese Untersuchungen auch auf der Basis unserer Partei fortgeführt werden. — Ich danke Ihnen sehr.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Hellwig: Ich danke Ihnen, Herr Luda. Sie haben recht: das Gutachten verdient weit mehr diskutiert und beachtet zu werden als nur in bezug auf diese sehr in den Vordergrund getretene Frage der flexiblen Wechselkurse. — Herr Professor Burgbacher!

Prof. Dr. Burgbacher: Herr Vorsitzender! Liebe Parteifreunde! Fest steht, daß wir eine Kaufkraftveränderung haben, nach meiner Ansicht ohne inflatorischen Charakter. Das möchte ich aber nicht ausführen; das würde zu lange dauern. Ich möchte es aber immer wieder sagen; ceterum censeo...

Wichtig für uns und für alle politischen Folgerungen wäre, zu wissen was die wirkliche Ursache ist dieser höchst problematischen Basisrechnung mit zwei bis zweieinhalb Prozent errechneter jährlicher Veränderung. Welche Ursache hat das? Es wird alles mögliche als Ursache herangezogen.

Ich möchte von zwei Ursachen kurz sprechen. Die erste Ursache sind in der Tat die festen Wechselkurse. Entsprechen diese festen Wechselkurse nicht mehr der Kaufkraftparität, dann bleibt es unweigerlich, daß wir für die Valuta zu wenig Gegenvaluta bekommen und daß sich das im Sinne einer Kaufkraftsteigerung auswirken muß. Trotzdem bln ich ein Anhänger der festen Wechselkurse, weil die flexiblen Wechselkurse Auswirkungen unbekannter Größe haben wegen der Reaktion der anderen in ihren Wechselkursen, so daß ich sagen möchte, daß die festen Wechselkurse mit ihren in dieser Beziehung negativen, aber uns in der Größe bekannten Auswirkungen das kleinere Übel sind gegenüber den festen, aber daß sie diese Wirkung auf den Preisfächer haben.

Das zweite ist interner Art. Wir haben Investitionsfinanzierungen von 80 bls 100 Millionen DM jährlich. Die Finanzierungsquellen gehen über den Preis, über die Steuer - was ja nichts anderes ist; die Steuer ist der Preis des Staates für die staatlichen Leistungen - und aus dem Kapitalmarkt. Wenn im letzten Jahr ungefähr 70 Prozent der Investitionen über Preise und Steuern finanziert werden mußten und nur 30 Prozent über den Kapitalmarkt, dann bedeutet das, daß die produzierten Güter in die Investitionen gehen, auf dem Konsumgütermarkt fehlen, daß aber die Gegenleistung in den Masseneinkommen für diesen Produktionsprozeß der Investitionsgüter auf den Markt geht, soweit sie nicht gespart wird. Solange ein Mißverhältnis besteht zwischen dem Finanzbedarf für Investitionen und dem Sparprozeß, besteht die Gefahr der übergroßen Nachfrage auf dem Konsumgütermarkt und der Preisfächerveränderung im gleichen Sinne wie eben bei den festen Wechselkursen nach den Gesetzen des Marktes (was nichts mit Inflation zu tun hat).

Hier ist der Punkt, aus dem sich ergibt, daß die sogenannten Romantiker der Vermögensbildung ganz handfeste Realisten sind,

(Beifall)

und zwar deshalb, weil sie versuchen, den Kapitalmarkt so zu befruchten, daß das Spannungsverhältnis zwischen den — allerdings notwendigen — Investitionen und der Finanzierung aufhört oder zumindest gemildert wird. Deshalb glaube ich, daß der Slogan für diesen Parteitag erlaubt ist: Die Vermögensbildung ist einer der Stabilisatoren für die Währung. — Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall)

Vorsitzender Dr. Heilwig: Herr Burgbacher, ich danke Ihnen nicht nur für das, was Sie gesagt haben, sondern auch dafür, daß Sie es kurz gesagt haben. — Sehr verehrter Herr Stecker!

Dr. Stecker: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Herr Minister Schmücker hat die öffentlichen Haushalte mit Recht als ein Element der Stabilität bzw. Nichtstabilität unserer Währung angesprochen, und er hat dabei mit Recht das Problem auch darin gesehen, daß wir ein föderaler Staat sind und daß wir Kommunen mit selbständiger Finanzhoheit haben. Er hat appelliert an das gemeinsame Verantwortungsgefühl aller dieser Tausenden von öffentlichen Haushalten.

Ich bin aus der Selbstverwaltung und sehr lange praktisch in ihr tätig gewesen. Ich glaube deswegen, daß ein solcher Appell allein nicht genügt. Das große Problem liegt in der Tat in dem heute schon fast unerträglichen Unterschied der Steuerkraft der einzelnen Kommunen. Da preschen immer diejenigen, die sehr wohlhabend sind, vor, und die übrigen müssen nachziehen, weil das Streben nach Gleichartigkelt und Gleichmäßigkeit der Lebensbedingungen naturgemäß nach seinem Recht verlangt.

Bei dem heutigen Umfang, den z. B. die Gewerbesteuer einnimmt, Ist es unerträglich, daß sie immer gerade da verfrühstückt wird, wo sie zufällig anfällt. Ich bin der Meinung, es ist auf die Dauer nur erträglich, wenn die Gewerbesteuer von den Ländern schlüsselmäßig nach dem Bedarf an die Gemeinden verteilt wird.

(Etwas Widerspruch)

Das mag für manchen, der der Selbstverwaltung alten Stils anhängt, etwas drastisch erscheinen. Ich selbst bin der Meinung, daß das Hauptaufgabengebiet einer kommunalen Selbstverwaltung im Zuge der heutigen Entwicklung auf der Ausgabenseite, d. h. in der Bestimmung der Reihenfolge der Investitionen, liegt; hier liegt ein weites Feld für unsere Kommunen.

Ich glaube nicht, daß es auf die Dauer erträglich ist, daß wir etwa zwischen Städten wie Wolfsburg und Wilhelmshaven einen Steuerkraft-unterschied von 1:3 haben. So etwas entspricht nicht dem Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Lebensverhältnisse, den wir verfassungsmäßig zu verwirklichen haben. Wir können ihn über den Finanzausgleich herkömmlicher Art meines Erachtens nicht erreichen.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Hellwig: Vielen Dank!

Meine Damen und Herren, ehe wir zu den Problemen der Wirtschaftsund Sozialpolitik in einer größeren Vielfalt übergehen, ist es, glaube ich, richtig, daß wir uns kurz von Herrn Dr. Reinhard über den Stand der Arbeiten unserer agrarpolitischen Freunde unterrichten lassen. Denn das hatten wir ausgeklammert. Wir wollen nur einen Kurzbericht entgegennehmen. Herr Dr. Reinhard, ich darf bitten. **Dr. Reinhard:** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die Landwirtschaft ist ein Teil der Gesamtwirtschaft. Ich glaube, in diesem Zusammenhang ist auch ein Wort über unser agrarpolitisches Wollen zu sagen.

Herr Minister Schmücker hat heute morgen ausgeführt, daß die Regelung des Getreidepreises schwer gewesen ist. Er hat außerdem ausgeführt, daß uns damit ein Sprung nach vorn gelungen ist. Auf dem Bauernkongreß in Oldenburg hat er dazu noch gesagt, daß damit ein großes Opfer verbunden ist. Und unter dem Beifall der dort versammelten Landwirte hat er gesagt, daß dieses Opfer nicht allein von der Landwirtschaft getragen werden darf. Ich glaube, dafür darf ich ihm als Landwirt meinen besonderen Dank sagen. Aber wir müssen uns auf einem Parteitag auch von den anderen Parteien abgrenzen. Deshalb darf ich noch kurz folgende Ausführungen machen.

Wir müssen uns zu der Bestätigung unseres agrarpolitischen Aktionsprogramms, das wir im vergangenen Jahr in Hannover verabschledet haben, ausdrücklich bekennen und ebenso fest zu unserem Landwirtschaftsgesetz stehen; es ist die Grundlage der deutschen Agrarpolitik auch innerhalb des Gemeinsamen Markts.

Die auf dieser Grundlage vorgesehenen Maßnahmen insbesondere der Struktur-, der Steuer-, der Kredit- und der Sozialpolitik werden auch in Zukunft ihre vorrängige Bedeutung für die deutsche Agrarpolitik behalten dürfen. Die Änderung der Verhältnisse in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, insbesondere aber der fortschreitende Gemeinsame Markt machen es jedoch notwendig, alle agrarpolitischen Maßnahmen diesen Wandlungen anzupassen.

Die Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur und der landwirtschaftlichen Arbeits- und Lebensverhältnisse müssen verstärkt fortgesetzt werden. Aber ebenso müssen zur Verbesserung der Einkommenslage der landwirtschaftlichen Bevölkerung die globalen Hilfsmaßnahmen, insbesondere — das darf ich hier einmal ausdrücklich sagen — der Förderungszuschlag zum Erzeugerpreis für Milch, von Bund und Ländern weitergeführt werden. Ebenso ist bei der Angleichung an den Gemeinsamen Markt die Dieselkraftstoffverbilligung nötig. Gerade der Förderungszuschlag für den Auszahlungspreis der Milch ist nämlich nicht eine Zuwendung für die Landwirtschaft allein, sondern nur so kann der Preis für Milchprodukte für den Verbraucher auf einer tragbaren Höhe gehalten werden.

Die Maßnahmen zur sozialen Sicherung sind konsequent auszubauen. Neben der Verbesserung der Altershilfe und der Unvallversicherung bedarf es dazu einer gesetzlichen Regelung zur Sicherung der bäuerlichen Familie im Krankheitsfall.

Zur Verbesserung der Marktstruktur, insbesondere zur Förderung der Qualität und des Absatzes, sind über die letzten Grünen Pläne bereits verschiedene Förderungsmaßnahmen eingeleitet worden. Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU hat in Erkenntnis ihrer Verantwortung den Entwurf eines Marktstrukturfondsgesetzes eingebracht. Es wird die Aufgabe des Marktstrukturfonds sein, die bereits in Durchführung begriffenen Maßnahmen zur Verbesserung der Marktstruktur durch Förderung von Erzeugergemeinschaften weiter auszubauen und ebenso den Absatz der deutschen land- und ernährungswirtschaftlichen Güter im Gemeinsamen Markt zu fördern und den Export in Drittländer auszubauen.

Der Werbung und der Aufklärung der Verbraucher kommt dabei eine hervorragende Bedeutung zu. Darüber hinaus ist den Marktstrukturfonds der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft die gleiche Marktstellung einzuräumen, wie sie in den Partnerländern bereits besteht. Nicht mehr und nicht weniger sollen die Marktstrukturfonds bezwecken.

Die beschleunigte Verwirklichung des Gemeinsamen Markts macht eine Ergänzung des Landwirtschaftsgesetzes durch ein EWG-Anpassungsgesetz erforderlich. Aufgabe eines solchen Gesetzes ist es, die deutsche Landwirtschaft in die Lage zu versetzen, die Leistungsfähigkeit ihrer Betriebe durch eine umfassende Investitionsförderung auf den verschärften Wettbewerb einzustellen. Dieses Ziel kann nur durch einen leistungsfähigen Agrarkredit in Verbindung mit staatlichen Investitionshilfen gerecht werden.

Die im Grünen Plan enthaltenen Zinsverbilligungsmittel für den dreiprozentigen Hofkredit müssen deshalb in das EWG-Anpassungsgesetz
übernommen und entsprechend ergänzt werden. Dabei ist insbesondere
die Laufzeit der Zinsverbilligung für Maßnahmen zur Besitzfestigung zu
verlängern und zu verbessern. Die Konsolidierung der laufenden und
auch der nicht zinsverbilligten Rationalisierungskredite ist eine wesentliche Voraussetzung für die Erhaltung der Liquidität vieler bäuerlicher
Betriebe.

Neben dem dreiprozentigen Hofkredit müssen Investitionshilfen gewährt werden. Die Höhe dieser Beihilfen richtet sich nach dem Verwendungszweck. Zur Herstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen im Gemeinsamen Markt bedarf es außerdem Ausgleichmaßnahmen zur Beseitigung der unterschiedlichen Kostenbelastungen. Das EWG-Anpassungsgesetz muß deshalb Maßnahmen zur Sendung des Kapitaldienstes für die bereits durchgeführten oder noch einzuleitenden Maßnahmen zur Verbesserung der Landeskultur, insbesondere der Binnenwasserwirtschaft und des Wirtschaftswegebaus vorsehen. Das EWG-Anpassungsgesetz muß in Übereinstimmung mit dem Landwirtschaftsgesetz dem von der CDU geforderten und von der von ihr getragenen Regierung stets anerkannten Einkommensausgleich für Ertragsverluste, die durch die Preisangleichung von Agrarprodukten innerhalb des Gemeinsamen Markts entstanden sind, gesetzlich verankern.

Das, meine Damen und Herrn, glaubte ich Ihnen in diesem Arbeitskreis vortragen zu müssen.

(Beifali)

Vorsitzender Dr. Heliwig: Meine Damen und Herren! Wir bedanken uns für diese stichwortartig komponierte Unterrichtung über den Stand der Arbeiten. Wir werden morgen noch einen umfassenden Bericht von Herrn Niermann hören. Daher bitte ich um Verständnis, daß der soeben gehaltene Bericht auf eine stichwortartige Kürze zusammengedrängt wurde.

Agrarmarkt, Getreidepreis, Gemeinsamer Markt – das sind die Stichworte, zu denen Dr. Mörtens im Zusammenhang mit Fragen der EWG-Politik etwas sagen will.

Dr. Mörtens: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, Parteitage sind dafür da, daß wir auch die Leistungen herausstreichen. Ich habe so etwas den Eindruck, daß Wirtschaftsminister Schmücker heute ein bißchen zuwenig über das gesagt hat, was seine Leistung auf dem Europagebiet im letzten Jahr wirklich gewesen ist.

Wer wie ich öfters nach Brüssel kommt, ist überrascht, welches Ansehen und welche Resonanz die deutsche Wirtschaftspolitik in Brüssel gefunden hat, seit Herr Schmücker die Leitung in der Hand hat.

(Beifall)

Es ist endlich so weit: Die theoretischen Sandkastenspiele der Kommission über Konjunkturpolitik usw. sind beendet, seit unser Freund Schmücker dort ist. Er hat diese Dinge im Ministerrat zur politischen Entscheidung gebracht. Ich glaube, das ist ein Verdienst, das wir ihm nicht hoch genug anrechnen können.

Wenn wir auf dem Europageblet nicht gescheitert sind, so ist es wiederum sein Verdienst, daß er in letzter Minute die Entscheidung über den Getreidepreis erzwang. Mit dieser weltweiten Entscheidung in Brüssel sind die Voraussetzungen für die Weiterexistenz der EWG-Politik in Europa geschaffen.

Das sind Dinge, die wir wirklich nicht bescheiden zu unterschlagen brauchen, sondern die wir herausstellen sollten. Denn hier ist kein Attentismus, wie ich es früher vielfach gemacht habe, als ich aus der Fremdenloge zugesehen habe, sondern hier ist aktive Politik gemacht worden. Unser Wirtschaftsminister hat mit dem französischen Finanzminister ein gutes Vertrauensverhältnis, das auch für die Zukunft einiges verspricht. Das ermöglicht auch gerade die notwendige Zusammenarbeit mit Frankreich auf dem Europagebiet.

Meine Damen und Herren, Herr Schmücker hat dann in seiner Rede nur so ganz beiläufig einige Dinge erwähnt, die doch in ein größeres Licht hineingesetzt werden sollten.

Seine Ausführungen zur Strukturpolitik, die zum Teil über den Gemeinsamen Markt erzwungen ist, haben uns gezeigt, wie fortschrittlich er die Strukturpolitik ansieht. Seine Bemerkungen, die er mit Richtung auf den Mittelstand gemacht hat, können uns doch sehr befriedigen. Wenn im Rahmen der Strukturpolitik Betriebsverlagerungen notwendig sind, so sind sie vielfach nur mit staatlichen Unterstützungen möglich, gerade

bei kleineren Mittelbebrieben. Ich habe den Eindruck, daß er gerade bei diesen Betrieben das richtige Verständnis findet.

Zum Thema Energiepolitik. Die Energiepolitik wird, wenn die Zusammenlegung der Kommission erfolgt, unter anderen, einheitlichen Gesichtspunkten betrieben, im Gegensatz zu bisher, wo EWG und Montanunion eben nicht zu Rande kommen konnten.

Ich glaube also, daß auf dem Gebiet der Europapolitik für unser Wirtschaftsministerium Aufgaben entstehen werden, die sicherlich dann gut gelöst werden können, wenn wir eine Europapolitik machen, wie sie unser Minister Schmücker im letzten Jahr gemacht hat.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Hellwig: Das Wort hat Herr Russe. Auch er kommt aus der Arbeitsgemeinschaft des Wirtschafts- und Sozialausschusses der EWG.

Russe: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Lassen Sie mich ein paar Bemerkungen ergänzender und bestätigender Natur zu den Ausführungen machen, die wir von den beiden Herren Ministern heute vormittag hier gehört haben. Diese Bemerkungen gehen sowohl den Bereich der Wirtschaftspolitik als auch der Sozialpolitik im Sinne einer weiteren Gesellschaftspolitik an. Es wäre sehr reizvoll, noch einiges zu den Ergebnissen der ersten Phase der Marktwirtschaft zu sagen. Ich will mir das versagen, weil die Zeit dazu nicht reicht.

Ich möchte meinen, daß der wesentliche Stabilisator der Zukunft der Bereich des Gesellschaftspolitischen ist, den wir etwa in dem Dreieck der Spannungen zwischen Wachstum, persönlicher Freiheit und sozialem Gleichgewicht zu meistern verpflichtet sind. Dieses Dreieck der Spannungen umfaßt den ganzen Komplex sozialer Wohlfahrt von der Vollbeschäftigung bis zur individuellen Hilfe.

Gleichzeitig stellt sich eine Fülle von Einzelfragen. Ich kann nur wenige herausgreifen. Da ist einmal im Bereich der öffentlichen Aufgaben im weitesten Sinne das zu verbessern, was die Umweltbedingungen der Gesellschaft genannt werden könnte. Diese drücken sich finanzpolitisch in den öffentlichen Einrichtungen und Investitionen aus. Mit dem Wachstum der Städte, mit dem weiteren Anschwellen des Verkehrs entstanden neue Gemeinschaftsbedürfnisse. Wir alle wissen darum. Manche dieser Aufgaben sind angepackt. Ich bin der Meinung, daß wir auf diesem Gebiet, um ein harmonisches Gleichgewicht zu den Menschen zu finden, die Dinge in der Zukunft noch etwas dynamischer werden anpacken müssen.

Zu den neuen Aufgaben gehört sodann – das möchte ich ganz besonders herausstellen – die weitaus stärkere Förderung der Wissenschaft und die Verbesserung der Erziehungsmöglichkeiten. Das ist deshalb unerläßlich, weil Bildung und Ausbildung immer stärker darüber entscheiden, welche Stellung der einzelne in der Gesellschaft einnehmen kann.

Hierher gehört u. a. die Vermittlung der Chance, zum qualifizierten Arbeiter aufsteigen zu können. Dem Arbeiter den Aufstieg zum Angestellten zu gewährleisten, muß ebenso ein Ziel einer Gesellschaftspolitik im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft der zweiten Phase sein, die von dem Gedanken getragen ist, unsere Gesellschaft nach und nach als offene Gesellschaft zu sichern.

Der Bereich der Berufsausbildung ist hier ebenfalls anzuschließen. Oft betrachtet man die Fragen der Berufsausbildung in erster Linie als eine Angelegenheit der Sozialpolitik. Aber es versteht sich von selber, daß sie damit auch wirtschaftspolitischen Charakter haben.

Bei der zukünftigen Gestaltung der Berufsausbildung handelt es sich gleichzeitig um eine auf weite Sicht ausgerichtete und eingestellte Kulturpolitik. Das verlangt Voraussetzungen, die jedem eine angemessene Berufsausbildung gewährleisten. Das erfordert eine rechtzeitige Schaffung geeigneter Ausbildungseinrichtungen, damit die in den einzelnen Wirtschaftsbereichen benötigten Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Deshalb ist eine auf der Grundlage der allgemeinen Schulbildung umfassend gestaltete Berufsausbildung notwendig, welche die harmonische Entwicklung der Persönlichkeit fördert und den Erfordernissen des technischen Fortschrittes, der neuen Produktionsmethoden sowie der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung gerecht werden.

Die Betonung dieses letzten Prinzips hat eine große aktuelle Bedeutung. In der Sowjetzone wird die Berufsausbildung ebenfalls gefördert. Dort geschieht dies aber mit der Absicht, einen für die Zwecke dieses Systems möglichst brauchbaren Menschentyp heranzubilden. Die Berufsausbildung ist dort ein Mittel zur Unterdürckung der Persönlichkeit, weil deren Entfaltung der kommunistischen Gesellschaft gefährlich werden könnte.

Zweifellos unterscheiden wir uns von dieser Zielsetzung, und das gewaltig. Damit ist für uns zugleich aber auch die Verpflichtung ausgesprochen, daß die von uns anerkannten Prinzipien der Berufsausbildung tatsächlich ernstgenommen und vor allem endlich in der Form eines einheitlichen Berufsausbildungsgesetzes verwirklicht werden. Es bahnen sich ziemlich tiefgreifende Veränderungen in der Arbeits- und Berufsstruktur an. Wir wissen darum.

Eine ordnungspolitische Aufgabe ersten Ranges ist es, daß Arbeitsangebot und Arbeits- und Berufsstruktur vorausplanend in Einklang gehalten werden, denn eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung und damit die zukünftige Wohlfahrtssteigerung läßt sich nicht allein durch einen verstärkten Kapitaleinsatz sichern, der die Produktivität zu steigern vermag; in gleicher Weise und in gleichem Maße kommt es auf ein entsprechendes wohlproportioniertes und qualifiziertes Arbeitsangebot an. Darum sind gezielte Investitionen in die Nachwuchs- und Ausbildungsförderung für den wirtschaftlichen Fortschritt und den sozialen Fortschritt genauso bedeutsam wie die wachsenden Investitionen in unseren volkswirtschaftlichen Produktionsmittelapparat.

Ich darf ein weiteres Wort zur Frage der Konjunkturpolitik sagen. Ich sage das nicht als Ausdruck einer Kritik, sondern einfach als eine Feststellung. Nach wie vor sind bei uns große konjunkturpolitische Probleme noch nicht befriedigend gelöst. Ein stetiges Wirtschaftswachstum sowie ein stabiles Verbraucherpreisniveau sind noch nicht erreicht. Das hängt damit zusammen, daß die erarbeiteten konjunkturpolitischen Instrumente nicht hinreichend praktiziert worden sind, ihre Anwendung vielmehr oft an bestimmten Gruppeninteressen und an der Uneinigkeit der verschiedenen Träger der Konjunkturpolitik scheiterte. Die Mittel der Konjunkturpolitik müssen deshalb zukünftig besser ausgeschöpft und weiterentwickelt werden.

Es ist vorhin schon ausgesprochen worden: Einen wachsenden Anteil an den Gesamtausgaben haben die öffentlichen Haushalte. Bisher haben sie sich alle miteinander keineswegs konjunkturgerecht verhalten, sondern vielmehr stark zu Preissteigerungen beigetragen. Die staatliche Konjunkturpolitik muß deshalb die Nachfrage der öffentlichen Haushalte unbedingt in den Griff bekommen. Ich gehe hier noch weiter als mein Vorredner: Ich stehe auf dem Standpunkt, es müßte erreicht werden, daß ein konjunkturpolitisches Rahmengesetz vom Bund verabschiedet würde, das der Bundesregierung die Möglichkeit gibt, Je nach der Konjunkturlage die Ausgaben der öffentlichen Haushalte kurzfristig so zu beeinflussen, daß von hier keine Preissteigerungstendenzen ausgehen.

(Beifall)

Die Investitionsausgaben der öffentlichen Hand müßten außerdem in langfristigen Plänen festgestellt und konjunkturell variabel gestaltet werden.

(Zuruf vom Bundeswirtschaftsminister Schmücker)

Natürlich muß das in diesem Sachzusammenhang diskutiert werden. Erlauben Sie, daß ich einmal meine Meinung dazu sage. Ich bin der Überzeugung, daß man aus manchem Engpaß in diesem Bereich leichter herauskäme, wenn man sich darüber etwas tiefere Gedanken gemacht hätte.

Nur noch einige Gedanken zur Finanz- und Steuerpolitik. An den Grenzen des Bereichs der Aufgaben, die noch nicht bewältigt sind, und derjenigen, die neu entstanden sind, steht das weite Feld der Finanzpolitik und damit auch der Steuerpolitik. Ich habe hier schon einige Momente angesprochen, als ich von den Gemeinschaftsbedürfnissen sprach. Ich möchte das dergestalt zusammenfassen, daß ich sage: Es ist notwendig, in redlicher Zusammenarbeit zwischen dem Bund, den Ländern und Gemeinden eine Summierung aller bisher schon bekannten und neu hinzutretenden Aufgaben in einer sich über mehrere Jahre erstreckenden Finanzübersicht vorzunehmen. Kennt man den finanziellen Rahmen, dann muß man darangehen, unsere Finanzverfassung in Ordnung

zu bringen. Hierzu ist ein stärkerer Steuerverbund und eine Neuverteilung der Steuerquellen notwendig — hier stimme ich meinem Vorredner zu —, wobei jede einseitige Abhängigkeit einer öffentlichen Ebene von einer bestimmten Steuerart vermieden werden muß.

(Beifall)

Preisbewegungen und Investitionen im Rahmen der Geldwertstabilität zu halten, ist eine Sache der Wirtschaftspolitik. Wir haben darüber schon etwas gehört. Die Erhaltung der Kaufkraft des Geldes und der Preisstabilität wird im Interesse der breiten Schlichten des Volkes im übrigen durch das Sozialstaatsprinzip gefordert.

Der bewegliche Preismechanismus in unserer Volkswirtschaft, der natürlich nicht mit dem Ordnungssystem und seinen sittlichen Qualitäten identifiziert werden darf, kann seine Funktion nur erfüllen, wenn der Wettbewerb funktioniert. Die Wettbewerbssicherung ist eine auf die Gesamtwirtschaft gerichtete Strukturintervention. Sie ist außerdem unabdingbare Grundlage jeder auf eine Gesamtstruktur gerichteten Ordnungspolitik. Wie jede Intervention ist sie kein Selbstzweck, sondern Instrument zur Zusammenarbeit in volkswirtschaftlichem Rahmen und zur Machtverteilung in der Wirtschaft. Damit hat die Wettbewerbspolitik eine entscheidende gesellschaftspolitische Bedeutung. Je mehr Leistungswettbewerb bei allgemeiner Startgerechtigkeit, um so weniger gesetzlich privilegierte Inhaber von Machteinfluß und um so mehr Freiheit des sogenannten kleinen Mannes, des kleinen Unternehmers, wie des Arbeitnehmers und des Rentners.

Der Staat hat deshalb mit seiner Wettbewerbspolitik auch zukünftig dafür Sorge zu tragen, daß sich im Wettbewerb Leistung und nicht Markt- und Kapitalmacht durchsetzen. Zu den wichtigsten Aufgaben in dieser Legislaturperiode — ich möchte das für die Berichterstattung ansprechen — gehört daher die Verabschiedung der Novelle zum Kartellgesetz.

(Beifall)

Übrigens, meine Damen und Herren, dieses Gesetz hat die phänomenale Entwicklung der deutschen Industrie nicht behindert, wie manche Kritiker damals meinten. Dagegen haben sich aber bestimmte Entwicklungen, die auf Konzentration und stärkere Vermachtung drängten, als unaufhaltsam erwiesen, weil die geltenden Gesetze und viele andere Bestimmungen diesen Prozeß nicht gehemmt, sondern eher noch gefördert haben.

Noch ein Wort zu den marktbeherrschenden Unternehmen. Auf Märkten mit hohem Monopolisierungsgrad kann der Wettbewerb nicht ausreichend funktionieren. Deshalb müssen wir die Wettbewerbsverfälschungen durch marktbeherrschende Unternehmen abwehren.

Die baldige Verabschiedung der großen Aktienrechtsreform mit dem Ziel, die Gewinnverschleierung zu erschweren, die Publizitätspflicht zu

erweitern, die Vollmachten des Aufsichtsrates und der Hauptversammlung zu stärken, die Minderheit im Aufsichtsrat zu Wort kommen zu lassen, das Depotstimmrecht im Sinne der Regierungsvorlage zu verbessern und gleichzeitig die Tätigkeit der Volks- und Kleinaktionärsvereinigungen in den in Frage kommenden Bereichen anzuerkennen, muß aus gesellschaftspolitischen Gründen — und zwar noch in diesem Bundestag unter der von mir gesetzten Voraussetzung — gefordert werden.

(Beifall)

Durch Verschärfung der Umwandlungsbestimmungen und eine normative Typisierung der Gesellschaften ist außerdem einer Flucht aus der Aktiengesellschaft und der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in diesen Aktiengesellschaften entgegenzuwirken. Nun, zu dieser Frage werden Kollegen noch etwas mehr sagen. Ich will mich hier auf diese Feststellung beschränken.

Langfristig gesehen ist es im Interesse der Wettbewerbselastizität unbedingt erforderlich, die Preisbindung der zweiten Hand, die in diesem Bundestag schon angepackt worden ist, vollends zu beseitigen. Überhaupt sollte man sich überlegen, das Bruttopreissystem durch das Nettopreissystem abzulösen.

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die soziale Marktwirtschaft – zu der wir uns bekannt haben und zu der wir uns auch in der zweiten Phase bekennen werden und für die wir uns bis zum letzten einsetzen werden, ist unbestritten die Wirtschaftsordnung, die den Anforderungen eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates am besten gerecht werden kann. Diese Wirtschaftsordnung hat bisher in der Bundesrepublik weder versagt noch war sie letztlich in allen Bereichen erfolgreich. Es bleibt die vornehmste Wirtschaftspflicht und soziale Aufgabe der Zukunft, diese Wirtschaftsordnung durchzusetzen.

Das ist auch unbedingt erforderlich in Hindeutung auf den Gemeinsamen Europäischen Markt. Europa kann ebensowenig einem Laissezfaire-Wettbewerb überantwortet werden wie einem überholten wirtschaftlichen Planstreben. Es steht im ganzen vor der dialektischen Aufgabe, seine Wirtschaftspolitik auf die Zielrichtung des sozialen Schutzes und auch der freien Initiative zu richten. Die Integration Europas hat nicht nur eine politische Integration als Endergebnis. Sie setzt die Integration der Wirtschaftsordnungen aller Staaten voraus. Dabel haben extreme Lösungen, die durch freien Wettbewerb automatisch diese Aufgaben bewältigen wollen, ebensowenig Chancen wie Versuche eines liberalen Sozialismus in der Form der sogenannten Planifikation. Wir könnten mit unserer Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft als einer zwischen beiden liegenden Möglichkeit die konfliktreiche Situation innerhalb einer gemeinsamen europäischen Ordnung in der langfristigen Betrachtung einen bedeutenden Beitrag liefern.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Hellwig: Meine Damen und Herren, in dem Wunsch von Herrn Russe, daß man zu einer konjunkturpolitischen Steuerung kommen möge unter Einbeziehung der Ausgabenpolitik von Bund, Ländern und Gemeinden, sind wir sicher alle einig. Nur ist angesichts der Verfassungswirklichkeit bisher der Weg dafür nicht frei. Der Bundeswirtschaftsminister hat die schwierige Aufgabe, durch die Kunst des Überzeugens oder des Überredens Einfluß auf die Ausgabenpolitik zu nehmen. Ich glaube aber, daß die Realität eines Tages die sein wird, daß auch die Finanzverfassung der Bundesrepublik den Erfordernissen des modernen Industriestaates im letzten Drittel des zwanzigsten Jahrhunderts angepaßt werden muß und daß gewisse Formen, die den Verhältnissen in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts entsprechen, abgeändert werden müssen.

Daß dafür eine verfassungsändernde Mehrheit nötig ist, ist klar. Aber diese verfassungsändernde Mehrheit muß durch eine klare Haltung bei der größten Partei vorbereitet werden.

Das Wort hat Herr Kelch.

Kelch: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mlr einige wenige Worte zu den Ausführungen von Herrn Bundeswirtschaftsminister Schmücker über die Energiepolitik.

Mit großer Freude haben wir vernommen, daß das Wort von der billigen Energie noch geredet wird. Wir wissen, daß die Energiewirtschaft eine Schlüsselposition bei der Erwelterung unserer Wirtschaft einnimmt und daher keinesfalls aus den Augen gelassen werden kann. Wir wissen aber auch, daß auf diesem Weg einige Wenn und Aber zu überwinden sind. Wir wissen, daß Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik miteinander verknüpft sind. Ganz besonders bei dem Umstrukturierungsprozeß an Rhein und Ruhr, den wir im Augenblick erleben, sind Fragen der Sozialpolitik angesprochen. Wir müssen diese Fragen lösen; darüber besteht kein Zweifel.

Mit großer Freude haben wir gehört, daß im Rahmen der Gemeinschaften ein neuer Vorstoß auf diesem Sektor bevorsteht. Wir müssen unsere Freunde im Gemeinsamen Markt damit vertraut machen, daß die Erhaltung des Ruhrkohlenbergbaus nicht nur eine nationale Aufgabe, sondern zumindest eine Aufgabe der Gemeinschaften ist.

(Beifall)

Es darf daher nicht dazu kommen, daß ein Nachbarland mit niedrigen Energiepreisen — das Land ist frei von irgendwelchen Belastungen der Art, wie wir sie auf uns nehmen müssen — deutsche Industrien über die Grenze zu sich zieht.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Hellwig: Meine Damen und Herren, wir sind uns der Bedeutung, die dem Energieproblem in der Hauptstadt des Landes

Nordrhein-Westfalen, wo der Steinkohlenbergbau der Bundesrepublik zu einem ganz wesentlichen Teil konzentriert ist, zukommt, vollauf bewußt. Es ist keine Vernachlässigung des Problems, wenn wir nicht in eine ausführliche und breite Diskussion dieses Punktes eintreten. Aber wir glaubten, an dieser Stelle doch ein Wort darüber sagen zu sollen, daß Energiewirtschaftspolitik im weiteren Sinne auch aus europäischer Sicht nicht einen Verzicht auf die wettbewerbsfähige Kohle, nicht einen Verzicht auf die Kohle als Grundlage unserer bisherigen nationalen Industrieproduktion bedeuten soll.

Das Wort hat in diesem Zusammenhang Herr Scheppmann.

Scheppmann, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Arbeit: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Das Stichwort Kohle ist soeben in Zusammenhang mit der Energiepolitik gefallen, und ich glaube, daß es angebracht ist, in diesem Augenblick einiges dazu zu sagen.

Sie wissen, wie es in den vergangenen Jahren, insbesondere selt 1958, im Ruhrbergbau und in der gesamten Kohlewirtschaft ausgesehen hat. Wir wissen, daß die Belegschaften im Ruhrbergbau um 50 Prozent abgenommen haben. Wir wissen sehr wohl, welche Schwierigkeiten wir damals hatten. Im Augenblick sieht es wieder genauso aus. Offenbar kommen wiederum enorme Schwierigkeiten auf uns zu. Wir dürfen sie nicht unbeachtet lassen, wir müssen dazu Stellung nehmen.

Wir haben zur Zeit, wenn ich recht unterrichtet bin, etwa 12 Millionen t Kohle auf Halde. So, wie es im Augenblick aussieht, ist damit zu rechnen, daß bis zum Spätherbst diese Zahl auf etwa 18 Millionen t ansteigen wird. Sie werden gehört haben, daß man von gewissen Unruhen spricht, die unter der Belegschaft des Bergbaus entstanden sind. Man redet von Felerschichten, man redet von sonstigen Protestaktionen. Ich glaube, daß wir das in keiner Weise gebrauchen können. Vielmehr müssen wir — und ich bin sicher, daß der Herr Bundeswirtschaftsminister der gleichen Auffassung ist — alles tun, um für die Kohlewirtschaft das Notwendige einzuleiten und zu tun, damit diese Unruhen nicht entstehen können.

Es geht nicht an — und deshalb habe ich mich zu Wort gemeldet —, daß man jetzt etwa sagt: Nun schön, bis zum Monat September, wo die Wahlen stattfinden, werden keine Feierschichten verfahren, bis dahin werden wir alles schon hinkriegen! — Ich stelle fest: Wenn die Wahl vorbei ist, dann kann und darf nicht das gleiche geschehen, was wir bei einer zurückliegenden Wahl schon einmal gehabt haben,

(Sehr richtig!)

wo man am Tage nach der Wahl in der Preisgestaltung etwas vorgenommen hat, was von allen Politikern verurteilt worden ist.

(Sehr richtig!)

Unser Bundesparteitag muß dem Bergbau und den dort beschäftigten Menschen gegenüber versichern können, daß ihre Existenz nicht gefährdet ist.

Wir haben heute etwa 230 000 Bergleute und davon mindestens 24 bis 25 Prozent Gastarbeiter. Ich möchte darauf hinweisen, wie gefährlich die Situation in unserer Energiewirtschaft im Hinblick auf die Möglichkeit ist, daß eines Tages irgendwo einmal ein Hahn zugedreht wird. Wie wird dann unser Energiepolitik aussehen, wie sollen wir dann die Dinge verkraften?

Darauf wollte ich hier einmal hinweisen, damit diese Frage auf unserem Parteltag klar und deutlich angesprochen ist. Wir sind es uns schuldig, daß wir die einzige Energiequelle, die wir haben, den Steinkohlenbergbau, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln erhalten. Natürlich sind besondere Maßnahmen notwendig. Mehr möchte ich heute zu dem Problem nicht sagen. Wir haben uns in Bonn und an anderer Stelle darüber zu unterhalten. Ich glaube jedenfalls, daß nach der Richtung hin das Notwendige getan werden muß. Auf alle Fälle war es erforderlich, diese Frage heute und hier anzusprechen, damit unsere Leute an der Ruhr wenigstens wissen, daß auch der Parteitag der CDU sich mit dlesen Problemen beschäftigt hat.

Im übrigen will ich jetzt keine längeren Ausführungen machen. Ich könnte als Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Arbeit über manche sozialen Probleme sprechen, die jetzt anstehen und die in den nächsten Wochen anstehen werden. Das, was Herr Minister Blank heute morgen gesagt hat, wird von mir — damit möchte ich es bewenden lassen — hundertprozentig unterstrichen, und ich werde alles tun, um das noch in dieser Legislaturperiode durchzuführen.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Hellwig: Das Wort hat Herr Professor Burgbacher. Prof. Dr. Burgbacher: Herr Vorsitzender! Liebe Freunde! Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich noch einmal hier heraufkomme; aber nachdem über Kohle und Energiepolitik gesprochen worden ist, halte ich es für meine Pflicht, als der Vorsitzende des Unterausschusses Energiepolitik Ihres Wirtschaftsausschusses und als Vorsitzender des Energieausschusses des Europarats kurz etwas dazu zu sagen.

Was den inneren Markt Deutschland betrifft, gibt es genug Beweise, daß es uns ernst mit der Auffassung ist, daß die Kohle die echte Chance behalten muß, die 140 Millionen Jahrestonnen zu fördern und abzusetzen. An dieser Politik wird sich vor und nach der Wahl nichts ändern.

Die Maßnahmen, die vorgesehen sind, sind vielfältig; es ist nicht eine. Von den neueren Maßnahmen nenne ich Ihnen die Anmeldepflicht für Raffinerien und Pipelines. Diese Anmeldepflicht besagt, daß frühestens ein Jahr nach der Anmeldung mit dem Bau der Raffinerie oder Pipeline begonnen werden darf und daß bis dahln natürlich die Bundesreglerung die Möglichkeit hat, zu sprechen. Außerdem hat die Bundesregierung die Vollmacht, den Artikel 10 des Außenwirtschaftsgesetzes über die Lizenzierung und Kontingentierung der Einfuhr anzuwenden. Selbstverständlich wird davon erst Gebrauch gemacht, wenn alle anderen Mittel erschöpft sind. Ferner läuft ein Gesetz zur steuerlichen und kreditmäßigen Förderung der Verstromung der Kohle, weil wir glauben, daß das auf die Dauer eine sehr wichtige Absatzmöglichkeit für die Kohle ist. Dabei muß dafür Sorge getragen werden, daß diese Stromerzeugung auf gleicher Kostenebene wie die Stromerzeugung auf anderer Basis erfolgt.

Abschließend dazu: Es muß Aufgabe unserer Politik sein, unter allen Umständen Feierschichten zu vermeiden, trotz der Halden. Den Weg dazu zu finden, ist unsere Aufgabe im Bundestag und in der Bundesregierung.

Zur europäischen Situation! Es ist in Europa nicht mehr umstritten, daß der heimische Bergbau und überhaupt die heimische Energie erhalten bleiben muß. Umstritten ist, woher die Mittel genommen werden sollen, um das zu erreichen. Die zwei Alternativen, die es gibt, sind: erstens Belastung der Wettbewerbsenergie, zweitens Subventionierung, d. h. Verbilligung der heimischen Energien. Meine persönliche Meinung ist die, daß der Verbilligung der heimischen Energien der Vorzug vor der Heraufschleusung der importierten Energien gebührt, weil wir nämlich noch sehr viel Energie brauchen. In den Vereinigten Staaten wird pro Kopf der Bevölkerung mehr als dreimal soviel Energie verbraucht wie bei uns. Die Sowjetunion hat uns im Pro-Kopf-Verbrauch um etwa 15 Prozent überrundet. Es ist deshalb notwendig, daß wir diesen verlängerten Arm des Menschen unserer zukünftigen Wachstumsentwicklung unter Aufrechterhaltung der heimischen Energien sichern.

Wie Freund Kelch gesagt hat, ist es das Ziel, daß die Kostentragung dafür eine Aufgabe der Gemeinschaft ist und nicht, was die deutsche Kohle betrifft, eine Aufgabe der Bundesrepublik. Denn die Gemeinschaft ist daran interessiert. Ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, daß z. B. unsere italienischen Freunde mit der Aufrechterhaltung der heimischen Kohle zu Lasten der Gemeinschaft vollkommen einverstanden sind. Wie ernst das zu nehmen ist, beweist die Tatsache. daß es im Ministerrat, in dem die einstimmigen Beschlüsse nicht allzu zahlreich sind, vor wenigen Wochen gelungen ist, eine einstimmige Verabschiedung der Richtlinien über die Subventionierung der Kohle in der Gemeinschaft zu verabschieden. Damit ist der Weg für die von mir eben aufgezeigte Politik auch auf der Ebene der Gemeinschaft frei gemacht. Hinzu kommt die schon erwähnte Fusion der Exekutive. Auf diesen beiden Beinen: eine Exekutive statt drei und einheitliche Richtlinien für die Kohlepolitik, glauben wir einen guten Schritt in die Zukunft tun zu können. (Beifall)

Vorsitzender Dr. Hellwig: Das Wort hat nunmehr Herr Stingl. Ich stelle ihn vor als den Vorsitzenden des Arbeitskreises IV — Sozialpolitik — der Bundestagsfraktion und bitte um Ihr Verständnis, wenn er in dieser Eigenschaft auch etwas mehr Redezeit in Anspruch nimmt. Denn er hat gleichzeitig auch die Arbeit der Fraktion auf diesem Gebiet mit zu vertreten.

Stingl: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Es ist ein günstiger Zeitpunkt, zu dem ich das Wort bekommen habe. Es ist nämlich der Zeitpunkt, wo an der Energiepolitik deutlicher als an jeder anderen Materie zu erkennen ist, wie sehr Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik einander bedingen und voneinander abhängig sind.

Wir, die wir im Deutschen Bundestag Sozialpolitik betreiben, wissen, daß wir selbstverständlich nicht ein einziges sozialpolitisches Gesetz über die Bühne bekommen können, wenn wir nicht vorher mitgeholfen haben, daß in der Wirtschaftspolitik die Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Was Wirtschaftsminister Schmücker sagte, nämlich daß wir miteinander eine Leistungsgemeinschaft und eine Leistungsgesellschaft bilden, gilt auch für den Bereich, für den wir uns besonders verantwortlich fühlen, nämlich für die Sozialpolitik.

Wir wissen das, und wir würdigen das ausdrücklich. Ich sagte vorhin, es sei besonders günstig, daß ich jetzt das Wort bekommen habe, weil ich Ihnen kurz an einem Beispiel zeigen will, wie sehr das auch in der praktischen Politik Anwendung findet.

Die Fraktion hat unlängst in den drei Arbeitskreisen 2, 3 und 4 darüber beraten, wie man der Kohlewirtschaft wenigstens auf eine begrenzte Zeit über diesen augenblicklichen Engpaß hinweghelfen könnte. Über die Sozialpolitik ist von uns der Entschluß gefaßt worden, hier einmal einen Schritt nach vorn zu tun, damit wir hinterher mehr Raum haben, die Dinge grundsätzlich und für längere Zeit zu regeln. Die Umkehr der Grundvorschriften in der Rentenversicherung soll dazu dienen, daß die Kohlewirtschaft in die Lage versetzt wird, von sich aus ohne Feierschichten mit den Halden fertigzuwerden und zugleich auch das tun zu können, was in den letzten Tarifverträgen vereinbart ist. Dabei wissen wir sehr wohl, daß wir damit der knappschaftlichen Rentenversicherung eine Belastung zumuten, die sie wohl aus dem Vermögen, das die zukünftigen Rentner dort haben, mit beizusteuern bereit ist, wobei wir allerdings wissen, daß der Bund das in der späteren Folge wieder mit ausgleichen wird. Wir müssen aber einmal feststellen, daß hier von der sozialpolitischen Seite her konjunkturpolitisch bei der Kohlewirtschaft durchaus Bereitwilligkeit besteht, da zu helfen.

Ich habe gestern im Plenum des Parteitages gesagt, wir sollten uns ein bißchen mehr Selbstvertrauen angewöhnen. In melner Eigenschaft als Vorsitzender des Arbeitskreises möchte ich Ihnen das Selbstvertrauen für die Sozialpolitik ein bißchen stärken. Wir tun belnahe immer wieder so, als hätte dieser 4. Deutsche Bundestag sozialpolitisch gar nichts ge-

tan. Das ist einfach nicht richtig, ist einfach nicht wahr. Ich zähle Ihnen jetzt gar nicht alles auf, was wir getan haben. Ich möchte Ihnen aber ein paar Lichtpunkte geben, die Sie in der Diskussion immer wieder verwenden können. Die hauptsächliche Voraussetzung ist natürlich die, daß wir weiterhin die Vollbeschäftigung haben. Hier kann ich mich auf das beziehen, was Kollege Russe gesagt hat. Was uns dabei jetzt noch angeht, ist, daß wir jeden an den Platz bringen, der seinen Fähigkeiten, seiner geistigen und körperlichen Natur entspricht. Berufsausbildung, Bildung überhaupt, das ist es, was wir hier als erste Voraussetzung einbringen. Und auf diesem Gebiet haben wir in diesem Bundestag zwei bedeutende Sachen aufzuzeigen, und zwar zu dem, was Kollege Blank gesagt hat, nämlich die unkonventionelle Förderung der Weiterbildung im Beruf, aber auch durch das Leistungsförderungsgesetz, das wir vor kurzem verabschiedet haben. Das sind zwei grundsätzliche Voraussetzungen, die dem Menschen helfen, weiterzukommen, und das ist uns als Christlichen Demokraten ja besonders viel wert.

Wir müssen auch sagen, daß es beinahe so ist, als hätten unsere Bürger vergessen, daß wir in diesem Bundestag ein umfassendes Bundesurlaubsgesetz verabschiedet. Kollege Scheppmann hat hier ein glänzendes, aus christlich-sozialem Geist geschaffenes Urlaubsgesetz geschaffen, das sehr subsidiär ist, weil es sagt: ihr könnt etwas anderes vereinbaren: wer aber ohne Vereinbarung dasteht, dem hilft der Gesetzgeber. Das ist eine entscheidende Sache und ist von unserem Geist getragen.

Wir müssen dazu sagen, daß wir im Bereich des Familienlastenausgleichs, der nicht unbedingt in unseren Arbeitskreis gehört, doch bedeutende Schritte nach vorn getan haben. Meine Freunde, wir sollten uns doch nicht verstecken und sagen, unsere Familienpolitik hängt nach. Das ist gar nicht der Fall. Wir haben in der letzten Zeit einen gewaltigen Sprung getan im Kindergeldgesetz, und wenn wir das Gesetz zur Förderung der Schulausbildung dazunehmen, das wir kürzlich verabschiedet haben, sind wir einen ganzen Schritt weitergekommen. Wir dürfen uns also nicht einreden lassen, daß wir familienpolitisch nur dies getan hätten, sondern wir müssen z. B. aufführen, daß das Wohngeldgesetz eine bedeutende Leistung gerade für die Familie und gerade für die geringer verdienende Familie ist.

(Beifall)

Das war es, was ich gestern immer meinte, wenn ich sagte, wir müßten genügend Selbstvertrauen haben und zu diesen Dingen stehen.

Wenn ich den Bereich anderer Gesetze nehme, die nicht unmittelbar mit dieser Materie zusammenhängen, zähle ich Ihnen nur auf, daß wir das Gesetz über das freiwillige soziale Jahr verabschiedet haben, ein Gesetz von uns, von dieser Partei her geprägt, daß wir die Europäische Sozialcharta ratifiziert haben. Auch das wird meist ganz vergessen.

Wir haben auch eine Untersuchung eingeleitet über das Schicksal der alten Menschen, über die Frauen im Beruf, über den Wiedereintritt der Frau in den Beruf, wenn die Kinder groß geworden sind. Schließlich haben wir die Sozialpakete in Auftrag gegeben. Wir haben es nicht nötig, unsere Leistung unter den Scheffel zu stellen, meine Freunde, denn wir haben auf dem Gebiet des Lastenausgleichs auch etwas getan, was sich sehen lassen kann. Die Kriegsopferversorgung ist im Zweiten Neuordnungsgesetz um 1,2 Milliarden DM pro Jahr erhöht worden. Die Beamtenversorgung ist mehrfach angehoben worden. Das Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz ist verbessert worden. Wir haben mehrere Novellen — bis zur Siebzehnten Novelle — zum Lastenausgleichsgesetz verabschiedet und dabei besonders auch denen geholfen, für die es besonders notwendig war. Wir haben jetzt für die Flüchtlinge aus der Zone das Beweissicherungsgesetz und Feststellungsgesetz verabschiedet. Meine Freunde, wir dürfen das nicht verkleinern.

Sogar in dem Bereich der Sozialversicherung, wo wir häufig in der Gefahr stehen zu sagen, in diesem Bundestag hätten wir nichts geschaffen, können wir doch Leistungen aufwelsen, die unvergleichlich in der Welt sind.

(Beifall)

Wir haben in diesem Deutschen Bundestag die Renten aus der sozialen Rentenversicherung viermal angepaßt und sie damit um 30 Prozent über den Stand am Anfang oder um 57 Prozent über den Stand der Sozialreform von 1957 angehoben. Das ist etwas, was wir sehen und den anderen vorstellen müssen. Die Unfallversicherung haben wir reformiert, insbesondere im Hinblick darauf, daß der, der betroffen ist, eben auch mit der Rente, die er bekommt, seinen Lebensunterhalt bestreiten muß, und daß dieser Lebensunterhalt auch mit der Entwicklung Schritt halten soll. Wir haben das Anpassungsgesetz verabschiedet. Wir haben aber auch noch eine Menge vor uns, was noch mit Sicherheit in diesem Bundestag verabschiedet wird. Von dem 312-DM-Gesetz - ich brauche dazu nichts zu sagen - ist schon gesprochen worden. Es wird in diesem Bundestag so verabschiedet, wie es voriges Jahr hier diskutiert worden ist, und kommt auch weiten Kreisen der Bevölkerung zugute. Die VEBA-Privatisierung gehört dazu; das ist bereits aufgezählt. Das Mutterschutzgesetz liegt im Ausschuß für Arbeit und wird in kürzester Frist verabschiedet sein können, und zwar das Mutterschutzgesetz, das nicht nur ein Gesetz der Hilfe über die Sozialversicherung und Krankenversicherung ist, sondern ein Gesetz, das auch der nichtversicherten und nicht mitversicherten werdenden Mutter Leistungen der Gemeinschaft zugute kommen läßt. Wir werden die Härtenovelle verabschieden.

Meine Damen und Herren, wehren Sie sich doch draußen dagegen, daß gesagt wird, in der Rentenversicherung hätten wir nichts getan. Wir

mußten eine ganze Weile warten, wir mußten warten, damit wir Erfahrungen sammeln konnten. Wenn wir jedes Jahr das, was uns gerade einfiel, gemacht hätten, wären die Rentenversicherungsträger überhaupt nicht zur Ruhe gekommen. Jetzt wird ein Einschnitt kommen, und diese Härtenovelle, meine Freunde, wird draußen wirklich auf fruchtbaren Boden fallen können, weil sie das bereinigt, was uns besonders schmerzt. So werden z. B. die Renten, die auf Sachbezüge gegründet waren, bereinigt. Es werden eine Fülle von Dingen in den Witwenrenten bereinigt und manches mehr. Ich will dazu nicht im einzelnen Stellung nehmen, aber ich will Ihnen eines sagen: Die Heraufsetzung der Versicherungspflichtgrenze bedeutet eben nicht nur eine Wohltat, sondern bedeutet eben auch von uns aus die Sicherheit für die anderen, daß das, was wir ihnen heute in der Rentenversicherung versprechen, später auch gehalten werden kann. Es ist sicher nicht unbemerkt geblieben, daß ich selbst eingetreten bin für eine Versicherungspflichtgrenze, die mit der Entwicklung der Einkommen der Versicherten mitgeht.

(Beifall)

Meine Freunde, das ist uns bis jetzt noch nicht als erster Schritt gelungen. Wir werden aber sicherlich dazu kommen, daß uns die Sozialenquete die entsprechenden Unterlagen gibt, und ich bin fest überzeugt, daß wir zu einer solchen Lösung kommen werden. In diesem Bundestag, Herr Kollege Dr. Reinhard, werden wir, und zwar binnen weniger Wochen, das Altersgeld für die Landwirte verbessern. Wir werden in einer Achtzehnten Novelle – das ist sehr wichtig –, auch wiederum zum Lastenausgleichsgesetz, den früher Selbständigen ihr Schicksal erleichtern. Unterhaltshilfe und Selbständigenzuschlag müssen angepaßt werden. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die landwirtschaftliche Siedlung fortgesetzt werden muß und daß uns die Entwicklung der Vermögenswerte dazu zwingt, uns auch in den Grundsätzen der Hauptentschädigung der modernen Zeit anzupassen.

Und das nächste für den Kreis der Menschen aus der Zone: Wir brauchen das Hilfsmaßnahmengesetz für die Sowjetzonenflüchtlinge, das jetzt — und das nutzen Sie bitte politisch aus — durch ein Schwenken der Sozialdemokratischen Partei noch nicht in Kraft treten kann. Die Sozialdemokraten haben viel früher ein Gesetz eingereicht, das viel mehr gekostet hätte, und hatten die Last auf Bund und Länder verteilt. Und jetzt plötzlich, als das Gesetz verabschiedet werden soll, gehen die Bundestagsabgeordneten von der SPD im Bundesrat hin und beschließen mit, daß der Bund allein die Last tragen soll. Dem können wir uns nicht anschließen.

(Zuruf: Alie Länder!)

- Jawohl, alle Länder, und den Abgeordneten aller Länder und unseren Freunden in den Ländern wollen wir übrigens sagen, daß wir dieses

Gesetz unter allen Umständen brauchen. Wir werden im Sozialhilfegesetz noch einige Änderungen bringen, und wir danken dem Kollegen Varelmann, daß er so hartnäckig gearbeitet hat, so daß wir zumindest dahin kommen werden, meine Freunde, daß in der Zukunft der, der neben seiner Rente, weil sie zu klein ist, etwas aus der Sozialhilfe bekommt, nicht den bisherigen umständlichen Weg gehen muß, sondern daß wir erreichen, daß er die Mittel bekommt, die er für ein lebenswertes Leben braucht.

Meine Freunde, das sind Aufgaben, die noch in diesem Bundestag erledigt werden sollen. Wir sind aber auf einem Parteitag und wollen einen Blick über diese paar Monate hinauswerfen. Ich darf Ihnen sagen, daß wir bei diesem Hinausgehen über die paar Monate auf jeden Fall einmal überlegen müssen, ob es nicht so ist, daß unsere ausgezeichnete Reform der Rentenversicherung von 1957 uns einfach dazu zwingt, ein gleich ausgezeichnetes Instrument auch anderen, die nicht in abhängiger Arbeit stehen, zur Verfügung zu stellen. Wir glauben, daß es dafür richtig ist, die Rentenversicherung so, wie sie gebaut ist, aufzumachen für einen weitaus größeren Kreis und ihnen die Chance zu geben, dort hineinzukommen. Aber, meine Freunde, unsere Rentenversicherung beruht auf der Parallelität von Leistung und Gegenleistung. Wir sind durchaus bereit, die Rentenversicherung aufzumachen, aber nur unter der Voraussetzung der Übernahme gleicher Pflichten für den, der dort herein will.

(Beifall)

Das müssen wir schon im Interesse der Leute verlangen, die hinein wollen. Sie müssen also dann den Entschluß fassen; ich will zu dieser Solidargemeinschaft gehören, aber ich will auch die gleichen Beiträge nach meinem Einkommen zahlen. Wenn ich dann allerdings einmal krank werde und nicht zahlen kann, muß ich genauso wie der Arbeitnehmer die Chance haben, daß mir das als Ausfallzeit angerechnet wird, daß mir auch die Zeit, die ich zur Berufsausbildung brauche, angerechnet wird und daß, wenn ich Frühinvalide werde, ich auch da gleichbehandelt werde. - Ich weiß, daß das sehr schwierig ist. Daß das in diesem Bundestag nicht mehr erledigt werden kann, versteht sich von selbst. Lassen Sie mich ein Wort sagen zu der Volksversicherung der SPD. Die meinen wir nicht. Eine zwangsweise Volksversicherung, dazu möglicherweise noch mit Mindestrenten, die das Geld gelegentlich buchstäblich zum Fenster hinauswirft, meinen wir nicht. Aber wir meinen, daß sich jemand zur Solidargemeinschaft bekennen kann. Aber solidarisch sein heißt eben nicht nur, Leistungen haben wollen, sondern vorher auch die eigene Solidarität einzubringen. Man kann nicht sagen: solidarisch sollen die Armen untereinander sein, sondern Solidarität in einem Volkskörper zeigt sich eben darin, daß die, denen es besser geht, bereit sind, denen, denen es weniger gut geht, mitzuhelfen. In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß wir uns nicht mit dem einverstanden erklären können, was die FDP zu diesem Problem zu sagen hat. Sie will eine Staatsbürgergrundversorgung haben, die die heutigen Bundeszuschüsse gleichmäßig verteilt, und es dann jedem einzelnen überläßt, wie er darauf etwas aufstockt. Meine Freunde, wir können nicht einfach die Ansprüche rückgängig machen. Die Kosten, die uns die FDP hier aufbürden will, wären ungemein groß. Im übrigen hätten wir dann am Ende immer wieder den Eingriff des Staates, weil die Versorgung, die in einer Versicherung freiwillig erworben werden soll, nicht ausreichend wäre. Wir müssen das also zusammen sehen und müssen sagen: die Rentenversicherungsreform von 1957 hat sich so bewährt, daß wir bereit sind, ihre Vorteile den anderen zugute kommen zu lassen, wenn diese anderen bereit sind, die Nachteile, nämlich die Belastungen, solidarisch mit den Arbeitern mitzutragen.

(Beifall)

Meine Freunde, natürlich darf man nicht einfach kommen und meinen, wir hätten das jemandem nachgemacht. Die SPD behauptet, weil sie in Karlsruhe etwas zur Volksversicherung gesagt hat, kämen wir jetzt darauf, und die Freien Demokraten meinen es anders. Ich will einfach eine Tatsache aufführen. Ich habe mich zu diesem Problem bereiten Erache aufführen in einer Fachzeitschrift schriftlich geäußert, als die SPD überhaupt noch nichts dazu sagte. Ich weiß nicht: vielleicht hat sie das damals gelesen und hat gemeint, sie könne damit auf diesem Wege weitergehen.

Lassen Sie mich aber auch etwas zur Weiterentwicklung des anderen Rechts sagen. Auch für die Kriegsopferversorgung, meine Freunde, müssen wir uns hier darüber klar sein — übrigens gilt das auch für alle ständigen Leistungen, von denen in anderen Bereichen der Lebensunterhalt bestritten werden soll —, daß man diese Leistungen auch immer wieder der Entwicklung der Volkswirtschaft anpassen muß.

(Beifall)

Ich rede keiner Lohnbezogenheit das Wort. Ich sage, daß wir dahin kommen sollten, daß alle, die aus irgendwelchen Solidareinrichtungen bishin zur gesamtstaatlichen Solidargemeinschaft Renten beziehen, nicht immer die Nachhinkenden sein müssen, sondern daß wir die Regelmäßigkeit ihrer Anpassung erreichen müssen.

Ein anderes Wort. Der Parteitag in Hannover und die Fraktion haben sich immer wieder mit der Lohnfortzahlung beschäftigt und dabei auch gesagt, daß wir bezüglich der Lohnfortzahlung arbeitsrechtlicherart mit der individuellen Bindung des Arbeiters an seinen Arbeitgeber weiterkommen, wenn wir zugleich essentielle Teile der Krankenversicherungsreform durchsetzen.

Meine Damen und Herren, wir, die wir die Sozialpolitik besonders vertreten haben, haben uns vor Jahren an diesen Beschluß gehalten, und wir werden uns daran halten.

(Beifall)

Aber wir müssen von unseren Freunden verlangen, daß sie uns die Chance lassen, auf diesem Gebiet weiterzuarbeiten und den Versuch dazu zu machen, weil es erforderlich.

(Beifall)

Das kann einfach nicht wahr sein, daß jemand aus dieser Christlich-Demokratischen Union, der bei den Arbeitern eine Auflockerung der Anonymität einführen will, sie auch bei den Arbeitgebern einführen will. Das ist ausgeschlossen. Aber sicherlich werden wir einen gemeinsamen Weg finden, meine Freunde. Wir müssen uns Mühe geben.

Aber feststellen wollen wir: Wenn wir es bis jetzt noch nicht fertigbekommen haben, hat es nicht an unserer Fraktion gelegen. Die war in dieser Frage geschlossen. Es hat an den Freien Demokraten gelegen.

(Beifall)

Liebe Freunde, das ist auch wiederum ein Bereich, der uns in die Nähe der Verkettung von Wirtschafts- und Sozialpolitik bringt.

Ich wiederhole, daß wir eine gesunde Wirtschaftspolitik für eine vernünftige Sozialpolitik brauchen. Ich wiederhole dabei aber auch, daß die Sozialpolitik nie am Ende ist, daß sie bei neuen Gegebenheiten neue Impulse bringen muß. Sie braucht allerdings auch das eine: daß sie selbst in höchstem Grade daran interessiert ist, die Stabilität des Geldes zu erhalten. Bei der Sozialpolitik ist es nämlich umgekehrt. Diejenigen, die Renten aus der Sozialeinrichtung empfangen, werden am ersten notleiden, wenn ihre Renten an Wert verlieren.

Wir sind eine Leistungsgemeinschaft. Deshalb wollen wir bereit sein, auch diejenigen an den Leistungen und an dem Fortschritt unserer Gesellschaft zu beteiligen, die nicht mehr mit ihren Händen und ihrem Gelst beruflich tätig sind.

Vorsitzender Dr. Hellwig: Meine Damen und Herren, ich glaube, aus Ihrer Aufmerksamkeit schließen zu dürfen, daß es berechtigt war, dem Redner etwas mehr Redezeit zuzugestehen; denn er hat ein sehr lebendiges Bild von der laufenden Arbeit gegeben.

Wir kommen nun zu den vielen Fragen, die Im Bereich der Sozialpolitik angeschnitten worden sind. Ich möchte mit einem Thema anfangen, zu dem relativ wenig Wortmeldungen vorliegen. Da zunächst das Wort Herr Biggeleben.

(Biggeleben: Ich ziehe zurück!)

- Er zieht zurück, Dann Karlheinz Hoffmann.

Hoffmann: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin dem Herrn Arbeitsminister ganz besonders dankbar, daß er in seiner Rede heute morgen ein Problem angeschnitten hat, das in der letzten Zelt immer stärker in die Diskussion der Öffentlichkeit gelangt ist, das Problem der Mitbestimmung der Arbeitnehmer.

Wir müssen feststellen, daß die Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Zeit immer stärker an Auszehrung leidet. Während früher noch 110 Gesellschaften unter das Mitbestimmungsgesetz bei Kohle und Stahl fielen, haben wir jetzt insgesamt nur noch 70 Gesellschaften, bei denen es eine qualifizierte Mitbestimmung der Arbeitnehmer gibt. Lediglich zwei Gesellschaften fallen noch unter das Mitbestimmungsergänzungsgesetz. Damit ist dieses Gesetz praktisch nur noch ein Stück Papier.

Ich glaube, meine Parteifreunde, daß das nicht die Absicht der Christlich-Demokratischen Union war, als im Jahre 1951 unter der Federführung von Konrad Adenauer dieses Gesetz geschaffen wurde. Es sollte die Pflicht der CDU sein, hier einzugreifen und dafür Sorge zu tragen, daß die Arbeitnehmerschaft gerade in diesen so wichtigen Bereichen für unsere Wirtschaft weiterhin verantwortlich mitbestimmen kann.

Gerade zu einer Zeit, wo sich die Mitbestimmung bei der Bewältigung der Kohlekrise ausgezeichnet bewährt hat und wo wohl kaum noch einer in unserem Volke der Auffassung ist, daß diese Mitbestimmung nicht notwendig wäre, baut sich die Mitbestimmung immer weiter ab. Darüber hinaus ist zu überprüfen, ob nicht eine Ausweitung der Mitbestimmung in anderen Bereichen unserer Wirtschaft heute erforderlich wäre. Ich denke hier besonders an die Gebiete, in denen große Konzentrationen stattfinden, und an Bereiche, in denen heute eine Mitverantwortung der Arbeitnehmer notwendig wäre.

Die Union wäre deshalb gut beraten, wenn sie den Forderungen unseres Arbeitsministers folgt und diese Sache aufnimmt, damit in der nächsten Legislaturperiode einmal die Ausweitung der Mitbestimmung aufhört, aber auch die Arbeitnehmerschaft weiterhin in die Mitverantwortung der Betriebe gestellt werden kann.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Hellwig: Das Wort hat Herr Dr. Bauer.

Dr. Bauer: Herr Vorsitzender! Verehrte Anwesende! Zur Frage der Mitbestimmung wenige Worte.

Herr Bundesminister Blank hat heute vormittag dargelegt, daß sich die Mitbestimmung im großen ganzen bewährt habe. Es sei die Auffassung des Präsidiums der CDU und auch die Auffassung weiter Kreise. Er hat aber auch über die z. Z. diskutierte Ausgestaltung gesprochen.

Lassen Sie mich kurz die Frage stellen: Was wollen wir unter Mitbestimmung verstehen? Ich stelle die Frage deshalb, weil uns in den letzten Wochen und Monaten bei gesellschaftspolitischen Diskussionen in kirchlichen Kreisen immer wieder gesagt worden ist: Mitbestimmung ist nicht das, was im Betriebsverfassungsgesetz steht, sondern das, was der DGB will und was praktisch montanindustrielle Mitbestimmung bedeutet.

Die Erfahrungen, die wir mit dem Betriebsverfassungsgesetz gemacht haben, also mit der personalen Mitbestimmung, mit der sozialen Mitbestimmung, mit der wirtschaftlichen Information und mit der Stellung von einem Drittel von Aufsichtsratsmitgliedern aus Arbeitnehmerkreisen in all den Industriebetrieben, sofern die Voraussetzungen dafür vorliegen, haben sich alles in allem bewährt. Ich sehe davon ab, daß etwa einzelne Bestimmungen, nach denen Betriebsversammlungen viermal im Jahr stattfinden müssen, gleichgültig, ob ein Anlaß dazu da ist, ob etwas Wichtiges gesagt werden muß oder nicht, vorhanden sind. Das ist fraglich. Ich glaube, es wäre besser, die Verpflichtung festzulegen, daß zweimal im Jahr mit den Mitarbeitern ausführlich zu reden ist, statt daß es zur Routine wird.

Ich glaube auch, daß die Frage des Wirtschaftsausschusses neben dem Betriebsrat nicht genügend geklärt ist. Den Betriebsrat in seiner Verantwortung, in seiner Möglichkeit, seine Funktion zu erfüllen, zu stärken ist wichtig. Daneben den Wirtschaftsausschuß in der jetzigen Form zu haben, scheint mir fraglich zu sein.

Aber alles in allem ist das, was im Betriebsverfassungsgesetz bestimmt ist und was auf Wirtschaftsbürgschaft, auf echte Partnerschaft hinaus will, etwas, was von uns allen bejaht werden sollte, wie wir auf dem Boden der sozialen Marktwirtschaft stehen.

(Beifall)

Es ist notwendig, zu sagen, daß das, was vor einigen Jahren uns durch dieses Gesetz gegeben und auferlegt ist, bis jetzt bei weitem noch nicht ausgeschöpft ist, weder von der einen noch von der anderen Seite, und daß es bei weitem noch nicht konsolidiert ist. Ich stelle daher die Frage, ob es berechtigt ist, in diesem Zeitpunkt die Forderung zu stellen, die Mitbestimmung auf die montanindustrielle Mitbestimmung auszuweiten, wenn ich es kurz so nennen darf.

Die Erfahrungen damit will ich im einzelnen hier nicht charakterisieren. Die Voraussetzungen bei Kohle, Eisen und Stahl und bei den Großunternehmungen sind andere, zum Teil andere als in den übrigen Bereichen der Industrie. Es ist weniger Marktwirtschaft und Wettbewerb, es sind mehr Großunternehmungen, es sind mehr kartellorientierte Unternehmungen.

Man muß sorgfältig prüfen, ob es berechtigt ist, dieses System in weitere Bereiche der deutschen Wirtschaft zu übernehmen. Ich will davon Abstand nehmen, im Augenblick zu überlegen, wie weit die Ausweitung erfolgen soll. Nach dem Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes sollen ja alle Großunternehmungen diese Art wirtschaftlicher Mitbestimmung oder, wie man neuerdings sagt, eigentlicher Mitbestimmung erhalten. In Diskussionen, die wir führen, hören wir, daß die Sache beschränkt werden könne, um etwa 100 Unternehmungen, mit denen man aber einen so großen Teil der deutschen Produktion treffen würde, daß man sich damit vorläufig begnüge.

Nun, verehrte Anwesende, das, was bei den Großen jetzt geschieht, soll ja Vorbild auch für die Mittleren sein. Es ist sorgfältig zu fragen, ob es zweckmäßig ist, diese Form der Mitbestimmung allgemein anzuwenden. Lassen Sie mich dazu sagen: Je mehr Marktwirtschaft, je mehr Wettbewerb, um so weniger haben wir die Kontrolle nötig. Der DGB schreibt ja die Kontrolle der wirtschaftlichen Macht sozusagen als Überschrift über die Forderung der Arbeitnehmer und der Gewerkschaft. Es ist außerdem kein Zweifel, daß zu einer richtigen Führung eines Betriebes klare Entscheidungsbefugnisse notwendig sind. Darum kommen wir nicht herum. Dabei ist die Respektierung der Menschenrechte und Menschenwürde und des Sinns der Mitarbeiterschaft und Partnerschaft selbstverständlich.

Aber in dem schweren Wettbewerb, in dem wir stehen und der durch die Weitung der Grenzen, durch die Integration zunehmen wird, ist es notwendig, daß sich Unternehmerinitiative in aller Verantwortung, aber auch in Freiheit entfalten kann.

(Beifall)

Es ist nicht zweckmäßig, in dieser rasanten technischen Entwicklung, in der wir stehen, die Entscheidung im Grenzfall auf den 11. Mann zu verlegen, über den sich die beiden Parteien jeweils mühsam einigen oder der letztlich von einem Richter bestimmt wird. Weder Bürokratisierung noch Politisierung noch Neutralisierung kann ersetzen, was echte Unternehmerinitiative heißt.

(Beifall)

Die Funktion des Arbeitsdirektors, verehrte Anwesende, ist eine ganz zwiespältige Angelegenheit. Auf der einen Seite das Vertrauen der einen haben zu müssen, von ihnen gewählt zu werden, auf der anderen Seite in den Unternehmungen den Vorteil und die Entwicklung des Unternehmens vertreten zu müssen, kann und wird und muß zu Kollissionen führen, die insbesondere innerhalb der Verhandlungen der Tarifpartner zu der Anomalie führen, daß bei dem Zusammenspiel der Tarifpartner auf der einen Seite Vertreter der Arbeitnehmer sitzen und damit die Parität, vielleicht sogar die Tarifautonomie illusiorisch zu machen beginnen. Ich möchte in diesem Augenblick darauf hinweisen: Je mehr wir Eigentum in Arbeitnehmerhand schaffen, um so mehr wird es fragwürdig, die Aufsichtsräte im Verhältnis 50:50 zusammenzusetzen, wo doch unter den 50 Prozent Aktionärsvertretern in immer steigendem Maße Vertreter auch von Aktionären sein sollen, die aus der Arbeitnehmerschaft kommen. Da besteht zum Schluß keine Parität mehr. sondern hier ist der Beginn einer neuen Imparität.

Frage: Ist der Übergang zu dem neuen Mitbestimmungsrecht, zu'dem erweiterten Mitbestimmungsrecht im Interesse der Belegschaften und der guten Zusammenarbeit in den Betrieben notwendig? Nach meinen Beobachtungen ist das kein essentielles Erfordernis. Notwendig ist viel-

mehr, daß wir mit den gegebenen Instrumenten des Betriebsverfassungsgesetzes alles tun, was möglich ist. Man sollte nicht durch Abzweigung der sozialen Verantwortung des Vorstandes an einen Arbeitsdirektor den Gesamtvorstand und den Vorsitzenden des Vorstandes an der Verpflichtung hindern, sich in erster Linie um Fragen der Personal- und Sozialpolitik zu kümmern.

(Beifall)

Ich bedauere sehr, daß sich die führenden Leute unserer Wirtschaft zu wenig darum kümmern. Es kommen dann die Gewerkschaften und sagen: diese Angelegenheiten sollen in einem spezialisierten Sonderreferat innerhalb des Vorstandes behandelt werden. Ich würde das für verhängnisvoll halten, denn das würde zu einem Erlahmen des Auftriebs bei den anderen Mitgliedern des Vorstandes führen.

Verehrte Anwesende, lassen Sie uns das Betriebsverfassungsgesetz, loyal, nein, kraftvoll und mit innerer Teilnahme, mit Leidenschaft praktizieren und an seiner Verbesserung arbeiten. Lassen Sie uns loyal dort, wo die Möglichkeit gegeben ist, die Mitbestimmung der Montanindustrie praktizieren, ohne das Gesetz auszuhöhlen, aber auch ohne es in diesem Augenblick auszuweiten.

(Beifall)

Lassen Sie uns prüfen und miteinander diskutieren, was wir auf die Dauer tun können und sollen. Aber nichts soll geschehen, was die Grundlagen unserer sozialen Marktwirtschaft gefährdet, abschwächt oder in Frage stellt. Die Entwicklung auf sozialem Gebiet soll in der Linie der Marktwirtschaft, der Wettbewerbswirtschaft erfolgen.

Würde denn die Änderung des Mitbestimmungsgesetzes im jetzigen Augenblick nach den Vorstellungen des DGB im Interesse der CDU liegen? Die CDU, die sich nicht an partikulären Interessen, sondern am Ganzen orientieren muß, hat das große Glück gehabt, daß wirtschaftlich verständige Arbeitnehmer und Sozialpartner mit sozial verantwortungsbewußten Unternehmern und Wirtschaftspolitikern zusammengearbeitet haben. Dabei soll es bleiben. Ich würde dringend davon abraten, eine Entwicklung, die von einer Seite gewünscht wird, im Augenblick zu forcieren. Es könnte teuer bezahlt werden müssen.

Der Herr Bundesarbeitsminister hat hier heute morgen gesagt: Hier muß ein Herr Leber kommen, um uns zu überzeugen. Bei allem Respekt vor Herrn Leber finde ich in seinem Plan einen Punkt, der uns zutiefst widerstrebt. Das ist der Punkt, wo er anfängt, die gewerkschaftszugehörigen Betriebsangehörigen gegenüber den anderen zu privillegieren. Es hat Jahrzehnte gedauert, bis ein großer Teil der Unternehmer sich innerlich damit abgefunden hatte, daß Gewerkschaften sein müssen und sein sollen. Es wird heute in den Betrieben kein Unterschied mehr gemacht, ob jemand der Gewerkschaft angehört oder nicht. Aber

nun zu sagen, daß gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer begünstigt werden sollen, würde ich für einen schweren Fehler halten. Ich warne davor.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Hellwig: Das Wort hat Herr Nickels.

Nickels: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte meinen Herrn Vorredner fragen, woher er seine Mitbestimmungserfahrungen hat, ob er schon einmal mit einem Arbeitsdirektor zusammengearbeitet hat und ob er daraus seine Erfahrungen herleitet. Ich habe den Eindruck, daß das nicht der Fall ist, sondern daß das Voreingenommenheit und böse Unkenrufe sind.

(Beifall - Zurufe: Aufhören! - Unmöglich! - Weitere lebhafte Zurufe)

Vorsitzender Dr. Hellwig: Darf ich um Ruhe bitten. Ich darf dem Redner folgendes sagen. Wir haben hier zum Teil sehr schwierige Fragen zu *diskutieren. Wir haben bisher eine sehr sachliche Diskussion geführt, die durchaus des Geistes würdig ist, in dem wir angetreten sind.

(Beifall)

Ich bitte jeden Redner, sich in den Rahmen des Stils der Diskussion elnzufügen und keine persönlichen Angriffe zu bringen.

(Beifall)

Nickels: Meine Damen und Herren, ich habe jetzt sechs Stunden lang sehr ruhig und brav gesessen und mir manches angehört, was mir nicht gefiel.

(Zurufe: Wir auch!)

Auf allen Parteitagen ist davon gesprochen worden, daß die Mitbestimmung ausgebaut werden solle. Der Herr Bundeskanzler und sein Vorgänger, der Herr Altbundeskanzler, haben das in den letzten Tagen noch einmal gesagt. Wir haben nur manchmal den Eindruck, daß man nur darüber redet. Es müßten doch endlich einmal Taten folgen. Ich habe noch nirgendwo erlebt, daß in den Organen der qualifizierten Mitbestimmung einer gesagt hat, die Mitbestimmung habe sich nicht bewährt.

Sehen wir uns doch einmal die Verhältnisse an der Ruhr an. Wir haben doch dort nun sechs Jahre lang in einem Industriezweig Krisen. Wenn wir die Mitbestimmung nicht gehabt hätten, hätte man sie nach meiner Meinung erfinden müssen, um in dieser Krisenzeit so nett und anständig miteinander fertigzuwerden. Das war früher ohne die Mitbestimmung nie der Fall.

(Beifali)

Wenn wir es also mit der Mitbestimmung ernst meinen, sollten wir wenigstens die Aushöhlung verhindern. Wir haben jetzt in den nächsten

Wochen gute Gelegenheit, das einmal zu zeigen. Der Herr Bundesschatzminister hat uns heute morgen gesagt — und ich freue mich darüber —, daß die VEBA-Privatisierung kommt. In der VEBA werden drei Gesellschaften zusammengeführt. Zwei davon sind in der qualifizierten Mitbestimmung, die Hibernia und die Mathias-Stinnes, die Preußen Elektra nicht. Jetzt könnte man einmal beweisen, ob man es mit der Partnerschaft ernst meint oder ob man Zahlenspiele macht und sagt: Es sind nur 49,9 Prozent, die unter die Mitbestimmung fallen, während 51,1 Prozent nicht unter die Mitbestimmung fallen. Das Bundeskabinett könnte mutig sein und sagen: Wir sind der Meinung, in einer solchen großen, wichtigen Gesellschaft, die sozial privatisiert wird, muß die Mitbestimmung Platz greifen. — Soviel wollte ich zu der Frage der Mitbestimmung sagen. — Oder wir sollten nicht mehr davon reden, weil es uns draußen auf die Dauer keiner mehr abnimmt, wenn wir nur davon reden und immer das Gegenteil tun.

Ich wollte ein weiteres sozialpolitisches Problem anschneiden, nämlich die Frage der Lohnfortzahlung und der Krankenkassenreform. Wir christlich-sozialen Arbeitnehmer haben damals schweren Herzens dem Sozialpaket zugestimmt. Ich sage ganz offen und deutlich: Wir haben das schweren Herzens getan, weil wir wußten, daß einige böse Dinge drin sind. Wir haben das die ganzen Jahre hin auch nach draußen vertreten. Wir haben das Sozialpaket nicht aufgeschnallt. Wir haben uns an diesen Parteibeschluß treu und brav gehalten. Andere haben es dann leider aufgeschnallt. Es wurde dann ein Gesetz, das zum Sozialpaket gehörte, verabschiedet, nämlich das Kindergeldgesetz. Durch die Umlegung des Kindergeldgesetzes spart die deutsche Wirtschaft jährlich rund 1,2 Milliarden DM. Das ist eine gute Sache; ich will dagegen nichts sagen. Ich glaube nur, daß es hohe Zeit wird, daß wir jetzt von dem Junktim: Krankenkassenreform und Lohnfortzahlungsgesetz abgehen.

(Zuruf)

daß wir endlich einmal sagen: jetzt muß die Lohnfortzahlung kommen, ganz gleich, ob die Krankenkassenreform kommt oder nicht.

(Zuruf)

Man redet doch immer von Partnerschaft. Man wird doch in dieser Frage draußen unglaubwürdig, wenn man die Arbeiter immer noch schlechter und ungerechter behandelt als andere Kreise unseres Volkes. Ich bitte also darum, einmal sehr ernsthaft zu überlegen, ob wir nicht morgen im Parteitag die Frage stellen können, ob dieses Junktim nicht gelöst werden soll. Wir müssen sagen: Wir haben das Kindergeld verabschiedet, das der Wirtschaft Vorteile gebracht hat. Dann sollten wir aber auch als christliche Demokraten die anderen Gesetze getrennt verabschieden. Ich meine, daß der deutsche Arbeitnehmer ein Recht darauf hat, endlich diese gesellschaftspolitische Gleichstellung zu bekommen.

Sonst ist die Partnerschaft ein Gerede oder ein Geschwätz, oder wir meinen sie nicht ehrlich.

Ein weiteres Problem: Die Frage der Vermögensbildung. Herr Bundeswirtschaftsminister, ich habe Ihnen gut zugehört und glaube, daß Sie es ernst meinen — ich nehme das auch so ernst —, wenn Sie sagen: Eigentum macht Sorgen. Aber darf ich Ihnen sagen: Wir, die Arbeitnehmerschaft, sind sehr wohl bereit, diese Sorgen mitzutragen.

(Beifall)

Und wer da zuviel Sorgen in Form von Eigentum hat, der soll es draußen an der Kasse abgeben, wir verteilen es dann brav. Wir sind bereit, diese Sorgen mitzutragen. Wir glauben, daß die Arbeitnehmerschaft auch in unserer Partei deutlich gezeigt hat, daß sie bereit ist, Verantwortung zu tragen und daß wir deshalb recht gut fordern können, daß endlich etwas zu einer besseren Vermögensverteilung auch in unserem Lande geschieht.

Wir geben der CDU völlig recht, daß es in den ersten Jahren darauf ankam, die Wirtschaft anzukurbeln und Arbeitsplätze zu schaffen. Aber jetzt ist es an der Zeit, daß wir den Wildwuchs ein wenig bremsen und eine neue Gesetzesinitiative ergreifen.

Ein letztes Wort zur Energiepolitik! Ich habe gut zugehört, daß wir eine europäische Energiepolitik wollen, Herr Bundeswirtschaftsminister, wenn man europäische Wirtschaftspolitik und Energiepolitik will, dann Ist dafür eine wichtige Voraussetzung, daß man erst einmal klare energiepolitische Vorstellungen im eigenen Lande hat. Ich glaube, daß diese Vorstellungen bei uns nicht klar genug sind. Ich habe die Ehre, seit einigen Monaten dem Beratenden Ausschuß in Luxemburg anzugehören. Ich wundere mich, daß das Mitglied der Hohen Behörde dazu nichts gesagt hat. Es gibt eine große Meinungsverschiedenheit zwischen der Hohen Behörde und der Bundesregierung hinsichtlich der Vorausschau des Kohlenwirtschaftsjahres 1965. Draußen im Lande hat es den Anschein, daß die Hohe Behörde mit Ihrer Meinung recht hat.

Ich bitte also darum, daß wir es endlich ernst meinen und konkret sagen, was wir mit unserer Energiepolitik wollen. Wir reden jetzt schon seit Jahren darum, daß 140 Millionen t Kohlenförderung die Ist-Zahl sei. Ich glaube, es ist nicht gut, immer von 140 Millionen zu reden, wenn man nicht die Voraussetzungen schafft, diese 140 Millionen zu verkaufen. Deshalb glaube ich, daß man auf die Dauer nicht daran vorbelkommt, diese Frage zunächst einmal in unserem Lande eindeutig zu klären.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Hellwig: Ich darf hier kurz folgendes klarstellen. Ich glaube, daß Herr Dr. Bauer nicht davon gesprochen hat, daß eine Aushöhlung der Mitbestimmung dort, wo sie auf gesetzlicher Grund-

lage existiert, empfohlen oder hingenommen wird. Er hat sich vielmehr für das Gegenteil ausgesprochen.

Ich habe weiter folgendes registriert. Dort, wo durch Fusion oder Zusammenlegung innerhalb bestehender Konzerne einzelne Tochterunternehmen ihre rechtliche Selbständigkeit verloren haben, sind schon seit Jahren andere Lösungen in Form von Beiräten usw. entwickelt worden. Das geschah zum Teil auf freiwilliger Verabredung. Ich glaube also, daß die Möglichkeiten, in einer kooperativen Weise hier zu einer positiven Weiterentwicklung zu kommen, noch gar nicht ganz ausgeschöpft sind.

Ich möchte mir hier eine Anregung erlauben. Wir sind hier offenbar in einer kleinen Kontroverse hinsichtlich der Erfahrungen. Wenn ich richtig gelesen habe, hat keine geringere Organisation als die Deutsche Angestelltengewerkschaft sich sogar kritisch über das Amt des Arbeitsdirektors ausgesprochen. Ich möchte hier bitten, folgendes zu tun: Sollten wir nicht die Erfahrungen, bei denen die Meinungen auseinandergehen, zunächst einmal in einem internen kleinen Krels unserer beiden Ausschüsse — Sozlalausschuß und Wirtschaftsausschuß — aufarbeiten, damit wir wissen, worüber wir diskutieren, wenn wir uns gegenseitig Erfahrungen entgegenhalten. Das ist eine Anregung, zu der sich der Vorsitzende als legitimiert ansieht.

Dann sind noch die Ausführungen des Bundeswirtschaftsministers angesprochen worden, die dahin gegangen seien, Eigentum mache doch Sorgen. Ich glaube, er wäre gründlich mißverstanden worden, wenn ihm das als Gradmesser für die Beurteilung der Probleme unterstellt werden würde. Ihm hat sicher ferngelegen, etwa den Hans im Glück, der zum Schluß nicht nur den Stein, sondern auch noch den Goldklumpen in den Brunnen fallen läßt, als die Symbolfigur unserer Vermögenspolitik herauszustellen.

Ich glaube, er wäre gründlich mißverstanden worden, wenn man das aus seinen Worten herauslesen wollte.

Das Wort hat Herr Heintzeler.

Heintzeler: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich darf zu dem Problem der Ausdehnung der Montanmitbestimmung einige wenige Anmerkungen machen, nicht als Politiker, sondern als Praktiker, der seit 30 Jahren in einer größeren Gesellschaft tätig ist und seit dem Inkrafttreten des Betriebsverfassungsgesetzes sein Funktionieren in diesem Unternehmen an Ort und Stelle miterlebt hat.

Es sind zwei Gründe dafür angeführt worden — ich glaube, von Herrn Hoffmann —, weshalb man die Ausdehnung der Montanmitbestimmung auf andere Bereiche überprüfen sollte. Es ist in diesem Zusammenhang von der Konzentration gesprochen worden: da, wo konzentrierte Wirtschaftsbereiche vorlägen, müsse man das tun. Ich glaube, wir müssen uns davor hüten, den Konzentrationsgrad unserer Wirtschaft

zu überschätzen. Auch da, wo die Unternehmen eines Wirtschaftsbereichs scheinbar sehr groß sind, gemessen an den Maßstäben unseres Landes, sind diese Unternehmen, gemessen an der Größenordnung unserer ausländischen Konkurrenz, recht bescheiden. Je mehr die Wege sich öffnen, je mehr die Zollmauern abgebaut werden, desto mehr werden wir feststellen, wie hart die Großunternehmen unseres Landes mit sehr viel größeren Großunternehmen anderer Länder zu kämpfen haben.

Aber selbst wenn in diesem oder jenem Bereich die Konzentration als Faktum vorhanden wäre, würde ich doch davor warnen, die Montanmitbestimmung als ein Instrument anzuwenden, um dieser Konzentration Herr zu werden. Ich glaube, daß es da andere Mittel gibt. Die Gesetzgebung beschäftigt sich zur Zeit mit der Kartellnovelle, und dabei sind verschiedene Probleme, die die Konzentration berühren, mit in der Diskussion. Wenn wir in diesem Zusammenhang die qualifizierte Mitbestimmung einführten, dann könnten wir es erleben, daß wir die eine Form der Konzentration durch eine andere, und zwar sehr viel stärkere ersetzen.

Es ist zweitens gesagt worden, man müsse die Ausdehnung der Montanmitbestimmung auf solche Bereiche überprüfen, wo die echte Mitverantwortung der Arbeitnehmer notwendig sei. Meine Damen und Herren, ich glaube, daß die Vertreter der Belegschaften im Aufsichtsrat solcher Unternehmen, die nach dem Betriebsverfassungsgesetz leben, energisch dagegen protestieren würden, daß sie nicht in der Mitverantwortung seien. Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß sich die Vertreter der Belegschaft im Aufsichtsrat der nach dem Betriebsverfassungsgesetz lebenden Unternehmen darauf beschränkten, über die sozialen Dinge zu sprechen. Die Aufsichtsratsmitglieder, auch die, die von der Belegschaft gewählt sind, bestimmen und ernennen den Vorstand, sie stellen die Bilanz fest. Sie wirken beschließend mit - nicht beratend - beim Investitionsprogramm. Ich glaube nicht, daß von den Belegschaften und von ihren nach dem Betriebsverfassungsgesetz gewählten Vertretern in den Aufsichtsräten ein praktisches Bedürfnis bejaht wird, zu einer anderen Form der Mitbestimmung überzugehen.

Es kommt hinzu, daß nach dem Montanmitbestimmungsgesetz die einzelnen Belegschaftsangehörigen wesentlich weniger unmittelbaren Einfluß auf die Vertreter im Aufsichtsrat haben als nach dem Betriebsverfassungsgesetz. Nach dem Betriebsverfassungsgesetz wird direkt und geheim gewählt. Jeder Arbeiter wählt mit und bestimmt, wer ihn im Aufsichtsrat vertritt. Nach dem Montanmitbestimmungsgesetz hat der einzelne Belegschaftsangehörige gar nichts zu sagen, sondern es werden zwei Mitglieder vom Betriebsrat und drei weitere Mitglieder vom den Gewerkschaften benannt.

(Sehr richtig!)

Das Entscheidende scheint mir aber folgendes zu sein: Wir dürfen bei unseren sozialpolitischen Maßnahmen nicht so tun, als ob wir allein auf der Welt wären. Sie wissen, daß das Problem der Mitbestimmung praktisch nur in unserem Land aktuell ist. Manchen von Ihnen wird auch bekannt sein, daß Gewerkschaftler anderer Länder unsere Gewerkschaften immer wieder davor warnen, sich auf dieses Gebiet zu begeben und dieses Gebiet noch weiter zu intensivieren. Wenn wir uns vorstellen, daß die Grenzen zunächst einmal im EWG-Raum und später vielteicht einmal im europäischen Raum langsam fallen und daß wir im Laufe der Zeit auch in eine größere atlantische Wirtschaftsgemeinschaft hineinwachsen, dann müssen wir aus der Sicht der Praxis nur dringend davor warnen, im Bereich der Mitbestimmung eine Veränderung in Richtung der Montanmitbestimmung vorzunehmen. Wir werden sonst erleben. daß große Wirtschaftsunternehmen unseres Landes aus unserem Land in andere Länder abwandern, und werden vor allen Dingen erleben. daß der ungeheure Kapitalbedarf, den wir decken müssen, um weltwirtschaftlich Schritt halten zu können, sehr viel schwerer gedeckt werden kann, als wenn wir auf diesem Gebiet keine Experimente machen. Deshalb mein Ratschlag aus der Praxis: keine Experimente!

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Hellwig: Bevor ich Herrn Katzer das Wort gebe. muß ich eine kleine Richtigstellung bringen. Der Herr Bundeswirtschaftsminister hat davon gesprochen, daß die Energiepolitik den Absatz von 140 Millionen t sicherstellen sollte. Es handeit sich in der Tat um eine Vielzahl von Maßnahmen, die die Bundesregierung bisher in einer sehr flexiblen Art durchgeführt hat und weiterhin entwickelt. Sie haben zum Ergebnis gehabt, daß in der Tat seit fünf Jahren eine Förderung von etwas über 140 Millionen t durchgeführt und abgesetzt worden ist. Verschiebungen kurzfristiger Art sind selbstverständlich nicht auszuschließen. Von seiten der Kohlewirtschaft selbst hat man davon gesprochen, 140 Millionen t seien eine Leitzahl, die je nachdem, ob der Winter milde oder hart sei, etwas nach unten oder nach oben überschritten werden könne. Innerhalb der Gemeinschaft ledenfalls hat die Bundesrepublik mit ihrer Energiewirtschaftspolitik ein Optimum erzielt. Ich möchte das hier nur klarstellen, nachdem der Vorsitzende als Mitglied der Hohen Behörde ausdrücklich angesprochen worden ist.

Das Wort hat Herr Katzer.

Katzer: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich heute sehr zurückgehalten, weil ich mich als Berichterstatter einer solchen Zurückhaltung befleißigen muß. Aber das heißt natürlich nicht, daß ich meine Meinung aufgegeben hätte. Diese meine Meinung muß ich jetzt doch einmal klar und deutlich zum Ausdruck bringen.

Herr Heinze, ich habe Ihre Ausführungen mit großem Interesse angehört. Ich habe ja heute schon zum zweitenmal das Vergnügen, Ihnen zuzuhören. Nur das Schlußwort mit den "Experimenten" stimmt nicht. Dieses Wort von den Experimenten hat Herr Dufhues schon vor zwei Jahren aus dem Wahlkampf herausgezogen; das steht nicht mehr auf unserem Programm.

(Beifall)

Außerdem stimmt es auch in der Sache nicht. Als 1951 nach einem außergewöhnlich aufwühlenden, harten Ringen der damalige Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer mit Hans Böckler die Montanmitbestimmung vereinbarte, da war eine wesentliche Vorentscheidung für unsere Gesellschaftsordnung gefallen, nämlich die Vorentscheidung — vielleicht darf ich Ihnen das mit aller Freundschaft sagen, Herr Bauer — zur Idee der Partnerschaft. Das ist der Punkt: Appelle an die Partnerschaft haben wir nicht nötig, weil diese Entscheidung gefallen ist. Sie ist getroffen durch die Christlich-Demokratische Union gegen die Sozialdemokraten, die damals den Klassenkampfgedanken propagiert haben.

(Beifall)

Das ist der entscheidende Punkt, mit dem wir in das politische Feld getreten sind.

Ich höre jetzt noch die Pressestimmen von damals. Sie können einen Zentner davon bei mir in Königswinter nachlesen, Herr Bauer. Was für ein Bild wurde damals in den deutschen Zeitungen, nicht nur in der Bild-Zeitung – die gab es damals noch gar nicht –, sondern in hochangesehenen Wirtschaftszeitungen, von der deutschen Zukunft an die Wand gemalt für den Fall, daß diese Mitbestimmung Platz greifen würde! Inzwischen sind fünfzehn Jahre vergangen und all das ist nicht eingetreten. Man kann doch heute nicht so tun, als ob Kohle und Stahl am Ruin wären. Zumindest vom Stahl kann man das weiß Gott nicht behaupten, und wenn es bei der Kohle Schwierigkeiten gibt, dann liegt das an ganz anderen Gründen als an diesem Partnerschaftsverhältnis.

Herr Heintzeler und Herr Bauer, ich weiß nicht, ob Sie einem Mitbestimmungsaufsichtsrat angehören; ich vermute es. Ich selber gehöre einem solchen Aufsichtsrat an. So primitiv ist es nicht — entschuldigen Sie, wenn ich das so sage —, daß man etwa um den elften Mann ringt und kungelt. Ich kenne keinen Fall, wo eine gerichtliche Entscheidung herbeigeführt worden ist.

Herr Heintzeler, sprechen Sie doch bitte mal mit den Männern der Wirtschaft, die in der Montanmitbestimmung zu Hause sind — ich will keine Namen nennen —; ich habe noch nie ein Wort darüber gehört, daß sie über diese Mitbestimmung unzufrieden wären, sondern ich habe

von Herrn Abs bis zu anderen prominenten Männern der Wirtschaft ein Loblied über das Funktionleren dieser Mitbestimmung gehört.

(Beifall)

Nun muß ich Ihnen ein zweites sagen. Ich glaube, wir haben wieder diese leidige Situation mit Zeitnot, Zeitdruck und all diesen Dingen, die wir in Hannover kummervoll miteinander durchgestanden haben. Ich würde meinen, es ist wenig sinnvoll, das, was wir schon einmal leidvoll durchexerziert haben, noch einmal zu wiederholen. Ich habe doch an den Herrn Vorsitzenden die herzliche Bitte, es heute abend beizugeben. Ich glaube, in diesem Stil kann man Parteitage tatsächlich nicht mehr abhalten.

(Beifall)

Ich habe mich einmal in die Seele eines Delegierten versetzt und habe mir einmal die Fremdworte notiert, die hier gebraucht worden sind. Sie können doch nicht davon ausgehen, daß wir hier eine Versammlung von Wirtschaftsexperten haben. Die Delegierten hier sind doch einfach totgeschlagen, wenn ihnen lauter fremde Vokabeln um die Ohren gehauen werden, die sie nie gehört haben und die sie nie gebrauchen werden. Wir sind doch eine politische Partei und keine Partei der Experten!

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, wir brauchen die Experten; sie sollen dieses Gespräch führen. Aber Sie müssen das eben in Vorbereitung des Parteitags tun und sollen nicht hier die Diskussion führen, die zumindest in Ihrer Form hier kein Mensch begreifen kann.

Sie müssen deshalb die Ungeduld der Kollegen verstehen, die schon den ganzen Tag seit heute morgen 9 Uhr hier sitzen und dann, wenn die Gunst der Stunde es will, vielleicht um 5 Uhr das Wort erteilt bekommen, während noch 30 andere Wortmeldungen vorliegen. Sie sind doch alle hierhergekommen, um Ihrerseits etwas zu sagen, und dazu müssen wir Ihnen die Möglichkeit geben.

(Zuruf: Reden Sie nicht so langel)

- Entschuldigen Sie, Ich habe den ganzen Tag noch nicht einmal das Wort genommen! Ich werde mir doch erlauben dürfen, in einigen wenigen Sätzen darzutun, was ich in einer so wichtigen Sache hier auszudrücken habe!

(Beifall)

Der Einfachheit halber möchte ich, da ich auch Berichterstatter bin, versuchen, die Wellen etwas zu normalisieren. Denn sie sind hochgegangen über einen Punkt, der zumindest jetzt und heute gar nicht entschieden zu werden braucht.

Darf ich einmal feststellen, worüber wir uns einig sind. Ich möchte es aus dem Stegrelf formulieren.

Erstens. Einig sind wir wohl darin, daß die Idee der Partnerschaft nach wie vor die Grundlage unserer Ordnung ist.

(Belfall)

Ich höre keinen Widerspruch.

Zweitens. Einig sind wir uns darüber, daß Ausfluß dieser Idee der Partnerschaft die Mitbestimmung ist. — Kein Widerspruch.

(Zuruf: Nach beiden Gesetzen!)

- Nach beiden Gesetzen.

Drittens. Aktuell steht folgender Punkt an: Die Rheinstahlwerke fusionieren mit den Henschelwerken in Kassel. Nun, ich will zu den DGB-Problemen hier nicht sprechen. Das muß man davon trennen, Herr Bauer. Darum würde ich von Stil her bitten. Man kann ein Wahlrecht nicht deshalb ändern, weil man Angst hat, nicht mehr gewählt zu werden. Das sind Probleme, die auf anderer Ebene zu lösen sind. Gesellschaftliche Ordnungsfunktionen danach zu erfüllen, ob man da so oder so eine Mehrheit hat, ist schlechterdings unmöglich. Das ist also eine Frage, die man anders entscheiden muß.

An dieser Stelle möchte ich folgendes dazu sagen. Man hört so manchmal mokante Bemerkungen über die Betriebsräte in den Aufsichtsräten.

Nun, sie gehören zu den 24 Millionen Arbeitnehmern, die diesen deutschen Wiederaufbau zu einem kleinen und geringen Teil, aber doch auch zu ihrem Teil, mitvollzogen haben und die wir nicht zur Seite schieben sollten, als hätten sie dazu nichts getan. Die haben nämlich zugestimmt in vollem Wissen, daß damit rechtlich ihrer qualifizierten Mitbestimmung die Grundlage entzogen wird. Meine Damen und Herren, das halte ich für eine staatspolitisch wirklich wertvolle Entscheidung, die man nicht einfach herunterdrücken darf, sondern die man doch werten muß.

(Beifall)

Aber ich freue mich, aus allen Reden, sowohl von Herrn Bauer als auch von anderen, gehört zu haben — wenn ich mich täusche, bitte ich Sie, mich zu korrigieren —, daß keine Meinungsverschiedenheit darüber besteht, daß wir gegen diese Art eines kalten Abbaus der Mitbestimmung sind. Ich freue mich herzlich; denn das bringt uns natürlich ein wesentliches Stück weiter. In der Diskussion sind wir über diesen Punkt einig.

Jetzt kommt der vierte Punkt. Das ist die Frage der weiteren Ausgestaltung, das, was Herr Bauer angesprochen hat: Wo sind die Kriterlen? – Die Kriterien liegen – es gibt ja nicht nur Vorstellungen des DGB; ich weiß nicht, warum Sie sich nur darauf beziehen, sondern auch Vorschläge der CGD und was weiß ich; da gibt es viele Aussagen, die man nennen muß, und es gibt nicht nur die Aussage, die Sie genannt

haben. Es gibt sehr beachtenswerte Darlegungen der Katholischen Arbeiterbewegung, die man selbstverständlich in dieser Diskussion anführen muß. Es ist wohl niemand im Saale – er müßte sich melden –, der der Auffassung ist, daß wir in dieser Legislaturperiode in der Mitbestimmungsfrage die Lösung bringen könnten, die wir alle gern gäben.

In den drei Punkten, so habe ich festgestellt, sind wir uns absolut einig. In der Frage der Ausgestaltung geht es doch um folgendes. Wir tun exakt das, was Sie gesagt haben: Wir setzen uns zusammen und prüfen die Maßnahmen, die für eine solche Ausgestaltung notwendig sind. Alle Probleme, die Sie mit vollem Recht hier angesprochen haben, werden zu einer vernünftigen Lösung geführt werden. Das wäre der vierte Punkt.

Ich füge einen letzten Punkt von mir aus hinzu. Ich habe vorhin gesagt, und ich bleibe dabei: Die Frage der Gewerkschaften spielt natürlich eine Rolle, aber sie darf uns nicht von unserem Ordnungsbild abdrängen. Wir haben ein Ordnungsbild, und wir machen praktische Politik. In der Stunde, wo der Parteitag zu erkennen gibt, daß er bereit und willens ist, über diese Fragen ernsthaft zu diskutieren, hat er auch das Recht und die Pflicht, den deutschen Gewerkschaften – und da ich ein Gegner von Verallgemeinerungen bin, spreche ich konkret von der IG Metall – zu sagen, daß wir, wenn wir von Mitbestimmung sprechen, auch Mitbestimmung meinen und nicht eine Alleinbestimmung à la Agartz, wie wir sie Gott sei Dank – durch unsere eigene Anstrengung – überwunden haben.

(Beifall)

Das wollte ich ausgeführt haben. Ich erlaube mir, den Satz hinzuzufügen, daß das Tempo unserer Beratungen selbstverständlich auch davon abhängen wird, ob die IG Metall bereit ist, diese Gesetzgebungsvorhaben zu unterstützen, wo die Partnerschaft Pate steht. Die personelle Besetzung ist nirgendwo so ausschlaggebend wie gerade hier, wo die Partnerschaft durch Menschen vollzogen wird. Wir wenden uns aber dagegen, daß Positionen nur benutzt werden, um einseitig politische Geschäfte zu machen.

(Lebhafter Beifall)

Daran denkt niemand. Ich glaube aber, es der Versammlung schuldig zu sein, das hier zu sagen, und ich freue mich, daß ich eigentlich keinen Widerspruch gefunden habe. — Ich darf mich sehr herzlich bedanken.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Hellwig: Meine Damen und Herren, bevor ich Herrn Müller (Remscheid) das Wort gebe, eine kurze Klarstellung, um die Bundesschatzminister Dollinger gebeten hat. Es ist in den Ausführungen von Herrn Nickels eine Bemerkung hinsichtlich gewisser Be-

fürchtungen bei der VEBA gemacht worden. Ich kann, glaube ich, hier versichern, daß Übereinstimmung besteht — unter Mitwirkung von Herrn Katzer und Herrn Dollinger —, so daß, glaube ich, Ihre Sorge behoben ist. — Herr Müller (Remscheid)!

Müller (Remscheid): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wenn ich mich auch zum Thema Mitbestimmung gemeldet hatte, so möchte ich doch der Meinung des Präsidiums nachgeben und dazu heute nichts mehr sagen, obwohl sicherlich noch einiges dazu zu sagen wäre. Vielleicht verlagern wir diese Diskussion aber tatsächlich, weil sie für die kommenden Monate dieser Legislaturperiode nicht mehr so brennend aktuell ist. Wir müssen la auch zu Beginn der neuen Legislaturperiode etwas zu tun haben. Vielleicht aber noch ein Wort zu Herrn Dr. Heintzeler, das ich mir nicht verkneifen kann. Er war der Meinung, die Frage der Mitbestimmung sei irgendwie von den Sozialdemokraten ins Leben gerufen worden. Hier im Saal ist der Redakteur der "Ketteler-Wacht", des Organs der katholischen Arbeitnehmer, anwesend, und vielleicht ist er so freundlich, in einer der nächsten Ausgaben, wie er es 1950 schon einmal getan hat, eine Rede von Bernhard Ritterhaus aus dem Jahre 1928 zu veröffentlichen, wo über die christlichsoziale Forderung nach Mitbestimmung sehr deutlich einiges gesagt worden ist. Warum ich mich aber zu Wort gemeldet habe, war weiter die Frage der Vermögensbildung. Herr Minister Schmücker, ich hatte mir eigentlich auch die Sache mit den Sorgen als einen humorvollen Aufhänger vorgenommen. Anders habe ich auch die Bemerkungen von Herrn Nickels nicht verstanden, daß wir an den Sorgen teilhaben wollten. Wir sollten doch versuchen, auch etwas aufzulockern. Wir haben es nicht so verstanden, als ob das nur Sorgen wären.

Zur konkreten Frage des Vermögensbildungsgesetzes habe ich ein konkretes Anliegen. Der federführende Ausschuß für Arbeit hat die Beratung des Gesetzes abgeschlossen. Drei Ausschüsse des Deutschen Bundestages haben mitberaten bzw. sind gutachtlich gehört worden. Übermorgen wird der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages abschließend Stellung nehmen. In der nächsten Woche ist die Berlin-Woche des Deutschen Bundestages mit einer Plenarsitzung, auf deren Tagesordnung die Privatisierung der VEBA steht. Ich könnte mir vorstellen, daß gerade an diesem Platz Berlin der gesellschaftspolitische Aspekt der Vermögensbildung durch die Verabschiedung des Vermögensbildungsgesetzes gesetzt werden sollte.

(Beifall)

Nachdem ich auf die Frage der Mitbestimmung verzichtet habe, ist das eigentlich das, was ich noch vortragen wollte.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Hellwig: Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Dr. Reinermann.

Dr. Reinermann: Herr Vorsitzender! Melne Damen und Herren! Es ist natürlich schwierig, jetzt noch auf ein Thema zu kommen, nachdem wir drei Referate und mindestens sechs Korreferate gehört haben — eine Volkshochschule besten Stils, das muß ich sagen, auch eine ausgezeichnete Reihenfolge und Sortierung der Diskussionsbeiträge. Man hat also wohl durchaus den Eindruck — was das Anliegen des Abgeordneten Stingl war —, daß auch gegenüber den wirtschafts-, währungs-, export- und energiepolitischen Problemen unsere Partei den Dingen durchaus geistig und auch politisch gewachsen ist.

Es ist nur sonderbar, daß wir uns gleichsam selber — vielleicht ist das ein Zeichen von Betriebsblindheit — klarmachen müssen — und in der Bevölkerung erst recht —, und zwar in einem solchen Generalstudium wie dem heutigen, was nicht nur alles an Fragen und Aufgaben vor uns steht, sondern was alles auf dem Leistungskonto zu verzeichnen ist. Ich habe mir z. B. in der Pause an dem Bücherstand die Veröffentlichung der Presseabteilung des Arbeitsministeriums vom Februar angeeignet. Ich muß sagen: Obwohl ich selber mit wirtschaftlichen und sozialen Fragen zu tun habe, habe ich manches nicht gewußt. Es ist erstaunlich, aber wir platzen einfach unter dem Reichtum der Bemühungen, der Problemlösungen usw.

Ich möchte noch auf ein Thema kommen, das zwar in der Referatsfolge zur Geltung kam, aber im allgemeinen in diesen sechs Stunden nicht den Platz hatte, der ihm nach meiner Ansicht gebührt. In dem Referat des Bundeswirtschaftsministers war vom Mittelstand die Rede. Bei allem Respekt vor den Großunternehmen und der Mitbestimmung und vor der Kooperation der großen Sozialpartner ist es doch praktisch so, daß vorerst noch — und ich hoffe auch weiterhin — der breite Bestand der Betriebswelt nun einmal von den kleinen und den mittleren Unternehmen gebildet wird. Dazu sind doch eigentlich einige wichtige Worte heute gesagt worden, die hoffentlich in der weiteren Verarbeitung dieses Parteitags und in seinem publizistischen Reflex irgendwie weiterklingen.

Vor allen Dingen möchte ich hervorheben, was Herr Schmücker nur mit ein paar Sätzen behandeln konnte: nicht nur, wie es Herr Stingl vorschlug, eine Öffnung der Sozialversicherung zur Selbständigenschicht hin, sondern, was ich für wichtiger halte, eine Öffnung der Sparhonorierung auf die kleinen und mittleren Betriebe hin, eine Honorierung des Investitionssparens, um die Eigenkapitalbildung und damit übrigens auch die soziale Leistungsfähigkeit der Klein- und Mittelbetriebe, in der sich nach wie vor das Gros der deutschen Arbeitnehmer befindet, zu stärken. Ich habe mich aber eigentlich zu dem Referat von Minister Blank gemeldet. Es ist etwas schwierig, darauf zurückzukommen, aber gestatten Sie mir, dazu einige Minuten in Anspruch zu nehmen.

Minister Blank hat von der zweiten Phase, vom neuen Stil in der Sozialpolitik gesprochen, und das mit Recht. Es geht nicht mehr nur um den sozialen Schutz einer Minderheit oder, besser gesagt, um die soziale Sicherheit der Mehrheit. Es geht um viel mehr. Es geht um die mündige Gesellschaft freier Wirtschaftsbürger. Das ist die große Zukunftsvision. Ich bin mir selbst im klaren, obwohl ich im gewerblichen Mittelstand arbeite, daß auch wir eines Tages mit den Problemen fertig werden müssen, wie sich nun aus dem Arbeitsvertrag langsam auch hier das Teilhabeverhältnis, die Partnerschaft im größeren Sinne des Wortes vollzieht.

Minister Blank hat aber das Vermögensbildungsgesetz als einen der ersten wichtigen Schritte auf dem Wege zu dieser mündigen Gesellschaft freier Wirtschaftsbürger, zur vollentwickelten Leistungsgesellschaft genannt. Er hat auch auf die Zustimmung der Gewerkschaften hinweisen können, die darin ja eine besondere Bedeutung sehen; denn vor vier Jahren war es ja noch anders. Und hier ist doch wahrscheinlich auch eine innere Wandlung festzustellen. Es gehört doch nicht mehr nur die lineare und horizontale soziale Sicherung, sondern auch die individuelle und persönliche Besitzbildung, die soziale Verwurzelung des einzelnen, allmählich zu den gewerkschaftlichen Zielen.

Es ist dann von Herrn Blank mit einem gewissen Bedauern und unter Hinweis auf das "Erstgeburtsrecht" gesagt worden, daß ein führender Sozialpartner uns gewissermaßen "die Schau gestohlen" hat. Nun, dieses "Erstgeburtsrecht" ist in der Tat bei vielen großen politischen Schritten der Nachkriegszeit da, bei der Sozialanpassung, beim Ersten Wohnungsbaugesetz, vor allem auch beim sozialen Lastenausgleich usw., auch bei der Familienpolitik. Mit Recht ist das heute gesagt worden. Dieses "Erstgeburtsrecht" verpflichtet aber nach meiner Ansicht dann auch zur Treue zu dem Grundsatz der ersten Konzeption, also zur "Vaterschaft". Zu Beginn dieses Parteitages ist ein Mann an seinem Grab geehrt worden, der zu den Vätern der Sache gehört: Karl Arnold. Er hatte einen etwas anderen Gedanken, nämlich das Korrespondieren im Rahmen des Investivlohnes, eben von Eigenleistung und von Lelstung aus Betriebsmitteln.

Das, meine Damen und Herren, hat man preisgegeben. Ich bedaure das sehr. Ich halte das für einen Stilfehler. Herr Leber hat es uns gezeigt, daß er uns in dem Punkt vielleicht besser begriffen hat als wir selber, ohne daß wir es mit dem etwas boshaften Wort charakterisieren möchten, er habe uns rechts überholt.

Weiter: Von Herrn Dollinger hörten wir sehr interessante Dinge. Vielleicht hätte das auch etwas erweitert werden können um einen wirklich großen Schritt. Herr Lücke ist ja in einem anderen Arbeitskreis. Sonst würde er es hier selber vertreten. Ich meine die Idee der Privatisierung der Sozialwohnungen, bei aller Problematik, die darin steckt. Aber ich bitte Sie, das wäre ein Schritt, der weit über das 312-DM-Gesetz hinausginge.

Es ist das richtige Wort vom kommunalen Kapitalismus bzw. Sozialismus gefallen. Wir sind hier in der Tat in einer Stadt, wo innerhalb von drei Jahren knapp 400 Millionen DM aus der Haushaltsrechnung in die Vermögensrechnung überführt werden konnten, und zwar netto. Das bringen selbst unsere Großunternehmen nicht so leicht fertig.

Wir haben hier also auch Aufgaben. Wenn schon dauernd vom Verbund zwischen Bund, Ländern und Gemeinden gesprochen wird, so sollten wir die Diskussion über die Sozialretorm auch auf die anderen großen Gebietskörperschaften und Marktträger in unserem Lande — ob es nun Wohnungsbaugesellschaften oder die Kommunen sind — ausdehnen.

(Beifall)

Herr Minister Blank, wir haben schon einige Male miteinander diskutiert. Sie haben gesagt: Wir brauchen einen neuen Stil. Sie haben es an dem neuen Aufgabenfeld gezeigt. Ich meine, dieser neue Stil sollte sich auch auf das erstrecken, was Sie das traditionelle Aufgabengebiet der Sozialpolitik genannt haben. Ich meine, da wäre tatsächlich ein mutiger neuer Stil notwendig, und zwar im Zusammenhang mit der heutigen Thematik von stabiler Währung, gesichertem Wirtschaftswachstum und von sozialpolitischer Entfaltung.

Herr Blank spricht sogar vom sozialen Giganten der Bundesrepublik. In der Pressemitteilung, die ich eben erwähnte, steht z. B., daß sich die Sozialleistung von 1950 bis 1964, also in den letzten 15 Jahren, um 330 Prozent vermehrt habe, während das Sozialpodukt um 305 Prozent gestiegen sei. Es handelt sich hier um die traditionellen gesetzlichen Sozialleistungen. Haben wir da nicht schon das Thema, daß mehr Forderungen durch mehr Leistungen ausgeglichen sein müssen? Und liegt hler in den 25 Prozent Differenz nicht ein inflationärer Kostenfaktor? (Vorsitzender Dr. Hellwig: Ich darf bitten, zum Schluß zu kommen!) - Ja, ich will eben auf das Beispiel kommen, das Herr Blank hier vor allem behandelt hat, nämlich die Krankenversicherungsreform oder die nächsten Schritte, die da nötig sind. Es geht um die Wahl, entweder die Beiträge oder aber die Pflichtversicherungsgrenze zu erhöhen. Mit der Bemessungsgrenze ist es klar. Bei einer Erhöhung der Pflichtversicherungsgrenze wird der Kreis derienigen erweitert, die an sich mündig wären oder schon in einer freien Zone leben, die das erklärte Ziel einer progressiven Sozialpolitik ist.

Warum erweitern? Die Entscheidung ist schon gefallen. Ich will darüber nicht weiter sprechen, sondern nur fragen: Wie kommt es, daß die gesetzliche Krankenversicherung überfordert ist? Sind es medizinische Fortschritte? Sind es die erhöhten Ausgaben der Krankenhäuser? Wohl nicht allein.

Hinzu kommt, daß man diese große bedeutende Sozialeinrichtung, die Im letzten Jahr 15 Milliarden DM verausgabt hat, so leicht beanspruchen kann.

Herr Minister Blank, der große konstruktive Schritt, der neue Stil, der nach meiner Ansicht auf dem Gebiet der traditionellen Sozialpolitik erforderlich wäre, wäre der Mut, das System zu ändern und zum Kostenerstattungsprinzip überzugehen. Im Augenblick gilt die ganze wuchernde Automatik des Krankenscheins mit der automatischen Barleistung, die jetzt auch noch auf die Arbeitgeber übertragen werden soll, und mit der Sachleistung, welche die Krankenkasse weiter trägt. Schweden verfährt nach dem Kostenerstattungsprinzip. Damit wäre auch mit einem Schlage für den Mittelstand und das Handwerk die ganze Lohnfortzahlungsfrage entschärft.

(Zurufe: Aufhören!

Vorsitzender Dr. Hellwig: Ich darf nochmals an die Uhr erinnern!)

 Ich will jetzt aufhören; denn das, was ich jetzt behandeln wollte, kann ich nicht mit drei Sätzen sagen. Ich bedaure nur, daß ich jetzt erst am Schluß drangekommen bin,

(Zurufe: Von wegen "am Schluß"!)

nachdem das Referat von Minister Blank an der Spitze stand. Trotzdem danke ich Ihnen.

(Beifall)

Vorsitzender **Dr. Hellwig:** Ich muß darauf aufmerksam machen, daß noch 25 Wortmeldungen da sind. Wir sind uns klar darüber, daß wir bis 18 Uhr nicht fertig werden. Ich bin persönlich in der Lage, die Diskussion ohne weiteres fortzusetzen, und bitte um Verständnis und aktive Mitarbeit, diese Diskussion auch weiterhin in einem guten Stil zu führen.

Das setzt aber voraus, daß wir in der Redezeit nunmehr zu einer scharfen Begrenzung kommen. In der ersten Stunde haben wir flott und zügig diskutiert. In der zweiten Stunde ist es etwas schwächer geworden. Ich muß dringend bitten, daß wir uns jetzt wieder an die Begrenzung halten. Es darf keinesfalls länger als fünf Minuten gesprochen werden. Ich glaube, daß ich Ihr Einverständnis dazu habe.

Herr Minister Blank bittet um folgende Klarstellung gegenüber der Bemerkung von Herrn Dr. Reinermann: In der Frage, ob die Pflichtversicherungsgrenze heraufgesetzt oder die Beiträge erhöht werden sollen, ist noch keine Entscheidung gefallen; die Sache ist noch in der Diskussion.

Das Wort hat Herr Adenauer aus Niedersachsen.

Adenauer (Niedersachsen): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann Ihnen versprechen, daß ich nicht nur keine fünf Minuten brauche, sondern daß ich nur drei oder vier Minuten Ihre Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen werde.

Ich möchte gern das Wort aufgreifen, das Bundestagspräsident Gerstenmaler gestern in seinem Referat gebraucht hat, als er von Deutsch-

land als einem "gepanzerten Konsumfeind" gesprochen hatte. Über "gepanzert" möchte ich natürlich nicht sprechen. Aber mich interessiert der "Konsumfeind". Ich glaube, das ist dieselbe Sorge wie sie Herr Minister Schmücker heute mit den Wohlstandssorgen angesprochen hat. Ich glaube, daß dies eine der wesentlichsten Fragen unserer Sozialpolitik sein sollte, vielleicht die wichtigste. Wir haben in der Vergangenheit auf Grund der Wirtschaftspolitik und der Wirtschaftsordnungspolitik des jetzigen Bundeskanzlers Erhard erhebliche wirtschaftliche Fortschritte erzielt, die die Basis für das sind, was wir von jetzt an tun können. Wir müssen aber darauf bedacht sein, daß die Sorgen, die Herr Minister Schmücker heute morgen erwähnte, nicht zu gefährlichen Entwicklungen führen.

Wir haben in der Sozialpolitik vermögenswirksame Umverteilungen in Hülle und Fülle durchgeführt. Wir haben eine Einkommenspolitik, wir haben die Mitbestimmung, wir haben Verbraucherpolitik. Aber ich frage Sie, ob es nicht doch erforderlich ist, daß wir ein Gebäude für alle diese Einzeldisziplinen einer politischen Betätigung haben. Brauchen wir nicht einen Rahmen, in dem wir unsere Sozialpolitik sich vollziehen lassen, mit dem wir vor die Öffentlichkeit treten können? Brauchen wir nicht eine Gesellschaftspolitik, die tatsächlich zündet, die wir in den nächsten 15 Jahren verwirklichen können?

Ich bin mir darüber im klaren, daß wir in den nächsten 20 Minuten hier keine kühne Gesellschaftspolitik der nächsten 15 Jahre finden werden, die uns durch die Kühnheit ihrer Ausblicke des Atems beraubt. Aber ich glaube, der Sozialausschuß muß sich mit dieser Frage befassen. Er wird es auch tun.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Hellwig: Das Wort hat Herr Örtel.

Örtel: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreundel Ich heiße nicht Adenauer, bin aber in der Nähe von Adenau geboren. Vielleicht gelingt es mir, kurz, einfach und vielleicht auch politisch zu sprechen. Das ist doch wohl etwas, was wir mit diesem Thema verbinden, was wir heute nachmittag aber schon einmal vermissen mußten.

Meine Damen und Herren, dieser Arbeitskreis steht unter dem Motto: Soziale Sicherheit = stabile Wirtschaft. Mir persönlich wäre es lieber gewesen, man hätte es umgekehrt formuliert: Stabile Wirtschaft = Soziale Sicherheit. Aber um diesen müßigen Streit geht es mir nicht. Denn dieser Mangel wird, wie ich sehe, aufgewogen durch die drei Untertitel: Währungsstabilität, Eigentum, Alterssicherung. Das sind in der Tat die Fragen, die für uns heute wichtig sind. Erlauben Sie mir, daß ich dazu einige Bemerkungen aus der Sicht der Mittelstandspolitik, die heute nachmittag nicht so ganz herausgekommen ist, mache.

Sie werden vielleicht fragen: Was interessiert die Währungsstabilität den Mittelstand? Sind es nicht im Grunde Unternehmer, die von den steigenden Preisen am meisten profitieren, schon weil es in einem solchen Trend viel einfacher ist, Waren und Leistungen zu verkaufen?

Nun, wer in dem leichten Erfolg das Erstrebenswerte sieht, wird dieser These zustimmen; und dann stimmt sie auch. Wer aber wie wir in der Mittelstandspolitik der CDU/CSU - ich sage das ganz bewußt und mit deutlichem Hinweis auf unsere Tradition in dieser Frage - die Leistung im Wettbewerb über den Erfolg der am Wirtschaftsleben beteiligten Menschen entscheiden lassen will, muß konsequenterweise auch gegen jedwede Verfälschung dieses Leistungswettbewerbs auftreten. Meine Damen und Herren, Inflationspolitik ist eine Verfälschung des Wettbewerbs. Weshalb? Weil es einigen, und eben nicht nur den Unternehmen, sondern auch anderen, hierbei gelingt, Sondervorteile - man kann es auch Differentialrenten nennen - herauszuholen, weil eben das Gegengewicht, die Konkurrenz, fehlt oder doch zumindest schwächer ist. Die Mittelstandspolitik unserer Partei will aber keine Sondervorteile. Sie will diese Sondervorteile für den Mittelstand nicht. Aber sie will sle auch keinesfalls für andere. Deshalb unterstützen wir die Politik der Währungspolitik, auch wenn einzelne - wenn nicht fast alle - Maßnahmen den kleinen Unternehmer besonders hart treffen.

Das beste Rezept zur Erhaltung der Stabilität scheint uns eine weitere Förderung des Wirtschaftswachstums zu sein. Daß sich diese Förderung und die Stabilität nicht ausschließen, wie viele Anhänger der Theorie des leichten Geldes meinen, läßt sich am besten daran ablesen, daß unser Land seit Jahren den niedrigsten Grad an Währungsverschlechterung und den höchsten Grad an Wirtschaftswachstum gehabt hat.

Nun ein paar Sätze zum Eigentum. Ich bedaure, daß man landläufig unter Eigentum heute die Eigentumsbildung breiter Schichten allein versteht. Der Mittelstandskreis unserer Partei bejaht die Politik der Eigentumsbildung. Wir bejahen sie, weil wir vielleicht besser als andere die Funktion des Eigentums kennen. Wir wollen besitzende Arbeitnehmer, schon einfach aus dem Grunde, weil nur besitzende Arbeitnehmer in der Lage sein werden, sich einmal selbständig zu machen. Darauf kommt es uns ja auch an.

Aber wir haben hier die herzliche Bitte — und ich weiß, daß sie nicht auf einen unfruchtbaren Boden fällt —, daß sich die Eigentumspolitik auch auf die bestehenden Vermögen erstrecken sollte. Der Mittelstand ist bestrebt, Maßnahmen auszudenken, die verhindern, daß Vermögen mißbraucht wird; denn hier wird es im wahrsten Sinne des Wortes riskiert.

Die Mittelstandspolitik steht und fällt mit der Person des Inhabers. Gibt es eigentlich eine schönere und bessere Ausprägung der Politik der freien Verantwortung?

Ich will hier nicht in die Mittelstandsromantik mancher Verbände zurückfallen. Aber ich wehre mich dagegen, daß bei den Mittelstandsproblemen nur die ökonomischen Einheiten und nicht die Menschen gesehen werden, die dahinterstehen.

Eigentumspolitik, jal Aber für alle! Wir sind uns einig.

Nun zum Schluß noch ein Wort zur Alterssicherung. Wir beklagen sehr oft die ständische Denkweise mancher Mittelstandspolitiker. Genauso beklagenswert ist aber, daß manche die Sozialpolitik als reine Arbeitnehmerangelegenheit betrachten und eifersüchtig über die Einhaltung dieser anfänglich sicherlich sinnvollen und berechtigten Abgrenzung wachen. Auch unsere Sozialpolitik ist für jeden da, der dieser Hilfe bedarf. Weil wir genau wissen, daß es im Mittelstand sehr viel mehr Not gibt, als nach außen erkennbar ist, und sehr viel mehr — mit Verlaub gesagt — Existenzangst, als man vielleicht wahrhaben will, wollen wir auch dafür sorgen, daß das soziale Netz auch für den Teil unseres Volkes aufgespannt wird, der seinen Beruf selbständig ausübt. Wir alle wollen die Fortsetzung der Politik der sozialen Marktwirtschaft.

Ich glaube, daß wir das Recht zu folgender Feststellung haben: Solange die CDU regiert, wird es keine Arbeitslosigkeit und keine Inflation in Deutschland geben. Das ist eine ganz wesentliche Feststellung. Wir können hinzufügen: Solange diese CDU/CSU die Geschicke unseres Landes bestimmt, wird das mittelständische Unternehmertum seinen festen Platz in unserer Gesellschaft haben. Wir bitten Sie alle – gleichgültig, wo Sie in unserer Partei stehen – um Ihre Mithilfe, daß dieser Satz auch in den kommenden Jahren seine Gültigkeit behält.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Hellwig: Das Wort hat Herr Dr. Dittmar.

Dr. Dittmar: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Heute morgen ist von Herrn Schmücker sozusagen ein Leitwort in seiner Rede gesetzt worden. Er hat gesagt: Ethos und Vernunft sind keine Gegensätze; sie gehören vielmehr zusammen. Ich glaube, das sollte man deutlich unterstreichen. Ethos ohne Vernunft wäre kein Ethos; aber Vernunft ohne Ethos, das wäre schädlich. Es ist das Verdienst der CDU, wirtschaftlich rationales Denken unter das Gebot des christlichen Ethos gestellt zu haben.

Ich glaube, es ist ein besonderer Erfolg unserer Politik, daß — wenn auch unter schweren Wehen — es allmählich dahin gekommen ist, daß wir eine konkrete Vermögenspolitik auch für die breiten Massen betreiben. Herr Minister Blank hat gesagt: Wir haben die ökonomische Entproletarisierung, seit drei Generationen ersehnt, völlig erreicht. Sicher gibt es gewisse Grenzbereiche, wo das noch nicht der Fall ist. Es gibt in der Tat noch da und dort ausgesprochenes Wohnungselend.

Aber die Politik, die unser Freund Lücke gemacht hat und weiter machen wird — unsere ganze Fraktion stimmt ihm da zu —, wird es ermöglichen, diese Not in naher Zukunft zu beseitigen.

Wenn wir jetzt hinsichtlich der Vermögensbildung einen entscheidenden Schritt tun, indem wir die tarifvertragliche Vereinbarung zulassen wollen, dann ist das im Grunde die Verwirklichung einer Konzeption. die wir bereits vor zwölf Jahren gehabt haben. Es ist nicht so, daß wir etwa von rechts überholt worden sind, daß uns Herr Leber gesagt habe, das müsse über Tarifverträge gehen. Das haben wir schon damals gesagt. Wir können die Hoffnung haben, daß die Verwirklichung der konsequenten Vermögensbildung der Arbeitnehmer nicht noch einmal drei Generationen dauern wird, auch wenn es in den nächsten Jahren noch erhebliche Schwierigkeiten geben wird. Ein so langer Zeitraum wäre traurig, denn immerhin sind es jetzt fast 75 Jahre her, seitdem der Begriff der Entproletarisierung des Proletariats in die Weltliteratur durch die Enzyklika Rerum novarum eingegangen ist. Vor 130 Jahren kam ein Buch heraus über die Verbesserung der Situation der Vermögenslosen. Hier müssen wir konsequent etwas tun. Wir hoffen, daß nicht nur das Gesetz verabschiedet wird, sondern daß auch der Appell befolgt wird, den wir schon vor Jahren ausgesprochen haben. die Sozialpartner möchten sich dieses Gesetzes annehmen und es verwirklichen. Dieser Appell sollte also Erfolg haben, und dadurch sollte unsere Politik auf diesem Gebiete bestätigt werden. Im übrigen hoffen wir, daß der Bundestag in Berlin dieses Gesetz mit einer großen Mehrheit verabschiedet, damit diese Konzeption unserer Partei bestätigt wird.

(Beifall)

(Zuruf aus dem Saal: Ich bitte, daß die Redner, die jetzt noch sprechen, nicht das wiederholen, was die Herren Minister Blank und Schmücker gesagt haben, sondern daß sie nur noch gegenteilige Meinungen vorbringen.)

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Hellwig: Ich habe dafür volles Verständnis und bitte, nach Möglichkeit danach zu verfahren. Ich kann aber nicht sagen, daß das ein ausreichender Still der Diskussion wäre. Das wäre vielmehr das Ende einer Diskussion. Es muß doch auf diese Diskussionsbeiträge eine Erwiderung zur Klarstellung möglich sein. Man sollte aber soviel Vertrauen zu den Rednern haben, daß sie ihre Zeit nicht überschreiten. Ich werde mir aber erlauben, nach Ablauf der fünf Minuten ein Zeichen zu geben.

Das Wort hat letzt Frau Kalinke.

Frau Kalinke: Ich bin sehr stolz, daß bei der ersten weiblichen Rednerin die Redezeit auf fünf Minuten beschränkt wird. Ich werde mich daran halten. Die Sozialpolitik ist keine Politik nur für die Arbeitnehmer, sondern sie ist eine Politik für alle Schichten des Volkes. Sie wird uns in Zukunft genausogut wie in der Vergangenheit gelingen, wenn wir nicht nur an die Empfangenden, sondern auch an die Zahlenden denken.

Ich bin dem Kollegen Scheppmann dankbar für sein — wie so immer — freimütiges und aufrichtiges Wort, daß er alles tun wird. Ich fürchte nur, daß er alles das, was Herr Blank in seiner Rede gesagt hat, in dieser Legislaturperiode nicht mehr machen kann. Die vielen Gedanken und Anregungen, die in dieser Rede enthalten waren, fügen sich nämlich nicht in den Rahmen einer Legislaturperiode. Sie sind aber äußerst wertvoll für die Arbeit, von der wir hoffen, daß wir sie durch die Führung der Christlich Demokratischen Union auch in den nächsten Jahren werden fortsetzen können.

Ich möchte hier etwas ansprechen, was heute noch nicht angeklungen ist. Die Annäherung der politischen Parteien und der Parteiprogramme, um die sich die SPD seit dem Godesberger Programm bemüht, ist so weit fortgeschritten, daß es wahrscheinlich nur noch einen Punkt gibt, in dem man sich klar von den herkömmlichen Ideen unterscheidet, nämlich in den Grenzfragen der Sozialpolitik. In diesen Fragen besteht ja, wie sich auch heute wieder gezeigt hat, eine weitgehende Übereinstimmung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Selbstverwaltung ist geradezu ein Musterbeispiel.

Es ist notwendig, daß wir uns jetzt auf einem Parteltag vor den Wahlen klarwerden, wie wir die Grundsätze, die Herr Blank heute morgen beschworen hat, in die Tat umsetzen. Diesen Grundsätzen stimme ich voll zu. Die Sozialpolitik muß vor allen Dingen nach der freien Persönlichkeit hin ausgerichtet werden. Es muß ein guter Ausgleich zwischen staatlicher Hilfe und eigener Leistung gefunden werden, damit der größte Freiheitsraum für den einzelnen respektiert und ermöglicht wird.

Das Problem für alle politischen Parteien und auch für uns liegt darin, daß wir in der Theorie völlig einig sind, daß wir im Zweifel auch wissen, wo unsere Grundsätze sind, auf die wir uns — evangelische wie katholische Christen — zu besinnen haben.

Aber in der Praxis, bei den Paragraphen, kommen wir manchmal ins Schlittern, wenn wir allen alles versprechen. Ich möchte in diesem Zusammenhang nicht versäumen, davor ernsthaft zu warnen.

Gerade an den Nahtstellen von Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik — diese Formulierung ist hier gefallen — und an den Nahtstellen von kollektiven und sozialistischen Idealen und unserer Vorstellung von der Person und den individuellen Sicherungsmöglichkeiten und Bedürfnissen der Person müssen wir uns von den Sozialisten unterscheiden. Hier ist es das Interesse der SPD, ihren Plan nicht transparent zu machen, während es unser Interesse sein muß, unsere Pläne sehr gründlich zu diskutieren, beiden die Kosten zu nennen, denen, die die Sache be-

zahlen müssen, und denen, die etwas erhalten werden. Es ist ja jetzt eine alltägliche Weisheit, daß die Empfänger von sozialen Leistungen in der Mehrheit diejenigen sind, die die Steuer- und Sozialbelträge aufbringen müssen. Ob man uns im Wahlkampf die Schwedenplatte oder die englische Krankheit serviert, wir sollten den Mut haben, uns mit beiden sehr ernsthaft auseinanderzusetzen. Wir sollten auch den Mut haben, denen die Situation ganz klar zu schildern, die hinsichtlich dessen, was Herr Minister Schmücker auf dem Mittelstandstag gesagt hat — ich meine hier die Öffnung der Rentenversicherung —, zu große Illusionen hegen und daran große Hoffnungen knüpfen.

Nur der, der eine ausreichend lange Zeit entsprechend hohe Beträge geleistet hat, kann die Chance haben, vom Staatszuschuß das Seine mitzubekommen. Wer aber glaubt, er könne aus dem Füllhorn des Staates etwas geschenkt bekommen, wird das weder nach den schwedischen Plänen noch nach den Plänen der FDP oder irgendwelchen illusionären Vorstellungen bekommen. Darin sollten wir uns im Zeitalter der Ideologien und der Illusionen von den anderen dadurch unterscheiden, daß wir ehrlich Roß und Reiter und auch die Kosten nennen.

Vorsitzender Dr. Hellwig: Meine Damen und Herren, es liegt zu dem Thema Vermögensbildung weiter eine Wortmeldung von Herrn Müller (Berlin) vor.

(Müller: Unter den obwaltenden Umständen verzichte ich!)

Frau Kötter (Oldenburg)!

(Zuruf: Verzichtet auch!)

Dann Herr Jansen!

Jansen: Meine sehr verehrten Damen und Herren: Herr Minister Blank hat in seiner Rede als Kernstück der neuen Sozialpolitik die Vermögensbildung der Arbeitnehmer herausgestellt. Dabei wurde auch das 312-DM-Gesetz angesprochen. Man erwartet ja, daß dieses Gesetz jetzt in Berlin verabschiedet wird.

Ich hätte dazu noch einige Ergänzungen zu bringen. Ich nehme an, daß dieses Gesetz noch einmal in einem Ausschuß beraten wird. In einem seiner Paragraphen wird als vermögenswirksame Leistung auch der Erwerb von Aktien angesehen. Ich möchte fragen, ob der Arbeitnehmer sein Kapital nur bei Aktiengesellschaften anlegen kann, oder ob das auch bei anderen Gesellschaftsformen möglich ist. Ich denke da an Kommanditgesellschaften, GmbHs, Produktivgenossenschaften, Wohnungsbaugenossenschaften und Konsumgenossenschaften. Das kann ich aus dem Gesetz nicht entnehmen.

Ich bin der Meinung, daß der Arbeitnehmer daran interessiert sein muß, vermögenswirksame Leistungen auch in seinen Betrieb einzubringen. Damit wird das Eigenkapital in seinem eigenen Betriebe gestärkt; zugleich wird aber auch die Mitbestimmung gestärkt. Das Dar-

lehen, das in verschiedener Form gegeben werden kann, stärkt nicht in dieser Weise die Mitbestimmung. Ich möchte also fragen, ob der betreffende Paragraph nicht in dieser Weise geändert oder ergänzt werden könnte.

Vorsitzender Dr. Hellwig: Das Wort hat Herr Damm.

Damm: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich muß unserem Herren Vorsitzenden eigentlich ein Kompliment über die Verhandlungsführung heute nachmittag machen. Denn wenn man die Reihenfolge der Redner beobachtet hat, kommt man ohne weiteres zu der Meinung, daß die Reihenfolge streng nach der Parteihierarchie festgelegt wurde.

(Heiterkeit)

Ich möchte nur zu einigen wenigen Dingen Stellung nehmen, und zwar im Telegrammstil, weil die Zeit schon so weit fortgeschritten ist.

Sie wissen selbst, daß der kleine Mann draußen, der Bundesbürger, Angst vor der schleichenden Geldentwertung hat und daß das mit ein Grund ist, weshalb man Eigentum nicht nur in Spargeld, sondern auch in Sachwerten bilden will: damit auch unsere arbeitenden Menschen Anteil an dem Wertzuwachs der Sachgüter haben. Daraus hat sich auch die Forderung nach Belegschaftsaktien ergeben.

Anknüpfend an das, was mein Herr Vorredner gesagt hat, und im Hinblick auf die Ausführungen von Parteifreund Schmücker über den Begriff des Beteiligungsvermögens möchte ich die Frage stellen, ob nicht die Möglichkeit besteht, im Rahmen des 312-DM-Gesetzes den Erwerb von Belegschaftsaktien vorzusehen, damit die Arbeitnehmer Miteigentümer des Betriebes werden und nicht bloß Lohn- und Gehaltsempfänger bleiben. Ich weiß, daß sich hier für die mittelständische Wirtschaft besondere Schwierigkeiten ergeben. Aber es würden sich sicher auch hier Wege finden lassen, um eine Lösung zu erreichen. Jedenfalls sollten wir nicht warten, bis unsere eigenen Ideen heute von Herrn Leber und morgen sogar von Herrn Brenner verwirklicht werden. Wir haben ja schon öfter erlebt, daß aus einem Saulus ein Paulus geworden ist.

Wenn von sozialer Sicherheit gesprochen wird — sie gehört ja mit zum Motto dieses Arbeitskreises —, dann muß das auch die Sicherheit für die Familie einschließen. Die sozialste Eigentumspolitik ist nach wie vor die Politik des Eigenheimbaus. Ich bin dem Herrn Parteifreund Blank dankbar, daß er heute früh in seinem Referat davon gesprochen hat, man sollte erreichen, daß den Kindern etwas hinterlassen wird. Insofern ist gerade das Eigenheim mit seinen Ideellen und sonstigen Werten als Vaterhaus usw. die Idealste Form der Eigentumsbildung.

Aber hier stehen wir vor einem Problem, das den Eigenheimbau nahezu unmöglich macht. Es erhebt sich nämlich die Frage, wieviel Arbeiter, die weniger als tausend Mark im Monat verdienen, seit 1960 überhaupt noch die Möglichkeit haben, ein Eigenheim zu bauen. Die Preise für Bauland springen ins Unermeßliche, sie steigen fast raketenhaft an. Unsere Juristen müßten sich eigentlich etwas einfallen lassen, um eine Möglichkeit zu finden — nicht wie das verunglückte Baulandgesetz, sondern vielleicht über die Einkommensbesteuerung —, dem Steigen der Preise für Baugelände, das den Eigenheimbau schlechterdings zum Erliegen bringt, Einhalt zu gebieten.

Ich bin sehr dankbar, daß Herr Schmücker von der Strukturpolitik gesprochen hat. Wir haben in Rheinland-Pfalz und gerade auch in der Pfalz weite Gebiete, die im Zustand von 1900 zurückgeblieben sind und die nur über eine vernünftige, gesunde Strukturpolitik den Anschluß finden können, vor allen Dingen deswegen, weil dort Alternativmöglichkeiten für die in der Landwirtschaft Tätigen fehlen; sie haben keine ausreichenden Möglichkeiten, in einem anderen Beruf unterzukommen.

Vor wenigen Tagen war eine Fernsehsendung über die Vermögensbildung. Dabei hat ein maßgebender Mann der deutschen Wirtschaft gesagt, die Arbeiter hätten bereits Vermögen, nämlich Autos, Fernsehgeräte usw. Meine Damen und Herren, von Autos und Fernsehgeräten bleibt nichts übrig, wenn sie ausgedient haben; sie wandern auf den Schrotthaufen. Das ist kein Vermögen, das ist Eigentum. Eigentum ist auch mein Füllhalter. Deswegen bin ich froh darüber, daß heute in diesem Arbeitskreis mehr das Wort von der Vermögensbildung als von der Eigentumsbildung gebraucht wurde. Es geht uns ja darum, unsere Menschen nicht nur zu Eigentümern zu machen, sondern auch zu Menschen, die wertbeständiges Vermögen besitzen, um dadurch schließlich auch eine zusätzliche Altersversorgung und Alterssicherung zu erreichen.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Hellwig: Das Wort hat Herr Protzner.

Protzner: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich will mich kurz fassen. Genau drei Minuten und dreißig Sekunden dauern meine Ausführungen.

Ich möchte hier nicht die Summe der Worte des Für und Wider ergänzen. Ich möchte hier endlich einmal danken. Ich möchte als Rentner für die Rentner hiermit der CDU-Fraktion und dem CDU-Sozialausschuß für die Leistungen danken. Denn der Dank gehört auch zu den Pflichten eines Christen.

(Beifall)

Ich möchte danken für die mühevolle Kleinarbeit – wir haben es heute wieder gesehen –, die man für uns und für das gesamte Volk leistet. Immerhin vertrete ich als Frührentner 52 Prozent der gesamten Rentner, also auch einen beträchtlichen Teil der Wähler.

Ich erlaube mir die Frage zu stellen — aber das ist eben nur als Frage zu verstehen —, wie auch wir Frührentner zu Eigentum kommen können. Wir gucken mit Argusaugen auf die Arbeitnehmer, die so schön Vermögen bilden können. Wir als Kleinrentner oder Frührentner können das nicht. Ich möchte Sie bitten, uns nicht zu Neuproletariern werden zu lassen, denn dann sind wir ein Stand, der zu den Proletariern gehört, und es droht sich eine neue Klasse zu bilden.

Ich möchte an dieser Stelle unseren Freunden in den Gewerkschaften und besonders in den Verbänden etwas ans Herz legen. Wenn ich jetzt etwas von Vermögensbildung für Kleinrentner oder Frührentner gesagt habe, dann sollen diese Leute nicht hingehen und sagen, das sei ihre Erfindung. Diese Gedanken, Eigentum auch für Rentner zu schaffen, stammen aus den Reihen der CDU und nirgendwo anders her. Ich möchte jenen Herren, diesen hemdärmeligen Verbandspräsidenten, keine Schlagzeilen liefern.

Ich hoffe nicht, daß diese Worte als Forderung verstanden werden. Wir wissen, daß wir als Rentner bei der CDU gut aufgehoben sind. Ich würde mich als Rentner bei den anderen nicht wohl fühlen. Ich möchte an dieser Stelle der CDU nochmals recht herzlich für die Leistungen der letzten Jahre danken. Das muß auch einmal gesagt werden, und das möchte ich bitten, im Protokoll festzuhalten.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Hellwig: Das Wort hat Herr Porten.

Porten: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Trotz der Auflösungserscheinungen unseres Arbeitskrelses nach diesem anstrengenden Nachmittag einige kurze Bemerkungen!

Ich glaube, es zeichnet sich die Bereitschaft zur Verständigung über die Alterssicherung der Selbständigen ab, zu der wir als CDU/CSU das Primat in Anspruch nehmen, insbesondere unser Wirtschaftsminister Schmücker, der bereits vor Jahren den Wunsch danach geäußert hat.

Die Vermögensbildung ist im Ausschuß für Arbeit entschieden, und das Plenum wird in Kürze entscheiden.

Wo sind die Dinge kontrovers bzw. ist noch keine Verständigung erreicht? Das ist besonders bei der Frage der Krankenversicherungsreform der Fall. Ich bin der Meinung, wie das heute im Laufe des Tages verschiedentlich gesagt wurde, wir sollten an eine solche Aufgabe mutig herangehen und nicht Flickwerk oder Stückwerk in übereilter Form verabschieden.

(Beifall)

Gerade das, was Kollege Stingl in seinem Rechenschafts- und Leistungsbericht über den sozialpolitischen Bereich ausgeführt hat, beweist uns im Rückblick auf die Reform der Rentenversicherung, daß nur ein geschlossenes, großes Werk bei unseren Rentnern Verständnis findet.

Wenn wir von der Wirtschaft her, Herr Bundesarbeitsminister, bereit sind, bei einer umfassenden Lösung der Krankenversicherungsreform auch das Problem der Lohnfortzahlung mit anzusprechen, so ist das eine Bereitschaft, die uns in den nächsten Wochen und Monaten als Partei und später als Fraktion vor bedeutsame Aufgaben stellt. Die Lösung muß gefunden werden unter dem Gesichtspunkt, wie die Partei das auf dem Bundesparteitag immer wieder herausgestellt hat: mehr Verantwortung für den einzelnen! Dabei sollte es kein Gezerre geben, sondern die Lösung sollte wirklich großzügig gesucht werden.

Wenn solche Gedanken mit nach Hause genommen werden, dann hat auch diese Restversammlung heute noch eine gute Aufgabe erfüllt.
(Beifall)

Vorsitzender Dr. Hellwig: Das Wort hat Herr Martius.

Martius: Sehr verehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wir haben heute sehr viel über Stabilität gesprochen, aber es ist noch in keiner Weise angeklungen, daß die Stabilität weitgehend mit den Löhnen zusammenhängt. Wir sollten hier den Mut haben, deutlich zu sagen, daß die CDU es geschafft hat, nachdem sie im Jahre 1949 einen Trümmerhaufen übernommen hat, bei einer Preissteigerung des berühmten Warenkorbes, also des Lebenshaltungsindex, von 23 Prozent eine 77prozentige Steigerung der Löhne zu erreichen.

Außerdem ist erreicht worden, daß wir heute mit unseren sozialen Leistungen insgesamt in der Welt an der Spitze stehen, weit vor Schweden und anderen Ländern. Dies sollte man einmal ganz klar herausstellen.

Wenn wir uns darüber hinaus bereit erklärt haben, die Krankenkassenreform mit der Lohnfortzahlung im Junktim — wie auf dem vorigen Parteitag beschlossen — durchzuführen, so ist das eine weitere Belastung, die auf die Wirtschaft zukommt. Ich glaube, wir haben alle Herrn Minister Blank wie Herrn Scheppmann richtig dahln verstanden, daß die Krankenkassenreform und die Lohnfortzahlung nur zusammen, im Junktim, durchgeführt werden sollen. Dabei ist natürlich das Kindergeld ausgenommen.

Aber zum Kindergeld ist sachlich zu sagen: Rund 1,2 Milliarden sind errechnet worden. Hierzu kommt das 312-DM-Gesetz, welches, wenn Sie vorsichtig peilen, vielleicht das Drei- bis Vierfache jener 1,2 Milliarden DM kostet.

(Zurufe)

Vorsitzender Dr. Hellwig: Zu einer Richtigstellung der hier genannten Zahlen hat das Wort Herr Minister Blank.

Bundesminister Blank: Meine Damen und Herren, ich möchte in diese Polemik nicht eintreten. Aber ich bitte Sie, wenn Sie schon Zahlen nennen, den ganzen Bereich zu nehmen. Die Wirtschaft ist im Laufe dieser Legislaturperiode entlastet von 1,2 Milliarden DM Kindergeld, entlastet von 2,2 Milliarden DM Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung. Aus dem 312-DM-Gesetz kann in diesem Jahr maximal ein Betrag von 200 Millionen DM auf sie zukommen. Wenn ich diese Beträge gegenüberstelle, kann ich wirklich nicht sagen, daß auf die Wirtschaft eine Milliardenbelastung zukäme, die von ihr nicht zu tragen sel.

(Beifall)

Ich möchte aber dieses Spiel nicht weitertreiben. Es ist zwischen mir und dem Industrie-Kurier hinreichend oft getrieben worden. Ich bin aber gerne bereit, wenn Sie es wünschen, ihnen alle Zahlen zur Verfügung zu stellen oder zu Protokoll zu geben.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Hellwig: Das Wort hat Herr Neuhaus.

Neuhaus: Meine Damen und Herren! Ich will nur noch etwas zur Klarstellung sagen. Ich war schon immer — Sie werden das, soweit Sie mich in Hannover gehört haben, bestätigen — für die arbeitsrechtliche Lösung der Lohnfortzahlung, allerdings auch für das Junktim mit der Krankenversicherungsreform. Auf diesem Standpunkt stehe ich auch heute noch, und zwar nicht im Blick auf Irgendwelche Rechnungen oder im Blick darauf, ob das Mehr oder Weniger viele Milliarden macht — das möchte ich ganz klar sagen —, sondern aus dem einzigen Grunde, der meines Erachtens auch das Referat von Herrn Blank von heute morgen beherrscht hat: Die CDU unterscheidet sich — zumindest von der Sozialdemokratie — darin, daß wir heute in der Sozialpolitik eine Hilfe zur Selbsthilfe und keine Fürsorge mehr sehen und daß wir die Eigenverantwortung des Menschen in unserem Staat stärken und fördern wollen.

(Beifall)

Rledel: Ich glaube, wir können dem Bundeswirtschaftsminister sehr dankbar dafür sein, daß er unser Volk heute vormittag als eine Leistungsgemeinschaft bezeichnet hat. In der Diskussion kam der Eindruck auf, als ob z. B. die beiden Begriffe Unternehmerwirtschaft und Arbeitnehmergesellschaft nicht nur Abgrenzungsbegriffe seien, sondern sich gegenseitig fast ausschlössen. Aus diesem Grunde habe ich mich zum Wort gemeldet. Ich habe mich heute mittag darüber gefreut, daß zur Frage der Altersversicherung für Selbständige von dem Kollegen Stingl auch für die Arbeitnehmerseite eine erfreuliche Aufgeschlossenheit gezeigt wurde. Aber ich hätte es begrüßt, wenn Herr Russe, einer unserer Diskussionsteilnehmer, die Aufstiegsmöglichkeiten für Arbei-

ter um eine Stufe erweitert hätte. Er sprach von Arbeitern, von qualifizierten Arbeitern, die auch noch zu Angestellten werden können.

Ich hätte es begrüßt, wenn man unser ganzes Wirtschafts- und Gesellschaftsgefüge auch auf Arbeitnehmerseite so verstanden hätte, daß der Wunsch und der Wille begrüßt würde, selbständig zu werden. Das wäre die Erhöhung der Stufenleiter. Wir sind uns doch hoffentlich alle darüber im klaren, daß das Hinüberwechseln aus der Unselbständigkeit in die Selbständigkeit notwendig ist, um die Dynamik der Wirtschaft zu erhalten. Wir können es ja aus den Zahlen ablesen, woher im Grunde die Selbständigen kommen.

Aus den mittelständischen Kreisen ist bezüglich der Frage der Lohnfortzahlung und des 312-Mark-Gesetzes auf die Gefahr der Überbelastung der kleinen und jungen Existenzen aufmerksam gemacht worden, die nicht den Übergang zum Unternehmer fördern, sonderni geradezu eine abschreckende Wirkung haben. Das zeigt eine Verarmung der Struktur, die sich auf lange Sicht zeigen wird. Es geht nur darum, daß die Belastungen in einer Form gehalten werden, die nicht dazu führt, daß zuerst die falschen Positionen in der Dynamik des Geschehens geschliffen werden.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Hellwig: Das Wort hat Herr Rehrmann.

Rehrmann: Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Gestatten Sie mir zum Abschluß einige Bemerkungen zur Kriegsopferversorgung. Als Vorsitzender des Bundesarbeitskrelses für Kriegsopfer- und Helmkehrerfragen bin ich ermächtigt, zuerst unserer Fraktion im Bundestag sehr herzlich für die Verabschiedung der Zweiten Novelle zum Bundesversorgungsgesetz zu danken. Diese Zweite Novelle ist eine gute, mutige Tat gewesen. Leider Gottes haben wir sie im politischen Tageskampf draußen nicht so gut verkaufen können, wie es diese Novelle verdient hätte.

Wir bitten den Parteitag und den Herrn Berichterstatter, nach Möglichkeit noch drei Thesen, die unser Arbeitskreis kürzlich erarbeitet hat, in die Entschließung aufzunehmen. Es handelt sich einmal um folgendes. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß bei der Weiterentwicklung des Kriegsopferrechts dem Entschädigungsgedanken auch weiterhin der Vorrang gebührt. Wir haben heute morgen von Herrn Bundesarbeitsminister Blank gehört, daß man sich auf dem ganzen Gebiet der sozialen Sicherung von dem Fürsorgegedanken wegentwickelt. Wir sind der Meinung, daß das auch auf dem Gebiet des Kriegsopferrechts so sein muß. Zweitens sind wir der Meinung, daß die Kriegsopferversorgung in Zukunft nicht mehr von der Produktivitätsentwicklung der Volkswirtschaft ausgeschlossen werden kann. Das ist vorhin bereits von unserem Freund Stingl angedeutet worden. Ich möchte ihm auch dafür danken. Genauso wie die Renten für die Arbeiter und An-

gestellten oder die Knappschaftsversicherungsrenten sollte auch die Kriegsopferversorgung stetig an die Produktivitätsentwicklung angepaßt werden, damit wir uns im Lande draußen nicht immer wieder mit diesen Fragen politisch auseinanderzusetzen haben.

Drittens begrüßen wir es, daß die Kriegsopferversorgung mit der Soldatenversorgung unserer neuen Bundeswehr gekoppelt ist, daß also nicht verschiedene Wege gegangen worden sind. Wir sollten dafür dankbar sein, daß hiermit staatspolitisch ein so vernünftiger Weg gegangen worden ist.

Vorsitzender Dr. Hellwig: Hier wird uns der Entwurf eines Antrags für eine Entschließung unterbreitet. Wie Ich schon zu Beginn unserer Verhandlung gesagt habe, verabschieden die Arbeitskreise dieses Parteitages keine Entschließungen. Daher sind wir nicht in der Lage, Einzelanträge für eine solche Entschließung zu diskutieren. Wir werden sie selbstverständlich an das Redaktionskomitee für die Gesamtentschließung dieses Parteitages weiterleiten; Herr Katzer und ich sind ja darin. Die Gesamtlinie dieses Parteitags geht dahin, keine Entschließungen zu den einzelnen Sachgebieten zu verabschieden, sondern nur ein Gesamtbekenntnis der CDU zur Fortsetzung ihrer Politik abzulegen. Das Wort hat Herr Brück.

Brück: Herr Vorsitzender! Meine lieben Unionsfreunde! Herr Örtel hat soeben davon gesprochen, daß dieser Arbeitskreis II unter dem Motto steht "Soziale Sicherheit — stabile Wirtschaft". Lassen Sie mich sagen: Wenn sowohl das eine wie das andere funktionieren soll, muß als drittes eine gute Verwaltung hinzukommen.

Wenn die Wirtschaft die Garantie dafür gibt, daß eine gute Sozialpolitik betrieben wird und die beiden Dinge doch irgendwo zusammentreffen, bin ich der Meinung, daß in unserer Gemeinschaft auf
einen Stand nicht verzichtet werden kann — er muß deshalb unbedingt
angesprochen werden —, nämlich auf ein pflichtbewußtes Staatsdienertum,

(Beifall)

das in jeder Weise in guten, aber auch in schlechten Zeiten funktionieren muß.

Wenn nun inzwischen alle wieder sagen: Das Staatsdienertum war, ist wieder und soll auch in Zukunft ein Berufsbeamtentum sein, so bitte ich Sie um diese auch in der Praxis unbedingt notwendige Überlegung: Wenn einmal eine schwierige Zeit auf uns zukommt, wenn einmal eine unruhige See unser Vaterland treffen sollte, ist es dringend notwendig, einen Stabilitätsfaktor in einem echten, guten, pflichtbewußten Berufsbeamtentum zu haben.

Wir stellen im Augenblick fest, daß sich andere Leute sehr behutsam und sehr vorsichtig dieses Standes anzunehmen versuchen. Wir stellen das auf den Ebenen der Kommunen, des Landes, aber auch in Bonn

fest. Es scheint mir unbedingt geboten zu sein, daß wir uns um diese Dinge etwas stärker kümmern als bisher. Ich bitte Sie hier recht herzlich um Ihre Unterstützung.

Selbstverständlich können wir das nicht machen, was in einigen Ländern der Bundesrepublik durch das Parteibuchbeamtentum gewisser Leute geschieht. Das werden und können wir nicht machen; das darf nicht sein. Denn dieser Stand ist da, allen zu dienen, der Gemeinschaft zu dienen, dem Wohl des Ganzen zu dienen.

Herr Berichterstatter, ich habe die Bitte an Sie, daß Sie in Ihrem Bericht morgen im Plenum des Parteitages diese Frage des öffentlichen Dienstes unbedingt ansprechen, damit uns nicht vorgeworfen wird, wir kümmerten uns bei unseren Großveranstaltungen der Bundesparteitage nicht um diese Dinge. Sie wissen, daß an anderer Stelle und bei anderen Gelegenheiten hierüber sehr stark gesprochen worden ist. Wir können sagen, daß wir uns um den öffentlichen Dienst gekümmert haben. Es ist für uns selbstverständlich, daß in der Zukunft auch die materiellen Belange dieses Standes in der rechten Form gewahrt werden.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Hellwig: Das Wort hat Frau Marga Beitzel, dann Herr Wilhelm Felder, danach Herr Hermann Stehle.

(Zuruf: Zur Geschäftsordnung! Ich stelle den Antrag, die Rednerliste zu schließen!)

- Es ist der Antrag gestellt, die Rednerliste zu schließen. Sind Sie damit einverstanden?

(Zustimmung)

- Ich darf dann das Wort in der eben erwähnten Reihenfolge erteilen.

Frau Beitzel: Herr Vorsitzender! Meine Herren und Damen! Meine Parteifreunde! Als ich vor einigen Tagen meinen Chef um die drei Jahresurlaubstage bat, um hierherzufahren, ärgerte er sich und leistete Widerstand, und die Kollegen fragten: Was wollen Sie bei dieser Unternehmerpartei? Ich bedaure daher, auf meine Wortmeldung aus grundsätzlichen Erwägungen nicht verzichten zu können.

Wir haben gestern im Plenum gehört, die CDU sei eine Volkspartei, eine Partei des konservativen Fortschritts. Ich dachte zunächst, das sei paradox. Wenn ich mir überlege, daß konservativ mit Tradition gleichzusetzen ist, ist es richtig, Tradition aber nicht als Sofa verstanden, sondern als Sprungbrett.

Ich würde es deshalb begrüßen, wenn Kollege Katzer morgen in seinem Bericht vor dem Pienum ernsthaft Vorschläge für die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand in konkreter Form auf der gesetzgeberischen Ebene fordern würde, wozu bereits schon ganz reale Vorschläge vorliegen gemäß einer Denkschrift der Deutschen Angestelltengewerk-

schaft, einer Denkschrift, an der Herr Dr. Dittmar stark beteiligt ist und die der Öffentlichkeit bereits vorgelegt worden ist. Ich wünsche nur, daß das Ganze etwas vorangebracht wird. Ich meine, daß die CDU aus der Unverbindlichkeit der Diskussion auf diesem Gebiet herauskommen müßte, und zwar wegen des Wahljahrs, um für breite Wählerschichten glaubwürdiger zu sein oder zu bleiben.

Ich bin seit zehn Jahren im vorpolitischen Raum für die CDU tätig. Ich bin berufstätig. Wir stehen jeden Tag in der Auseinandersetzung sowohl mit den Kollegen als auch z. B. mit den Inhabern mittelständischer Betriebe im Lande Schleswig-Holstein. Deswegen mein Interesse an einem Vorankommen auf diesem Gebiet.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Hellwig: Liebe Parteifreunde! Zum Kernproblem Vermögensbildung führte Herr Minister Blank u. a. aus, wir brauchten nur das zu tun, was an der Zeit sei, was notwendig und was möglich sei. In diesem Zusammenhang muß ich darauf hinwelsen, daß das auch für das Unterlassen von Handlungen gelten muß, wodurch offen oder versteckt die Vermögensbildung auf breiter Basis gehemmt oder verhindert werden kann. So sollte z. B. die Verabschiedung des Vermögensbildungsgesetzes, des 312-Mark-Gesetzes, nicht ohne zwingende Gründe hinausgeschoben werden. Meines Erachtens wäre am 7. April in Berlin die rechte Zeit, und dort wäre auch der rechte Ort, um das, was notwendig und möglich ist, von unserem Bundestag zu tun.

Für die weiteren Diskussionen weise ich auf die Möglichkeiten hin, nach denen wir durch Wohnung und Eigentum eine stabilere Alterssicherung und Währung erreichen können. Diese Möglichkeiten sollten wir mehr als bisher beachten und durch gute, einfache und klare Gesetze die Wege dazu ebnen. Dadurch werden bessere Möglichkeiten als bisher geschaffen, ohne daß die Geldmittel des Staates mehr als bisher für diese Zwecke eingesetzt werden. Wenn Bundestag und Bundesregierung unseren Problemen noch mehr als bisher Beachtung schenkten, dann könnten wir Arbeitnehmer unsere Probleme durch die Realisierung der Forderung der Selbstfinanzierung für jeden mit eigenem Können lösen. Das müßte das Ziel aller Schaffenden sein.

(Beifall)

Voreitzender Dr. Hellwig: Das Wort als letzter der Rednerliste hat Herr Stehle.

Stehle: Meine Damen und Herren! Man sollte die große Ehre anerkennen, auch wenn man in der Reihe der Diskussionsredner noch 25 Vordermänner hat. Ich freue mich, daß ich nicht aufgegeben habe, obwohl ich schon drauf und dran war, auf meine Wortmeldung zu verzichten.

Ich wollte nur zwei Punkte ansprechen. Sie bejahen die Privatisierung der VEBA und die Verwendung der Erlöse hierfür. Ich war bei aller Freude darüber, daß die VEBA-Privatisierung nun endlich kommt, über die Begründung für das langsame Privatisierungstempo, das bisher zu bemerken war, etwas erstaunt. Herr Minister Dollinger, Sie haben als einen der Gründe angegeben, daß die Aufnahmefähigkeit des Publikums, für das wir ja die Privatisierung machen, eine raschere Privatisierung nicht tunlich erscheinen ließ, weil das eventuell nicht unterzubringen gewesen wäre. Ich glaube doch, daß der Ablauf der Preußag-Privatisierung und der Volkswagen-Privatisierung gezeigt hat, daß wir hier die Aufnahmebereitschaft der breiten Schichten der Arbeitnehmer für Produktivkapital etwas unterschätzen. Sie wissen doch, daß das in beiden Fällen haushoch überzeichnet und in Kürze untergebracht war. Ich glaube also, daß wir hier etwas zuversichtlicher sein sollten.

Ich bin auch davon überzeugt, daß die weiteren Privatisierungen unter der Führung des Herrn Dollinger jetzt zügig über die Bühne gehen. Wir wissen ja alle, daß es Schwierigkeiten zu überwinden gab. Wir wissen, daß andere Emittenten mitunter befürchten, auf dem Kapitalmarkt ins Gedränge zu kommen bei der Unterbringung ihrer eigenen Anleihen. Wir wissen, daß da und dort in den Ministerien Leute sind, die öffentliches Vermögen lieber erhalten und verwalten, als es zu verkaufen.

(Abg. Katzer: Kein böses Wort mehr!)

Der zweite Punkt betrifft das individuelle Förderungsprogramm, das aus den Mitteln des Volkswagenwerks, aus dem Erlös, gespeist wird.

(Abg. Katzer: Hier gibt es ja keine Erlöse!)

Aus den Erlösen des Volkswagenwerks wird das Leistungsförderungsgesetz gespeist. Hier haben wir eine individuelle Förderung. In diesem Zusammenhang, bei der Aufzählung der Berufe und Maßnahmen, die gefördert werden können, habe ich etwas vermißt, und zwar den sozialwirtschaftlichen und sozialkundlichen Bereich. Ich meine, daß das einer der Schwerpunkte sein müßte, die wir nicht außer acht lassen dürfen. Wenn wir nun eine sinnvolle und fruchtbare Mitbestimmung der Arbeitnehmer künftig in größerem Umfang haben werden und haben sollten, dann müssen die Menschen auch für diese Seite ihres Mitwirkens in der Wirtschaftsgesellschaft vorgebildet werden.

Ich möchte deshalb meinen, daß Sie das in Ihr Programm mit hineinnehmen und darauf achten, daß das drinbleibt. Das wäre alles, was ich noch zu sagen hatte.

Da ich der letzte Diskussionsredner bin, möchte ich die Gelegenheit benutzen und Ihnen, die Sie ausgehalten haben, vor allen Dingen aber auch den Herren, die vollzählig hier am Tisch ausgehalten haben, meinen Dank sagen.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Hellwig: Wir sind am Schluß einer sehr umfangreichen Diskussion, die — wie ich sagen möchte, und ich glaube, dabei in Ihrem Namen zu sprechen — nicht nur umfangreich in der Quantität der Redner und des behandelten Stoffes war, sondern auch ein Gewicht hat hinsichtlich der Qualität und der Art, wie diskutiert worden ist. Ich bin einer von denjenigen, die nicht die Diskussion scheuen, und ich glaube, wir sollten auch den Mut haben, uns dazu zu bekennen, daß wir in schwierigen Fragen bereit sind, das Gespräch zu führen und die Diskussion zu führen. Die Partei wäre tot und würde erstarrt sein, wenn sie nicht mehr die Kraft hätte, in ihren eigenen Reihen schwierige Probleme im Gespräch zu behandeln und einer Lösung zuzuführen.

(Beifall)

In diesem Geiste, glaube ich, sollten wir auch die Arbeit, die vor uns liegt, sehen, d. h. einmal von der Fraktion erwarten, daß sie die Punkte, die gemeinhin zu klären sind, verabschiedet. Darüber ist heute mehrfach eine Zusage gegeben worden. Viele Fragen werden des weiteren Gesprächs innerhalb der Partei noch bedürfen. Sie werden in der nächsten Legislaturperiode die Fraktionsarbeit bestimmen.

Ich glaube, am Schluß aber noch an eines erinnern zu sollen. Die Entscheidung, vor der das deutsche Volk in diesem Jahr steht, kann in ihrer Tragweite für die Weichenstellung in der Wirtschaftspolitik und in der Sozialpolitik, in der Stabilität und in der Sicherheit nicht hoch genug eingeschätzt werden. Sie hat hinsichtlich der politischen Tragweite den Rang der Bundestagswahl von 1949, wo erstmals eine große Entscheidung über die Weichenstellung der innerdeutschen Politik erfolgt ist. Ich hoffe, daß die Wähler bei den Diskussionen in den Wahlkämpfen usw. gerade im Geiste der Ausführungen, die heute von allen Selten hier gemacht worden sind, sich darüber klar sind, daß — wie es einmal ein amerikanischer Gewerkschaftsführer gesagt hat — die Menschen wissen sollten, wieviel Sicherheit sie gerade in der Freiheit haben. Unter dieser Erkenntnis sollten wir auch die schwere Arbeit, diese Entscheidung im kommenden Sommer vorzubereiten, durchführen.

Dank allen dafür, daß Sie ausgehalten haben; Dank allen, die an der Diskussion beteiligt waren, und Dank vor allem den Referenten, die die zusätzliche Arbeit übernommen hatten, uns das Ausgangsmaterial für eine umfangreiche Diskussion zu geben. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

(Schluß der Sitzung: 18.38)

Dienstag, 30. März 1965

Arbeitskreis III

Gesunde Umwelt - Gesunde Menschen

Die Tagung wird um 9.13 Uhr von dem Vorsitzenden Dr. Franz Meyers eröffnet.

Vorsitzender Dr. Meyers:

Meine Damen und Herren! Meine lieben Freunde in der Union! Zu Beginn unserer gemeinsamen Arbeit im Arbeitskreis III helße Ich Sie recht herzlich willkommen. Mein besonderer Willkommensgruß gilt den drei Referenten des heutigen Tages, der Frau Bundesministerin Dr. Schwarzhaupt sowie den Herren Bundesministern Lücke und Seebohm. Von ihren Ausführungen erwarten wir beträchtlichen Gewinn für unsere praktische politische Tagesarbeit!

(Beifall)

Ich darf zunächst darauf hinweisen, daß dieser Arbeitskreis nicht zum Ziele hat, eine völlig erschöpfende Darbietung aller der Themen zu liefern, die heute hier berührt werden sollen. Dafür ist der Raumordnungskongreß der Christlichen-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union 1965 vom 24. bis zum 26. Mai in Saarbrücken vorgesehen. Dieser Raumordnungskongreß steht unter dem Thema: "Deutschland morgen". Er aliedert sich in:

Arbeitskreis ! Raum und Gesellschaft morgen,

Arbeitskreis II Die Stadt von morgen, Arbeitskreis III Das Dorf von morgen,

Arbeitskreis IV Heim und Wohnung morgen,

Arbeitskreis V Soziale Wohnungswirtschaft morgen,

Arbeitskreis VI Raum morgen,

Arbeitskreis VII Raumordnung und Straßenbau,

Arbeitskreis VIII etwa — das Thema ist noch nicht abschließend bestimmt — Innerstädtische Verkehrsprobleme und Verkehrssicherheit. Wir aber stehen heute auf dem Parteitag vor der Frage, die Verzahnung dieser ganzen Themen vorzunehmen. Unsere heutige Arbeitstagung ist insofern eine Ergänzung der öffentlichen Kundgebung des gestrigen Tages.

Wenn ich nun auf das Thema komme, das ein weitgespanntes Thema ist — es ist völlig ausgeschlossen, dieses Thema überhaupt in einer Diskussion von mehreren Tagen zu bewältigen —, dann sehen Sie schon gleich, daß es hier nur darauf ankommen kann, die Verzahnung zu geben. Dieses Thema "Gesunde Umwelt — Gesunde Menschen" scheint auf den ersten Blick keine besonderen Beziehungen zur Politik zu besitzen. Aber das täuscht. Wir finden diese Beziehungen sofort, wenn wir den Begriff der Politik, insbesondere den der Innenpolitik, richtig deuten. Politik wird nicht um Ihrer selbst willen getrieben, sondern Politik hat dem Menschen zu dienen, während sich die Außenpolitik darum bemüht, das Zusammenleben der Völker zu harmonisieren und zu erleichtern, ist es Aufgabe der Innenpolitik, den Menschen in unserem eigenen Staat möglichst gute Lebensbedingungen zu schaffen und zu erhalten.

Auf den so verstandenen Begriff der Innenpolitik habe ich bereits im April 1960 auf unserem 9. Parteitag hinweisen können. Ich habe damals die Innenpolitik als die Wechselbeziehung zwischen dem technischen Fortschritt, der Sozialpolitik und der Volksgesundheit ausgedeutet. Es ist daher meines Erachtens durchaus berechtigt, daß in immer stärkerem Maße Wert oder Unwert eines politischen Programms daran gemessen wird, in welchem Umfang es zur Schaffung und zur Erhaltung optimaler Lebensbedingungen beiträgt. Die Aufgabe, die sich daraus der politischen Führung stellt, habe ich bereits vor Jahren mit den Worten zu umschreiben versucht, es sei notwendig, daß seitens der politischen Führung alle Möglichkeiten geschaffen würden, die es dem Menschen ermöglichen, die Früchte seiner Arbeit freudiger und länger zu genießen.

Die beiden unerläßlichen Voraussetzungen für diese Politik bilden das Thema unserer heutigen Arbeitstagung, nämlich "Gesunde Umwelt — Gesunde Menschen". Unser Thema besitzt eine geradezu zentrale politische Bedeutung.

Meine Damen und Herren, im politischen Gespräch unter Freunden und in der öffentlichen Diskussion wird immer wieder darüber geklagt, daß sich allgemein eine politische Uninteressiertheit, ja sogar eine gewissse Lethargie und ein schwer faßbares, unübersehbares Mißbehagen breitmacht. Nun, ich muß Ihnen sagen, ich halte von diesen Klagen überhaupt nicht viel. Zunächst einmal scheint mir, daß in weiten Teilen der deutschen Öffentlichkeit Publizität und hektische Betriebsamkeit mit politischer Arbeit verwechselt werden. Gerade die Reaktionen des Herrn Brandt und ähnlicher Politiker auf unseren gestrigen Parteitag zeigen mir, daß hier in der Politik selbst Menschen tätig sind, die schon die Unterschiede nicht mehr richtig sehen.

Ich muß sagen, ich halte auch weiter von diesen Klagen nichts, weil wir unsere Politik modern sehen. Wenn wir sie so modern sehen, wie ich sie umschrieben habe, so ist das politische Interesse unserer Mitbürger durchaus wach. Unser Nebenmann interesslert sich vielleicht nicht für den politisch-ideologischen Gehalt eines Parteiprogramms, aber er verfolgt mit einer unbestechlichen Aufmerksamkeit, wie sich seine eigenen Lebens- und Umweltsbedingungen unter der verantwortlichen Führung einer bestimmten politischen Partei verbessern oder verschlechtern. Der Bürger unseres Staates hat das sehr richtige Gefühl dafür, daß er nicht selbst mehr die Möglichkeit besitzt, seine Lebens- und Umweltsbedingungen aus eigener Kraft zu gestalten. Er erwartet deshalb, daß unter der Führung der Frauen und Männer seines politischen Vertrauens durch den Staat wirksame Hilfe geleistet wird.

Der einzelne Bürger will — meines Erachtens mit Recht — in dem Wirken der politischen Parteien die Gewähr dafür finden, daß er die Früchte seiner Arbeit und seines Fleißes als gesunder Mensch in einer gesunden Umwelt genießen kann. Wenn er von starken Kräften nationaler oder sogar internationaler Entwicklungen Auswirkungen auf sein eigenes Dasein erwartet und wenn diese Auswirkungen fühlbar werden, so verlangt er nach praktischen Maßnahmen der Staatsführung, die ihm die Sicherheit geben, daß seine Sorgen auch die Sorgen eben dieser Staatsführung sind. Gewinnt er diese Sicherheit, so kann das viel berufene oder beschriebene Mißbehagen gar nicht entstehen. Hier liegen die wirklichen Gradmesser für die Bewertung innerpolitischer Entscheidungen.

Meines Erachtens braucht die CDU eine Bewertung dieser innenpolitischen Entscheidung nicht zu scheuen. Wir werden das aus den Referaten des heutigen Tages hören. Wir werden hören, welche Maßnahmen der Bund ergriffen hat und welche noch geplant werden, um die wichtigen Fragen der Gesundheit, des Städtebaues und der Raumordnung, der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf Schiene und Straße einer Lösung zuzuführen.

Wir werden im Anschluß an die Referate, die zusammen, hintereinander gehalten werden, die Diskussion in die einzelnen Gebiete trennen, nämlich in Gesundheit, Städtebau, Wohnungsbau und den Verkehr, und jedem Kreis für sich eine geschlossene Diskussion widmen, damit die Diskussion nicht so sehr zerflattert.

Lassen Sie mich damit schließen, daß ich Sie bitte, Ihre Wortmeldungen nach Möglichkeit so abzugeben, daß wir sie schon nach den einzelnen Themen getrennt sammeln können. Sie haben die Blocks für die Wortmeldungen in Ihren Unterlagen für den Parteitag gefunden. Ich bitte Sie außerdem, immer auch das besondere Thema, zum dem Sie sprechen wollen, getrennt nach den Themen, die wir heute im Arbeitskreis behandeln, aufzuschreiben, damit wir der thematischen, in sich geschlossenen Diskussion auch einen breiten Raum geben können.

Ich darf nunmehr der ersten Referentin, der Frau Bundesministerin Dr. Schwarzhaupt, das Wort erteilen.

(Beifall)

Bundesminister Frau Dr. Schwarzhaupt: Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident Meyers hat eben gesagt: Der Bürger mißt sein politisches Urteil daran, wie es ihm geht, an seinem Wohlergehen, an den für ihn persönlich greifbaren Verhältnissen.

Genau da setzen unsere Gegner an. Bundeskanzler Erhard hat am Sonntagabend davon gesprochen, daß so eine Verbreitung von Unbehagen durch unser Volk geht, daß man die negativen Tatsachen heraushebt und die positiven zurückbehält. Da ist die Rede davon, daß die Löhne zu niedrig und die Preise zu hoch selen und die Renten zu niedrig und die Mieten zu hoch, und es ist sehr viel weniger die Rede davon, daß es uns, im ganzen gesehen, großzügig gesehen, gut, sehr viel besser geht, als wir vor langem selber geglaubt haben. Etwas davon, von dieser Verbreitung negativer Nachrichten, von diesem Hervorheben negativer Bilder betrifft auch das Bild, das von mancher Seite in unserem Lande vom Gesundheitswesen in unserem Lande verbreitet wird.

Da wird auch viel geredet von dem Ansteigen der Verschleißkrankheiten, vom Ansteigen der Angst vor dem Krebs, und es wird die Frage gestellt: Was tun wir dagegen? Da wird vom Fehlen von Krankenhausbetten und Krankenhauspersonal geredet und vom schlechten Gesundheitszustand der Jugend oder der arbeitenden Menschen, der Menschen überhaupt, und es wird sehr wenig von dem geredet, was hier positiv und für uns alle segensreich zu sagen ist.

Gesundheit läßt sich nicht messen. Es ist schwer festzustellen: Ist der Gesundheitszustand eines Volkes gut oder nicht. Aber zu diesen negativen Tatsachen sind sehr viele positive Tatsachen festzustellen.

Festzustellen ist, daß die verheerenden Seuchen früherer Zeiten fast verschwunden sind, festzustellen ist, daß infolge moderner Behandlungsund Vorbeugungsmethoden eine Reihe von Krankheiten, die früher oder
oft zum Tode geführt haben, geheilt werden: Lungenentzündung, Diphterie, Scharlach. In den wenigsten Fällen lassen sie sich nicht heilen. Eine
Krankheit wie die Kinderlähmung geht infolge der Schluckimpfung, an
der alle Regierungen unserer Länder und des Bundes mitgewirkt haben,
zurück. Die Berufskrankheiten nehmen ab. Sie nehmen ganz drastisch
ab, und die Menschen werden älter. Die Zunahme der Verschleißkrankheiten und die Überfüllung der ärztlichen Wartezimmer, die als schreckliche Tatsachen hingestellt werden, hängen sicher zum Teil mit der
positiven Tatsache des Steigens des Lebensalters zusammen, das heißt,
sie hängen damit zusammen, daß ein größerer Teil alter Menschen in
unserem Volke lebt, die natürlicherweise mehr zum Arzt gehen, die
natürlicherweise mehr unter Verschleißkrankheiten leiden.

Wieweit der Gesundheitszustand jugendlicher und in der Arbeit stehender Menschen, wieweit die verhältnismäßig hohe Zahl der Frühinvaliden wirklich Anzeichen für eine Verschlechterung des allgemeinen Zustands sind, wieweit sie nicht ganz andere Ursachen haben, läßt sich nicht mit mathematischer Sicherheit feststellen. Aber es ist zu beachten, daß auch beim Zustandekommen dieser Zahlen eine größere Sorgfalt in der statistischen Erhebung und in der ärztlichen Diagnose oder auch sozialer Umstände eine Rolle spielen. Richtig ist aber, daß subjektiv die Sorge um die Gesundheit zugenommen hat, daß die Zahl der Menschen, die heute sagen: ich bin gesund, vielleicht geringer ist als vor 50, 60 Jahren. Das ist aber kein objektiver Maßstab.

Dabei spielt sicher auch die Tatsache — und gerade die, mit der wir uns heute beschäftigen wollen — eine Rolle, nämlich die, daß jeder weiß, daß aus seiner Umwelt, aus der Luft, aus den industriell hergestellten Lebensmitteln, aus dem Wasser und auch aus anderen Umständen seiner Umwelt Krankheitsgefahren auf ihn zukommen, daß er sich dagegen nicht selber wehren kann. Dies bringt ihn in ein Gefühl der Unsicherheit und Sorge, mit dem wir uns durchaus ernstlich auseinandersetzen müssen.

Objektiv läßt sich feststellen, daß diese Umwelt den Menschen Einflüssen ausliefert, die seine Gesundheit schädigen können, die sie schädigen können, wenn sie auf die Dauer in hohem Maße regelmäßig auf ihn einwirken. Die unverbrannten Kohlenwasserstoffe aus den Fahrzeugmotoren, das Schwefeldioxyd aus Heizungsanlagen, sowohl der Wohnhäuser als auch der Industrieunternehmen, enthalten Stoffe, die ohne Zweifel auf die Dauer gesundheitsschädlich sind.

Es ist eine dringende Aufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden, diesen Gefahren zu begegnen, dem Menschen eine Umwelt zu gestalten, in der er ohne gesundheitsschädigende Einflüsse leben kann. Selbst wenn wir feststellen, daß der allgemeine Gesundheitszustand der Menschen in unserem Volke gar nicht so beklagenswert ist, wie das gelegentlich dargestellt wird, selbst dann, wenn es sich nur darum handelt, ihn noch besser zu machen, dürfen wir nichts unterlassen, um diesen Schäden zu begegnen.

Was können wir tun? — In der Zukunft liegt für uns die Vorstellung von einer Raumordnung, in der die Industrien so angesiedelt sind, daß sie weder für das Grundwasser noch für die Gesundheit der Menschen eine Gefahr sind. Über diese Probleme wird Herr Lücke sprechen. Auf dem Gebiet der Verkehrsplanung sollte vieles geschehen und wird vieles geschehen, um Wohnsiedlungen von den schwersten Störungen des Straßen- und Flugzeuglärms zu schützen. Darüber wird Herr Seebohm sprechen.

Aber was kann heute und jetzt geschehen? Was kann heute und jetzt geschehen in einer Zeit, in der nun einmal Menschen in Großstadtstraßen leben, durch die der große Autoverkehr geht, und in der nun

einmal Menschen in Industriestädten leben, ganz nahe und dicht bei Industrieunternehmen, die bestimmte Verschmutzungen von Luft und Wasser mit sich bringen.

Die politische Mitverantwortung, die wir haben, zeigt sich bei allen diesen Fragen — bei der Luft, beim Wasser, beim Lärm — in drei Fragenbereichen. Das eine ist, wie ist der Stand der Technik, was erlaubt er uns an Anforderungen; zweitens: Was können wir als Gesetzgeber tun, wie ist die gesetzliche Lage; und drittens: Wer soll das bezahlen? Zu diesen drei Problemen ist kurz folgendes zu sagen:

Erstens zum Stand der Technik: In bezug auf die Abwasserreinigung ist technisch sehr viel möglich. Von bestimmten Industrieabwässern abgesehen, von der Versalzung, die aus bestimmten Bergwerken kommt, abgesehen, ist technisch durch eine dreistufige Kläranlage, die allerdings ein teures Unternehmen ist, fast alles Abwasser so zu reinigen, daß ein Fluß ein Fluß wird, in dem man schwimmen kann, der nicht mehr den heutigen unappetitlichen Zustand vieler Flüsse zeigt.

Die Abgasreinigung stellt schwere technische Probleme. Der Zementstaub läßt sich bis auf kleine Reste filtern. Auch der braune Rauch läßt sich vermeiden. Aber eine Reihe anderer Stoffe lassen sich technisch im Augenblick noch nicht vermeiden, z. B. das Schwefeloxyd aus den Heizungsanlagen. Hier ist die erste Aufgabe des Staates, die Forschung zu intensivieren, der Forschung zu helfen, Mittel für Forschung zur Verfügung zu stellen, damit wir dort, wo der Stand der Technik nicht ausreicht, ohne Niederlegung ganzer Fabrikationszweige die Luft- und Wasserverunreinigung verhindern helfen.

Für Forschungsaufträge auf dem Gebiet des Gesundheitswesens überhaupt – wozu auch die Wasserwirtschaft gehört – sind im Bundeshaushalt 1965 2,9 Millionen DM veranschlagt. Unter uns gesagt: Wir könnten natürlich sehr viel mehr brauchen. Aber das wird jeder Minister sagen. In den vergangenen Jahren, von 1962 bis 1964, sind 5,5 Millionen DM dafür verwandt worden, und für 1966 haben wir eine ganz erhebliche Stelgerung der Ansätze gerade für diese Aufgaben vorgesehen.

Nun zur Gesetzgebung. Gesetzliche Grundlage für die Maßnahmen zur Luftreinhaltung war die Änderung der Gewerbeordnung vom 22. Dezember 1959. Es war eine Änderung, die gerade im Hinblick auf diese Probleme in der vorigen Legislaturperiode unter einer starken Initiative eines unserer Kollegen, des Herrn Dr. Schmidt (Wuppertal), eingebracht worden ist.

Auf dieser Basis hat das Bundesministerium für Gesundheitswesen nach langen und technisch sehr schwierigen Arbeiten eine technische Anleitung zur Durchführung dieser Bestimmungen herausgebracht. Diese technische Anleitung setzt der Gewerbeaufsicht, die ja mit der Durchführung der Gesetze befaßt ist, strenge Maßstäbe. Das Wichtige daran ist, daß die Maßstäbe strenger geworden sind als sie früher waren und daß sie im ganzen Bundesgebiet einheitlich angewandt werden sollen,

daß also nicht dasjenige Land, das zum Schutz seiner Bevölkerung der Industrie in bezug auf die Luftreinhaltung starke Auflagen macht, etwa den Nachteil hat, daß seine Industrie schlechter dran ist als die der anderen Länder, die weniger strenge Auflagen verlangen.

Das ist der Sinn dieser technischen Anleitung. Sie wird ergänzt durch ein zweites Gesetz, das ebenfalls in dieser Legislaturperiode vom Bundestag beschlossen worden ist: ein Gesetz über Vorsorgemaßnahmen auf dem Gebiet der Luftreinhaltung. Während die technische Anleitung bei der Emission, bei dem, was oben aus dem Schornstein heraustritt, angreift, hat dieses Vorsorgegesetz die Lage der Immissionen, also den Zustand an Ort und Stelle, da, wo die Menschen wohnen, wo Gärtnereien und Wiesen sind, im Auge. Hier sollen die einzelnen verschmutzenden und gefährdenden Stoffe festgestellt werden. Als Konsequenz sollen Luftreinhaltepläne erlassen werden. Es ist eine weitere Hilfe für das, was die Länder auf diesem Gebiet zu tun haben.

Einige Länder haben zur weiteren Ergänzung dieser Gesetzeslage, wo die Gesetze ineinandergreifen, eigene Luftreinhaltegesetze erlassen, z. B. die von der CDU regierten Länder Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Wir werden gerade von sozialdemokratischer Seite immer wieder angegriffen: Was tut ihr?! Was habt ihr getan?! — Dazu können wir nur sagen: Nun sind die Länder am Zug; nun sind auch die von der SPD regierten Länder am Zug. Denn weiter wird die Bundesgesetzgebung im Augenblick nicht gehen können. Die Durchführung dieser Bestimmungen, die vom Bund her erlassen worden sind, ist Sache der Länder.

Im Ergebnis läßt sich sagen, daß sich die Verhältnisse gebessert haben. Wir sehen natürlich immer noch dahin, wo noch belästigender Rauch aus den Schornsteinen kommt, und übersehen leicht die Stellen, wo er sich gemindert hat, wo sich auf Grund der Meßergebnisse die Verhältnisse gebessert haben. Mir liegen Zahlen aus der Stadt Duisburg vor. Dort ist auf Grund von Untersuchungen festgestellt worden, daß die staubförmigen Verunreinigungen aus den Schornsteinen im gesamten Stadtgebiet von 1961 bis 1963 um ca. 20 Prozent zurückgegangen sind. Sie sind zurückgegangen, obgleich die Produktion ausgeweitet worden ist. Ich könnte Ihnen noch ähnliche Zahlen aus Dortmund nennen, wo die Messungen ein ähnliches Ergebnis gezeigt haben. Auch hier ist das Ergebnis zu sehen auf dem Hintergrund der Tatsache, daß die Produktion weiter ausgeweitet worden ist. Deshalb ist die 20prozentige Verbesserung mehr als eine 20prozentige Verbesserung. Sie weist auf sehr starke und wirksame Maßnahmen sowohl von seiten der Behörden als auch von seiten der Wirtschaft hin.

Eine gesetzliche Grundlage für die Wasserreinhaltung hat der Bund mit dem Wasserhaushaltsgesetz geschaffen. Hier ist der Grundsatz aufgestellt, daß alle neuen Industrieanlagen zur Ableitung ihrer Abwässer einer Genehmigung bedürfen, die nur erteilt wird, wenn für die Klärung des Abwassers Sorge getragen ist. Die Ausführung dieses Gesetzes – eines Rahmengesetzes – ist wiederum Sache der Länder. Entscheidende Gesetze haben diesen vom Bund gesteckten Rahmen allerdings in recht verschiedener Weise ausgefüllt.

Eine weitere gesetzliche Maßnahme auf diesem Gebiet von seiten des Bundes ist das Detergentiengesetz. Die Verordnung dazu ist im Oktober vergangenen Jahres in Kraft getreten. Sie hat den Zweck, die Schaumberge, die durch Waschmittel, die nicht schnell abgebaut werden, auf den Flüssen entstanden sind, allmählich verschwinden zu lassen. Wir können feststellen: Hier ist schon sehr viel verschwunden. Ich darf vielleicht in Klammern hinzufügen, daß es eine seltsame, unvollständige Berichterstattung ist, wenn kürzlich in einer Fernsehsendung Flüsse mit fürchterlichen Schaumbergen erschienen sind, aber dabei kein Wort davon gesagt worden ist, daß diese Schaumberge im Verschwinden begriffen sind und daß seit Oktober eine Verordnung in Kraft ist, die hier schon Ihre Wirkungen gezeigt hat.

Eine weitere gesetzgeberische Maßnahme aus dieser Legislaturperiode, die unter der Führung der CDU zustandegekommen ist, ist das sogenannte Pipeline-Gesetz, eine Änderung der bisherigen Gesetzgebung, wodurch die Errichtung von Ölleitungen im Hinblick auf den Schutz des Grundwassers einer Genehmigung bedarf.

Ferner ist ein Vorsorgegesetz zur Wasserreinhaltung zu nennen, mit dem Mindestbedingungen für eingeleitete Abwässer gesetzt werden sollen. Das Gesetz liegt zur Zeit dem Parlament vor.

Ich komme zu dem schwierigsten Problem: der Finanzierung. Wollte man jetzt auf einmal alles technisch Mögliche und all das, was vom Gesetzgeber und der Verwaltung her wünschenswert ist, auf diesem Gebiet tun, wären nach Berechnungen, die man aufgestellt hat, 14 bis 16 Milliarden DM erforderlich. Daraus ergibt sich allein schon, daß man schrittweise vorgehen muß.

Vieles ist schon geschehen. Es ist auch bereits viel Geld für diese Zwecke aufgewandt worden. Es wird noch viel mehr geschehen.

Dabei lassen wir uns von dem Grundsatz leiten — den dürfen wir nicht aufgeben —, daß derjenige, der verschmutzt, die Reinhaltung bezahlen muß. Die Wohnsiedlungen, die Gewässer verschmutzen, müssen die Kosten für die Reinhaltemaßnahme tragen. Ebenso müssen die Industrieunternehmungen, die die Luft oder das Wasser verschmutzen, mit ihren Mitteln dafür eintreten, daß diese Verschmutzung aufgehoben wird.

Dieser Grundsatz bedarf allerdings einer Maßnahme. Die alten Betriebe, insbesondere diejenigen, die in der Nachkriegszeit schnell aufgebaut worden sind, haben diesen Aufbau mit unser aller Zustimmung vollzogen, um schnell Arbeitsplätze zu schaffen. Es wurden Wohnsiedlungen errichtet, um den Menschen schnell wieder ein Dach über dem Kopf zu geben. Dabei wurde nicht immer gewartet, bis die dreistufige Kläranlage bereit war, bis alles das, was man etwa zur Luftfilterung tun kann, bereit

war. Im Grunde waren wir alle Nutznießer davon. Hätten wir damals bei dem Aufbau unserer Wirtschaft nach dem Kriege diejenigen Anforderungen an die Luft- und Wasserreinhaltung gestellt, die wir heute mit Recht stellen müssen, hätte mancher Jahre länger auf einen Arbeitsplatz, mancher länger auf eine Wohnung, auf ein Dach über dem Kopf warten müssen. Das rechtfertigt es, daß wir dort, wo alte Unternehmungen umbauen, sich erweitern, sich grundlegend ändern, neue Maschinen anstelle der alten anschaffen müssen, um den Anforderungen an die Luft- und Wasserreinhaltung zu genügen, mit öffentlichen finanziellen Mitteln helfen.

Wir tun das In vielfältiger Weise. Wir tun es, indem wir den mittelständischen Betrieben aus ERP-Mitteln langfristige, auf 18 Jahre laufende, gering verzinsliche Darlehen geben, damit sie die Ausgaben für eine Reinhaltung auf viele Jahre verteilen können.

Wir geben Bundesbürgschaften sowohl für die Luft- als auch für die Wasserreinhaltung. Sie sind in den Etats des letzten und des kommenden Jahres auf 50 Millionen DM veranschlagt.

Wir geben Steuererleichterungen für diejenigen Investitionen, die die Wirtschaft gerade für diese Zwecke aufbringt. Auch sind ganz erhebliche Beträge von dem Steuerfiskus anerkannt worden. In den letzten Jahren dieser Legislaturperiode werden es etwa 500 Millionen DM gewesen sein, die als steuerbegünstigte Investitionen der Wirtschaft für Luft- und Wasserreinhaltemaßnahmen anerkannt worden sind.

Schließlich wird es weiter unsere Aufgabe sein, außer direkten Darlehen, außer Steuervergünstigungen und außer Bürgschaften für Investitonen auf diesem Gebiet die Forschung zu fördern, die Gewerbeaufsicht und überhaupt die Aufsicht der Behörden zu verstärken, zu verhandeln, Auflagen zu machen und Schwerpunkte zu bilden, wo die erforderlichen Maßnahmen am dringendsten sind.

Um Ihnen zu zeigen, worum man sich bemüht hat und welche Ergebnisse man erzielt hat, darf ich noch einige Zahlen aus Dortmund nennen. Dort wurde festgestellt, daß der Gehalt an Stäuben in der Luft, die von dem Wasser einer bestimmten Kühlanlage aufgenommen worden sind, in der Zeit von 1956 bis 1964, also in acht Jahren, von 14,2 auf 4,4 Milligramm, also auf ein Drittel, je Liter Kühlwasser gesunken ist.

Das kann nur auf einen erheblichen Rückgang des Staubauswurfs von Industrien, die in der Windrichtung dieses Gebietes liegen, zurückzuführen sein. Es zeichnen sich weitere Erfolge und ein weiterer fühlbarer Rückgang von Staub-, Abgas- und Wasserverschmutzung für die nächsten Jahre ab. Dabei wird es der Grundsatz der CDU bleiben, daß der Mensch und sein Recht auf eine gesunde Umwelt den Vorrang vor rein wirtschaftlichen Interessen einzelner haben muß. Unser Grundsatz muß bleiben, daß alle technische Entwicklung, die die Produktion fördert, die die Arbeit erleichtert, die die Produktion verbilligt oder das Sozialprodukt erhöht, nur dann als ein Fortschritt gewertet werden kann, wenn

sie auch diejenigen technischen Maßnahmen in sich schließt, die Störungen von der Umwelt, von den Menschen in der Umwelt abwenden. Eine technische Entwicklung, die nur das Sozialprodukt ausweitet, die nur die Arbeit der Arbeitenden erleichtert, die nur mehr Gewinne bringt, die aber die Umwelt stört und schädigt, ist kein Fortschritt, sondern ist, auf das Ganze unseres Volkslebens gesehen, ein Rückschritt. Es wird weiter Aufgabe der CDU in Bund, Ländern und Gemeinden sein, gemeinsam daran mitzuarbeiten, daß alles, was wir aus guten Gründen, ohne daß man daraus einen Vorwurf erheben kann, hier aus der Vergangenheit an Quellen für Verunreinigung und Schädigung mitgeschleppt haben, Schritt für Schritt beseitigt wird. Sie können sich darauf verlassen — auch nach den Beisplelen, die wir gerade aus den Ländern gehört haben, in denen die CDU der Verantwortung hat —, daß in dieser Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Gemeinden von Jahr zu Jahr mehr geschehen wird.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Meyers: Ich danke der Frau Berichterstatterin für ihre Ausführungen und darf Sie, meine sehr verehrten lieben Parteifreunde, jetzt bitten, in der Zwischenzeit die Gelegenheit zu nehmen, Ihre Wortmeldungen zu diesem Thema zu geben. Denn wir beabsichtigen, nach den drei Referaten diese Themen noch am heutigen Vormittag zu diskutieren. Ob es zu Ende diskutiert werden kann, das hängt von Ihnen ab. Ich gebe geschäftsordnungsmäßig noch bekannt, daß ich wegen eines Empfanges des Herrn Bundeskanzlers Dr. Adenauer spätestens um 12.45 Uhr in die Mittagspause eintreten muß.

Darf ich nunmehr Herrn Bundesminister Lücke als zweiten Referenten bitten, das Wort zu ergreifen.

Dienstag, 30. März 1965

Arbeitskreis III

Gesunde Umwelt - Gesunde Menschen

Bundesminister Lücke:

Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreundel Verehrte Gäste! Wir haben uns in der CDU/CSU entschlossen, den Menschen in den Mittelpunkt unserer Politik zu stellen. Die Sorge um seine Gesundheit und die Sorge um eine gesunde, dem Menschen gerecht werdende Umgebung beschäftigt uns heute hier besonders. Wir haben von der verehrten Frau Kollegin Dr. Schwarzhaupt von den vielfältigen Gefahren gehört, die die Gesundheit des modernen Menschen gefährden.

Ich darf mich mit meinen Ausführungen den Maßnahmen zuwenden, die geeignet sind, die Umwelt menschengerecht zu gestalten, also gewissermaßen den elementaren Voraussetzungen für ein gesundes, menschenwürdiges Leben, eine Umwelt, die in der Wohnung, im Heim, im Dorf und in der Stadt ihren Ausdruck findet, also die Welt, in der unsere Menschen leben.

Das Grundgesetz setzt in seinen Grundrechten den Rahmen der Menschenrechte fest, der in keinem Fall in seinem Wesensgehalt angetastet werden darf. Die uns hier bei diesem Thema besonders interessierenden Artikel sind:

Art. 1:

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Art 6

Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung.

Art. 11:

Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.

Art: 13:

Die Wohnung ist unverletzlich.

Art. 14:

Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

Diese auszugsweise wiedergegebenen Grundrechte stellen für die praktische politische Arbeit den verpflichtenden Rahmen dar.

Die Wohnungsbaupolitik der CDU/CSU hat sich mit großem Nachdruck. aber auch mit großem Erfolg der Erfüllung dieser Grundrechte angenommen. Vom Familienheimgesetz bis zum Wohngeldgesetz galt unsere Sorge dem familiengerechten Wohnungsbau. Unsere Forderung, so zu bauen, wie es die Familien brauchen, ist heute fast selbstverständlich, gehört heute zum guten Ton. Das war nicht immer so. Welcher Kämpfe hat es bedurft, bis endlich der Gedanke des familiengerechten Wohnungsbaues, des Familienheimbaues sich in Deutschland durchsetztel Auch bis zur Stunde muß um jede vom Menschen, von der Familie her gedachte Bestimmung in der Wohnungsbaupolitik mit der Opposition nachdrücklich gekämpft werden. Ich erinnere an die Novelle zum Familienheimgesetz. Die Gegensätze, die bis an die Wurzel gehen, wurden und werden vor allem deutlich bei dem Kampf der Opposition gegen die Novelle zum Zweiten Wohnungsbaugesetz und bei der Vorlage eines eigenen Wohnungsbaugesetzes der Sozialdemokraten. Aus jeder Zeile dieses Gesetzes spricht das versorgungsstaatliche Denken dieser Partei. Im Grunde ist die Sozialdemokratie auch heute noch nicht bereit, der Forderung, daß die Familie das Ordnungsbild der Wohnungsbaupolitik sein muß, zuzustimmen. Das wird vor allem deutlich, wenn ich an die harten Kämpfe um den Vorrang der Eigentumsbildung im sozialen Wohnungsbau erinnere.

Meine Damen und Herren! Das Heim, die Wohnung ist für die gesunde Entwicklung der Menschen, vor allem aber für unsere Familien, von entscheidender Bedeutung. Das ist eine Binsenwahrheit, dennoch eine der ernstesten Wahrheiten, die wir hier, wo es um unsere Menschen geht, auf diesem Parteitag aussprechen müssen. Die Wohnung, das Familienheim, ist die erste Voraussetzung für die Gesunderhaltung der Menschen. Die familiengerechte Wohnung ist die wichtigste Voraussetzung für die Gesundung der Familie. Kleinstwohnungen zerstören die Familie. Die Stadt Wien wird in Europa zu den geburtenschwächsten Städten gerechnet. Wien ist die Stadt mit den meisten Kleinstwohnungen. In Schweden hat man dieselben Erfahrungen mit Kleinstwohnungen gemacht und ist längst reumütig dazu übergegangen, sich dem familiengerechten Wohnungsbau zuzuwenden. Meine Damen und Herren, da, wo man über eine fehlgeleitete Wohnungsbaupolitik der Familie den Lebensraum versagt, hat die Familie und damit das Volk keine Zukunft.

Heute wie morgen gilt daher für uns, die CDU, die Forderung: die beste angewandte Familienpolitik ist der Bau familiengerechter Heime, der Bau familiengerechter Wohnungen. Heute wie morgen gilt für unsere Wohnungsbaupolitik, daß sie dem Menschen, der Familie dienen muß.

Wir können auf eine gute Erfolgsbilanz verweisen. 8,5 Millionen Wohnungen, davon 4 Millionen öffentlich geförderte Sozialwohnungen, wurden in der hinter uns liegenden Zelt unter unserer Führung gebaut. 2,5

Millionen Familien kamen In dieser Zeit zu einem Familienheim. Jeder zweite Bewohner der Bundesrepublik Deutschland wohnt in einer neuen Wohnung. Dennoch bauen wir weiter. 623 000 Wohnungen konnten wir im letzten Jahre fertigstellen. Damit konnten wir das höchste Bauergebnis selt 1949 erreichen. In diesem Jahre, 1965, rechnen wir mit einem Fertigstellungsergebnis von 500 000 bis 550 000 Wohnungen. Für 1966, aber auch schon für 1967 kann dank unserer Politik schon jetzt ein Wohnungsbauergebnis von 500 000 und mehr Wohnungen vorausgesagt werden. Der Stopp der Degression der öffentlichen Mittel, den die CDU/CSU-Fraktion beschlossen hat, wird sicherstellen, daß auch künftighin der soziale Wohnungsbau mit Vorrang im Rahmen besonderer Programme seinen Platz behält. Ende des letzten Jahres zählten wir in der Bundesrepublik 18,4 Millionen Normalwohnungen, dagegen 18,3 Millionen Familien, Haushalte oder alleinstehende Personen, die als wohnungssuchend gemeldet waren.

Natürlich können diese Zahlen nichts darüber aussagen, wie der einzelne Bürger wohnt. Aber eine Aussage wird überzeugend unterstrichen, nämlich diese: der Zeitpunkt für den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft wurde richtig gewählt. Die Entwicklung in 462 Kreisen und Städten hat gezeigt, daß der Abbau dieser zwangswirtschaftlichen Bestimmungen keine unüberbrückbaren Schwierigkeiten ergeben hat. Weder die von der Opposition und ihren Hilfstruppen — Mieterbund, IG Metall, vor allem DGB — prophezeiten Kündigungs- noch Mietwucherwellen sind eingetreten. Dieser außerordentlich bedeutsame und schwierige Prozeß vollzog sich im großen und ganzen bis auf unvermeidliche Ausnahmen reibungslos.

Diese Tatsache, meine Damen und Herren, wird in unseren Nachbarländern mit Bewunderung zur Kenntnis genommen. Aber auch in der Bundesrepublik, bis in die Kreise der Opposition setzt sich immer mehr die Überzeugung durch, daß dieser Schritt zwar mutig, aber keineswegs leichtfertig war. Immer mehr wird unser Volk davon überzeugt, daß auch hier sich die Gesetze der sozialen Marktwirtschaft für den einzelnen wohltätiger auswirken als alle noch so gut gemeinten Reglementierungen durch Wohnungsämter und ähnliche Behörden. Die letzten Jahre waren gewiß nicht leicht. Unsere Gegner haben uns nichts geschenkt. Aber in der Zwischenzeit muß auch die Sozialdemokratie den Erfolg dieser Politik — wenn auch gelegentlich zähneknirschend — zugeben.

Der sichtbarste Erfolg des Abbaugesetzes ist aber die Tatsache, daß in zunehmendem Umfange anlagesuchendes Kapital in den Wohnungsbau drängt. Genau das wollten wir. Es lohnt sich wieder, Kapital im Wohnungsbau anzulegen. Nur so sind die ungewöhnlichen Bauergebnisse der Jahre 1964/1965 und die zu erwartenden Ergebnisse in den Jahren 1966/1967 zu erklären.

Wenn es nicht ein Gebot der Gerechtigkeit erfordert hätte, dem Hausbesitzer – das sind überwiegend kleine Leute - endlich wieder die Verfügbarkeit über sein Eigentum und die wirtschaftliche Nutzung zurückzugeben, so hätte man allein aus Gründen der wirtschaftlichen Vernunft die Zwangswirtschaft abbauen müssen. Nur so werden wir mit dem Problem der Wohnungsnot fertig. Nur so wurde möglich, die gigantische Zukunftsaufgabe der Erneuerung unserer Städte und Dörfer überhaupt ernsthaft in Angriff zu nehmen. Nur die dynamischen Kräfte der Marktwirtschaft sind stark genug, diese ungeheure Aufgabe zu lösen. Das zeigt die Tatsache, daß Schweden vom Ende der Wohnungsnot nie so weit entfernt war im Augenblick, obwohl Schweden keine Kriege hatte.

Bevor ich dazu Näheres ausführe, ein Wort zu den sozialen Sicherungen, die wir für den Schutz der Familie in diesen Gesetzen ausgebaut haben.

Zum 1. April tritt im gesamten Bundesgebiet das neue Wohngeldgesetz in Kraft. Ohne Rücksicht darauf, ob die Zwangswirtschaft abgebaut wird oder nicht, wird dieses Recht ab 1. April in Kraft treten. Dieses Gesetz löst die vielfältigen und damit auch die komplizierten Übergangslösungen ab. Mit diesem Gesetz werden zwei Grundsatzbestimmungen erfüllt. Erstens: Jeder Familie und jeder alleinstehenden Person wird der ausreichende Wohnraum wirtschaftlich gesichert. Zweitens: Jeder Familie, die ein Familienheim erworben hat, wird dieser Besitz wirtschaftlich gesichert.

Dieses Wohngeldgesetz hat eine große gesellschafts-, aber auch familienpolitische Bedeutung und muß und wird sicherlich zu den großen sozialpolitischen Gesetzeswerken der Nachkriegszeit gerechnet werden. In dieser Form, meine Damen und Herren, ist dieses Gesetz ohne Beispiel. Die Tatsache, daß es im Bundestag und Bundesrat einstimmig – also auch mit den Stimmen der Opposition — verabschiedet wurde, ist ein politischer Erfolg.

Mit diesem Recht wird der Weg von der objektbezogenen Subventionierung, die sich leider so oft als unsozial und ungerecht auswirkte, abgelöst und der Weg zur Subjekthilfe, nur auf den Menschen hin orientierten Hilfe, eingeschlagen. Damit wird ein Schritt auch Im Hinblick der Erfüllung der Grundrechte, die ich erwähnte, getan.

Meine Damen und Herren, diese Hilfen zur Selbsthilfe sind sozialgerecht und volkswirtschaftlich vernünftig. Da hier das Familien-Einkommen zugrunde gelegt wird, ist sichergestellt, daß nur der staatliche Hilfe bekommt, der dieser Hilfe bedarf. Es ist höchste Zeit, daß wir überall, in Gemeinde, Land und Bund, bei jeder Gelegenheit an diese gesellschaftspolitische Grundforderung erinnern. Bereits allzu viele wohnen in Sozialwohnungen, die nicht hineingehören.

(Beifall)

Für die CDU/CSU kommt es jetzt entscheidend darauf an, für die notwendige Aufklärung bis in die letzte Familie zu sorgen. Die noch im Gesetz verankerte Bestimmung, daß dieses Wohngeld, also Miet- und Lastenzuschüsse, nur für Einkommensbezieher gilt, für die der soziale Wohnungsbau in Frage kommt, mußte vorübergehend in Kauf genommen werden, um Erfahrungen mit diesem Gesetz zu sammeln. Diese Einschränkung wird — das ist mein fester Wille, auch der Wille unserer Freunde, die im Ausschuß daran mitgearbeitet haben — fallen, wenn die Erfahrungen bestätigen, daß die Aufwendungen für diese Hilfen in vertretbaren Grenzen bleiben. Die Grenze, die für das Wohngeld endgültig bleiben wird, ist der Prozentsatz des Einkommens, den jeder für die Wohnung aufzubringen hat, bevor staatliche Hilfe geleistet wird. Das Wohngeldgesetz wird in der jetzigen Form dazu beitragen, den weiteren Abbau der Zwangswirtschaft zu erleichtern.

ŧ

Ebenfalls zeigt sich immer mehr, daß der rechtliche Schutz des Wohnens durch die Bestimmungen, die wir in das Bürgerliche Gesetzbuch eingebaut haben, sichersteilt, daß die berechtigten Belange der Familien von den Gerichten bei der Kündigung als Widerspruch im Sinne des Gesetzes beachtet werden. Die Sozialklausel hat ihre Bewährungsprobe bestanden. Auch damit haben wir einen Schritt in Richtung auf einen modernen Rechtsschutz getan, der den Grundrechten unseres Grundgesetzes entspricht.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, daß der Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und die Einführung des sozialen Miet- und Wohnrechts die öffentliche Diskussion leidenschaftlich bewegt hat und noch bewegt, war von der Sache her verständlich. Doch jetzt schon kann festgestellt werden, daß sich diese vom Menschen und von der Familie her gedachte und konsequent durchgeführte Konzeption bewährt. Das ist ein außerordentlicher politischer Erfolg, wenn man bedenkt, daß die Wohnungszwangswirtschaft 44 Jahre währt, ein Erfolg, den diese Christlich Demokratische Union nachdrücklich in der innen- und parteipolitischen Diskussion herausstellen sollte.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die von uns angestrebte Partnerschaft der Mieter und Vermieter bewährt sich. Ebenso wie der "Prolet" der Vergangenheit angehört und dem Bürger gewichen ist, gehört diese Erscheinung, die wir aus dem Berliner Wedding und aus der Karikatur kennen, wo der Mieter der Sklave der Hausbesitzer ist, der Vergangenheit an. Mieter und Vermieter sind Partner, ein gesellschaftspolitischer Erfolg, auf den wir stolz sein dürfen.

Meine Damen und Herren, seit sechs Jahren arbeiten wir mit Schwergewicht an den Zukunftsaufgaben, nämlich der Raumordnung. Das Ziel der Raumordnung ist, durch Erneuerung unserer Dörfer und Städte im Rahmen einer wirksamen Raumordnung sicherzustellen, daß alle Menschen, gleichgültig ob sie in Hinterhöfen, in unzugänglichen Dörfern wohnen, daß alle Familien besser und schöner wohnen können. Das ist das Ziel der Raumordnung. Damit wurden allerdings Zukunftsaufgaben in Angrift

genommen, mit denen sich, wie unser verehrter Freund, der Vorsitzende Herr Ministerpräsident Meyers, sagte, der Kongreß in Saarbrücken "Deutschland morgen" vom 24. bls 26. Mai eingehend befassen wird.

Als ich vor sechs Jahren unserem Parteivorsitzenden Dr. Adenauer Pläne vortrug, nunmehr die Raumordnungspolitik zu aktivieren, stimmte er sofort zu. Sein einziges Bedenken war: "Wo finden Sie die Menschen, die zu diesen Aufgaben fähig sind?" Ich muß bekennen, dieses Hindernis gehört zu den schwerwiegendsten. Uns fehlen Planer, Leute, die diese Aufgaben vor allem in den mittieren Ebenen durchführen können.

Vor vier Jahren wurde nun das Ministerium beauftragt, den Städtebau, die Dorferneuerung, die Raumordnung vorzubereiten. Ein wesentlicher Abschnitt wurde mit der Verabschiedung des Bundesraumordnungsgesetzes und mit der Vorlage des Gesetzes zur Erneuerung der Städte und Dörfer an den Bundestag erreicht. Erlauben Sie mir bei dieser Gelegenheit, daß ich unserem verehrten Vorsitzenden, unserem Ministerpräsidenten Meyers, und unserem lieben Freund, dem Minister Franken, die beide aus unserem Land, aus Nordrhein-Westfalen, kommen, dafür danke, daß sie in besonderem Einsatz mit dafür tätig wurden, daß ein so wichtiges Gesetz wie das Raumordnungsgesetz erfolgreich verabschiedet werden konnte.

(Belfall)

Was will das Gesetz? Nach verbindlichen Grundsätzen werden künftig alle Maßnahmen koordiniert, die die Entwicklung der Gebiete der Bundesrepublik beeinflussen. Diese Grundsätze im Raumordnungsgesetz orientieren sich an dem Ordnungsbild unserer politischen Arbeit, dem Menschen, der Familie. Damit, meine Freunde, ist Raumordnungspolitik angewandte Gesellschaftspolitik. Diese Aufgabe ist neu. Ihr fehlt das Vorbild. Sie Ist mit Erfolg als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden und allen an der Gestaltung der räumlichen Ordnung beteiligten Planungsträgern durchzuführen. Die langjährigen Verhandlungen um das Raumordnungsgesetz mit diesen verbindlichen Grundsätzen, die schwierigen und schließlich noch erfolgreichen Beratungen zwischen Bund. Ländern und Gemeinden und den zahlreichen Organisationen und Verbänden machten nicht nur die Größe der sachlichen Probleme, sondern auch die verfassungsrechtlichen Probleme deutlich. Wenn es schließlich doch zu einem Gesetz gekommen ist, dann auch deshalb, well es bei allen politisch verantwortlichen Kreisen klar wurde, daß unsere Zeit mehr denn je eine wirksame Raumordnungspolitik erfordert.

Ohne eine solche Politik gibt es kelne Lösung der Verkehrsprobleme. Ohne eine solche Politik wird die Eigentumsfrage nicht befriedigend gelöst. Ohne eine wirksame Raumordnungspolitik bleibt die Erneuerung der Dörfer und Städte, bleibt der Neubau von Dörfern und Städten Stückwerk. Ebenso bleiben die Gesundheitspolitik und viele andere Aufgaben auf der Strecke.

Wie soll nun aber diese Aufgabe praktisch gelöst werden? In erster Linie durch die Koordinierung aller den Raum beeinflussenden Investitionen und Maßnahmen. Das wird auf Bundesebene durch einen Kabinettsausschuß für Raumordnung geschehen, der in den nächsten Tagen im Kabinett beschlossen werden soll. Die Maßnahmen dieser Art sollen zwischen Bund und Ländern ebenfalls durch entsprechende Gremien, in denen die politischen Vertreter des Bundes und der Länder vertreten sind. erörtert werden.

Raumordnungspolitik wird nur erfolgreich seln, wenn sie in den Händen der Politiker bleibt. Ein Beirat für Raumordnung wird den Minister auf Bundesebene beraten. Alle zwei Jahre, so ordnet das Gesetz an, zum ersten Male 1966, wird dem Bundestag ein Raumordnungsgesetz vorgelegt werden. Dieser Bericht über die räumliche Situation wird diskutiert und ähnlich dem Grünen Plan nicht mehr aus der parlamentarischen Diskussion verschwinden. Gerade diese Möglichkeiten werden nach meiner Meinung dieses erregende und aktuelle Thema auf der politischen Bühne belassen, wohin es gehört.

Eines der wesentlichsten Mittel für eine erfolgreiche Raumordnungspolitik fehlt noch, nämlich eine umfassende kommunale Steuer- und Finanzreform.

(Lebhafter Beifall)

einer Finanzreform, die der Konzentration entgegenwirkt, die bis zur Stunde – oft in recht unheilvoller Art – die Gewerbesteuer auslöst.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, diese Aufgabe muß endlich, und zwar bald, erfolgreich gelöst werden. Über diese Frage wird jetzt länger als zehn Jahre geredet.

(Sehr richtig!)

Jetzt soilte und muß gehandeit werden.

(Beifall)

Es geht nicht länger an, daß das Realsteueraufkommen in einzelnen Gemeinden 50 DM je Einwohner beträgt und in anderen 500 DM. Wie in aller Welt soll der Bürgermeister mit 50 DM Gewerbesteueraufkommen Gesundheitspolitik, Städtebaupolitik usw. betreiben! Jeder Kenner der Materie weiß, daß hier die Ursache für eine ungesunde Konzentration von Wirtschaftskraft und Bevölkerung liegt. In dem ungeordneten Gewerbesteuersystem, in dem Kommunalsteuersystem liegt auch die entscheidende Ursache dafür, daß der selbstverständliche Grundsatz, daß Planen und Bauen, daß also moderner Städtebau nicht an der Grenze der Gemeinde Halt machen darf, kaum praktiziert wird.

(Sehr richtial)

Aber durch dieses Gewerbesteuerrecht wird das in einer Weise praktiziert! Nun, was sage ich Ihnen! Sie werden darüber diskutieren. Das Bauen hört bei uns an den Gemeindegrenzen auf, und das im Jahre 1965, bei dem das Jahr 2000 vor uns steht mit einer völlig gewandelten Welt. Wir sollten endlich durchgreifende Maßnahmen treffen.

Ebenso fehlt zur Durchführung einer zukunftweisenden Raumordnungspolitik im Bereich der Regionalplanung die Raumordnungseinheit. Ich meine die Region. Die überholten regionalen Grenzen sind zur Durchführung dieser Politik nicht geeignet.

(Anhaltender Beifall)

Raumordnungspolitik kann man nicht in rund 25 000 Gemeinden durchführen. Ich rede hier nicht der Eingemeindung das Wort. Die Eingemeindung ist überholt. Was wir brauchen, sind Regionen, in denen die notwendigen Aufgaben gemeinsam gelöst werden. Ich begreife die Regionalplanung als Einrichtung der kommunalen Selbstverwaltung. Diese regionale Planung soll im Gegenstromprinzip zur Landesplanung tätig werden.

(Beifall)

Melne Damen und Herren, das habe ich nun beinahe diplomatisch ausgeführt.

(Beifall)

Die Ausgestaltung, das Wie dieser Regionen — wem sagen Sie das hier — wird die Aufgabe der nächsten Jahre sein. Ich werde mich daran beteiligen

(Beifall)

und dafür sorgen, daß mit unseren Freunden, vor allem hier im Lande Nordrhein-Westfalen und in den anderen Ländern, sichergestellt wird, daß wir zu Formen der Regionalplanung kommen, die den Aufgaben von heute gerecht werden.

Nun zum Schluß! Als ein Durchführungsgesetz zur Raumordnung könnte man das Städtebaugesetz bezeichnen, das Gesetz zur Erneuerung unserer Dörfer und Städte. Mit diesem Gesetz, das wir in den letzten Tagen der Bundesregierung vorgelegt haben, werden die Geleise für die Bauaufgaben der nächsten Jahre gelegt. Die Erneuerung unserer Dörfer und Städte ist ebenso wie der Neu- und Ausbau zentraler Orte oder der Bauneuer Dörfer und Städte das Thema, das uns in den nächsten Jahren konkret beschäftigen wird, aber auch die Aufgabe, die wie kaum eine andere die Umwelt unserer Menschen prägt!

Die dreijährige Vorarbeit zu diesem jetzt vorliegenden Gesetz stand unter der Weisung "Die Zukunft modern gestalten", "Bauen um der Menschen willen". Es gilt nicht nur die Elendsviertel in Dorf und Stadt zu erneuern, es gilt vor allem, moderne Erkenntnisse des Städtebaues zu verwerten. Allein in Berlin werden durch ein Sonderprogramm von Bund und Senat Berlin rund 56 000 Wohnungen, vor allem an der Mauer in Wedding, in

Kreuzberg und an der Bernauer Straße beseitigt und durch neue städtebauliche Lösungen ergänzt werden. Jenseits der Mauer werden Häuser abgerissen, um Schußfeld freizubekommen. Diesselts der Mauer werden die Bausünden der Gründerzeit beseitigt, damit unsere Menschen menschlicher leben können. Damit wird auch dieses Gesetz einen sichtbaren Beitrag für die Behauptung leisten, daß diese unsere Welt, wie wir sie begreifen, gerechter, menschengerechter sei als die des Kollektivismus und der totalen Staaten.

(Belfall)

Im Städtebaugesetz haben wir es auch unternommen, die außerordentlich schwierigen, mit dieser Frage zusammenhängenden eigentumsrechtlichen Probleme zu regeln. Es soll und muß erreicht werden, daß dort, wo privates Eigentum im Wege der Sanierung beseitigt werden muß, neues privates Eigentum entsteht.

Dieser Gedanke, der die Wohnungsbaupolitik der CDU/CSU seit Anbeginn beherrscht, geht wie ein roter Faden durch alle Gesetze und findet im Raumordnungs- und Städtebaugesetz erneut seinen sichtbaren, konkreten Niederschlag. Es muß in Zukunft mehr noch als bisher, meine Freunde, unser Ziel sein, im Wohnungs- und Städtebau für eine gesunde Eigentumsstreuung vor allem in Kreisen des Mittelstandes und in der Hand der Arbeiter zu sorgen. Diesem Ziel will auch das Gesetz zur verstärkten Eigentumsbildung dienen, das derzeit im Ausschuß für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung beraten wird.

Ich begrüße besonders die Bestrebungen, das Wohnungseigentum vor allem in den Städten stärker zu nutzen und hier eine zusätzliche Möglichkeit zu schaffen, auch den Menschen der Stadt wenigstens dann, wenn sie Eigentum an Haus und Boden nicht bekommen können, ein Wohnungseigentum zu erwerben.

Der Wohnungs- und Städtebau ist in hervorragender Weise — ich möchte sagen: in besonders qualifizierter Weise — zur Eigentumsbildung vor allem in Arbeiterhand geeignet. Nützen wir diese Möglichkeit! Viereinhalb Millionen Bausparer warten darauf.

Die Erneuerung der Städte und Dörfer ist, wie ich sagte, die Aufgabe der Zukunft der nächsten Jahre. Die vorgelegten Gesetze sehen vor, daß auch zur Steuerung der allgemeinen und der Baukonjunktur diese Aufgabe eingesetzt werden soll. Wir sind vorbereitet, in großem Umfang diese Aufgabe erfüllen zu können, wenn in den nächsten Jahren aus Irgendeinem Grunde die allgemeine Konjunktur nicht mehr so florieren sollte, wie es heute scheint.

Man muß jetzt für die Notzeiten sorgen, und man muß in den Sonnentagen, jetzt im Frühjahr, die Pflanzen anpflanzen, die Früchte tragen sollen, das heißt dann, wenn die Konjunktur besonders strahlend ist; dann muß man für die Krise vorbauen. Das ist verantwortungsvolle Politik, auch auf dem Gebiete der Baukonjunktur. Sie hat die Schlüssel-

stellung in unserer allgemeinen Wirtschaftskonjunktur, und Ich glaube, daß es wichtig ist, daß wir gerade mit diesem Gesetz die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, daß in Zukunft in Dorf und Stadt weitergebaut werden kann.

Die Raumordnungspolitik, die Erneuerung der Städte und Dörfer, entscheiden mit über unsere Zukunft als Bürger in Freiheit, entscheiden darüber, ob unsere Familien sich gesund entfalten können. In dieser Aufgabe führend zu sein, ist Auftrag der CDU/CSU. Wir sollten uns gerade dieser schöpferischen Aufgabe in besonderer Weise in den nächsten Jahren, aber auch im Wahlkampf bewußt sein.

(Lebhafter Beifall)

Vorsitzender Ministerpräsident Dr. Meyers: Ich danke ebenfalls unserem Freunde Bundesminister Paul Lücke.

Ich darf Sie nun bitten, Ihre Wortmeldungen zu diesem zweiten Themenkreis, der am frühen Nachmittag, und zwar gleich nach Wiederbeginn nach der Mittagspause behandelt werden wird, im Laufe des Vormittags abzugeben.

Ich darf aber bel dieser Gelegenheit auf etwas hinweisen, was ich aus den Wortmeldungen zu den Gesundheitsfragen entnommen habe. Hier ist kein umfassender Gesundheitskongreß der CDU/CSU oder kein Wohnungsbaukongreß oder kein Städtebaukongreß oder kein Verkehrskongreß, sondern diese Einzelfragen sollen, in sich aufgesplittert von den zuständigen Gremien der Partei, in besonderen Tagungen erörtert werden, soweit das nicht schon wie zum Beispiel mit dem Gesundkeitskongreß geschehen ist.

Hier soll heute die Verzahnung des Ganzen, der gesunde Mensch in der gesunden Umwelt, als eine gesamtpolitische Schau betrachtet werden. Deshalb bitte Ich Sie, so sehr die Einzelfrage drängt – Ich weiß, wie sehr Einzelfragen in Jedem Gebiet auftauchen können –, doch den Gesamtrahmen zu berücksichtigen, damit wir uns nicht in einer Diskussion zersplittern, die nachher an dem Wenlgen, was sie an Einzelfragen aufkommen läßt, den falschen Eindruck entstehen läßt, daß hier mit nicht genügender Fundiertheit Themen einfach so locker dahlndiskutiert worden seien.

Ich darf zur Geschäftsordnung weiterhin sagen, daß ich die Redner, die sich zu Worte gemeldet haben, bitte, hier ans Mikrophon zu treten. Sie sollen die gleiche Chance haben wie die Referenten. Im übrigen würden sie sich sonst bei der schlechten Akustik dieses Saales nicht verständlich machen können, und es wäre doch sehr schade, wenn wertvolle Ausführungen dadurch verlorengingen.

Ich darf nun den dritten Redner des heutigen Tages, Herrn Bundesverkehrsminister Dr. Seebohm, bitten, uns zum letzten Themenkreis Verkehr in der Verzahnung mit dem Vorhergehenden zu sprechen.

Dienstag, 30. März 1965

Arbeitskreis III

Gesunde Umwelt — Gesunde Menschen

Dr. Seebohm, Bundesminister für Verkehr:

Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen!

Herr Ministerpräsident Dr. Meyers hat das umfangreiche und vielschichtige Thema dieses Arbeitskreises kurz und prägnant umrissen. Wenn ich nunmehr vor Beginn der allgemeinen Aussprache einiges zu diesem Thema aus der Sicht der Verkehrspolitik ausführe, so möchte ich zunächst auf die Bedeutung hinweisen, die der Verkehrsfunktion für das Leben der Menschen in Stadt und Land beizumessen ist, und zwar nicht allein für ihre Erwerbstätigkeit, wie vielfach angenommen wird, sondern auch für die Kultur, die Erholung, den Sport, schlechthin für das ganze Gemeinschaftsleben. Man sollte daher bei der Behandlung der Verkehrsfragen nicht allein in ökonomischen Kategorien denken, sondern stets auch alle übrigen Auswirkungen der Verkehrsfunktion auf Staat, Gesellschaft und die einzelnen Menschen in Betracht ziehen.

Das gilt in hohem Grade für die dichtbesiedelte Bundesrepublik, vor allem für ihre Ballungsgebiete, die Sie auf der Straßenausbaukarte, auf der zweiten Karte von links, sehr klar erkennen können. Sie ist besonders verkehrsabhängig und verkehrsintensiv gestaltet, die Bundesrepublik. Die Bundesrepublik Deutschland ist das Land der größten Verkehrsdichte in Europa auf allen Verkehrsgebieten.

Alle Verkehrszählungen — auch die auf internationaler Basis im Rahmen der Europäischen Konferenz der Verkehrsminister — haben das eindeutig bestätigt. In keinem anderen Staat Europas gibt es eine so rege Schiffahrt wie auf dem Rhein, nirgendwo anders eine so dichte Zugfolge wie auf den von Norden nach Süden führenden Schienensträngen der Deutschen Bundesbahn und nirgendwo gibt es einen so starken Verkehr mit Kraftfahrzeugen aller Art wie auf den deutschen Bundesfernstraßen, namentlich den Bundesautobahnen. Das werden Sie in ganz Europa nicht mehr finden, nicht einmal auf den Ausfallstraßen der Großstädte Paris und London. Es gibt auch kein Land mit einem so dichten Luftverkehr auf seinen Luftverkehrsstraßen. Das wird in der deutschen Öffentlichkeit leider oft übersehen.

Um gesunde Umweltbedingungen zu gewährleisten, ist daher in keinem anderen europäischen Lande der Ausbau des Verkehrswegenetzes so wichtig und lebensnotwendig wie bei uns, aber nirgendwo anders auch so schwierig und so teuer wie im Bundesgebiet mit seiner außerordentlich dichten Besiedlung, seinem hohen Industrialisierungsstand und der großen Intensität seines wirtschaftlichen, seines kulturellen und seines sportlichen Lebens. Ich habe daher seit 1953 in der Öffentlichkeit eindringlich auf die Notwendigkeit eines großzügigen Ausbaues der sogenannten Verkehrsinfrastruktur, also der Wege und ortsfesten Verkehrsanlagen, hingewiesen, nachdem zunächst die notwendigste Wiederherstellung geleistet war.

Aus finanziellen Gründen konnten wir aber erst nach dem Erlaß des schwer umkämpften Verkehrsfinanzgesetzes 1955 einen verstärkten Wegebau aufnehmen und ihn dann — auf der Grundlage des Straßenbaufinanzierungsgesetzes von 1960, das Anfang 1964 von dem Gesetz über die Umstellung der Abgaben auf Mineralöl ersetzt worden ist — systematisch weiter entwickeln.

Ich sage systematisch, und ich möchte das auch betonen! Denn entgegen der abfällig verbreiteten Meinung sind wir das Land in Europa, dessen Regierung von Anfang an planvoll und nach einer alle Verkehrsträger und Ihre Verkehrswege umfassenden Gesamtkonzeption vorgegangen ist. Diese Konzeption sieht folgendes vor:

Den vielfältigen Verkehrsbedürfnissen entsprechend sind das Straßennetz, die Eisenbahnen und die Wasserstraßen, die Binnen- und Seehäfen, die Flughäfen und die Flugsicherung so zu entwickeln, daß sie nicht nur den steigenden Anforderungen unseres Landes und seiner Menschen, sondern im Zeitalter der zunehmenden Integration auch des europäischen Kontinents genügen und der engen wirtschaftlichen Verflechtung Deutschlands mit dem Ausland entsprechen.

Wir müssen vor allem die negativen Folgen der Randlage, in der sich die Bundesrepublik im freien Europa und damit auch im Gemeinsamen Markt und in der Atlantischen Gemeinschaft befindet, wir müssen auch die Aufspaltung in Ballungs- und Verdünnungsräume überwinden und den weiteren Aufstieg der deutschen Wirtschaft sichern. Das ist allein durch den rechtzeitigen und planvollen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, der Wege und der Fahrzeuge zu erreichen. Eine Verzögerung dieser Vorhaben kann die deutsche Zukunft erheblich im negativen Sinn beeinflussen.

In dieser Konzeption werden folgende Erfordernisse berücksichtigt:

 Im Vorfeld der großen Städte und Industriezonen werden die Verkehrswege zu Land und zu Wasser ausgebaut, um diese Wirtschaftszentren zügig und schnell an das deutsche und europäische Verkehrsnetz, zu Lande und zu Wasser, an die Bahnhöfe und an die Binnen- und Seehäfen sowie an die Flughäfen anzuschließen. Alle Umschlagplätze müssen rasch, sicher und zuverlässig arbeiten.

- 2. Die verkehrsungünstig gelegenen und wirtschaftlich schwachen Gebiete unseres Landes, namentlich die Zonenrandgebiete, und in den Förderungsgebieten aller Art, werden durch gute Verkehrsverbindungen erschlossen und so eng wie möglich mit den Bezugs- und Absatzzentren im In- und Ausland verbunden. Kurze Transportzeiten verbilligen den Verkehr mehr als alle anderen Maßnahmen.
- Die seewärtigen Zufahrten und die Hinterlandverbindungen der deutschen Seehäfen werden den neuzeitlichen Erfordernissen entsprechend ausgebaut.
- 4. Ganz allgemein wird auf eine weitere Integration des deutschen Verkehrsnetzes mit dem europäischen Wegenetz, vor allem dem der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, größter Wert gelegt. Wir wollen die Tore zu den freien Ländern Europas so weit wie möglich öffnen. Die Landesübergänge nach Skandinavien, Holland, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Schweiz und Österreich sind in den letzten Jahren erheblich verbessert worden und werden weiter ausgebaut.
- 5. Das Bundesautobahnnetz insbesondere soll so ausgebaut werden, daß die Bundesrepublik von jedem Nachbarland aus im Transit auf Autobahnen, also ohne Ortsdurchfahrten, ohne plangleiche Kreuzungen und ohne Gegenverkehr, durchfahren werden kann und daß jede größere deutsche Stadt auf Autobahnen mit gut ausgebauten Zubringerstraßen erreichbar ist. Dazu ist gleichzeitig zu sagen, daß selbstverständlich auch in den Verdünnungsgebieten jedes Dorf durch gute Straßen oder andere Verkehrsverbindungen gut angefahren werden kann.
- Schließlich streben wir an, alle dem weltweiten Luftverkehr dienenden Anlagen, insbesondere auch die Flugsicherungseinrichtungen, aufs modernste zu entwickeln.
- Verkehrsplanung und Verkehrswegebau können nicht mehr getrennt nach Verkehrsträgern, Regionen und Ländern, sondern nur noch in enger Symbiose der Verkehrsträger und nur noch kontinental vorangetrieben werden.

Aus unserer Konzeption für den Ausbau des deutschen Verkehrsnetzes in Europa ist dies zu entnehmen und zu erkennen, wie außerordentlich umfangreich und vielschichtig die uns gestellten Aufgaben sind. Sie sind von geradezu kosmischen Ausmaßen. Es handelt sich um das schwierigste, aber konsequent doch lösbare Problem, vor dem die deutsche Verkehrspolitik je gestanden hat. Nach dieser Konzeption sind alle großen langfristigen Ausbaupläne in den einzelnen Verkehrssparten aufgestellt worden.

Gestatten Sie mir nur einige wenige Bemerkungen über diese Ausbauplänel

Die deutsche Bundesbahn – dazu hängt dort die Karte – hat ihr Verkehrsnetz, vom Süden ausgehend, im Westen bis zum Ruhrgebiet und im Osten von Passau und Kufstein über Hannover bis zu den Hansestädten elektrifiziert. Am 6. April wird die Strecke Hannover — Hamburg für den Verkehr freigegeben werden, und im Frühjahr kommt auch die Strecke durch das Siegtal hinzu. Im Jahre 1949 gab es im Bundesgebiet nur rund 1600 km elektrifizierte Strecken, Ende 1964 waren es rund 5600 km, Ende 1965 werden es rund 6000 km sein, den Kilometer zu rund 1 Million DM. Wir haben also bis Ende dieses Jahres fast 4500 km neu elektrifiziert. Das ist allein eine Investition von rund 4,5 Milliarden DM. Weitere Planungen sind vorgesehen.

Wichtig ist vor allem der Ausbau der Verbindungsstrecken zwischen dem Ruhrgebiet und den Hansestädten und der Zonengrenze. Wichtig ist, daß die Elektrifizierung gerade in den dichtbesiedelten Räumen wesentlich zur Reinhaltung der Luft beiträgt.

Das für die weitere Elektrifizierung vorgesehene Netz wird gegen 10 000 Kilometer umfassen. Den Rest werden Dieselloks bedienen. Die Dampfloks werden in den 70er Jahren verschwinden. Das ist auch für die Wasserreinhaltung nicht ohne Bedeutung.

Der Ausbau der Bundeswasserstraßen wird schwerpunktmäßig nach 4-Jahres-Plänen durchgeführt. Der erste 4-Jahres-Plan ist abgelaufen, der zweite wird verwirklicht. Im Küstenbereich sind vor allem die seewärtigen Zufahrten an der Trave, der Elbe, der Weser, der Jade und der Ems vertieft und mit Radaranlagen ausgerüstet worden, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Seehäfen zu stützen. Diese Arbeiten werden, soweit möglich und vertretbar, fortgesetzt. Der Nord-Ostsee-Kanal, der Seewasserstraße mit dem an Zahl größten Schiffsverkehr in der Welt, muß diesem zunehmenden Schiffsverkehr angepaßt werden. Im Binnenbereich sind oder werden umfangreiche Arbeiten durchgeführt, um die Leistungsfähigkeit des Rheines und der anderen natürlichen Wasserwege zu erhalten und zu verbessern, so namentlich der Mittelweser, des Neckars, des Mains und - in deutsch-französischerluxemburgischer Zusammenarbeit - der Mosel; diese Arbeiten sind fertiggestellt. Ferner wird die Donau reguliert und kanalisiert und die Verbindung zum Main hergestellt, und es wird die untere Fulda modern ausgebaut. An der Elbe ist die Staustufe Geesthacht errichtet worden, um den Elbe-Seitenkanal, den sogenannten Nord-Süd-Kanal, bis zum Mittellandkanal erstellen zu können.

Das Kanalnetz zwischen Rhein, Weser und Elbe wird so ausgebaut und, soweit volkswirtschaftlich erforderlich, auch ergänzt, daß es den Verkehr mit den Schubschiffen, den motorisierten Schiffen und Kähnen in den europäischen Abmessungen aufnehmen kann. Das bedeutet Kanäle mit 53 m Breite und 4 m nutzbarer Wassertiefe für Schiffe mit 1350 t Tragfähigkeit und einer Eintauchtiefe von 2,50 m bei voller Abladung.

Ein neues, mit den beteiligten Küstenländern abgestimmtes Programm über den Ausbau und die Ergänzung des norddeutschen, für unsere See-

häfen besonders wichtigen Kanalnetzes zwischen den Flußsystemen von Rhein und Elbe ist 1964/1965 zwischen Bund und Ländern verbrieft und umfaßt insgesamt Investitionen von etwa 3 Milliarden DM, die neben dem Ausbau der süddeutschen Wasserstraßen und des Rheines aufzubringen sind.

Der Ausbau der Bundesfernstraßen wird nach einem 1956 entwickelten ersten Ausbauprogramm, das durch Bundesgesetz vom 7. 7. 1957 festgelegt worden ist, in drei aufeinander abgestimmten Vierjahresplänen von 1959 bis 1970 durchgeführt.

Im ersten Vierjahresplan von 1959—1962 wurden 7,1 Mrd. DM ausgegeben; im zweiten Vierjahresplan von 1963—1966 beträgt das Soll, das sicher erreicht wird, rund 13 Mrd. DM; der dritte Vierjahresplan, der sich über die Zeitspanne von 1966—1970 erstreckt, wird rund 20 Mrd. DM erfordern.

In der Zeit von 1959–1970 gibt der Bund also rund 40 Mrd. DM für den Straßenbau aus. Ab 1970 wird sich ein zweites Ausbauprogramm für die folgenden 12 Jahre, wieder in drei Vierjahresplänen, anschließen, das lährlich durchschnittlich 5.5 bis 6 Mrd. DM erfordern wird.

Wer noch größere Leistungen verlangt, muß gangbare Wege weisen, woher die höheren Mittel für den Straßenbau des Bundes genommen werden können. Der Bundesminister für Verkehr ist seit eh und je gern bereit, mehr zu verbauen, und zwar mit hoher Wirtschaftlichkeit.

Über die einzelnen Leistungen und die weiteren Vorhaben können wir uns noch in der allgemeinen Diskussion unterhalten. Ich möchte lediglich beispielhaft auf das Bundesautobahnnetz hinweisen. Sie sehen hier diese Karte. Am 1. Januar 1950 gab es nur einzelne unzusammenhängende Autobahnstrecken. Aus diesem Torso hat die Bundesregierung in den letzten Jahren ein geschlossenes Autobahnnetz geschaffen und es an die Fernverkehrsstraßen unserer Nachbarländer angeschlossen. Bis Ende 1965 werden 1260 km neue Autobahnen fertiggestellt sein. Das Autobahnnetz in der Bundesrepublik hat dann eine Länge von 3386 km erreicht, ist also annähernd so groß wie das aller übrigen westeuropäischen Länder zusammengenommen.

Eine weitere beträchtliche Ergänzung auf 5000 km ist in Bau, in Vorbereitung oder geplant. Neben den Bundesautobahnen sind nach unseren Plänen natürlich auch die übrigen Bundesstraßen den neuzeitlichen Verkehrserfordernissen entsprechend ausgebaut und modernisiert worden.

Neben dem kurz skizzierten Ausbau des Verkehrswegenetzes sind im Rahmen des Themas "Gesunde Umwelt — gesunde Menschen" auch Art und Umfang der Verkehrsleistungen selbst von größter Wichtigkeit. Diese Leistungen sind nicht nur wesentlich erhöht, sondern auch erheblich verbessert worden.

Die Ausrüstung der Bundesbahn mit modernen Wagen für den Personen- und Güterverkehr, die Einrichtung moderner F-Zug- und Trans-

Europa-Expreß-Verbindungen, auch für Güterzüge, und die erhöhten Reisegeschwindigkeiten werden von fast keiner anderen Eisenbahn in dieser Breitenarbeit erreicht. Während beispielsweise 1954 die durchschnittliche Reisegeschwindigkeit aller D-Züge noch bei 59 km/h lag, betrug sie 1964 72,8 km/h; bei den F-Zügen ist sie von 80,2 km auf 92,5 Kilometer gesteigert worden.

Die Entwicklung in der Binnenschiffahrt, die mehr und mehr vom Schleppkahn zum Motorschiff und zur modernen Schubschiffahrt übergeht, und der Wiederaufbau unserer Küsten- und Welthandelsflotte hat das Ausmaß der Vorkriegszeit übertroffen. Schließlich beweist uns die dynamische Entwicklung des Luftverkehrs die erarbeiteten Fortschritte.

Bei unserer Deutschen Lufthansa hat die Verkürzung der Reisezeiten und die Verbesserung der Service ein Ausmaß erreicht, das noch vor wenigen Jahrzehnten selbst kühnste Optimisten nicht erwarten konnten. Wir sind 1955 auf den fahrenden Zug des Internationalen zivilen Luftverkehrs praktisch lautlos aufgesprungen und haben uns in Europa technisch und wirtschaftlich zur Spitzengruppe vorgearbeitet. Wir haben aus der Lufthansa ein seine Abschreibung verdienendes und ein Gewinn erwirtschaftendes Unternehmen gemacht.

Im Vordergrund des Interesses aber steht überall die Zunahme der Motorisierung im Straßenverkehr. Vor 12 Jahren kam ein Pkw auf 35 Einwohner. Heute kommen in der Bundesrepublik 7 Einwohner auf einen Pkw. Mit einer weiteren Zunahme des Bestandes an Kraftfahrzeugen ist zu rechnen, mindestens bis etwa 3½ Personen auf einen Pkw kommen werden; damit könnte dann eine Annäherung an den Sättigungsgrad erreicht sein. Einer fährt, einer ist alt und wird gefahren, einer ist Kind und bleibt zu Hause, und die halbe Person ist die Dame, die Frau des Hauses, die meistens nicht mitgenommen wird.

(Heiterkeit)

Über eine Million Deutsche entschließen sich Jährlich, unter die Kraftfahrer zu gehen, und vertrauen sich damit dem deutschen Straßennetz an, das tatsächlich im allgemeinen viel besser ist, als es manche wahrhaben wollen. Andererseits ist es ein Zeichen des wachsenden Wohlstandes, daß von den rund 8 Millionen Personenkraftwagen im Jahre 1964 rund 5 Millionen allein von Beamten, Angestellten und Arbeitern gehalten wurden.

Mit unserem Straßenbau geben wir Millionen Familien, vor allem in den Industriezonen und großen Städten, eine weit bessere Möglichkeit zu Wochenend- und Ferienreisen, zur Erholung und größeren Lebensfreude. Das ist die gesellschaftspolitisch entscheidende Seite der Motorisierung. Leider überlagern dunkle Schatten diese Entwicklung. Jahr für Jahr sind schwerste Opfer an Blut und Gut auf den deutschen Straßen zu beklagen, im Jahre 1964, das in allen europäischen Län-

dern prozentual ähnliche Steigerungen an Unfällen gebracht hat, allein über 16 000 Getötete und über 440 000 Verletzte, von denen fast ein Drittel voll- und teilinvalide werden.

Es tröstet nur wenig, daß die Zahl der im Straßenverkehr Verunglückten weniger zugenommen hat als der Bestand an Kraftfahrzeugen. Der Kraftfahrzeugbestand ist von 1953–1964 von 100 auf 270, die Zahl der im Straßenverkehr Getöteten auf 143, die der Verletzten auf 145 gestiegen.

Das erschreckende Phänomen, daß die Zahl der Toten und Verletzten nach einer mehrjährigen Stagnation plötzlich in ganz Europa erheblich gestiegen ist, und zwar bis zu 10 Prozent, wird von der Konferenz der europäischen Verkehrsminister, in der 18 Länder vereinigt sind, bereits in einer eingehenden Untersuchung überprüft. In ganz Europa haben wir im letzten Jahr 80 000 Tote gehabt. Davon entfielen 31 Prozent auf Fußgänger — der größte Teil auf Kinder und Menschen über 65 —, 10 Prozent auf Radfahrer, 21 Prozent auf Motorradfahrer, 38 Prozent auf die Autofahrer. Wir müssen überlegen, wie wir diesem Mißstand zu Leibe gehen können. Dabei sind wir auf die Menschen selbst angewiesen.

Die Bundesregierung hat sich nachhaltig um die Unfallverhütung bemüht und wird diesem menschlich-unmenschlichen Problem weiterhin größte Aufmerksamkeit widmen. Zahlreiche gesetzliche Vorschriften dienen diesem Zweck durchaus mit Erfolg, wie z. B. die Geschwindigkeitsbegrenzungen in den Ortschaften und bei gefährlichen Stellen, die erhöhten Anforderungen an die Ausbildung und Prüfung für die, die sich um eine Fahrerlaubnis bewerben, die Neuregelung des Fahrschulwesens, die Zebrastreifenvorschrift und das Erste und jetzt das Zweite Gesetz zur Sicherung des Straßenverkehrs vom 26. November 1964.

Gerade dieses Gesetz hat die notwendigen Folgerungen aus der Zunahme des Fahrzeugbestandes und aus der ständig steigenden Zahl der Verkehrsopfer gezogen. Seine Maßnahmen richten sich ausschließlich gegen die, die nicht gewillt sind, sich an die im Interesse der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer erlassenen Vorschriften zu halten.

Die Bau- und Betriebsvorschriften für die Kraftfahrzeuge wurden der Entwicklung des Verkehrs, den Fortschritten der Technik und den gestiegenen Erfordernissen der Sicherheit und des Straßenbaues angepaßt. Sehr intensiv sind auch die Bemühungen zur Verminderung von Verkehrslärm und Luftverunreinigung durch Abgase.

Größte Bedeutung wird der Verkehrserziehung und -aufklärung vom Kleinkind an beigemessen. Zur Mitarbeit an dieser wichtigen Aufgabe sind alle Volkskreise nachdrücklich aufgerufen. Erfreulich ist hier insbesondere die Mitarbeit der Kirchen, Schulen und zahlreicher Verbände und Organisationen.

Im Vordergrund der Arbeit steht die 1950 neu gegründete Bundesverkehrswacht, die heute 11 Landesverkehrswachten und rund 600 Kreisund Ortsverkehrswachten umfaßt, sowie in den Städten die Schülerlotsen. Die privaten Verbände und Organisationen koordinieren ihre Arbeit im Kuratorium "Wir und die Straße", das morgen früh in Anwesenheit des Herrn Bundespräsidenten zusammentritt, der dieser Arbeit persönlich seine nachdrückliche Unterstützung widmet.

In unserem Arbeitskreis wird sicher ein weiteres Verkehrsproblem lebhaft diskutiert werden, nämlich die schweren Sorgen der Gemeinden, vor allem der Großstädte, um den wachsenden Straßenverkehr. Vor allem ist es der ruhende Verkehr, an dem die Städte ersticken.

(Beifall)

Hier sind zwar -- und das entspricht dem Grundgesetz -- in erster Linie die Länder und die Städte selbst angesprochen. Der Bund hat aber diesem Problem seit langem erhöhte Aufmerksamkeit zugewandt und sich bemüht, den Gemeinden im Rahmen seiner Möglichkeiten wirksam zu helfen.

Zur Verstärkung der Bundeszuschüsse an die Gemeinden wurde der "Gemeindepfennig" – eine gesetzliche Erhöhung der Mineralölsteuer für Vergaserkraftstoffe um einen Pfennig – geschaffen, dessen Erhöhung sehr geboten ist. Praktisch stellte er eine erste, gesetzlich festgelegte Zuweisung von Geldern der dem Bund zustehenden Kraftverkehrssteuern an die Gemeinden dar.

Die Novelle zum Bundesfernstraßengesetz vom Jahre 1961 hat, insbesondere im Hinblick auf die schwierigen Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden, weitere grundsätzliche Verbesserungen gebracht, wie insbesondere die Erhöhung der Baulastgrenze für die in der Baulast des Bundes stehenden Ortsdurchfahrten der Bundesfernstraßen von 9000 auf 50 000 Einwohner, die Ausdehnung des Begriffs der Ortsdurchfahrt auf die zur Aufnahme des weiträumigen Verkehrs notwendigen Straßen und die Aufstufung von Landes- und zum Teil auch Kreisstraßen zu Bundesstraßen in einem Gesamtausmaß im ersten Ausbauplan von rund 10 000 km. Durch diese Aufstufung wurden die Länder in die Lage versetzt, ihrerseits geeignete Kreis- und Gemeindestraßen in ihre Baulast zu übernehmen und die kommunalen Straßenbaulasten zu vermindern.

Es bestand zugleich Einigkeit darüber, daß eine weitergehende Hilfe für die Gemeinden, vor allem für die Großstädte notwendig ist. Deshalb wurde am 1. August 1961 aus Sorge um eine bessere Ordnung des regionalen und örtlichen Verkehrs und zur Hebung des Leistungsangebots aller Verkehrsträger das Gesetz über eine Untersuchung von Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden erlassen.

Bei der Einbringung des Entwurfs für dieses Enquête-Gesetz erklärte die CDU/CSU-Fraktion: "Wir wünschen das Problem des Verkehrs in den Gemeinden unter den Gesichtspunkten einer gesunden Raum-

ordnung und eines neuzeitlichen Städtebaues in seiner ganzen Breite aufzugreifen und einer konstruktiven Lösung zuzuführen, die den Bedürfnissen des Verkehrs entspricht und wesentlich dazu beiträgt, Leben und Gesundheit aller Bürger zu schützen."

Die auf Grund des Gesetzes von der Bundesregierung berufene Sachverständigenkommission hat ihren umfangreichen und sehr instruktiven Bericht Ende August 1964 erstattet. Er enthält eine Fülle von Anregungen und Vorschlägen; aus ihm ergeben sich neue Aspekte zur Lösung der außerordentlich dringenden und schwierigen Aufgaben zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden. Die Anregungen und Empfehlungen richten sich an den Bund wie an die Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, da die Lösung dieser schwierigen Probleme nur als eine gemeinsame Aufgabe aller Gebietskörperschaften betrachtet werden kann.

(Beifall)

Die Kommission gelangt im wesentlichen zu der Auffassung, daß eine getrennte Betrachtung des Individualverkehrs und des öffentlichen Massenverkehrs künftig nicht mehr vertreten werden kann. Abgesehen von der Notwendigkeit, den Straßenbau auch weiterhin mit allem Nachdruck zu betreiben, wird dringend gefordert, den öffentlichen Massenverkehr zielbewußt zu fordern, um ihn so in die Lage zu versetzen, die ihm aus der Gesamtschau zufallenden Verkehrsaufgaben, Insbesondere hinsichtlich des Berufsverkehrs, zu erfüllen. Im Interesse des Gesamtverkehrs soll in den Städten auf das Ausmaß des Individualverkehrs vor allem mit Hilfe organisatorischer und verkehrsregelnder Maßnahmen unter angemessener Berücksichtigung des Wirtschaftsverkehrs Einfluß genommen werden.

Es ist sehr zu begrüßen, daß die Kommission auch zum Ausdruck bringt, daß bei Behandlung der Verkehrsprobleme das Wesen der Gemeinde im Auge zu behalten ist, das Wesen, das allen Einwohnern der Gemeinde ein gesundes und menschenwürdiges Leben bietet. Der moderne Verkehr muß wesentlich dazu beitragen. Das heutige Leben ist zwar ohne den motorisierten Verkehr nicht denkbar; er kann aber auch, wenn er sich ungebunden entfaltet, zu einer ernsten Gefährdung des menschlichen Zusammenlebens führen.

Die Erhaltung gesunder Lebensverhältnisse muß daher gegenüber allen Ansprüchen die oberste Richtschnur bilden. Es kommt nicht nur darauf an, für immer mehr Fahrzeuge den Raum zu ungehinderten Verkehrsbewegungen und zum Abstellen zu schaffen, sondern es müssen für die Gesamtheit der Bevölkerung die Verkehrsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden, die für die heutigen Lebensformen in der wirtschaftlichen, in der beruflichen und vor allem in der persönlichen Sphäre unerläßlich und mit ihnen vereinbar sind.

Gerade aus der Sicht des heutigen Themas "Gesunde Umwelt – gesunde Menschen" müssen diese Vorstellungen anerkannt, bejaht und verwirk-

licht werden, zumal sich auch mit der von der Bundesregierung, die von unserer Partei seit 1949 getragen wird, stets verfolgten Grundlinie der Verkehrspolitik decken. Zur Lösung der Aufgaben, vor die uns die dynamische Verkehrsentwicklung unserer Zeit gestellt hat, sind die Hebel nicht an einer, sondern an zahlreichen Stellen anzusetzen.

Vielfältige Maßnahmen müssen getroffen werden, um zu erträglichen Zuständen zu gelangen. In erster Linie kommt es darauf an, den Menschen eine gesunde Umwelt zu erhalten. Das wird nicht nur bei uns erkannt, auch der britische Buchanan-Bericht sagt dazu: "Alle verkehrspolitischen Entscheidungen müssen von dem Gesichtspunkt geleitet werden, daß im Mittelpunkt der Mensch mit seinem Anspruch auf schönes und gesundes Wohnen, auf Ruhe, auf Sicherheit und auf Erhaltung seiner historischen Gebäude und Plätze steht." Das gilt für ganz Europa, auch für uns und unsere Brüder und Schwestern hinter dem Eisernen Vorhang.

Eines muß aber auch mit aller Entschiedenheit gesagt werden. Die Lösung der umfangreichen und schwierigen Verkehrsaufgaben hängt in ganz erheblichem Maße davon ab, ob und Inwieweit es gelingt, die finanziellen Voraussetzungen in Bund, Ländern und Gemeinden zu schaffen. Die Kommission hat die Gesamtkosten zunächst mit rund 250 Mrd. DM beziffert. Die darin nicht enthaltenen Kosten der Unterhaltung und der Erneuerung vorhandener und noch zu schaffender Verkehrsanlagen müssen hinzugerechnet werden; so ist der tatsächliche Finanzbedarf noch größer.

Der Bund wird seinen Beitrag hierzu leisten. Es wird jedoch keinesfalls möglich und vertretbar sein, etwa die für den Fernstraßenbau des Bundes erforderlichen und ohnehin schon zu knappen Mittel zu kürzen. Für alle diese in Zukunft auf den Bund zukommenden Aufgaben müssen daher andere oder erhöhte Finanzierungsquellen erschlossen werden. Welcher Art sie sein werden, werden wir in nächster Zeit zu entscheiden haben.

Die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden darf natürlich nicht allein — wie das leider häufig geschieht — von der Stellungnahme der Bundesregierung und ihrer Initiative, die sie entfalten wird, abhängig gemacht werden. Gerade weil die Sachverständigen sich mit ihren Anregungen und Empfehlungen in sehr starkem Maße an die Länder und Gemeinden gewandt haben und weil in großem Umfang hier die rechtlichen Voraussetzungen für die Verwirklichung einer Reihe der Ideen der Kommission vorhanden sind — denken Sie nur an die Planungsnotwendigkeiten und andere gesetzliche Voraussetzungen —, liegen hier auch Aufgaben der eigenen Zuständigkeit vor. Wenn etwas versäumt wird, dann nicht etwa allein beim Bund, sondern auch in den Ländern, vor allem aber in den Gemeinden und in den Großstädten mit ihren hochverehrten Herren sozialdemokratischen Oberbürgermeistern. Aber es geht nicht um Versäumnisse,

sondern es geht um die Bewältigung der erkannten Aufgaben in der Zukunft. Sie sind in gemeinsamer Verantwortung zu lösen, aber nicht so, daß einer zahlt und die anderen sich der Erfolge rühmen.

(Beifall)

Jeder hat das Seine zu leisten, damit schließlich alle gemeinsam sich der erarbeiteten Erfolge freuen können. Dazu gehört vor allem Weitblick, Zähigkeit und Beständigkeit. Damit wird unsere CDU in Bund, Stadt und Land auch diese Aufgaben zu lösen wissen.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Meyers: Ich danke auch unserem Parteifreund Minister Seebohm. Ich bin ihm besonders dafür dankbar, daß er die Zeit eingehalten hat. Was Ihre Ausführungen betreffend die Familie, die Frau, den alten Menschen sowie das Auto angeht, so verweisen wir es als Material in den Arbeitskreis.

Ich darf Ihnen vorschlagen, daß wir jetzt eine Pause bis 11 Uhr einlegen. Wir beginnen dann mit der Diskussion. Die Diskussionsredner bitte ich nochmals, auf die Verbindung mit dem Thema "Gesunde Umwelt — gesunde Menschen" Wert zu legen und Einzelfragen möglichst nur als Beispiele anzuführen und sonst hintanzustellen. Wir werden sehen, wieviel Wortmeldungen zu dem ersten Thema eingegangen sind. Dann werden wir uns über die Redezeit unterhalten müssen.

(Unterbrechung von 10.49 bis 11.02 Uhr)

Dienstag, 30. März 1965

Aussprache im Arbeitskreis III

"Gesunde Umwelt — gesunde Menschen"

Vorsitzender Dr. Meyers:

Meine lieben Parteifreunde, ich schlage vor, daß wir versuchen, mit einer Redezeit von zehn Minuten auszukommen. Als erstem Redner zu dem Thema Nr. 1 erteile ich das Wort Herrn Dr. Jungmann, Mitglied des Deutschen Bundestages.

Dr. Jungmann:

Herr Vorsitzender! Meine lieben Unionsfreunde! Als Vorsitzender des Gesundheitspolitischen Ausschusses der CDU darf ich vielleicht außerhalb der strengen Regeln dieser Diskussion der Frau Bundesministerin den aufrichtigen Dank derjenigen aussprechen, die sich in den letzten Jahren für die Gesundheitspolitik eingesetzt haben.

(Beifall)

Diejenigen, die lange Jahre hindurch ein Bundesgesundheitsministerium gefordert haben, sind sich, glaube ich – das kann ich auch für mich selber sagen –, der Schwierigkeiten bewußt gewesen, die sich mit der Bildung eines solchen neuen Ministeriums einstellen würden. Daß Frau Dr. Schwarzhaupt diese Mühe auf sich genommen und sie tapfer und erfolgreich durchgestanden hat, das verdient unseren ganz besonderen Dank.

(Beifall)

Ich möchte mich gern an die Regel halten und nur ganz kurz wichtige Themen ansprechen. Ich könnte beispielsweise auch, so wie es der Herr Minister Lücke getan hat, sagen, daß die Gesundheitspolitik gewisse grundgesetzliche Voraussetzungen hat; ich meine nicht nur die negativen, sondern auch die positiven. Aber ich möchte Sie schlicht und einfach fragen: Warum treiben wir heute Gesundheitspolitik, warum spricht man heute, im Gegensatz zu einer Zeit vor hundert Jahren, soviel von Gesundheitspolitik? Ich meine, weil sich die Öffentlichkeit, die Staatsbürger, mehr denn je für diese Fragen interessieren. Es ist schon gesagt worden, daß wir keineswegs etwa kränker seien als vor 10, 30 oder 50 Jahren. Man könnte sogar mit einer ge-

wissen Berechtigung sagen, daß wir heute viel gesünge, seien, als wir es vorher gewesen sind. Aber ich glaube, das würde der ganzen Geschichte eine falsche Thematik, einen falschen Zungenschlag geben. Es handelt sich nicht darum, wie gesund wir sind oder wir nicht sind, sondern es handelt sich darum, wie gesund wir sein können und daß die Staatsbürger und daß die Öffentlichkeit von den Politikern erwarten, daß sie die Voraussetzungen dafür schaffen, daß dieses Ziel auch tatsächlich erreicht werden kann, und zwar nicht nur ganz allgemein für eine breite Öffentlichkeit oder ein anonymes Kollektiv, sondern für jeden einzelnen Staatsbürger und seine Familie höchst persönlich. Darauf legt er den größten Wert. Wir dürfen nicht verkennen, daß das für die politische Meinungsbildung von ganz entscheidender Bedeutung ist. Es geht im übrigen mit der Gesundheitspolitik genauso wie mit der Verkehrspolitik, mit der Sozialpolitik oder mit der Wohnungspolitik ohne daß ich mit dieser Reihenfolge irgendeine Bedeutung aussprechen möchte -, nämlich daß sie nicht etwa durch das überflüssig wird, was schon erreicht worden ist, sondern daß sie überhaupt erst an Aktualität und öffentlichem Interesse mit dem gewinnt, was erreicht worden ist. Das Beispiel von den Pkw haben wir gehört. Erst dann fangen die Leute an, sich dafür zu interessieren. Vor 50 Jahren war die Verkehrspolitik für den Mann auf der Straße noch kein interessantes Thema. Heute regt sich jeder darüber auf, auch die halbe Portion, die nur mitgenommen wird. Ich bin der Meinung, wir sollten es wegen der politischen Bedeutung der Tatsachen aussprechen, daß es von der Sache her und politisch völlig falsch ist, sich mit irgendwelchen angeblichen Versäumnissen auseinanderzusetzen, die irgendwo und irgendwann in der Gesundheitspolitik der Vergangenheit begangen worden sind. Ganz abgesehen davon, daß die CDU dafür in gar keiner Weise verantwortlich ist, hat es keinen Sinn, sich auf den Boden derartiger Diskussionen zu begeben. Ich möchte dahingehend Konsequenzen ziehen, daß ich meine, daß die Gesundheitspolitik genauso wie jede andere Politik nicht defensiv geführt werden darf, sondern offensiv geführt werden muß. Nun werden Sie fragen: offensiv gegen wen? Hier meine ich mehr, daß wir uns Ziele setzen und Forderungen aufstellen müssen. die wir zu erreichen bestrebt sind, und daß wir uns nicht durch die Kritik anderer etwa in unseren Vorstellungen allzusehr beeinflussen lassen. Das nimmt uns erfahrungsgemäß die Öffentlichkeit auch gar-

Es handelt sich darum, daß wir selbst die Ziele und Forderungen setzen, die wir anstreben wollen. Der Staatsbürger weiß ganz genau, daß nicht alles von heute auf morgen erreicht werden kann, wenn er nur das Engagement, das politische Interesse der CDU bemerkt und anerkennt, daß wir uns für seine persönlichen Belange wirklich interessieren und einsetzen.

Hier spielt die Gesundheit, ohne daß ich das jetzt hier noch einmal groß auszuführen brauche, ganz zweifellos heute eine ganz vorder-

gründige Rolle. Hier, meine Ich, sollten wir auch gar nicht auf der Rücktrittbremse stehen, wie es manchmal — ich will hier gar nicht das eigene Haus schlecht machen —, in der Diskussion zu beobachten ist, daß wir uns immer dagegen stellen, daß dieses und jenes angeblich zu viel gefordert wird. Ich glaube, daß wir in all diesen Dingen — ganz egal, ob es sich um die soziale Stellung, um die soziale Sicherheit, um die Verkehrsfragen, um den Wohnungsbau und um die Gesundheit handelt, wobei ich die Gesundheit für eine Basisforderung, für ein politisches Grundprinzip halte — immer nur ein Optimum anstreben können. Die Frage, wie dieses Optimum zu erreichen ist, ist eine ganz andere Frage. Das ist in der Tat dann eine politische Frage, über die man diskutieren kann. Aber man kann nicht darüber diskutieren, ob man ein Optimum oder irgendeinen beschränkten Umfang auf diesem Gebiete anstrebt oder nur erreichen kann.

Ich sage das deshalb, weil wir uns ja aus unserer Einstellung heraus gerade in den letzten Jahren mit den Fragen der Selbstverantwortung, beispielsweise mit der Selbstbeteiligung an den Kosten und all diesen Dingen auseinandergesetzt haben. Jeder Staatsbürger ist sowieso an den Kosten beteiligt. Niemand zweifelt heute daran, schon gar nicht in unserem Krelse, daß es ohne Selbstverantwortung hier gar nicht geht. Aber die Leute zur Selbstverantwortung und Selbstbeteiligung aufzurufen, hat nach meiner Meinung erst dann einen Sinn, wenn man ihnen klargemacht hat, daß man für sie ein Optimum anstrebt und daß man mit ihnen gemeinsam versuchen will, dieses Optimum zu erreichen.

Wir wollen uns auch durchaus darüber klar sein, daß wir niemand zu seinem eigenen Heil zwingen dürfen. Gerade auf gesundheitlichem Gebiet besteht ein reiches Feld an Möglichkeiten, die eigene Gesundheit zu vernachlässigen und zu ruinieren. Wir werden allerlei zu tun haben, um die Menschen auf diese Gefahren aufmerksam zu machen, um ihnen klarzumachen, welchen Gefahren sie sich aussetzen. Aber wir wollen — ich möchte das noch einmal sagen — aus unserer Vorstellungswelt heraus niemand zu seinem Heil zwingen. Damit, meine ich, ist die Verantwortlichkeit ganz klar herausgestellt. Denn es handelt sich bei den Gesundheitsfragen nicht nur um politische Fragen, sondern auch um Fragen von alleräußerster höchstpersönlicher Bedeutung.

Nun wird vielfach der Fehler gemacht, daß gemeint wird, weil es sich um solche persönlichen Dinge handelt, handelt es sich nicht um politische Fragen. Ich glaube, daß das tatsächlich ein politischer Denkfehler wäre. Der einzelne mag sich zwar durchaus darüber klar sein, daß er selbst die Verantwortung für sich und seine Familie trägt. Aber er ist doch heute als einzelner nicht recht in der Lage, mit all diesen Problemen fertig zu werden. Er muß spüren, daß man ihm bei der Erhaltung, der Pflege und der Wiederherstellung seiner Gesundheit ebensosehr zu helfen bereit ist, wie man bereit ist; Ihm bei der Herstellung und Verbesserung seiner sozialen Lage, bei der Beschaffung

seiner Wohnung und all dieser Dinge zu helfen. Wenn er begreift, daß man ihm helfen will, dann liegen wir, glaube Ich, in politischer Hinsicht richtig. Dann werden uns die Leute die Ehrlichkeit unseres Wollens in dieser Hinsicht in Jeder Weise abnehmen.

Nun könnte man fragen und muß man wohl auch fragen: Worin unterscheidet sich eigentlich die Gesundheitspolitik der CDU von der Gesundheitspolitik der SPD, gibt es etwa eine sozialdemokratische und eine christlich-demokratische Gesundheitspolitik? Das gibt es ganz zweifellos nicht, weil es sich gar nicht im eigentlichen Sinne um Gesundheitsdinge handelt, die auf einem anderen Gebiet, um das Stichwort Medizin zu gebrauchen, liegen, sondern tatsächlich um politische Fragen handelt, um die Fragen des Lebens, des Zusammenlebens und der Existenz der Menschen in unserer Zeit. Deshalb darf man sagen. daß wir wohl kaum eine solche Propaganda treiben können wie die SPD, die nun in den Landen herumzieht und sagt: "Gesundheit um ieden Preis!" Was heißt das: Gesundheit um jeden Preis? Wenn man sie konkret fragt, kommen sie in die Verdrückung und schildern ideale Vorstellungen, was sie alles zu leisten bereit sind. Sie sagen, die Gesundheit sei das höchste Gut, das es überhaupt gebe. Ich glaube, das ist viel zu oberflächlich dahlngesagt. Das merken die Leute auch, wenn man mit ihnen diskutiert. Sie wissen sehr aut, daß die Gesundheit in vieler Hinsicht nur die Voraussetzung dafür ist, daß man ein Leben führen kann, wie es menschenwüdrig ist, ein sinnerfülltes, ein schönes und ein erfreuliches Leben, daß nicht die Gesundheit um jeden Preis das Entscheidende ist, sondern die Frage, welchen Preis wir auch politisch gesehen für die Gesundheit unserer Staatsbürger zu zahlen bereit sind. Und da muß ein hoher Preis sein; daran kann wohl gar kein Zweifel sein.

Zu den vielen sehr wesentlichen Fragen gerade der Umwelt, die Frau Dr. Schwarzhaupt erwähnt hat, darf ich nur stichwortartig einige Dinge nennen, um die Bedeutung dieser Fragen für die Öffentlichkeit anzusprechen. Ich will hier gar nicht von den klassischen Fragen der Seuchenbekämpfung, des Arzneimittelwesens oder der Ausbildung sprechen, sondern will nur das Stichwort sagen, das hier wie auch auf anderen Gebieten die Forschung mehr Beachtung verdient, als ihr in der Vergangenheit oft gewidmet worden ist, und daß es ganz sicherlich ein gesundheitspolitisches Anliegen ersten Ranges ist, die Forschung auf diesem Gebiete zu fördern.

Das gilt vor allen Dingen auch im Hinblick auf die Tatsache, daß wir sehr arme und magere Jahre hinter uns haben und nun den internationalen Level wieder erreichen müssen. Hier ist einiges zu tun. Aber wir haben nicht den geringsten Grund, unsere eigenen Verhältnisse etwa sehr negativ zu beurteilen.

Wichtig ist das Lebensmittelwesen. Die Frage ist, warum man heute kaum noch davon spricht. Nach meiner Meinung deshalb, weil das

Lebensmittelwesen von uns in der Zeit, als wir die politische Verantwortung für Deutschland getragen haben, in vorbildlicher, in aller Welt als vorbildlich anerkannter Weise geregelt worden ist. Ich will ganz kurz noch das Problem der gesetzlichen Krankenversicherung andeuten. Fürchten und meinen Sie nicht, ich wollte darauf eingehen. Ich habe das Wesentliche vorhin schon ausgeführt, als ich gesagt habe, man müsse ein Optimum an gesundheitlichen Voraussetzungen anstreben, ehe man daran gehen könne, den Staatsbürger an seine eigenen Pflichten zu erinnern. Vielleicht haben wir das Tempo und die Reifezeit nicht ganz richtig gewählt. Aber diese Aufgabe muß nach wie vor von uns gelöst werden.

Ich erwähne dann noch etwas, von dem in Deutschland oft gemeint wird, es stehe darum nicht gerade sehr glücklich und man könne sich dessen nicht besonders rühmen, nämlich unsere Arbeitsmedizin. Wer sich einmal im Ausland umgesehen hat, stellt sehr schnell fest, daß im Ausland mehr davon gesprochen wird, daß aber in Deutschland schon seit Jahrzehnten auf diesem Gebiet ganz Wesentliches und Vorbildliches geleistet worden ist, wie auch auf vielen anderen Gebieten der Medizin und der Gesundheitspolitik. Trotzdem ist aber festzustellen, daß wir diesen Aufgaben eine noch größere Bedeutung als bisher beimessen sollten, auch in politischer Hinsicht. Ich will mich auf diese wenigen Worte beschränken.

Nach meiner Meinung dürfen wir auch nicht die politisch-psychologische Bedeutung des Krankenhauswesens in Deutschland unterschätzen. Auch hier ist festzustellen, daß wir gar nicht die leiseste Notwendigkeit sehen, daß wir uns etwa unseres Krankenhauswesens zu schämen hätten. Sie brauchen bloß über die Grenze zu gehen, die nicht sehr fern ist, und Sie werden in den wohlstandsgesättigten Ländern des Westens feststellen, daß die Krankenhäuser dort für uns gar nicht vorbildlich sein können. Aber der Staatsbürger weiß, hört und liest in der Zeitung, daß auch hier eine Reihe von personellen und strukturellen Problemen vorliegt, die ganz zweifellos ihrer Lösung harren und die wir anfassen sollten.

Meine Damen und Herren, meine Ausführungen wären unvollständig, wenn ich nicht wenigstens mit einem Wort auf die berühmte Zuständigkeitsfrage einginge. Das Grundgesetz hat der Gesundheitspolitik etwas magere Möglichkeiten gegeben. Aber ich meine, wir sollten uns hier auch daran erinnern, daß das Grundgesetz die Vorschrift enthält, daß der Bund für die Gleichmäßigkeit der Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik verantwortlich ist. In diesen Bereich fällt ganz zweifellos auch die Gesundheitspolitik, die von den Vätern des Grundgesetzes sicherlich nicht absichtlich unterschätzt, vernachlässigt oder beiseite geschoben worden ist, sondern weil man tatsächlich damals in der Zeit, in der das Grundgesetz entstand, alle diese Probleme noch nicht hat übersehen können.

Die Zuständigkeitsstreitigkeiten sind irgendwie widersinnig, und der Staatsbürger empfindet sie auch als widersinnig. Wir sollten das nicht tun und sollten uns vielmehr bei der Verwobenheit und des inneren Zusammenhangs all dieser Fragen bewußt bleiben, daß es in einem modernen Staat, in einer modernen Gesellschaft, nicht ohne eine ganz konsequente und zielklare Gesundheitspolitik abgeht und daß diese Gesundheitspolitik nicht irgendwo alleine im politischen Raum steht, sondern daß sie auf das engste mit den Dingen verbunden ist, die ich bereits genannt habe und die heute die Erörterungen an diesem Tag in ihrer Gesamtheit ausmachen.

In den Bereich "Gesunde Umwelt — gesunde Menschen" gehört eigentlich auch noch die Sozialpolitik. Es dreht sich ja nicht nur um die physikalische, die äußere Umwelt, sondern es dreht sich nicht zuletzt auch um die Fragen der sozialen Ordnung. Aber wenn wir das alles immer gemeinsam im Blick behalten, dann wird die Gesundheitspolitik immer ihren richtigen Ort und ihre richtigen Beziehungspunkte im Gesamtgebäude unserer Politik behalten.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Meyers: Ich danke dem Diskussionsredner und schlage jetzt zur Geschäftsordnung folgendes vor. Seine Anrede an das Präsidium und an uns alle gilt für alle Diskussionsredner. Mein jetziger Dank gilt für alle Diskussionsredner, damit wir ohne Unterbrechung eine zügige Diskussion führen können.

Ich erteile als nächstem das Wort Herrn Ministerialdirigenten Dr. Forschbach.

Ministerialdirigent Dr. Forschbach: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! "Gesunde Lebensmittel als Mittel zu gesundem Leben" ist eine der Parolen des gesundheitspolitischen Kongresses in Oberhausen gewesen. Wenn ich dieses Thema hier nicht anschneide, dann deswegen, weil die Lebensmittelhygiene ein Teil der Umwelthygiene ist und von Lebensmitteln in unserer modernen Umwelt genauso Zivilisationsschäden ausgehen können wie etwa durch den Verkehr oder durch den Lärm, die Luft oder das Wasser.

Ich will nur einige kurze Akzente setzen. Auch dieses Problem ist sehr vielschichtig. Herr Bundesminister Seebohm hat heute sehr nachdrücklich auf die Notwendigkeit der Verkehrserziehung hingewiesen. Die moderne Entwicklung zwingt uns vom frühesten Kindesalter an, den Menschen mit den Verkehrsproblemen bekannt zu machen. Die moderne industrielle Entwicklung unserer Ernährung, das überreiche Angebot, das große Sortiment von Lebensmitteln zwingen uns ebenso zu einer vernünftigen gesundheitlichen Ernährungsberatung. Was alles vor 60, 70 Jahren noch selbstverständlich war, ist heute so kompliziert und manchmal so unübersehbar geworden, daß sich auch eine erfahrene Hausfrau nicht mehr zurechtfindet. Ich erinnere an die Selbstbedie-

nungsläden. Wenn die Hausfrau und die, die dort einkaufen, nicht benachteiligt werden wollen, müssen sie ja wissen, welchen Wert, welchen Kalorienwert, welchen ernährungsphyslologischen Wert die Ware hat, die sie dort kaufen. Gerade bei der verpackten Ware, die uns heute standardisiert angeboten wird, ist die gesundheitliche Ernährungsberatung weitaus notwendiger als in früheren Zeiten, als die Großmutter auf den Markt ging und die Henne oder das Geflügel kaufte oder das frische Obst schon aussortieren konnte.

Das ist aber auch noch aus einem anderen Gesichtspunkt wichtig, um es ganz kurz zu sagen. Ich knüpfe wieder an die Verhältnisse an, die durch den motorisierten Verkehr entstanden sind. Wir haben viel zu wenig Bewegung. Deshalb müssen wir uns anders ernähren, als es in den letzten Jahrhunderten geschehen ist. Wir müssen also von der kohlehydratreichen Kost abkommen und zu einer Eiweißernährung finden. Das ist für alle diejenigen, die heute nicht mehr körperlich arbeiten, eine dringende Notwendigkeit. Ein Schwerarbeiter kann ohne Körperund Gesundheitsschäden essen, was er will. Derjenige, der im Büro sitzt, der viel Auto fährt, der sich nicht bewegt, muß in seiner Verzehrgewohnheit eine Revolution vornehmen.

Noch ein dritter Gesichtspunkt, warum wir unsere Einstellung ändern müssen! Der Präsident der Welternährungsorganisation, Herr Dr. Senn, hat vor wenigen Tagen darauf hingewiesen, daß der Menschheit im Jahre 1980 eine Hungersnot droht; ja, wenn es so bleibt wie bisher, dann mag er recht haben. Wir haben aber gewaltige Möglichkeiten und vieles noch unausgeschöpft gelassen, womit dieser drohenden Gefahr begegnet werden kann. Ich denke daran, daß wir die Transportmöglichkeiten für Lebensmittel verbessern, daß wir sie mit den verschiedenen uns gebotenen Möglichkeiten haltbarer machen. Wir können uns aber auch die Früchte des Meeres nutzbar machen, was bisher in viel zu geringem Umfang geschehen ist. Man sagt "Not macht erfinderisch" oder "In der Not frißt der Teufel Filegen". Daran ist sehr viel Wahres, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit)

Als die Franzosen im Hundertjährigen Krieg mit den Engländern standen, trieb sie der Hunger dazu, Weinbergschnecken zu essen. Seitdem sind diese Weinbergschnecken eine Delikatesse. Es könnte durchaus sein, daß wir im Meer auch noch Fische und ähnliche eiweißhaltige Nahrungsmittel finden, die gegen alle diese drohenden Gefahren um unsere eigene Gesundheit sehr günstig wären. Das Geschäftsführende Vorstandsmitglied unserer Partei, Herr Dufhues, hat am Schluß des Oberhausener Kongresses durchaus zutreffend darauf hingewiesen, daß diese gesundheitsfördernde Nahrung bei weltem nicht die kostspieligste ist. Sie kann von allen Schichten der Bevölkerung, wenn diese entsprechend belehrt werden, erworben werden.

Ich habe die Notwendigkeit für eine gesundheitliche Ernährungsberatung gerade in diesem Augenblick in den Vordergrund gestellt, weil ich damit dartun will, daß zwar gesetzgeberische Maßnahmen nicht entbehrlich sind, daß sie aber nicht alleine ausreichen, sondern ihr notwendiges Korrelat in der Aufklärung der Bevölkerung finden müssen.

Frau Bundesministerin Dr. Schwarzhaupt hat vor einem Jahr eine Kommission zur Gesamtreform des Lebensmittelrechts, das so unübersichtlich und zum Teil völlig veraltet ist, einberufen. Diese Kommission hat bereits gute Vorarbeiten geleistet. Ich hoffe, daß die Früchte in der nächsten Legislaturperiode geerntet werden können. Wir müssen aber auch hier von dem reinen Prinzip abkommen, immer nur Verbote und Gebote zu setzen. Wir müssen auch hier den Gedanken der Partnerschaft, den Herr Bundesminister Lücke anklingen ließ, weiter fördern und entwickeln. Sicherlich ist manches schärfer zu fassen, als es in unserem heutigen Lebensmittelrecht notwendig ist. Wir müssen schon dazu kommen, daß statt der nachgewiesenen Gesundheitsschädigung zum Beispiel gesundheitsgefährdende Lebensmittel aus dem Verkehr gezogen werden.

Darüber hinaus dürfen wir uns aber nicht der Erkenntnis verschließen. daß Lebensmittel sehr lebensnahe Gegenstände sind, die manchmal der Normierung durch abstrakte Rechtsetzung entziehen. Was man nun nicht generell und abstrakt regeln konnte, versuchte man, vor allen Dingen während der Jahre von 1933 bis 1945 in vielen Verordnungen kasuistisch und perfektionistisch zu regeln. Solche Blüten trieb auch noch die letzte Zeit. Ich darf daran erinnern, daß unser Herr Vorsitzender damals in seiner Eigenschaft als Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, wenn mich mein Gedächtnis nicht täuscht, im Jahre 1956. den Perfektionismus der Speiseelsverordnung sehr heftig und mit Recht kritisiert hat. Wir dürfen im Gesetz und in den Verordnungen nicht in das Rezepthafte ausweichen, aber wir brauchen Irgendwo Anhaltspunkte für alle diejenigen, die am Verkehr mit Lebensmitteln beteiligt sind. Wir brauchen Beurteilungsmerkmale, Leitsätze, nach denen sich der Verbraucher, der Händler, der Industrielle richten kann, wenn er Lebensmittel in den Verkehr bringt.

Da ist nun in den letzten Jahren ein ganz neuer Gedanke in das Lebensmittelwesen gekommen, der Gedanke des Lebensmittelbuches, eine Einrichtung, die Österreich zwar seit 60 Jahren kennt, die wir aber – das darf ich wohl mit berechtigtem Stolz sagen – in vier Jahren mit sieben verabschiedungsreifen Kapiteln so weit fortentwickelt haben, daß wir uns den Österreichern würdig an die Seite stellen können. Leitsätze eines Lebensmittelbuches sind keine Verordnungen, keine Gesetze, sind objektivierte Lebensmittelsachverständigengutachten, die es aber dem einzelnen ermöglichen, sich unschwer zu orientieren, was er zu tun und zu lassen hat. Die Eintragungen und die Leitsätze des Lebensmittelbuches – das ist das Entscheidende – kommen nicht durch

irgendeinen staatlichen Ukas zustande, sondern durch eine freie Vereinbarung zwischen Verbrauchern, Überwachungsbeamten, Wissenschaftlern und der beteiligten Wirtschaft. Hier binden sich alle Partner, freiwillig das zu tun, was sie im Interesse der Volksgesundheit tun müßten. Hier wird erst einmal auf der Basis der Freiwilligkeit eine Einigung versucht, ehe der Staat Verbotstafeln aufrichtet und mit polizeilichen Maßnahmen oder gar mit Strafverfolgung kommt. In diesem Geiste der menschlichen Solldarität entsteht auch hier eine menschliche Partnerschaft zwischen dem Verbraucher, der beteiligten Wirtschaft, den Überwachungsbeamten und der Wissenschaft. Hier werden die Grundsätze Gesundheit und Ehrlichkeit zum Tragen gebracht.

Meine Damen und Herren, das sind neue Ansätze in der Entwicklung unserer Ernährung, die ich naturgemäß hier nur andeuten kann, die aber zeigen — ich danke Herrn Dr. Jungmann für die Anerkennung, die er uns ausgesprochen hat —, daß wir im Bundesgesundheitsministerium nicht resignieren und phantasielos sind. Ich möchte vielmehr sagen, wir sind avantgardistisch, suchen neue Wege und haben Wege beschritten, die manches unkomplizierter machen als es bisher war. Wir haben aber die menschliche Gesundheit in jeder Beziehung zu schützen und die berechtigten Interessen des Verbrauchers zu wahren.

(Beifall)

Vorsitzender Ministerpräsident Dr. Meyers: Ich erteile das Wort Herrn Dr. Auenhammer, dem Vorsitzenden des Gesundheitspolitischen Arbeitskreises der CDU.

Dr. Auenhammer, Vorsitzender des Gesundheitspolitischen Arbeitskreises der CDU: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Darf ich mich herzlich bedanken, daß Sie mich als Bayer eingeladen haben! Aber man hat den Eindruck, daß die Bayern ganz gut in Düsseldorf aufgenommen werden, zum mindesten, wenn sie von der CSU kommen.

(Heiterkeit)

Ich möchte diesen Dank damit verbinden, daß ich Ihnen unsere Verbundenheit, die des Gesundheitspolitischen Arbeitskreises der Christlich-Sozialen Union, zum Ausdruck bringe.

(Beifall)

Ich möchte hoffen, daß wir gerade in der Zukunft über solche deklamatorische Verbundenheit hinaus im Rahmen unserer gesundheitspolitischen Bemühungen unserer beiden Schwesternparteien uns noch mehr abstimmen, mehr zu Gemeinsamkeiten kommen in unseren Vorstellungen und in unseren Maßnahmen, und ich möchte das ausdrücklich als Wunsch der zahlreichen Gesundheitspolitiker unserer Partei — der meisten auf jeden Fall — aussprechen.

Ich darf das damit verbinden, daß ich Sie an dieser Stelle zu unserem Gesundheitspolitischen Kongreß in München unter dem Motto "Gesundes Leben in unserer Zeit" am 11. und 12. Mai einlade.

Nun ein kurzer Beitrag zur Diskussion in Ihrem Kreise! Die Frau Ministerin hat eingangs ihrer Ausführungen ein Phänomen aufgezeigt, das recht bedrückend ist, nämlich daß man feststellen muß, daß der Öffentlichkeit gegenüber von verschiedenen Seiten aus nicht so sehr die ungeheuren Leistungen im Rahmen des Gesundheitswesens, die wir natürlich vorwiegend den Erfolgen unserer Wissenschaft und Forschung verdanken, immer wieder nahegebracht werden, sondern daß man ganz gezielt mit irgendwelchen negativen Behauptungen auftritt. Als ein Beispiel dafür, ohne daß wir in die Tiefe des Beispiels gehen wollen, darf ich, weil es mir vom Fache her naheliegt - ich bin Chefarzt eines Kinderkrankenhauses -, die immer wieder abgeschossene Behauptung bringen, daß wir uns mit der Mütter- und Säuglingssterblichkeit ungefähr in einer katastrophalen Situation befänden. Ich habe den Eindruck, daß es denjenigen, die diese Dinge immer wieder in dieser Form bringen, gar nicht um die Lösung unserer Sorgen auf diesem Gebiete geht. Natürlich machen wir uns auch Gedanken und bemühen uns um eine Verbesserung der Vorsorge bei den Müttern, um die Erfassung unserer Kinder mit Blutgruppenunverträglichkeiten bis zum allerletzten. Ich habe den Eindruck, daß es ihnen gar nicht darum geht, sondern daß man hier einfach schlechtmachen, daß man hier Übel will, daß man den Eindruck erzeugen will, als wären hier schauderhafte Verhältnisse und läge alles im argen. Das haben wir nicht nötig! Ich wäre der Frau Ministerin dankbar, wenn sie in ihrem Schlußwort in ein paar Sätzen konkret diese Dinge vom Tisch bringen könnte.

(Beifall)

Vorsitzender Ministerpräsident Dr. Meyers: Zur gleichen Frage der Mütter- und Säuglingssterblichkeit hat das Wort Frau Englaender, MdB. Frau Englaender (MdB): Nur ganz kurz! Ist die Säuglingssterblichkeit, wie es jetzt so oft gesagt wird, in der Bundesrepublik wirklich so viel höher als anderswo oder haben die Statistiken andere Grundlagen? Hat diese Sterblichkeit etwas damit zu tun, daß die Umwelt dafür ungut ist? Könnten Sie, liebe Frau Minister, uns etwas darüber sagen, was die Bundesregierung tut und getan hat, um diese Sterblichkeit zu vermindern?

(Beifall)

Vorsitzender Ministerpräsident Dr. Meyers: Ich erteile das Wort Herrn Minister a. D. Bundestagsabgeordenten Storch.

Storch (MdB): Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da ich mich als Vorsitzender des Gesundheitsausschusses im Europäischen Parlament mit diesen Fragen der Gesundheit sehr viel zu beschäftigen habe, möchte ich hier auf einige praktische Dinge eingehen.

Als ich in der Bundesrepublik noch Arbeitsminister war, unterstand mir letzten Endes das soziale Gefüge bei uns in Deutschland, und wir hatten damals ungefähr 4 Prozent der erwerbstätigen Menschen, die erwerbs-

unfähig krank waren. In der Weimarer Zeit belief sich dieser Prozentsatz auf 3,5. Seit 1957 ist dieser Prozentsatz aber sprunghaft in die Höhe gegangen, so daß wir teilwelse 8 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung als arbeitsunfähig Kranke hatten.

Das kam zum Teil daher, daß wir damals die Leistungen aus der sozlalen Krankenversicherung verbessert haben, und es mag möglich sein,
daß sich auf Grund dieser erhöhten Leistungen mancher früher oder
leichtsinniger — nennen Sie es, wie Sie es wollen — erwerbsunfähig
krank gemeldet hat. Allerdings haben ja die Ärzte diese Leute krankgeschrieben. Das ist auch ein Faktum für sich. Dieser Prozentsatz von
8 ist in der Zwischenzeit wieder zurückgependelt, und wir stehen zur
Zeit bei ungefähr 6 Prozent erwerbsunfähig kranken Menschen.

Hier erhebt sich die große Frage, woher das kommt. Seit 1957 haben wir die Arbeitszeit in Deutschland wesentlich verringert. Wir haben die Urlaubszeiten, die Erholungszeiten verlängert. Dennoch haben wir diesen erhöhten Krankenstand. Nun gibt es bei uns in Deutschland Leute, die meinen, daß man, wenn man eine Selbstbeteiligung an den Leistungen der Krankenversicherungen einführen würde, dieses Übel beheben könnte. Ich glaube nicht daran. Nach dem, was mir Ärzte gesagt haben, die doch letzten Endes auf diesem Gebiet Erfahrungen haben, sind diejenigen, die die Nutznießer über das Normale hinaus in der Arbeitnehmerschaft sind, höchstenfalls mit 5 Prozent zu beziffern. Würde man selbst bei denen eine größere Verantwortlichkeit herbeiführen, dann würde der Prozentsatz der erwerbsunfähig kranken Menschen nicht wesentlich sinken.

Hier, Frau Ministerin, möchte ich Ihnen eines sagen, was ich allerdings auch im Europäischen Parlament den Leuten von der EWG, und zwar von der Gesundheitsabteilung, sage: Es muß ein Studium darüber durchgeführt werden, inwieweit die heutige Verteilung der Arbeitszeit auf den Tag ihren Einfluß ausübt. In den Jahren 1918/19 haben wir den 8-Stunden-Tag bekommen. Er hat sich bei uns sehr gut bewährt. In der Zwischenzeit gehen die Bestrebungen der Sozialpartner, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, dahin, nicht die tägliche Arbeitszeit zu verringern, sondern das sogenannte freie Wochenende zu bekommen. Soweit die wöchentliche Arbeitszeit noch über 40 Stunden hinausgeht, wird gegenüber der Weimarer Zeit die tägliche Arbeitszeit verlängert.

Dann kommt dazu noch etwas anderes. In dieser verlängerten Arbeitszeit haben wir in den verschiedensten Betrieben und Branchen eine viel zu geringe Unterbrechung der Arbeitszeit. Ich denke daran, daß wir vor dem Ersten Weltkrieg im großen und ganzen noch eineinhalb Stunden Mittagspause neben einer halbstündigen Frühstückspause hatten. Damals hatten wir geringe Arbeitsziffern. Heute geht es aber immer Tempo, Tempo, und die Leute stehen an ihrem Arbeitsplatz, vor allen Dingen dort, wo die Rationalisierung weitgehend durchgeführt ist, und

dann rechnet man meines Erachtens kurzsichtig bei vielen Arbeitnehmern, daß eine Unterbrechung der Arbeitszeit eine Verteuerung der Produktion darstellt. Daher kommt meines Erachtens die Anfälligkeit der Arbeitnehmer auf dem Gebiete des Gesundheitswesens.

Ich bin deshalb also der Meinung, wir sollten uns diese Dinge auch in Verbindung mit der Exekutive der EWG einmal genau ansehen. Kommt man dann zu der Überzeugung, daß man eine größere Pause haben muß, wenn die achtstündige Arbeitszeit am Tag überschritten wird, dann muß man auch den Sozialpartnern sagen, daß sie auf diesem Gebiete ihre Verantwortlichkeit haben.

(Beifall)

Es kann nicht so weitergehen, daß auf Grund dieser hohen Krankheitsziffern die Gewerkschaften immer mehr Freizeit fordern.

Persönlich habe ich mir die größten Gedanken über diese Dinge gemacht und mich gefragt, was es denn für eine wirtschaftliche Auswirkung haben wird, wenn wir die Zahl derjenigen, die erwerbsunfähig krank sind, von 6 wieder auf 4 Porzent zurückführen. Heute fallen bei den 6 Prozent erwerbsunfähig Kranken ungefähr 1,3 Millionen an Leistungen der Arbeiter aus. Kämen wir auf 4 Prozent zurück, indem wir uns diese Dinge genauer ansehen und die nötigen Folgerungen daraus ziehen, dann würden wir die Arbeitsleistung von 430 000 Menschen haben, also ungefähr eines Drittels dessen, was wir heute an ausländischen Arbeitern bei uns beschäftigen. Das muß man alles im Wirtschaftlichen sehen.

Dazu kommt etwas anderes. Wir lassen die Dinge jetzt schleifen, und man wagt sich nicht an die Dinge heran, weil es auf seiten der Arbeitgeber und auch auf seiten der Gewerkschaften nicht angenehm ist, diese Dinge anzugreifen und weil es nicht angenehm ist, dem Arbeitnehmer eine höhere Unterbrechung einer achtstündigen Arbeitsleistung zu geben.

Ich bin aber der Meinung, daß man das den Arbeitnehmern sagen muß, daß man es nur in der richtigen Weise begründen muß. Die Leute wissen nämlich sehr gut, daß sie für alle die Fehler, die wir in der heutigen Zeit machen, eines schönen Tages bitter bezahlen müssen. Ich bin also der Meinung, daß auf diesem Gebiete in Verbindung mit der Gemeinschaft der Sechs alles mögliche getan werden muß, damit wir wieder zu gesunden Verhältnissen kommen.

Dazu kommt etwas anderes. Wir haben heute ungefähr eine Million Fremdarbeiter bei uns, und man rechnet damit, daß diese Zahl in absehbarer Zeit auf 1,3 Millionen steigen wird. Nun kommt die große Frage: Wo kommen die Leute her, wie ist der Gesundheitszustand dieser Leute, die zu uns kommen, und inwieweit werden wir sie eines schönen Tages bezahlen müssen.

Ich bin als Mitglied des Europäischen Parlaments in einem Teil der afrikanischen Staaten gewesen. Ich war in Marokko. Ich war aber auch in Süditalien und habe mir dort die gesundheitspolitischen Verhältnisse angesehen. Ich bin in Verona, in Mailand und in Neapel zu der Dienststelle unserer Arbeitsverwaltung gegangen und muß sagen: Die Gesundheitsuntersuchung der Leute geht dort fixer vor sich als in der Sprechstunde eines Arztes. Daß dort in dieser Weise wirklich etwas getan wird, halte ich für unmöglich.

Nun denken Sie daran, daß wir den süditalienischen Bereich mehr oder weniger ausgeschöpft haben. Momentan sind unsere Arbeitgeber dabei, sich Arbeitskräfte aus Marokko zu holen. Vielleicht kommen wir sogar so weit, daß wir noch nach Mittelafrika gehen und uns von dort die Arbeitskräfte beschaffen. Vor einiger Zeit bin ich in Natal gewesen. Dort haben mir eine ganze Reihe von Eingeborenen die Frage gestellt: Können wir denn nicht auch nach Deutschland gehen?

Warum wollen diese Leute zu uns kommen? Sie haben gehört, daß die Verhältnisse in Deutschland sehr viel besser sind. Sie sagen sich, daß hier die Leute gesünder sind. Diese Dinge muß man sehen.

Aber ich möchte einmal all denjenigen, die zu einer derartigen Entwicklung ja sagen, den guten Rat geben, sich beispielsweise in der größten Stadt dort, in Natal, das Krankenhaus und die furchtbaren Krankheiten, die dort bei der Bevölkerung immer noch grassieren, anzusehen und sich zu überlegen, daß diese Krankheiten vielleicht, wenn auch in einem geringen Prozentsatz, zu uns übertragen werden könnten. Das ist doch eine Gefahr, die gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Ich sage Ihnen in aller Offenheit: Solange wir all diese gesundheitspolitischen Fragen im Arbeitsministerium so nebenher erledigen mußten und uns dabei zum größten Teil mit den Sozialversicherungsträgern, die unter der Selbstverwaltung stehen, auseinanderzusetzen hatten, konnten wir manchmal nicht das richtige Bild gewinnen.

Heute haben wir ein unabhängiges Gesundheitsministerium. Ich persönlich meine, wir sollten alle die Frau Ministerin unterstützen bei der Bewältigung der Probleme.

(Beifall)

Nebenbei, Frau Ministerin, danke ich Ihnen für das, was Sie vorhin gesagt haben.

Sie dürfen sich darauf verlassen: Wenn Sie hier schon etwas aus meinen Erfahrungen verwenden wollen, stehe ich Ihnen jederzeit zur Verfügung. Wir sollten in unseren Kreisen Hand-in-Hand-Arbeiten.

(Erneuter Beifall)

Wir sollten die Mißstände, die sich bei uns eingeschlichen haben, soweit wie möglich wieder beseitigen. Ich bin überzeugt, daß wir dann

zu Zuständen kommen, mit denen wir uns in der Welt sehen lassen können, ja, die beispielhaft für die kommende Entwicklung Europas sind.

(Beifall)

Vorsitzender Ministerpräsident Dr. Meyers: Ich erteile das Wort Frau Jochums (MdL Baden-Württemberg).

Frau Jochums: Herr Minister Storch hat über die Frage des hohen Krankenstandes der Arbeiterschaft gesprochen. Vorhin ist schon in den Äußerungen der Frau Ministerin angeklungen, daß in der Öffentlichkeit die hohe Frühinvalidität der Arbeiter viel diskutiert wird. Gerade in unserem Landtag, in Baden-Württemberg, wird dieses Problem der Arbeiter, die vorzeitig aus dem Arbeitsleben völlig ausscheiden müssen, von den aus der Gewerkschaft kommenden SPD-Abgeordneten immer wieder in den Vordergrund gestellt. Bei uns liegt zur Zeit ein Antrag vor, einen Auftrag zur Erforschung der Ursachen dieser Frühinvalidität zu erteilen.

Es ist nur die Frage: wo liegen die Ursachen dieser hohen Prozentzahlen? Die Frau Ministerin hat schon angedeutet, daß die Statistiken wohl einer gewissen Überprüfung bedürfen. Immerhin erscheint es mir zweifelhaft, ob man ein richtiges Bild gewinnt, wenn man die in einem Jahr vorzeitig Ausscheidenden in Relation setzt zu denjenigen, die nun aus einem Jahrgang aus Altersgründen ausscheiden; denn die vorzeitig Ausscheidenden kommen ja aus einer großen Zahl von Jahrgängen, aus einem viel größeren Reservoir, so daß der Prozentsatz sich im Grunde nach außen etwas überhöht darbietet.

Wo liegen nun die medizinischen Ursachen? Wenn man den Ausdruck "frühinvalid" wählt, wird eigentlich das Untersuchungsergebnis insofern schon vorweggenommen, als man da wieder zum Ausdruck bringt, daß eben die Arbeitswelt die Ursache ist. Sicher spielen all die Arbeitsbedingungen, die soeben geschildert worden sind, eine große Rolle. Aber sind sie wirklich die einzige Ursache? Spielt nicht auch das, was vorhin Herr Forschbach über die unvernüftige Lebensweise, die unrichtige Ernährung und die falsche Freizeitgestaltung angeführt hat, eine große Rolle? Würden wir bei der Bekämpfung der Ursachen nicht den richtigen Ansatzpunkt verpassen, wenn wir nicht auch diese Dinge mit in Rechnung stellten?

Meine Frage an die Frau Ministerin lautet nun: wird vielleicht von der großen Summe für Forschungsaufträge, die Sie vorhin genannt haben und die speziell für 1966 noch erhöht werden soll, auch etwas abgezweigt werden, um diese Dinge auf Bundesebene zu prüfen? Mir scheint es wichtig zu sein, daß diese Fragen auf Bundesebene erforscht werden. Sicher kann das nicht nur den Universitäten in den Ländern überlassen bleiben. Ich möchte Sie bitten, dazu etwas zu sagen, soweit diese Fragen in Ihrem Ministerium schon bearbeitet werden.

Vorsitzender Ministerpräsident Dr. Meyers: Herr Dr. Loskant (Hessen), ebenfalls zum Thema "Arbeitsmedizin"!

Dr. Loskant: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Umwelt des Menschen gehört der Arbeitsplatz. Die Frau Ministerin und verschiedene Redner haben diese Beziehung schon angesprochen. Allerdings möchte ich vorweg sagen: Ich bin nicht ganz der Auffassung, daß es uns gelingen wird, den Krankenstand von 6 auf 4 Prozent herabzusetzen. Ich glaube, daß ein Teil der Menschen, die heute krank sind, dadurch länger leben werden, daß sie frühzeitig krank werden und zum Arzt gehen.

(Widerspruch)

Denken wir daran, daß die Lebenserwartung immer steigt. Aber das nur nebenbei.

Eine moderne Gesundheitspolitik, die den Menschen vor den vielfältigen Gesundheitsgefahren schützen will, kann und darf dabei die Wechselwirkungen zwischen Arbeit und Gesundheit nicht außer acht lassen. Übrigens sind diese Wechselwirkungen weiß Gott nicht, wie allzuoft behauptet wird, nur negativer Natur.

Ohne Arbeit, ohne eine sinnvolle Tätigkeit, kommt es beim Menschen zwangsläufig zur Erschlaffung aller körperlichen und geistigen Kräfte und damit zur Krankheit und zum Tode.

Trotzdem ist nicht zu verkennen, daß gleichzeitig der Arbeit auch erhebliche gesundheitsschädigende Faktoren beigesellt sind. Sie bestehen einmal in den schädigenden Umweltbedingungen am Arbeitsplatz selbst und zum anderen in dem allzuoft vorzufindenden Mißverhältnis zwischen individueller Leistungsfähigkeit und der zu erbringenden Leistung.

Jedes Bemühen um die Gesunderhaltung des Menschen, das diesen wichtigen Sektor des menschlichen Lebens, nämlich die berufliche Tätigkeit, unberücksichtigt läßt, wäre unvollständig; ja, ich bin sogar der Auffassung: sie wäre zum Scheitern verurteilt.

Dieser Aufgabe hat sich die Arbeitsmedizin verschrieben. Ihre Aufgabe ist einmal die Stärkung des positiven Effektes der Arbeit und zum anderen die Verhütung und Ausschaltung möglichst aller der Arbeit innewohnenden gesundheitsschädigenden Faktoren. Ihr Ziel ist es, das Verhältnis von Mensch und Arbeit zu harmonisieren.

Eine gute und alle Bereiche des Lebens umfassende Gesundheitspolitik muß daher auf diesem Gebiet wirksam werden. Es kann dabei aber nicht Aufgabe der Gesundheitspolitik sein, durch starres Reglement und durch minuziöse Gesetzesvorschriften bis in den einzelnen Arbeitsablauf hinein zu wirken. Bei der Vielfältigkeit des modernen Arbeitsablauf hinein zu solche politische Wirksamkeit hoffnungslos in das Hintertreffen und würde sich selbst ad absurdum führen. Ihr Wirken kann nur darin bestehen, die Grundlagen zu schaffen, die es der

Arbeitsmedizin erlauben, die ihr in Wissenschaft und Praxis obliegenden Aufgaben optimal zum Wohle des arbeitenden Menschen zu erfüllen.

Von der SPD wird uns oft vorgeworfen, die CDU und die von ihr gestellte Regierung sei auf diesem so wichtigen Gebiet untätig gewesen. Es wird sogar von der Bundesrepublik als einem arbeitsmedizinischen Entwicklungsland gesprochen und ohne Scham mit Halbwahrheiten oder gar mit absolut falschen Argumenten und Zahlen polemisiert. Ich darf in diesem Zusammenhang nur einmal an die bekannte Rundfunksendung erinnern, in der unter anderem von nur 382 hauptberuflichen Werksärzten in der Bundesrepublik gegenüber 5000 Arbeitsmedizinern in Frankreich gesprochen wurde. Wenn die Herrschaften den Fachteil des Bundesarbeitsblattes, Arbeitsschutz, Heft 7/1964, gelesen hätten, würden sie unschwer festgestellt haben, daß zur Zeit in der Bundesrepublik rund 3300 Ärzte sich mit arbeitsmedizinischen Problemen beschäftigen und praktische Arbeitsmedizin ausüben. Das sind die Werksärzte, die hauptamtlichen und nebenberuflichen, die Ärzte bei der Bundesbahn und der Bundespost, die Ärzte des Arbeitsamtes und deraleichen mehr.

Ebenso ist festzustellen, daß unsere Arbeitsschutzgesetzgebung einen internationalen Vergleich keineswegs zu scheuen braucht. Mit Stolz darf ich hier feststellen, daß es gerade die von der CDU/CSU regierten Länder waren, die als erste der Arbeitsmedizin den ihr gebührenden Platz an der Universität einräumten. In diesen Ländern sind an den medizinischen Fakultäten jetzt schon ordentliche Lehrstühle für Arbeitsmedizin errichtet. Allerdings ist unser fortschrittliches Land Hessen hier noch etwas in Verzug.

Natürlich ist damit noch lange nicht genug getan. Es ist nicht zu verkennen, daß auf der Landkarte der arbeitsmedizinischen Betreuung der Menschen in der Bundesrepublik, wie übrigens auch in vielen anderen Ländern, noch zahlreiche weiße Flecke vorhanden sind.

Es müssen daher sinnvolle Lösungen gefunden werden, die dazu führen, daß jeder arbeitende Mensch die Sicherungen an seinem Arbeitsplatz findet, die ein gesundheitsunschädliches Arbeiten soweit wie möglich gestatten.

Ich glaube nicht, daß im Augenblick ein Werksarztgesetz, wie es die EWG vorgeschlagen hat, zu schaffen sein wird. Darin wird für jeden Betrieb ab 50 Beschäftigten eine werksärztliche Betreuung gefordert. Ein solches Gesetz wäre meines Erachtens zur Zeit schon aus persönlichen Gründen gar nicht durchführbar. Darüber hinaus wären aber dann noch rund 10 Millionen Menschen, das heißt fast die Hälfte aller Beschäftigten in der Bundesrepublik, noch nicht arbeitsmedizinisch betreut. Ferner ist zu sagen, daß weitere 6,7 Millionen Arbeitnehmer in Betrieben mit 51 bis 499 Beschäftigten arbeiten. Auch dort wird es schwer sein, in Form eines Gesetzes sofort eine Betreuung herbeizu-

führen. Schon aus diesen Zahlen geht hervor, daß die Hauptlast der Betreuung dieser Menschen auch in weiterer Zukunft bei dem frei praktizierenden Arzt liegen muß. Leider ist dieser — aber nicht durch seine Schuld, das muß man allerdings sehr deutlich feststellen — bislang für diese Aufgabe noch keineswegs ausgebildet und befähigt.

Daraus ergibt sich die zwingende Notwendigkeit, so rasch wie möglich an unseren medizinischen Fakultäten, und zwar an allen, der Arbeitsmedizin den ihr gebührenden Platz einzuräumen, das heißt, überall ordentliche Lehrstühle zu errichten und damit die Arbeitsmedizin zum ordentlichen Lehr- und Prüfungsfach zu machen. Die neuzuerlassende Prüfungsordnung für Ärzte muß dieser Forderung jetzt schon Rechnung tragen.

Die zur Zeit bestehenden arbeitsmedizinischen Akademien sind für die Aufgabe der Ausbildung aller Ärzte nicht geeignet. Ihre Aufgabe wird es sein, den approbierten Arzt zum eigentlichen Arbeitsmediziner weiterzubilden.

Nun bietet sich in naher Zukunft ein neuer Weg an. Es steht bevor, daß der Deutsche Ärztetag in diesem Jahr die Schaffung der Zusatzbezeichnung "Arbeitsmedizin" billigt. Diese Zusatzbezeichnung wird dem Arzt nach Absolvierung einer entsprechenden Ausbildung zugebilligt werden.

Damit eröffnet sich nach den Vorstellungen des Verbandes deutscher Werksärzte die Möglichkeit, daß wir den bisher in Deutschland unbekannten Typ des freipraktizierenden Arbeitsmediziners schaffen, wie wir ihn zum Beispiel schon in den USA kennen. Nach diesen Vorstellungen kann ein so für seine Aufgabe befähigter Arzt für eine ganze Anzahl von kleinen und Kleinstbetrieben nach freier Vereinbarung die arbeitsmedizinische Betreuung der in diesen Betrieben beschäftigten Menschen übernehmen. Diese Form wird sich vor allem wahrscheinlich in den regionalen Bereichen anbieten, in denen eine größere Zahl von Kleinbetrieben angesiedelt sind. Es wird dann eine gesundheitspolitische Aufgabe sein, eine solche Entwicklung einmal dadurch zu fördern, daß die Institutionen, die der Ausbildung der Arbeitsmediziner dienen, unterstützt und ausgebaut werden und daß andererseits das Interesse der Betriebe durch Aufklärung über die Notwendigkeit einer arbeitsmedizinischen Betreuung und durch finanztechnische Maßnahmen geweckt wird.

Ein weiterer Weg zur besseren arbeitsmedizinischen Betreuung der arbeitenden Menschen bietet sich in einem stärkeren Ausbau des gewerbeärztlichen Dienstes an. Ebenso wie in weiten Bereichen des öffentlichen Gesundheitsdienstes besteht aber auch hier die Gefahr eines erheblichen Nachwuchsmangels infolge der relativ ungünstigen materiellen Bedingungen. Es gilt aber heute, nicht nur den Bestand zu erhalten, sondern gerade im Hinblick auf die Betreuung und Überwachung der vielen kleinen Betriebe, in denen arbeitsmedizinisch gesehen

noch manches im argen liegt, diesen Dlenst weiter auszubauen. Meine Damen und Herren, ich konnte hier nur ganz wenige Dinge aufzeigen, da die mir zur Verfügung stehende Zeit natürlich viel zu kurz ist, um hier das ganze Programm aufzuzeigen, wie wir es uns vorstellen. Die Verwirklichung dieser als notwendig erkannten Aufgaben erfordert eine Vielfalt von Maßnahmen. Viele Schwierigkeiten und viele Widerstände werden zu überwinden sein. Wenn wir aber als politische Kraft mit unserem Anspruch, die Zukunft gestalten zu wollen, bestehen wollen, müssen wir auch diese Aufgaben lösen zum Wohle des arbeitenden Menschen und zum Wohle unseres Volkes.

(Beifall)

Vorsitzender Ministerpräsident Dr. Meyers: Die nächsten fünf Diskussionsredner und -rednerinnen befassen sich mit der Reinhaltung der Luft und des Wassers und mit der Lärmbekämpfung, also mit dem Emissionsschutz und allen möglichen Dingen. Darf ich Sie besonders bitten, Wiederholungen zu vermeiden, damit wir mit unserer Zeit auskommen.

Ich erteile das Wort Herrn Dr. Fortmann (Westfalen) zur Luft- und Wasserreinhaltung.

Dr. Fortmann (Westfalen): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Jungmann hat vorhin als Grundsatz unserer Gesundheitspolitik die Hilfe zur Selbsthilfe zwar umschrieben, aber doch klar und deutlich herausgestellt. Ich glaube, wenn wir diesen Grundsatz echt nach außen hin vertreten wollen - und das müssen wir, wenn wir uns nicht selbst untreu werden wollen -, kommt es immer auf die Verpackung an, in der wir gar nicht so pingelig sein sollten. Wir sollten klar und deutlich herausstellen, daß wir längst das in Angriff genommen haben, was die SPD programmatisch noch als Analyse betrachtet. Kurzum, die technische Anleitung zur Gewerbeordnung betreffend die Reinhaltung von Wasser und Luft ist als wesentliches und zu begrü-Bendes Erzeugnis der Bundesregierung und insbesondere der Frau Ministerin herauszustellen. Wer die Vorverhandlungen zu dieser technischen Anleitung, den Widerstand der Länder, den Widerstand der beteiligten Kreise erlebt hat, der weiß, wie schwierig es war, dieses Werk überhaupt in dieser Form zur Verabschiedung zu bringen und Wirklichkeit werden zu lassen. Ich darf ferner erwähnen die Emissionsschutzgesetze auf Länderbasis in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, die vorhin schon angesprochen worden sind, ich darf aber dabei nicht verschweigen, daß trotz erheblicher Vorstellungen unserer Freunde in Hessen gerade dieses Land sich einer solchen Gesetzgebung, die als Ergänzung zu der Bundesgesetzgebung anzusehen ist, nach wie vor verschlossen und unseren Freunden energischen Widerstand entgegengesetzt hat. Den verbindlichen Plan der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, den braunen Rauch aus Konvertern bis 1967 zu beseitigen, darf ich ebenfalls begrüßen. Andere Pläne werden diesem sicherlich folgen. Nicht außer acht zu lassen ist dabei auch, daß die Staubniederschläge im Ruhrgebiet, die vorhin schon erwähnt worden sind, nicht erst seit 1961, sondern bereits seit 1958 trotz steigender Produktion eine sinkende Tendenz aufwelsen, und zwar zum Teil von beträchtlichem Ausmaß. Sicherlich ist das ein Teilerfolg des großzügigen Überwachungs- und Meßprogramms, das die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen eingerichtet hat. Wir haben allerdings den Wunsch, daß dieses Meßprogramm nicht aus sich selbst heraus betrieben werden sollte, sondern lediglich zur Bestandsaufnahme dient, um dann endgültige Maßnahmen einzuleiten.

Ich darf dabei nicht unerwähnt lassen — wo gehobelt wird, fallen Späne —, es bleibt dabei, daß nach wie vor noch einige, und zwar wesentliche Einwirkungen technischerseits nicht abgestellt werden können. Das ergibt Härten für die Betroffenen in den Verdichtungszonen. Insbesondere ergibt es eine Aufopferung für diejenigen, die sich etwa als Kleingärtner, als Gärtner, als Landwirte und als Forstwirte in diesem Raum betätigen müssen und sich immer mehr in die Rolle eines ehrenamtlichen Landschaftspflegers gedrängt fühlen. Das sollte uns zu Überlegungen für die nächste Legislaturperiode veranlassen.

Nun wird man den jahrzehntelangen Trend der zunehmenden Luftverunreinigung und Wasserverunreinigung nicht radikal von heute auf morgen auf null zurückschrauben können, zumal man bei all diesen gesetzlichen Maßnahmen seitens des Bundes verfassungsrechtliche Akrobatik betreiben muß. Denn das, was wir vom Grundgesetzgeber nicht berücksichtigt haben, läßt sich auf die Kürze der Zeit nicht ausräumen. Mit Steuererleichterung, ERP-Mitteln, Mittelstandskreditprogrammen tragen wir ja zusätzlich zur Selbstfinanzierung der Reinigungsmaßnahmen bei.

Wir müssen abwarten, welchen Erfolg die sogenannte technische Anleitung hat. Dann können wir erst in konkrete Finanzierungen, wie Zinsverbilligung, Darlehen und Bürgschaften, eintreten.

Ein Grundsatz muß dabei außerdem beachtet werden: Alle Bevölkerungskreise und alle Bevölkerungsschichten müssen daran mittragen. Es ist nicht einzusehen, daß die Belastung durch finanzielle Mittel allein die Betroffenen oder die Beteiligten im Ruhrgebiet treffen soll. Von Oberstdorf bis Flensburg müssen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, jedes Industriewerk, jeder Betrieb, jede Gemeinde, jeder Haushalt dazu beitragen, daß in den Verdichtungszonen wieder eine bessere Reinhaltung der Luft und des Wassers gewährleistet ist. Aber ich appelliere auch an den Egoismus der Gemeinden, zumal hinsichtlich der Wasserreinhaltungsmaßnahmen. Es erscheint mir als ein Unding, daß jede Stadt und jede kreisfreie Gemeinde praktisch eigene Versorgungsunternehmen, z. B. zur Sicherstellung des Trinkwasserbedarfs haben. Hier muß eine Vereinheitlichung, eine Zusammenfassung erfolgen, damit – abgesehen von dem Gesichtspunkt der Steuerreform, die Herr Bun-

desminister Lücke ansprach, die sicherlich notwendig ist – gewährleistet ist, daß der Bevölkerung auf die Dauer ein qualitativ gutes Trinkwasser zur Verfügung gestellt wird.

Forschung und Technik lassen sich zwar forcieren, aber nicht dirigieren. Mir scheint, wenn man in diesem Zusammenhang immer wieder auf die Ankurbelung der Forschung und der Technik hinweist, daß man, nachdem der Schaum von den Wasserläufen zu verschwinden beginnt, neuen Schaum schlägt durch die sogenannten Gemeinschaftsaufgaben, wie sie sich die SPD vorstellt, die wir als CDU übrigens viel früher erkannt haben. Der Herr Ministerpäsident hat in seinen Eingangsworten darauf hingewiesen, daß er es war, der 1960 auf unserem Karlsruher Parteitag in seinem Grundsatzprogramm darauf eingegangen ist.

Gemeinschaftsaufgaben, wie sie die SPD bei den augenblicklichen politischen Verhältnissen sieht, sehen doch so aus: Der Bund muß, die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Länder sollen, die Gemeinden und alle übrigen warten ab. So sieht es doch tatsächlich aus. Ich bin allerdings der Meinung, daß wir das Ziel erkannt haben und in einen neuen Abschnitt eintreten, nachdem wir eine gesunde Wirtschaft, sichere Arbeitsplätze, sichere Wohnung und gesunde Wohnung sichergestellt haben, müssen wir jetzt darangehen, neben den Erfolgen der Wirtschafts-, der Wohnungspolitik, der Verteidigungs-, der Sozialpolitik eine fortschrittliche Raumordnungs- und Gesundheitspolitik zu betreiben.

Wir wollen Realisten sein. Wir sind keine Interessenkoalition. Bei uns hat der Fortschritt bereits begonnen, den die SPD — das betonte ich nochmals — lediglich programmatisch verkündet, so daß sie über eine Analyse bisher noch nicht hinausgekommen ist. Wir sehen diese sogenannten Gemeinschaftsaufgaben nicht als isolierte Einzelmaßnahmen aufgereiht wie Perlen auf einer Schnur, wie sie die SPD jetzt plötzlich in Karlsruhe dargestellt hat, schön poliert als eine Vision, sondern als eine Aufgabe der Gesellschaftspolitik in Zusammenhang mit der Raumordnung und der Städtesanierung unter Einschluß der Verkehrssituation als Wesensbestandteil der Politik aus christlicher Verantwortung, der einzig vorstellbaren Verantwortung für den Mitmenschen.

Vorsitzender Ministerpräsident Dr. Meyers: Das Wort hat Herr Dipl.-Ing. Weiland. Ich bitte, jetzt möglichst mit fünf Minuten auszukommen.

Dipl.-Ing. Weiland: Liebe Parteifreunde! Als zum Karlsruher Parteitag der Beitrag unseres Ministerpräsidenten Dr. Meyers angekündigt wurde, der sich mit dem Thema: Der Mensch und seine Umwelt; Beiträge gegen Zivilisationsschäden beschäftigen sollte, war ich noch der Meinung, daß unsere Zeit zur Behandlung solcher Themen nicht reif ist. Die Ausführungen von Franz Meyers und das Echo haben mir gezeigt, daß hier einmal ein Thema angesprochen war, das im verborgenen in unserem Land schlummerte. Wie richtig es war, zeigte sich an nichts besser als an der Reaktion der SPD. Die SPD scheute sich nicht, ein Plagiat zu begehen, und brachte im Wahlkampf ein Arbeits-

ergebnis von Franz Meyers, nämlich brachte den Slogan: "Reiner Himmel an Rhein und Ruhr". Das war das, was von Franz Meyers auf dem Parteitag verlangt wurde.

In der Zwischenzeit ist nun eine Reihe von gesetzlichen Grundlagen im Bund und in den Ländern geschaffen worden. Arbeitsergebnisse, die sich nicht in Gestalt eines Gesetzes fassen lassen, sind zum Beispiel in Gutachten zusammengefaßt — die uns unter anderem der Herr Verkehrsminister vorgelegt hat — für die Gestaltung von Straßen und Wegen in den Gemeinden, mit dem Ziel, die Gesundheit der Bevölkerung zu erhalten, den Lärm zu bekämpfen und für die Reinhaltung der Luft zu sorgen.

Ich möchte Ihnen nun an einem Beisplel zelgen, wie die Wirklichkeit dieser wichtigen Gesetze beachtet wird. Wie Sie wissen und wie Sie hier erkannt haben, liegt Düsseldorf am Rhein. Was wir in Düsseldorf dringend brauchen, sind Brücken. Aus diesem Grunde beschäftigen sich die Stadt und das Land mit der Brückenfrage. Es soll eine neue Brücke über den Rhein gebaut werden, die unter dem Arbeitstitel "Knie-Brücke" läuft. Da man die Straßenanbindung Insbesondere auf der linken Rheinseite durch ein reines Wohngebiet führen muß — es gibt keine andere Möglichkeit —, sah man vor, daß ein langer Tunnel längs des Rheins gebaut wird, der die Bevölkerung davor schützen sollte, daß sie durch zu großen Lärm und durch zu viele Abgase belästigt wird. Bei diesem Projekt handelt es sich immerhin um ein Vorhaben in einer Größenordnung von 250 Millionen DMI Eine Viertelmilliarde DM ist aber ein recht beachtlicher Posten.

Als nun die Planung offengelegt wurde, zeigte sich, daß man alle diese Maßnahmen zur Vorkehrung nicht mehr beachten wollte. Ich möchte Ihnen dazu eine einzige Zahl nennen. Die Strecke, die zur Knie-Brücke führen wird, wird in den Spitzenzeiten von 7 bls 8 Uhr und von 17 bis 18 Uhr einen Verkehr von 6200 Fahrzeugen aufzunehmen haben. Die Zahl spricht für sich. Das sind mehr als 100 Fahrzeuge in der Minute. Ich darf darauf hinweisen, daß unsere meistbefahrene Autobahnstrecke bei Leverkusen nur 5300 Fahrzeuge in der Spitze zu bewältigen hat. Hier sind aber 6200 Fahrzeuge sofort zu schaffen. Und da will man eine Strecke längs des Wohnviertels auf einen Damm führen, entgegen allen Richtlinien, die vom Bundesverkehrsminister erarbeitet worden sind, und möchte der Bevölkerung zumuten, daß sie dort leben und wohnen soll.

Ich konnte mir nicht vorstellen, daß die klaren Bestimmungen des Bundesbaugesetzes so wenig zu beachten sind. Ich hatte einmal die Ehre, auf einem Gesundheitskongreß der CDU mit Frau Gesundheitsministerin Dr. Schwarzhaupt zu sprechen. Es ging um das Thema Reinhaltung der Luft, Kampf dem Lärm. Ich wurde aus meinem Stadtteil angesprochen, und zwar nicht von einigen wenigen, sonden ich erhielt Zuschriften von fast 1000 Mitbürgern. Das ist eine enorme Zahl. Ich

wurde gebeten, doch dafür zu sorgen, daß nicht gegen die erkannten Grundsätze der Reinhaltung der Luft und der Bekämpfung der Abgase verstoßen wird.

Ich möchte dieses Beispiel nicht weiterführen, sondern daran nur eine Bitte schließen. Es nützt uns in den Städten nicht, daß Gesetze nur vorhanden sind. Es muß auch die Möglichkeit geschaffen werden, daß diese Gesetze richtig beachtet werden. Die Planungshohelt einer Stadt darf nicht so weit gehen, daß sie gegen Grundsätze verstoßen darf, die für die allgemeine Gesundheit notwendig sind.

(Beifall)

Vorsitzender Ministerpräsident Dr. Meyers: Frau Dr. Wasmuth!

Frau Dr. Wasmuth (MdL): Herr Vorsitzender, Ilebe Unionsfreunde, ich habe lediglich drei Fragen. Sie brauchen also nicht zu zürnen. Die Fragen haben auch keine theoretischen Überlegungen zum Inhalt, sondern beziehen sich auf die Praxis, auf konkrete Dinge.

Frage Nr. 1 bezieht sich darauf, daß in den Vereinigten Staaten in den Kraftfahrzeugen eine Apparatur eingebaut werden muß, ohne die sie nicht zum Vekehr zugelassen werden, deren Zweck es ist, die Giftgase zu beseitigen. Die Opelwerke in Bochum wissen das und bringen diese Apparatur in ihren in die Vereinigten Staaten verkauften Exportfahrzeugen an. Meine Frage bezieht sich auch auf die Auslassungen meines Herrn Vorredners: Wann wird eine solche Vorschrift auch bei uns in Kraft gesetzt?

Die zweite Frage bezieht sich auf die Lärmbelästigung, die wir unserer Schuljugend tagtäglich während des Unterrichts zumuten. Zur Begründung meiner Frage bringe ich zunächst ein Beispiel. Das älteste Gymnasium unserer Stadt Dortmund, das rund 400 Jahre alt ist, mußte wegen Unzulänglichkeit der bisherigen Gebäude und weil es auch sehr zerbombt war, neu errichtet werden. Dieses Projekt hat etwa 8 Millionen DM gekostet. Als es erbaut war, stellte sich heraus, daß es in der Schule infolge der Glaswandarchitektur der Fassaden, die nach Süden ausgerichtet sind, an Hochsommertagen unerträglich ist. Weiter liegt das Gebäude an einer verkehrsreichen Straße, und der Lärm macht den Lehrern den Unterricht unmöglich. Nachdem wir uns dieses Projekt abgespart haben, wird jetzt alles umgekrempelt, und die Korridore werden nach der Außenwand hin verlagert, die Klassenräume zum Innenhof. Wir haben uns nun mit dem Leiter unseres Planungsamtes, einem Städtischen Baudirektor, darüber unterhalten, daß wir solche zusätzlichen Kosten in Zukunft vermeiden wollen und gleich bei Vorhaben auf verkehrsreiche Straßen, auch auf solche, die in der Zukunft verkehrsreich sein werden, achten.

Man hat uns erklärt, daß der Entwurf von Richtlinien für den Schulbau lediglich auf die Himmelsrichtungen West und Süd ausgerichtet sei, aber nicht auf Lärmbelästigungen und auf die Hitze des Hochsommers.

Ich weiß, Frau Ministerin, Sie sind für die Schulbaurichtlinien nicht zuständig. Aber ich weiß auch, daß ihr Wort und ihre Empfehlung bei den Bauministern von Bund und Land und auch bei den Kultusministerien bzw. bei der Ständigen Konferenz der Kultusminister Gewicht haben.

Meine dritte Frage brauche ich nicht zu begründen. Jeder weiß um die Katastrophe, die mit schlecht beseitigtem Müll verbunden ist. Das kann zu Epidemien führen, mittelbar oder unmittelbar über Ratten und Ungeziefer sowie verseuchtem Wasser. Welche Maßnahmen hat das Bundesgesundheitsministerium eingeleitet, um den Problemen im Zusammenhang mit der Müllbeseitigung Herr zu werden?

(Vereinzelter Beifall)

Vorsitzender Ministerpräsident Dr. Meyers: Das Wort hat Ministerialdirigent Dr. Boisserée.

Ministerialdirigent Dr. Bolsserée: Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ich wollte einiges zum Thema Reinhaltung von Luft und Wasser, auch analog zum Thema Lärmbekämpfung hinzufügen, was im Referat von Frau Bundesministerin Dr. Schwarzhaupt gesagt wurde und in den vorangegangenen Diskussionen anklang.

Frau Ministerin Dr. Schwarzhaupt hat einen mit einigem Optimismus gefärbten Bericht gegeben. Die optimistische Farbe, Frau Ministerin, hat realistische Grundlagen. Dazu kann ich noch einiges ausführen.

Wir haben nicht nur — das ist ja der erste Arbeitserfolg des Bundesgesundheitsministeriums gewesen — die gesetzlichen Grundlagen, um der Luftverschmutzung, dem Lärm und der Wasserverunreinigung zu Leibe zu rücken, sondern wir haben — ich muß allerdings bedauernd sagen: nicht überall in Deutschland mit der gleichen Intensität — das zur Ausführung der Gesetze Nötige nicht nur geplant, sondern in großen Teilen doch schon verwirklicht. Dabel bitte ich zu berücksichtigen, daß sich vieles, was heute vereinbart, angeordnet worden ist, nach der Natur der Dinge in den nächsten Monaten, in den nächsten Jahren auswirken wird, da hier nicht ganz leichte Probleme aufgeworfen werden.

Herr Dr. Fortmann hat meines Wissens von den zahlreichen Verbesserungsprogrammen gesprochen, die wir schon auf dem Gebiet der Reinhaltung von Luft und Wasser in Gang gesetzt haben. Er hat nicht nur von Verbesserungsprogrammen zur Beseltigung von Staub und Rauch gesprochen, sondern auch von solchen Programmen für die Kraftwerke, die ja nicht nur als Staubemittenten, sondern auch als beachtliche Emittenten des nicht zu Unrecht gerade von der medizinischen Seite gefürchteten Schwefeldioxyds bekannt sind und die mit Zunahme unseres Energiebedarfs als Emissionsquelle nicht unbeachtet bleiben dürfen.

In Nordrhein-Westfalen, wo es uns wirklich auf den Nägeln brennt, haben wir solche Programme für Erdsinteranlagen und für Schwefelsäurefabriken gefördert. Auf den Druck unserer Landesregierung hin haben wir am Niederrhein eine mustergültig arbeitende Schwefelsäurefabrik, deren Auswurf an Schwefeldioxyd im Vergleich zu dem, was konventionell üblich ist, überhaupt nicht mehr feststellbar ist. Bei der Einleitung dieser Verbesserungsprogramme sind wir in der glücklichen Lage, auf eine sehr enge Zusammenarbeit der Experten der Bundesregierung, der Landesregierung, aber auch der technisch-wissenschaftlichen Organisationen zurückgreifen zu können.

Wir haben Verbesserungsprogramme für die chemische Industrie, namentlich für die Raffinerien, ausgearbeitet. Jeder, der in der Umgebung einer Raffinerie, sei es in Duisburg, in Köln, in Ingolstadt, lebt, weiß, was das bedeutet, welche Plage sich hier anbahnt, eine Plage, die, wenn nichts getan wird, mit zunehmendem Brennstoffbedarf und zunehmender Raffineriekapazität zunehmen wird. Durch systematische Erfassung aller Quellen haben wir entscheidende Maßnahmen getroffen, die sich, wie gesagt, in den nächsten Jahren und Monaten auswirken werden.

Wir haben auch auf anderen Gebieten ganz konkrete Vorstellungen. Ohne Ihnen, Frau Bundesministerin, vorgreifen zu wollen, kann ich etwas auf die Frage von Frau Dr. Wasmuth sagen. Wir haben ganz konkrete Vorstellungen über die Lösung der Probleme beim Kraftfahrzeug. Es ist richtig, daß in Teilen der Vereinigten Staaten - ich selbst habe Gelegenheit gehabt, das zu studieren - Verfahren zur Nachverbrennung der Abgase anerkannt und vorgeschrieben sind. Es handelt sich namentlich um Kalifornien. Ich muß allerdings sagen, daß sich dieses Verfahren auf Fahrzeuge bezieht, die bei uns in Deutschland nicht in großem Maße gebräuchlich sind. Sie wissen, daß in Amerika der Volkswagen mit drei Litern Hubraum beginnt, also bei wesentlich größeren Kategorien. Was Frau Dr. Wasmuth meint, ist in Deutschland aber nicht nur für Exportfahrzeuge vorgesehen. Die Absaugung von Abgasen aus dem Kurbelgehäuse finden wir in Deutschland heute nicht nur bei den Exportmodellen unserer Fahrzeuge. Im übrigen sind die Voraussetzungen für die kleineren Kategorien unserer Fahrzeuge geschaffen, die in der Größenordnung von 1,5 Litern im Durchschnitt liegen, die bei uns üblich sind. Ich kann also nicht ohne Grund optimistisch sagen. daß wir in relativ und absehbar kurzer Zeit die wichtigsten giftigen Bestandteile in den Abgasen durch serienmäßig eingebaute Vorrichtungen beseitigen können.

Wir haben es — gerade das zeigt die Komplexität unseres Themas — nicht nur mit Industriellen Anlagen, nicht nur mit Kraftfahrzeugen zu tun, sondern auch mit Hausanlagen. Man darf nicht den Beitrag unseres Hausbrandes unterschätzen. Ich denke dabei nicht nur an die Kohle, sondern auch an das zunehmend verwendete Öl. Ich seibst wohne in einer Siedlung, in der ich im Frühjahr und Herbst durch den scheußlichen Ölgeruch der kleinen und mittleren Ölheizungen erheb-

lich belästigt werde. Wir sind dabei, die Voraussetzungen zu schaffen – das haben wir gemeinsam mit Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz getan –, daß mehr als bisher Fernheizungen eingeführt werden. Wir sind der Meinung, daß der Hausbrandsektor einmal durch die Forderung nach Gasheizung, zweitens aber vor allem durch die Forderung nach der überindividuellen Fernheizung wesentlich saniert werden kann.

Dazu gehört allerdings, die Möglichkeiten dafür zu schaffen, daß auch einzeine, die sich an einem solchen Programm von sich aus nicht beteiligen wollen, dazu angehalten werden können, das zu tun. Dazu gehört also die Möglichkeit des Anschluß- und Benutzungszwanges durch kommunale Satzung. Auch dieses Thema ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Programms zur Reinhaltung der Luft. Es hat sich nämlich erwiesen, daß die Fernheizung, wenn sie einen großen Teil von Abnehmern hat, nicht nur der Luftreinhaltung dient, sondern auch wirtschaftlicher arbeiten kann.

Lassen Sie mich noch eines aus unserem Programm hinzufügen, die Stadtsanierung. Die Sanlerung der Stadt, dankenswerterweise auch durch die Gesetzgebungsprogramme und -vorhaben des Bundes maßgebend unterstützt, muß nicht nur vom rein Städtebaulichen her gesehen werden, sondern hat eine eminente Bedeutung für die Luftreinhaltung und Lärmbekämpfung. Es gibt Situationen, in denen mit technischen Mitteln allein nicht geholfen werden kann, In denen nur mit einer vernünftigen Zuordnung von industrie-, verkehrs- und wohngenutzten Flächen gearbeitet werden kann. Solche Städtesanierungsprogramme liegen in größerem Maße bei uns vor.

Im Referat der Frau Bundesministerin ist sehr eingehend auf die wirtschaftliche Seite unseres Problems hingewiesen worden. Ich kenne diese wirtschaftliche Seite und meine, zum Programm erheben zu müssen und erheben zu können, daß die Luftreinhaltung, ich möchte überhaupt sagen, die Umwelthygiene einen wichtigen Rang, einen hohen Rang bei der Reihenfolge der Investitionen unserer Wirtschaft und unserer Haushaltungen einnehmen soll.

(Beifall)

Vorsitzender Ministerpräsident Dr. Meyers: Frau Kollegin Gehling, ist Ihre Anfrage dadurch erledigt? Durch die drei vorhergehenden?

Frau Gehling: Darf ich bitte einige Worte vom Platze aus sprechen! Ich bin heute morgen von Altenessen gekommen und dabei am RWE-Werk Karnap vorbeigekommen. Dabei habe ich die Kohlenhalden gesehen. Ich wollte in diesem Zusammenhang auf die Fernheizung hinweisen.

Gestern abend brachte das Fernsehen eine Anlage in Kempen, die einen Filter hat, die den dichten Schmutz zurückhält. Man sagte, sie würde 99 Prozent des Schmutzes zurückhalten. Es wäre doch zu überlegen, ob man nicht dazu übergehen könnte, unsere Halden auf diese Weise

abzubauen. Auf der einen Seite machen wir uns Gedanken darüber, wie die Kohle aktuell bleiben kann, und auf der anderen Seite müssen wir das Heizöl mlt Steuern und sonstigen Dingen belegen, damit das Vordringen der Kohle nicht gehemmt wird.

Ich meine, wenn wir im Industriegebiet — vor allen Dingen die Leute der Kohle — eine Gesamtordnung machen würden, die zum Ziele hätte, die Halden auf diese Weise abzubauen, daß überall da, wo es möglich ist, den Leuten die Fernheizung angeboten wird, dann wäre das schon ein guter Schritt in dieser Richtung.

Vorsitzender Ministerpräsident Dr. Meyers: Vielen Dankl Herr Dr. Jeuthe! Ist es möglich, sich auf fünf Minuten zu konzentrieren?

Dr. Jeuthe: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte an das anknüpfen, was Herr Auenhammer vorhin sagte. Die Frau Ministerin oder der Berichterstatter sollte vor allem in unserem Schlußwort darauf hinweisen, daß unbedingt einmal die Unwahrheiten vom Tisch weggefegt werden müssen, die Unwahrheiten, die man uns seitens der Sozialdemokratischen Partei zum Beispiel zum Krankenhauswesen vorwirft.

(Zustimmung)

Lassen Sie mich einmal in ganz wenigen Sätzen folgendes sagen! Blendet man zurück auf das, was "Gesunde Umwelt — gesunde Menschen" um die Jahrhundertwende, was unsere Krankenhäuser für Stätten waren, wie die Umwelt aussah, vergleicht man das mit dem heutigen Zustand, dann wird alles klar. Fahren Sie nur einmal durch unser Land. Sie kennen das Krankenhausprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen, und Sie wissen, was hier an Krankenhausleistungen vollbracht worden ist. Alles das muß einmal gesagt werden.

Nun aber, wie differenzieren wir uns in unseren gesundheitspolitischen Vorstellungen von der Sozialdemokratischen Partei? — Dazu möchte ich ganz kurz einige Worte sagen.

Im Grunde differenzieren wir uns dadurch, daß wir von einer Reglementierung, von einer administrativen Reglementierung im Gesundheitswesen nichts halten. Wir differenzieren uns beispielsweise in Fragen des Krankenhauswesens

Ich darf Sie daran erinnern, daß es in einigen nordrheinischen Großstädten nur freie gemeinnützige Krankenhäuser gibt. Diese freien gemeinnützigen Krankenhäuser sind natürlich auf Subventionen durch die Kommunen angewiesen. Wir wissen genau, daß beispielsweise in Oberhausen und Bochum, wo es insbesondere kelne kommunalen Krankenhäuser gibt, wo es sich in beiden Fällen um sozialdemokratisch regierte Großstädte handelt, diese Subventionen von stärksten Auflagen abhängig gemacht werden, von Auflagen, die sich die freien gemeinnützigen Krankenhäuser nicht gefallenlassen können. Ich muß dazu auch als Angehöriger dieser Partei sagen, daß wir eine derartige Auflagenabhängigkeit natürlich auch als Partei ablehnen müssen.

Wir unterscheiden uns dadurch von der Sozialdemokratischen Partei, daß wir nicht nur die Institution schaffen wollen, irgendeine gesetzliche oder was weiß ich, beispielsweise wenn ich an das Mutterschutzgesetz denke, wo man vielleicht sagen kann: Gut, das haben wir geschaffen. Wir wollen vielmehr, daß in der Praxis aus diesem Mutterschutzgesetz auch etwas Vernünftiges wird, nicht wie es da und dort geschieht, daß die werdenden Mütter in dem Moment, in dem sie ihre Schwangerschaft bemerken, nun hohe Akkordzeiten leisten, um später, wenn sie vor der Entbindung ausscheiden, eine besonders hohe Entlohnung zu bekommen. Das ist nicht der Sinn eines Mutterschutzgesetzes.

Mein Freund Loskant hat es schon erwähnt: Es hat keinen Sinn, ein Werksarztgesetz zu machen, wie es die Sozialdemokraten wollen, wenn man gar nicht genügend Ärzte hat, um die Stellen besetzen zu können.

Wir müssen auch ganz deutlich sagen, daß es ein Irrtum ist, wenn man verkünden will, daß es ein Recht auf Gesundheit gibt. Das ist unmöglich. weil das nicht in unserer Hand liegen kann. Wir können nur optimale Bedingungen zur Gesundheitserhaltung schaffen. Ich glaube, hier haben wir als Partei doch einiges geboten. Ich darf nur auf den Sektor des Krankenhauswesens und so weiter hinweisen. Wie können wir uns nun aber, da das Thema "Gesunde Umwelt - gesunde Menschen" in den Augen unserer Bürger unerhört aktuell ist, unseren Bürgern repräsentieren, damit sie glauben, daß wir auch in Zukunft auf diesem Gebiet etwas zu bieten haben? - Ich möchte sagen: Wir sollten ganz kühn sein und sagen, hier unter uns und bei späteren Kongressen und vielleicht auch nach draußen, wie wir uns die gesunde Umwelt und die gesunden Menschen schon im Jahre 2000 vorstellen. Das, was uns unsere Referenten, Herr Minister Lücke und Herr Minister Seebohm, im Hinblick auf die Entwicklungstendenzen im Wohnungsbau und im Verkehr gesagt haben, auch das, was uns die Frau Ministerin im Hinblick auf die Entwicklungstendenzen Luft, Wasser und so weiter gesagt hat, kann man sich wirklich einiges einfallen lassen.

Ich möchte noch etwas anderes sagen im Hinblick darauf, wie wir unsere Wähler draußen ansprechen müssen. Das ist die Tatsache, daß es uns wirklich sehr bedeutsam ist, zu wissen, daß die Menschen sehr viel älter werden. Nur eine Zahl dazu! Im Jahre 1900 betrug der Anteil der Menschen, die über 60 Jahre alt waren, 7 Prozent. 1975 werden es 20 Prozent sein, also 13 Prozent mehr. Der Anteil der unter Zwanzigjährigen machte 1900 46 Prozent aus; er wird bis 1975 auf 28 Prozent sinken.

Das sind Dinge, mit denen man sich beschäftigen muß, wenn man über die Gesundheit der Menschen und über die gesunde Umwelt nachdenken will. Hier haben wir allerhand zu verkaufen; denn wir haben ja schon allerhand geboten. Lassen Sie uns ganz kühn darüber nachdenken, wie das im Jahre 2000 aussehen wird, und lassen Sie uns das unseren Bürgern mitteilen!

(Beifall)

Vorsitzender Ministerpräsident Dr. Meyers: Herr Deuschell Auch in fünf Minuten! Drei Minuten wären eine Prämie wert; denn die Frau Minister möchte das Schlußwort noch vor der Mittagspause sprechen, damit dieser Themenkreis abgerundet ist.

Deuschel: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Nachdem verschiedene Mediziner zum Problem der Arbeitsmedizin Stellung genommen haben, gestatten Sie mir als Arbeitnehmer nur einige kurze Worte dazu!

Die Frau Minister führte aus, daß der Gesundheitszustand der Jugendlichen, die Verschleißkrankheiten und die Frühinvalidität immer ein Punkt sind, an den die Opposition ihre Forderungen aufhängt. Die Opposition hat es selbstverständlich leicht. Ich muß hier aber unserer Partei und unserer Regierung einen gewissen Vorwurf machen. Hier wird versäumt, mit propagandistischen Mitteln die erreichten Ziele den Menschen "zu verkaufen". Die Dinge werden als Selbstverständlichkeit aufgenommen, und man spricht nicht mehr darüber.

Es ist wichtig, daß von unserer Seite aus ganz exakt die Dinge klargestellt werden und auch der Mut genommen wird zu sagen: Dieses und jenes konnte noch nicht erreicht werden, aber wir haben das Fundament dazu geschaffen, auf dem dann kontinuierlich aufgebaut werden kann.

Ganz kurz noch zur Frage der Werksärzte! Die EWG-Forderung steht im Raume. Ich bin nicht dafür, daß jetzt ad hoc ein entsprechendes Gesetz geschaffen wird. Aber man muß sich doch ganz klar Gedanken darüber machen, wie man durch eine Rahmengesetzgebung eventuell den jungen Mediziner dazu bringt, sich mehr für diese Frage zu entscheiden. Dem jungen Mediziner muß man auch eine finanzielle Basis anbieten, auf der er dann die Zukunft aufbauen kann. Wenn dann die Werksärzte in den Betrieben – das trifft sich mit den Ausführungen unseres allverehrten Ministers Storch, der die Ausländerfrage angesprochen hat – da sind, können sie an Ort und Stelle alle diese Dinge, die hier gefährlich in Erscheinung treten würden, unterbinden und ändern.

Unsere Forderung muß daher also sein, die Arbeitsmedizin als Pflichtund Prüfungsfach auf jeden Fall einzuführen, weil viele — ich denke hier an die Voruntersuchungen der Jugendlichen; es genügt nicht, wenn hier steht: Herz, Lunge, Leber o. B.; bitte, ich bin kein Mediziner, aber es wird so gemacht —, insbesondere die jungen Männer, die da untersucht werden, keine Weisung mitbekommen, wie sie für den betreffenden Arbeitsplatz geelgnet sind. Hier muß also auch eine arbeitsmedizinische Kenntnis der allgemeinen Mediziner vorhanden sein.

Wenn unsere Partei es versteht, ihre Erfolge auf diesem Gebiet "zu verkaufen", und sich auch hier intensiv weiterbeschäftigt, wie es ja die Forderung unserer Werksärzte ist, dann können wir der Zukunft beruhigter entgegensehen.

Vorsitzender Ministerpräsident Dr. Meyers: Ich ertelle das Wort der Frau Ministerin.

Frau Dr. Schwarzhaupt, Bundesministerin für das Gesundheitswesen: Meine Damen und Herren! Es sind so viele gute und interessante Anregungen gekommen, daß ich leider nur auf einige eingehen kann. Ich habe mir sieben notiert, zu denen Ich Stellung nehmen möchte.

Erstens zur Frage der Arbeitsmedizin! Ich kann mich zum Teil auf das beziehen. was bereits gesagt worden ist. Ich möchte nur einige Zahlen über den Rückgang von Berufskrankheiten bekanntgeben, die ein Erfolg dessen sind, was bisher geschehen ist, was auch mit dem zusammenhängt, was Herr Loskant uns geschildert hat.

In der Zeit von 1950 bis 1963 ist die Zahl der angezeigten Fälle von Berufskrankheiten bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften um 26 Prozent zurückgegangen, obgleich in der gleichen Zeit die Zahl der Versicherten, also der bei den Berufsgenossenschaften Versicherten, um zwei Drittel gestiegen ist.

Zweitens: Die Zahl der an Berufskrankheiten Verstorbenen ist in der gleichen Zeit um 48 Prozent gesunken.

Drittens: Die Zahl der durch Berufskrankheiten völlig oder teilweise erwerbsunfähig Gewordenen ist um 35 Prozent zurückgegangen. Daß diese Entwicklung weitergeht, mag sich daraus ergeben, daß im ersten Jahr, 1964, die Zahl der Fälle von Berufskrankheiten, für die eine Rente, ein Sterbegeld oder eine Abfindung zu gewähren war, immer im Bereich dessen, was die gewerblichen Berufsgenossenschaften uns zu melden haben, um 12 Prozent niedriger als im gleichen Halbjahr 1963 war. Das sind Zahlen, die handfest und nicht zu bestreiten sind.

Zum Thema Mütter- und Säuglingssterblichkeit, das Frau Englaender und Herr Auenhammer angeschnitten haben, folgendes! Die Zahl der Säuglinge, die, bezogen auf tausend Lebendgeburten, in unserem Lande sterben innerhalb der Frist, die wir als Frist für die Säuglingssterblichkeit ansehen, beträgt etwa 27. Das ist sehr viel weniger, als es in der Nachkriegszeit war, wo diese Zahl über 90 lag. Wir müssen das also auf den heutigen Zustand, auf den Hintergrund der ganzen Entwicklung, die in unserem von vielerlei Belastungen beeinflußten Lande vor sich gegangen ist, sehen.

Das soll uns aber nicht davon abhalten, mehr zu tun, als bisher getan worden ist. Das Wirksamste und Wichtigste scheint uns insbesondere nach dem Studium der Ursachen für die Fälle der Säuglingssterblichkeit zu sein, daß man Vorsorgeuntersuchungen der Mütter fördert, Vorsorgeuntersuchungen, bei denen eine ganze Reihe von Ursachen für eine spätere Komplikation während oder bei der Geburt aufgedeckt werden können.

Dem dienen zwei Gesetze, die die CDU-Fraktion des Bundestags dem Parlament vorgelegt hat: erstens ein Gesetz zur Änderung des Mutter-

schutzgesetzes mit einer Reihe von Änderungen auf dem versicherungsrechtlichen und auf dem arbeitsrechtlichen Sektor, zweitens ein Gesetz über Voruntersuchungen für alle Mütter, und zwar für die Versicherten und für die Nichtversicherten. Dieses Gesetz gibt jeder Mutter die Möglichkeit, drei Vorsorgeuntersuchungen vornehmen zu lassen, deren Inhalt genau festgelegt ist. Dabei meinen wir, daß auch die nicht erwerbstätigen Frauen, etwa aus dem Mittelstand, auch aus den nicht eigentlich bedürftigen Kreisen, mit einbezogen werden sollen; denn dieses Gesetz hat eine gesundheitspolitische Tendenz, nicht die Tendenz, sie finanziell zu entlasten. Außerdem wissen wir, daß die Hausfrau und Mutter auch in geordneten oder relativ gut gesicherten Lebensverhältnissen immer zuerst an sich selbst spart. Wir wollen die Mütter dahin führen, daß sie diese Untersuchungen machen.

Frau Jochums hat den Punkt "Frühinvalidität" angeschnitten. Es ist richtig, daß die bestehende Statistik durch sehr vieles modifiziert werden muß. Da gibt es durch einen bestimmten Einfluß viele rein statistische Schiefheiten. Einiges haben Sie selber angeführt. Auch der gestiegene Anteil der versicherungspflichtigen Arbeitnehmer, besonders unter den Frauen, die Zunahme des Anteils älterer Personen an der Gesamtzahl der Versicherten, alles das beeinflußt die Statistik mit.

Hinzu kommen soziale Gründe. Es laufen eine Reihe von Forschungsaufträgen, um diese Fragen zu klären. Das Arbeitsministerium hat einen Forschungsauftrag erteilt, der zu einer Untersuchung von Frau Prof. Münken und zu dem Versuch geführt hat, diese sozial sehr verschiedenen Tatbestände auseinanderzunehmen. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat eine Arbeitsgruppe von einigen Wissenschaftlern mit einer Erforschung dieses Themas beauftragt. Schließlich ist auch im Rahmen der vom Bundestag geforderten Frauen-Enquete die Frühinvalidität der Frauen zu untersuchen.

Was die Autoabgase betrifft, kann ich mich weitgehend auf das beziehen, was Herr Boisserée gesagt hat. Der Stand der Technik muß weiter geprüft werden. Es zeichnen sich aber schon Lösungen ab, die auch für unsere Autos brauchbar sind. Ich meine: sobald es eine solche Möglichkeit gibt, die Autoabgase, wenn auch unter gewissen wirtschaftlichen Opfern, zu vermeiden, müßte man etwa den Weg des Detergentiengesetzes gehen, d. h. man müßte gesetzlich oder in einer Verordnung - die in die Zugehörigkeit meines Kollegen Seebohm gehören würde - eine Frist setzen, nach der dann der Ausstoß von Abgasen ein bestimmtes Höchstmaß nicht mehr überschreiten darf. Ich weiß, daß wir auch bei diesen Vorschlägen die starke Unterstützung der Bundestagsfraktion der CDU/CSU haben. Herr Müller-Hermann hat sich persönlich schon mit diesen Fragen beschäftigt. Mehr kann ich ehrlicherweise und gewissenhafterweise im Augenblick nicht sagen. Aber auf diesem Gebiet gibt es ein klares Programm, und ich glaube, die Zeit ist abzusehen, in der wir hier eine wirksame Abhilfe finden.

Zum Punkt "Lärm"! Unsere Zuständigkeiten reichen für ein allgemeines Anti-Lärm-Gesetz nicht aus. Ein solches Gesetz ist auch aus anderen Gründen technisch außerordentlich schwer durchzuführen. Aber auf bestimmten Gebieten kann man Maßnahmen treffen. Die Fraktion der CDU/CSU hat jetzt zusammen mit anderen Fraktionen ein Gesetz zur Bekämpfung des Baulärms vorgelegt, das dahin geht, für Baumaschinen eine bestimmte Bauweise vorzuschreiben, die die Lärmstörung der Umwelt beschränkt.

Herrn Kollegen Storch danke ich sehr für seinen Beitrag und für seine Anregungen, die er aus seiner internationalen Arbeit gegeben hat. Ich danke ihm auch dafür, daß in seinem Beitrag besonders deutlich geworden ist, daß die Gesundheitspolitik ein eigenständiger Bereich der Politik unseres Landes, der Politik eines modernen Industrielandes ist und daß sich das Gesundheitswesen aus ganz zwingenden Gründen in den Vordergrund unseres politischen Interesses geschoben hat und schieben mußte. Dieser Bereich der Politik ist nicht Sozialpolitik, und er ist nicht Kulturpolitik. Er hat es mit einem eigenen Gut, der zu schützenden Gesundheit, auch mit eigenen gesetzgeberischen und finanziellen Methoden zu tun. Was wir an Geldern dafür aufbringen, hat nichts mit dem im Augenblick untersuchungsbedürftig gewordenen System der Umverteilung von Einkommen - unter Umständen von Einkommen desselben Menschen und derselben Schicht auf andere Altersstufen - zu tun, sondern ist gezielter Aufwand, investiert in die Gesundheit der Menschen.

Daß wir für dieses Ziel Mittel aufwenden, hat zunächst einmal einen humanen Zweck, der selbständig neben allen finanziellen und wirtschaftlichen Überlegungen zu stehen hat.

Dazu kommt aber, daß diese Mittel weithin auch wirtschaftlich angewandt sind. Auch wenn der wirtschaftliche Erfolg nicht von heute auf morgen sichtbar ist, so zeigt er sich doch langfristig. Ich möchte das von Herrn Storch angeführte Beispiel nennen. Wenn wir die Gesundheit vieler Arbeitnehmer fördern, werden andere Ausgaben nicht mehr nötig sein. Das kann man nicht mathematisch mit Plus und Minus und einem Saldostrich so unmittelbar berechnen. Man weiß nur: auf lange Sicht handelt es sich hier um Investitionen in ein Gut, das, menschlich gesehen, nicht das höchste Gut ist, das aber in unserem gesamten sozialen Leben ein sehr wichtiges Gut ist.

Zum Schluß noch eine Anregung, die ich dem Herrn Kollegen Lücke, neben dem ich saß, verdanke. Herr Lücke wurde durch die Ausführungen des Herrn Forschbach — vielleicht auch durch manche Düfte, die in der letzten halben Stunde durch diesen Raum gegangen sind — dazu angeregt, mir zu sagen: Was ich von einem Gesundheitsministerium erwarte, ist ein Menüvorschlag für jeden Tag, ein Ernährungsprogramm für jeden Tag.

Einiges davon geschieht. Wir vom Gesundheitsministerium unterstützen eine Reihe von Schriften, die sich mit der Ernährung der Menschen ganz konkret beschäftigen, mit der Ernährung der Säuglinge, der werdenden Mütter, der Kraftfahrer, der geistigen Arbeiter und der alternden Menschen. Ich möchte es dem Herrn Lücke freistellen, in welche Kategorie er sich und seine Angehörigen einreihen will. Ich bin bereit, dieses Programm in der nächsten Legislaturperiode fortzuführen, eventuell auch ein besonderes Menüprogramm für Minister erarbeiten zu lassen.

(Heiterkeit)

Ich bin auch bereit, es noch mehr zu konkretisieren. Wir müssen der Bevölkerung dazu verhelfen, daß sie etwas für ihre Gesundheit tut und sich vernünftig, maßvoll und richtig ernährt. Ich halte das für eine sehr wichtige gesundheitspolitische Aufgabe.

(Beifall)

Vorsitzender Ministerpräsident Dr. Meyers: Ich spreche wohl in Ihrer aller Namen, wenn ich der Frau Ministerin danke. Ich danke auch den Damen und Herren, die an der Diskussion teilgenommen haben.

Wir unterbrechen jetzt die Sitzung des Arbeitskreises bis 15 Uhr. (Unterbrechung der Sitzung von 12.55 Uhr bis 15.12 Uhr)

Vorsitzender Ministerpräsident Dr. Meyers: Meine Damen und Herren, Herr Minister Lücke ist im Hause, und der Referent weilt unter uns, wir können also beginnen.

Für das Thema liegen 20 Wortmeldungen vor. Ich darf die Diskussionsteilnehmer bitten, sich in ihrer Rede nach Möglichkeit auf fünf Minuten zu beschränken. Ich wiederhole: Es soll hier niemandem das Wort beschnitten werden. Niemand soll gute Gedanken nicht vorbringen können. Aber angesichts der vielen Wortmeldungen befürchte Ich, daß viele Teilnehmer Einzelreferate zu einem Teil der Ausführungen des Herrn Ministers Lücke halten wollen. Ich möchte deshalb bitten, alles im Zusammenhang vorzutragen und zusammenzufassen. Was hier zum Bild des Menschen in einer gesunden Umwelt vorgetragen werden soll, greift ja ineinander und ist verzahnt.

Zunächst Herr Minister Franken.

Minister Franken: Liebe Parteifreunde! Wir haben heute morgen von Herrn Bundesminister Lücke ein sehr anschauliches Referat gehört, und wir vernehmen eigentlich nicht zum erstenmal, welche Bedeutung der Raumordnung in unserer ganzen zukünftigen Politik zukommt.

Nun ist es nicht so, als ob plötzlich die Raumordnung und die Landesplanung als ein wundertätiges Elixier erfunden worden wären und aus diesem Moment heraus die Raumordnungsideen, die Planungsideen erst geboren würden. Vielmehr haben sich schon in der Anlaufzeit gleichzeitig mit dem Wiederaufbau, aber noch verdeckt durch den Aufbau, die Gedanken und Ideen der Raumordnung und Landesplanung entwickelt. Es ist doch schon eine erhebliche Vorarbeit geleistet worden, von der bis zum Augenblick zu sagen ist, daß sie in ihrer Bedeutung noch nicht in das Bewußtsein unseres Volkes gehoben ist. Es bedarf einer stetigen Erziehungsarbeit, um den Blick zu öffnen für das Gewicht, das Raumordnung und Landesplanung in unserer Zeit haben. Wir stehen im Umbruch. Nach der Periode des Wiederaufbaus folgt der Marsch in die Zukunft, und zwar in eine Gesellschaft, die noch um ihr Selbstverständnis ringt und nach einem grundsätzlichen, auch ideologisch begründeten Fundament verlangt, auf dem sie ihre Vorstellungen verwirklichen kann.

Unsere Industriegesellschaft, unsere technische Gesellschaft hat den Rahmen des Denkens unserer bisherigen Vorstellungswelt gesprengt. Wir befinden uns in der Phase, diesen Prozeß in den Griff zu bekommen.

In dem Bundesraumordnungsgesetz und in dem Städtebauförderungsgesetz haben Erfahrungen und Überlegungen, die in den vergangenen Jahren gesammelt und angestellt worden sind, ihren Niederschlag gefunden.

Ich möchte nicht das wiederholen, was Herr Minister Lücke vorgetragen hat. Aber ich möchte Ihnen an dem Modellfall Nordrhein-Westfalen zeigen, wieviel von dem Gedankengut, das in den genannten Bundesgesetzen Niederschlag gefunden hat, bereits hier in unserem Lande, zum Teil vielleicht noch im Experimentierfeld, zum erheblichen Teil aber auch schon in der praktischen Anwendung echt formuliert und dargestellt worden ist. Ich glaube, ich tue niemandem Unrecht, wenn ich sage, daß durch die Initiative unseres Ministerpräsidenten Franz Meyers die Dinge hier schon in der echten Systematik und in dem Prozeß der Begriffserklärung - in dem wir uns noch weitgehend befinden - angesprochen und dargestellt worden sind, die in dem Bundesraumordnungsgesetz nunmehr ihren Niederschlag für den gesamten Bund gefunden haben. Ich darf hier auf das Landesentwicklungsprogramm hinweisen, das in unserem Lande bereits Mitte vorigen Jahres erschienen und veröffentlicht worden ist, das die Grundsätze, Richtsätze und Ziele der Landesplanung für den gesamten öffentlichen Bereich, sei es auf der kommunalen Ebene, sei es auf der Landesebene, verbindlich festlegt. Das sind verbindliche Richtlinien, an denen sich in dem Bereich der gesamten Raumordnung und Landesplanung alle Behörden, alle öffentlich-rechtlichen Körperschaften und die mit ihnen verbundenen Stellen auszurichten haben. Danach wird im Lande Nordrhein-Westfalen unterschieden zwischen den Ballungsräumen, den ballungsnahe liegenden Räumen und den weiter entfernt liegenden Entwicklungsräumen. Diese Räume sind ganz bestimmten Richtlinien unterworfen. Die Ballungsgebiete sind die Ordnungsräume, die benachbarten Geblete die Sicherungsräume und die Randgebiete die Förderungsräume. Das heißt praktisch, daß wir - was uns ja hier und da vorgeworfen wird - nicht etwa glauben, daß man z. B. das große Stadtverdichtungsgebiet, das ja von Hamm durch das ganze Ruhrgebiet den Rhein hinauf bis nach Rolandseck oder bis nach Remagen reicht, auflösen könnte. Wir glauben vielmehr, daß das eines von den großen Ballungsgebieten Ist, das geordnet werden muß. Es ist also nicht möglich, dieses Gebiet dadurch in Ordnung zu bringen, daß man die Menschen herausbringt. Man muß vielmehr verhindern, daß auf der einen Seite ein neuer Zuzug entsteht, und muß innerhalb dieser Gebiete von allen Seiten her — des Verkehrs, des Wohnungsbaues, der Industrieansiedlung, der Ordnung der Wohn- und Industriegebiete zueinander — diese Räume in Ordnung bringen, während man in den benachbarten Gebieten, in den Sicherungsräumen die noch vorhandenen Möglichkeiten ausnutzt und verhindert, daß auch hier solche Zusammenballungen entstehen, wie wir sie in einem Ballungsraum selber haben, und während man in den ballungsfernen Gebieten die Entwicklungen, die sich dort anbahnen oder die provoziert werden, fördert.

Hierbei spielen die Gewichte der Ballungsräume und der ländlichen Räume eine große Rolle. Unsere Vorstellungen, die sich aus dem Entwicklungsprogramm ergeben und die auch im Bundesraumordnungsgesetz wieder erscheinen, gehen dahin, ein richtiges Verhältnis zwischen diesen ländlichen Räumen und diesen Ballungsgebieten herzustellen. Denn diese Ballungsgebiete sind nicht in Ordnung zu bringen, wenn nicht die ländlichen Räume und die Zwischenräume so dargestellt werden, daß sie attraktiv sind, daß sie für unsere Bevölkerung wirklich den lebenswerten Raum, das lebenswerte Umland darstellen. Darauf ist diese ganze Arbeit abgestellt.

Diese Dinge befinden sich nicht etwa nur in der Planung, sondern sie befinden sich durchaus schon in der Verwirklichung. Es ist nicht so. daß man alle diese Dinge schön säuberlich hintereinander ordnen könnte. sondern hier greift immer unmittelbarer - so viel Zeit haben wir gar nicht, es anders zu machen - die Entwicklung der Vorstellungen dieser Konzeptionen in die Verwirklichung ein. Das ergibt sich schon einfach daraus - ich rede hier immer von Nordrhein-Westfalen, es liegt mir nahe, und dort zeigt es sich im Augenblick, für uns wenigstens, am deutlichsten -, daß in unserem Landeshaushalt allein 3,7 Milliarden DM an Mitteln vorhanden sind, die raumwirksam sind. Es kommt also bereits jetzt und in diesem Jahr - so ist es in den vorigen Jahren auch gewesen - darauf an, daß diese Mittel so eingesetzt werden, daß sie entsprechend den Vorstellungen der Raumordnung und der Landesplanung dorthin geleitet werden, wo sie den Effekt erzielen, den zu erreichen unsere ganze Überlegung gilt. Wir haben also keine Zeit, die Planungen abzuwarten, die Konzeptionen zu perfektionieren, um dann mit ihrer Verwirklichung anzufangen. Wir müssen vielmehr im Augenblick Tatsachen schaffen. Wir müssen aber die Tatsachen so schaffen. daß sie in eine Planung hineinpassen, damit wir eine Richtlinie für die Zukunft haben und uns diese Zukunft nicht selbst verbauen. Darum aeht es.

So darf ich Ihnen sagen, daß wir in unserem Lande Nordrhein-Westfalen bereits Städteneugründungen in Arbeit haben. Wir haben bereits gewisse Entlastungsstädte, hier bei Köln die Neustadt Köln, die Stadt zur Entlastung des Raumes Bonn in Meckenheim-Merl, die neue Stadt in Wulfen, wir haben zahlreiche Dorfsanierungen bereits in voller Verwirklichung. Ich darf hier in unserer Nachbarschaft auf Norf verweisen, ein kleines Dorf bei Neuß, noch im Strahlungsgebiet der Stadt Düsseldorf und der Stadt Neuß, wo die Probleme des Dorfes mit dem Industrialisierungsprozeß zusammenfallen, der hier in das Land hineingreift Das Dorf Büttgen in der Nähe von Mönchengladbach ist der typische Fall einer Verzahnung von Agrarstruktur, Dorfsanierung und Industrieansiedlung. Wir haben im Sauerland Hobergen, wo eine Dorfsanierung durchgeführt wird. Ein Dorf, das seine Gesundung durch eine Umstrukturierung auf den Fremdenverkehr hin erfährt. Oder nehmen Sie die Gemeinde Biggen, wo in einem gemeinsamen Bauleitplan ein Großamtsgebiet sowohl von der landwirtschaftlichen als auch von der städtischen Seite her umstrukturiert wird. Ich nenne diese Beispiele als Musterbeispiele für das, was uns hier unter Dorfsanlerung vorschwebt. Wir haben als interessantes anderes Beispiel Hobsten in Westfalen, ein Dorf, in dem Fremdenverkehr und Bildungszentrum miteinander verzahnt sind. Nach sorgfältigen Vorüberlegungen mit allen beteiligten Stellen wird in diesen Umstrukturierungsmaßnahmen beispielhaft dargestellt. aus welchen Elementen solche Dörfer umstrukturiert werden können. Ich könnte Ihnen eine große Zahl von bereits laufenden Städtesanierungen nennen. Gehen Sie hier nach Aachen, wo eine Stadtkernsanlerung, eine Auflockerung, durchgeführt wird. Oder ich darf Ihnen die Gesundung des eingeklemmten, im Lennepetal liegenden Amtes Biggen nennen, die hier gleichsam mit einer Verbesserung der Verkehrsverhältnisse verbunden ist, oder die Sanierung der Altstadt Iserlohn, immer verzahnt mit der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und der Wohnungsverhältnisse, mit einer Entmischung, einer Auflockerung. Ich nenne die großen Vorhaben im Siegerland, z. B. in Weidenau eine Umstrukturierung in der Stadt, eine Schaffung eines geschäftlichen Mittelpunktes, dabei die Errichtung eines ganzen neuen Stadtteils mit Ingenieurschule, mit einer Schule zur Erreichung der Hochschulreife, mit drei großen Schulkomplexen, die dort in diesem neuen Viertel errichtet werden, und so fort.

Mit diesen Beispielen sei Ihnen nur gesagt, daß die Dinge im Gange sind. Die Landesregierung, gestützt auf die Vorstellungen, die wir von gesunder Umwelt, von den Menschen in menschenwürdigen Räumen haben, hat diese Vorhaben in Angriff genommen. Sie laufen hier. Aus ihnen ergeben sich die Erfahrungen in der Zukunft. Es ist nicht so, als wenn nun alles bereits perfekt bis zum letzten Grad der Vollkommenheit erreicht wäre. Ich glaube aber — die Dinge sind hier angesprochen worden —, es ist notwendig, daß man sich bei diesen Arbeiten auch darauf besinnt, wer es machen muß. Gerade auch im Zusammenhang

mit den Fragen der Gesundheit und des Verkehrs ist das Problem des Städtebaues angesprochen worden. Ich halte es nicht für richtig — ich glaube, darin steckt eine ganz gefährliche Fehlerquelle, die aber aus der Not heraus entsteht —, auf den Mangel an entsprechenden Fachkräften hinzuweisen. Das ist heute morgen in der Diskussion auch schon angeklungen. Ich glaube nicht, daß der Ausbau und die Sanierung unserer Städte sowie die Schaffung unserer neuen Städte nur ein Monopol der Architekten sein kann. Ich glaube auch nicht, daß das nur ein Monopol des Verkehrsfachmannes sein kann. Wir bauen unsere Städte nicht für den Verkehr.

Ich meine, wir bauen unsere Städte für unsere Bürger.

(Beifall)

Ich habe nicht ohne Fleiß "für den Bürger" gesagt. Es wird immer "für den Menschen" gesagt. Diesmal geht es um den Bürger, nämlich den Menschen, der in den lebendigen Organismus einer Stadt oder einer Gemeinde eingeordnet ist. Wenn er wirklich Mensch ist und sich als solcher fühlt, dann soll er sich als Bürger fühlen. Für ihn bauen wir die Stadt. Für ihn bauen wir die Wohnung.

Sie sehen an diesem Beispiel, daß all die Vorstellungen, über die wir heute reden, nur wirklich in unserer Linie liegen, wenn sie in einem echten Zusammenklang aller Elemente, der Träger dieser Elemente stehen, die nachher doch verantwortlich sind. Das sind der Wohnungsbau, der Verkehr und die Träger der Selbstverwaltung. Das sind alle, die dort liegen und aus irgendeinem Lebensbereich angesprochen worden sind.

Damit komme ich dazu, hier folgendes noch einmal herauszustellen. Raumordnung und Landesplanung sind nur denkbar, wenn sie einen Übergriff, eine Gesamtkonzeption all dieser Lebensbereiche darstellen. Heute ist eingehend über Gesundheitsfragen gesprochen worden. Ich kann heute in der so gearteten Gesellschaft kein Krankenhaus bauen

(Lachen und Unruhe)

— Ich höre sofort auf, nur dieses Beisplel —, wenn sich mir vorher nicht genau ein klares Bild über den Standort bietet, d. h. über all die Bedingungen aus denen heraus sich die Existenzmöglichkeiten, die Existenznotwendigkeit eines solchen Krankenhauses herleiten. Ich muß wissen, was im Umland an Krankenhausern vorhanden ist. Ich muß wissen, wie die Bevölkerungsentwicklung in diesem Gebiet ist. Ich muß wissen, wie und auf welchem Wege ich zu diesem Krankenhaus kommen kann. Das kann ich auch für jeden anderen Bereich sagen, etwa für den gesamten Bildungsbereich, soweit er sich in Schulen jeglicher Art niederschlägt usw.

Das gilt auch für die Wirtschaft. Auch sie muß sich in allen ihren Darstellungsformen einordnen und gewinnt ihre Grundsätze von dieser Einordnung der gesamten Struktur in die Gesamtplanung eines Raumes. Nur von da aus kann sie auch ihre weitere Existenz sicherstellen.

Raumordnung und Landesplanung sind in der Tat Elemente, aus denen sich Insgesamt die Ordnung unserer Gesellschaft darstellt. Die Zeit — das ist heute angedeutet worden — ist reif geworden. Es ist wohl die letzte Chance, daß es uns gelingt, für die Zukunft die Weichen so zu stellen, daß es unseren Kindern und Kindeskindern nicht so geht, wie es uns ergangen ist, daß wir uns nämlich die Zukunft verbauen und wir uns, wenn wir die Entwicklung gehen lassen, nachher in einem Chaos befinden, aus dem wir ganz gewiß nicht mehr herausfinden.

(Beifall)

Vorsitzender Ministerpräsident Dr. Meyers: Das Wort hat Herr Architekt Stang.

Architekt Stang: Herr Ministerpräsident! Frau Ministerin! Zunächst muß ich mich entschuldigen. Ich habe heute morgen protestiert. Ich dachte die Tagung würde heute nachmittag nicht weitergehen. Das Gegenteil war mir nicht bekannt.

Ich zitiere gleich Goethe, und zwar den "Wilhelm Meister": "Fehler darf man machen, aber kelne bauen." Das ist besonders nützlich. Wir müssen sehr lange planen und überlegen, bevor wir bauen.

Das ist gerade für Düsseldorf von großer Bedeutung, wo wir schon manches verkehrt gemacht haben. Vor allen Dingen scheint mir wichtig zu sein, daß wir unseren Stadtkern selbst ausbauen. Gerade in Düsseldorf ist das möglich. Die Trabantenstädte sind doch sehr gefährlich, weil wir neue Straßen bauen müssen, neue Kanäle usw. Außerdem verlieren die Menschen ihre Zeit. Sie fahren weit. Die Familien sind getrennt. Es sind letzten Endes sogenannte Schlafstätten, und das ist verkehrt. Wenn wir uns in Düsseldorf umblicken, dann können wir nach meiner Ansicht in der Stadt 300 000 Menschen unterbringen. Das Geld, das wir so einsparen, können wir zum Bau der Untergrundbahn benutzen.

Die Urbanisierung der Städte, also die Zurückgewinnung der Städte für die Menschen, scheint mir die vornehmste Aufgabe des Städtebaues überhaupt zu sein. Unsere Städte sind ja nur noch Autostädte. Wie machen wir das? Wir müssen eben die Autos unter die Erde bringen. Was über der Erde ist, gehört dem Menschen und nicht dem Auto.

Wer bezahlt das alles? Wenn Sie in der Schweiz lebten und keine Autogarage hätten, müßten Sie monatlich 30 DM Steuer zahlen. Ich habe über dieses Thema bereits mit dem früheren Finanzminister Starke korrespondiert. Wir kamen auf den Gedanken — das ist eine Anregung meines Freundes Hermann Backhaus —, wir sollten das, wie soll ich mich ausdrücken, sozial behandeln. Der Besitzer eines kleinen Autos müßte 10 DM bezahlen, der eines großen 50 DM. Das würde für die

Stadt Düsseldorf eine monatliche Einnahme von 2 Millionen DM, also von 24 Millionen DM im Jahr bedeuten. Damit kann man schon sehr viel tun.

Wie geht das praktisch vor sich? Sie werden Düsseldorf zu wenig kennen, man muß es aber am Thema Düsseldorf erläutern. Wir bauen hier ein großes Rathaus. Das wird auf dem sogenannten Gelände des Stadtsteueramtes errichtet. Dort liegen — man kann es heute sehr gut beobachten — die sogenannten Hochwasserbastionen, die hochwasserfrei sind. Etwas darüber sollte der neue Rathausplatz gebaut werden, damit die Stadt eine wirkliche Verbindung zum Strom bekommt und vor allen Dingen der gesamte Autoverkehr der Rheinuferstraße unter dem Platz verläuft, so daß man also vom Rhein zur Stadt und umgekehrt kommen kann, ohne ein Auto zu kreuzen. Das Wesentliche scheint mir zu sein, daß die Schwelle dieses neuen Rathausplatzes, quasi bevor man aufsteigt, ungefähr 2 Meter höher als die Rheinuferstraßen liegt. Dann sind es ungefähr 4 Meter Unterschied.

Vorsitzender Ministerpräsident Dr. Meyers: Herr Stang, Ich darf Sie unterbrechen. Das ist sehr interessant. Sie haben den Brief geschrieben, den auch Minister Lücke bekommen hat. Aber Sie können in dieser Sache, die eine Zusammenfassung der gesamten Umwelt und des Themas "Gesunde Menschen in einer gesunden Umwelt" sein soll, das nicht am Beispiel Düsseldorfs exemplifizieren. Dazu haben wir wirklich keine Zeit.

(Lebhafter Beifall)

Ich muß Sie bitten, die Grundideen zu bringen.

Architekt Stang: Die Grundideen sind, daß wir des Autos Herr werden müssen und unsere Städte dem Menschen zurückgewinnen müssen. Ich darf nur einiges erwähnen. Gehen wir nach Brasilia, eine der modernsten Städte der Erde. Das ist eine Fußgängerwelt. Darauf stehen das höchste Gericht, das Parlament und andere wichtige Gebäude. Ähnlich haben wir es ja auch in Essen am Bahnhof und anderswo.

Vorsitzender Ministerpräsident Dr. Meyers: Vielen Dank, Herr Herzog.

Herzog: Herr Vorsitzender! Meine Herren Minister! Ich will mich an die kurze Redezeit halten. Ich möchte heute etwas vielleicht Provozierendes oder Programmatisches kurz vortragen, das mir sehr am Herzen liegt. Das wird sicherlich keine endgültige Lösung sein, aber es könnte meines Erachtens vielleicht für Vorschläge reichen.

Städtebauliche und Straßenbau- oder sonstige Maßnahmen sind überregionale Bauvorhaben. Es ist für eine Gemeinde wichtig und notwendig, diese Baumaßnahmen durchführen zu können. Manche Gemeinden – ich schaue jetzt aus der kommunalen Sicht heraus – können jedoch diese Dinge nicht durchführen, weil ihnen einfach die Mittel dazu fehlen.

(Ahal)

Deshalb finde ich Ihren Vorschlag, Herr Bundesminister, solche Regionen zu schaffen, außerordentlich wichtig, und ich halte das für einen weitreichenden Vorschlag, besonders dann, wenn die gesetzlichen Möglichkeiten, solche Straßenbau- oder sonstigen Maßnahmen städteplanerischer Art durchzuführen, nicht gegeben sind und wenn sich Gemeindevertreter Sorgen machen müssen, weil sie einer absoluten Mehrheit gegenüberstehen, die nicht nur rot ist, sondern der es an den gedanklichen Fähigkeiten fehlt, das zu erkennen, was unbedingt erforderlich ist. Wenn z. B. eine Gemeinde heute noch Obdachlosenheime baut, obgleich wir das von Ihnen erwähnte Bundesmietengesetz haben, dann sind Mittel hinausgeworfen worden, deren Ausgabe nicht notwendig gewesen wäre. Hier wären meines Erachtens, ohne die kommunale Selbstverwaltung einschränken zu wollen - das möchte ich hier mit Klarheit gesagt haben -, gesetzliche Regelungen notwendig, um diese wichtigen Maßnahmen durchführen zu können. Sie sprachen heute morgen von Regionen oder Regionalplanungen. Man muß zu sogenannten Wirtschaftsregionen kommen, die auch an die Notwendigkeiten der Verwaltung angepaßt sind. Alle Verwaltungen sollen sich also einer solchen Wirtschaftsregion anpassen, nicht nur die Kommunen, sondern auch die Länder- und Bundesverwaltungen. Ich denke da etwa Direktionen und sonstige Behördeneinrichtungen. Ich denke z. B. auch daran, daß die Regierungsbezirke diesen wirtschaftlichen Gegebenheiten nicht mehr angepaßt sind, sondern aus geschichtlichen oder sonstigen Gründen heraus gewachsen sind. Sie wissen, daß die heutigen Regierungsbezirke eigentlich keine demokratische Einrichtung sind,

(Beifall)

sondern in manchen Ländern aus dem Preußischen Recht stammen. Sie sind nicht irgendwelchen parlamentarischen Anordnungen unteroder beigeordnet, sondern unterstehen allein dem Innenminister.

Die Abgrenzung von solchen Regionen oder Wirtschaftsregionen, die ich in erheblichem Umfang und weitreichend betrachte, sollte nach technischen, wirtschaftlichen Gesichtspunkten und nicht nur nach rein verwaltungsorganisatorischen Richtlinien erfolgen. Ich möchte ein Wort wiederholen, das hier heute morgen gefallen ist: Auch hier sollen die Verwaltungen Hand in Hand arbeiten und zusammenarbeiten, damit nicht z. B. der Bau einer Straße an einem nicht mehr benötigten Bahnwärterhäuschen oder an einer Ortsdurchfahrt scheltert.

Vorsitzender Ministerpräsident Dr. Meyers: Ich erteile das Wort Herrn Landrat Jansen.

Vorsitzender Ministerpräsident Dr. Meyers: Das Wort hat Herr Landrat Jansen von der KPV.

Jansen, Landrat (KPV): Ich halte mich an die Wünsche des Herrn Vorsitzenden: Keine Anrede und nicht länger als fünf Minuten! Ich möchte einige kommunalpolitische Gedanken zum angeschnittenen Problem

beitragen. In allen drei Referaten des heutigen Vormittags ist die Mitarbeit der Kommunen angesprochen und für notwendig erklärt worden.

Ich glaube, daß diese Voraussetzung, die Notwendigkeit dieser Mitarbeit, in ganz besonderem Maße für das Thema oder für die Themen, möchte ich sagen, gilt, die wir jetzt besprechen: für die Raumordnung mit der Regionalplanung und für den Städtebau und für die Dorferneuerung. Der Herr Minister hat heute morgen bereits darauf hingewiesen — als Kommunalpolitiker möchte ich das unterstreichen; auch der Herr Vorredner hat es eben kurz angesprochen —, daß zur echten und freudigen Mitarbeit der Kommunen, die wir brauchen, wenn wir diese Dinge überhaupt durchsetzen wollen, die Durchführung der Finanzreform gehört.

(Vereinzelter Beifall)

Solange die Gemeinden, wie das in der Gegenwart ist, in der Hauptsache entweder von der Unterstützung der Länder oder des Bundes oder von ihren Gewerbesteuern leben, werden wir Not und Mühe haben, zu vernünftigen Regionalplanungen zu kommen.

(Beifall)

weil jede Gemeinde gezwungen ist dafür zu sorgen, wie jeder Bürgermeister – so möchte ich es sagen – fast verpflichtet ist, dafür zu sorgen, genauso wie sein Parlament, daß die noch kommende, die noch zu erwartende Industrie, der noch kommen sollende Fremdenverkehr usw. in der eigenen Stadt, im eigenen Dorf untergebracht werden, um die Finanzkraft dieser eigenen Stadt, dieses eigenen Dorfes, zu stärken.

Wir müssen an die Stelle dieser heute einfach nicht mehr passenden Gewerbesteuer, auf die die Gemeinden natürlich nicht ohne Ersatz verzichten können – das ist nicht möglich –, eine wertneutrale Steuerform bekommen, die es nicht so interessant macht, alles unbedingt an sich selber zu ziehen. Man müßte auch getrost zuschauen können, wenn einmal die Nachbargemeinde ein wenig von dem Segen des Wirtschaftsaufschwungs abbekommt.

(Beifall)

Das ist heute einfach nicht drin. - Das ist das eine.

Ich glaube aber auch, daß diese Finanzreform noch aus anderen Gründen notwendig ist, daß sie nicht nur eine, sondern fast die Voraussetzung eben dafür ist, daß wir die Gemeinden überhaupt einmal für die Pläne, für die Gedanken des Bundesraumordnungsgestezes und für die Gedanken des Landesplanungsgesetzes gewinnen.

Deshalb darf ich jetzt einmal ein ganz besonderes Wort an die Kommunalpolitiker richten, für die ich hier eigentlich spreche als Vorsitzender der KPV.

Ich bin der Ansicht, daß es höchste Zeit wird, daß wir gerade auf der kommunalen Ebene und gerade bei diesen Fragen, die wir jetzt behandeln, ein Ende machen mit der ausschließlichen Vertretung von Gruppeninteressen, ein Ende machen mit einem übersteigerten Prestigebedürfnis.

(Beifall)

Das heißt auf deutsch, daß wir Kommunalpolitiker endlich einmal über unseren eigenen Schatten springen, daß wir den Mut aufbringen, auch einmal etwas zu tun, was nicht nur dem eigenen Gebiete nützt, sondern darüber hinausgeht, daß wir nicht meinen, wenn wir heute als Landrat oder Oberkreisdirektor oder Oberbürgermeister oder Oberstadtdirektor oder Bürgermeister oder Stadtdirektor ein Gebiet verwalten, daß uns ein Stein aus der Krone fällt, wenn wir auch einmal an die Gesamtheit denken, an die Region, an das Land und an den Bund.

(Lebhafter Beifall)

Ich glaube, das ist notwendig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ohne diesen Mut, einmal über den eigenen Schatten zu springen, wird diese Planung nicht durchzuführen sein, zum mindesten nicht so, wie sie werden muß, wenn sie der Erfolg sein soll, den wir brauchen und den wir wünschen.

Ich möchte noch etwas zu dieser Frage sagen. Die kommunalpolitische Arbeit wird sehr häufig unterschätzt. Sie wird nicht nur unterschätzt von Bundes- oder Landespolitikern, sondern sie wird oft auch unterschätzt von den Kommunalpolitikern selber.

Deswegen einen Appell an die Kommunalpolitikerl

Wenn wir Kommunalpolitiker nicht dafür sorgen, daß das anders wird — und das gilt eigentlich für alle Gebiete, aber ganz besonders für die Regionalplanung, für den Städtebau, für die Dorferneuerung —, wenn wir nicht stärker als seither die Gesetze, die der Bundestag mit der Mehrheit der CDU schafft, dahin beeinflussen, daß wir eine Verpflichtung erfüllen, als CDU-Kommunalpolitiker auch die Initiativen und Gedanken unserer CDU-Minister draußen mitzutragen und mitzuverwirklichen,

(Lebhafter Beifall)

dann gehen die Dinge schief. Der beste Minister und die besten Pläne und die besten Gesetze können nur zum Tragen kommen, wenn wir Kommunalpolitiker an der Front bereit sind, diese Dinge draußen zu verbreiten und die Gedanken zu klären und die Wichtigkeit und die Nützlichkeit dieser Dinge auch jedem Bürger klarzumachen. Das heißt also: Anstatt hier und da Obstruktion zu treiben, müssen wir das den Leuten klarmachen. Verzeihen Sie, wenn ich das so ganz schlicht und offen sage! Aber darin sind wir in der CDU ja relativ groß. SPD-Bürgermeister oder SPD-Landräte oder SPD-Kommunalpolitiker würden nicht daran denken, irgendwelche Gedanken oder Pläne ihrer sozialdemo-

kratischen Minister etwa nicht durchzuführen oder nicht zu fördern oder gar womöglich noch zu bremsen oder Schwierigkeiten zu machen. Das muß anders werden!

(Beifall - Zurufe: Sehr gut!)

Deswegen richte ich hier einen Appell an meine Freunde in der Kommunalpolitik und damit auch an mich selber: Das Wort, das Dr. Adenauer neulich gesagt hat von der konservativen Fortschrittspartei, war gar nicht so ganz schlecht. Wir wollen gar nicht alles neu machen, aber wir können auch nicht einfach immer beim alten verharren; denn die Zeit geht weiter, die Entwicklung geht weiter, und wenn wir da stillstehen, kommen wir in den Hintergrund und können nicht das erreichen, was wir für unsere Bürger, für unsere Menschen, für unser Volk erreichen müssen.

Deshalb Schluß, damit meine fünf Minuten nicht überschritten werden! Was wir brauchen und wozu wir Kommunalpolitiker in erster Linie aufgerufen sind, ist Mut zu Neuem und die bewußte Hilfe für unsere Männer an der Spitze des Bundes. (Zuruf: Und des Landes)

 Nein, gar nicht immer des Landes, das würde ich als hessischer CDU-Mann gar nicht ohne weiteres sagen, weil ich da nicht mit allem einverstanden bin, was das Land da tut!

(Heiterkeit)

Aber wir CDU-Kommunalpolitiker haben die Aufgabe und die Verpflichtung, unseren maßgebenden Männern von der CDU im Bund und wo es sonst ist, auch im Land, zu helfen. Das halte ich für eine der wichtigsten Pflichten, die wir haben, und das müßte besser als bisher gemacht werden. Das möchte ich als Kommunalpolitiker dazu sagen.

(Lebhafter Beifall)

Vorsitzender Ministerpräsident Dr. Meyers: Herr Bundestagsabgeordneter Mick!

Mick (MdB): Meine lieben Parteifreunde! Ich werde hier etwas an das Bonner Bundeshaus erinnert; denn auch dort ist es so, daß dann, wenn über Themen diskutiert wird wie die hiesigen, der Saal höchstens zu einem Viertel gefüllt ist, daß aber, wenn dann eine Wahl verlorengeht, die hier behandelten Probleme in der Hauptsache daran schuld sind, daß die Wahl verlorengegangen ist.

Die Überschrift, die uns hier im Thema gesetzt ist — Gesunde Umwelt, gesunde Menschen —, kommt mir etwas — entschuldigen Siel — chemisch rein vor, so etwa nach dem Rezept: Man nehme frische Luft, man nehme Licht, Luft und Bäumchen und setze ein paar Häuschen hinein, dann ist alles gelöst, dann ist alles in Ordnung.

Ich glaube, meine Damen und Herren, so einfach können wir uns die Angelegenheit nicht machen; denn in diese Umwelt haben wir zum mindesten auch die Menschen einzubeziehen, die Menschen in einem

bestimmten Zusammenhang, in bestimmten Gesetzen auch des Zusammenlebens. Aber ehe ich dazu etwas Näheres sage, lassen Sie mich erst noch ein paar ketzerische Gedanken aussprechen, gerade deshalb, weil in diesem Arbeitskreis Themen behandelt werden, die immerzu zu ketzerischen Bemerkungen — insbesondere der Opposition — herausfordern! Denn alles, was heute hier behandelt wird, die Gesundheit, der Wohnungsbau, der Verkehr, sind in der Sprache der Opposition lauter Katastrophen.

Ich stelle fest, meine Damen und Herren — mein Vorredner hat das dankenswerterweise angesprochen —, daß wir uns diese Terminologie schon weitgehend zu eigen gemacht haben. Wir sprechen von der Verkehrskatastrophe. Würden alle Autos auf einmal in Urlaub fahren oder würden wir diese Maßstäbe etwa bei einem Lebensmittelgeschäft ansetzen und annehmen, daß alle Kunden auf einmal kaufen, dann müßte jedes Lebensmittelgeschäft ein Kaufhaus sein, um diesen Run abfangen zu können.

Wir sprechen von der Verpestung der Luft, und wir reden das schon munter nach, wenn es uns anderswo in Permanenz vorgeredet wird. Reden Sie aber mit den sozialistischen Bürgermeistern oder Oberbürgermeistern, dann stellen Sie immer wieder fest, daß sie Ihnen voller Stolz nachweisen, wie das doch alles viel besser geworden ist dank ihrer Initiativen und dank der SPD-Mehrheiten in den Gemeindeparlamenten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie oft hat zum Beispiel die Sozialdemokratie das Ende des sozialen Wohnungsbaus vorausgesagt! Wie oft haben die Sozialdemokraten vom Ende des Wohnungsbaus überhaupt gesprochen, aus Gründen, die Legion sind! Was an sich nicht hierher gehört, aber in dieser Liste mit aufgenommen werden sollte, ist die Tatsache, daß, nachdem das Wort vom Bildungsnotstand von uns immer so munter nachgeplappert worden ist, wir jetzt schon in der Terminologie der SPD bei einer Bildungskatastrophe angelangt sind.

(Beifall)

Ich will darauf aufmerksam machen, meine Damen und Herren, wie gedankenlos, wie wirklich gedankenlos auch in unseren Reihen heute politisch agiert und politisch bekundet wird und wie politisch Forderungen vorgetragen werden. Es ist geradezu ergötzlich, mit anzusehen, wie sich in den Debatten des Bundestags der Herr Erler bemüht, nachzuweisen, wie in den sozialdemokratischen Ländern alles bestens in Ordnung ist, nur am Schluß aber dann doch nachzuweisen, daß wir von einer Katastrophe in die andere fallen.

Nun aber einige Gedanken, und zwar nur zwei, zum Wohnungsbau! Ich war etwas schockiert, als ich die Mitteilung des Herrn Ministers Franken aus Nordrhein-Westfalen las, daß sich die Eigentumsbildung, soweit sie das Familienheim betrifft, im Bundesdurchschnitt zu 85 Pro-

zent in den Landkreisen vollzieht, das heißt, daß die Eigentumsbildung im Wohnungsbau zunehmend an den Städten und Großstädten vorbeigeht. Ich war dem Minister Lücke heute morgen dankbar, daß er ausgesprochen hat, daß wir dieser Entwicklung ein Ende bereiten, daß wir sie zu einem Besseren bringen müssen, indem wir in unseren Städten und vor allem in unseren Großstädten die Eigentumsform, die hier in der Regel nur noch möglich ist, mehr und bewußter fördern, als das bisher geschehen ist.

Ich habe wirklich Grund, dankbar zu sein für die Wohnungsbaupolitik, die im Lande Nordrhein-Westfalen getrieben wird. Ich bin an sich etwas stolz darauf, Herr Minister Franken, daß Sie in manchem Punkt unserem verehrten Minister Lücke die Hacken gezeigt haben, zum Beispiel in der Frage der Familienzusatzdarlehen, und ich verrate kein Geheimnis, wenn Ich sage, daß uns das in Bonn insofern zustatten kommt, als wir dank des Beispiels von Nordrhein-Westfalen hier nachziehen oder vielleicht jetzt auch einen Schritt vorziehen.

Noch dankbarer wäre ich Ihnen. Herr Ministerpräsident und Herr Minister - wir hatten schon einmal das Vergnügen, kurz darüber zu reden -, wenn Sie auch in der Frage der möglichen Eigentumsförderung in unseren Städten und Großstädten nun dem Bund wenigstens auf Zeit die Hacken zeigen, bei den Familienzusatzdarlehen mit der Förderung von Eigenheimen gleichziehen und gleichzeitig auch die zusätzliche Förderung der Eigentumswohnung um 10 Prozent über die Förderung der Etagenwohnung heben würden. Gerade diese Frage wird - ich denke an die vor uns stehenden Aufgaben der Sanierung unserer Städte und so weiter - von großer Bedeutung sein. Mich schreckt das Beispiel von Berlin, wo man praktisch doch so saniert, daß man sozialisiert und dann chemisch rein eine Gesellschaft in den Besitz des Ganzen einweist. Dabei entsteht nicht das, was wir in unseren Großstädten "Viertel" nennen: Viertel mit eigenem Milieu, Viertel, die Heimatgefühl erzeugen, die Geborgenheit erzeugen, Viertel, die Nachbarschaftshilfe bringen, Viertel, in denen man sich wohlfühlt, in denen man zu Hause ist. Es stimmt doch gar nicht, daß der Großstädter ein wurzelloser Mensch ist, der heute hier und morgen da leben könnte. Uns ist doch allen bekannt. wieviel Wohnungsnot heute in unseren Großstädten in Kauf genommen wird, nur um nicht aus dem Viertel heraus zu müssen in eine chemisch reine Neubaugegend.

Es muß also durch finanzielle, aber auch durch geistige Anregungen dem Etageneigentum einmal der Geruch genommen werden, als ob das so die Villa unter den Mietwohnungen wäre, die nur wenige erschwingen könnten.

Der zweite Gedanke: die gesunde Umwelt! Sie besteht nicht nur in Licht, Luft und Bäumchen, sondern auch darin, daß die Menschen miteinander wohnen können. Diese gesunde Umwelt wird nicht damit geschaffen, daß wir die jungen Familien nun in die neuen Städte hinein-

setzen, und Oma und Opa bleiben da, wo sie bisher waren, 20 oder 30 km von den jungen Leuten entfernt. Wir dürfen die Familie nicht auseinanderreißen. Wir müssen in unserer Wohnungsbaupolitik, sowohl in den alten angestammten Vierteln als auch in den neuen Vierteln. bewußt dafür sorgen - in Saarbrücken werden wir, Herr Minister, Gelegenheit haben, über alle diese Dinge intimer und detaillierter zu sprechen als hier -, daß nicht nur an die enge Familie gedacht wird, sondern die Großfamilie, zumindest die alt gewordenen Eltern in die Planung miteinbezogen werden. Das ist nicht nur ein humanitärer oder christlicher Gedanke nach dem 4. Gebot - das müßte selbstverständlich für uns sein -, sondern das ist auch ein eminent wichtiger wirtschaftlicher Gedanke. Viele Arbeitsverhältnisse von Frauen basieren heute darauf, daß noch die Oma da ist und auf das Kind aufpaßt usw. usw. Bei der zunehmenden Überalterung unseres Volkes werden wir vermehrt darauf angewiesen sein, die letzte Arbeitskraft zu mobilisieren, wenn wir nicht in die Gefahr geraten wollen, die Herr Minister Storch heute morgen in einem anderen Zusammenhang mit Recht angeführt hat. Wir müssen bei unseren Eigentumsmaßnahmen verstärkt auf die Gebiete abstellen, wo diese Aufgabe in unseren Städten und Großstädten schwerer zu erfüllen ist. Das braucht keinen Landkreis und kein mögliches Eigenheim irgendwie zu gefährden. Gestehen wir uns das offen: Es gibt Gebiete, in denen die Eigentumspolitik schwerer zu verkaufen ist, weil wir dort Schichten ansprechen, die nicht aus Tradition über Eigentum verfügen, sondern dem Eigentumsgedanken weitgehend fremd gegenüberstehen. Daß gerade das Eigentum im Wohnungsbau dem Menschen am nächsten ist, daß eine Wohnung - bei allem Respekt vor der Volksaktie und was weiß ich - näher am Menschen ist als alles andere, das sollten wir in der möglichen Form mehr nach vorn bringen, als wir es bisher getan haben.

Wir stehen nämlich in der akuten Gefahr, eine Partel des flachen Landes zu werden. Damit werden wir keine Mehrheiten behalten. Deshalb haben wir unsere Politik verstärkt darauf einzurichten, daß wir auch wieder eine Partei der Städte und Großstädte werden.

(Beifall)

Vorsitzender Ministerpräsident Dr. Meyers: Herr Minister Dr. Lauscher!

Minister Dr. Lauscher: Ich möchte drei Punkte aus dem Referat des
Herrn Bundesministers Lücke herausgreifen.

Erstens die Gewerbesteuer. Hier habe ich es einfach. Ich unterstreiche jedes Wort, das Herr Jansen über die raumfeindliche Gewerbesteuer gesagt hat. Es kommt nur darauf an, daß bei der Finanzreform die Verteilung der Steuern dann nicht wieder andersartig auch raumfeindlich wird. Darauf werden wir streng achten müssen. Ich denke zum Beispiel daran, da die Umsatzsteuer bei der Verteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden nicht allzusehr wieder auf die Gemeinde zukommen dürfte. Es muß die richtige Relation gefunden werden.

Auch aus einem anderen Grunde wird die Gewerbesteuer auf das Land oder den Bund übergehen müssen. Selbstverständlich müssen die Kommunen Ersatz haben; das ist klar. Auch im EWG-Raum steht uns die Gewerbesteuer im Wege. In den anderen Ländern kennt man keine Gewerbesteuer. Nach dem EWG-Vertrag sind wir zwar nicht verpflichtet, die Gewerbesteuer abzuschaffen — sie gehört nicht zu den harmonisierenden Steuern; trotzdem kommen wir nicht daran vorbei, sie auf die Dauer bei uns zu beseitigen. Wir können sonst nämlich wiederum keine vernünftige Strukturpolitik betreiben. Raumordnungspolitik hängt nun einmal eng mit Strukturpolitik zusammen. Wenn die Gewerbesteuer ähnlich wie die Einkommensteuer eine Bundes- oder Landessteuer wäre, könnte man sie bei Steuersenkungen allmählich — das wird ein längerer Zeitraum sein, darüber müssen wir uns klar sein — beseitigen. Soviel zur Gewerbesteuer.

Zweitens die Regionalplanung. Es hat sich allgemein durchgesetzt, daß Regionen geschaffen werden müssen, um die Mitarbeit der Kommunen, die Mitarbeit des Bürgers, mehr sicherzustellen als bisher. Das Wort "Region" ist bisher ein schillernder Begriff gewesen. Aber allmählich kommt man doch zu der einheitlichen Auffassung, daß es ein sozialökonomischer Raum sein muß. Dieser sozialökonomische Raum darf weder zu groß noch zu klein sein. Andernfalls kann wiederum keine vernünftige Raumordnung betrieben werden. Es genügt nicht, daß zur Region zwei oder drei Landkreise gehören, wie das in Frankreich bei der Einteilung weitgehend der Fall ist.

Dort, wo eine Verwaltungsreform durchgeführt wird — Rheinland-Pfalz hat ein Gesetz vorgelegt, und wir im Landtag Nordrhein-Westfalen haben seitens der Koalition auch einen Antrag eingebracht —, sollte man nach Möglichkeit dafür sorgen — Herr Herzog hat das schon anklingen lassen —, die Verwaltungsgrenzen mit den Regionen in Übereinstimmung zu bringen.

(Beifall)

In einem Zwischenbericht der Gesellschaft für regionale Strukturentwicklung über regionale Maßnahmen in den Benelux-Ländern und in Frankreich ist sehr stark und sehr deutlich hervorgehoben worden. Daß die Abweichungen zwischen Verwaltungsgrenzen und Regionsgrenzen die Raumordnungs- und Strukturmaßnahmen sehr erschweren. Es besteht die Gefahr, daß sich eine gesonderte Bürokratie entwickelt, die wir verhindern wollen.

Ein drittes. Hier ist von Berlin gesprochen worden. Herr Mick hat das Thema vorhin schon angeschnitten. Ich stimme da mit ihm völlig überein. Dem Herrn Architekten, der Brasilia erwähnt hat, möchte ich folgendes sagen. Vor acht Tagen habe ich einen Artikel gelesen, daß es die Menschen in Brasilia nicht aushalten können, weil in 10 km Länge, Breite und Tiefe die gleichen Blocks stehen und die Menschen ihre Wohnung

nicht einmal richtig wiederfinden können. Kein Mensch fühlt sich in diesen gleichförmig eingerichteten Siedlungen wohl.

Ich bin aber aus einem anderen Grund auf diesen Punkt eingegangen. Herr Minister, für die Mittelständler besteht die große Gefahr, daß sie ihr Gewerbe verlieren. Es gelingt uns bei den neuen Siedlungen nicht. die mittelständischen Gewerbebetriebe anzuziehen, obwohl wir dafür genügend Mittel zur Verfügung stellen. In Nordrhein-Westfalen gibt es dafür zum Beispiel Sondermittel. Trotzdem klappt es nicht, weil die Mittelständler das Risiko scheuen, ihr Geschäft an anderer Stelle aufzugeben und an einer neuen Stelle zu beginnen. Die dafür erforderlichen Kapitalmittel sind in den großen Siedlungen zu hoch. Wir müssen hier neue Wege finden und insbesondere dafür sorgen, daß in den Gebieten, die saniert werden, die Menschen nicht in eine ganz andere Gegend verfrachtet werden und dort nur so eben leben können. Sie können sich ja nachher in der neuen Siedlung, die an Stelle der alten entstanden ist, nicht wieder zurückverfrachten. Das kann niemand mitmachen. Bei uns im Braunkohlengebiet, wo wir ganze Orte mit den Menschen und den Gewerbebetrieben verlegt haben, war das einfach. Aber in den Großstädten ist das Problem viel weitschichtiger. Im Interesse unseres Mittelstandes müssen wir nicht nur dafür sorgen, daß es Eigentum für alle gibt - Herr Mick, darin stimme ich mit Ihnen völlig überein -, sondern wir müssen in diesen Räumen auch den Mittelständler so behandeln, wie wir es bisher gewohnt sind.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Meyers: Das Wort hat Herr Landrat a. D. Büttner.

Büttner: Herr Vorsitzender! Liebe Parteifreunde! In einem gewissen Kontrast zu meinem Vorredner spreche ist als Vertreter einer kleinen kreis- und amtsangehörigen Gemeinde und als stellvertretender Amtsbürgermeister des Amtes, dem diese Gemeinde angehört.

Das Problem, mit dem wir uns heute hier herumschlagen, schillert verschieden, je nachdem, von welchem Gesichtspunkt aus man es betrachtet. Lassen Sie mich aus der Sicht desjenigen, der es aus der Perspektive einer kleinen Gemeinde betrachtet, und der im übrigen als Mitglied des Vorstandes des Gemeindetages Westfalen-Lippe dazu berufen ist, diese Dinge auch aus größerer Schau zu beurteilen, einen Beitrag dazu zu liefern.

Worauf möchte ich hinaus? Verehrter Herr Vorsitzender, Sie werden sich erinnern, daß wir einmal im Ausschuß des Landtages zur Schaffung der kommunalen Verfassungsgesetze unseres Landes zusammengesessen — ich glaube, Sie hatten damals den Vorsitz — und die Gemeindeordnung geschaffen haben. Erlauben Sie mir, daraus kurz zu zitieren.

In § 1 heißt es:

Die Gemeinden sind die Grundlage des demokratischen Staatsaufbaus.

§ 5 lautet:

Das Gebiet jeder Gemeinde soll so bemessen sein, daß die örtliche Verbundenheit der Einwohner gewahrt und die Leistungsfähigkeit der Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist.

In vielen Fällen ist die erste Voraussetzung hinsichtlich der Größe und Angemessenheit des Gebiets der Gemeinden vielleicht gegeben. Aber in sehr vielen Fällen fehlt es an der Leistungsfähigkeit der Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben. Heute morgen ist von Herrn Minister Lücke angeführt worden - ich glaube mich zu erinnern -, daß sich mit der Erhaltung eines Bestandes von 23 000 Gemeinden im Bundesgebiet auf weite Sicht keine Raumordnung schaffen läßt. In meiner Siegerländer Heimat - sie ist vom Herrn Minister Franken vorhin kruz angesprochen worden - habe ich mich sowohl als Landrat wie auch als Mitglied der Bürgerschaften kreisangehöriger Gemeinden mit diesem Problem iahrelang herumgeschlagen. Es erhebt sich die große Frage, ob die Träger der kommunalen Selbstverwaltung in der Lage sind, diese Aufgabe zu erfüllen, das heißt eine kommunale Flurbereinigung buchstäblich vorzunehmen, daß der Gebietszuschnitt der Gemeinden auch die Voraussetzung erfüllt, die in § 5 unserer Gemeindeordnung verankert ist, nämlich daß die Leistungsfähigkeit der Gemeinde zur Bewältigung ihrer Aufgaben gesichert ist.

Ich bin in der letzten Zeit in einer Reihe von Kreisgemeindetagen herumgefahren. Da hat man mir gesagt: Was wollen Sie denn, die kommunalen Vertreter in den kreis- und amtsangehörigen Gemeinden sind doch überfordert, wenn Sie denen zumuten, sie sollen mit anderen zusammengehen, um vielleicht durch Zusammenlegung, durch freiwilligen Zusammenschluß eine stärkere und leistungsfähigere Gemeinschaft zu schaffen.

In diesem Zusammenhang folgendes. Herr Minister Lücke, Sie haben heute morgen mit Recht dagegen gesprochen, daß überhaupt noch von Eingemeindung gesprochen und dieses Wort in den Mund genommen wird. Ich will Ihnen durchaus darin zustimmen, wenn Eingemeindung bedeutet, daß der Große den Kleinen frißt. Aber das sage ich jetzt aus verbandspolitischer Verantwortung, als Mitglied des Vorstandes eines kommunalen Spitzenverbandes, der die Interessen der kreis- und amtsangehörigen Gemeinde zu vertreten hat: wir müssen über kurz oder lang dazu kommen und den Mut haben - ich glaube. Sie stimmen mir zu, Herr Minister Lücke, Sie sind ja der Präsident unseres Deutschen Gemeindetages -, unseren Gemeinden zu sagen: Nun macht von eurer Verantwortung als Selbstverwaltungsträger wirklich einmal einen selbstverantwortlichen Gebrauch, indem ihr diese notwendige kommunale Flurbereinigung selbst in die Hand nehmt und nicht darauf wartet, bis der Gesetzgeber mit dem dicken Knüppel kommt. Herr Ministerpräsident, ich habe es Ihnen heute morgen gesagt, ich darf es hier noch einmal sagen: ich bin allerdings nahezu daran, zu verzweifeln, ob das möglich sein wird oder ob es nicht doch notwendig ist, daß der Gesetzgeber hier nachhilft.

Wir haben dankenswerterweise kraft der Initiative unserer Bundesreglerung und insbesondere unseres Herrn Bundesministers Lücke endlich es war ein historischer Tag für uns Kommunalpolitiker - im vorigen Monat das Raumordnungsgesetz bekommen. Herr Ministerpräsident, ietzt liegt - wenn Ich diesen trivalen Ausdruck gebrauchen darf - der Schwarze Peter bei Ihrer Verwaltung. Das Raumordnungsgesetz ist weitgehend ein Rahmengesetz, wo der Rahmen durch die Landesgesetzgebung ausgefüllt werden muß. Ich bin der Meinung, diese kommunale Neugliederung von unten her ist eine wesentliche Voraussetzung, zumindest ein Bestandteil der Raumordnung. Es ist sicherlich wahr, daß wir, auf weite Sicht ohne eine derartige Flurbereinigung nicht zurechtkommen werden. Ich wäre dafür dankbar, wenn wir - damit noch ein Wort an Herrn Jansen - auch seitens der Kommunalpolitischen Vereiniauna dieses Problem im Auge behielten. Sie erinnern sich, sehr verehrter Herr Landrat Jansen, daß voriges Jahr in Mainz gelegentlich der Kommunalpolitischen Tagung diese Dinge schon sehr eingehend angesprochen worden sind. Es ist mir damals gesagt worden, es sei auch von der Kommunalpolitischen Vereinigung Deutschlands ein Sonderausschuß zur Überarbeitung der Leitsätze der Kommunalpolitischen Vereinigung gebildet worden, der sich mit diesem Problem neu befassen will, um die obsoleten und elgentlich längst antiquierten Verhältnisse den modernen Bedürfnissen der Gemeinden anzupassen.

Ich darf abschließend wiederholen: Herr Ministerpräsident, sorgen Sle — Sie kennen ja unsere Siegerländer Probleme ganz besonders — generell dafür, daß noch in dieser Legislaturperiode unseres Landtages zumindest eine Bestandsaufnahme erfolgt, um sicherzustellen, daß die Problematik richtig gesehen wird. Was im Siegerland fällig ist, ist Ja anderwärts — ich habe vorhin den Oberbürgermeister von Bonn hier gesehen — genauso fällig. Die beteiligten kommunalen Verbände werden ohne Hilfe des Landes nicht in der Lage sein, diese kommunale Flurbereinigung, die Voraussetzung für eine gesunde Raumordnung ist, durchzuführen. Mit der Festlegung von Regionalverbänden allein ist es nicht getan.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Meyers: Herr Büttner, Sie bekommen den Schwarzen Peter sehr bald.

Das Wort hat weiter Herr Knierim. MdL.

Knierim: Herr Vorsitzender! Meine Parteifreunde! Meine beiden Fragen bezogen sich zum ersten auf die Regionen und die Landesplanung und zum zweiten auf die Baukoordinierung. Die Strukturpolitik und die Landesplanung sind unstreitig Elemente der Raumordnung. Aufgabe der Raumordnung ist es, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen

Verhältnisse in allen Gebieten so zu gestalten, daß nach Möglichkeit ein regionales Wirtschaftsgefälle weitgehend vermindert und beseitigt wird. Es ist Aufgabe unserer CDU-Politik, in allen Gebieten des Bundesgebietes gute Lebens- und Arbeitsbedingungen zu erhalten. Die Strukturmaßnahmen in den einzelnen Gebieten haben sich dieser Aufgabe unterzuordnen.

Es wurde schon angedeutet, daß als Voraussetzung die Änderung des kommunalen Finanzsystems erforderlich ist, daß alle Gemeinden ein ausreichendes finanzielles Fundament haben müssen, um ihre Aufgaben besonders im Wohnungsbau und im kommunalen Straßenbau durchführen zu können. Auf der anderen Seite bedeutet das meines Erachtens auch, daß sich die Städte. Landkreise und Gemeinden in die Raumordnungspolitik und die Landesplanung einordnen. Sie haben ja durch die Mitarbeit bei den Landesplanungsgemeinschaften hinreichend Gelegenheit, ihre Interessen wahrzunehmen. Ich bin aber auch der Auffassung, was Herr Jansen vorhin sagte, scheint mir im umgekehrten Sinne genauso wichtig. Unsere Kommunalpolitiker stehen an der Front. Die Landtagsabgeordneten und Bundestagsabgeordneten haben in der Zukunft mehr denn je die Verpflichtung, unsere Kommunalpolitiker bei der Durchführung der wohnungsbaupolitischen Maßnahmen und der Straßenbaumaßnahmen in den Städten und Gemeinden zu unterstüzten.

(Beifall)

Ein Wort zum Grundsätzlichen. Als Folgemaßnahme des Raumordnungsgesetzes des Bundes muß in den Ländern die Arbeit der Regionen und der Regionalbeiräte zum Zwecke der Strukturverbesserung in die Landesplanung einmünden. Mit anderen Worten, die Landesplanung und die Strukturpolitik müssen sich gegenseitig ergänzen. Die Strukturverbesserung ist sicherlich Sache aller Ressorts. Ihre Aufgabe besteht im wesentlichen in der verstärkten Durchführung von Maßnahmen bei der Infrastruktur und bei der Durchführung von Einzelprojekten.

Unter diesem Gesichtspunkt muß ich betonen, daß die Raumordnungspolitik des Bundes und die Landesplanungspolitik der Länder nicht an der Planungshoheit der Städte und Gemeinden scheitern darf.

Ich bin jetzt schon beim zweiten Punkt, den ich ansprechen möchte, bei der Raumkoordinierung. Sowohl Herr Minister Lücke als auch Herr Minister Seebohm haben auf die Bedeutung der Bauwirtschaft und der damit zusammenhängenden Wirtschaftszweige hingewiesen. Es genügt meines Erachtens nicht, sich im Straßenbau nur auf Vierjahrespiäne zu beschränken, sondern man sollte in allen staatlichen Ebenen zu Bauwirtschaftsplänen kommen. Damit wird erreicht, daß die gesamten öffentlichen und öffentlich geförderten Baumaßnahmen des Bundes, der Länder und auch der Gemeinden im Hoch-, Straßen-, Brücken-, Wasser- und Kulturbau erfaßt werden. Gute Fortschritte sind durch die interministeriellen Ausschüsse des Bundes und der Länder schon erzielt

worden. Das ist nicht zuletzt ein Leistungsbeweis für die gute Arbeit in den Ländern Nordrhein-Westfalens und Bayerns sowie im Bund. Haushaltsrechtliche Bedenken sollten hier gerade im Hinblick auf die umfassenden Pläne der hier anwesenden Ressortminister Lücke, Seebohm und Frau Schwarzhaupt zurückstehen. Auf lange Sicht gesehen wird es nicht zu umgehen sein, über die Bauwirtschaftspläne hinaus zu Investitionshaushalten zu kommen, in die die gesamten Bauplanungen eingebettet sind. Mit der Erfassung und Ermittlung des Bauvolumens der Gemeinden und Gemeindeverbände soll und darf nicht an der Selbstverwaltung gerüttelt werden.

Wenn der Bund und unsere Landesregierung konjunkturstabilisierende Maßnahmen für die Wohnungsbauwirtschaft und die Straßenbauwirtschaft empfehlen und durchführen, dann geschieht dies im Hinblick auf eine vernünftige Baukonjunkturpolitik, die schon seit Jahren unter der Frühung von CDU-Regierungen in Baden-Württemberg, in Bayern, dem Saarland, in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen durchgeführt wurde.

Im Zusammenhang mit dieser Frage scheint es mir erforderlich zu sein, darauf hinzuweisen, daß für die bauausführende Wirtschaft und damit für die Erhaltung der Stabilität unserer Konjunktur einige konkrete Maßnahmen zusammenfassend genannt werden sollten:

- 1. gleichmäßige Auftragsvergabe durch langfristige Auftragsplanung im Wohnungsbau und im Straßenbau,
- Vergabe der öffentlichen Aufträge gemäß der Regionallage des Baumarktes – eine alte Forderung der Minister Lücke und Seebohm, die ich nur in Erinnerung bringen möchte –,
- 3. bindende Anweisungen der Vergaberessorts an ihre nachgeordneten Stellen zur langfristigen Auftragsplanung und zu dem Abschluß von Verwaltungsabkommen zur Förderung der Arbeiten in den Koordinierungsausschüssen.

Diese wirtschaftspolitischen Aspekte sollten ein Ziel der CDU bleiben; denn klare Bauprogramme und klare Zeitpläne bringen größere Bauleistungen.

Als Vorbild darf ich zum Schluß meiner kurzen oder vielleicht zu langen Darlegungen auf das Land Nordrhein-Westfalen verwelsen. Ministerpräsident Meyers hat es sich schon seit langem angelegen sein lassen, die Landesplanung, den Wohnungsbau, den Straßen- und Brückenbau in einem einzigen Hause, nämlich dem Bauministerium, zusammenzufassen. Ich bin davon überzeugt, daß den Bundesressorts der Minister Lücke und Seebohm diese Zusammenfassung der Baumaßnahmen in einem Länderministerium bei der Durchführung ihrer Aufgaben in dem Land Nordrhein-Westfalen zugute kommt.

Wir sind auf dem Wege der Abstimmung und der Erarbeitung von langfristigen und gesamtwirtschaftlichen Infrastrukturprogrammen schon ein gutes Stück weitergekommen. Wenn wir neben der Lösung beson-

ders des innerstädtischen Verkehrs das Bauvolumen erreicht haben, das uns heute morgen von Herrn Minister Lücke zahlenmäßig dargelegt wurde, so beweist dies, daß unsere Wohnungsbaupolitik und unsere Straßenbaupolitik richtig ist. Wir sollten nur den Mut haben, diese Zahlen der Öffentlichkeit zu nennen. Ich bin sicher, daß wir dann den Wahlkampf gewinnen.

Vorsitzender Dr. Meyers: Ich kann die Ausführungen über die Zusammenarbeit der Bundesregierung und der Landesregierung zur Koordinierung der Bauaufgaben im Bereich des Landes nur unterstützen.

Das Wort hat Herr Dr. Hesberg, MdB.

Dr. Hesberg: Herr Ministerpräsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreundel Herr Kollege Mick hat dargelegt, wie unsere Arbeitsgruppe Wohnungsbau im Zusammenwirken mit Herrn Minister Lücke neue Wege zur Ergänzung des Wohnungsbaugesetzes gehen will. Herr Kollege Mick hat die Möglichkeit angeschnitten, die Wohnungsfrage für unsere alten Menschen durch die Zusammenführung von jungen Familien mit ihren Eltern zu lösen, um damit einen Beitrag zur Versorgung der Alten mit Wohnungen zu leisten. Gerade wir sind der Meinung, daß es nicht damit getan ist, Altenwohnungen in großen Mengen als Gettos zu bauen oder unsere alten Menschen in Altersheimen unterzubringen. Sie in einem Familienheim oder in einer Eigentumswohnung zusammenzuführen, das ist eine ideale Lösung, die wir fördern wollen. In Ergänzung der Ausführungen des Kollegen Mick darf ich sagen, daß wir beabsichtigen, bei der Novellierung eine ähnliche Förderung wie durch die Familienzusatzdarlehen einzuführen, wenn in einer jungen Familie im Eigenheim oder in der Eigentumswohnung die Aufnahme der Eltern erfolgen soll, vorausgesetzt, daß einkommensmäßig die Voraussetzungen des sozialen Wohnungsbaues erfüllt werden.

Wir haben uns auch Gedanken darüber gemacht, wie es künftig mit den Einkommensgrenzen im sozialen Wohnungsbau gehalten werden soll. Wir sind in Übereinstimmung mit Bundesregierung und Bundesrat der Meinung, daß wir den Sockelbetrag, nämlich von 9000 DM, nicht nach oben ausweiten sollten, was im Interesse der Anpassung an die Einkommensverhältnisse vorgeschlagen worden ist, wohl aber die Zuschlagsbeträge erhöhen sollten, nämlich von 1800 DM auf 2400 DM, wie es der Bundesrat vorgeschlagen hat.

Ich möchte noch eine Gruppe erwähnen, die einer gesetzlichen Regelung unterworfen wird. Über die Gruppe der Berechtigten des sozialen Wohnungsbaues hinaus soll noch eine Gruppe gefördert werden, deren Einkommen etwa 331/3 Prozent über der Einkommensgrenze des sozialen Wohnungsbaues liegt. Hier soll ähnlich vorgegangen werden, wie es in Baden-Württemberg geschehen ist. In diesem Personenkreis soll die Eigentumsbildung dadurch gefördert werden, daß man Zinszuschüsse zu Darlehen in der Höhe, wie sie im sozialen Wohnungsbau gewährt werden, bei Aufnahme auf dem Kapitalmarkt für die Dauer von 10 bis 12

Jahren zubilligt. Dazu soll ein Aufschlag bei kinderreichen Familien kommen, der ungefähr in der Höhe des Familienzusatzdarlehens liegt. Auch hier soll also mit vorübergehenden Hilfen die Einkommensbildung gefördert werden, um damit vielleicht nicht nur den Menschen, die sich heute bei der Eigentumsbildung schwer tun, zu helfen, sondern auch einen Anreiz zu geben, Wohnungen des sozialen Wohnungsbaues, die wir heute als zweckentfremdet belegt betrachten, freizugeben.

Meine Damen und Herren, es wäre reizvoll, Ihnen noch andere Dinge aus der Arbeit unserer Fraktion auf diesem Gebiet mitzuteilen, mlt der wir die Probleme im Wohnungsbauänderungsgesetz einer Lösung entgegenführen. Ich möchte mich zum Schluß nur auf die Aufgabe beziehen, die wir jetzt im Wahlkampf haben. Herr Kollege Mick hat dazu ja auch einen Beitrag geleistet. Herr Minister Lücke hat heute morgen mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß es die SPD ständig bei Kritik bewenden lasse. Wenn sie einmal, wie es Im letzten Jahre geschehen ist, einen Vorschlag zum Dritten Wohnungsbaugesetz gemacht hat, so atmet ihre ganze Vorstellung auf diesem Gebiet den alten zwangswirtschaftlichen Geist, der eh und je die SPD beseelt hat, so daß das Godesberger Programm für sie eine Attrappe ist.

Ich möchte da auf folgendes hinweisen. Gerade die Fachleute der SPD waren es, die solche Konzeptionen wie jetzt im Dritten Wohnungsbaugesetz auch im Jahre 1949 hatten. Ich war an Besprechungen mit dem damaligen Bundeswohnungsbauminister Wildermuth beteiligt, Als Sachverständige aller Gruppen bei ihm zusammentraten. Damals haben Experten der SPD gesagt: "Das beste, wohin wir kommen können, ist eine Wohnungsbautätigkeit, wie wir sie in den goldenen 20er Jahren gehabt haben." Das waren 200 000 Wohnungen pro Jahr. Wenn wir so gebaut hätten, meine Damen und Herren, wären die Bauleistungen, die wir durch die Soziale Marktwirtschaft erreicht haben, erst in 40 Jahren statt in 15 Jahren erreicht worden.

(Beifall)

Es ist Tatsache, daß die Soziale Marktwirtschaft die Initiative auf allen Gebieten ausgelöst hat, auch auf dem Gebiete der Wohnungsbauwirtschaft. Durch die Marktwirtschaft sind auch die Mittel gewonnen worden, die wir dem Wohnungsbau ständig neu zuführen konnten. Von Jahr zu Jahr ist bis zum Ende der 50er Jahre der Einsatz der öffentlichen Mittel gesteigert worden. Heute können wir sagen, daß wir insgesamt 51 Milliarden DM an öffentlichen Mitteln von Bund und Ländern einsetzen konnten, und das ungefähr zu 46 Prozent von seiten des Bundes, zu 51 Prozent verteilt auf Länder und Gemeinden.

Meine Damen und Herren, der Tatsache, daß die soziale Wohnungswirtschaft durch die Soziale Marktwirtschaft praktisch möglich geworden ist, wollen wir immer eingedenk bleiben, wenn es im Wahlkampf ganz besonders mit zu Auseinandersetzungen über die Wohnungsprobleme und die Wohnungswirtschaft kommen wird. Daß das kommen wird, ist nach

den Vorbereitungen der SPD todsicher. Darum sollten wir unser Licht nicht unter den Scheffel stellen, sondern feststellen, daß die SPD nur an ganz primitiven Einzelfällen herumnörgelt und nlemand ein Konzept anzubieten hat, durch das höhere Leistungen hätten erwirkt werden können, als wir sie zu verzeichnen haben.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Meyers: Das Wort hat Gräfin von Hagen, MdB.

Gräfin von Hagen (MdB) (Der Diskussionsbeitrag der Abg. Gräfin von Hagen wird von MdB Frau Engländer verlesen.): Meine verehrte Bundestagskollegin, Gräfin von Hagen, ist im Laufe des Vormittags so helser geworden, daß sie Ihnen das, was sie klar sagen möchte, nur flüstern könnte. So hat sie sich meine Stimme geliehen. Sie möchte Ihnen sagen: Ich möchte an dieser Stelle die Aufmerksamkeit der Anwesenden, besonders Ihr Interesse, Herr Minister Lücke, auf ein Problem lenken,

(Vorsitzender Dr. Meyers überreicht unter dem Beifall der Versammlung Gräfin von Hagen eine Tüte mit Hustenbonbons)

das an uns. d. h. die Umwelt, Anforderungen stellt.

Die Zahl der Menschen, die durch Unfälle am Arbeitsplatz oder auf der Straße eine schwere körperliche Schädigung davontragen, steigt lelder weiter. Viele von ihnen sind dann von Jugend an an ein Kraftfahrzeug gefesselt. Kinder, die mit verkümmerten Gliedmaßen geboren wurden, wachsen und können nicht mehr lange von ihren Eltern getragen werden. Alle aber, ob sie noch Kinder sind oder schon einen Beruf gelernt haben, haben ein Recht auf ihren Arbeitsplatz und auf eine ihnen gerechte Wohnung. Was nützt den Körperbehinderten die beste Berufsausbildung, wenn sie weder zu ihren Arbeitsplätzen gelangen noch ihre Wohnungen ohne fremde Hilfe verlassen können.

Herr Minister, wir brauchen bei mehrgeschossigen Häusern so breite Türren der Wohnungen und des Fahrstuhls, daß überhaupt ein Krankenfahrzeug hineingeht, oder in anderen Häusern schiefe Ebenen, damit z. B. ein Körperbehinderter seine Wohnung im Hochparterre ohne Hilfen erreichen kann. Die Querschnittgelähmten, die Amputierten, die Spastiker, die Gelähmten und die Sorgenkinder sind nicht durch eigene Schuld behindert, sondern oft genug Opfer ihrer Umwelt. Deswegen hat die Umwelt, soweit sie sich verantwortlich fühlt, die Pflicht und Schuldigkeit, dafür zu sorgen, daß diese Menschen eine Wohnung bekommen, die ihnen höchstmögliche Erleichterung gibt, so daß sie sich als vollwertige Bürger in der Gemeinschaft fühlen werden.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Meyers: Ich danke der Frau Abgeordneten Engländer für diese freundliche Hilfe gegenüber ihrer Kollegin. Gräfin von Hagen wünsche ich, daß sie bald wieder ihre Stimme findet; denn eine Politik ohne Stimme ist nichts Richtiges.

(Heiterkeit)

Frau Dr. Orthaus!

Frau Dr. Orthaus: Gesunde Umwelt haben wir im Wohnungsbau durch die Wohnungsbaupolitik der CDU erreicht. Gegen jeden Widerstand hat Minister Lücke seine Grundsätze durchsetzen können.

Wir stehen im Wahljahr. Wir müssen nun auch dazu übergehen, diese Wohnungsbaupolitik offensiv und nicht defensiv in die Bevölkerung hineinzubringen. Ich darf Ihnen hier einige Beispiele dafür geben. Unsere Eigentumspolitik ist einmalig, aber sie wird von der SPD wie üblich kopiert. Es ist heute schon soweit, daß unsere Bevölkerung nicht mehr weiß, daß ein Entwurf eines Dritten Wohnungsbaugesetzes die Eigentumsfeindlichkeit der SPD in einer erschreckenden Weise offenbart. Hier haben wir entsprechend anzusetzen. Es ist nicht nur so, daß wir teilweise die Dinge nachreden, die uns von den anderen vorgesagt werden. Viel schlimmer noch! Heute ist es soweit, daß die Wohngeldbestimmungen, die die CDU geschaffen hat, in dieser Form schon als Erfolg der SPD in der Öffentlichkeit hingestellt werden. Da müssen wir entgegenhalten, daß schon 1956 im Zweiten Wohnungsbaugesetz dieses System individueller Zuschüsse enthalten war, das die CDU gegen die Stimmen der SPD durchgesetzt hat.

Wir haben aber in der Gesetzgebung noch neue Wege zu weisen. Es ist schon angeklungen: Wenn wir für die kinderreichen Familien das Familienzuwachsdarlehen geben, können wir nicht einsehen, warum wir der Familie, die die Eltern oder einen Teil mit in das Haus aufnehmen wollen, nicht auch mit einem Darlehen eine finanzielle Hilfe geben sollen. Noch etwas ist in diesem Zusammenhang von großer Wichtigkeit für die Bevölkerung. Wir sind dankbar und glücklich, daß das Land Nordrhein-Westfalen mit der Erhöhung des Familienzusatzdarlehens vorangegangen ist. Ich kann aber unseren Familien in Hessen und Hamburg, die bauen wollen, kaum noch begreiflich machen, daß nun nicht auch für sie diese Erhöhung Gesetz wird. Wir brauchen diese Bestimmungen in gleicher Weise; denn nicht alle können nach Nordrhein-Westfalen kommen, wo diese Hilfen jetzt in der Form gegeben sind.

Ohne auf Einzelheiten einzugehen, möchte Ich doch noch einen kurzen Hinweis auf die Erhöhung der Grenze des Einkommens der Berechtigten im sozialen Wohnungsbau geben. Es ist gut, wenn man diese Grenze anhebt. Es ist ein Erfordernis aus der Zeit heraus. Aber wenn wir den Grundbetrag von 750 DM monatlich bestehen ließen und nur den Steigerungsbetrag erhöhten, träfen wir wieder einen Teil der Bevölkerung, dem wir noch besonders verpflichtet sind. Ich denke hier an die alleinstehenden berufstätigen Frauen gerade in den Großstädten, die bei dieser Grenze oft nicht mehr in den Genuß einer durch den sozialen Wohnungsbau geförderten Wohnung kommen. Die Grenze von 750 DM als Pauschale haben wir letzten Endes seit 1956.

Wir haben in der Wohnungsbaupolitik eine Waffe im Wahlkampf. Ich betonte schon, wir sollen sie offensiv benutzen, denn es nützt nichts,

wenn die anderen erst ihr Gift verstreuen und wir es hinterher entkräften können.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Meyers: Ich erteile das Wort Herrn Kreisgeschäftsführer Lauter von Holzminden.

Kreisgeschäftsführer Lauter: Meine lieben Parteifreunde, in der Diskussion ist von meinen Vorrednern schon viel besprochen worden, so daß ich mir einiges ersparen kann. Trotzdem möchte ich als Kommunalpolitiker, der an der untersten Front steht, auch einiges dazu sagen. Wir sagen: Gesunde Umwelt — gesunde Menschen — und darum auch gesunder Wohnungsbau, familiengerechter Wohnungsbau. Gerade hier können wir auf kommunalpolitischer Ebene in den Fachausschüssen, sei es im Bau-, sei es im Planungsausschuß dafür sorgen, daß genügend Bauland für Eigentumswohnungen ausgewiesen wird, und danach streben, daß auch familiengerechte Wohnungen gebaut werden. Gerade die Eigentumswohnungen und das Privateigentum sind ja auch die familiengerechteste Art des Wohnens.

Ich möchte noch auf eines hinweisen. In vielen Orten, vor allen Dingen wo die Opposition am Hebel sitzt, werden oft soziale Mittel in erheblichen Mengen in sogenannte Baugenossenschaften hineingepumpt, wo Kapital gebildet wird, wo die Mieter immer Mieter bleiben und nie Eigentümer werden können.

Es ist da, glaube ich, gesetzlich schon etwas vorgesehen, um dieses Kapital abzuschöpfen oder um das zu ändern. Man baut da kasernenartige Wohnblocks, bei denen oft nur ein Kinderzimmer vorhanden ist, setzt dann als Vizewirt noch einen Blockwalter, der das richtige Parteibuch hat, ein. So wird vieles, was von oben richtig geplant ist, unten anders ausgeführt. Deswegen ist es so wichtig, daß das, was wir hier an Anregungen bekommen, auf der untersten Ebene auch ausgeführt wird.

Dann möchte ich noch auf eine Altstadt-Sanierung zu sprechen kommen. Der größte Prozentsatz, ich möchte sagen: fast zu 90 Prozent der Elendsquartiere, wächst in den Hinterhöfen der Altstädte der Industriestädte, vor allen Dingen in denen, die immer Zuwachs haben durch Pendler. Hat man solch ein Elendsquartier geräumt und kann es baupolizeillich nicht sperren, dann kommt schon der nächste wieder hinein, der durch jahrelanges Sparen an seinem Arbeitsort dessen überdrüssig geworden ist, der nicht bauen kann und nun das Elendsquartier wieder besetzt. Deshalb sollten wir die Sanierung der Altstädte mutig angreifen und vorantreiben.

Ich möchte damit schließen; denn Kolping hat einmal gesagt: Nicht schönes Reden, sondern die Tat ziert den Mann. Würde er das heute sagen, so würde er wohl, Frau Minister, sagen: auch die Frau; also: Nicht schönes Reden, sondern die Tat macht es, und wir Kommunalpolitiker wollen auf unterster Ebene das, was wir hier bekommen haben, auswerten und praktisch in die Tat umsetzen.

Vorsitzender Ministerpräsident Dr. Meyers: Herr Dr. Hüsch!

Dr. Hüsch: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die Diskussion dieses Vormittags hat sich vornehmlich mit der körperlichen Gesundheit des Menschen befaßt. Um so verdienstvoller erscheint es mir, daß der Kollege Mick heute in der Diskussion auf den Bezug des Menschen zu anderen Verbänden hingewiesen hat, zu einem Verband, der seinem Gesichtspunkt entspricht, seinem Gesichtsfeld, in dem er Überblick hat, in dem er selber gewertet wird und sich werten kann und in dem er durch eine Teilnahme an der Selbstverwaltung sich auch an der Gestaltung beteiligen kann. Ich spreche von dem Begriff der Heimat, nicht etwa im romantischen Pathos, wie wir es vielleicht noch vor rund 20 Jahren in der Schule gelernt haben, sondern von der Heimat, in der der Mensch seinen Sitz hat, in der er Sicherheit fühlt, in der er sachlich und menschlich gesund ist, in der er kurzum abweichend von den Klischeevorstellungen mancher moderner Schriftsteller sein Glück für sich und seine Familie findet.

Dieser Verband, dieser Bereich, ist in erster Linie wohl die Gemeinde. Wir beklagen — sachlich zu Recht und obwohl auch leider —, daß das Staatsbewußtsein des Volkes und ein Landesbewußtsein fehlen. Der Bürger hat aber ein Bewußtsein zu seiner Gemeinde.

Nun darf man mit diesem Begriff der Gemeinde nicht leichtfertig operieren. Es ist meines Erachtens sehr leicht, schneidige Reden zu einer neuen Verfassung, zu einer Verwaltungsreform zu führen, zur Regionalplanung, und es ist sehr leicht, schneidig zu fordern, daß die Städtebauplanung, die Regionalplanung, nicht stehenbleibt an unseren kommunalen Grenzen. Aber wie schneill wird beim schneidigen Vorgehen das zerschnitten, was eigentlich einen großen Bereich in unserem praktischen und politischen Leben hat!

Wie schnell wird in der Verwechslung der Begriffe der Verwaltungsreform unter sachlich guten und voll zu unterstützenden Regionalplanungen ein Lendenschurz gebildet, der zwar in Form und Farbe sehr verkäuflich ist, der aber in Wirklichkeit nichts anderes verdecken soll als eine ständige Auflösung und Aushöhlung der Selbstverwaltung. Ich fürchte, meine Damen und Herren, daß viel zu sehr aus der Kapitulation vor kleinen lokalen Schwierigkeiten und viel zu sehr vor einer starken statischen Betrachtungsweise eines Beamtenkörpers abgegangen wird von der dynamischen Leistung und Betrachtung eines kleinen Kommunalpolitikers, der für den kleinen Mann Tag für Tag den politischen Erfolg zu vermitteln hat, wie Herr Ministerpräsident Meyers zu Recht ausgeführt und worauf er hingewiesen hat. Das, was der kleine Mann Tag um Tag spürt, wertet er im politischen Raum.

Deshalb meine ich, daß mit dem Begriff der Auflösung der kommunalen Grenzen oder auch nur in der Einschränkung der kommunalen Souveränität sehr sorgsam und sehr vorsichtig umgegangen werden sollte, ehe man hier aus durchaus richtigen und beachtenswerten überörtlichen Gesichtspunkten eine Planung des gesamtstaatlichen Wesens in Angriff nehmen muß.

Zu Recht, meine Damen und Herren, haben in diesem Zusammenhang die Redner auf die Bedingungen der Finanzsituation und auf den negativen Einfluß der derzeitigen Ausrichtung auf die Gewerbesteuer hingewiesen. Ich bezweifle, ob wir mit einer erneuten reinen Deklamation, mit der Forderung nach einer neuen Finanzgesetzgebung hier Erfolg haben würden. Aber immerhin dürften sich Schritte weiterhin lohnen wie sie auf dem Gebiet des Einkommensteuergesetzes nach § 170 b jetzt angeschnitten sind und wie sie auch in anderer Form durchaus möglich wären, um den Gemeinden in der konkreten Tagesarbeit das in der Durchführung zu ermöglichen, was von der regionalen Sicht aus angestrebt wird.

Wenn man aber dem kleinen Mann das Gefühl geben, wenn man es selber haben und auch durchsetzen will, daß der Bürger in seiner Gebundenheit zu seinem Verband einen politischen Wert darstellt, so muß man meines Erachtens auch zu konkreten weiteren Forderungen an die Städtebauplanung, an die Städteordnung kommen. Ich meine einmal, daß die baurechtlichen Vorschriften der Altstadtsanierung einer stärkeren Angleichung auf die tatsächlichen Verhältnisse der großen und größeren Städte bedarf. Ich meine, daß die Baunutzverordnung in ihren angestrebten idealisierten Werten nicht ausreicht, der Städteplanung gerecht zu werden.

Ebensosehr scheint es mir erforderlich, daß weniger von der Hand des Gesetzgebers als von der Hand des einwirkenden Ministers Einfluß genommen wird auf eine individuelle Gestaltung unserer Städte. Es Ist doch nichts übler und nichts anödender, als durch Europa reisen zu müssen, um in jeder wiederkehrenden Stadt die gleichen dummen Wohnblocks zu finden, wie wir sie allerorten sehen. Sie brauchen nur wenige Meter zu marschieren, um das in Ihrer eigenen Heimat zu sehen. Meine Damen und Herren, welch eine groteske Neuauflage unseres – jetzt allerdings auf friedliche Art – alten Liedes: Von Finnland bis zum Schwarzen Meer! Dasselbe Einheitsgesicht der europäischen Architektur!

Wollen wir uns einer solchen Entwicklung nicht beugen, dann ist es ebenso erforderlich, daß wir unseren eigenen Bereich und auch jetzt wiederum in der Einwirkung dieser Minister und der Regierung auf die Einzelgestaltung ein Verständnis entwickeln für Intimität, die eine Stadt und ein Dorf haben kann, ich meine auch, um aus der Mentalität zu sprechen, auch haben will. Denn es will jeder Mensch in seiner Eigenschaft und in seiner persönlichen Bewertung etwas herausragen aus der Masse. Er will nicht gleichgeschätzt werden mit einer unüberschaubaren Gruppe von Menschen, die sich durch nichts auszeichnet als durch einige kleine Gemeinsamkelten des täglichen Lebens.

Schließlich muß auch eine Orientierung des Städtebaus außer an der äußeren Ästhetik und des Setzens von städtebaulichen Schwerpunkten erfolgen an den tatsächlichen Gegebenheiten und an Bedürfnissen derjenigen, die in den neuen Städten zu leben haben.

Eben ist von Herrn Minister Franken zu Recht von dem Denkmal der Städtebauer gesprochen worden. So ist es leider sehr oft, wenn die Städte am reinen, lupenreinen und chemisch reinen Reißbrett des Architekten und des Technikers entstehen. Aber dahinter müßte mehr Verständnis stehen für diejenigen, der in der Stadt lebt, Ich glaube, hier einmal insbesondere an diejenige halbe Person erinnern zu dürfen, von der Herr Minister Seebohm mehr unter dem Gesichtspunkt einer Beförderungsstatistik heute morgen sprach; denn die Hausfrau und derjenige, der in der Wohnung zu leben hat, sie werden ja in der neuen, lupenrein geplanten und nicht mehr intimen Stadt isoliert auf einer Insel, einer Insel der Hausfrau: dieser Mensch wird fremd in der eigenen Heimat, er wird, um es kürzer und prägnanter auszusagen, praktisch zur grünen Witwe. Das kann nicht das Ziel der Städteplanung sein. Es muß gegenüber allen theoretischen und städteplanerischen Überlegungen auch der Wille stehen zu einer Orientierung zum Menschen, der das Opfer oder eigentlich besser der Gegenstand dieser Planung sein muß.

Schließlich, meine Damen und Herren, meine ich, daß man appellieren muß an den Mut, sich auch für eine gefühlsmäßige Bindung des Städtebaus zu bekennen. Wirtschaftspläne und Strukturförderung sind gut; sie appellieren an den Intellekt. Sie sind sachlich richtig und werden ihre Früchte, gute Früchte, tragen. Aber es ist ebenso notwendig, bei allen Plänen auch festzustellen und festzuhalten, daß sie den Menschen, nicht nur den Intellektuellen, an seine Einstellung und an seinen Wohnort binden, sondern auch sein Gefühl. Man darf sich des Gefühls einfach nicht schämen, so unmodern das zeitweise auch klingen mag.

Kurzum: Städteplanung und Raumordnung sind gut; sie müssen mit Weitblick und mit Fortschritt getragen werden. Wir stehen an der Spitze dieses Fortschritts. Aber die Spitze des Fortschritts in der hygienischen Form kann nicht die Endlösung sein. Neben der Spitze des hygienischen Fortschritts muß mehr Herz und mehr Wärme im Städtebau zugeordnet werden. Unsere Städte sollen nicht nur lebenswert sein, sondern ich meine, meine Damen und Herren, sie müßten liebenswürdig werden.

(Beifall)

Vorsitzender Ministerpräsident Dr. Meyers: Ich erteile das Wort Herrn Dr. Lang, Landesverband Nordwürttemberg.

Dr. Lang (Landesverband Nordwürttemberg): Jede Diskussion lebt vom Widerspruch, und Herr Minister Lücke, ich möchte einigem von dem, was Sie gesagt haben, widersprechen, auch widersprechen, daß einiges, was meines Erachtens hätte gesagt werden müssen, nicht gesagt wurde. Ich möchte damit etwas Wasser in den Wein der heutigen Eintracht gießen.

Herr Minister, Sie haben heute morgen gesagt, der Termin für den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft wäre richtig gewählt, und Sie haben darauf gedrängt, daß in der Öffentlichkeit auch für diese Idee geworben wird. Ich bin Ihrer Meinung, daß der Termin von der Sache her richtig gewählt war. Aber ich halte es für eine psychologische Fehleistung, daß man diesen Termin ins Jahr der Bundestagswahl gelegt hat; denn sehen Sie, meine Damen und Herren, wie wollen wir denn in der Öffentlichkeit politisch für uns tätig werden, wenn uns entgegengehalten wird, daß vom Wohnungsbauministerium ein Gesetzentwurf vorliegt, der die Verlängerung um zwei Jahre vorsieht und von dem der Minister selber sagt, er halte den Entwurf nicht für richtig!

Sehen Sie, Herr Minister, hier hat eben eine Anzahl von Landesregierungen und Abgeordneten wohl das Ohr mehr auf die mögliche Wählerentwicklung hingeneigt und hat vergessen, daß wir bisher bei der CDU die größten Fortschritte erzielt hatten, wenn wir das, was wir für richtig hielten, durchsetzten und durchstanden und auch keine Angst vor möglichen Wahlentscheidungen hatten; denn der Wähler hat das honoriert.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, warum spreche ich davon in diesem Zusammenhang? — Ich bin der Meinung, daß eine richtig verstandene Eigentumsförderung sich nicht nur darauf beschränken darf, neues Eigentum zu bilden, sondern das ist nur die halbe Maßnahmel Richtig verstandene Eigentumsförderung bedeutet auch, das, was bereits da ist, zu erhalten.

Meine Damen und Herren, was hätte nähergelegen, als jetzt, wenn zum 1. April 1965 das Wohngeldgesetz kommt, hier nun die Mietpreisanhebung ebenfalls zu bringen! Welche Art! Ich gebe zunächst ein Stück Zucker und acht Tage später die bittere Medizin. Wir hätten damit das, was unmittelbar nach der Wahl bevorsteht, jetzt in einem Aufwaschen erledigt, und ich glaube, die Bevölkerung hätte das sehr wohl akzeptiert. Ich bin der Meinung, daß eine Stadtsanierung in großem Still gar nicht möglich ist, wenn nicht vorher die Zwangswirtschaft abgebaut ist; denn eine Stadtsanierung großen Still setzt voraus, daß sich auch das private Kapital beteiligt, und eine derartige Beteiligung erhält sie erst dann, wenn man endgültige Lösungen hat, wenn man sieht, daß sich das angelegte Geld auf die Dauer verzinsen und Gewinne bringen wird.

Herr Minister Lücke, Sie haben davon gesprochen, daß die Partnerschaft der Mieter bereits Wirklichkeit geworden sei. Ich glaube das nicht. Eine richtig verstandene Partnerschaft kann sich nicht in einem Übergangsstadium entwickeln; sie kann sich erst entwickeln, wenn eine rechtliche Gleichstellung durchgeführt ist, wenn also ein endgültiger Rechtszustand eingetreten ist, aber nicht, wenn eine Gruppe der Bevölkerung noch Angst vor dem hat, was in einigen Monaten oder Jahren auf sie zukommen wird.

Sie haben einen zweiten Punkt angeschnitten, und zwar den, daß die Zahl der Normalwohnungen die Zahl der Wohnungsbewerber schon übersteigt. Das ist eine stolze Bilanz, Ich glaube aber, daß wir damit an einem Scheideweg angelangt sind. Sicher stehen die Wohnungen zum Teil nicht dort, wo man sie braucht. Wenn aber die Zahl der Wohnungen die Zahl der Wohnungsbewerber schon übersteigt, müssen wir uns im klaren darüber sein, daß jede weitere Globalförderung dazu beiträgt, daß überzähliger Wohnraum geschaffen wird. Darin liegt die Gefahr, daß in ganz kurzer Zeit Tausende von vorhandenen Altbauwohnungen leerstehen werden und nicht mehr vermietet werden können. Meine Damen und Herren, das ist die Kehrseite der Eigentumsbildung: Mit unserer Eigentumspolitik erreichen wir bei Anwendung der bisherigen Methoden gleichzeitig, daß Eigentum vernichtet wird. Auch das paßt sehr in den Rahmen des heutigen Themas. Wenn Wohnungen zu Tausenden nicht mehr vermietet werden können, führt das zwangsläufig im Laufe der Zeit zur Bildung von Slums, auch in den Großstädten. Wir müssen uns deshalb überlegen, ob wir in der bisherigen Art und Weise fortfahren wollen. Wir müssen uns darüber klarwerden, ob eine oblektive und subjektive Förderung im Wohnungsbau und gleichzeitig eine Stadtsanierung überhaupt finanziell zu verkraften ist.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Meyers: Das Wort hat Herr Zimmerer (Delmenhorst).

Zimmerer (Delmenhorst): Die weitere Förderung des Wohnungsbaus ist nur zu begrüßen. Von der Altenwohnung ist schon gesprochen worden. Unsere alten Menschen wollen das immer wieder hören, und in der Verlautbarung sollte an sie gedacht werden. Die alten Mitbürger sollen nicht mehr in Altenheimen leben, sondern in eigenen Wohnungen ihren Lebensabend selbsttätig verbringen. Sie wollen nicht nur bemitleidet, gefüttert und betreut werden, sondern auch selbst tätig sein.

Ein anderer Punkt ist die Finanzierungsgrenze der Eigentumswohnung bzw. besonders der Eigentumshäuser. In Niedersachsen sieht es z. B. folgendermaßen aus: Einer Familie mit Kleinkind oder einer jungen Familie, die noch kein Kind hat, wird gesagt: Du bekommst nur soundsoviel Mittel, das Restgeld beschaff dir dazu! Damit stehst du über dem Satz von 3,40 DM pro qm; damit bist du also nicht mehr förderungswürdig nach den Grundsätzen des sozialen Wohnungsbaus! Stell dich zur Seite, weil die Kosten zu hoch sind!

Das ist also nicht der Sinn der von der Bundesregierung vorgesehenen Eigentumsförderung durch das Eigenheim. Hier haben die Länder – besonders das SPD-Land Niedersachsen – wieder einmal den Rahmen überschritten. Hier müßte der Bund eingreifen und gegenüber dem Land eine entscheidende Maßnahme treffen.

Als drittes liegt mir die Frage der Kündigung im weißen Kreis am Herzen. Wir wissen, daß der Hauseigentümer besonders im Familienheim die Möglichkeit hat, seine Anliegerwohnung eines Tages selbst zu

beanspruchen und daß er dann, wenn echte Partnerschaft geübt wird, zu seinem Mieter geht und sagt: Lieber Freund, ich brauche die Wohnung; meine Kinder sind zu groß oder haben inzwischen geheiratet. In diesem Fall wird es möglich sein. Wir kennen aber leider auch eine ganze Reihe von Fällen, in denen in einer nicht gerade christlichen und auch nicht menschenfreundlichen Haltung dem Mieter gekündigt worden ist. Nun kommt etwas, wo nicht der Wohnungsbauminister die Schuld hat, sondern die Justiz einen Fehler enthält, der berichtigt werden muß. Nach dem Räumungsurteil wird der Rechtsanwalt des Vermieters in der Wiedervorlage alle drei Monate die Zwangsräumung erneut beantragen. Auf den Mieter kommen erneut die Kosten zu; er muß sich um einen neuen Wohnraum bemühen, obwohl er schon den Keim für eine neue Wohnung hat, er muß immer wieder erneut zahlen und sich erneut Sorgen machen. Ich meine, hier sollten wir eingreifen und dafür sorgen, daß die Zivilprozeßordnung geändert wird. Es sollte die Kündigungsfrist verlängert oder eine sonstige Maßnahme eingebaut werden. Dadurch würden wir den armen Leuten sehr viel helfen. Wir würden vor allem auch der SPD den Zahn ziehen, die meint, daß mit den weißen Kreisen nur Unheil gestiftet worden ist.

Vorsitzender Dr. Meyers: Das Wort hat Herr Dr. Czjaja (MdB).

Dr. Czjaja: Herr Ministerpräsident! Liebe Parteifreunde!

Für das Wahljahr 1965 möchte ich zusammenfassend noch drei Dinge sagen. Erstens möchte ich anknüpfen an das, was Frau Orthaus gesagt hat: Wir dürfen unsere Leistung im Wohnungsbau nicht totschweigen lassen, und wir dürfen uns durch die Kritik der Gegner nicht ängstlich machen lassen.

(Beifall)

Ich glaube, das ist das Entscheidenste nach dem Rechenschaftsbericht, den der Minister uns hier gegeben hat. Dieser Rechenschaftsbericht zeigt, daß wir in Europa und in der ganzen Welt auf 1000 Einwohner die meisten Wohnungen pro Jahr bezugsfertig stellen, daß wir jede Minute in der Bundesrepublik im Durchschnitt eine Wohnung fertig haben. Das gibt Mut zum Zurückschlagen, Sehen wir uns doch die Situation einmal an. Selbst im sogenannten sozialistischen Musterland Schweden, jenes Vorbildland von Herrn Brandt, das uns von der SPD als zukünftiges Ziel aufgestellt wird, sind im Jahr weniger Wohnungen bezugsfertig auf 1000 Einwohner der Bevölkerung als in unserem Land. Schweden hat nicht zwei Weltkriege hinter sich. In Schweden ist das Mietnieveau um ein Vielfaches höher als bei uns in der Bundesrepublik, und in Stockholm wartet die junge Familie sieben bis acht Jahre darauf, bis sie in der öffentlichen Zuteilung - eine andere gibt es nicht - eine Wohnung erhält. Die Schweden lassen sich schon während iherer Schulzeit oder während des Studiums als Wohnungsuchende registrieren. Das ist etwas, was wir der SPD entgegenhalten müssen. Wir lassen uns auch nicht bei den Abbaugesetzen ins Bockshorn jagen. Ein Beispiel dafür, wie es draußen aussieht, war, daß fast keine kritischen Äußerungen hier über die Abbaugesetze gefallen sind. Die SPD versucht immer wieder, über Hilfsbünde draußen die Leute nervös zu machen. Wir müssen ihr entgegenhalten, daß auch sie es im Bundestag nicht gewagt hat, eine weitere Hinausschiebung des Abbaus der Wohnungszwangswirtschaft um mehr als acht Monate zu beantragen. Der offizielle Antrag der SPD — Drucksache IV/900 — lautete, den Beginn der Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft auf den 1. Juli 1964 hinauszuschieben.

Allerdings muß Ich unserem Freund Landhaupt sagen: Zur Politik gehört auch Klugheit. Es hing nicht vom Minister ab, daß der Termin in das Wahljahr hineingekommen ist. Viele Dinge sind hier maßgebend gewesen, viele Komponenten unserer Gesetzgebung sind am Werk, und der Minister hat die große Tat gesetzt. Er hat es nach 40 Jahren Zwangswirtschaft gewagt, den Weg in eine sozial gebundene aber sonst freie Vertragswirtschaft zu gehen.

(Beifall)

Das sollte auch der Hausbesitz würdigen, und wenn er das mit Klugheit tut, wird er das halbe oder dreiviertel Jahr warten können, bis diese Dinge geradegezogen sind, damit wir nicht gerade in den Wahlmonaten vor die Auseinandersetzung mit den propagandistischen Massenorganisationen wie der IG Metall — wir haben eben die propagandistischen Massenorganisationen nicht in der Hand — gestellt werden.

Aber wir haben in 403 Kreisen Wohnungen im freien Vertragsrecht. Es war wirklich nicht einfach, das durchzusetzen, und das ist als die Leistung des Ministers anzuerkennen. Frau Orthaus hat schon unterstrichen, daß das Wohngeldgesetz, eines der weittragendsten modernen Gesetze in unserer Bundesrepublik, in seiner ersten Konzeption von Minister Lücke durchdacht und in den weiteren Konzeptionen von der CDU initiativ im Bundestag und zusammen mit den Ländervertretern durchgezogen und verbessert worden ist. Auch das wollen wir ganz klar draußen im Wahlkampf hinaustragen.

Das gleiche gilt von der Raumordnung, die hier von Herrn Ministerpräsident Meyers als zukunftsträchtigste, ja gewaltigste Aufgabe der Länder genannt worden ist. Ich glaube, Herr Ministerpräsident Meyers hat eine gute Nase gehabt, als er die letzte Entscheidung in landesplanerischen, raumordnerischen Fragen in Nordrhein-Westfalen als die vornehmste Aufgabe des Landes unterstellt hat.

Draußen ist viel zu wenig bekannt, daß das Raumordnungsgesetz Grundsätze enthält, die unmittelbar geltendes Recht sind, also auch in Ländern gelten, die vielleicht noch nicht so weit sind wie Nordrhein-Westfalen. Der Verwaltung ist eine feste Handhabe, ein festes Werkzeug gegeben, um die Raumordnung zu praktizieren, um das zu praktizieren, was als Aufgabe eines Gesundwerdens der ungesunden, durch die Nachkriegsereignisse und die Technisierung ungesund gewordenen Siedlungsstruktur herausgestellt worden ist. Das ist keineswegs gegen die

Großstadt gerichtet, die wir als Brennpunkt des wirtschaftlichen und kulturellen Geschehens erhalten wollen. Aber dort, wo übertriebene Verdichtungsräume vorhanden sind, ist eine Änderung der Siedlungsstruktur zur Entzerrung der Bodenpreise und zur Sicherung der Deckung des Wohnungsbedarfs in den Großstädten nötig.

Zum Schluß eine Bitte. Herr Ministerpräsident Meyers, Ihre Rolle beim Raumordnungsgesetz wurde lobend und rühmend erwähnt. Frau Orthaus, Herr Dr. Hesberg und Herr Kollege Mick haben die großen Aufgaben der Eigentumsbildung für morgen genannt. Herr Lang hat mit Recht davor gewarnt, den Mietwohnungsbau so stark zu betreiben, daß eines schönen Tages die erstellten Wohnungen leerstehen. Die letzte, die dritte Phase der Förderung im Wohnungsbau muß noch profilierter als bisher auf die Bildung von Eigentum zielen. Ich glaube, das ist nicht eine Marotte von Herrn Lücke, die wir hier propagieren sollen. Vielmehr soll sich hier die CDU in Bund. Ländern und Gemeinden in einer Front und in einer Wohnungsbaupolitik aus einem Guß finden. Bei der Mitwirkung der Länder im Bundesrat dürfen wir die politische Entscheidung nicht allein den Verwaltungsbeamten überlassen. Hier ist die Stunde der Politiker, der Politiker in den Ländern - nicht, weil Minister Lücke es so vorgeschlagen hat, sondern weil es der Konzeption der CDU, ihrer Eigentumsfreudigkeit und Ihrer Entscheidung entspricht. Die Entscheidung darüber, wie und in welcher Rechtsform man wohnt. soll nicht in die Hand des Produzenten, nicht nur in die Hand des Architekten, sondern in die Hand des Konsumenten, in die Hand der Familie, die in der Wohnung leben soll, gelegt werden.

Wenn förderungswürdige Anträge auf Eigenheime da sind, wenn die Sparleistung erbracht worden ist und das Grundstück erworben ist, wenn 125 000 förderungsfähige Anträge jährlich unerfüllt bleiben, so wollen wir in dieser letzten Phase des Wohnungsbaus der Förderung dieser Wohnungen im Stockwerkeigentum und im Eigenheim einen besonderen Vorrang einräumen. Herr Ministerpräsident, wenn Sie hier auch in den Ländern und im Bundesrat die Führung mit übernehmen wollen, nachdem Sie die Vorbereitung der Familienzusatzdarlehen übernommen und praktiziert haben, dann habe ich keine Sorge. Wir werden noch vor dem Auselnandergehen dieses Bundestages mit dem gleichen Gewicht des Parlaments und des Bundesrates die Konzeption der CDU, so für den Menschen zu bauen, wie es die Familie will, durchsetzen.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Meyers: Ich kann Ihnen nur sagen, Herr Dr. Czjaja, daß in unserem Land die Eigentumsquote im vergangenen Jahr bei 38,5 Prozent gelegen hat. Sie können sagen: Das ist nicht genug. Nun qut: also. Herr Kollege Franken: Mehr in diesem Jahr!

(Dr. Czjaja: Ich meine die Bundesratsnovelle!)

 Ich weiß; ich wollte nur zum Ausdruck bringen, daß wir das Problem schon sehen. Nunmehr darf ich Herrn Minister Lücke für eine Zusammenfassung das Wort erteilen

Bundesminister Lücke: Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Ich kann es mir mit der Zusammenfassung einfach machen. Die Journalisten, mit denen wir gestern abend zusammen waren, waren etwas traurig und sprachen davon, daß dieser Parteitag so wenig Spannung enthalte und so wenig Leben zeige. Ich hätte gewünscht, die Aussprache, die wir heute hier über die Gemeinschaftsaufgaben geführt haben — das sind echte und keine theoretischen Gemeinschaftsaufgaben —, hätte vor der Plenarversammlung des Bundesparteitages der CDU stattgefunden. Ich glaube, das würde dazu beigetragen haben, zu zeigen, daß wir nicht nur über Pläne diskutieren, sondern über ganz klare Vorstellungen, die in die Zukunft weisen.

Ich darf noch eine Bemerkung machen, die uns vielleicht bei der Aufklärungsarbeit, die wir leisten müssen, etwas unterstützt. Ich habe in langen Jahren die Beobachtung gemacht, daß alle Abgeordneten in den Gemeinden, in den Ländern und im Bund unentwegt mit Briefen wegen Kündigungen und wegen Bereitstellung von Wohnungen bombardiert werden, insonderheit der Bundeswohnungsbauminister. Daraus erwächst hier und da der Eindruck, als ob dieses Thema noch brennender sei als vor 15 Jahren. Meine Damen und Herren, wir müssen uns davon freimachen. Hier mache ich eine Verbeugung vor der Demoskopie. Die Zahl derer, die unzureichend untergebracht sind, ist weitaus in der Minderheit, sie beträgt keine 2 oder 3 Prozent der Wohnungsuchenden. Wir sollten deshalb, wenn solche Briefe die Abgeordneten, vor allem auf der kommunalen Ebene, aber auch auf der Ebene der Landtags- und Bundestagsabgeordneten erreichen, davon nicht auf den Durchschnitt schließen.

Herr Dr. Lang, Sie haben gemeint, daß hier die Interessen der Hausbesitzer etwas deutlicher dargestellt werden sollten. Ich habe zunächst, als Sie mit Ihrer Rede begannen, geglaubt, Sie hätten Kritik daran geübt, daß wir den Abbauplan fahrplanmäßig durchlaufen lassen. Er läuft genau fahrplanmäßig weiter. Die einzige Änderung, die eingetreten ist, ist die, daß auf einstimmigen Wunsch der Länder der Schlußtermin um zwei Jahre hinausgeschoben und an die 3-Prozent-Grenze angepaßt wird. Das hat mit der Wahl überhaupt nichts zu tun, es entspricht auch nicht meinen Vorstellungen. Es war eine ganz klare realistische Einschätzung unserer Lage. Ich gebe Ihnen zu, die Hausbesitzer zahlen bei dem Geschäft am meisten drauf. 44 Jahre Zwangswirtschaft ist schrecklich. Ich habe oft gesagt, daß gerade der kleine Althausbesitz vielfach auf der Strecke bleibt. Das ist nach 44 Jahren nicht zu ändern. Man kann eine 44 Jahre währende Zwangswirtschaft nicht in wenigen Jahren beseitigen. Ich muß Gesetze beseitigen. Ich kann nicht sagen:

Ich möchte, ich wünsche. Auch Sie können das nicht sagen. Wir müssen einen Wust von Zwangsgesetzen schrittweise beseitigen. Das ist eine

Sklavenarbeit. Wir stehen jetzt vor dem Ziel, und ich darf nur sagen, in 462 Kreisen und Städten ist die Katastrophe nicht eingetreten. Ich würde auch dankbar sein, wenn die Hausbesitzer das trotz ihrer schwlerigen Lage berücksichtigen würden.

Meine Freunde, bedenken Sie, in England haben wir eine Arbeiterregierung, eine sogenannte Arbeiterregierung. Das erste, was Herr Wilson tut, ist, die Zwangswirtschaft wieder einzuführen. In England wird derzeit das wenige an Zwangswirtschaft, was die Konservativen abgebaut haben, wieder eingeführt.

Ich möchte den Haus- und Grundbesitzern und allen Deutschen schon allein aus diesem Grund wirklich wünschen, daß wir unsere Politik wirklich fortsetzen können. Wenn wir das nicht könnten, wäre es gerade um diese Aufgaben schlecht bestellt, die uns heute so leidenschaftlich und so eindringlich beschäftigen.

Ich unterstütze das, was zu dem Gedanken Heimat gesagt wurde. Ich bin mit meinem Freund Franken darin einig, unsere Städte müssen wohngerecht sein, sie müssen zur Heimat werden. Ich wende mich hier ausdrücklich gegen eine Entartung des Städtebaues, die zu Lasten der Vernunft und der Wirtschaftlichkeit bei der Gestaltung der Fassaden ein Ausmaß von Glas verwendet. Ich bin dankbar dafür, daß dies eine Dame vorgetragen hat. Ich habe es meiner Kollegin Schwarzhaupt ans Herz gelegt, daß auch sie dafür plädiert, daß nicht im Schulbau die Unmenge von Glas verwendet wird, so daß die Kinder dort krank werden und nicht unterrichtet werden können, weil die Sonne voll auf die Glasfassade scheint.

Aber ich bin nicht Ihrer Meinung, wenn Sie den Gedanken der Regionalplanung als Auslöschung der Selbstverwaltung dargestellt haben. Das Bauen über die Grenzen heißt, daß wir endlich einmal zur Kenntnis nehmen, daß wir im Jahre 1965 leben.

(Beifall)

Wer die kommunale Selbstverwaltung will — und ich glaube, ich gehöre mit zu den Vorkämpfern, die den Gedanken der kommunalen Selbstverwaltung erhalten wollen —, muß zur Regionalplanung, muß zur Region kommen, oder die Selbstverwaltung wird ausgelöscht. Das wird sich zwingend ergeben. Vor allem die mittleren und kleinen Gemeinden werden das zu spüren bekommen, weil die Autos da sind, weil die Flugzeuge, der Verkehr, Flughäfen und die moderne Entwicklung da sind. Wer hier helfen will, muß also zu dem Kern unserer Aussprache und damit zu der Zukunftsaufgabe ja sagen. Wir haben das Raumordnungsgesetz, wir haben das Städtebauförderungsgesetz. Wir sind längst weiter als alle diese Gespräche, die die Opposition führt. Wir sind konkret dabel, zu der modernen Zukunft ja zu sagen. Dann muß man aber auch zu den Mitteln ja sagen. Eines der entscheidenden Mittel ist, die kommunale Selbstverwaltung auf der unteren Ebene fähig zu machen, Raumord-

nungspolitik in ihrem Bereich ohne Eingemeindung durchzuführen. Die Führung einer Autobahn, die Führung einer Kreisstraße kann nicht mehr an Gemeindegrenzen halt machen. Es ist nicht gut und nicht richtig, wenn jedes Dorf und jede Gemeinde ihr Theaterchen haben möchte, statt daß man sich überlegt, wie man die Dinge von der Wasserversorgung bis zur Müllabfuhr gemeinsam machen kann, in einer Raumordnung, in einer Einheit, die wir als Region bezeichnen. Es ist die Aufgabe, diese Region für die Zukunft mit Fleisch und Blut zu erfüllen. Die Aufgabenstellungen der Regionen sind noch offen.

Wir haben im Gesetz festgelegt, daß Regionen gebildet werden müssen. Für die verwaltungsmäßige Durchführung mit das Wichtigste ist eine Finanzreform auf der gemeindlichen Ebene, die auch hier vom Menschen her orientiert werden muß und dafür sorgen soll, daß es sich nicht nur lohnt — damit will ich einen Trend dieser Reform andeuten —, Industrie nach Düsseldorf hereinzuziehen, sondern daß es sich auch lohnt, Menschen in den Nachbargemeinden, die nicht im Territorium Düsseldorfs liegen, anzusiedeln. Nicht nur der Industrieplatz soll durch die Gewerbesteuer belohnt werden, sondern auch die Ansiedlung der Menschen. Damit verbunden sind all die anderen Aufgaben.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen sehr für diese Aussprache. Sie hat gezeigt, daß die CDU eine moderne Partei ist. Sie hat gezeigt, daß die Aufgabe, unsere Gesellschaftsordnung so auszubauen, daß alle Familien, alle Menschen in Stadt und Land menschenwürdig, menschengerecht leben können, mit zu den entscheidenden Aufgaben der Zukunft gehört. Das ist für meine Vorstellung deshalb so wichtig, weil wir frei sind. Wir müssen diese Wohnungspolitik auch für die Menschen verwirklichen, die in Unfreiheit leben. Der Bau des deutschen Hauses ist uns aufgegeben, und hier in diesem Bereich, wo es um die Gesundheit und um die Menschen geht, wird praktiziert, wie das erfolgen soll. Wir geben die Antwort: Es soll so gebaut werden, wie es die Menschen brauchen, damit die Menschen und damit unser Volk und die Welt in Freiheit welterleben können.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Meyers: Ich danke dem Herrn Minister. Für das Thema Verkehr liegen vier Wortmeldungen vor. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie bis zum Ende ausharren würden, damit wir hier nicht nur eine Abschiedssymphonie vorführen.

Bevor ich dem nächsten Diskussionsredner zu dem Komplex Verkehr das Wort gebe, darf ich noch eine Mitteilung seitens der Leitung machen, obwohl ich keinen Betroffenen hier sehe. Die Zusammenkunft der Landesvorsitzenden findet heute abend nicht statt. Sie ist auf morgen mittag 13 Uhr verschoben und findet im Breidenbacher Hof statt.

Zu der Überleitung von der Raumordnung zum Verkehr hat Herr Dr. Müller-Hermann das Wort.

Dr. Müller-Hermann: Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Herr Bundesminister Lücke hat in seinem Referat gesagt, ohne eine wirksame Raumordnungspolitik gibt es keine Lösung der Verkehrsprobleme. Dieser Satz ist richtig. Man kann ihn auch umdrehen: Ohne ein funktionierendes Verkehrswesen werden wir die Probleme der Raumordnung nicht lösen. Regionalplanung, Dorf- und Städtesanierung. die Trennung von Wohn-, Arbeits- und Erholungsstätten setzt das voraus, was ich unter dem Begriff "Mobilität der Gesellschaft" zusammenfassen möchte. Wir müssen einen ausgezeichneten Verkehrsapparat zur Verfügung haben. Wir brauchen ein den modernen Verhältnissen angepaßtes Verkehrswegenetz. Das ist eine gewaltige Aufgabe. Ich unterstreiche das, was auch in anderem Zusammenhang gesagt worden ist. Wir sollten bei unseren langfristigen Planungen schon heute das Jahr 2000 und die Notwendigkeiten, die sich dann für unsere Gesellschaft ergeben werden, im Auge behalten. Gerade im Zuge unserer Raumordnungspolitik wird es notwendig sein, zu einer Erschließung des flachen Landes gute Straßen bis in das letzte Dorf hinein zu bauen. Aber mit der gleichen Hartnäckigkeit müssen wir uns um die Verkehrsprobleme in den Ballungsgebieten und in den Städten bemühen.

Wir haben, wie Bundesverkehrsminister Seebohn es sagte, auf Initiative der CDU/CSU-Fraktion die sogenannte Enquetekommission bestellt. die die Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden untersuchen soll. Deren Bericht liegt jetzt vor. Schon mit der Einsetzung dieser Kommission haben wir auch vom Bund her ein Bekenntnis zur Mitverantwortung für die Lösung der Verkehrsprobleme in den Städten und in den Ballungsgebieten abgegeben. Meine Freunde, wir müssen auch im Bereich des Verkehrs und des Verkehrswegebaues die Gemeindegrenzen und die ietzigen Verwaltungszuständigkeiten überwinden. Wir werden mehr und mehr auch hier zu dem Denken in Verkehrsregionen, in großen zusammenhängenden Planungen übergehen müssen. Wir müssen unser gesamtes Verkehrswegenetz und speziell das Straßennetz als eine funktionale Einheit ansehen. Nicht zuletzt können wir auch aus der Verantwortung des Bundes feststellen, daß wir im Blick auf diesen großen Zusammenhang, diese große gemeinsame Verantwortung in dem Ausbau des Bundesfernstraßennetzes und des Bundesautobahnnetzes das Möglichste getan haben, um im Vorfeld der Städte mit zu der Entlastung der Stadtkerne beizutragen.

Meine Freunde, die CDU sollte sich auch nachdrücklich zu der Motorisierung bekennen. Ohne die Wohlstandspolitik, ohne die Wirtschaftspolitik der CDU wäre diese Motorisierungswelle in der Bundesrepublik nie Wirklichkeit geworden. Der Wunsch jeder Familie, einen Personenkraftwagen zu beschaffen, ist nun einmal ein Wunsch von außerordentlicher Dynamik. Wir sollten uns ihm nicht entgegenstellen. Im Gegenteil, es ist der Ausdruck einer erfolgreichen Politik unserer Partel.

Aber die Autofahrer sind auch zugleich Fußgänger. Wenn wir uns um die Verkehrsprobleme in den Städten kümmern, dann nicht nur im Blick

auf die Autofahrer, sondern auch im Interesse und zum Schutz der Fußgänger. Wir gestehen gerade aus dieser Einstellung heraus jedermann die freie Wahl des Verkehrsmittels zu. Aber wir wissen, daß uns ein großes Hemmnis auferlegt ist, nämlich der nicht ausreichende Raum. Aus der Einsicht heraus, daß wir nicht für alle den nötigen Verkehrsraum zur Verfügung stellen können, werden wir gezwungen sein, noch größere Anstrengungen als bisher zu unternehmen, um den öffentlichen Verkehr so attraktiv wie möglich zu machen, damit der Bürger aus eigener Einsicht zumindest im Stadtkern auf die Benutzung seines eigenen Kraftwagens verzichtet und es vorzieht, sich, um von den Stadträndern in die Stadt hinein zu gelangen, öffentlicher Verkehrsmittel zu bedienen.

Der Herr Bundesverkehrsminister hat auch das Problem des ruhenden Verkehrs angesprochen. Die Straßen, vor allem in den Städten, müssen in erster Linie dem fließenden Verkehr dienen. Wir müssen zusätzliche Hilfen geben, um einen Anreiz für die Bewältigung des ruhenden Verkehrs durch Hoch- und Tiefgaragen zu bieten.

Meine Freunde! Ein Thema ist bei der ganzen Diskussion des heutigen Tages etwas zu kurz gekommen, nämlich die Frage, wo das Geld für die gewaltigen Gemeinschaftsaufgaben herkommen soll, denen wir gegenübergestellt sind. Die Enquetekommission hat den Bedarf zur Lösung der Verkehrsprobleme auf rund 250 Milliarden DM beziffert. Die Zahl liegt mit Sicherheit zu niedrig. Denn zum Beispiel die Kosten für die Unterhaltung und Verwaltung sind nicht mit eingerechnet. Wir wissen auch, daß natürlich mit einem wachsenden Wohlstand die Anforderungen an den Verkehrsapparat ständig zunehmen werden.

Wir müssen also schon allein für die Bewältigung der Verkehrsprobleme von einem Volumen von etwa 300 Milliarden DM ausgehen. Diese Zahlen schrecken. Die SPD hat es natürlich sehr leicht. Sie kümmert sich überhaupt nicht um das Finanzierungsproblem, sondern macht die größten Versprechungen, während wir als eine Partel, die in der Verantwortung steht, natürlich nicht ohne weiteres an dem Finanzierungsproblem vorbeikönnen. Die SPD hat keinerlei Konzept, meine Freunde, wie sie die finanziellen Anforderungen bewältigen will, die all die uns aufgezelgten Probleme an uns stellen werden, und sie klammert das Problem ganz bewußt aus.

(Beifali)

Wir müssen aber auch sehen, daß durch die heutige Situation auf den Straßen und den Verkehrswegen Jahr für Jahr volkswirtschaftliche Verluste erwachsen, die in Milliardenbeträge gehen. Allein an Unfallfolgekosten schätzt man den volkswirtschaftlichen Ausfall auf etwa 7 Milliarden DM im Jahr. Wir sollten daher bei all unseren Überlegungen, wie wir Mittel zum Bau von Verkehrswegen beschaffen, auch in Rechnung stellen, was wir durch einen zeitgemäßen Ausbau von Verkehrswegen auf der anderen Seite einsparen.

Auf ieden Fall scheint mir das eine sicher zu sein, daß wir wahrscheinlich auch bei uns selbst insofern etwas umdenken müssen, als diese sogenannten Gemeinschaftsaufgaben ein Teil einer modernen Gesellschafts- und Sozialpolitik sind. Wir müssen diesen Aufgaben - dazu gehört auch der Ausbau unserer Verkehrswege - in allen unseren Haushalten auf den Ebenen von Bund. Ländern und Gemeinden eine noch größere Dringlichkeitsstufe einräumen. Meine Freunde, das gilt nicht nur für die Dorf- und Stadterneuerung, das gilt für den Ausbau der Verkehrswege, das gilt für die Sanierung von Bahn und Post und so weiter. Wir müssen aufpassen, daß wir uns nicht auf lange Sicht unsere Haushaltspläne durch langfristige Festlegungen blockieren, so daß diese großen Gemeinschaftsaufgaben, deren Bewältigung immer dringender wird, aus fiskalischen Gründen von uns nicht bewältigt werden können. So sollten wir dem deutschen Volk ganz offen aussprechen, daß zur Bewältigung dieser Probleme nicht nur Mut und Phantasie notwendig sein werden, sondern auch auf allen Seiten Opfer. Wir müssen zwangsläufig die Rangordnung für die Bewältigung anderer Aufgaben etwas auflockern, um diese großen Gemeinschaftsaufgaben auch finanziell bewältigen zu können. (Beifall)

Vorsitzender Dr. Meyers: Ich erteile Herrn Vehar das Wort.

Vehar: Meine sehr verehrten Damen und Herren, aus dem umfangreichen Komplex der Verkehrspolitik, den Herr Dr. Seebohm heute morgen aufgezeigt hat, möchte ich nur ein Thema herausgreifen, weil ich meine, daß es in das Thema des heutigen Tages "Gesunde Umwelt — Gesunde Menschen" besonders hineinpaßt, weil ich aber auch der Überzeugung bin und dieser Überzeugung immer wieder Ausdruck gebe, daß sich die CDU dieses Themas etwas intensiver annehmen müßte.

Es handelt sich um das Problem der Verkehrssicherheit oder, sagen wir genauer, das Problem der Sicherheit im Straßenverkehr. Ich bin ganz der Meinung des Kollegen Mick, der vorhin gesagt hat, wir sollten auf all diesen Gebieten, die wir heute bereden, nicht immer nur vom Notstand sprechen. Man sollte nach meiner Meinung lieber davon reden, daß es sich bei diesem Problem um den Versuch der Bewältigung einer Wohlstandserscheinung handelt.

Als ich heute morgen diesen Saal betrat, fand ich wie sicherlich auch Sie auf meinem Platz eine Zeitung, die "Rheinische Post" mit der erschreckenden Überschrift "80 000 starben auf Europas Straßen". Sie werden dort gelesen haben, daß unter diesen Toten des Straßenverkehrs 31 Prozent Fußgänger sind und — wiederum eine interessante Feststellung —, daß unter diesen toten Fußgängern 26 Prozent alte Leute über 65 Jahre sind, obwohl der Anteil der alten Leute nur 12 Prozent beträgt. Diese Feststellungen und Erkenntnisse sollten uns zu gewissen Schlußfolgerungen und Maßnahmen anleiten. Ich bin der Meinung, wir sollten ganz konkrete Beiträge zur Diskussion leisten, und darf deshalb etwas aus meiner eigenen Erfahrung berichten. Ich habe seit 1954 in meiner

Heimatstadt Mülheim (Ruhr) die Entwicklung der Verkehrsunfälle sehr genau verfolgt. Ich habe mir damals aus eigener Initiative eine Aufstellung der Polizei über die Verkehrsunfälle, über die Toten im Laufe eines Jahres, die Ursache der Unfälle usw. geben lassen. Dabei fand Ich schon damals die Feststellung, die Ich auch in der Zeitung bestätigt finde. daß der allergrößte Teil der tödlichen Unfälle im Stadtzentrum passiert und daß die meisten Betroffenen alte Leute sind. Aber Ich fand dabei noch etwas Interessantes, daß diese Unfälle melst in der Abenddämmerung passieren. Ich würde mich doch sehr dafür interessieren — ich habe es dem Herrn Bundesverkehrsminister schon gesagt —, wenn darüber doch einmal im ganzen Bundesgebiet statistische Erhebungen angestellt würden. Ich persönlich bin der Auffassung, daß uns eine solche Erkenntnis vielleicht wertvolle Hinweise auf die Lösung des Problems geben kann.

Die alten Leute sehen das Auto in der Dämmerung nämlich nicht, weil unsere Autofahrer noch zum großen Teil die Auffassung vertreten, sie müßten das sogenannte Standlicht anmachen, wenn es dämmert, damit das Auto erkannt wird. Ich meine, bei diesen Vorschriften müßte es bei uns zu einem Umdenken kommen. Der Begriff des Standlichts entspricht gar nicht mehr dem technischen Stand. Wir sollten lieber von einem Positionslicht sprechen, das der Autofahrer anmacht, wenn er seinen Wagen abstellt. Das bisherige Standlicht sollten wir in ein Stadtlicht umbenennen, mit dem man durch erhellte beleuchtete Straßen fährt, wie es im Ausland schon seit vielen Jahren üblich ist. Wohl jeder, der sich im Straßenverkehr bewegt, wird empfinden, daß es eine kolossale Belästigung ist, wenn man auch auf ausgeleuchteten Straßen von den großen Scheinwerfern geblendet wird.

Ich will das Thema von vorhin nicht verlassen. Aber ich würde mich sehr dafür interessieren, wenn einmal nach einem Jahr eine solche Erhebung im ganzen Bundesgebiet veröffentlicht werden könnte, die darüber Aufschluß gibt, zu welcher Tageszeit die tödlichen Unfälle passieren, vor allem die, an denen alte Menschen beteiligt sind. Daraus können wir nach meiner Meinung gewisse Schlußfolgerungen ziehen und außerdem auch entsprechende Verbesserungsvorschläge zu unserer Straßenverkehrsordnung machen.

Aus meinem Gewerbe, dem Straßenverkehrsgewerbe, wird schon systematisch seit mehreren Jahren ein positiver Beitrag zur Hebung der Verkehrssicherheit geleistet, daß die Fernfahrer alle in eine Schule kommen, wo sie während eines Kurses von einer Woche nicht im Fahren und Lenken eines Autos unterrichtet werden, sondern wo sie durch entsprechende Vorträge angehalten werden, Rücksicht im Verkehr zu nehmen, sich vorbildlich auf der Straße zu benehmen. Wenn Sie objektiv den Ablauf des Straßenverkehrs, vor allem auf der Autobahn beobachten, werden Sie mir bestätigen, daß sich die Fahrer dieser Lastzüge vorbildlich benehmen. Ich meine, das ist ganz sicher mit ein Ergebnis dieser Selbsterziehungsmaßnahmen des Gewerbes.

Die Bewältigung dieser Probleme, die Sicherheit im Straßenverkehr zu heben, ist also nicht in erster Linie ein Problem des Straßenbaus. Ich will bei Gott nicht gegen die Notwendigkeit eines zusätzlichen Straßenbaus sprechen. Aber es dauert lange, bis wir das alles erreicht haben. Schnell könnten wir eine Verbesserung erreichen, wenn der gute Wille zu einer Verbesserung der Disziplin der Verkehrsteilnehmer auf der Straße möglich wäre. Das muß natürlich bei den Kindern anfangen, ich möchte sagen, im Kindergarten, und muß in der Schule weitergehen. Aber vielleicht läßt sich auch etwas tun, um denen, die schon jahrelang einen Führerschein haben, einmal einen ähnlichen Kursus zu vermittein, wie wir es im Verkehrsgewerbe tun.

(Beifall)

Wenn Sie es mir gestatten, möchte ich noch eine ganz kleine Anregung zur Diskussion geben, die eigentlich nicht direkt in das Thema paßt, die aber, meine ich, zu dem Gesamtkomplex gehört. Vorhin wurde schon davon gesprochen, welcher Schaden durch die Unfälle in den Betrieben geschieht. Ich möchte hinzufügen, es entsteht auch ein sehr großer Schaden durch Unfälle in unseren Haushalten und Büros. Ich weiß gar nicht, welches Ressort dafür zuständig ist.

(Zuruf: Arbeitsministerium!)

Lassen Sie sich einmal von dem Leiter eines Krankenhauses oder Ihrem Arzt sagen, wie viele Menschen eingeliefert werden, weil sie in der Wohnung oder im Büro gefallen sind, und wie schwere Gesundheitsschäden sie davontragen. Dann werden Sie mir recht geben, daß es nicht damit getan ist, daß da Schilder "Frisch gebohnert" aufgestellt werden oder daß Teppiche auf Parkettböden gelegt werden, ohne daß die Menschen belehrt werden, daß eine griffeste Unterlage darunter muß. Sie werden es dann merken, wenn Sie einmal so stürzen, mit einem Beinbruch. Oberschenkelhalsbruch oder gar einem Gehirnschaden in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Dann ist es zu spät, dann ist, wie man sagt, das Kind in den Brunnen gefallen. Auf diesem Gebiet könnten wir zur Aufklärung unserer Bevölkerung auch etwas Positives beitragen. Ich wiederhole: Das gehört an sich nicht zu dem Thema. Ich hoffe aber, man nimmt es mir nicht übel, wenn ich es hier gesagt habe, weil alles, was wir an Positivem beitragen konnten, um das Leben in der Umwelt gesünder, gefahrloser zu gestalten, auch gesagt werden sollte.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Meyers: Ich erteile nunmehr das Wort Herrn Schulze (Berlin).

Schulze (Berlin): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin meinen beiden Vorrednern sehr dankbar, daß speziell im Rahmen des Themas auch noch der Schutz der Fußgänger behandelt worden ist. Auch ich hatte mir vorgenommen, dazu etwas zu sagen, nicht nur deswegen,

weil ich in Berlin mit den Fragen der Verkehrssicherheit befaßt bin, sondern weil ich zugleich der Gründer einer Fußgängerschutzorganisation in Berlin bin.

(Bravo!)

übrigens zurückzuführen auf eine Anregung, die von der Bundesregierung gegeben worden ist, daß sich nämlich neben den Kraftfahrern auch die anderen Verkehrsteilnehmer, die Fußgänger, organisieren sollten.

Ich kann es mir ersparen, auf das einzugehen, was vorhin schon von meinen Vorrednern behandelt worden ist. Ich möchte nur sagen, daß wir bei unseren Erhebungen festgestellt haben, daß etwa 80 Prozent aller Verkehrsunfälle darauf zurückzuführen sind, daß nicht mit der notwendigen Rücksicht und der notwendigen Disziplin im Straßenverkehr umgegangen wurde. Zum Teil sind diese Unfälle auch darauf zurückzuführen. daß die Verkehrsregeln vielen Verkehrsteilnehmern, besonders den Fußgängern, doch ziemlich unbekannt sind. Hier ist also Aufklärung unbedingt notwendig. Die jährlich stattfindenden Verkehrserziehungstage und andere Verkehrserziehungsmaßnahmen reichen, wie wir feststellen konnten, nicht aus, um hier eine Wandlung zu schaffen. Man wird also alle Anstrengungen unternehmen müssen, um vor allen Dingen zu einer besseren Verkehrsgesittung auf unseren Straßen zu kommen. Wo das nicht gelingt, wird man mit den Mitteln der Polizei und des Rechts dafür zu sorgen haben, daß die nun einmal geschaffenen Gesetze auch beachtet werden.

Ich habe mich aus folgendem Grunde zu Wort gemeldet. Wir können damit rechnen, daß im Jahre 1966 die neue Straßenverkehrsordnung in Kraft tritt, von der man heute schon sagt, daß es sich um ein Volksgesetz handeln solle. Ich bin der Meinung, daß wir noch die Möglichkeit haben, in den Besprechungen auf die Gestaltung dieser neuen Straßenverkehrsordnung Einfluß zu nehmen. Es muß alles geschehen, um die neue Straßenverkehrsordnung so klar, verständlich und volkstümlich wie möglich zu gestalten, so daß sie jeder Verkehrsteilnehmer, besonders auch der Fußgänger und unsere alten Menschen, begreift. Ich wäre dem Herrn Bundesminister sehr dankbar dafür, wenn er seinen Einfluß in dieser Richtung geltend machte.

Mir liegt aber noch etwas anderes am Herzen. Wir haben gerade in Berlin immer wieder wahrgenommen, daß die neue Zebrasteifenregelung anscheinend noch nicht in das Bewußtsein der Verkehrsteilnehmer eingegangen ist. Besonders die Fußgänger werden mit dieser Regelung noch nicht fertig. Es erscheint mir notwendig, auch hler klarere Verhältnisse zu schaffen. Meines Erachtens sollte auch überprüft werden, ob Zebrastreifen nicht als überholt anzusehen sind, weil es heute ganz andere Möglichkeiten gibt, Zebrastreifen erkennbar zu machen. Da llegt meines Erachtens das Problem, daß die Zebrastreifen, insbesondere in schlechten Jahreszeiten — wir haben das jetzt in den Wintermonaten

erlebt –, nicht erkennbar sind. Es müßten hier also Zeichen in vertikaler Hinsicht gesetzt werden, die es sowohl dem Kraftfahrer als auch dem Fußgänger möglich machen, auch bei schlechten Witterungsverhältnissen den Fußgängerüberweg zu erkennen. Ich bin weiterhin der Meinung, daß man in die Setzung der Verkehrszeichen eine bessere Systematik bringen sollte. Das heißt, man sollte die Verkehrszeichen so setzen, daß sie für den Kraftfahrer über den Straßen sind und für die Fußgänger auf den Straßen selber.

Diesen Beitrag wollte ich noch leisten, weil es mir wichtig erschien, in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hinzuweisen.

(Beifall)

Vorsitzender Ministerpräsident Dr. Meyers: Als letzten Diskussionsredner gebe ich Herrn von Arnim (Bonn) das Wort.

Von Arnim (Bonn): Meine lieben Freunde! Nach allem, was von den Vorrednern gesagt worden ist, kann ich mich auf einige ganz kurze Bemerkungen beschränken.

Zunächst zur Frage, wo das viele Geld herkommen soll! Nun, ich glaube, ohne daß man im geringsten als motorisierungsunfreundlich angesehen werden kann, vielleicht doch sagen zu dürfen, daß es möglich erscheint, bei uns die Frage der Besteuerung des Kraftfahrzeugverkehrs noch einmal zu überprüfen, und zwar im ganzen und im Zusammenhang; denn wir hören von allen möglichen Sachverständigenberichten, auch aus Übersee, daß gerade der Schwerverkehr die Straßen in einem unverhältnismäßig viel stärkerem Ausmaß abnutzt als der Pkw-Verkehr. Vor vielen, vielen Jahren schon hat einmal — ich glaube als erster — Herr Professor Alfons Schmidt aus Freiburg darauf hingewiesen, daß wir von einer systemgerechten Versteuerung des Kraftfahrzeugverkehrs noch weit entfernt sind. Ich will also nicht — bitte haben sie keine Angst! — im Wahljahr etwa einer Regelung das Wort reden, wie sie in Frankreich vorhanden ist, wo das Benzin 90 Pfennig kostet.

Aber ich meine, daß man hier über diese Dinge doch noch einmal nachdenken sollte und daß, wenn wir zwar nicht die autogerechte Stadt, wie es Herr Reichow einmal gesagt hat, aber doch die dem modernen Menschen angepaßte Stadt bauen wollen, bei der ein gewisser Raum für den Verkehr da sein muß. Das bedingt einen gewissen Umbau der Städte sowie ungeheure Kosten, die in diesem Interesse aufgewendet werden müssen. Ich meine, hier läßt sich vielleicht doch einiges machen, so sehr man natürlich auf der anderen Seite, auf der Ausgabenseite, sorgfältig prüfen muß, ob man immer alles das rausgeben muß, was man sich vorgenommen hat.

Wir haben heute morgen auf den schönen Karten, die Herr Bundesverkehrsminister Seebohm uns erläutert hat, die großen Programme gesehen, die zum Teil schon durchgeführt sind. Es betraf unter anderem die 4,5 Milliarden für die Elektrifizierung der Bundesbahn, die 3 bis 4 Milliarden für den Wasserstraßenausbau, 20 Milliarden für die drei 4-Jahres-Pläne von 1959 bis 1970 für den Straßenbau. Nun, Ich frage mich, wenn ich in der letzten Zeit von den Schwierigkeiten der Bundesbahn höre, ob man unter solchen Umständen in der Tat wirklich noch alle Investitionen in den Wasserstraßenbau nötig hat, die man sich vorgenommen hat. Einige von denen, die dort aufgezeigt sind, sind ja noch nicht in Angriff genommen, zum Beispiel der Kanal zur Saar hin oder der Nord-Süd-Kanal. Das sind sicherlich auch politisch sehr kitzlige Fragen, aber es sind meiner Ansicht nach auch Fragen, denen die CDU nicht ausweichen sollte. Wenn eine neue Lage da ist — das haben wir an der Entwicklung im Steinkohlenbergbau gesehen —, dann muß man eben die ganze Situation noch einmal von neuem überprüfen.

Nun noch etwas aus der Sicht eines Kommunalpolitikers einer mittleren Stadt, die mit ganz besonderen Verkehrsschwierigkeiten zu kämpfen hat. Es hilft ja gar nichts: Wir werden in unseren Innenstädten gewisse Verkehrsbeschränkungen hinnehmen müssen. Worunter leiden wir nun heute ganz besonders? — Wir leiden darunter, daß der Berufsverkehr in immer größerem Maße, lawinenartig, immer weiter in die Stadtkerne hineinstrebt, wo ja die Arbeitsplätze nun einmal stecken und wo sie auf die Dauer auch bleiben müssen. Das sind Dinge, die stoßen sich hart im Raum und lösen sich nicht auf, wenn man nicht irgendwelche neuen Wege geht.

ich möchte da nur noch auf einen Punkt hinweisen, der mir vielleicht auch einer gesetzlichen Lösung durch den Bund in absehbarer Zukunft zugänglich erscheint. Heute ist es doch so, daß wir niemanden, der einen Pkw hat, dazu bringen können, diesen stehenzulassen und mit einem öffentlichen Verkehrsmittel in die Stadt zu fahren: denn er würde einem zur Antwort geben: Damit machen Sie mich ja zum Steuerhinterzieher. Ich schreibe das ja ab, und dafür bekomme ich vom Finanzamt eine gewisse Summe ausbezahlt. - Ich meine, hier sollte man in der Steuergesetzgebung eine großzügigere Lösung finden, eine großzügigere Lösung für jeden, der seinen Wagen hat, aber auch für jeden anderen, indem man hier einfach pauschallert, indem man die Werbungskosten für die Fahrt zur Arbeitsstätte nach gewissen Entfernungszonen zwischen Wohnung und Arbeitstätte pauschaliert; denn so, wie es jetzt ist, zwingen wir die Leute geradezu dazu, mit Gewalt alle noch in diese viel zu engen Stadtkerne hineinzudrängen. Als letztes noch die Bitte an den Bund! Wenn wir schon die öffentlichen Massenverkehrsmittel attraktiver machen wollen und sollen, dann auch seitens des Bundes, wie es bei den Durchfahrten der Bundesstraßen durch die Gemeinden geschehen ist, auch zu prüfen und Wege zu suchen, wie die Investitionen für diese öffentlichen Nahverkehrsmittel auch seitens des Bundes noch irgendwie gefördert werden können; denn es ist vielleicht noch möglich, bei geschickter Betriebsführung, bei einer wirtschaftlich klugen Betriebsführung die Betriebskosten solcher öffentlichen Nahverkehrsmittel zu erwirtschaften, aber es ist sicher nicht möglich, aus städtischen Haushalten - selbst

nach einer kommunalen Finanzreform - die Investitionskosten aufzubringen, die dazu nötig sind.

(Beifall)

Vorsitzender Ministerpräsident Dr. Meyers: Ich erteile nunmehr zur Zusammenfassung Herrn Minister Seebohm das Wort.

Dr. Seebohm. Bundesminister für Verkehr: Meine lieben Freunde! Ich bedanke mich für die Anregungen, die hier gegeben worden sind. Ich darf auf einiges ganz kurz noch hinweisen, um die Dinge klarzustellen. Unser Freund Müller-Hermann hat mit Recht darauf hingewiesen, daß wir bei unseren künftigen Planungen vor allen Dingen daran zu denken haben, daß wir nicht mehr in kommunalen Größenordnungen, sondern in Regionen zu denken haben und daß es auch in dem Bericht der Sachverständigen sehr deutlich herausgekommen ist, daß die Verkehrsregion an die Stelle des Ballungsraums tritt, der Ballungsraum aber nicht mehr begriffen wird als eine Angelegenheit - vom Verkehr aus gesehen der Zusammenfügung von Menschen von tertiären Arbeitsplätzen, die dann morgens und abends bewegt werden, wie zum Beispiel die Schulen, die morgens gefüllt und mittags geleert werden, oder mehr, wie zum Beispiel solche Sachen, die kommen wie hier in Düsseldorf, wo man bisher 4000 Menschen, die die Stadt verwalteten, an verschiedenen Plätzen hatte, die nun in einem Hochhaus zusammengefaßt werden sollen, und die morgens zwischen 7.55 und 8.03 Uhr durch das Portal hinein und nachmittags wieder hinaus müssen. Wie sollen diese Menschen nun von dem Platz nach ihren einzelnen Richtungen abtransportiert werden?

Dieses Problem der tertiären Arbeitsplätze in Zusammenhang mit dem An- und Abtransport der Menschen ist wichtig. Ich erinnere immer wieder daran, daß wir gar nicht so weit zurückzudenken brauchen. In Berlin war es bei Siemens so, daß die einzelnen Abteilungen verschiedene Züge der Stadtbahn zugewiesen bekamen und daß sie mit diesen Zügen an- und abzufahren hatten. Auf diese Weise hat sich bei Siemens mit seinem großen Personalbedarf in Berlin niemals eine Stauung ergeben.

Aber so etwas ist ja bei uns eben sehr schwer in der selbstverantwortlichen Entscheidung der die tertiären Arbeitsplätze beherrschenden Menschen und der Schulen zu erreichen. Es will ja niemand diese gewisse Auflockerung haben, weder bei den Ferien noch bei den Schul- und Arbeitsanfangs- und -schlußzelten, obwohl das eines der einfachsten Mittel wäre, die Probleme in den Städten wesentlich zu beeinflussen. ohne daß man dafür auch nur einen Pfennig auszugeben brauchte.

(Lebhafter Beifall)

Das muß man ja auch einmal sagen. Es gibt Mittel und Wege, bei denen man ohne Geld auszugeben zum Erfolg kommen kann.

Auf der anderen Seite ist die Situation natürlich so - Herr Kollege Müller-Hermann hat mit Recht darauf hingewiesen -, daß in dem Bericht

der Sachverständigen von 250 Milliarden gesprochen wurde. Ich hatte heute früh schon gesagt, daß diese 250 Milliarden nicht ausreichten, ich schätze, daß es 300 Milliarden sein werden. Nehmen Sie die auf die kurze Zeit von 20 Jahren - die Sachverständigen sprachen von 25 Jahren -, dann kommen Sie auf etwa 15 Milliarden im Jahr. 1950 haben Bund, Länder und Gemeinden 1 Milliarde für unsere Straßen ausgegeben. Wir geben aber in diesem Jahr bereits 10 Milliarden für unsere Straßen aus. Das heißt, in dieser relativ kurzen Zeit haben wir die Zahlen verzehnfacht, und wir brauchten letzt nur noch 50 Prozent draufzuschlagen, um diesem Wunsch der Sachverständigen nachkommen zu können. Es scheint also gar nicht so bedeutungsvoll zu sein, weil man la bekanntlich nach dem berühmten Prinzip sagt: Wenn ich von dir 100 Mark pumpen will, dann gibst du sie mir vielleicht; wenn ich von dir 10 000 Mark pumpen will, dann wirst du böse; wenn wir aber über Milliarden reden, dann ist das eine Kleinigkeit. Die Summe muß nur hoch genug sein, genau wie bei der Bundesbahn, dann läuft das alles von selbst.

(Heiterkeit)

Das muß man sich auch immer wieder überlegen. Trotzdem bin ich in dieser Beziehung nicht so skeptisch, weil ich hier auch auf das eingehen möchte, was Herr von Arnim mit Recht gesagt hat, auf den Umbau unserer Kraftfahrzeugbesteuerung im Sinne einer echten Auslegung unseres Prinzips, daß jeder Wegbenutzer die von ihm verursachten Wegekosten auch zu tragen hat, wobei wir diese Dinge jetzt europäisch untersuchen.

Aber wir können in dem Fall eben auch schon Bindungen an Europa feststellen, zum Beispiel bezüglich der Kraftfahrzeugsteuer, die wir heute ohne eine Konsultation der EWG nicht mehr ändern können. Wir können feststellen, daß wir in der Mineralölsteuer noch frei sind, wir können feststellen, daß es in anderen Ländern die Parkplatzsteuer gibt, und wir können auch feststellen, daß wir hier etwas anderes tun können, was Herr von Arnim auch angedeutet hat, nämlich das steuerliche Entgegenkommen für die Kraftfahrzeugbesitzer etwas zu überprüfen. Sie haben in den letzten Tagen wahrscheinlich auch gelesen, daß der ADAC die Finanzminister aufgefordert hat, den bisherigen Kilometersatz für die Fahrt von der Wohn- zur Arbeitsstätte und zurück entscheidend zu erhöhen, weil die Kosten nicht mehr ausreichten. Dazu muß ich allerdings sagen. Die Herren betrachten das vom Standpunkt ihrer fast einer Million Mitglieder aus zweifellos ganz richtig, und es ist vielleicht nicht sehr zweckmäßig, solche Dinge im Wahljahr großartig zu propagieren. Im Grunde gehört das aber in den Umbau der Kraftfahrzeugsteuer hinein, die wir erneut betrachten müssen.

Ich stimme Herrn von Arnim vollkommen zu, daß man nicht jemand deswegen eine besondere steuerliche Entlastung geben darf, weil er sich ein Auto gekauft hat, sondern daß man dann allen eine ähnliche Entlastung zu geben hat — oder man soll die Entlastung streichen. Ich bin weit mehr dafür, diese Entlastung, die ja aus einer Zeit stammt, wo wir Arbeitslosigkeit hatten und den Absatz von Autos anregen wollten, allmählich wieder auf den normalen Satz zurückführen, wie er jenem Satz etwa entspricht, den wir vom Bund aus auch denjenigen Leuten zuführen, die im Berufsverkehr verbilligte Tarife auf der Eisenbahn haben, wobei das Problem damit nicht etwa abgeschlossen sein soll.

Ich meine, daß das auch eher dazu führt, daß wir zu der Frage kommen, die hier angesprochen worden ist: zur Frage der Verbesserung der Nahverkehrsmittel. Hierzu möchte ich ganz grundsätzlich sagen: Wir wissen, daß für diese Nahverkehrsmittel in starkem Maße die zweite Ebene — die obere oder die untere — zur Verfügung stehen kann in Großstädten und daß man natürlich diese Infrastruktur nicht dem Nahverkehrsbetrieb auferlegen kann.

Ich stimme Herrn von Arnim völlig darin zu, daß die Infrastruktur, die Anlegung von Tunnelbahnen oder Untergrundstraßen, keine Angelegenheit ist, die das Verkehrsmittel aus eigener Kraft erwirtschaften kann. Wir wissen, daß der Verkehr bei seinen Preisen niemals mehr erwirtschaften kann als allenfalls eine schmale Verzinsung von Infrastrukturmitteln und eine sehr langfristige Amortisation. Wer es trägt, ist aber im großen und ganzen bei den Zielen, die wir verfolgen, gar nicht entscheidend. Entscheidend ist, daß die Maßnahmen grundsätzlich von der Allgemeinheit getragen werden, denen sie auch zugute kommen.

Wir werden mit dieser Maßnahme nur vorankommen, wenn wir sie einmal ganz grundsätzlich anfassen. Das wollen wir ja auch im nächsten Bundestag durch die Enquete-Kommission. Hier würde ich nicht auf die Steuerreform warten. Ich meine, dieses Problem müßte vorab im Zusammenhang mit der Regelung der Kraftfahrzeugsteuer in seiner Gesamtheit angepackt werden.

Mit Recht ist hier auf die Probleme der Verkehrssicherheit hingewiesen worden. Die Verkehrssicherheit muß mit allen Mitteln gefördert werden. Entscheidend ist dabei, daß wir auch immer wieder daran denken sollten, daß der Erfolg der Autobahnen und der Erfolg des gesamten Verkehrs auf dem Prinzip der Verkehrsentmischung beruht: Nur Autos und keine Kreuzungen mehr, keine Ortsdurchfahrten, keine Gegenüberstellung von Fußgängern und Autos. Diese Entmischung sollte in den Städten in viel stärkerem Maße durchgeführt werden. Im städtischen Verkehr hat sie sich noch gar nicht durchgesetzt. Sie läßt sich erreichen durch Benutzung anderer Ebenen, durch Gestaltung von Übergängen usw.

Hier kommen wir zu der Frage der Zebrastreifen. Wir haben damals diese Zebrastreifen einzuführen versucht mit der Empfehlung, daß die Städte, die das ja machen müssen, sich im wesentlichen der Yellow Lights bedienen sollten. Die Städte haben das aus Kostengründen abgelehnt, wie sie auch heute sehr weitgehend wünschen, daß sich irgendein anderer findet, der ihnen die Ampeln zahlt, nicht nur in der Aufstellung, sondern möglichst noch im Betrieb.

Nun ist das natürlich so: Wer in einem Gemeinwesen Verantwortung trägt, darf nicht immer nach jemand anderem suchen, der ihm die Verantwortung bezahlt, damit sich die zuständigen Herren in den Städten – wie ich heute früh schon sagte – dann dessen rühmen können, was sie alles geleistet haben.

(Beifall)

So geht es natürlich nicht.

Auf der anderen Seite müssen wir uns darüber klar sein, daß das Problem des Zebrastreifens nur dadurch gelöst werden kann, daß die Zahl der Zebrastreifen vermindert wird, daß der Fußgänger genötigt is. nur auf dem Zebrastreifen die Straße zu überschreiten und daß dieser Zebrastreifen durch seitliche Zeichen angekündigt und an der entsprechenden Stelle gekennzeichnet wird. Das kann durch einfache Pinnen geschehen, die man in den Boden steckt. Trotz des Getöses mit dem Schilderwald würden sie sich hier durchaus positiv auswirken und nichts kosten. Der Fahrer, der im Auto sitzt, kann, wenn Fahrzeuge vor ihm verkehren, die Oberfläche der Straße nicht sehen. Wohl aber kann er direkt ein Anrufungszeichen am Straßenrand bemerken, und das kann man in verhältnismäßig billiger Form gestalten, wenn man diese Sachen nicht zu oft macht. Der Fußgänger sollte sich darüber klar sein, daß für ihn das Überschreiten der Straße trotz aller Schutzmaßnahmen, die wir für ihn treffen, immerhin die Begegnung mit einem anderen Verkehrsmittel, das ihm überlegen ist, bedeutet, genauso wie der Autofahrer wissen muß, daß, wenn er eine Eisenbahnstrecke überquert und nicht aufpaßt, die Lokomotive stärker ist als der Lastkraftwagen. Das muß man sich von vornherein grundsätzlich überlegen, und darauf muß man die Dinge abstellen. Das gehört in die Straßenverkehrsordnung lesbar und aut hinein. Wir haben sie europäisch abgestimmt in den europäischen Zeichen. Sie werden das alles sehen und erleben. Vielleicht kann man hier und da noch zu Änderungsanträgen kommen. Ich glaube aber. daß wir das, was hier im Grunde genommen an Wünschen in bezug auf die neue Straßenverkehrsordnung vorgebracht worden ist, schon ausgeführt haben. Wir werden zwischen der Verabschiedung im Bundestag und im Bundesrat einen genügend langen Zeitraum haben und in diesem Zeitraum die Bundesverkehrswacht und alle nur möglichen Stellen ansetzen, damit die Menschen mit der Straßenverkehrsordnung vertraut gemacht werden. Wir müssen auch versuchen, sie in großen Mengen gedruckt zu verteilen.

Die Verkehrserziehung ist sehr entscheidend. Ich habe heute früh schon gesagt: Vom Kleinkind, vom Kindergarten an über den von mir immer wieder erflehten Verkehrsunterricht in allen Schulen, auch in den höheren Schulen und in den Berufsschulen, bis zur Nachschulung, die der Güterfernverkehr in Rieneck vorzüglich durchführt und um die wir uns sonst durch die Polizeiunterrichte bemühen. Hier müssen die Kultusminister und die Innenminister als die Polizeiminister mit den Verkehrs-

ministern der Länder noch viel intensiver zusammenarbeiten. Wir können das leider nicht, weil wir ja immer wieder an die verschiedensten Konferenzen verwiesen werden: an die Konferenz der Kultusminister, die natürlich einem Bundesminister gar nicht die Türe aufmacht, wenn er nicht vorher jahrelang darum gebeten hat, einmal eintreten zu dürfen, an die Konferenz der Innenminister, wo der Bundesinnenminister den Verkehrsminister nicht hereinläßt, und an die Verkehrsministerkonferenz, wo ich die anderen auch nicht hereinlasse.

(Heiterkeit)

um das einmal ganz deutlich zu sagen. Also hier sind wir alle gleich schuldig. Wir alle können das ein wenig besser machen, indem wir uns etwas mehr auf die Dinge einstellen.

Zusammenfassend kann ich folgendes sagen. Wir sind uns darüber klar, daß dieser Verkehr notwendig ist als Grundlage nicht nur für gesundes Wohnen und für gesunde Menschen in unserer Zeit, sondern auch für ihre gesunde wirtschaftliche Grundlage. Es ist notwendig, daß wir richtig eingebettet werden in einer europäischen Gemeinschaft. Auch auf diesem Gebiet haben wir Opfer, sehr entscheidende Opfer zu bringen, damit wir in Europa gleichmäßig in all diese Gremien eingegliedert werden. Dieses Europa zu bauen, ist gerade im Verkehr eine außerordentlich schwere Aufgabe. Wenn wir von uns aus kein Entgegenkommen zeigen, können wir nicht erwarten, daß die anderen, die zum Teil ihre Verkehrsprinzipien anders entwickelt haben, sich uns anpassen. Es ist sehr unverständlich, daß es bei uns Leute gibt - sie gehören zu uns, sind unsere Mitglieder, sogar prominente Mitglieder -, die sagen: Diese Bundesregierung hat keine Verkehrskonzeption. Die Verkehrskonzeption hängt hier an der Wand. Sie ist hinreichend dargestellt worden, Diese Leute aber machen nur eine Verkehrskonzeption, die ausschließlich von der Eisenbahn her gesehen wird. So geht es nicht, Ich kann nur noch einmal sagen: eine Verkehrskonzeption muß eine Symbiose der Verkehrsträger in ihrer Gestaltung sein. Diese Symbiose muß als eine Aufgabe begriffen werden, die wir für Europa zu leisten haben. Dann schaffen wir auch für unsere Menschen in Europa die Voraussetzungen für ihr gesundes Leben und für ihre Existenz durch einen guten. sauberen und sicheren Verkehr.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Meyers: Ich danke Herrn Bundesminister Dr. Seebohm. Ich kann das, was er gesagt hat, nur unterstützen. In Nordrhein-Westfalen haben wir seit geraumer Zeit die Arbeiten für einen Generalverkehrsplan laufen, der alle Verkehrsteilnehmer erfassen soll.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Wir stehen am Ende unserer Arbeit. Zunächst möchte ich noch einmal den drei Referenten des heutigen Tages, Frau Ministerin Dr. Schwarzhaupt, Herrn Minister Lücke und Herrn Minister Dr. Seebohm, recht herzlich danken.

(Beifall)

Ich danke ferner all denjenigen, die sich heute hier an der Diskussion beteiligt haben. Vor allem aber danke ich Ihnen allen recht herzlich dafür, daß Sie hier so lange ausgeharrt und damit ein Beispiel parteilicher Disziplin gegeben haben. Sicherlich wäre es keine Freude für den letzten, den ja bekanntlich immer die Hunde beißen, hier vor leerem Saal zu sprechen. Nunmehr gelten alle unsere Wünsche dem Berichterstatter Herrn Dr. Müller-Hermann, der morgen in 10 bis 15 Minuten den Extrakt dieser stundenlangen Diskussion bringen soll.

Die Wünsche sind ehrlich gemeint, Herr Dr. Müller-Hermann; denn Ich bin fest davon überzeugt — ich habe das schon 1960 vor dem Bundesparteitag unserer Union gesagt —, daß dieses Gebiet, das wir heute behandelt haben, das Gebiet der Zukunft in der deutschen Innenpolitik ist.

(Beifall)

Es ist viel einfacher und schöner, über weltweite Politik zu sprechen. Aber unsere Bürger messen uns insbesondere an dem, was auf den Gebieten, die wir heute behandelt haben, geschehen wird. — Was geschehen ist, das wird schnell vergessen. — Deshalb erwarten sie von uns eine Konzeption für die Zukunft. Hier wird — das glaube ich Ihnen aus eigener Erfahrung sagen zu können — ein großer Teil des Erfolges oder Mißerfolges der nächsten Bundestagswahl liegen.

Ich danke Ihnen nochmals und schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung: 18.10 Uhr)

Dienstag, 30. März 1965

Arbeitskreis IV

"Probleme der modernen Gesellschaft"

Frau Braukslepe:

Meine Damen! Meine Herren! Ich eröffne die Vormittassitzung des Arbeitskreises "Die Familie – die Frau – der alte Mensch". Ich begrüße Sie alle im Namen der Christlich-Demokratischen Union mit einem sehr herzlichen Dank, daß Sie diesem zentralen Thema heute den Tag widmen wollen.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, meine Damen und Herren, möchte ich Ihnen eine Mitteilung verlesen, die mir wichtig erscheint, und zwar kommt von der Kongreßhalle folgende Nachricht:

Alle Wertgegenstände wie Tagungsmappen, Schreibmaschinen, Rauchutensilien, die gestern nachmittag im Plenarsaal liegen- bzw. stehengelassen wurden, können im Tagungsbüro bei Herrn Mayr abgeholt werden.

Ich bitte, diese Nachricht auch weiterzugeben.

Meine Damen und Herren, ehe wir mit unserer Arbeit beginnen, darf Ich Ihnen unsere Mitarbeiter vorstellen. Den meisten sind sie bekannt; aber für unsere Gäste möchte Ich sie doch noch einmal wiederholen. Ich stelle jetzt die Damen und Herren vor, die hier vorn am Tisch für das randvolle Programm sorgen. Ich begrüße zunächst, und mit einem ganz herzlichen Dank, unseren ersten Redner des Vormittags, unseren Familienminister Dr. Heck.

(Beifall)

Die zweite Referentin, die heute zum Thema "Die Frau" das Hauptreferat hält, ist Frau Dr. Gabriele Strecker.

(Beifall)

Der dritte Referent hat sich in aller Bescheidenheit, wie es bei Theologen so üblich ist, bereits dorthin zurückgezogen. Es ist Herr Prälat Schulte. Er sitzt hier vorn in der ersten Reihe.

Außerdem sehen Sie hier vorn am Mitarbeltertisch noch eine Reihe von Damen und Herren, die für den lautlosen und guten Ablauf sorgen werden. Auch sie will ich Ihnen vorstellen. Es ist zunächst unser Berichterstatter Herr Dr. Kohl, der Vorsitzende, der wichtige Mann heute, vorzustellen.

(Beifall)

Ich glaube, ihn müssen wir ganz besonders freundlich anschauen; denn er wird die Wortmeldungen festhalten, und von seinem Bericht wird die Gesamtheit dieser Tagungsarbeit sehr stark abhängen.

Außerdem ist bei uns die Frauenreferentin Frau Dr. Lenz

(Beifall)

und als Mitarbeiter Herr Kerkhoff.

Mein Dank gilt am frühen Morgen, bevor wir in die Arbeit gehen, aber auch den Herren vom Stenographischen Dienst, die sich heute die mühselige Arbeit machen, alle Wortmeldungen und alle Referate hier festzuhalten, so daß wir auch in den kommenden wahlvorbereitenden Monaten das Auswertungsmaterial dieser heutigen Tagung mitnehmen können.

Ihnen, meine Herren, darf ich besonders herzlich danken.

Nun wollen wir nicht mehr viel Zeit versäumen. Der technische Ablauf ist heute morgen so gedacht, meine Damen und Herren:

Ich möchte einen Überblick über das Gesamtthema und die Veranstaltung geben und dabei die Verzahnung der drei großen Themen sichtbar machen. Es ist daran gedacht, daß heute morgen die drei Referenten, Herr Dr. Heck, Frau Dr. Strecker und Herr Prälat Schulte, hintereinander ihre kurzen Referate anbieten. Im Anschluß daran wird diskutiert, und es sei jetzt schon erlaubt, zu sagen, daß wegen Ihrer frühen Abreise Sie, Herr Donath, in der Diskussion die erste Wortmeldung bekommen. Ich bin sicher, daß die ganze Versammlung dafür volles Verständnis aufbringt; denn Herr Donath muß um 2 Uhr aufbrechen. Ich danke ihm bereits jetzt, daß er trotzdem hier bei uns ist.

Anschließend werden wir eine Mittagspause machen, und die volle Diskussion beginnt dann am Nachmittag. Über die Art der Diskussion werden wir zu Anfang der Mittagspause noch Genaueres sagen. Gedacht ist daran, daß die Wortmeldungen, die nach vorne kommen, deutlich in der linken Ecke gekennzeichnet sind, zu welchem der drei Referate die Diskussionsredner Stellung nehmen wollen. Das gibt uns eine leichtere Übersicht und ermöglicht eine stärkere und klarere Überschau über das, was uns zur politischen Arbeit an Anregungen, Kritik und Mitarbeit entgegenkommt.

Damit ist der technische Ablauf für den Vormittag genügend gekennzeichnet. Ich danke Ihnen nochmals für Ihre Arbeitsbereitschaft heute morgen.

Ich eröffne nun diese Arbeitstagung und gebe als erstem unserem Familienminister. Herrn Dr. Heck, das Wort für sein Referat.

Bundesminister Dr. Heck:

Verehrte Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, liebe Freunde! Familienpolitik — schon das Wort allein macht manche Menschen mißmutig und mißtrauisch. Die Familie sei doch das Privateste vom Privaten. Da solle der Staat, da solle die Politik die Hände aus dem Spiele lassen; wenigstens dieser Bereich müsse der persönlichen Verantwortung des Menschen bewahrt bleiben.

Dann wird die hohe Familiengesinnung der Jahre vor dem ersten Weltkrieg beschworen. Dann wird erzählt, wie das im eigenen Elternhaus gewesen sei, und manches schöne und edle Bild von väterlicher Tüchtigkeit und mütterlicher Sorge, vom familiären Zusammenhalten und von familiärer Kraft wird in Erinnerung gerufen.

Aber, meine Damen und Herren, das alles gibt es auch heute noch. Aber was es heute nicht mehr gibt — und ich sage: Gott sei Dank nicht mehr gibt —, das sind die Millionen armer Familien, in denen die Not der ständige Gast gewesen ist und wo die Eltern Ihre Kinder — nicht, weil sie ohne Verantwortung und Pflichtgefühl gewesen wären; nein, weil die Armut allzu sehr bedrückte — so schnell wie möglich zum Mitverdienen einspannen mußten.

Damit ist also nur nach der Arbeitskraft gefragt worden und weniger nach dem Menschen und nach der Familie, dort eigentlich fast gar nicht. Jenes Familienethos, das heute immer wieder gegen den Familienlastenausgleich beschworen wird, ist eben auch im allgemeinen doch auf einer wenigstens relativ sollden ökonomischen Basis gewachsen. Auch eine so bedeutende und gediegene Zeitung wie die "Frankfurter Allgemeine", weiß im Grunde mit dem Familienlastenausgleich nicht viel anzufangen. Ich wenigstens werde das Gefühl nicht los, als sähen manche Journalisten mit jedem Schritt Familienpolitik nach vorn die Freiheit um ein Stückchen mehr bedroht.

Diese kritische Haltung hat sicher nichts mit jenem gesinnungslosen und dummen Geschwätz zu tun, das man heute bei uns zulande auch nicht seiten hören kann: "Was gehen mich anderer Leute Kinder an?" Meine Freunde, wer so daherredet, vermag einfach nicht über den Tag und über sich selber hinauszudenken; denn anderer Leute Kinder gehen jeden von uns sehr viel an.

Wie sieht es denn bei uns aus? — Nehmen wir einmal von den 740 000 Männern und Frauen, die heute 40 Jahre alt sind, einmal einen heraus von denen, die da meinen, sie gingen anderer Leute Kinder nichts an. Er wird in 25 Jahren 65 sein und Rente oder Pension beziehen, vielleicht auch vom Ersparten leben. Die heute Fünfzehnjährigen — das sind rund 750 000 —, das sind für viele anderer Leute Kinder, werden dann die Vierzigjährigen sein, die Vierzigjährigen, die das Sozialprodukt

und damit Pensionen und Renten miterarbeiten und auch dafür stehen, daß mit Erspartem das Alter überhaupt abgedeckt werden kann. Diese 750 000 sind — wie ich sagte — für viele anderer Leute Kinder, einfach deswegen, weil rund 500 000 aus den 33% Familien mit drei und mehr Kindern kommen, während rund 40% aller Familien kein oder nur ein Kind haben, deren Defizit für die Regeneration unserer Sozial- und Volksgemeinschaft durch die kinderreichen Familien abgedeckt werden muß.

Damit ich aber nicht falsch verstanden werde: Es ist nicht Sache des Staates in dieses Verhalten in Ehe und Familie hineinzuregieren - auch nicht indirekt --, etwa durch eine Bevölkerungspolitik im Dienste nationaler Ambitionen. Solange die kinderreichen Familien den Fortbestand der Sozialgemeinschaft sichern, so lange besteht ia keine entscheidende Gefahr. Wir müssen uns aber zur Wehr setzen gegen alle, die gegen die Familie mit mehreren Kindern aufstehen, eben gegen iene. die davon reden, es sei verantwortungslos, heute Kinder in die Welt zu setzen, gegen jene, welche die Mütter verachten und gegen jene, die es nicht wahrhaben wollen, daß wir uns alle für den Wohlbestand unserer Familien sorgen müssen. Meine Freunde, wenn diese Leute wenigstens für ihren Egoismus nur 25 Jahre weiterdenken würden, müßten sie nachdenklicher werden. Aber es geht ia in der Familie nicht nur um die biologische Regeneration der Arbeitskraft. Es geht in der Familie um den inneren Bestand der modernen Industriegesellschaft überhaupt und auch um den inneren Bestand unseres demokratischen Staates. Das wird, wie ich meine, meistens übersehen. Was soll schon unsere moderne Industriegesellschaft mit der Familie zu tun haben? Sie kennt im Grunde die Familie ja gar nicht; sie kennt zunächst den einzelnen, seine Arbeitskraft und was er leistet; das wird bezahlt. Wieviel davon ernährt, gekleidet und versorgt werden müssen, das kann sie gar nicht berücksichtigen.

Aber ist es denn richtig, was allgemein als selbstverständlich vorausgesetzt wird: Lebt unsere Wirtschaftsgesellschaft, unsere soziale Marktwirtschaft, auf deren Leistungen wir mit Recht so stolz sind, wirklich nur von der Leistung?

Alexander Rüstow — einer der großen Theoretiker der sozialen Marktwirtschaft — hat dazu einmal Bemerkenswertes gesagt. Er meinte, wenn wir innerhalb der Marktwirtschaft die Leistungskonkurrenz zum Prinzip machten und damit an dieser Stelle auf das von uns grundsätzlich bejahte Sozialprinzip der Solidarität verzichten müßten, so sei es um so dringlicher, außerhalb der Marktwirtschaft die Solidarität desto mehr zu stärken, besonders auch, weil die Marktwirtschaft selbst einen solidarischen Rahmen braucht, wenn sie befriedigend funktionieren und nicht zu einem ungeregelten anarchischem Kampf aller gegen alle ausarten soll. So weit Alexander Rüstow.

Die Marktwirtschaft also brauche einen solidarischen Rahmen? Was ist damit gemeint? Woher wächst dieser Marktwirtschaft dieser solidarische

Rahmen denn zu? — Das sind — wie ich meine — zwei wichtige Fragen. Versuchen wir es mit der Antwort: Der moderne Mensch ist in vielerlei Weise sozialisiert, mehr als wir glauben und mehr, als wir wahrhaben wollen. Dabei geht es im allgemeinen nirgends um ein personales Ich-Du-Verhältnis mit wechselseitiger Verantwortung. Im allgemeinen beschränken sich Organisierte und Organisation auf ein anonymes, gegenseitiges Leistungsverhältis.

Die Soziologen sprechen von zwei Daseinsstrukturen, in denen der Mensch heute lebe: der zweckbewußten Struktur; dazu zählen sie alle Organisationen und alles Organisatorische, das primär auf Zwecke ausgerichtet ist; und dann von der lebensgemeinschaftlichen Struktur; dazu gehören Nachbarschaft und Freundschaft, auch die Kirchen als spirituelle Personengemeinschaften. Aber das Herz dieser lebensgemeinschaftlichen Struktur ist die Familie. Nicht, als ob ausschließlich hier Solidarität geübt werde; aber hier entsteht sie; hier wird sie als Gesinnung eingepflanzt; hier wird sie von den Kindern an den Eltern erfahren; daran, wie sich Vater und Mutter zueinander und zu den Kindern verhalten; wie die Eltern in den vielerlei Formen der Gemeinschaft und Gesellschaft leben: in Nachbarschaft, Vereinen und Gemeinden, in Gesellschaft und Betrieb, in Vaterland und Nation.

Beide Strukturen unserer Gesellschaft — für unsere Frage: die Organisation der Wirtschaft und der sozialen Sicherheit auf der einen und insbesondere die Familie auf der anderen Seite — bleiben über den Menschen wesentlich aufeinander bezogen; denn die für alles menschliche Zusammenleben entscheidenden Tugenden, wie etwa die Liebe zum Nächsten, die Wahrhaftigkeit, die Treue, die Zuverlässigkeit, wachsen in erster Linie innerhalb der Personalgemeinschaften, d. h. in erster Linie in der Familie.

Meine Freunde, die Kraft und die Leistungsfähigkeit der vielfältigen Organisationen, Gruppen und Gebilde innerhalb der zeckbestimmten Struktur unseres modernen Daseins hängen eben nicht nur vom Können, sondern auch davon ab, was von den Familien her an Gesinnung fortlaufend in sie eingebracht wird;

(Beifall)

sie müssen laufend genährt und gestärkt werden mit dieser humanen Substanz, die sie selbst nicht zu regenerieren vermögen. Denn ohne ein Minimum an sozialer Moral, ohne ein Minimum an sozialer Verantwortung funktionieren auch sie nicht. Im Gegenteil — die Kraft und die Leistungsfähigkeit der modernen Industriegesellschaft und des demokratischen Staates hängen entscheidend von der Vitalität und Gesundheit der lebensgemeinschaftlichen Struktur und hier zuerst von unseren Familien ab, weil in erster Linie in unseren Familien die soziale Moral keimt und wächst.

Meine Freunde, der Mensch wird heute von nichts mehr in Anspruch genommen, nichts prägt ihn mehr als die Arbeits- und Sozialverhältnisse unserer modernen Industriewirtschaft. Lange, allzu lange hat diese Industriewirtschaft den Menschen nur ökonomisch gesehen - nur als Arbeitskraft. Lange ist sie dem Irrtum oder der Gedankenlosigkeit verfallen. Arbeit in der Industriewirtschaft und Reproduktion der Arbeitskraft könne das menschliche Leben ausmachen. Hier liegt die Wurzel für die sozialen Erschütterungen der letzten 100 Jahre, in denen die Familie mehr und mehr erst materiell, dann aber auch gesellschaftlich in ein Winkeldasein abgedrängt wurde. Eine gesunde Sozialgesellschaft ist nicht möglich, wenn sie den Primat des Menschlichen nicht respektiert und wenn der Mensch nicht immer wieder das Menschliche in diese Gesellschaft mit einbringt. Und von der Wurzel her und wesentlich gesehen, kann der Mensch das Menschliche zumeist nur von der Familie her erhalten. Was im Hause nicht begonnen wird, was dort an sozialer Gesinnung nicht wächst, was dort in sozialer Verantwortung das Miteinanderleben nicht trägt, ist in der Gesellschaft später im allgemeinen einfach nicht vorhanden. Der soziale Sinn und die soziale Verantwortung haben ihren Ursprung in der Famille und nicht in den sozialen Großorganisationen unserer Zeit; auch in ihnen wird die soziale Moral vorausgesetzt.

(Beifall)

Doch nicht nur unsere Wirtschafts- und Sozialgesellschaft lebt von der sittlichen Substanz, die in der Familie entwickelt und gepflegt wird; auch der Staat und gerade der demokratische Staat ist, was die inneren Voraussetzungen seiner Existenz anbelangt, auf die Familie angewiesen. Manches vermag der Staat dafür auch selbst zu leisten, in Wissenschaft und Schule und dadurch, daß er alle Bemühungen um Bildung bei den Erwachsenen und bei der Jugend fördert. Doch gerade die Gesinnung der Jugendlichen ist immer vom Elternhaus her, von Vätern und von Müttern vorgeprägt, im Guten wie im Bösen und auch in dem, was dort versäumt wurde.

Meine Freunde, immer werden die Bürger in einem demokratischen Staat eine wichtige Aufgabe lösen müssen: Ihr Bekenntnis zu Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit müssen sie in einer demokratischen Ordnung Tag für Tag praktizieren. Dabei hat sich in der Welt eines längst herausgestellt: Freiheit und Gleichheit für sich allein zu verwirklichen, ist noch nirgends gelungen; allein und für sich genommen stehen sie einander im Wege; erst die Brüderlichkeit ist es, die Freiheit und Gleichheit nebeneinander möglich macht.

Der erste Bundespräsident Deutschlands, Professor Theodor Heuss, hat angesichts der ahumanen Struktur unserer modernen Gesellschaft auch auf die Familie verwiesen, weil sie die letzte Herberge der Menschlichkeit in diesen Zeiten sel. Hier in der Familie haben es die Kinder zwar immer mit der Autorität, der sich die Eltern selbst verpflichtet wissen, zu tun, aber doch zugleich auch die Eltern mit der werdenden Freiheit ihrer Kinder. Die Familie selbst ist der Raum der Brüderlich-

keit, in dem sich auf diese Weise Freiheit und Gleichheit entfalten und begrenzen zugleich. In den Familien wächst die Brüderlichkeit, die uns die Last der anderen tragen lehrt und tragen läßt und die allein Freiheit und Gleichheit nebeneinander duldet und übt, die Gesinnung der Solidarität, ohne die es auf Dauer eine demokratische Weise, die politische Ordnung zu gestalten, nicht geben wird.

Meine Freunde, wir wissen allesamt, wie begrenzt die Möglichkeiten der Familienpolitik sind, diese sittliche Gestalt der Familie zu formen. Das wird immer zuerst die Aufgabe der Eltern sein, der Väter und der Mütter, und dann der Kirchen und mancher Kräfte der Gesellschaft auch.

Aber wo die Wirtschaftsgesellschaft von Haus aus nur die Leistung und nicht die Familie kennt, da muß die politische Gesellschaft, da müssen die Parteien, da muß der Staat wissen, was er der Familie schuldig ist.

Auch wir meinen, der Staat solle nicht in die Familie hineinregieren; auch wir meinen, die Familie solle und müsse sich in eigener Verantwortung entfalten und ihr Leben gestalten können. Aber, meine Freunde, gerade dazu bedarf es eben der materiellen Voraussetzungen. Was da vor 50 Jahren noch reichlich gewesen sein mochte, reicht heute vielfach nicht mehr aus. Für die materiellen Bedingungen der Freiheit gibt es kein für alle Zeiten gültiges Rezept und Maß. Wir werden dieses Maß Immer in einer doppelten Relation suchen müssen, einmal in der Relation den allgemeinen zivilisatorischen und kulturellen Niveaus; aber auch in Relation zum Lebensniveau vergleichbarer sozialer Gruppen. Deswegen, meine Freunde, kennt der Familienlastenausgleich in der ganzen Welt eine Einkommensgrenzen; das bringt uns in den Spitzeneinkommen Ärgernis, das man aber, wie ich meine, in Kauf nehmen muß, einfach weil die allgemeine Prüfung des Einkommens mehr Geld verschlingen würde als eingespart werden könnte.

Meine Damen und Herren! Ich will heute und hier nicht lange aufzählen, was geleistet wurde, aber nebenbei möchte ich doch unserem Freund Wuermeling danken; er hat die Familienpolitik in Deutschland begründet und durchgesetzt; und ihm gebührt der Dank auch für die wesentlichen Verbesserungen im Familienlastenausgleich, die erst, seit ich das Ministerium leite, durchgesetzt werden konnten. Er hat gesät, wo wir ernten konnten.

(Beifall)

Zu dem, was erreicht wurde, kurz folgendes: Mit den Verbesserungen der Kinderzulagen und Kindergelder, mit den Ausbildungszulagen, mit den wesentlichen Verbesserungen für die Familien im sozialen Wohnungsbau sowie bei den Miet- und Lastenbeihilfen und nicht zuletzt durch die familienpolitische Gestaltung des Gesetzes zur Eigentumsbildung haben wir innerhalb von gut 10 Jahren im internationalen Vergleich der Familienpolitik die Spitzengruppe erreicht — Frankreich und

Belgien, Länder, die mit dem Ausbau der Familienpolitik schon nach dem ersten Weltkrieg begonnen hatten. Meine Freunde, ich sage das nicht, um uns zu rühmen, ich sage es nur für jene notorischen Miesmacher, die nichts gelten lassen wollen, was die Bundesregierung gemacht hat.

In zwei Richtungen haben wir dem Familienlastenausgleich neue Wege gewiesen und neue Akzente gesetzt – bildungspolitisch und eigentumspolitisch.

Aber wir sind mit unserer Familienpolitik noch nicht am Ziel. Als erstes muß in der nächsten Legislaturperiode der Rest der Einkommensgrenze für das Zweitkindergeld fallen, das auch nicht länger auf 25,— DM monatlich stehen bleiben kann; wir sollten dieses Zweitkindergeld so bald wie möglich — das wenigstens ist meine persönliche Meinung — auf 40,— DM monatlich anheben.

(Beifall)

Noch in diesem Jahr muß vor allem das Ausbildungsbeihilfenwesen für die weiterführenden Schulen sowie für alle Einrichtungen des zweiten Bildungsweges einvernehmlich zwischen den Ländern und dem Bund geregelt werden, ähnlich großzügig, wie es für wissenschaftliche, pädagogische und Musikhochschulen und für die Ingenieurausbildung geregelt worden ist. Und dort, wo es für die Ausbildung als Lehrling oder Anlernling notwendig ist, die Jungen und Mädchen auswärts unterzubringen, müssen auch sie dafür die gleichen Beihilfen erhalten.

Ob und in welcher Richtung die Ausbildungszulagen im Rahmen des Familienlastenausgleichs weiter ausgebaut werden müssen, kann nur in Abstimmung mit einem solchen Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern entschieden werden.

Im Wohnungsbau, meine Freunde, hat es die kinderreiche Familie nach wie vor schwer; deswegen muß sie nach wie vor bevorzugt gefördert werden. Aber ich möchte hier doch sagen: bei gutem Willen der Länder und Gemeinden könnten schon nach dem heute geltenden Recht alle versorgt werden.

Die junge Familie braucht vielfach für den Anfang eine Hilfe; wir suchen sie in Verbindung mit dem Prämiensparen.

Für die Familienferien vor allem der unteren Einkommensschichten und der Kinderreichen fehlt noch viel Raum; hier müssen die Mittel des Bundes und der Länder verdoppelt werden.

Aber, meine Freunde: Über manches wäre noch zu sprechen, über die Stellung der Frau in der modernen Gesellschaft und über die arbeitende Mutter, auch über unsere Alten. Doch darüber wird Frau Dr. Strecker und Herr Prälat Schulte referieren. Ich möchte nur noch sagen, daß es für die Zukunft besonders wichtig sein wird, die Familie intensiv in die Bildungsarbeit mit einzubeziehen; der Staat wird hier in erster Linie fördernd tätig sein müssen; und ich kann nur hoffen, daß

sich vor allem die beiden Kirchen, aber auch andere pädagogische Kräfte der Gesellschaft dieser Aufgabe systematisch annehmen; das gilt einmal für die Erziehung und Bildung auf die Familie hin, aber auch für Rat und Hilfe, welche die Familie über die verschiedenen Phasen hinweg begleiten.

Meine Freunde, ich komme zum Schluß:

Was ich da insgesamt gesagt und vorgeschlagen habe, sind alles keine spektakulären Dinge; das eignet sich alles nicht für Schlagzeilen. Aber all das ist außerordentlich wichtig. Die Familienpolitik ist und bleibt das Kernstück unerer Gesellschaftspolitik, weil wir wissen, daß in unseren Familien letztlich viel Wesentliches vorweg entschieden wird für die nachwachsende Generation, für unsere Gesellschaft und für unser Land.

Heinrich Krone hat einmal, als er noch Fraktionsvorsitzender war, gesagt, an der Familienpolitik werde man erkennen, ob in Bonn die christlichen Demokratien regieren oder andere.

Nun, meine Freunde, für die Vergangenheit meine ich, können wir uns sehen lassen, und für die Zukunft bleibt das unsere Pflicht. Ich danke schön.

(Beifall)

Frau Brauksiepe: Sehr, sehr herzlichen Dank, lieber Herr Familienminister. Ich glaube, gerade aus Ihren Schlußworten geht überzeugend hervor, wieviel noch zu diskutieren ist, wieviel für die kommenden Gesetze noch vorzubereiten ist. Wir können Ihnen nicht dankbar genug sein, daß Sie gerade in dieser Morgenstunde noch einmal so klar und überzeugend dargetan haben, daß alles Öffentliche familienbezogen sein muß, daß Sie noch einmal betont haben, Herr Minister Dr. Heck: die Aufgaben, die dem Staat zustehen, nicht zufallen, nur das, was ihm zusteht, haben Sie noch einmal sichtbar gemacht. Wir, die wir in einer christlichen Union sind, haben die Dinge für morgen zu überprüfen, was für uns als letzte Richtschnur gilt; wir haben die Familien nach ihrer Gesinnung zu überprüfen. Das haben Sie ja immer dargetan, das hat auch Ihr Vorgänger immer dargetan, daß im Grunde genommen die Familie das beste soziale Seminar ist, das einer mitmacht.

Was Sie zum Schluß bezüglich Ihrer Vorschläge, bezüglich dessen, was zu tun bleibt, hier aufgezeigt haben, gibt genug Stoff für eine großzügige und weit angelegte Diskussion am Nachmittag. Mir bleibt für diese Stunde nur das Wort des ganz herzlichen Dankes, daß Sie diesen Tag für uns mit einem so grundlegenden Ausblick eröffnet haben.

(Beifall)

Und nun spricht zu dem Thema "Die Frau" Frau Dr. Gabriele Strecker. Sie hat das Wort.

Dienstag, 30. März 1965

Arbeitskreis IV

"Probleme der modernen Gesellschaft"

Frau Dr. Strecker: Meine sehr verehrten Anwesenden! Liebe Abgeordnete! Ich danke dem Herrn Minister. Er hat sich auf sein Thema beschränkt. Ich werde das gleiche tun. Sie werden dabei erkennen, daß man innerhalb der CDU sehr verschiedene Ansichten haben kann, und daß es sich vom Blickpunkt der Familie aus vielleicht nicht so ansieht, wie es der Herr Minister dargestellt hat.

Auf dem Fachkongreß der CDU über die berufstätige Frau in Bochum fiel das Wort:

"Die Frau muß in jeder Phase ihres Lebens erkennen, daß der Beruf eine Möglichkeit zur Gestaltung ihrer Persönlichkeit ist. Die Famille darf sie darüber nicht vernachlässigen."

Damit ist der mehrgleisige Möglichkeitscharakter weiblicher Existenz umrissen, eine Mehrgleisigkeit, die das Leben der Frau mit Problemen belastet, welche der Mann nicht kennt. Die Frau kann sich ausschließlich für den Beruf entscheiden, sie mag sich als ausschließliches Lebensziel die Ehe wählen, sie kann Beruf und Ehe zu vereinen suchen, und schließlich gibt es das Nacheinander von Ehe und Beruf, wie es sich am deutlichsten bei den berufstätigen Witwen und den Geschiedenen zeigt.

Werfen wir einen Blick auf die vielgestaltige Landschaft weiblicher Berufstätigkeit.

Wir befinden uns im Augenblick, 1965, auf einem steilen Gipfel der Frauenarbeit. Darum fällt sie so auf, deshalb ringt man so leidenschaftlich um Lösungen für drängende Fragen, die sich unter der Hand wandeln und in wenigen Jahren das Gesamtbild verändert haben werden.

Fangen wir mit den Besonderheiten an, dem unverkennbar Neuen – denn alt ist die Erwerbstätigkeit der Frauen, auch die der verheirateten. Neu ist die Ausdehnung dieser Tätigkeit – aber – vom gegenwärtigen Höhepunkt weiblicher Erwerbstätigkeit mit einer Erwerbsquote von 32,6% im Jahre 1963 fällt die Kurve in Zukunft ständig.

1964 gab es 9,9 Millionen weiblicher Beschäftigter.

1971 werden es nur noch 9,2 Millionen sein oder anders ausgedrückt:

die Erwerbsquote von 1963 mit 32,6% sinkt 1975 auf 29,5%

um nur ganz leicht im Jahre 1980 anzusteigen.

Merken wir als 2. Besonderheit:

Der Höhepunkt weiblicher Erwerbstätigkeit wird im 20. Lebensjahr erreicht, wo rund 90% aller Frauen arbeiten, dann sinkt dieser Wert ganz steil ab, bis zum Tiefpunkt von 44,1% im 32. Lebensjahr.

Nach einem sehr leichten Ansteigen zwischen dem 37. und 41. Lebensjahr beobachten wir einen 2. Tiefpunkt im Alter von 52 Jahren, wo die weibliche Erwerbstätigkeit noch unter dem Stand von 14- bis 15jährigen liegt. Im Alter von 65 Jahren beträgt die Erwerbsquote nur noch 2,6%.

Diese so völlig anders als der steil ansteigende und kontinuierliche ausdauernde Arbeitsrhythmus des Mannes verlaufende Arbeitskurve der Frau ist der Ausdruck ihrer potentiellen Möglichkeit, ihrer uralten und ewigen biologischen Rolle und ihrer neuen partnerschaftlichen Rolle. Die zweimal Umworbene — vom Mann — es zeichnet sich bereits ein leichter Männerüberschuß ab — und die vom Arbeitsmarkt Umworbene — ohne die Frauen würde die Wirtschaft zugrunde gehen — steht vor einem Dilemma, das sie zunehmend zugunsten der alten Rollenaufgabe: Frau und Mutter, löst.

Es war nicht immer so. In den zwanziger Jahren begeisterten sich die jungen Mädchen für neu gewonnene Berufsmöglichkeiten mehr als heute. Der große Frauenüberschuß nach dem ersten Weltkrieg, der weitere nach dem zweiten Weltkrieg ließen rund 2 Millionen Frauen gar keine andere Wahl. Es sind die Ledigen, heute die älteren, ja alten Ledigen, welche unverkennbar die Arbeitswelt geprägt haben und das falsche, heute falsche Bild in der Öffentlichkeit haben entstehen lassen, als ob der Beruf lebenslänglich sei wie beim Mann. Heute beobachten wir den Abbau des alten Leitbildes: "Nur Vollarbeit".

Heute scheiden diese Mädchen und Frauen aus der Arbeitswelt aus. Bis 1975 werden die ledigen Frauen unter 25 Jahren abnehmen, weil sie heiraten, die über 60jährigen, weil sie pensioniert werden. Ganz allgemein: Der Ledigenanteil wird ständig sinken, von 1965 bis 1970 um 150 000, oder, anders ausgedrückt, die Erwerbsquote der ledigen Frauen sinkt schon seit 1963; desgleichen wird die der verwitweten Frauen zurückgehen. War deren Erwerbsquote 1963 noch 24,7 Prozent, so wird sie 1980 auf 19.8 Prozent gesunken sein.

Verweilen wir einen Augenblick bei der wichtigen Gruppe der Ledigen und im weiteren Sinn der alleinstehenden, verwitweten und geschiedenen weiblichen Erwerbspersonen: Jede fünfte Frau von 50 Jahren ist verwitwet, aber nur jeder 100. Mann! Eine weitere Zahl charakterisiere einen fast tragischen Tatbestand: Ein Fünftel aller Haushaltungen sind Ein-Personen-Haushalte mit weniger als 3600 DM Jahreseinkommen.

Diese alleinstehenden Frauen haben Ungeheures geleistet. Einmal liegt auf ihrem Leben der Schatten des Verzichts. Die ungemein ..taktvolle" Frage, die so vielen unverheirateten Frauen im Laufe ihres Lebens gestellt wurde: "Warum haben Sie nicht geheiratet?" und die nur mit der Antwort: "weil unsere potentiellen Männer gefallen sind" beantwortet werden kann, ist auch heute nicht ausgestorben. In einem Rundbrief katholischer Akademikerinnen war vor einiger Zeit zu lesen: "Wir haben uns von Beginn an dafür eingesetzt, daß der Personenwert von verheirateter und unverheirateter Frau gleichgesetzt wird. Es muß immer wieder gegen Unverständnis und Mangel an Liebe angekämpft werden, damit die unverheirateten Frauen an jeder Stelle, auf die die göttliche Fügung sie stellt, sich ihres persönlichen Werts bewußt werden können. Mit Bedauern wurde festgestellt, daß die unverheiratete Frau das Gefühl nicht loswerde, im Raum der Kirche keinen rechten Standort zu haben. Nur wenn man spürt, daß die Anliegen der unverheirateten Frau genauso ernst genommen werden wie die der Familienmutter, wird ein Vorurteil beseitigt werden können." Soweit dieses Zitat.

Die ledigen Frauen sind auch Kriegsopfer. Da sie aber in einer Gesellschaft leben, welche die Familie, Herr Minister Heck, höher als das Ledigsein wertet, blieb diesen Frauen nichts anderes übrig, als im Schatten gesellschaftlicher Abwertung einen Teil ihres Gefühlslebens in den Beruf zu investieren. Die positiven und negativen Seiten eines ganz auf den Beruf gestellten Frauenlebens sind hinreichend bekannt und leider häufig verzerrt dargestellt worden. Die ledigen Frauen, als Kerntruppe weiblicher Berufstreue, Beständigkeit und Tüchtigkeit am Arbeitsplatz hochgeschätzt, haben sich als diejenige Gruppe von Berufsfrauen qualifiziert, die man, wenn sie einmal ausgeschieden sind, schmerzlich vermissen wird.

Es muß zu denken geben, daß gerade aus dieser, der Wirtschaft so notwendigen Gruppe sich bei den jüngsten Wahlen, zum ersten Male sichtbar 1961, Stimmverluste für die CDU ergeben haben.

Versuchen wir, diese Erscheinung zu erklären: diese Frauen fühlen sich grundsätzlich von der Politik im Stich gelassen, einmal weil sie steuerlich und in den Wohnungsfragen nicht so berücksichtigt werden wie etwa die junge Familie. Mit Recht forderte deshalb ein Arbeitskreis in Bochum folgendes:

"Keine Verringerung der Rentenhöhe bei Teilzeitarbeit. Keine Bestrafung des Willens zur Arbeit der alleinstehenden Frauen. Wie für junge Ehepaare 3000 DM Aufwendungen zur Gründung eines eigenen Haushalts steuerlich abzugsfähig sind, so sollten die gleichen Vergünstigungen auch der alleinstehenden Frau die Schaffung eines eigenen Heims erleichtern. Verstärkte Schaffung von 2-Zimmer-Wohnungen für alleinstehende Frauen im sozialen Wohnungsbau. Elternrente für die Hinterbliebenen alleinstehender Frauen."

Es wäre des Schweißes der Edlen wert, wenn diese Forderungen durch die Gesetzesinitiative unserer Fraktion schnell Wirklichkeit würden.

Ledigsein, Alleinsein und Älterwerden gehen ja unmerklich ineinander über. Zu dem an und für sich nie einfachen Los des Älterwerdens — und die Frauen haben nun einmal eine viel höhere Lebenserwartung als die Männer — gesellt sich viel häufiger als beim Mann bei den Frauen das Alleinstehen, das Alleinsein. Der 80jährige findet eine oft noch junge Frau, die ihn versorgt, die alte Frau hat niemanden.

Müssen wir diese Tatbestände nicht viel schärfer sehen und differenzierter behandeln als es der Fall ist? Vielleicht erkennt man auch - ein wenig spät -, daß die erstklassige Qualität der Dienstleistungsberufe in der Vergangenheit auf der Ehelosigkeit beruhte. Müssen wir nicht die Forderung erheben nach Anerkennung der Leistung dieser ledigen Frauen durch eine humanere Gesinnung? Gewiß kann die Politik ihrem Wesen nach humanitas nicht anordnen, aber die Politiker können durch einfühlendes Verständnis in die Problematik einer Gruppe, deren Schicksal gesamtgesellschaftlich bedingt ist, Versäumnisse nachholen und für eine Milderung der Spannungen sorgen, wie man sie gelegentlich im Schoße der Familienorganisationen und im Gemüt der einzelnen ledigen Frau auftauchen sieht. Vielleicht kümmern sich in Zukunft die Familien mehr um die Alleinstehenden, ohne diese als Konkurrenz zu betrachten. wenn diese noch im heiratsfähigen Alter sind, noch als Last oder billige Arbeitskraft, wenn die alleinstehenden Frauen älter geworden sind. Die Problematik des mangelnden gegenseitigen Verständnisses beider Gruppen ist so vielschichtig, so mit verworrenen Gefühlen beladen, daß ich sie hier nur streifen kann.

Aber noch sind wir weit davon entfernt, alleinstehende Frauen integriert zu haben. Die ledige Frau ist für die Familie ein Fremdkörper – und das sollte nicht so bleiben.

Wie die weibliche Erwerbstätigkeit insgesamt, mindert sich auch das Ledigenproblem, weil die Ledigen aussterben, kurzfristig aber hat es wenig von seiner bitteren Not verloren.

Langfristig werden bis 1980 die älteren Alleinstehenden anwachsen und erst 1980, also in 15 Jahren, unter den Stand von 1963 sinken. Diese Frauen sind ein eminentes politisches Kapital. Man weiß, wie sehr ältere Frauen in ihrem Wahleifer erlahmen. Müssen sie das wirklich? Liegen hier nicht ungenutzte Möglichkeiten? Wählerstimmen sind unter anderem auch Frucht vom Baum geduldiger Bemühungen einer Partei und ihres Programms, Bemühungen um alle Gruppen, auch um das vergessene Fünftel.

(Beifall)

Sinnvolle Betätigung älterer Frauen sollte in jeder Weise von uns unterstützt werden. Ich trage hier Forderungen eines Bochumer Arbeitskreises vor: "Anpassung der Automation und der Rationalisierung an die älteren Frauen. Unterstützung von Sondermaßnahmen zur Rückkehr älterer Frauen in den Beruf. Abzugsfähige Umschulungs- und Fortbildungskurse für ältere Frauen."

Unsere CDU, politisch ja ein Mikrokosmos, der alle Gruppen unserer Bevölkerung umfaßt, sollte das wichtige Segment "ältere, ledige, alleinstehende Frau" mit dem gleichen Ernst behandeln, wie sie, völlig zu Recht, der Familie gegenübertritt. Leben wir schon einmal in einem Staat, der durch zwei Weltkriege einen Frauenüberschuß wie sonst nur die Sowjetunion hat, dann sollen wir als staatstragende, moderne Partei dieser Tatsache eingedenk sein und die Gewichte in der Steuer, Sozial-und Wohnungspolitik gleichmäßig verteilen.

Wenn sich von 1950 bis 1962, in 12 Jahren, die Gesamtzahl der Beschäftigten um 53 Prozent erhöht hat, dann betrug die Zunahme der Männer nur 43 Prozent, die der Frauen aber 74 Prozent. Eine eindrucksvolle Steigerung des Willens der Frau zur Erwerbstätigkeit, aber auch des Riesenangebots an Arbeitsmöglichkeiten. Was steckt alles in dieser Zahl? Die Zunahme der verheirateten Frauen an der Erwerbstätigkeit; denn die Ledigen arbeiten ja praktisch alle. Mehr verheiratete als ledige, verwitwete oder geschiedene Frauen zusammen arbeiten. Was heißt das, meine Damen und Herren? Es gibt mehr verheiratete Frauen als je zuvor in unserer Geschichte — noch in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gab es z. B. in der Stadt Frankfurt wesentlich mehr ledige als verheiratete Frauen.

Man heiratet also in größerer Zahl – und das zwelte – In jüngeren Jahren und stellt damit ein ganzes Denkklischee, wie es für die Jahrhundertwende zutraf, auf den Kopf, ohne daß man den Wandel richtig zur Kenntnis nimmt.

Früher, im bürgerlichen Zeitalter, dessen Vorstellungen von der welblichen Frau noch viele von uns bestimmen, heiratete das Mädchen Mitte bis Ende Zwanzig. Wer nicht heiraten konnte, weil sie die Voraussetzungen, Mitgift, standesmäßige Partie, nicht erfüllen konnte, blieb ledig, saß herum oder ergriff, heiratete den Beruf. Es war die Zeit der klassischen Hochleistungen der Dienstleistungsberufe. Mit 50 Jahren war man Großmutter und hatte noch 10 Jahre Lebensabend vor sich.

Heute heiratet man mit 20, ist mit 40 Großmutter, hat aber noch 35 Jahre Lebenserwartung und fühlt sich ja auch mit 60 oder 70 Jahren jünger als früher mit 50.

Dieser raschere Generationsumschlag beeinflußt die Erwerbstätigkeit der verheirateten Frau in ganz charakteristischer Weise.

Die 4,7 Millionen verheirateter erwerbstätiger Frauen sind wichtige Kräfte auf dem Arbeitsmarkt, sie sind in der Mehrzahl nicht identisch mit den Karrierefrauen, welche die Ausnahme bilden. Durchschnittlich arbeiten

verheiratete Frauen nur 4 bis 5 Jahre. Wir haben eingangs gehört, daß der Höhepunkt weiblicher Berufstätigkeit mit 20 Jahren erreicht wird. Die allermeisten Frauen ziehen sich mit dem ersten Kind in die Familie zurück. Die allermeisten verheirateten Frauen sind erwerbstätig, weil sie keine oder noch keine Kinder haben.

Das Leben der kinderlosen, verheirateten, berufstätigen Frau ist ungleich weniger konfliktreich als das der erwerbstätigen Mutter — über die noch zu sprechen ist —, ganz konfliktlos ist es nicht. Die zweideutige Haltung der Öffentlichkeit, die zwischen dem alten Ideal der ganz aufs Heim gestellten weiblichen Frau und dem neuen der erfolgreichen Karrierefrau hin- und herschwankt, macht es der Frau schwer, einen Platz in der Gesellschaft zu finden.

1963 erschien ein amerikanisches Buch: "Die weibliche Mystik", das kolossales Aufsehen erregte. Es stellt folgendes fest - einige Zitate -: "In den Zwanziger Jahren lag der Nachdruck auf der beruflichen Gleichberechtigung der Frau, auf ihrer Heranbildung zur Persönlichkeit neben oder ohne familiäre Pflichten. Im 2. Weltkrieg gab es eine Reaktion. Die Männer lagen an der Front und sehnten sich nach Frieden - wir alle wissen ja, wie schnell die Vereinigten Staaten nach dem Krieg abgerüstet haben. Zum Bild des Friedens gehörte die Frau, so weiblich, so anschmiegend, so verführerisch wie möglich, die ganz dem Mann und dem Heim lebt. Gleichzeitig stieg die öffentliche Temperatur, soweit Gefühlsleben und Sexualität im Spiele waren, auf nie gekannte Hitzegrade. Das junge Mädchen wurde auf Sex und Männerfang gedrillt, 20jährige, unverheiratete Mädchen fühlen sich sitzengeblieben, unangepaßt. Die junge Amerikanerin hat durchschnittlich 3-4 Kinder, mit 40 Jahren ist sie Großmutter, unausgelastet und hat Heimweh nach dem Geist, nach Bildung, nach einer Tätigkeit, die neue, schöpferische Kräfte in ihr weckt und wachhält. Weil die öffentliche Meinung den Nachdruck auf die rein weibliche Rolle legt, wird es der Frau ungemein schwer, die psychologischen Hürden zu nehmen und sich mit 40 Jahren einen Beruf aufzubauen, zumal sie ia seit der Schule oder dem College die Fühlung mit der Berufswelt verloren hat. Die Folge: es entwickeln sich Schuldgefühle. weil sie Angst hat, dem andern Drang in ihr, dem Drang nach Betätigung außerhalb der Familie, nachzugeben."

Soweit die amerikanischen Erkenntnisse. Wie so oft, ist aber hier Amerika nur Schrittmacher für Verhältnisse, wie sie sich bald bei uns abzeichnen dürften; deshalb sollten wir ein solches Barometer zur Notiz nehmen.

Welche Folgerungen sind aus dieser Lage zu ziehen? Es ist sinnlos, die Berufstätigkeit der verheirateten Frau zu kritisieren, denn wo alles heiratet, wird in Zukunft die weibliche Berufstätige eine verheiratete Frau sein oder verheiratet gewesen sein. Was tun wir, um ihre Doppelaufgabe zu erleichtern? Was tun wir, um der Bildung und Ausbildung des jungen Mädchens das gleiche Gewicht zu geben, wie wir es beim jungen Mann

tun? Grundsätzlich sollte jede Berufsausbildung vor der Ehe des jungen Mädchens behandelt werden, als ob es keine Ehe und keinen anderen Ausweg gäbe. Heiratet die junge Frau, dann sollten weit mehr Möglichkeiten, als sie bisher existieren, geschaffen werden, um der Frau die Fühlung mit dem erlernten Beruf zu erlauben.

Es zeichnet sich ferner ein zweites Berufselntrittsalter ab, Ich verwies bereits auf die erhöhte Berufsquote im Alter von 37–42 Jahren. Für dieses Lebensalter müßten Grundausbildungsmöglichkeiten, Wiederauffrischungskurse, Umschulungen und Ähnliches geschaffen werden. Ein reiches Feld bietet sich hier unseren Kultur- und Familienpolitikern an. Aus dem Katalog der Forderungen des Arbeitskreises III in Bochum erwähnte ich hier nur:

..Ausbau des allgemeinen Schulwesens auf der mittleren Stufe. Die Frauenoberschulen bedürfen gerade in landwirtschaftlichen Gegenden besonderer Förderung. Der zweite Bildungsweg sollte sich mehr als bisher auf die Weiterbildung der Mädchen einstellen. Wegen der häuslichen Belastung - die Doppelgleisigkeit weiblicher Existenz lastet schon auf der 12jährigen Schülerin - sind Abendklassen für Mädchen schwerer zugänglich. Aufbaukurse für Frauenberufe müßten an zentralen Orten geschehen, höhere Wirtschaftsschulen breiter gestreut werden. Förderung der außerschulischen Mädchenbildung, der konfessionellen und freien Jugendarbeit. Verstärkung berufsbezogener Bildungshilfe. Der Teilzeitarbeit ist besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Betriebe, Verbände, Kommunen, Arbeitsverwaltungen, Gewerkschaften. Volkshochschulen. Fach- und Höhere Fachschulen können besondere Schulungskurse zur Auffrischung beruflicher Kenntnisse einrichten. Fernkurse wären auszubauen. Das Dritte Fernsehen hätte als Bildungsfernsehen gerade für Frauen große Aufgaben. Die Kosten für solche Leistungen sollten steuerlich berücksichtigt werden und Mittel bereitgestellt werden."

Und der 2. Arbeitskreis formuliert so:

"Die Frau muß fähig sein, soziale, gesellschaftliche, politische und kulturelle Kenntnisse aus eigener Beobachtung zu erreichen. Nur dadurch wird sie, speziell gegenüber älteren Kindern, voll erziehungsfähig. Diese Forderung leitet aber unmittelbar in die Erkenntnis über, daß jene 20–40 Jahre, die nach Erfüllung der Mutterpflichten übrig bleiben, nicht als Leerlauf in der bloßen Wiederholung stecken bleiben dürfen. Das Aufschließen neuer Lebensbereiche ist notwendig. Bei erhaltener Leistungsfähigkeit ist die Wiederaufnahme des Berufs oder aber das weite Feld des ehrenamtlichen Einsatzes, ja, des politischen Einsatzes, empfehlenswert.

Die Frau ist dazu berufen, ihre Probleme zu erkennen und zu formulieren. Deren Lösung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe." -

Meine Damen und Herren, vergessen wir nicht, daß von 100 verheirateten Frauen immerhin 86 keiner ganztägigen Erwerbstätigkeit nachgehen, ganztägig sind nur 14 Prozent, halbtägig 10 Prozent und stundenweise 7 Prozent tätig. Wir sollten aber das Offenhalten der Möglichkeit zum Erwerb nicht bestreiten, sondern bejahen. Die Wirtschaft tut dies ohnehin, sie möchte gar so gern aus den Gastarbeiterinnen der Konjunktur Dauerkräfte machen, wenn die Frauen wollten, wenn die Frauen könnten. Und die Frauen selbst? Wie das amerikanische Beispiel zeigt, fühlen sie, ungeachtet der rein weiblichen Rolle, die sie mit 20 Jahren ergreifen, mit 40 Jahren, daß mehr Talente in ihnen schlummern, als die kleiner gewordene Familie braucht. Arbeiten wir hier auf eine nüchterne Einstellung unserer Gesellschaft hin. Reden wir nicht von Partnerschaft, sondern lassen wir sie sich in der Praxis entfalten, damit den Frauen Schuldgefühle oder ein falsches schlechtes Gewissen erspart bleibt.

Die Diskussion geht im Grunde nur noch um die Berufstätigkeit der Mütter kleiner Kinder. Sie ist, wie die neuesten Statistiken zelgen, nicht so groß, wie angenommen, noch ist die Zahl der nicht beaufsichtigten Kinder alarmierend. In der Lebenswirklichkeit löst sich der abstrakte Fall leichter auf als in den Schlagzeilen der Presse. Ob die Zahl groß oder klein ist — grundsätzlich sind die Bedenken gegen die außerhäusliche Erwerbsarbeit von Müttern kleiner Kinder so berechtigt, daß wir hier nur wiederholen wollen, was Immer schon betont wurde: Mütter kleiner Kinder sollen nicht arbeiten müssen (Beifall). Eine sinnvolle Familienpolitik ist besser als umfassende außerfamiliäre Einrichtungen, welche Kinder und Säuglinge betreuen. Der Bochumer Arbeitskreis I formulierte:

"Von einem verbesserten und differenzierten Familienlastenausgleich, der die Mütterarbeit aus materiellen Gründen unnötig macht, wird eine wichtige Unterstützung der freien und verantwortungsbewußten Gewissensentscheidung der Mütter, zu arbeiten oder daheim zu bleiben, erhofft. Damit in Zusammenhang stehen Fragen der elastischen Gestaltung der Berufstätigkeit und der Teilzeitarbeit."

Zusammenfassend: 10 Prozent der Bevölkerung, d. h. 6 Millionen alleinstehender Frauen über 40 Jahren, dazu die fast 5 Millionen erwerbstätiger Frauen ist ein so beträchtlicher Teil der Gesamtbevölkerung, daß rein quantitatives Denken schon stutzig werden muß, angesichts der Fülle der durch diese Zahlen aufgeworfenen Probleme. Aber wir fangen erst an, die Qualität dieser Probleme zu begreifen, sie aufzufächern in differenzierte Teilprobleme. Gerade weil die junge Frau sich heute in der weiblichen Rolle bejaht und darin von der Gesellschaft unterstützt wird, ist der im 5. Lebensjahrzehnt aufkeimende vermehrte Drang zur Erwerbstätigkeit interessant und ein Zeichen dafür, daß man die Frauen nicht einengen kann auf ein traditionelles Frauenbild, sondern daß ihre menschlichen Möglichkeiten größer sind, als die gängige Meinung

glaubt. Wieviel leichter wird die Frau die Schwelle des Heimes überschreiten können, wenn in ihrer Jugend die Fundamente so gründlich gelegt, in den Jahrzehnten von 20 bls 40 Jahren so frisch gehalten wurden, daß der Absprung in die Berufswelt kein schwerer Bruch mit dem Gewesenen, sondern ein reibungsloser Übergang ist, unbelastet vom schlechten Gewissen. Wenn aber der Frau mit 40 oder 45 Jahren noch zwei Jahrzehnte zur Verfügung stehen, dann ist auch die Frage des Pensionseintrittsalters zu revidieren, wahrscheinlich im Zusammenhang mit gewandelten Ansichten auch über das des Mannes. Auch sollte eine nüchterne Beurteilung der Aufstiegschancen Platz greifen. Wo keine Kontinuität des Berufes da ist, wo lange unterbrochen wird, sind die Aussichten, an die Spitze zu kommen, gering. Ganz allgemein wäre zu sagen, daß in einer Gesellschaft, die dem Lustprinzip huldigt, das Leistungsdenken zurückgeht. Große berufliche Leistungen bedürfen einer harten Erziehung und langer Schulung. Sie beruhen auf sublimiertem Triebverzicht und nicht auf dem Anspruch, ein Recht auf Glück zu haben.

(Beifall)

Das ist die andere Seite des Dranges zum Ausleben der rein weiblichen Rolle, die man auch einmal von dieser Warte aus ansehen sollte.

Die Politik kann nicht in feinste psychologische Vorgänge eingreifen. Sie kann aber wie ein Seismograph die leisen Erschütterungen registrieren, welche im schnellen Wandel der Gesamtgesellschaft das alte Frauenbild umgemodelt haben und ganz neue Aufgaben, Möglichkeiten und Ziele zeigen.

Hier Hilfestellungen leisten durch einen sinnvollen Institutionellen Rahmen, durch das Bemühen unserer Politiker um Erkenntnis und Verständnis für die Problematik der verschiedenen Frauengruppen, das sollte uns heute in diesen Stunden beschäftigen. Ballast über Bord, neue Fracht und klarer Kurs in einer Atmosphäre des Einverständnisses, nicht darüber, was die Frau sollte, sondern was sie nach Lage der Dinge tun kann und tun muß.

(Beifall)

Vorsitzende Frau Braukslepe: Ich möchte unserer Referentin, Frau Dr. Strecker, sehr, sehr herzlich danken.

Meine Damen und Herren, wir sind daran gewöhnt, daß man, wenn Frau Dr. Strecker spricht, einen Bleistift zückt und Anmerkungen macht wegen ihrer herausfordernden Formulierungen. Ich bin von Herzen dankbar dafür, daß wir hier in diesem Gesamtrahmen dessen, was heute angeboten wird, dieses Thema individuell gestellt haben, das die ganze Problematik einer Gesellschaftsgruppe enthüllt, die heute eine so große Rolle spielt, die aber politisch bisher nicht genug beachtet wurde.

Das zweite, was mir von daher bedeutsam erscheint, ist die Tatsache, daß dieses Referat in die Mitte gerückt wurde, und zwar als ein Zeugnis.

Was mir ferner bedeutsam erscheint, ist, daß eine Überprüfung der Frau im Beruf — von welcher Seite auch immer — gleichzeitig eine deutliche Enthüllung, eine deutliche Analyse der Familie in unserer Gesellschaft bedeutet, und das ist hier sicherlich deutlich sichtbar geworden.

Wir wollen also die vielen Wortmeldungen, die im Geiste erfolgt sind oder jetzt schon vorliegen, mit Vergnügen heute mittag sammeln und sehr breit darüber diskutieren, wie es ja dieses Thema auch erfordert, damit wir deutlich sehen, was unveränderlich bleiben muß und was wandelbar ist. Darauf wird es ankommen.

Es ist mir nicht aufgegeben, hier nachzuinterpretieren, sondern viel eher für dieses Referat noch einmal herzlich zu danken und überzuleiten auf das dritte Referat, das eine Gruppe in der Gesellschaft behandelt, die ebenso dringend wie die gerade beleuchtete unserer ganzen Aufmerksamkeit bedarf.

Das Thema: "Der betagte Mensch, der alte Mensch" reicht so tief in unsere persönlichen Lebensbereiche hinein, daß ich Ihnen, Herr Prälat Schulte, vorher schon meinen aufrichtigen Dank dafür sagen möchte, daß Sie sich für dieses Thema zur Verfügung gestellt haben.

Wenn alle Referate dargeboten sind, werden wir spüren, welche Bedeutung diesem Arbeitskreis innerhalb des gesamten CDU-Parteitages zugefallen ist.

Ich darf Ihnen nun das Wort geben, Herr Prälat Schulte.

Dienstag, 30. März 1965

Arbeitskreis IV

"Probleme der modernen Gesellschaft"

Prälat Dr. Caspar Schulte:

Meine Damen und Herren! Es ist zu Beginn bei der Begrüßung auf meine Bescheidenheit abgehoben worden. Es hat aber mit Bescheidenheit nichts zu tun. Im allgemeinen werden die Theologen als die bescheidensten Menschen angesehen. Wir stehen sozusagen immer im Turm. Man hört dann aber immer ein Schimpfen über die Pastoren, daß sie aus dem Turm herauskommen sollten. Daß ich da hinten Platz genommen habe, liegt einfach daran, daß man hinten besser hören kann. Übrigens habe ich in der Schule auch hinten gesessen, nicht wegen meiner Dummheit, sondern weil es nach dem Alphabet ging.

Ich soll über die Frage des alten Menschen sprechen. Nun sind Fragen immer peinlich. Das war schon in der Schule so. Wenn man zur Schule kam und etwas nicht in Ordnung war, fürchtete man jede Frage. Wenn man seine Sachen konnte, war die Sache nicht so schlimm.

Es ist also immer so, daß, wenn von einer Frage gesprochen wird, dies ein Zeichen dafür ist, daß etwas nicht ganz in Ordnung ist. Vielleicht haben sich alte, überkommene Lebensgewohnheiten verändert, oder die Welt ist anders geworden. Dinge, die früher als selbstverständlich gelebt und getan wurden, bedürfen einer Überrpüfung. So ist es heute mit den Alten. Der alte Mensch war früher geborgen im Raum seiner Familie, war geachtet und geliebt als kluger Berater, als der weise Lehrer, als der gütige Helfer. Er stand in einer Welt, die ihn trug und die er mit seiner Liebe durchformte.

Der alte Mensch ist heute aus dieser Welt herausgenommen. Die Drei-Generationen-Familie ist unter den heutigen Wohnverhältnissen kaum noch durchführbar. So findet sich der alte Mensch auf einmal vor als Mensch ohne Heimat und ohne Aufgabe.

Wenn Augustinus, der große Menschenkenner, einmal das ganze Sehnen des Menschenherzens zusammenfaßte in dem einen Satz: "Ich lieb-

te es, zu lieben und geliebt zu werden", so fehlt heute oft dem alten Menschen der Raum, in dem er liebend umhütet ist und noch die Möglichkeit hat. Liebe zu spenden.

"Das Alter soll nicht abseits stehen." Dieses Wort der Aktion Altenhilfe ist eine Aufforderung an die ganze menschliche Gesellschaft, die Frage des Alters und der Alten neu zu überdenken und den Verhältnissen entsprechend neue Wege zur Lösung zu finden. Christliche Politik hat hier eine erste Verantwotung.

Es wurde schon angedeutet, wie es zur Altenfrage kam. Mehrere Faktoren haben hier mitgewirkt. Einmal die Wandlung der Wirtschaftsformen der Menschheit. Der Familienbetrieb, der sich möglichst selbst versorgte, sowohl in der Landwirtschaft als auch im Handwerk, ist dem Fabrikbetrieb gewichen. Im Familienbetrieb war der Alte noch bis in seine letzten Lebensjahre bedeutsam als Mitarbeiter, als Berater. Sein Leben erfüllte sich nicht in einem Felerabend des Nichtstuns, sondern der tätigen Mitsorge.

Der technische Fortschritt hat ein Zweites herbeigeführt. Der alte Mensch wird nicht mehr gesucht und geschätzt als der, der durch lange Erfahrung, auch im technischen Bereich, wissend geworden ist. Heute beherrscht der Fortschritt alle Gebiete der Technik. Nur wer etwas Neues weiß, ist gesucht.

Die gewaltige Wanderungsbewegung des Volkes, auch unabhängig von der Heimatvertreibung, hat die Alten aus der wandernden Familie herausgelöst. Sie suchen Ruhe und nicht neue Arbeitsplätze.

So findet sich der Alte auf einmal allein. Er hat keine Familie mehr, die ihn liebend trägt, und auch keine Familie mehr, der er täglich liebend, schaffend und betend dienen kann.

Hier wird ein neuer Abschnitt der Sozialgeschichte sichtbar. Aufgaben, die früher die Familie erfüllte, fallen mehr und mehr der größeren Gemeinschaft, dem Staate zu. Schon der Spielplatz der Kinder kann nicht mehr von den Eltern bestimmt werden. Es ist nicht mehr der eigene Garten. Er muß von der Kommune, vom Staate, geschaffen werden.

Ähnliches wird in der Welt der Alten sichtbar. Die Familie kann ihn nicht mehr tragen. Er kann ihr nicht mehr dienen. Der Staat muß als die große Gemeinschaft denen, die die Fundamente der heutigen Entwicklung legten, den Dank und die Sorge der jetzigen Generation schenken; der Staat, aber was noch wichtiger ist, das Staatsvolk. Nicht gesetzliche Maßnahmen allein genügen, sondern die tätige tägliche Hilfe aller den alten Menschen gegenüber.

Die tragende Tugend der modernen Welt muß die Liebe und Gerechtigkeit gegenüber dem Bruder "Unbekannt" sein (nicht mehr nur gegenüber dem Nachbarn, den man kannte). So erfüllt sich auch das vierte Gebot heute als Liebe gegenüber dem Vater, dem Großvater unbekannt. Stellvertretend schenken wir den Alten die Liebe, die wir den Eltern erweisen möchten, die weit von uns sind.

Alles, was wir unter Altenfrage zusammenfassen, gliedert sich auf in drei Sachgebiete: In

Altenhilfe.

Altenseelsorge.

Altenbewegung.

Altenhilfe, das umfaßt alles, was Menschen als Kinder, als Bürger des Staates und als Staat tun, um die Not der Alten zu beheben.

Altenseelsorge ist nicht nur Seelsorge im engeren Sinn, etwa des Vorbereitens auf einen guten Tod, es ist mehr. Es ist Sorge, daß der alte Mensch sein Leben recht begreift und in Freude vollendet.

Altenbewegung ist all das, was die Alten in Gemeinschaft und tätiger Selbsthilfe tun, um die Frage des Alters zu lösen.

Altenhilfe. Wenn wir hier auf dem Parteitag einer politischen Partei zur Altenfrage sprechen, so möchte sich als das Wichtigste aufdrängen, Einzelmaßnahmen der Sozialpolitik, etwa der Wohnungspolitik, der Bildungspolitik, aufzuführen, die wir als Forderungen der Regierung anempfehlen. Wir haben eine Menge solcher Forderungen und werden kurz einige nennen. Wir werden sie insgesamt in einer Entschließung zusammenfassend niederlegen.

Hier sei aber sofort darauf hingewiesen: Bei der Altenfrage geht es nicht nur um einen Wunschkatalog, nicht nur um sozialpolitische und wohnungspolitische Maßnahmen. Es geht um eine sittliche Frage. Bekennt der Staat und bekennen die Staatsbürger sich froh zu einer Pflicht den Alten gegenüber? Werden die Alten sich bewußt, daß sie dem gesamten Volke noch große, wertvolle Dienste zu leisten haben, ähnliche wie die Alten früher in der Familie? Es geht darum, ob bei der Altenfrage sich neue Verbindungen liebender Sorge zwischen ganzen Volksschichten knüpfen. Es geht darum, ob durch die Altenfrage der sittliche Fond, die sittlichen Grundwasser des Volkes steigen.

Montesquieu, der Vater der Demokratie, hat uns warnend ein Wort geschenkt: "Demokratie beruht auf Tugend."

Der Raum der Welt der Alten ist in besonderer Weise dazu bestimmt, die demokratische Urtugend, Liebe und Gerechtigkeit, gegenüber dem Bruder "Unbekannt" zu verwirklichen. So wird durch die Erfüllung der Liebespflicht den Alten gegenüber, dem gesamten Volk durch die Tat selbst der Segen des vierten Gebotes vermittelt. Gerade in der Sorge um die Alten, die ja nicht nur Sorge um die staatlichen Zuschüsse ist, sondern Hilfeleistung von Haus zu Haus, kann Demokratie von der bloßen Staatsform zur Lebensform des Volkes werden. Der Segen des vierten Gebotes liegt in dem Tun der Liebe selbst. Ein Volk ist reich, ist gesegnet in dem Maße, in dem die gegenseitige Verantwortung wächst.

Was verlangt nun Altenhilfe im einzelnen? Zuerst Hilfe zur Abwendung der Not. Da ist einmal die Not äußerster Hilflosigkeit in Krankheit und Siechtum. Das Christentum hat in Werken der Caritas seit zweitausend Jahren sich unablässig gemüht und ist heute noch vorbildlich tätig.

Die Abwendung von Hunger und Not durch Gewährung finanzieller Lebenssicherheit obliegt besonders dem Staate. Auch hier ist durch die Rentenreform Großes geleistet, was alle dankbar anerkennen. Aber unbedingt muß hier, und zwar in allernächster Zeit, der Schönheitsfehler der Rentenreform behoben werden, der viele als eine Ungerechtigkeit furchtbar drückt, die sich ihr Leben lang schwer gequält haben. Die Mindestrente muß erhöht werden. Menschen, die ihr Leben lang in dienender Stellung sich gequält haben, wollen Rechte, nicht Spenden, auf Grund des Sozialhilfegesetzes.

Altenhilfe umfaßt dann Schaffen von Wohnraum in Altenheimen, Altenwohnheimen und noch mehr in gestreuten guten Wohnungen.

Altenhilfe umfaßt Vermittlung von Bildung und Freude. Hier haben gerade die Alten von heute einen großen Nachholbedarf. Die Schönheit der Welt ist den meisten der alten Menschen verschlossen geblieben. Die Welt hat sich uns erst in den letzten Jahren durch Verbesserung des Verkehrswesens geöffnet. Der Alte hat ein Recht, jetzt, in den freien Jahren, die ihm geblieben sind, sich der geistigen Güter der Menschheit und der Schönheiten der Welt zu erfreuen.

Der Kernpunkt der Altenarbeit ist eigentlich im zweiten Wort beschlossen, die Altenseelsorge. Auch was wir Altenbewegung nennen, tätige Selbsthilfe der alten Menschen, muß letztlich in der Altenseelsorge gipfeln.

Mit Bezug auf die Altenarbeit möchte ich hier noch folgendes hervorheben. Wir müssen uns davor hüten zu sagen, Altenarbeit sei Armenhausarbeit und sei für geistig Minderbemittelte. Wenn wir solche Vorstellungen haben, müssen wir sie ändern; das ist nicht die große Welt des Alters. Wir müssen die Dinge weiter fassen. Die Alten müssen Integriert werden als ungeheuer wertvolle Bestandteile. Wir müssen hier wie ein Sauerteig in dem alten Menschen wirken, der sich vollendet. Mit dem Alter erlangt der Mensch die Fülle seiner Reife, und der reife Mensch ist das Ziel aller Altenarbeit. Der große Beitrag der Alten ist der, daß sie sind, daß sie es sind und daß sie so sind und eine Vollendung des Lebens darstellen; das ist ihr ungeheuer wertvoller Beitrag zu dem Leben des gesamten Volkes.

Was soll nun Altenseelsorge bedeuten? Altenseelsorge ist ein Wort, das aus der religiösen Welt kommt, aus der Welt des Christen; aber es ist eine Aufgabe, die allgemein menschlich ist. Es ist die Frage: Reift der Mensch im Alter zur Größe oder verbraucht er sich im Klagen um das, was gewesen ist, und in der Trauer um den endgültigen Verzicht?

Altenseelsorge ist also die Frage: Was können wir tun, wir, die wir selbst alt sind, und wir, die wir den Alten helfen möchten, um ihnen ein Alter in Freude zu schenken? Gibt es so etwas wie eine Hygiene, eine Gesundheitslehre der Seele? Im Alter hat der Mensch, gelöst aus der Welt der Produktion, die Möglichkeit, seine Seele zu vollenden.

Einer der ganz großen Psychologen des Alters ist Goethe, dem selbst ein langes Leben beschieden war. Er gibt uns wohl den Schlüssel zur seelischen Freude des Alters in die Hand mit den Worten: "Das Alter macht nicht kindisch, wie man spricht, es findet uns nur noch als wahre Kinder."

Das Urerlebnis des Kindes ist die Liebe der Eltern, und daraus erwachsen im Kind der Dank und das Vertrauen. Können wir als alte Menschen danken? Die Gebetsweisheit der Kirche lehrt uns, daß es heilsam ist, immer und überall zu danken.

Matthias Claudius, der ja wohl unter den Dichtern Deutschlands als der gute Mensch schlechthin dasteht, hat uns ein Gedicht geschenkt: "Täglich zu singen", ein Gedicht also, das die Grundhaltung des Menschen ausdrückt. Dieses Gedicht fängt an: "Ich danke Gott und freue mich."

Die alte Generation von heute ist wesentlich mitbeteiligt an den gewaltigen technischen Fortschritten der Gegenwart. Daß wir im Alter einmal anhalten und still danken für all das, was wir haben schaffen dürfen und für all die Reichtümer, angefangen vom Tauchsieder und Rasierapparat, die uns zuteil geworden sind. Daß die alten Menschen diesen Dank im stillen Gebet Gott darbringen für das ganze Volk. Dank ist der goldene Schlüssel zu einem vertrauenden und frohen Leben. Die Freude eines dankbaren Lebens wirkt sich auch aus auf die Menschen, die um uns sind. Der dankbare Mensch, der auch dankt etwa für die gute Rente, die er genießt, wird zum umwandelnden Sauerteig des ganzen Volkes.

Der Dank, in dem der Mensch sich in seiner Urbefindlichkeit erkennt, eben daß er reich beschenkt ist, dieser Dank drängt dazu, selber anderen Liebe zu spenden. So wird der alte Mensch versuchen, was in seinen Kräften steht, Liebe weiterzugeben, bis hin zur Liebe des Opfers und des Gebetes.

Eine besondere Aufgabe des Altenlebens ist die Entgrollung des menschlichen Herzens, des Wegräumes aller Abwehrstimmungen, aller Haß- und Rachegefühle, die sich in einem Leben ansammeln können.

Letztlich ist die Seele des alten Menschen bestimmt, in Freude sich zu vollenden. Der alte Mensch, der in Christus altert, ist der jugendliche Mensch. Man ist nicht so jung, wie man sich fühlt, oder sich nach außen macht, sondern so jung, wie man sich freut. Wer wenig Vergangenheit hat und viel Zukunft, so sagt Pieper einmal, der ist jung. Vor dem Blick des alten Menschen schrumpft die Vergangenheit zu einer ganz kleinen Spanne zusammen. Vor ihm tut sich das Tor der Ewigkeit auf. Heute, wo die Naturwissenschaft uns sagt, daß die Schöpfung noch nicht zu Ende ist, sondern, daß sie sich entwickelt; heute können wir auch als Künder der modernen Zeit aus der Betrachtung der Natur heraus eine gewisse Zuversicht schöpfen, daß dieser menschliche Körper noch Chancen der Entwicklung zu einem neuen Leben in sich trägt.

Das Alter soll nicht abseits stehen. Ein Wort, das zuerst Mahnung ist, sich der hilflosen Alten anzunehmen. Aber es wäre zu wenig, im Alter nur Hilflosigkeit zu sehen. Im Alter ist Reichtum, Lebenserfahrung, Bereitschaft und Kraft zum Lieben.

All diese Gaben des Alters werden in besonderer Weise erblühen, wenn die Alten sich in Gemeinschaft um ein reiches Alter bemühen. Es haben sich schon vor 15 Jahren die Alten der Katholischen Arbeiterbewegung im Invalidenwerk der KAB zusammengefunden. Die Bewegung umfaßt viele Tausende. Mehr und mehr wächst auch im gesamten Volke, über den Rahmen der kirchlichen Verbände hinaus, das Bewußtsein, daß die Alten einen Teil ihres Weges zusammen gehen wollen.

Die Altenbewegung als Selbsthilfe der Alten will natürlich in einer besonderen Weise sich kümmern um die wirtschaftliche Sicherstellung der Alten, um Rente, Wohnung usw. Das ist aber nur ein kleiner Ausschnitt dieser Arbeit. Altenbewegung ist mehr als Altengewerkschaft.

Bei der Altenbewegung geht es um Selbsthilfe und um Selbstaufwertung der Alten. Um Selbsthilfe: Alte suchen Alte, etwa auf Grund der Einwohnerliste, der Kartei der Pfarreien und entdecken, wieviel Alte heute heimatlos und einsam sind. Alte besuchen Alte und schenken ihnen einen Teil ihrer freien Zeit, zumal wenn sie krank sind. Alte helfen Alten durch Rechtsschutz; aber auch durch tätige Hilfe im Haushalt usw. Alte erfreuen Alte und führen sie zu frohen Stunden zusammen. Alte erfreuen Alte auch durch ernstes Gespräch über den Sinn des Altenlebens.

Selbstaufwertung der Alten: Die Alten werden sich heute bewußt, welchen besonderen Beitrag sie für die große Familie des Volkes heute zu leisten haben. In frühen Zeiten der Menschheit waren die Alten die Wissenden, auch auf dem Gebiet der Technik. Es gab keine Erfindungen. Damals galt nur die Erfahrung. Die Alten wußten vom Brauchtum vergangener Jahrzehnte zu berichten. In einer Welt des Fortschritts wissen die Alten in dieser Hinsicht nicht mehr viel beizutragen. Aber was viel bedeutsamer ist; die Alten bringen heute dem Volk das große Geschenk der Offenbarung des Sinnes des menschlichen Lebens. Gerade die Zeit steigenden Lebensstandards bedarf des Hinweises darauf, daß der Mensch nicht nur vom Brot lebt. Sicherlich, alle, auch die Alten, essen das reichere Brot, das ihnen geschenkt wurde, mit Freude. Aber die Alten haben die Aufgabe, dieser Welt des Fortschritts die Wahrheit zu lehren, daß es heilsam ist, dankend und liebend durchs Leben zu gehen. Ihr Leben, nach der Mühsal zweier großer Kriege, muß das Wort des Psalmisten wahrmachen: "Unter Tränen haben sie ihren Samen ausgestreut: nun kommen sie frohlockend und bringen ihre Gaben heim". So heben die Alten in einem abgeklärten und reifen Leben die sittlichen Grundwasser eines Volkes. Ihr Denken kann Sauerteig der inneren Erneuerung und sittlichen Formung des ganzen

Volkes werden. Zu einem solchen Leben zu führen, in der Freude des Geborgenseins, in der Sorge des gesamten Volkes und im Dank für alle Güter der Welt, sieht die Altenbewegung als ihre Hauptaufgabe an. Darüber hinaus ermuntert sie die vielen unter den Alten, die zwar auch schon unter der Last der Jahre seufzen, aber doch noch voll Kraft und Gestaltungswillen sind, wie bisher und mehr noch als bisher im Vereinsleben, in der Gemeinde und im politischen Raum und überhaupt in der Welt sich dienend zu betätigen.

Eine letzte Frage im Anschluß hieran: Wie können die alten Menschen ihren Reichtum mitteilen? Einmal durch ihr schlichtes, selbstverständliches Leben in Dank, Liebe, Vertrauen und Freude. Dann wäre aber auch zu erwägen, ob es nicht Möglichkeiten gäbe, in der Öffentlichkeit das Wort der Alten wirksam werden zu lassen. Ich wage hier einmal das Wort vom Altenparlament und Altenausschüssen auszusprechen. Wie fruchtbar könnten Altenparlamente sein, d. h. Zusammenkünfte alter Menschen verschiedenster Weltanschauungen, die sich als Aufgabe stellten, nicht nur wirtschaftliche Forderungen zu stellen, sondern das Leben der Alten im Sinne der Altenseelsorge und Altenbewegung zu vollenden. Wie könnten Altenausschüsse fruchtbar wirken, die vielleicht in der Kommune bis hin zum Ministerium beratend der Verwaltung und Gesetzgebung zur Seite stehen könnten.

Alte wollen nicht verwaltet werden, sondern sich im Rahmen des Ganzen selbst verwalten und führen.

Die Altenbewegung, eine Möglichkeit, die uns geradezu drängt, echte Demokratie zu verwirklichen. In den vergangenen 100 Jahren ist es uns geglückt, die Integrierung des Arbeiterstandes zu bewirken. Der Arbeitnehmer steht heute voll und ganz im Volke, bejaht sein Volk, ist tragende Stütze des Volkes.

Welcher Segen kann ausgehen von der Integrierung der Alten? "Wer lange leben will, muß dienen". So sagt Hermann Hesse, der auch einer der Altenseelsorger im echten Sinne ist, wenn auch nicht im Sinn christlicher Heilslehre. Die Tugend des Dienens aller allen gegenüber, das ist das, was Montesquieu die Grundlage der Demokratie nennt.

Möge keiner im Umsorgtsein, aber auch keiner im Mitumsorgen abseits stehen. Im Spannungsbogen gegenseitiger Liebe vollendet sich das Volk. Möge es unserem Volke geschenkt werden, daß sich das verwirkliche, was der oben genannte Lehrer demokratischer Staatsform uns als Gewissensverpflichtung auferlegt: "Demokratie beruht auf Tugend."

Dienstag, 30. März 1965

Aussprache im Arbeitskreis IV

"Probleme der modernen Gesellschaft"

Frau Braukslepe:

Sehr geehrter Herr Prälat Schulte! Ich glaube, alle Mitarbeiter hier im Raum werden jetzt verstehen, aus welchem Grunde wir dieses Referat als das dritte, als das abrundende Referat angeboten haben. Es wird sicherlich in seiner ganzen Transzendenz, mit der Sie das Problem sichtbar gemacht haben, für das Niveau der gesamten Diskussion wegweisend sein. Ich kann Ihnen gar nicht ausdrücklich genug sagen, wie tief dankbar wir für Ihre so segensrelche Mahnung an uns alle sind. Das ist ein Geschenk, das Sie uns gaben, daß wir uns nämlich auch in der Politik nicht mit DM - mit Mark und Pfennig von dem vierten Gebot loskaufen können. Darauf haben Sie uns hingewiesen. Das ist das geistig Wertvolle heute, daß Sie den Menschen ohne Heimat, den Menschen ohne Aufgabe, den alten Menschen als unsere Aufgabe hier sichtbar gemacht haben. Dadurch, daß Sie eine so klare Teilung sichtbar machten - Altenhilfe, Altenseelsorge, Altenbewegung -, erleichtern Sie die spätere Diskussion. Ich danke Ihnen für uns alle, die zugehört haben.

Melne Damen und Herren, ich möchte mir einen kleinen Vorschlag erlauben. Würden Sie widersprechen, wenn wir vorschlagen, statt jetzt eine Viertelstunde zu unterbrechen, doch gleich in die Diskussion einzutreten, um dann um 12.30 Uhr statt um 13 Uhr die Tischzeit anzusetzen? Vielleicht gibt Ihnen das etwas mehr Spielraum in der Mittagszeit, was sicherlich ein Gewinn für die ist, die etwas weiter weg wohnen. — Ich sehe keinen Widerspruch. Daher werde ich gleich anschließend, wie verabredet, Herrn Donath das Wort geben. Als zweiter Redner hat sich zu dem Thema von Dr. Heck Frau Pitz-Savelsberg gemeldet.

Ich bitte um Aufmerksamkeit für die Wortmeldung von Herrn Donath. Bitte, Herr Donath, Sie haben das Wort.

Donath: Frau Vorsitzende, Herr Bundesminister, meine Damen und Herren! Es ist natürlich in einem Diskussionsbeitrag unmöglich, zu den drei ausgezeichneten Referaten insgesamt zu sprechen, die wir

gehört haben. Erlauben Sie mir deshalb, einen Gesprächsbeitrag in der Hauptsache zu familienpolitischen Aspekten zu geben. Ich werde dann auch auf einige wenige Punkte der Frage der Berufstätigkeit der selbständigen Frau und vielleicht auf einige Altenprobleme eingehen können.

Genauso wie es Herr Minister Dr. Heck sagte, möchte auch ich davon ausgehen, daß man heute nicht alles aufzählen soll, was in 10 Jahren in familienpolitischer Arbeit erreicht worden ist, wenn wir den Beginn der familienpolitischen Arbeit auf den 1. Januar 1955 festsetzen, das heißt auf die Realisierung der ersten Kindergeldleistungen. Das, was geschehen ist, verdient aber immerhin von der Gesamtbevölkerung, von den Familien, von uns allen, anerkannt zu werden.

Meine Damen und Herren, daß es schon weithin so ist, daß aus Zielsetzungen erreichte Ziele geworden sind, aus Parolen erfüllte Taten und aus ersehnten Ansätzen Früchte gereift sind, das darf man doch in einem Abstand von zehn Jahren einmal feststellen. Und das soll man nicht klein schreiben.

Ich habe einmal sehr summarisch zusammengestellt, was wir im Blick auf das Jahr 1965 an Leistungen auf dem familienpolitischen Gebiet in engerem Sinne zu verzeichnen haben.

Ich bin bei meinen Zahlenangaben an den unteren Grenzen geblieben. Wenn wir das, was im Familienlastenausgleich oder häufig im allgemeinen Kindergeld, in den Ausbildungszulagen, in den ja auch angehobenen Kinderzuschlägen und Ortszulagen für den öffentlichen Dienst, in den Familienzuleistungen im Gebiet der sozialen Sicherung erreicht wurde, was auch durch die Variation, die Verbesserung in den Steuertarifen und Steuerfreibeträgen, an Wohnungsgeld und Förderungsmaßnahmen für Müttergenesung und Familienerholung getan wurde, zusammenfassen, so ergibt sich eine Summe, die mit 8 bis 9 Milliarden DM im Jahre eher zu niedrig als zu hoch veranschlagt ist. Meine Damen und Herren, das sind immerhin 2 bis 2,25 Prozent des heutigen Sozialprodukts, eine Größenordnung, die die Erwartungen von 1955 möglicherweise nicht nur erreicht, sondern übertroffen hat. Auf ein solches Resultat darf man auch einmal mit Stolz und mit Dankbarkeit hinweisen.

(Beifall)

Ich darf ein Weiteres anfügen: Das Resultat der konkreten Gesetzgebung von 1955 bis 1965 ist wohl nicht nur das Resultat des Mühens einer kleinen avantgardistischen Pioniergruppe gewesen und geblieben. Diese Gruppe haben wir gehabt — ich entsinne mich, als wir im Jahre 1950/51 über den Beginn einer familienpolitischen Arbeit sprachen, waren in den beiden verantwortlichen konfessionellen Gruppen etwa 14 bis 20 Leute, die sich zusammenfanden. Dazu stießen natürlich Politiker, gesellschaftspolitische Kräfte. Aber es war im Anfang

nur eine kleine Gruppe, die hier tätig wurde. Heute, nach zehn bzw. 15 Jahren, darf man Familienpolitik und Familienaktion als den Ausdruck eines allgemein beginnenden Gesinnungswandels in der öffentlichen Meinung und in der gesellschaftspolitischen Wirklichkeit ansprechen. Gewiß sind noch nicht alle hemmenden Faktoren ausgeschaltet; auch Herr Bundesminister Dr. Heck hat darauf hingewiesen. Gewiß haben wir es noch mit manchen abgestandenen, konservativerstaurativen oder auch doktrinär-liberalen Meinungen und Verhärtungen zu tun. Darauf mußten wir gefaßt sein; es ist so, das wird noch einige Zeit so bleiben, und wahrscheinlich wird es überhaupt nie ganz aussterben.

Aber eines haben die Jahre von 1961 bis 1965, also die letzten vier Jahre, sicher erbracht: den klaren, absoluten Durchbruch zu der Erkenntnis, daß Familienpolitik nichts für arme Leute ist, daß sie kein Ausgleich für Bedürftigkeitserscheinungen ist und damit noch in den Bereich der Fürsorge oder einer neuen Art von Wohlfahrtspflege hineingehört. Familienpolitik ist das geworden, was wir heute als eine zielstrebige Kulturpolitik bezeichnen und bejahen, das heißt eine Wissenschaft und eine praktische Aktion, um die Familie als soziales Gebilde, als elementaren Sozialorganismus wieder funktionsfähig, leistungsfähig, lebensfroh und widerstandskräftig zu machen.

(Beifall)

Lassen Sie mich einen großen Bogen spannen, der mit der Bedrohung und Gefährdung der Familie und mit ihrem schmerzhaften Wandel seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert beginnt, mit James Watt und Adam Smith. Damals begann dieser Wandel mit dem Zerfall des Zunft- und Ständestaates, mit dem frühen Kapitalismus und dem Hochkapitalismus. Dieser Bogen führt über die Reformen des Reichsfreiherrn vom Stein, über den hier im Rheinland amtierenden Regierungspräsidenten von Bodelschwingh mit seinen Vorstellungen beim preußischen Königshof, mit dem Allgemeinen Preußischen Regulativ von 1839, und er führt über die familienfreundlicheren Anordnungen der Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes und der Reichsgewerbeordnung bis hin zunächst zur Bismarckschen Sozialgesetzgebung.

Was wir erhalten haben, als soziale Krankenversicherung, als berufsgenossenschaftliche Unfallversicherung, als Invaliditäts- und Altersversicherung, waren alles Dinge, die schon die Familie mit in die sozialen Schutzmaßnahmen einbezogen haben. Der Bogen spannt sich von dort aus weiter zur Weimarer Republik zu einem neuen Arbeitsrecht und in diesem Arbeitsrecht auch schon zu einem verstärkten Schutz der Jugend und der berufstätigen Frau, zu einem verstärkten Schutz der Freizeit und des Sonntags.

Hier dürfen wir noch eines aussprechen, meine Damen und Herren: Es waren immer christliche und christlich-soziale Kräfte, die diesen Bogen vorantrieben und weiterführten, die auch nicht aus der politischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts zu lösen sind . . .

(vereinzelter Beifall)

... nämlich Oberlin, der Freiherr vom Stein, sicher auch der christlichsoziale Friedrich Naumann und sein Schüler Theodor Heuss, der ja
seine Arbeit lange fortgeführt hat, Ketteler, Kolping, Franz Hitze, die
evangelisch-soziale Arbeiterbewegung, die Katholische Arbeiter-Bewegung und die christlichen Gewerkschaften in ihrer großen Zeit bls
hin zu Stegerwald, Arnold und Gockeln und bls hin zu all jenen christlich-sozialen Bemühungen, die 1933/34 zerschlagen wurden und seit
1945 und 1949 neu erstanden sind. All das ist in die Wiederhereinnahme
der Familie in unser gesellschaftspolitisches Denken zu erwähnen und
ernst zu nehmen.

Meine Damen und Herren! "Es geht um Deutschland", und weil es um Deutschland ging, wurden 1807 bis 1811 die Stein-Hardenbergsche Bodenreform und die Reform der Ständeordnung vollzogen. "Es geht um Deutschland", und weil es um Deutschland, um die Gesundheit der Jugend geht, darum hat das Allgemeine Preußische Regulativ von 1839 auf die Initiative des Regierungspräsidenten von Bodelschwingh in Düsseldorf eingegriffen. Auch die großen Bismarckschen Sozialreformen wurden von dieser Sorge geleitet.

"Es geht um Deutschland."

Was von 1918 bis 1933 in der Weimarer Republik geschehen ist, sind Dinge, die in enormer Weise von christlichen und christlich-sozialen Kräften vorangetrieben wurden.

Ich darf Sie daran erinnern, daß das erste Werk über Familienpolitik im Jahre 1918 erschien und das zweite Werk im Jahre 1933. Und dann stellten sich, erst nach 1945 wieder möglich, christlich-soziale Kräfte dem Thema "Schutz und Förderung der Familie". Wenn Sie die Gestalten und Persönlichkeiten durchgehen, so stoßen Sie auf Hermann Ehlers und Robert Tillmanns und Edo Osterloh, Sie stoßen auf Nell-Breuning, auf den damaligen Präsidenten des Katholischen Familienbundes, Herrn Hall, Sie stoßen auf ungezählte und hier auch gar nicht aufzählbare andere Namen, die diese Bewegung in Gang gebracht haben, weil sie wußten, bei der Neuordnung der Familie, bei ihrer Hereinnahme in die Strukturen dieser Zeit geht es um Deutschland.

Wir haben nichts Neues zu erfinden, sondern wir haben diesen Bogen, der 1945 begonnen hat oder mit der ersten Einbringung einer Gesetzesvorlage in den ersten Bundestag im Jahre 1949 durch Winkelheide, Wuermeling und Genossen, mit einem neuen Impetus glaubwürdig weiterzuziehen und weiter voranzutragen. Damit habe ich gesagt, meine Damen und Herren, daß dieser Bogen noch nicht am Ende

ist; er schwingt noch. Er wird noch ausgezogen werden müssen. Wenn Sie mir einen sportlichen Ausdruck erlauben, so würde ich sagen, wir haben in der Familienpolitik "Halbzeit".

In der zweiten Phase dessen, was in der Strukturpolitik zu geschehen hat, treten zu den alten einige neue Akzente. Die alten Akzente wurden angedeutet und auch ausgeführt. Wir haben praktisch die Strukturpolitik weiterzuführen, und zwar im Sinne der Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers Professor Dr. Erhard, in der es am 18. Oktober 1963 hieß:

"Sie" – die Familie – "hat einen Anspruch darauf, an dem wirtschaftlichen Aufstieg unseres Volkes teilzuhaben."

Hier ist eine programmatische und grundsätzliche Verknüpfung zwischen der Fortführung unserer Familienpolitik und der Entwicklung, die Bundesrepublik wirtschaftlich nimmt und nehmen wird, hergestellt.

In dieser Erklärung hieß es weiter: Es muß so sein, daß unser Volk lernt, in Generationen wieder zu denken und in Generationen zu leben.

Das ist nun für uns alle in einer außerordentlich bedrückenden Weise gerade im Jahre 1964 in zwei Reden des Staatsoberhauptes, des Herrn Bundespräsidenten Lübke, noch einmal gesagt worden, in der Silvester-Neujahrs-Ansprache und vor allem auf dem XV. Internationalen Familienkongreß in München, wo es wörtlich hieß: Das Ja zu dem Kinde darf keinen sozialen Abstieg für die Familie bedeuten.

Dabei bleiben wir, und dies ist die Linie, die weitergeführt wird. Das ist vielleicht auch das Thema, das die Beratungen am heutigen Nachmittag vielleicht ausfüllen wird.

Ich komme an jedem zweiten Abend im Lande draußen mit unseren kinderreichen oder jungen Familien zusammen. Ich möchte meinen — wenn ich dazu etwas sagen darf —, daß zwei Fragen im Vordergrund der familienpolitischen Sorgen stehen. Die erste ist die Sorge um die Stabilität der Währung sowie darum, daß das, was den Familien über zwei Einkommensverteilungen an Kaufkraft von der Gesellschaft über den Staat gegeben wird, auch in seiner Kaufkraft erhalten bleiben möge und daß es möglichst von Jahr zu Jahr dem wirtschaftlichen Fortschritt angeglichen werden möge. Das ist die eine Sorge, die unsere Familien — auch im Blick auf die Preisstabilität — sehr bewegt.

Das ist eine Frage, die natürlich nur in Übereinstimmung mit dem großen wirtschaftlichen Aspekt und mit den Arbeitspreisen gelöst werden kann, die mit dem Problem der Währungsstabilität und der Preisstabilität befaßt sind.

Die andere Sorge ist die Sorge um die Wohnungsprobleme. Hier wird uns noch viel zu tun bleiben, wobei - wenn ich Ihnen das auch einmal

weitergeben darf — von allen Teilen der Familienaktion — ob es der Familienbund der Deutschen Katholiken, der Deutsche Familienverband, der Bund kinderreicher und junger Familien oder die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen sind — dankbar die große Leistung anerkannt wird, die Herr Bundesminister Lücke im letzten Jahr vollbracht hat.

(Beifall)

Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß es bei der Lage auf dem freien Wohnungsmarkt noch eine ganze Reihe von Wünschen und von offenen Fragen gibt. Das ist wohl normal. Wir bewegen uns hier ja auf einem gewissen Neuland, so daß die Wünsche und die Fragen auch für die nächste Zeit nicht abreißen werden.

Eine ganz besondere Sorge, die uns die Familien immer wieder auf den Weg geben, ist die Sorge für die Wohnung und für die Stellung von jungen Familien. Für junge Familien ist es — sowohl im sozialen Wohnungsbau als auch auf dem freien Wohnungsmarkt — weithin außerordentlich schwierig, genügend Raum zu finden. Deshalb werden wir ohne jeden Rückhalt die Wünsche mit unterstützen und immer wieder vorbringen, die darauf hinzielen, die Einkommensgrenzen für das zweite Kind zu beseitigen und die Leistungen auf wenigstens 40 DM für das zweite Kind im Rahmen des Kindergeldes anzuheben.

Die Zeit drängt; trotzdem wäre mancherlei über das zu sagen, was auf dem Gebiete der Müttergenesung, der Familienerholung, der Frage der Spiel-, Sport- und Rollschuhplätze getan werden müßte. Hier sprengen wir den bundespolitischen Rahmen. Hier liegen Aufgaben bei den Ländern und insbesondere auch bei den Gemeinden, und hier liegen auch die Aufgaben der Politiker in den Gemeinden, nämlich dafür zu sorgen, daß das Wohnungsproblem, daß das Problem der Spielgelegenheit, des Spielraums und des Sportraums im weitesten Sinne im Auge behalten wird. Wir haben durch die Aktivierung des Gewissens in den Gemeinden in den letzten zwei, drei Jahren erfreuliche Forschritte erzielt. Das hängt natürlich nicht zuletzt auch damit zusammen, daß ein gewisser Durchbruch in der Verantwortung für die Familien erreicht ist.

Zu dem Problem "Frau, Mutter, Erwerbsarbeit, Nicht-Erwerbsarbeit" kann ich im Augenblick wenig sagen. Das werden sicher andere Redner und Rednerinnen nach mir tun. Ich möchte aber vielleicht noch eines sagen, was am Rande in die Familienpolitik hineingehört. Wir haben uns daran gewöhnt, daß die Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbände dabei sind, daß in der Agrarpolitik der Deutsche Bauernverband sein Votum mit in die Waagschale wirft und daß er auch rechtzeitig gehört wird. Wir haben das auf allen anderen Gebieten unseres gesellschaftlichen und kulturellen Lebens, daß Vereinigungen gehört werden wollen. Wir haben infolgedessen den Wunsch, daß bei dieser Familienpolitik unsere vier Familienorganisationen in einem angemessenen

Rahmen als Gesprächspartner zur Weiterführung der Familienarbeit zugelassen bleiben, vielleicht sogar noch etwas intensiver, als das in den letzten Jahren der Fall gewesen ist.

Meine Damen und Herren, ich komme damit zum Schluß meines Gesprächsbeitrags. Ich darf noch einmal an die Parole erinnern, die uns in diesen Tagen hier überall entgegenleuchtet: "Es geht um Deutschland!" Ich habe auf dem Kongreß in München einmal gesagt: "Die Familie ist das Vaterland der Herzen." Ich möchte diesen Ausspruch jetzt einmal in dem Sinne variieren, daß ich sage - und zwar durchaus unpathetisch -: "Die Familie ist das Herz des Vaterlandes." Und darum soll das Herz des Vaterlandes auch dem zweiten Aspekt, der Aktivierung der Familienbegegnungen, der Familienarbeit Rechnung tragen. So, wie wir auf der einen Seite die Strukturpolitik weiterführen müssen, so müssen wir auf der anderen Seite - und das ist ein allgemeines Anliegen aller verantwortlichen Väter, Mütter, Staatsbürger, Gruppen, Parteien usw. die Verantwortung für Erziehung. Sozialerziehung und allgemeine Bildung aktivieren. Das ist in der zweiten Halbzeit der Familienbewegung sicher genauso notwendig und möglicherweise noch notwendiger als die Hilfe zur Selbsthilfe, die Ehevorbereitung, die Erziehungsvorbereitung, hauswirtschaftliche Vorbereitung usw. Welche schrecklichen Überraschungen erleben wir bei vielen jungen Ehen. Gott sei Dank wird bei allen Ehe- und Erziehungsberatungskursen gesagt, wie man spielen oder Feste in der Familie feiern sollte. Pädagogische Maßnahmen im Rahmen der Familienerholung, Bildungsseminare auch für die vielen treuen, ehrenamtlichen Mitarbeiter der deutschen Familienorganisationen, Pflege der Kontakte durch Familien und Familienorganisationen und - ganz am Rand erwähnt - ein wenig mehr finanzielle Unterstützung für die Verbände wären notwendig, die diese Arbeit fast ausschließlich mit ihren Helfern Tag und Nacht verrichten.

Die Familie ist das Herz des Vaterlandes, meine Damen und Herren; kein Organismus und kein Staat kann verlangen, mit einem kranken Herzen zu leben. Gesundheit des Herzens bedeutet im Rahmen der modernen Gesellschaftspolitik auch Gesundung der Familie, ethische, pädagogische, soziale Gesundung der Familie. Gesundung der Familie bedeutet auch Gesundung des Vaterlandes. Darum wünschen wir uns und wollen wir ein freies Volk auf einer freien Erde und gesunde Familien in einem freien Vaterland, aber auch aus christlicher Verantwortung ein neues, einiges Vaterland durch ein Volk, das wieder Kraft gefunden hat.

Ich schließe mit einem Satz aus der Regierungserklärung vom 18. Oktober 1963: Ein Volk, das wieder die Kraft gefunden hat, in Generationen zu denken und seinen Kindern und Kindeskindern ein festes Fundament für eine glückliche Zukunft zu bauen.

(Beifall)

Vorsitzende Frau Braukslepe: Wir danken dem Herrn Referenten von Herzen. Meine Damen und Herren, wir wollen seinen wertvollen Beitrag um so höher bewerten, als er ja, wie Sie wissen, eigens eine Reise nach Straßburg verschoben hat, um uns an dieser Stelle, uns, die wir um Deutschland besorgt sind, diesen Beitrag zu geben. Ich bin es uns allen schuldig, dies noch einmal ganz besonders herauszustellen.

(Beifall)

Ich bedaure nur sehr, daß er die Zusammenfassung heute abend nicht mehr hören kann. Wir lassen ihm aber das Protokoll, sobald es fertig ist, zukommen.

Die zweite Wortmeldung stammte von Frau Pitz-Savelsberg.

Bitte schön!

Frau Pitz-Savelsberg: Meine Damen und Herren, dieser Vormittag ist wie ein großes Besinnen, wie eine Sichtbarmachung und Bewußtmachung aller Erscheinungen in unserer Zeit, die wir ja selbst erleben, die für uns aber vielleicht bis heute noch nicht in dieser Weise bedeutsam waren. Das sind die Dinge, mit denen wir uns auseinanderzusetzen haben.

Aus dieser großen, umfangreichen Darstellung wird nun jeder das herausgreifen, was ihm am nächsten liegt. Jeder wird von seinem Standpunkt aus zu dem dargebotenen Bild Stellung nehmen. Der Herr Präsident der Arbeitsgemeinschaft der Familienverbände hat das soeben in sehr konkreter Weise getan. Ich tue es von meinem Standpunkt aus als Mitglied der Bundestagsfraktion und insbesondere als Mitglied der Arbeitsgruppe Familie in der Bundestagsfraktion.

Es sind eigentlich drei große Probleme, die mich bewegen; sie klangen auch schon in den Darstellungen des Herrn Ministers und des Herrn Donath an.

Das erste ist die Sorge um die Existenz der Familie, um ihren sozialen und wirtschaftlichen Bestand in dieser Gesellschaft. Darin ist die Sorge um den Familienausgleich eingeschlossen, und zwar unabhängig von der Frage der Bedürftigkeit. Wir müssen uns bewußt machen, daß die jeweils arbeitende Generation sowohl die Kinder, die noch nicht in den Erwerb eingetretene Gruppe der Jugend und die Gruppe der Alten mitträgt. Diese Probleme sind also mit in diesem Punkt zusammengefaßt.

Das dringendste Anliegen der Familie, der Wunsch nach dem Heim, nach der Wohnung, ist in dieser Gruppe der Probleme mitgefaßt. Die Frage der Eigentumsbildung und der Stabilisierung der Familie in dieser Richtung ist hier mitgefaßt.

Zehn Jahre Familienlastenausgleich bedeuten für uns - ich darf es einmal in Zahlen ausdrücken - einen sehr viel schnelleren Fortschritt auf diesem Geblet, als es dem allgemeinen Fortschritt entspräche, der in der Volkswirtschaft vor sich gegangen ist.

Ich darf nun die Zahlen nennen; ich war von Anfang an dabei und kenne die Entwicklung des Familienlastenausgleichs. Wir kämpften 1955 um 450 Millionen DM. Heute kämpfen wir um 2,7 Milliarden DM, und zu Anfang des nächsten Jahres werden es 3 Milliarden. Das ist eine Versechsfachung des Volumens, das wir, muß ich sagen, erkämpft haben gegen eine Welt, die zunächst unsere Argumente für einen vom Bedürftigkeitsprinzip losgelösten Familienausgleich noch nicht verstand.

In der allgemeinen Entwicklung der sozialen Leistungen auf Grund von Gesetzen haben wir eine vierfache Steigerung zu verzeichnen. Der Familienlastenausgleich ist also um ein ganzes Drittel schneller vorangekommen. Wir sind jetzt bei dem Stand angelangt, daß wir die Konkurrenz international aushalten können. Es bleibt natürlich noch viel zu tun. Was auf diesem Gebiet noch zu tun bleibt, ist soeben gesagt worden.

Ein zweiter großer Schwerpunkt ist die Sorge um die Ausbildung der Jugend, der nächsten Generation. Darunter fasse ich Bildung und Ausbildung zusammen, aber auch die Bildung im freien Raum, also die Jugendpflege sowie den Jugendschutz; denn nur in einem Klima, In dem das Gewissen der Gesellschaft lebendig ist, kann eine Jugend innerlich und äußerlich gesund heranwachsen.

Wir haben auf dem Gebiet der Bildung und Ausbildung einen guten Schritt voran getan. In der Verbesserung des Kindergeldes, die wir vor kurzem vorgenommen haben, ist erstmalig die Ausbildungszulage enthalten, und zwar auch unabhängig von der Bedürftigkeit. Es geschah aus der Erkenntnis, daß jeder, der ein Kind ausbildet, etwas für die Zukunft der Allgemeinheit, der Gesellschaft tut, so daß ihm dafür von der Gesellschaft ein Ausgleich gegeben werden muß.

In derselben Gruppe verabschiedeten wir das Leistungsförderungsgesetz, das dem erwerbstätigen jungen Menschen die Weiterentwicklung in eine qualifiziertere Tätigkeit ermöglicht. Und es steht schließlich die Förderung der studierenden Jugend nach dem Honnefer Modell an.

Auch hier müssen wir gewissenhaft prüfen, ob das, was bisher geschehen ist und im Augenblick geschieht, der vorangegangenen Entwicklung standhält.

In einem Punkt mußte nachgezogen werden — und das ist mit der Ausbildungszulage zweifellos geschehen —: In der ungleichen Startsituation des Kindes vom Land, das in der Ausbildung zu kurz kommt, des Kindes aus der kinderreichen Familie und des Mädchens.

Gerade auf das letzte möchte ich ganz besonderen Wert legen. Wir brauchen für die Zukunft nicht nur eine gut ausgerüstete junge Generation, die den Anforderungen des beruflichen Lebens standhält, sondern wir brauchen auch die Frau, die bewußt und — ich möchte es ausdrücklich sagen — gut gebildet in der Welt steht. Wir brauchen

gebildete Mütter, die Antwort geben können auf Fragen ihrer Kinder und auf Fragen der Ausbildung der Kinder.

Das ist der Ausgangspunkt für unsere Überlegungen: Wie gestaltet sich das Leben der Frau in der Zukunft? Wenn wir den Weg gehen wollen, den Frau Strecker mit ihrem Referat weist und den die Fraktionen mit ihrem Antrag beschritten haben, dann müssen wir mit einer guten Ausbildung des Mädchens anfangen. Nur dann lohnt es sich, in der dritten Lebensphase der Frau weiter aufzubauen.

Bedenken Sie doch, meine Damen und Herren, daß die Frau nicht nur ihr eigenes Leben in diesem Rahmen ordnen söll, sondern daß sie auch einen Einfluß auf die Gestaltung der Gesellschaft nehmen muß. Dieser Einfluß auf die Gestaltung der Gesellschaft vollzieht sich zu einem ganz großen Teil im Rahmen der Wirtschaftswelt, im Rahmen des Berufs, den die Frau haben muß und womit sie dazu beiträgt, die Aufgaben zu bewältigen, die früher einmal näher in ihrem Bereich gewesen sind und die früher in einer anderen Weise und an einem anderen Ort von ihr getan worden sind. Der Beitrag der Frau in bezug auf den Einfluß auf die Gestaltung der Gesellschaft darf nicht an Kraft dadurch einbüßen, daß Schwierigkeiten der Bewältigung in der doppelten Art ihrer Aufgaben liegen.

Die dritte Sorge aber, die uns bewegt, ist die Sorge um die Mutter. Mit dem Antrag der Fraktionen soll die spätere Rückkehr der Frau in das Berufsleben möglich gemacht werden. Dann werden sich viele Frauen entschließen, ihr Leben in Phasen abzuwickeln, die Zeit, wo kleine Kinder in der Familie sind, ungestört vom Berufsleben verlaufen zu lassen und später die Chance zu nützen, in das Berufsleben zurückzukehren.

Ich darf Ihnen einmal kurz erläutern, was wir mit dem Antrag wollen. Sie haben in Ihren Unterlagen diesen Antrag. Er hat vier Punkte. Der erste bezieht sich auf die Schaffung neuer Berufsbilder in der Altenpflege und Krankenpflege. Hier geht es also darum, Berufswege zu eröffnen, die der Frau in dieser Phase noch eine gute Möglichkeit und auch eine innere Befriedigung geben. Unter b) folgt die Förderung von Umschulungskursen, Spätlehre und Ergänzungssemestern für akademische Berufe. Dazu gehört, daß im Bereich der Förderung, der Fortbildungsförderung, der Leistungsförderung eine Klammer wird, nämlich die Klammer, daß auf diesem Wege nur eine Höherschulung, eine Fortbildung geleistet werden dürfe. Wir müssen vielmehr auch die ursprüngliche Schulung und Entwicklung zu einem Beruf hineinnehmen. Da müssen also gewisse Änderungen vor sich gehen.

Unter c) folgt die Errichtung von qualifizierten Beratungsstellen über die Bundesanstalt. Das ist außerordentlich wichtig.

Schließlich müssen alle diese Maßnahmen finanziell gesichert sein. Diesen Punkt finden sie unter d).

Mit diesem Antrag wollen wir also die spätere Rückkehr der Frau in das Berufsleben vorbereiten. Wir sind für diesen Antrag der Fraktion sehr dankbar. Er hilft dort, wo hie und da schon etwas in den Anfängen in die Hand genommen worden ist, weiter. Aber die heutige Diskussion, in der die Sache in einem großen Rahmen für die breite Öffentlichkeit dargestellt wird, wird unseren Bemühungen einen kräftigen Stoß nach vorne geben.

Dennoch wird ein großer Teil von Frauen nicht von diesen unseren Bemühungen erfaßt werden. Gerade auf diese Frauen legen wir besonderen Wert. Es sind die Mütter kleiner Kinder, die sich aus einer bestimmten materiellen Situation heraus — ich möchte nicht von Not sprechen — gezwungen glauben, in den Beruf zurückzukehren. Diese materielle Situation kann darin bestehen, daß nichts zur Ausstattung des Haushalts in der heutigen frühen Ehe vorhanden ist. Das kann für viele junge Frauen mit einem kleinen Kind der Grund dafür sein, noch einmal in den Beruf zurückzukehren, oder der Grund, im Beruf zu bleiben. Hier müssen wir Erleichterungen schaffen. Es ist bezeichnend, daß von den berufstätigen Frauen 70 Prozent 1 Kind haben und daß nur 25 Prozent 2 Kinder haben.

Es ist also klar, daß das Hineingehen in einen Beruf durch eine Belastung erschwert ist, die früher nicht vorhanden war, erschwert ist dadurch, daß man sich am Anfang der Ehe etwas mit eigenen Kräften erschaffen muß. Deshalb müssen wir die Frage sorgfältig überlegen, ob man das nicht erleichtern kann, vielleicht dadurch, daß man bei Eheschließungen eine Art Ausstattungsdarlehen oder vielleicht auch nur Entlastungen für die Zahlung von Zinsen für aufgenommene Kredite gewährt.

Ich muß hier eine Sache erwähnen, die in der Öffentlichkeit zwar viel geschmäht worden ist, derentwegen auch ich geschmäht worden bin, das ist das, was man in Frankreich bereits kennt, daß man der Frau, die nicht erwerbstätig ist, die Möglichkeit gibt, die Zinsen für ein Kapital zu zahlen, das sie aufgenommen hat, oder sich die Arbeit im Haushalt zu erleichtern.

Ich nenne nur eine Auslese von möglichen Maßnahmen. Es gibt noch sehr viel mehr. Das wird sich bei der Erörterung dieses Antrages herausstellen.

Das ist aber alles nicht ohne eine Bewußtseinsbildung draußen zu machen. Diese ist vor allen Dingen notwendig. Das, was wir hier tun, trägt schon zu einer solchen Bewußtseinsbildung bei. Aber das Eisen muß heiß gehalten werden. Dazu sind diejenigen aufgerufen, die in der Öffentlichkeit, im Rundfunk, im Fernsehen, in der Presse usw. den Faden in der Hand haben und etwas für uns tun können. Aber auch für die interne Arbeit, für die Arbeit des Ministeriums, für die Arbeit der Regierung, ist es wichtig, daß diese Dinge hin und wieder herausgestellt werden und daß die Stellungnahme jedes einzelnen herausgefordert wird.

Die Fraktion hat aus diesem Grund noch einen Antrag vorgelegt, einen Antrag, der dahingeht, daß der Minister für Familie und Jugend alle zwei Jahre einen Bericht vorlegt, in dem einmal die Lage der Familie und zum anderen der Stand der Hilfsmaßnahmen, die zu diesem Zweck ergriffen worden sind, dargestellt werden. Man wird dann aus diesen Darlegungen ersehen können, wo die Hilfe am dringlichsten ist. Dadurch würde auch eine konsequente und kontinuierliche Fortentwicklung der familienpolitischen Bemühungen gewährleistet sein. Die Sache hat aber auch noch einen zweiten Zweck: sowohl die Autorität des Familienministers in der Öffentlichkeit wie auch die Autorität der Familienpolitik als solcher würden gehoben. Das sollten wir begrüßen.

Ich bin der Meinung, daß von dieser heutigen Veranstaltung wertvolle Impulse für unsere Arbeit in der Fraktion ausgehen werden. Ich bin für das wertvolle Material außerordentlich dankbar, das wir bei unserer Arbeit im einzelnen benützen werden.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit, mit der Sie mich angehört haben.

(Beifall)

Vors. Frau Braukslepe: Als nächste hat das Wort Frau Dr. Becker-Döring.

Frau Dr. Becker-Döring (Braunschweig): Meine sehr geehrten Herren! Meine sehr verehrten Damen! Ich habe mich zu allen drei Referaten gemeldet, um einen Diskussionsbeitrag zu geben. Lassen Sie mich eingangs sagen, warum. Ich bin der Ansicht, daß alle drei Referate innerlich zusammengehören und daß man es durchaus verantworten kann, zu diesen Referaten insgesamt zu sprechen. Ich meine das aus folgendem Gesichtspunkt. Ich bin der Auffassung, daß unsere heutige Zusammenkunft — die anwesenden Herren mögen mir verzeihen, daß ich es sage — ein Appell an uns Frauen ist. Wir sind in der Familie zumindest zu 50 Prozent beteiligt.

(Heiterkeit)

Hier erwächst uns offensichtlich eine erhebliche Aufgabe, die wir mit aller Schärfe sehen und nach der wir uns ausrichten sollten.

Wir sind zur Mitverantwortung aufgerufen. Ich bin sogar der Ansicht, daß wir mehr als nur die Mitverantwortung tragen sollten. Wir Frauen sollten in allererster Linie unsere Probleme erkennen. Wir werden sie dann in echter Partnerschaft den männlichen Wesen unterbreiten. Ich bin überzeugt, daß wir dann eine noch bessere Resonanz hören werden.

Herr Familienminister Heck hat davon gesprochen, welche Aufgaben uns in der Zukunft erwachsen. Ich bitte, die Lösung dieser Aufgaben unter dem Gesichtspunkt der unwahrscheinlich großen Verantwortung zu sehen, die uns Frauen auferlegt ist.

Ich bin Frau Dr. Strecker außerordentlich dankbar dafür, daß sie einmal mit einem Wort das Problem der alleinstehenden Frau angesprochen hat. Ich darf vielleicht sagen, daß es die alleinstehenden Frauen selbst Jahre hindurch nicht gewagt haben, sich in dieser Form zu äußern. Es handelt sich hier um eine Erscheinung in unserer Gesellschaft. Wir haben gehört, daß die jungen Mädchen in Zukunft nicht mehr allein sein sollen, sondern daß die Ehe die Grundlage sein wird. Aber die alleinstehenden Frauen sind nun einmal existent und bedürfen nach meiner Ansicht ganz besonders unserer Hilfe, unserer Anteilnahme und unseres Verständnisses.

Es ist hier vorgeschlagen worden — und ich halte das für außerordentIlch günstig —, daß man versuchen sollte, diesen Frauen bei der Beschaffung von eigenen Wohnungen zu helfen. Ich bin der Ansicht, daß
gerade diese Frauen ein Recht auf ihr eigenes Heim haben, weil es
nämlich die Oase ist, in der sie ihr eigenes Ich entfalten können.
Wenn wir es fertigbringen, daß diese Frauen als Untermieter nicht
immer mit ihrem Alleinsein konfrontiert werden, dann geben wir diesen Frauen eine große Hilfe. Bitte bedenken Sie auch — und das
mit aller Klarheit —, daß diese Frauen oft keineswegs nur für sich
allein sorgen. Sie helfen vielfach ihren Eltern oder alten Menschen
oder Verwandten, oder sie geben in irgendeiner Form Dritten Hilfe.
Wir haben das bisher in keiner Weise steuerlich oder ähnlich annähernd so berücksichtigt, wie es diese Frauen verdienen. Ich bin der
Ansicht, daß wir auch hier ganz offensichtlich diesen Frauen unser
Augenmerk schenken sollten.

Darüber hinaus bin ich der Ansicht von Frau Dr. Strecker, daß hier ein großes Reservat für politische Tätigkeit der Frau ist. Aber — und das möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen — diese Frauen müssen angesprochen werden. Sie sind — bitte, lassen Sie mich das etwas zugespitzt sagen — nicht mutig genug, sich in den Vordergrund zu stellen. Wir sollten ihnen den Mut geben, sich für die Aufgaben zur Verfügung zu stellen, die sie bestens meistern könnten. Bitte, bedenken Sie auch die große Zahl der Frauen — nicht nur der ledigen, sondern auch der verwitweten Frauen, die dann auch als alleinstehende Frauen gelten.

Bitte, erlauben Sie mir weiter einen Beitrag zum Aufstieg der Frau. Ich bin der Ansicht, daß wir — die Solidarität ist heute angesprochen worden — uns auch in dieser Form solidarisch verhalten sollten. Wir sind bedingungslos bereit, dem Manne solidarisch beim Aufstieg gegenüberzutreten. Bitte, wäre es nicht möglich, daß wir uns in Zukunft für die berufstätigen Frauen, die die gleiche Qualifikation mitbringen, mit der gleichen Solidarität einsetzen, eben weil es sich um Frauen handelt?!

Ich möchte auf einen weiteren Gesichtspunkt hinweisen, und zwar auf das Problem der alleinstehenden Frau mit Kindern. Ich bin Rechtsanwältin. Es wird in Zukunft viele alleinstehende Frauen mit Kindern ge-

ben, und zwar die Frauen, die eine Scheidung hinter sich haben. Ich bin mir durchaus im klaren, daß das keineswegs überbewertet werden soll; aber diese Frauen bedürfen meines Erachtens besonders unserer Hilfe. Lassen Sie mich aus der Praxis sprechen: Es ist da mit den Unterhaltsansprüchen nämlich außerordentlich schwierig. Der Mann heiratet in vielen Fällen sofort wieder, und die Frau hat letztlich allein die Aufgabe, den Unterhalt ihrer Kinder zu erarbeiten und zu gewähren.

Lassen Sie mich noch etwas sagen zu dem Problem der jungen Mädchen. Ich bin der Ansicht — das auch aus meiner Praxis heraus —, daß die jungen Menschen viel zuwenig vorbereitet in die Ehe gehen. Insofern bin ich Herrn Professor Donath sehr dankbar dafür, daß er gesagt hat, es müsse hier eine ganz intensive Ehevorbereitung eintreten. Glauben Sie es mir bitte, und nehmen Sie es so, wie ich es meine: das Wort "bis der Tod uns scheidet" ist keineswegs der Wahlspruch, der die jungen Menschen heute in Vielzahl zum Standesamt und zum Traualtar gehen läßt. Das ist also eine Aufgabe, die uns ganz offensichtlich zufallen muß.

Zu dem Problem des alten Menschen möchte ich nur zwei kleine Beiträge anfügen. Ich bin der Ansicht, daß hier gerade für die Frauen, die in den Beruf zurückkehren, ein unwahrscheinliches Reservat an nutzbringender Arbeit in der Betreuung dieser älteren Menschen entsteht.

Vielleicht noch ein Hinweis, der aus der Praxis kommt: Wäre es nicht möglich, daß wir diesen älteren Menschen zum Beispiel Reisen ermöglichen? Ich halte diesen Wunsch deshalb für berechtigt, weil wir nicht von unserer Perspektive ausgehen sollten, die wir fast die ganze Welt gesehen haben. Es gibt viele alte Menschen, für die eine Fahrt nach Hamburg noch ein Erlebnis ist, weil sie ihr Leben lang davon geträumt haben und es nicht realisieren konnten; denn in der Zeit, in der sie hätten reisen können, waren einfach die Mittel nicht vorhanden, weil sie für die Familie verbraucht werden mußten.

Als letztes lassen Sie mich noch darauf hinweisen, daß ich es sehr begrüßenswert finde, der Unterbringung der alten Menschen in Zukunft im Verein mit jungen Menschen ein besonderes Augenmerk zu schenken. Ich komme aus Braunschweig. Wir sind der Ansicht, daß man den älteren Menschen wirklich etwas Gutes antut, wenn man sie nicht allein oder in Gemeinschaft mit Älteren beläßt, sondern ihnen zumindest die Möglichkeit gibt, in Gemeinschaft mit jungen Menschen zu leben, weil sie so nach unserer Meinung in vielen Fällen am besten den Kontakt zum Leben behalten.

(Beifall)

Frau Braukslepe: Vielen Dank. Die beiden nächsten Wortmeldungen kommen von der Frau Abgeordneten Christa Schröder und von der Frau Abgeordneten Welter.

Frau Schröder: Meine sehr verehrten Damen und Herrenl Ich darf etwas zu den Altenfragen und zu dem wertvollen Referat des Herrn Prälaten Schulte sagen. Es ist heute schon verschiedentlich angeklungen, daß der Staat und daß die Politik immer nur den äußeren Rahmen spannen kann und daß der einzelne Mensch mit seinen seelischen Kräften ihn bunt und lebendig machen muß. Sie haben das gerade so besonders gut bezüglich des Problems der alten Menschen gesagt. Für unsere ganze Arbeit an der alten Generation gilt dies sicher ganz besonders.

Da wir auf einem politischen Kongreß sind und vom politischen Menschen sprechen, darf ich etwas von der ziemlich nüchternen Basis sagen, die wir legen müssen, damit sich diese guten seelischen Kräfte, von denen Sie gesprochen haben, voll entfalten können. Ich glaube, daß wir unsere ganze Arbeit an der alten Generation nur als eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden sehen können.

Die Bundestagsfraktion – das darf ich einmal sagen – hat sich sehr eingehend mit diesem Problem befaßt. Sie hat im vorigen Jahr eine Große Anfrage an die Regierung gerichtet und ein sehr gutes wechselseitiges Gespräch mit der Regierung geführt.

Sie ist von den drei großen Anliegen der alten Generation ausgegangen, die ich so sehe: Unsere alten Menschen möchten einmal möglichst lange selbständig bleiben, zum anderen wollen sie mitten unter uns sein, und zum dritten wollen sie die Sicherheit haben — ich betone: wollen die Sicherheit haben —, daß ihnen Hilfe bei Hinfälligkeit zuteil werden kann. Wir haben gesagt, daß wir durch unsere politische Arbeit die Grundlagen für diese drei Wünsche legen müssen. Dazu, daß wir ihnen die Möglichkeit der langen Selbständigkeit geben und die Möglichkeit, mitten unter uns zu sein, gehören die guten und für sie zweckmäßigen Wohnungen. Dazu gehört, daß wir bei den alten Menschen, die sich nicht selbst helfen können, von dem Altersheim — besonders von dem Altersheim mit Zweiraumbetten — zu Wohnheimen übergehen.

(Beifall)

Ich darf dazu einige Anmerkungen machen. Ich meine, wir sollten mit Nachdruck immer wieder vertreten, daß dem alten Menschen eine Zweiraumwohnung zusteht. Ich darf dazu weiter anmerken — und mit Dankbarkeit anmerken —, daß wir bei unserer Arbeit die etwas höheren Mieten jetzt nicht mehr zu fürchten brauchen, seitdem wir das Wohngeldgesetz haben. Es tritt in dieser Woche, am 1. April, in Kraft.

(Beifall)

Es gibt gerade die alten Menschen mit kleineren Renten, die im sozialen Wohnungsbau – und das wird die Regel sein –, im Mietwohnungsbau eine Wohnung vernünftiger Größe haben – wir haben für

den Alleinstehenden die Größe auf 40 qm festgelegt –, eine gute Möglichkeit des Zuschusses, damit sie sich nun wirklich eine gute Wohnung nehmen können.

Und nun zum dritten: Wir sollten mit Nachdruck vertreten, daß beim Familienheimbau, beim Bau von Elgenheimen die Möglichkeit verstärkt wird, eine selbständige Wohnung innerhalb dieses Eigenheimes für die Großmutter, für den Großvater, für die dritte Generation, einzubauen.

(Beifall)

Ich darf eine weitere Anmerkung machen: Viele Städte, gerade auch kleinere und mittlere Städte, gehen jetzt an das Problem der Stadtsanierung. Es gibt dann in kleineren und mittleren Städten — und nicht alle leben ja in Großstädten — die Möglichkeit, an abgeschlossenen Plätzen, mehr mitten in der Stadt, solche Altenwohnungen zu bauen. Wir sollten bei diesen Stadtsanierungen darauf achten, daß solche Möglichkeiten ausgenutzt werden. Wir haben sie in vielen großen Städten des Auslandes; ich darf an Holland und Dänemark erinnern. Wir haben sie auch in unseren eigenen Städten; dort sind aus Alteneinrichtungen und früheren Einrichtungen solche Dinge entstanden. Unsere alte Generation liebt es zwar, etwas abseits vom Verkehr, aber doch innerhalb der Stadt zu leben.

Dazu gehört auch die Stärkung der Arbeit der Verbände und Gemeinden auf den mannigfaltigen Gebieten der Altenhilfe, die hier schon angeklungen sind, der Altenerholung, die es auch schon gibt —, alle diese Dinge.

Wenn ich nun an dieses dritte Problem denke, an die Sicherheit der Hilfe bei Hinfälligkeit, dann steht allerdings auch noch die große Aufgabe vor uns, die notwendigen Pflegestätten, Pflegeheime, Altersheime zu schaffen, in denen die Alten betreut werden. Meine Damen und Herren, Sie wissen alle, daß dies nicht nur ein Problem des Bauens ist, sondern ein Problem der Kräfte, die die Betreuung der alten und hinfälligen Menschen in die Hand nehmen. Ich meine, daß dies eine unserer ganz großen Aufgaben sein wird, die notwendigen Kräfte zu beschaffen, die ausgebildete, vorgebildete und auch regelmäßig zur Verfügung stehende Altenpflegerinnen seln können.

Hier greift es über zu dem, was wir eben angesprochen haben: die Mobilisierung der Kräfte der älteren Frau; denn ich meine, bei aller Anerkennung der freiwilligen ehrenamtlichen Hilfe und der Nachbarschaftshilfe, die sicher notwendig ist, brauchen wir hier vollberufliche Kräfte. Wir müssen uns nämlich klarmachen, daß ja die berufslose, unverheiratete Tochter, die früher immer die alten Eltern gepflegt hat, immer mehr ausstirbt. Das müssen wir einfach zur Kenntnis nehmen. Auf die Anfrage unserer Fraktion an die Regierung ist uns durchaus gesagt worden, daß die Ausbildungsmöglichkeiten für die Altenpflege-

rinnen, die zur Zeit zur Verfügung stehen, noch nicht genügen. Wir müssen uns also mit ganz großer Entschiedenheit dieser Aufgabe widmen.

Darf ich zum Schluß eines sagen, was nun wieder in den mehr geistigen und seelischen Bereich fällt - und das hat mir auch an Ihrem Referat so gut gefallen -: das ist das Ansehen unserer älteren Generation. Ich bin einmal dem Ausdruck "Ältestenrat", den wir gebrauchen, und der Bedeutung des Wortes "Senat", daß heißt, Rat der Alten, nachgegangen. Ich meine, daran ist deutlich geworden, daß in den früheren Generationen im Bewußtsein der Öffentlichkeit Altsein und Weisesein zusammenfiel. Ich habe jetzt manchmal die Sorge, als wenn wir bei unseren Bemühungen um die Lösung der Altenfrage die Gewichte von der Achtung -- auch von der Achtung vor der Erfahrung -vor dem erfüllten Leben voller Leistung und Arbeit zu sehr nur auf das Mittelalter verschöben. Ich meine, daß wir es sehr sorgfältig prüfen sollten und bei der Beeinflussung unserer Jugend es sehr sorgfältig in acht nehmen sollten, daß die Gewichte zwischen dem notwendigen Mitgefühl und der notwendigen Achtung vor unserer alten Generation richtia verteilt werden.

(Beifall)

Welter: Meine Herren und Damen! Ich bin wie meine Vorrednerin sehr, sehr dankbar für alles, was wir heute gehört haben und was uns bestimmt noch viele weitere Anregungen geben wird. Ich möchte ganz konkret auf die einzelnen Vorträge eingehen.

Ich möchte zur Familienpolitik sagen — die Herr Minister Heck uns in einer sehr feinen Weise entfaltet hat —, daß eine Frage, die schon von Frau Strecker aufgeworfen wurde, auch sehr stark in dieses ganze Gebiet mit hineinfällt, nämlich: Wie ist es möglich, daß wir die Mütter mit kleinen Kindern — sagen wir mit Kindern bis zum sechsten Jahr — davor bewahren, erwerbstätig zu werden?

Sie, Herr Minister, haben ganz kurz nach Ihrer Amtsübernahme einmal zu erwägen gegeben, ob wir ihnen nicht so etwas Ähnliches wie das französische Herdgeld geben können. Das ist daran gescheitert und wird auch einstweißen daran scheitern, daß nicht die Mittel vorhanden sind, um einen sinnvollen Betrag zu gewähren. Damals war von 40 Mark die Rede; das kann natürlich keine Mutter davon abhalten, zu arbeiten, weiß das kein Äquivalent ist. Ich frage, Herr Minister Heck: Kann man nicht ein solches Gesetz doch erreichen, daß die Bundesanstalt, die heute über so viele Mittel verfügt, da keine Arbeitslosenunterstützung zu zahlen ist, durch Gesetz verpflichtet wird, den Müttern, die um ihrer Kinder Willen auf die Erwerbsarbeit verzichten, einen Beitrag zu geben, der sinnvoll macht, daß sie zu Hause bleiben? Ich gebe das als Anregung.

Als zweites möchte ich eine Frage stellen. Es ist mir bekanntgeworden -- ich weiß nicht, ob es stimmt, aber es ist mir positiv zugesagt worden --,

daß das Land Nordrhein-Westfalen nur solchen Familienzuschüsse für Familienferien gibt, die diese Erholung im Lande Nordrhein-Westfalen ableisten. Stimmt das, Herr Minister? — Ich möchte bitten, daß einmal festgestellt wird, ob die Familien aus Nordrhein-Westfalen, die ihre Ferien in Bayern oder irgendwo sonst in einem dritten Land machen wollen, keinen Zuschuß bekommen.

Ich möchte die Wichtigkeit betonen, daß die jungen Mädchen besser auf ihren Frauen- und Mütterberuf vorbereitet werden; das ist eben auch schon angeklungen. Ich glaube, wir Frauen können es nicht gründlich genug fordern, daß unsere jungen Töchter eine entsprechende Vorbereitung bekommen und daß wir auch die Mütterschulen, die Eheseminare und die Familien- und Jugendberatungsstellen so ausstatten, daß sie in vollem Umfang wirksam werden können.

Nun möchte ich zu Ihrem Beitrag kommen, Frau Strecker. Ich sehe, daß Frau Bleiler hier ist, und ich nehme an, daß sie gleich etwas über Renten an Eltern von erwerbstätigen Frauen sagen wird. Sie hat das vor Jahren schon im Bundestag sehr stark aufgegriffen. Das ist eine Sache, die ich voll und ganz unterstütze, daß nämlich, wenn eine berufstätige Frau, die ihr ganzes Leben lang die Rentenversicherung bezahlt hat, stirbt und ihre alten Eltern unversorgt zurückläßt, die Eltern eine entsprechende Rente bekommen. Was die sogenannten "kleinen Renten" betrifft, so möchte ich Ihnen nur sagen, daß die Härtenovelle, die wir in wenigen Tagen im Bundestag bearbeiten werden, einen sehr großen Ausgleich schafft. Ich hatte gehofft, Herr Winkelheide würde hier sein; er wird vielleicht heute nachmittag kommen und kann Ihnen das Ganze präzise ausführen.

Ich möchte dann die Frage der später wieder frei werdenden Frauen anfassen, die ja in unserer Diskussionsgrundlage vorliegt, die wir schon durch die Fraktion laufen ließen und die wir hier in unseren Unterlagen haben. Über sie kann vielleicht heute nachmittag noch gesprochen werden; ich will sie nur ankündigen. Das ist etwas, was genau dem entspricht, was Frau Strecker auch in ihrem Referat angeführt hat.

Der Gegenstand eines anderen Blattes, das Sie auch bekommen haben, ist das sinnvolle Eingliedern älterer Menschen in eine Beschäftigung. Den älteren Mitbürgern, die noch arbeiten wollen und die im Hilfsdienst von gemeinnützigen Einrichtungen der Wohlfahrtspfiege oder der christlichen Einrichtungen arbeiten wollen, sollen Härten erspart bleiben, die heute noch damit verbunden sind. Auch darüber wäre am Nachmittag im einzelnen zu sprechen. Wir haben etwas formuliert, mit dem ich mich aber nicht aufhalten möchte, da die Zeit schon knapp ist.

Vieles von dem, was Sie, Herr Prälat, für die alten Menschen fordern, ist glücklicherweise schon verwirklicht. Das Sozialhilfegesetz gibt den alten Menschen sehr viele Möglichkeiten, auch zu Freunden oder zu

Verwandten zu reisen. Wir wissen, daß in unseren Einrichtungen alles geschieht, um ihnen auch durch Abwechslung und Vorführungen ein fröhliches Leben zu vermitteln. Wir haben gerade in der Altenhilfe erlebt, wie stark die Nachbarschaftshilfe aufblüht; ich denke da besonders an die Aktion Silberfisch. Da kann ein alter Mensch, der Hilfe braucht, einen Silberfisch an sein Fenster hängen und weiß dann, daß jemand kommt. Oder ich denke an die sehr schönen Begleiterschelnungen bei den Essener Fräsern, bei denen nicht nur das Essen gebracht wird, sondern wo jeden Tag einer zu dem alten Menschen kommt, mit dem er sich aussprechen kann. Das ist eine unendlich wichtige und segensvolle Sache.

Nun möchte ich noch etwas zu den Altenpflegerinnen sagen; Frau Schröder hat das schon sehr deutlich gemacht. Wir sind der Meinung, daß auch der Bund etwas dazu tun sollte, daß mehr Altenpflegerinnen ausgebildet werden.

(Beifall)

Sie sollen so ausgebildet werden, daß sie nicht nur Körperpflege altein lernen, sondern daß sie auch lernen, mit den alten Menschen zu sprechen, von ihnen zu hören, was sie bedrückt, sie zu beraten, auf ihre Interessen einzugehen. Das ist nicht sehr einfach, aber es ist eine sehr wichtige Sache.

Wir haben auch viel zu wenige Altenpflegerinnen, viel zu wenige Altenpflegerinnen-Ausbildungsstätten. Das ist eine Sache, die wir unbedingt aufnehmen müssen.

Als letztes möchte ich noch sagen: Prüfen wir unsere alten Altenheime! Wir haben eine unendliche Zahl von ganz alten, unmodernen Altenheimen, in denen vier und fünf Betten in einem Raum stehen, in denen kaum Gemeinschaftsräume vorhanden sind. Das sind Zustände, die nicht dadurch aufgehoben werden, daß viele neue, moderne Heime gebaut werden. Wir sollten auch unser Augenmerk darauf lenken, daß einmal festgestellt wird, welche Altenheime noch den heutigen Anforderungen entsprechen und welche einfach abgerissen und neu gebaut werden müssen.

(Beifall)

Vorsitzende Frau Braukslepe: Meine Damen und Herren! Wir haben vor der Tischzeit noch zwei Wortmeldungen. Die anderen Wortmeldungen wollen wir dann auf den Nachmittag verlegen. Wenn es Ihnen recht ist, rufe ich zunächst Herrn Derben aus Hannover auf, und dann wollen wir, wenn die Zeit es noch zuläßt, Frau Oberregierungsrat Piser aus Berlin zu Wort kommen lassen.

Herr Derben hat das Wort.

Derben: Frau Vorsitzende, Herr Minister, meine lieben Parteifreunde! Ich glaube, ich muß einmal auf ein Gesetz eingehen, das ein wichtiges Familiengesetz ist und das heute schon angesprochen wurde; ich

meine das Bundessozialhilfegesetz. Dieses Gesetz ist 1961, damals noch mit der absoluten Mehrheit der Christlich-Demokratischen Union, verabschiedet worden. Wahrscheinlich wäre es nicht verabschiedet worden, wenn wir bis nach den Wahlen 1961 gewartet hätten.

Ich glaube, daß dieses echte Familiengesetz von der CDU noch nicht genügend gut propagiert wurde. Die CDU hat hier eines der besten Sozialgesetze in der Öffentlichkeit zu wenig publik gemacht. In Kapitel 7 des Bundessozialhilfegesetzes heißt es, die Sozialhilfe soll die Kräfte der Familie zur Selbsthilfe anregen und den Zusammenhang der Familie festigen. Daran, meine lieben Parteifreunde, können wir nur erkennen, welchen ungeheuren Wert dieses Bundessozialhilfegesetz gerade in der Familienpolitik hat.

Ich kann dazu gleich ein zweites sagen: Die christliche Nächstenliebe spielt in diesem Bundessozialhilfegesetz eine sehr große Rolle, und der völlig neu zu gestaltende Begriff der Subsidiarität ist auch hier ein entscheidender Faktor dieses Gesetzes.

Sie wissen, daß es die Stadt Dortmund gewesen ist, die eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht angestrebt hat, über die leider noch nicht entschieden worden ist. Wir hoffen, daß hier positiv zugunsten des Bundessozialhilfegesetzes entschieden wird. Wir wissen alle, meine lieben Parteifreunde, warum gerade die Stadt Dortmund und in ihrem Gefolge viele andere Großstädte diese Klage angestrebt haben: weil hier der freien Initiative der Kirche und der freien Verbände große Möglichkeiten gegeben sind. Das Widersprüchliche dieser Klage ist, daß auch anerkannte Sozialpartner der SPD sagen, daß dies ein hervorragendes Gesetz ist, nach dem die Gemeinden zu arbeiten haben. Die SPD weiß sehr wohl, was sie mit diesem Bundessozialhilfegesetz anzufangen hat.

Ich möchte hier doch einmal auch auf das Politische unserer heutigen Tagung eingehen. Die SPD strengt auf der einen Seite eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht an und arbeitet auf der anderen Seite in den Gemeinden danach. Ich komme aus der Stadt Hannover und bin dort auch im Rat der Stadt. Die Landeshauptstadt Hannover wird von der SPD beherrscht, und die Sozialdemokratische Partei weiß, welchen Wert dieses Gesetz hat. Die SPD treibt in den Gemeinden echte Familienpolitik; das müssen wir einmal sehen, und ich darf es hier auch sehr kritisch anmerken: Wir sind zu schüchtern und zu bescheiden. Wir sehen es ja: Wir können unsere Rentenreform nicht so recht anbieten. Wir haben bereits das 7. Rentenanpassungsgesetz verabschiedet, das eine hervorragende soziale Leistung ist. Die Renten sind seit der Verabschiedung im Jahre 1957 um über 50 Prozent erhöht worden.

Wir arbeiten in den Gemeinden nach dem Bundessozialhilfegesetz, und die Familienpolitik in den Gemeinden betreibt die Sozialdemokratische Partei. Meine lieben Parteifreunde, ich darf nur ein Beispiel aus der Stadt Hannover nennen. Die SPD baut dort Freizeitheime. Wir haben

In der vergangenen Woche das zweite Freizeitheim eingeweiht, die SPD will weitere zehn Freizeitheime in Hannover bauen. Diese Heime waren eigentlich dafür gedacht, die jungen Menschen von der Straße wegzubringen, um sie dort in der Gemeinschaft wirken zu lassen. Die SPD hat gemerkt, daß diese Heime von der Jugend nicht sehr gut besucht werden, und sie hat jetzt umgedacht: Diese Heime werden jetzt vor allen Dingen alten Menschen zur Verfügung gestellt, und die alten Menschen können sich vom frühen Morgen bis zum späten Abend dort auf allerlei Gebieten betätigen.

Wir wissen ganz genau, wie schwer es für uns als CDU ist, in den Gemeinden zur Mitarbeit zu kommen, um auch als CDU unsere Sozialpolitik, unsere Familienpolitik anzubieten. Hannover baut jetzt in den nächsten Jahren ein Heim für Mutter und Kind für 50 ledige Mütter. Ich glaube, das ist auch ein Beitrag zur Familienpolitik. Wir sehen daran, wie sehr die Sozialdemokratische Partei, vor allem in den Gemeinden, bestrebt ist, ihre eigenen Leistungen an den Mann zu bringen — wenn ich das einmal so ausdrücken darf.

Weiterhin werden Alters- und Pflegeheime gebaut; man baut nicht mehr diese alten Kästen, sondern in Hannover wird jetzt dieses Altersheim nach ganz modernen Gesichtspunkten gestaltet. Man geht dazu über, Altersheime für nur 200 oder 100 Leute zu bauen, in denen — was hier auch von verschiedenen Rednerinnen angesprochen wurde — die älteren Menschen einen Raum oder zwei Räume, also eine echte Wohnungseinheit, zur Verfügung haben.

Meine lieben Parteifreunde, ich sage das alles so kritisch, weil wir ja für die Zukunft arbeiten müssen, weil wir in Bonn und in den Ländern hervorragende Familienpolitik treiben, während die Früchte dieser ausgezeichneten Familienpolitik leider die Sozialdemokraten ernten.

(Beifall)

Die SPD hat sehr wohl erkannt, welch große Chance sie in der Hand hat, um über die Familien- und Sozialpolitik in den Gemeinden politisch wirksam zu werden. Ich glaube, wir sollten in der Zukunft darauf achten, daß wir, wenn wir wieder einen Einfluß auf kommunaler Ebene gewinnen wollen, die Familienpolitik — ich möchte nicht sagen, gut gestalten — etwas besser verkaufen.

(Vereinzelter Beifall)

Ich möchte zum Abschluß noch einmal sagen, daß gerade das Bundessozialhilfegesetz in der Öffentlichkeit kaum bekannt ist, und auch nicht, welche Möglichkeiten darin liegen, gerade für den alten Menschen. Diese Möglichkeiten haben leider sehr viele Menschen noch nicht erkannt.

Hier ist gesagt worden, daß die älteren Leute nicht die finanziellen Möglichkeiten hätten, zu ihren Familien, zur Erholung zu reisen. Von der Stadt Hannover weiß ich, daß nach dem Bundessozialhilfegesetz die

Möglichkeit besteht, die Reise bezahlt zu bekommen, daß dort aber bisher nicht ein einziger Antrag für eine Reise zu Verwandten oder zu Bekannten, zum Sohn oder zur Tochter in Süddeutschland, Westdeutschland oder in Norddeutschland gestellt worden ist.

Was ich jetzt sage, habe ich schon einmal angeregt. Es werden doch so viele Broschüren oder alle möglichen Dinge verteilt, die in der Politik nun einmal Wirklichkeit geworden sind. Ich habe bisher vermißt, daß eine ausführliche Broschüre über den Inhalt und die Bedeutung des Bundessozialhilfegesetzes von der Bundespartei der CDU verbreitet worden wäre.

(Beifall)

Ich möchte hier anregen, daß das in irgendeiner anderen Weise geschieht.

Frau Pieser: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind heute hier zusammengekommen, um im Rahmen des Themas unseres Bundesparteitages "Es geht um Deutschland" Fragen der Familienpolitik, die die CDU bisher im Bund getragen hat, zu überdenken. Wenn wir auch unter dem Thema arbeiten: "Es geht um Deutschland", so müssen wir auch an den anderen Teil unseres Vaterlandes denken. Gestatten Sie mir deshalb nur ein Wort in Ergänzung des hier Gesagten.

Wir müssen der Situation bei uns die Situation der Familie in der sowietisch besetzten Zone Deutschlands gegenüberstellen. Wir müssen bei der Betrachtung dieses Spezialgebietes zunächst davon ausgehen, daß es im anderen Teil unseres Vaterlandes ebensowenig wie in den übrigen sozialistischen Ländern ein Familienministerium gibt, und dies zeigt uns schon, wie symptomatisch die Verflechtung der Betrachtung des Menschen und seiner Funktion für den Staat sich von dem unterscheidet, was wir in unserem demokratischen Rechtsstaat als Eingebettetsein der freien menschlichen Persönlichkeit aus der Familie, aus der er kommt, als Staatsbürger für das Ganze tätig zu werden, bezeichnet haben. Wir müssen berücksichtigen, daß der sozialistische Staat ja nur Gruppen kennt, die für ihn positiv, materiell auswertbar sind. Und so kann es nicht verwundern, daß es den Begriff "Familie" in diesem Weltbild einfach nicht geben kann, sondern da gibt es den Mann und die Frau, die unter dem bezeichnenden Stichwort der "totalen Gleichberechtigung" Funktjonsaufgaben für den Staat wahrzunehmen haben, Funktionsaufgaben, die letztlich dazu dienen sollen, produktive Werte aufzuweisen für den Staat, der den einzelnen verplant zum Endziel der verstaatlichten Gesellschaft.

Und so kann es uns nicht verwundern, wenn Mann und Frau in dieser Gleichberechtigung zunächst die Funktion übertragen bekommen, durch eigene produktive Steigerung der beruflichen Leistung die Planerfüllung sozialistischer Vorstellungen voranzutreiben. Es kann uns nicht verwundern — und auch das sollen wir uns als christliche Partei immer vor Augen halten —, daß unter einem solchen Menschenbild Mann und

Frau auch wiederum als Produktivkräfte in biologischer Hinsicht gewertet werden. Da bleibt kein Raum für die Wertigkeit der menschlichen Person, für ihre ethisch-moralische Situation, sondern da geht es einfach um das Produktionssoll. So kann es uns nicht verwundern, daß — ausgehend von früheren politischen Maßnahmen des großen Vorbildes für alle diese Experimente im getellten Deutschland — unter sowjetischer Herrschaft nicht Platz gegriffen hat, was die Sowjetunion vor Jahren einmal praktiziert hat, nämlich die Reduzierung der Bevölkerungszahl in der Zone, daß dann die sozialen Schwierigkeiten geringer wären. Man hat vielmehr erkannt, daß nur mit einer Vielzahl produktiv tätiger Menschen ein sozialer Fortschritt möglich sein würde. So kommt von daher in der gesamten sozialistischen Welt heute eine völlig andere Einstellung bzw. Sicht zum Problem der Kinder und der heranwachsenden Generation als Werte tragende Schicht.

Bei dieser Übersicht kann es uns nicht verwundern, daß der sozialistische Staat mit einem ganz konzentrierten Bewußtsein darauf ausgeht, daß es wichtig ist, die heranwachsende Generation für die politischen Ziele zu gewinnen. Da gibt es keinen Raum für einzelne familienpolitisch bedingte Maßnahmen, sondern die gesamten Gebiete — seien es familienpolitische Fragen, seien es gesundheitspolitische, arbeitsrechtliche oder allgemein soziale Probleme — werden diesem Endziel unterstellt.

Das gleiche gilt selbstverständlich ganz besonders für das Erziehungswesen. Es kann uns deshalb nicht verwundern, daß auch das Erziehungswesen mit der Endphase des sozialistisch gebildeten Menschen neuer Prägung schon im Kindergarten beginnt. Man kann mit der politischen Bildung der jungen Generation nicht früh genug anfangen. Man kann nicht früh genug damit anfangen, das Kind herauszulösen aus der Geborgenheit, aus der ethischen Gemeinschaft der Familie und das Kind auch dem staatlichen Einfluß zu unterstellen. So ist es nicht verwunderlich, daß die Erziehung im Kindergarten als sogenannte vorschulische Erziehung bereits dem Volksbildungsministerium übertragen ist. So ist es nicht zu verwundern, daß im Jahre 1965 die weitere Entwicklung zum sozialistischen Bildungssystem in der Zone uns vor wiederum härtere Situationen bezüglich der einseltigen Ausbildung der iungen Generation stellt.

Die Generation der Erwachsenen kann der Kommunismus nicht gewinnen, auch nicht durch Maßnahmen, die sich mit unseren familienpolitischen Gedanken decken würden. Während wir Fragen der Gesundheitspolitik, die bei uns ja immer wieder parallel mit familienpolitischen Maßnahmen betrachtet werden, behandeln, weil wir uns darüber klar sind, daß die gesunde Familie das Ziel ist, das wir haben, wobel wir uns der Fürsorge für alle Menschen, die gelstig oder körperlich behindert sind, als Staat ebenfalls aus christlicher Verantwortung zu stellen wissen, kann unter der Gesundheitspolitik sozialistischer Vorstellung immer wieder nur festgestellt werden, daß sie einzig und allein darauf hinausgeht, die Produktivkraft der Menschen zu erhalten. Es kann uns nicht

verwundern, daß wir - bei theoretischer Betrachtung dieser Dinge - feststellen müssen, daß manche Maßnahme in der Sowjetzone heute - von der Theorie her betrachtet - schon ein Vorvollzug dessen sein mag, was wir uns für die Zukunft wünschen. Ich denke an die Tatsache, daß es heute in der Sowietzone keinerlei Schwierigkeit mehr macht, eine Frau, die ein Kind erwartet, regelmäßig den Vorsorgeuntersuchungen zuzuführen, die selbstverständlich von den sozialen Kosten der Krankenkassen getragen werden, während wir noch immer daran herumbasteln, wie wir über die Schwierigkeit hinwegkommen, daß das Erwarten eines Kindes keine Krankheit ist und daß deshalb bei uns Krankenkassen zum Teil nicht aktiv werden können, wenn es um Vorsorgeuntersuchungen geht. Es kann uns weiter nicht verwundern, wenn in diesem Punkt Maßnahmen zu beobachten sind, die aber letztlich darin gipfeln, daß die vielfältigen Polikliniken. Einrichtungen in sogenannten volkseigenen Betrieben, die sich der Gesundheitsfürsorge der Belegschaft widmen, mit Krankheitsquoten zu arbeiten gewohnt sind, die bis zur Errichtung der Mauer am 13. August 1961 die Ursache dafür waren, daß eine Vielzahl von Ärzten im Flüchtlingsstrom zu uns kam, die diese Quotierung des gesunden oder kranken Menschen in der Erwerbswirtschaft einfach vor ihrem ärztlichen Gewissen nicht mehr verantworten konnte. Es kann uns nicht verwundern, wenn in der sowjetischen Zone die Einrichtung sogenannter Nachtsanatorien als besondere gesundheitspolitische Maßnahme errichtet wird. Das sind Einrichtungen, in die der arbeitende Mensch nach Schluß seiner Acht-Stunden-Schicht eingewiesen wird, um dort durch medizinische Betreuung - seien es Massagen, seien es medizinische Bäder oder sonstige Dinge, Bestrahlung oder ähnliche Maßnahmen - sozusagen über Nacht wieder für den Beruf fit gemacht zu werden. Er schläft dann auch in diesen Nachtsanatorien, weil ihm die Anstrengungen des Heimweges nicht zuzumuten sind, zum anderen auch, um dann am Morgen gleich wieder am Arbeitsplatz zu

Meine Damen und Herren, wenn wir dem Trugschluß erliegen sollten, daß diese Maßnahmen etwas mit moralisch-ethischer Hilfe für die Bevölkerung zu tun hätten, wäre es ein großer Irrtum. Wir müssen immer wieder davon ausgehen, daß ein Ordnungsbild christlicher Vorstellungen, wie wir es hier haben, im anderen Teil unseres Vaterlandes nicht mehr vorhanden ist und daß es auch darum geht — wenn man immer wieder die Initiativen der Frau anspricht, die bisher nicht erwerbstätig ist —, sie für den Beruf zu gewinnen, daß man eine bessere Erfüllung der Verpflichtungen der Planwirtschaft durch die Zufuhr weiterer Arbeitskräfte reichen will; denn auch in der Sowjetzone ist das einzige Arbeitskräftereservoir die nicht berufstätige Frau. Man will die Frau über die ehrenamtliche Arbeit durch die "Hausfrauen- und Oma-Brigaden" in den Arbeitsprozeß eingliedern.

Ich möchte nicht in Einzelheiten gehen. Ich möchte Ihnen nur noch einen Hinweis bezüglich der Frage geben, was der sozialistische Staat nun spe-

ziell für den alten Menschen tut; denn da zeigt sich ja eigentlich erst, wie der Staat seine Mitbürger bewertet, die ein Leben lang zum Aufbau und zur Arbeit beigetragen haben und die diese Aufgaben nicht mehr wahrnehmen können. Interessant und beliebt ist für diesen Staat nur der Mensch im rentenfähigen Alter, der bereit und in der Lage ist, auch nach dem Ausscheiden aus dem eigentlichen Erwerbsleben in sogenannter ehrenamtlicher Tätigkeit weiter produktive Maßnahmen zu übernehmen. Das zeigt sich ganz deutlich an der Gestaltung der Altersrenten in der Zone, die ja auf der Basis der Grundrente auch an der untersten Stufe des Existenzminimums in der sowjetisch besetzten Zone liegen.

Unter diesem System ist es dann weiter eine logische Folge, daß all den Kräften, die besonders aktiv produktiv gearbeitet haben, Zusatzrenten gewährt werden können. Es gibt da besonders für die geistig tätigen Berufe die sogenannte Intelligenzrente, die bezeichnenderweise jederzeit widerrufen werden kann, wenn der sich im Ruhestand befindliche Mensch durch politische Äußerungen etwa zu erkennen gibt, daß er das System, unter dem er lebt, nicht anerkennt. Sie sehen, daß - um den Kreis zu schließen - der sozialistische Staat nicht davor haltmacht, mit vorschulpflichtigen Kindern politische Arbeit zu treiben. Er entläßt auch den alten Menschen im Rentenalter nicht aus dem politischen Griff. Gerade unter diesem Gesichtspunkt sollten wir alles, was bei uns nun aus sozialistischen Quellen an Familienpolitik in der Bundesrepublik angeboten und vorgetragen wird, sehr kritisch prüfen, um festzustellen, inwieweit es sich mit den verwandtschaftlichen Wurzeln deckt, an die das System in der Sowjetzone zweifellos sich nur ungern erinnern läßt. Von daher auch müssen wir die doppelte Verantwortung spüren, die wir im freien Deutschland für die 17 Millionen haben, die sich ihre Regierung nicht so frei wählen dürfen, wie wir das in diesem Jahr wieder tun.

(Beifall)

Vorsitzende Frau Braukslepe: Vielen Dank sage ich auch Ihnen, Frau Pieser.

Mir obliegt es schließlich nur noch, meine Damen und Herren, Herrn Dr. Kohl das Schlußwort für den Vormittag zu geben.

Dr. Kohl: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte kein Schlußwort sprechen. Das kommt mir nicht zu. Mir ist die Aufgabe zugefallen, morgen im Plenum über die heutige Tagung zu berichten. Ich hätte dazu die Bitte — deshalb will ich sie noch vor der Mittagspause vortragen —, heute nachmittag in der Debatte einmal den Versuch zu unternehmen, deutlich zu machen, inwieweit das Selbstverständnis unserer eigenen Partei in diesen ganzen Fragen eigentlich so ist, wie es sein muß.

Ich stelle diese Frage auf Grund meines Besuches des heutigen Arbeitskreises und des Bildes, das sich mir bot, als ich in den Saal kam. Ich meine – ich hielte es nicht für ein Ruhmesblatt in der Geschichte des Parteitags —, wir bleiben sehr im Bereich der Akklamation hängen, wenn wir uns nicht darüber im klaren sind, daß man in weiten Kreisen unserer Partei — und ich schließe dabei die Spitze der Partei nicht aus — in diesen Fragen noch sehr in altbackenen, hausbackenen Vorstellungen befangen ist. Das gilt — man kann das nicht trennen — für die Familienpolitik und für die Altenpolitik und insonderheit für die Fragen der modernen Frau, um es einmal so zu formulieren.

Ich würde davor warnen, die Sache ausschließlich unter der Perspektive des Stimmenfangs zu betrachten; das wäre eine negative Betrachtungsweise.

(Beifall)

Freilich wäre der ein Heuchler oder sogar ein Lügner, der behaupten wollte, daß er nicht daran denke, Stimmen zu gewinnen. Man sollte das ruhig zugeben; man ist dann glaubhafter, weil andere es doch nicht abnehmen würden. Aber ein bißchen müssen wir uns die Frage vorlegen, ob der Bereich der Familienpolitik, der Altenpolitik und des Verständnisses der Frau in der modernen Gesellschaft von uns politisch gesehen wird und nicht so sehr unter dem Gesichtspunkt betrachtet wird: Wir brauchen das als notwendiges Rankenwerk.

Lassen Sie mich als einen der Jüngeren zu den anwesenden Damen etwas sagen: Wehren Sie sich mit größerer Energie dagegen, daß die Frauenarbeit der Partei in ein solches Getto gesperrt wird. Sie sollten sich um die Familienpolitik, die Altenhilfe und das Bild der modernen Frau kümmern. Die Praxis unserer täglichen Politik scheint mir noch meilenweit von dem entfernt zu sein, was heute angesprochen worden ist. Ich denke gerade an das Referat von Frau Dr. Strecker. Ich habe es gestern schon aufmerksam gelesen und habe es heute noch einmal gehört. Welche patriarchalischen Vorstellungen bezüglich des Verhältnisses der Frau in der Politik herrschen bei uns noch!

(Beifall)

Was da gesagt wird, ist meilenweit von der politischen Realität entfernt, so daß ich wirklich meine, auch darüber müßten wir reden. Ich möchte dazu morgen ein paar Bemerkungen vor dem gesamten Parteitag machen. Unsere Landsleute, in diesem Falle die Frauen, die Bürgerinnen dieses Staates, die wir ja als Wählerinnen und Mitarbeiterinnen der Partei haben wollen, werden es uns auf die Dauer nicht abnehmen, wenn wir im Bereich der Akklamation stehenbleiben oder so tun, als brauchten wir nur das berühmte Feigenblatt: Es muß eine Frau dabeisein, etwa aus dem evangelischen oder dem katholischen Bereich oder aus der bäuerlichen Ebene. Nein, es muß ein selbstverständliches Angebot von qualifizierten Leuten da sein.

Wenn ich die Vorlage der Bundestagsfraktion lese, die ich ungemein begrüße, habe ich doch den Eindruck: sie kommt ein paar Jahre zu spät. Als Vorsitzender der Stadtratsfraktion in Ludwigshafen und als Vorsitzender der Fraktion Im Landtag in Rheinland-Pfalz habe Ich die Eifahrung gemacht, daß wir uns Jahrelang in einer bestimmten Frage gesperrt haben, daß sich die Leute auf den Standpunkt gestellt haben,
Kinderhorte für schulpflichtige Kinder seien zwar nicht unmoralisch,
aber doch eine Sache, bei der die Moral irgendwie nicht in Ordnung ist.
Dabel wird über die sogenannten Schlüsselkinder lamentiert. Ich meine
aber, es sei besser, sie in die Kinderhorte zu schicken, als sie auf der
Straße herumlaufen zu lassen.

Mir scheint, in diesen Fragen Ist ein Abbau von Tabus im Gange, wozu ich die Frauen, die die Verantwortung tragen, nur beglückwünschen kann. Es genügt aber nicht, daß das nur in dem Getto eines solchen Ausschusses geschieht. Sie, meine Damen, sollten das sehr viel energischer in der Gesamtpartei tun. Wenn Sie das mit einer modernen, gefälligen Attitüde tun, können Sie sicher sein, daß Sie viel Zuspruch und Unterstützung finden.

(Beifall)

Vorsitzende Frau Braukslepe: Meine Damen und Herren, damit schließe Ich die Vormittagssitzung und bitte Sie herzlich, auch Ihre Freunde darauf aufmerksam zu machen, daß wir um 15 Uhr in diesem Saal wieder beginnen.

(Unterbrechung von 12.41 Uhr bis 15.20 Uhr)

Vorsitzende Frau Braukslepe: Meine Damen und meine Herren! Ich habe Ihnen zunächst zwei kurze Nachrichten mitzuteilen. Erstens: Um 18 Uhr ist ein Treffen der Landesvorsitzenden. Sollte hier im Auditorium ein Landesvorsitzender sein: 18 Uhr. Zweitens: Um 21 Uhr trifft sich das große Redaktionskomitee, und zwar im Breitenbacher Hof, Zimmer 101. Die dritte Nachricht, die ich noch durchgeben möchte, ist diese: Es hat sich heute morgen der Präsident des Bundes der Kinderreichen, Herr Dr. Siegmann, der gestern anwesend war und der auch eine Wortmeldung vorliegen hatte, der aber wegen eines Todesfalles in seiner Familie noch in der Nacht hat abreisen müssen, offiziell entschuldigt. Ich fühle mich verpflichtet, das offiziell zu sagen.

Nun wollen wir fortfahren mit den Wortmeldungen, die mir vorliegen. Als erste rufe ich Frau Elisabeth Gies aus dem Rheinland, die sich zu dem Referat von Frau Dr. Strecker gemeldet hat.

Frau Gies hat das Wort.

Frau Gies: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine Damen! Meine Herren! Ich habe nur einen kurzen Diskussionsbeitrag vorzubringen, der von einem sehr sachlichen Problem ausgeht, das mich seit langem beschäftigt. Heute morgen ist bei einem Diskussionsbeitrag ein sehr wohlmeinendes Wort gefallen, daß ich in aller schwesterlichen Bereitschaft anzuhören und auch anzunehmen bereit bin. Allerdings möchte ich etwas noch zur Ergänzung sagen. Es war die Rede davon, daß die alleinste-

hende Frau der Hilfe der Familie bedarf, aber auch des Mitgefühls. Das hat mich etwas betroffen. Das muß ich ehrlich sagen. Wir kommen uns nicht unbedingt alle als ein Problem vor. Wir wissen zwar, daß unser Stand in der modernen Gesellschaft bestimmt nicht problemlos ist und seine besonderen Probleme hat. Aber ich wäre gerade unseren Frauen, unseren christlichen Frauen, dankbar, wenn man an die Problematik der unverheirateten, das heißt der alleinstehenden und daher vermutlich auch berufstätigen Frau mehr von einer ausgesprochen sachlichen Basis heranginge; denn die Basis des Mitgefühls belastet uns etwas, und ich wäre ausgesprochen dankbar, wenn wir uns diesen Terminus einmal überlegen und vielleicht später anwenden könnten:

(Bundesminister Dr. Heck: Wir haben ja Verständnis!)

Herr Minister, ich glaube das ja nach den vielen guten Worten, die hier gesprochen wurden. Die Tatsache, daß man überhaupt Bereitschaft zeigt, uns anzuhören, ist ein Beweis dafür, daß diese Bereitschaft wächst. Wir wagen es durchaus, uns und unsere Probleme zur Diskussion zu stellen. Nur wollen wir sie gleichberechtigt neben die Probleme der verheirateten Frau, der Familienmutter usw. gestellt wissen. Ich glaube, die psychologische Situation klärt sich langsam.

Ein ganz praktisches Anliegen, das ich vortragen möchte, ist meine Erfahrung im Hinblick auf die Versorgung in alten Tagen, die gerade für die alleinstehende Frau problematisch ist und vermutlich noch problematischer wird, wenn Sie daran denken, meine Damen und Herren, daß auf Grund unserer Grundsatzpolitik es ja erstrebenswert ist, daß die Versorgung in alten, kranken Tagen von den freien Trägern übernommen wird und nicht dem Staat überlassen bleiben soll.

Sie haben es heute morgen selbst vielfach gesagt: "Es ist eine Frage, ob es noch Menschen gibt, die bereit sind, eines Tages die "Betreuung" der dann betreuungsbedürftigen Menschen zu übernehmen. Diese Frage ist ein kardinales Problem, das uns alle, ob verheiratet, in der Familie lebend oder alleinstehend, gleichermaßen trifft. Besonders kritisch wird es aber für die älter werdende und dann alt seiende Frau. die überhaupt keine Anlehnung an die Familie mehr hat. Sollte es tatsächlich so sein, daß die Entwicklung dahin geht, daß die freien Träger immer geringer in bezug auf ihre Leistungsfähigkeit werden, dann müßte man sich überlegen, ob man, unserem Prinzip getreu, nicht beim Staat um Hilfe ruft und sagt: "Bitte, lieber Staat, jetzt kümmere dich mal um uns! Dein Vorgänger war es, der uns die Männer weggeschossen hat. Jetzt mußt du für uns eintreten." Sondern daß man sagt: Die alleinstehenden, jetzt noch berufstätigen Frauen sollten versuchen, in Form einer Selbsthilfe Vorsorge für ihre alten Tage zu treffen, das heißt, daß sie sich in irgendeiner Form - ich kann Ihnen kein Patentrezept anbieten, sondern ich möchte nur den Begriff der Selbsthilfe ins Gespräch bringen - in der Art der Selbsthilfe für die Zukunft sichern, für das, was wir eines Tages, gerade weil wir alleinstehend sind, notwendig haben und was uns vermutlich dann eben kein Familienmitglied, keine Familie, mehr geben kann.

Ich weiß, daß es in der Bundesrepublik Versuche gibt, die sich in dieser Art bereits etabliert haben. Ich möchte aber gerade unsere Politiker, angefangen auf der kommunalen Ebene bis hin zur Bundesebene, bitten, bei diesem Problem einmal nachdenken zu helfen, welche Formen der Realisierbarkeit denkbar sind und verwirklicht werden könnten.

Dieses Problem ist meiner Meinung nach so wichtig, weil es gerade Selbsthilfe ist. Ich halte nichts davon, mit irgendwelchen Methoden den Schrei nach dem Staat zu stärken, und ich bitte auch unsere Familien-politiker — wie ich das gerade einmal so mit einem halben Nebensatz sagen darf —, alles zu vermeiden, bei der Familienpolitik Maßnahmen zu ergreifen, die in die bedrohliche Nähe der sozialistischen Tendenzen geraten. Mit Geld allein kann man diese Dinge nicht auffangen,

(Vereinzelter Beifall)

und es gibt in dieser Richtung, besonders auf kommunaler Ebene, einige Entwicklungen, die ich ein wenig besorgt beobachte, weil ich mir sage, daß eine gewisse Phantasielosigkeit der Anlaß dafür ist. Was man mit Geld bekommen kann, darüber brauche man sich nicht weiter Gedanken zu machen, wie man die Sache eigentlich unserer Grundsatzpolitik entsprechend viel sinnvoller, viel richtiger machen könnte. Ich knüpfe da an das an, was unser Kollege aus Hannover heute morgen gesagt hat. Er sagte, die einen machen auf Grund unserer Grundsatzpolitik die praktische Politik. Ich wäre also dankbar, wenn man bei allen Überlegungen auch in puncto Familie aufpassen würde, daß man den uns gesteckten Grundsatzrahmen nicht überschreitet.

Ich begrüße zum Beispiel alle Bestrebungen, daß man — ich komme jetzt wieder auf das Problem der Altenhilfe — versucht, bei der Beschaffung des Wohnraums für alte Menschen hier in etwa einen Vorschlag zu realisieren durch Gewährung von Darlehen für den Hauseigentümer, das heißt für den Bauwilligen ein Eigentum zu schaffen, und zwar gleichgültig, ob er Kinder oder einen alten Elternteil in seinen Haushalt aufnimmt. Meine Damen und Herren, ich bin der Auffassung, daß das echte Familienpolitik ist. Diese Politik paßt zwar nach außen hin in das Kapitel Eigenheimbau und Wohnungsbau, ist aber auf der anderen Seite eine ganz konkret gezielte Familienpolitik. Man könnte sich in dieser Beziehung nichts Besseres vorstellen.

Ich appelliere daher an Sie, sich bei allen praktischen Maßnahmen immer wieder zu überlegen, inwieweit wir unsere Dinge in der Praxis vollziehen können, indem wir sie an unserer Grundsatzpolitik messen und nicht in die Gefahr verfallen, auf Grund der Alltagsnotwendigkeit Dinge zu tun, die zwar im Moment helfen, aber im Grunde das verwässern, was wir wollen: eine Politik betreiben, die den Menschen zum Ausgang und zum Ziele hat.

Ich danke Ihnen.

Vorsitzende Frau Braukslepe: Bevor ich das Wort zum Referat von Frau Dr. Strecker an Frau Dr. Wilms gebe, möchte ich bekanntgeben, daß mich Frau Pitz-Savelsberg gebeten hatte, ihr ein paar Minuten zu geben zu einer Richtigstellung. Sie sei heute morgen in wesentlichen Punkten mißverstanden worden.

Das Wort zu einer Korrektur ihrer Äußerungen heute morgen hat Frau Pitz-Savelsberg. Dann spricht Frau Dr. Wilms (Köln).

Frau Pitz-Savelsberg: Meine Damen und Herren! Ich habe heute morgen im Zusammenhang mit dem Familienlastenausgleich gesagt, daß das Prinzip der Bedürftigkeit keine Rolle spiele, sondern daß das ein Rechtsanspruch sei. Später habe ich dann ein Sprichwort gebraucht und gesagt: Ausstattungshilfen, um den jungen Frauen den Vorwand zu nehmen, daß sie für die Ausstattung ihres jungen Haushalts erwerbstätig sein müssen.

Die Sache sieht anders aus. Hier ist nicht die Frage der Bedürftigkeit ausgeklammert. Es ist nicht zu denken, daß eine Ausstattungshilfe, wie sie erwogen werden könnte, wie sie also noch nicht vorhanden ist und nicht gegeben wird, gegeben würde, ohne den eigenen Sparwillen dieser jungen Familie vorher angesprochen zu haben; also unter der Voraussetzung, daß eigene Sparbemühungen vorhanden sind, wird eine solche Hilfe gegeben, und immer in Ansehung der Einkommenslage der Familie. Man kann also das Prinzip, daß der Lastenausgleich nicht an ein Bedürftigkeitsprinzip gebunden ist, nicht auf alle Faktoren der Familienpolitik und nicht auf alle Hilfen ausdehnen, sondern das ist auf das Kindergeld konzentriert. Die anderen Dinge aber unterliegen ganz sicher einer Prüfung, und der Einwand, der mir gegenüber eben gemacht wurde, daß man auf dem Wege über eine Familienpolitik, also über die Ausstattungshilfe, den Sparwillen bei der Jugend unterdrücke, weil sie sich darauf verlassen könne, daß dann, wenn sie nicht gespart hat, der Vater Staat eingreife, dieser Einwand ist also unberechtigt. Das kommt nicht in Frage; so darf das nicht verstanden werden. Eine Hilfe erfolgt nur da, wo sie angebracht ist und wo Bemühungen vorangegangen sind, die sie auch rechtfertigen.

Vorsitzende Frau Brauksiepe: Frau Dr. Wilms (Köln)!

Frau Dr. Wilms (Köln): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf nun auf ein Problem zu sprechen kommen, das Frau Dr. Strecker angesprochen hat, und zwar das Problem einer möglichen Wiedereingliederung von Frauen in das öffentliche Leben nach einer Reihe von Ehejahren. Ich möchte dieses Thema deshalb noch einmal aufgreifen, weil es sehr oft in der Öffentlichkeit mißverstanden wird und weil ich vielfach die Ansicht höre, dies sei ein völlig utopisches und romantisches Thema, das in den Köpfen einiger vielleicht unverheirateter Frauen spuke, aber sonst nicht viel besage.

Ich glaube, dieses Thema ist aus vier Gründen durchaus wert, diskutiert zu werden. Den ersten Grund hat Frau Dr. Strecker sehr deutlich dargestellt. Sie ist sehr intensiv eingegangen auf das veränderte Leben der Frau, auf die lange Lebenserwartung, auf die Frühheirat, auf unsere andere Familienstruktur und Haushaltsstruktur. Wir kennen das alles, so daß wir von daher zu anderen Konzeptionen kommen müssen hinsichtlich der Aufgaben der Frau im Leben.

Der zweite Grund, der, glaube ich, auch genau in das Thema dieses Arbeitskreises hineinpaßt, kommt — wenn wir uns das Problem der möglichen Wiedereingliederung vor Augen führen — von der Familie her.

Wir sind uns wohl alle darin einig, daß die sieben Millionen Kleinstkinder – aber auch, wie ich glaube, die heranwachsenden Kinder –

(Zuruf: Sehr richtig!)

gegenüber den Kindern, die noch zu Hause sind, nach Hause gehören. Wir müssen uns deshalb Gedanken machen, welche Alternativmöglichkeiten wir den Frauen anbieten, um Familie und Beruf irgendwann miteinander kombinieren zu können oder untereinander ausfüllen zu können; denn es ist einfach zu sagen: die Mädchen bringen eine Ausbildung hinter sich, und dann heiraten sie, und dann ist das Problem gelöst. So ist es nicht mehr. Wenn man einmal eine Ausbildung durchgemacht hat, hängt man um so mehr am Beruf, je qualifizierter diese Ausbildung gewesen ist. Dann ist es nicht ganz einfach zu sagen: jetzt höre ich für immer auf, wenn man sich vielleicht sagen kann: du hast die Möglichkeit, später einmal wieder in den Beruf ganz oder teilzeitlich zurückzukehren. Dann kann man nämlich mit sehr viel besserem Gewissen und auch psychologisch sehr viel geschickter den Frauen vorhalten, möglichst zu Hause zu bleiben, wenn die materiellen Voraussetzungen dafür geschalfen sind.

Lassen Sie mich einen dritten Grund erwähnen, der heute, glaube ich, noch nicht erwähnt worden ist, ich meine den rein bildungsökonomischen Grund. Sie kennen das Argument und hören es überall: Eine Ausbildung kommt für ein Mädchen nicht in Frage, vor allem nicht, weil es nach drei, vier Jahren sowieso heiratet und weil sich das volkswirtschaftlich deshalb nicht lohne; denn die Ausbildung einer Lehrerin oder Juristin kostet mehr als nur das Studiengeld, das Vater Staat bezahle. Darüber hinaus seien sehr viele größere Investitionen erforderlich. Wenn man aber sagen kann: Eine junge Frau wird vielleicht später wieder einmal zurückkehren und ihren Beruf teilweise oder vollzeitlich gerade auf einer qualifizierteren Ebene ausfüllen, dann ist es von diesen rein bildungsökonomischen Rentabilitätsgesichtspunkten her schon eher vertretbar, dem Mädel eine aute Ausbildung zu geben.

Den vierten Gesichtspunkt lassen Sie mich ruhig auch erwähnen. Dieser geht vom Bedarf unserer Gesellschaft an Arbeitskräften in allen Arbeitsfeldern aus. Damit ist nicht nur die Wirtschaft gemeint; der soziale Bereich ist genauso gemeint wie der pädagogische Bereich. Wir wissen das alles, aber wir müssen das auch sehr, sehr ernst nehmen. Die Ge-

sellschaft kommt ohne die weibliche Arbeitskraft effektiv nicht mehr aus. Nun ergäbe sich die Frage: Was kann man machen? - Es wäre sehr zu begrüßen, wenn die CDU-Fraktion sich zu einem Antrag aufraffen könnte. Die Dinge sind überall in Fluß, und sie sollten diese Bemühungen unterstützen. Notwendig sind rein institutionelle Maßnahmen, und zwar von der Art, daß man Bildungseinrichtungen schafft, die ganz speziell auf diesen Punkt zugeschnitten sind. Das können Grundausbildungsangebote sein, um erst einmal eine Grundausbildung zu vermitteln; das können aber auch Einsatz-, Nachbildungs- oder Wiederholungsangebote sein. Wir wissen nämlich, daß es nicht einfach ist, nach 15 oder 20 Jahren wieder einzusteigen. Das müssen Weiterbildungsveranstaltungen und -angebote sein, die stufenweise aufbauen. Ich glaube, diese Dinge werden vielleicht alle einfacher, je mehr wir auch in der Berufsbildung zu neuen Konzeptionen kommen, die etwa in der Form einer Stufenausbildung denkbar sein können, das heißt, daß wir auch die Erwachsenen stärker als bisher in die Berufsbildung und Weiterbildung einbeziehen.

Eine finanzielle Förderung braucht wahrhaftig nicht bedeuten, daß wir nun wieder alles schenken wollten. Darin möchte ich auch nicht mißverstanden werden. Auch im Falle der Bedürftigkeit und im Falle des Leistungsnachweises müssen wir wahrscheinlich hier helfend eingreifen. Es liegen hier wieder einmal Probleme für das Leistungsförderungsgesetz vor, wo man noch einige Korrekturen anbringen müßte.

Lassen Sie mich in meinem kurzen Beitrag nicht so mißverstanden werden, als ob ich der Auffassung sei, daß alle Frauen in späteren Lebensjahren nun wieder irgendwie tätig werden müßten. Davon kann gar keine Rede sein. Ich meine, wir müssen die Angebote, die Möglichkeiten bereitstellen. Davon wiederum kann allerdings überhaupt noch keine Rede sein im großen und ganzen, weder in der Bundesrepublik noch in anderen europäischen Ländern, selbst nicht in den USA und in Kanada. Wir müssen ein Angebot bereitstellen, daß Frauen wieder vollzeitlich oder teilzeitlich im wirtschaftlichen, im sozialen, pädagogischen und im politischen Raum tätig werden können. Voraussetzung dafür ist, glaube ich, eines, daß nämlich auch der Ehepartner damit einverstanden ist.

(Beifall)

Davon ist eigentlich bisher noch nie gesprochen worden. Ich glaube, das ist eine Entscheidung, die in der Familie gemeinsam getroffen werden muß, und das setzt ein großes Verständnis auch des Ehepartners voraus.

Das ist letztlich alles vielleicht eine Frage der Bewußtseinsbildung unserer Gesellschaft und damit schließlich der Erziehung und Bildung unserer Jugend, sowohl der Mädchen, die auf ein etwas langfristiges Denken hin ausgerichtet werden müssen, als auch unserer Jungen.

(Beifall)

Vorsitzende Frau Braukslepe: Die nächste Wortmeldung ist von Frau Dr. von Trott zu Solz aus Hessen.

Frau Dr. von Trott zu Solz: Herr Minister! Meine Damen und Herren! Ich möchte damit anfangen, daß ich Herrn Dr. Kohl ein Dankeschön für das sage, was er als Schlußwort des heutigen Vormittags erklärt hat. Er hat damit einen Wegweiser für die Diskussion des heutigen Nachmittags aufgerichtet, der für uns alle sehr wichtig sein kann.

"Die Frau ab 45" habe ich als Thema aufgeschrieben. Das berührt das Referat von Frau Dr. Strecker, aber auch das Referat von Herrn Prälat Schulte. Mir ist es so gegangen wie meiner Vorgängerin, die sagte, das Thema ihrer Ausführungen rage in alle drei Vorträge hinein. Das wird uns heute vielfach so gehen.

Frau Dr. Strecker, habe ich Sie richtig verstanden, daß wir in der Bundesrepublik 6 Millionen alleinstehende Frauen über 45 Jahre haben? Das wären etwa so viel, wie Schweden Einwohner hat.

Ich möchte speziell über die Umschulungs- und Auffrischungskurse sprechen, von denen Frau Dr. Wilms soeben auch schon gesprochen hat. Mich interessiert als Kommunalpolitikerin vor allem die praktische Seite: Wie soll das geschehen? Das Thema Kommunalpolitik und Familienpolitik wäre überhaupt einer eigenen Veranstaltung wert; aber es ist in diesem speziellen Zusammenhang heute nicht unser Thema.

Ich habe die Volkshochschule meiner Stadt Kassel anzusprechen versucht, wie sie sich etwa solche Auffrischungskurse für Frauen denke. Da die Volkshochschule bei uns eine weibliche Leiterin hat, war sie sehr ansprechbar auf diese Frage. Sie hat bereits ein allgemeines Grundstudienprogramm entwickelt. Wir sind der Meinung, daß man aus diesem Grundstudienprogramm vielleicht ein spezielles Programm für solche Auffrischungs- und Umschulungskurse für Frauen entwickeln könnte.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, Frau Pitz-Savelsberg, wenn Sie im Rahmen dieses Antrags ganz klare Formulierungen dafür finden würden, wie wir uns diese Ausbildungs- und Umschulungskurse vorstellen.

Das ist aus folgendem Grunde wichtig. Ich hatte mich am Anfang bei Herrn Dr. Kohl bedankt, und zwar aus dem Grunde, weil ich hoffe, daß er morgen unseren ganzen Problemkreis vor ein weiteres Publikum bringen kann. Daß diese nötig ist, habe ich auf einer familienpolitischen Tagung in Eichholz erlebt, die im November stattgefunden hat. Der Herr Minister war leider verhindert und konnte nicht anwesend sein. Ich habe von mir aus versucht, in die Entschließung, die jener Lehrgang einbringen wollte, das Problem der Auffrischungskurse mit hineinzubringen. Das stieß aber weithin auf Unverständnis. Das wurde als eine romantische Idee bezeichnet. Wenn Sie, Frau Dr. Strecker, da gewesen wären, hätten Sie das den Leuten vielleicht besser beibringen können als ich. Ich habe es nur phänomenologisch aufgefaßt, daß die Leute dort nicht wußten, was ich wollte. — Ich sage das deshalb, weil ich hoffe, daß diese Fragen in der nächsten Zeit vor ein weiteres Publikum kommen.

Frau Dr. Strecker sprach davon, daß bei längerer Unterbrechung die Berufsaussichten immer geringer würden.

(Zuruf: Die Aufstiegsmöglichkeiten!)

- Ja, und daß die Berufsaussichten bei Wiedereintritt in den Beruf geringer würden. Das stimmt. Wir haben uns schon überlegt, was in solchen Fällen zu tun wäre, inwieweit man diese Frauen in die politische Laufbahn oder aber auch in ein Ehrenamt einarbeiten könnte. Dieses Problem ist mir auch kommunalpolitisch in Kassel begegnet. Hier kommt das auf uns zu, was Herr Prälat Schulte über die Altenhilfe sagte. Viele dieser verheirateten Frauen, deren Kinder zunächst einmal aus dem Haus gegangen sind, oder auch berufstätige Frauen sind sehr gern bereit. eine solche Arbeit zu übernehmen. Nur besteht bei den berufstätig gewesenen Frauen oder auch bei den Rentenempfängerinnen die Frage: Kriege ich meine Rente voll, wenn ich jetzt etwa eine kleine Bezahlung annehme? Meine Damen und Herren, ganz ohne Bezahlung können wir eine solche ehrenamtliche Altenhilfe auf die Dauer nicht durchführen. Wenn jemand eine Rente von etwa 120 Mark hat, kann man einer solchen Frau nicht zumuten, daß sie ohne auch nur einen kleinen Verdienst arbeitet.

Wir haben in Kassel auf eine Initiative des deutsch-evangelischen Frauenbundes hin zusammen mit der CDU-Frauenvereinigung eine zentrale Nothilfe mit einer zentralen Stelle für alle Notfälle geschaffen. Sie müssen sich das so vorstellen wie bei der Telefonseelsorge. Nehmen Sie an, ein Arzt hat in seiner Praxis einen alten kranken Menschen, der nicht einmal die Möglichkeit hat, sich das Rezept, das der Arzt ausschreibt, besorgen zu lassen. Der braucht nur bei diesem Telefonnotruf anzurufen. Von dort aus werden diese Notrufe weitergeleitet an die Verbände, die bei uns mitmachen, also alle konfessionellen Verbände und einzelne Verbände der freien Wohlfahrt. Dies wäre eine Form der Altenhilfe, also eine der vielen Möglichkeiten, von denen Sie vorhin sprachen.

Ich komme zum Schluß. Alle diese Bemühungen beruhen auf dem Bundessozialhilfegesetz. Meine Damen und Herren, wir können im Wahlkampf gar nicht genug darauf hinweisen, daß dies das modernste Gesetz ist, das man sich überhaupt vorstellen kann. Die SPD versucht — jedenfalls in meiner Stadt Kassel, wo sie die absolute Mehrheit hat —, das Bundessozialhilfegesetz noch einigermaßen in den Hintergrund zu halten, weil sie befürchtet, daß ein Berg von sozialen Verpflichtungen auf sie zukommt, denen sie sich nicht gewachsen fühlt.

Wir haben unsere Nothilfeaktion gerade im Zusammenhang mit dem Bundessozialhilfegesetz gemacht, weil wir uns sagten, daß die SPD mit ihrem sozialen Apparat und ihren wenigen Fürsorgern das gar nicht schaffen kann. Solche Dinge kann man nur auf Grund persönlicher Hilfe, wie sie im Bundessozialhilfegesetz verlangt wird, mit Frauenverbänden und Wohlfahrtseinrichtungen durchführen.

Ich bitte Sie, daß auch Sie, soweit Sie in Ihren Städten die Möglichkeit haben, versuchen, solche Einrichtungen zu schaffen, gerade als Konkurrenz der an die Kommune gebundenen SPD-Stellen, die zur Durchführung solcher Arbeiten nicht fähig sind.

(Beifall)

Vorsitzende Frau Brauksiepe: Frau Stommel hat das Wort.

Frau Stommel: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Kohl hat heute vor der Mittagspause einige gute Worte gefunden, die uns Frauen so besonders imponiert haben. Wir haben uns sehr darüber gefreut, daß wir in ihm jemanden gefunden haben, der versteht, womit wir bei den Männern die größten Schwierigkeiten haben, nämlich, daß die Vertretung der Frauen nicht gewährleistet ist. Wir können uns keinen besseren Sprecher für unsere Interessen denken als Herrn Dr. Kohl. Deshalb sage ich meinen herzlichen Dank dafür.

Aber gerade im Zusammenhang damit möchte ich herausstellen, daß wir Frauen in den meisten Gremien zuwenig vertreten sind. Ich möchte besonders die Rundfunk- und Fernsehanstalten herausgreifen. Wenn es hoch kommt, sitzt in den Rundfunk- und Fernsehräten jeweils eine Frau. Und wir hätten Frauen, die von der Sache und vom Fach so ungeheuer viel zu sagen wüßten, daß es eigentlich ein Anliegen sein müßte, daß wir Frauen in diesen Gremien besonders vertreten sein müßten.

Dann habe ich zu der Familienpolitik und zu der Altenhilfe noch einiges zu sagen, ganz kurz nur. Die Altenhilfe sollte mehr an die Öffentlichkeit treten mit dem, was wir tun. Sie haben es heute morgen gesagt, Herr Prälat Schulte. Meine Damen und Herren, wir sollten uns ein Beispiel an der Arbeiterwohlfahrt nehmen: Sie geht in die Presse mit allem, was sie tut; sämtliche Zeitungen werden mit ihren Dingen, der Altenverschickung bespickt. Überlegen wir einmal, was unsere Kirchen seit Jahr und Tag auf diesem Gebiet tun. Sie machen es still und machen diese Arbeit heimlich; aber ich meine, wir sollten auch einmal klar herausstellen, was von seiten der Kirchen und auch von seiten der CDU in bezug auf die Altenhilfe getan wird.

Ein besonderes Anliegen ist die Aufwertung der privaten Versicherungen. Das betrifft heute unsere älteren Leute, die heute in finanziellen Schwierigkeiten sind, weil die privaten Versicherungen nicht so aufgewertet worden sind wie zum Beispiel die Invaliden- und Angestelltenversicherung. Hier liegt ein ernstes Problem für die Mittelständler, die sich ihr ganzes Leben lang geplagt und im Alter nichts haben, weil sie ihre Gelder in der Versicherung angelegt hatten.

Noch ein Weiteres möchte ich feststellen. Das betrifft die Tagesheimschule. Das wurde eben von Herrn Dr. Kohl angesprochen. Ich meine, das ist ein modernes Problem, mit dem wir fertig werden müssen. Ich verstehe nicht ganz, warum die CDU bei diesem Problem immer zögert. Wir brauchen doch heute nicht mehr so zu tun, als gäbe es nur intakte

Familien. Wir haben eine Reihe von Familien, in denen die Mütter, vielleicht auch die Väter, darauf angewiesen sind, daß ihre Kinder die Tagesheimschule besuchen, daß sie bis 5 Uhr versorgt sind. Es ist natürlich auf der anderen Seite ein Problem für die Familie selbst; es könnte für die Mütter den Anreiz geben, mehr erwerbstätig zu werden als notwendig ist. Diese Dinge müssen erwogen werden. Aber wir sollten die Tagesheimschule als Angebotschule in jedem Fall auch von uns aus forcieren und zur Verfügung stellen.

Dann darf ich ganz kurz auf die Familienferien zurückkommen. Das ist ein echtes Anliegen. Die Kommunen sollten mithelfen, für Maßnahmen der Familienferien Gelder zur Verfügung zu stellen. Es gibt manche Industriestadt, die das in ihrem Etat verkraften und Mittel zur Verfügung stellen könnte. — Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Vorsitzende Frau Braukslepe: Das Wort hat Frau Zweigle aus Württemberg-Hohenzollern.

Frau Zweigle: Herr Bundesminister! Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Herren und Damen! Ich möchte einiges aus der Praxis vortragen. Ich gehöre zu denen, die sich als Stadträtin und Kreisverordnete der Not der Alten angenommen haben, und die sehr dankbar ist für all das, womit uns die Gesetzgebung hilft. Nur ist die Sache so - ich muß ietzt die Sache ein wenig aus der Praxis darstellen -: Bis es zu uns in die Städte und Kreise kommt, vergeht sehr viel Zeit. Viele unserer Alten und pflegebedürftigen Menschen sterben in der Zwischenheit weg. Nun liegt das natürlich nicht am Gesetzgeber, sondern es liegt an denen, die das auszuführen haben. Ich will Ihnen einen praktischen Fall schildern. Ich komme aus Reutlingen. Wir haben dort mindestens hundert ernstgemeinte Anträge auf Aufnahme in ein Altenpflegeheim und können dem unter gar keinen Umständen stattgeben. Wir haben das letzte Winkelchen in unserem Pflegeheim besetzt. Seit Jahren kämpfen wir um den Bau eines Pflegeheims. Durch diesen Streit - wer ist zuständig: Stadt oder Kreis? - wird das ewig hinausgeschoben. Was ist hier zu tun?

Wir haben einen Förderverein der Altenhilfe gegründet, der sich dieser Sache in besonderem Maße annimmt. Um den alten Menschen zu helfen, haben wir ein Haus der "Offenen Tür" für betagte Mitbürger geschaffen, das wir an fünf Tagen in der Woche offen halten und in dem wir täglich 60 bis 80 alte Menschen unserer Stadt haben, denen wir helfen, so daß sie noch selbständig ihren Haushalt haben. Wir beköstigen sie dort am Nachmittag und geben ihnen auch das Abendessen, so daß sie nicht mehr viel für sich zu tun haben. So geht es einigermaßen. Die Stadt hat Altenwohnungen für solche gebaut, die noch selbständig leben können, und das ist auch eine sehr große Hilfe.

Die finanzielle Situation unserer alten Menschen ist -- ich weiß nicht, ob Ihnen das weithin bekannt ist -- nicht so rosig. Unter den sechs Mil-

lionen der über 65jährigen ist eine Million, die nicht 260 DM im Monat als Rente oder als sonstiges Einkommen erhält. Wenn diese alten Menschen nun endlich in ein Heim kommen können, so übersteigen die Kosten bei weitem das, was sie ausgeben können. Sie sind auf die Sozialfürsorge angewiesen. Ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist, daß die Heimkosten seit dem Jahre 1957 um über 100 Prozent gestiegen sind. die Renten aber nur um 57 Prozent. Die alten Menschen legen ihren Stolz darein: Ich komme aus Württemberg; es ist also fast eine Schande. wenn man einen Zuschuß zum Lebensunterhalt beantragen muß. So ist das Unglück dieser Menschen in den Heimen sehr groß, und wir müssen all unsere Überredungskunst aufbieten, den Menschen zu sagen, daß sie doch nicht durch eigenes Verschulden in eine Situation gekommen sind, in der sie öffentliche Hilfe in Anspruch nehmen müssen. Ich weiß nicht, ob es einen Weg gibt, diesen Menschen, die ihr ganzes Leben lang gearbeitet und gespart haben, den Gang zum Sozialamt zu ersparen, Ich weiß es nicht; aber ich möchte es einmal zur Diskussion stellen.

Wäre es denn nicht möglich — ich glaube, es ist in einigen Bundesländern so —, daß der Staat diese Kosten der Heimbewohner übernimmt, so daß der alte, betagte Mensch eigentlich gar nichts davon merkt, daß er nicht alles bezahlen kann?

Da wir so viel mit den alten Menschen zu tun haben, haben wir eine kleine Umfrage unter ihnen veranstaltet — das ist ja heute sehr modern — und haben sie gefragt: Wie möchtet ihr denn eigentlich leben? Da haben sie uns gesagt, was sie eigentlich von der Gesellschaft erwarten. Sie erwarten Lebens- und Daseinsbedingungen, die es ihnen ermöglichen, ihr Leben in Würde zu beschließen. Dieses Wort — in Würde — haben wir heute noch nicht ausgesprochen. Ich möchte es Ihnen so ans Herz legen. Unsere betagten Mitbürger sollten wirklich ihr Alter in Würde beschließen dürfen. Sie möchten gern, daß wir dafür Sorge tragen, daß die Altersforschung eine wesentliche Förderung erfährt, insbesondere auf dem Gebiet des Alterns und der Alterskrankheiten, des Alterns und der Therapie im Alter. Sie vermissen sehr die altersgemäße Ernährung, und sie wären so dankbar, wenn wir uns der Regeneration und der Rehabilitation im Alter annähmen. Das wäre durch den Bau von Alterskrankenhäusern möglich.

Sehr dankbar wären die Alten für altersgerechte Wohnungen, aber bitte nicht nur samt Küche und Bad 30 bis 32 qm. Ich bin so dankbar, daß in dem neuen Wohngeldgesetz zum Ausdruck kommt: Jeder Mensch hat einen Anspruch auf 40 qm Wohnfläche. Wenn wir in diesen Altenwohnungen nur einen Raum mit Küche und Bad von etwa 32 qm bauen, so ist das doch einfach zu klein und zu eng für Menschen, die einmal eine größere Wohnung besessen haben.

Ich werde nichts anderes tun, als den Leuten in diesem Wahlkampf immer wieder diese Dinge zu sagen und zu erreichen versuchen, daß wir auch im sozialen Wohnungsbau andere Wege gehen. Die Ausbildung von Nachwuchskräften in der Altenpflege ist sehr, sehr notwendig und sollte intensiver gefördert werden. Wir haben uns Gedanken gemacht. Es ist heute früh gesagt worden, man müsse bei dieser Arbeit auch etwas Phantasie haben. Wenn wir dieses Pflegeheim mit 50 bis 60 Betten bauen werden, wenn die Bürokratie uns endlich aus ihren Fängen entläßt, wenn das möglich ist, dann haben wir uns schon gedacht, daß wir ein Altenwohnheim dazubauen. Wir wollen versuchen, gerade Menschen, die in ein Altenwohnheim kommen können, daran zu intersssieren, daß sie uns finanziell zu diesem Bau verhelfen, etwa indem sie sich einkaufen oder in Form von Bausparverträgen. Wir würden solche betagten Mitbürger und Mitbürgerinnen bevorzugen, die noch bereit wären, in diesem Pflegeheim zu arbeiten — eine Stunde oder einen halben Tag, ganz, wie sie wollen. Ich glaube, daß wir von da her auch etwas Hilfe bekämen. Das ist etwa das, was ich Ihnen sagen wollte.

Ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist, daß bei uns in der Bundesrepublik 126 000 Wohn- und Heimplätze fehlen und daß wir es nur mit den größten Anstrengungen in zwölf Jahren schaffen könnten. Und dann würde nur jeder 4,5 Mensch, also jeder vierte etwa, Anspruch oder die Möglichkeit haben, in ein Heim zu kommen. Die Versorgung unserer alten Mitbürger ist ein fast noch unterentwickeltes Gebiet, auf dem noch ungeheuer viel zu tun ist — leider. Ich möchte hoffen und wünschen, daß wir hler viel mehr und schneller etwas tun können, daß noch viel mehr alte Menschen in den Genuß einer Hilfe kommen, wenn sie ihrer bedürfen.

(Belfall)

Vorsitzende Frau Braukslepe: Die letzten drei Wortmeldungen, die mir vorliegen: Frau Enseling, Bonn; Frau Dr. Marx, Köln; Frau Abgeordnete Welter, Bitte, Frau Enseling.

Frau Enseling: Meine Herren! Meine Damen! Herr Minister Dr. Heck hat heute morgen gesagt, daß die Dinge, die er vorzutragen habe, nicht spektakulär seien. Ich glaube, daß es über den Rahmen dieser drei Vorträge hinausginge, und ich meine, daß das, was er und sein Vorgänger, Herr Minister Dr. Wuermeling, da leiden mußten, auch noch weiter zu leiden ist. Aber der heutige Vormittag hat gezeigt, daß dieses Thema, und zwar in seiner ganzen Fülle über alle drei Verträge hinweg, so erregend war, wie Herr Dr. Kohl es hinterher — Ich möchte da Frau Stommel unterstützen — für uns sehr gut formuliert hat. Es ist natürlich erregender — wir haben das heute morgen an der doch geringen Teilnehmerzahl gesehen —, in den außenpolitischen Arbeitskreis zu gehen. Aber ich meine, wenn unsere Gesellschaft nicht in Ordnung gebracht wird. brauchen wir auch keine Außenpolitik mehr.

Ich möchte da Frau Stommel unterstützen, daß es vielleicht an uns liegt. Herr Minister, Sie wiesen auch darauf hin, daß die Presse — auch seriöse Zeitungen —, sobald die Diskussion um die Familie dort steht, meint, die Freiheit sei in Gefahr. Ich glaube, wir alle, wie wir hier sind, haben auch

ein gewisses Unbehagen, wenn es um diese Dinge geht. Aus diesem Unbehagen war auch heute die Beteiligung in unserem Kreis für das Thema zu dürftig.

Ich möchte nun auf das eingehen, was Frau Stommel eben sagte. Die Frauenvereinigung der CDU hat auf ihrem Kongreß in Bochum immer wieder herausgestellt, daß die Beteiligung der Frau in leitenden und beratenden Gremien von Presse, Rundfunk und Fernsehen sehr gering ist. Mir scheint es, daß es Aufgabe der Frau ist, die Sorge um die Familie und um die Frau, um den alten Menschen in diesem Gesamtkomplex wieder etwas in die richtige Ordnung zu bringen.

Frau Dr. Strecker, Sie sagten in Ihrem Vortrag, daß Sie eine Forderung des Bochumer Arbeitskreises vortragen wollten, in der es heißt: Anpassung der Automation und der Rationalisierung an die älteren Frauen. Frau Dr. Strecker, ich glaube, dazu ist es zu spät. Die ältere Frau ist nämlich jetzt schon damit konfrontiert. Ich erlebe das täglich in meinem Arbeitsbereich. Es muß sehr viel daran getan werden, die Frau bereit zu machen. Wenn in einer großen Abrechnungsstelle ein Lochkartenverfahren übernommen werden soll oder wenn eine große Lohnbuchhaltung oder Besoldungsbuchhaltung auf Datenverarbeitung umgestellt werden soll - das ist ietzt der Fall, darauf können wir gar nicht mehr lange vorbereiten -, dann steht die ältere Frau, wenn ich es so sagen darf. vor einem Komplex, den sie nicht mehr bewältigt; da muß man ihr zureden wie einem kranken Hund - entschuldigen Sie den groben Ausdruck -, man muß ihr sagen, daß sie es wagt. Sie kann gar nichts mehr von der Maschine verstehen; nur Fachleute und ganz strenge Spezialisten können das noch. Man muß die Frauen an diese Zubringertätigkeit gewöhnen. Der Gedanke allein, das tun zu müssen, ist für sie so gräßlich, daß sie daraus die Konsequenz ziehen und sich teilweise vorzeitig pensionieren lassen oder eben die vorgezogene Altersrente in Anspruch nehmen, weil sie sich davor fürchten. Ich bin auch nicht der Meinung, daß man die Automation oder die Rationalisierung anpassen kann; umgekehrt müßte der Vorgang vor sich gehen: Alle diejenigen, die mit den Dingen schon einmal zu tun gehabt haben, wissen, daß das von der Technik her so bestimmt ist, daß man da nicht anpassen kann. Man muß den Menschen darauf hinformen, ihn daraufhin ausbilden, und man muß ihn auch wandelbar in diesen Dingen halten. Der junge Mensch hat es da heute sicherlich leichter. Er wird schon als Kind mit diesen Dingen vertraut gemacht, und, soweit wir es jetzt übersehen können, ist für die jungen Menschen dieser gewaltige Umbruch nicht so wie für uns, auf die die Dinge plötzlich zugekommen sind. Das möchte ich vielleicht noch einmal zu überdenken geben.

Heute ist auch schon hin und wieder das Problem — ich scheue mich immer etwas vor diesem Wort — der Wohnung für die alleinstehende Frau angeklungen. Ich meine dabei die alleinstehende Frau, gleich, ob es die unverheiratete, die geschledene oder die verwitwete Frau ist. Bei

uns ist es so üblich geworden, und es gibt sogar noch Bestimmungen, in denen es beispielsweise heißt, wenn eine Frau, etwa in der öffentlichen Verwaltung, von einem Ort zum anderen versetzt wird: Für die Ledige ist eine möblierte Wohnung zumutbar. Ich meine, auch die alleinstehende Frau braucht eine Wohnung, und ich möchte bei denjenigen, die sich um diese Dinge mühen, das Gefühl dafür wecken, daß das nicht nur ein Zimmer sein kann. Auch die alleinstehende Frau braucht mindestens - das sollte man als Mindestgröße ansehen - eine zweiräumige Wohnung; denn auch die alleinstehende Frau möchte ihre Wohnung zur Stätte der Begegnung machen. Bei vielen alleinstehenden Frauen trifft sich die Familie. Ein Großteil unserer alleinstehenden Frauen ist durchaus in die Familie eingebettet. Ich möchte hierbei ganz deutlich daran erinnern, daß ein Großteil der unverheirateten Frauen die Sorge für die Eltern und die nicht erwerbsfähigen Geschwister übernimmt. Es ist ganz selbstverständlich, daß sie das tun. Die aus der Familie ausscheidenden Söhne tun es nämlich nicht oder nur in barer Münze; ich möchte das jedoch nicht verallgemeinern, es gibt sicherlich Familien, wo es anders ist.

Aber für diese Dinge brauchte auch die alleinstehende Frau die Wohnung, die sie zum Mittelpunkt der Begegnung mit anderen Menschen machen kann. Dann bleibt sie nämlich nicht allein, wie es heute morgen vielfach angeklungen ist. Sie braucht die Wohnung für Freunde und Verwandte. Ich möchte das in alle unsere Maßnahmen, die für unseren Wohnungsbau getroffen werden, mit eingebettet wissen.

Heute morgen klang einmal an, daß die Versorgung der Versorgten nicht gesichert sei, und zwar dachte man daran, daß, wenn eine berufstätige Frau, die ein langes Berufsleben hinter sich und ihre Eltern mit zu versorgen hat, die ja heute auch älter werden als früher, stirbt, die Eltern von ihrer minimalen Versorgung nicht mehr leben können.

Aber nicht nur das. Fast täglich, möchte ich sagen, begegnen mir Fälle, daß berufstätige alleinstehende Frauen erwerbsunfähige Geschwister versorgen. Da ergibt sich das gleiche Problem; und es ist gar nicht so selten, es ist sogar stark verbreitet, daß die unverheiratete oder die berufstätige alleinstehende Frau den Bruder oder die Schwester in ihre Sorge übernommen hat, nachdem die Eltern nicht mehr da sind. Ich habe gerade in jüngster Zeit kurz hintereinander drei solche Fälle erlebt; da blieben nicht erwerbstätige Geschwister unversorgt zurück. Obwohl die Frau ein langes Berufsleben hinter sich hatte, wurden die Geschwister nicht aus der ihr zustehenden Versorgung betreut.

Das wollte ich dazu gesagt haben.

Dr. Marx: Frau Vorsitzende, meine sehr verehrten Damen und Herrenl Ich möchte auch einen kurzen Beitrag zu dem Referat von Frau Dr. Strecker leisten. Mir geht es darum, noch einmal ganz kurz aufzeigen zu dürfen, daß die Arbeits- und Berufssituation der Frau von der des Mannes völlig verschieden ist. Daher sind bestimmte Dinge von der Po-

litik her noch zu ordnen. Wir sagen Immer wieder, eine Frau habe sich auf zwei Berufe vorzubereiten. Dabei müssen wir wissen, wie es im Bewüßtsein der meisten aussieht; da steht nämlich die große Unbekannte: Werde ich einmal heiraten oder nicht, werde ich früher oder später heiraten, wie wird sich die Ehe gestalten, wird die Ehe lang sein? Ich meine dabei nur einen normalen Tod; denn es wird heutzutage oft sehr früh gestorben. Vielleicht kann der Ehemann auch schon in den Jahren berufsunfähig werden, da die Rente noch nicht entsprechend angewachsen ist, um ein gesichertes Alter zu ermöglichen. Für die Alterssicherung der Frau müssen wir doch noch in mancher Hinsicht anders denken. In allen Industriegesellschaften — das wurde im Sommer in München sehr deutlich gesagt — ist das Problem der alleinstehenden und alten Frauen deutlich sichtbar.

Als weiteres wollte ich noch sagen, daß wir bei der Berufstätigkeit der Frau und bei dem, was das Mädchen heute lernt, sehr stark — viel stärker beim Mädchen als beim Mann — berücksichtigen müssen, daß die Mobilität der Arbeitswelt heute größer ist. Wenn nämlich die Frauen eine Zeitlang aus dem Berufsleben ausscheiden, dann spielt diese Mobilität bei manchen Berufen eine große Rolle, wenn man wieder eintreten möchte. Die Ehe der Frau ist also oft für ihre sozlale Situation sehr entscheidend; denn es kann sein, daß sie den begonnenen Beruf nicht mehr fortführen kann.

Wir müßten daher in der individuellen Berufsförderung für die Frau einige Gesetze haben. Wir müssen vom reinen Laufbahndenken in der individuellen Berufsförderung abkommen, da manche Frau mit 40 oder mehr Jahren einen neuen Beruf lernen muß. Das ist uns zwar bei einer Altenpflegerin gegeben, aber das kann nicht allein der Ausschnitt sein. Die 5 Prozent, die 50 Millionen DM, die in dem Plan der Bundesregierung vorgesehen sind, sind zu wenig. Das liegt daran, daß die individuelle Berufsförderung zu stark am Laufbahndenken hängt. Die vorausgesetzte Berufsausbildung ist durchaus nicht immer vorhanden. Wie wir eben gehört haben, muß durch die Automation und die Rationalisierung auch der älteren, in der Produktion stehenden Frau geholfen werden. Wir wissen, daß weit über 50 Prozent der berufstätigen Frauen in der Produktion stehen, also auf ganz anderen sozialen Plätzen.

Wir müssen dafür sorgen, daß die Anrechnungszeiten, die für die Frau in der bisherigen Altersversorgung relativ minimal waren, geändert werden. Wenn eine junge Mutter für Jahre aus dem Beruf ausscheidet, wird ihr diese Zeit nicht angerechnet. Die Anrechnungszeit sollte vielleicht einmal durchdacht werden, ob man nicht gerade für die Frauen zu einer anderen Form kommen kann. Die Frau wird in den nächsten 10 bis 20 Jahren stark in der Altersgruppe unseres Volkes stehen. Die Dynamisierung der Renten wird dann eine große Gefahr darstellen.

(Beifall)

Welter: Meine Herren und Damen! Die CDU/CSU-Frauengruppe hat sich seit einer Reihe von Jahren mit dem großen Notstand beschäftigt, der durch den Mangel an Pflegekräften entstanden ist. Die Situation kann nicht besser beleuchtet werden als durch die Pressemeldung, die Sie alle in diesen Tagen gelesen haben, daß die Universitätsklinik in Bonn Verhandlungen mit einer hinduistischen Gemeinschaft aufgenommen hat, um indische Schwestern für die Universitätsklinik zu gewinnen. Wir haben uns gefragt: Wie ist das möglich, eine Hilfstruppe zu finden? — Wohlgemerkt: keine medizinisch ausgerüsteten Kräfte, sondern einfach Menschen, die bereit sind. Hilfe zu leisten.

Auf einem der letzten Krankenhaustage — es ist schon einige Jahre her — in Köln hat einer der Referenten gesagt, daß große Leid sel, daß unsere ausgebildeten Schwestern je länger je mehr gezwungen seien, berufsfremde Arbeiten zu verrichten. Das heißt, sie müssen putzen, sie müssen spülen und vieles andere tun, was genausogut hilfsbereite andere Kräfte tun könnten. Wir haben in immer stärkerem Maße festgestellt, daß eine ganze Relhe älterer Mitbürger und Mitbürgerinnen besteht, die sehr gern einen halben Tag oder mehrere halbe Tage in der Woche im Krankenhaus, Altersheim oder Kinderheim mithelfen würde, wenn ihr die Nachteile genommen würde, die mit einer solchen Tätigkeit verbunden sind. Das ist eben schon kurz angeklungen.

Wir haben uns mit unseren Kollegen, die auf sozialpolitischem Geblet bewandert sind, beraten. Ich lese Ihnen nun einige Sätze vor, und Frau Brauksiepe und ich, die wir diese Sache eingeleitet haben, wären dankbar, wenn Sie zustimmen würden. Wir wollen um Gottes willen keinen Antrag und keine Entschließung. Wir wollen Ihnen aber den Wunsch mit auf den Weg geben, diese Sache genauso wie die Vorlage für die spätere Weiterbildung in die Gesetzesmaschinerie hineinzugeben. Ich darf mir erlauben, Ihnen die wenigen Sätze vorzulesen.

Ich lese also vor:

Betrifft freiwillige Hilfeleistung älterer Mitbürger.

Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU möge einen Gesetzentwurf einbringen, der die freiwillige Hilfeleistung älterer Mitbürger in Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände und der Kirchen

- 1. grundsätzlich außerhalb des geltenden Arbeitsvertragsrechts stellt;
- bei einer angemessenen Entschädigung, die sie für ihre Renten steuerfrei läßt;
- so behandelt, daß ihnen aus der Hilfstätigkeit keine Nachteile aus Ihren Rechten aus der Sozialversicherung und der Kriegsopferversorgung entstehen;
- 4. für sie ausreichenden Versicherungsschutz auf dem Gebiet der Sozialversicherung, der Unfall- und Haftpflichtversicherung vorsieht.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir zustimmten. Ich werde den Entwurf dann Herrn Dr. Barzel mitteilen.

(Beifall)

Vorsitzende Frau Braukslepe: Meine Damen und Herren! Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Ich darf Ihnen mitteilen, daß zu meiner großen Freude in dieser Stunde Herr Dr. Barzel es trotz aller Arbeit nicht versäumt hat, zu uns zu kommen, um durch seinen Besuch einen Augenblick darzutun, wie wichtig es für die Gesamtpolitik der CDU ist, daß in diesem Arbeitskreis das Rechte gesehen, das Rechte erkannt und weitergegeben wird. Wir danken Ihnen ganz besonders herzlich, Herr Dr. Barzel.

(Beifall)

So bleibt mir in dieser Nachmittagsstunde, in der es ja beinahe wegen der Hitze ein Opfer ist, hier zu sitzen, nichts anderes zu tun, als noch einmal den Herrn Referenten zu danken, nämlich Herrn Prälat Schulte, Herrn Familienminister Dr. Heck und Frau Dr. Strecker, aber auch allen, die sich so freimütig zur Diskussion gemeldet haben, vor allem den wenigen mutigen Herren, die sich zur Diskussion gemeldet haben. Wir sind sehr dankbar für jede Anregung, für jede Kritik und für jedes nachdenkliche Überprüfen, wie es an diesem Vor- und Nachmittag stattgefunden hat, und ich bin sicher, daß unser Berichterstatter, Herr Dr. Pohl, alle wesentlichen Punkte, die hier hinzugefügt wurden, sehr sorgfältig festgehalten hat, um sie morgen dem Plenum in Ihrem Auftrage bekanntzumachen.

So danke ich Ihnen und schließe die Nachmittagsversammlung.

(Schluß der Sitzung: 16.24 Uhr.)

Dienstag, 30. März 1965

Arbeitskreis V

"Schule und Ausbildung — jedem seine Chance"

Vorsitzender Dr. Franz Roeder:

Meine Damen und Herren! Ich darf unseren Arbeitskreis "Schule und Ausbildung – Jedem seine Chance" eröffnen, Sie alle herzlich willkommen heißen und für Ihr Interesse danken.

Ich freue mich sehr, daß der Präsident der Kultusministerkonferenz, Herr Professor Dr. Hahn, uns ein Referat zu diesem Thema halten wird.

Leider ist unser Freund Dr. Stoltenberg, der ebenfalls sprechen sollte, verhindert, heute hier zu sein.

Diesem Arbeitskreis, meine Damen und Herren, messen wir im Vorstand der Christlich Demokratischen Union in unserer Zeit eine ganz besondere Bedeutung bei. Ich wäre daher auch dankbar, wenn nach dem Referat unseres Freundes Professor Hahn sich eine rege Diskussion entwickeln würde. Dabei brauchen Sie nicht unbedingt bei der Formulierung dieses Themas "Schule und Ausbildung — Jedem seine Chance" zu bleiben. Mit dieser Formulierung sind einige Fragen angerissen, die durch die Diskussion zweckmäßigerweise vielleicht noch ergänzt werden können.

Ich darf einige technische Bemerkungen vorausschicken. Wegen der Protokollierung der Ausführungen ist es unerläßlich, daß Sie mir bei Ihrer Wortmeldung einen Zettel mit Ihrem leserlich geschriebenen Namen, Beruf und Titel geben, und daß Sie Ihre Ausführungen vom Rednerpult aus machen.

Außerdem bin ich gebeten worden, darauf hinzuweisen, daß alle Wertgegenstände — Tagungsmappen, Schreibmaschinen usw. —, die gestern im Plenarsaal zurückgelassen wurden, im Tagungsbüro bei Herrn Mayr abgeholt werden können.

Ich entledige mich dieser Pflicht und erlaube mir den Hinweis, daß Sie das, was Sie verloren haben, dort wiederbekommen können.

Ich darf nun, damit wir gleich in medias res gehen können, Herrn Professor Hahn das Wort erteilen.

Kultusminister Prof. D. Dr. Hahn: Herr Ministerpräsident! Liebe Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Es ist müßig darüber zu streiten, ob es heute einen Bildungsnotstand in der Bundesrepublik gibt, ob dieser für morgen droht oder ob dieser Begriff übertrieben ist. Tatsache ist, daß wir vor Engpässen und drängenden Problemen stehen, die uns als Staat und Gesellschaft herausfordern und denen wir nicht ausweichen dürfen. Die CDU hat wie keine andere Partel nicht nur Programme proklamiert, sondern zugepackt, um weitschauende Lösungen zu erreichen. Sie wird in diesen Bemühungen nicht nachlassen. Im Gegenteil: wenn bisher noch manche Parteifreunde sich mit halbem Herzen den Notwendiakeiten der Zeit öffneten, bricht sich in unserem Kreis die Erkenntnis immer mehr Bahn, daß auf dem Gebiet des Bildungswesens eine der großen politischen und geistigen Aufgaben unserer Zeit liegt. Die neuen theologischen Erkenntnisse, insbesondere über das Verhältnis der Kirche zur Welt und die Bedeutung der Bildung für den Schöpfungsauftrag des Menschen in ihr, hat zu einer neuen Aufgeschlossenheit unserer Freunde geführt. Die CDU weiß sich berufen, diesen zunächst mehr theoretischen Erkenntnissen zu politischer Verwirklichung zu verhelfen.

Ich darf darauf hinweisen, daß die von ihr entwickelten Initiativen der Bildungsreform in den Ländern beachtlich sind. Auf dem Gebiet des Ausbaus der alten wissenschaftlichen Hochschulen und der Gründung neuer liegen die von der CDU geführten Länder weit an der Spitze. Von den drei nach dem Zweiten Weltkrieg neu gegründeten Universitäten - der Freien Universität Berlin, der Universitäten Mainz und Saarbrücken - liegen zwei in von der CDU regierten Ländern. Die Universität Bochum entsteht in fast beängstigender Geschwindigkeit in großräumigen Dimensionen. Schon plant Nordrhein-Westfalen eine neue Technische Hochschule in Dortmund und eine weitere Reformuniversität in Ostwestfalen. Das neue Klinikum in Essen, das seit einem Jahr besteht, hat seinen Betrieb bereits mit vielen Hunderten von Studenten aufgenommen. Baden-Württemberg hat als erstes Land die Empfehlungen des Wissenschaftsrates nicht nur erfüllt, sondern bereits überschritten und wird in wenigen Wochen die Denkschriften der Gründungsausschüsse von Konstanz und Ulm dem Landtag vorlegen. um noch in diesem Jahr mit dem Bau zu beginnen und den Betrieb aufzunehmen. Hierbei sollen die Ideen der Hochschulreform modellhaft zum Tragen gebracht werden.

Eine neue, zweite Medizinische Fakultät der Universität Heidelberg ist bereits in Mannheim im vergangenen Herbst ins Leben gerufen worden. Die Wirtschaftshochschule Mannheim wird unter Berücksichtigung von Reformvorschlägen schnell durch Ausweitung der Philosophischen Fakultät ausgebaut. Bayern setzt in Regensburg zur Neugründung einer Universität an. Die Initiative liegt also ganz bei den von der CDU regierten Ländern. Sie haben sich damit eine große Aufgabe und finanzielle Last für die ganze Bundesrepublik aufgeladen.

Es ist aber auch die CDU gewesen, die den modernen Gedanken der Bildungsplanung zu verwirklichen versucht hat. Zugegeben, andere haben schon vorher mit dem Gedanken gespielt, aber dabei ist es auch geblieben. Die CDU hat dagegen gefordert, daß ein Deutscher Bildungsrat im Zusammenwirken der Länder untereinander und mit dem Bund gebildet wird und diesem Bildungsrat im Zusammenwirken mit dem Wissenschaftsrat und der Bildungsforschung eine weitschauende Planung aufgegeben werden solle. Wenn es auf uns allein ankäme, meine Damen und Herren, würde der Bildungsrat längst bestehen und seine Arbeit aufgenommen haben.

So ist es auch ein CDU-Land gewesen, das als erstes eine Planungsabteilung in seinem Kultusministerium errichtet hat und im Zusammenwirken mit den Instituten für Bildungsforschung in Tübingen und Basel seine Bildungspolitik auf eine wissenschaftlich fundierte Grundlage stellt. Auf der letzten Kultusministerkonferenz haben die anderen deutschen Länder beschlossen, diesem Beispiel zu folgen.

Es ist uns gelegentlich in der Öffentlichkeit entgegengehalten worden, es bestehe ein Bildungsgefälle innerhalb der Bundesrepublik, und zwar zugunsten der von der SPD regierten und zuungunsten der von der CDU regierten Länder. Diese Behauptung ist teils richtig, tells falsch. Dabei darf ich die unsachliche Gegenübesrtellung von Stadtstaaten und Flächenstaaten ausklammern. Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg – um nur zwei Länder herauszugreifen – können hinsichtlich der Prozentzahl ihrer höheren Schüler und Abiturienten in den großen Städten sich ohne weiteres mit den Stadtstaaten vergleichen und sie zum Teil auch sofort in den Schatten stellen. Aber ein Land wie Hessen hat etwa gegenüber Baden-Württemberg einen Vorsprung in der Landschulreform und in den Bemühungen um die Lehrerbildung. Baden-Württemberg hat dagegen in der Vergangenheit sein Gewicht auf die wissenschaftlichen Hochschulen und die Ingenieurschulen gelegt.

Das von der CDU regierte Schleswig-Holstein verfügt über ein sehr mustergültiges Schulwesen besonders im Hinblick auf weiterführende Schulen, daß es nicht einmal die waghalsigsten SPD-Statistiker fertigbringen, Schleswig-Holstein aus seiner führenden Position unter den Flächenstaaten herauszudiskutieren.

Auch sollte man weniger den Istbestand feststellen und vergleichen, als vielmehr die Zuwachsrate und die Dynamik, mit der bildungspolltische Probleme aufgegriffen und zu lösen versucht werden. Die CDU ist entschlossen, den Fragen der Bildungspolitik auch in Zukunft eine Vorrangstellung zu geben und, wenn nötig, zu erkämpfen; denn die gute Schule und die zeitgerechte Ausbildung bedeuten für unser Volk eine Schicksalsfrage und für den einzelnen eine Möglichkeit zur Verwirklichung seines irdischen Lebensauftrages.

Unsere Politik muß dem strukturellen Wandel Rechnung tragen, den die Veränderung unserer Welt früher oder später erzwingen wird. Ich meine die Umstellung vom Wohlfahrtsstaat zum sozialen Bildungsstaat. Dies bedeutet kein Nein zur Fürsorgepflicht des Staates und der

Gesamtheit für den wirtschaftlich Schwachen und Gestrandeten, aber es verschiebt die Akzente von der Unterstützung für die Alten und Schwachen auf die Starthilfe zur Eigenleistung und zur Umschulung zu neuem Einsatz, wobei die Initiative des Empfängers geweckt werden soll. Ich will versuchen, einige Hinweise für diese Verschiebung zum sozialen Bildungsstaat aufzuzeigen.

Erstens: Als vordringlich erscheint die Schaffung eines funktionsfähigen Ausbildungsförderungssystems. Voraussetzung hierfür ist die Wandlung in der sozialen Situation in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Gegenüber den sozialen Unterschieden und den schreienden sozialen Ungerechtigkeiten des ausgehenden 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in denen ein Immer größerer Teil des Volkes expropriiert wurde, war der soziale Wohlfahrtsstaat die angemessene Antwort. Es galt, die Menschenwürdigkeit des Lebens für alle zu sichern. Heute stehen wir in der Bundesrepublik und in vielen vergleichbaren hochindustrialisierten Ländern vor einer völlig anderen Lage. Es gibt immer noch viele soziale Härten und Ungerechtigkeiten. Sie betreffen am stärksten alle durch den Krieg irgendwie Geschädigten und unsere Rentner, Das ist eine große Zahl. Aber im übrigen stehen wir vor der Verwirklichung einer relativ homogenen sozialen Aufstiegsgesellschaft und können nicht zuletzt dank der Politik der CDU eine erstaunliche Eigentumsbildung in allen Bevölkerungsschichten konstatieren.

In dieser Gesellschaft gibt es keine sozialen Barrieren für den Begabten und Leistungsfähigen mehr. Aber es gibt noch immer sehr große finanzielle Unterschiede, die es dem einzelnen sehr schwer machen können, eine seiner Begabung gemäße Bildung zu erwerben. Es gibt eine starke Distanz in unserer Arbeiter- und Landbevölkerung gegenüber unseren Bildungsinstitutionen, insbesondere gegenüber unseren Gymnasien, die sich sehr hemmend auswirkt, dem sollte durch ein Ausbildungsförderungssystem einerseits und durch Bildungsberatung der Eltern und Schüler andererseits und schließlich durch Tagesheimschulen, die dem Schüler bei seinen Hausaufgaben beistehen, entgegengewirkt werden.

Ich möchte deshalb im Einvernehmen mit den im Kulturpolitischen Ausschuß der CDU zusammengeschlossenen Kulturpolitikern vorschlagen, daß die Länder ein Verwaltungsabkommen über die einheitliche Regelung der Ausbildungshilfe abschließen und den Bund zum Beitritt einladen.

Das Verwaltungsabkommen fällt wegen der Kulturhoheit der Länder in die Kompetenz derselben. Es wäre aber sinnvoll, den Bund zu beteiligen, da die Ausbildungsbeihilfe auf das Gesetz über die Gewährung von Kindergeld und Ausbildungszulagen aufgestockt werden sollte und der Bund zu erkennen gegeben hat, daß er möglicherweise einen Teil der Kosten zu tragen bereit ist. Die CDU sollte die Verwirklichung dieses Abkommens auf ihre Fahnen schreiben.

· (Beifall)

2. Es ist oft warnend darauf hingewiesen worden, daß der Wohlfahrtsstaat eine Tendenz zum Totalitären hat: Die Bevölkerung wird immer mehr zu einer Masse von Staatspensionären, und die Verwaltung wird übermächtig. Noch gefährlicher wäre ein Bildungsstaat, in dem der Staat die Bildungschancen, wenn auch auf Grund eines ausgeklügelten Gesetzes, durch seine Verwaltung verteilt. Die verwaltete Schule, die keine pädagogische Initiative mehr entwickelt, die Berufslenkung, die dem einzelnen seinen Lebensweg vielleicht auf Grund eines psychologischen Tests vorschreibt, wären das Gegentell von dem, was wir wollen.

Der soziale Bildungsstaat muß einer freiheitlichen Gesellschaft dienen und dem einzelnen die Möglichkeit der selbständigen Entscheidung lassen, ja, er muß diese geradezu anregen und provozieren. Die CDU wird sich für den freien Raum geistiger und persönlicher Entfaltung einsetzen.

Hierzu ist zweierlei notwendig. Das eine betrifft den einzelnen, das andere die Gesamtheit. Um dem einzelnen die Möglichkeit freier Entfaltung zu gewährleisten, muß das Prinzip der Durchlässigkeit der Schularten gegeneinander, des Übergangs von einer Schulart zur anderen durchgeführt werden. Es darf keine Sackgassen geben, in die der junge Mensch durch eine Fehlentscheidung in frühen Jahren, durch schwlerige wirtschaftliche Verhältnisse, durch eine unglückliche Prüfungsstunde, durch retardierte psychische Entwicklung in der Phase der Pubertät heute oft gerät. Ein großer Teil unserer Jugendlichen ist der Überzeugung, den falschen Beruf gewählt zu haben. Deshalb muß es bestimmte horizontale Übergangsstellen zwischen den Schularten geben, insbesondere von der Hauptschule zur Realschule und von der Realschule zum Gymnasium.

Ebenso wichtig ist aber die vertikale Durchlässigkeit: Ein Hauptschüler, der den anspruchsvolleren Kurs A mit einer Fremdsprache im 9. Schuljahr absolviert hat, muß über die Berufsfachschule, Lehre und höhere Fachschule den Zugang zur Hochschulreife erreichen können. In dieser Hinsicht bedarf unser berufsbildendes Schulwesen einer neuen Durchkonstruktion. Denn nur so kann der junge Mensch, wenn er sich seines Weges bewußt wird und sich eine klare Neigung zeigt, seinen eigenständigen Lebensplan verwirklichen.

Das andere, was die Freiheit im Bildungsstaat gewährleistet, ist die Einsicht, daß in kulturellen und schulischen Fragen nicht einseitig von oben befohlen und dirigiert werden kann, sondern die Eigeninitiative und Eigenverantwortung derer zu stärken ist, die das kulturelle und schulische Leben tragen. Ich wundere mich oft, mit welch einer Naivität Politiker und Publizisten bildungspolitische Sofortmaßnahmen von oben fordern, von denen sie annehmen, daß ihre behördliche Anordnung bereits eine echte Bildungsreform herbeiführen würde. Das verkennt das Wesen des Geistigen und Pädagogischen.

Dieses kann zwar stimuliert und somit gestiftet, nicht aber erzwungen und angeordnet werden. Deshalb kann eine wirkliche Bildungsreform, wie wir sie für nötig halten, nur zustande kommen, wenn die berufenen Menschen von der Notwendigkeit überzeugt und von der Aufgabe entzündet werden. Es ist viel weniger wichtig, daß die Bildungsreform im Jahre 1970 durchgeführt ist (das ist natürlich sowieso eine Unmöglichkeit), als daß lebendige Zentren neuen pädagogischen und wissenschaftlichen Lebens entstehen.

Für unsere Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen hat sich im wesentlichen das Prinzip der begrenzten Autonomie bewährt. Durch die Stärkung der Autonomie kann, wie ich festgestellt habe, sogar die Selbstkritik und die Bereitschaft, die eigene Tradition zu überprüfen, intensiviert werden. Natürlich bedarf es dabei der nie spannungslosen Partnerschaft zwischen Staat und Hochschulen. Analog müssen auch unsere Lehrer aller Kategorien vielmehr, als dies bisher geschieht, auf ihre pädagogische Verantwortung angesprochen und zu selbständigem partnerschaftlichem Handeln gebracht werden. Sofern die Lehrerorganistationen dazu bereit sind, können sie wichtige Hilfe leisten. Sofern sie, im Standesdenken verhaftet, der Bildungsreform in ihrer pädagogischen Zielsetzung in den Weg treten, werden sie sich überleben.

Der soziale Bildungsstaat muß sowohl dem einzelnen seine freie Entfaltung ermöglichen, wie den pädagogischen Kräften ihre partnerschaftliche Rolle zugestehen. Hier sei vor allem auf die entscheidende Aufgabe der Eltern hingewiesen. Aber auch die Kirchen müssen die Möglichkeit zu freier Mitwirkung und zu dem ihnen eigenen Auftrag der Menschenführung und -bildung behalten.

3. Wenn es im sozialen Bildungsstaat erklärtes Ziel ist, jedem Bewohner der Bundesrepublik die seiner Begabung entsprechenden Entwicklungschancen zu sichern, so kommt es auf eine betont zukunftsorientierte Bildungspolitik an. Wir achten dabei nicht nur auf die Gleichheit der Bildungschancen für männliche und weibliche Jugendliche, auf die Gleichheit der Chancen zwischen Stadt und Land oder im Verhältnis der einzelnen Bundesländer zueinander, sondern sehen dieses Ziel auch im internationalen Rahmen — nicht zuletzt unter dem Aspekt des Wettbewerbs der verschiedenen Gesellschaftssysteme in Ost und West. Hierbei betrachten wir die pädagogische Provinz nicht isoliert, sondern sind uns ihrer Verflochtenheit mit Wirtschaft und Gesellschaft bewußt.

Wir sind uns darüber klar, daß die Frage, wer in Zukunft die mittleren und höheren Führungspositionen im Bereich der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einnehmen wird, sich in erster Linie von einer zukunftsorientierten Ausgestaltung unseres gesamten Bildungswesens her beantwortet. Wir denken beim Ausbau unseres Bildungswesens aber auch an die menschliche Situation, in der sich unsere Arbeiter und Angestellten befinden werden, die heute mit ausführenden Tätigkeiten betraut sind. Die geschichtliche Situation fordert eine eigenständige und

neue Antwort von uns, die sich nicht im Darbieten tradierter Formeln erschöpfen kann. Die Zukunftsorientierung unseres Bildungswesens schließt jedoch nicht aus, bewährte Traditionen für die Anforderungen der Zukunft neu aufzuschließen. Eine Hinwendung unseres Bildungswesens zur modernen Arbeits- und Berufswelt verlangt mehr denn je eine Verwurzelung des Bildungsgeschehens in jenen überzeitlichen Werten, auf die wir als Abendländer und Christen nicht verzichten können. Im Rahmen einer zukunftsorientierten Bildungspolitik gewähren wir jedoch einer bisher nicht gekannten Dynamik Einlaß in unser Bildungswesen; diese kann nur im Sinne einer Revision permanent bewältigt werden.

Aber wir wissen heute noch viel zuwenig über die Konsequenzen der technologischen Entwicklung für die künftige Berufsstruktur. Schon die immer mehr um sich greifende Automation macht eine umfangreiche Berufsforschung nötig. Wir brauchen wissenschaftlich erarbeitete Antworten auf Fragen wie diese: Welche Umschichtungen in der Berufsstruktur sind zu erwarten? Mit welchen qualitativen und intensitätsmäßigen Veränderungen in den Anforderungen der Berufe haben wir zu rechnen? D. h. also: Welche Qualifikationen werden in welcher Kombination in Zukunft verlangt? Und weiter: Wie werden diese Umschichtungen in den einzelnen Berufen verlaufen? Langsam, in sanften Übergängen, oder ruckartig mit der Folge starker Friktionen?

Auf eine Klärung dieser offenen Fragen zu dringen, erscheint als ein wichtiges Gebot der Stunde. Wir haben deshalb umfangreiche Forschungsvorhaben auf diesem Gebiet angeregt.

Doch ist mit diesen Hinweisen der Bereich der zu leistenden Forschungsarbeit noch keineswegs abgesteckt. Neben der arbeits- und berufswissenschaftlich ausgerichteten Forschung verlangen noch weitere Gebiete des Bildungswesens nach einer forscherischen Durchdringung: Ein weiterer Ausbau der Begabtenforschung ist im Hinblick auf den wachsenden Bedarf an qualifizierten Fachkräften dringend erforderlich; Motivforschung auf dem Gebiet der Elternentscheidung hinsichtlich der Bildungswege ihrer Kinder und auf dem Gebiet der Berufswahl der Abiturienten erscheint vordringlich; auch über die Bildungsträchtigkeit einzelner, insbesondere neuer Lehrgüter wissen wir noch viel zuwenia: auf dem Gebiet der Lehr- und Lernprozesse stehen neue Methoden, wie das programmierte Lernen, zur Erprobung an; im Bereich der äußeren Organisation des Bildungswesens harren noch viele Fragen einer forscherischen Klärung; es sei nur an das Problem der Standortwahl für neu zu schaffende Bildungseinrichtungen erinnert, das u. a. die Berücksichtigung landesplanerischer Gesichtspunkte nahelegt.

Es steht uns klar vor Augen, daß hier noch ein gutes Stück unverzichtbarer Forschungs- und Prognosearbeit zu leisten ist; denn erst auf wissenschaftlich fundierten Forschungsergebnissen lassen sich eine langfristige Bildungsplanung und langfristig angelegte bildungspolitische Entscheidungen aufbauen. Hier liegt die Aufgabe eines deutschen Bildungsrates.

4. Es gibt ein begreifliches Unbehagen über unseren Kulturföderalismus, weil die Bestimmungen des Grundgesetzes über die Zuständigkeit von Bund und Ländern in Fragen der Wissenschaftsförderung und der kulturellen Verantwortung oft nur formal ausgelegt worden sind. Es war bestimmt nicht die Absicht der Väter des Grundgesetzes, unter allen Umständen, auch zuungunsten der Bildungsfragen, ein Zusammengehen von Bund und Ländern zu verhindern, vielmehr glaubten sie das Bildungswesen bei den Ländern am besten aufgehoben. Damit hatten sie durchaus recht. Überblickt man die ganze Periode nach 1945, so hat sich der Kulturföderalismus bewährt. Die Länder haben unser Bildungswesen nach 1945 mit großem Verantwortungsbewußtsein wieder aufgebaut. Die Leistung ist beträchtlich. Der Bund hatte andere Sorgen. Er hätte das Bildungswesen zweifellos erst weit im Stellenwert zurückgestuft, und nach Lage der Dinge hätte er auch nicht viel anders handeln können. Für die Länder ist dagegen die Kulturpolitik immer mehr die Aufgabe Nr. 1 geworden.

Das Gebot der Stunde ist, deren Kulturföderalismus zum Funktionieren zu bringen.

(Sehr richtig!)

Das Bewußtsein, daß das in Länderkompetenzen gegliederte Bildungswesen und Kulturleben unseres Volkes doch eine Einheit ist und es große, übergreifende Probleme gibt, an deren Lösung der Bund beteiligt werden sollte, setzt sich immer stärker durch. Ich bin der Überzeugung, daß es nicht notwendig ist, hierfür das Grundgesetz zu ändern, sondern daß es bei gutem Willen aller Beteiligten möglich sein sollte, zu einem gemeinsamen Vorgehen in großen gemeinsamen Fragen in der weitschauenden Bildungsplanung, der Verteilung der Einkommensteuer auf Bund und Länder, der Finanzierung der großen Grundanliegen der Bildungsreform zu kommen. Der Raum der Freiheit, die eigenständige Partnerschaft, die selbständige Initiative – das alles spricht gegen Zentralismus und für den Föderalismus – wenn er funktioniert.

Die nächsten Jahre werden für die Zukunft des Föderalismus in der Bundesrepublik entscheidend sein: Wenn er die Bildungsreform fördert und nicht blockiert, wird er sich behaupten und tiefer verankern, wenn er sich partikularistisch verhärtet und weitschauende Lösungen unmöglich macht, wird der Wähler ihn ablehnen und als überholt empfinden. Der soziale Bildungsstaat sollte ein föderalistischer Staat sein, weil die Mehrzahl von Bildungszentren dem freien Wehen des Geistes angemessen ist. Aber dieser Föderalismus muß die Zeichen der Zeit erkennen und handlungsfähig sein und werden.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, sei, um Mißverständnisse auszuschließen, darauf hingewiesen: Wenn ich mehr allgemeine Gesichtspunkte als einzelne Sofortmaßnahmen im Gebiet der Schulreform in den Vordergrund gerückt habe, so nicht, weil ich solche nicht für richtig hielte oder bagatellisierte. Wer sich darüber orientieren will, braucht nur zu fragen, was in diesem Augenblick in unseren Ländern an konkreten Reformen anläuft. Wir stehen in diesen Reformen in allen Ländern mitten drin. Die 105. Kultusministerkonferenz in Stuttgart hat gezeigt, daß über diese Sofortmaßnahmen volle Einigkeit zwischen allen Kultusministern besteht, wenn sie auch die einzelnen Maßnahmen je nach den örtlichen Gegebenheiten in Phasenverschiebungen durchführen müssen. Ich denke dabei besonders an die Hauptschulreform und die Schaffung von Nachbarschaftsschulen. Andere Fragen sind so schwierig, daß ihre Lösung kaum ohne Mitwirkung des Bildungsrates denkbar ist. Ich denke besonders an die Neugestaltung unseres berufsbildenden Schulwesens im Blick auf die Wandlungen der Wirtschaft durch die aufkommende Automation und an die Zukunft unserer Gymnasien. Wir weichen den Problemen nicht aus, sondern handeln, wenn Klarheit über das Notwendige erzielt ist. Aber die bildungspolitische Tat darf nicht überstürzt werden, sondern muß auf fundierter Bildungsforschung und pädagogischer Einsicht ruhen.

Meine Aufgabe war es, Ihnen, meine Damen und Herren, heute einige große Linien aufzuzeigen, von denen ich glaube, daß sie die Kulturpolitik der CDU in den nächsten Jahren bestimmen sollten.

(Lebhafter Beifall)

Dienstag, 30. März 1965

Arbeitskreis V

"Schulen und Ausbildung — jedem seine Chance"

Dr. Gerhard Stoltenberg:

Jedem seine Chance – in Schule, Ausbildung und Beruf. Worin besteht die Chance, die Gesellschaft und Staat ihren Bürgern, vor allem ihrer Jugend in diesen Bereichen eröffnen? Es sind im wesentlichen drei Bedingungen und damit drei Problemkreise, denen wir uns zuzuwenden haben.

Ausbildung und Fortbildung sind in der Regel auf bestimmte berufliche Pläne und Möglichkeiten hin angelegt. Die moderne Industriegesellschaft ist durch eine unverminderte, ja, sich noch steigernde Dynamik der wissenschaftlich-technischen Entwicklung bestimmt. Ihr Bedarf an qualifiziertem, spezialisiertem Personal wächst noch und verändert sich vor allem in den fachlichen Erfordernissen. Überall wird heute der Mangel an Arbeitskräften sichtbar, mit jenen besorgniserregenden Folgen, die wir alle kennen. Es fehlt an Technikern und Facharbeitern. Physikern und Beamten der großen Betriebsverwaltungen (bei den Verwaltungsjuristen ist das Bild noch günstiger; manche meinen, wir hätten von ihnen zuviel). Aber auch und gerade in so traditionsreichen Berufen wie denen der Lehrer, Schwestern und Pfleger führen die zu geringen Zahlen zu besorgniserregenden Resultaten. Von hier aus hat die kritische Schulund Bildungsdiskussion in der letzten Zeit starke Impulse erhalten. Wir verzeichnen ihre positiven Ergebnisse mit Anerkennung und Genugtuung, ungeachtet aller Simplifizierungen und Übertreibungen, die es in reichem Maße auch gab und gibt. Es ist - jedenfalls prinzipiell - der Offentlichkeit bewußt geworden, welche tiefgreifenden Folgen die Erfordernisse des modernen Berufslebens für den Ausbau und die Struktur unserer Schulen und Hochschulen haben, daß darüber hinaus ganz neue Formen der Ausbildung und Fortbildung nötig sind.

Es stellt sich allerdings die Frage, ob der beschriebene Zustand einer beunruhigenden Knappheit an qualifizierten Kräften in den meisten Berufen wirklich summarisch mit Begriffen wie Bildungsnotstand oder gar (für die Freunde dramatischer Wendungen) Bildungskatastrophe erfaßt werden kann. Dagegen spricht zweierlei: Zunächst einmal ist dieser Mangel in fast allen Berufen mit den verschiedensten Ausbildungsgängen

zu verzeichnen. Es sind nicht nur Lehrstühle und Planstellen an Schulen unbesetzt. Es werden nicht nur Führungskräfte der Wirtschaft, Naturwissenschaftler und fähige Redakteure in den Anzeigenseiten unserer Zeitungen täglich zu Tausenden gesucht — die mehr als eine Million Gastarbeiter in unserem Lande bezeugen den gleichen Mangel in ganz anderen Sektoren des Wirtschafts- und Berufslebens. Wir können die demographischen Folgen des zweiten Weltkrieges, also die schreckliche Dezimierung der Jahrgänge der jetzt 40- bis 60jährigen und die niedrigen Geburtsziffern der soeben in das Berufsleben eingetretenen Jahrgänge, nicht nachträglich korrigieren.

Aber viel stärker wirkt doch ein positives Moment. Die Knappheit an Menschen in Wirtschaft und Verwaltung ist primär eine Folge des gewaltigen ökonomischen und sozialen Aufstiegs der Bundesrepublik in den letzten 15 Jahren, der Schaffung von über 10 Millionen neuer Arbeitsplätze und der anhaltenden, sich steigernden Produktivität unserer Wirtschaft in der Hochkonjunktur. Durch eine richtige Wirtschaftspolitik und die Schaffenskraft des deutschen Volkes wurde das Gespenst einer Massenarbeitslosigkeit, der mangelnden beruflichen Möglichkelten für die Jugend, das viele wirtschaftspolitische Diskussionen der ersten Nachkriegsjahre und übrigens auch die Prophezeiungen sozialdemokratischer Wirtschaftstheoretiker bestimmte, gebannt. Und unter diesen Bedingungen einer blühenden Wirtschaft haben tüchtige junge Menschen bei uns heute, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, Chancen, wie keine Generation vor ihnen.

Man kann die Bildungsinvestitionen, Bildungseinrichtungen und -chancen in einem Land nur auf diesem Hintergrund der gesamten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten beurteilen. Hieran kranken immer noch die meisten vergleichenden internationalen Statistiker, mit denen bei uns in der publizistischen und innenpolitischen Diskussion in letzter Zeit manches Unheil angerichtet wurde.

Wer offenen Auges durch Entwicklungsländer in Lateinamerika oder Asien, aber auch durch Osteuropa reist, wird dies bald erkennen. Ich begegnete z. B. im vergangenen Herbst in Manila einem Taxifahrer, der mir in mäßigem Deutsch erzählte, er habe ein Hochschuldiplom in mittelalterlicher Geschichte Deutschlands und Frankreichs erworben, ohne jemals eine Chance zu besitzen, sein erlerntes Wissen beruflich zu nutzen. Wie ihm geht es dort Tausenden, während es an landwirtschaftlichen Sachverständigen, an Technikern und Facharbeitern in diesem Lande mangelt. In den vergleichenden Statistiken der OECD und des Professors Edding werden die Philippinen in der Zahl ihrer Studenten (gemessen an der Gesamtbevölkerung) und der öffentlichen Ausgaben für die Bildung (gemessen an dem niedrigen Gesamtetat und dem bescheidenen Sozialprodukt) vor der Bundesrepublik rangieren.

Ein Mehr an Chancen, ein Mehr an Arbeitsplätzen, ein Defizit an Arbeitskräften in einer blühenden Wirtschaft erscheint mir – bei allen Sorgen, die entstehen – unvergleichlich besser, als das bedrückende Schicksal leistungswilliger, großenteils auch qualifizierter junger Menschen in weiten Teilen der Welt, die überhaupt keine oder jedenfalls keine ihrer Ausbildung und Ihren Interessen entsprechende Tätigkeit finden.

Bildung ist ein Wert in sich, ein individueller Prozeß und nicht in Berufswegen. Laufbahnrichtlinien oder Examen meßbar. Aber in einer Zeit, in der die unbestreitbare Notwendiakeit von höheren Bildungsinvestitionen stark, delegentlich schon einseitig mit der gesellschaftlichen und ökonomischen Relevanz des Bildungswesens betont wird, sollte man diese Zusammenhänge nicht verwischen. Ich betone dies so stark, weil viele Äußerungen von einem mangelnden Verständnis für diese enge sachliche Verbindung der Organisation des Bildungswesens und der kulturpolitischen Möglichkeiten mit unserer freiheitlichen Staats- und Wirtschaftsordnung zeugen. Ich las z. B. kürzlich in einem Aufsatz des Sekretärs des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen u. a.: "Für die Grundordnung des liberalen Staates war der Schutz des Eigentums konstitutiv. Im sozialen Staat der Gegenwart hat die Berufsentscheidung und -ausübung dagegen eine Bedeutung erlangt, die die der Sicherung des Eigentums fast übertrifft. Es sieht so aus, als ob eine weitere Bedeutungsverschiebung im Gange ist, daß nicht mehr die Ausgestaltung der Berufsarbeit, sondern der Zugang zu den Berufen im Vordergrund . . . steht, d. h. Schule, Wissenschaft, Berufsausbildung." Hier wird Richtiges und Fragwürdiges vermischt. Die blühende, leistungsfähige Industriegesellschaft, die eine schier unendliche Fülle beruflicher Möglichkeiten selbst eröffnet oder (durch Steuern und Abgaben) mittelbar garantiert, erscheint in solchen Betrachtungen - unabhängig von der Eigentumsverfassung und der "Ausgestaltung der Berufsarbeit" - als eine feste Größe, mit der man sicher rechnen kann. Das mag dem vorherrschenden modernen sozialistischen Denken entsprechen. Es wäre bedauerlich, wenn ein solches Vorurteil auch in die allgemeine kulturpolitische Debatte übernommen würde. Denn die "industrielle Arbeitswelt" kann sich in ihrer politischen und beruflichen Wirklichkeit, in den Chancen, die sie bietet oder verweigert, sehr unterschiedlich darstellen. Ich sagte, daß ein großzügiger Ausbau der Bildungseinrichtungen - der unbedingt notwendig ist - natürlich nicht den zahlenmäßigen Fehlbedarf, das Defizit an berufstätigen Menschen statistisch aufheben kann. Aber den Leistungswillen der Menschen zu fördern und damit ihre Fähigkeiten und Kenntnisse zu erweitern, zugleich auch die Leistungsfähigkeit von Gesellschaft und Wirtschaft zu steigern, gibt es eine große Zahl von Möglichkeiten, gilt es auch neue Wege der Ausbildung und Fortbildung zu beschreiten.

Diese Diskussion konzentriert sich bei uns im allgemeinen auf den Staat, auf seine Einrichtungen und Hilfen. Das ist begreiflich. Die Öffentliche Hand ist bei uns in der Regel Träger der allgemeinbildenden Schulen, der Hochschulen und weitgehend auch der Berufs- und Fachschulen.

Gegenüber einer gegliederten und statischeren Gesellschaft der Vergangenheit, in der (zumindest in der Theorie) die Menschenbildung ganz im Vordergrund des pädagogischen Bemühens stand, finden wir heute in der wissenschaftlichen Diskussion ganz andere Prioritäten. Wir alle kennen diese Terminologie, von Schelskys sprachlich nicht sehr geglückter Kennzeichnung der Schule als "Zuteilungsapparatur von Lebenschancen" bis zu dem schrecklichen Satz, die Schule sei ein "sozialpolitischer Direktionsmechanismus". Die Gefahren einer so gearteten soziologischen Betrachtungsweise liegen auf der Hand. Bildung und Ausbildung, die Aneignung qualifizierter beruflicher Fachkenntnisse sind von einem bestimmten Punkt an ein individueller Vorgang, bei dem die Qualitätsfrage nicht ausgeklammert werden kann. Und Begriffe wie "Zuteilung", "Direktionsmechanismus", "Produktion auf breiterer Basis" usw. sind geeignet, diesen ebenso elementaren wie konstitutiven Tatbestand zu verdecken. Wie gefährlich das ist, zeigen die im Sommer 1964 veröffentlichten kulturpolitischen Leitsätze der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Hier werden ausschließlich Rechte und Ansprüche des Staatsbürgers gegenüber dem Staat auf Vermittlung einer hervorragenden Bildung und Ausbildung postuliert, ohne daß die Frage der individuellen Leistung, ihrer Steigerung und Entfaltung überhaupt berührt wird.

So wird zur Diskussion über die Reform des Hochschulwesens ausgeführt, daß bei den Abschlußprüfungen "nicht das Gedächtnis, sondern das Verständnis und die Fähigkeit zu eigenen wissenschaftlichen Arbeiten" zu bewerten sei. Die Verfasser dieses bildungspolitischen Programms wollen also dem jungen Staatsbürger alle Chancen großzügig eröffnet wissen, nicht aber die Anspannung und Ausbildung seines Gedächtnisvermögens zur Aufnahme des unumgänglich notwendigen Wissensstoffs zumuten.

Wir sollten allerdings in der Kritik an falschen soziologischen und bildungsökonomischen Deduktionen nicht selbstzufrieden oder polemisch verharren.

Zweifellos verdanken wir in den letzten Jahren methodisch exakten, sauber abgegrenzten wissenschaftlichen Untersuchungen ganz wichtige neue Einsichten in die sozialen und ökonomischen Aspekte des Bildungswesens. Herr Professor Hahn hat bereits im einzelnen dargelegt, welche Folgerungen sich hieraus für die schul- und hochschulpolitische Entwicklung organisatorisch, finanziell und pädagogisch ergeben. Ich möchte diese Betrachtung unter den anderen Stichworten unseres Gesamtthemas "Ausbildung" und "Beruf" noch etwas weiterführen. Dabei ist aus zeitlichen und systematischen Gründen eine gewisse Beschränkung auf einige besonders wichtige und aktuelle Fragen nötig. (Im Grunde erfordert dieses Thema alleine eine besondere Tagung, wie unser Augsburger Kulturkongreß gezeigt hat.)

Der Staat hat - wie Professor Hahn im einzelnen ausführte - für eine verbesserte Infrastruktur des Schul- und Bildungswesens zu sorgen,

bei Hochschulen, Fachschulen, Berufs-, Volks- und weiterführenden Schulen. Vor allem in den ländlichen und kleinstädtischen Gebieten kann dadurch nach allgemeiner Überzeugung die Qualität der Ausbildung und der Zugang zu qualifizierten Ausbildungsgängen beträchtlich verbessert werden. Die Einrichtungen des sogenannten Zweiten Bildungsweges gewinnen mit ihrem systematischen Ausbau in den verschiedenen Bundesländern sichtbar an Anziehungskraft und Bedeutung. In einer Stadt wie München besuchten z. B. Anfang dieses Jahres 1657 junge Menschen das Abendgymnasium, die Abendmittelschule oder die höhere Wirtschaftsfachschule. Die Schaffung von Internatseinrichtungen und neuen Berufsaufbauschulen haben durchweg zu ermutigenden Ergebnissen geführt. Im Zusammenhang mit dem dynamischeren, schnelleren Wandel der Arbeitswelt und damit der Berufsbilder wird der Zweite Bildungsweg zunehmend nicht mehr allein unter dem individuellen Aspekt des beruflichen Aufstiegs einer befähigten Minderheit gesehen werden, sondern auch unter dem Vorzeichen der unumgänglichen Weiterbildung und Qualifizierung ganzer Berufsgruppen. Es gibt deshalb häufiger die Forderung nach einer "Permanent Education" und aus Kreisen der Wirtschaft Kritik (ich zitiere Dr. Arlt vom Industrieinstitut), "die offiziöse Behandlung der Fragen des Zweiten Bildungswegs verschiebe die Gewichte einseitig auf die institutionellen und formalisierten Lösungen der Öffentlichen Hand und vernachlässige die Fortbildungseinrichtungen der Betriebe und Verbände".

Auch und gerade hier darf die kulturpolitische Diskussion nicht den Blick auf den Staat und seine Einrichtungen begrenzen, wie noch zu zeigen sein wird. Ausbildung und berufliche Fortbildung der Öffentlichen Hand müssen im engen mannigfachen Bezug zu den Einrichtungen der Wirtschaft, der freien gemeinnützigen Institutionen und der Verbände stehen, schon um die genügende Elastizität und damit die Praxisnähe zu behalten. Zweifellos sind die institutionellen und individuellen Förderungsprogramme der Öffentlichen Hand darum bemüht.

Die mannigfachen Formen der öffentlichen Ausbildungsförderung, die wir in diesem Ausmaß erst in den letzten 20 Jahren kennen und entwickelt haben, beruhten zunächst in der Kriegsfolgengesetzgebung der Nachkriegsjahre. Die hohen Leistungen dieser sogenannten Kategorialförderung treten jedoch allmählich mehr in den Hintergrund, je weiter wir von dem Jahr 1945 entfernt sind. Deshalb sind sie seit 1956 durch andere Systeme ergänzt worden, die primär nicht kausal (in bestimmten Kriegsfolgen), sondern final (auf ein Erziehungs- und Ausbildungsziel hin) begründet sind.

Ein wichtiger Ausgangspunkt war hier die 1957 von Bund und Ländern vereinbarte gemeinsame Studienförderung an wissenschaftlichen Hochschulen auf der Grundlage des sogenannten Honnefer Modells.

Wir sollten uns durch kleinere Differenzen des Tages über Bemessungsgrundlagen, Stipendien, Darlehensanteile usw., die den studentischen

;

Organisationen ein dankbar begrüßtes Übungs- und Tätigkeitsfeld in der Verbandsdemokratie bieten, nicht den Blick dafür trüben lassen, daß hier eine aufs Ganze gesehen bewährte und befriedigende Lösung der individuellen Förderung unter den Gesichtspunkten der Leistung und der sozialen Hilfe gegeben ist. Ein gleichwertiges System ist von den Ländern in den letzten Jahren für die sogenannten nichtwissenschaftlichen Hochschulen und die Fachschulen schrittweise eingeführt worden. Die Ausbildungshilfen der Arbeitsverwaltung des Bundes für die gewerbliche Wirtschaft kommen heute über 50 000 Jugendlichen zugute.

Seit Jahren hören wir die Forderung, diese verschiedenen Systeme und Richtlinien sollten durch ein Bundesgesetz zusammengefaßt und damit in allen Bundesländern gleichmäßiger gestaltet und verstärkt werden. Der Deutsche Bundestag hat sich einstimmig dafür ausgesprochen und die Bundesregierung um eine entsprechende Vorlage gebeten. Aber auch hier besteht ein Auffassungsunterschied zwischen Bund und Ländern. ob Artikel 74. Ziffer 7 des Grundgesetzes dem Bund eine umfassende Zuständigkeit für diesen Gesetzgebungsbereich gibt. Die SPD-Fraktion des Bundestages hat 1962 einen eigenen Entwurf eingebracht. Die sozialdemokratischen Landesregierungen von Hessen und Bremen haben im zuständigen Bundestagsausschuß die Kompetenz des Bundes aber auf das nachdrücklichste verneint. Trotzdem kritisiert die Opposition in der Öffentlichkeit und in den interessierten Verbänden das angebliche Versagen der Bundesregierung heftig. Dieses unschöne und sachlich unbefriedigende Doppelspiel sollte man nicht tatenlos und stillschweigend hinnehmen. Es gibt meines Erachtens zwei Möglichkeiten einer Initiative. Entweder legt die Bundesregierung ihren vorbereiteten eigenen Gesetzentwurf zu Beginn der neuen Wahlperiode vor und veranlaßt damit den Gesetzgeber - Bundestag und Bundesrat - zu einem endgültigen Votum. Oder sie versucht durch Verhandlungen mit den Ländern eine pragmatische Lösung auf dem Wege einer Vereinbarung. Ich kann zwar persönlich einige ernste verfassungspolitische und auch parlamentarische Bedenken gegen die zunehmende Praxis, verfassungsrechtlich umstrittene Fragen - die an sich einer gesetzlichen Regelung bedürfen (entweder durch den Bund oder durch die Länder) - auf dem Weg von Verwaltungsabkommen provisorisch zu lösen, nicht unterdrücken.

Dennoch mag ein solcher Ausweg auf diesem in der Kompetenzauslegung besonders kontroversen Sektor das geringere Übel gegenüber einem neuen Rechtsstreit in Karlsruhe mit allen seinen Unwägbarkeiten sein. Deshalb verdient der Versuch von Bundesminister Dr. Heck, zu einer solchen Vereinbarung für einen wichtigen Teilbereich zwischen Bund und Ländern zu kommen, volle Unterstützung. Dieser Vorschlag, über den gegenwärtig verhandelt wird, sieht folgendes vor: Es werden gemeinsame Richtlinien und Förderungssätze für Hilfen im Rahmen der Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges, bei berufsbildenden Schulen und weiterführenden allgemeinbildenden Schulen vereinbart. Der Bund übernimmt einen bestimmten Prozentsatz dieser Aufwendungen. Die Ausbildung an

den wissenschaftlichen Hochschulen nach dem Honnefer Modell wird in der bisherigen Form gemeinsam unterstützt. Die Förderung an den sonstigen Hochschulen verbleibt bei den Ländern, die von Lehr- und Anlernberufen belm Bund. Dabei ist für letztere eine verbesserte gesetzliche Grundlage anzustreben. Bisher handelt es sich lediglich um eine Kann-Aufgabe der Arbeitsverwaltung. Sie sollte eine Pflichtaufgabe werden.

Über diesen Katalog wird es sicher noch Diskussionen geben.

Aber das Prinzip sollten wir bejahen. Bund und Länder müssen unter einem übergeordneten Gesichtspunkt für jene Breiche, in denen jeweils eine Seite zuständig ist und für den Sektor gemeinsamer Kooperation in bestimmten Förderungsprogrammen sachgerechte Maximen vereinbaren, die von der Eigenart der einzelnen Bildungsgänge ausgehen aber auch gemeinsame Kriterien der zumutbaren Eigenleistungen und der abgestuften Hilfen vorsehen. Die CDU/CSU hat in einzelnen Ländern bereits gesetzgeberische Initiativen ergriffen. Sie sind dann zu begrüßen, wenn dieser Gesamtzusammenhang gesehen und berücksichtigt wird.

Auf dem Gebiet der Fortbildung hat das 1960 eingeleitete Programm der Bundesregierung zur institutionellen und individuellen Förderung der Arbeitnehmer bemerkenswerten Widerhall gefunden. Es diente zunächst dem Ausbau von Einrichtungen der Verbände und gemeinnützigen Trägern, seit 1962 auch der individuellen Hilfe, vor allem durch Darlehen. In zwei Jahren sind nahezu 50 000 Anträge von Arbeitnehmern gestellt worden, von denen rund 30 000 zu einer Förderung führten.

1965 gibt der Bund hierfür bereits über 30 Mill. DM. aus. Durch das kürzlich vom Bundestag verabschiedete Leistungsförderungsgesetz soll ein Fonds von 560 Millionen DM (in Jahresraten von 50 Millionen DM) geschaffen werden, der diese Maßnahmen wirkungsvoll ergänzen und auf eine festere Grundlage stellen wird. Ab 1966 wird die Jahresleistung des Bundes aus beiden Programmen der beruflichen Fortbildung die 100-Millionen-DM-Grenze erreichen.

Wir sollten bei der Erörterung dieser Fragen aber die großen Anstrengungen der Wirtschaft und der Berufsorganisationen nicht übersehen. 1964 gab es in der Bundesrepublik 1,3 Millionen Lehrverträge. Von den Lehrlingen hatten 70 Prozent die Volksschule, 29 Prozent die Mittelschule und weniger als 1 Prozent das Gymnasium besucht. Die Forderung nach einer Verbesserung und zeitlichen Intensivierung des begleitenden Berufsschulunterrichts ist wohlbegründet.

Sie bestimmt stark die Diskussion, ob das von manchen geforderte 10. Schuljahr der Volksschule oder der Berufsschule vorbehalten werden soll, ob an Stelle des einen Wochentages nicht mehrwöchige oder mehrmonatige Berufsschulkurse treten müssen. Man sollte dabei allerdings nicht die Fakten übersehen. In allen Bundesländern ist heute gesetzlich ein Berufsschulunterricht von mindestens 8 Wochenstunden vorgeschrieben. Tatsächlich werden jedoch an 42 Prozent aller Berufsschulklassen

weniger als diese 8 Wochenstunden unterrichtet. Die Ausfüllung des jetzigen Rahmens ist also vordringlicher als eine Ausweitung, genauso wie die volle, befriedigende Verwirklichung des 9. Volksschuljahres an allen Schulen noch einige Zeit aktueller ist als die Forderung nach einem 10. Jahr.

Die Bedeutung der Lehre wird heute kaum mehr ernstlich in Frage gestellt. Dies hat auch der Deutsche Ausschuß in seinem jüngsten Gutachten noch einmal ausdrücklich bestätigt. Aber es besteht gleichzeitig überall die Auffassung, daß noch Wesentliches verbessert werden muß, wenn die betriebliche Ausbildung voll ihre Möglichkeiten ausschöpfen und den Jugendlichen auf möglicherweise ganz anders geartete Berufsanforderungen vorbereiten soll.

Denn der wichtigste Hinweis dieser Diskussion über die Berufsausbildung scheint mir zu sein, daß wir am Anfang einer tiefgreifenden Änderung der Berufsanforderungen, am Anfang eines strukturellen Wandels der Tätigkeiten stehen. Bisher brauchte nicht damit gerechnet zu werden, daß wesentliche Änderungen des Berufsinhalts im Laufe eines normalen Arbeitslebens eintreten werden. Dementsprechend konnte der zu erlernende Beruf als Lebensaufgabe angesehen und auf dieses Ziel hin angelegt werden. Das wird in Zukunft in vielen industriellen Bereichen nicht mehr der Fall sein. Die schnelle Entwicklung der Fertigungsverfahren, das Entstehen neuer Werkstoffe, die Ablösung manueller Tätigkeiten durch Mechanisierung und Automation führen mehr und mehr dazu, die Ausbildungsberufe nur noch als Grundlage für eine Fülle von spezialisierten Tätigkeiten anzusehen.

Der Ausbildungsberuf wird Möglichkeiten der Entwicklung zu vielen ähnlichen, aber speziell ausgeprägten Funktionen eröffnen und den Wechsel zwischen ihnen erleichtern müssen. Damit wird sich in den Berufsinhalten eine Akzentverschiebung von heute mechanisch-verrichtenden zu in Zukunft mehr konstruktiven, berechnenden und planenden Aufgaben verschieben, die ein höheres Maß von Anforderungen an geistiger Durchdringung und Beweglichkeit stellen. Es ist sehr wohl denkbar. daß diese Entwicklungstendenzen zu einer Struktur der Berufsnachfrage führen, die sich nicht mehr mit der Struktur des Berufsangebots und der Grundlage der heutigen Ausbildungsberufe deckt. Aber es spricht meines Erachtens eigentlich nichts dafür, daß das betriebliche Ausbildungswesen, das gerade durch das hohe Maß seiner Anpassungsfähigkeit an wirtschaftlich und technisch neue Bedingungen gekennzeichnet ist, nicht in der Lage wäre, auch diese Anpassung zu vollziehen. Daß die betriebliche und außerbetriebliche Fortbildung in diesem Zusammenhang in ihrer Bedeutung wächst, ist bereits klar geworden.

Deshalb wird eine noch strengere Auswahl der für eine Lehrlingsausbildung geeigneten Betriebe, verstärktes Bemühen um eine pädagogische und psychologische Förderung der betrieblichen Ausbilder und schließlich die Schaffung zusätzlicher inner- und überbetrieblicher Einrichtungen (wie Lehrwerkstätten, Kurse usw.) mit dem Ziel einer noch stärkeren methodischen Durchdringung der Lehrlingsausbildung notwendig sein. Gestatten Sie mir noch einige Schlußbemerkungen.

Die Fragen von Ausbildung und Fortbildung, Berufserziehung und Begabtenförderung sind zunehmend ein zentrales Thema staatlicher und politischer Tätigkeit geworden. Wir sollten in der Diskussion und in der Verwirklichung sachgerechter, großzügiger und moderner Lösungen die Führung übernehmen und behalten. Aber wir können sie von den allgemeinen Problemen unserer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung nicht isolieren. Die Fragen der Eigentumsverfassung, einer richtigen Wirtschaftspolitik, des marktwirtschaftlichen oder staatswirtschaftlichen Systems stehen in engerer Verbindung zu ihnen, zu den Chancen, die ein Staat und eine Gesellschaft ihrer Jugend zu bieten vermögen, als von den Bildungstheoretikern und Bildungsplanern heute im allgemeinen anerkannt wird.

Es gibt deshalb kein Staatsmonopol, sondern wirkungsvolle Kooperation mit den Anstrengungen der Wirtschaft, der Verbände, gemeinnütziger Institutionen, um ein Optimum an Leistungsfähigkeit und Leistungswillen zu erzielen.

Auch in der Gesetzgebung müssen wir in größeren Zusammenhängen denken. Es gibt nicht nur eine verfassungsrechtliche, sondern auch eine sachliche Begründung dafür, daß der Bund jetzt eine mittelbare Ausbildungsförderung für die Kinder aus materiell besonders stark belasteten Familien durch eine Differenzierung des Kindergeldes nach bildungspolitischen Gesichtspunkten versucht. Sie ist nicht ein Ersatz für direkte Hilfen, wohl aber eine sinnvolle Ergänzung.

Damit berühren wir erneut den dritten Punkt. Staat und Wirtschaft müssen sich um optimale Voraussetzungen für die Entfaltung der produktiven menschlichen Kräfte bemühen. Der Bildungs- und Leistungswille der Jugend bleibt das Entscheidende. Ihn unter den Bedingungen der Industrie- und Wohlstandsgesellschaft zu erhalten und zu steigern, ist deshalb die wichtigste Aufgabe von allem.

Dienstag, 30. März 1965

Arbeitskreis V

Schule und Ausbildung — Jedem seine Chance

Aussprache

Vorsitzender Dr. Röder:

Meine Damen und Herren! Ich darf Herrn Professor Hahn sehr herzlich für sein Referat danken, das einen recht guten Rahmen für unsere sich nunmehr anschließende Diskussion gegeben hat.

Wenn ich auf seine Ausführungen gegen Ende seines Referates Bezug nehmen kann, wo er auf das notwendige Funktionieren des Kulturföderalismus hingewiesen hat, so darf ich mit Befriedigung feststellen, daß inzwischen an unserem Tisch auch der Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder, Kollege Niederalt, Platz genommen hat.

(Beifall)

An diesem Tisch, meine Damen und Herren, sehen Sie also vier Kultusminister der Länder, darunter ein Ministerpräsident und ein Bundesminister in Fragen der Kulturpolitik, an einem Tisch vereint. Das scheint mir ein gutes Zeichen zu sein.

(Heiterkeit)

Ich darf nunmehr das Wort zur Aussprache zunächst dem Kultusminister von Schleswig-Holstein, Herrn von Heydebreck, erteilen.

Minister von Heydebreck: Meine lieben Parteifreundel Meine Damen und Herren! Ich freue mich sehr, in diesem Kreis ein ergänzendes Wort zu den sehr umfassenden Ausführungen unseres Freundes und meines Kollegen Hahn sagen zu können.

In dem großen Rahmen, den er uns gesetzt hat, sind gewiß sehr viele Probleme angedeutet worden, die uns sicher Gelegenheit geben werden, in das Detail hineinzugehen, das ja auch wichtig ist.

Lassen Sie mich zu Beginn ein wenig an seine Gliederung halten und den Versuch machen, ein kurzes ergänzendes Wort zu seinen Ausführungen über die Neugestaltung unseres Hochschulwesens zu sagen, ein Wort, das vielleicht nicht nur maßgeblich sein könnte für die Prinzipien, nach denen wir in Zukunft unser Hochschulwesen ausgestalten und ausbauen sollten, sondern das auch Gültigkeit haben könnte für die Anstrengungen, die wir auf anderen Gebieten unseres Kultur- und Bildungswesens zu machen haben: Ich meine den notwendigen Ausbau der vorhandenen und die Neuerrichtung von wissenschaftlichen Hochschulen und Universitäten.

Herr Kollege Hahn hat auf einige sehr beachtliche Leistungen und Planungen in verschiedenen Ländern hingewiesen. Lassen Sie mich als der Kultusminister eines kleinen und finanzschwachen Landes auf einen Beitrag aufmerksam machen, den wir in diesem Zusammenhang leisten wollen und auch bereits eingeleitet haben: die Medizinische Akademie in Lübeck.

Meine Damen und Herren, wir haben nicht den Ehrgeiz gehabt, mit großen finanziellen Aufwendungen ein sehr umfangreiches, kostspieliges Projekt hinzustellen in der Hoffnung, nach vielen Jahren mit dem Lehrbetrieb beginnen und damit zur Entlastung unserer Hochschulen gerade auf dem Sektor der Medizin beitragen zu können. Wir haben vielmehr geglaubt, als kleines und finanzschwaches Land einen umgekehrten Weg gehen zu sollen, nämlich den Mut zum Provisorium aufzubringen und die vorhandenen Städtischen Krankenanstalten der Stadt Lübeck zu benutzen, um dort eine Medizinische Akademie zu errichten. Diese soll noch jahrelang als ein gewisses Provisorium geführt werden, um dann ihren Ausbau jeweils nach Maßgabe der vorhandenen Mittel zu finden.

Ich glaube, das ist ein vielversprechender Anfang. Ich habe das hier nicht erwähnt, um die Leistungen des Landes Schleswig-Holstein auf diesem Gebiet herauszustreichen — wir sind ja in der Frage des Schulwesens so freundlich zitiert worden —, sondern um eine ganz allgemeine Bemerkung daran zu knüpfen, meine Damen und Herren.

Wir wissen alle, daß wir gewaltige materielle Aufwendungen machen müssen - sowohl der Bund als auch die Länder -, wenn wir den Anforderungen der Bildung in den nächsten Jahrzehnten gerecht werden wollen. Wir sind sicherlich in diesem Raum unter Parteifreunden, die allein durch ihre Anwesenheit ihr Interesse an der Kulturpolitik zum Ausdruck bringen, darüber einer Meinung, daß diese Anstrengungen sowohl beim Bund als auch bei den Ländern verstärkt werden müssen. soweit es möglich ist. Wenn wir uns bemühen, die Dinge sehr nüchtern zu sehen, dann mag es zwar Streit darüber geben, wie weit eine Verständigung der materiellen Anstrengungen möglich ist; im Bund und in den Ländern ist es ja auch unterschiedlich. Über eines müßte jedoch Einigkeit sein: daß irgendwo eine Grenze besteht, die wir nicht überschreiten können. Über die Grenze selbst mag gerungen und im Einzelfall einmal gestritten werden. Deshalb -- das ist zum Teil auch der Sinn des von meinem Kollegen Hahn Entwickelten zu der Frage der Bildungsplanung, des Bildungsrats - dürfen wir nicht etwa in die Gefahr

geraten, theoretisch Wünschenswertes in sehr großem Umfang zu planen, sehr vieles zu beginnen, was wir nachher nicht nur aus Mangel an materiellen Mitteln, sondern auch aus Mangel an vorhandenen Menschen nicht voll durchführen können.

Ich glaube, gerade uns als der Christlich-Demokratischen Union würde es sehr schlecht anstehen, wenn wir meinen wollten, wir könnten die Opposition — im wesentlichen die Sozialdemokraten, gelegentlich aber auch unseren Koalitionspartner, die Freien Demokraten — allein in der Aufstellung materieller Forderungen übertrumpfen. Wir kennen doch die Devise, es ähnlich zu machen wie die CDU, "nur mehr, schneller und besser".

Ich möchte, wenn es auch vielleicht nicht überall populär ist — ich habe es auch in meinem Land in der letzten Zeit wiederholt gesagt —, einmal die Frage in die Debatte werfen, ob es nicht richtiger ist, wenn wir mitunter vielleicht etwas weniger beginnen, aber das, was wir begonnen haben und für notwendig und durchführbar halten, dann auch schnell durchführen. Also: Weniger, aber das, was geschehen kann, schneller.

Wenn wir wissen, daß irgendwo im Ausbau unseres Hochschulwesens — und das gleiche gilt natürlich für alle Bildungsinstitutionen, für das allgemeinbildende Schulwesen, das Berufsschulwesen, die Erwachsenenbildung und die Bereiche des allgemeinen Kulturlebens — eine materielte Grenze besteht und daß es auch eine personelle Grenze gibt — ich darf daran erinnern, daß gegenwärtig an unseren Universitäten 400 Lehrstühle unbesetzt sind —, dann müssen wir uns Gedanken darüber machen, ob nicht gerade auf dem Gebiet des Hochschulwesens, aber auch auf allen anderen Gebieten ebenso, die vorhandenen Institutionen und die Institutionen, die wir schaffen wollen, besser ausgenutzt werden müssen, als das bisher der Fall war. Das gilt in den Universitäten und Hochschulen für eine bessere, wirksamere Ausnutzung der Institutionen in der vorlesungsfreien Zeit.

Es gibt heute in der modernen Welt keinen Wirtschaftsbetrieb, der es sich auf die Dauer leisten könnte, kostspielige Institutionen zu erstellen und diese nachher nur zu einem Teil des Jahres — etwa zur Hälfte oder in einem auch größeren Teil als der Hälfte — zu nutzen. Ich will nicht mißverstanden werden: Ich will an dem Prinzlp der Einheit von Forschung und Lehre nicht rütteln. Ich weiß, das unsere Hochschullehrer nicht nur Anspruch darauf haben, sondern daß es ihre Aufgabe ist, in der vorlesungsfreien Zeit zu forschen. Aber wir könnten gerade auf diesem Gebiet einiges tun — wir können es nicht nur, sondern wir müssen es —, um das Studium zu straffen. Das gilt nicht in gleicher Weise für alle Fächer und für alle Fakultäten. Aber es gilt wohl für alle Fächer und für alle Fakultäten die Notwendigkeit, eine gewisse Entrümpelung vorzunehmen, aus dem Studium Stoff auszumerzen, der nicht unbedingt notwendig ist.

Ich will damit nicht den bildungspolitischen Leitsätzen der Sozialdemokraten das Wort reden, in denen bekanntlich nur von Ansprüchen des Staatsbürgers und des jungen Staatsbürgers an das Bildungswesen unseres Staates die Rede ist und überhaupt nichts von Pflichten. Ich habe an einer Stelle etwas darüber lesen können, daß man aus den Prüfungen alles, was das Gedächtnis in Anspruch nimmt, ausmerzen und nur noch auf Verständnis prüfen solle. Das ist nicht meine Auffasung. Ich meine, daß der Staat, der Bildungsinstitutionen erstellt, und mit großer Mühe erstellt, dann allerdings auch den Anspruch an den Staatsbürger stellen muß, sein Gedächtnis anzuspannen und eine Leistung zu erbringen.

Ich will auch nicht sagen, daß unbedingt eine Verschulung des Hochschulstudiums eintreten müsse. Der Ausdruck "Verschulung" ist nicht schön und deutet etwas auf Absichten hin, die unbedingt notwendige Freiheit auch auf unseren Universitäten unmäßig einzuschränken. Ich meine also: nicht Verschulung, sondern ein richtiges Maß zwischen Lenkung und Freiheit sollte unser Universitätsstudium und Berufsschulstudium beherrschen. Dazu gehört eine sinnvolle Einführung in das Studium, und es gehören sinnvolle Studienpläne dazu, die es dem Studenten erleichtern, den Stoff einzuteilen. Also nicht "Verschulung", sondern "Führung" möchte ich sagen.

(Vereinzelter Beifall)

Wenn wir wissen, daß wir das nicht nur mit der Erstellung neuer miliardenverschlingender Investitionen schaffen können, dann müssen wir die intensivere Ausnutzung unserer Bildungsinstitutionen erstreben und vielleicht auch und gerade in den Ländern dieser Frage eine stärkere Aufmerksamkeit schenken, als es mitunter geschehen ist. Das erfordert natürlich eine Verstärkung des sogenannten Mittelbaues in den Universitäten, eine stärkere Ausstattung der Universitäten und Hochschulen mit Wissenschaftlichen Räten, mit Studienräten, Wissenschaftlichen Assistenten und Hilfspersonal, das den Hochschullehrer von Verwaltungsarbeit entlastet.

Diesen kurzen Hinweis glaubte ich gerade hier im Rahmen der Parteifreunde einmal geben zu müssen, weil man mitunter in der öffentlichen Diskussion das Gefühl hat, daß auch Freunde innerhalb der CDU das Heil allein darin sehen, daß wir in Zukunft schneller, mehr und kostspieliger arbeiteten, ohne sich allerdings sehr sorgfältig die Frage vorzulegen, wo die zusätzlichen Mittel, die wir unbedingt brauchen — auch wenn Sie meiner Anregung folgen — im einzelnen hergenommen werden sollen, ob wir sie durch stärkere Anspannung der Steuerschraube gewinnen sollen und dadurch möglicherweise das Ganze gefährden oder ob wir Möglichkeiten haben, auch die Haushalte zu entrümpeln und innerhalb der Haushalte andere Schwerpunkte zu setzen, als sie bisher bestehen.

Wir hören sehr viel und lesen sehr viel in der Tagespresse, in Zeitschriften, in Briefen, die an uns geschrieben werden, von neuen Theorien, die uns – die Kultusminister, auch den Kultusminister des Landes Schles-

wig-Holstein — davon überzeugen sollen, daß das Wirtschaftspotential von morgen von der Stärkung des Bildungspotentials heute abhängig sei. Ich habe es immer gesagt: es kann nicht mehr unsere Aufgabe sein, neue Begründungen oder Argumentationen für diese These zu finden, die inzwischen doch wohl Allgemeingut geworden ist. Herr Kollege Hahn hat es auch gesagt. Wir können der bildungspolitischen Diskussion, die einmal von Picht und anderen in den vergangenen Jahren ausgelöst worden ist, nur dadurch gerecht werden, daß wir heute von dieser These überzeugt sind.

Aber was uns und die Kultusminister heute am meisten interessiert, ist die Frage, wie wir nüchtern und realpolitisch im einzelnen das Notwendige tun können, was möglich ist, um unsere verfügbaren und vorhandenen Mittel nicht an der falschen Stelle einzusetzen. Das ist eine Frage, der wir hier und überall draußen in der Diskussion größere Aufmerksamkeit widmen sollten als der nun hoffentlich abgeschlossenen Diskussion über die Frage: Haben wir einen Bildungsnotstand oder droht er uns und müssen wir etwas tun?

(Belfall)

Vorsitzender Dr. Röder: Ich danke Herrn Minister von Heydebreck für seine Ausführungen.

Bevor ich das Wort weitergebe, darf ich mir den Hinweis erlauben, daß jeder, der sich zu Wort zu melden wünscht, nicht den Platz zu verlassen, sondern nur den weißen Zettel hochzuheben braucht; dann werden unsere Saalordner zu Ihnen kommen und Ihnen die Zettel abnehmen und zu mir bringen.

Nun darf ich das Wort dem Vorsitzenden des Kulturpolitischen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Herrn Abgeordneten Dr. Martin, geben.

Dr. Martin: Liebe Freunde! Meine Damen! Meine Herren! Ich möchte einige Anmerkungen unmittelbar zu dem Referat selber machen, diesem schönen und grundsätzlichen Referat, das wir von Herrn Professor Hahn gehört haben.

Es ist Ihnen sicherlich nicht entgangen, daß darin eine fundamentale Forderung enthalten war, nämlich die Forderung, unsere Wirtschaftsgesellschaft in eine soziale Bildungsgesellschaft überzuführen. Dazu einige Anmerkungen. Man muß sich klar darüber sein, daß das der Kern der Diskussion ist, die heute in Deutschland vor sich geht. Man muß aber auch ein Bewußtsein davon haben, wie ungemein schwer diese Aufgabe sein wird.

Wenn Sie sich die Bildungsdiskussion in Deutschland von rechts und links, von oben bis unten anhören, so bemerken sie dabel einen fatalen Vorrang von wirtschaftlichen Argumenten. Auch in den letzten zwei Jahren ist beim Ingangbringen und Inschwungbringen der Kulturpolitik nur davon die Rede gewesen, davon hängen die Produktivität, der Export, die wirtschaftliche Leistung usw. usf. ab, man brauche eine Bildungs-

ökonomik – sehr charakteristisch –, eine Bildungsplanung usf. Darin zeigt sich deutlich, daß wir bis an den Hals in einer echten Wirtschaftsgesellschaft stecken und daß das tatsächlich in unserer Gesellschaft den Vorrang hat.

Das wird noch deutlicher illustriert, wenn man die Abläufe in den Parlamenten sieht, und zwar in allen deutschen Parlamenten. Dann, wenn es zum Schwur kommt, haben die Kultusminister und die Kulturpolitiker die äußerste Mühe, sich gegen den etablierten Vorrang wirtschaftlicher Interessen durchzusetzen. Das ist für eine Partei wie die CDU kein Normalzustand. Denn die CDU ist, wie ich mich dunkel erinnere. primär unter kulturpolitischen Gesichtspunkten gegründet worden. Der Ausgangspunkt war, daß man Wirtschaft, Sozialpolitik, Außenpolitik machen wolle - wie es damals hieß - "um des Menschen willen". Man muß sich heute fragen, ob nicht längst die Eigenständigkeit der Bildung in Gefahr geraten ist. Ich will damit deutlich machen, welche Widerstände zu überwinden sein werden, wenn man eine Bildungsgesellschaft wirklich durchsetzen will. Es muß eine Selbstverständlichkeit für jedes Parlament und für die Öffentlichkeit sein, die Dinge, die lebensnotwendig sind und die natürlich auch wirtschaftlich notwendig sind, in das öffentliche Bewußtsein zu rücken.

Ich sage das deshalb – zum zweiten –, weil man sich klarmachen muß, daß der große Schwung der Kulturpolitik, den wir im vorigen Jahr hatten, in Gefahr ist zu verlangsamen. Das war das Jahr, in dem die "Frankfurter Allgemeine" den kulturpolitischen Frühling ankündigte und die Hamburger "Welt" nach unserem Kongreß sagte, wir beanspruchten die Führung in der Kulturpolitik. Wir dürfen uns jetzt nicht der Gefahr aussetzen, daß das Tempo der Kulturpolitik verlangsamt wird. Wir müssen hinsichtlich der Initiativen ganz dicht daranbleiben.

(Beifall)

Ich will als Beispiel die Idee "Bildungsrat in Deutschland" nehmen. Das ist zur richtigen Zeit gesagt worden, das Ist zur richtigen Zeit in die Diskussion eingeführt worden, und es ist angemessen von der CDU unterstützt worden durch einhellige Beschlüsse der Kulturpolitiker des Bundes und der Länder. Aber wenn Sie heute in die Öffentlichkeit hineinhorchen, werden Sie empfinden, daß das den Leuten einfach zu lange dauert. Sie haben den Verdacht, daß einige Leute bei dieser Sache auf der Bremse stehen und es im Grunde genommen gar nicht wollen.

(Beifall)

Das, was die SPD gestern über den Bildungsrat gesagt hat, ist offensichtlich noch einmal der Versuch, den Kern aus der Sache herauszubringen. Was hatten wir für Vorstellungen beim Bildungsrat? Was hat Herr Hahn für Vorstellungen?

Erstens, er sah darin ein Instrument der Koordinierung der Bildungspolitik in Deutschland; er wollte damit ein Instrument der Koordinierung der Bildungspolitik in Deutschland; er wollte damit ein Instrument für das

schaffen, was er die Funktionsfähigkeit des Föderalismus nennt; er wollte die zahllosen Vorschläge, Programme, Gutachten usw. sortiert wissen, so daß sie für die Parlamente politisch reif und entscheidungsfähig werden.

Was die SPD jetzt vorhat, ist offensichtlich wiederum nur ein Gremium für Experten, bei dem man sich über die Möglichkeiten von Kulturpolitik unterhält, aber nicht im eigenen Sinne des Wortes, ein Instrument, das Bund und Länder zu einer gemeinsamen Aktion zusammenführt.

Ich bin der Meinung, daß die CDU heute noch einmal bekräftigen sollte, daß sie den Bildungsrat will, daß sie dabei die Einheit von Wissenschaft und Bildung im Auge hat, daß sie dabei an eine volle Funktion von Bund und Ländern denkt daß sie mit dem Bildungsrat eine Antwort auf die Frage geben will, wie sich denn in Deutschland das alles zu einer nationalen Bildungspolitik zusammenführen läßt.

Wir haben im vorigen Jahr den Begriff des nationalen Bildungsplanes geprägt, auch den Begriff sollten wir unterstreichen; er bedeutet nichts anderes als dieses: daß die vielfältigen Bemühungen in den Ländern und im Bund letzten Endes eine Einheit sind, daß die deutsche Kultur eine Einheit ist. Auch wenn sie in den Ländern verwaltet und gemacht wird, so ist sie doch eine einzige deutsche Kulturpolitik. Diesen zweiten Punkt sollten wir unterstreichen.

(Beifall)

Drittens, meine Damen und Herren, möchte ich noch eine Bemerkung zu einem Gegenstand machen, der von der FDP-Seite jetzt in die Diskussion gebracht wird, es ist eine Sache, der wir uns selber annehmen sollen und müssen: Es ist eine Tatsache, daß in Deutschland die Aufgaben der Bildung immer vehementer an den Staat abgeschoben werden, so möchte ich einmal sagen, daß die Kulturgesellschaft selber nicht die Aktivität und Lebendigkeit hat, die man sich wünschen könnte, wie sie in Amerika selbstverständlich ist. Das Beispiel, das ich meine, betrifft die Frage der Stiftungen für Wissenschaft, Forschung und Bildung. Es ist jetzt in Amsterdam von der Europäischen Kulturgesellschaft ein Gutachten über die Frage der Stiftungen erarbeitet worden, eine Übersicht über ganz Europa, und dabei stellte sich heraus, daß alle Länder Europas ein offensichtliches Defizit haben, und es zeigt sich auch, daß die Gebefreudigkeit direkt proportional der Abzugsfähigkeit von Steuern ist.

Es hat gar keinen Sinn, meine Damen und Herren, eine lamentierende Rhetorik zu entfachen, um die Leute zum Geben zu veranlassen; wir sind schließlich Politiker.

Wenn wir Stiftungen haben wollen, dann müssen wir in der gesamten Steuergesetzgebung, bis hin zur Erbschaftssteuer, einschneidende Maßnahmen ergreifen, um die Spendefreudigkeit tatsächlich auch zu heben und zu aktivieren.

Meine lieben Freunde! Ich würde das deshalb begrüßen und für nützlich halten, weil sich die Kulturpolitik seit eh und je mit dem Fiskalismus

auseinandersetzen muß, näher hin mit den Haushaltsplänen und mit den Haushaltsexperten — haben Sie keine Angst, ich werde jetzt kein Klagelied singen —, die Tatsache nämlich, daß die Beweglichkeit in der Kulturpolitik, das Planen über Jahre hinaus, das Vordenken in der Forschung, sich dauernd mit den Haushaltsplänen reibt. Wenn es erhebliche Mittel aus Stiftungsvermögen gäbe, würde hier die Beweglichkeit für die Forschung und die Wissenschaft entstehen, die wir brauchen, weil solche Stiftungen nicht von Parlamenten und von Terminen abhängig sein sollten.

Das, meine Damen und Herren, war das, was ich sagen wollte. Ich meine, wir sollten heute den frischen Schwung, den wir in der Kulturpolitik durch die Tätigkeit der Männer, die an diesem Tische sitzen, gewonnen haben, erneuern, und wir sollten den Vorhaben, die wir in den vergangenen 12 bis 14 Monaten so — auch publizistisch — geboren haben, heute einen neuen Nachdruck verleihen.

(Starker Beifall)

Vorsitzender Dr. Röder: Ich danke Herrn Dr. Martin sehr herzlich für seine Ausführungen, die einen sehr lebhaften Beifall gefunden haben. Ich darf nunmehr das Wort Herrn Kultusminister Prof. Dr. Mikat geben. Kultusminister Prof. Dr. Paul Mikat: Meine lieben Parteifreunde! Ich möchte zu drei ganz konkreten Fragenkomplexen, die hier berührt worden sind, Stellung nehmen, und ich hoffe, daß sich auch unsere Diskussion damit beschäftigt, erstens, mit dem Bildungsrat und mit der Bildungsplanung.

Ich meine, es gilt, einmal festzustellen, daß auch der gestern von der Sozialdemokratie erneut vorgelegte Plan eines deutschen Bildungsrates nichts anderes darstellt als eine gewisse Modifikation derjenigen Strukturvorstellungen, die die Kultusministerkonferenz im Anschluß an den Plan von Herrn Hahn auf ihrer Sitzung im Herbst vorigen Jahres in Bonn den Ministerpräsidenten als Arbeitsgrundlage ausgearbeitet hat. Aber ich will Ihnen genausogut sagen: mich interessiert das langsam nicht mehr, wem hier in diesem Lande, in der Bundesrepublik, was, wann, wo zuerst eingefallen ist! Wir machen uns langsam lächerlich. Dauernd behaupten Leute, sie seien in den Grundfragen der Sache einig. Ich sehe tatsächlich - ich kann darüber mit mir diskutieren lassen, ob 20 Mann oder 25 oder 26 Mann in diesem Gremium sitzen sollen, damit man besser teilen kann - die Dinge so: Wenn man tatsächlich hüben wie drüben in den Ländern und im Bund nach den offiziellen Deklarationen entschlossen ist, a) einen Bildungsrat zu schaffen, b) ihn als gesellschaftsbezogenes Gremium mit langfristigen Strukturmaßnahmen zu betrauen, c) - worüber auch keine Diskussion besteht -, daß er sich zusammensetzen soll aus Männern von Wissenschaft - nehmen wir die zuerst -, Wirtschaft und Politik, dann frage ich mich: wo hakt denn jetzt die Sache? Wir haben eine Kommission dafür seitens der Länder eingesetzt; wir haben die Beauftragten seitens des Bundes. Damit ist es

aber auch noch nicht getan. Die Beauftragten kommen auch zusammen. Mein herzlicher Wunsch wäre nun wirklich einmal, in dieser Angelegenheit bald zum Spruch zu kommen und nicht immer nur erst auf die nächste reguläre Sitzung zu warten, sondern diese Angelegenheiten für so dringlich zu erachten, daß man dafür eine außerordentliche Sitzung anberaumt und daß man sagt: wir wollen dieses Gremium gründen. Es kann nun sein, daß sich die Vorstellungen des Parteipartners A mit den Vorstellungen des Parteipartners B nicht voll decken. In diesen Fällen, meine Damen und Herren, schließt man Kompromisse. Entschuldigen Sie, wenn ich das ganz hart sage. Da es nicht um prinzipielle dogmatische Fragestellungen geht, ob 20 oder 30 Leute in diesem Gremium sitzen, würde ich sagen: einigt euch zunächst einmal. Da ein solches Instrument sowieso kein Verfassungsorgan ist, sollten wir nach zwel Sitzungen feststellen, daß es nicht letztlich funktionierend ist und gewisse Korrekturen immer einmal ansetzen.

Warum brauchen wir sehr schnell einen solchen Bildungsrat? Nicht etwa darum, well ich meine, daß die notwendigen Sofortmaßnahmen, die wir zur Zeit ergreifen, von diesem Bildungsrat abhängig wären! Wenn das Land Nordrhein-Westfalen und andere Länder darauf gewartet hätten, hätte ich zwei Jahre fröhlich in Urlaub gehen können. Damit hat das nichts zu tun, sondern weil wir bestimmte Kerngebiete vor allen Dingen unseres Ausbildungswesens nur in Angriff nehmen können — denken Sie an die ganzen Fragen des berufsbildenden Schulwesens, der Ausbildungsordnungen —, wenn wir die von Anfang an einheitlich für die Bundesrepublik festlegen,

(Beifall)

d. h. wenn die Tendenz zur Vereinheitlichung größer ist, als es bisher auf Grund historischer Vorgegebenheiten der Fall war.

Zweltens: Wir haben uns von Anfang an zu einem engen verfassungskonformen Zusammengehen von Bund und Ländern bekannt.

(Sehr gut!)

Ich darf in die Diskussion, meine Damen und Herren — Sie gestatten mir das! —, ganz kurz einen Gedanken einfügen, der mir gestern gekommen ist im Anschluß an das, was Herr Bundestagspräsident Gerstenmaier in seiner Rede sagte. Wenn es nämlich so ist — und ich persönlich zweifle nicht daran —, daß sich die Bundesrepublik wie die übrigen europäischen Nationen heute in einen größeren Verband, nämlich den europäischen Verband, integriert, dann ist von hier her für die föderalistische Struktur unserer Bundesrepublik eine neue Problemstellung gegeben. D. h.: das föderale System bekomme eine neue Akzentuierung in dem Augenblick, in dem das Gesamtsystem — sprich hier der Bund — damit beginnt, sich in ein übergreifendes supernationales System zu integrieren. Ich meine, wir haben über diese Frage in der Tat bisher zu wenig oder nur zu sehr in Ansätzen nachgedacht: welche Folgerungen

sind aus einem zunehmenden Integrationsprozeß für das Verhältnis Bund-Länder untereinander im Hinblick auf supernationale Zusammenschlüsse zu ziehen? Ich will nur das Problem hier einmal aufzeigen. Für mich ist eine der ersten Folgerungen, die daraus zu ziehen sind — haben Sie keine Angst, ich hörte jetzt, auf Föderalist zu seln oder daß ich mich hier ganz munter mit einer ideologischen Kreissäge gewisser Verfassungsstrukturen begebe; davon kann gar keine Rede sein —, ein stärkeres Zusammengehen der Gliedstaaten des Bundes untereinander,

(Lebhafter Beifall)

um stärker zum Ausdruck zu bringen, daß das, was wir integrieren, doch die deutsche Kultur ist, die wir erhalten wissen wollen, diese deutsche Kultur, die sich als eine Einhelt versteht gerade in ihrer Mannigfaltigkeit, die damit nicht geleugnet wird. Wir wollen auch die Mannigfaltigkeit dieser deutschen Kulturlandschaft mit in das einbringen, was wir einmal das europäische Gefüge oder die europäische Welt nennen.

Drittens: Wenn dem so ist, dann bedeutet das, daß dem Bund ebenfalls ganz bestimmte Mitspracherechte bei der Wahrung übergreifender kulturpolitischer Aufgaben gegeben werden müssen. Es wird also Aufgabe künftiger Verhandlungen sein, das ganz genau zu fixieren. Ich meine, es ist sehr wertvoll, daß ein Landeskultusminister das hier einmal erneut bekräftigt und ausspricht.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Das gilt insbesondere für den weiten Bereich von Wissenschaft und Forschung, und Ich möchte die Aufgabenstellung hier — wenn Sie gestatten — in einem abschließenden — es Ist keine Rede, sondern es ist nur ein Diskussionsbeitrag — Wort in drei ganz große Gruppen einteilen. Zunächst einmal in den Sektor von Wissenschaft und Forschung. Wir sind nicht hierher gekommen — ich meine, hierüber besteht Einigkeit —, um eine Art Bestandsaufnahme nach dem Motto zu machen: Seht einmal, was wir alles geleistet haben! Das wird in den Wahlreden ohnehin kommen.

(Heiterkeit)

Das werde ich auch tun, das ist klar. Wenn dauernd gesagt wird, es werde nichts getan, muß eine Bilanz gezogen werden.

Aber wir stellen recht nüchtern fest, unbeschadet der Frage, ob wir überhaupt hätten mehr tun können: Wir müssen mehr tun! Das Herumwühlen in der Vergangenheit — so hat Hegel einmal sehr schön gesagt; meine Parteifreunde warnen mich manchmal vor Exkursen; aber hier in diesem kulturpolitischen Arbeitskreis darf man das wohl sagen —

(Heiterkeit)

und das dauernde Suchen nach dem Schuldigen führen noch kelnen Schritt weiter. Selbst wenn ich in erbitterten Gesprächen mit meinem Koalitionspartner oder mit unserer Opposition kläre, daß wir 1954 versäumt haben, folgendes zu tun, kann ich nur sagen, na und? Heute haben wir 1965! Was muß ich also 1965/1966 tun?

(Lebhafter Beifall)

Da stellen wir in der Tat bei Wissenschaft und Forschung folgendes fest: Die jetzt bei uns geplanten Studienplätze reichen für den mindestens erwarteten Zustrom der Jahre 1960 bis 1965 nicht aus. Selbst unter Einbeziehung der Planungen kommen dann Regensburg, Bremen, Mannheim, Bochum, Dortmund, Ostwestfalen, Aachen, Düsseldorf - Neubau -, Lübeck usw. Wenn ich ausrechne, was wir planen, reichen die Neugründungen nicht aus. Freilich läuft daneben der Ausbau der bestehenden wissenschaftlichen Hochschulen. Ich meine aber, wir müßten uns allein schon um langfristige Haushaltsplangestaltungen bemühen und jetzt darüber klar werden. Welche Form werden künftig die beiden Abkommen haben? Das gilt insbesondere für die Frage des Beitritts des Bundes zum Finanzierungsabkommen für neue wissenschaftliche Hochschulen. wobei ich der Auffassung bin, daß durch diesen Beitritt des Bundes die Länderleistung nicht gekürzt werden darf, sondern daß es sich da lediglich um eine Aufstockungsleistung des Bundes handeln muß, damit der Gesamtbetrag, der uns zur Verfügung steht, erhöht wird.

Weiterhin müssen wir fragen: Wie kommen wir aus dem circulus vitiosus hinsichtlich der unbesetzten Lehrstühle heraus? Denn wenn wir jetzt schon einen Teil der Lehrstühle gar nicht besetzen können, obwohl sich in dieser Beziehung sehr viel gebessert hat,

(Zurufe: Die Besetzungsmethode ist falsch! - Das Prüfverfahren!)

- das ist eine Frage, die wir an die Universitäten, an die Hochschule stellen - dann werden wir fragen müssen: Muß nicht mehr zur Freistellung von jungen Wissenschaftlern getan werden, damit sie sich in Ruhe für das wissenschaftliche Amt qualifizieren?

(Zustimmung)

Das Problem liegt nicht so sehr in der Frage des Berufungsvorgangs; denn ob ich die Ausschreibungsmethode wähle oder ob ich es bei dem jetzigen System belasse, ist nicht der Kernpunkt der Sache, sondern der Kernpunkt liegt ganz woanders: in der Förderung derjenigen, die für eine Habilitation geeignet sind, und in der Freistellung der Kräfte. Das heißt, wir müssen besondere Stätten etwa an Forschungsinstituten errichten, wo sich diese Leute in Ruhe auf eine Habilitation vorberelten können. Denn der Verzögerungsfaktor, der durch sonstige Aufgaben etwa unserer Assistenten eintritt, ist ganz erheblich. Manche Habilitation könnte viel schneller erfolgen, wenn der Mann für diese spezifische Aufgabe freigestellt wäre.

Ferner sollten wir überlegen, ob wir nicht zu einer Gemeinschaft in Übereinstimmung mit dem Wissenschaftsrat der Rektorenkonferenz kommen. Ich darf hier ausdrücklich ein Bekenntnis zur Selbstverwaltung der deutschen Hochschulen anschließen. Es kommt nur darauf an, daß die deutsche Hochschule selbst ihre Chancen wahrnimmt und von sich aus jede Reform leistet, die wir von ihr erwarten müssen, damit nicht eines Tages der Zeitpunkt eintritt, wo ihr eine Reform von außen oktroyiert wird. Eine Reformvorstellung von außen oktroyiert wäre mit dem Wesen der deutschen Universität doch wohl schlecht vereinbar.

Der Studiengang selbst müßte konzentriert werden. Das bedeutet Unterstützung der Tendenzen, die auf ein Vorstudium, eine erste Phase des Studiums gehen, auf eine zweite Hauptphase des Studiums und danach eine dritte Phase, wie wir sie auch in anderen Ländern kennen, in den angelsächsischen Ländern, die speziell der eigenen forscherischen Tätigkeit des Absolventen gewidmet wäre. Das ist nicht Verschulung, bedeutet aber, glaube ich, eine vernünftige Reduzierung. Wir geben damit nicht das Prinzip der Einheit von Forschung und Lehre für die Universität auf. Wir geben damit auch nicht den Grundsatz auf, daß schon das junge Semester mit den Elementen der Forschung in Verbindung gebracht werden kann. Aber wir müssen uns natürlich fragen, ob Wildwuchs in jedem Falle das von uns Erwünschte ist und ob es nicht im allgemeinen Interesse liegt, eine gewisse Konzentration des Studiums herbeizuführen.

Vor einigen Monaten hatte ich auf der Kultusministerkonferenz angeregt, die Frage unseres wissenschaftlichen Studiums hinsichtlich der Prüfungsvorschriften erneut zu bedenken. Ich möchte es heute abermals vortragen. Es handelt sich um das Problem: Kommt es etwa so sehr darauf an, daß etwa der Philologe alle Dinge, die er später einmal unterrichtet, in der Universität selber kennenlernt, oder ist nicht die Universität die Stätte der Methode? Muß er nicht gelernt haben, wissenschaftlich zu arbeiten, d. h. selbständig zu sein?

(Zustimmung)

Wir entlassen aus der Universität doch nicht den Berufsfertigen, sondern den Berufsfähigen. Die irrsinnigen Magazine, die wir aufbauen in der Hoffnung, ein Teil von dem, was wir darin haben, würde wenigstens verkraftet, sind ja im Grunde gespeist von dem elenden Optimismus, es könne jemand auf einer höheren oder auf einer Hochschule berufsfertig gemacht werden. Er soll schwimmen lernen, aber wir wollen ihm nicht das ganze Meer dazu liefern.

(Heiterkeit und Beifall)

Das bedeutet, daß ich der Auffassung bin, wenn jemand zum Beispiel, um es konkret anzusprechen, Mathematik, Physik und Chemie als Fach hat, dann soll er nicht alle drei Fächer hauptsächlich studieren; das kann er heute einfach gar nicht. Aber wenn er an einem Punkt des wissenschaftlichen Bereichs gelernt hat, wissenschaftlich zu arbeiten, an einem Punkt weiß: Wie gehe ich methodisch vor? dann wird er das verwerten können. Dann kann er das andere vom Ansatz her nehmen, etwa die Frage, ein Hauptfach, zwei Stützfächer. Das hängt für uns mit der

Prüfungsordnung zusammen. Das gilt vor allem für die Naturwissenschaften, aber auch in sehr vielen geisteswissenschaftlichen Disziplinen, sofern die von ihm gewählten Disziplinen in der Methodik übereinstimmen. Wir sollten, glaube ich, von diesem Punkt stärker eine Studienreform betreiben.

Der zweite Punkt, den ich kurz anschließen will — wir werden vielleicht noch heute nachmittag darauf zu sprechen kommen —, ist nun, die welterführenden Schulen auszurichten a) auf die Berufsweit, für die sie ebenfalls nicht den Berufsfertigen entlassen wollen, sondern den Berufsfähigen, und b) auf die Universität.

Mein erneuter Appell an alle: Verlangt das Abitur nur da als Eingangsvoraussetzung für den Beruf, wo es von der Sache her unumgänglich notwendig ist.

(Lebhafte Zustimmung)

Ich mache doch niemandem einen Vorwurf – meine Damen und Herren, seien wir mal ehrlich –, zum Teil wird doch die Forderung nach dem Abitur als dem Nonplusultra deswegen erhoben, weil es so eine Art Besoldungsrampe, Abschlußrampe geworden ist, über die man sich dann in bestimmte besoldungsrechtliche Ausgangspositionen im späteren Leben schiebt. Damit sage ich nichts gegen die Notwendigkeit einer qualifizierten und besseren Bildung für alle. Ich glaube, um diesem Mißverständnis vorzubeugen, muß man sich ja absichern.

(Heiterkeit)

Aber wir müssen uns eines vor Augen führen: Wenn wir die Realschule auf sieben Jahre erhöhen und wenn wir einen analogen Abschluß an den übrigen welterführenden Schulen schaffen, dann doch nur, wenn dem zugleich die Möglichkeit korrespondiert, daß das für weite Bereiche des gesellschaftlichen Lebens künftig die normale Eingangspforte werden muß. Das bedeutet dann, daß die beiden letzten Jahre des Gymnasiums — hier begrüße ich sehr den Plan des Deutschen Ausschusses. Ich glaube, daß muß auch in diesem Raume gesagt werden, wir alle sollten, auch wenn wir in dem einen oder anderen Punkt mal anderer Meinung waren, dem Deutschen Ausschuß für Erziehungs- und Bildungswesen für die von ihm geleistete Arbeit hier danken,

(Beifall)

gleichgültig, was immer man im einzelnen zu manchen Vorstellungen sagt. Gerade in seinem letzten Gutachten sieht er jetzt die Neugestaltung der Klassen 12 und 13 vor — mit den Zahlen ist das so eine Sache —, also der Unterprima und der Oberprima. Das heißt dann, daß man nun nicht glauben soll, man könnte jedes einzelne Interesse gleichzeitig wiederum, als Fach niedergeschlagen, noch als Einzelfach in den Oberstufen unserer Schulen verwinden. Die Kultusminister leben doch heute in ständigem Beschuß. Eine Delegation des Deutschen Geographentages erscheint. Die Geographie ist ein außerordentlich wichtiges

Fach; kein Kultusminister bestreitet, daß Georgraphie wichtig ist. Sie fordert zwei Stunden Geographie. Auf Wiedersehen!

(Heiterkeit)

Einer Delegation des Deutschen Historikerkongresses sage ich: Aber, Herr Kollege, bei mir rennen Sie offene Türen ein. Mindestens drei Stunden. Anderentags kommt eine Delegation der deutschen Philosophen: Wir fordern Philosophie als Hauptfach, zweistündig. Einverstanden! Delegation der deutschen Biologen, der Chemiker, der Physiker, der Mathematiker sprechen vor. Deutsch und Religion ist Luft.

(Heiterkeit)

Ich habe ausgerechnet, wenn ich all das erfüllen wollte, dann käme Ich ja für die Schüler zur 50-Stunden-Woche. Dem korrespondiert die übereinstimmige Meinung, daß die Gesamtstundenzahl der Schüler gesenkt werden muß, daß die jeweilige Einzelstundenzahl des einzelnen Lehrers ebenfalls gesenkt werden muß, und daraus ergibt sich das große mathematische Problem, das den mathematischen Fachkollegen aufgegeben sel: Wie erreiche ich bei einer Senkung der Gesamtstundenzahl der Schüler plus Senkung der Pflichtstundenzahl der Lehrer eine Erhöhung, und zwar eine erhebliche Erhöhung der Stundenzahl des einzelnen Faches und — das darf nicht übersehen werden — die Hinzuziehung neuer Fächer, die wir uns dauernd überlegen.

(Heiterkeit)

Wer mir das Rezept verkraftet, dem räume ich morgen meinen Sessel,

(Zuruf: Die 30-Minuten-Stunde!)

es sei denn, er ist von der SPD.

(Lebhafte Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, jetzt sagen Sie bitte nicht: Wie kann diese hellige Sache — Ich meine, die Tatsache, daß wir jetzt etwas helter lachen, spricht ja nicht gegen die Kultur. Kultur ist ja nicht eine Sache, worüber Leute mit finster brütendem Gesicht wie vor Jahrzehnten vor ihren Höhlen sitzen, sondern manchmal muß man auch etwas überspitzt formulieren, um die Schwierigkeiten zu zeigen, vor denen wir tatsächlich stehen.

Aus diesem Grunde ein volles Ja zur Notwendigkeit der Reform der deutschen Oberschule. Zugleich müssen wir dabei aber auch berücksichtigen, daß wir zunächst Versuche machen müssen, um überhaupt Erfahrungen zu sammeln. Wir sollten uns vor jeder hektischen Änderung des deutschen Gymnasiums bewahren.

(Zustimmung)

Ich gehöre nicht zu den Leuten, die sagen, die Schule braucht Ruhe. Denn der Ort der absoluten Ruhe ist ja meistens der Friedhof. Aber sie braucht Stetigkeit, allerdings auch gepaart mit Anpassung an die Gegebenheiten der Gegenwart.

Wir haben um der Gemeinsamkeit der deutschen Länder willen einige einschneidende Reformmaßnahmen im Hamburger Abkommen beschlossen. Ich kann nur hoffen, daß wir sie alle jetzt durchführen. Ich werde mich jedenfalls dafür einsetzen. Und so wie die Reform der Oberschule an dem gemessen werden soll, wozu sie hinerziehen soll, so muß sie auch an dem gemessen werden, wen sie ergreifen soll. Aus diesem Grunde die Notwendigkeit, die pädagogische Zielsetzung, die einmal der Deutsche Ausschuß mit dem Rahmenplan versucht hat, zu realisieren. Es kommt nicht so wesentlich auf die institutionellen Änderungen an. Man wird langsam müde, darum zu kämpfen und es den Leuten klarzumachen: Grundschule und Hauptschule müssen institutionell getrennt werden, müssen besondere Annahmeverfahren haben. — Es kommt darauf an, was man pädagogisch mit der Erprobungs-, mit der Beobachtungsstufe meint. Das soll an den einzelnen Schultypen realisiert werden. Also alles das, was Herr Professor Hahn angesprochen hat.

Es kommt darauf an, daß wir uns zu neuen Formen bekennen. Das ist der letzte Punkt, den ich nennen möchte. Die Chancenungleichheit an den Schulen ist ja keine juristische. Wir können uns nicht damit herausreden, daß wir sagen, von den Förderungsbestimmungen, vom Grundgesetz her habe jeder seine Chance. Das ist doch so wie mit dem Marschallstab im Tornister, den auch einmal jeder hatte. Er war aber nur in einem Tornister.

(Heiterkeit)

Gott sei dank habe ich diesen Tornister nie getragen.

(Erneute Heiterkeit)

Es kommt nicht auf die juristische Chancengleichheit, sondern auf die praktische Chancenungleichheit an. Diese ist dadurch gegeben, daß unsere Kinder selbst bei angenommener gleicher Begabung — ich nehme diese natürlich nicht an — auch abhängig sind von der Welt, aus der sie herauskommen. Das ist kein Vorwurf. Aber das Arbeiterkind hat auf Grund seiner Herkunft in der höheren Schule eine andere Ausgangsposition, tut sich schwerer als das Kind von Akademikern.

(Beifall)

Es ist doch keine Chancengleichheit, wenn ich sage, dieses Kind habe dieselben Beihilfen usw. Denken Sie einmal an die große Bedeutung, welche die Sprachkultur des Elternhauses für die Ausdrucksfähigkeit des Kindes hat.

Wenn ich ein Schulsystem habe, wo im Grunde genommen – stillschweigend oder nicht – die Mitarbeit des Elternhauses konstitutiv für den Erfolg in der Schule ist, herrscht faktische Ungleichheit.

(Sehr richtig! und lebhafter Beifall)

Was ist zu tun? Man kann das nicht damit regeln, daß man sich auf Appelle an die Schulen beschränkt und sagt, diese müßten darauf Rücksicht nehmen. Man kann auch nicht einfach sagen, man solle den Bildungswillen der Eltern stärken.

(Heiterkeit)

Ich will Ihnen dieses Reservoir von Schlagworten vor Augen führen. Zuschriften an die Kultusminister: Tun Sie etwas, um den Bildungswillen der Eltern zu stärken!

Wir müssen vielmehr neue Schulformen einsetzen. Wir sollten von anderen Ländern lernen. Hier liegt die hohe Bedeutung des Gedankens der Tagesschule.

(Beifall)

vornehmlich für die weiterführenden Schulen. Ich weiß, es gibt die Argumente der Entfremdung vom Elternhaus. Stimmen diese Argumente? Schleppen wir nicht solche Begriffe mit uns herum? Tun wir nicht so, als sei die sogenannte intakte Familie des 19. Jahrhunderts überhaupt noch kennzeichnend für den soziologischen Tatbestand der modernen Familien in der arbeitsteiligen Gesellschaft? Das muß untersucht werden. Aus diesem Grunde, liebe Parteifreunde, sollte von hier aus, von diesen Grundstrukturen her, der Aufbau unserer Hochschulen und unseres Ausbildungswesens kommen. Ich habe mehrfach dargelegt, wie dann eine solche Schulreform insgesamt aussehen würde und müßte. Ich wollte aber auch auf diesem Parteitag das noch einmal in großen Linien darlegen, weil ich glaube, daß nur ein sinnvolles Ineinandergreifen der verschiedenen Aspekte uns zu solchen einheitlichen Strukturen eines der deutschen Kultur gemäßen Bildungswesens bringt.

Ein letzter Satz: Mehr Chancen, mehr weiterbildende Schulen für alle, Landschulreform — darüber sprechen wir doch gar nicht —, die einklassige Schule als Ausnahmeform. Was soll man noch über solche Sachen streiten? Wir brauchen nicht nur in Hinblick auf die Wirtschaft mehr Gebildete, sondern im Hinblick auf die moderne Gesellschaft, wenn Sie wollen, auf die Frage: Was machen eigentlich die Leute, wenn sie im Arbeitsprozeß nicht mehr so stark engagiert sind wie früher? — Das ganze Gezeter über den angeblich verderblichen Einfluß von Massenmedien — Illustrierten usw. — läuft doch an der Sache vorbei, wenn ich die Leute nicht fähig mache, das auch geistig zu ertragen.

(Beifall)

Der geistige Mensch ist der Mensch der Auseinandersetzung, ist der Mensch, der nicht beim ersten oder zweiten sexuellen Großangriff zusammenbricht. Er ist derjenige, der später einmal in der Souveränltät stehen wird, der sich damit auseinandersetzen kann. Es geht also nicht nur um den Bedarf. Wir leben Gott sei Dank und hoffentlich noch nicht im Ameisenstaat oder in der schaurigen Welt von Alders Huxley, die er prophetisch vorausgesagt hat und wo gefragt wird: Wieviel Ingenieure brauchen wir? Wieviel Techniker brauchen wir? Wieviel Mediziner brau-

chen wir? — das war das großartige, aber zugleich schaurige Gespenst —, um sogleich die Begabtenplanung in den Embryos vorzunehmen, damit das auch funktioniert.

Wir müssen vielmehr unter Einzug der gesellschaftspolitischen Bedingungen klären und fragen, und zwar unabhängig davon: Brauchen wir die permanente Bildung und Weiterbildung der Nation, um die Zeit gelstig zu meistern?

(Beifall)

Davon, meine Damen und Herren, wird der Rang unseres Volkes einmal abhängen.

(Lebhafter Beifall)

Vorsitzender Dr. Röder: Meine Damen und Herren! Ich danke Herrn Professor Mikat sehr herzlich für seine mutigen Ausführungen. Er ist damit dem Vorwurf mannhaft entgegengetreten, die Kultusminister seien etwa nicht zur Zusammenarbeit untereinander oder mit dem Bund bereit.

Weiter danke ich ihm dafür, daß er die sehr ernst zu nehmenden Ausführungen doch humorvoll dargestellt und damit bewiesen hat, daß er den Orden wider den tierischen Ernst zu Recht verliehen bekommen hat.

(Heiterkeit und Beifall)

Lieber Freund Mikat! Sie haben davon gesprochen, daß man nicht jedem ein Meer zur Verfügung stellen könne, um schwimmen zu können. —. Die Badewanne reicht aber auch nicht aus. Darüber sind wir uns einig?

(Kultusminister Dr. Mikat: Aber ein Hallenschwimmbecken!).

- Ein Hallenschwimmbecken würde ausreichen.

Meine Damen und Herren, ich darf nun Herrn Dr. Dichgans das Wort erteilen.

Dr. Dichgans: Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Liebe Parteifreunde! Minister Professor Dr. Hahn hat in seinen einleitenden Bemerkungen das Gerede vom Bildungsnotstand zurückgewiesen und auf die großen Verdienste speziell der CDU um den Wiederaufbau des Bildungswesens hingewiesen. Da wir in Nordrhein-Westfalen sind, sollten wir bei dieser Gelegenheit auch Frau Ministerin Teusch erwähnen, die heute bei uns ist.

(Beifall)

Sie hat den Wiederaufbau des Bildungswesens betrieben in einer Zeit, als das sehr viel schwieriger war als heutzutage. Auf das Erreichte können wir stolz sein.

(Beifall)

Wir kommen jetzt, nachdem die materiellen Fragen im wesentlichen gelöst sind, immer stärker auf den Sachinhalt der Bildungsreform. Die Diskussion hat sich auch schon erfreulich zum Konkreten hin gewendet.

Es wurde gesagt, daß wir die Lösungen nicht über das Knie brechen dürfen, daß sie gut vorbereitet werden müßten. Ich bin auch der Meinung, daß man zwischen der Richtigkeit und der Fixigkeit unterscheiden muß, und daß die Richtigkeit wichtiger ist als die Fixigkeit. Wir müssen die Sache gut vorbereiten. Wir können aber auch nicht mehr endlos warten.

Meine Damen und Herrent Ich habe vor einigen Tagen einen Brief des Präsidenten des Oberprüfungsamtes für die technischen höheren Verwaltungsbeamten bekommen. Er hat im Jahre 1964 224 Bau- und Vermessungsreferendare geprüft. Das Durchschnittsalter dieser Referendare betrug am Tage des Assessorexamens 31 Jahre. Keiner hatte den Wehrdienst gemacht. Wenn Sie den Wehrdienst noch dazurechnen, kommen Sie zu einer Berufsreife von 32,5 Jahren. Das ist ein Zustand, den wir uns nicht mehr sehr lange mitansehen können. Wir haben ein Bildungssystem der Weltrekorde. Wir haben die längste Schulzeit der Welt. Sie wissen, daß man bei uns bis zum Abitur 13 Jahre braucht. Das gibt es außer in Deutschland nur noch in Island und in Österreich. Wir haben die größte Zahl der Mißerfolge in der Welt. Nach den Feststellungen des Statistischen Bundesamtes betrug noch voriges Ostern das Durchschnittsalter unserer Abiturienten 20 Jahre. Wenn die Kinder mit 61/2 Jahren in die Schule kommen, bedeutet das, daß jeder im Mittel 14 Jahre auf der Schule ist. Das sind nicht die Ungeeigneten, die ausgeschieden worden sind, sondern diejenigen, denen wir hinterher die Eignung zur Hochschulreife zuerkannt haben. Jeder von ihnen ist also im Mittel einmal sitzengeblieben.

Wir haben weiter — auch das ist ein Weltrekord — das längste Studium der Welt. Den Doktor der Physik haben wir bei uns nach 9 Jahren, während man ihn in Frankreich nach 6 Jahren hat. Ich verweise auf die Hochschulzeitung vom Januar dieses Jahres, wo das genau auseinandergesetzt wird. Ich kann auch auf meine eigenen Erfahrungen verweisen. Fast alle Generaldirektoren der deutschen chemischen Industrie lassen ihre Söhne in Zürich studieren, weil diese dort den Doktor der Chemie einige Jahre früher bekommen als an den deutschen Universitäten. Sicher haben sie auch keine schlechtere Ausbildung.

(Ministerin Teusch: Der Durchschnitt ist mit den Abendgymnasien gerechnet!)

Frau Ministerin, ich bedauere, Ihnen widersprechen zu müssen. Ich habe in dieser Frage an das Statistische Bundesamt geschrieben. Mir wurde ausdrücklich bestätigt, daß bei den 20,4 Jahren Abendgymnasien und Sonderschulen ausgeschaltet sind. 20,4 Jahre – Herr Professor Mikat nickt erfreulicherweise – ist das Durchschnittsalter der männlichen Abiturienten der normalen Gymnasien. Das glaubt niemand, aber es ist so.

Wenn Sie das addieren: 20,4 Jahre plus 1½ Jahre Wehrdienst plus 3 Jahre Ausbildung — 9 Jahre, Philologen brauchen 9 Jahre, Chemiker

brauchen 9 Jahre –, kommen Sie zu einem Alter von 31 Jahren bei Vollendung der Berufsreife. Damit sind unsere jungen Akademiker um volle 5 Jahre älter als die jungen Akademiker in allen anderen Ländern der Welt.

Professor Mikat hat mit Recht darauf hingewiesen, daß es sich nicht um ein deutsches, sondern um ein europäisches Problem handele. In dem Augenblick, in dem wir uns im Europaparlament darum bemühen, daß sich z. B. die Rechtsanwälte in allen Ländern Europas nach Belieben niederlassen können, ist es schwer zu rechtfertigen, daß wir unsere Leute 5 Jahre länger in der Ausbildung halten.

Meine Damen und Herren! Wir haben Zeit zu einer gewissen Vorbereitung. Wir müssen jedoch klar zum Ausdruck bringen, daß rasche Ergebnisse zu erwarten sind. Unsere Primaner wollen sehr bald wissen, ob die Verschiebung des Schuljahrbeginns auf den Herbst ihnen noch ein weiteres halbes Jahr einbringen wird, ob wir jetzt 14½ Schuljahre haben werden.

(Beifall)

Unsere Chemiker wollen bald wissen, ob sie endlos studieren müssen. Wir sehen doch die Resultate. Wir haben bei den Chemikern von 1959 bis 1964 einen Rückgang um volle 11 Prozent. Das bedeutet: In einer Zeit, in der die naturwissenschaftliche Ausbildung überproportional wachsen müßte, stagnieren sie und gehen zurück.

Das ist nicht in erster Linie ein wirtschaftliches Problem — ich glaube auch nicht, daß Herr Martin das gemeint hat —, sondern das ist in erster Linie ein menschliches Problem. Wir können unseren jungen Leuten einfach nicht zumuten, daß sie so lange in der Ausbildung festgehalten werden.

Nun lautet die Frage: Was soll geschehen? Es gibt drei mögliche Reaktionen darauf. Die erste Reaktion ist, zu sagen: Es ist gut so, wie es bei uns ist, wir wollen dieses lange Studium. Das ist ein Standpunkt. Aber ich habe niemanden gefunden, der mutig genug ist, ihn hier zu vertreten.

Es gibt weiterhin den Standpunkt, zu sagen: Das ist schlecht. Aber auch dazu gehört ein gewisser Mut. Dann müßte man nämlich Konsequenzen daraus ziehen.

Es gibt eine dritte Haltung. Man sagt: Es ist schwierig. Das ist die normale Haltung.

(Heiterkeit)

Sie fühlen sich moralisch gerechtfertigt, aber von der Verpflichtung entbunden, nun wirklich etwas zu tun.

(Anhaltende Heiterkeit)

Ich möchte mich dem anschließen, was Herr Heydebreck und Herr Professor Mikat zum Konkreten gesagt haben. Ich glaube, wir können verhältnismäßig rasch etwas tun. Wir sollten uns zunächst dazu bekennen, daß wir das Alter der Berufsreife heruntersetzen müssen. Der Bundestag hat ohne Gegenstimmen beschlossen, daß die jungen Leute mit 26 Jahren fertig werden müssen.

(Dr. Martin, MdB: Das war ein Überraschungseffekt!)

- Sie haben dafür gestimmt, und ich hoffe, daß die CDU nicht dahinter zurückbleibt.

Zweitens. Wer das Ziel will, muß auch die legitimen Mittel wollen.

Dazu drittens: Wir müssen, wenn wir die Differenz von fünf vollen Jahren überbrücken sollen - das ist unsere Aufgabe -, in allen Bereichen der Bildung reformieren. Wir müssen uns zu der Notwendigkeit bekennen, die Hochschulzeiten abzukürzen. Und wir müssen uns zu der Notwendigkeit bekennen, die Referendarzeiten abzukürzen. Wir haben ja glücklicherweise den Präsidenten und den Vizepräsidenten der Konferenz der Kultusminister hier bei uns, bei denen die Zuständigkeiten und Verantwortungen für diese Dinge liegen. Wir können nur den Wunsch haben, daß sie mit konkreten Anträgen in diese Konferenz hineingehen. Zum Schluß noch eine kurze Bemerkung zur Struktur. Wir können unser System nicht einfach so behalten, wie es ist. Ich würde es aber für vollkommen falsch halten, wenn wir eine Reform in der Bildung vorschlügen, die davon ausginge, daß wir Zuständigkeiten von den Ländern auf den Bund übertrügen. Das würde die Diskussion in eine ganz falsche Richtung lenken. Das würde alle Kräfte von der Sachdiskussion über die Bildungsreform in eine völlig unfruchtbare Verfassungsdiskussion abziehen.

Ich bin mit Herrn Professor Hahn der Meinung, daß die Länder im großen ganzen ihre Aufgabe gut bewältigt haben. Das sollte man sagen. Wir sollten uns hier zum Föderalismus bekennen. Aber wir sollten versuchen, einen Föderalismus zu organisieren, bei dem wir keine Einstimmigkeiten mehr brauchen. Einen Föderalismus mit Einstimmigkeit gibt es nämlich nur in Deutschland. Es gibt andere föderalistische Systeme. Nehmen Sie als Beispiel die USA, da kann man die Verfassung ändern, wenn zwei Drittel der Länder zustimmen. Bei der EWG gibt es Mehrheitsentscheidungen von 1966 an, (Zuruf: Sehr gut!) obwohl das noch nicht einmal eine föderalistische Struktur ist. Auch da hat man die Notwendigkeit erkannt, zu Mehrheitsentscheidungen zu kommen. Selbst in den Vereinten Nationen hat die Vollversammlung die Möglichkeit zu Mehrheitsentscheidungen, mit denen gelegentlich sogar das Veto des Sicherheitsrates überspielt wird.

Das sollte unser Anliegen sein. Wir sollten versuchen, zu erreichen, die Zusammenarbeit der Länder irgendwie verfassungsmäßig zu institutionalisieren. Wir sollten — ich bin durchaus ein Anhänger des Gedankens der dritten Ebene — aus den Konferenzen verfassungsmäßige Organe der Länder machen, die in der Lage sind, mit Mehrheiten, meinetwegen mit qualifizierten Mehrheiten, Beschlüsse zu fassen. Wenn wir das tun,

kommen wir auch rasch zu den Ergebnissen, die wir alle für notwendig halten.
(Beifall)

Vorsitzender Dr. Röder: Ich darf auch Herrn Dichgans herzlich danken, besonders dafür, daß er ein sehr konkretes Problem angesprochen hat, nämlich das der Abkürzung der Ausbildungszeit. Es wurde auch vorhin schon in anderen Diskussionsbeiträgen angedeutet.

Wir müssen nun versuchen, die Diskussion etwas nach Sachgebieten zu gliedern. Ich möchte erst einmal die Wortmeldungen zum Zuge kommen lassen, die sich noch mit den allgemeinen Problemen beschäftigen. Ich habe noch Wortmeldungen zur Bildungsplanung. Im Anschluß daran sollte man — nachdem Herr Dr. Dichgans das konkrete Problem angesprochen hat — die Diskussion über die Abkürzung der Ausbildungszeit aufnehmen. Danach sollte man auf die einzelnen Zweige unseres Bildungswesens eingehen; dazu haben wir eine ganze Reihe von Wortmeldungen. Zur Frage der Bildungsplanung hat sich Herr Johannes Gisbertz, Rheinland-Pfalz, gemeldet.

J. Gisbertz: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte ungefähr da anknüpfen, wo Herr Professor Mikat aufgehört hat. Er sprach von der Chancengleichheit im Bildungswesen. Ich möchte dazu das sagen, was wir vom Standpunkt des Deutschen Städtetages schon oft unseren Ländern mitgeteilt haben. Seit Jahren machen die Schüler im Alter von 10 Jahren, die zum Gymnasium und zur Realschule gehen, anteilmäßig am Jahrgang in Düsseldorf etwa 41% aus, in Köln ebenfalls 41% - vor Jahren, heute sind es 35% -, in Dortmund 25%, in Herne 20%, in Bonn 63%. Diese Zahlen, die wir vor langer Zeit beim Deutschen Städtetag als Material gesammelt haben, sprechen Bände. Die Gemeinden sind dazu übergegangen, in dieser Situation Lösungen zu finden. Sie haben versucht, für diejenigen, die nicht mit 10 Jahren eine weiterführende Schule besuchen können, spätere Möglichkeiten zu schaffen, nämlich durch die Aufbau-Realschule, durch das Aufbaugymnasium. durch Gymnasialaufbaustufen, durch die Einrichtung des Zweiten Bildungsweges usw. Mit anderen Worten: Aus dieser Selbsthilfe unserer Gemeinden ist im Grunde ein Prinzip geworden.

Damit komme ich zu dem Wesentlichen, was ich sagen möchte. Ich habe mich gefreut, daß von dem Hauptredner, aber auch in der Diskussion das Wort vom Föderalismus so gebraucht worden ist, daß die Meinung erkennbar war: Hier wird Föderalismus nicht mehr institutionell, sondern strukturell gesehen.

Im Hauptreferat wurde darauf hingewiesen, daß im Rahmen des Föderalismus die Verantwortung beim Bund, bei den Ländern, bei den Kirchen, bei den Eltern, bei den Schülern liegt, aber eines habe ich vermißt: daß man die Gemeinden genannt hat.

Ich habe in den vergangenen Jahren in der Großstadt, in der ich tätig bin, rund 10 000 Schüler in das erste Schuljahr der Volksschule eingeschult, und in demselben Jahrgang sind 14 000 Kinder geboren worden. Wenn Sie im Sinne einer Planung daraus an Ort und Stelle die Konsequenzen ziehen, dann haben Sie die Aufgabe, nicht nur das Volksschulwesen, die Realschulen, die höheren Schulen quantitativ — um mehr als 30% — zu erweitern, sondern auch die Aufgabe, strukturell im gesamten Bildungswesen planend einzugreifen.

Bei der Behebung dieser Notstände im quantitativen Sinne kann es höchstens dazu kommen, daß die Gemeinden, vor allem die Städte, die in den letzten 10 Jahren, besonders im letzten Jahr, sehr stark in SPD-Hände übergagangen sind, ihren Finanzbedarf bei den Ländern anmelden, und wenn er nicht befriedigt wird, haben sie die Möglichkeit, mit dem Finger auf die von der CDU geführten Länder zu zeigen. Deswegen begrüße ich ganz besonders, daß das Schwergewicht in der Planung bei dieser Frage von Herrn Professor Mikat in so deutlicher Weise angesprochen worden ist.

Ich möchte aber auch — ebenfalls im Auftrag des Schulausschusses des Städtetages von Nordrhein-Westfalen — darauf hinweisen, daß wir nicht immer nur von der Zuständigkeit des Bundes oder allein von der Zuständigkeit der Länder sprechen sollen. Innerhalb der Gemeinde ist ein unwahrscheinliches Schwergewicht an kulturpolitisch schaffenden Persönlichkeiten in den Räten und Verwaltungen, und dort leben die Kinder, um die es im Grunde genommen geht.

(Zustimmung)

Ich brauche nicht darauf hinzuweisen, daß es die Gemeinden gewesen sind, die die gesamte Entwicklung des berufsbezogenen Schulwesens aus der Not heraus zusammen mit der örtlichen Wirtschaft eingeleitet und durchgeführt haben. Ich brauche nicht darauf hinzuweisen, daß an Ort und Stelle jeweils nach der wirtschaftlichen Entwicklung die weitere Ausgestaltung des Bildungswesens gerade im berufsbildenden Sektor notwendig ist und auch durchgeführt wird. Ich brauche auch nicht darauf hinzuweisen, daß gerade dort nach Wegen aus den entstehenden Engpässen gesucht worden ist, um den Kindern, die in die Arbeitsweit eintreten, seitens dieser Arbeitswelt die Möglichkeit der Weiterbildung, etwa im Zweiten Bildungsweg, zu geben.

Bei all diesen Phänomenen der Planung, die dabei auftreten, führen wir in den Ländern auch eine Koordinierung dessen durch, was innerhalb der Gemeinden geschieht, wo die Engpässe auftreten, damit an Ort und Stelle eine Erfassung und Koordinierung durchgeführt wird.

Ich habe mich darüber gefreut, hier das Wort zu hören: Wir sind auf dem Wege vom Wohlfahrtsstaat zum sozialen Bildungsstaaat. Bei diesen Bemühungen sollten wir z. B. einmal unsere körperbehinderten und geistig behinderten Kinder und ihre Eltern aus der Situation befreien, daß sie auf soziale Gesetzgebungen angewiesen sind. Vielmehr sollten wir ihnen nach unserem christlichen Gewissen den Anspruch geben, den das

christliche Bildungswesen zu geben hat. Dadurch könnten wir sie ein erhebliches Stück auf diesem Wege fördern.

(Beifall)

Es kommt darauf an, daß für diese Menschen gerade von der Union aus Klarheit geschaffen wird. Wenn Sie wissen wollen, wie man das Bildungswesen für geistig Behinderte oder für körperlich Behinderte in den verschiedenen Sparten ordnet und gliedert, gehen Sie bitte in die Gemeinden. Wir haben es bereits getan. Dort bestehen die Notstände, aber wir werden nicht fertig damit. Wir brauchen eine zentralere Planung in der Struktur dieser Dinge.

Wenn Sie die drei Ebenen der Demokratie, Bund, Länder und Gemeinden, ins Auge fassen, dann bedenken Sie dabei, daß in der Zusammenarbeit von Bund und Ländern und in der Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und den Ländern die Möglichkeiten liegen, in denen blsher sehr erfolgreich gearbeitet worden ist. Ich glaube, daß da noch manche Wege und Möglichkeiten gegeben sind.

Noch ein Wort zu dem Verhältnis von Allgemeinbildung und Berufsbildung, jenem Problem, das wir in manchem Kongreß durchdacht haben. Ich meine, wir sollten es auch - Ich sage "auch" - vom Nutzeffekt her sehen. Im politischen Bereich hat uns die letzte Krise im Nahen Osten deutlich vor Augen geführt, daß wir in der Welt draußen nicht nur vor der Frage stehen, eine diplomatische Anerkennung formaler Art zu erhalten. Wir müssen auch einsehen, daß ebenfalls untergeordnete Gremien, z. B. Gemeinden, in der Lage sind, Beziehungen anzuknüpfen, Entwicklungshilfe zu geben. Wir müssen einsehen, daß wir bei der Verbesserung unseres Bildungswesens und unseres Ausbildungswesens überhaupt zusammen mit unseren westlichen Nachbarn in einem Bildungswettlauf mit dem gesamten Ostblock stehen. Das sollte uns veranlassen, für das, was in unserem eigenen zweigeteilten Vaterland vor sich geht, Konsequenzen in bezug auf das Bildungswesen aus dem zu ziehen, was in der Welt vor sich geht, und diese Konsequenzen müssen uns selber und unsere Kinder ansprechen.

Das Bildungswesen muß so geartet sein, daß es draußen in der Welt Gefallen und Anerkennung findet. Wir brauchen diese Anerkennung draußen, weil wir von draußen Hilfe benötigen, um über die großen Schwierigkeiten hinwegzukommen, die wir im politischen Bereich hinsichtlich der Teilung Deutschlands haben. Auch auf dem Gebiet der Bildung ist etwas zu tun, wenn wir auf jenem Gebiet welterkommen wollen.

(Beifall)

Vorsitzender Heydebreck: Bitte, Herr Bundesminister Niederalt.

Bundesminister Niederalt: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie wissen, daß ich nur aus der Familie komme, nämlich von der Schwesterpartei. Ich darf Sie von der CSU auch in diesem Arbeitskreis sehr herzlich grüßen.

(Lebhafter Beifall)

Wenn Ich als Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder gerade in diesen Arbeitskreis gekommen bin, so hat das seine Gründe. Ich habe beim Lesen des Programms der Arbeitskreise gedacht: Eigentlich müßte ich in jedem Arbeitskreis sein; denn in der Tat ist es so, meine Damen und Herren — damit ich Ihnen einmal dieses komplizierte System unserer Verfassung vor Augen führe —: Es gibt keinen Arbeitskreis, wo nicht das Bund-Länder-Verhältnis unmittelbar oder mittelbar über den Bundesrat angesprochen ist. Es gibt keinen solchen Arbeitskreis. Bei allen Themen spielt das Bund-Länder-Verhältnis leider oder Gott sei dank — wie Sie es auffassen wollen — eine wichtige Rolle.

Ich sagte aber, ich bin in diesen Arbeitskreis gekommen, weil ich meine, daß mindestens zur Zeit auf keinem Gebiet das Bund-Länder-Verhältnis eine solche Rolle spielt wie auf dem Gebiete des Bildungswesens, und auch aus einem weiteren Grunde — der heute schon angeklungen Ist —, weil Ich wie Kollege Martin und andere, die das gesagt haben, der festen Überzeugung bin, daß das die Thematik der Zukunft sein wird und daß wir uns viel intensiver noch mit diesen Problemen befassen müssen, als wir es bisher getan haben.

(Zustimmung)

Wir sind etwas saturiert in der materialistischen Wohlstandspolitik geworden, und wir haben andere Dinge manchmal vielleicht doch etwas links liegen lassen. Das ist mein Eindruck. Deshalb bin ich sehr dankbar, daß heute das Wort von der "sozialen Bildungsgesellschaft" gefallen ist.

Meine Damen und Herren! Mich hat die Sorge hierher getrieben, die Sorge für dieses Gebiet der Bildungspolitik. Wir hatten vor einem halben Jahr einen ganz netten Aufschwung, und seitdem ist es wieder stillgeworden.

(Teilweiser Widerspruch)

- In den konkreten Fragen, die ich, meine sehr verehrten Damen und Herren, anschneiden möchte, ist es wieder stiller geworden. Ich nehme den Bildungsrat und ich nehme die Verwaltungsvereinbarung zur Finanzierung neuer wissenschaftlicher Hochschulen. Wir sind auf diesem Gebiet – leider Gottes! – nicht weitergekommen. Zuerst hatte es schon eine lange Diskussion darüber gegeben, ob hier der Bund auf diesem Gebiet überhaupt mitreden dürfte.

Meine Damen und Herren! Wenn es uns nicht gelingt, einen modernen beweglichen Föderalismus zu gestalten, wird — das ist meine feste Überzeugung — der Föderalismus keine Zukunft haben.

(Beifall)

Mein Freund Ludwig Huber, derzeit Kultusminister in Bayern, hat in seiner Haushaltsrede einen Satz geprägt, den ich Ihnen doch nicht vorenthalten möchte. Er hat von einer "revolutionären Umwandlung im Bereiche der Wissenschaften" gesprochen, und er hat in diesem Zusammenhang gesagt, die Wissenschaft müsse heute das Leben meistern helfen, sie gehöre heute neben Kapital, Boden und Arbeit zu den fundamentalen Produktionsmitteln einer menschlichen Gemeinschaft.

Nun, meine Damen und Herren, ich will gar nicht so weit gehen. Ich bin der Auffassung, daß die Lösung der ganzen kulturpolitischen Probleme eine große Aufgabe für sich allein ist und daß diese Aufgaben eine große Eigenständigkeit besitzen; aber wir dürfen nicht verkennen, daß sie in der Tat auch eine große Ausstrahlung auf alle anderen Gebiete haben. Wenn dem so ist, meine Damen und Herren – das sage ich ganz bewußt, weil ich weiß, wie schwierig in Einzelverhandlungen immer die Zuständigkeitsfrage ist –, darf ich sagen, es ist viel leichter, bei solchen Kongressen wie heute einheitliche Grundfragen und Grundsatzfragen herauszustellen. Kommt man dann ins Detail, dann sieht man, daß der Teufel doch noch drin ist. So ist es nach meiner Erfahrung.

Ich meine also: Wenn man diese Grundsätze, die mein Freund Huber bei seiner Haushaltsrede anerkannt hat, auch akzeptiert, sollte es keinen Zweifel darüber geben, daß der Bund in all diesen Fragen auch ein Mitspracherecht haben muß, weil er auf all diesen Gebieten die Zuständigkeit hat, auf die die Kulturpolitik ausstrahlt.

Meine Damen und Herren! Ich komme aus der Praxis. Ich frage Sie: Warum gehen diese Dinge, wenn wir in wesentlichen Grundsatzfragen einig sind, so langsam voran? — Ich weiß, der Föderalismus ist eine schwierige Staatsform, und die Arbeit auf zwei Ebenen ist nun einmal nicht leicht.

Darf ich Ihnen nun einmal ein praktisches Belspiel geben über die Arbeit auf dem Gebiete der Schaffung eines Verwaltungsabkommens zur Finanzierung neuer wissenschaftlicher Hochschulen? Man muß diese Dinge aus der Praxis sehen, wie es sich in der Tat zuträgt.

Im Oktober 1964 hat der Bundeskanzler hinsichtlich der Verwaltungsvereinbarung der Länder auf diesem Gebiet dem Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz einen Brief geschrieben, dessen Inhalt ich wohl nicht wiedergeben muß; der Brief beinhaltete aber im wesentlichen, daß der Bund diesem Abkommen beitreten möchte, daß er selbstverständlich - das hat vorhin auch schon Herr Kollege Mikat ausgeführt - darauf bestehen müsse, daß die Mittel des Bundes zu einer Verbreiterung der finanziellen Ebene führen müßten, d. h., daß sie nicht zu einer Reduzierung der Ländermittel führen dürften. Das war der wesentliche Inhalt des Briefes des Bundeskanzlers. Daraufhin hat sich die Ministerpräsidentenkonferenz mit diesem Brief und dessen Inhalt befaßt. Die Ministerpräsidentenkonferenz hat beschlossen, eine Stellungnahme der Kultusminister und der Finanzminister hierzu einzuholen. Die Kultusminister haben sich damit befaßt, und auch die Finanzminister haben sich damit befaßt, und sie haben eine Unterkommission eingesetzt. Die Unterkommission arbeitet zur Zeit an einem Vorschlag. Nehmen Sie

an, die Unterkommission kommt mit einem Vorschlag, dann geht das wieder an die Finanzminister und an die Kultusminister zurück, und von dort wieder an die Ministerpräsidenten. Denken Sie dabei, daß die Ministerpräsidenten auch Chefs der Landesregierungen sind, daß sie Rede und Antwort stehen müssen, daß sie in der Alltagsarbeit stehen, denken Sie an die Terminfragen — dann können Sie sich vorstellen, wie lange das geht. Dabei ist gerade auf diesem Gebiet auf Bundesebene sowohl wie auf Landesebene eine Kommission von vier Bundesministern und vier Ministerpräsidenten eingesetzt. Warum kommt die Kommission nicht zustande? Weil man sich innerhalb der Gremien der Länder noch nicht über das einig ist, was man will.

Ich muß zugeben: Die Arbeit auf zwei politischen Ebenen, der Bundesebene und der Landesebene, ist natürlich schwierig. Sie ist deshalb schwierig, wei! beide Ebenen — sowohl Bund wie Länder — originäre Aufgaben haben und weil die Träger dieser Aufgaben natürlich — das ist menschlich verständlich — in erster Linie an die Aufgaben denken, die sie haben. Dann kommt bekanntlich immer die berühmte Zuständigkeitsfrage. Hier, meine ich, meine Damen und Herren — das möchte ich ausdrücklich betonen, ob es Ihnen gefällt oder nicht, weil es meine Überzeugung aus der praktischen Arbeit heraus ist —, wird die integrierende Funktion der Partei, die integrierende Funktion der CDU/CSU noch nicht genügend gewürdigt.

(Starker Beifall)

Das ist meine feste Überzeugung.

Meine Damen und Herren, machen wir uns doch nichts vor! Hier bei diesem Kongreß, wenn ich ihn so nennen darf, sind wir weitgehend einig in den Prinziplen; aber wissen wir wirklich alle miteinander, meine Damen und Herren, ob die gleiche Sprache auch in anderen Gremien gesprochen wird? - Das ist doch die Frage. Deshalb nach meiner Meinung die erste Forderung: Die integrierende Funktion der CDU/CSU wenn ich das sage, spreche ich nicht nur von zwei Ebenen, da nehme ich gut und gerne auch die dritte Ebene, die kommunale Ebene, mit hinein; ich bin völlig der Auffassung meines Vorredners - muß dadurch gewährleistet werden, daß die politische Willensbildung in einem aktionsfähigen Gremium der Partei durchgeführt wird. Ich weiß, es gibt einen kulturpolitischen Arbeitskreis der Partei. Ich kann im einzelnen nicht beurteilen, welche Möglichkeiten er hat und wie er zusammengesetzt ist. Aber nach meiner Meinung müßte auf jeden Fall irgendein aktionsfähiges und ausstrahlungskräftiges Gremium für diese Dinge geschaffen werden, damit dielenigen, die sich zur CDU/CSU bekennen, wissen, daß das die Meinung der Partei in allen Organen, in denen sie sitzt, ist.

(Zustimmuna)

Wenn wir nicht so arbeiten, meine Damen und Herren, werden wir immer - wir werden ab und zu das eine oder andere erreichen, zwei-

fellos – mit ganz großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Dieses Organ hätte die Aufgabe der politischen Willensbildung auf diesem Sektor.

(Zurufe: Kommen Sie zu uns! - Aber die tagen nur!)

Meine Damen und Herren! Wenn ich das so sage — spreche ich aus der Praxis. Glauben Sie mir, ich möchte niemand einen Vorwurf machen, daß etwa auf irgendeinem Gebiet zuwenig getan worden sei. Das liegt mir wirklich fern. Ich möchte nur meine Erfahrung aus der praktischen Arbeit hier zum besten geben. Ich sage: Wenn es gelungen ist — was schwer genug sein wird —, die politische Willensbildung zu schaffen, haben wir immer noch den schwierigen, praktischen Weg der Durchsetzung. Heute hat der Herr Kollege Mikat — ich meine, er war es — das Wort geprägt, es genügten nicht die regulären Sitzungen. Ich bin völlig seiner Meinung. Wenn wir wissen, wir haben eine Aufgabe vor uns, die außergewöhnlich hochpolitisch wichtig ist, dann müssen wir uns einmal, gleichgültig, ob wir auf Bundesebene oder auf der Länderebene arbeiten, auch die Zeit nehmen und unseren Terminkalender zusammenstreichen, diese hochpolitisch wichtige Aufgabe durchzuführen auch in der praktlschen Ausgestaltung, wir müssen die Zeit für diese Sitzungen haben.

Ich stelle noch einmal heraus: Nach meiner Meinung wird im Wahlkampf - ich möchte ausdrücklich betonen, daß ich die Erörterung dieses Problems nicht unter dem Aspekt des Wahlkampfes sehen möchte; mir geht es wirklich um die Aufgabe; trotzdem dürfen wir bei der augenblicklichen Situation nicht blind sein - das angebliche Versäumnis auf dem Gebiet der Gemeinschaftsaufgaben herausgestellt werden. Es wird uns nachgewiesen oder zumindest der Versuch unternommen werden, nachzuweisen, daß wir nicht vorwärtsgekommen sind auf dem Gebiete des Bildungsrates, obwohl ich ganz genau weiß, meine Damen und Herren, daß hier die SPD deshalb mit ihrem eigenen Vorschlag im Gegensatz zum Vorschlag Hahn querliegt, damit wir keinen Erfolg haben. Deshalb liegt sie doch quer. Das ist das eigentliche letzte Motiv. Deshalb müssen wir um so mehr - wir von der CDU/CSU! - zusammenstehen. daß wir wenigstens eine einheitliche Konzeption haben, mit der wir in der Öffentlichkeit antreten können. Das weitere Gebiet ist die Finanzierung weiterer wissenschaftlicher Hochschulen. Auch hier würde, wenn wir die Verwaltungsvereinbarung auf diesem Gebiete nicht erreichten, es uns als Versäumnis entgegengehalten werden.

Meine Damen und Herren! Ich will nicht pathetisch werden, glauben Sie es mir. Die CDU — die Zukunft! Überall steht das angeschlagen. Wenn man aus der praktischen Arbeit kommt, muß ich Ihnen sagen, hat man manchmal den Eindruck, daß dieses Leitmotiv von vielen unserer Leute und von vielen unserer Parteifreunde jedenfalls nicht immer im Auge behalten wird und daß manchmal das Wort "Zuständigkeit" — beinahe möchte ich sagen — auch sehr wichtig genommen wird.

Ich unterstelle niemandem einen bösen Willen. Ich weiß, wie die Dinge in der Praxis liegen. Ein Ministerpräsident, die Minister, sie können nicht alles selbst erarbeiten. Sie sind häufig auf ihre Mitarbeiter angewiesen.

Meine Damen und Herren, ich habe die Erfahrung gemacht, daß nicht alle Mitarbeiter immer den besten Willen haben, diese Sache auch vorwärtszutreiben. Und da gibt es eben wieder den berühmten Sand im Getriebe. Nach meiner Auffassung ist es unsere Aufgabe — wir müssen uns ganz offen und ehrlich darüber aussprechen —, hier den Parteiwillen der CDU/CSU klar zu erkennen zu geben und zu sagen: Wir erwarten von allen, die der CDU/CSU angehören, daß sie mit dem ganzen Herzen in diese Richtung gehen, nicht, daß wir dauernd wieder jede einzelne kleine Entscheidung abtrotzen müssen mit Verzögerungen und mit all diesen unliebsamen Dingen, wie wir sie aus der Praxis kennen.

Nochmals meine herzliche Bitte: Sorgen wir dafür, daß mindestens die zwei Dinge: Bildungsrat und Finanzierung der neuen wissenschaftlichen Hochschulen so bald wie möglich Wirklichkeit werden.

(Beifall)

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Martin zu einer kurzen Bemerkung.

Martin: Meine Damen und Herren! Es ist, glaube ich, eine kurze Bemerkung in Richtung auf unseren Freund Dichgans nötig, weil er Vorschläge gemacht hat, die sehr weittragend sind. Er hat gesagt, er sei ein Freund der dritten Ebene, also des Gedankens, daß sich die Länder zusammenschließen können und dem Bund gegenüber eine dritte Schicht bilden könnten und so handlungsfähig werden würden. Ich muß Herrn Dichgans darauf entgegnen, es ist ein klar ausgesprochener Satz der Regierungserklärung, daß wir die dritte Ebene aus Gründen der Verfassung nicht anerkennen können. Die dritte Ebene ist antiföderalistisch, weil sie die Länder aushöhlen würde. Ich möchte sagen, daß es sich bei dieser Meinung um eine persönliche Ansicht von Herrn Dichgans handelt, die wir auf keinen Fall hinnehmen können.

Wir haben über diese Sache viel diskutieren müssen, weil die SPD auf der dritten Ebene mit ihren ursprünglichen Ideen vom Bildungsrat immer angetreten ist. Sie hatten alle den Fehler, daß sie von der dritten Ebene kamen und nicht verfassungskonform waren. Das war die Auseinandersetzung mit Waldemar von Knoerringen, die wir Gott sei Dank gewonnen haben. Wir können die Schlacht nicht nachträglich verlieren. Wir haben uns in der CDU/CSU auf einen Modus des Verkehrs zwischen Bund und Ländern geeinigt, nämlich das Verwaltungsabkommen über einzelne Fragen, und das wiederum hat zur Voraussetzung, daß es eine Kompetenz im Grundgesetz tatsächlich gibt. Ich wollte diese Verfassungslinie nochmals klar nachzeichnen, um der Kontinuität der Kulturpolitik der CDU willen.

(Beifall)

Vorsitzender: Ich gebe jetzt das Wort dem Bundesvorsitzenden des RCDS, unserem Parteifreund Hammer.

Hammer: Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich damit beginnen, daß ich bekräftige, was hier zum Teil schon deutlich, vor allem auch von Herrn Abgeordneten Dr. Martin, gesagt wurde: daß die Kulturpolitik der CDU/CSU nicht unter dem Leitmotiv stehen darf: Wie können wir das Wirtschaftspotential vergrößern? oder etwa unter einem Leitmotiv: Wie können wir möglichst viele wichtige Funktionen in europäischen Gemeinschaften durch deutsche Akademiker, will ich einmal sagen, besetzen? Die Kulturpolitik muß in erster Linie für den einzelnen gestaltet werden. Sie muß jedem die Möglichkeit geben, sich auszubilden, soweit es seinen Fähigkeiten entspricht. Aber es muß für jeden diese Möglichkeit da sein. Auf dieses Jeder möchte ich großen Nachdruck legen. Ich glaube, daß dann in einer sekundären Wirkung — aber das muß wirklich sekundär sein, es kommt aber automatisch — das andere, nämlich ein hoher Bildungsstand in der Bundesrepublik vorhanden sein wird.

Um dieses Jeder zu gewährleisten, möchte ich das Schlagwort des sozialen Bildungsstaates etwas ausleuchten. Ich glaube, es ist in diesem Bereich notwendig, klar darauf hinzuweisen, was in letzter Zeit schon sehr viel gefordert wurde und was durch das neueste Gesetz zum Kindergeldgesetz, nämlich das 40-DM-Gesetz, etwas zurückgetreten ist, nämlich das Ausbildungsbeihilfengesetz. Wir wollen hier im Arbeitskreis auch ein paar kritische Worte gelten lassen, und ich glaube, man sollte ruhig sagen, daß dieses Gesetz mit den 40 DM, das ja unter dem Schlagwort "Gießkannengesetz" läuft, nicht gerade ideal ist, um eine Ausbildungsförderung zu gewährleisten. Es wurde Gott sei Dank dann auch in den Begriff des Kindergeldes mit hineingenommen. Die Befürchtung, die wir als Ring Christlich-Demokratischer Studenten dabei haben, ist nur die, daß hier eine Menge Geld aus dem Bundesetat ausgegeben wird, das uns nachher fehlt, wenn es darum geht, wirklich die Ausbildung zu gewährleisten für junge Leute, die sich ausbilden wollen und deren Eltern nicht das Geld haben, diese Ausbildung zu sichern. Wir wollen hier nicht nur für die Studenten plädieren; wir sind ja ein politischer Verband und nicht eine pressuregroup der Studenten, sondern wir wollen hier für alle sprechen, die sich ausbilden wollen. Nehmen wir mal ein Beispiel, das ich gestern abend hörte. Für Kindergärtnerinnen, die nach der mittleren Reife eine sehr lange Ausbildung haben, besteht keine Möglichkeit, irgendeine Ausbildungsbeihilfe zu bekommen. Für solche Fälle sollte doch ein allumfassendes Gesetz einspringen.

(Zuruf von Frau Abg. Dr. Teusch)

- Es besteht erstens kein Rechtsanspruch, und darüber hinaus gibt es eine Menge anderer Beispiele, wo Ausbildungen nicht gefördert werden. Dazu kommt noch, daß das augenblickliche System der Ausbildungsbeihilfen, also der einzelnen Förderungsmaßnahmen, sehr zersplittert ist und daß wir die verschiedensten Maßnahmen haben, die, wie wir glauben, zu einem einheitlichen Gesetz zusammengefaßt werden müssen.

In diesem Gesetz muß auf jeden Fall das Prinzip der Bedürftigkeit eingefügt werden. Es darf kein allgemeines Austeilen wie bei dem sogenannten Gießkannengesetz erfolgen. Wir glauben, daß wir hier das Prinzip des sozialen Rechtsstaates doch etwas mehr betonen sollten.

Dieses Ausbildungsgesetz, das ja, wie es Herr Minister Hahn auch schon ausführte, im Rahmen eines Abkommens geschaffen werden muß, wird wahrscheinlich noch eine gewisse Zeit auf sich warten lassen. Lassen Sie mich deshalb noch etwas anderes anschneiden, was nun speziell für die Studenten notwendig ist. Ich denke an die Erhöhung des Satzes des Honnefer Modells auf 320 DM. Meine Damen und Herren, wenn Sie bedenken, daß zum Beispiel der Fürsorgesatz bei 300 bis 310 DM liegt, dann ist es meiner Ansicht nach nicht gerechtfertigt, daß Studenten, die nicht von zu Hause aus ihre Ausbildung bezahlt bekommen können, nur 250 DM bekommen.

Wenn wir uns die Zahlen überlegen, die dazu notwendig sind, so wird es so sein, daß für Bund und Länder für ein ganzes Jahr, gemessen an den Statistiken des vorigen Jahres, 20 Millionen DM in Betracht kommen. Erhöht man nun diese Förderung ab Wintersemester, so vermindert sich der Betrag unter 10 Millionen, denn Sie müssen nicht einmal ein halbes Jahr rechnen. Außerdem ist das Einkommen gestiegen. Es fallen also wieder Studenten aus dieser Förderung heraus. Man kann also sagen, daß für den Bund etwa 4 Millionen dafür veranschlagt werden müssen. Meine Damen und Herren, ich finde es sehr bedauerlich, wenn dann Haushaltsexperten der CDU diese Forderung mit der Bemerkung abtun: Die Studenten sind ab nächstes Jahr wieder dran. Ich glaube, so können wir wirklich nicht verfahren. Wir sollten prüfen, ob die Forderungen gerechtfertigt sind und, wenn sie gerechtfertigt sind, versuchen, die 4 Millionen noch hineinzubringen. Mit gutem Willen dürfte das möglich sein.

Wir könnten uns dann vieles ersparen, was die Öffentlichkeit und auch unsere Parteigremien nach der Versammlung des VDS in Mainz erschreckt hat, wo es darum ging, daß die Studenten Protestmärsche und ähnliches unternehmen wollen. Kommen wir solchen Bestrebungen zuvor, indem wir die gerechte Forderung von uns aus einsetzen, dann können wir solchen Dingen wie Portestmärschen viel Wind aus den Segeln nehmen.

Zu diesem Konkreten noch etwas. Ich erwähnte schon, daß es notwendigist, einen Rechtsanspruch in einem Ausbildungsbeihilfengesetz für die Ausbildungsbeihilfen überhaupt festzulegen. Vorhin wurde davon gesprochen, daß die Eltern in einem gewissen Sinne dazu angetrieben werden müssen, ihre Kinder ausbilden zu lassen. Hier besteht oft die Schwierigkeit, daß die Eltern finanzielle Angst davor haben, daß Ihr Kind, wenn es einen Bildungsweg eingeschlagen hat, nach einem Jahr z. B. keine Förderung mehr bekommt. Man sollte hier den Eltern klarer sagen, daß sie, wenn das Kind für fähig befunden wurde, die Ausbildung wirklich bis zu Ende durchführen können.

Ich kann dazu auf die Ausführungen von Herrn Minister Huber verweisen, der hier schon wiederholt geäußert hat, daß man z. B. bei der höheren Schule die Sexta und Quinta gewissermaßen als Beobachtungsstufen nimmt und nach diesem Zeitraum den Eltern zusagt, daß die Kinder bis zum Ende der Schule gefördert werden. Das würde eine Sicherheit bieten und mehr Eltern dazu bringen, ihre Kinder auf die höhere Schule zu schicken. Dasselbe wie bei der höheren Schule würde z. B. auch für Studenten gelten.

Nun noch zu einem anderen Punkt. Herr Minister Niederalt hat eben schon die Notwendigkeit hervorgehoben, die Kulturpolitik innerhalb der CDU/CSU zu koordinieren. Lassen Sie mich die beiden Parteien zusammen nennen. Meine Damen und Herren, fragen Sie in der Öffentlichkeit nach der Kulturpolitik der CDU/CSU, so wird Ihnen allgemein ein Achselzucken entgegengebracht. Keiner kann sich darunter etwas vorstellen. Fragen Sie aber in der Öffentlichkeit nach der Kulturpolitik von Minister Mikat oder Minister Hahn, so wissen die Leute sehr viel. Ich finde es Irgendwie bedauerlich, daß wir in unseren Reihen zwar Minister haben, die in der Öffentlichkeit sehr bekannt sind, daß es aber schon ein großer Zufalf sein muß, wenn im Zusammenhang mit diesen Ministern der Name CDU genannt wird.

Wir müssen hier als Partei wirklich etwas mehr tun. Lassen Sie uns das auch unter dem Aspekt des Wahlkampfes sehen! Hier müssen wir zu einer Koordinierung kommen. Lassen Sie mich dazu auch einen greifbaren Vorschlag machen. Ich meine, es müßte doch möglich sein, daß sich die Kultusminister der CDU/CSU z. B. im Rahmen der Kultusministerkonferenz treffen und ein gemeinsames Aktionsprogramm ausarbeiten. Ich stelle es mir etwa so vor, daß die einzelnen Maßnahmen, die die Kultusminister uns hier heute auch dargelegt haben, in einem gemeinsamen Programm zusammengestellt werden und daß man gemeinsam sagt, was die Kultusminister in ihren Ländern zu verwirklichen suchen. Der Idealfall wäre natürlich, wenn es sogar gelänge, daß die Minister im Anschluß an dieses Programm in einem Anhang — ja nach dem Land verschieden — noch darlegten, wie sie diese Ziele in den einzelnen Ländern verwirklichen wollen, und das Ganze dann als das Kulturprogramm der CDU/CSU "verkaufen" würden.

Ein guter Anlaß dazu wäre der Kulturkongreß der CDU/CSU Im Juni in München. Dort wird am 27. und 28. Juni über Hochschulpolitik gesprochen und beraten. Es wäre ein hervorragender Anlaß, wenn am Ende dieser Tagung die Kultusminister der CDU/CSU ein gemeinsames Programm vorlegen könnten. Es bedeutete für uns auch eine sehr große Hilfe im Wahlkampf, wenn wir mit diesem gemeinsamen Programm, unter dem dann nicht mehr der Name eines Kultusministers, sondern der Name "CDU/CSU" steht, mitwirken könnten. — Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Röder: Jetzt hat das Wort unser Parteifreund Karl Damm aus Hamburg.

Karl Damm: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte meinem Vorredner in zwei konkreten Punkten sofort antworten. Ich bin sehr dafür, daß wir möglichst heute noch beschließen, das Honnefer Modell auf 320 DM pro Monat zu erhöhen, und zwar vom Wintersemester dieses Jahres an.

(Beifall)

Ich denke, daß wir im Verlauf dieses Tages zu diesem Beschluß kommen.

Meine Damen und Herren! Die Kritik, die mein Vorredner an dem Gesetz — 40 DM pro Kind, das sich in der Ausbildung befindet —, das weitgehend der Initiative von Herrn Dr. Heck zu verdanken ist, geübt hat, halte ich nicht in diesem Umfang für berechtigt. Dr. Heck hat die Chance genutzt, die vorhanden war, nämlich über das Kindergeld etwas zu tun, und zwar für einen Kreis, der in der Tat diese Hilfe ganz allgemein braucht. Von den wenigen Fällen, beispielsweise den Kindern des Generaldirektors, von denen dann immer die Rede ist, können wir absehen. Diese werden es möglicherweise auch nicht beantragen.

Meine Damen und Herren, hier ist eine Ergänzung gegeben — Frau Teusch hat schon darauf hingewiesen — zu dem, was die Länder seit Jahren an Ausbildungsbeihilfen tun. Wenn Sie die Praxis betrachten, werden Sie wahrscheinlich sehr schnell zu dem Schluß kommen, daß diese 40 DM kein hinausgeworfenes Geld sind.

(Beifall)

Ich finde, daß wir Anlaß haben, Herrn Dr. Heck dafür zu danken, daß er diese Initiative ergriffen hat. Es ist auch eine gute Sache, daß hier eine Koppelung zwischen Sozialpolitik und Bildungspolitik erfolgte.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, im Anschluß an die Referate und Diskussionen von heute morgen wollte ich noch Allgemeineres sagen: Wir sind uns darüber einig, daß die Kulturpolitik eine wichtige Sache ist. Daß sie eine interessante Sache ist, haben wir Politiker in den letzten Jahren erfahren können. Daß sie amüsant sein kann, wurde uns heute morgen sehr gut demonstriert. Wenn unsere Partei den Mut gehabt hätte, schon auf früheren Parteitagen kulturpolitische Arbeitskreise einzuführen, hätten wir diese Erfahrungen nicht erst heute zu machen brauchen. Ich bin froh, daß wir nun zum zweitenmal auf einem Parteitag als CDU auch nach außen hin Kulturpolitik betreiben. Daß wir sie schon immer betrieben haben, ist gar keine Frage. Nur haben wir es nicht verstanden, das der Öffentlichkeit deutlich zu sagen. Diese Schallmauer ist Gott sei Dank durchstoßen. Wer kann sich mehr darüber freuen als diejenigen, die seit vielen Jahren Kulturpolitik in den Ländern betrieben haben, und zwar mit Erfolg?

Meine Damen und Herren, insoweit würde ich mit meinem Vorredner sagen: Es ist bedauerlich, wenn durch kleinliche Maßnahmen, wie etwa die Reduzierung der Mittel für die Wissenschaftsförderung im Haushaltsausschuß des Bundestages, der falsche Eindruck entsteht, als ob der Elan, den die CDU/CSU in den letzten Jahren entwickelt hat, wieder gebremst würde. Das ist wirklich ein falscher Eindruck. Aber man sollte sich an allen Stellen unserer Partei hüten, durch etwas kurzsichtige Entscheldungen diesen Eindruck in der Öffentlichkeit hervorzurufen. Wir haben nämlich allen Grund, überall zu behaupten, daß wir die kulturpolitisch Fortschrittlichen sind, daß die Sozialdemokraten es nicht sind. Ich möchte das an einem Beispiel aus Hamburg beweisen. Die Sozialdemokraten klammern sich, wie Sie wissen, seit Jahren an die Institution der Förderstufe

Inzwischen ist die Diskussion, wie Herr Professor Mikat heute morgen gesagt hat, wesentlich über die Institution der Förderstufe hinausgegangen. Sie haben wahrscheinlich in Erinnerung, daß Herr Professor Mikat sagte, es komme auf das pädagogische Moment an. — Darauf kommt es an, nicht auf die Institution.

Wir haben den Sozialdemokraten in Hamburg vorgeschlagen, die Aufnahmeprüfung abzuschaffen, eine Mittelschule nach 4 Jahren zuzulassen und — wenn sich die Eltern für das Gymnasium entscheiden — eine Beobachtungsstufe in den ersten beiden Jahren des Gymnasiums durchzuführen. Wenn die Eltern sich für die Volksschule entschieden, sollten die Sozialdemokraten dort eine Förderstufe machen.

Die Sozialdemokraten in Hamburg waren im Gegensatz zur Spitze der Gewerkschaft "Erziehung und Wissenschaft" nicht bereit, unserem Vorschlag zu folgen. Sie haben sich darauf zurückgezogen, zu sagen, sie wollten dann lieber überhaupt nichts tun, als nicht den Schritt zur Förderstufe hin machen zu können. — Diesen Schritt wiederum haben sie nicht gewagt, weil gerade die Hamburger Sozialdemokraten wissen, was mit der Wiedereinführung einer sechsjährigen Grundschule alles verbunden ist.

Meine Damen und Herren! Was wir in einem Common sense zwischen CDU und CSU seit Jahren kulturpolitisch entwickelt haben, ist so zukunftsträchtig, so modern, so fortschrittlich, daß wir es überall mit voller Überzeugung vertreten können. Fortschrittlich und modern ist es deswegen, weil es, ohne doktrinär zu sein, den Weg weist, wie durch praktische, elastische Maßnahmen möglichst vielen Kindern die möglichst beste Chance der Schulentwicklung gegeben wird. Man kann das neunjährige Gymnasium mit Zähnen und Klauen verteidigen, wie wir das tun, wenn wir die institutionelle Förderstufe ablehnen. Man kann aber gleichzeitig ganz positiv zu einem siebenjährigen Gymnasium stehen für diejenigen, die erst nach sechs Jahren den Weg dorthin finden. Das eine muß das andere nicht ausschließen. Auf diesem Wege haben wir in den verschledensten Ländern, in denen wir die Macht haben, elastische Maß-

nahmen getroffen, die hier aufzuzählen gar nicht mein Amt sein kann, die aber den praktischen Versuch machen, jeder Begabung nach Möglichkeit gerecht zu werden.

Meine Damen und Herren, ein großes Verdienst an diesem kulturpolitischen Common sense der CDU/CSU der letzten Jahre haben neben den Kultusministern das kulturpolitische Büro und der Kulturpolitische Ausschuß der Bundespartei, zu dem auch die Freunde der CSU ständig geladen werden. Ohne jene jahrelange Arbeit wäre diese gemeinsame Plattform längst nicht so breit und tragkräftig.

Wenn wir uns auf dieser Basis mutig gegen die Sozialdemokraten wenden und unsere praktischen Vorschläge parlamentarisch geschickt an die Öffentlichkeit bringen, wird es uns gelingen, solche vordergründigen Aussagen, wie sie Herr Barsig vor einem halben Jahr gemacht hat – dort, wo die CDU regiere, wäre kulturpolitisch die Finsternis, dort, wo die SPD regiere, wäre das strahlende Licht –, zurückzuweisen.

Herr Professor Mikat, aber auch Herr Professor Hahn haben nicht nur heute, sondern auch schon in Hamburg darauf hingewiesen, daß es wesentlich wäre, das mittlere Schulwesen sehr stark auszubauen. Meine Damen und Herren! Wir würden uns nicht nur im Blick auf die zunehmende wirtschaftliche Integration der EWG, sondern auch im Blick auf den Abiturientenmange! sehr viele Probleme vom Halse schaffen, wenn wir mödlichst bald zu einer siebenjährigen Realschule kämen.

(Sehr gut!)

Diese könnte dann sehr viele Zugänge in Berufe schaffen, für die heute allgemein oder überwiegend das Abitur verlangt wird. Da wir in Hamburg nicht die Macht haben, haben wir bisher vergeblich versucht, in dieser Beziehung eine Bresche zu schlagen. Es wäre jedoch gut, wenn in den von der CDU regierten Ländern dieser Weg möglichst bald konkret ausgebaut würde, damit ein Modell dafür gesetzt wird, wie sich das siebenjährige Realschulwesen sowohl hinsichtlich der höheren Schule als auch hinsichtlich der Verbesserung der Volksschule auswirkt. Ich wäre dankbar, wenn unsere Kultusminister in absehbarer Zeit solche Modelle praktizieren würden.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Röder: Meine Damen und Herren! Noch weiter zur allgemeinen Frage hat das Wort Frau Christine Teusch.

Ministerin Teusch: Sehr verehrte Herren und Damen! In der allgemeinen Aussprache ist sehr viel vom Planen, vom Organisationsprinzip der Schulen geredet worden. Gestatten Sie mir, die ich ein Leben lang stark pädagogisch gewirkt habe und sieben Jahre – es wurde dankenswerterweise schon angesprochen – beim Aufbau des Schulwesens dieses Landes das eine oder andere leisten durfte, auch etwas vom Menschlichen zu sagen.

Die Gewinnung des Menschen für den lehrenden Beruf scheint mir Im Wohlstandsstaat sehr vernachlässigt worden zu sein. Ich bin Herrn

Kultusminister Professor Hahn sehr dankbar, daß er im sozialen Bildungsstaat auch das eine oder andere Wort für die Gewinnung der lehrenden Menschen gefunden hat. Er hat sogar den Ausdruck geprägt — ich weiß nicht, ob ihm das mehr als Theologe oder mehr als Kultusminister gelegen hat —, es müsse für diese Aufgabe der Mensch entzündet werden. — Ich bin ihm für dieses Wort sehr dankbar. Gestern konnte ich nicht hier sein. Ich komme von Münster, von der Studienstiftung des deutschen Volkes. Dort hat gestern der Herr Bundespräsident, der die Arbeitsausschüsse der Studienstiftung mit uns besucht hat, immer wieder das Wort geprägt: Das Dienen am lebendigen Menschen, das Dienen an unserer Jugend, auch für die Hochbegabten. Wenn diese außer der Begabung und intellektuellen Leistung nicht die charakterlichen Eigenschaften des Dienens aufbrächten, wäre alle Bildungsarbeit vergebens.

(Beifall)

Weil wir gerade von der Christlich Demokratischen Union sprechen. möchte ich bei der allgemeinen Aussprache doch die Anregung geben, daß die Lehrenden aller Schularten - ich nehme auch die vorschulischen Formen, die Kindergärtnerin, die Jugendleiterin, nicht aus - bis zum Hochschulprofessor sich dieser Intention des Einanderhelfens und Einanderdienens einmal bewußt sein müssen. Wir sehen is auch in den Publikationen zur Schulreform immer stärker das Gegeneinander der einzelnen Gruppen der Lehrenden. Wenn wir von unserem christlich demokratischen Gedankengang, vom Beruf des Lehrenden - es gibt fast keinen schöneren Beruf - zusammenstreben, dann sind gewiß Eignung und Leistung für diese oder jene Schulart das Notwendige. Aber außer der Eignung und der Leistung muß vom Kleinkind, vom schulpflichtigen Kind bis zum Studenten an der Universität das Zusammenstehen in der Intention des Erziehens, des Helfens, des Dienenwollens für unsere Auffassung als Christliche Demokraten nach meinem Dafürhalten das grundlegende Prinzip sein.

Wir haben es im Staate der hochgeschraubten Wissenschaftlichkeit oft genug erlebt, daß wir beste Wissenschaftler hatten, die das Wissen aber nicht vermitteln konnten, und daß wir beste Forscher hatten, die es den Studierenden aber nicht beibringen konnten. Heute müßte dieses Prinzip gerade in den Studienseminaren besser betont werden.

Ich habe schon einmal eine Bitte ausgesprochen, die ich heute an uns alle richten möchte, gerade an die Eltern unserer Jugend. Wird vielleicht im Elternhaus oft nicht zuviel geklagt und genörgelt über die Lehrenden? Warum haben wir denn nach 1945, um die Abkehr vom totalitären Staat zu bekunden, nicht mehr Lehrerräte und Elternräte, sondern die Koordination der Lehrenden mit den Erziehungsberechtigten, mit den Eltern gemacht: in den Schulgemeinden, in den Schulpflegschaften der einzelnen Länder? Auch in unserem Lande haben wir den Grundsatz verankert, das Füreinander und Miteinander, das Verstehen

zwischen Elternhaus und Schule besser zu gestalten, als es im totalitären Staat des Nazismus durch Diktat und Befehl der Fall gewesen ist.

Wenn das eine Gemeinschaft unter Beweis stellen könnte, sollte es gerade die Gemeinschaft der christlich-demokratischen Elternschaft seln, die in ihrem Heim die Milieusperre gegen den Lehrerberuf aufheben sollte. Wir haben nicht nur eine Milieusperre der Schüler, sondern wir haben auch weitgehend eine Milieusperre gegen den Lehrerberuf. Warum geben denn Herr Kultusminister Professor Mikat und seine ausführenden Schuleute die Möglichkeit, daß schon die Primen des Gymnasiums die Volksschulen und ihren Unterricht besuchen? Es geht darum, den jungen Menschen lebendig vor Augen zu stellen, was die Schule und der künftige Lehrerberuf beinhalten.

Das hängt nicht allein von der Besoldungshöhe ab. Das hängt nicht allein von der Tüchtigkeit in der Leistung ab, sondern das hängt auch von der menschlichen Mentalität — wie ich zum Lehrerberuf stehe — ab. Mit Ziffern und Zahlen kann man das nicht beweisen. Bis 1970 haben wir noch einen Lehrermangel auf der ganzen Ebene. Wenn wir Christlichen Demokraten für den Lehrerberuf die Menschen gewinnen und all das berücksichtigen, was von dieser Stelle aus von den Herren gesagt worden ist, können wir auch den anderen Auffassungen rein liberalistischer und individualistischer Art, wie sie teilweise von der FDP verkündet werden, oder kollektivistischer Art, die Herr Gisbertz schon angesprochen hat und die von der anderen Seite stark unterbaut werden, entgegentreten.

Ich bin Kölnerin, das werden Sie am Idiom schon längst gemerkt haben. Wir haben in unserer rheinischen Heimat ganze Bezirke, von denen wir früher, in meiner Studienzeit, sagten: Das sind die Mistbeete für die künftigen Lehrerinnen und Lehrer. "Mistbeete" wollen wir sie nicht nennen. Aber die Rekrutierungsbezirke für die Lehrerinnen und Lehrer müßten aus der Christlich-Demokratischen Union kommen.

(Zustimmung)

Da müssen wir zusammenstehen. Dabei denke ich an die Kindergärtnerinnen, die Jugendleiterinnen, Volksschullehrerinnen und die Lehrerinnen, aber ich meine Damen und Herren. Reden wir doch nicht von der Verweiblichung des Schulwesens. Wenn die Dame, ob verheiratet oder unverheiratet, ihre Pflicht im Lehrberuf tut, dann ist sie dem lehrenden Mann ebenbürtig.

(Beifall)

Also keine Prinzipienreiterei, aber menschliches Verstehen!

So sehr ich mich über alles, was hier zur Frage der Organisation gesagt worden ist, auch von Ihnen, Herr Dichgans, gefreut habe, muß ich doch darauf hinweisen: so einfach ist das in der Konstruktion und auch staatsrechtlich mit der dritten Ebene nicht.

(Zuruf: Leider!)

Sie haben nicht die Ebene von Herrn Gisbertz gemeint, die Gemeindeebene. Die muß man sehen. Es ist die Ebene, die Herr Gisbertz in Köln nicht nur mit dem Mund, sondern auch durch die Tat realisiert hat.

Aber auch das, was Herr Bundesminister Niederalt gesagt hat, müssen wir berücksichtigen: kein Kampf untereinander, z. B. in der Besoldung usw., sondern ein Zusammengehen im Interesse der Schulausbildung und der Schulpolitik, zu der ich mich bekannt habe.

Das werden auch die Wissenschaft und die Technik verstehen. Aber bitte: geben Sie uns die Menschen! Oft ist der Kampf vor Ort, wie wir hier im Ruhrgebiet sagen, bei den Lehrenden anderer Couleur, anderer Parteirichtung oft der Kampf der uneinsichtigen Menschen, die mit Ellenbogen vorwollen. Wir wollen es nicht mit Ellenbogen, wir wollen es mit der Kraft des Herzens oder, wie Herr Professor Hahn es gesagt hat, in dem Erglühen für eine Aufgabe. Das muß die Intention der Menschen sein, die als Erzieher und Lehrer an den Schulen ausbilden und arbeiten. Lassen Sie sich das von einer altgedienten Pädagogin sagen.

(Lebhafter Beifall)

Vorsitzender Dr. Röder: Mein Damen und Herren, wir sind, was sich gar nicht vermelden ließ, schon weit ins Detail hineingeraten.

Ich möchte jetzt zu den Fragen der Universität übergehen, Ausbildungsförderung usw. Ich gebe das Wort Herrn Professor D. Dr. Redeker aus Schleswig-Holstein.

D. Dr. Redeker: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Die Diskussion über die allgemeinen Fragen soll ja sicher jetzt nicht abgeschlossen werden. Aber ich verstehe es so, daß wir unsere Grundhaltung an den konkreten Fragen bewähren und erproben wollen.

Ich darf noch ein Wort zur Formulierung sagen. Herr Professor Hahn, Sie haben gesagt: vom Wohlfahrtsstaat zur sozialen Bildungsgesellschaft. Ich möchte sagen: zur freiheitlichen sozialen Bildungsgesellschaft, und bitte um Ihr Einverständnis dafür. Ich werde in meinen Ausführungen noch darauf zurückkommen.

Dann möchte ich die angesprochenen konkreten Fragen erörtern. Ich habe mich gefreut, von Herrn Dichgans seine Vorschläge zur Studienreform und damit auch zur Reform der Universität im persönlichen Vortrag zu hören. Ich darf gleich in das Konkrete einsteigen, um dann zu den allgemeinen Fragen zu kommen. Herr Kollege Dichgans, ich bin Ihnen sehr dankbar dafür, daß Sie mit dieser Verve und dieser Energie eine entscheidende Frage nicht bloß der Universität, sondern überhaupt unseres Volkes angeschnitten haben. Denn es ist für unser ganzes Volk eine wichtige Frage, ob die intellektuelle Führungsschicht rechtzeitig in ihren Beruf hineinkommt, zu einer Zeit, wo sie noch eine Familie gründen können und wo sie selbsttätig, ohne durch irgendwelche Vorgesetzten eingeschränkt zu werden, schöpferisch in ihrem Beruf tätig seln können. Diese Frage haben wir nicht erst seit heute, die hatten wir in der Vergangenheit auch schon. Aber heute ist sie besonders dringend.

Ich bin über 30 Jahre Ordinarius an deutschen Universitäten gewesen. Zu keiner Zeit ist diese Frage so dringend gewesen wie heute. Wir wollen uns hier nicht über Einzelheiten streiten, sondern im Grundsätzlichen das Gemeinsame hervorheben. Herr Kultusminister Mikat hat schon heute morgen gesagt: Das Graben in der Vergangenheit, das Suchen von Schuldigen ist für die neue Konzeption, die wir haben, unfruchtbar. Wir wollen nicht bloß eine Bestandsaufnahme haben, sondern auch sagen, was wir getan haben. Wir haben schon etwas aufzuzeigen. Wir wollen auch unsere Ziele zeigen. Ich glaube, daß wir diese im Wahlkampf auch herausstellen sollten. Wenn wir zündende Ziele zeigen werden, werden wir auch im Wahlkampf bestehen.

Ich möchte die Ausführungen folgendermaßen analysieren. Man kann zweifellos sagen: für Deutschland trifft das zu. Man kann nicht sagen: bei uns ist es am schlimmsten. In Amerika ist der Weg zum Doktortitel teilweise noch sehr viel weiter als bei uns. Der Vergleich mit anderen Ländern ist schwierig, weil die Schulsysteme und die Ausbildungssysteme verschieden sind. Deshalb ist das außerordendlich schwierig. Ich verstehe Sie, daß Sie nicht mit Schwarzweißmalerei arbeiten wollen, sondern Sie wollen nur energisch das Ziel hervorrücken. Darin möchte ich Ihnen zunächst einmal zustimmen und dann das, was Sie gesagt haben, variieren.

Es kommt nicht darauf an, daß nur eine Maßnahme ergriffen wird. Sie sagten, es müsse auch in der vorlesungsfreien Zeit noch mehr gearbeltet werden. Das ist eine partielle Maßnahme, die gar nicht zieht. Vielmehr muß sich die Universität selber mit den neuen Problemen auseinandersetzen. Die neuen Probleme entstehen dadurch, daß die Universität auf die neuen Aufgaben ausgerichtet werden muß, die unsere moderne Gesellschaft stellt, und daraus, daß wir mit dem Massenproblem fertig werden müssen.

Außer dem der Universitäten sind drei Vorschläge in der Vergangenheit gemacht worden. Der eine Vorschlag kam von den Hamburger Kollegen - Flidtner, Schelsky usw. -, die meinten, wenn wir mit den Problemen wie Verkürzung der Studienzeit und dem Massenproblem fertigwerden wollten, müßten wir die eigentliche Universität verkleinern. Wir müßten also aus der Universität alles das ausschließen, was eigentlich Fachhochschule ist. Wir müßten die Universität auf die klassischen Fakultäten verkleinern, also auf die Theologische, die Juristische, die Medizinische und die Philosophische Fakultät. Alles, was Wirtschaftshochschule ist, z. B. die Nationalökonomen, müßten aus den Fakultäten wieder heraus. auch die Pharmazeuten, Tierärzte usw. Dieser Vorschlag ist nicht durchgekommen. Er wird von Schelsky noch in abgewandelter Form vertreten. Er sagt: Wir brauchen eine Bildungsuniversität, eine theoretische Universität, und die anderen Einrichtungen sollen für den praktischen Beruf ausbilden. Ich glaube, dieser Vorschlag ist gegenwärtig nicht praktikabel.

Ein anderer Vorschlag, der immer wieder gemacht und von den deutschen Professoren stets abgelehnt worden ist, ist der, eine mehrstufige Universität, eine Zweistufenuniversität, zu machen, eine Universität, die den Menschen berufsfähig — nicht "berufsreif" — macht, und darüber eine andere Stufe, die die Ausbildung der Forscher gewährleistet.

Das ist ein Punkt, in dem ich Ihnen, Herr Kollege Dichgans, widersprechen muß. Wenn jemand für einen modernen Forscherberuf ausgebildet wird — sei es zum Doktor in der Chemie, in der Philosophie oder in anderen Fächern, was die erste Qualifikation für die Habilitation und die Forscherarbeit sein soll —, dann kann das nicht in kürzerer Zeit geschehen. Es kann vielleicht um zwei Semester abgekürzt werden, aber im allgemeinen dauert das länger als früher, weil die Ausbildung des Forschers schwieriger geworden ist.

Ich bin aber nicht der Meinung, daß diejenigen, die auf die Universität kommen, um Arzt oder Richter zu werden oder später eine führende Position in der Wirtschaft zu haben, nun 18 Semester studieren sollen. Allerdings meine Ich, daß die künftigen Forscher so lange ausgebildet werden müssen. Das ist in Amerika auch der Fall. Deshalb müßte Ihr Vorschlag weiter durchdacht werden. Wir können als Partei heute darüber nicht irgendwelche Beschlüsse fassen. Wir müssen aber das Ziel herausstellen: Studienzeitverkürzung, Schnellere Hinführung der jungen Menschen zur Berufsfähigkeit, um sie in unseren Berufen einsetzen zu können. Ich wäre sehr dafür, wenn das in unserem Rahmen zum Ausdruck gebracht würde.

Vor allen Dingen sollte auch folgendes gesagt werden. Sie bringen z. B. die Zahl, daß unsere Abiturienten 20,4 Jahre alt sind. Das hängt nicht bloß damit zusammen, daß ein großer Teil sitzengeblieben ist. Viele sind auch erst mit 7 Jahren zur Volksschule gekommen. Sieben und dreizehn sind auch zwanzig Jahre. Es mag vorkommen, daß man die Kinder zu früh einschult. Es kann aber auch der Fall sein, daß man sie zu spät einschult.

Zur Frage der Gestaltung des Gymnasiums möchte ich doch sagen, daß sich für den Wissenschaftler, für den eigentlichen Forscher das neunstufige Gymnasium bewährt hat. Das ist unser Prä. Unsere jungen Wissenschaftler sind auch in der internationalen Konkurrenz deswegen so fähig, weil sie eine gute Vorbildung am Gymnasium haben. Denn das amerikanische und englische Abitur sind ja nur soviel wie die Primareife.

Das müssen wir auch einmal sehen. Das alles sind Einzelheiten. Meine Damen und Herren, ich will Sie mit diesen Einzelheiten nicht aufhalten. Ich würde meinen: Wir sollten uns darauf einigen. Herr Kollege Dichgans hat dankenswerterweise mit großer Energie ein ganz brennendes Problem angeschnitten. Wir müssen aber an der konkreten Durchführung und an der gesamten Umstellung unseres gesamten Bildungswesens noch ganz anders und entschieden arbeiten.

Darf ich noch etwas zur Gestaltung der deutschen Universitäten sagen: Bisher ist man einen dritten Weg gegangen, nicht nur den Weg der Verkleinerung der Universitäten und nicht den Weg der Mehrstufenuniversität, sondern man hat gesagt, wir wollten die bisherigen Universitäten ausbauen. Da ist etwas geschehen, und nun werden wir mit unseren Studenten sprechen. Wir wollen nicht - ich weiß nicht, ob unser lieber Freund da ist - nur protestieren, weil sie zuwenig Stipendien erhalten. Da drückt sie vielleicht auch der Schuh. Nur 20 Prozent unserer Studenten bekommen dieses Honnefer Modell. Die anderen 80 Prozent sind deshalb besorgt, weil sie lange auf einen Arbeitsplatz warten müssen und weil sie mit den Prüfungen nicht zurechtkommen. Unsere Prüfungen ziehen sich immer länger hinaus. Wenn ein Mediziner ein Examen macht, dauert es ein halbes Jahr, neuerdings auch schon ein Dreivierteliahr und bei manchen dauert es sogar ein ganzes Jahr. Hier liegt zweifellos etwas im argen. Das können wir als Partei auch der Universität nicht vorschreiben.

Aber wir dürfen doch zur Kenntnis nehmen und müssen alle die Kräfte unterstützen, die eine Reform des Prüfungswesens durchführen. Ich bin überzeugt, unsere Kultusminister werden hier eine Dynamik entfalten, uns auf diesem Gebiet voranzubringen. Über den Ausbau der Universitäten ist häufig nicht bekannt, wie stark dieser Ausbau dieser Universitäten geplant ist. Wir werden in den siebziger Jahren immerhin 250 000 Plätze an den deutschen Universitäten haben. Die Berechnungen, ob diese 250 000 Plätze ausreichen — Herr Kultusminister Mikat! —, sind ganz verschieden. Es gibt Minimalberechnungen, die besagen, wir brauchten 220 000 Plätze, und es gibt Maximalberechnungen, die über 300 000 Plätze fordern.

(Dr. Mikat: Mir sind zehn lehrstehende Plätze lieber als 100 fehlende! – Große Heiterkeit)

Ich wehre mich nur dagegen, daß man jetzt sagt, wir seien in einem Bildungsnotstand, es sei bei uns alles furchtbar, und wir wundern uns alle, früher, als wir studierten, war alles anders, und auf einmal soll jetzt alles schlecht sein.

Der eigentliche Bildungsnotstand liegt meines Erachtens darin, daß viele Leute mitreden, die nicht wissen, was Bildung ist.

Wir dürfen als Partei in Anspruch nehmen, daß wir sicherlich in den vergangenen Jahren häufig nicht so wie die SPD geklappert haben, wir wollten kulturpolitisch dieses und jenes tun. Wir haben das auch nicht nötig; denn die SPD muß unter Beweis stellen, daß sie für den Kulturstaat ist, weil sie eigentlich einen sozialistischen Staat will. Das brauchen wir nicht. Wir sind essentlell mit dem Bildungsanliegen des deutschen Volkes ganz anders verbunden als unsere politischen Gegner. Wir haben nur akzidentiell, im konkreten Einzelfalle, vielleicht das nicht so genau genug gezeigt. Wir sind seit einigen Jahren doch im Gange.

Ich darf auch unserem verehrten Herrn Minister von der CDU sagen: Wir haben vom kulturpolitischen Arbeitskreis der Partel versucht, die Wil-

lensbildung der Partei in Gang zu bringen. Wir haben die Kulturkongresse von Gelsenkirchen, Augsburg und Hamburg gehabt, ich darf wohl bescheiden sagen, mit nicht geringem Erfolge nicht nur vorbereitet, sondern auch durchgeführt. Was die CDU und die CSU auf ihren Kulturtagungen gesagt hat, ist von der Öffentlichkeit in steigendem Maße zur Kenntnis genommen worden. Wir denken an das Echo von Gelsenkirchen, Augsburg und Hamburg. Das Echo hat sich gesteigert. Ich hoffe, daß das Echo von München uns in derselben Stärke helfen wird.

Der Ausbau bestehender Universitäten ist ein Anliegen, das wir nicht an einem Tage durchführen können; es muß wachsen.

Ferner ist kritisiert worden, wir hätten nicht genug für unseren akademischen Nachwuchs getan. Ich darf sagen, die deutsche Universität ist gegenwärtig und seit mehreren Jahren in einer Welse bemüht, akademischen Nachwuchs heranzubilden, wie das vorher, in früheren Jahrzehnten, nie der Fall gewesen ist. Sicherlich kann man sagen, es sei noch nicht genug; aber man kann Forscher nicht einfach aus dem Boden stampfen. Wenn man Heringe unter die Wasserleitung hält, werden es auch nicht Karpfen.

(Heiterkeit)

Wenn man einen jungen Menschen in eine wissenschaftliche Heißluftbehandlung hineinsetzt, kann man keinen Nobelpreisträger aus Ihm machen. Ich bitte, daß uns unsere Freunde bei der Willensbildung In der Offentlichkeit helfen, und entlarven, daß dieses Gerede vom Bildungsnotstand falsch ist. Dieses Gerede vom Bildungsnotstand, dieses Geheul, muß uns aber Anlaß sein, daß wir uns selber noch ganz anders auf unser Zentrum besinnen; denn wir sollten wissen, was Bildung ist: daß Bildung freiheitliche Selbstbetätigung und Selbstbestimmung nach dem Gewissen ist, daß Bildung auch mit der Sittlichkeit zusammenhängt, daß Bildung eine Gewissensangelegenheit und eine Reifung und Vervollkommnung des Menschen ist, zu der uns Gott berufen hat. Das sollten wir uns alle ganz anders ins Buch schreiben, und wir sollten versuchen. daß in allen Berufen durchzuführen. Das geht auch in die Richtung dessen, was vorhin unsere sehr verehrte Frau Minister Teusch über die menschenführenden Berufe gesagt hat. Eines, Frau Minister, möchte ich allerdings sagen: Nicht nur die Eltern haben die Lehrer kritisiert, sondern auch die Propaganda, die die Lehrergewerkschaft gegen den eigenen Beruf gemacht hat, indem sie gesagt hat, sie seien unterbezahlt usw. Das müssen wir auch bedenken, auch das muß aufhören! Der Lehrerstand sollte in Selbstbewußtsein sagen: Wir sind ein Stand, der in unserer Bildungsgesellschaft allen Lehrern eine geachtete Position gibt; die Lehrer sollten von ihrem Selbstbewußtsein ausgehen und sagen: die Leistung, die wir bringen, die geistige und die sittliche Leistung, ist das, worauf sich unser Selbstbewußtsein gründen muß. Selbstverständlich muß eine gute Bezahlung auch gesichert sein. Ich darf von meinem Bereiche an der Universität sagen, an der Universität hat das höchste Ansehen der Nobelpreisträger. Der Nobelpreisträger hat aber ganz bestimmt nicht das höchste Gehalt; das höchste Einkommen hat der Klinikdirektor. Der Nobelpreisträger ist das aber nicht; der aber hat das höchste Ansehen. So müßte es eigentlich in allen menschenführenden Berufen sein. Die geistige und sittliche Leistung, zu der uns Gott berufen hat, muß uns das Selbstbewußtsein auch für die Willensbildung unserer CDU geben.

(Starker Beifall)

Vorsitzender Heydebreck: Das Wort zu einer kurzen Bemerkung hat Herr Prof. Dr. Mikat.

Prof. Dr. Paul Mikat: Meine lieben Parteifreunde! Ich darf ganz kurz eine Erklärung zu zwei Dingen abgeben, zu denen Dr. Redeker gesprochen hat und wo ich anderer Meinung als er bin. Das betrifft einmal die Frage — sicherlich hat er es so nicht gemeint —, ob wir es nötig hätten im Hinblick auf unsere kulturpolitische Zielsetzung und im Hinblick auf die Sozialdemokratische Partei. Ich möchte das Verdienst — und diese Modernität müssen wir als christliche Politiker haben — der SPD nicht schmälern. Das mag überraschend klingen, wenn ich als christlicher Demokrat auf einem solchen Parteitag das sage. Aber Sie wissen, daß müssen wir um der Ehrlichkeit willen zugeben, daß aus diesem Raume gewichtige und große Initiativen gekommen sind, die Ich nicht geschmälert haben will, weil sie auch in die Zielvorstellungen meiner politischen Arbeit eingeflossen sind.

(Lebhafter Beifall)

Wenn ich diese Souveränität nicht mehr hätte, fühlte ich mich kläglich. Das möchte ich nicht. Aber – das darf ich auch sagen: – Daraus sollte niemand den Schluß ableiten, als hätten wir nicht dieselben Initiativen, denselben Schwung und dieselben Akzentuierungen.

Zweitens: Als katholischer Kulturpolitiker muß ich sagen, daß es ein echtes katholisches Bildungsdefizit gibt, und daß der großen Welle der sozialen Fragen im 19. Jahrhundert auf katholischer Seite nicht das Bildungsproblem und die Bildungsfrage korrespondierten, daß wir auf katholischer Seite zu spät hier die inneren Zusammenhänge gesehen haben.

(Beifall)

Ich habe 1962 auf dem Arbeitstag des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken – Arbeitskreis Wissenschaft und Forschung – das damals ganz klar herausgestellt. Später sind auch Untersuchungen über diese meine These von viel berufenerer Seite – von Statistikern und Pädagogen – angestellt worden. Die Christen müssen hier zugeben, daß sie hier einen echten Nachholbedarf haben. Dabei sind sie doch gerade diejenigen, die auf die Zukunft hin ausgerichtet sind und die diese Weltverpflichtung haben. Das sollte in aller Offenheit zugegeben werden, daß wir wahrscheinlich – man kann darüber reden, ob es hätte

anders sein können — unter einem sehr starken auch anderen Druck standen, aber ein Teil etwa der notwendigen Landschulreform hat darin seine Ursache, daß man nicht früh genug gefragt hat, wie die Zukunft auf diesen Gebieten aussehen wird. Auch das will ich hier ganz klar zum Ausdruck bringen, damit es nicht untergeht.

Noch ein drittes zur Klarstellung dessen, was ich heute morgen sagte: Wenn ich meinte, Appelle an den Bildungswillen der Eltern genügten nicht, soll das natürlich heißen "alleine genügten nicht", sondern wir müssen das aufklärende Gespräch mit den Eltern suchen. Wir müssen uns tatsächlich mit den Eltern zusammensetzen, wir dürfen nicht nur appellieren, sondern wir müssen hinausgehen und sagen: Bitte, so sieht die Situation aus; diese und jene Chancen sind eurem Kinde geboten und wir empfehlen dieses oder jenes, also das, was Frau Minister Teusch sagte: ein viel stärkeres Zusammengehen. Eine bloße Appellation nützt in der modernen Gesellschaft recht wenig; sie muß immer auch eine konkrete Gestalt annehmen, wie ich auch immer frage, wenn Appelle losgelassen werden: Was bedeutet das konkret? Was soll ich nächste Woche tun, was soll ich nächstes Jahr tun, was muß jetzt geschehen? Wir dürfen uns niemals vor dieser Frage nach dem Konkreten entpflichtet fühlen.

Ich bin dankbar, daß mir Gelegenheit gegeben wurde, das noch einmal zu sagen. Ich bitte, auch das nicht mißzuverstehen, das erste, was ich sagte: Wir sind auf einem Parteitag der Christlich Demokratischen Union. Aber ich respektiere meinen Gegner, gerade wegen der Zusammenarbeit und wegen der Gemeinsamkeit, die ich mit ihm, um der Sache willen, suche.

(Starker Beifall)

Vorsitzender Heydebreck: Meine Damen und Herren! Wir müssen uns jetzt über das weitere Verfahren unterhalten. Es sind verschiedene Anfragen gekommen, wann wir in die Mittagspause einzutreten gedächten. Die anderen Arbeitskreise haben das auch getan. Ich meine, wir sollten die Beratungen bis 12.30 Uhr – das sind noch knapp zehn Minuten – fortsetzen.

Ich muß allerdings dazu sagen, wir werden uns in der Mittagspause überlegen müssen, wie die Verhandlungen am Nachmittag weitergeführt werden sollen, wir werden wohl zu einer gewissen Abkürzung der Redezeiten kommen müssen. Wir haben von 27 Wortmeldungen erst zehn oder elf erledigt. Wenn 17 Redner noch zehn Minuten sprächen, dann wären das noch 170 Minuten, ohne Pausen. Dann kommt noch einiges hinzu, das geht also nicht.

Wir müssen am Nachmittag versuchen, die Verhandlungsführung zu straffen, wir müssen wohl die Damen und Herren bitten, sich möglichst auf fünf Minuten Redezeit zu beschränken.

Herr Professor Redeker möchte noch eine kurze persönliche Bemerkung machen.

D. Dr. Martin Redeker, Klel: Ich bin Herrn Minister Mikat dafür dankbar, daß er gesagt hat, daß etwas, was ich gesagt habe, mißverständlich sein könnte. Mir liegt natürlich völlig fern, das, was in der SPD geschehen ist, zu verkleinern. Für uns ist das nur ein Anlaß, uns ganz anders aktiv zu verhalten. Das ist ein Challenge, ein Anruf, der uns zu neuer Leistung bringen muß. Wir haben aber eine andere Auffassung von Bildung. Ich bin jetzt auf Einladung der Ostdeutschen Akademie der Wissenschaften 14 Tage in Ost-Berlin gewesen. Dort ist auch eine außerordentliche bildungspolitische Aktivität. Das ist aber ein Challenge an uns. Und darum sage ich: freiheitlicher, sozialer Kultur- und Bildungsstaat.

Vorsitzender Heydebreck: Ich meine, wir könnten noch eine Wortmeldung erledigen.

Das Wort hat nunmehr Herr Dr. Huys aus Niedersachsen.

Dr. Huys: Meine Damen und Herren! Die Diskussion des heutigen Morgens ist mehr oder weniger ins Detail gegangen. Es kommt jetzt viel mehr darauf an, uns mehr zu konzentrieren und eine Konzeption heranzubringen, wie wir sie eigentlich haben müssen. Es ist charakteristisch, daß heute zwei Kultusminister, Herr Prof. Hahn und Herr Prof. Mikat, hier redeten), und es hätte auch noch ein Haushaltsexperte reden müssen. Wir vom Kulturpolitischen Ausschuß des Deutschen Bundestages können merkwürdigerweise überhaupt nichts dazu tun, sondern wir müssen uns einfach auf einige wesentliche oder auch geringe Dinge beschränken. Wir machen z. B. Ausbildungsförderung. Wir haben 40 DM für jeden bewilligt, um einen Anreiz zu geben, um den einzelnen eine Chance zu geben. Wir wollen mehr Menschen aus der Bevölkerung auf weiterführende Schulen und zum Abitur bringen.

Ziehe ich aus dem Gehörten den Schluß, so müssen wir uns auf das konzentrieren, was wir eigentlich wollen. Wir wollen möglichst viele weiterbringen. Damit haben wir einen Anfang gemacht. Herrn Heck gebührt unser Dank für die Ausbildungsförderung von 40 DM. Wir müssen uns fragen, was weiter geschehen kann. Wir haben jetzt drei gute Kultusminister, die Herren Hahn, Mikat und Huber.

(Heiterkeit und Zurufe)

Herr Niederalt hat vorher in aller Deutlichkeit gesagt, wie schwer wir uns tun. Herr Redeker hat den Bildungsnotstand bezweifelt. Diese Anschauung bringen Sie im Augenblick nicht aus der Bevölkerung heraus. Wir können sie ablehnen, wir können es negieren. Aber wir müssen zu einer größeren Koordinierung, eben zu einem Bildungsplan oder zu einem Bildungsrat kommen, ob Sie wollen oder nicht. Wir brauchen gar nicht von einem Bundeskultusministerium zu reden. Wir müssen mehr koordinieren, wir müssen mehr planen, wir müssen uns eben mehr anstrengen. Mit dem Blabla wie heute morgen kriegen wir die Bevölkerung nicht hinter uns, nicht mit diesen Sachen, wie wir es hier machen. Sie können den ganzen Nachmittag noch reden und sagen: So muß das gemacht wer-

den oder so muß es geschehen. Nein, wir müssen eine Konzeption hier entwickeln, anders geht es einfach nicht. Es kommt nicht darauf an, ob wir wie Herr Dichgans die Studienverkürzung wollen oder ob ein zweiter die Volksschule und ein dritter die Hochschule reformleren will. Wir müssen wirklich eine Konzeption erbringen; sonst sind wir nicht mehr glaubwürdig, und das wollte ich Ihnen sagen. Wir werden sonst vom Bund her von unseren Haushaltsexperten nur diktatorisch gegängelt, und das muß anders werden.

(Zuruf: Das war kein Blabla, was wir heute morgen gesagt haben!)

- Es war viel Blabla darunter; reden wir doch nicht darüber.

Die Ausbildungsförderung haben wir gemacht. Wir können sie differenzieren; wir können sie sogar ungefähr so wie bei den Wohnungsbeihilfen differenzieren. Sie wissen genau, was die "Welt" darüber geschrieben hat: Mit der Gießkanne über die ganze Bevölkerung. Wir müssen sie differenzieren, und wir müssen uns Besseres einfallen lassen.

Wir begrüßen nochmals den Familienausgleich, den Herr Heck zustande gebracht hat. Aber wir müssen auch zu einer Bildungsplanung, zu einem Bildungsrat kommen, ob Sie wollen oder nicht. Wir müssen's!

Vorsitzender: Meine Damen und Herren! Das war ein sehr temperamentvoller Abschluß unserer Vormittagsberatungen. Es wird hier Wert auf die Feststellung gelegt, daß es nicht nur drei, sondern sechs Kultusminister der CDU/CSU gibt, und daß in den nicht genannten Ländern — es ist ja heute sogar gesagt worden — auch einiges geschieht.

Wir sind jetzt so weit, in die Mittagspause eintreten zu können. Ich darf alle Damen und Herren bitten, sich zu überlegen, ob sie nicht in der Lage sind, ihre Ausführungen heute nachmittag sehr stark zu konzentrieren. Wir machen eine Pause bis 15 Uhr.

Schluß der Vormittagssitzung: 12.32 Uhr

Vorsitzender Dr. Röder: Meine Damen und Herren! Ich bin der Auffassung, daß man diejenigen, die pünktlich sind, nicht bestrafen soll, sondern diejenigen, die unpünktlich sind. Es ist jetzt 15.00 Uhr. Wir sollten anfangen. Es liegen etwa 20 Wortmeldungen vor. Da wir auch zu konkreten Ergebnissen kommen wollen, würde ich bitten, daß die einzelnen Damen und Herren sich bemühen, die gesetzte Zelt — etwa 5 Minuten — einzuhalten. Ich wäre dafür außerordentlich dankbar.

Herr Dr. Hofmann hat gebeten, als erster Redner sprechen zu können. Ich darf Ihnen, Herr Dr. Hofmann, das Wort erteilen.

Dr. Hofmann: Meine Damen und Herren! Wir haben uns heute morgen zum sozialen Bildungsstaat bekannt. Wenn wir aber nun nach Wegen fragen, wie der soziale Bildungsstaat zu verwirklichen ist, dann dürfen wir vor allen Dingen nicht am berufsbildenden Schulwesen vorbeisehen.

(Sehr richtig! und Beifall)

Wir sehen ja auch heute, daß das berufsbildende Schulwesen in einer dynamischen Entwicklung und ständigen Auseinanderfächerung steht, und zwar als Folge der sich ständig ändernden Produktionsverhältnisse und der ständig zunehmenden Automatisierung. Hierüber hat Minister Professor Hahn heute morgen auch einige sehr wesentliche und treffende Sätze geprägt. Ich darf Sie noch einmal darauf hinweisen.

Wohin die Entwicklung führt, ist schwer abzuschätzen. Deshalb ist es auch so schwierig, genau zu sagen, wie z. B. ein Raumprogramm für Neubauten von Berufsschulzentren anzusetzen ist. Man sollte deshalb – das ist eine Nebenbemerkung, ich darf sie aber an den Anfang stellen – Neubauten auf diesem Gebiet möglichst flexibel halten, so daß sie in kommenden Jahren ohne Kosten erweitert und verändert werden können.

(Beifall)

Dafür bietet sich die elementierte Bauweise von selbst an.

In diesem Kreise geht es jedoch nicht in erster Linie um das Bauen, sondern um die innere Gestaltung der Schule. Deshalb noch einmal die Frage: Ist es überhaupt heute schon möglich, feste Vorstellungen über den beruflichen Bedarf der Zukunft zu entwickeln? Hier muß, wie Minister Hahn heute morgen gesagt hat, eine gründliche Forschungsarbelt einsetzen. Solange wir jedoch nicht genau darüber orientiert sind, sollten wir wenigstens die Schlußfolgerung ziehen, daß die Bildungsgrundlage nicht spezialisiert, sondern breiter werden muß, um dem Menschen die Möglichkeit zu geben, auf vielerlei Gebieten eingesetzt werden zu können. Oder anders ausgedrückt: Eine verfeinerte Berufsausbildung erfordert eine vertiefte allgemeine und ausreichende Schulbildung.

Mit vollem Recht geht das am 10. Juli 1964 abgeschlossene Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen über das berufliche Ausbildungs- und Schulwesen davon aus, daß der beruflichen Ausbildung eine vertiefte Schulbildung vorauszugehen habe, die eine Fremdsprache, Raumlehre, Physik, Chemie, Biologie zu umfassen habe und neun und später zehn Schuliahre dauern müsse. Mit dem 10. Schuljahr aber ergibt sich die Frage, ob dann noch zwischen dem Ende der Schulzeit und dem Beginn der Militärpflichtzeit eine ausreichende betriebliche Lehre unterzubringen ist. Die Lehre könnte aber nur unter einer Voraussetzung gekürzt werden, und zwar unter der Voraussetzung, daß eine theoretische Berufsgrundlehre schulischer Art vorausgeht. Deshalb sollten wir erklären, daß das 10. Schuljahr ein berufsbezogenes Vollschuljahr sein muß, sei es, daß es dem berufsbildenden Schulwesen als Berufsgrundschule vorgeschaltet wird, sei es - was das genannte Gutachten vorschlägt -, daß die Berufsvorschule, heute Berufsfachschule, so mit dem 9. und 10. Schuljahr der Hauptschule zusammenwächst, daß die allgemeine Bildung mit dem 9. Schuljahr abgeschlossen wird und das 10. Schuljahr sich als Berufsvorschule bereits nach Berufsfeldern differenziert.

Auf jeden Fall wird das hergebrachte deutsche duale System der Einheit von betrieblicher und schulischer Ausbildung ein paar Grade zugunsten der Schule verändert werden. Am Prinzip des dualen Systems – Lehre im Betrieb, Lehre in der Schule – sollte unter allen Umständen festgehalten werden. Das erfordert allerdings eine enge Zusammenarbeit, von Betrieb, auch überbetrieblicher Zusammenarbeit und Schule auf allen Ebenen, insbesondere bei allen Zwischen- und Abschlußprüfungen.

Dabei kann es für die Zukunft nicht mehr schlechthin die Berufsschule geben, sondern die Berufsschule der Zukunft muß differenzierter werden, was nur in größeren Systemen möglich ist. Dabei geht es nicht nur um die Differenzierung nach Fachklassen. Auch in den Fachklassen muß die Berufsschule eine Spannweite gewachsen sein, die — bildlich gesprochen — von der Sexta bis zur Prima reicht. Sie muß also selbst in den Fachklassen differenziert werden, und zwar nach dem Bildungsstand der Schüler. Es ist einfach unmöglich, in einer Einzelhandelsklasse die Schüler, die aus der 7. oder 8. Klasse der Volksschule entlassen wurden, zusammen mit Schülern, welche die Realschule absolviert oder sogar das Abitur haben, zu unterrichten. Außerdem wird eine Berufsschule, die den Ansprüchen der Zeit gewachsen sein will, nicht mehr ohne solche Klassen auskommen, die eine fachtheoretische Überhöhung für Praktikanten bieten, die sich auf den Besuch einer höheren Fachschule oder einer Ingenieurschule vorbereiten.

In Nordrhein-Westfalen stehen wir bereits vor der Frage, ob wir die Berufsschulpflicht nicht bis zum 21. Lebensjahr ausdehnen sollen. Eine weitere Frage, die sich dabei ergibt, ist die, ob der Berufsschulunterricht, der das ganze Jahr über an einem oder zwei Wochentagen erteilt wird, nicht zu einigen Wochen geballten Unterrichts zusammengezogen werden könnte. Hier sollte man sich allerdings vor einem Entweder — Oder hüten, sondern nach den Gegebenheiten entscheiden, die in dem einen Fall eine sich über das ganze Jahr erstreckende pädagogische Einwirkung erfordern, im anderen Fall, z. B., wenn es sich um Chemle- oder Physikunterricht handelt, auch eine Zusammenfassung angezeigt erscheinen lassen. Das kann auch in den einzelnen Lehrjahren durchaus verschieden sein.

Aber Mittelstück und Drehscheibe des Zweiten Bildungsweges wird immer mehr die Berufsaufbauschule, die eine Art Aufbauzug der Berufsschule ist. Dabei stellt sich heraus, daß es kaum möglich ist, sie sieben Semester als Abendschule zu führen. Nach dem Berufsabschluß sollte sie, um zur sogenannten Fachschulreife zu führen, zur Tagesschule umgewandelt werden.

(Beifall)

Die Fachschulreife würde sich dann zusammensetzen aus dem Abschlußzeugnis einer beruflichen Vollzeitschule und dem Zeugnis über die entweder vorher abgeschlossene Berufsausbildung oder über eine anschließende betriebliche Ausbildung in Form des Praktikums. Eine derart ge-

hobene Fachschulreife führt dann entweder zur höheren Fachschule, zur Ingenieurschule oder zum Kolleg mit dem Erwerb der allgemeinen Hochschulreife.

Infolge der Verpflichtungen, die uns die römischen Verträge über die EWG auferlegen, werden wir nicht umhin können, die Ingenieurschulén zu Ingenieurakademien zu entwickeln, die Absolventen zu Ingenieuren und Architekten zu graduieren und diese Akademien aus den Schulverwaltungsgesetzen herauszunehmen.

(Sehr richtig!)

Zu überlegen bleibt, welche weiteren höheren Fachschulen folgen würden; etwa Werkkunstschulen, höhere Wirtschaftsfachschulen.

Andererseits sind aber auch als Fachschulen die Technikerschulen auszubauen und als öffentliche Schulen zu errichten. Dabei sollten auch Ergänzungsschulen nicht übersehen werden, die nicht selten Lücken im berufsbildenden Schulwesen ausfüllen. Auf dem Gebiete der Ergänzungsschulen den Weizen von der Spreu zu scheiden, sollte die Aufgabe von Ergänzungsschulgesetzen sein.

Heftig in der Diskussion ist die Frage, ob dem 9. Schuljahr nur an der Volksschule, d. h. in der Hauptschule, oder ob ihm auch an einer Berufsvorschule, d. h. Berufsfachschule, genügt werden kann. Für die Übergangszeit der Einführung und Durchführung des 9. Schuljahres mag das möglich sein. Wo aber das 9. Schuljahr bereits eine didaktische Einheit mit dem 7. und 8. Schuljahr bildet, was die Bildung von Nachbarschaftsschulen oder Mittelpunktschulen voraussetzt, sollte das 9. Schuljahr an der Hauptschulstufe der Volksschule nicht ausgelaugt werden.

Ich möchte mich auf diese knappen Bemerkungen zum Berufsschulwesen beschränken und nur noch dreierlei sagen sowie eine Schlußbemerkung anschließen:

- Das berufsbildende Schulwesen sollte im Bewußtsein der Öffentlichkeit einen höheren Rang einnehmen als bisher.
- Neben ihm sollten die berufliche Fortbildung und Umschulung auch im h\u00f6heren Lebensalter nicht \u00fcbersehen werden.
- Den gestellten Aufgaben werden wir aber nur gerecht, wenn wir den Lehrermangel überwinden, der gerade auf diesem Gebiet besonders groß ist.

Und nun die Schlußbemerkung: Ich darf anknüpfen an die Worte, die Minister Niederalt heute morgen gesagt hat, als er von der integrierenden Kraft der Partei sprach. Deshalb haben wir ja den Bundeskulturausschuß geschaffen; deshalb haben wir das Kulturpolitische Büro geschaffen. Ich darf hinweisen auf die drei großen kulturpolitischen Kongresse, die wir von der CDU gemeinsam mit der CSU durchgeführt haben, und zwar in Gelsenkirchen, Augsburg und Hamburg. Ich möchte nur wünschen, daß die Konzeption, die wir dort vorgetragen haben, auch mehr in der Partei berücksichtigt wird.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Röder: Ich danke Herrn Hofmann für seine Ausführungen. Ich glaube, wir sind alle von der besonderen Bedeutung des berufsbegleitenden und berufsbezogenen Schulwesens überzeugt. Ich stimme Ihnen darin zu, daß das Bewußtsein darüber noch nicht genügend ausgebildet ist und daß wir durch unsere eigene Arbeit dem nachhelfen sollen.

Zu diesem Thema wäre ungeheuer viel zu sagen. Es gibt einige Wortmeldungen, die vielleicht damit in Zusammenhang stehen, beispielsweise die Wortmeldung von Herrn Kaiser zum Thema Erwachsenenbildung und Zweiter Bildungsweg. Bitte schön, Herr Kaiser.

Kalser: Herr Ministerpräsident! Meine Damen und Herren! Schon wiederholt ist angeklungen, daß der Referent, Herr Professor Hahn, den Schwerpunkt seines Referats auf die Umstellung vom Wohlfahrtsstaat zum sozialen Bildungsstaat gelegt hat. Herr Professor Redeker hat das Wort "freiheitlich" hinzugefügt. Ich darf annehmen, daß es eigentlich selbstverständlich bei Herrn Professor Hahn so gemeint war.

Die Hinweise, die der Referent gegeben hat, möchte ich um die zwei Punkte Erwachsenenbildung und Zweiter Bildungsweg ergänzen, besonders deswegen, weil für diese beiden Geblete gerade der Bereich, dem ich mein Leben lang dienen durfte, die Gemeindeverwaltung, wohl in erster Linie in Frage kommt.

Herr Professor Hahn hat vom Kulturföderalismus gesprochen. Er hat gesagt: Das Gebot der Stunde ist, diesen Kulturföderalismus zum Funktionieren zu bringen. Meine Damen und Herren, Föderalismus betätigt sich nicht nur nach oben hin, Föderalismus betätigt sich, wenn ich es so ausdrücken darf, auch nach unten hin. Ein echtes föderales Denken erfaßt Bund, Länder und Gemeinden. Wenn wir den Kulturföderalismus wirklich in unser Volk hineinbringen wollen, ist das nach meiner Meinung nur über die Gemeinde zu machen.

Herr Professor Hahn hat bei der Erwähnung des Wohlfahrtsstaates zum Ausdruck gebracht, in ihm liege eine Tendenz zum totalitären Staate. Man darf das etwas dahingehend erweitern, daß — wir haben es selber erlebt — Im Staatlichen eine gewisse Gefahr des Totalitären liegt. Auch beim föderalen Bildungsstaat sollten wir von vornherein sehen, daß der Staat nicht alles tut, sondern daß die Freiheit des einzelnen und die Freiheit der Gemeinden in diesem Bildungsstaat anerkannt und betätigt werden.

Insoweit hat mir eine Feststellung von Herrn Professor Hahn außerordentlich zugesagt. Ich darf sie wiederholen: Probleme der Standortwahl für neuzuschaffende Bildungseinrichtungen, die Berücksichtigung landesplanerischer Gesichtspunkte. Wir sind in unserem Volk weitgehend geneigt, alle Fragen der Raumordnung fast ausschließlich von der Wirtschaft aus zu sehen. Auch auf unserem Kongreß muß mit aller Deutlichkeit festgestellt werden: diese Raumordnung muß das Bildungsproblem an den ihm gebührenden Platz stellen.

Der Herr Referent hat weiter von der Hinwendung unseres Bildungswesens zum modernen Arbeits- und Berufsbild gesprochen und das sehr offene Wort geprägt, wir wüßten heute noch nicht viel oder viel zuwenig über die Konsequenzen der technologischen Entwicklung für die künftige Berufsstruktur. Ich glaube, gerade das können wir beim Aufbau des Zweiten Bildungsweges sehr stark berücksichtigen. Ich könnte mir denken, daß wir bei der Entwicklung des Zweiten Bildungsweges zu einem echten Bildungsstand des einzelnen durchaus noch auf anderen Wegen kommen, als sie uns das humanistische Ideal bisher aufgezeigt hat.

(Dr. Martin, Mdb: Aber nicht so schnell!)

— Das Material, das der einzelne Arbeiter verarbeitet, ob das nun in diesem Raum Stahl und Eisen ist oder ob es in anderen Bereichen Textil oder Leder usw. ist, bietet soviel Möglichkeiten, den einzelnen über das Handwerkszeug, mit dem er tagtäglich umgeht, mit den Bildungseffekten der Vergangenheit und mit den Bildungseffekten der Zukunft in Berührung zu bringen. Dadurch könnte man weiten Kreisen unseres Volkes die Hinführung zur Bildung, zur Kultur allgemein vielleicht leichter machen, als wenn dies nur über die Bildungswege geschieht, die uns vom Humanistischen vorgezeichnet worden sind.

Ich möchte auf die Erwachsenenbildung eingehen und den Zweiten Bildungsweg weniger behandeln, weil Herr Dr. Hofmann eben schon darüber gesprochen hat und weil Herr Kollege Gisbertz ihn schon heute morgen erwähnt hat.

Bei der Erwachsenenbildung sehe ich als erste große Aufgabe die politische Bildung. Auch am heutigen Vormittag haben wir es wieder gesehen: wenn bei uns über Kulturfragen gesprochen wird, sind wir geneigt, im allgemeinen nur die sehr umfangreichen und wichtigen Schulfragen zu sehen. Sie erfassen aber nur einen Teil unseres Volkes, den Teil, der als die Jugend jetzt seiner Entwicklung zustrebt. Wir denken aber weniger an die im Mittelalter und im Alter stehenden Menschen, die leider noch unter den Folgen einer vergangenen Zeit stehen und deren echte politische Bildung erst entwickelt werden muß. Daran sollten wir denken.

Ich sehe bei der politischen Bildung im Rahmen der Erwachsenenbildung auch die Fragen des deutschen Ostens und Mitteldeutschlands.

Ich darf hier vielleicht eine scherzhafte Bemerkung einfließen lassen. In dem Heft, das wir zum Bundesparteitag alle bekommen haben, ist der Referent unseres heutigen Vormittags eingeführt mit dem schönen Wort: "Der Herr sind Balte." Meine Damen und Herren, nehmen wir zu dem Namen Hahn noch die Namen Bergengruen und Scharper hinzu, dann sehen wir mal, was an deutschem Bildungsgut und an deutschem Kulturgut aus dem Baltenland zu uns kommt und was wir nun wieder verarbeiten müssen und auch Im Rahmen der Erwachsenenbildung unserem Volke weitergeben sollten.

Wenn ich als Kommunalpolitiker über die Erwachsenenbildung spreche und dafür eintrete, daß dazu gerade die Gemeinden herangezogen werden, dann darf nicht unausgesprochen bleiben, daß alle freien Träger derartiger Einrichtungen ein gleiches Recht haben. Gerade wir von der CDU und CSU sollten uns dafür stark machen, daß Bund, Länder und Gemeinden nicht nur mit Worten, sondern auch in finanzieller Hinsicht alle Einrichtungen der Erwachsenenbildung fördern, von welchen Stellen auch immer sie getragen werden.

Stärker als es bisher üblich ist, müßten in dieses Gebiet der Erwachsenenbildung die bürgerschaftlichen Vereinigungen eingeschaftet werden. Herr Professor Hahn hat heute morgen, als er den Wohlfahrtsstaat erwähnte, von gewissen Einrichtungen des vorigen Jahrhunderts gesprochen, als die karitativen Einrichtungen am Platz waren und ihre großen Aufgaben erfüllten. Weitgehend hat sie jetzt der Staat übernommen.

Wenn wir hier über Bildungspolitik sprechen, sollten wir ganz offen fragen: Ist es nicht an der Zeit, daß in allen Gemeinden jetzt bürgerschaftliche Vereinigungen entstehen, die die Erwachsenenbildung in die Hand nehmen, und zwar ganz anders, als es zur Zeit geschieht?

Erwachsenenbildung ist nicht auf schulische Fragen beschränkt. Sie umfaßt alle Fragen der Kultur, der Heranführung zur Kunst. Müßten nicht diese Fragen in bürgerschaftlichen Vereinigungen auf eine Basis gestellt werden, wie wir sie als CDU-Politiker gern haben möchten? Sollten wir nicht, wie es weitgehend geschieht, diese Fragen an uns ziehen, statt sie den liberalistischen Kräften zu überlassen?

Damit komme ich in ein weiteres Gebiet hinein.

Vorsitzender Dr. Röder: Herr Kaiser, ich bitte um Entschuldigung, ich möchte nur daran erinnern, daß wir uns in der Redezeit etwas beschränken wollten.

Kaiser: Ich möchte noch auf die Ausnutzung der Freizeit zu sprechen kommen. Weite Kreise des deutschen Volkes haben eine sehr umfangreiche Freizeit. Sie wissen vielfach nichts damit anzufangen. Wir müssen ihnen im Rahmen der Erwachsenenbildung diese Möglichkeiten geben, um die Freizeit auch nutzen zu können. Das Wort "Freizeitgestaltung" lehne ich ab. Aber Möglichkeiten zu schaffen, scheint mir unsere Aufgabe zu sein.

Die anderen Fragen – Büchereien, Volkshochschulen usw. – will ich nur andeuten, ohne dazu weiteres zu sagen. Ich wies schon darauf hin: Ein Ausschuß, wie wir ihn jetzt haben, darf sich nicht auf die Fragen der Schule beschränken. Wir haben auch die Fragen der Kunst und der weiteren Kulturbereiche zu sehen. Wir von der CDU sollten unser Volk an alle diese Fragen über Bund, Land und – ich darf es besonders sagen – über Gemeinden heranführen.

Wer wie ich 18 Jahre in der Nähe der niederländischen Grenze tätig ist und gesehen hat, in welchem Ausmaß weite Kreise des Volkes zu Ausstellungen und Museen in die Niederlande gehen, ist etwas bedrückt, wenn er die Besuche in deutschen Museen sieht. Wir haben eine große Aufgabe, unser Volk zu echter Bildung hinzuführen.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Röder: Ich darf Herrn Kaiser herzlich danken und Herrn Laufs das Wort erteilen, zum Thema Sonderschulen, Mädchenbildung usw.

Laufs: Meine Damen und Herren! Überall im öffentlichen Leben, in Wirtschaft, Verwaltung und Politik, ist die Frau heute zu einer selbstverständlichen Stellung gekommen. Sie muß für diese Dinge auch die ihr entsprechende besondere geistige Ausrüstung mitbekommen.

Aus der Gleichheit der Aufgaben ist die sonderbare Meinung entstanden, darum müßten auch Männer und Frauen, Jungen und Mädchen die gleiche Ausbildung mitbekommen. Das ist ein Irrtum. Denn so gewiß es ist, daß wir von der Geschichte her durch die Faktoren bestimmt werden, die die Zeit mitbringt, bleiben wir auch dauernd bestimmt von den kreatürlichen Kräften, die uns vom Schöpfer mitgegeben sind. Es ist unmöglich, einfach ein allgemeines Menschenbildungsideal aufzustellen. Es ist eine Forderung, für Frauen und Männer, für beide Geschlechter die entsprechenden Bildungsvoraussetzungen zu schaffen. Es ist eine Irrealität, das Humanum mit dem Masculinum gleichzusetzen. Es gehört beides dazu.

Es ist klar, daß viele Schulen die gleichen Gegenstände haben, daß die Methoden gleich sein müssen usw. Aber es ist eine Verarmung unseres Bildungsweges, wenn wir meinen, Jungen und Mädchen hätten genau die gleichen Bildungsziele, was die Methoden und Gegenstände, was Unterricht und Erziehung angeht. Wir vernachlässigen unser gesamtes geistiges Leben, wenn wir die spezifischen Kräfte, die in der Frau sind, nicht auch schon in der Schule entwickeln helfen. Ich meine etwa die intuitiven geistigen und ich meine die gestaltenden musischen Kräfte. Ich meine besonders das Gespür für das Soziale, die soziale Haltung. Diese Dinge sollten entfaltet werden und nicht verkümmern. Es ist schlimm, daß die Zeit heute egalitäre Tendenzen hat. Die Liberalen sagen dazu ja. Wir als Christen, die wissen, daß Gott Mann und Frau geschaffen hat, können nicht dazu ja sagen. Wir würden unser ganzes geistiges Leben - nicht nur das schulische Leben - verkümmern lassen, wenn wir die entsprechenden Bildungseinrichtungen vernachlässigten.

Das bedeutet nicht, daß es keine Koedukation geben dürfte. Es gibt Verhältnisse, wo es gar nicht anders geht. Es gibt Verhältnisse, wo es aus pädagogischen Gründen von den Eltern gewünscht wird. Aber auch in den Schulen, in denen Jungen und Mädchen gemeinsam erzogen werden, kommt es darauf an, daß für die Mädchen besondere Lehrpläne da sind und besonders geschulte Lehrkräfte, damit nicht wieder einfach die Mädchen nur nach dem Muster der Jungen unterrichtet werden. Das

geht nicht. Koedukation setzt eine besondere Lehrplangestaltung und besondere Lehrkräfte voraus.

Nur dann, wenn Mädchen ganz zu Frauen und Jungen ganz zu Männern erzogen werden, werden wir das erhalten, was wir nötig haben, nicht nur im schulischen Bereich und nicht nur in einigen Bildungsbereichen, sondern für das ganze öffentliche Leben. Die Kräfte, die angelegt sind, sollten in geeigneter Weise entfaltet werden.

Das ist mein herzlichster Wunsch, daß wir das als christliche Partei den Liberalen und Sozialisten entgegenstellen.

(Lebhafter Beifall)

Vorsitzender Dr. Röder: Ich darf Herrn Laufs sehr herzlich danken. Was er gesagt hat, ist von uns verstanden worden. Wir legen in unseren weiterführenden Schulen großen Wert darauf, daß wir vornehmlich in der Oberstufe die Jungen und Mädchen getrennt haben, wenn es irgendwie geht, weil wir wissen, daß bei einer gemeinsamen Erziehung und Unterrichtung von Jungen und Mädchen das meist zu Lasten der Mädchen geht. Insofern lege ich in meinem Land und meine Kollegen auch in ihren Ländern, großen Wert darauf, daß diesem Gesichtspunkt Rechnung getragen wird.

Meine Damen und Herren! Ich meine, wir sollten danach eine Frau sprechen lassen, Frau Charlotte Fera, Mitglied des Landtags Hamburg. Sie will etwas sagen zur Vertretung der Frauen in den Massenmedien. Das wollen wir bei dieser Gelegenheit mit erledigen.

Charlotte Fera, MdL: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Eine gute Regie läßt mich hier anschließen. Ich habe es übernommen, ein Anliegen und einen Antrag der Bundesfrauenvereinigung diesem Gremium vorzutragen, obwohl das Thema eigentlich nicht in die Bildung und in die Ausbildung hineinpaßt, wohl aber in das Thema Kultur.

Die Frau ist heute in der Familie, im Beruf und in der Öffentlichkeit mit bedeutenden Aufgaben betraut; sie trägt die volle Mitverantwortung in der Gestaltung von Staat und Gesellschaft. Mehr als früher fällt ihr der Hauptanteil an der Erziehung der kommenden Generation zu. Daher sollen die Frauen auch in der Presse, im Rundfunk und im Fernsehen angemessen vertreten sein.

Leider müssen wir feststellen, daß die Frauen, vor allem in den Rundfunk- und Fernsehanstalten und in deren beratenden Gremien, in zu geringem Maße in leitenden Funktionen tätig sind, obwohl sich ein ständig wachsender Anteil des Programms speziell an die Frau richtet. Ein Mitspracherecht oder ein Einfluß auf die Programmgestaltung ist der Frau aber kaum eingeräumt.

Die Frauenvereinigung der CDU weist nun mit großem Ernst auf die Gefahren hin, die hier drohen. Sie bittet daher die Christlich Demokratische Union, sich überall dafür einzusetzen, daß den Frauen in den leitenden und beratenden Gremien der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens ein angemessener Platz gesichert wird.

Die Frauenvereinigung der CDU sieht darin zugleich einen Weg, dem ständig absinkenden wirklichen Niveau vieler Programme zu begegnen, das auf die Dauer unserer Jugend immer stärker zu gefährden geeignet wäre.

Ich darf sagen, daß die Frauenvereinigung sehr dankbar wäre, wenn unser Appell und unsere Bitte auf fruchtbaren Boden fielen.

(Starker Beifall)

Vorsitzender Dr. Röder: Ich danke Ihnen vielmals für Ihre Ausführungen. Um das zu unterstreichen, darf ich nunmehr das Wort der Frau Dagmar von Armin erteilen; sie spricht über die Bildungswerbung. Vielleicht hören wir etwas über die Bildungswerbung gegenüber den Frauen und Mädchen und wie man das, was Sie eben gesagt haben, realisieren könnte: Sie wollten die Frauen besser in den Gremien, von denen eben die Rede war, vertreten sehen.

Ich darf daran erinnern, Ihre Vorrednerin hat sich vorbildlich an die Redezeit gehalten. Vielleicht sind Sie so liebenswürdig, es ihr gleichzutun. Dafür wäre ich Ihnen dankbar.

Dagmar von Armin: Meine Damen und Herren! Es ist etwas schwierig, über ein so neues Gebiet wie das der Bildungswerbung oder Bildungsaufklärung in kurzen Worten zu sprechen. Ich will es deshalb auch nur in Stichworten tun, und ich bitte, mir zu verzeihen, wenn ich nicht weiteres begründen kann. Natürlich will ich mich auch an die Redezeit halten.

Dabei fällt mir aber ein, was wir heute morgen so sehr ausführlich von unseren Herren Professoren und von unseren Kultusministern gehört haben; sie haben uns alle Pläne genannt, die wir sicherlich alle begrüßen. Vielleicht ist es in der Bildung so ähnlich wie mit der Steuer. Wenn heute einer seine Einkommensteuererklärung ausfüllen will, muß er einen Steuerberater zu Rate ziehen, sonst wird er aus dem Wust dieser vielen Gesetzesbestimmungen nicht klug. So etwa ist es auch mit der Bildung, wenn sich heute ein junger Mensch überlegt, was er werden kann und was ihm angemessen ist. Es gibt keinen Steuerberater auf dem Kultusgebiet, es gibt auch keinen Lehrer, der wirklich eine gute Aufklärung geben kann. Deshalb ist mein ganzes Anliegen, seitdem ich mich mit Kulturpolitik beschäftige, die Kultusministerien anzuregen, eine Broschüre für die Eltern herauszugeben, wie das das Kultusministerium von Nordrhein-Westfalen für die Abgänger des vierten Volksschuljahres getan hat. Es könnte sein, daß man das dazugeben könnte, damit die Eltern wissen, welche Möglichkeiten bestehen. Ich habe vier Kinder in die Ausbildung geschickt; ich muß sagen, es bedarf der Überwindung unendlich vieler Hürden, um feststellen zu können, für welche Begabungen es welche Möglichkeiten gibt. Ich kann nur von mir sagen, daß viele nicht die Aktivität aufbringen, um alle Möglichkeiten auszuprobieren. Nicht jeder hat wohl die Möglichkeit, Zugang zu diesem und jenem zu finden. Das ist auf dem Hochschulgebiet so, das ist auch in der mittleren Ebene und in jeder anderen Ebene so.

Jede Schulreform, die wir heute in der Presse so laut propagieren, ist sicher richtig und gut, sie bringt aber in die Bevölkerung eine solche Unruhe; jeder Mensch fragt: Was soll das? Es ist bis jetzt gutgegangen. Was an neuen Dingen getan worden ist, weiß keiner. Keine Schulreform nützt, wenn sie kein Mensch kennt. Kein Mensch liest heute irgendeine umfangreiche Broschüre. Deshalb meine Anregung: Geben Sie eine kurze, vielleicht in eine graphische Darstellung gebrachte Form der Bildungsmöglichkeiten in allen Stufen heraus, die wirklich nicht umfassend orientieren, aber eine Anregung geben soll. Das ist Punkt 1.

Punkt 2: Wenn man diese Broschüre hat, eröffnet sich dadurch vielleicht die Möglichkeit, auch die Lehrer anzuregen, daß sie sich über das orientieren, was die neuesten Richtlinien bieten. Meistens ist es so, daß die Lehrer diese Richtlinien auch nicht kennen.

Wenn zuvor gesagt worden ist, wir täten so, als sei die Familie intakt, kann ich nur sagen, wir tun so, als ob die Lehrer alle intakt seien.

(Teilweiser Widerspruch)

Das ist leider auch nicht der Fall. Das muß man sagen, wenn man von der Seite des Verbrauchers spricht, und dazu gehöre ich.

Wenn ich das vielleicht auch auf das Hochschulgebiet übertragen darf. Wenn heute einer habilitiert, was hat er dann in der Hand? Nichts, einen Wisch!

(Zuruf des Herrn Vorsitzenden)

– Ja, den haben Sie unterschrieben. Was kann er damit machen? – Die Berufung auf einen sogenannten Lehrstuhl dauert, meines Wissens, jahrelang. Müßte nicht das Berufungsverfahren eine gewisse Korrektur erhalten, damit Lehrstühle nicht drei Jahre leerstehen, nur weil sich die Herren Professoren nicht klarwerden, ob sie ja oder nein sagen.

Noch ein Wort zum Lehrermangel: Ich meine, es gibt wohl kelnen Stand, der so viel Propaganda für seinen Beruf machen kann, als die Lehrer, die ihre Schüler vor sich haben. Warum tun sie das nicht? Ich bin noch keinem Lehrer begegnet, der nicht über seinen Beruf klagt, und der nicht sagt, er sei überlastet. Man kann nicht verlangen, daß sich junge Menschen dann zu diesem Beruf entschließen.

Vorsitzender Dr. Röder: Vielen herzlichen Dank. Ich meine, daß im Kulturpolitischen Arbeitskreis die Damen zu entsprechender Geltung gekommen sind, so daß das Wort wieder an die Männer weitergegeben werden kann. Ich darf nunmehr unserem Parteifreund Schwarz von Rheinland-Pfalz das Wort erteilen.

Schwarz, Landesverband Rheinland-Pfalz: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Vorweg zwei Dinge, die im Laufe der Diskussion heute vormittag am Vorstandstisch gesagt worden sind. Herr Prof. Redeker sprach vom Gerede über den Bildungsnotstand. Er meint, das Gerede über den Bildungsnotstand sei zum Teil deshalb aufgekommen,

weil viele mitredeten, die nicht wüßten, was Bildung sei. Er hat allerdings auch offengelassen, was seiner Meinung nach Bildung ist. Ich meine, hier liegt sicherlich ein entscheidender Punkt.

(Zuruf des Herrn Prof. Redeker)

- So haben Sie es gesagt; ich habe mir das aufgeschrieben. Hier sind wir an einem Punkt, der uns als Christliche Demokraten etwas wehe tut. Ich meine, daß über Bildung, Schule, Ausbildung, jedem seine Chance nicht nur die reden können, die zufälligerweise ein pädagogisches Studium hinter sich gebracht haben.

Ich meine, wir könnten stolz darauf und froh darüber sein, daß die Diskussion über Schule, Bildung und Ausbildung heutzutage weit über den Kreis der Pädagogen hinausgewachsen ist. Ich meine, daß ein entscheidender Ansatzpunkt dafür vorhanden ist, überhaupt auf diesem Gebiet weiterzukommen.

Einen zweiten Satz möchte ich aufgreifen: Herr Minister Niederalt hat gesagt, daß die CDU ihre Integrationsaufgabe, die Koordination der Kulturpolitik, in Deutschland in diesem Augenblick nicht wahrnehme. Es ist gesagt worden, wir hätten einen Ausschuß, der tagen würde. Natürlich, der Ausschuß tagt.

Es bleibt doch, daß wir einen frischen Wind in der kulturpolitischen Diskussion zugunsten der CDU haben, und zwar seit der Zeit — ich darf hier die Namen noch einmal nennen — der Herren Prof. Hahn, Mikat und Minister Huber, die mit in die deutsche Kulturpolitik eingestiegen sind. Es wird ganz klar deutlich, was uns fehlt. Was uns fehlt, ist, wirklich die Linie der CDU zur Kulturpolitik der Öffentlichkeit deutlich zu machen. Hier ist uns eine wichtige Aufgabe gestellt, die wir mutig und kräftig anpacken können.

Darf ich damit zu einem Detailproblem kommen: Herr Dr. Dichgans hat gesagt, wir müßten auf allen Gebieten reformieren. Ich komme aus Rheinland-Pfalz, dieses Land ist bis heute nicht genannt worden. Ich weiß, daß das Image der Schule und Kulturpolitik von Rheinland-Pfalz auch in CDU-Kreisen nicht unbedingt positiv ist. Um so mehr meine ich, daß wir hier einige Probleme aufgreifen müssen, die die Volksschule betreffen. Wir haben zweifellos insbesondere in unserem Lande einen strukturellen Nachholbedarf zur Verbesserung der Schulsituation.

Von Prof. Mikat ist gesagt worden, die eingleisige Schule sei keine Frage mehr. Es gibt heute noch gewichtige Persönlichkeiten in Deutschland, etwa in der Kirche, für die sind die Frage und die Diskussion um die eingleisige Schule auch im Jahre 1965 noch nicht beendet. Ich meine, wenn wir als Christliche Demokraten einen positiven Beitrag zur Verbesserung der Schulsituation leisten wollen, dem Problem der Hauptschule mit Gewalt nähertreten müssen, der Hauptschule im ländlichen Bereich, allerdings auch im kleinstädtischen Bereich. Ich meine, daß für uns als politische Partei, als Politiker, als Pädagogen Pfarreigrenzen keine Schulgrenzen sein dürfen, nur weil es zufälligerweise Pfarrei-

grenzen sind. Wir haben uns hier selbst das Bild einer zu konservativen Haltung gegeben. Damit ist manches hier angesprochene Problem — Sonderschule, Mädchenbildung — in der Enge des Raumes, wie wir es lange Jahre gesehen haben, nicht gelöst worden. Ich meine, wir machen einen entscheidenden Fehler, wenn wir manches, was von der Sozialdemokratischen Partei oder von freidemokratischer Seite vorgeschlagen wird, einfach deshalb ablehnen, weil es von dieser Seite kommt. Das ist falsch. Die Situation in Deutschland ist heute so, daß wir aufmerksam zu prüfen haben, was gesagt wird und nicht, wer etwas gesagt hat, und daß wir von dort her

(Zuruf)

 ich bin völlig einig mit Herrn Prof. Mikat – wirklich versuchen müssen, auch unsere Volksschulprobleme und unsere Schulprobleme im ländlichen Bereich zu lösen.

Vor einiger Zeit ist mir es noch in einem erlauchten Kreise Christlicher Demokraten passiert, daß mir bei der Frage der Ganztagsschule genau das vorgehalten worden ist, was Herr Prof. Mikat heute hier dargelegt hat, was soll man mit der Familie machen, und was weiß ich alles. Solange wir nicht bereit sind, den entscheidenden Schritt nach vorne zu tun – und jetzt komme ich zu der Frage der Elternschaft – unter unseren Kommunalpolitikern, in den Gemeinderäten und in den Kreisparlamenten und auch unter den Politikern, die auf Landesebene verantwortlich zu handeln haben, solange – so meine ich – haben wir noch etwas Hemmungen.

Die Zeit ist begrenzt. Man kann leider nicht alles ausdiskutieren. Herr Prof. Hahn, einen Satz haben Sie gesagt, den ich etwas angreifen möchte: Die bildungspolitische Tat darf nicht überstürzt werden. Ich bin mit Ihnen einig, wenn wir es beim Überstürzen lassen. Aber wir haben heute so viele Entscheidungen, kurzfristige Entscheidungen zu treffen, etwa in der Auswahl von Standorten für Schule, daß wir einfach zum Teil nicht mehr die Zeit haben zu warten. Wir müssen heute, morgen und übermorgen so viele Dinge entscheiden, die auch in zehn, in zwanzig Jahren Bestand haben sollen, so daß es dringend notwendig ist, jetzt nicht mehr vor lauter Wissenschaftlichkeit und wissenschaftlicher Notwendigkeit zu vergessen, was wir zu diesem Augenblick, heute und morgen, an entscheidenden kultur- und schulpolitischen Entscheidungen bereits treffen müssen.

Vorsitzender Dr. Röder: Vielen Dank, Parteifreund Schwarz. Das Wort hat Herr Dr. Weimar, Schleswig-Holstein.

Dr. Weimar: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich hoffe, daß ich, obwohl Lehrer, noch intakt genug bin, ein paar Worte zu sagen.

(Heiterkeit und Beifall)

Bildung wird sich immer -- da stimme ich Herrn Hahn völlig zu -- in einer Reform befinden müssen, Wir sind in den letzten Jahren mittendrin

gewesen, und wir haben gute Erfolge dabei erzielt. Ich erwähne das eine Beispiel der Reform der Gymnasialoberstufe. Noch vor kurzer Zeit erschien ein Artikel "Gemeinschaftskunde ist Unsinn". Heute ist das zwei Jahre lang praktiziert worden und hat ausgezeichnete Ergebnisse erbracht, soweit ich das übersehen kann. Das war also ein guter Gedanke, gegen den zunächst Sturm gelaufen wurde, der sich durchgesetzt hat. Und so wird es auf vielen anderen Gebieten auch sein.

Aber es gibt bestimmte Punkte, wo wir bei aller Anerkennung der Leistungen auch der Opposition uns deutlich gegen die SPD absetzen wollen und müssen. Einer davon ist der Aufbau des Schulsystems. Ich glaube, wir müssen uns darüber klar sein, daß wir festhalten an dem dreigliedrigen Schulsystem mit dem im Normalfall neunjährigen Gymnasium, der künftig siebenjährigen Realschule — ich halte das für sehr gut — und der neunjährigen, künftig zehnjährigen Hauptschule.

(Frau Abg. Dr. Teusch: Volksschule)

 Ja. der Teil davon Hauptschule. Wenn daraus bei der SPD, vorsichtig getarnt in ihrem schönen Bildungsplan, eine Gesamtschule, um nicht zu sagen Einheitsschule, wird, dann glaube ich, sollten wir ein klares Nein dazu sagen. Die Förderstufe als ein pädagogisches Mittel, die Förder- und Beobachtungsstufe zur Verbesserung der Auslese - ja. Wenn auf der Förderstufe, wie im selben Bildungsplan zu lesen, nur der Übergang zu einer sechsjährigen Grundschule sein soll, dann nein. Es wird begründet mit der Genauigkeit der Auslese. Sicher, nach vier Jahren besteht ein erheblicher Unsicherheitsfaktor, wenn ich bestimmen will, ob lemand für den Besuch eines Gymnasiums geeignet ist; der wird nach sechs Jahren geringer, wird nach acht Jahren noch geringer, und am allergenauesten, kann ich sagen, nach dem Abitur. Aber es kommt nicht darauf an, sondern es kommt darauf an, wann ich mit größtmöglicher Sicherheit zum erstenmal diese Aussage machen kann und danach diejenigen, die weitergeführt werden müssen, von den anderen trennen kann.

Was der SPD-Plan hier will, ist nicht fortschrittlich, es ist unrationell, und es ist weitgehend ideologisch begründet. Es ist bezeichnend, daß sehr viele unserer Kollegen von der Sozialdemokratie über diesen ihren eigenen Bildungsplan gar nicht sehr glücklich sind, wenn man ihnen diesen Plan in seinen Einzelheiten vorhält.

Meine Damen und Herren, die Herstellung der vollen Chancengleichheit, von der Herr Mikat vorhin sprach, wird nie ganz möglich sein. Wir müssen den Ausgleich suchen, wo es geht. Die Tagesschule ist ein Versuch dazu. Wir sollten diesen Versuch machen, wie wir überhaupt gezielte Schulversuche machen sollten, wo sie sich anbieten, aber gezielt und wohlverteilt, auch zwischen den Ländern.

Die horizontale Durchlässigkeit im vertikalen System, von der Herr Hahn sprach, ist ein weiterer Weg. Ein Schritt wird sein die Vermehrung der weiterführenden Schulen, der Realschulen, der Aufbauzüge und der Gymnasien, und zwar in den Gebieten, in denen unsere Begabungsreserven sitzen, in den ländlichen Gebieten und in den Arbeitergebieten der großen Städte. Dazu gehört aber auch eine Entlastung der Volksschule von den schwierigen, aus gesundheitlichen Gründen schwer zu fördernden Kindern durch einen verstärkten Ausbau des Sonderschulwesens, auch auf dem Lande.

(Zustimmung)

Und was das ländliche Schulwesen angeht, so kann ich nur völlig unterstreichen, was Herr Schwarz sagt. Wir sind ja in Schleswig-Holstein immer in der glücklichen Lage, das nun schon weitgehend zu haben, über das Sie sich noch sehr viele Gedanken machen müssen: die dörfliche Gemeinschaftsschule, begründet bei uns durch den verstorbenen Kultusminister Osterloh, energisch weitergeführt durch unseren heutigen Kultusminister von Heydebreck, und zwar mit der Konzeption, die ich für besonders glücklich hielt: Wachsenlassen von unten her, nicht von oben her als Zentralschule, wie in Hessen oktroyiert, sondern gewachsen von unten her mit dem Ergebnis, daß aus der Bevölkerung selbst so viele Wünsche zum Bau von solchen dörflichen Gemeinschaftsschulen an uns herangetragen werden, daß wir sie aus finanziellen Gründen gar nicht erfüllen können.

Ich möchte zum Abschluß kommen. Wir müssen einen Weg suchen zwischen der nötigen und immer wieder nötigen Reform und der ebenso nötigen Erhaltung dessen, was sich bewährt hat, was vernünftig ist. Weder die Reform noch die Erhaltung darf von Ideologie, darf von irgendwelchen Standesinteressen oder ähnlichen nicht pädagogischen Erwägungen beeinflußt sein. Wir müssen mit sachlichen Gründen den besten Weg finden mit dem Ziel, jedem Kind zur Entfaltung seiner Begabung bei freier eigener Entwicklung und Entscheidung zu verhelfen. Ich glaube, das ist unsere Konzeption, die wir mit gutem Gewissen der Sozialdemokratie entgegenstellen können.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Röder: Vielen Dank Herrn Dr. Weimar für seine Ausführungen. Ich muß nun dem Vertreter des Landesverbandes Saarland, Herrn Dr. Veauthier, das Wort erteilen, allein schon deshalb, damit nicht, wenn von der Saar gar keine Wortmeldung erfolgt, geschlossen werden kann, das von der SPD behauptete Bildungsgefälle sei tatsächlich vorhanden.

Dr. Veauthier: Wenn es auch wahr ist, daß erst insgesamt 10 Jahre die Möglichkeit bestanden hat, zu beweisen, was deutsche Kulturpolitik auch in einem letzten Bundesland bedeutet.

Verehrte Damen und Herren, es ist nur ein Detail aus der Rede von Herrn Kultusminister Prof. Hahn, zu dem ich noch das Wort ergreifen möchte. Herr Prof. Hahn hat sich nicht gescheut, eine gewisse, dem Wohlfahrtsstaat eigentümliche Tendenz zum Totalitären sachlich in die Nähe zu einer übermächtigen Verwaltung zu bringen. Herr Prof. Hahn sah die Gefahr in der Verwaltung dergestalt, daß sie sich erdreiste, die Zuteilung der Bildungschancen an jeden einzelnen vorzunehmen. Ich meine, wenn man diesen Gedanken ein wenig näher betrachtet, kann man visionär auf eine Entwicklung hindeuten, die zwar durchaus noch nicht grundgelegt ist in dem Heute, die aber keineswegs ausgeschlossen ist.

Gerade weil wir es ja mit unserem Staat so gut meinen, so gut im Hinblick auf ieden einzelnen, auf das Kind, auf den Erwachsenen, gerade darum hofieren wir ihn ja zunächst. Die Frage nach der pädagogischen Initiative ist damit aufgeklungen, im Gegensatz zu einer von oben kommenden etwas doktrinären Haltung. Die Verwaltung ist zwar nicht oben, und die pädagogische Provinz ist nicht unten. So kann man es eigentlich räumlich nicht erklären. Aber im Sprachgebrauch hat es sich so ein klein wenig eingenistet. Was ich sagen wollte, ist, daß wir im Hinblick auf die Mahnung von Herrn Prof. Mikat, nun eine Konkretion für das Morgen. für das Übermorgen in jeder Diskussion zur Hand zu haben, erkunden müßten: Was meint die pädagogische Initiative? Die pädagogische Initiative in der Schule selbst wird so oft unmöglich dadurch, daß der einzelne Lehrer, welcher Schulart auch immer, in zunehmendem Maße mit Verwaltungsarbeit erstickt wird. Es ist tröstlich zu sehen, wie viele unserer Kollegen sich auch in der Diskussion selbst vor wissenschaftlichen Foren beteiligen; andere tun es in der Kulturpolitik, und das soll so sein. Aber das sachliche Maß an Verwaltungsarbeit innerhalb der einzelnen pädagogischen Zentren ist zu groß geworden. Man muß es irgendwie delegieren können. Ich will jetzt nicht sagen, es müsse mehr Stenotypistinnen, mehr Inspektoren im einzelnen geben. Aber es muß delegiert werden können. Genauso ist es in den Hochschulen selbst. Man spricht von einem akademischen Mittelbau und weiß nicht, was er meint. Ein Ordinarius, der zwei Jahre Dekan an einer Universität gewesen ist, las eine Stunde im Semester. Er gehört zu den hervorragendsten Vertretern seiner Wissenschaft insgesamt. Das Seminar hatte er sonst seinem Assistenten überlassen. Ich meine, das ist eine Überwucherung, die nicht gut sein kann. Früher gab es eine Symbiose, wie wir sie erstreben, zwischen dem preußischen Kultusministerium und den autonomen, beschränkt autonomen Fakultäten.

Ich meine also, von der Schule, von der Volksschule über die weiterführenden Schulen bis zur Hochschule hin gesehen: Wir sollten uns auch im Hinblick auf neue Maßnahmen, die sich der Bildungsfrage angelegen sein lassen, überlegen: Was bedeutet pädagogische Initiative, und was ist mit übermächtiger Verwaltung gemeint? Solche Erkundungen müßten in politische Maßnahmen auslaufen. Wir müssen uns noch einmal – jetzt wiederhole ich meine oft gehörte Vorstellung – in München vor dem nächsten Bundesparteitag zusammensetzen, und dann könnte es vielleicht zu einem gut lesbaren, für alle Schichten interessanten Bericht über die kulturpolitischen Ziele der CDU gedeihen, wie Sie ihn jetzt alle frei Haus von der SPD erhalten haben. Auch in unserem Landesverband

ist es so gewesen, daß wir konkrete Ziele aufstellen, daß wir nicht unverbindlich große Formulierungen schreiben, die sich in geistigen Investitionen erschöpfen, aber für den einzelnen, für Vater und Mutter, wenig interessant sind. (Beifall)

Vorsitzender Dr. Röder: Vielen Dank, Herr Richard Hettinger!

Hettinger: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Herr Prof. Hahn hat heute morgen in seinem Grundsatzreferat die Forderung erhoben, daß wir vom Wohlfahrtsstaat zum sozialen Bildungsstaat kommen müßten. Ich bin mit dieser Formulierung so nicht einverstanden. Ich will Ihnen auch sagen warum. Alle Forderungen, die zum Begriff sozialer Bildungsstaat erhoben worden sind, unterstreiche ich. Ich unterstreiche auch weitgehend die Forderungen, die von den Diskussionsrednern erhoben worden sind, insbesondere die Forderung, die man sich unter dem Worte ..sozial" vorzustellen hat. Ich darf also darauf verweisen, daß ich völlig mit den Versuchen einverstanden bin, die Bildungschancen gleichzumachen, damit, und daß man dies insbesondere durch Aufhebung der verschiedenen Milieuschranken versucht. Ich bin sogar damit einverstanden, was Herr Dr. Dichgans forderte, die Studienzeit insgesamt zu verkürzen. Ich möchte allerdings dazu sagen, daß ich die Verkürzung dieser Studienzeit nicht nur aus dem Aspekt der etwas höheren Bereitstellung von - lassen Sie mich sagen - Arbeitkräften für die Wirtschaft betrachte, sondern weil ich glaube, daß auch hier in gewissem Sinne eine weitere Milieuschranke vorlieat.

All dies möchte ich durchaus unterstreichen. Meine Damen und Herrent Lassen Sie mich als Außenstehender, als nicht direkt mit der Bildung Beschäftigter bestätigen, daß Sie bei der Behandlung der Fragen in Ihrem Arbeitskreis zu einem erheblichen Fortschritt gekommen sind. Über das, was bei uns vor wenigen Jahren noch völlig tabu war, sind wir uns heute im Arbeitskreis weitgehend einig. Jetzt sollten wir möglichst rasch zu konkreten Formulierungen und konkreten Daten kommen.

Wenn ich vorhin sagte, daß ich die Formulierung "vom Wohlfahrtsstaat zum Versorgungsstaat" ablehne, so deshalb, weil ich der Meinung bin, wir müßten uns über den Begriff "Wohlfahrtsstaat" unterhalten.

Meine Damen und Herren! Soweit mir bekannt ist, bedeutet die Formulierung "Wohlfahrtsstaat" einen Staat, der für die Wohlfahrt, für die größtmögliche Wohlfahrt der Menschen in diesem Staat sorgt, und zwar verstanden auf den Prinzipien, unter denen die CDU angetreten ist. Man erlebt es nicht nur hier — ich bin etwas erstaunt, daß das bisher so unwidersprochen hingenommen wurde —, wir haben es auch gestern im Plenum erlebt und erleben es immer wieder, daß eine völlige Begriffsverwirrung über den Übertitel der Staatsform, die wir als CDU gerne haben möchten, vorhanden ist.

Wenn es auch den Arbeitkreis vielleicht nicht direkt berührt, so berührt es doch sicherlich die Frage, die von Bundesminister Niederalt heute

morgen angesprochen worden ist, die Frage nach der integrierenden Kraft der CDU. Hier gehört es hin, daß wir uns darüber klarwerden, daß wir endlich einmal den Begriff "Wohlfahrtsstaat" sehr sauber definieren. Ich möchte sehr deutlich sagen, daß nach meiner Meinung der Wohlfahrtsstaat absolut nichts mit einem Versorgungsdenken zu tun hat, sondern daß "Wohlfahrtsstaat" nach den Prinzipien der Subsidiarität der freien Entfaltung des einzelnen Menschen und nach den Prinzipien der Solidarität im Rahmen der sozialen Sicherung verstanden werden muß. Wenn man es so betrachtet, kann man nicht formulieren "vom Wohlfahrtsstaat zum sozialen Bildungsstaat", weil es ein Abrücken von etwas ist. Das kann ich nicht unterstreichen und auch nicht teilen.

(Beifall)

Der Begriff "sozialer Bildungsstaat" ist und kann doch nur ein Teil unseres Staates sein, weil daneben doch die anderen Bereiche mit bestehen müssen. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn wir uns hier darauf einigen könnten, zumindest nicht diese Formulierung morgen an das Plenum weiterzugeben. Noch dankbarer wäre ich, wenn wir uns darauf einigen könnten, dem Plenum vorzuschlagen, daß wir möglichst rasch und möglichst klar den Begriff "Wohlfahrtsstaat" einmal definieren. Von mir aus können Sie ein völlig neues Wort dafür nehmen. Der Begriff müßte jedoch endlich einmal sauber geklärt und abgeklärt werden, damit wir in der CDU auch wissen, wohin es geht. Wenn man ein neues Programm machen will, gehört es wesentlich dazu, hier zu beginnen.

In diesem Sinne darf ich Ihnen, Herr Professor Hahn, meinen Einwand vortragen. Ich glaube, Sie werden nachher sicher noch ein Wort dazu zu sagen haben. — Danke schön!

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Röder: Ich danke unserem Parteifreund Hettinger für seine interessanten Ausführungen. Ich bin sicher, daß Professor Hahn dazu etwas sagen wird. In der Tat ist es nicht ganz unproblematisch, mit solchen Begriffen wie "Wohlfahrtsstaat", "Versorgungsstaat", "sozialer Bildungsstaat" zu argumentieren, wenn sie nicht allgemein in gleicher Weise verstanden werden. Es wird natürlich sehr schwer sein, das sicherzustellen. Aber man sollte sich darüber unterhalten. Ich finde diesen Beitrag sehr interessant.

Ich darf jetzt das Wort erteilen Herrn Ludwig Overmann vom Landesverband Westfalen.

Ludwig Overmann: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich danke meinen Vorrednern, die mir sehr viel Wind aus den Segeln genommen haben. Ich möchte nicht als Advocatus diaboli erscheinen, sondern aus der Sicht der Kommunalpolitik — ich bin Vorsitzender des Schulaussuchusses der Stadt Werne an der Lippe — ein paar konkrete Zahlen nennen, indem ich auf unsere Jüngsten, auf unsere Lernanfänger hinweise.

Sie alle wissen, daß durch das zweite Erziehungsgesetz in England 1944 der Schulanfang in den anglischen Staaten bekanntlich auf das 7. Lebensjahr festgesetzt worden ist. Aus den Unterlagen des Gesundheitsamtes der vorletzten Woche ist mir bekannt, daß bei Lernanfängern nach den durchgeführten Untersuchungen etwas mehr als 25 Prozent aller Kinder, die eigentlich hätten eingeschult werden können, zurückgestellt worden sind. Diese Zahl hat uns erschreckt. Ich glaube auch ganz sicher, daß der Gedanke, ob das 6. Lebensjahr wirklich das entscheidende und einzig richtige Lebensjahr sei, um Kinder einzuschulen, zumindest einer Überlegung bedarf.

Zum anderen ist sicherlich uns allen bekannt, daß die Fortführung zu weiterbildenden Schulen in den englischen Staaten im 11. Lebensjahr erfolgt. Auch diese Dinge sollten wir wenigstens bedenken, und zwar aus den Erfahrungen der Psychologie und der Pädagogik. Ich darf das in Stichworten sagen. Denken Sie an die Begriffe der Akzeleration, der Reizbarkeit usw., die dazu geführt haben, daß unsere Kinder bei ihrer körperlichen Akzeleration zum Teil in der geistig-sittlichen Bildung zurückgeblieben sind.

Noch ein Wort zu dem Problem des Nachwuchses. Ich selbst darf an unserem Gymnasium an der Fertigstellung der Unterrichtsverteilung mitarbeiten. Es ist mir bekannt, daß im Schuldezernat Münster durch die Einrichtung von 250 neuen Sexten zu Ostern etwa 400 neue Lehrkräfte benötigt werden (Index 1,6). Durch Frühinvalidität und Pensionlerung scheiden ca. 300 Kolleginnen und Kollegen aus. Wie mir mitgeteilt wurde, stehen jedoch für den 22. April dieses Jahres nur etwa 150 Assessoren neu zur Verfügung.

Auch das ist eine sehr schwerwiegende Frage. Wenn man voraussetzt, daß erfahrungsgemäß etwa 30 Prozent der Stunden ausfallen, und wir jetzt zu Kürzungen gezwungen sind, die einen Prozentsatz von 16 bis 18 Prozent der Stunden ausmachen, dann kann man fast sagen, daß das 9. Schuljahr nahezu de facto im Unterricht kaum besteht. Wenn wir den Sextanern statt der vorgeschriebenen 7 Englischstunden beispielsweise nur 4 oder 5 Stunden geben können, wenn die Deutschstunden von 6 auf 4 gekürzt werden müssen, entspricht das nahezu der angedeuteten Entwicklung.

Meine Frage geht dahin: Müssen wir uns nicht angesichts dieser aus der Praxis kommenden Wirklichkeit ernsthafte Gedanken machen, wie wir junge Menschen begeistern können für jenen ideellen Beruf, der nicht durch Geld allein bezahlt werden kann. Ganz sicher nicht! Es ist schon vom "Funken der Begeisterung" gesprochen worden. Ich glaube, es ist eine Zumutung, anzunehmen, daß der Lehrerberuf überhaupt bezahlbar sei. Das Herz muß am rechten Fleck sitzen. Man kann keine Lehrer erzeugen.

(Beifall)

Wir sollten uns ernsthaft bemühen – damit spreche ich meinen Dienstherrn, Herrn Professor Mikat, an – und uns wirklich ernsthafte Gedanken

machen. Abschließend darf ich sagen: Ich bin darüber erfreut, daß aus meinen beiden Oberprimen dieses Jahres von 21 männlichen Abiturienten 8 den Lehrerberuf ergreifen, d. h. in die Volksschulpädagogik eintreten. Das ist eine erfreuliche Entwicklung. — Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Röder: Bitte der angesprochene Dienstherr, Herr Minister Professor Mikat.

Minister Professor Mikat: Ich freue mich natürlich über jeden Abiturienten, der in die pädagogische Provinz hinein will. Wenn ich allerdings das Gesamte sehe, müssen wir uns überlegen, ob wir den Prozentsatz der Abiturienten, die zur Zeit in die pädagogische Provinz zurücklaufen, verantwortlich überhaupt steigern sollen. Meiner Meinung nach kann man diese Frage nur sehr zögernd beantworten. Wir brauchen nicht nur Lehrer, wir brauchen auch Juristen, Mediziner, Ingenieure. Wir haben in Deutschland die gleiche Situation wie in allen Kulturstaaten der Welt: daß wir im Hinblick auf die sogenannten akademischen Berufe zur Zeit ein Opfer der berüchtigten Geburtenschere werden. Die geburtenstarken Jahrgänge strömen auf die Schulen, die geburtenschwachen Jahrgänge verlassen zur Zeit die höheren Schulen. Hierdurch entsteht auf allen Berufsfeldern ein gewisser Mangel.

Es kommt nicht darauf an, die 30 Prozent zu vermehren, die ich von 100 bekomme. Vielmehr kommt es darauf an, 30 Prozent von 200 Abiturienten zu bekommen. Das ist ein großer Unterschied. Das sind zwar 30 Prozent; im einen Falle sind es jedoch 30, im anderen Falle 60. Das heißt, man muß — wenn man so will — die Basiszahl vergrößern. Darum das uns sehr langfristig gestellte Problem: mehr Abiturienten! Dazu müssen wir ganz klar ja sagen.

Zum zweiten Punkt: Natürlich mag beim Lehrerberuf das alles stimmen: "Funken der Begeisterung", usw. Sicherlich! Lassen Sie uns aber einmal sachlich, also über das Geld, reden.

(Heiterkeit)

Wenn wir heute die Lehrer aller Schulformen durch eine wissenschaftliche Ausbildung gehen lassen, müssen wir daraus zwangsläufig die besoldungsrechtlichen Konsequenzen ziehen. Ich will die Lehrer nicht besserstellen als die anderen vergleichbaren Berufe. Aber ich will nicht — das können wir uns nicht leisten —, daß wir sie schlechterstellen.

(Beifall)

Das ist das Entscheidende. Hier soll kein Ausnahmerecht für Lehrer geschaffen, sondern hier muß eine längst fällige Angleichung vorgenommen werden. Ich weiß, wie schwierig das im Besoldungsgefüge ist. Ich weiß, welche Kämpfe wir hinter uns haben, und ich weiß, welche Kämpfe wir noch vor uns haben werden.

Wir wollen aber diesen Parteitag doch sicherlich nicht für solche Einzelfragen benützen. Ich persönlich muß jedoch sagen: Ich habe Verständnis

dafür, wenn jemand ganz ehrlich fragt, was er verdient, ob er angemessen verdient. — Es wäre irreal, die Rolle, welche die Besoldungsfrage bei der Berufsfindung und Berufsentscheidung spielt, heute auch nur im geringsten zu unterschätzen. Damit muß man rechnen; das muß man einkalkulieren. Nehmen Sie es mir nicht übel: Das andere muß dann vorgegeben sein, der pädagogische Eros, der pädagogische Funke usw. Als Kultusminister kann ich das jedoch in meine Rechnung nicht so sicher einsetzen, sondern muß das stillschweigend mitnehmen. Das setze ich gewissermaßen voraus. Das Appellative ist schön und gut, nur ist es mir zu wenig konkret. Ich möchte immer gerne wissen, wie sich ein Mann, bei dem der Funke und die Begeisterung da sind, hinterher stellt, damit die Begeisterung bleibt.

Man verachte mir die materielle Basis nicht! Mit Lehrern, die materiell unzufrieden sind, ist mir nicht gedient. Das müssen wir ganz nüchtern sehen. Jemand auf die Welt der geistigen Güter zurückzuweisen, ist keine echte Alternative. Es ist keine echte Alternative, zu sagen: Lasse den anderen ruhig Auto fahren, lies Shakespeare!

(Heiterkeit und Beifall)

Wir müssen uns sehr nüchtern sehen und werden daraus Konsequenzen zu ziehen haben. Was ich möchte – das ist auch eine Anregung an diesen Arbeitskreis –, ist folgendes: Wir müssen in der Bundesrepublik zu einer einheitlichen Besoldung kommen.

(Beifall)

Es ist unerträglich und meiner Meinung nach nicht mehr zu verantworten, auch vom finanziellen Standpunkt aus nicht, daß wir eine differenzierte Beamtenbesoldung in den einzelnen Bundesländern haben. Hier liegt eine große Aufgabe, auch eine Initiativaufgabe unserer Partei, dafür zu sorgen, daß die Beamtenbesoldungen im Bundesgebiet gleichgezogen werden, und zwar nicht zuletzt darum, damit wir uns in den einzelnen Ländern nicht gegenseitig hochtreiben. Differenzierungen wirken sich vor allem auch auf den Wechsel in den Lehrerberufen usw. sehr nachteilig aus. Da die Besoldungsfragen wichtig zu den Lebenstatbeständen des einzelnen gehören, wird man voraussetzen müssen, daß in einem Einheitsgefüge, wie es die Bundesrepublik auch und gerade ist, diese Dinge gleichgezogen werden sollten, damit endlich einmal die lästigen Kämpfe aufhören.

Wir können uns darüber unterhalten, ob wir die L-Besoldung für gut halten oder nicht. Wir sollten das Problem heute hier nicht anrühren. Ich habe dazu mein klares Ja heute gesagt, und ich stehe nach wir vor zu diesem klaren Ja, weil ich die Volksschullehrer aus den vergleichbaren Gruppen heraushaben wollte, und zwar auf Grund ihrer wissenschaftlichen Ausbildung, die wir von ihnen verlangen. Das mag eine cura posterior in den einzelnen Ländern sein. Aber diese hohe Bedeutung der Frage, die wir damit angeschnitten haben, sollte keineswegs von unserer Partei verkannt werden.

Vorsitzender Dr. Röder: Ich danke Herrn Professor Mikat sehr herzlich. Er hat vom Verdienen gesprochen. Es ist ein Begriff, der nicht immer eindeutig und richtig verstanden wird. Wenn jemand zu mir kommt und sagt, er verdient zu wenig, dann sage ich immer, er solle mehr arbeiten. Aber wenn er sagt, er bekommt zu wenig, dann lasse ich mit mir reden, wenn er es verdient. Wenn jeder das bekommt, was er verdient, haben wir die richtige Lösung.

Minister Dr. Mikat: Ich würde es so sagen: Die Ministerpräsidenten verdienen an und für sich 500 000 Mark im Monat, aber Gott sei Dank bekommen sie nicht so viel ausgezahlt.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Röder: Damit wird jeder von der Regierung einverstanden sein.

Ich darf dann Herrn Hassel das Wort erteilen.

Hassel: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich gehöre nicht zu den Wissenschaftlern, ich gehöre mehr zum Fußvolk, das jetzt auch zu Wort kommt.

Zuvor möchte ich auf ein Wort von Herrn Mikat eingehen. Er hat von den Gymnasien und den Schülern gesprochen. Ich wohne in einem Vorort von Düsseldorf und sehe es immer wieder, daß die begabten Jungen in der Sexta, Quinta und Quarta nicht mehr mitkönnen, weil in ihrem Elternhaus die entsprechenden Bildungsmöglichkeiten fehlen. Ich denke dabei nicht an die Form eines Silentiums, sondern den Kindern muß eine echte Hilfe gegeben werden, damit sie sich gemäß ihrer Begabung entwickeln können und nicht zu Hause Kartoffeln in die Erde legen müssen oder ähnliches, sondern für die Schule vorbereitet werden. Ich komme nun zu dem eigentlichen Anliegen. Ich spreche im Namen des VDI und des VDE zu einer bestimmten Frage — zum F-Gymnasium —, die ich als bekannt voraussetze. Es handelt sich um die Errichtung von gymnasialen Aufbauformen zur Erlangung einer fachgebundenen Hochschulreife. Der VDI und der VDE sind nicht besonders mit dem Typ II einverstanden.

Ich darf hier vorlesen, was Herr Prof. Dr. Bader, der Vorsitzende des Hochschulausschusses des VDE, zur Kenntnis gegeben hat; der VDE umfaßt etwa 40 000 Mitglieder, der VDI 60 000. Ich möchte die Ausführungen teilweise vorlesen:

Die erreichbare Bildungshöhe richtet sich unter anderem nach der Begabung und Bildungsbereitschaft der Schüler.

Das F-Gymnasium eröffnet leistungsschwachen Schülern der höheren Schulen einen Weg zur fachgebundenen Reife. Der zweite Bildungsweg war bisher hochbegabten Schülern, welche die höhere Schule nicht oder nur teilweise besuchen konnten, vorbehalten. Jetzt ist der zweite Bildungsweg wesentlich verbreitert worden. Er führt aber nur zum Studium an den Technischen Hochschulen und den neu errichteten

ingenieurwissenschaftlichen Abteilungen der Universitäten, vielleicht noch... zum Studium der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an einer Universität.

Wer also z. B. Mathematik, Physik, Chemie, Geographie oder dgl. an einer Universität studieren will, muß 9 Jahre die höhere Schule besuchen und das Maturum vorweisen.

Dieses steht im Gegensatz zum Abitur; ich komme später noch darauf. Zum Studium der nämlichen Fächer an einer Technischen Hochschule genügt der Weg über Volks- und Berufsschule und 3jähriges F-Gymnasium oder über die Volksschule und 4jähriges F-Gymnasium.

Wie VDI und VDE in ihrer Stellungnahme vom 12. Februar 1965 festgestellt haben, sind große Anstrengungen notwendig, um gerade die wissenschaftliche Ausbildung der Ingenieure noch zu verbessern. Dieses Ziel könnte nicht mehr erreicht werden, wenn die Technischen Hochschulen in Zukunft im wesentlichen nur über Studenten geringerer Leistungsfähigkeit oder geringerer Ausbildung verfügten. Es ist nämlich vorauszusehen, daß Absolventen mit Maturum im allgemeinen ein Studium, das offensichtlich geringere Anforderungen stellt und ihre Neigung nach wissenschaftlicher Erkenntnis nicht befriedigen kann, nicht erwählen werden.

Erfahrungsgemäß pflegen die Kultusminister der Länder ihre Maßnahmen anzugleichen, und zwar schon deshalb, um bei Ortswechsel der Eltern den Übergang von einer Schule zur anderen zu ermöglichen. So hat z. B. auch der Herr Kultusminister von Baden-Württemberg bis jetzt nicht verbindlich erklärt, daß er auch künftig für den Zugang zur Technischen Hochschule das Maturum fordern werde, wie dies von den Technischen Hochschulen Stuttgart und Karlsruhe verlangt wurde. Aus den getroffenen und den zu erwartenden Maßnahmen kann den Technischen Hochschulen ... schwerster Schaden zugefügt werden.

Das war die Stellungnahme von Professor Bader. Vom VDI werden ähnliche Vorschläge gemacht. Von Hamburg wird der Vorschlag gemacht, man solle die Realschule um ein Jahr verlängern und eventuell auch die Mittlere Reife, das sogenannte Einjährige, um ein Jahr verlängern. Dieses sollte so gestaltet werden, daß die Schüler, wenn sie abgehen, wirklich eine Lebensausbildung haben. Wenn sie jetzt mit der Mittleren Reife abgehen, haben sie diese nicht. Sie gehen unvorbereitet in das Leben hinaus.

(Minister Dr. Mikat: Aber diesen Vorschlag haben wir doch vor zwei Jahren gemacht! den braucht uns doch nicht der VDI zu machen!)

Das sollte möglich sein, auch im Hinblick auf die Assistentenstellung. Aber wenn wir jetzt das F-Studium einführen, würde das zu einer Überfüllung der Universitäten führen. Jeder Student, der zum Studium der Chemie oder der Physik eine Hochschule besuchen will, wird dann zur

Universität gehen und legt das Maturum ab. Er will Vollstudent sein und nicht Schmalspurakademiker. Das würde nach unserer Meinung nur zu einer negativen Auslese führen, weil damit die Schwachbegabten —

(Zuruf: Einseitig Begabte gibt es auch!)

 Die kann man noch auf andere Art und Weise f\u00fordern; sie k\u00fcnnen \u00fcber den Zweiten Bildungsweg oder sonstwie zum Studium gelangen.

Wir bitten deshalb, das F-Gymnasium vorläufig nicht einzuführen.

Auch bei den Lehrern macht sich ein starkes Bedenken bemerkbar. Sie haben gehofft, sie könnten ein Doktorexamen machen. Wenn jetzt das so attraktiv gewordene Studium des Lehrers in seinem Ansehen wieder herabgemindert wird, werden sich nicht so viele zu diesem Studium mehr melden, sondern sie werden auch zur Universität gehen und wollen an einer höheren Schule oder Realschule unterrichten.

Das waren die Bedenken, die ich im Namen des VDI und des VDE vorzutragen hatte.

Ich möchte aber noch auf eines hinweisen. Das hat an und für sich nichts damit zu tun. Es ist eine finanzielle Sache, die mir einfiel. Sie betrifft das Kindergeld. Wenn jetzt ein Abiturient sofort zur Wehrmacht eingezogen wird, gilt das nicht als Unterbrechung der Berufsausbildung. Das Kindergeld wird gestrichen. Wenn, wie jetzt bei mir, zwei Söhne zum Militär gehen — vier Kinder sind da —, fällt für alle Kinder das Geld weg. Das ist eine Diskriminierung der Wehrmacht. Ich sage das nicht, weil vielleicht der Herr Wehrbeauftragte hier ist. Aber das sollte man anders machen. Wenn jemand vor der Einberufung drei Tage pro forma in eine Lehre geht, ist die Ausbildung unterbrochen, und der Vater erhält das Geld weiter. Das ist ein echtes Anliegen, dem man auch mit einer ministeriellen Verfügung Rechnung tragen sollte.

Vorsitzender Dr. Röder: Wir nehmen das gern zur Kenntnis. Das letzte Belspiel, das Sie angeführt haben, verdient Beachtung. Wir werden uns darum kümmern, damit keinem Unrecht geschieht und etwas eintritt, was wir alle nicht wollen.

Wir haben noch 35 Minuten Zeit und 10 Wortmeldungen, d. h. pro Nase — entschuldigen Sie den Ausdruck — 3,5 Minuten. Jetzt werden also an die Diskussionsredner hohe Anforderungen gestellt, das Wesentliche, das sie zu sagen haben, nach Möglichkeit in dreieinhalb Minuten zu sagen. Das wird nicht in jedem Einzelfall gelingen, aber ich bitte doch, daran zu denken. Sonst würden diejenigen, die am Ende der Liste stehen, dadurch zu kurz kommen, daß ihnen die anderen die Redezeit weggenommen haben. Ich darf also auch hier um Gerechtigkeit bitten.

Jetzt spricht Herr Otto v. Fircks vom Landesverband Hannover.

Von Fircks, MdL: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Den Letzten beißen die Hunde. Ich will versuchen, mich auf fünf Minuten zu beschränken. Ich bitte dann also auch, daß wir uns im Telegrammstil verstehen.

Ich habe auf meine Meldung geschrieben, daß ich einige Worte zur Ausbildung und zum Unterricht sagen möchte. Einige Dinge sind schon angesprochen worden.

Die Ostblindheit ist schon einmal unser Schicksal gewesen. Sie war die Ursache dafür, daß wir in eine Katastrophe geraten sind. Eine Ostblindheit ist auch bei einigen Leuten vorhanden, bei denen es so aussleht, als ob für sie die Streitigkeiten im Westen wichtiger seien als die Fragen der Ostpolitik in Europa.

Ich bin Vorsitzender des Vertriebenenausschusses im Niedersächsischen Landtag. Wir beraten demnächst die Frage der Organisation. Das Problem liegt darin, daß die Lehrer, die aus dem ostdeutschen und dem mitteldeutschen Raum gekommen sind und das Schlcksal noch persönlich erlebt haben, in das Pensionsalter hineinwachsen. Bald werden wir keine Erlebnisgeneration unter den Lehrern mehr haben. Die jungen Lehrer sind von der Schule und der Pädagogischen Hochschule und der Universität praktisch unvorbereitet und stehen vor der Situation, Anforderungen erfüllen zu sollen, denen sie nicht gewachsen sind, die aber durch die Erlasse der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder und die Einzelerlasse der Länderkultusminister gestellt werden.

Ich wäre dankbar, wenn die CDU sich in Ihrem Kulturausschuß mit dieser Frage einmal befaßte. Ich kann einem der anwesenden Kultusminister ein Schreiben seines Ministeriums vorlegen, aus dem hervorgeht, wie unterschiedlich die Dinge beurteilt werden. Bei bestimmten Fachreferenten bestehen rein historisch und in rechtlicher Hinsicht bezüglich der Probleme, die im deutschen Osten Ilegen, sehr unterschiedliche Vorstellungen. Ich könnte noch weitere Stellungnahmen aus von der CDU regierten Länderministerien vorlegen.

Ich darf jetzt in wenigen Sätzen sagen, was wir für notwendig halten und in Niedersachsen zu verwirklichen versuchen wollen. Erstens ist beabsichtigt, an die Universität Göttingen – wir haben nur die eine – einen Lehr- und Forschungsauftrag bezüglich Ostkunde im Unterricht zu ertellen. An den Pädagogischen Hochschulen soll die Einrichtung von Lehrstühlen angestrebt werden, ferner das Ziel, Ostkunde als Prüfungsfach an den Pädagogischen Hochschulen einzuführen. Hinzu kommt die Absolvierung eines Fortbildungslehrganges als Voraussetzung für die zweite Lehrerprüfung. Bei den Studienseminaren sollen Pflicht-Ostkunde-Seminare eingeführt werden.

Das sind unsere Vorstellungen. Damit würden wir den Lehrer wirklich befähigen, die Anforderungen, die an ihn gestellt sind, auch tatsächlich zu erfüllen.

Dabei müßte deutlich sein, daß deutsche Ostkunde nicht ein Anhängsel, sondern zentraler Bestandteil der Ostkunde ist. Auch das ist notwendig. Ich möchte es ihnen an einem Beispiel deutlich machen. In einer Diskussion vor einigen Jahren im Landeselternbeirat Niedersachsen erklärte

der Leiter einer Pädagogischen Hochschule: "Wir sind nur dann bereit, Ostkundeunterricht an Pädagogischen Hochschulen zu betreiben, wenn wir dabei auch die Nützlichkeit eines Verzichts diskutleren dürfen." Sie sehen also, wie unterschiedlich die Dinge heute noch beurteilt werden. Es ist wichtig, daß von uns aus heute eine klare Konzeption erarbeitet wird. Unsere Menschen im politischen Raum sollten bemüht sein, die Ansicht durchzusetzen, daß Ostkunde nicht nur eine Bildungsaufgabe, sondern auch eine Aufgabe der politischen Willensbildung ist. Dieser Willensbildung sollte auch eine eindeutige Aufgabenstellung in unserem Grundgesetz dienen.

Ich wäre dankbar, wenn die CDU, davon ausgehend, zu einer klaren Konzeption bezüglich des Unterrichts kommen könnte, und wäre ebenfalls dankbar, wenn diese Problematik morgen angesprochen werden könnte.

Vorsitzender Dr. Röder: Ich meine, Herr v. Fircks, daß mit Ihnen alle einig sind, daß in dieser Richtung auch in unseren Schulen unsere Anstrengungen verstärkt werden sollten. Wir sind als die ältere Generation gelegentlich geradezu erschüttert, wenn wir feststellen, wie mangelhafte Kenntnisse in unserer Jugend, in der heranwachsenden Generation, über den deutschen Osten vorhanden sind. Das müssen wir uns klarmachen, meine Damen und Herren. Das ist bedauerlich. Wir meinen immer noch, das sei selbstverständlich. Aber unsere Jugend hat diese Vorstellungen nicht mehr. Die Ostkunde im richtigen Sinne zu geben und zu gestalten, das ist ein wichtiges Anliegen. Nunmehr hat Parteifreund Lorenz, vom Landesverband Berlin, das Wort.

Lorenz, Landesverband Berlin: Liebe Freunde! Eigentlich möchte ich nur eine Anmerkung zu der Diskussion des heutigen Vormittags machen. und ich möchte diesem politisch sachlichen Gespräch eine praktisch politische Nuance anfügen: Herr Prof. Dr. Mikat hat hier sinngemäß innerhalb der Diskussion ausgeführt, die Sozialdemokraten hätten sehr viel auf dem Gebiet der Kulturpolitik geleistet und sie seien vielfach die ersten gewesen, die Zielvorstellungen entwickelt hätten, die heute allgemeine Vorstellungen seien und mit denen wir mit ihnen einiggingen. Er hat auch an einer anderen Stelle der Diskussion gesagt, es gebe bei dem Bemühen um die Entwicklung einer deutschen Kulturpolitik oft zwei Meinungen, und man müsse dann eben einen Kompromiß finden: der Kompromiß liege in der Mitte, und darauf müsse man sich einigen und von da aus versuchen, weiter voranzuschreiten. Liebe Freunde! Im einzelnen mag das sicherlich richtig sein, Ich möchte nur an dieser Stelle davor warnen, allzu begeistert in der Öffentlichkeit über die Herbelführung gemeinsamer Kulturpolitik mit der SPD zu sprechen.

(Beifall)

Es besteht nämlich die Gefahr: Solange wir keine deutliche Abgrenzung unserer Zielvorstellungen von denen der SPD haben — und hier gibt es deutliche Unterschiede —, so würde ich sagen: Es besteht so die

Meinung, wir stimmten in allem und mit jedem überein, und die Gefahr geht noch weiter, die Sozialdemokraten nutzen das aus und machen sich das zunutze, die bemühen sich, ihre Zielvorstellungen möglichst hochzuschrauben, und sagen, kommt auf die Hälfte, auf den Kompromiß, und wenn wir das ein paarmal machen, marschieren wir munter in Richtung sozialistischer Kulturpolitik.

Das, liebe Freunde - so hoffe ich -, nimmt man mir ab. Wir Berliner so hoffe ich – können nicht einfach als Reaktionäre auf dem Gebiet der Kulturpolitik angesehen werden. Wir haben jahrelang und auch mit Erfolg gemeinsam mit den Sozialdemokraten Kulturpolitik gemacht, und wir sind dabei auch zu Lösungen gekommen. Es war nicht immer alles gut, es waren aber gute Lösungen dabei, die vor ein paar Jahren wohl noch von Ihnen verworfen wurden, über die man heute in diesem Kreise diskutieren kann. Alles schön und gut. Aber inzwischen sind auch bei uns die Sozialdemokraten munter in Richtung auf die Gesamtschule und einseitige sozialistische Schulvorstellungen Iosmarschiert, und nun stehen wir oft vor der Situation, daß wir sagen. Herr Schulsenator Evers, was machen Sie eigentlich, welche Experimente machen Sie, die den Charakter des Endgültigen tragen? Ist das nicht nur die Einheitsschule, die Sie anstreben, wie stimmt das noch mit den Beschlüssen der Kultusministerkonferenz überein? Es wird dann so jovial lächeind gesagt, ach, hören Sie einmal, Sie wissen ja gar nicht Bescheid in Ihrer Partei, dann müssen wir den Prof. Mikat und Ihre Leute fragen, die machen das alles mit und sind völlig mit uns einverstanden.

Meine Damen und Herren, ich meine nicht, daß das so ist. Ich will nur mit diesem kurzen Diskussionsbeitrag und mit dieser Anmerkung deutlich machen, daß es notwendig ist, daß wir nicht nur eigene Leitlinien entwickeln, sondern daß wir uns dabei auch deutlich abgrenzen von den Zielvorstellungen der Sozialdemokraten, damit die nicht mit unserer Politik Geschäfte machen können.

(Starker Beifall)

Vorsitzender Dr. Röder: Lieber Parteifreund Lorenz! Schade, daß Prof. Mikat im Augenblick nicht im Saale war. Sicherlich hätte er darauf einiges zu erwidern. Da kommt er. Er kann aber nachher nachlesen, was Sie gesagt haben. Sicherlich ist das lesenswert, was Sie gesagt haben. Die Gefahr ist zweifellos gegeben, wenn man solche Formulierungen gebraucht, wie sie heute morgen gefallen sind. Ich hätte dazu auch noch einiges zu sagen gehabt, daß wir in den Geruch kommen, wir unterschieden uns nicht mehr wesentlich in unseren Bildungszielen von dem, was die SPD heute sagt. Man kann in vielem, was das Organisatorische angeht, einer Meinung sein; aber ich glaube, wir können nicht einer Meinung mit der SPD sein, was unser Bildungsziel in bezug auf das Menschenbild, das uns vorschwebt, angeht und den Menschen, den wir zu erziehen haben. Das ist ein wesentlicher Unterschied; das sind zwei

verschiedene Dinge, die werden dann leicht gemischt und dann tritt die Gefahr auf, vor der Sie, sehr verehrter Parteifreund Lorenz aus Berlin, eben gewarnt haben.

Herr Gottfried Milde, Gerichtsassessor, vom Landesverband Hessen, hat nun das Wort.

Gottfried Milde, Landesverband Hessen: Gerade für uns Hessen, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind die Worte des Berliner Parteifreundes von einiger Bedeutung. Sie wissen, daß die Hessen sehr viel mit den Mittelpunktschulen hausieren gehen, und Sie wissen wohl auch: daß die CDU Hessens seit Jahr und Tag diese Mittelpunktschulen unterstützt und ihre Errichtung dort fördert, wo es notwendig ist, wenn wir hessischen CDU-Leute auch nicht so weit gehen, dem Lehrermangel dadurch abzuhelfen, daß wir Oberstudiendirektoren ohne Abiturzeugnis installieren, wie das in Frankfurt mit dem Herrn Unterbezirksvorsitzenden der SPD geschehen ist. Aber was ist es denn? - Die Mittelpunktschule ist nur das, was Herr Prof. Mikat heute früh so unmißverständlich gesagt hat: ein Technikum, das die SPD uns voraus hatte und das wir mit übernommen haben. Angesichts der geographischen Lage, die die hessischen Gemeinden haben, wäre auch eine CDU-Regierung vielleicht ein Jahr später - wir hatten aber nicht die Möglichkeit, das zu zeigen auf die technische Sache der Mittelpunktschule, wie sie uns richtig vorschwebt, gekommen. Ich meine, nichts anderes hat Herr Prof. Mikat gemeint, und nicht anders dürfen wir das verstehen. Aber am heutigen Tage, an dem Herr Prof. Hahn meines Erachtens sehr wichtige Marksteine für die CDU-Kulturpolitik gesetzt hat und an dem Herr Prof. Mikat diese Marksteine mit einer mir sehr angenehmen und prächtigen Leuchtfarbe versehen hat, die beinahe auch ein Blinder sehen kann, ist in der Diskussion das Wort von der Berufsfähigkeit gefallen, und auch das Wort von der Lebensfähigkeit, die uns die Bildung bringen muß, ist von Ihnen, Herr Prof. Mikat, gebraucht worden, Ich meine, in diesem Punkte mangelt es bei der CDU, und es mangelt an handfesten Vorstellungen. Die SPD hat dazu, wenn Sie es verfolgen, überhaupt keine Vorstellungen. Sie prüft nach rechtlichen, schulischen, acht-, neun- und zehnjährigen Möglichkeiten, die wir selbstverständlich auch prüfen. Ich meine aber, unsere Aufgabe ist es hier in diesem Punkte, insbesondere in der Grundschule und in der anschließenden Berufsschule, die Leute lebensfähig, berufsfähig zu machen, nicht zu einem Schneider oder zu einem Werkzeugdreher, sondern zu einem Menschen, der sich in den täglichen Lebensbeziehungen selbst zurechtfinden kann, ohne daß er der Führung einer Gewerkschaft oder der Führung einer straffen politischen Organisation bedarf. Wenn, wie ich, jemand als Jurist in der Strafjustiz täglich im wesentlichen mit den Leuten zu tun hat, die nicht von den Hochschulen kommen und denen es in ihrer Ausbildung gar nicht so schlecht geht, sieht man erst, wieviel bei dem im argen liegt, was an unseren Grund- und Berufsschulen geboten wird. Es darf nicht notwendig sein, daß wir - wie eine Vorrednerin vorhin gesagt hat - für jedes Ding im

täglichen Leben einen Experten zum Erklären brauchen, so wie wir den Steuerexperten haben, vielmehr muß der einzelne wissen, welche Beziehungen im Leben auf Ihn zukommen und wie er sich in den einzelnen Situationen von der Ordnung des Rechtes her zu bewegen hat. Er braucht nicht Jurist, er braucht nicht Steuerexperte und er braucht nicht Lehrer zu werden; aber es ist Tatsache, daß wir uns mehr und mehr bemühen, unseren Schülern und Berufsschülern Fachwissen beizubringen und ihnen weniger die Möglichkeit bieten, sich später im Leben zurechtzufinden. Ich meine, hier sollte die CDU ein ganz klares Programm entwickeln, was sie den Leuten bietet, damlt diese berufs- und lebensfähig werden. (Lebhafter Beifall)

Vorsitzender Dr. Röder: Ich darf Ihnen für Ihren Diskussionsbeitrag herzlich danken. Meine Damen und Herren! Wenn wir uns in der CDU so eifrig bemühen, wie der Mensch aussehen soll, den wir zu erziehen haben, so meine ich, wir sind als christliche Partei in einer guten Lage, indem wir uns darauf besinnen, daß wir der Auffassung sind, daß der Mensch nach Möglichkeit ein Ebenbild Gottes sein sollte und daß wir in dieser Richtung unsere Erziehung ausrichten sollten. Das darf man in einer christlichen Partei noch sagen. Von daher unterscheidet uns vieles von anderen pädagogischen Auffassungen. Das muß schließlich in einer christlichen Partei auch noch gesagt werden, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall)

Das ist unsere Aufgabe vom Menschen über das, wohin er sich entwickeln soll.

Bitte schön, lieber Kollege von Heydebreck!

Von Heydebreck: Liebe Parteifreundel Darf ich noch ein ganz kurzes Wort zu der Frage der sogenannten Mittelpunktschule sagen. Es ist nur eine kleine Richtigstellung, damit auch das nicht im Raume bleibt, als ob das wirklich eine ganz private Erfindung der Sozialdemokraten in der Bundesrepublik gewesen sei. Unser Parteifreund Dr. Weimar aus Schleswig-Holstein hat Ihnen vorhin schon ein kurzes Wort dazu gesagt. Diese Schulen haben wir auch, wir haben sie schon lange. Sie unterscheiden sich nur dadurch, daß sie bei uns nicht Mittelpunktschulen und auch nicht Zentralschulen, sondern Dörfergemeinschaftsschulen heißen. Wir haben diese Schulen von vornherein als Gemeinschaftsschulen. Das will sagen, daß wir sie nicht von oben her zentral geplant und den Gemeinden aufgezwungen haben, sondern wir haben klar herausgestellt. daß es sich hier um eine Entwicklung und um eine Modernisierung unseres Schulwesens handelt, zu der wir den Gemeinden die notwendigen Hilfen geben wollen und wozu wir ihnen raten, daß sie davon Gebrauch machen möchten.

Diese Freiwilligkeit des Zusammenschlusses zu Schulverbänden, zu Verbänden, die die Dörfergemeinschaftsschulen bilden, hat bei uns zu

sehr beachtlichen Erfolgen geführt. Unser Freund Dr. Weimar hat Ihnen schon vorhin gesagt, daß wir weit mehr Anmeldungen und Anforderungen für die Begründung dieser Schulform haben, als wir im Augenblick finanziell befriedigen können. Ich möchte also sagen: Wenn wir uns angewöhnen könnten, nicht so sehr von der Zentralschule, der von oben den Gemeinden aufgezwungenen Schule, zu sprechen, sondern von der Schule, der Gemeinschaftsschule, die aus einem freiwilligen Zusammenschluß von Gemeinden hervorgegangen ist, gebührt ganz gewiß uns die Priorität und nicht den Sozialdemokraten.

(Lebhafter Beifall)

Vorsitzender Dr. Röder: Dazu möchte Herr Prof Dr. Mikat etwas sagen. Wenn wir jetzt Begriffe verwenden, meine Damen und Herren, wie Gemeinschaftsschulen und ähnliche, geraten wir wiederum in Mißverständnisse, zu denen Herr Prof, Mikat Stellung nimmt.

Prof. Dr. Paul Mikat: Ich darf einiges dazu sagen: Es gibt Begriffe, die in den einzelnen Ländern einen ganz bestimmten Sinn haben. Diese sind gewissermaßen als Begriffe präokkupiert. Man kann diesen Begriff zum Beispiel, den man in Schleswig-Holstein seelenruhig verwenden kann, hier nicht ohne weiteres übernehmen. Aber, meine lieben Parteifreunde, wie diese Begriffe heißen, das ist mir völlig egal. Ob sie Mittelpunktschulen, Dörfergemeinschaftsschulen oder Zentralschulen heißen, das ist mir völlig gleichgültig. Ich suche einen praktischen Weg, wie man diese Schulen dort nennt. Was wir damit wollen, das ist entscheidend: Wir wollen eine möglichst gute Schule auch in den ländlichen Bezirken. Das heißt die einklassige Schule, so wichtig sie sein konnte und sein mußte, funktioniert meiner Meinung nach im Grunde genommen nur dort, wo der Lehrer in ganz exakter Weise das auch leisten kann. In dem Moment, in dem ich differenziere und wo wir zu einer stärkeren Differenzierung in den Fächern kommen, müssen wir stärker gliedern. Das ist zunächst einmal in der Form der Jahresklassen der Fall. Das wird künftig allerdings - Schulversuche auf diesem Gebiete laufen bereits an - in moderner Fortführung des alten Jenaer Planes, wenn sie so wollen, geschehen. Denken Sie an die Bemühungen, die vor 1933 wenn ich das als Nichtpädagoge aus der Lektüre in Erinnerung habe im Gange waren - es war wohl in den Jahren 1931 und 1932 -, die auf Leistung, Kurs- und Kernunterricht abstellten. Was wir brauchen, ist ein durchgegliedertes Hauptschulsystem und die damit verbundene Durchlässiakeit.

Nun noch ein Wort zu der Frage des Freundes aus Berlin. Ich bin heute mittag von einer Dame aus Berlin wegen dieses Punktes angesprochen worden. Man kann alles sagen. Ich bin nicht für die Aufgabe der Dreigliedrigkeit unseres Schulsystems. Das muß ganz klar gesagt werden. Aber auch ich meine, daß wir den Mut in den einzelnen Ländern zu wohldosierten Schulbesuchen auf freiwilliger Basis haben müssen. Erfahrungen kann ich auch hier nicht aus vorgefaßten Prinzipien sammeln,

sondern nur auf Grund von Versuchen; denn ich habe es auf diesem Felde nicht mit Dingen zu tun, bei denen ich gewissermaßen über eine breite Fülle von Aktionen verfügte, aus denen ich auf dem Wege per conclusiones dann das Richtige herausbekäme, sondern hier muß tatsächlich exerziert und probiert werden. Hier müssen Erfahrungen gesammelt werden.

Darum in Abstimmung der Länderschulversuche. Diese Schulversuche werden angemeldet und sollten tunlichst auf freiwilliger Grundlage erfolgen, wie denn überhaupt die ganze Neuorganisation des ländlichen Schulwesens in Übereinstimmung mit dem Willen der Eltern und der Gemeinden erfolgen sollte; also eine Schuloktroyierung gewissermaßen von oben wird abgelehnt. Man sollte aber aus der Bejahung einzelner Schulversuche noch nicht zugleich folgern, die Bejahung des Schulversuchs als Gesamtgestaltungsprinzip des Schullebens als solchem. Ich glaube, das muß der Klarheit wegen hier gesagt werden.

Vorsitzender Dr. Röder: Schönen Dank, Herr Kollege Mikat. – Parteifreund Jauer vom Landesverband Westfalen.

Jauer: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein Schulproblem ist bis jetzt noch nicht berührt worden, das immer wieder unsere Eltern verärgert. Dazu habe ich eine ganz bestimmte Frage, die mit einem Satz erledigt ist: Herr Minister Mikat, gibt es die Möglichkeit, etwas gegen den häufigen Wechsel der Schulbücher zu unternehmen?

Vorsitzender Dr. Röder: Wir werden am Schluß nochmals darauf zu sprechen kommen. Es ist ein altes Leid und ein in allen Ländern, auch in meinem Lande, beklagtes Übel, dem man hier schwer beikommen kann. Aber es ist schon des Besprechens wert. — Frau Dr. Erika Bonnemann.

Dr. Erika Bonnemann: Gestatten Sie mir, liebe Parteifreunde, ein kurzes Wort noch zur Frage der Studienzeitverkürzung. Herr Dr. Dichgans, der ja der Initiator und der Motor dieser Bewegung ist, hat das heute morgen erwähnt, ohne auf die speziellen Vorschläge einzugehen, die uns als an der Sache interessiert ja allgemein bekannt sind. Es läuft im wesentlichen darauf hinaus, durch eine Verfügung von oben her die Studienzeit auf elne bestimmte Semesterzahl zu verkürzen, entweder differenziert nach den einzelnen Fakultäten oder generell. Prof. Reiffenberg ist sogar generell für acht Semester.

Nun sieht das in der Theorie sehr schön aus. Der junge Mensch wird mit 26 Jahren berufsfertig, und mit der Überfüllung der Universitäten werden wir dann auch fertig. Aber wie sieht das für den einzelnen aus? Wer nach acht Semestern gezwungen ist, sich zum Examen zu melden – und es sind nicht immer die schlechtesten, die Examensangst haben – und muß dann durch Exmatrikel weggehen, hat eventuell vier bis fünf Jahre seines Lebens verloren.

Da scheint mir der Vorschlag, der vor Jahren aus dem Bundesinnenministerium kam und gleich mißverstanden wurde, geeigneter, man solle 25 Prozent der Studenten aus den Hochschulen hinausprüfen. Das gab einen Sturm der Entrüstung in der Studentenschaft. Und doch ist dieser Vorschlag nicht so hart und in gemilderter Form sehr wohl annehmbar, indem man – es ist auch keine neue Sache – Zwischenprüfungen auch bei den Fakultäten einführt, wo es bisher nicht der Fall war. Die Germanisten haben auch schon in der Richtung tendiert. Man braucht nicht das Studium stur in Grundstudium, Hauptstudium und Nachdiplomstudium einzuteilen. Aber eine gewisse Regelung und Gliederung wären sicher gut, so daß der Student meinetwegen nach vier Semestern oder schon nach zwei Semestern erkennen kann: Ich bin nicht geeignet. Er kann dann noch in einen anderen Beruf übergehen.

Es gibt ja einen anderen Weg, die Studienzeit zu verkürzen, indem man die Semester verlängert oder Ferienkurse einrichtet. Auch das ist nichts Neues: es wird bereits praktiziert, und es wird von der Studentenschaft bejaht. Nicht bejaht wird es von den Professoren aus verständlichen Gründen. Der geplagte Institutsdirektor braucht die Ferien für seine Forschung, für Kongresse und ähnliches. Aber man könnte das sukzessive einführen. Man könnte die geheiligten Gewohnheitsrechte der Universitäten für die Ordinarien lassen. Man könnte aber für die jungen Semester solche Ferienkurse oder solche verlängerten Semesterzeiten obligatorisch machen, mit dem Mittelbau, soweit er vorhanden ist, und die Lektoren sollten dann Übungskurse. Sprachkurse und ähnliche Wiederholungskurse geben. Das wird von der Studentenschaft allgemein bejaht. vor allem auch Sprachkurse. Bei der Spezialisierung der Mädchenbildung haben wir Studentinnen mit dem hauswirtschaftlichen Abitur. Bei deren Betreuung und Beratung sehe ich immer den Kummer, wenn das Latinum gemacht werden muß und dabei zwei Semester verlorengehen. Also auch solche Sprachkurse könnten in die Ferienzeit verlängert werden.

Ich bin mir bewußt, daß wir hier nur Vorschläge machen können und daß die Fakultäten darin souverän sind. Aber ich meine, wir könnten von unserer Seite auch hierin einsteigen und einige Vorschläge machen.

Vorsitzender Dr. Röder: Ich danke Ihnen, Frau Dr. Bonnemann. — Unser Parteifreund Herr Videra vom Landesverband Rheinland.

Videra: Meine Damen und Herren! Ohne Vorrede gleich zu dem Thema Tagesheimschulen. Wer von Ihnen am Bundeskulturkongreß der CDU in Hamburg teilgenommen hat, wird sich entsinnen, daß vor der Tür die SPD ihre bildungspolitischen Leitsätze verteilen ließ. Auf einer dieser Seiten finden Sie den Satz: Die Schule darf die Mitarbeit Im Elternhaus nicht voraussetzen. Und dann wird zur Tagesheimschule Steilung genommen. Ich bin deshalb sehr froh, daß Herr Prof. Mikat heute zu dieser Frage etwas gesagt hat. In den dreieinhalb Minuten kann ich nicht noch etwas hinzufügen, was zur Begründung oder Ablehnung, also Positives oder Negatives, der Tagesheimschule dienen könnte. Ich möchte nur betonen, daß ich wie Herr Prof. Mikat der Meinung bin, daß es in diesen

äußeren Dingen der Schulform völlig egal ist, wer das Kind geboren und wer die Idee zuerst gehabt hat. Die Frage ist nur, ob es sich für uns als Notwendigkeit stellt, eine Antwort darauf zu geben und dann diese Antwort so zu geben, wie sie jetzt von uns verlangt wird.

Ich meine, wenn wir die Frage: Tagesheimschule nur als Angebotsschule stellen, sie also so beantworten, daß wir sagen: in einem großen Gemeinwesen wollen wir eine Schule schaffen, die den Eitern angeboten wird, dann geraten wir in die Gefahr, dieser Schule eine einseitige soziale Schichtung zu geben. Das ist der eine Gedanke.

Der zweite ist, uns aus einem gewissen Konservatismus dieser Schulart gegenüber — oder Schulform, müssen wir in Nordrhein-Westfalen sagen — zu lösen, weil in Nordrhein-Westfalen — das wissen Sie nach der letzten Kommunalwahl, namentlich in den Industriestädten, ich darf das aus der Erfahrung einiger Städte sagen — die Frage der Tageshelmschule ziemlich stark hochgespielt wird. Ich weiß, daß Schulausschüsse rheinischer Städte nach Hessen pilgern, um dort die Tagesheimschulen zu besuchen. Das muß sich ändern, Insofern ändern, als wir von der CDU, meine Damen und Herren, ein klares Wort zur Tagesheimschule sagen, damit nicht auch in den Gemeinden, in denen jetzt die SPD die absolute Mehrheit im Rate hat, nur Gemeinschaftsschulen — das sage Ich in Nordrhein-Westfalen — als Tagesheimschulen eingerichtet werden und auf diese Art und Weise ein Teil der Konfessionsschulen unterhöhlt, unterspült wird.

Deshalb bitte Ich Herrn Prof. Mikat als Berichterstatter — er wird das in seiner erfrischenden Art sicher hervorragend tun —, ein klares Wort zur Tagesheimschule zu sagen, damit in unseren kommunalpolitischen Räumen, wo um dieses Problem gerungen wird, unsere Fraktions- und Parteikollegen wissen, wie sie sich in dieser Fragen zu verhalten haben, damit wir nicht in den Geruch eines unbegründeten Konservatismus gelangen, den wir so schlecht wieder loswerden.

Vorsitzender Dr. Röder: Vielen Dank, Herr Parteifreund Videra. — Herr Struppek vom Landesverband Westfalen und gleichzeitig vom RCDS.

Struppek: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte von vornherein um Entschuldigung, wenn Ich in einer bestimmten Sache eine etwas längere Begründung gebe. Der Geschäftsführende Vorsitzende Herr Dufhues hat gestern für die Union die Forderung erhoben, daß sie das Begabtenreservoir unseres Volkes optimal auszuschöpfen habe. Heute hat Herr Kultusminister Prof. Hahn die Situation dargelegt, in der konkrete Maßnahmen zur Ausschöpfung des Begabtenreservoirs notwendig sind. Als Junge Menschen können wir Herrn Prof. Hahn durchaus zustimmen, wenn er sagt, daß es in dieser Gesellschaft keine sozialen Barrieren für den Begabten und Leistungsfähigen mehr gibt. Aber wir stimmen ihm auch zu, wenn er fortfährt: Es gibt noch immer sehr große finanzielle Unterschiede, die es dem einzelnen sehr schwermachen können, eine seiner Begabung gemäße Bildung zu erwerben.

Erfreulicherweise sind es nun auch die Unionsparteien gewesen, die angesichts solcher Tatsachen nicht in Notstandsrufen und Katastrophenschreien die Flucht gesucht haben, sondern die mit realisierbaren Vorschlägen zur Verbesserung der Jetzigen Situation geantwortet haben. Eine gesetzlich geregelte Ausbildungsbeihilfe, die besonders die soziale und familienpolitische Verantwortung des Bundes für den Ausbildungsweg bekundet, soll die materiellen Schwierigkeiten beheben. Aber die doch sonst so bildungsfreudigen von der SPD regierten Länder Hessen und Bremen waren die ersten, die juristische Bedenken an der Behebung einer Situation hinderten, die gerade sie allzu katastrophenmäßig beschworen hatten.

In der Erkenntnis, daß sich bildungspolitische Probleme nicht allein durch eine großzügige Finanzierung lösen lassen, sondern daß besonders auch die neuesten Ergebnisse der Pädagogik und der Bildungsstatistik zu verwerten sind, hat die CDU dann überall den Pian von Herrn Prof. Hahn für einen Bildungsrat begrüßt. Nun hören wir aus dem Munde des Initiators des Bildungsrates, daß auch hier wieder die doch so bildungsfreudige deutsche Sozialdemokratie Schwierigkeiten macht. Man sieht sich leider zu der Frage gezwungen, ob die Bildungsfreude der SPD da aufhört, wo die Einsicht anfängt, daß die besseren Vorschläge und realpolitischen Maßnahmen von der CDU/CSU kommen.

Ich bin gespannt, wie sich die SPD verhalten wird, wenn sich nun auch die Bundesfraktion der CDU/CSU hinter die Forderung ihrer Kultusminister in den Ländern stellen würde, den Grundbetrag der Förderung nach dem Honnefer Modell in diesem Jahre zu erhöhen. Die zuständigen Finanzminister in den Ländern haben ihre Bereitschaft erklärt, die höheren Kosten anteilmäßig zu tragen. Wenn es schon nicht mehr möglich ist, eine Erhöhung zum Sommersemester vorzunehmen, so sollte dies wenigstens für das kommende Wintersemester geschehen.

Die allgemein geforderte Anhebung von 250 auf 320 DM monatlich scheint einigen zu hoch. Sie erweist sich jedoch als durchaus in der Relation befindlich, wenn man bedenkt, daß der nie bestrittene Sozialsatz bei der aleichen Höhe liegt. Hinzu kommt noch die überall beachtete Untersuchung des von Professoren und Studenten geleiteten Studentenwerks, die einen Betrag in der genannten Höhe als notwendig zur Deckung ganz normaler Lebensbedürfnisse nennt. Wer einmal den rapiden Anstieg der Mieten für die Studentenbuden beobachtet hat, wer sieht, wie die Seminare vollgestopft sind, weil man sich für die ruhige häusliche Arbeit nicht einmal die genügenden Handwerksbücher besorgen kann, der sieht dies sehr schnell ein. Hier geht es nun nicht darum, meine sehr verehrten Damen und Herren. Sie für übertriebene lobbvistische Forderungen zu gewinnen. Aber die CDU hat auch als Bundespartei für jeden Bereich die Konsequenzen aus ihren bildungspolitischen Zielvorstellungen zu ziehen. Wer eine Erhöhung der Abiturienten zahlen will, muß auch dafür sorgen, daß den Schülern aus Schichten mit niedrigerem Einkommen ein finanziell gesichertes Studium geboten wird. Die einzelnen Berufslaufbahnen sollten in der Zukunft weniger nach dem Gesichtspunkt des Schnellverdienens eingeschlagen werden, sondern die Entscheldung für einen Beruf sollte sich wieder viel mehr auf Fähigkeit und Neigung gründen können.

Wer erkannt hat, daß der Überfüllung unserer Hochschulen durch eine Straffung des Studiums und eine Verkürzung der Studienzeit abgeholfen werden muß, der muß auch dem Studenten die Möglichkeit zur intensiven Beschäftigung mit seinem Fach während der vorlesungsfreien Zeit geben. Eine zu geringe materielle Basis bringt den Studenten sehr oft dazu, bildungsfremde Werkarbeit zu tätigen. Seine Studienzeit verlängert sich notgedrungen.

Ein weiterer noch sehr wichtiger Gesichtspunkt kommt hinzu. Ein echter Bildungsprozeß kann nur in der Teilnahme am gesamten gesellschaftspolitischen und kulturellen Leben durchlaufen werden. Auch hierzu braucht der Student die Unterstützung notwendig neben der primär geforderten Eigeninitiative und Opferbereitschaft. Der RCDS als Studentenverband unserer Partei, die Junge Union und die verantwortlichen Kulturpolitiker haben sich besonders auch unter Berufung auf den zuständigen Minister, Herrn Höcherl, schon seit längerer Zeit für eine solche sozial- und kulturpolitische Maßnahme ausgesprochen.

Nach den Berechnungen des Innenministeriums würde sich für den Bund eine Mehrbelastung von 4 Millionen DM ergeben, wenn die Stipendien von 250 auf 320 DM erhöht würden. Die aufzubringenden Mittel könnten sogar über den Posten "Außerordentliche Ausgaben" ohne einen Nachtragshaushalt erbracht werden. Der relativ sehr geringen Summe stünde gegenüber ein neuer großartiger Beweis für die Politik der Regierung Erhard, den Nachwuchs für Wissenschaft und Forschung primär zu fördern.

In dem schon sehr großzügig berechneten Betrag ist noch nicht berücksichtigt der Ausfall solcher Studenten, deren Väter durch inzwischen eingetretene Lohnerhöhungen die Bemessungsgrundbeträge schon wieder überschritten haben. Es ist zu überlegen, wieweit in Anlehnung an die Steigerung des Bruttosozialprodukts auch hier eine dynamische Förderung erreicht werden kann.

Jedenfalls hat sich in der letzten Zeit herausgestellt, daß gerade die bildungsaufgeschlossenen Mittelschichten mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, wenn mehrere Söhne und Töchter studieren sollen. Es ist somit eine berechtigte Forderung, wenn gesagt wird, daß bis zur Ratsschicht eine angemessene Förderung gewährleistet werden müsse. — Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Röder: Ich danke unserem Parteifreund Struppek für seine Ausführungen.

Die Frage des Honnefer Modells ist so komplex, daß man einen Nachmittag darauf verwenden könnte. Die Schwierigkeit ist immer die,

gerecht zu sein. Wer ist der Student, der die Voraussetzungen bei der Bemessungsgrundlage noch erfüllt? Und wessen Vater erfüllt sie nicht? Wenn diese beiden sich durch 100 DM unterscheiden und man die soziale Situation vergleicht dessen, der sie noch nicht erreicht, gerade eben nicht erreicht, und des anderen, der den von Ihnen gewünschten Betrag von 320 DM hat, entsteht oft sehr große Unzufriedenheit innerhalb der Studentenschaft. Es ist sehr schwer, hier den Ausgleich zu finden, da zu helfen, wo es nötig ist, und nicht zu viel Geld dahin zu geben, wo vielleicht noch andere Quellen fließen, die man nicht sieht. Innerhalb der Studentenschaft wird diese Frage sehr hart diskutiert. Wenn die Damen und Herren, die auf einer Bank sitzen, wissen, was sich der eine mit Honnef leisten kann, und der andere ohne Honnef nicht, treten sehr deutliche Unterschiede auf.

Den richtigen Weg zu finden, gerecht zu sein, ist also außerordentlich schwer. Wir wollen sicher fördern. Ich unterstreiche Ihre Ausführungen. Ich meine nur nicht, daß damit geholfen und das Problem endgültig gelöst ist, wenn man den Betrag nur für eine bestimmte Gruppe erhöht, eine andere, vielleicht ebenso wichtige Gruppe jedoch ganz ausläßt. Verstehen Sie, was ich sagen will?

(Struppek: Ich stimme Ihnen völlig zu, Herr Ministerpräsident!)

— Wir sind uns einig. Darüber müßte man in Ruhe sprechen. Wir müßten zu einer guten Lösung kommen.

Meine Damen und Herren! Mir liegen noch 3 Wortmeldungen zur Leibeserziehung vor. Nachdem bekannt ist, daß 3 Wortmeldungen zum gleichen Thema vorliegen, stellt sich die Frage, ob alle 3 sprechen wollen oder einer für alle drei. Es haben sich gemeldet die Herren Dumstrey, Professor Bedeker und Frölich.

Wer möchte bitte? Freiwillige vor! — Es ist aufgestanden Herr Frölich von dem Landesverband Hannover. Bitte schön!

Frölich: Meine Damen und Herren! Ich habe meine Wortmeldung mit Absicht erst spät abgegeben, um damit zu bekunden, daß ich meine Ausführungen nicht für so überaus wichtig halte. Ich meine jedoch, daß sie in unserem Arbeitskreis auch nicht unerwähnt bleiben dürfen.

Im letzten Jahr wurde sehr viel über die Bedeutung der Leibesübung gesprochen, und zwar gerade in Verbindung mit der Olympiade. Die CDU hat auch auf Bundesebene einen Sportbeirat gegründet, dem ich von unserem Landesverband aus angehöre.

Wir sollten meiner Meinung nach jetzt nicht mehr so viel reden, sondern — wie heute schon oft gefordert wurde — auch auf diesem Gebiet handeln.

Ich will nun nicht wieder die tägliche Sportstunde fordern. Darüber kann man streiten. Aber niemand wird bestreiten, daß der Lehrer in der Sportstunde einen besonders großen Einfluß auf die Entwicklung des Schülers nehmen kann. Ich bin der Meinung, daß der Mensch auch durch die Leibeserziehung berufs- und lebenstüchtig oder auch berufs- und lebensfähig gemacht werden kann.

Wenn wir von der schulischen Leibeserziehung sprechen, sollten wir nicht immer wieder die medizinische und körperliche Seite überbetonen. Man könnte uns sonst die vielen Unfälle, die Sonntag für Sonntag passieren, entgegenhalten. Man sollte vielmehr bei der schulischen Leibeserziehung die pädagogische Aufgabe immer wieder in den Vordergrund stellen. Dazu aus meiner Sicht einige Forderungen:

Einmal sollten an den Universitäten die Leibesübungen im wissenschaftlichen und pädagogischen Bereich anerkannt werden. Wir sollten den Mut haben, wenigstens an einer Universität in der Bundesrepublik die Möglichkeit zur Promotion herbeizuführen. Viele wertvolle Kräfte gehen uns für die Leibesübungen verloren. Wir suchen immer wieder nach Professoren an den Pädagogischen Hochschulen. Wer aber an einer Pädagogischen Hochschule mitreden will, muß heute promoviert sein, er muß Professor werden können.

Wenn man aber in Leibesübungen promovieren will, muß man ins Ausland gehen oder in ein anderes Gebiet übersteigen. Steigt man aber in ein anderes Gebiet über, z. B. in die Pädagogik, erhält man nach der Promotion so viele Stellen angeboten, daß kaum einer wieder zur Leibesübung zurückfinden wird, obwohl es auch in diesem Bereich unendlich viel zu forschen gäbe.

Zum anderen sollten alle Studenten an den Pädagogischen Hochschulen in die Lage versetzt werden, nach modernen methodischen und pädagogischen Gesichtspunkten Unterricht in Leibesübungen an der Unterstufe zu erteilen. Meiner Meinung nach allerdings nur in der Unterstufe, denn in der Oberstufe zeichnet sich heute mehr und mehr das Fachlehrersystem ab. So sollte auch der in dem Wahlfach "Leibesübungen" ausgebildete Lehrer einer Pädagogischen Hochschule in der Oberstufe den Unterricht erteilen. Er ist Klassenlehrer wie jeder andere; er wird im Kollegium wie auch von den Schülern gleichermaßen geschätzt.

Sollten aber – in naher Zukunft muß das wohl noch sein – Notmaßnahmen erforderlich sein, daß nämlich Turn- und Sportlehrer sowie Gymnastiklehrerinnen nach einer kurzen Ausbildung eingestellt werden müssen, so sollte diesen nach wenigen Berufsjahren die Möglichkeit gegeben werden, durch die Aufnahme in eine Pädagogische Hochschule oder durch die Sonderausbildung beamteter Volksschullehrer zu werden. Diese letzte Forderung stelle ich aus zwei Gründen:

- Wenn es möglich ist, daß man in einer Kurzausbildung ohne Abitur in einem Fach unterrichten kann, obwohl normalerweise das Abitur und 6 Semester für den Volksschullehrerberuf vorausgesetzt werden, so leidet das Ansehen dieses Faches, nämlich der Leibeserziehung, darunter
- 2. Derjenige Lehrer, der nach einer Kurzausbildung in den Leibesübungen eingesetzt wird, kann sich nach einigen Jahren dort nicht mehr

so ganz wohl fühlen. Er findet einmal im Kollegium oft nicht die gleiche Anerkennung. Zum anderen ist er aus psychischen und physischen Gründen, seines Alters wegen, nicht mehr in der Lage, 30 Stunden Sport pro Woche zu erteilen.

Zusammenfassend meine Ich: Wir sollten uns jetzt nicht unter dem Druck der Öffentlichkeit zu sehr auf Notmaßnahmen in der Leibeserziehung beschränken, sondern weiterdenken, langfristig planen im Sinne einer modernen Schulpolitik auch in den Leibesübungen.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Röder: Ich danke Ihnen.

Herr Dumstrey, wollen Sie diese Ausführungen noch mit ein paar Säten ergänzen?

(Dumstrey: Mit ein paar Sätzen!)

- Bitte schön!

Dumstrey: Herr Vorsitzender! Liebe Freunde! Ich möchte darauf hinweisen, daß es sich hier nicht nur um eine Angelegenheit des Bizeps, sondern — wie Herr Frölich schon sagte — auch um eine Sache des Charakters handelt. Aber pädagogisch ist doch eines wichtig: Eine ganze Reihe von unserer Jugend erfaßt man als Pädagoge in den geistigen Bereichen weniger als auf dem Gebiete der Leibeserziehung. Oft genug sind es Spätentwickler, die nachher außerordentlich gut einschlagen. Darum darf diese Konferenz nicht enden, ohne das Gebiet der Leibeserziehung angesprochen zu haben.

In meiner Nachbarschaft sitzen einige Kultusminister. Die letzte Frage: der Lehrer. Wir haben immer wieder festgesteilt — das wurde auch vorhin gesagt —, daß die Qualität des Erziehers die Hebung der Erziehung unserer Jugend bedeutet. Auf dem Gebiet der Leibeserziehung wird es auch so sein, daß Sie nämlich in den Bereichen Ihrer Kultusministerien Wert darauf legen müssen, daß endlich den jungen heranwachsenden Pädagogen in ihrer Ausbildung die Leibeserziehung nahegebracht wird.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Röder: Vielen Dank.

Herr Professor Redeker, wollen Sie das noch ergänzen? - Bitte schön! Professor Redeker: Ich will es nicht ergänzen, sondern nur auf eines hinweisen:

Der Kulturpolitische Arbeitskreis hat bereits im Jahre 1963 eine Sportkonferenz in Berlin abgehalten. Wir haben die damaligen Vorträge in der Broschüre "Sport in Freiheit" veröffentlicht. Es handelt sich um Vorträge der Herren von Mengden, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Sportbundes, von Opel, Minister Dr. Heck und von mir.

Ich darf auf diese Broschüre hinweisen.

Wir haben uns also auch mit dem angeschnittenen Problem beschäftigt. Mit der Forderung, daß man in Sport promovieren soll, sind wir nicht einverstanden. Wir haben andere Vorschläge gemacht. An einer deutschen Universität paßt das nicht. Das gibt es nicht einmal in Amerika. Aber in Amerika hat man andere Möglichkeiten, qualifizierte Sportlehrer zu gewinnen.

Vorsitzender Dr. Röder: Meine Damen und Herren! Wir sind sicher froh darüber, daß auch der Sport im Rahmen unserer Diskussion zur Geltung kam.

Vom Büro wurde mir mitgeteilt, daß die Zusammenkunft der Landesvorsitzenden morgen um 13.00 Uhr im Hotel "Breitenbacher Hof" stattfindet. Die heutige Zusammenkunft fällt aus.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, Sie sind mit mir einig, wenn ich nunmehr Herrn Professor Hahn bitte, das in der Diskussion Gesagte aus seiner Sicht zusammenzufassen und abschließend Stellung zu nehmen. Bitte schön, Herr Professor Hahn!

Minister Professor Dr. Hahn: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wir haben eine so reichhaltige Diskussion mit einer Fülle von Anregungen und auch konkreten Forderungen hinter uns, daß es mir unmöglich ist, auf alle Einzelheiten einzugehen. Das würde nur ermüden und wäre wohl auch zwecklos.

Auf ein paar Fragen, die unmittelbar an mich gestellt wurden, möchte ich jedoch kurz antworten. Dann möchte ich einige Punkte hervorheben, von denen ich glaube, daß sie nochmals unterstrichen werden sollten, und schließlich eine allgemeine Bemerkung an den Schluß stellen.

Ein kurzes Wort zu der Frage des Gymnasiums F, wie es Herr Kollege Mikat nennt. Ich habe eine ähnliche Konstruktion vorgeschlagen, nämlich das sogenannte Gymnasium B neben dem Gymnasium A, das in Südwestdeutschland ziemlich stark diskutiert wird. Ich darf auf eine Erfahrung, die wir in Südwestdeutschland gemacht haben, hinweisen. Wir haben seit recht langer Zeit - ich kann es im Moment nicht genau in Jahren angeben - in Süddeutschland das Technische Gymnasium, die Technische Oberschule. Im ganzen Lande gibt es, soviel ich weiß, nur zwei solcher Schulen. Es handelt sich um eine Schule, die Leute aufnimmt, welche meistens über den Zweiten Bildungsweg gegangen sind und dann in die Untersekunda eingeschult werden. Es handelt sich um Leute mit einer Fremdsprache, die dann auch bei dieser einen Fremdsprache bleiben, und mit einem fachgebundenen Abitur. Diese gehen nachher auf die Universität - wo es diese zuläßt - oder auf die Technische Hochschule. Die Fakultäten haben das gar nicht besonders stark beachtet. Wir haben nachprüfen lassen, wie sich diese Leute später im Wirtschaftsleben oder in der Wissenschaft entwickelt haben. Dabei kam heraus, daß es sich um überdurchschnittliche Leute handelt, die sich zum Teil habilitiert haben und heute Ordinarien sind, obgleich sie über diesen Weg gekommen sind. Sie haben oft die zweite Fremdsprache nachgeholt und sind nachher zu ausgezeichneten Leistungen gekommen.

Ich sage das, um Ihnen zu zeigen, daß man noch viele Begabungsreserven — um dieses scheußliche Wort, das üblich geworden ist, zu gebrauchen — erschließen kann, wenn man sich nicht zu eng an die traditionellen Vorstellungen hält, sondern an gewisse Versuche auf diesem Gebiet glaubt.

Zur Frage der Ostkunde: Bei uns bestehen gewisse Kontroversen darüber, ob man die Ostkunde – ich bin selbst aus dem weiteren Osten, aus dem Baltikum – zu einem Fach machen soll, oder ob es nicht richtiger ist, die Ostkunde als ein Prinzip anzusehen. Wir sind uns völlig darüber einig, daß die Fragen des Ostens vitale Fragen für das deutsche Volk sind und bleiben müssen. Wir sind uns aber über diesen Punkt doch nicht ganz einig, daß wir meinen, daraus ein Prüfungsfach machen zu sollen. Ich glaube, daß wir damit der Ostkunde keinen guten Dienst leisten.

Sehr unterstreichen möchte ich die von dem RCDS vorgetragenen Wünsche hinsichtlich der Erhöhung der Beträge für das Honnefer Modell auf 320 DM. Sie wissen, daß die Kultusministerkonferenz dem sowieso zugestimmt hat. Ebenso unterstütze ich den Wunsch auf eine Anhebung der Bemessungsgrundlage. Ich meine, der Parteitag sollte hierzu eine Forderung stellen, die das unterstreicht, damit es bald Wirklichkeit werden kann.

(Beifall)

Desgleichen würde ich es dankbar begrüßen, wenn der Parteitag noch einmal zu dem Verwaltungsabkommen über die Finanzierung neuer Hochschulen Stellung nähme und eine schnelle Realisierung, eine schnelle Aufnahme der Verhandlungen unterstützte. Sie wissen, daß die Kultusministerkonferenz ihrerseits die Meinung geäußert hat, wir sollten nicht das unter den Ländern abgeschlossene Verwaltungsabkommen zurückstellen, bis wir mit dem Bund verhandelt haben, sondern ein Zusatzabkommen schließen, und zwar unter dem Gesichtspunkt, daß bekanntlich eine solche Verhandlung mit dem Bund — es liegt vielfach nicht am Bund, sondern an verschiedenen Seiten — eine lange Zeit in Anspruch nimmt. Wir glauben, daß wenigstens das Verwaltungsabkommen unter den Ländern schon sofort in Kraft treten sollte.

Auch eine Unterstützung unserer Initiative auf dem Gebiet des Bildungsrates dürfte für uns sehr wertvoll sein, schließlich auch das Eintreten für ein Verwaltungsabkommen zwischen den Ländern bezüglich der Ausbildungsförderung, zu dem der Bund eingeladen werden sollte. Gerade dieses Anliegen wird heute überall so überzeugend vertreten, daß wir allen Grund haben, uns dafür auch mit Energie einzusetzen.

Ferner wäre es gut, wenn wir ein Wort zur Leibeserziehung sagten und ebenso zur Mädchenbildung, auch zu den Tagesheimschulen.

Zum Schluß noch zwei allgemelne Dinge, über die gesprochen worden ist. Auf der einen Seite hat Herr Schwarz davon gesprochen, ich hätte

in meinem Referat gegen Schluß gesagt, man möge bildungspolitische Maßnahmen nicht überstürzen. Es ist völlig klar, daß ich nicht meine, daß wir heute nicht handeln sollten. Ich bin sogar der Meinung, daß wir sofort handeln müssen. Und daß wir es auch tun, dafür stehen wir alle, die wir als Kultusminister hier sind, gerade; das weiß man von uns auch, daß wir handeln.

Auf der anderen Seite erscheint es mit sehr wesentlich und wichtig, daß unser Handeln einem geschlossenen Konzept entspricht, d. h. daß wir nicht nur Sofortmaßnahmen treffen, die hier ein Loch stopfen oder dort eine Schwierigkeit überwinden. Vielmehr sollten wir versuchen, immer wieder eine Gesamtkonzeption zu erarbeiten. Dann hätten wir bei unseren Maßnahmen auch eine viel stärkere Überzeugungskraft. Denn wir müssen diejenigen überzeugen, die die Bildungsreform mit tragen, — wenn wir auch nachweisen können, daß wir aus guten pädagogischen Gründen eine Sofortmaßnahme einleiten.

Damit bin ich bei dem letzten Punkt, nämlich bei dem Satz, den ich heute morgen in den Mittelpunkt meines Referats gestellt habe: vom Wohlfahrtsstaat zum sozialen Bildungsstaat. Ich glaube, daß mit diesem Satz die Linie sachgemäß umschrieben ist.

Ich verstehe völlig, wenn Herr Hettinger Bedenken gegen diesen Satz hatte. Aber es geht dabei wirklich um eine Begriffsbestimmung. Meistens versteht man den Begriff "Wohlfahrtsstaat" doch in dem Sinne, daß es der Staat ist, der letztlich die Wohlfahrtsempfänger, die Staatspensionäre bezahlt. Ich will den Staat keineswegs aus seiner Verantwortung entlassen. Aber es geht darum, daß der Staat die Eigeninitiative in der freien Gesellschaft fördert, daß er dem einzelnen zur eigenen Initiative, zur eigenen Verantwortung und damit zur Entwicklung seiner Persönlichkeit verhilft. Er soll ihm dazu helfen, sein eigenes Leben in eigener Verantwortung zu gestalten.

Der Satz "Vom Wohlfahrtsstaat zum sozialen Bildungsstaat" — wobel ich das Wort "sozialen" unterstrichen haben möchte und den freien sozialen Bildungsstaat meine — kann die Linie angeben, die wir in den nächsten Jahren zu verfolgen haben.

(Beifall)

Vorsitzender Dr. Röder: Ich darf Herrn Professor Hahn für sein Schlußwort danken und zugleich für sein vorzügliches Referat von heute vormittag.

Ich danke auch meinen Nachbarn zur Linken und zur Rechten — aus dem Bund einschließlich der Länder; das haben die Länder immer lieber, Herr Kollege Niederalt —, und Ihnen allen, meine Damen und Herren, die Sie zu dieser fruchtbaren Diskussion beigetragen haben.

Wir werden uns jetzt noch im kleinen Kreis zusammensetzen und versuchen, das zu formulieren, was Sie hier vorgetragen haben und dem Parteitag zu übermitteln wünschen. Der Kollege Professor Mikat hat es übernommen, morgen vor dem Plenum als Berichterstatter das alles vorzutragen.

Ich hoffe, daß es uns gelingen wird, Ihren Wünschen zu entsprechen. Ich bitte um Verständnis dafür, wenn bei einer solchen Berichterstattung in einer knapp formulierten Erklärung, die aus diesem Anlaß abgegeben werden soll, nicht alle Einzelheiten berücksichtigt sein können, die heute in der Diskussion vorgetragen worden sind, sondern wir uns auf das Wesentliche dabei beschränken müssen.

Ich meine aber, es ist eine sehr erfreutiche Aussprache gewesen, und danke Ihnen herzlich für Ihre Teilnahme an diesem Arbeitskreis.

Damit schließe ich die Sitzung.

(Beifall)

(Schluß der Sitzung: 17.24 Uhr)

Mittwoch, 31. März 1965

3. Plenarsitzung

(Eröffnung der Plenarsitzung 9.15 Uhr.)

Präsident Stingel:

Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich eröffne die 3. Plenarsitzung des 13. Bundesparteitages.

Bevor wir zu der Ihnen vorliegenden gedruckten Tagesordnung kommen, erteile ich das Wort Frau Dr. Jochmus.

Frau Dr. Hedwig Jochmus: Liebe Parteifreunde! Von dieser Stelle aus sind in diesen Tagen ernste Worte über Berlin, über die Zone und über die Deutschen jenseits von Mauer und Stacheldraht, die heute nicht bei uns sein können, gefallen. Aber, lassen wir es nicht bei diesen Worten bewenden.

Täglich lesen wir in der Zeitung, daß es einzelnen Gruppen, ja, ganzen Familien, gelingt, in die Freiheit zu flüchten.

Wenn sie Wasser, Stacheldraht und Minensperren überwunden haben, haben sie das nackte Leben gerettet. Sicher: Der Staat gibt ihnen Hilfe, wieder eine Existenz aufzubauen. Aber im ersten Augenblick tut schnelle Hilfe not. Um die bemühen sich unsere Berliner Frauen. Wir Frauen aus dem Westen haben zu ihnen eine Freundschaftsbrücke gebildet, auf der wir ihnen die Mittel für diese Hilfe zuleiten wollen.

Wenn jetzt unsere Frauen im Saale die Reihen entlanggehen und Sle um eine Spende für diese Freundschaftsbrücke angehen, so ist es unsere herzliche Bitte, daß Sie Herz und Hand weit öffnen. Helfen Sle uns, zu helfen.

(Starker Beifall)

Präsident Stingel: Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Jochums. Das Präsidium ist daran interessiert, daß der Aufruf einen entsprechenden Widerhall findet.

Meine Damen und Herren! Wir begeben uns nun in die Arbeit des Parteitages. Wir haben gestern die Arbeitskreissitzungen gehabt, und wir haben dort intensiv und sehr lange gearbeitet. Das Plenum soll nun die Berichte über die Arbeitskreise entgegennehmen. Ich erteile das Wort für den Arbeitskreis I – Deutschland, Europa und die Welt – Herrn Prof. Dr. Furler, der einspringen muß, weil unser Kollege Majonica den ganzen Parteitag wegen einer Erkrankung nicht da sein kann.

Bitte, Herr Prof. Furler.

Prof. Dr. Furler: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir haben gestern den ganzen Tag in einem speziellen Arbeitskreis über die Außenpolitik und über die Verteidigungspolitik verhandelt. Wir haben uns an Hand dreier Grundsatzreferate unseres Außenministers, unseres Verteidigungsministers und des Herrn Präsidenten Hallstein mit den Grundlagen unserer Politik, der Politik der CDU, befaßt. Natürlich ist es nicht die Aufgabe eines Berichterstatters, alle Ideen, die geäußert worden sind, im einzelnen zu analysieren. Ich will lediglich das Fazit zlehen, das Ergebnis dessen, was Gegenstand unserer Beratungen war, auch das Fazit dessen, was unsere Außen- und Verteidigungspolitik ist; denn der Parteitag hat einen Anspruch darauf, hier klarzusehen und sich in seinen Diskussionsäußerungen mit diesen Dingen auseinanderzusetzen.

Sicherlich sind die Welt und auch Europa in den letzten Jahren nicht einfacher geworden. Seit wir die Souveränität erhalten haben, seit wir In die europäische Politik eingetreten sind und die Römischen Verträge geschlossen haben, haben sich vielerlei Probleme ergeben. Aber einige Grundhaltungen sind unverändert und müssen unverändert bleiben.

Wenn Ich über die Grundlagen unserer Außenpolitik spreche, dann muß Ich zunächst einmal aufzeigen, wo die Bundesrepublik und wo Deutschland steht, denn die Bundesrepublik spricht auch für alle Deutschen. Da ist zunächst festzustellen, daß sich die Bundesrepublik und damit Deutschland endgültig und unwiderruflich für den Westen entschieden hat. Die Solidarität mit der freien Welt, mit dem Westen, ist unverbrüchlich, und es gibt hier kein Zaudern, keinen Zickzack, und es gibt hier noch nicht einmal ein Rapallo-Denken.

Ich sage dies ausdrücklich — wenn später von unserer Wiedervereinigungspolitik und von gewissen Beziehungen mit Sowjetrußland gesprochen wird —: Es gibt hier keinen Zweifel an unserer klaren und unveränderlichen Haltung. Mit der freien Welt verbindet uns eine Gemeinschaft in den großen Ideen, unter denen wir leben und um die wir in der Außenpolitik und in der Verteidigungspolitik kämpfen. Es geht um Freiheit und Recht.

Mit der westlichen Welt verbinden uns aber auch unsere gemeinsamen politischen Interessen, und es verbindet uns mit ihr vor allem auch die Idee der gemeinsamen Verteidigung unserer Freiheit.

Dieser Punkt der Verteidigung der Freiheit spielte in unseren gestrigen Aussprachen eine besonders entscheidende Rolle. Denn wir sind uns darüber im klaren, daß die Gefahr in dieser Welt, die Gefahr aus der Spaltung, die Gefahr von dem großen kommunistischen Reich und Block des Ostens, nicht geringer geworden ist. Es mag sein, daß im Augenblick die Gefahr eines heißen Krieges nicht unmittelbar akut ist. Aber seien Sie sich darüber im klaren, daß hier ganz plötzliche Wandlungen eintreten können, daß technische, militärtechnische Fortschritte Situationen schaffen können, die die Welt, und vor allem die freie Welt, vor ganz neue Situationen stellen!

Deshalb war es unsere Überzeugung, daß wir in der gemeinsamen Verteidigung unserer Freiheit nicht nachlassen dürfen, daß wir keine Schwäche zeigen dürfen, daß wir in Europa und mit der freien Welt stets wachsam und auch stets stark und bereit sein müssen, uns im Ernstfall wirksam einer Aggression erwehren zu können.

Wir waren der Meinung, daß die Welt sich in den vergangenen Jahren in manchen Punkten neuen Ideen zugewandt hat. Es ist sicher, daß auch wir eine Entspannung der großen Blöcke nicht verhindern wollen. Das wäre ja töricht, töricht von einem Volk, das unmittelbar an der Gefahrenzone liegt, von einem Volk, das durch den Eisernen Vorhang getrennt wird. Wir sind also unmittelbar daran interessiert, daß eine Entspannung eintritt.

Wir sind aber ebenso daran interessiert, daß diese Entspannung nicht zu Lasten unserer nationalen Ziele, nicht zu Lasten der Freiheit jener Deutschen geht, die noch nicht mit uns wieder in einer Einheit und In der Freiheit leben.

Wir sind uns aber auch darüber im klaren, daß diese Entspannung nicht dazu führen darf oder auch nicht damit erkauft werden darf, daß die Situation in diesem mittleren Europa, wo wir Deutschen als Kern stehen, über irgendwelche Vereinbarungen, entspannte Zonen, Hohlräume und ähnliches geschwächt wird, Vereinbarungen, die das militärische Gleichgewicht außer Ordnung bringen könnten. Vereinbarungen, die, wenn man sie verfolgt, in ihren Konsequenzen immer wieder dazu führen würden, daß die Macht des Ostens gegenüber dem Westen noch stärker wird.

Es ist ja auch kein Wunder, daß deshalb diese ganzen Ideen — Rapacki-Pläne usw. — sehr stark gerade vom Osten her vertreten werden. Also keine militärpolitische, keine politische Vereinbarung, die die Verteidigungsposition des Westens, der Bundesrepublik, Europas und der freien Welt schwächen könnte!

Aber in dieser Verteidigungsposition tun wir Deutschen — das ist auch gestern sehr deutlich zum Ausdruck gekommen — unsere Pflicht in vollem Maße. Wir haben im Interesse der allgemeinen Sicherheit unsere ganze Verteidigungskraft, unsere ganze Bundeswehr der NATO unterstellt. Wir haben sie dort hineingeführt, einmal natürlich, um diese Verteidigung, die gemeinsame Verteidigung, zu stärken, dann aber auch, um dieser ständigen böswilligen Propaganda entgegenzutreten, daß wir

Revanchisten seien, daß wir diese Verteidigung aufbauten, um das nur mit friedlichen Mitteln zu erreichende Ziel der Wiedervereinigung evtl. auf anderen Wegen zu erreichen. Es ist einfach nicht wahr, daß wir Revanchisten sind. Alles das, was wir tun, geschieht nur zur legitimen Verteidigung. In diesem Zusammenhang kann ich ferner sagen — obwohl wir nur mit unseren Divisionen und klassischen Waffen ausgerüstet sind —: Es ist auch nicht wahr, daß wir hier die Absicht haben, Verfügungsgewalt über atomare Waffen zu bekommen. Das ist ebenfalls eine Unterstellung, die immer wieder gemacht wird, um unsere politische Position zu gefährden und anzugreifen. Daß wir natürlich im Rahmen dieser NATO beteiligt sein wollen an den Gesamtplänen, die zur Verteidigung ausgearbeitet werden, ist selbstverständlich; denn es geht ja auch hier um unser Schicksal.

In diesem Zusammenhang ein Wort zu unseren eigenen Verteidigungsanstrengungen, ein Wort zur Bundeswehr! Wir können mit Befriedigung, mit Stolz, feststellen, daß unsere Verteidigungswaffe, diese Bundeswehr, in wenigen Jahren aus dem Nichts zu einem wirksamen und modernen Instrument der Verteidigung ausgebaut wurde. Wir haben — das kam gestern auch wiederholt zum Ausdruck — volles Vertrauen zu dieser Bundeswehr, wir, die CDU, die wir ja diese Verteidigungseinrichtungen geschaffen, weiterentwickelt und konsequent verfolgt haben. Ich meine, daß wir auf diesem Gebiet unsere Pflicht getan haben, und der Dank dafür ist, daß wir diese Bundeswehr haben und daß uns mit den Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften die gleichen Gefühle des Vertrauens und der Verbundenheit verbinden.

(Beifall)

Hier darf ich dann noch bemerken, daß wir dies geschaffen und entwickelt haben in einem harten Kampf gegen die Opposition. Das darf nicht vergessen werden. Deshalb, so meine ich, haben wir es auch nicht nötig — wie es auf dem Parteitag der SPD der Fall war —, uns mit vielen Worten und Ideen auseinanderzusetzen, warum und wieso die Bundeswehr so richtig ist und was in Ihr noch getan werden muß. Nein, wir können uns damit begnügen, zu sagen: Wir verweisen auf unsere Taten; wir verweisen darauf, daß wir völlig damit einiggehen, auch mit dem, was an Fortschritten dort noch geschaffen werden soll. Denn diese Bundeswehr ist unser Beitrag zur Verteidigung und damit unser Beitrag zum Frieden der Welt. Der Frieden wird ja nicht durch Schwäche aufrechterhalten, sondern dadurch, daß derjenige, der ihn stören will, mit der Gefahr rechnen muß, daß er hier einer wirklichen Macht gegenübertritt, die das Risiko irgendwelcher militärischer Interventionen zu groß werden läßt.

Und so glaube ich, daß wir gerade auf diesem Parteitag mit Stolz, mit einer Befriedigung auf unsere Anstrengungen zur gemeinsamen Verteidigung blicken können, mit einem Stolz auf unsere Bundeswehr und auch auf diesen Willen zur Verteidigung, den Willen, die Freiheit und das Recht aufrechtzuerhalten gegen äußere Gefahren. Dieser Verteidigungswille des deutschen Volkes muß natürlich einbeziehen die Haltung, den Glauben und die Aktivität unserer Bundeswehr.

Nach dieser allgemeinen Zentrierung unserer außen- und verteidigungspolitischen Lage darf ich auf einige andere außenpolitische Fragen zu sprechen kommen. Wenn wir uns in Europa umsehen, so war es wohl ein erstes und ständiges Ziel unserer CDU und unserer Außenpolitik, etwas grundlegend zu verändern; das sind die Beziehungen mit unserem großen französischen Nachbarvolk, mit dem wir in schweren Konflikten über ein Jahrhundert hindurch gestanden haben. Wir haben konsequent daran gearbeitet, hier in ein Verhältnis der Freundschaft zu kommen. Ich glaube, diese Bemühungen sind uns gelungen. Wir haben heute eine Verbindung mit dem französischen Nachbarvolk, die unwiderruflich eine grundsätzlich andere ist, als die noch zwischen den belden Kriegen war.

Wir haben diese Freundschaft besiegelt und wieder als Ausgangspunkt geschaffen durch den Deutsch-Französischen Vertrag, abgeschlossen durch Konrad Adenauer und den Präsidenten der Französischen Republik, de Gaulle, dem wir dankbar sind, daß er diese Politik der Verbindung der beiden Völker, der Freundschaft, fortgesetzt hat und das begonnene Werk mit Erfolg weiterführt.

Wir sind überzeugt, daß dieser Deutsch-Französische Vertrag ein Instrument ist, das zu einer immer stärkeren Annäherung unserer Völker führt. Wir haben gestern mit Befriedigung festgestellt, daß der Vertrag sich auch in der europäischen Richtung - ich komme noch darauf zu sprechen - bewährt hat und daß wir entschlossen sind, ihn ständig anzuwenden. Es ist das schlechteste, was man tun kann, mit einem steten Mißtrauen an diese Dinge heranzugehen. Das müssen wir der SPD vorwerfen, die immer wieder anzweifelt, ob die Dinge so ernst gemeint sind, auch von der anderen Seite setzt Vertrauen Vertrauen voraus. Wir wollen nicht durch Ressentiments und ständige Zweifel, wie es die SPD tut, dieses Werk irgendwie beeinträchtigen; denn, meine lieben Freunde, diese deutsch-französische Freundschaft ist nicht nur wegen unserer beiden Völker da, sie ist auch eine Grundlage - und das ergibt sich ausdrücklich aus dem Vertrag - unserer europäischen Polltik. Schon Churchill hat 1946 erklärt, das europäische Problem kann auf die Dauer nur gelöst werden, wenn die Deutschen und Franzosen ihre Beziehungen umwandeln, wenn sie zusammenarbeiten. Das ist die Grundlage einer Einigung und einer Kräftigung Europas.

Wir haben auch über die europäische Politik sehr eingehend diskutiert. Sie werden verstehen, daß mich diese Auseinandersetzung mit besonderem Interesse erfüllt hat. Da darf ich sagen, daß wir von der CDU, von unserer großen Christlich-Demokratischen Partei, nach wie vor von den Ausgangspunkten ausgehen, die drei christlich demokratische Politiker

geschaffen haben, unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg, und zwar sind es die Grundlagen, die gelegt wurden von Robert Schuman, de Gasperi und Konrad Adenauer.

Sie haben das neue Europa mitbegonnen. Sie haben – auch ausgehend von den deutsch-französischen Beziehungen – diese größere Gemeinschaft als ein Werk angefangen und uns als Aufgabe weitergegeben.

Wir haben den Durchbruch nach dem neuen Europa auf Grund der Schuman-Deklaration in der Montangemeinschaft erzielt, und zwar mit all den für uns Deutsche auch in unseren deutschen Fragen wichtigen Ergebnissen: Beendigung des Ruhrstatuts, Bereinigung der Saarfragen und all der Dinge, die zwischen Deutschland und Frankreich gestanden haben.

Wir haben dann — auch wieder ausgehend von der grundlegenden Politik der CDU, denn wir haben das alles vorwärtsgetrieben gegen Widerstände, gegen Zweifel — die Römischen Verträge abgeschlossen. Wir haben die Europäische Wirtschafts-Gemeinschaft geschaffen, die einen geradezu epochalen wirtschaftlichen Aufstieg Europas mitverursacht hat; diese Gemeinschaft, die sich immer stärker entwickelt, die zweitgrößte Industrie- und Handelsorganisation in der Welt; diese Gemeinschaft, die nicht nur die Zölle beseitigt und einen Gemeinsamen Markt bildet, nein, die auf allen Gebieten, auch auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik, sich immer enger verbinden will.

Wir haben auch da immer wieder die Zweifler gehört, die sagten: Ihr kommt mit dieser Gemeinschaft nicht an das letzte Ziel! – Man hat uns gezeigt, wie manche Zeiten wieder einmal etwas rückläufig waren. Wir sind jedoch, auf das Ende gesehen, immer weitergekommen.

Ich darf gerade für unsere Außenpolitik, für unsere Europapolitik, feststellen, daß es außerordentlich befriedigend und positiv ist, daß gerade an der Wende der Jahre hier neue Impulse, politische Impulse in der Gemeinschaft, gesetzt wurden. Einmal die Agrarpolitik, diese große Einigung vom 15. Dezember des vergangenen Jahres, die sich auch politisch für die allseitige Entwicklung der EWG ausgewirkt hat und auswirken wird, die auch im Vorblick schon eine gemeinsame Haltung der Länder in dieser berühmten Kennedy-Runde fertiggebracht hat, die dazu dienen soll, den Welthandel zu fördern, die Zölle herabzusetzen, Spaltungen in der Welt und auch in Europa zu vermeiden, mindestens zu vermindern.

Wir haben gesehen, daß diese Gemeinschaft im vergangenen Jahr europäisch manches getan hat, als es sich zeigte, daß in zwei Mitgliedsstaaten schwierige inflationistische, wirtschaftspolitische Verhältnisse entstanden. Sie wurden auch über die Gemeinschaft überwunden. Wir sind nicht nur von einer Inflation aus der Gemeinschaft nicht angesteckt worden. Nein! Wir haben durch diesen neuen europäischen Gemein-

schaftsgeist dazu beigetragen, den Ländern zu helfen, die in diese Schwierigkeiten hineingekommen waren.

Nun verfolgen wir ja das große Ziel der politischen Einigung Europas. Vor uns, vor der Europa- und Außenpolitik der CDU, steht das Ziel der Einheit, auch der politischen Einheit, der europäischen Staaten; Ich will einmal sagen: das Fernziel dieser Vereinigten Staaten von Europa. Wir gehen einen Weg auf dem Gebiete der Wirtschafts- und der Sozial-politik – ein ungemein politischer Weg.

Es wäre falsch, anzunehmen, es seien nur wirtschaftliche Dinge. Es ist offensichtlich, daß es ein politisches Faktum ersten Ranges ist, wenn sechs Staaten — darunter drei große — in diesem Europa, in diesem Kerneuropa auf ein einheitliches Wirtschaftsgebiet zugehen.

Wir wollen aber darüber hinaus auch in diesem Europa die Außenpolitik und die Verteidigungspolitik dieser sechs Staaten — später einmal anderer, die noch dazukommen — aufeinander abstimmen. Das ist der Weg, der auf die politische Union zugeht, die keine Konkurrenz der Wirtschaftsunion sein soll. Nein, sie soll eine neue Sache sein, die danebentritt, auf die wir zugehen.

Es ist von uns dankbar begrüßt worden, daß die Bundesregierung und im besonderen Bundeskanzler Erhard hier unermüdlich an einer Initiative auf dem Wege dahin arbeiten. Wir wollen, daß die Außenpolitik, nach Möglichkeit auch in verteidigungspolitischen Fragen, in eine Koordinierung eintritt.

Meine Freunde! Hätten wir diese außenpolitische Koordination schon bei den Auseinandersetzungen im Vorderen Orient gehabt, dann wäre klar gewesen – das hat sich auch gestern in der Diskussion ergeben –, daß unsere Stellung noch eine viel klarere, gewichtigere und sicherere gewesen wäre.

Wir von der CDU wollen diesen Weg auf eine politische Union hin weiter verfolgen, wissend, daß es nicht einfach ist, wissend, daß wir viele Widerstände überwinden müssen. Aber wir müssen den Anfang machen, mit Konferenzen der Staatschefs, der Außenminister, mit einer ständigen Bemühung um eine Zusammenarbeit, die später auf ein zweites Gebäude hinführen soll, das auf dem Wege zu einem neuen Europa neben der EWG errichtet werden soll.

Ich sage, wir gehen hier konsequent weiter; wir gehen vor allem auf Initiative unserer CDU weiter, der ja die europäische Politik ein Lebensgesetz ist. Wir lassen uns hier von niemandem übertreffen, auch wenn heute die SPD sagt, sie sei auch für diese Dinge. Aber, meine lieben Freunde, wir haben sie begonnen, wir haben sie durchgesetzt, und wir treiben sie auch gegen ein gewisses Mißtrauen ständig vorwärts.

Wir wären natürlich glücklich, wenn wir noch mehr Länder in dieses Kerneuropa hineinnehmen könnten — ich denke an Großbritannien. Leider sind die Verhandlungen gescheitert, aber die europäische Entwicklung geht weiter, und wir wollen nicht den Mut verlieren. Es werden sich Vergrößerungen ergeben. Wir müssen nur mit Geduld und mit Festigkeit weiter darauf arbeiten.

Wenn wir nun das Europa sehen, wie es erstarkt, wie es sich zusammenfindet, wie es schon über die Römischen Verträge hinausgeht, so kommen wir auf ein anderes Ziel unserer Außenpolitik: Dieses Ziel ist die große altantische Partnerschaft, die zwischen einem noch stärkeren Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika gegründet werden soll. Dieses Ziel hat uns Kennedy sehr großzügig aufgestellt, und auch sein Nachfolger verfolgt es. Es sind zwei gleichberechtigte Partner — wirtschaftspolitisch, aber auch allgemein-politisch. Es ist nicht an eine Gemeinschaft mit Institutionen zu denken, sondern wir streben eine gemeinsame Haltung, eine gemeinsame Politik an.

Die Außenpolitik - das haben wir gestern auch beraten - hat natürlich auch einige andere Zonen. Wir haben den Konflikt im Vorderen Orient, wo wir durch Ägypten in einer schlimmen Weise durch die Einladung Ulbrichts provoziert wurden, die alles in Fluß gebracht hat. Wir haben aber auch hier eine klare Haltung durch die Entscheidung, die Bundeskanzler Erhard getroffen hat, die Entscheidung, daß wir mit den arabischen Staaten, aber auch mit Israel, in freundschaftlichen Beziehungen stehen wollen, daß wir uns nicht daran hintern lassen wollen, mit Israel diejenigen Beziehungen zu unterhalten, die unter Staaten selbstverständlich sind und die die überwiegende Zahl der Staaten - sowohl der westlichen als auch der östlichen Welt - hat. Wir können uns da nicht durch Erwägungen, die mit diesem Problem überhaupt zusammenhängen. hindern lassen. Auf der anderen Seite wollen wir mit den arabischen Staaten eine Politik der Freundschaft betreiben. Aber eines ist sicher: Wir können hier unmöglich - ich komme nachher noch darauf zurück - etwas aufgeben, was wir durchsetzen müssen, nämlich die Idee, die Realität, den Gedanken und die Forderung, daß das Alleinvertretungsrecht der Bundesrepublik nicht durchbrochen werden darf; daß wir nicht zwel Staaten haben und daß diejenigen, die einen zweiten deutschen Staat anerkennen wollen, sich in unmittelbare Gegnerschaft zu uns und zu dem Prinzip der Freiheit und der Selbstbestimmung in der Welt begeben.

(Beifall)

Dieser Gedanke durchzieht nicht nur unsere Politik im Vorderen Orient, er durchzieht auch eine andere, sehr wichtige Lebensäußerung der Bundesrepublik: die Entwicklungspolitik, der wir verschrieben sind und die wir anerkennen. Wir kennen unsere Verantwortung für die Gebiete der Welt, die nicht unseren sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt haben. Wir wollen hier helfen, wir wollen hier Opfer bringen. Wir wissen, daß unsere wirtschaftliche Entwicklung uns dazu verpflichtet, in Asien, in Afrika und in Südamerika gemeinsam mit der freien Welt Hand

anzulegen, um die Not bei diesen Völkern zu überwinden. Aber man wird auch verstehen — und das ist eine Forderung, die wir gestern aufgestellt haben —, daß wir unsere Hilfe natürlich lieber und in erster Linie den Staaten und Völkern geben, die mit uns befreundet sind, die mit uns die Ziele der Freiheit und unserer Selbstbestimmung verfolgen.

(Beifall)

Damit komme ich zu einer letzten, allerdings der größten, Frage unserer Außenpolitik: zu dem zentralen Punkt nämlich der Überwindung unserer Spaltung und der deutschen Wiedervereinigung. Es war gestern — in den Referaten der Minister sowohl wie in den Diskussionsbeiträgen — völlig klar, daß hier für uns Deutsche der Kernpunkt liegt, daß wir dazu verpflichtet sind und verpflichtet bleiben, alles zu tun, um zu erreichen, daß die Selbstbestimmung auch für jene 17 Millionen durchgesetzt werden kann, die jenselts des Eisernen Vorhangs gegen ihre Überzeugung und gegen ihren Willen unter einem frenden Regime leben. Wir können von der Verantwortung der vier Siegermächte nicht abgehen. Wir können niemals zwei deutsche Staaten anerkennen. Wir bleiben dabei, daß die Alleinvertretung Deutschlands und der Deutschen bei der Bundesrepublik liegt.

In diesem Zusammenhang – und nur in diesem – sind wir auch der Meinung, daß wir von der vielgenannten Hallstein-Doktrin nicht abgehen können Sie ist nicht Selbstzweck, sie ist auch gar keine doktrinäre Angelegenheit – sie hat in dem Punkt einen schlechten Namen –, sie ist ein effektives Mittel, ja, eines der wichtigsten Mittel, um zu verhindern, daß ein zweiter Staat entsteht und anerkannt wird, und um die Grundlagen unserer Wiedervereinigungspolitik aufrechtzuerhalten.

Deshalb ist es mir auch nicht verständlich, wie man sagen kann - und das muß ich gegenüber der FDP erklären -, man könne von der Hallstein-Doktrin abgehen. Wir können davon nicht abgehen, wir hätten auch gar keinen Vorteil davon. Wir können auch nicht davon abgehen, ohne Gefahr zu laufen, daß die Grundlagen unserer Wiedervereinigungsbestrebungen zerstört werden. Es ist ein ständiges Ringen um diese Durchsetzung der Politik, ein ständiges Ringen um die Verteidigung unseres Alleinvertretungsrechts in der Welt. Wir haben gestern darüber lange diskutiert, und der Herr Außenminister hat hier die Ziele auch wieder völlig deutlich gemacht. Er hat auseinandergesetzt, daß wir diese Grundlagen nicht verlassen können. Er hat auch später etwas zur Zone geäußert, in Worten, die man gleich wieder mißverständlich gefunden hat. Aber das hat er selbst unmittelbar aus der Welt geschafft und all denen die Argumente weggenommen, die gleich wieder versucht haben, hier etwas herauszulesen, was in diesen Worten überhaupt nicht stand.

Wir müssen in der Wiedervereinigungspolitik aktiv bleiben, und ich sage das ganz bewußt. Wir wollen nicht in eine "Müdigkeit" verfallen. Man

darf nicht — und ich richte diese Worte an die Opposition und an Herrn Brandt — eine Art gesamtdeutschen Kleinmut zeigen. Wir müssen hier hart bleiben. Wir müssen von den Mächten die Initiative fordern, die hier die Entscheidung in der Hand haben.

Wir müssen das Thema der deutschen Wiedervereinigung nicht nur in allgemeinen europäischen Entwicklungen – das mag auch dazu kommen – aufrechterhalten, nein, wir müssen dies auch tun in dem unmittelbaren Anspruch, der uns nach Völker- und nach Menschenrecht sowie nach Selbstbestimmungsrecht verbrieft ist.

(Beifall)

Warum soll man Bedenken haben gegen Initiativen, die uns und der Welt zeigen, daß wir hier ganz hart sind, daß wir die Verantwortlichen immer wieder an ihre Verantwortung erinnern, und die Welt immer wieder erinnern, daß hier eines der größten Unrechte geschieht, das einem Volk angetan werden kann? Ich bin überzeugt: Solange nicht dieses Unrecht, die Unterdrückung der Selbstbestimmung, die Zerreißung unseres deutschen Volkes, beseitigt ist, wird es in Europa keine wirkliche Entspannung, keinen wirklichen Frieden, geben, kein Vertrauen, daß die Dinge nun endgültig und gut geordnet sind.

Deshalb sind wir auf diesem Gebiet ganz entschieden. Das schließt nicht aus — und das war auch Gegenstand unserer Debatte —, daß wir eine durchaus aktive Ostpolitik gegenüber Sowjetrußland und gegenüber den Staaten betreiben, die in dem Einflußbereich von Sowjetrußland stehen. Unsere Politik — auch von uns ausgehend —, ist hier weltergekommen. Wir haben diese Handelsmissionen geschaffen, wir haben wirtschaftliche Verbindungen entwickelt, alles immer unter Wahrung unseres Standpunktes in der Frage der Wiedervereinigung. Aber wir tragen dazu bei, daß die mögliche und vielleicht sich schon anbahnende, mehr aufgelockerte Entwicklung in diesem Osten sich immer weiter vollzieht.

Zu der Wiedervereinigungsfrage noch ein letztes Wort! Mit ihr hängt ja auch das Problem Berlin zusammen. Dieses Berlin ist untrennbar mit uns verbunden. Es mußte eine schwere Krise durch die Aggression Chruschtschows — begonnen Ende 1958 — überstehen. Es überstand sie in der Solidarität mit unseren Verbündeten, durch unsere klare Haltung, vor allem aber dadurch, daß wir in dieser Frage nicht allein standen, sowenig wir in der Frage der Wiedervereinigung allein stehen. Ich darf sagen, daß unsere Diskussionen eine Genugtuung darüber durchdrungen hat, daß der Bundestag in der nächsten Woche wieder in Berlin tagt; wir haben dazu ein Recht, und wir werden dieses auch tun.

(Beifall)

Nun, meine Freunde, die Außenpolitik – das war auch gestern klar – ist eine Angelegenheit, die nicht mit Worten allein gemacht werden kann, die komplexer Natur ist, die man mit Geduld und Zähigkeit bearbeiten muß, bei der man aber gewisse Grundhaltungen haben muß. Sie können

eine erfolgreiche Außenpolitik nicht führen, wenn Sie sich nicht mit der Realität auseinandersetzen; sie können sie auch nicht führen, wenn Sie nicht eine klare Grundrichtung haben, Ich glaube, die CDU hat diese klare Grundrichtung gehabt, und sie hat sie auch heute.

Aber zur Führung der Außenpolitik gehören auch eine gewisse Disziplin und eine Einheitlichkeit, einmal bei uns, aber auch bei denen, die mit uns zusammenarbeiten.

Ich habe es als sehr bedauerlich empfunden, daß der Vizekanzler, der Leiter unserer Koalitionspartei, in wichtigen Fragen der Wiedervereinigungspolitik andere Gedanken vertritt als der verantwortliche Bundeskanzler. Ich meine, wir müssen hier zu einer Disziplin und Einheit kommen, nicht nur im Grundsätzlichen, sondern auch in der Art, wie diese Dinge durchgesetzt werden sollen.

(Beifall)

Denn es geht in diesem Punkte, wie unser Parteitagsmotto lautet, um Deutschland, es geht aber nicht nur um Deutschland. Es geht immer auch um Europa und um die freie Welt; aber trotzdem geht es auch um die Bundesrepublik und um das ganze deutsche Volk.

Vorgestern hat der Bundestagspräsident, unser Freund Gerstenmaier, in einer sehr groß angelegten Rede aufgezeigt, wie sich Wandlungen vollziehen und wie sich bei uns. vor allem auch in unserer Jugend, wieder ein neues vaterländisches Denken ausbreitet, und er hat ausdrücklich gesagt -- und das ist auch richtig --, das knüpfe nicht an nationale Vorstellungen, die in schrecklichen Zeiten verzerrt worden seien, nein, das kommt aus dem tiefsten Innern, aus dem Gefühl für Recht, für Heimat und für Vaterland. Es besteht auch nicht die Antithese, hie national, hie international, unter der wir einmal zwischen den beiden Kriegen sehr gelitten haben - nein, es ist ein neues Wiedererwachen dieses vaterländischen Denkens, das bei uns natürlich durch jene schrecklichen Zeiten, durch den Zusammenbruch, scharf in Mitleidenschaft gezogen war. Dieses vaterländische Denken, das erfüllt ist von der Liebe zu unserem Volk, von der Liebe zu diesem sehr durch die und andere Dinge beeindruckten, beschwerten geschlagenen Volk. Aber diese Liebe zum Vaterland schließt sich nicht ab, nein, sie ist heute eingebettet in ein europäisches Gesamtbewußtsein; denn wir wissen als Deutsche, daß wir unmittelbar im europäischen Schicksal stehen, und sie ist eingebettet in die große Gemeinschaft der freien Völker, die sich um die Freiheit, das Recht und die Menschenwürde scharen.

Meine lieben Parteifreunde! Gestern hat sich noch zweierlei gezeigt. Einmal hat sich gezeigt, daß die Grundlagen unserer Außenpolitik und unserer Verteidigungspolitik keine Alternative haben, daß auch die SPD keine Alternative mehr hat; sie hatte früher eine sehr harte Alternative. Denken Sie an die NATO-Politik, gegen die sie war, denken Sie an die

Verteldigungspolitik und all diese Dinge. Die SPD hat diese Alternative aufgegeben, und ich frage Sie einmal: Was wäre heute mit uns, und was wäre geschehen, wenn es gelungen wäre, jene Alternative der SPD vor zehn Jahren durchzusetzen, von der sie heute selbst sagt, sie komme mit ihr nicht mehr weiter! Sie brauchen sich das gar nicht auszumalen; aber es ist für uns doch ein Gefühl der Befriedigung, daß sich hier unsere Gedanken durchgesetzt haben und daß wir nicht umzuwandeln brauchen.

Das zweite, was sich gestern gezeigt hat: Es gibt in dieser CDU keine zwei oder drei außenpolitische Konzeptionen, es gibt nur eine Außenund Verteidigungspolitik der CDU. Das wurde gestern ganz klar, nicht nur im Grundsatz, sondern auch in der Durchführung in den einzelnen Bereichen.

Wir haben hier eine grundlegende, einheitliche Politik. Es wird immer wieder versucht, uns zu sagen, der eine denke so, und der andere denke anders. Denken darf man, aber in der Haltung, in der politischen Auswirkung — das hat die ganztägige Diskussion sehr deutlich gemacht —, gibt es nur eine Einheit unserer Politik, der Politik der CDU, die auch die Politik der Regierung ist, die ja von der CDU getragen wird und die die Politik ist, die einst Konrad Adenauer vertreten hat und die heute unser Bundeskanzler Erhard hier sehr klar und eindeutig und ohne jeden Bruch vertritt. Es ist die Politik, die uns vorwärtsgeführt hat, die der Bundesrepublik die Grundlage der Sicherheit, ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und ihrer Stellung in der Welt gegeben hat. Diese Politik bietet auch die einzige Möglichkeit, darauf zu vertrauen, daß wir im Geschehen dieser Welt auch einmal wieder in Freiheit und in Gerechtigkeit mit den Menschen zusammensein werden, die jenseits des Eisernen Vorhangs leben müssen.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Stingl: Herr Kollege Professor Furier, der Parteitag dankt Ihnen für Ihren so aufschlußreichen Bericht über die Diskussionen von gestern.

Wir fahren in den Berichten fort. Das Wort hat Herr Abgeordneter Hans Katzer für den Arbeitskreis II "Soziale Sicherheit – Stabile Wirtschaft".

Hans Katzer: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Arbeitskreis II hat gestern unter dem Vorsitz unseres Freundes Hellwig getagt und nach Referaten von Herrn Bundeswirtschaftsminister Schmücker, Herrn Bundesarbeitsminister Blank und Herrn Bundesschatzmeister Dr. Dollinger sowie dem Präsidenten der Bundesbank, Herrn Dr. Blessing, eine umfassende und lebhafte Diskussion geführt. Mehr als 40 Redner haben sich daran beteiligt. Ich darf das Ergebnis der Beratungen in acht Punkten zusammenfassen.

Die Union christlicher Demokraten hat im Jahre 1949 gegen den erbitterten Widerstand der Sozialdemokraten die soziale Marktwirtschaft

durchgesetzt. Die sozialwirtschaftlichen Vorstellungen der christlichen Demokraten, schon vor 1949 geprägt, gelten heute so wie gestern und morgen so wie heute.

(Lebhafter Beifall)

Wir brauchen nicht Umschau zu halten, meine Freunde, nach werbewirksamen Parolen. Unser Leitbild war und ist: Im Mittelpunkt der Wirtschaft steht der Mensch, im Mittelpunkt der Wirtschaft steht die Familie.

(Erneuter lebhafter Beifall)

Dieses Leitbild der sozialen Marktwirtschaft, meine Freunde, ist nicht nur deshalb richtig, weil es zu ungeahnten Erfolgen führte, dieses Leitbild ist vielmehr deshalb richtig, weil es die Wirtschaft als Teil der Gesellschaft sieht, weil es das elementare Bedürfnis des einzelnen nach freier Entfaltung seiner Persönlichkeit respektiert und zum Prinzip erhöht und weil es gleichzeitig die Freiheit jedes einzelnen durch eine sozialgerechte Ordnung gesichert sieht.

Die Ordnungselemente dieser sozialen Marktwirtschaft sind Partnerschaft, Eigentum und Wettbewerb.

Und wenn, meine verehrten Damen und Herren, Herr Brandt nach dem Programm der CDU fragt, nun, dann können wir ihm sagen: Dies ist unser Programm, und nicht nur das, wir haben danach gehandelt, und das scheint uns wichtiger zu sein.

(Starker Beifall)

Ich muß mich eigentlich wundern, wieso Herr Brandt nach unserem Programm fragt; denn er müßte doch zumindest wissen, wogegen er jedesmal gestimmt hat, nämlich gegen eben dieses Programm, das wir entwickelt und verwirklicht haben.

(Erneuter starker Beifall)

Meine Damen und Herren, mit der Verwirklichung dieser Ideen haben wir die Klassenkampfideologie des Sozialismus überwunden. Und lassen Sle mich das in allem Freimut hier einmal sagen: Wenn unser Volk heute nicht vom Klassenkampf zerrissen wird, dann verdanken wir das nicht dem neuerdings charmanten Lächeln der SPD, der Arbeiterpartei von gestern, sondern dem Zusammenwirken aller Kräfte und Gruppen, das die Union beispielgebend für das ganze Volk verwirklicht hat.

(Starker Beifall)

Wir haben, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht nur die Klassenkampfideologie des Marxismus und des Sozialismus überwunden, sondern wir haben das gültige Modell einer Gesellschaftsverfassung aufgerissen, das keine Antithese zum Liberlismus oder Sozialismus darstellt, sondern die Synthese zwischen individualistischer und kollektivistischer Einseitigkeit. Sozialer Rechtsstaat, soziale Markt-

wirtschaft und Partnerschaft in Gesellschaft und Wirtschaft sind die drei wechselseitigen Grundpositionen, von denen christlich-demokratische Politik ausgeht.

Nun, meine Damen und Herren, ich möchte, wie angedeutet, das Ergebnis der Diskussion in acht Punkten zusammenfassen:

Erstens: Sowohl der Herr Bundeswirtschaftsminister wie auch der Herr Bundesarbeitsminister und ebenso der Schatzmeister haben eine eindrucksvolle Leistungsbilanz vorgelegt. Es gab Stimmen, die meinten: Nun, immer diese Erfolgsbilanz! – Ich meine, meine Freunde, wenn eine Partei vor Wahlen an die Öffentlichkeit tritt, dann hat sie zuerst einmal die Pflicht, dem Volke Rechenschaft zu geben über das, was geschehen ist.

(Beifall)

und wenn sich dieser Rechenschaftsbericht als eine Erfolgsbilanz darstellt, dann sollte man nicht darüber schweigen, sondern sollte darüber reden.

(Lebhafter Beifall)

Die Zahlen, meine Damen und Herren, sind eindrucksvoll selbst für den Kenner der Materie. Ich kann das alles hier nicht im einzelnen dartun; dazu fehlt mir die Zeit. Nur zwei Hinweise dazu!

Zunächst einmal: Die Bundesrepublik Deutschland ist das drittgrößte Industrieland und die zweite Handelsnation der Welt.

Weiter: Den deutschen Arbeitnehmer schützt das beste soziale Sicherungssystem der Welt.

(Erneuter lebhafter Beifall)

Wenn wir das feststellen, meine Freunde — und darüber waren sich alle Teilnehmer an der Diskussion im Arbeitskreis einig —, so geschieht das nicht etwa, um selbstherrlich zu sagen: Nun, wie herrlich weit haben wir es gebracht! — Nein, wir wissen, daß es noch viele offene Fragen gibt, die zu lösen sind, und eine Partei, die eine solche Verantwortung trägt wie wir, hat den Mut und ebenso die Pflicht, das auch einmal in einem Wahlkampf und in einem Wahljahr offen dem Volk zu sagen. Wir halten nichts davon, diese Dinge ständig zu verschleiern.

(Beifall)

Aber, meine Freunde, wir sagen dies aus zwei Gründen: einmal, um darzutun, daß das alles das Ergebnis der Arbeit des ganzen deutschen Volkes ist, zum anderen, um auch folgendes ebenso deutlich hinzuzuführen, und zwar mit dem Blick auf unsere Landsleute in der Zone, die sicherlich genauso fleißig arbeiten wie wir: Es ist ebenso das Ergebnis einer richtigen Politik, einer Politik, die mit dem Namen Ludwig Erhard unzertrennlich verbunden ist und bleibt.

(Anhaltender starker Beifall)

Ich bitte, den Beifall von meiner Redezeit abzuziehen, Herr Präsident! Er ist nicht auf mich bezogen.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich ein weiteres sagen! Uns geht es um eine langfristig angelegte Politik, nicht um eine Politik von Wahl zu Wahl oder eine Politik von Parteitag zu Parteitag.

Noch ein anderes wurde, so meine ich, zu Recht im Arbeitskreis angesprochen: Man wandte sich gegen das Mokleren über die Wohlstandsgesellschaft. Nun, meine Damen und Herren, diejenigen, die sich am meisten darüber aufhalten, nehmen im übrigen gern die Segnung dieser Marktwirtschaft und dieser Wohlstandsgesellschaft für sich in Anspruch.

(Lebhafter Beifall)

Die Wahrheit ist doch wohl die — und es liegt mir daran, das sehr deutlich hier zu sagen —, wir sind eine Leistungsgesellschaft, die unerhörte Anforderungen an jeden einzelnen stellt und gottlob auf Grund dieser Anforderungen, die sie an den einzelnen stellt, auch mit einem immer stärker zunehmenden Komfort.

Ein zweites lassen Sie mich ansprechen zur Frage der Partnerschaft als einer der zentralen Fragen unserer gesellschaftlichen Ordnung. Die partnerschaftliche Ordnung — das war die übereinstimmende Meinung des Arbeitskreises — hat sich bewährt. Das gilt auch für das Zusammenwirken der sozialen Tarifpartner. Die Versachlichung durch den Sachverständigenrat wird ein übriges dazu tun. Zur Partnerschaft von Arbeit und Kapital gehört — das war, ich sage das mit Freude und Genugtuung, die übereinstimmende Auffassung im Arbeitskreis — die Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Die christlichen Demokraten haben sich stets dazu bekannt. Es gehört zur Grundkonzeption.

Es bestand Übereinstimmung darüber, daß eine Aushöhlung der bewährten Mitbestimmung in allen Formen nicht im Einklang steht mit den Grundvorstellungen der Christlich Demokratischen Union. Übereinstimmung bestand weiterhin darüber, daß für eine weitere Gestaltung der Mitbestimmung im Rahmen veränderter wirtschaftlicher Entwicklungen, nicht zuletzt auch im Blick auf stärkere Konzentration im Rahmen der europäischen Wirtschaft, neue Überlegungen angestellt werden müssen für die Zukunft.

Übereinstimmung bestand auch darüber — lassen Sie mich das ebenso freimütig sagen —, daß die Gewerkschaften — und da ich gegen Verallgemeinerungen bin, möchte ich sehr konkret werden, ich meine insbesondere die Industriegewerkschaft Metall — sehr viel dazu beitragen können, die Voraussetzungen für solche Überlegungen dadurch zu verbessern, daß sie Ihrerseits beweisen, daß es auch ihnen um die Verwirklichung des Partnerschaftsgedankens geht und nicht darum,

parteipolitisch einseitig besetzte Positionen in der deutschen Wirtschaft zu schaffen.

(Sehr starker Beifall)

Wenn wir Mitbestimmung sagen, dann meinen wir auch Mitbestimmung und nicht Alleinbestimmung à la Victor Agartz, den wir gottlob überwunden haben.

(Beifall)

Einen dritten Punkt darf ich ansprechen: Eigentumspolitik. Dieser Frage ist im Arbeitskreis, wie sie verstehen können, ein sehr breiter Raum eingeräumt worden. Seit 1945 hat die Union christlicher Demokraten die Eigentumspolitik zur zentralen Frage unserer gesellschaftlichen Ordnung gemacht: Sparprämien, Wohnungsbauprämien, Volksaktien, Privatisierung von Preußag, und zwar gegen den erbitterten Widerstand der Sozialdemokraten. Und jetzt ist die Privatisierung der Vebag im Zuge der sozialdemokratischen Entwicklung mit einem "Nein" der SPD begleitet. Ich bln überzeugt, auch diese soziale Teilprivatisierung der Vebag wird einen weiteren Eckstein und Baustein setzen in der Eigentumspolitik der christlichen Demokraten.

Darüber hinaus haben wir im Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer von 1961 — das wir in diesen Tagen Im Bundestag novellieren und verbessern werden — unsere Eigentumspolitik vorangetrieben. Und wenn ich vom 312-DM-Gesetz spreche, insbesondere zur Frage der Tariffähigkeit, über die es keine Diskussion im Arbeitskreis gestern mehr gegeben hat, möchte ich auch dem Herrn Bundeskanzler, Professor Erhard, sehr herzlich danken für seine Unterstützung, die er uns gerade in dieser Frage in der Vergangenheit gegeben hat.

(Beifall)

Wir sind auf allen diesen Gebieten weitergekommen, und wir freuen uns über neue Weggenossen, die auf einmal, nachdem sie jahrelang unsere Pläne verworfen haben, nun zu uns stoßen, um offenbar wenigstens am Erfolg unserer Politik teilnehmen zu können.

Aber um die Position hier klarzustellen, meine Freunde: Wir sind gegen jede anonyme Fondsbildung. Wir wollen frei verfügbares persönliches Eigentum in der Hand des einzelnen.

(Lebhafter Beifall)

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, noch dies hinzufügen: Zu Beginn des Bundesparteitags hat das Präsidium — ich bedanke mich sehr herzlich dafür — in einer eindrucksvollen Gedenkstunde der Männer und Frauen der Christlich-Sozialen Arbeitnehmerschaft gedacht, die in der ersten Stunde der Union dabei waren, und ohne die es eine Volkspartel der Christlichen Demokraten nicht gegeben hätte und heute nicht geben würde. Das sollten wir uns in Erinnerung rufen, meine Freunde.

(Lebhafter Beifall)

Ich habe dort gesagt - ich wiederhole es hier -:

"Meine Damen und Herren! Hätte der Gewerkschaftler Karl Arnold im Jahre 1951 auf unserem Karlsruher Parteitag, wo er seine Eigentumspläne vorlegte, damals das Ohr der deutschen Gewerkschaften gehabt, so sähe heute die eigentumspolitische Diskussion bei uns anders aus, denn dann verfügte die Masse der Arbeitnehmer heute schon über ein, wenn auch bescheidenes, aber eigenes Vermögen."

(Lebhafter Beifall)

Meine Freundel Wir wissen, daß persönliches Eigentum größere Freiheit und Sicherheit verleiht. Aber wir wissen sehr wohl, daß eine Eigentumsordnung auch Fragen der Vertreter der Eigentumsrechte aufwirft, Fragen, die in der Aktienrechtsreform, die zur Entscheidung ansteht, gelöst werden müssen

Wir sehen — das kam in unseren Beratungen gestern sehr stark zum Ausdruck — auch das andere Problem, das Kurt Schmücker einmal treffend etwa so formulierte:

"Für breite Schichten der Arbeitnehmerschaft ist die Alterssicherung, wenn auch nicht voll, aber doch weitgehend, gelöst. Es geht darum, der Arbeitnehmerschaft nunmehr den Zugang zum Eigentum zu ermöglichen. Umgekehrt bleibt festzuhalten, daß weite Schichten, insbesondere des Mittelstandes und der freien Berufe, über eine, wenn auch nicht befriedigende Eigentumsbasis verfügen, aber Ihre Alterssicherung unbefriedigend gelöst ist."

Ich möchte glauben – das kam gestern im Arbeitskreis sehr deutlich und nachdrücklich zum Ausdruck –, diese beiden Aufgaben zu lösen, ist die Zukunftsaufgabe der Christlichen Demokraten, die wir mit der gleichen Entschlossenheit anpacken werden, wie wir den Aufbau der deutschen Wirtschaft vorangetrieben haben.

(Lebhafter Beifall)

Grundlage unserer Eigentumspolitik, Grundlage unserer Sozialpolitik, Grundlage unserer Gesellschaftspolitik, meine Damen und Herren — daran muß immer und immer wieder erinnert werden —, ist eine stabile Wirtschaft mit einer gerechten Sozialordnung, ist eine stabile Währung. Dem unverantwortlichen Inflationsgerede begegnen wir mit den Feststellungen, die der Bundesbankpräsident Blessing gestern in sehr großer Offenheit und Klarheit vor dem Arbeitskreis getroffen hat. Er sagte:

"Die D-Mark gilt als eine der besten und härtesten Währungen der Welt. Unsere Währungsreserven sind die zweitgrößten der Welt. Zu keiner Zeit unserer wechselnden Geschichte waren unsere Währungsverhältnisse — im internationalen Licht gesehen — so gut wie heute."

Wir werden das, meine Freunde – das darf ich für den Arbeitskreis als Willen hinzufügen –, auch in der Zukunft sicherstellen.

(Beifall)

Stabile Währung, stabile Wirtschaft, heißt weiterhin hoher Konsum unter Stärkung der Stellung des Verbrauchers.

Dem hohen Kapitalbedarf unserer Wirtschaft entspricht eine hohe Ersparnisbildung. Das Kapital muß dahin fließen, wo es den höchstmöglichen volkswirtschaftlichen Nutzen bringt und dabei einer breiten Eigentumsstreuung dient. Dabei müssen neue Formen, Formen, die der Bundeswirtschaftsminister aufgezeigt hat, des Beteiligungssparens ins Auge gefaßt werden. Und man muß auch den Mut haben zu neuen Wegen, z. B. zu Beteiligungsgesellschaften.

Unsere Vermögenspolitik leistet damit, wie Professor Burgbacher gestern im Arbeitskreis unter großem Beifall nachdrücklich unterstrich, einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung von Wirtschaft und Währung. Solange die Christlich-Demokratische Union regiert, wird es in Deutschland weder Arbeitslosigkeit noch Inflation geben.

(Beifall)

Ich möchte einen fünften Punkt anschließen: Die soziale Sicherung. Hier stehen die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten und die Knappschaftsversicherung im Vordergrund. In sieben Rentenanpassungsgesetzen sind die Renten um 57 Prozent erhöht worden. Darauf sind wir Christlichen Demokraten stolz; denn wir lassen die Rentner teilnehmen am Produktivitätsfortschritt, der von ihnen selbst mitbegründet wurde. Am Schluß unserer Beratungen im Arbeitskreis stand ein Freund aus unseren Reihen, ein Rentner, auf und bat mich, in seinem Namen und Auftrag dem Parteitag den Dank der Rentner dafür auszusprechen, daß sie nicht im Schatten des Lebens stehen, sondern an ihrem Lebensabend voll am wirtschaftlichen Aufstieg teilnehmen können, den wir alle gemeinsam geschaffen haben.

(Beifall)

Nun hören wir, meine Damen und Herren, das Schlagwort von der Volksrente. Die SPD hat es auf ihrem Parteitag verkündet, aber seitdem ist es sehr ruhig geworden. In Fachkreisen wird gemunkelt, es könnte noch kommen. Nun, meine Damen und Herren, wir lassen uns gern überraschen. Wir geben zu keinem Gemunkel Anlaß; wir sagen klipp und klar, was wir können und was wir nicht können. Deshalb sei nachdrücklich gesagt: Eine verantwortungsvolle Politik darf nicht Hoffnungen wecken, die nicht erfüllt werden können.

(Vereinzelter Beifall)

- Ich bedanke mich dafür. Das muß auch in einem Wahljahr deutlich unserem deutschen Volk gesagt werden, und nicht nur das, was es hören will.
(Beifall) Wir sind bereit, in Anerkennung berechtigter Wünsche des Mittelstandes und der freien Berufe die bestehenden und bewährten Einrichtungen der Rentenversicherung für Arbeiter und Angestellte zu öffnen. Aber ich füge mit dem gleichen Ernst und Nachdruck hinzu, daß das angesichts der erworbenen Rechte der Arbeiter und Angestellten nur unter gleichen Rechten und gleichen Pflichten geschehen kann und darf.

(Vereinzelter Beifall)

Die baldige Verabschiedung der Härtenovelle mit der Erhöhung der Pflichtversicherungsgrenze und der Verbesserung der Anrechnung der Naturalleistungen wurde als vordringlich angesehen.

Zur Frage der Lohnfortzahlung und der Krankenversicherung gab es im Arbeitskreis Stimmen, die sich für eine Auflösung des auf dem letzten Parteitag in Hannover — wie Sie alle wissen — beschlossenen Junktims aussprachen. Die Mehrheit hielt allerdings an diesem Junktim fest und sprach sich für eine baldige gleichzeitige Verabschiedung der mindestens drei essenziellen Teile der Krankenversicherungsreform — Versicherungspflichtgrenze, vertrauensärztlicher Dienst und Beitragsrückgewährung — und der arbeitsrechtlichen Lösung der Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfalle mit einem versicherungstechnischen Ausgleich, insbesondere für mittelständische Unternehmungen, aus.

Den sechsten Punkt darf ich der Kürze der Zeit wegen etwas zusammenraffen. Meine Damen und Herren, ich hätte das Kapitel der Aufwendungen gerne etwas länger ausgeführt, weil es mir für die Zukunft entscheidend zu sein scheint. Aufwendungen, so wurde gestern im Arbeitskreis sinngemäß gesagt, für Wissenschaft und Bildung sind nicht Luxusausgaben der Gesellschaft, sondern Investitionen in geistiges Kapital.

Darum sind gezielte Investitionen in die Nachwuchs- und Ausbildungsförderung für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt genauso wichtig wie wachsende Investitionen in unserem volkswirtschaftlichen Produktionsapparat. Wir haben – Ich kann das nur mit einem Stichwort sagen – In dieser Legislaturperiode einiges Grundsätzliche, nicht voll Befriedigendes, aber doch im Ansatz Gutes, vollbracht. Ich erinnere nur an unser Leistungsförderungsgesetz. Hier werden neue Wege aufgezeigt, die wir in Zukunft noch sehr viel mehr berücksichtigen müssen als in der Vergangenheit.

Die moderne Leistungsgesellschaft — das wurde mir ebenfalls aufgetragen, hier zu berichten — darf in ihrem Leistungsstreben nicht übersehen, daß weite Bevölkerungsgruppen nicht unmittelbar und automatisch am wirtschaftlichen Erfolg teilhaben. Das gilt für die Arbeiter, Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst ebenso wie für die Kriegsopfer, die Vertriebenen und Flüchtlinge. Nun, wir werden dafür sorgen, daß diese Schichten und Gruppen auch weiterhin am wirtschaftlichen Aufschwung teilnehmen.

Der Arbeitskreis hat seine Überlegungen schließlich — und damit komme ich zum letzten Punkt — unter die Idee des Gemeinsamen Marktes, das heißt der europäischen Einigung, gestellt. Und da wurde insbesondere das Verdienst der Union und unseres Wirtschaftsministers genannt. Für die anwesenden Journalisten möchte ich sagen: Wirtschaftsminister — in Klammern: CDU. Ich habe heute in einigen Zeitungen etwas gelesen über neue Kabinettslisten, die da im Umlauf sein sollen. —

Der Wirtschaftsminister wurde in seinem Willen und Weg bestärkt, die deutsche Wirtschaft auch für den Gemeinsamen Markt wettbewerbsfähig zu machen. Das gilt gleichermaßen für die Agrarwirtschaft wie für die Energiewirtschaft, im besonderen Sinne für den deutschen Steinkohlenbergbau. Das Ziel unserer Energiepolitik ist eine ausreichende, möglichst billige und sichere Versorgung. Wir müssen aber jene sogenannte Arbeitsteilung ablehnen, die uns Deutschen mit der Kohle die Rolle der Versorger im Bedarfsfalle zuschlebt, zwischenzeitlich aber anderen den Vorteil billiger Energie gibt. Mit dem Fortschritt der Integration verlangen wir auch eine baldige Lösung dieses Gemeinschaftsproblems, und wir hoffen, daß unsere Bereitschaft in der Agrarpolitik den Weg für die weitere Gemeinschaftsarbeit freimacht und auch auf dem Energlegebiet von den Partnern honoriert wird, wenn es um das Wohl und Wehe des deutschen Bergmanns geht.

(Beifall)

Ich komme damit zum Schluß der Darlegungen aus dem Arbeitskreis II. Lassen Sie mich ein letztes Wort hinzufügen. Alle diese Beratungen haben unter der Verantwortung gestanden, die wir hier bei uns für unsere Landsleute in der Zone mittragen. Wir waren uns klar darüber: Jede sozialpolitische Gesetzgebung wird einen wesentlichen Beitrag für den Tag mitleisten, von dem wir alle wissen, daß er kommen wird, wo Freie sich in geheimen Wahlen im ganzen deutschen Vaterland entscheiden, und zwar deshalb, weil sie auf Freiheit und Gerechtigkeit gegründet ist.

(Lebhafter, lang anhaltender Beifall)

Präsident Stingl: Herzlichen Dank, Kollege Katzer, für diesen Bericht. Meine Freunde! Wir haben einen Bericht bekommen, der uns deutlich macht, daß wir, die Christlich-Demokratische Union, einen Wohlstand geschaffen haben, der sich in der Welt sehen lassen kann. Mit um so größerer Erschütterung blicken wir über die Grenzen und haben die Nachricht gelesen, daß in Chile eine Erdbebenkatastrophe das Volk heimgesucht hat. Ich bin sicher, meine Damen und Herren, daß ich in Ihrer aller Namen spreche, wenn ich unseren hier anwesenden Freund Caldera, den Präsidenten der Organisation der Christlich-Demokratischen Parteien Lateinamerikas, bitte, unsere chilenischen Freunde der aufrichtigen Teilnahme des 13. Bundesparteitages der CDU zu versichern.

Darüber hinaus schlage ich Ihnen vor, daß dieser Bundesparteltag die Bundesregierung auffordert, dem chilenischen Volk zur Linderung der ersten Not jede nur mögliche Hilfe zu leisten.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich entnehme Ihrem Beifall, daß Sie mit dem Vorschlag einverstanden sind. Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, Sie haben diesen Beifall vernommen. Ich bitte Sie, den Wunsch zur Kenntnis zu nehmen und in der Bundesregierung dafür zu sorgen, daß die entsprechenden Maßnahmen veranlaßt werden.

(Beifall)

Wir fahren in der Berichterstattung fort. Das Wort zu dem Bericht aus dem Arbeitskreis III hat der Herr Abgeordnete Dr. Ernst Müller-Hermann.

Dr. Müller-Hermann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Der Arbeitskreis III hat sich gestern tagsüber unter der Leitung unseres Freundes Ministerpräsident Meyers mit dem Thema "Gesunde Umwelt — Gesunde Menschen" beschäftigt. Nach Referaten von Frau Minister Schwarzhaupt und den Parteifreunden Minister Lücke und Seebohm hat sich eine sehr lebhafte Diskussion abgespielt, an der über 35 Parteifreunde Anteil nahmen.

Die Fragenkomplexe, die in dem Arbeitskreis behandelt wurden, die Themen: Gesundheit, Wohnungs- und Städtebau, Raumordnung und Verkehr, sind so umfassender Natur, daß es für den Berichterstatter nicht ganz einfach ist, Ihnen einen kurzen Überblick über das Ergebnis dieses Arbeitskreises vorzulegen. Ich möchte in den Vordergrund die einmütige Auffassung des Arbeitskreises stellen, daß Gesundheit, Wohnungswesen und Städtebau sowie Raumordnung und Verkehr für die CDU Aufgaben von zentraler und zukunftweisender Bedeutung sind. Wissenschaftliche Forschung und technische Entwicklungen sollen sicherstellen helfen, daß unsere Menschen die Früchte ihrer Arbeit freudiger und länger in einer gesunden Umwelt genießen können und daß eine erhöhte Ergiebigkeit unserer Wirtschaft die materiellen Voraussetzungen dafür schafft.

Wir wissen, daß die Technik auch zu einer Geißel für die Menschen werden kann, und zwar durch ungesunde Wohn- und Siedlungsstruktur, durch Zivilisationsschäden, durch die tägliche Hetze, durch den Mangel an Entspannung und durch die vielfältigen Unfallgefahren. Hier hat die Vorsorge von Staat und Gesellschaft einzusetzen. Gerade eine Partei, die wie die CDU die Eigenverantwortlichkeit des einzelnen besonders betont, weiß auch, daß die Gestaltung der Umweltbedingungen über die Grenze der Möglichkeiten hinausgeht, über die der einzelne verfügt. Der Staat hat daher das seine zu tun, damit nicht nur die Arbeitsbedingungen, sondern auch die Umweltbedingungen in Wohnung, Heim, Dorf und Stadt und ein modernes Gesundheits- und Verkehrswesen in optimaler Weise zu einem menschenwürdigen Leben beitragen.

In den Jahren nach 1945 hat die CDU dafür gesorgt, daß das deutsche Volk aus dem Nichts heraus eine leistungsfähige Wirtschaft aufbauen und sich einen Wohlstand schaffen konnte, den wir alle nicht für möglich gehalten hätten, und das vielfach gegen den erbitterten Widerstand der Sozialdemokraten. In der Stunde Null ging es der CDU um die Bewältigung des Hungers, um die schnelle Beschaffung von Wohnungen und Unterkünften, um das Dringendste an Kleidung, um die Eingliederung der Vertriebenen, um die Ingangsetzung unserer Wirtschaft. Wir haben inzwischen diese und andere Nahziele erreicht.

Jetzt treten wir in eine neue Phase unseres Aufbaus ein, in der sich auch die Rangordnung unserer politischen Aufgaben verlagert. Die Zukunft erfordert von uns neue langfristige Zielsetzungen. Unser Land muß sich in einem immer härter werdenden weltweiten Wettbewerb der modernen Industrienationen behaupten.

Aber wir müssen darüber hinaus unseren Menschen über den materiellen Wohlstand hinaus helfen, alle körperlichen und geistigen Kräfte zu entwickeln und ihr Leben unter menschengerechten, sich ständig verbessernden Umweltbedingungen gestalten zu können.

Gerade in unserer hochindustrialisierten Umwelt ist daher für uns die menschliche Gesundheit ein ganz besonders zu schützendes Gut.

Die Aufgaben, die durch die moderne technische Entwicklung auf uns zukommen, und, meine Freunde, die ergänzt werden durch Probleme, die in Generationen nicht erkannt und deshalb vernachlässigt wurden, können nur in einem langfristigen Umstrukturierungsprozeß einer Lösung zugeführt werden.

Die CDU wird sich mit aller Energie diesen Zukunftsaufgaben stellen, und sie wird Lösungen anstreben, die insbesondere dort, wo es sich um besonders langfristige Investitionen handelt, schon heute auf die Bedürfnisse abgestellt werden, vor die unsere Gesellschaft im Jahre 2000 gestellt ist. Vergessen wir, bitte, nicht, meine Freunde, daß wir, rückschauend, vom Jahre 1933 ungefähr so weit entfernt sind wie vorausschauend vom Jahre 2000. Daher ist diese Zahl zweifellos angemessen.

Zu keiner Zeit hat es der demagogischen Phrasen der SPD bedurft, um die Aufmerksamkeit der CDU auf die genannten Probleme zu lenken, und Schlagworte vom angeblichen Bildungsnotstand, vom Verkehrschaos, von der Luftverpestung, die mitunter auch von uns übernommen werden und deren sich die SPD so gerne bedient, sind, weiß Gott, kein konstruktiver Beitrag.

(Beifall)

Die CDU hat sich lange vor der SPD auf Bundes- und Landesebene den Problemen der modernen Gesellschaft gestellt, und sie kann auf allen Gebieten bereits heute eine stattliche Erfolgsbilanz aufweisen. Es ist mir ein Bedürfnis, besonders hier in Düsseldorf, auf die Verdienste hinzuweisen, die sich Ministerpräsident Meyers vor langen Jahren auf einem CDU-Parteitag und im Rahmen seiner Landeszuständigkeit um diese Probleme erworben hat.

(Beifall)

Die vollendete Lösung – meine Freunde, darüber müssen wir uns klar sein, und das müssen wir auch der Öffentlichkeit immer wieder sagen – braucht allerdings ihre Zeit. Man kann sich auch nicht, wie die SPD es tut, den Finanzierungsproblemen, die damit zusammenhängen, stillschweigend entziehen.

Die Gesundheitspolitik ist für die CDU ein eigenständiges Gebiet, das die Existenz eines speziellen Ministeriums notwendig macht und auch rechtfertigt. Der Gesundheitszustand unserer Menschen in allen Altersstufen hat sich wesentlich verbessert, und die Lebenserwartung ist, trotz stärkerer Beanspruchung, ständig gestiegen.

Mit Stolz können wir auch feststellen, daß die medizinische Forschung in der Bundesrepublik den Anschluß an die Wissenschaft in der Welt wiedergewonnen hat.

Die ärztliche Versorgung steht hinter vergleichbaren Ländern nicht zurück. Die Gesetzgebung hat das ihre dazu beigetragen, um Seuchen und Volkskrankheiten zu bekämpfen und die notwendige Vorsorge für die Umweltbedingungen zu treffen, soweit die bisherigen Forschungsergebnisse dies zulassen.

Trotz dieser optimistischen Aussage wissen wir, daß noch vieles zu tun übrig ist und bleibt. Ich erwähne hier unter anderem auch das Krankenhauswesen.

Die Gesundheitspolitik der CDU wird in Zukunft noch mehr als bisher darauf gerichtet sein, durch Versorgungsmaßnahmen die Gesundheit zu verbessern. Dazu gehören nicht nur individuelle Maßnahmen zur Vorbeugung und Früherkennung von Krankheiten, dazu gehören auch die Reinhaltung von Wasser und Luft, die Bekämpfung des Lärms, die Verbesserung des Lebensmittelwesens und der Arbeitsbedingungen sowie die Förderung von Erholung und Sport. Ich darf auch darauf hinweisen, meine Freunde, daß sich unsere Fraktion in Abstimmung mit Frau Minister Schwarzhaupt insbesondere darum bemüht, die Abgasbeseitigung von den Kraftfahrzeugen energisch voranzutreiben.

(Beifall)

Schließlich gehören zu einer aktiven Gesundheitspolitik auch die Förderung der medizinischen Wissenschaft und der Ausbau des Krankenhauswesens, wie ich es bereits erwähnt habe.

Aus dem Berich unseres Freundes Lücke kann ich eine besonders erfreuliche und erfolgreiche Bilanz vorweisen, und wir wollten sie auch deutlich der Öffentlichkeit vortragen, meine Freunde.

8,5 Millionen Wohnungen, davon rund 4 Millionen Sozialwohnungen, sind unter der Verantwortung der CDU/CSU gebaut worden.

Seit 1959 wird in der Bundesrepublik in jeder Minute Tag und Nacht eine Wohnung fertiggestellt.

(Lebhafter Beifall)

Damit steht die Bundesrepublik seit Jahren im Wohnungsbau an erster Stelle in Europa.

(Erneuter lebhafter Beifall)

Zweieinhalb Millionen Familien, meine Freunde, sind dank dieser Politik der CDU zu einem Familienheim gekommen. Fast jeder zweite Bürger unseres Landes wohnt heute in einer neuen Wohnung. Die Wohnungen wurden von Jahr zu Jahr besser, größer, familiengerechter.

Die erste Phase "Jedem eine Wohnung" ist bereits weitgehend erreicht. Wir stehen in der zweiten Phase: "Jedem seine Wohnung!"

Für dieses Jahr kann verbindlich eine Wohnungsbauleistung von 550 000 und für die nächsten beiden Jahre eine Bauleistung von mindestens 500 000 Wohnungen vorausgesagt werden.

Es kommt jedoch nicht nur darauf an, daß weiter gebaut wird, meine Freunde, sondern auch darauf, daß ein funktionsfähiger Wohnungsmarkt entsteht. Deshalb haben wir — zum Teil gegen erbitterten Widerstand auch der Sozialdemokraten — das Wohnungswesen in die soziale Marktwirtschaft überführt, um sicherzustellen, daß die dynamischen Kräfte der Marktwirtschaft auch auf diesem Gebiet zum Tragen kommen.

Ein modernes Miet- und Wohnrecht, das jetzt im Bürgerlichen Gesetzbuch verankert wurde, und das neue Wohngeldgesetz sollen gewährleisten, daß künftig das Gut "Wohnungen" rechtlich und wirtschaftlich unter jeglicher Vermeidung von sozialen Härten sichergestellt wird. Ich glaube, es aussprechen zu können: Das Wohngeldgesetz gehört mit zu den großen sozialen Leistungen gerade dieser Legislaturperiode.

(Lebhafter Beifall)

Das verabschiedete Raumordnungsgesetz und das vorliegende Städtebauförderungsgesetz leiten nun eine neue Entwicklung unserer Gesellschaftspolitik ein. Die Neuordnung unserer Städte, die Erneuerung unserer Dörfer im Rahmen einer modernen Raumordnungspolitik stellen eine, Ja, ich möchte sagen, politische Führungsaufgabe ersten Ranges dar, der sich die CDU auf allen Ebenen, beim Bund, in den Ländern und in den Gemeinden, weiterhin mit besonderer Energie widmen wird. Für uns ist die Lösung dieses Problems angewandte Gesellschaftspolitik.

Wir wünschen — das ist auch auf dem Bauernkongreß unserer Partei zum Ausdruck gebracht worden —, das regionale Leistungsgefälle zwischen Stadt und Land besonders in den wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Verhältnissen an- und auszugleichen, d. h. nicht für jeden gleiche, sondern für jeden gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land zu schaffen.

Es kommt uns darauf an, die Elendsviertel in Stadt und Dorf zu beseitigen, neue Erkenntnisse im Städtebau durchzusetzen und insbesondere eine sinnvolle Zuordnung von Wohn-, Arbeits- und Erholungsstätten zu gewährleisten.

Wir sind froh — und ich nenne das als ein Beispiel —, daß durch ein Sonderprogramm des Bundes allein in Berlin 56 000 Wohnungen saniert werden sollen.

Meine Freunde, die CDU wünscht das Planen und Denken in zusammengehörenden Regionen. Das darf, das braucht kein Widerspruch zu dem Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung zu sein. In einer Zeit, in der wir mehr und mehr übernationale Ordnungsvorstellungen entwickeln, müssen wir uns auch in der Bundesrepublik daran gewöhnen, das Denken in zu engen Verwaltungszuständigkeiten durch das Denken in größeren Zusammenhängen und in größeren Räumen zu ersetzen. Die Entwicklung regionaler Ordnungsvorstellungen und die Ausgestaltung der Regionen werden eine der Hauptaufgaben der nächsten Monate und Jahre sein.

Die CDU erwartet und hofft, meine Freunde, daß auch das von der Kommission zur Finanzreform zu erstattende Gutachten den Notwendigkeiten einer modernen Regionalpolitik Rechnung trägt und auch von der Steuergesetzgebung her das Denken in Gemeindegrenzen überwindet. Es muß sich morgen Johnen, Menschen und Familien ebenso wie Gewerbebetriebe anzusiedeln.

Der Wohnungs- und Städtebau ist in besonders hervorragender Weise zur Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand geeignet. Nutzen wir diese Möglichkeit, meine Freunde! Was wir wollen, ist, daß richtig, daß menschengerecht, daß mehr für die Zukunft gebaut wird.

Unsere arbeitsteilige Wirtschaft, aber auch unsere moderne Gesellschaft, sind auf die Mobilität ihrer Glieder, d. h. auf ein leistungsfähiges Verkehrswesen und ein allen modernen Anforderungen entsprechendes Verkehrswegenetz angewiesen.

Auch auf dem Gebiet der Verkehrspolitik müssen wir das Denken in zu engen Verwaltungszuständigkeiten überwinden und die funktionale Einheit des gesamten Verkehrswegenetzes im Auge behalten. So wird auch — was wir immer wieder spüren — der Nutzen der großen Fernstraßenverbindungen geschmälert, wenn Engpässe und Flaschenhälse Im kommunalen Bereich bestehen bleiben. Gerade der hohe Aufwand erfordert den Einsatz der Investitionen künftig noch mehr als bisher nach dem Grade der Dringlichkeit und der volkswirtschaftlichen Erglebigkeit. Meine lieben Freunde, auch auf dem Gebiet der Verkehrspolitik kann die CDU auf große Erfolge zurückblicken. Der Haushalt des Verkehrs-

ministeriums ist hinsichtlich seines Volumens nach Sozialleistungen und Verteidigung der drittgrößte beim Bund.

Die Bundesbahn ist dabei, sich zu modernisieren, und die CDU wird ihr bei dem großen Umstrukturierungsprozeß, dem die Eisenbahnen durch die technische Entwicklung und das Entstehen neuer Konkurrenz ausgesetzt sind, helfen, die ihr gemäße Zukunftsform zu entwickeln.

Aber wir können nicht nur an Eisenbahnen denken. Neben der Bundesbahn brauchen wir leistungsfähige mittelständische Betriebe in der Binnenschiffahrt und im Straßenverkehr.

Unser Wasserstraßennetz befindet sich im Ausbau, und unser Luftverkehr steht in der Spitzengruppe Europas. Die CDU bemüht sich um die Verbesserung der seewärtigen und der Hinterlandverbindungen unserer Seehäfen.

Im Straßenbau steht die Bundesrepublik an der zweiten Stelle in der Welt. Sie gibt für den Straßenbau mehr Geld aus als die übrigen fünf EWG-Staaten zusammen.

(Beifall)

Ich treffe diese Feststellung gerade deshalb, um dem ständigen Gerede der Opposition entgegenzutreten, daß auf dem Gebiet des Straßenbaus durch den Bund nichts geschehe.

(Erneuter Beifall)

Die Zunahme der Motorisierung ist ein Ausdruck unserer erfolgreichen Wirtschaftspolitik, und wenn man uns vielleicht verantwortlich machen könnte dafür, daß noch nicht alle Vorsorge getroffen ist, auch den motorisierten Verkehr aufzunehmen, kann sich der Vorwurf höchstens dagegen richten, daß wir durch unsere Politik einen zu schnellen Motorisierungstrend ausgelöst haben.

(Beifall)

Diesen Vorwurf aber nehmen wir gerne auf uns. Von den über acht Millionen Kraftwagenbesitzern sind mehr als fünf Millionen Arbeitnehmer, auch eine Zahl, die wir mit Stolz in der Öffentlichkeit nennen können.

(Beifall)

Das Bestreben jeder Familie, einen eigenen Kraftwagen — ich möchte beinahe sagen —, mindestens einen eigenen Kraftwagen zu besitzen, ist ein Wunsch von unerhörter Dynamik, den die Politik der CDU zu verwirklichen hilft.

Die CDU ist aber auch gewillt, sich den Folgen zu stellen, die sich aus der dynamischen Entwicklung der Motorisierung ergeben. Das heutige Leben ist ohne den motorisierten Verkehr nicht denkbar. Wir wissen aber auch, daß dieser zu einer ernsten Gefährdung des Menschenlebens führen kann, wenn er sich völlig ungebunden entfaltet. Die hohe Zahl der Unfalltoten ist uns eine ständige Mahnung. Der Unfallbekämpfung werden wir durch Verbesserung der Verkehrserziehung und durch

weitere Intensivierung des Straßenbaues auch in Zukunft größte Aufmerksamkeit zuwenden.

Am Ende der voraufgegangenen Legislaturperiode hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Untersuchung von Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden verlangt. Der vor kurzem vorgelegte Bericht der Sachverständigenkommission muß nunmehr ausgewertet werden. Die CDU sieht darin eine wichtige Aufgabe der kommenden Legislaturperiode. Sie wird darauf hinwirken, meine Freunde, daß gute Straßen das letzte Dorf erreichen, daß die Erschließung des flachen Landes, der revierfernen Gebiete, der Zonenrand- und Grenzgebiete in besonderer Welse durch den Straßenbau gefördert, daß aber auch die Städte bei der Lösung ihrer Verkehrsprobleme gefördert und unterstützt werden.

So hat auch schon in den letzten Jahren die CDU darauf hingewirkt, daß der Straßenbau des Bundes neue Schwerpunkte in den Verdichtungsräumen und im Vorfeld der großen Städte erhält.

Die CDU wird ein besonderes Programm für die Modernisierung des öffentlichen Massenverkehrs, insbesondere des Berufsverkehrs, vorlegen. Der öffentliche Verkehr soll für die Verkehrsnutzer attraktiver gemacht werden und damit — ohne daß wir einen Druck auf den Verkehrsbenutzer ausüben — zu einer Entlastung der Straßen durch eine freiwillige Entscheidung des Autofahrers, vor allem in den Verdichtungsräumen, beitragen.

Wir sind uns darüber im klaren, daß auch das Problem des ruhenden Verkehrs, Insbesondere durch die Förderung privater Initiative beim Bau von Hoch- und Tiefgaragen, einer Lösung zugeführt werden muß. Auch werden wir den Gedanken des Gemeingebrauchs der Straße neu durchdenken müssen. Gerade in den Stadtkernen sollen die Straßen in erster Linie dem fließenden Verkehr dienen.

Meine Freunde! Die Bewältigung der Motorisierung wird nach den Ergebnissen der von mir genannten Sachverständigenkommission Gesamtkosten verursachen, die mit etwa 300 Milliarden DM richtig eingeschätzt sein dürften. Die SPD macht es sich auch hier wie überall zu leicht, wenn sie nur Wunschvorsoellungen anbietet und das Finanzierungsproblem als nicht existent betrachtet. Und die Phrase des SPD-Kanzierkandidaten Brandt, "wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg", in bezug auf Finanzierungsfragen, ist, meine Freunde, in des Wortes wahrster Bedeutung zu billig, um ernstgenommen zu werden.

(Beifall)

Der Herr Bundesverkehrsminister hat gestern im Arbeitskreis wörtlich ausgeführt: Für alle diese in Zukunft auf den Bund zukommenden Aufgaben müssen daher andere oder erhöhte Finanzierungsquellen erschlossen werden. Ich ersehe aus einer heutigen Zeitung, daß daraus die Schlagzeile gemacht worden ist: "Seebohm für höhere Mineral-

ölsteuer." Mir scheint dies eine unrichtige Interpretation zu sein. Von einer Erhöhung der Mineralölsteuer ist mit keinem Wort vom Bundesverkehrsminister gesprochen worden.

Aber, meine Freunde, wir sind uns darüber Im klaren, daß der ungeheure Investitionsaufwand natürlich auch erwirtschaftet werden muß, und alle, die an der Schaffung eines angemessenen und zeitgemäßen Straßennetzes interessiert sind, auch das Nötige dazu beitragen müssen. Die CDU wird in aller Kürze detaillierte und konkrete Vorschläge vortragen, wie sie sich die langfristige Finanzierung dieser und der anderen großen Sozialinvestitionen vorstellt. Ich bin sicher, daß auch heute bereits der Herr Bundeskanzler in seinen Ausführungen dieses Thema mitberühren wird. Ich komme zum Schluß. Gesundheitspolitik, der Bau von Wohnungen, die Raumordnungspolitik, die Erneuerung der Städte und Dörfer, eine zukunftsträchtige Verkehrspolitik entscheiden über unsere Zukunft als Bürger in Freiheit, entscheiden, ob unsere Familien sich gesund entfalten können; sie entscheiden, ob unser Volk sich in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, aber auch im weltweiten Rahmen behaupten und durchsetzen kann.

Die CDU sieht in der Meisterung dieser Aufgaben, denen sie Ende Mai einen besonderen Kongreß in Saarbrücken widmen wird, eine Bewährungsprobe in der Zukunft.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Stingl: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Müller-Hermann, für diesen Bericht. Er befaßte sich auch mit der Gesundheitspolitik. Dem Präsidenten steht es sicher wohl an, jetzt jemandem Gesundheit, Glück und langes Leben zu wünschen, der unter uns ist und heute sein 65. Lebensjahr vollendet. Es ist unser Freund Abgeordneter Bernhard Bauknecht.

(Beifall)

Kollege Bauknecht ist Stellvertretender Vorsitzender des Bundesausschusses für Agrarpolitik unserer Partel, er ist Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Deutschen Bundestages, er ist Präsident des Bauernverbandes von Baden-Württemberg, er ist 1. Vizepräsident des Deutschen Bauernverbandes; fürwahr, der Ämter genug, aber auch der Arbeit genug! Wir kennen ihn aus dem Deutschen Bundestag. Wir wissen, daß er führender Repräsentant der deutschen Agrarpolitik ist, aber daß er es immer verstanden hat, nie elnseitig nur Interessenvertreter zu sein. Herzlichen Glückwunsch, Kollege Bauknecht, auf ein gesundes und langes Leben!

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Wir fahren in der Tagesordnung nunmehr fort. Ich erteile das Wort zum Bericht aus dem Arbeitskreis IV dem Fraktionsvorsitzenden unserer Fraktion in Rheinland-Pflaz, Herrn Dr. Helmut Kohl.

Dr. Kohl: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind in einiger Zeitnot. Deshalb will ich versuchen, den Bericht, den Ich zu erstatten habe, so knapp wie möglich zu halten. Ich möchte aber dennoch um Nachsicht bitten, wenn ich zu einigen Punkten sehr präzise Ausführungen mache, da Ich glaube, daß dieser Bericht in das Gesamtkonzept eines solchen Parteitages notwendigerweise hinelngehört.

Unser Arbeitskreis befaßte sich unter dem Vorsitz von Frau Brauksiepe und den Referenten Minister Dr. Heck, Frau Dr. Gabriele Strecker und Prälat Dr. Schulte mit Fragen der Familie, der alten Menschen und vor allem mit dem Thema "Die Frau in der modernen Arbeitswelt".

Meine Damen und Herren! Diese Themen sind nicht dazu geeignet, in einer scharfen und pointierten Weise hier darüber zu berichten. Sie sind Themen, die sich aber sehr wohl aus dem Selbstverständnis und auch aus der Selbstdarstellung der Christlich-Demokratischen Union heraus ergeben.

Wir waren sehr glücklich, gestern im Arbeitskreis feststellen zu können, daß namhafte Sprecher der deutschen Familienverbände der CDU und den von ihnen in diesen Jahren im Familienministerium tätigen Männern – Franz Josef Wuermeling und Bruno Heck – ihren sehr herzlichen Dank dafür zum Ausdruck brachten, daß es unter der Führung der CDU in den letzten Jahren gelungen ist, für die deutsche Familienpolitik ganz erhebliche Fortschritte zu verzeichnen, daß ein Maximum, wie es wörtlich hieß, des Möglichen erzielt werden konnte.

(Beifall)

Es wurde in diesem Zusammenhang ganz besonders auf die kürzlich verabschiedeten Maßnahmen des Familienlastenausgleichs hingewiesen. Auch das mit Wirkung des morgigen Tages — es ist heute schon mehrmals erwähnt worden — eingeführte Wohngeld wurde sehr nachhaltig begrüßt.

Es bestand in unserem Arbeitskreis Einigkeit darüber, daß der weitere Ausbau des Kindergeldes für das zweite Kind eine der vordringlichsten Aufgaben des neuen Bundestages sein wird, und daß wir heute schon von dieser Stelle des Parteitages aus diese Mahnung unserer neuen Fraktion mit auf den Weg geben wollen.

(Beifall)

Wir sind darüber hinaus der Meinung, meine Damen und Herren, daß das ganze Bündel der Familienförderungsmaßnahmen auf seine weitere Ausbaufähigkeit sehr intensiv überprüft werden muß. Dazu gehört u. a., daß unser Freund Heck als Bundesfamilienminister und unsere verantwortlichen Freunde in den einzelnen Bundesländern sich möglichst bald zusammensetzen, um eine Regelung der Ausbildungsförderung durch ein Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern zu erreichen. (Belfall)

Wir wollen in diesem Zusammenhang auch besonders auf den Ausbau der Ausbildungsbeihilfen an weiterführenden Schulen und – das scheint mir sehr wichtig zu sein – an den Instituten des Zweiten Bildungsweges denken.

In der Diskussion – ich will es hier mit einem kurzen Satz erwähnen – wurde auch darauf hingewiesen, daß die kommunale Familienpolitik eine besonders wichtige Sache sei und daß wir unsere Freunde überall in unseren Stadtrats- und Kreistagsfraktionen auffordern müßten, mit Nachdruck für eine Intensivierung einer familienfreundlichen Politik in den deutschen Städten und Kreisen zu sorgen.

(Beifall)

Ganz allgemein kam in der Debatte zum Ausdruck, daß eine Intensivierung des Erziehungsprozesses auf die Familie hin für uns in der Bundesrepublik und gerade auch aus der Sicht der Christlich-Demokratischen Union von besonderer Wichtigkeit ist. Wir glauben, daß ein solcher Erziehungsprozeß eine entscheidende Grundlage überhaupt dafür ist, daß in weiten Kreisen der Bürgerschaft unseres Vaterlandes das notwendige Verständnis für eine familienbewußte Politik in gesellschaftspolitischem Sinne gefunden werden kann.

Es ist ganz natürlich, daß in einer solchen Betrachtung über die Familie der Blick zum anderen Hauptpunkt unseres Arbeitskreises, nämlich zu den Verhältnissen der alten Menschen in unserer Gesellschaft, hinüberführt. Wir wissen alle — ob wir es beklagen, zugeben, bedauern oder nicht —, daß die Entwicklung und viele Auflösungserscheinungen unserer Gesellschaft in den letzten 40, 50 Jahren dazu geführt haben, daß die Großfamilie zusehends verschwunden ist, daß viele alte Menschen direkt oder indirekt aus ihrem Familienverband ausgeschieden sind, daß sie allein im Leben stehen.

Daraus ergibt sich für uns — das scheint mir ein wichtiges Prinzip christlich-sozialen Denkens zu sein — eine Menge neuer Probleme. Im Verlauf der Diskussion — unser Freund Katzer ging auch schon kurz darauf ein — wurde sehr dankbar darauf hingewiesen, daß es vor allem die Leistung der CDU/CSU war, daß viele alte Menschen heute einen würdigen und gesicherten Lebensabend haben, well durch die Rentenreform die Dynamisierung der Renten und all diese Maßnahmen in den letzten Jahren auch ihnen das Mitleben an unserer und in unserer Gesellschaft ermöglicht wurde. Es wurde auch — und ich will auch die Dankesschuld hierfür abstatten — sehr dankbar vermerkt, daß gerade unser Freund Lücke im Bundeswohnungsbauministerium zugunsten der alten Bürger eine ganze Menge neuer Möglichkeiten geschaffen hat.

(Beifall)

Ich meine, dieser Gedanke sollte in Bund und Ländern noch sehr viel stärker als bislang intensiviert werden, um eine stärkere Bindung staatlicher Bauunterstützungen an solche Haus- und Wohnformen, die auch dem Ein- und Zweipersonenhaushalt ein familiengerechtes Wohnen gestatten, zu bekommen. Wir denken nicht an Altenghettos — Ich darf das ganz klar aussprechen —, sondern an eine vernünftige, den Verhältnissen des Lebens entsprechende Mischung auch der Wohnformen in unseren Städten und Dörfern.

Wir bitten unsere Bundestagsfraktion, ihre Bemühungen fortzusetzen, um baldmöglichst zu erreichen, daß für die Zukunft freiwillige Helfer aus der älteren Generation, die sich bereitfinden, einer Liebestätigkeit in den Wohlfahrtsverbänden nachzugehen, stärkere Anerkennung erlangen. Uns geht es insbesondere darum, daß sichergestellt wird, daß niemandem aus einem solchen Dienst am Nächsten, aus einer solchen Hilfstätigkeit, Nachteile in seinen Rechten der Sozialversicherung oder etwa der Kriegsopferversorgung entstehen. Dieser bürgerschaftliche Dienst, so meinen wir, sollte durch einen ausreichenden Versicherungsschutz im Bereich der Sozial-, der Unfall- und der Haftpflichtversicherung honoriert werden; mit einem Wort gesagt: Ziel der Altenpolitik der Christlich-Demokratischen Union ist es und muß es bleiben, den alten Menschen nicht zu verwalten, sondern ihm die Chance zu geben, im Rahmen unseres ganzen Volkes sein Leben zu führen.

(Beifall)

Der Hauptpunkt unseres Arbeitskreises — und ich halte es für sehr wichtig, daß wir uns auch zu diesem Punkt auf dem Parteitag einige Gedanken machen — war die Stellung der berufstätigen Frau in der modernen Arbeitsweit. Meine Damen und Herren, es wurde in der Diskussion ganz allgemein begrüßt, daß sich die Grundeinstellung zu dieser Frage in Deutschland in den letzten Jahren — und, wir machen uns hier nichts vor: das gilt auch für die CDU — entscheidend gewandelt hat.

Eine gewisse patriarchalische — um nicht zu sagen: altbackene — Betrachtungsweise dieser Frage, die einfach nicht mehr in das Jahr 1965 paßt, hat sich immer mehr verflüchtigt. Die Zeit der Gartenlaube ist in dieser Frage vorbei. Wir sind sehr glücklich, daß bereits auf dem Bochumer Frauenkongreß der CDU im Dezember des vergangenen Jahres die Forderung erhoben wurde — und wir möchten sie heute erneuern —, daß aus dem Wandel der Gesellschaft und des Bildes der Frau in unserer Gesellschaft die entsprechenden Konsequenzen gezogen werden.

Meine Damen und Herren! Es gibt im Augenblick in der Bundesrepublik fast 10 Millionen weibliche Berufstätige, und von diesen 10 Millionen sind über die Hälfte, fast 6 Millionen, verheiratet. Mit einem Wort gesagt: Ohne die Tätigkeit dieser berufstätigen, verheirateten Frauen würde unsere Wirtschaft zusammenbrechen. Das muß man sehen, und das muß man würdigen.

(Vereinzelter Beifall)

Wir wissen auch, daß der Anteil der berufstätigen, verheirateten Frauen in Zukunft weiter ansteigen wird. Angesichts der Zunahme von Frühehen, von sehr jungen Ehepaaren und des Ansteigens der Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen erscheint es uns wenig sinnvoll, diese Berufstätigkeit, wie es hie und da geschieht, auch noch in unseren Kreisen oder in uns nahestehenden Kreisen generell zu kritisieren. Wir meinen vielmehr – und das scheint mir ein wichtiges Ergebnis unseres Arbeitskreises zu sein –, daß alles getan werden muß, um der Frau ihre Doppelaufgabe in Ehe und Beruf zu erleichtern, wenn sie diese Aufgabe wünscht.

Das bedeutet, daß der Ausbildung und der Bildung junger Mädchen – in des Wortes wirklicher Bedeutung – die gleiche Bedeutung zukommt wie der Ausbildung etwa des jungen Mannes.

Um der jungen Frau – und das muß auch gesagt werden – mit kleinen Kindern das von uns gewünschte Ausscheiden aus dem Beruf zu erleichtern, sollten wir ihr die Rückkehr in den Beruf in späteren Jahren nicht verbauen, sondern erleichtern.

(Beifall)

Mir scheint es eine gute Sache zu sein, daß vor kurzer Zeit unsere Bundestagsfraktion einen Antrag mit dem Ziele eingebracht hat, gerade diese Rückkehr der Frau in den mittleren Jahren in das Berufsleben zu erleichtern. Ich will die wenigen Punkte aus dem Antrag hier zitieren. Die Bundesregierung wird dabei ersucht, der Schaffung neuer Berufsbilder in der Alten- und Krankenpflege, der Förderung von Umschulungskursen, Spätlehre und Ergänzungssemestern für akademische Berufe, die Errichtung von qualifizierten Beratungsstellen über die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sowie die Sicherung der finanziellen Voraussetzung für die Einrichtungen entsprechend zu fördern und diese Möglichkeiten voranzutreiben.

Mir scheint gerade in diesem Zusammenhang ein weiteres wichtig zu sein, nämlich auf eine besonders wichtige Gruppe, die Gruppe der alleinstehenden Frauen, hinzuweisen. Der Arbeitskreis war der Auffassung, daß die CDU als Valkspartei der Sondersituation dieser Frauen mit dem gleichen Verständnis – und ich sage das hier mit Nachdruck – entgegentreten muß, wie wir das ganz allgemein gegenüber der Familie tun.

(Beifall)

Das darf nicht aus einer Haltung des Mitleids etwa heraus geschehen, es muß aus einer Haltung des Respekts gegenüber einem wesentlichen und vom Schicksal von manchen Punkten benachteiligten Teil unseres Volkes geschehen.

(Beifall)

Wir glauben, daß wir verpflichtet sind, das Menschenmögliche zu tun, um gerade die alleinstehende Frau besser in unsere Gesellschaft zu inte-

grieren. Das bedeutet, daß auch sie einen Anspruch hat, ihre berechtigten Wünsche in der Steuer-, der Sozial- und der Wohnungspolitik berücksichtigt zu finden. Mit Nachdruck wurde in der Diskussion darauf hingewiesen, daß gerade diese Frauen sich oft genug von der Politik und damit natürlich auch von den Politikern im Stich gelassen fühlen und sich oft als die vergessenen Mitbürger empfinden.

Mir scheint es wichtig, auch in der CDU zu erkennen, daß im Schwanken zwischen dem alten Ideal der ganz aufs Haus und die Familie gestellten Frau und dem neuen der Berufsfrau es vielen Frauen schwerfällt, den rechten Platz in unserer Gesellschaft zu finden. Ich meine, wir könnten dabei gut helfen.

Die Verlängerung des Lebensalters, das vermehrte Angebot am Arbeitsmarkt, die entsprechend steigenden Chancen in unserer Wirtschaft, die Steigerung des Lebensstandards, aber auch das allgemeine Lebensgefühl, der verstärkte Drang eines jeden modernen Menschen, und damit auch der Frau, nach Tätigkeit innerhalb und außerhalb der Famille in den verschiedenen Lebensjahren, hat die soziologische und psychologische Lage der Frau von Grund auf verändert. Wir müssen diesen Erkenntnissen Rechnung tragen. Wir müssen das tun im Verständnis dieses stürmischen Wandels, und wir dürfen die Beschäftigung mit Frauenfragen – das möchte ich zum Schluß in aller Deutlichkeit, und, wenn Sie so wollen, mit aller Schärfe sagen – nicht so vornehmen, daß das sozusagen ein politisches Feigenblatt für die Christlich-Demokratische Union Deutschlands ist, sondern ein wesentlicher Teil des politischen Selbstverständnisses und der Glaubwürdigkeit der Christlich-Demokratischen Politik in Deutschland.

(Beifall)

Da dieser Parteitag unter dem Thema steht "Es geht um Deutschland", scheint es mir wichtig zu sein, daß vielleicht ein Mann aus der jüngeren Generation diese Gedanken auch noch einmal so präzise hier aussprechen durfte.

Präsident Stingl: Vielen Dank, Herr Dr. Kohl, für diesen Bericht.

Wir fahren in der Berichterstattung fort. Ich erteile zum Bericht des Arbeitskreises V Herrn Minister Professor Dr. Paul Mikat das Wort.

Minister Prof. Dr. Mikat: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Politische Parteien profilieren sich nicht durch das, was sie nicht wollen, sondern durch das, was sie wollen,

(Beifall)

nicht durch Negation, sondern durch die positiven Strukturmodelle, die sie der Gesellschaft in diesem unserem Volk für die Zukunft anzubieten haben.

(Beifall)

Ich glaube, das ist das große Leitmotiv, das auch und gerade über einer zukunftsbestimmten christlichen Kulturpolitik zu stehen hat. Meine

Freunde, die Zeiten sind vorbei, wo man Kulturpolitik als einen irgendwie in die Sphäre des Privaten, des Isolierten, entlassenen Bereich sehen konnte. Kulturpolitik lebt in unmittelbarer Beziehung zur gesellschaftlichen Gesamtwirklichkeit. Sie ist im eigentlichen und weitesten Sinne selber Gesellschaftspolitik.

Bekennt man sich zu solchen umfassenden Bezügen der Kulturpolitik und begreift man die Kulturpolitik als einen für die soziale Ordnung unseres Volkes entscheidenden Faktor, dann ist kulturelles Tun soziales Tun, dann ist eine Differenzierung zwischen Kulturpolitik und Sozialpolitik im modernen Staat unsinnig geworden; dann sind die gewaltigen Investitionen, die wir um der Zukunft unseres Volkes willen gerade auf kulturpolitischem Gebiet fordern müssen, ein Akt sozialen Handelns, der einmal über den Rang und die Ranghöhe dieses Volkes in der Welt entscheiden wird.

(Beifall)

Unter diesem Gesichtspunkt, meine Parteifreunde, standen die Beratungen des Arbeitskreises "Schule und Ausbildung — jedem seine Chance", der unter Vorsitz von Ministerpräsident Röder und nach Entgegennahme des großen Referats von unserem Parteifreund Prof. Hahn gestern über Schwerpunkte unserer Kulturpolitik diskutierte. Es ging darum, nicht jedes einzelne mögliche Feld mit Irgendeiner Aussage zu versehen. Dem dienten unsere großen kulturpolitischen Kongresse, zuletzt der Kongreß in Hamburg.

(Bundesvorsitzender Dr. Adenauer betritt den Saal. – Lebhafter Beifall) – Sie glauben gar nicht, meine Damen und Herren, wie die christlichdemokratische Kulturpolitik sich freut, daß auch unser Herr Bundesvorsitzender jetzt hier anwesend ist. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Wir glaubten, einige Leitsätze und Schwerpunkte unseres Handelns in der Zukunft herausstellen zu können, die ich jetzt bekanntgeben darf.

- Der Arbeitskreis fordert die Ausformung unseres Staates zum sozialen Bildungsstaat. Das bedingt wirksamste Bildungsförderung jedes einzelnen bei Wahrung seiner persönlichen Freiheit und unter Berücksichtigung seiner Individuellen Veranlagung. Solche Aufgabe verpflichtet gleicherweise die Staatsgewalt, die freien gesellschaftlichen Kräfte und jeden einzelnen Bürger.
- Zur Förderung einer gemeinsamen gesellschaftsbezogenen Kulturpolitik und im Sinne eines funktionsfähigen Föderalismus ist in
 Zusammenarbeit von Bund und Ländern der seit langem von der
 CDU geforderte Bildungsrat baldigst einzurichten.
- Der Arbeitskreis begrüßt den beabsichtigten Beitritt des Bundes zum Verwaltungsabkommen der Länder zur Finanzierung neuer Hochschulen. Der ständig steigende Bedarf an akademischen Ar-

beitsplätzen verlangt jedoch darüber hinaus weltere großzügige Planungen, um den Forderungen der nächsten Jahrzehnte gerecht zu werden. Hand in Hand mit dem äußeren Aufbau muß die Hochschulreform vorangetrieben werden, insbesondere durch eine den einzelnen Disziplinen angemessene Straffung und Neuordnung der Studiengänge sowie des Ausbildungs- und Prüfungswesens.

- 4. Der Arbeitskreis fordert einen umfassenden und gerechten Ausbau der Hochbegabten- und Begabtenförderung.
- Die F\u00f6rderung von Wissenschaft und Forschung wird in zunehmendem Ma\u00ede nicht nur Staatsaufgabe sein k\u00f6nnen, sondern sollte auch Aufgabe gro\u00dfer Stiftungen sein.
 - Der Anreiz zur Errichtung von Stiftungen für die Wissenschaft sollte durch steuerliche Maßnahmen gestärkt werden. Im Zusammenwirken von Bund und Ländern soll eine umfassende Ausbildungsförderung verwirklicht werden.
- Der Arbeitskreis spricht sich für die Einführung eines siebten Realschuljahres aus. Der Realschulabschluß soll zur schulischen Voraussetzung der Berufslaufbahnen werden, die nicht zwingend ein Hochschulstudium erfordern.

(Beifall)

Diese Forderung bedingt einen großzügigen Ausbau des Realschulwesens.

- 7. Um dem unterschiedlichen Entwicklungsrhythmus der Jugendlichen gerecht zu werden und um jedem die ihm entsprechende Bildung zu vermitteln, wiederholt der Arbeitskreis die Forderung einer welteren Verbesserung der Durchlässigkeit aller Schulformen sowie die Schaffung von differenzierten Bildungsgängen, um den verschiedenen Begabungen gerecht werden zu können.
- Es ist deshalb die Einrichtung von Tagesheimschulen anzustreben, um insbesondere Schülern aus Familien, denen die Bildungswelt der weiterführenden Schulen nicht oder weniger vertraut ist, chancengleiche Entwicklungsmöglichkeiten zu vermitteln.

(Beifall)

 In Zusammenarbeit mit Gemeinden und Lehrerverbänden ist eine intensive und persönliche Bildungsberatung der Eltern anzustreben.

(Beifall)

10. Der Arbeitskreis fordert Schulversuche zur Reform der Oberstufe der Gymnasien. Die Abschlußjahre der Gymnasien sollten als Verbindung zur Universität im Sinne der Vorschläge des Deutschen Ausschusses für das Erzlehungs- und Bildungswesen dienen, dem Schüler eine großzügige und intensive Auswahl der Fächer anzubieten und damit eine echte Vorbereitung auf die künftige Universitätsarbeit ermöglichen.

- 11. In Zusammenarbeit mit Eltern und Gemeinden ist eine umfassende Strukturverbesserung des ländlichen Schulwesens zu fördern. Dem dient insbesondere die Einrichtung vollausgebauter Schulen auf dem Lande und die Bereitstellung öffentlicher Mittel zur Übernahme von Fahrtkosten.
- 12. Der Arbeitskrels fordert eine in allen Bundesländern gemeinsame und der künftigen Arbeitswelt angepaßte Reform unseres berufsbildenden Schulwesens. Das zehnte Vollzeitschuljahr soll als berufsbezogenes Schuljahr angestrebt und zunächst in Versuchen erprobt werden.

Meine lieben Parteifreunde! Wir haben — wie ich sagte — darüber hinaus auch noch weitere Punkte angesprochen. Ich erinnere an den Ausbau unseres Ingenieurschulwesens im Sinne einer Integration in die Europäische Gemeinschaft, an die Förderung des Zweiten Bildungsweges, an die Notwendigkeit der Schaffung besonderer Schulen für geistig und körperlich behinderte Kinder, nicht zuletzt auch an die Notwendigkeit der Ostkunde als eines Unterrichtsprinzips sowohl in den Punkten der Lehrerbildung wie auch unserer Schulen.

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren! Es geht gerade und nicht zuletzt im Bereiche der Kulturpolitik auch um die kulturelle Selbstdarstellung unseres Volkes. Dann können wir, wo immer wir auch Kulturpolitik treiben, Erbe und Verpflichtung gegenüber dem Osten nicht ausklammern! Sie können aus der Kultur dieses Volkes Kant und Herder nicht eliminieren. Hierzu gehört das ganze Deutschland als Auftrag der Bildung für unsere Jugend,

(Starker Beifall)

gerade, wenn und weil sich dieses unser Volk nun in größere supernationale Räume, nämlich in den Raum Europas, integriert. Mit dieser Integration in die Europäische Gemeinschaft stellen sich dann allerdings auch neue Probleme für das Funktionieren eines lebendigen Föderalismus.

Meine Damen und Herren, verschließen wir nicht die Augen vor der Tatsache. Wir bekennen uns zum Föderalismus, aber wir wollen, daß dieser Föderalismus ein funktionierender Föderalismus ist.

(Lebhafter Beifall)

Das heißt, wer die Vielfalt in der Einheit will, der kann nicht daran vorbeigehen, daß dann auch dem Bunde hier zu geben ist, was dem Bunde gebührt, damit wir diese deutsche Kultur als ein Gesamtes in die Gemeinschaft der europäischen Völker einbringen.

(Erneuter lebhafter Beifall)

Damit, meine Damen und Herren, rütteln wir nicht an den Verfassungsstrukturen unseres Grundgesetzes, sondern wollen diese Verfassungsstrukturen mit echtem Leben erfüllen. Der Föderalismus ist kein Selbstzweck, sondern er hat wie jede Staatsform eine dienende Funktion.

(Lebhafter Beifall)

Sie hat er wahrzunehmen.

Und ein Zweites! Wenn die Bundesrepublik sich als einen sozialen Rechtsstaat bezeichnet, dann folgt hieraus die unmittelbare Verpflichtung, die Kultur- und Bildungseinrichtungen, nicht zuletzt im Hinblick auf den Sozialstatus der Bevölkerung, aber auch wiederum im Hinblick auf die künftige Rolle dieses unseres Volkes in einer größeren Gemeinschaft, auszubauen.

Die Amerikaner – die amerikanische Diplomatie hat es neulich einmal sehr deutlich gesagt – haben längst erkannt und gesehen, daß neben die, ja, teilweise an die Stelle der klassischen Mittel der Politik heute die Bildungshöhe eines Volkes in der Welt getreten ist. Wenn es stimmt – und Ich zweifle nicht daran –, daß die großen Schlachten und Auseinandersetzungen der Zukunft die Schlachten des Geistes seln werden,

(Beifall)

die Schlachten der Wissenschaftler, der Forschung, die Schlachten im technischen, aber auch im philosophischen Geblet, dann, meine Damen und Herren, wird hieraus deutlich und sichtbar, welche Verpflichtung eine Nation auf diesem wichtigen Gebiete der Bildungspolitik auf sich zu nehmen hat.

Es geht uns dabei nicht nur — wiewohl auch — um die Frage: Wieviel Techniker, wieviel Lehrer, wieviel Mediziner brauchen wir in der Zukunft? Sondern es geht überhaupt um die permanente Erziehung dieses Volkes. Denn diese strapaziöse und immer strapazierender werdende Zeit wird künftig nur noch der geistige Mensch bewältigen können.

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, klagen wir nicht so viel über den verderblichen Einfluß — hier und da — von Massenmedien und was weiß ich, was man alles nennen könnte! Machen wir unsere Leute, unser Volk, fähig, von unguten Einflüssen nicht überrannt zu werden, sondern sich in souveräner Geistigkeit zu stellen, sich auseinanderzusetzen und wirklich einmal ein Potential der Freiheit in der freien Welt zu werden.

(Beifall)

Das gleiche gilt für die großen Aufgaben unseres Volkes im Hinblick auf die Entwicklungsländer. So wichtig Geld und geldliche Hilfen sind, wichtiger als Geld sind die Menschen, die uns einmal in den Großräumen der Welt vertreten werden

(Beifall)

und die hier helfen. Sie auszubilden, das ist ein Dienst, den eine christliche Partei leisten muß.

Die Verflechtung der Bundesrepublik – so darf ich zusammenfassend sagen – in supranationalen Einheiten, etwa der EWG- oder der OECD-Staaten, bedingt, daß wir die Entwicklung unserer eigenen Bildungseinrichtungen nicht gestalten können ohne Rücksicht auf die Gesamtentwicklung derjenigen Räume, in die die Bundesrepublik sich als Staat integriert hat bzw. integrieren wird.

Und ein Letztes darf ich hier zusammenfassend sagen: Wir alle, meine Damen und Herren — und es hieße Eulen nach Athen tragen, wollte man hier noch Weiteres ausführen —, sind von der Notwendigkeit einer modernen Kultur- und Bildungspolitik überzeugt. Was wir müssen, ist, nun gemeinsam in dieser Bundesrepublik handeln. Und ich will Ihnen eines in aller Deutlichkeit sagen: Ich glaube, es gehört mit zu den integrierenden Aufgaben einer Partei wie der Christlich-Demokratischen Union, hier auch innerparteiliche Gemeinsamkeit sichtbar und Immer wieder zum Ausdruck zu bringen im Handlungsvollzug unseres staatlichen Lebens.

(Lebhafter Beifall)

Der hohe Rang, der der sozialen Frage im 19. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zukam, er bleibt. Aber er bleibt nur dann, wenn er ergänzt wird durch die kultur- und bildungspolitischen Bemühungen, die untrennbar zu ihm gehören.

Die Christlich-Demokratische Union hat vielfach in Manifesten und Dokumenten ihren Weg aufgezeigt. Sie hat zu den je einzelnen Forderungen der Zeit nicht nur allgemeine Appelle, sondern konkrete Lösungsmodelle vorgelegt, die wir in den Ländern und, wie ich hoffe, im ganzen Bund gemeinsam verwirklichen.

Zur Christlichkeit unseres Handelns freilich — das darf ich auch hier wie in Hamburg noch einmal sagen — gehört die Offenheit gegenüber der Zukunft, gehört gleichsam das Vorausspüren der Entwicklungstendenzen, die auf uns zukommen, und die angebrochen sind, gehört die Solidarität unserem ganzen Volke gegenüber, gehört das Gefühl der Brüderlichkeit und die Bereitschaft zum Hinhören auf die verschiedensten Lösungen, gehört der Mut zu Versuchen und zum Experiment.

Ich weiß, es gibt weite Bezirke des geistigen Raumes, von dem man sagt, er bedürfe der Ruhe, aber nicht der Ruhe des Grabes, sondern der Ruhe des schöpferischen Geistes, aus der immer und immer wieder heraus die neuen Initiativen angeboten werden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, eines lassen Sie mich zum Schluß allerdings in allem Ernste sagen! Wir wissen genau, daß wir nicht alle Nöte dieser Welt und dieser Zeit beseitigen werden. Die Haltung unserer Partei ist nicht die Haltung der Utopie, sondern die Haltung des Realismus. Das allerdings impliziert die Bereitschaft, immer und immer wieder in

Beharrlichkeit und Stetigkeit anzutreten, damit es weniger Not, weniger Hunger, weniger Sorge gibt. Es ist die Bereitschaft des Helfens und des Dienens. Parteien sind nicht um ihrer selbst willen da, sondern sie haben eine dienende Funktion. Das gilt gerade und insbesondere auch auf diesem dringlichen Feld der Kulturpolitik. Das, was wir in den letzten Jahren getan haben, war der Wiederaufbau der ersten Phase aus den Trümmern heraus. Wir stehen jetzt in der Weiterentwicklung unseres Bildungswesens, hineln in größere Räume.

Christliche Haltung ist Haltung nach vorn! Die Politik der Christlich-Demokratischen Union, die wir zu bezeugen und zu repräsentieren haben, ist Kulturpolitik nach vorn!

(Lang anhaltender starker Beifall)

Präsident Johnen: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich darf Herrn Kollegen Mikat herzlichen Dank sagen.

Dem Herrn Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen werde Ich ein Buch schenken, das Ich gerade lese. Es ist überschrieben "Der Rebell".

(Heiterkeit)

Damit zeichnet sich das aus, was die Union war, ist und bleiben wird: der Rebell der Zukunft! Das ist die Union. Damit haben wir die Wahlen gewonnen.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich hatte eigentlich die Aufgabe, jetzt unseren Bundesvorsitzenden zu begrüßen, aber immer, wenn ich ihn sehe, geht er weg. Lassen Sie mich daher um so herzlicher begrüßen den Herrn Vizepräsidenten und Bürgermeister Vendroux von Calais

(Lebhafter Beifall)

und den Herrn Generalsekretär Baumel aus Paris von der Neuen Union von Frankreich.

(Beifall)

Monsieur Vendroux, wir kennen uns nicht, aber ich möchte Ihnen ein nettes Wort sagen. Sie sind der Schwager von Herrn de Gaulle. Sagen Sie ihm, so, wie er damals hier in Düsseldorf empfangen worden ist, schlagen die Herzen noch zu ihm.

(Beifall)

Das gilt nicht nur ihm, sondern dem ganzen französischen Volk.

Nun darf ich um Ihre Aufmerksamkeit bitten, es spricht zu uns Herr Dr. Barzel, der Vorsitzende der Bundestagsfraktion der CDU/CSU.

(Sehr starker Belfall)

Mittwoch, 31. März 1965

3. Plenarsitzung

Dr. Gustav Niermann, MdL, Landesminister

Meine Damen und Herren!

Die Landwirtschaft ist als Haupternährungsträger der Bevölkerung auch in der hochindustrialisierten Bundesrepublik ein starker wirtschaftlicher Faktor. Sie steht jedoch — wie in allen fortgeschrittenen Volkswirtschaften — vor der Frage der Anpassung an die dynamische Gesamtentwicklung. Zugleich muß sie sich unter schwierigen Umständen auf die europäische Wirtschaftsgemeinschaft einstellen, die ab 1967 in vollem Umfange wirksam wird. Soll die Landwirtschaft aber zum Wohle der gesamten Bevölkerung leistungsfähig bleiben und im wirtschaftlichen Kräftespiel von Stadt und Land ihre Aufgaben erfüllen, dann müssen wir aus staatspolitischer Verantwortung alles tun, um ihr zu helfen, die Zukunft zu sichern.

Das, meine lieben Parteifreunde, ist der politische Hintergrund, vor dem wir am 4. und 5. März dieses Jahres den Bauernkongreß der CDU in Oldenburg veranstalten. Er stand deshalb unter dem Motto "Gesunde Landwirtschaft — morgen".

Das große Echo, das unser Bauernkongreß in der Presse, im Rundfunk und Fernsehen, aber auch in allen Kreisen der Bevölkerung gefunden hat, zeigt deutlich, wie modern und aufgeschlossen die CDU ihre Agrarpolitik vertritt.

Wir haben den Versuch unternommen, durch wissenschaftliche Vorträge der Professoren Woermann, Kötter und Witt eine fundierte theoretische Ausgangslage für unsere politische Diskussion in den vier Arbeitskreisen

Agrarkredit

Marktstruktur

Agrarstruktur

Bildungs- und Sozialpolitik

zu finden, und meine Damen und Herren, ich darf als Präsident des Kongresses feststellen, daß dieser Versuch voll gelungen ist. Wir werden diese Übung beibehalten und auch — namentlich wegen der sich dabei ergebenden, heute noch gar nicht abzusehenden Möglichkeiten — in Zukunft unsere agrarpolitischen Ziele in enger Verbindung

mit der Wissenschaft verwirklichen. Ich bin der Überzeugung, daß wir aus den Vorträgen der Wissenschaftler politischen Nutzen ziehen können, der unserer Landwirtschaft, aber auch der gesamten Bevölkerung des Bundesgebletes zugute kommt. Auch die Ausführungen der Praktiker und Sachkenner waren für den Erfolg des Oldenburger Kongresses von größter Bedeutung. Ich darf deshalb an dieser Stelle nochmals allen Referenten und Korreferenten des Bauernkongresses in Oldenburg sehr herzlich für ihre Mitarbeit danken.

Ich brauche im Plenum dieses Bundesparteitages nicht besonders darauf hinzuweisen, daß die Landwirtschaft ein Teil der Gesamtwirtschaft ist. Wenn ich aber auf diese oder jene Einzelheit in meiner Berichterstattung über den Oldenburger Bauernkongreß eingehe, dann mit der herzlichen Bitte an Sie, soweit Sie nicht im ländlichen Raum wohnen oder mit der Landwirtschaft verbunden sind, die oft unlösbar erscheinenden Probleme der Landwirtschaft mit politischem Verständnis zu betrachten. Denn nur dann, meine lieben Parteifreunde, können wir unsere deutsche Landwirtschaft sichern und sie in den Gemeinsamen Markt überleiten, wenn wir vorher aus christlicher Überzeugung für unsere Mitmenschen auf dem Lande alles tun, was gegenwärtig möglich ist.

Seit der Vorkriegszeit hat der Bestand an Vollarbeitskräften in der Landwirtschaft fast um die Hälfte abgenommen. Dabei ist zwar die Arbeitsproduktivität erstaunlich gestiegen, und zwar schneller als in Industriezweigen —; aber es hat sich auch gezeigt, daß bei der Abwanderung vom Lande eine Reihe von Problemen aufgetreten ist, mit der wir uns im Interesse der gesamten Wirtschaft beschäftigen müssen.

Auf die Gefahren der immer wieder zitierten "Gesundschrumpfung in der Landwirtschaft" haben mehrere Redner in den Arbeitskreisen in Oldenburg hingewiesen. Ich selbst bin diesem Schlagwort entgegengetreten. Wir stellten übereinstimmend fest, daß als Folge der Abwanderung vom Lande die Überalterung in der Landwirtschaft in besorgniserregendem Maße zugenommen hat und daß das wirtschaftliche und soziale Gefälle zwischen Stadt und Land immer mehr nach Ausgleich drängt.

Der Bauernkongreß hat deshalb folgende Anregungen gegeben:

Es sind dringend Maßnahmen erforderlich, um ein wirtschaftlich ausgewogenes Verhältnis zwischen den sogenannten Verdichtungszentren mit heute bereits 40 Prozent der gesamten Bevölkerung der Bundesrepublik und den vorwiegend landwirtschaftlich strukturierten Räumen zu schaffen und zu erhalten. Wir christlichen Demokraten sind der Auffassung, daß die Maßnahmen der Agrarpolitik, der Raumordnung und der Bildungs- und Sozialpolitik zusammengefaßt werden müssen, wenn die ländliche Welt und der bäuerliche Berufsstand wieder attraktiver, leistungsfähiger und damit gesünder werden sollen.

In den Arbeitskreisen des Bauernkongresses in Oldenburg haben wir deshalb nach praktischen Lösungsmöglichkeiten gesucht, und — das darf ich mit Genugtuung feststellen —, auch neue Wege gefunden. Die Referate der bekannten Professoren Woermann, Kötter und Witt brachten dazu ausgezeichnete Hinweise. Die Möglichkeiten zur Verbesserung der Agrarstruktur, die zum Teil auch die Verbesserung der Marktstruktur, die Fragen des Agrarkredites sowie der Bildungs- und Sozialpoltik einschließen, standen in allen Arbeitskreisen im Mittelpunkt der Beratungen.

Die Delegierten dieses Kongresses waren einmütig der Auffassung, daß zur Überwindung des wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Gefälles zwischen Stadt und Land vor allem die Ausstattung der Dörfer mit modernen Verkehrseinrichtungen und Straßen, der Ausbau der Schulen und Bildungseinrichtungen sowie die Förderung der öffentlichen Versorgungseinrichtungen und der Gesundheitsvorsorge notwendig sind.

Ziel der Agrarpolitik der CDU ist — und das wurde in Oldenburg bestätigt — die Schaffung und Erhaltung genügend großer bäuerlicher Betriebe mannigfacher Art. Die besonderen Bemühungen der CDU gelten auch der Erhaltung und Sicherung der Neben- und Zuerwerbsbetriebe sowie der Schaffung breitgestreuten Eigentums im ländlichen Bereich.

In Oldenburg wurde betont, daß es in Zukunft vor allem auf die Koppelung und sinnvolle Zusammenfassung aller Einzelmaßnahmen der Agrarstrukturverbesserung ankommt, die mit einer Verbesserung der Marktstruktur koordiniert werden müssen. In diesem Zusammenhang muß Ich betonen, daß für die Zukunft die Ergänzung und Änderung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen anzustreben ist, damit die Aufstellung mittelfristiger Haushalte ermöglicht werden kann. Denn nur auf diese Weise ist die unbedingt notwendige größere Elastizität in der Mittelverwendung zu erreichen. Dadurch würde zugleich verhindert, daß alle Jahre wieder aus haushaltsrechtlichen Gründen Mittel verfallen, die im Grünen Plan für die Landwirtschaft ausgewiesen sind.

Damit das langfristige Programm der Agrarstrukturverbesserung schneller fortgeführt und durchgesetzt werden kann, halten wir eine Aufstockung der Mittel für die Althofsanierung und für Aussiedlungsmaßnahmen für dringend erforderlich. Das gleiche gilt auch für die freiwilligen und beschleunigten Verfahren der Flurbereinigung.

Meine Damen und Herren, gerade für diese Investitionen sind noch erhebliche finanzielle Mittel erforderlich. Experten schätzen allein das Kapital, das die deutsche Landwirtschaft in den nächsten zehn Jahren für Neuinvestitionen an Maschinen sowie für Wohn- und Wirtschaftsgebäude braucht, auf etwa 40 Milliarden DM. Diese Summe erscheint auf den ersten Blick enorm hoch. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen aber deutlich, mit welchen Maßstäben wir rechnen müssen, sie zeigen aber auch, daß die bisher angelegten Gelder bereits gute Früchte getragen haben. Die Landwirtschaft hat ihre Leistungen in einem vorher

nle für möglich gehaltenen Ausmaß gesteigert. Unser Parteifreund Bundesminister Schwarz legte in Oldenburg die bedeutenden Erfolge der bisherigen Agrarpolitik dar. Er wies nach, daß die Milliarden, die der Steuerzahler in den letzten Jahren für die Landwirtschaft aufgebracht hat, nicht in ein Faß ohne Boden gegangen sind. Tatsächlich wurden die Strukturverhältnisse beachtlich verbessert. Die Produktion ist in erheblichem Umfang rationalisiert und mechanisiert worden. Die Veredlungserzeugung und die Sonderkulturen wurden weiter ausgebaut.

Ich darf an dieser Stelle Herrn Professor Woermann zitieren, der In Oldenburg sagte: "Wenn man das Ergebnis des Verhaltens der Landwirtschaft als Teil der Gesamtwirtschaft im wirtschaftlichen Wachstumsprozeß sowie die durch das Wachstum ausgelösten und von der Landwirtschaft bereits vollzogenen Anpassungen in einem Satz global zusammenfassen will, so ist zu sagen: Die Leistung der Landwirtschaft bestand darin, daß sie mit einer um reichlich 40 Prozent verringerten Zahl von Vollarbeitskräften eine um 60 Prozent höhere Brutto-Produktion an Nahrungsmitteln erstellte. Damit stieg die Arbeitsproduktivität, gemessen an der Bruttoerzeugung, je Beschäftigten um 150 Prozent."

Ohne die Hilfen des Staates wäre diese imponierende Leistungssteigerung in der Landwirtschaft nicht möglich gewesen, meine Damen und Herren. Darauf hat auch der Herr Bundeskanzler anläßlich des Bauernkongresses der CDU hingewiesen.

Seit 1956 hat der Bund mit den Grünen Plänen etwa 17,2 Milliarden DM aufgewendet. Wenn der Abstand zwischen dem in der Landwirtschaft erzielten Lohn und dem gewerblichen Vergleichslohn allein in den letzten beiden Jahren von 38 Prozent auf 21 Prozent zurückgegangen ist und damit den günstigsten Stand seit dem Inkrafttreten des Landwirtschaftsgesetzes erreicht hat, dann ist das eine Folge der unternehmerischen Leistung unserer Bauern und der weitschauenden Agrarpolitik der CDU und der Bundesregierung.

Der Herr Bundeskanzler hat versichert, daß die Bundesregierung sich auch in Zukunft mit großem Verantwortungsbewußtsein der Sicherung der Existenzverhältnisse in den ländlichen Gebieten annehmen wird und daß die marktwirtschaftliche Ordnung uns verpflichtet, den Bauern dieselben Erfolge zu ermöglichen, die ihre Mitbürger in der gewerblichen Wirtschaft bereits erreicht haben.

Meine Damen und Herren, wir Christlichen Demokraten betrachten die Förderung der Landwirtschaft durch den Staat als Hilfe zur Selbsthilfe. Damit entsprechen wir den Zielsetzungen der Sozialen Marktwirtschaft, die vor den wirtschaftlichen Erfolg das eigene Bemühen setzt. Die persönliche Initiative und die Erfolge unternehmerischer Tätigkeit in der Landwirtschaft zeigen sich nicht zuletzt auch in den mannigfachen Formen überbetrieblicher Partnerschaft. Sie zeigen sich außerdem In

den Bemühungen um die Errichtung eines Marktstrukturfonds in der Bundesrepublik.

Solche Fonds arbeiten in einigen EWG-Ländern, wie Frankreich und Holland bereits seit Jahren mit größtem Erfolg. Wegen der beschleunigten Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes zum 1. 7. 1967 muß auch bei uns ein solcher Fonds unverzüglich eingerichtet werden. Wir wollen für unsere Landwirtschaft die gleichen Chancen, wie sie unsere EWG-Partner und einige Drittländer ihrer Landwirtschaft bieten.

Unser landwirtschaftliches Angebot am Markt ist zu stark zersplittert. Die Nachfrage seitens des Handels aber hat in den letzten Jahren solche Dimensionen angenommen, daß sie heute bereits zu mehr als 90 Prozent bei Handelsketten und sonstigen Großbetrieben des Handels konzentriert ist. Wir Christlichen Demokraten ziehen daraus die Folgerung, daß wir alle Anstrengungen der Landwirtschaft unterstützen müssen, das Angebot der Nachfrage anzupassen.

Mit anderen Worten: Das Angebot sollte ebenfalls konzentriert werden. Unsere bäuerlichen Betriebe kommen auf diese Weise den Wünschen des Handels und der Verbraucher nach großen Posten gut sortierter Qualitätsprodukte entgegen und erhalten damit die Möglichkeit, ihre Stellung am Markt entscheidend zu verbessern.

Auch andere Parteien haben sich in letzter Zeit für die Verbesserung der Marktstruktur eingesetzt. Ihre Entwürfe werden iedoch von uns für unzureichend gehalten. Die Förderung von Erzeugergemeinschaften und die Zahlung einer Strukturverbesserungsprämie - Maßnahmen, die die SPD aus dem Entwurf des Bauern- und Raiffeisenverbandes aus wahltaktischen Gründen übernommen hat - können ohne besonderes Gesetz auch im Rahmen der Grünen Pläne vorgenommen werden. Sie geben der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft aber nicht das dringend benötigte Instrumentarium, das sie braucht, um sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten. Dieser Sachverhalt wurde in Oldenburg noch einmal klar herausgestellt. Wir Christlichen Demokraten wollen - und das darf ich ausdrücklich betonen - mit einem Marktstrukturfonds keine Sonderrechte, sondern nur gleiche Wettbewerbschancen im Gemeinsamen Markt, Ich darf Ihnen in diesem Zusammenhang mitteilen, daß sich als erfreuliches Ergebnis, als eine Konsequenz der Auswirkungen des Bauernkongresses in Oldenburg, die CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages am 24. März einmütig hinter den im Bundesagrarausschuß der CDU erarbeiteten Gesetzentwurf über die Errichtung eines Marktstrukturfonds für die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft gestellt hat. Dies ist nicht zuletzt dem unermüdlichenEinsatz unseres Freundes Detlev Struve zu verdanken, der mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Herrn Barzel, die letzten abschließenden Gespräche mit berufsständischen Vertretern und Vertretern der gewerblichen Wirtschaft, insbesondere des Deutschen Industrie- und Handelstages, geführt hat.

Wenn die deutsche Landwirtschaft und die deutsche Ernährungswirtschaft auf der Grundlage unseres Gesetzes eine bessere Ausgangslage im Wettbewerb des Gemeinsamen Marktes bekommt, dann sollten wir allen Politikern, aber auch Wissenschaftlern, die an diesem Gesetzentwurf mitgearbeitet haben, unseren herzlichen Dank sagen.

Der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirtschaft dienen ferner die Mittel für die sogenannte Vorfeldbereinigung, deren Bereitstellung von den Delegierten des Oldenburger Bauernkongresses einmütig begrüßt wurde. Diese Mittel, einschließlich der ab 1966 vorgesehenen Erhöhung, bedürfen nach Meinung des Arbeitskreises Marktstruktur der gesetzlichen Absicherung. Gleichzeitig wurde vorgeschlagen, daß die Einkommen der in der Landwirtschaft tätigen Menschen bei den noch ausstehenden Entscheldungen des EWG-Ministerrates über die Marktordnungen und die Angleichung weiterer Agrarpreise gewährleistet bleiben müssen. Die deutsche Landwirtschaft darf nicht durch neue Preiszugeständnisse auf noch höhere Ausgleichszahlungen verwiesen werden.

Meine Damen und Herren, die umfangreichen finanziellen Mittel, die für den raschen und tiefgreifenden Umstellungsprozeß selt der Währungsreform in der Landwirtschaft erforderlich wurden, konnten nur zum Teil von den bäuerlichen Betrieben selbst aufgebracht werden. Ich brauche nicht besonders hervorzuheben, daß die Selbstfinanzierung, die in den Betrieben der gewerblichen Wirtschaft namentlich in Zeiten der Hochkonjunktur praktiziert wird, in der Landwirtschaft nich in gleichem Umfang möglich ist, weil sie sehr bald an die Grenzen stößt.

Die Landwirtschaft ist deshalb sehr stark auf die Aufnahme von Fremdkapital angewiesen, und man kann wohl sagen, daß der Agrarkredit in der Landwirtschaft zu einem entscheidenden Betriebsmittel geworden ist. Dieser Entwicklung ist der Bund mit unserer Unterstützung im Rahmen seines Zinsverbilligungs-Programms mit dem 3prozentigen Hofkredit gerecht geworden. So wurden allein im Jahre 1964 1,9 Milliarden DM neu aufgenommener Hofkredite zinsverbilligt.

Wir haben in Oldenburg betont, daß die Funktionsfähigkeit des Hofkredits neben der Bereitstellung ausreichenden Fremdkapitals zu angemessenen Konditionen auch von einer rentablen Kreditverwendung im landwirtschaftlichen Betrieb abhängig ist. Als wichtige Voraussetzung für einen sinnvollen Krediteinsatz betrachten wir zuverlässige Kalkulationen auf der Grundlage möglichst umfassender Aufzeichnungen und eine leistungsfähige Beratung. Die Landwirtschaft sollte mehr als bisher von diesen betriebswirtschaftlichen Möglichkeiten Gebrauch machen. Die Koppelung des Hofkredits mit bestimmten Auflagen lehnen wir jedoch ab.

Die Delegierten des Bauernkongresses sahen darüber hinaus die Konsolidierung kurzfristiger hochverzinslicher Kredite als eine wesentliche

Hilfe zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage zahlreicher bäuerlicher Betriebe an. Die auf diesem Gebiet eingeleiteten Maßnahmen sollen beschleunigt fortgesetzt werden.

Im verschärften Wettbewerb auf den europäischen Agrarmärkten kommt auch dem Ausbau der Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen eine wachsende Bedeutung zu. Der Bauernkongreß hat deshalb empfohlen, das Bildungsinteresse in der Landwirtschaft durch Informationen und Aufklärung zu stärken. Nur eine Vermehrung der geistigen Investitionen wird es der deutschen Landwirtschaft ermöglichen, sich ohne Schaden im Gemeinsamen Markt zu behaupten. Die in ländlichen Gebieten noch wenig gegliederte Volksschule soll nach Auffassung des Arbeitskreises ausgebaut werden und dazu beitragen, die Bildungsreserven zu mobilisieren. Auch der Besuch weiterführender Schulen, der im ländlichen Raum manche Schwierigkeiten verursacht, muß gefördert werden.

Zur sozialen Sicherung der in der Landwirtschaft tätigen Menschen wurde in den Arbeitskreisen des Oldenburger Bauernkongresses erklärt, daß zusätzliche Hilfen gewährt werden müssen. Familienhilfen und Besitz reichen zur sozialen Sicherung bäuerlicher Betriebsinhaber in vielen Fällen nicht mehr aus. Auch im Hinblick auf günstigere Regelungen in benachbarten Ländern muß den sozialpolitischen Maßnahmen mehr Beachtung geschenkt werden. Begrüßt wurde vom Kongreß die weitere Verbesserung der Leistungen in der Unfallversicherung für den Betriebsinhaber und seine Familie.

Notwendig ist auch der organische Ausbau der Altershilfe. Infolge unserer Initiative konnte das Altershilfegesetz für Landwirte bereits wiederholt verbessert werden. Die letzte Novelle zu diesem Gesetz bringt eine beachtliche Erhöhung des Altersgeldes für Verheiratete von 100 DM auf 150 DM und für Ledige von 65 DM auf 100 DM. Ein wesentlicher Fortchritt ist auch die Einbeziehung von Maßnahmen zur Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit oder Abwendung drohender Erwerbsunfähigkeit. Während des Heilverfahrens können die Altersklassen dem Betriebsinhaber Betriebshelfer als Ersatzkräfte stellen.

Für die Bäuerin als Mitunternehmerin muß nach Auffassung der CDU eine ähnliche Lösung ermöglicht werden. Der Einsatz von Dorfhelferinnen in Fällen der Hellfürsorge und Rehabilitation sowie bei Unfällen der Landfrau ist deshalb zu erweitern und auf Bundesebene zu fördern. Insgesamt müssen alle Maßnahmen unserer Agrarpolitik dem Ziele dienen, der Bäuerin als Mitunternehmerin die schwere Arbeit zu erleichtern, sie vor allem in die Läge zu versetzen, ihre natürlichen und verantwortungsvollen Aufgaben als Frau und Mutter in vollem Umfange zu erfüllen.

Die Forderung der CDU auf Ausdehnung der Altershilfe auf die mithelfenden Familienangehörigen wurde inzwischen in der Weise verwirklicht, daß alle mithelfenden Familienangehörigen bis zum dritten Grad in die Leistungen des Altershilfegesetzes einbezogen worden sind.

Mittelpunkt einer leistungsstarken Landwirtschaft wird auch in Zukunft der unternehmerisch geführte bäuerliche Familienbetrieb sein. Die CDU stellt dieses agrarpolitische Leitbild allen kollektivistischen Bestrebungen gegenüber, die immer wieder drastisch bewiesen haben, daß sie im Widerspruch zur freiheitlichen Gesellschaftsordnung stehen und wirtschaftlich zu Mißerfolgen führen.

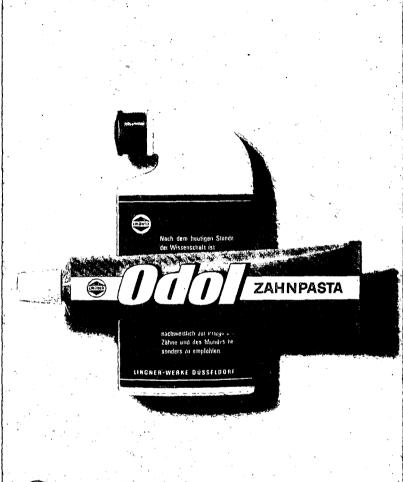
Ich darf an dieser Stelle zitieren, was Herr Bundeskanzler zum Bauernkongreß der CDU in Oldenburg versicherte: "Ich stehe dafür: Der deutsche Bauer kann mit Mut und Vertrauen in die Zukunft blicken."

Meine Damen und Herren, Sie werden festgestellt haben, daß ich die Agrarpolitik der SPD nur am Rande erwähnt habe. Ich bin der Meinung, daß die unklaren und unverbindlichen agrarpolitischen Vorstellungen der Opposition keinen anderen Kommentar zulassen; denn wo nichts ist, da kann man nichts gegenüberstellen. Das habe ich auch in Oldenburg einem Journalisten auf seine Frage nach Vergleichen mit der Agrarpolitik der Opposition gesagt.

Die SPD hat sich immer darauf beschränkt, Alternativen zur Agrarpolitik der CDU anzukündigen. Sie hat sie aber nie geliefert. Wir ziehen daraus den Schluß, daß die Agrarpolitik der Union auch von der Opposition als die einzige praktikable Lösung angesehen wird.

Denn, meine Damen und Herren, unsere Landwirtschaft ist mehr als ein Naturschutzpark. Sie hat als Haupternährungsträger der Bevölkerung in erster Linie wirtschaftliche Aufgaben — die sie — wie die Erfolge der letzten Jahre zeigen — mit großem unternehmerischen Geschick erfüllt.

Wenn man unsere bäuerlichen Betriebe in Abhängigkeit vom Staat bringen würde, so würde man ihre wirtschaftliche Freiheit aufs äußerste beschränken. Zu unseren politischen und wirtschaftlichen Zielen aber gehört es, auch in der Landwirtschaft die tragenden Grundlagen einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung zu sichern. Nur so können wir auch in Zukunft unsere deutsche Landwirtschaft gesund und leistungsfähig erhalten.





LINGNER - WERKE DÜSSELDORF

Mittwoch, 31. März 1965

3. Plenarsitzung

Dr. Barzel:

Herr Vorsitzender! Verehrte Gäste! Meine lieben Freunde! Auf unserem letzten Parteitag sprach ich zu Ihnen für Heinrich von Brentano und nach einem Gespräch mit ihm. Das geht nun nicht mehr; ich hoffe, daß ich gleichwohl in seinem Geiste spreche.

Ich sage dies ganz ernst, denn unsere Union steht für immer in der Pflicht ihrer Gründer. Uns bleibt es aufgegeben, die Union auch zu leben als die der Generationen. Und das, meine Freunde, muß seinen sichtbaren Ausdruck auch im Personellen finden, wo immer und wie immer wir in Erscheinung treten.

(Beifall)

Glauben Sie mir: Dem Drang nach Tätigkeit und Bewährung stellt manches sich anders dar als der übertragenen Verantwortung. Ich hoffe, daß gerade meine jüngeren Freunde dies hören und — daß sie weiter drängen, freilich in Achtung. Aus dem Vertrauen, das mich in jüngeren Jahren hierhin stellte, nehme ich das Recht, unsere älteren Freunde, denen wir für immer Dank schulden, zu bitten, uns nicht auf einmal allein zu lassen und sie zugleich zu bitten, unser Engagement zu verstehen als durch ihr Vorbild bewirkt.

Ich bin ganz sicher, meine Freunde, so im Sinne Heinrich von Brentanos zu sprechen. Dieser Mann war ein Vorbild,

(Beifall)

ein Vorbild als Mensch, als Politiker. Sein Werk spricht für sich. Er war, was er sein wollte: ein Christ und ein Demokrat.

Auch seit Hannover hat der Tod uns in der Fraktion gemahnt zur Orientierung am Wesentlichen. Die Bundestags-Fraktion der CDU/CSU trauert um

Heinrich von Brentano, Luise Rehling, Johannes Even, Josef Lermer, Franz Ruland, Hermann Ehren. Wir sagen und wir schulden ihnen Dank und Treue durch die Tat. Die Mahnung dieser Toten an uns alle heißt wieder: pfleglicher miteinander umzugehen.

Dem schriftlichen Bericht, meine Freunde, der Ihnen vorliegt, haben wir als Anlage das "Kölner Manifest" unseres letzten Wahlparteitags von 1961 beigefügt. So werden Sie selbst feststellen können: Ihre Bundestagsfraktion hat, zusammen mit der Bundesregierung, das realisiert, was die Partei vor der letzten Wahl dem Wähler versprach.

Das hört sich vielleicht ein bißchen leichter an, als es war. Wir hatten immerhin 1961 die Mehrheit verloren und stehen seither — In jeder Frage, täglich — immer unter dem Zwang zur Koalition. Was aus der Koalition wird — heute und morgen —, hängt nicht ab von unserem guten Willen, der ist da, sondern von der Einsicht des kleineren Partners.

(Beifall)

Wir hatten und wir haben mitten in dieser Periode gehabt den Kanzlerwechsel. Es ist davon gesprochen worden. Und wir hatten und haben eine Opposition, auf die wegen ihres Opportunismus keinerlei Verlaß ist. Nicht einmal auf das Nein kann man sich mehr verlassen. Und wenn man das Ja braucht, kommt es auch nicht.

(Lebhafter Beifall)

Meine Freunde! Nicht genug damit! Eine sich rasch wandelnde Welt forderte von uns neue Antworten. Ich kann es Ihnen nur skizzieren. Ich will erwähnen die zeitweilige Aufgelockertheit Moskaus uns gegenüber; ich will erwähnen die veränderte Position der SBZ; ich kann nicht verschweigen die Differenzen im westlichen Lager, die Risse in der NATO, die Konsequenzen der EWG, das Erstarken Rotchinas, das wachsende Selbstbewußtsein der "Dritten Welt", der steigende Anspruch der Entwicklungsvölker. Das und vieles andere mehr wirkte und wirkt auf uns ein. Deshalb, meine Freunde: Für Schwarz-Weiß, für Klischees und Patentrezepte blieb und bleibt in der Verantwortung der Politik kein Raum.

Alles dies stellt uns als gespaltenes Land vor besondere Probleme, vor schwerere Fragen, als andere sie haben.

Gleichwohl haben wir — ich will das nicht verschweigen, weil es uns frommt, auch ehrlich über uns selbst zu sprechen — auch einiges hinter uns, was wohl mehr seine Ursache bei uns selbst hat. Wir wollen uns nicht einreden, es sei immer alles in Ordnung gewesen. Wir sind ja Menschen. Unsere Wähler sollen wissen: Die Sorge, die sie sich gelegentlich gemacht hatten bei dieser oder jener Nachricht aus Bonn, war auch unsere Sorge. Wir haben alle die Denkzettel, die uns zuteilgeworden sind, sehr wohl verstanden.

(Lebhafter Beifall)

Meine Freunde! Bei unseren Vorsätzen für die Zukunft steht ganz obenan, weil wir gebrannte Kinder sind: Diesen Fehler wollen und werden wir nicht noch einmal machen, den des Kanzlers auf Zeit. (Lebhafter Beifall) Meine Freunde! Unser Wahlziel ist klar. Gerade die letzten Tage zeigen das. Es muß heißen: Klare Führung durch klare Mehrheit! Nicht Brandt, sondern Erhard!

(Starker Beifall)

Meine Freunde! Das ist zu erreichen. Warum? Ich meine, weil die CDU/CSU die bessere Sache vertritt, weil wir moderner sind, und well wir die besseren Leute haben.

(Lebhafter Beifall)

Darum möchte ich an dieser Stelle ein Wort des Dankes sagen an unsere Kollegen in der Fraktion, die im Kabinett arbeiten. Und Dank heißt hler nicht Abschied, sondern Dank heißt: Anerkennung für die geleistete Arbeit.

(Starker Beifall)

Meine lieben Freunde! 16 Jahre Union im Bund — das heißt, wie die Union in den Gemeinden, Kreisen und Ländern, Erfolg, Erfahrung, Bewährung. Wir scheuen keinen Vergleich, weder mit Perioden der deutschen Geschichte noch mit Erfolgen anderswo. Wir stellen erfreut, aber auch mit einem gewissen Selbstbewußtsein fest, meine Freunde — nur wer Mut zeigt, macht Mut —: Die längste Zeit der demokratischen Geschichte unseres Landes haben wir gestaltet, und das ist dem freien Teil Deutschlands wohl bekommen.

(Lebhafter Beifall)

Ich bin der festen Überzeugung, daß die Mehrheit der Deutschen den Sozialismus nicht liebt, daß die Mehrheit der Deutschen uns gern wieder wählen möchte. Wir müssen es nur möglich machen, meine Freunde.

(Beifall)

Ich glaube, die Voraussetzung dafür ist, daß wir unsere Kraft der Zukunft zuwenden. Und wir können das doch um so selbstverständlicher tun, als wir unsere parteipolitische Vergangenheit weder peinlich zu erklären noch zu verstecken noch zu interpretieren haben.

(Beifall)

Meine Freunde, wir können doch von morgen sprechen, weil schon das Gestern und das Heute für uns sprechen, und – ich füge dies hinzu – wir können von morgen sprechen, weil wir weiter Kraft haben, weil wir uns noch besseres zutrauen. Bisher haben wir nur den Schutt weggeräumt, und das war schwer, und jetzt geht es doch um die Gestaltung aus unserem Geiste.

(Beifall)

Hierzu gehört aber auch – und ich meine dies ganz ernst –, daß wir als Christlich-Demokratische Union weiter deutlich machen, daß sich unsere politischen Lösungen auf sittliche Vernunft gründen, daß sie aus freier Diskussion erwachsen – die uns lieber laut ist, als daß es keine gibt – und daß wir alles das im Gewissen vor Gottes Wort und Gebot

verantworten können; indem wir das tun, wird unsere Union immer mehr zum Ort der Geborgenheit und des mehr als politischen Vertrauens. Unser Ziel ist eine neue Wirklichkeit.

Unser Kampf gilt dem Krieg. Wir wollen ihn verhindern. Wir haben der SPD unsere Bündnispolitik und unseren Wehrbeitrag abgetrotzt. Dadurch haben wir für den freien Teil Deutschlands ein solches Maß an Sicherheit geschaffen, daß jede kommunistische Gefahr schon nicht mehr obenan im politischen Bewußtsein steht, daß sich hier — anders als anderswo — keiner erregte, als Rotchina seine erste atomare Zündung meldete. Ich habe in Ohama gesehen, was in den USA täglich, stündlich, Jahre hindurch, getan wird, um durch Abschreckung Krieg zu verhindern. Das dient auch uns, und wir danken dafür. Es wird nur wirksam bleiben, wenn wir an unserem Wehrbeitrag festhalten, und es wird nur wirksam bleiben durch eine gemeinsame Strategie.

(Beifall)

Unser Kampf gilt zum zweiten der Inflation. Ich kann das kürzen, da heute morgen schon davon gesprochen wurde.

Wir haben Stabilität. Meine Freunde, wir haben uns schon so sehr daran gewöhnt, daß es als selbstverständlich gilt; das ist aber nicht selbstverständlich. Unser Bundeskanzler hat unlängst gesagt: "Je mehr Sozialismus, desto mehr Inflation." Stabilität oder Inflation werden durch Politik mitbestimmt. Was wir können, ist bekannt. Was Sozialismus bedeuten würde, gebiete Erfahrung zu befürchten. Einreißen geht überall schneller als Aufbauen. Was wir haben, wissen wir. Wir können es behalten und mehren. Aber es gibt eine Voraussetzung dafür; sie heißt, daß wir vernünftig und maßvoll sind und daß wir das meiden, wovor Professor Röpke warnt: den "Sozialismus als Abenteuer".

(Beifall)

Röpke unterstreicht, wie sehr alle unsere "Wirtschaftswunder" von jenen unwägbaren Einflüssen abhängen, die wir in dem Wort "Vertrauen" zusammenfassen, und wie schnell das ruiniert werden kann. Ich meine, daß "der Föhnsturm des Sinistrimo" die "Fluten des Mißtrauens" öffnet und daß das zur "Katastrophe" führe. Wir wollen das bedenken, meine Freunde, und unser Volk sachlich und falr, aber deutlich vor "linken" Abenteuern warnen.

(Beifall)

Uns geht es auch weiter um den Ausbau unseres freiheitlichen, sozialen Rechtstaates, um eine neue Wirklichkeit. Das freie Deutschland muß durch seine geistige, durch seine soziale, durch seine ökonomische Leistung weiterhin -- schon dadurch -- wie selbstverständlich allen Deutschen und aller Welt zeigen, wer für das wahre, wer für das bleibende Deutschland spricht. Fiele das je aus, unsere rechtlichen Positionen allein hülfen uns wenig.

Der soziale Rechtsstaat, den unser Grundgesetz fordert, ist im Werden. Ich gehöre nicht zu denen, die meinen, die soziale Frage bei uns sei nur

noch eine "Parkplatzfrage". Und ich meine auch nicht, daß wir in dem, was die Wissenschaft "seelische Entproletarisierung" nennt, schon am Ziel sind.

Vieles haben wir getan, weiteres bleibt zu tun. Es gibt noch viel zu tun für die Alten, für die Hausfrau wie für die erwerbstätigen Frauen, für die Jugend, für die Bildung und den beruflichen Aufstieg, für den Sport, für die Bauern, den Mittelstand, die freien Berufe, für die Arbeiter, für die Familie, die Eigentumsstreuung, die Gesundheit. Die Struktur unserer Gesellschaft kann und muß soziologisch wie geographisch noch ausgewogener, die neue Wirklichkeit kann und muß noch menschlicher werden.

Unsere gesellschaftliche Wirklichkeit ist auch gekennzeichnet durch diese Entwicklung: Die modernen Massenmedien dringen in alle Bereiche; Industrie gibt es auch auf dem Lande; die Ballung der Menschen macht diese nicht geselliger; ein egalitärer Trend erfaßt unsere Gesellschaft; die Andauer der Möglichkeiten des Konsums, des Aufstiegs, der Mobilität begründen langsam auch ein Gefühl der Freiheit, der Zuversicht, des Selbstwertes. Immer mehr Menschen beginnen dem Satz zuzustimmen, daß jeder seines Glückes Schmied sei. Die Zufriedenheit mit der Arbeit steigt wie die mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Die demokratische Gesinnung gewinnt an Selbstverständlichkeit; die wachsenden Forderungen an das Ganze werden immer mehr begleitet von der Bereitschaft, dafür zu zahlen.

Dies alles gründet sich auf exakte Untersuchungen. Wir haben, so meine ich, Chance und Pflicht, den Alltag noch menschlicher zu gestalten, die Zivilisationsschäden durch Wasser, Luft und Lärm zu beseitigen. Wir sollten Fortschritt nicht nur technisch begreifen, nicht nur materiell und äußerlich. Wir sollten die modernen Möglichkeiten, wie mir scheint, vor allem nutzen zu mehr Fortschritt in der Bildung, in der Rücksicht, in der Menschlichkeit.

(Beifall)

Dazu gehört auch, daß wir dem Verbrechen den Kampf ansagen.

Wir können nicht alles auf einmal. Wir müssen Schwerpunkte bilden. Wir haben die Gemeinschaftsaufgaben der ersten Phase der Wiedereingliederung und des Wiederaufbaues vorzüglich gelöst. Nun steht vor uns und hat schon begonnen die Phase des sozialen Ausbaues und der kulturellen Gestaltung. Lassen Sie mich bitte ein paar Punkte aus meiner Sicht dazu sagen. Ich konnte leider noch nicht verwerten, was die Arbeitskreise dazu sagten, weil diese Rede schon vorher konziplert werden mußte.

 Uns ist gelungen, zu tun, wovon Sozialisten träumten: Die Proletarität in Deutschland ist endgültig überwunden. Wo es sie noch gibt, herrschen Kommunisten.

(Lebhafter Beifall)

Unsere sozialen Leistungen können sich sehen lassen. Wir stehen an der Spitze der Welt. Und ich möchte deshalb an dieser Stelle einmal "danke schön" sagen an Anton Storch und an Theodor Blank für diese Arbeit und für diese Erfolge.

(Lebhafter Beifall)

Auch unsere gesellschaftliche Verfassung braucht keinen Vergleich zu scheuen, ganz bestimmt nicht den mit Ergebnissen sozialistischer Politik. Im Gegenteil: Wir sind zu sozial, um sozialistisch zu sein; denn Sozialismus – das ist 19. Jahrhundert!

(Lebhafter Beifall)

 Zur Freiheit gehört das Recht auf Irrtum. Ich erwähne dies, weil unlängst der Schattenminister der SPD, Herr Schiller, in einer Diskussion erklärte: "Wir wollen der Wirtschaft keine Freiheit nehmen, außer der, sich zu irren."

Die SPD würde also die unternehmerische Freiheit gängeln — wie es schon im SPD-Grundsatzprogramm zu lesen ist. Und eben dadurch würden wir, falls wider Erwarten die Sozialisten im Herbst siegten, ein Stück dessen verlieren, was Lebenselexier unseres Aufbaues war und für eine bessere Zukunft bleiben muß, nämlich ein Stück Freiheit! Sie ist die Wurzel unserer Kraft, sie muß es bleiben; denn, wenn wir weiterkommen wollen, können wir uns Sozialismus einfach nicht leisten. Er lähmt die dynamische Kraft.

(Lebhafter Beifall)

Überhaupt weiß ja keiner, was Sozialismus eigentlich ist. Ich habe am Montag hier extemporiert und zwei Fragen gestellt. Sie sind nicht beantwortet worden. Ich werde sie an Herrn Brandt immer wieder stellen. Brandt erklärte auf die Frage einer Zeitung "Wie verhält es sich mit der im Godesberger Programm angeführten Investitionskontrolle?" Die Antwort: "Man kann nicht eine Passage aus dem Godesberger Programm herausnehmen und dann kommentieren. Man könnte auch Stellen finden, die das Gegenteil besagen."

(Heiterkeit)

Wer also die SPD wählt, kauft die Katze im Sack.

3. Wir wissen, daß noch vieles zu tun bleibt, auch im wirtschaftlichen Bereich. Es handelt sich aber nicht um Sorgen aus Armut oder aus Versagen, sondern um Begleiterscheinungen der Wohlstandsgesellschaft und um Strukturfragen, die aus der modernen Technik, aus dem europäischen Zusammenschluß und der atlantischen Zusammenarbeit erwachen und noch weiter erwachsen werden.

Ich will aus alldem nur eine einzige Frage herausgreifen: Bei Bahn und Post wird deutlich, was Dienstleistung für alle bedeutet, was sie kostet, und wie Bereiche dastehen, für welche die Formel "Lohnzuwachs im Rahmen der Produktivitätsfortschritte erhält Stabilität" fragwürdig ist. Hier wächst ein Strukturproblem heran, das über

Bahn und Post hinaus bedeutsam ist. Wie soll der Friseur "stabile Preise" garantieren, wenn zugleich seine Mitarbeiter und er am steigenden Lebensstandard teilhaben sollen, sie das aber durch mehr Produktivität nicht bewirken können? Und wie ist es mit dem öffentlichen Dienst insgesamt? Meine Freunde, ich kann hier diese Frage nur anschneiden. Hier ist ein schweres Problem, das vor uns liegt.

4. Unsere Politik der sozialen Marktwirtschaft und der Prioritäten dient zugleich den Sparern, den Rentnern, den Alten und den Schwachen. Ich muß dies erwähnen, denn wir müssen diese welter schützen. Denn neulich hat Otto Brenner für seine Gewerkschaft einen "kräftigen Schluck aus der Pulle" gefordert. Ich möchte ihn nicht nur an die Rauschgefahr erinnern, die damit für ihn selber gegeben ist, sondern auch daran, daß aus dieser Flasche alle trinken müssen; es darf sie keiner allein leertrinken. Diese Flasche muß für alle da sein.

(Beifall)

5. Der neuen Technik, der Atomkraft, der Automation und so fort sollten wir konstruktiv und nicht angstvoll gegenübertreten. Es gilt, sie im Dienst des Menschen zu nutzen für mehr Humanität. Auch diese neuen Dinge helfen dem Menschen, sich der Welt zu bemächtigen; und sie geben Chancen zu gutem welterem Fortschritt. Ich habe keine Angst vor dem Computer. Ich hätte gern einen in meinem Büro, der mir hülfe, alle Wenn und Aber politischer Entscheidungen vorher korrekt auf dem Tisch zu haben. Aber auch diesen Fortschritt sollten wir nur begrelfen als die Chance zu mehr Menschlichkeit und Rücksicht. Und hierauf gibt der Sozialismus eine magere, eine angstvolle und eine undynamische Antwort.

Wir aber als Christliche Demokraten haben vor dem Hintergrund dieser Dinge auch dieses zu fragen: Sollte es nicht möglich sein, die durch wachsende Automation verstärkte Chance verringerter Arbeitszeit auch zu nutzen, um die berufstätige Mutter, die das will, wieder mehr für ihre eigentlichen Aufgaben frei zu machen?

(Beifall)

Eine vor dem "C" zu verantwortende Politik, die der Familie mehr Geltung und Rang geben will, muß sich diesem Problem stellen. — Sollte es nicht auch möglich sein, mit wachsendem Einsatz von Atomenergle, also mit schwindender Bedeutung bisheriger Standortgesetze, die geographische Entballung der Industrie zu fördern? Sollte es nicht weiter möglich sein, einen Teil des Produktivitätsfortschritts für Investitionen in die Zukunft unserer Gesellschaft zu nutzen wie für die Balance zu den Dienstleistungsbereichen, von denen wir vorhin sprachen?

Ein sechstes: In einer freien Gesellschaft bilden sich mit der Zeit große Vermögen. Ich meine, diese sollten auch dadurch ihrer sozialen Ver-

pflichtung entsprechen, daß sie freiwillig Stiftungen ins Leben rufen, die auf Gebieten für das allgemeine Wohl tätig sind, auf denen der Staat nicht tätig werden sollte. Und von diesem gesellschaftspolitischen Appell an die großen Vermögen nehme ich niemanden aus — auch nicht den Deutschen Gewerkschaftsbund.

(Starker Beifall)

Ein siebentes: Wir können als Christliche Demokraten nicht von Familie in unserem Leben sprechen, ohne auch dieses zu sehen und zu sagen: Viele unserer Gastarbeiter leiden; sie werden zu Hause entwurzelt und hier nicht verwurzelt. Hier wächst ein menschliches Problem – und nur davon will ich sprechen – heran, dem wir Antwort geben müssen – als Europäer und im Dienste der Humanität! Wir können dieses Problem nicht vor uns herschieben.

Achtens: Das Problem unserer Alten — es ist schon ausgesprochen worden — ist — wie ich glaube — nur noch in Grenzen ein materielles Problem; aber es ist ein Problem unserer Gesellschaft. Wir wissen aus mannigfacher Erfahrung — auch in der Familie und auch im Betrieb —, wie gut es oft ist, wenn alte Menschen ganz einfach da sind. Das Dabelsein ihrer Erfahrung ist oft ein Wert in sich.

Und hier, meine Freunde, stellt sich nun die Frage; ich weiß die Antwort noch nicht. Aber vielleicht kann man Möglichkeiten schaffen, den alten Menschen, die noch für andere in unserer Gesellschaft da sein möchten, das zu erleichtern. Vielleicht kann man auch den Alten, die das wünschen, Möglichkeiten eröffnen, ihre Erfahrung Werken der Menschheit dienstbar zu machen!

Unsere Gesellschaft, die für unsere Jugend das alles organisiert hat — die Gesellschaft und nicht der Staat! —, sollte den alten Menschen Möglichkeiten des Daseins für andere eröffnen.

(Starker Beifall)

Und ein neuntes: Da will ich eine Besorgnls aussprechen. Wir werden, meine Freunde — so fürchte ich —, mehr Geld brauchen für Sozialinvestitionen, für Wissenschaft und Bildung, für auswärtige Kulturpolitik und so fort.

So wie im Privatleben nicht alles, was erarbeitet wurde, konsumiert werden darf, so wie ein Betrieb investieren muß, so kann auch die staatliche Gemeinschaft nicht blühen, wenn sie nicht auch in die Zukunft Geld ausgibt.

Für uns alle stellt sich die Frage besonders dringend: Die Kommunisten haben die SBZ als Faktor in die Weltpolitik eingeführt. Das ist wohl eine Konsequenz von Kairo.

Unsere Landsleute in der SBZ – nicht unbegabter als wir – haben trotz des Kommunismus einiges geleistet. Die Machthaber halten den Lohn und den Lebensstandard vor, aber eben mit diesem erzwungenen

Konsumverzicht erwächst den Machthabern in Pankow zusätzliche Kraft zum weltweiten Kampf gegen uns, zum weltweiten Kampf gegen die Wiedervereinigung wie für die Anerkennung der Spaltung.

So stellt sich hier, meine Freunde, eine Frage nach dem Grad unseres Gemeinsinns und unserer Opferbereitschaft. Wir brauchen im Interesse des ganzen Deutschland ausreichende Mittel, um den weltweiten Kampf um unsere Selbstbestimmung zu gewinnen!

(Starker Beifall)

Wir sollten hierüber mit allen, die es angeht, ganz offen sprechen. Das freie Deutschland braucht Geld für Politik – sonst wird es nie zur Einheit des Landes kommen!

(Starker Beifall)

Ein zehntes: Wir erwarten viel von der Sozialenquete. Ich vermag mich des Eindrucks nicht zu erwehren — das ist ein Eindruck —, daß unser Sozialaufwand noch nicht zur höchstmöglichen Effizienz beim einzelnen führt, daß die Ergebnisse hier und da auch widerspruchsvoll sind. Das ist keine Kritik, meine Freunde; denn wie sollte es beim Tempo des Wiederaufbaus anders sein? — Viellelcht sollten wir — das sage ich ganz persönlich — den Mut finden, die herkömmliche Vielschichtigkeit unserer Sozialverwaltungen unter die Lupe zu nehmen.

Der Bürger begreift schwer, warum er mit diesem Anliegen zur Behörde X und mit Jenem zur Behörde Y gehen muß.

(Beifall)

Das wird um so ernster, als der Bürger ja spätestens bei den nur Sachverständigen verständlichen und vom Bürger oft als ärgerlich empfundenen wechselseitigen An- und Aufrechnungen der sozialen Leistungen spürt, daß am Schluß immer dieselbe staatliche Gemeinschaft hinter all diesen Leistungen steht.

(Beifall)

Meine Freunde, wir sollten einmal versuchen, das System unserer Sozialleistungen, mit dem wir die Spitze der Welt haben, zu durchleuchten, um zu sehen, ob nicht noch mehr Effizienz beim jetzigen Aufwand und bei steigendem Aufwand möglich ist. Und dazu sollten wir wenigstens methodisch die Frage stellen, ob wir nicht das System unserer Sozialleistungen auch einmal vom Empfänger her, also mehr final als kausal, zu sehen hätten.

(Beifall)

Das elfte, meine Freunde! Wenn ich versuche, unsere Diskussionen über Mitbestimmung, Eigentumsstreuung, Lohnfortzahlung und Krankenversicherung zusammen zu sehen, dann meine ich, wir sollten den Betrieb als Sozialkörper stärker erkennen. Und dazu gehört für mich die Freiheit der Entscheidung der Unternehmensleitung ebenso wie die Fürsorgefunktion der Unternehmen.



SATOR WERBE-VERLAG

Hamburg 1 · Große Allee 10 Ruf 24 94 55 Telex 0 21 49 39

Der erfahrene Spezialverlag für

FESTSCHRIFTEN
WERBEBROSCHÜREN
PROGRAMMHEFTE
FIRMENPROSPEKTE
FIRMEN-MONOGRAPHIEN

PUBLIC RELATIONS BUCHER

Die Festschriften zum Parteitag der CDU und zum Deutschlandtag der Jungen Union entstehen seit 1951 in unserem Verlag Wo Zahlen zu Informationen gemacht werden, spricht man von Datenverarbeitung. Ob dazu große oder kleine Maschinen verwendet werden, ist nicht entscheidend: im Vordergrund stehen Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit

SIEMAG

DIREKTE DATEN-VERARBEITUNG (DDV)

heißt nichts anderes, als beim Fakturieren, Buchen oder Abrechnen direkt Informationen zu gewinnen, die für Disposition oder Steuerungszwecke sofort gebraucht werden, um unmittelbar richtige Entschlüsse fassen zu können. Weitere Auswertungen - sofort oder periodisch - sind über Lochstreifen und Lochkarten möglich. Der wirtschaftliche Vorteil der Direkten Daten-Verarbeitung besteht in der permanenten Informationsbereitschaft dieses Systems, weil Datenerfassung und erste Auswertung hier zu einem Vorgang vereinigt sind.

Lassen Sie sich die Vorteile der Direkten Daten - Verarbeitung bitte näher erläutern l

SIEMAG FEINMECHANISCHE WERKE GMBH 5904 EISERFELD POSTFACH 17 Bevor wir über mehr Mitbestimmung reden, sollte eine faire Personalpolitik manche Peinlichkeit und Hemmung beseitigen. Für mein Gefühl verträgt sich mehr Mitbestimmung auf keinen Fall mit Streik und Aussperrung. Auch müssen wir uns dem Problem stellen, daß es schon Überschneidungen der Mitbestimmung aus Gesetz und der aus Miteigentum gibt.

Ein zwölftes! Auf dem Parteitag in Dortmund hatte ich die Ehre, über die Lage und den Rang der berufstätigen Frau sprechen zu dürfen. Hier ist vieles geschehen. Es bleibt z. B. zu tun, was Aenne Braukslepe angeregt hat, die Möglichkeiten solcher Frauen im Berufsleben zu verbessern, die vor der Heirat beruflich tätig waren und es wieder werden wollen, nachdem die Kinder herangewachsen sind.

(Beifall)

Heute, meine Freunde, möchte ich einen weiteren Akzent setzen. Wir sollten, so meine ich, dem diskriminierenden Begriff der "Nur-Hausfrau" den Kampf ansagen.

(Lebhafter Beifall)

In Wirklichkeit handelt es sich hier um eine Arbeit, auf welche weder die Gesellschaft noch die Bildung noch die Volksgesundheit verzichten kann, um eine Arbeit, auf die überhaupt nicht nur nicht verzichtet werden kann, sondern ohne die es eben ganz einfach nicht geht.

Ich will nicht ein neues Sozialrecht für diese schwer arbeitenden Ehefrauen. Aber ich meine, wir sollten unser vorhandenes Sozialrecht durchforschen auf Möglichkeiten, dem Rang dieser Arbeit zu entsprechen. Und wenn uns dabei gar nichts anderes einfällt, dann sollten wir mindestens mehr tun für Müttergenesungswerke und auch hier daran denken, daß Vorbeugen besser ist als Heilen.

(Beifall)

Meine Freunde, ich meine, daß Gesellschafts- und Außenpolitik immer mehr zusammenwachsen. Politik wird immer mehr ein Ganzes und verlangt eben deshalb ein Konzept. Aus diesem Grunde möchte ich mich zur Überleitung auf das außenpolitische Gebiet diesem Phänomen zuwenden.

Heute kann man — nicht mehr vereinzelt nur und auch bei ernsthaft Bemühten — der Meinung begegnen, die Industriegesellschaft bewirke unausweichliche, automatische und zunehmende Affinitäten der politischen Systeme. Man spricht von der "Konvergenz" der politischen und sozialen Strukturen zwischen der kommunistischen und der freien Welt, von Evolutionen auf beiden Seiten mit dem unwiderstehlichen Trend der Angleichung.

Hierzu wäre viel zu sagen — auch zum analytischen Teil. Ich will mich hier auf zwei Punkte beschränken.

Erstens. Während des zweiten Weltkrieges dürften mancherlei Ähnlichkeiten bestanden haben zwischen Erscheinungsbildern in Stätten der Rüstung in den USA und in Deutschland. Diese Ähnlichkeiten im äußeren Eindruck der Produktion haben die Nationalsozialisten aber nicht daran gehindert, in Essen ein ganz anderes politisches System durchzuführen als das, das in Detroit bestand. Und ich glaube, daß es sich heute ebenso zwischen Swerdlowsk und Detroit verhält. Und das, meine Freunde, sollte man sehen.

Zweitens. Diese Diskussion – deshalb bringe ich sie hier in diese Parteitagsrede – verharmlost, wie ich fürchte, die Unterschiede. Sie wirkt in der politischen Auswirkung nicht zugunsten des Westens, und ich möchte deshalb etwas prinzipieller ansetzen.

Bei dem Gegensatz zwischen Kommunismus und freier Welt geht es nicht um die Überlegenheit und Geltungskraft zweier Ideologien, die beliebig zur Disposition ständen. Weder kann man nämlich nach unseren bisherigen Erfahrungen den Kommunismus einmal probieren, um Ihn wieder abzulegen, wenn er versagen sollte, noch ist die westliche Position dem Grunde nach von dispositiver Art. Der Kern der westlichen Position ist die von Gott geschaffene menschliche Person, die auf Freiheit angelegt ist.

(Beifall)

Wer, meine Freunde, so denkt, der kann nicht, der muß Antikommunist sein, der muß voller Skepsis den Konvergenztheorien begegnen. Auch haben wir zu verzeichnen, daß bei allen Konvergenztheorien die Kommunisten eine seltsame Art von Konvergenz haben, nämlich die, daß sie glauben, schon unsere Enkel würden unter der roten Fahne stehen. Die Kommunisten sehen — und das ist ein wichtiger Punkt — im Antikommunismus eine Art Gegen-Volksfront. Sie glauben, das auflösen zu müssen, um weiter vordringen zu können. Deshalb fördern sie alles, was Antikommunismus als dumm und veraltet dartut, und suchen durch Anti-Antikommunismus Positionen der Volksfront aufzubauen. Das ist die Lage in Westeuropa.

Wir müssen uns nun auf den Kommunismus einstellen, der uns tatsächlich begegnet, meine Freunde. Stalin ist tot. Wir müssen manches Klischee vergessen, müssen uns den Realitäten stellen und müssen sehen, daß der moderne Kommunismus in ansprechenderen Formen und geschickter als früher auftritt. Ich glaube, daß er dadurch gefährlicher geworden ist. Zugleich müssen wir feststellen, daß sich am Ziel der Kommunisten wie an der unfreiheitlichen Lage der Menschen, die unter seinem System zu leben gezwungen sind, grundsätzlich nichts geändert hat. Ich glaube, wir Deutschen dürfen hinzufügen, daß uns die neuen Herren im Kreml noch nichts zum Lachen gegeben haben.

Hier ist nun gleich anzumerken, daß auch für Kommunisten die Gefahren und Gesetze des sogenannten Atomzeitalters gelten, daß also sich zunehmend die Auseinandersetzung – immer vorausgesetzt: der militärische Damm hält! – auf nichtmilitärische Bereiche erstreckt.

Darum, meine Freunde, sage ich dies: Militärische Vorsorge und antikommunistische Haltung allein genügen auf die Dauer nicht. Das "Anti" kann immer nur ein Akzent und die Konsequenz des "Pro" sein. Denn nicht allein in der Negation und der Verteidigung des Überlieferten liegt unsere Chance; vielmehr muß von dem, was wir tun, immer zugleich eine Kraft der Werbung ausgehen.

(Beifall)

Nur mit besserem Lebensstandard, meine Freunde, werden wir nicht einmal die Zone auf die Dauer aus der Welt schlagen.

(Beifall)

Ein Blick in die Wirklichkeit der kommunistisch beherrschten Welt lehrt, daß wir allen Anlaß haben, nicht zu kapitulieren. Die Entwicklung Im kommunistisch besetzten Teil Europas läuft ganz anders, als die Kommunisten das wollten und dachten. Die kommunistische Ideologie erweist sich trotz des Zwanges, der in ihrem Namen ausgeübt wird, als zu schwach, um die Wirklichkeit zu ändern. Das Nationale gewinnt an Bedeutung; die Kraft der Religion bleibt wie die der Familie; die menschliche Natur hat dem Kommunismus in vielen Bereichen des Politischen, des Ökonomischen und des Geistes Bewegungsraum abgetrotzt, der eines Tages Freiheit heißen könnte.

Die Kommunisten, im Zwang, die für ihre Politik zu schwache ökonomische Basis zu stärken, beginnen zu ahnen, daß sich Produktivität nicht nur erzwingen läßt. Die Konsequenz wird ihnen bitter. Zögerlich ziehen sie mit, und, soweit sie das tun, tun sie es gegen ihr Programm. Sie beginnen zu ahnen, daß ihre ökonomische und soziale Politik nicht zu Ergebnissen führt, die ausreichen, die ehrgeizigen außenpolitischen Ziele ernsthaft und alle zugleich ansteuern zu können.

Aber, meine Freunde, stimmen wir im Anblick dieser erregenden Phänomene um Gottes willen nicht ein in den lauten Chor der Blinden, die ob all dessen meinen, der Kommunismus hätte sich gewandelt. Die so sprechen, beleidigen die Europäer, die sich diesen größeren Bewegungsraum gegen verordnete Kunst, gegen Plandaten mühsam erstritten haben! Die Völker in Europa, die wissen, was Freiheit ist, und die leiden, wenn sie sie nicht haben, haben eine erste Schlacht gegen ihre Zwingherren gewonnen.

(Beifall)

Das ist die Lage. Nicht der Kommunismus hat sich gewandelt; die Völker haben stärkere Realitäten siegreich dem Kommunismus entgegengesetzt und sich ein Stück Selbständigkeit erkämpft!

Nun, meine Freunde, glaube Ich einfach, daß sich auch hier wieder erweist, die von Gott geschaffene, auf Freiheit angelegte menschliche Natur ist einfach stärker. Wir haben die Chance, vor dieser Wirklichkeit den Kommunismus in Raten kapitulieren zu sehen! Der Wind bläst den Kommunisten ins Gesicht! Ihre polizeistaatlichen Methoden erweisen

sich täglich mehr als wider unsere Zeit. Der Kommunismus stößt an Grenzen, die aus Ihm selbst kommen. Er wird weiter spüren; denn das System ist falsch. Bei dieser Lage sollten wir den Mut finden zu einer Politik des Einwirkens. Auf vielfältige Weise können wir das Humanum auch dort stärken, wo Kommunisten regieren. Wir können einwirken und helfen durch Kontakte, Mitanwesenheit, Mitanteilnahme und so fort. Wir sollten das um Gottes willen nicht laut tun, aber wirksam.

Der Westen kann und muß hier gemeinsam handeln — auch bei den Krediten, auch im Kulturaustausch, auch durch Harmonisierung der Art und des Tempos dieser Politik wie der Aufteilung der Aufgaben.

Diese Politik setzt zweierlei zwingend voraus:

- 1. die Gemeinsamkeit des Westens im Handeln,
- 2. überschüssige geistige und ökonomische Kraft.

Das aber heißt, daß die rechte ökonomische und soziale Politik im Innern unerläßlich ist, wenn der Westen siegen soll!

Unsere außenpolitischen Ziele normiert das Grundgesetz: die Wiedervereinigung des Vaterlandes und die Einigung Europas. Alles Gewaltsame scheidet dabei aus rechtlicher Verpflichtung wie aus eigener Einsicht als Möglichkeit unserer Politik aus.

Unsere Politik ist in beiden Richtungen tätig. Ich möchte auch dem Herrn Bundeskanzler und seiner Regierung danken für das Mühen um das Zustandekommen einer europäischen Konferenz, und wir hoffen, daß sie zustande kommt. Ich möchte ihm danken für seine Mühe um einen neuen Schritt in der deutschen Frage.

(Beifall)

Meine Freunde! Es war wenig hilfreich, daß, als wir um die Jahreswende dies auch öffentlich forderten, der Regierende Bürgermeister von Berlin in einem Anfall von Kleinmut sagte, dies sei nicht die Zeit für solche Dinge. Es war ebensowenig hilfreich, daß unser Kollege Mende in einem Zeitpunkt, in dem sich die Bundesregierung bemüht, unter dem Dach der Vier und zum Zwecke der Wiedervereinigung auch technische Kommissionen zu erreichen, andere Vorschläge machte, Vorschläge, die für uns nicht akzeptabel sind.

(Lebhafter Beifali)

Meine Freunde! Wir alle haben wie das deutsche Volk erschüttert an der Bahre John F. Kennedys gestanden. Das deutsche Volk hat im ganzen schweigend und ehrfürchtig am Tode Winston Churchills teilgenommen. Warum sage ich das? Beide Männer hatten das, was die Römer "sperare contra spem" nannten, also Zuversicht gegen scheinbar ausweglose Widrigkeit, Unbeugsamkeit, Zähigkeit, Geduld und Beharrlichkeit. Eben diese Tugenden fordert die Geschichte von uns! Mit Kleinmut, Zögerlichkeit und kraftlosen Herzen hat noch nie ein Volk, hat noch nie eine politische Führung den Widrigkeiten der Zeit Erfolg abgetrotzt.

Wo wäre Großbritannien ohne Churchill hingekommen? Wo wir ohne die Zähigkeit Konrad Adenauers, ohne die Zuversicht Ludwig Erhards?

(Starker, lang anhaltender Beifall und Ovationen)

Wo — so frage ich — werden wir alle hinkommen, wenn wir nun den Verzagten folgten? Hören wir sie nicht ständig, diese neunmalklugen Hasenherzen, die uns einreden, nie werde Deutschlands Einheit Wirklichkeit werden; es sei sinnios, an das Ganze zu glauben, und höchste Zeit, sich abzufinden mit dem, was sei; nur das sei realistisch, vernünftig, zeitgemäß

Meine Freunde, wie denn: Die Sieger sollten in der Stunde der Kapitulation vom ganzen Deutschland gesprochen und die Grenzfragen dem Friedensvertrag vorbehalten, wir das alles in Not und Aufbau verteidigt haben, um nun – im Sattsein – davon zu verschenken? Nein, meine Freunde!

(Starker Beifall)

Die Union lebt aus geschichtlicher Erfahrung wie aus christlicher Erkenntnis. Beides lehrt: Hoffnungslosigkeit frommt uns nicht.

Aber, meine Freunde, die Geschichte wird uns fragen, ob unsere Energie auch defür noch reicht. Und hier geht es um denselben Witz denselben

6

auch dafür noch reicht. Und hier geht es um denselben Witz, denselben Einfallsreichtum, dieselbe Energie, dasselbe Glauben wie damals, als wir aus Schutt und Asche Deutschland wiederaufzubauen begannen. Kennedys Buch hieß "Zivilcourage", also Tapferkeit im Frieden. Genau das brauchen wir. Oder glaubt jemand, Frieden durch Selbstbestimmung käme beim Verzagen, beim Kapitulieren vor Unrecht? Nein, wir müssen darum kämpfen - gewaltlos, initiativ, opferbereit. Wir müssen aus Befragten zu Fragern werden; denn wer nicht handelt, wird behandelt. Und Opfer, meine Freunde, stehen nicht erst auf der geschichtlichen Tagesordnung nach dem Tage der Einheit. Der Weg zur Einheit verlangt Opfer und Charakter. Der Bundeskanzier hat im Nahen Osten aus dieser Gesinnung heraus gehandelt. Wir haben ihn aus dieser Gesinnung heraus darin unterstützt. Die Krise dort, die sowjetische Offensive, ist noch nicht bereinigt. Wir geben uns keinem verfrühten Optimismus hin. Die kommunistischen Umtriebe haben uns einigen Schaden zugefügt. Aber ich glaube, daß am Schluß durch die Bemühungen, die ruhigen, nicht hektischen, wohlüberlegten Bemühungen dieser Bundesregierung am Schluß ein ganz anderes Gesamtergebnis sein wird, als die Initiatoren in Moskau und wo auch immer sich damals gedacht haben.

(Beifall)

Die diplomatischen Beziehungen zum Staat Israel werden beschlossen. Leider ist diese Normalisierung unseres Verhältnisses zu Israel weltgehend nicht als das betrachtet worden, was es ist, nämlich ein Ergebnis von hohem geschichtlichem Rang. Israel bekundet dem demokratischen Deutschland sein Vertrauen. Ich kann nur bedauern, meine Freunde, daß sogar solche Gruppen in unserer Bundesrepublik, die vor wenigen Wochen noch Unterschriften sammelten, plötzlich ein bißchen miesgrämig

wurden, als die Bundesregierung aus eigenem diesen geschichtlichen Schritt tat.

Unsere arabischen Freunde sollten bedenken, daß Ulbricht ein Kommunist ist, daß er ein fremdländischer Satrap ist. Sie sollten sich fragen, ob sie alle in den Sog dieser prokommunistischen Dinge kommen wollen. Herr Bundeskanzler, Sie haben früher, nicht nur mit Ihrem besseren Rezept, die Zwangswirtschaft abgeschafft, sondern mindestens ebenso mit Ihrer Zuversicht. Sie haben, Herr Bundeskanzler, ebenso die Verzagtheit der Europäer überwunden und neue Ansätze für die Einheit Europas geschaffen. Sie werden, Herr Bundeskanzler, mit eben diesem Optimismus unser Volk der Selbstbestimmung, also dem Frieden durch Menschenrechte, näherbringen. Und dabei, auch dabei, werden wir Ihnen helfen.

(Starker Beifall)

Deutschland, meine Freunde, braucht den Optimismus Ludwig Erhards und nicht die Kleinmütigkeit Brandts.

(Erneut starker Belfall)

Meine Freunde, der Kampf zwischen Kommunismus und freier Welt wird in Europa entschieden. Es ist ein Krieg ohne Waffen, aber nicht etwa eine kampflose Zeit! Es geht um die Gehirne und um Positionen. Die Waffen und Methoden erfassen das Ganze der Gesellschaft.

Warum wird das in Europa entschieden? Nun, weil alle Europäer wissen, was Freiheit ist. Auch die Europäer wissen das, die jetzt von Kommunisten regiert werden.

Aus dieser Sicht, meine Freunde, gewinnt die deutsche Frage den Rang eines Weltproblems; und eben deshalb wird die Antwort hierauf epochal im weltgeschichtlichen Sinne sein. Die deutsche Frage und die Verantwortlichkeit der Großmächte zu ihrer Lösung gibt uns außerdem Chance und Pflicht, die westlichen Mächte, ja, vielleicht alle Großmächte, über diese konkrete Frage wieder näher zusammenzubringen.

Es ist müßig, theoretisch darüber zu streiten, ob die Wiedervereinigung ein deutsches, ein europäisches, ein atlantisches Problem sei. Für mich gilt das alles zugleich; denn im Grunde ist sie allein eine Frage der Freiheit. Und wer es nicht glaubt, sehe sich den 17. Juni 1953 an.

(Beifali)

So, wie die Verteidigung der Freiheit ein gemeinsames Problem der freien Weit Ist, so ist es auch ihre erweiterte Wirkkraft. Der Westen steht gemeinsam in und für Berlin. Wir danken dafür. Das sollte jeder sehen. Von daher kann man, glaube ich, generell formulieren:

- 1. Wir halten fest an der Viermächte-Verantwortung.
- 2. Wir wollen nicht wählen zwischen unseren Freunden.
- Wir wollen im Dienste der Freiheit und Europas dem Status quo widerstehen und ihn überwinden.

- 4. Wir wollen ein vereintes Europa als atlantischen Partner.
- Wir wollen gemeinsam einwirken auf die Realitäten im kommunistisch beherrschten Tell Europas.

Bei alldem wissen wir, daß Moskau ein Platz Europas ist und wir mit dem russischen Volk noch manches zu bereinigen haben. Wir können nicht so tun, als ende Europa an Mauer und Todesstreifen mitten in Deutschland; als gehe uns das Schicksal der Völker Ost- und Mitteleuropas nichts an; als sei die kommunistische Herrschaft über diese Völker Europas nicht auch eine Folge Hitlers. Wir sind diesen Völkern veroflichtet.

Millionen Menschen in diesen Ländern setzen ihre eigene Hoffnung auf eine bessere Zukunft allein darauf, daß wir uns nicht mit den von den Kommunisten geschaffenen Realitäten arrangieren. Sie glauben, solange Berlin frei ist, solange der Westen unseren Wunsch auf Selbstbestimmung unterstützt, ebensolange besteht ein dynamisches Element wider den Status quo. Und dieses dynamische Element, meine Freunde, sollte der Westen nutzen. Das sollte uns davon abhalten, uns zu arrangieren; denn eben dies wäre das Aufgeben einer entscheidenden Position für Fortschritte der Freiheit, für Fortschritte des Westens.

Aber ich muß noch einen anderen Akzent setzen. Wer die leidvolle Geschichte der deutschen Hauptstadt kennt, weiß, daß Recht und Wirklichkeit nicht immer identisch sind, daß das Formale nicht immer mit dem Realen übereinstimmt, daß es zwar rechtlich, nie aber politisch einen Status quo gibt; denn die Wirklichkeit ändert sich ständig.

Wer nicht handelt, wird behandelt; wer nicht handelt, läuft Gefahr, daß durch das Handeln anderer die Wirklichkeiten verändert werden, obzwar der Schein der Formalien bleibt. Wenn wir den Status quo überwinden wollen, müssen wir handeln, um nicht unter dem Schein des formalen Status quo in den Realitäten einen Status quo minus zu erleben.

Das heißt, meine Freunde: Ja sagen zu allem, was in den Wirklichkeiten des Alltags wider den Status quo geht. Unser Ziel bleibt die Einheit des Landes. Die Prinzipien unserer Politik hierfür sind richtig. Unsere Methoden sind weder heilig noch zweifelsfrei für alle Zeit.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle ein ganz persönliches Wort. Ich bin dazu ermuntert durch den Beitrag von Eugen Gerstenmaier. Die Welt sieht unsere Wirtschaftskraft. Sie kennt unsere Leidenschaftlichkeit für die Sache der Freiheit. So kommt es, daß Fragen an uns gestellt werden, die weltpolitisches Engagement beinhalten. Das heißt einmal Waffenhilfe, dann Lazarett, dann Mitwirken an Sicherheitsaktionen.

Auf all diese Fragen haben wir bisher, soweit ich sehe, von Fall zu Fall und eher geheim geantwortet und sind im großen und ganzen damit ganz gut gefahren.

Ich meine, nun ist es an der Zeit, aus dieser bisherigen Erfahrung eine Konsequenz zu ziehen und eine klare, sichtbare Politik zu machen. Wie

kann sie aussehen? Die Antwort gibt, so meine ich, die Lage unseres Landes, unsere Geschichte – mit ihrem Ballast, unsere Spaltung – mit ihren Rücksichten, und unser politisches Ziel: die Selbstbestimmung aller Deutschen.

Wir haben im Nahen Osten unsere Verwundbarkeit in weltpolitischen Fragen erfahren. Man stelle sich vor, wir hätten uns weitergehend engagiert in Zypern und in Vietnam. Es wäre nicht nur uns schlecht bekommen! Die Antwort, die Ich persönlich gebe, heißt deshalb: Wir sind keine Großmacht. Waffenhilfe und militärisches Engagement außerhalb der NATO sind — im Grundsatz — nicht unsere Sache.

(Beifall)

Die Bundesrepublik Deutschland darf und kann nicht alles, was das wiedervereinigte Deutschland können und dürfen wird.

Indem Ich dies sage, erstrebe ich nicht etwa die Position des weltpolitischen Desinteresses oder gar die des Schlagsahneessens, während andere für die Freiheit kämpfen. Nein! Gar nichts davon! Wir wollen und müssen unseren weltpolitischen Beitrag für die Freiheit leisten. Aber das muß entsprechend unseren Möglichkeiten geschehen. Wir sind ein gespaltenes Land. Uns ziemt Bescheidenheit und Rücksicht, insbesondere da, wo solche Beiträge national geleistet werden. Was jetzt positiv anzuführen wäre, hat Herr Birrenbach gestern hier im Arbeitskreis gesagt.

Zu dieser Klärung unserer Position gehört auch, daß wir Entwicklungshilfe nur sehr konkreten Projekten und zuerst unseren Freunden zuwenden,

(Beifall)

daß wir die Kapitalbedingungen verbessern und den Entwicklungshilfedienst "Helfen und Lernen in Übersee" stärken, daß unsere auswärtige Kulturpolitik sichtbar und modern mit Entschiedenheit und ausreichenden Mitteln betrieben wird.

Zu dieser "Flurbereinigung" gehört auch, daß wir keinen Anlaß geben, unsere atomare Politik mißzuverstehen. Wir wollen nicht Macht, sondern Sicherheit. Wir drängen nicht zu atomarem Rang. Wir wollen nur das tun, was nötig ist, unsere Sicherheit im Bündnis zu garantieren; aber wir wollen alles, was eben dazugehört, was nur dazu nötig ist.

Bei aller Scheidung der Welt in Blöcke, Nicht-Blöcke und so fort wirkt doch das Phänomen, daß wir im Zeitalter leben, in dem die Integration der Menschheit anbricht. Es entwickelt sich näheres Bekanntwerden, ein wechselseitiges Interesse rund um den Erdball, und wir erleben den zarten Beginn einer öffentlichen Weltmeinung, an der nicht einmal mehr alle Diktaturen achtlos vorbeigehen können.

So erwächst uns, wie ich glaube, eine große Chance, als Anwälte des Humanum bedeutsam zu werden für andere, indem wir ihnen bei Werken des Friedens helfen durch konstruktive Taten für die Menschheit.

Indem wir das tun und feststellen, dürfen wir gleich hinzufügen: Dieser Beitrag wird noch bedeutsamer werden, wenn die Kräfte, die jetzt die Spaltung beansprucht, freigesetzt werden durch die Einheit des ganzen Landes.

(Beifall)

Was wir wollen, ist: Frieden durch Menschenrechte in Deutschland, in Europa und überall.

Wir sind auf dem Wege in eine neue Wirklichkeit. Deutschland ist in seinem freien Teil unter unserer Führung anders geworden: ein Ort der Humanität, der Freiheit, des Rechtes, der Redlichkeit. Deutschland hat schon jetzt eine Wirklichkeit, die dem Besten seiner Geschichte entspricht.

Wir haben aber keine Zeit, das errichtete Gut lange und laut zu loben; denn wir sind noch nicht am Ziel; wir sind mitten in der Arbeit; wir trauen uns noch Besseres zu. Wir sind auf dem Wege in eine neue Wirklichkeit.

Sie alle kennen die politische Landkarte Europas. Ein Blick darauf berechtigt zu der Aussage: Würden die Deutschen mit Mehrheit sozialistisch wählen, Europa bekäme ein anderes Gesicht. Der Geist des Sozialismus würde Europa leiten.

Ein sozialistisches Europa wäre mehr ein "Raum dazwischen" als ein Partner in der atlantischen Gemeinschaft. Es würde ökonomisch und geistig wohl kaum die Kraft aufbringen, dem kommunistischen Block gegenüber den für eine Politik des Einwirkens nun einmal unerläßlichen Überschuß aufzubringen.

(Beifall)

Im Sozialismus spukt und wirkt zuvlel Neutralismus, ökonomische Doktrin, ideologische Verklemmtheit und mangelnder Realitätssinn, als daß aus ihm die Kraft erwachsen könnte, welche die Welt, welche Europa, welche Deutschland heute brauchen, um die Probleme von morgen im Sinne der Freiheit lösen zu können.

Europa muß in seinem freien Teil mehr werden als ein Damm: eine anziehende Kraft mit Überschuß für offensive Funktionen der freien Welt, eine nicht aus Angst zusammengekrochene, sondern eine aus Überlegenheit wirkende Einheit!

(Beifall)

Der Sozialismus – Doktrin des 19. Jahrhunderts – ist zu unmodern, zu undynamisch, zu sehr mit sich selbst beschäftigt, als daß er die Kraft entwickeln könnte, die wir heute brauchen. Wir wollen Europa weder kommunistisch noch neutralistisch noch sozialistisch.

Deutschland ist nicht von Natur aus reich. Unser Fleiß hat uns soweit gebracht. Der Preis für das Erreichte wie für ein noch besseres Morgen ist teuer; er heißt Freiheit.

IHR VORTEIL!

Der gewerbliche Güterfernverkehr

befördert alle Güter im In- und Ausland - schnell - sicher - zuverlässig

erspart Umschlagskosten - Zu- und Ablauf - Lagerhaltung - Zinsen - Zeit

bietet individuellen Verkehrsdienst - Spezialfahrzeuge - Schonung Ihres Ladeguts volle Deckung bei Güterschäden erleichtertes Zollverfahren -

Ob sichtbar oder in der Wand verborger





BUDERUS-QUALITÄT FÜR JEDES HAUS Häuser kann man bauen, wie man will – groß oder klein. Man kann sie mauern, aus Holz herstellen, aus Beton gießen oder aus Fertigteilen zusammensetzen. Häuser haben tausend Gesichter. Eines aber gilt für alle: Vielseitige Buderus-Erzeugnisse sind zuverlässige Helfer in jedem Haus – ob es Öfen sind, Abflußrohre, Sanitär- oder Heizungsanlagen, ob Zement oder Decken aus Spannbeton.

Eisen bleibt - Buderus gleßt Qualität

Schleudergußdruckrohre · Formstücke · Abflußrohre · Kanalguß Heizkessel · Radiatoren · O'fen · Kachelofeneinsätze · Badewannen Sanltärguß · Industrie · und Maschinenguß · Eisenkunstguß Zement · BETA-Stahlbeton-Schleuderrohre · Vorgespannte Stahlbeton-Hohlplatten · Beton-Werksteinplatten

Buderus'sche Eisenwerke Wetzlar

Sozialismus hätte nicht erreicht, was wir schufen, ihm fehlte der Schwung für die Zukunft. Das gilt auch für Europa.

Wir wollen voranschreiten, ohne irgendwo und irgendwie den europäischen Besitzstand zu schmälern. Und bei diesem Voranschreiten denken wir immer auch an die Neutralen in Europa wie an die Unfreien. Es ist realistisch, an ein Ost-West-Gefälle wie vielschichtige, überlappende Institutionen zu glauben! Schon die Donau-Kommission zeigt hier einiges.

Bei alledem wissen wir: Deutschland und Frankreich sind nicht mehr aufeinander angewiesen, sondern unser Schicksal ist fortan gemeinsam, ist unteilbar.

(Beifall)

Ohne Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich ist weder ein Fortschritt Europas noch der atlantischen Gemeinschaft möglich. Ohne diese Freundschaft würde Europa dem Druck der Kommunisten auf die Dauer wohl kaum Widerstand leisten können. Mit dieser Freundschaft kann und wird das freie Europa in seinem unfreien Teil zugunsten der Menschlichkeit hineinwirken. Es war der unvergeßliche Präsident Kennedy, der uns sagte, das wahre deutsche Wunder sei die Aussöhnung mit Frankreich.

(Beifall)

Aber wir Deutschen haben zu Beginn des Jahres einen weiteren wesentlichen Beitrag zur zügigen Entwicklung des Gemeinsamen Marktes geleistet. Ich erwähne dies, um zu unterstreichen, daß wir auch deshalb Anspruch darauf erheben, daß alle die europäischen Vorschläge der Bundesreglerung mit dem Ernst aufzunehmen, mit dem sie gemeint sind.

(Belfall)

Meine Freundel Ich sage dies auch vor dem Hintergrund aktueller Nachrichten: indem wir Europäier so handeln, stärken wir zugleich die atlantische Gemeinschaft. Es liegt doch allein an den Europäern, welchen Rang sie in der Welt und in der NATO einnehmen werden. In dem Ausmaß, in dem wir uns zusammenfinden — zusammenfinden in vielen Formen und vielfältigen Gemeinschaften —, beziehen wir den Platz, der uns zukommt. Tun wir das nicht, so enthalten wir uns selbst den Rang und den Einfluß vor.

Meine Freundel Die atlantische Gemeinschaft sollte – so meine ich – über ihre gemeinsamen inneren Probleme sprechen. Es gibt da gemeinsame Probleme all dieser Industriegesellschaften. Sie sollten Erfahrungen austauschen, gemeinsam Forschung betreiben, und wir sollten uns – wenn ich ein Bild brauchen darf – mehr um das Haus und um den Menschen kümmern, der darin wohnt, als um die Feuerwehr! Auch hier gilt, daß die gemeinsame Pflege des Pro Vorrang hat und das Anti dessen selbstverständliche Konsequenz ist.

Meine Freunde! Wir haben die Chance, den Atlantik zum Binnenmeer unserer Zeit werden zu lassen, und ich meine, das sollten wir tun.

(Starker Beifall)

Die Historiker kennen das sogenannte "Gesetz der Gegenküste". So wie es unser Interesse ist, die USA als unseren Partner zu haben, so ist es das Interesse der USA, ein freies Europa als Partner auf der anderen Seite zu haben. Ein kommunistisches Europa wäre nicht nur das Ende unserer Freiheit; es wäre für die USA mehr als eine lebensgefährliche Bedrohung. Die Wechselbezogenheit unserer Interessen ist offenkundig. Wir sollten uns nicht durch lauter differierende Nuancen den Blick auf den Wald, um den es hier geht, versperren lassen und nur noch von Bäumen sprechen.

Meine Freunde! Wir haben die Chance, eine Welt ohne Krieg, eine Welt ohne Wirtschaftskrisen menschlicher zu gestalten. Unser Volk weiß, daß wir das können, es weiß, daß wir die rechten Antworten wissen. Es gibt nichts Moderneres als diese unsere Union. Niemand kann unsere Führung zerstören, niemand unsere solide und moderne Union schwächen – niemand als wir selbst.

(Starker Beifall)

Unser Gesinnung, unsere Gesittung und beider Konsequenz im Handeln entscheiden auch für die Zukunft.

Wir stehen am Wegkreuz in eine neue Zeit: Im Vertrauen auf Gott können wir eine bessere, noch bessere Zukunft gestalten. Es liegt an uns, an unserer Kraft, an unserer Einheit, an unserem Fleiß, an unserer Treue zur Sache wie an unserer Treue zueinander, ob das Wirklichkeit wird.

Daß unsere Politik Schritt hält mit moderner Erkenntnis und Wissenschaftlichkeit, das ist bekannt. In dem Maße, in dem wir zeigen, daß wir ein Herz haben — ein Herz füreinander und für andere —, wächst uns ein Mehr an Rang, ein Mehr auch an Kraft zu.

Gewiß, meine Freunde, dies sind schwierige Zeiten. Aber nicht davon kleinmütig zu reden ist unser Amt, sondern Zuversicht zu geben.

Wir können das. Das Gestern spricht für uns! Das Heute spricht für uns! Dieser Parteitag zeigt, daß wir den Weg nach Morgen wissen, und wir wissen, daß Gott uns in diese Zeit gestellt hat und uns heute Kraft gibt, auch für morgen, auch für den Weg in eine neue Wirklichkeit.

Unsere Union — heute kann ich nur die Thesen setzen — ist, wie ich glaube, erstens ein Ort der Integration durch Toleranz, sie ist, zweitens, ein Anwalt des Humanum, und sie ist, drittens, eine Antwort auf gestern und morgen.

Nehmen wir alles in allem, dann müssen wir sagen: Deutschland braucht weiterhin Christliche Demokraten.

(Starker Beifall)

Es ist zu teuer, zu wechseln. Die CDU ist besser. Ludwig Erhard ist -- auch verglichen mit Brandt -- nicht nur der Erfolgreichere, er ist auch der Modernere.

(Lebhafter Beifall)

Meine Freunde, wir sind für die Maßstäbe von heute ein kleines Volk. Unser Name ist geschändet. Darunter werden wir auch künftig leiden – auch die, die damit nichts zu tun hatten. Wir haben aus der Geschichte gelernt. Wir suchen unser Wohl und unsere Zukunft nicht gegen andere, sondern mit ihnen. Unser Bekenntnis zu den Menschenrechten ist endgültig wie unsere Entscheidung für den Westen.

Ebenso gültig aber ist, daß wir Deutsche bleiben, daß wir zu unserer ganzen Geschichte stehen und daß diese Geschichte mehr umfaßt als 12 böse Jahre.

(Beifall)

Wir sind auf dem Weg in eine neue Wirklichkeit. Ich habe versucht, einige Striche davon zu zeichnen. Es bleibt – zum Schluß – nur dieser Akzent: Die Welt wird sich weiter gewöhnen an die neue Wirklichkeit einer stabilen, menschlichen Demokratie in Deutschland. Sie wird unser Land, sie wird unser Volk, sie wird die Deutschen achten. Sie wird sehen, daß wir, daß auch wir bedeutsam sind für die Menschheit.

Und die Deutschen werden zu sich selbst finden. Das Pendel wird sich einspielen zwischen Übermut und Ohnmacht, zwischen Anklage und Verstehen, zwischen Gemeinschaft und einzelnen, zwischen Hochmütigkeit und Selbstachtung.

Und so werden die Deutschen einander wie anderen begegnen: zuversichtlich, selbstverständlich und mit einem Selbstbewußtsein, das nicht gegen andere, sondern das orientiert ist am Mitelnander der Humanen.

So wird das Deutscher-Sein immer mehr identisch sein mit Redlichkeit und Humanität.

Ich füge – ganz zuletzt – hinzu: Es lohnt sich, meine Freunde, dafür zu strelten und – zu siegen.

(Langanhaltender starker Beifall)

Präsident Johnen: Lieber Herr Dr. Barzel, darf ich Ihnen vom Parteitag ein herzliches Wort des Dankes sagen, und zwar ein Dankeswort in dreifacher Hinsicht: erstens für Ihre klare Sprache.

(Beifall)

Zweitens erinnern wir uns daran, daß Sie als junger Mann — so darf ich es ja wohl als einer, der ein paar Jahre älter ist, sagen — auf ein Ministeramt verzichtet haben, obwohl es Ihnen gut anstand.

(Erneuter Beifall)

Ein drittes Wort des Dankes darf ich Ihnen dafür sagen, daß Sie als stellvertretender Fraktionsvorsitzender Schwierigkeiten gemeistert haben, die zu meistern einem echten Fraktionsvorsitzenden auch gut angestanden hätte.

(Wiederholter Beifall)

Das letzte Wort des Dankes darf ich Ihnen dafür sagen, daß Sie uns den Optimismus mitgegeben haben, der Ihrer Arbeit zugrunde liegt.

(Erneuter lebhafter Beifall)

Daß ich Ihnen persönlich ein Wort des Dankes sagen darf, Herr Barzel, werden Sie verstehen.

Meine Damen und Herren, Ich darf noch bekanntgeben, daß das Sammelergebnis, die Freundschaftsbrücke der Bundesfrauenvereinigung der CDU für Berlin, 1773 DM beträgt. Ich darf all denen danken, die gespendet haben.

(Beifall)

Nun, meine Damen und Herren, darf ich Ihnen vorschlagen, den Bericht des Herrn Ministers Niermann heute nachmittag um 15 Uhr und nicht jetzt entgegenzunehmen, also nun in die Mittagspause einzutreten.

(Zurufe: Jetzt! - Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren, ich berufe das Plenum für 15 Uhr wieder ein.

(Pause von 12.48 bis 15 Uhr)

Mittwoch, 31. März 1965

4. Plenarsitzung

Bundeskanzler Prof. Dr. Ludwig Erhard

(mit anhaltendem starkem Belfall begrüßt): Meine lieben Parteifreundel Meine Damen und Herren! Wir stehen in der Bundesrepublik vor einer schweren und entscheidenden Wahlauseinandersetzung, deren besondere Schwierigkeit darin liegt, daß die SPD nicht bereit ist, dem Wähler eine Alternative zu unserer Politik aufzuzeigen. Die Sozialdemokratie ist dazu offenbar auch nicht in der Lage.

(Beifall)

Aber bei einem Wahlkampf geht es ja nicht allein darum, für welche Partei sich der Bürger entscheidet, sondern darum, welche politische Entscheidung er trifft. Das ist es, was die Sozialdemokraten zu unterschlagen suchen. Sie glauben immer noch, im Nebel unverbindlicher Aussagen gewinnen zu können. Aus ihrem Verhalten ist zu schließen, daß es ihnen am vorteilhaftesten erschiene, die Macht nach Verabredung zwischen den großen Parteien aufzuteilen. Sie liebäugeln mit dem Gedanken einer Proporz-Koalition der großen Parteien, also einer Proporz-Demokratie. Der Sozialismus will sich in dem von uns errichteten Wohlstand einnisten.

(Heiterkeit)

Zu diesem Zweck beschwört die SPD gelegentlich den nationalen Notstand, der die Proporz-Demokratie rechtfertigen soll. Aber als zum Beispiel in der Nahostkrise unsere nationalen Interessen bedroht schienen, paßte die Opposition und verweigerte jede ernst zu nehmende Aussage.

(Zurufe: Hört, hört! - Beifall)

Dieser mangelnde Mut zur Opposition entspringt der Angst vor dem Wähler.

Die Union jedenfalls wird eine derartige Verfälschung des Wahlkampfes zu einem puren Reklame-Unternehmen nicht mitmachen.

(Starker Beifall)

Wir werden die Wählerschaft über die deutsche Situation und die wirklichen Aufgaben unseres Staates und unseres Volkes informieren. Die Wahrheit ist unser stärkster Verbündeter. Wir werden um die Macht deshalb kämpfen, damit Deutschland seiner selbst mächtig bleibt. Deutschlands Schicksal darf nicht einer ämterhungrigen Funktionärs-Bürokratie überantwortet werden,

(Starker Beifall)

die, einmal etabliert, die Menschen in Abhängigkeit zwingt.

Die CDU hat vor anderthalb Jahren, mitten in der Legislaturperiode, den Wechsel in der Staatsführung reibungslos vollzogen. Konrad Adenauer – der um Deutschland hochverdiente Staatsmann – schied aus dem Kanzleramte. In der ruhigen Würde dieses Amtsüberganges bestätigte sich die Bundesrepublik Deutschland als gefestigte und stabile Demokratie.

(Beifall)

Zwanzig Jahre nach dem Niederbruch des Deutschen Reiches ist die Bundesrepublik Deutschland in Ihren politischen Institutionen gefestigt, in ihrer sozialen Ordnung weit entwickelt und in ihrer Wirtschaft eine der leistungsfähigsten Mächte der Welt.

Es war der Fleiß unseres Volkes, der auf der Grundlage unserer Vorstellungen und Ideen diese Erfolge möglich gemacht hat. Es spricht nur wieder für unsere Politik, daß diese Erfolge heute selbstverständlich erscheinen. Wir wollen aber diesen Wahlkampf nicht mit einem Aufruf zur Dankbarkeit der Wählerschaft für unsere Leistungen in der Vergangenheit führen.

Es gilt, dem gesichtslosen Opportunismus der Gegenseite das klar modellierte Bild einer Kraft entgegenzusetzen, die der Lage Deutschlands, den Forderungen des Tages und den Hoffnungen unseres Volkes gerecht zu werden vermag.

(Beifall)

Wir sind uns bewußt, daß wir dieser Aufgabe nicht ohne Selbstkritik gerecht werden können. Wir haben selbst angesichts des Wahlkampfes keinen Grund, dieser Kritik aus dem Wege zu gehen. Denn die Christlich Demokratische Union und die Christlich Soziale Union sind nicht um ihrer selbst willen da; sie stehen im Dienste des deutschen Volkes und gewinnen aus dieser Verpflichtung die Rechtfertigung für ihr Tun.

(Beifall)

Wir wissen aber auch, welche gewaltige Kraftanstrengung die vergangenen Jahre dem deutschen Volk abverlangten, und daß es in vorderster Front immer die Christlich Demokratische Union war, die die Bürde der Verantwortung trug. Dabei hat die deutsche Nachkriegspolitik nie den Vorteil einer fruchtbaren parlamentarischen Opposition gekannt.

Unsere dadurch nur vermehrte Verantwortlichkeit für das Ganze hat uns oft daran gehindert, der CDU als Partei jene Aufmerksamkeit und or-

ganisatorische Energie zuzuwenden, die wir ihr sicherlich hätten angedeihen lassen, wenn es uns mehr um die Partei gegangen wäre und weniger um unser Volk.

(Lebhafter Beifall)

Seit Ihrem Bestehen hat die Christlich Demokratische Union unser Staatswesen in der täglichen Wirklichkeit mit immer neuen Ideen erfüllt.

Dieser sozial befriedete Staat ist das Werk der Union. Die soziale Sicherheit ist das Werk der Union.

Unsere Partei hat so viel von ihrem Programm verwirklichen können, daß sie als selbständige politische Kraft zuweilen in den Hintergrund zu treten schien. Deshalb sollten wir nicht so sehr von einer Reform der Union reden, sondern von ihrer weiteren Fortentwicklung und ihrer geistigen Ausstrahlungskraft.

(Lebhafter Beifall)

Das ist die Aufgabe nicht nur derer, die die Politik zum Beruf haben, sondern geht alle an, die den Ruf zur Politik fühlen.

Was ist denn ihrem Begriff nach die Christlich Demokratische Union?

Wenn wir von dem christlichen Charakter, von der christlichen Gesinnung der Union sprechen, dann wollen wir dessen eingedenk sein, daß sich die Christlich Demokratische Union vom Zeitpunkt Ihrer Gründung an nicht als eine konfessionelle Partei verstanden hat und das auch nie gewesen ist. Der große Gedanke der Union liegt gerade darin, daß sie die inneren Bedingungen zweier christlicher Konfessionen zu einer politischen Kraft vereint.

(Beifall)

Die Union ist also keine konfessionelle Partei, aber sie steht den christlichen Kirchen und ihrem Öffentlichkeitsanspruch auch nicht in bloßer Toleranz gegenüber. Wir leugnen es nicht, daß sich die Sozialdemokratie — jedenfalls was die öffentlichen Verlautbarungen Ihrer führenden Persönlichkeiten angeht — zur Toleranz gegenüber den Kirchen entschlossen hat. Das entspricht gewiß einem Nachholbedürfnis ihrer Geschichte,

(Heiterkeit und lebhafter Beifall)

aber es bedeutet auch nichts anderes und nicht mehr als die selbstverständliche Anerkennung unserer Verfassung.

(Beifall)

Toleranz heißt Duldsamkeit — Duldsamkeit gegenüber Positionen, die man für sich selbst nicht für verbindlich hält. Duldsamkeit allein aber reicht nicht aus, um in der Politik wirken und bestehen zu können. Die Christlich Demokratische Union will im Gegenteil eine Partei sein, die an das Gewissen und die Verantwortung der Christen appelliert

und die der tätigen Unterstützung und Mitwirkung aller Menschen dieses Geistes nicht entraten kann; die CDU fordert den Elan der Christen bewußt heraus und vertraut dieser starken Kraft. Wir haben diesen Elan in imponierender Weise beim Vatikanischen Konzil erkannt; wir haben voller Stolz den ausgezeichneten Beitrag des deutschen Katholizismus, der deutschen Bischöfe und Konzilsväter erlebt. Und wir haben gesehen, wie dieses Konzil in hervorragender Weise auf die evangelischen Bemühungen um das ökumenische Gespräch geantwortet hat. Wir anerkennen und würdigen außerordentlich die Innere Kraft des deutschen Protestantismus, dem es über viele Fährnisse hinweg gelungen ist, trotz der Spaltung Deutschlands seine geistige Einheit in so überzeugender Weise zu bewahren.

(Lebhafter Beifall)

Das Wort "Demokratisch" in unserem Parteinamen heißt, daß die Christlich Demokratische Union eine Partei sein will in der Demokratie und daß sie darum als Partei mit aller Kraft den Bestand und die Weiterentwicklung der deutschen Demokratie verbürgt.

Zur Demokratie gehört auch die Diskussion. Wir müssen das Gespräch gerade deshalb führen, weil die Opposition die echte Diskussion verweigert. Aber wir wollen auch nicht unter dem Motto diskutieren: Uneinigkeit macht stark.

Unsere politische Verantwortung verlangt, daß innerhalb der Partei und gegenüber der Partei loyal diskutiert wird. Diese selbstverständliche innere Disziplin gilt für uns alle!

(Beifall)

Als nach dem Zusammenbruch Deutschlands die Union gegründet wurde, sahen wir neben der Überwindung des konfessionellen Gegensatzes die Hauptaufgabe der Partei darin, den unseligen Klassengegensatz zu überwinden. Diese Aufgabe haben wir gelöst.

(Beifall)

Die deutsche Gesellschaft von heute ist keine Klassengesellschaft mehr. Selbst die Sozialdemokraten mußten sich dieser Entwicklung beugen, dem Klassenkampf abschwören und sich als Volkspartei anpreisen.

Die deutsche Gesellschaft hat indessen in den letzten Jahren tiefgreifende Veränderungen und Wandlungen erfahren, die keineswegs selbstverständlich oder gar voraussehbar waren. Die Neuorientierung unserer Gesellschaft wurde vielmehr ganz bewußt vollzogen. Ihr lagen Ideen zugrunde! Die "Soziale Marktwirtschaft" brachte die Befreiung unseres Volkes von wirtschaftlicher Not und sozialem Zwang. Das Programm "Wohlstand für alle" wurde Realität. Auch für die Zukunft, meine Freunde, kann kein dürftiger Pragmatismus eine gewollte Ordnung ersetzen.

Die moderne Demokratie ist auf die Mitarbeit aller ihrer Gruppen angewiesen; sie kennt deren Macht, aber sie weiß auch um ihre Grenzen.

Alle diese Gruppen fügen sich heute der Demokratie ein; keine steht mehr im Gegensatz zum Rechtsstaat und zur Verfassung.

Diese Gesellschaft von heute ist keine Gesellschaft von kämpfenden Gruppen mehr. Sie ist immer mehr im Begriff, Form zu gewinnen, das heißt, sich zu formieren. Aber auch in dieser "Formierten Gesellschaft" – ich präge diesen Begriff ganz bewußt – werden die Gruppen die Parteien nicht ersetzen können.

Mehr denn je bedarf unsere Gesellschaft übergreifender politischer Willensträger und Willensentscheidungen. Insofern hat sich in diesem Wandlungsprozeß nicht der Charakter, wohl aber die Aufgabe der Union verändert. Die Union, meine Freunde, ist heute als der ständige Appell an unser Volk zu begreifen, sich zu einer großen Willenseinheit zusammenzuschließen.

(Beifall)

Zwar ist die politische Strategie der Union eine solche des Ausgleichs, aber darüber hinaus, meine Freunde, stellt sich ihr auch immer wieder die Aufgabe, Entscheidungseinheit zu sein.

Die großen Fragen, die wir im Innern und nach außen zu lösen haben, können nicht nach den Sonderinteressen der einzelnen Gruppen beantwortet werden. Es sind Fragen, die die ganze Nation angehen.

Nation verstehen wir in diesem Bezuge nicht mehr im Sinne eines überholten Nationalismus; wir verstehen die Nation in der Perspektive der sozialen, wirtschaftlichen und geistigen Entwicklung als eine "Formierte Gesellschaft".

Nur diese "Formierte Gesellschaft", die nicht mehr von sozialen Kämpfen geschüttelt und von kulturellen Konflikten zerrissen ist, deren Leistungsfähigkeit aber auch nicht mehr, wie im Zeitalter des Imperialismus, von der Beherrschung kolonialer Rohstoffquellen und Absätzmärkte abhängig ist, — nur eine solche in den Funktionen gebundene, aber keineswegs in der Form erstarrte Gesellschaft ist in der Lage, dem modernen Staat in seiner wirtschaftlichen, technischen und wissenschaftlichen Entwicklung ein festes Fundament zu geben, das zugleich das Fundament des Friedens unter den Völkern ist.

Die "Formierte Gesellschaft" – und das ist das Gegenteil einer uniformierten Gesellschaft sozialistischer Prägung oder kollektivistischen Geistes – bedarf zu ihrem Funktionieren nicht der imperialistischen Ausbeutung fremder Völker, und noch entschiedener lehnt sie das kommunistische System der Ausbeutung des eigenen Volkes ab.

(Beifall)

Was heißt also dann: "Formierte Gesellschaft?" Es heißt, daß diese Gesellschaft nicht mehr aus Klassen und Gruppen besteht, die einander ausschließende Ziele durchsetzen wollen, sondern daß sie, fernab aller ständestaatlichen Vorstellungen, ihrem Wesen nach kooperativ ist, das heißt, daß sie auf dem Zusammenwirken aller Gruppen und Interessen

UNSERE PERIODICA

Union in Deutschland
Informationsdienst der CDU/CSU Deutschlands

Deutsches Monatsblatt

Bundesausgabe für Politik - Kultur -Wirtschaft

Frau und Politik

Mitteilungen der Vereinigung der Frauen der Christlich Demokratischen Union

Evangelische Verantwortung Politische Briefe des evangelischen

Arbeitskreises

Deutschland-Union-Dienst
Pressedienst der CDU/CSU Deutschlands

Der Heimatvertriebene - Der Flüchtling Nachrichten und Beiträge für die

Vertriebenenpresse

Das Wirtschaftsbild

Exklusiv-Informationen für die Wirtschaft

Der Wirtschaftsbrief

Zusammengefaßte Informationen aus dem "Wirtschaftsbild"

Der Mittelstandsbrief

Nachrichten und Kommentare aus der Mittelstandspolitik der CDU/CSU

Der Agrarbrief

Das Informationsorgan für die Landwirtschaft

Betriebsräte-Brief

der christlich demokratischen Arbeitnehmerschaft Deutschlands

Protokoll-Bücher

der CDU-Bundesparteitage 9,80 DM

Festschriften

der CDU-Bundesparteitage 5,- DM
(In Lizenz bei Sator Werbe-Verlag Hamburg)

PRESSE - UNDINFORMATIONSDIENSTE

der Christlich Demokratischen Union Deutschlands - Verlagsgesellschaft mbH

BONN - Argelanderstraße 173 - Ruf 52931, 23140



beruht. Diese Gesellschaft, deren Ansätze in System der Sozialen Marktwirtschaft bereits erkennbar sind, formiert sich nicht durch autoritären Zwang, sondern aus eigener Kraft, aus eigenem Willen, aus der Erkenntnis und dem wachsenden Bewußtsein der gegenseitigen Abhängigkeit.

Ergebnis dieser Formierung muß sein ein vitales Verhältnis zwischen sozialer Stabilität und wirtschaftlicher Dynamik, die Konzentration auf eine fortdauernde Erhöhung der Leistung, die Sicherung einer expansiven Weiterentwicklung der Wirtschaft sowie auch die Förderung und Nutzbarmachung des technischen und wissenschaftlichen Fortschritts. Es ist eine Gesellschaft des dynamischen Gleichgewichts. Eine solche Gesellschaft ist nicht autoritär zu regieren, sondern kann Ihrem Inneren Wesen nach nur demokratisch sein. Aber sie braucht modernere Techniken des Regierens und der politischen Willensbildung.

Wir sollten uns darüber klar sein, daß auch unsere politische Ordnung einem natürlichen Entwicklungsprozeß unterworfen ist. Die Formlerte Gesellschaft verlangt also neue Impulse unserer politischen Parteien und des Parlamentarismus selber.

Die parlamentarische Demokratie darf nicht länger den organisierten Interessen unterworfen sein; im Gegenteil verlangt dieser bewußte Schritt die größere Autonomie unseres Parlamentarismus. Ich nenne als Beispiel die Ausschußarbeiten des Bundestages. Auf ihnen beruht ein wesentlicher Teil der Wirksamkeit des Parlaments überhaupt. Zweifellos ist die Tatsache, daß in diesen Ausschüssen vor allem Fachleute sitzen, hoch einzuschätzen.

Aber damit ist offensichtlich auch die Gefahr verbunden, daß sich in diesen Ausschüssen Gruppeninteressen bedenklich verdichten, weil man dort eben allzusehr "unter sich" bleibt.

(Beifall)

Darunter leiden dann allzuleicht die gesamtpolitischen Aspekte, denen das Parlament als Ganzes verpflichtet sein muß. Vielleicht brauchen wir ein neues Spezialistentum, nämlich Spezialisten für allgemeine Interessen.

(Beifall)

Ähnliches gilt für die Aufgaben der staatlichen Verwaltung. Unser Bestreben muß dahlngehen, die Konsequenzen aus der bisherigen Entwicklung zu ziehen, und zwar planmäßig und entschlossen.

Das ist nicht zuletzt auch eine Fragestellung, die unser geistiges Leben, wissenschaftliche Erkenntnis und unsere Kultur angeht. Die "Formierte Gesellschaft" ist auch kein Modell, das etwa nur im Gehäuse des Nationalstaates funktioniert. In ihr kann sich vielmehr das Bild eines geeinigten Europas regen. Sie ist darüber hinaus geeignet, eine Leitidee für die Neugestaltung unseres Erdtells wie auch für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung anderer Völker zu sein.

Wenn uns dieser Schritt gelingt, dann wird sich die Anziehungskraft einer so gegliederten Gesellschaft anderen Formen gegenüber als weit überlegen erweisen. Zugleich wird sie den Sozialismus — auch dieser Prozeß ist bereits im Gange — ideologisch und politisch aufzehren. Die Sozialdemokratie hat heute nur noch die Wahl zwischen völligem Opportunismus und dem Schattendasein einer Minderheitspartei. Das Salz des Sozialismus ist dumm geworden.

(Lebhafter Beifall)

Die Bundesrepublik steht in der Innenpolitik in den nächsten Jahren vor außergewöhnlichen Aufgaben. Nach der Periode des Auf- und Ausbaus der wirtschaftlichen Produktion, der Mehrung des Wohlstandes für alle, der Anstrengung für eine gerechte Sozialorganisation, nach der Behebung der hauptsächlichen Kriegs- und Kriegsfolgeschäden — kurzum dem, was man in der Welt "das deutsche Wunder" genannt hat —, nicht zuletzt auch nach der Errichtung einer funktionsfähigen Demokratie, sind wir nunmehr in ein Stadium eingetreten, das nicht nur bei Kulturkritikern ein Gefühl des Unbehagens auslöst.

Dieses Unbehagen — sosehr dieser Begriff allerdings schon zu billiger Münze geworden ist —, kann nicht einfach als Ausbruch ewig mißvergnügter Intellektueller oder als verschleierter Ärger darüber verstanden werden, daß die Christlich Demokratische Union mit all ihren grundsätzlichen Entscheidungen gegen die Opposition recht behalten hat. Dieses Unbehagen hat auch einen realen Kern, den wir erkennen müssen: Im Positiven drückt es den Wunsch nach einer Stabilisierung der Lebensordnung und zugleich nach einer sinnvoll gegliederten Gesellschaft aus, die dem einzelnen und der Gemeinschaft, wenn nicht überschaubar, so doch ein Gefühl der Geborgenheit gibt.

Die Leistungen der Union in der Vergangenheit berechtigen zu der Erwartung, daß das deutsche Volk unserer Partei sein Vertrauen bewahrt. Denn nicht das Versprechen gilt, es zählt allein die Tat.

(Beifall)

Unsere Leistungen allein legitimieren uns nicht für alle Zukunft und werden uns dann nichts mehr helfen, wenn wir kein erkennbares und glaubhaftes Bild von der uns vor Augen stehenden Gestalt unserer künftigen Gesellschaft aufzuzeigen vermöchten. Das Unbehagen der Kulturkritiker ist gewiß zum Teil Ausdruck einer Situation, in der alle nahellegenden materiellen Ziele schon weitgehend erfüllt sind oder doch erreichbar erscheinen und es nur noch Verbesserungen im einzelnen zu gewinnen gilt.

Es geht um die neuen Aufgaben unserer Politik. Nach der Phase des Aufbaus ist das Ziel der nächsten Jahre die Reform der deutschen Demokratie.

Die Bundesrepublik ist das Land der Welt, das durch freie vorausschauende Aktivität und Initiative der einzelnen in entscheidenen Lebensbereichen ein Modeil geschaffen hat: Wir haben die moderne klassenlose Gesellschaft verwirklicht. Motor dieser Entwicklung war aber allein unsere Partei.

(Beifall)

Die Sozialdemokraten wollen aus ihrer abgestandenen Ideologie heraus. Sie beteuern ihre Wandlung und Erneuerung. Aber ein alter Schlauch wird nun einmal nicht dadurch brauchbar, daß man vorsichtshalber die Luft abläßt.

(Große Heiterkeit und lebhafter Beifall)

Wir lassen die Sozialdemokraten links liegen, wohin sie auch gehören.

(Erneute Heiterkeit und Belfall)

Die Bundesrepublik soll — darin sehe ich meinen Auftrag — ein Land werden, in dem Staat und Gesellschaft sich zu einem weitausgreifenden Fortschrittswillen vereinen und versöhnen. Der Staat soll nicht autoritär planen, und die Gesellschaft darf nicht eine chancenreiche Zukunft für eine bessere Gegenwart des bloßen Konsums preisgeben. Wir wollen — um mit Eugen Gerstenmaier zu sprechen — mehr sein als ein Konsumverein.

(Starker Beifall)

Öffentliche Voraussicht und private Initiative müssen sich verbünden, um Deutschland gegen Krisen gefeit sein zu lassen und für die Mehrung seiner politischen Kraft, seiner geistigen und technischen Leistung, seines ökonomischen Fortschritts einstehen zu können. Kurzum: Wir haben in der Ordnung unserer Gesellschaft die Voraussetzungen für eine neue kulturelle und zivilisatorische Höhe unseres Staates und unseres Volkes zu bereiten.

Das Grundgesetz hat den Bund allzu stiefmütterlich behandelt. Ich bin aber ein guter Föderalist, Herr Vorsitzender.

(Heiterkeit)

Trotzdem konzentriert sich alle Kritik auf Bonn. In Zukunft werden die Kompetenzen des Grundgesetzes voll ausgenutzt werden müssen, die dem Bund in der Justiz, im wirtschaftlichen und sozialen Leben, in der Gesundheitspolitik, der Raumordnung und dem Verkehr sowie hinsichtlich der Förderung von Bildung und Forschung und der inneren Sicherheit zu Gebote stehen.

(Lebhafter Belfall)

Eine Bundesreform wird sich aber nicht nur auf die Bundeskompetenzen stützen können, sondern sie muß dazu auf die vertrauensvolle und verständnisvolle Mitarbeit der Länder bauen können. Die Union erbittet vom deutschen Volke das Mandat, gemeinsam mit allen der Zukunft aufgeschlossenen Kräften gegen die hemmenden Gewichte des Verharrens und eines falschen Traditionalismus zeitgemäße Reformen durchsetzen zu können. "Reform" kann in unserem Lande nicht etwa dahin verstanden werden, daß es einen unerträglich gewordenen Zustand zu beseltigen gelte. Reform besagt heute, daß wir eine sich rasch verändernde Gesellschaft anpassungsbereit und widerstandsfähig halten müssen.

Nehmen wir das Beispiel der Sozialpolitik: Wir haben erkannt, daß moderne Sozialpolitik — soll sie wirklich Stabilität und Sicherheit gewährleisten — eine dynamisch fortschreitende Wirtschaft zur Voraussetzung hat und daß darum jeder Schritt auf diesem Wege der Synchronisierung mit der Wirtschaftspolitik bedarf.

Die soziale Marktwirtschaft war nicht deshalb ein so großer Erfolg, weil sie den Leistungswillen der Wirtschaft beflügelte, sondern well sie zugleich eine großangelegte Politik des sozialen Ausgleichs ermöglichte. Aber wir müssen noch einen Schritt weitergehen. Sozialpolitik in einer "formierten Gesellschaft" beruht auch auf der Sicherung der Freiheit durch materielle Mittel.

(Beifall)

Wir wissen, daß es noch manche Not zu beseitigen gilt. Vor allem aber wissen wir, daß soziale Not in dieser unserer Gesellschaft viele Gesichter hat.

Die Not des einsamen Alters, die Sorge um die Gesundheit, die Ängste vieler Menschen, die sich den konzentrierten Leistungsanforderungen unserer Gesellschaft beruflich, psychisch oder physisch nicht gewachsen fühlen.

Im ganzen aber haben wir den Durchbruch erreicht. Von allen Industriestaaten verzeichnet die Bundesrepublik seit 1949 die weitaus wenigsten Streiks. Unsere Sozialleistungen erreichen den höchsten Anteil am Sozialprodukt von allen Ländern der Erde. Gerade angesichts dieses großen Erfolges sollten wir nicht zögern, die Sonde ehrlicher Kritik anzulegen, d.h. zu prüfen, was noch Besseres getan werden kann.

(Beifall)

Unsere Sozialpolitik ist aus ihrer geschichtlichen Entwicklung heraus in der Anlage zu wenig straff und in der Zielsetzung zu wenig bewußt. Damit gerät sie in Gefahr, strukturlos zu werden.

Sozialpolitik darf nicht länger als eine Addition oder als fortdauernde Anstückelung von Leistungen verstanden werden. An Stelle einer bloßen Häufung muß auch hier eine echte Integration Platz greifen. Vergessen wir es aber nicht, daß nach dem Zusammenbruch die Not uns zu rascher Hilfe zwang und die Zeit für Reformen noch nicht reif war. Wir haben sie in der Folgezeit dennoch eingeleitet.

Eine wesentliche Gefahr – gestehen wir es – liegt auch heute noch nicht zuletzt darin, daß wir vielleicht zuoft versucht sind oder auch gezwungen werden, Sozialpolitik als die Befriedigung organisierter Interessen gelten zu lassen. Aber noch so gut gemeinte soziale Wohltaten, die an dem Kern der Aufgabe vorbeigehen, sind unverhältnismäßig teuer und schwächen die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft in besorgniserregendem Maße. Sie stärken darüber hinaus nicht das Gefühl sozialer Sicherheit, sondern schwächen es.

Unsere vordringliche Aufgabe wird es also sein, die Sozialpolitik von überflüssigem Gestrüpp zu befreien, das Gefüge unserer Sozialleistungen rationeller, überschaubarer und zugleich für den Bürger effizienter zu gestalten. Die Sozialpolitik alten Stils, d. h. die einer Notstandsgesellschaft, entspricht nicht mehr dem Wesen unserer Gesellschaft, die auf Wohlstand aufzubauen in der Lage ist.

An dieser Aufgabe arbeitet die Enquete-Kommission, die entsprechend meiner Regierungserklärung vom Oktober 1963 eingesetzt wurde und die wertvolle Ergebnisse zu erbringen verspricht.

Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten lehnt unsere Partei einen kollektivistischen Versorgungsstaat mit aller Entschiedenheit ab.

(Lebhafter Beifall)

In einer freien Gesellschaft, wie sie uns als Leitbild vorschwebt, soll der einzelne Mensch seiner Verantwortlichkeit nicht beraubt, sondern ihr umgekehrt deutlicher bewußt werden. Wohl aber fordert es die Solidarität einer modernen formierten Gesellschaft, daß die Gemeinschaft angesichts der Abhängigkeit aller von allen die soziale Bürgschaft für den einzelnen übernimmt.

Sie darf sich nicht darauf beschränken, soziale Not zu lindern; sie muß die Not selbst verhindern. Wo das im einzelnen nicht möglich erscheint, dürfen wir nicht im alten Fürsorgeprinzip steckenbleiben. In solchen Fällen ist die soziale Sicherheit dahin auszubauen, daß derjenige, der ohne eigene Schuld über keine ausreichende Versorgung verfügt, gleichwohl die Gewißheit haben darf, frei von Not leben zu können.

(Beifall)

Um so mehr ist unsere ganze Aufmerksamkeit darauf zu richten, die materielle Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft im umfassendsten Sinne zu mehren und zu sichern. Soziale Politik in einer formierten Gesellschaft ist deshalb integrierender Bestandteil einer großangelegten Infrastrukturpolitik.

Bereits in meiner Regierungserklärung und nicht zuletzt in meiner Haushaltsrede im Bundestag habe ich mit Nachdruck betont, daß die Bewältigung der Gemeinschaftsaufgaben für uns eine nationale Lebensfrage ausmacht.

Wir müssen erkennen, daß "Sozialinvestitionen" die Voraussetzung für eine bessere Lebensordnung überhaupt schaffen. Ja, nur durch deren

wesentliche Erhöhung sind auf die Dauer die Schaffung und Erhaltung gesunder Lebensgrundlagen gewährleistet. Das bedeutet aber unverrückbar, daß der Erhöhung rein konsumtiver Sozialleistungen Grenzen gesetzt sind.

Das ebenso fade wie dumme Spiel, alle tatsächlichen und vermeintlichen Versäumnisse hinsichtlich der Erfüllung von Gemeinschaftsaufgaben der öffentlichen Hand, ja, am liebsten dem Bund allein anzulasten, in der Vertretung egoistischer Gruppeninteressen aber das Sozialprodukt möglichst vollständig aufzuteilen und aufzuzehren, grenzt nachgerade an intellektuellen Betrug.

(Lebhafter Beifall)

Regierung und Parlament, Bund, Länder und Gemeinden müssen enger zusammenstehen und gemeinsam den Mut aufbringen, überwuchernden partiellen Wünschen die Zustimmung zu versagen, wenn es um das Gemeinwohl geht.

(Beifall)

Hier handelt es sich im wahrsten Sinne um eine Aktion des politischen und ökonomischen Gemeinsinns.

Wir haben dabei in längeren Zeiträumen zu denken und mehr öffentliche Vorsorge in all jenen Bereichen zu treffen, die die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen unseres Seins setzt.

Wir wollen uns jedoch nicht darauf beschränken – wie das die SPD nun schon seit Jahren tut –, großartige Forderungen zu erheben und diese in den luftleeren Raum zu stellen. Wir wollen vielmehr konkret aufzeigen, wie wir die von uns als richtig erkannten Forderungen verwirklichen werden. Das Problem der Gemeinschaftsaufgaben ist vor allem die Frage ihrer Finanzierung; denn es bleibt oberstes Gebot, für die Bewältigung solcher Anliegen, so dringlich sie auch sein mögen, niemals den Preis einer Inflation zu zahlen.

(Lebhafter Beifall)

Das Wachstum der öffentlichen Haushalte ist darum grundsätzlich nach Maßgabe der realen Zuwachsrate des Bruttosozialproduktes zu begrenzen.

Angesichts der durch die Steuerprogression relativ stärker ansteigenden Nominaleinnahmen der öffentlichen Haushalte halte ich es für vertretbar, daß Bund und Länder einen Teil ihrer Steuermehreinnahmen bis zu einer Größenordnung von – sagen wir – rund 1 Prozent des Bruttosozialprodukts oder auch darüber für die Verwirklichung vordringlicher Gemeinschaftsaufgaben zur Verfügung stellen. Aus diesen Mitteln soll ein Sondervermögen – ich schlage vor, es "Deutsches Gemeinschaftswerk" zu nennen – mit eigener Wirtschafts- und Rechnungsführung gebildet und fortlaufend gespeist werden.

(Beifall)

Als Finanzierungsquellen kommen zusätzlich die Erlöse der konsequent weiterzuführenden Privatisierung von öffentlichen Wirtschaftsvermögen und vom Gemeinschaftswerk aufzunehmende Kapitalmarktmittel in Betracht.

Dieser Fonds soll vorzüglich solche öffentlichen Aufgaben finanzieren, die für die Gesamtheit des Volkes bedeutsam sind und angesichts der Notwendigkeit mittelfristiger Planung innerhalb der jeweils auf ein Jahr begrenzten Haushalte in diesen keinen Ansatz finden können.

Unstreitig stellen die Ausgaben dieses Fonds öffentliche Ausgaben dar. So betrachtet, ersetzen bzw. ergänzen sie mindestens teilweise die bisher geleisteten Aufwendungen von Bund und Ländern. Ich bin nicht nur überzeugt, sondern erachte es als einen wesentlichen Gewinn, daß sich die Einnahmen und Ausgaben dieses Fonds konjunkturpolitisch sinnvoller steuern lassen als das Institutionell vielgestaltige öffentliche Finanzvolumen, und vor allem ist es dem mißbräuchlichen Zugriff für rein konsumtive Zwecke entzogen.

(Beifall)

Als parafiskalisches Gebilde wird der Fonds an Hand einer mittelfristigen Vorausschau und einer sachlichen und zeitlichen Dringlichkeitsordnung zu einem geeigneten Instrument, eine Steuerung des Grenzvolumens zu versuchen und einer schädlichen, die Stabilität der Währung gefährdenden Ausgabenpolitik entgegenzuwirken.

So gesehen, ist dieses "Deutsche Gemeinschaftswerk" neben seinem gesellschaftspolitischen Zweck im besonderen Maße geeignet, die institutionelle Verwirklichung der Forderung sicherzustellen, die, wie schon gesagt, die Wachstumsraten der Haushalte von Bund und Ländern mit der realen Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts in Einklang zu bringen.

Darüber hinaus würde dieses Verfahren zu einem Kernstück der Finanzreform, die die gemeinsame Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben durch Bund und Länder im Grundgesetz verankern soll.

Der im Herbst zu wählende Bundestag kann die notwendigen Maßnahmen sofort in Angriff nehmen. Die praktischen Aktionen müssen so bald wie möglich beginnen und sollen zunächst auf eine Zeitdauer von 30 bis 35 Jahren bemessen werden. Mit dem Tage der deutschen Wiedervereinigung werden die Mittel und Möglichkeiten dieses Fonds ausschließlich zur Herstellung der deutschen Einheit in allen Lebensbereichen eingesetzt werden.

(Beifall)

Mit dem geschlossenen Einsatz großer Mittel zur Teil- und Vollfinanzierung von Gemeinschaftsaufgaben würden wir einen überragenden Beltrag leisten, um alle Gebiete unserer Gesellschaft gleichgewichtig zu entfalten und durchgreifend zu modernisieren. Wenn ich im innenpolitischen Tell unseres Programms für Deutschland von der Notwendigkeit gesprochen habe, bewußt den Schritt zu einer "Formierten Gesellschaft" zu tun, dann habe ich dabei zugleich und nicht minder an die Grundlagen unserer Außenpolitik gedacht.

Gerade wir Deutschen, deren außenpolitische Lage seit der Gründung des Reichs immer problematisch und im ganzen wenig stabil gewesen ist, müssen uns der Wechselwirkung von innerer Verfassung und auswärtiger Politik bewußt sein. Der Imperialismus am Ende des 19. Jahrhunderts entsprach der wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Situation der großen Industrienationen, die von der Vorstellung erfüllt waren, daß Ihnen allein eine Machtpolitik Geltung und Reichtum sichern könnte. In der Außenpolitik der Weimarer Republik splegelte sich die innere Schwäche und Zerrissenheit der Demokratie. Die brutale Aggressivität der Hitlerschen Außenpolitik ergab sich zwangsläufig aus dem System der inneren Gewaltherrschaft.

Welche Außenpolitik aber — so ist zu fragen — entspricht einer "Formierten Gesellschaft", wie wir sie sehen? Unsere Außenpolitik ist und kann nur eine Politik des Friedens sein, weil unsere Innenpolitik eine, Strategie des Ausgleichs ist. Für eine solche Gesellschaft ist kein Anlaß mehr gegeben, zur Deckung oder Überdeckung innerer Schwierigkeiten das Ventil außenpolitischer Aggressivität zu öffnen.

(Beifall)

Eine wirksame deutsche Außenpolitik bedarf deshalb heute mehr denn je der inneren Geschlossenheit des Staatswesens und einer hohen wirtschaftlichen Leistungskraft. Je deutlicher sich die Bindung des deutschen Volkes an seinen Staat, an sein Vaterland ausprägt, je gesammelter und geschlossener sich Deutschland der Welt präsentiert, um so mehr wird diese bereit sein, uns zu verstehen.

Die Bundesrepublik ist, was auch immer dazu gesagt werden mag, außenpolitisch stärker geworden. Das ist nicht schlechthin identisch mit nationaler, europäischer oder auch weltweiter Sicherheit. Die Ursachen unserer Erstarkung liegen – ich wiederhole es – in der gesunden, festgefügten Ordnung unseres Staates und in der vollentfalteten Wirtschaftskraft unseres Landes.

Die Bundesrepublik ist nun einmal, wie schon gesagt, einer der bedeutendsten und leistungsfähigsten Wirtschafts- und Handelsmächte der Welt. Ihr militärisches Potential hat sich im Rahmen der NATO erheblich verstärkt.

In bezug auf ihre innere Stabilität kann sie sich kühnlich mit allen Nationen der freien Welt messen. Die deutsche Beteiligung an der Aufbauförderung in Entwicklungsländern ist bedeutend.

Die außenpolitische Erstarkung der Bundesrepublik ist also eine Folge unserer inneren Lage; sie unterstreicht zugleich die Bedeutung, die wir der inneren Ordnung und Entwicklung beizumessen haben.

Wenn ich diese meine Überzeugung an den Anfang meiner außenpolitischen Betrachtung stelle, so heißt das nicht, daß ich die Schwierigkeiten verkenne, vor denen unsere Außenpolitik derzeit steht. Diese Schwierigkeiten haben, so unterschiedlicher Art sie auch sind, vor allem und nach wie vor nur eine Ursache: die Teilung Deutschlands. Das ist unsere offene Wunde.

(Beifall)

Es ist auch eine schwärende Wunde Europas, ja, der gesamten Welt. Die Teilung Deutschlands bedeutet nicht zuletzt die Teilung Europas.

Unsere gesamte Außenpolitik kann unbeschadet der Aktualität anderer Aufgaben und Probleme in ihrem Kern nur Wiedervereinigungspolitik sein. Das wird sie bleiben, bis unser Volk wieder in einem Staat, im gemeinsamen deutschen Vaterland, zusammenleben darf.

(Beifall)

Wir wissen sehr wohl, daß die weltpolitischen Gegensätze die Wiedervereinigung Deutschlands blockieren. Wir sind deshalb an einer Entspannung vital interessiert. Entspannung aber heißt Ausgleich und nicht Rückzug.

Die Politik der Sowjetunion ist indessen alles andere als eine Politik des Ausgleichs, sie ist auch keine Politik der Entspannung, sie ist keine Politik des Friedens. Die Sowjetunion steht in Europa als imperialistische Großmacht und betrachtet Mitteldeutschland als ihr militärisches, Vorfeld oder als Instrument ihrer politischen und wirtschaftlichen Aggressionen.

Der Ost-West-Gegensatz, der die Weltpolitik der fünfziger Jahre so entscheidend geprägt hat und in dessen Bild sich das deutsche Begehren nach Wiedervereinigung einordnete, ist beileibe nicht beseitigt, aber er bewirkt heute trotz der veränderten Szenerie immer noch eine deutlich erkennbare immobilität.

Dies darf und braucht nicht dazu führen, daß die Politik des Westens und gerade auch die europäische Politik an Dynamik und Zielstrebigkeit verliert. Wir sind uns mit unseren westlichen Verbündeten darin einig, daß "Entspannung" allein oder gar als Selbstzweck nicht genügt. Was wir anstreben müssen, ist eine in das westliche Bündnissystem eingeordnete aktive und weitschauende europäische Politik, die dem Range unseres alten Kontinents gerecht wird.

(Beifall)

Das ist um so wichtiger, als die Grundtendenzen der sowjetischen Machtpolitik unverändert sind, wenngleich sich diese zeitweise weniger geschlossen präsentiert. Starrheit ist eben nicht mit Stärke gleichzusetzen. Auch haben dadurch, daß die sowjetischen Führer von heute einen Teil der Maßnahmen Chruschtschows wieder rückgängig gemacht ha-

ben, die Schwierigkeiten der Sowjetunion noch eher zugenommen. Denn die Gesellschaft und Wirtschaft Sowjetrußlands lassen sich von den Fesseln, die ihnen durch das System der kommunistischen Herrschaft und die starre Planungsdiktatur Stalins angelegt wurden, weder auf dem Wege von Verwaltungs- und Parteireformen befreien noch lassen sich die darniederliegenden Kräfte dadurch entfalten, daß man Machthaber auswechselt. Noch aber scheinen die derzeitigen Führer der Sowjetunion welt entfernt davon zu sein, Entscheidungen zu wagen, die die politische Struktur und die gesellschaftliche Substanz ihres Herrschaftsgebietes berühren.

Der Wunsch Sowjetrußlands, den gegenwärtigen politischen Zustand Europas zu zementieren, liegt um so näher, als sich die osteuropäischen Staaten wirtschaftlich und kulturell zunehmend an einem Austausch mit dem Westen und dem freien Europa interessiert zeigen.

Die westlichen Industrienationen hinwiederum wettelfern geradezu, dem kommunistischen Osten ohne politische Gegenleistung langfristige Kredite einzuräumen.

Damit wird nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Kraft des Kommunismus gestärkt – so als ob dieser endgültig auf die Weltrevolution verzichtet hätte.

(Beifall)

Das alles mag für den Augenblick eine gewisse äußerliche Kompromißbereitschaft der Sowjets erklären. Es wäre aber — wie ich überzeugt bin — eine bittere Selbsttäuschung für die Europäer wie für die Amerikaner, aus diesem nur taktischen Verhalten der Sowjets auf eine neue konstruktive Linie ihrer Politik überhaupt zu schließen.

Ich bekräftige meine Auffassung, daß es angesichts der geschilderten Situation nicht das Ziel der westlichen Politik sein kann, nach bloßen Gesten der Entspannung oder anderen Scheinlösungen zu suchen und das gar noch als einen Erfolg im Hinblick auf die Sicherung des Friedens anzusehen.

(Beifall)

Uns Deutschen liegt eine echte Entspannung wirklich am Herzen; aber sicherlich kann dieses Ziel nicht einfach dadurch erreicht werden, daß die Bundesrepublik den im einseitigen Machtinteresse der Sowjets liegenden gegenwärtigen Zustand für sich und die freie Welt als verbindlich anerkennt.

Was wir erstreben, ist eine europäische Friedensordnung, die allen Völkern Europas ihre Freiheit und Sicherheit garantiert. Hüten wir uns vor der Illusion, daß dieses Ziel mit unzulänglichen technischen Regelungen erreicht werden könnte. Wenn in einer europäischen Friedensordnung die Zusammenarbeit dem gemeinsamen Nutzen und dem Ausgleich von Interessen dienen und dazu das Mißtrauen abgetragen wer-

den soll, bedarf es nicht nur technisch abgestimmter Verfahren, sondern echter, dauernder, politischer Lösungen.

(Belfall)

Es ist meine Überzeugung, daß alle Völker Europas zuletzt nicht gegen –, sondern miteinander arbeiten wollen. Das verstehen wir unter wirklicher Entspannung. Wir haben uns stets bereit erklärt, mit jedem zu sprechen, der mit uns diesen Weg zu gehen bereit ist.

Eine solche Politik setzt freilich die Geschlossenheit unseres westlichen Bündnisses voraus. Wir wären aber blind, wollten wir die Schwierigkeiten übersehen, denen eine moderne, die Zukunft und den Frieden sichernde Politik auch im Verhältnis der westlichen Mächte zueinander begegnet. Zwar kann von einem Verfall dieser Allianz gewiß nicht die Rede sein, aber wir haben doch auch nicht die Fortschritte erzielt, die angesichts der wachsenden Differenzierung innerhalb Europas und in seinem Verhältnis zu den Vereinigten Staaten wünschenswert und notwendig gewesen wären.

Was im besonderen unser Verhältnis zu Frankreich anlangt, so hat meine Aussprache mit dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle in Rambouillet Übereinstimmung in vitalen Fragen unserer Politik ergeben. Die deutsch- französische Freundschaft ist und bleibt ein Eckpfeiler unserer Außenpolitik. (Beifall)

Ich möchte trotz des unbefriedigenden Ergebnisses der Besprechungen zwischen dem französischen und dem italienischen Außenminister dieses Bekenntnis aufrechterhalten. Der französische Staatspräsident hat gestern in einer dem deutschen Botschafter im Elysée gewährten Unterredung die zwischen dem General und mir in Rambouillet getroffene Vereinbarung bestätigt und seine Bereitschaft wiederholt, so wie vorgesehen im Juli dieses Jahres an einer Konferenz der Regierungschefs teilzunehmen, die von den Außenministern vorzubereiten sei.

(Starker Beifall)

General de Gaulle ist mit mir der Meinung, daß diese neuen Ansätze zu einer politischen Union nicht scheitern dürfen. Ich habe dem nichts hinzuzufügen. Die Außenminister sollten es als einen hohen Auftrag betrachten, die vorbereitende Konferenz ehestens zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen.

(Beifall)

Charakteristisch aber ist wieder die Haltung der Oppositon. Kaum treten in einer für Europa, Deutschland und unser Volk entscheidenden Frage Schwierigkeiten auf, kann sie kaum eine hämische Freude verbergen.

(Zurufe: Sehr richtig!)

Diese Haltung nenne ich verantwortungslos.

(Anhaltender, starker Beifall)

Werten wir es doch als ein Zeichen echter Freundschaft und Solidarität, daß der französische Staatspräsident nach meinem letzten Zusammentreffen in so demonstrativer Weise die Wiedervereinigung unseres Volkes zu einem wesentlichen Ziel der französischen Politik erklärt hat.

(Belfall)

Diese Auffassung seiner Regierung teilt auch das französische Volk.

Der Anteil der französischen Bürger, die die Wiedervereinigung Deutschland als wünschenswert bezeichnen, betrug im Mai 1964 55 Prozent und erhöhte sich bis zum Februar 1965 auf 60 Prozent.

Wir Deutsche sollten also die Freundschaft mit allen unseren Nachbarn als ein kostbares Gut pflegen. Seit meiner Amtsübernahme ging mein Bestreben dahin, der europäischen Gemeinsamkeit durch eine engere politische Zusammenarbeit neue Impulse zu geben; denn die politische Gestalt Europas, so wie sie sich uns darbietet, entspricht keineswegs der wirtschaftlichen Stärke und der tatsächlichen Bedeutung unseres Kontinents In der heutigen Weltpolitik. Die Versöhnung der Franzosen und Deutschen soll und wird eine bewegende Kraft für die Einigung Europas bleiben. Es geht jetzt aber nicht mehr darum, die Versöhnung zwischen den beiden Ländern dauerhaft zu gestalten. Dieses Werk ist vollzogen. Unser Ziel ist es, aus dieser Versöhnung heraus mit den freien Ländern Europas und allen unseren Partnern eine weitgehend gemeinsame Politik zu entwickeln.

(Beifall)

Diese europäische Politik schließt naturgemäß auch den welteren Fortschritt des Gemeinsamen Marktes ein. Ihn erachten wir als ebenso notwendig und wünschenswert wie Frankreich und die anderen Mitglieder der Gemeinschaft. Trotz des schon erreichten Erfolges wird der vollkommene Übergang von sechs Volkswirtschaften zu einer gemeinsamen großräumigen Regionalwirtschaft noch manche Schwierigkelten mit sich bringen. Ich habe diese niemals übersehen und auch nicht gering geachtet. Dabei wird sich immer deutlicher zeigen, daß es mechanistisch gedacht wäre, ohne weiteres darauf zu vertrauen, daß ein so umfassender Markt ohne die Angleichung der gesellschaftlichen Systeme zu praktizieren wäre. Aus solcher Sicht heraus kommt dem von uns fortzuentwickelnden Modell einer Formierten Gesellschaft auch europäische Bedeutung zu.

Niemand in unserem Lande wünscht, daß eine straffere Konzentration unserer Außenpolitik innerhalb Europas unser Verhältnis zu den Vereinigten Staaten nachteilig beeinflußt. Niemand kann ja auch vernünftigerweise daran zweifeln, daß unsere Sicherheit und Freiheit nur im Bündnis mit den Vereinigten Staaten verbürgt sind. Und dennoch wäre es zu seicht, die deutsch-amerikanischen Beziehungen und darüber hinaus das

Verhältnis zwischen Europa und Amerika nur auf eine Sicherheitsgarantie zu reduzieren. Wir wissen und vergessen es nicht, was wir dem amerikanischen Volk zu verdanken haben.

(Beifall)

Das Bemühen unserer Außenpolitik dient der Bekräftigung unserer grundsätzlichen und gemeinsamen Interessen, um von diesem Standpunkt aus zu einer umfassenden und wirksamen Strategie der westlichen Politik überhaupt zu gelangen. Diese Einigung scheint mir allerdings dringlich zu sein, auch wenn eine solche Strategie heute mehr als in den fünfziger Jahren Differenzierungen notwendig erscheinen läßt.

Die Vereinigten Staaten selber haben diese Entwicklung erkannt und deshalb dem Gemeinsamen Markt und der Einigung Europas ihr großes und positives Interesse zugewandt.

Diese besagte Differenzierung der westlichen Politik hat zur Folge, daß im atomaren Patt zwischen den beiden stärksten Weltmächten sich fast zwangsläufig eine gewisse Eigenständigkeit der europäischen Politik entwickelt. Die Vereinigten Staaten müssen daran interessiert sein, daß dem Immobilismus der sowjetischen Politik die politische Regeneration Europas entgegensteht. Solange die sowjetischen Führer glauben, die Sicherheit ihres Landes sei auf die Dauer nur gewährleistet, wenn die Sowjetunion die allbeherrschende Macht Europas sei und bleibe, läßt sich aus der gegenseitigen Konfrontation zwischen jenen beiden Weltmächten keine wahre Friedenspolitik entwickeln. In jedem Falle liegt eine elgenständigere Dynamik der europäischen Staaten auch im Interesse der USA, denn sie bewirkt in letzter Konsequenz zugleich auch eine Festigung des umfassenden Bündnisses der freien Welt.

(Beifall)

Aus der Beurteilung dieser Tatbestände, die hier keineswegs erschöpfend dargestellt werden konnten, ergibt sich unser außenpolitisches Konzept. Das nationale Ziel ist und bleibt die Wiedervereinigung unseres Volkes, für die einzustehen unser Recht und unsere Pflicht ist.

(Beifall)

Die Voraussetzung hierfür ist aber, daß wir unbeugsam auf dem Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung für alle Deutschen beharren. Wer auch immer diesen Grundsatz in der Welt verleugnet oder ihm zuwiderhandelt, verrät das deutsche Volk in seiner Gesamtheit.

(Erneuter Beifall)

Aber aus eigener leidvoller Erfahrung haben wir gelernt: Die Wiedervereinigung unseres Volkes kann ihren geschichtlichen Sinn nur darin finden, einen echten Frieden und einen gerechten Ausgleich in Europa herbeizuführen. Unsere osteuropäischen Nachbarn sollten erkennen, daß

ohne die Wiedervereinigung ein dauerhafter Friede nicht möglich Ist und daß nur im Zeichen einer friedlichen, durch internationale Verträge und Bündnisse gesicherten Ordnung ein erfolgreicher wirtschaftlicher Auftrieb für alle, gerade auch für sie selber, verwirklicht werden kann.

Die Kontinuität unserer Außenpolitik wird in gar keiner Weise dadurch geschwächt, daß wir sie neuen Entwicklungen anzupassen haben. Die Lage Deutschlands, die Lage Europas und die Lage der Welt verändern sich ständig.

Ich wiederhole es: Wir sind außenpolitisch stärker und verantwortlicher geworden. Die spezifische Position der Bundesrepublik erfordert eine dynamische Politik im Innern und nach außen, die in der Haltung klar ist und auf der Treue zu unseren Grundsätzen beruht.

Meine lieben Parteifreunde! Ich bin nicht hierher gekommen, um die leichtfertigen Wahlversprechungen der SPD mit noch weiterreichenden Zusicherungen zu übertrumpfen. Ich spreche auch aus der Verantwortung des Bundeskanzlers.

(Beifall)

So kennzeichne ich abschließend die Aufgaben unserer Politik:

 Es ist eine bedeutsame Aufgabe unserer Partei und der von ihr getragenen Regierung, den wirklich berechtigten Interessen gerecht zu werden.

Wenn wir, die CDU, das erklären, hat nach bewiesener Leistung eine solche Aussage Substanz und Gewicht.

(Beifall)

Es entspricht aber weder dem Sinn der Demokratie noch der sittlichen Wurzel unserer Partei, ihre Mitglieder und ihre Wähler lediglich als Landwirte, Gewerbetreibende, Arbeitnehmer, Vertriebene, Hausfrauen oder Beamte anzusprechen. Die Bundestagswahl, vor der wir stehen, ist eine Entscheidung unseres Volkes. Nicht als Interessent, nein – als Staatsbürger soll der Wähler entscheiden!

(Starker Beifall)

Als Staatsbürger sind wir auch zu diesem Parteitag zusammengetreten.

- 2. Wenn es nicht unsere Aufgabe sein kann, lediglich Interessen auszuhandeln und jedem alles zu versprechen, so ist es andererseits sehr wohl unsere Pflicht, uns und der deutschen Öffentlichkeit Rechenschaft über die innere Verfassung unseres Volkes zu geben.
- Dieses Volk hat die Epoche der Kultur- und Klassenkämpfe hinter sich gebracht. Aber wir leben auch nicht einfach in der Zeit danach. Die "formierte Gesellschaft" wird das Bild der Zukunft bestimmen.

(Beifali)

4. Es genügt nicht, das Erreichte mit Befriedigung zu registrieren. Es genügt auch nicht, festzustellen, daß der Fortschritt, für den wir arbeiten, uns mit an die Spitze der Industrienationen gestellt hat. Unsere Gesellschaft ist ohne Zweifel eine moderne Gesellschaft des Wohlstandes und der sozialen Sicherheit. Aber das ist nicht das Ganzel Über Zufälle, Wechsellagen und Schicksale hinaus werden wir Wachstum, Wohlstand und soziale Sicherheit garantieren. Dieses hohe Ziel ist erreichbar, wenn Menschen und Gruppen sich nicht nur in Worten dem Ganzen verpflichtet zeigen, sondern entsprechend zu handeln gewillt sind.

(Beifali)

5. Die Entwicklung dieser Gesellschaft verlangt uns neue und gewaltige Anstrengungen ab. Raumordnung, Städtebau und Verkehrspolitik, wissenschaftliche Forschung, Bildung und Ausbildung, Gesundhelt, Sport und industrielle Hygiene erfordern Investitionen gewaltigen Ausmaßes. Das von mir vorgeschlagene "Deutsche Gemeinschaftswerk" soll der Bewältigung und auch Erfüllung dieser für unser Volk lebenswichtigen Aufgaben dienen.

(Beifall)

- 6. Wir können es uns nicht leisten, auf eine Reform der deutschen Demokratie zu verzichten. Unsere politischen Institutionen — und das gilt für die CDU als Partei ebenso wie für Parlament und Regierung, Bund und Länder — müssen in die Lage versetzt werden, der Dynamik des politischen und öffentlichen Lebens gerecht zu werden.
- 7. Nur eine Verfassung der Gesellschaft, in der wir alle Kräfte weitschauend einsetzen können, wird den Wohlstand, die soziale Sicherheit und die kulturelle Blüte unseres Volkes gewährleisten. Eine solche Gesellschaft wird damit auch zu einem starken Fundament der deutschen Außenpolitik.
- 8 Die Weit spricht nicht nur vom Frieden, sie will den Frieden. Aber hüten wir uns davor, dieses kostbarste Gut der Menschhelt mit Schlagworten oder oberflächlicher Selbsttäuschung abzutun. Es ist kein Friedenswille, wenn die Sowjets erklären, man müsse den Krieg zwischen den Staaten vermeiden, um statt dessen in der Welt die Flamme des Bürgerkrieges zu entfachen. Friede ist mehr als einseitiger Waffenstillstand. Es ist kein Friedenswille, wenn einem Teil unseres Volkes das Recht auf Selbstbestimmung und Freiheit verweidert wird.

(Belfall)

Denn Friede duldet keine Knechtschaft, Friede heißt nicht Koexistenz – Friede heißt Versöhnung. Und Voraussetzung der Versöhnung zwischen den Staaten ist der innere Friede der Völker.

9. Die deutsche Gesellschaft von heute, so wie sie sich immer fester formiert, ist ihrer Verfassung nach im Innern und nach außen auf Frieden gerichtet. Dieser aufrichtige Friedenswille unseres Volkes beruht auf so bitteren Erfahrungen, wie sie kaum ein Volk in dem Weltgeschehen des 20. Jahrhunderts sammeln konnte: die Niederlage zweier Weltkriege, der totale Zusammenbruch der Demokratie und eine totale Diktatur.

20 Jahre sind seit der Kapitulation der deutschen Armeen im Jahre 1945 vergangen. Wir haben gewiß keinen Anlaß, den Jahrestag dieses Zusammenbruchs feierlich zu begehen. Wir haben aber noch weniger Grund, diesen Tag aus unserem Gedächtnis zu bannen. Wir wollen unsere Erfahrungen für die Sache der Freiheit und des Friedens in unserer Welt nutzen.

(Beifall)

Und endlich

10. Aus diesem Geiste appellleren wir an unser deutsches Volk, die Christlich Demokratische Union stark zu machen, damit Deutschland wieder zu seiner Einheit finden kann, unser Deutschland in einem Europa des Friedens, der Zusammenarbeit und des Ausgleichs, Europa in einer freien Welt.

(Starker Beifall)

Und jetzt auf zum Sieg!

(Langanhaltender stürmischer Beifall)

Mittwoch, 31. März 1965

4. Plenarsitzung

Präsident Kiesinger:

Verehrter Herr Bundeskanzler, Sie haben den begeisterten Beifall und die freudige Zustimmung der Delegierten dieses Parteitages zu Ihrer großen programmatischen Rede vernommen. Ich bin gewiß, die einhellige Meinung der hier Versammelten auszusprechen, wenn ich Ihnen sage: diese Zustimmung wird Sie nun unbeirrt begleiten und tragen von Stunde zu Stunde, von Tag zu Tag in den Sorgen und Mühen Ihres schweren Amtes und in den Kämpfen um den Sieg des 19. September, um den Sieg, der uns gehören wird.

(Starker Beifall)

Nicht nur wir, die Mitglieder der großen führenden Partei, sondern viele Millionen, ja, die Mehrheit unseres Volkes wird hinter Ihnen stehen. Lassen Sie in den kommenden Monaten dieses Volk an Ihren Sorgen und Mühen so intensiv wie möglich teilnehmen! Es wird es Ihnen danken und Johnen.

(Starker Beifall)

Dieses Volk erwartet von Ihnen und von uns keine Zaubertricks und Taschenspielerkunststücke. Es welß genau, wie schwierig unsere Situation ist, aus vielen Gründen ist, die in den vergangenen Tagen von Berufenen eindringlich dargelegt worden sind. Unser Volk will nur das eine Gefühl: die Sicherheit behalten, daß unsere Politik, Hut und Schutz unserer Lebensinteressen, in guten und festen Händen liegt.

(Bravo-Rufe und lebhafter Beifall)

Dazu gehören auch die dort drüben leidvoll von uns Getrennten.

(Erneuter Beifall)

Die Helden von einst seien müde geworden, resigniert, verbraucht — so wollten unsere politischen Gegner diesen Parteitag, voreilig wie immer, voreilig mißdeuten. Aber das sind ja alte Attrappen, rührend vertraute Bekannte aus alten Zeiten, aus jenen Zeiten, da sie Konrad Adenauers Namenszug vor seinem größten Wahlsieg mit Zitterschrift auf ihre Plakate setzten.

(Lebhafter Beifall)

um dem deutschen Volk zu sagen: Seht den müden Greis, der nun nach dem Willen der CDU regieren soll! – Und wie hat er dann regiert, der müde Greis!

(Anhaltender starker Beifall)

Wie oft denn noch will man vergeblich Ehrlichkeit, Sachlichkeit, Festigkeit und Stetigkeit in allem Grundsätzlichen, sorgfältiges und behutsames Erforschen neuer Wirklichkeiten und Möglichkeiten in Müdigkeit und Resignation verfälschen? Es ist doch nichts leichter als Geschrei, und für unseren Geschmack ist in der deutschen Politik der letzten 75 Jahre genug geschrien worden,

(Starker Beifall)

und sicher nicht zu unserem Heil!

Jedem Unbefangenen hat dieser Parteitag erneut, ja ich meine, mit vermehrter Deutlichkeit bewiesen, wie groß die Zahl hervorragender, zu großen Führungsaufgaben befähigter Persönlichkeiten ist, über die die CDU verfügt. Da hält keine andere Partei mit uns Schritt.

(Erneuter starker Beifall)

Man erinnere sich der großen Reden und Berichte, die hier gehalten und gegeben wurden; man lese sie nach — es lohnt sich! — und man vergleiche, man prüfe die Leistungen unserer Arbeitskreise und suche nach Ähnlichem! Da wurde keine billige Propagandasuppe gekocht, sondern strenge und fruchtbare Arbeit geleistet, eine Arbeit, die des deutschen Volkes würdig und seiner schwierigen Lage und seiner großen Aufgabe in dieser Welt angemessen ist.

(Beifall)

Wir reden und handeln deshalb so, weil wir der Intelligenz, dem Wirklichkeitssinn und der ethischen Bereitschaft unseres Volkes wie eh und je vertrauen, und darum eben wird es auch uns vertrauen.

(Lebhafter Beifali)

Parteitage haben ihre Schicksale. Der eine fällt in den Glanz und das Glück der großen Erfolge, der andere fordert unsere Kräfte durch Schwierigkeiten und Gefahren und spornt uns zu künftigen Siegen an.

In diesen Parteitag fielen die Schatten schwieriger außenpolitischer Verwicklungen. Sie haben seinen Stil mitgeprägt. Wir trauen uns zu, sie mit besonnenem Ernst und geduldiger Festigkeit zu überwinden, um dadurch nicht nur den Interessen unseres ganzen Vaterlandes zu dienen, sondern auch einen bedeutenden Beitrag für die Sache des Friedens, der Freiheit und der Gerechtigkeit in der Welt-zu leisten.

(Beifall)

Das entspricht genau jenem neuen, edleren nationalen Bewußtsein, um dessen Klärung wir uns, angeregt durch die große Rede des Bundestagspräsidenten, auf diesem Parteitag bemüht haben. Wir müssen unser

Volk für dieses neue edlere, nationale Bewußtsein gewinnen. Und wir werden es nicht schwer haben, die Jugend dabei auf unserer Seite zu wissen.

(Lebhafter Beifall)

Rainer Barzel hat recht. Wir trauen uns für die Zukunft vieles zu. Wer hätte das am heutigen Tage nicht mächtig gespürt? Darum, verehrter Herr Bundeskanzler, lieber Parteifreund Ludwig Erhard, gehen wir mit Ihnen voller Zuversicht und Entschlossenheit von diesem Parteitag nach Hause an unsere Arbeit und in die Kämpfe für unseren, für Ihren Sieg im Herbst.

(Starker Beifall)

Nun, meine Damen und Herren, erteile ich das Wort zur Verlesung des Entwurfs einer Düsseldorfer Erklärung dem Bundesvorsitzenden der Jungen Union, unserem Parteifreund Dr. Klepsch.

Dr. Klepsch: Herr Präsidenti Meine Damen und Herren! Ich habe die Ehre, Ihnen im Auftrag des Präsidiums den Wortlaut der Düsseldorfer Erklärung vorzutragen. Er lautet:

Die Christlich Demokratische Union ist die moderne Partei einer modernen Gesellschaft. Ihr Ziel ist Freiheit und Friede – in Deutschland, in Europa, in der Welt.

1.

Die CDU kämpft für die Freiheit und für die Selbstbestimmung aller Deutschen. Sie kämpft für die Einheit der Deutschen in einem Staat. Berlin ist Deutschlands Hauptstadt.

Die CDU ist gegen den kalten Krieg. Sie wünscht die Versöhnung Deutschlands und auch mit seinen östlichen Nachbarn.

Die CDU will den dauerhaften Frieden in der Welt. Frieden in der Welt heißt allgemeine Achtung vor dem Völkerund Menschenrecht, heißt Ende jeder Zwangsherrschaft.

Solange den Deutschen die Einheit verweigert wird, muß die Bundesrepublik auf ihrem Alleinvertretungsrecht für ganz Deutschland bestehen. Darum fordert die CDU auch weiterhin: Keine Hilfe für die Unterdrücker — jede Hilfe für die Unterdrückten.

Der Kommunismus ist nach wie vor die Gefahr unserer Zeit. Gefährdeter Friede braucht Sicherung. Die CDU hält fest am Bündnis mit den Mächten der freien Welt. Der Bundeswehr gehört unser Vertrauen.

Dauerhafter Friede gründet auf Freundschaft und Partnerschaft. Er kann nur Bestand haben in der Einheit Europas. Ihr Fundament ist die deutsch-französische Solidarität. H.

Die CDU hat in der Bundesrepublik die Klassen überwunden. Niemals ging es dem freien Teil unseres Volkes so gut wie heute: in einer modernen Gesellschaft, einer Gesellschaft des vernünftigen Miteinander, einer Gesellschaft des dymanischen Fortschritts. Deutschland wäre ein glückliches Land, wäre es nicht geteilt.

Die Bundesrepublik ist heute die drittstärkste Industrienation. Sie steht an zweiter Stelle im Welthandel. Ihr System der sozialen Sicherung ist das beste der Welt. Die Deutsche Mark ist so gut wie der Dollar und der Schweizer Franken; sie ist eine der härtesten Währungen.

Was die CDU erreicht hat, kann nur durch die CDU gesichert werden. Sie allein garantiert soziale Sicherhelt und Wachstum.

Die CDU wird

- unsere Währung stabil halten:
- unseren Lebensstandard in der Zukunft weiter steigern;
- jedermann gerechten Anteil am wachsenden Wohlstand ermöglichen. Die CDU weiß, daß die kommenden Jahre neue schwere Aufgaben stellen. Sie weiß, wieviel unser Volk noch von ihr erwartet.

Der Fortschritt von Technik und Zivilisation bringt neue Probleme mit sich. Sozialpolitik, die nur Not und Armut bekämpft, ist überholt. Unsere Zeit verlangt eine moderne Gesellschaftspolitik. Jeder Bürger soll in Würde leben und ohne Sorge alt werden können.

131.

Vor zwanzig Jahren war das Deutsche Reich geschlagen, das deutsche Volk ohne Hoffnung. Von Konrad Adenauers Staatskunst geführt, sammelte die CDU die Deutschen der Bundesrepublik zum Aufbau. Wir wurden frei, geachtet und stark.

Vor sechzehn Jahren verkündete die CDU in Düsseldorf ihr Programm der sozialen Marktwirtschaft. Dem Weitblick und der Energie Ludwig Erhards gelang es, Deutschland zu wirtschaftlicher Blüte zu bringen wie nie zuvor.

Heute wendet sich die Christlich Demokratische Union -wieder in Düsseldorf versammelt -- an alle Deutschen: Sie kann auf große Leistungen und Erfolge in der Vergangenheit verweisen, doch ihr Blick ist in die Zukunft gerichtet. Deutschland steht vor einer neuen Stufe seiner Entwicklung. Die CDU hält nichts von billigen Versprechungen. Sie bleibt solide. Sie wird weiter ihre Pflicht tun und das deutsche Volk mit Gottes Hilfe in eine gute Zukunft führen.

IV.

Die CDU entstand nach den bitteren Erfahrungen von Krieg und Gewaltherrschaft aus der Besinnung auf christliche Grundsätze, die heute und in Zukunft unser Handeln bestimmen. Die Union schleppt keine verstaubten Ideologien mit und kennt keine Vorurteile. Sie ist die Partei der Zusammenarbeit und des Ausgleichs.

Die CDU hat ihre Aufgabe erkannt: Die Wiederherstellung der nationalen Einheit der Deutschen, eine gerechte Ordnung für ganz Europa und die Sicherung des Weltfriedens. Wir sind bereit, dazu unseren vollen Beltrag zu leisten und damit den geschichtlichen Rang Deutschlands wiederherzustellen.

Dazu braucht die CDU erneut das Vertrauen der Deutschen. Um dieses Vertrauen bitten wir.

(Beifall)

Präsident Dr. Klesinger: Meine Damen und Herren! Ich stelle diese Düsseldorfer Erklärung zur Abstimmung. Wer ihr zustimmen will, den bitte Ich, das durch Erheben des rechten Armes mit dem Delegiertenausweis zu tun. — Gegenprobe! — Soviel ich sehen kann, ist die Düsseldorfer Erklärung vom Plenum des Parteitags einstimmig angenommen worden.

(Beifail)

Meine Damen und Herren, wir gedenken morgen der 150. Wiederkehr des Geburtstags Otto von Bismarcks. Wir gedenken dieses großen Deutschen nicht mehr in den Schablonen einer versunkenen Zeit. Wir würdigen sein Werk mit dem kritischen Respekt, den uns die geschichtliche Distanz und der geschichtliche Halt der vergangenen Jahrzehnte erlaubt und gebietet.

Wer aber könnte den Jammer und das Elend der deutschen Außenpolitik seit dem Abgang jenes Mannes leugnen, dem es, je länger er lebte und je länger er regierte, vor allem auch um die große Sache des europäischen Friedens ging.

Jammer und Elend kennzeichnen die deutsche Politik, vorab die deutsche Außenpolitik, die entweder allzu schwachen oder vermessenen Händen anvertraut war, bis zu dem Augenblick, an dem Konrad Adenauer das Steuer ergriff.

(Lang anhaltender Beifall)

Kein geringerer als Winston Churchill hat ihn den Größten nach Bismarck genannt. Diese Feststellung ist richtig.

(Erneuter Beifall)

Ich weiß, verehrter Herr Dr. Adenauer – Altbundeskanzler hören Sie ja nicht gern –,

(Heiterkeit)

es gibt manche Leute, die Sie jetzt viel lieber in der stillen Klause über dem frühlingsbeglänzten Rhein zu Rhöndorf Memoiren schreiben wüßten.

(Heiterkeit)

Nun, Memoiren sind schön und wir erwarten sie auch. Aber kämpfen ist besser und kämpfen wollen Sie.

(Beifall)

Wieder wollen und werden Sie kämpfen. Mit uns, uns voran, an der Seite unseres Bundeskanzlers, um einen neuen, eindrucksvollen, um einen großen Sieg.

(Beifall)

Noch ist nicht ein Jahr verflossen, seitdem Sie mit mir zusammen in Baden-Württemberg durchs Land gereist sind, und ich erinnere mich mit großer Freude der großartigen Stunden, die wir da zusammen verbracht haben und in denen wir zusammen vor den Menschen dieses Landes gesprochen haben. Ich erinnere mich an Sie und Ludwig Erhard, an dessen Seite ich auch in meinem Land gekämpft habe. Und wir haben — es ist noch nicht ein Jahr her — dort den größten Sieg bei allen Landtagswahlen in der Nachkriegsgeschichte erfochten.

(Beifall)

Wir haben – man möchte es kaum glauben – sogar das Ergebnis der letzten Bundestagswahl übertroffen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Was in Baden-Württemberg möglich war, ist im Bund genauso möglich, ja, ich bin überzeugt, es wird im Bund genauso geschehen.

(Lebhafter Beifali)

Und nun, verehrter Herr Bundesvorsitzender, lieber Herr Dr. Adenauer, sagen Sie uns ein abschließendes Wort, das wir mit hinausnehmen werden in die Kämpfe der kommenden Monate, in die Kämpfe, die uns – davon bin ich überzeugt – den Sieg und den neuen Auftrag für die Christlich Demokratische Union bringen werden, deutsche Politik in den nächsten Jahren zu gestalten.

(Lebhafter Beifall)

Schlußwort des Bundesvorsitzenden

Dr. Konrad Adenauer

Bundesvorsitzender Dr. Konrad Adenauer:

(mit lebhaftem Beifall begrüßt)

Verehrter Herr Präsident! Meine lieben Parteifreundel Meine verehrten Gästel Wir haben Tage hinter uns voller Überlegungen, aber auch Tage, in denen wir Reden gehört haben, die wir zu Hause in Ruhe durchlesen sollen und deren Inhalt und Geist wir verbreiten sollen.

Ja, jetzt muß ich vom Wahlkampf sprechen, meine verehrten Damen und Herren; (Heiterkeit)

das hilft nun nichts. Gearbeitet muß werden, gearbeitet bis zur letzten Kraft, die wir haben. (Beifall)

Nur dann, wenn wir das tun, meine Freunde, werden wir – auch bei alledem, was wir geleistet haben in der Vergangenheit – siegen. Wenn wir nicht siegen würden nach all den Jahren solcher Arbeit, was würde dann – ich sage das in aller Ruhe – aus Deutschland, was würde aus Europa werden?

Daran wollen wir jetzt Tag für Tag und Stunde für Stunde denken.

Herr Ministerpräsident Kiesinger war so freundlich, eben jenes Tages zu gedenken, den ich mit ihm im vorigen Landtagswahlkampf verbracht habe. Es war ein großartiger Tag. Ich habe ihn auch in allerbester Erinnerung.

Aber jetzt möchte ich mich Nordrhein-Westfalen zuwenden und den Nordrhein-Westfälingern sagen: Wenn ihr nicht so wählt, wenn ihr nicht die ganze Kraft dransetzt, wie das die Baden-Württemberger getan haben, dann können wir nicht gewinnen.

(Beifall)

In eurer Hand liegt es. — Also, wenn ich so mache, ist das keine Drohung, meine Damen und Herren:

(Große Heiterkeit)

wenigstens ist es nur instinktiv eine Drohung.

(Erneute Heiterkeit)

Aber denken Sie gerade in Nordrhein-Westfalen immer daran, daß hier über ein Drittel aller Bundestagswähler wohnt. Daher kommt es auf Ihre

Kraft in erster Linie an. Sie tragen bei der Größe und dem Volksreichtum Ihres Landes eine große Verantwortung. Bedenken Sie das namentlich, meine Freunde, nach den Kommunalwahlen, die wahrhaftig kein Ruhmesblatt waren.

(Heiterkeit)

Darüber muß man sich doch klar sein, meine Herren.

(Erneute Heiterkeit)

Sie tragen eine ganz große Verantwortung, und dementsprechend müssen Sie handeln.

Düsseldorfer Beschlüsse sind soeben gefaßt worden. Sie sollen die Grundlage unseres Sieges sein. Düsseldorf ist Ihre Landeshauptstadt. Ich bin Kölner, aber ich würde mich sehr freuen, meine Damen und Herren,

(Heiterkeit)

wenn diese Beschlüsse, die Düsseldorfer Beschlüsse, die Grundlage des Sieges sein würden, den wir am 19. September dieses Jahres erwarten.

(Beifall)

Meine Freunde! Es waren außerordentlich gute Reden, die wir in diesen Tagen gehört haben. Dieser Parteitag hat sich in selnem geistigen Niveau über vieles oder manches erhoben, was früher auf Parteitagen gesprochen worden ist.

Wir schulden herzlichsten Dank allen denen, die diesen Parteitag vorbereitet, auf ihm gearbeitet und auf ihm gesprochen haben.

(Starker Beifall)

Aber, meine Freunde, ich kann nicht anders; ich muß Ihnen nochmals sagen: So schön Worte und so gut gute Vorsätze sind, die man danach faßt – die Hauptsache ist die Tat, und die Tat erwarten wir von der gesamten CDU und CSU in der Bundesrepublik.

(Starker Beifall)

Mit dem festen Vorsatz wollen wir diesen Raum und diese Stadt verlassen, alles zu tun, was wir können, um wiederum auch im Bundestagswahlkampf im Jahre 1965 zu siegen.

(Starker anhaltender Beifall)

Präsident Klesinger: Meine Damen und Herren! Wir beschließen diesen Parteitag mit der dritten Strophe des Deutschlandliedes.

(Alle Anwesenden singen die dritte Strophe des Liedes der Deutschen)

Präsident Klesinger: Ich danke Ihnen.

Der 13. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union zu Düsseldorf ist beendet.

Rechenschaftsbericht der Bundespartei

1964/65

Anlage zum Referat des Geschäftsführenden Vorsitzenden Josef Hermann Dufhues

Montag, 29. März 1965

1. Bundesvorstand

Der 12. Bundesparteitag in Hannover wählte das Präsidium, den Bundesausschuß in seiner Sitzung vom 4. 6. 1964 den Bundesschatzmeister und die weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes neu.

Seit dieser Wahl sind aus dem Vorstand ausgeschieden:

durch Tod

Dr. Heinrich von Brentano

Dr. Luise Rehling Johannes Even

durch Wechsel im Amt

Prof. Dr. Theodor Oberländer

Hans Krüger Dr. Martin Boyken

neu hinzugekommen sind durch Wahl bzw. Wechsel

im Amt

Dr. Helmut Kohl Hermann-Josef Russe

Josef Stingl

Die zur Zeit gültige Zusammensetzung des Bundesvorstandes

Bei Mehrfachnennung ist der Name an zweiter und folgender Stelle eingeklammert.

a) Präsidium

Vorsitzender:

Adenauer, Dr. Konrad, MdB Dufhues, Josef-Hermann, MdL

Geschäftsführender Vorsitzender und Stellvertreter

von Hassel, Kai-Uwe, MdL

Bundesminister

vier weitere Mitglieder des

Präsidiums

Blank, Theodor, MdB

Bundesminister

Erhard, Prof. Dr. Ludwig, MdB

Bundeskanzler

Gerstenmaier, D. Dr. Eugen, MdB

Bundestagspräsident

Krone, Dr. Heinrich, MdB

Bundesminister

b) Bundesschatzmeister

c) Bundesgeschäftsführer

d) Bundestagsfraktion

e) Vorsitzender der CDU-Landesverbände Burgbacher, Prof. Dr. Fritz, MdB

Kraske, Dr. Konrad

Barzel, Dr. Rainer, MdB

Struve, Detlef, MdB

Adorno, Eduard, MdB

Dipl.-Landwirt

Altmeier, Dr. h. c. P., MdL

Ministerpräsident

Amrehn, Franz, MdA

Blumenfeld, Erik, MdB

Dichtel, Anton

Regierungspräsident

(Dufhues, Josef-Hermann, MdL)

Fay, Dr. W., MdL

Stadtrat

Fricke, Dr. Otto, MdL

Grundmann, Konrad, MdL

Landesminister

Gurk, Dr. Franz, MdL

Landtagspräsident Lemke, Dr. Helmut, MdL

Ministerpräsident

Lemmer, Ernst, MdB

Bundesminister

Noltenius, Dr. J. E., MdBü

Röder, Dr. Fr.-Josef, MdL

Ministerpräsident

Scheufelen, Dr. Klaus-H., Dipl.-Ing.

Seebohm, Dr.-Ing. Hans Christoph

MdB, Bundesminister

Stingl, Josef, MdB

Wegmann, August, MdL

f) Vorsitzende der Vereinigungen

Frauen

Brauksiepe, Aenne, MdB Jochmus, Dr. Hedwig, MdL

Junge Union

Klepsch, Dr. Egon

K. P. V.

Jansen, Walter, MdL

Sozialausschüsse

Katzer, Hans, MdB

Mittelstandsvereinigung

Schmücker, Kurt, MdB Bundesminister

g) Regierungschefs, Bundestagspräsident, Bundesminister:

a) Regierungschefs

(Altmeier, Dr. h. c. P., MdL, Ministerpräsident)
(Erhard, Prof. Dr. Ludwig, MdB, Bundeskanzier)
Kiesinger, Kurt-Georg, MdL Ministerpräsident
(Lemke, Dr. Helmut, MdL Ministerpräsident)
Meyers, Dr. Franz, MdL Ministerpräsident
(Röder, Dr. Franz-Josef, MdL Ministerpräsident)

Bundestagspräsident

(Gerstenmaier, D. Dr. Eugen, MdB)

CDU-Bundesminister

(Blank, Theodor, MdB Bundesminister) (von Hassel, Kai-Uwe, MdL) Heck, Dr. Bruno, MdB (Krone, Dr. Heinrich, MdB Bundesminister) (Lemmer, Ernst, MdB) Lücke, Paul, MdB
(Schmücker, Kurt, MdB)
Schröder, Dr. Gerhard, MdB
Schwarz, Werner, MdB
Schwarzhaupt, Dr. Elisabeth, MdB
(Seebohm, Dr.-Ing. Hans Christoph, MdB, Bundesminister)
Westrick, Dr. Ludger

h) 15 weitere Mitglieder:

(Barzel, Dr. Rainer, MdB)
Bauknecht, Bernhard, MdB
Dittmar, Dr. Rupprecht
Etzel, Franz, MdB
Gradl, Dr. Joh.-Bapt., MdB-

Hellwig, Dr. habil. Fritz Heydebreck von, Claus-Joachim, MdL

Landesminister
Kohl, Dr. Helmut, MdL
Martin, Dr. Berthold, MdB
Russe, Hermann-Josef
Schmidt, Dr. Otto, MdB

(Stingl, Josef, MdB) Stoltenberg, Dr. Gerhard, MdB

Strecker, Dr. Gabriele

Süsterhenn, Prof. Dr. Adolf, MdB

i) Kooptierte:

Becker-Döring, Dr. Ilse Mikat, Prof. Dr. Paul, Landesminister Pieser, Lieselotte

2. Veranstaltungen der Bundespartei

a) Das Präsidium veranstaltete mit folgenden Gruppen und Verbänden Kontaktgespräche:

Frauenverbände	am	19.	6.	1964
Flüchtlingsorganisationen	am	15.	7.	1964
Sudetendeutsche Landsmannschaft	am	16.	11.	1964

Deutscher Sportbund	am	14.	12. 1964
Deutsche Angestellten-Gewerkschaft	am	16.	12. 1964
Deutscher Gewerkschaftsbund	am	18.	1. 1965
Bund der Vertriebenen	am	20.	1. 1965
Deutsche Jugend des Ostens	am	15.	3. 1965
Zentralverband des deutschen Handwerks	am	24.	3. 1965
Ständiger Ausschuß Christlich-Sozialer			
Arbeitnehmerkongresse	am	24.	3. 1965

b) Es wurden folgende Fachkongresse veranstaltet:

Gesundheitspolitischer Kongreß	29./30. 1. 1964 Oberhausen
Kommunalkongreß	18./19. 6. 1964 Mainz
Mittelstandstag der CDU/CSU	1./2. 10. 1964 Bremen
Verteidigungspolitischer Kongreß	9./10. 10. 1964 Kassel
Kulturpolitischer Kongreß der CDU/CSU	9./10. 11. 1964 Hamburg
Kongreß berufstätiger Frauen	2./4. 12. 1964 Bochum
Bauernkongreß	4./5. 3. 1965 Oldenburg

Welter sind vorbereltet:

Vertriebenenkongreß der CDU/CSU	3./4. 5. 1965 Nürnberg
Betriebsrätekonferenz	15. 5. 1965
Raumordnungskongreß der CDU/CSU	24./26. 5. 1965 Saarbrücken
Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises	27./29. 5. 1965 Bonn
Mittelstandskongreß	10./11. 6. 1965 Wiesbaden
4. Kulturkongreß der CDU/CSU	27./29. 6. 1965 München
Wirtschaftstagung der CDU	8./9. 7. 1965 Düsseldorf

11. Bundestagung der Sozialausschüsse der Christlich Demokra-

tischen Arbeitnehmerschaft

Köln

9./11. 7. 1965

 c) Für die Verbreitung der Arbeitsergebnisse dieser Kongresse dienen eigene Broschüren.

Bisher sind erschienen oder in der Herstellung:

"Erziehung, Bildung, Ausbildung"

(Kulturkongreß 1960, Gelsenkirchen)

"Bildung und Beruf in der modernen Gesellschaft"

(Kulturkongreß 1962, Augsburg)

"Bildung in der modernen Welt"

(Kulturkongreß 1964, Hamburg)

"Gesunde Umwelt - gesunde Menschen"

(Gesundheitskongreß 1964, Oberhausen)

Außerdem Sonderdruck:

"Grundsätze christlich demokratischer Gesundheitspolitik"

verabschiedet vom 12. Bundesparteitag 1964 in Hannover.

"Frieden und Freiheit"

(Verteidigungskongreß 1964, Kassel)

Sammelband und Kurzfassung der Referate.

"Die Zukunft gestalten – Bürger und Gemeinde im modernen Staat"

(Kommunalkongreß 1964, Mainz)

..Frau und Arbeitswelt - morgen"

(Kongreß berufstätiger Frauen 1964, Bochum)

Sammelband und Kurzfassung der Referate

..Gesunde Landwirtschaft - morgen"

(Bauernkongreß 1965, Oldenburg)

Sammelband und Kurzfassung der Referate.

3. Beauftragte

zur Beratung und Unterstützung des Präsidiums sowie zur Ergänzung der Tätigkeit der Vereinigungen und Fachausschüsse

KIRCHLICHE VERBÄNDE:

katholische: Josef Rommerskirchen MdB

Dr. Franz-Josef Wuermeling MdB

Bundesminister a. D.

Dr. Heinrich Holkenbrink MdB

evangelische Dr. Gerhard Stoltenberg MdB

WIRTSCHAFTS- und BERUFSVERBÄNDE:

Spitzenverbände der ge-

werblichen Wirtschaft:

Dr. Hans Dichgans MdB

Industrieverbände:

RA. Prof. Gustav Stein Dr.-Ing. Klaus H. Scheufelen Dr. Günther Serres MdB Peter Wilhelm Brand MdB Dr.-Ing. Gerhard Philipp MdB

Industrie- und

Handelskammern:

Dipl.-Volksw. Hermann Diebäcker MdB

Dr. Sigmund Heller

Deutscher Industrie- und Handelstag

Arbeitgeberverbände:

Prof. Dr. Siegfried Balke MdB

Bundesminister a. D. Thomas Ruf MdB

Spitzenverbände des ge-

werblichen Mittelstandes:

Heinz Schmitz MdL

Großhandel:

Dr. Hans Toussaint MdB

Dr. Göke Frerichs

Geschäftsführer des Gesamtverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels

e. V.

Einzeihandel:

Josef Illerhaus MdB

Friedrich Conzen

Mitglied des Präsidiums der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels

Handwerk:

Josef Porten MdB

Kreditgewerbe und Ver-

sicherungswesen:

Franz Etzel MdB

Bundesminister a. D. Dr. Heinrich Lindenberg

Landwirtschaft:

Gustav Niermann MdL

Minister für Ernährung, Landwirtschaft

und Forsten des Landes NRW

Detlef Struve MdB

Bernhard Bauknecht MdB

Dr. Martin Frey MdB

Beamte:

Walter Kühlthau

Stadtkämmerer a. D.

Bundeswehr:

Artur Weber ·

Generalmaior a. D.

Juristen, Anwälte, Richter:

Dr. h. c. Max Güde MdB

Generalbundesanwalt a. D.

Dr. Hans Wilhelmi MdB Bundesminister a. D. Rechtsanwalt und Notar

Dr. Kari Kanka MdB Rechtsanwait und Notar

Arzte. Heilberufe:

Dr. med. Gerhard Jungmann MdB

Freie Berufe:

Thomas Ruf MdB

Arbeitnehmerverbände:

Hans Katzer MdB

Bernhard Winkelheide MdB

SONSTIGE VERBANDE:

Vertriebene, Flüchtlinge:

Dr. Joh.-Bap. Gradl MdB

Josef Stingl MdB

Sport:

Bürgermeister August Zeuner

BILDUNGSWESEN:

Universitäten.

Wissenschaftler:

Franz Thedieck

Staatssekretär a. D.

Prof. Dr. Alfred Müller-Armack

Staatssekretär a. D.

Dr. Hans-Joachim von Merkatz MdB

Bundesminister a. D.

Lehrerverbände:

Peter Giesen MdL

Kunst, Literatur und Film:

Dr. Berthold Martin MdB

Studentenverbände:

Dr. Gerhard Stoltenberg MdB

Verbindungen:

Prof. Dr. Adolf Süsterhenn MdB

Staatsminister a. D.

Prof. Dr. Fritz Burgbacher MdB

Dr. habil. Fritz Hellwig

Mitglied der Hohen Behörde der

Montanunion

Staatssekretär Dr. Wilh. Claussen

Die Partei verfügt über folgende Fachausschüsse:

Bundesausschuß für Kulturpolitik Bundesausschuß für Verteidigungspolitik Dr. Georg Kliesing MdB Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik Bundesausschuß für Agrarpolitik

Bundesausschuß für Gesundheitspolitik

Bundesausschuß für Sozialpolitik

Fachausschuß Öffentliche Dienste

Vorsitzender:

Dr. Josef Hofmann MdL Bundesminister a. D. Franz Etzel MdB Staatsminister Gustav Niermann MdL Dr. med. Gerhard Jungmann MdB Prof. Dr. Franz Deus (kom.) Stadtkämmerer a. D.

Walter Kühlthau

5. Sitzungen und Konferenzen

a) Der Bundesvorstand tagte sechsmal:

17. 1., 25. 2., 14. 3., 4. 6., 27. 11., 1964, 9. 2. 1965.

Der Bundesausschuß tagte fünfmal:

17. 1., 25. 2., 14. 3., 4. 6., 27. 11. 1964.

Das Präsidium tagte regelmäßig etwa alle 14 Tage

b) Die Landesgeschäftsführer sind sechsmal zu Arbeitstagungen zusammengetreten.

Am 21. Februar 1964 fand in Bonn die erste umfassende Mitarbeiterkonferenz auf Bundesebene statt.

Zur Vorbereitung der Bundestagswahl wurden 3 Regionalkonferenzen in Hamburg, Stuttgart und Frankfurt im Januar und Februar 1965 durchgeführt. An diesen Regionalkonferenzen nahmen teil:

Führungsgremien der Landesverbände, die Bundestags- und Landtagsabgeordneten, die Bundestagskandidaten. die Kreisvorsitzenden, Geschäftsführer und alle hauptberuflichen Mitarbeiter.

6. Organisationsstand der Partei

Gliederung

Die Bundespartei gliedert sich in 16 Landesverbände und zwei besondere Vertretungen (Exil-CDU und Oder/Neiße).

Die 16 Landesverbände zählen 392 Kreisverbände mit 10 076 Ortsverbänden und Stützpunkten.

Mitalieder

Der Mitgliedsstand der CDU

am 1. 1. 1963 — 254 422 am 30. 4. 1964 — 272 589 am 30. 9. 1964 — 281 844 am 31. 12. 1964 — 285 052

Eine besondere Mitgliederwerbeaktion, die sich über 6 Monate erstreckte, brachte einen absoluten Zuwachs von

33 213

neuen Mitgliedern.

Konfessionsaliederung:

Grundlage der Berechnung der Delegierten zu diesem Bundesparteitag ist der Mitgliederstand der Partei vom 30. 9. 1964. (Aufstellung der Delegiertenzahlen zum Bundesparteitag 1965 siehe Anlage.)

Seit 1963 ist die Bundespartei dabei, eine Zentralmitgliederkartel aufzubauen, deren Einrichtung kurz vor dem Abschluß steht.

Der Feststellung des **Organisationsstandes** der Partei diente eine erste Erhebung mit dem Stichtag 31. 12. 1962 die 1963/64 ausgewertet worden ist und Ansatzpunkte für die Verbesserung der Parteiarbeit geliefert hat. Die Ergebnisse waren Veranlassung zu dem Entschluß, diese Erhebung alle zwei Jahre neu durchzuführen. Die letzte Erhebung mit Stichtag 31. 12. 1964 wird zur Zeit ausgewertet.

Die erste Zwischenauswertung gestattet folgende vorläufige Aussagen: Die Mitgliederzahl stieg vom 1. 1. 1963 bis 31. 12. 1964 um 12,3%.

evangelisch

Von den Mitgliedern sind 86% Männer, 14% Frauen.

Romessionsghouerung.	, cvangenson	00,1 70
	katholisch	62,3%/
•	Sonstige	1,0%
Berufsgliederung:	Arbeitnehmer Selbständige (Handwerker, Unternehmer,	45,1%
	Gewerbetreibende)	17,0%
	Landwirte	14,8%/
· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	Freie Berufe	5,20/0
	Sonstige (darunter Rentner, Hausfrauen, Schüler,	٠
	Studenten usw.)	17.8º/a

Die auf dem Parteitag in Hannover im Bundesausschuß beschlossene Beitragsstaffel ist im Laufe des Jahres allen Mitgliedern mit Ausnahme von drei Landesverbänden zugegangen.

36.7%

Die Einführung der neuen Beitragsstaffel ist auf großes Verständnis der Mitglieder gestoßen und hat zu einer merklichen Besserung des Aufkommens an Mitgliederbeiträgen geführt.

Hauptberufliche Mitarbeiter

In der Bundesgeschäftsstelle, in den Landesgeschäftsstellen, Bezirks-, Wahlkreis- und Kreisgeschäftsstellen sind rd. 550 Mitarbeiter hauptberuflich tätig.

Von den 392 Kreisgeschäftsstellen sind jedoch nur 218 hauptberuflich mit Geschäftsführern besetzt.

Für die Pflege und den Ausbau des hauptberuflichen Mitarbelterstabes hat die Bundespartei Maßnahmen beschlossen und zum Teil bereits verwirklicht:

- a) Zur Versorgung der langjährigen Mitarbeiter und Sicherung ihres Lebensabends hat die Bundespartei ein Versorgungswerk eingerichtet. Im Rahmen dieses Versorgungswerkes sind Versorgungszusagen in 307 Fällen gegeben worden. In 6 Fällen werden bereits Renten gezahlt.
- b) Systematisierung der Angestelltenverhältnisse durch Zentralisierung in den Landesverbänden und Ausbau einer gemeinsamen Tarifordnung, deren Verabschiedung zunächst bis nach den Bundestagswahlen ausgesetzt ist.
- c) Die Heranbildung eines qualifizierten Nachwuchses ist durch gezielte Werbung für den Geschäftsführerberuf und die Einrichtung einer Volontärausbildung bei der Bundespartei begonnen worden. Die Volontärausbildung erstreckt sich über 6 Monate. Sie ist an eine abgeschlossene Berufsausbildung gebunden. Zur Zeit verfügt die Bundespartel über 10 Volontäre. Bisher konnten durch die Volontärausbildung bereits 20 neue hauptberufliche Mitarbeiter in die Kreis- und Landesverbände vermittelt werden.

Die Leistungen für das Versorgungswerk und die Durchführung der Volontärausbildung werden ausschließlich durch die Bundespartei erbracht.

7. Offentlichkeits- und Informationsarbeit

Rund 395 000 Broschüren, Bücher u. ä. mit 240 Titeln wurden an unsere und fremde Verbände und Einzelpersonen im gezielten Versand ausgeliefert.

Zwei Broschüren "Die CDU" und "Das ABC der CDU" erschlenen in vierter Auflage.

Folgende Rednerdienste sind erschienen:

a) Februar 1964 Zur Wohnungspolitik der CDU/CSU

- b) August 1964 Zur Kommunalpolitik der CDU/CSU
- c) August 1964 Richtlinien der Europapolitik
- d) November 1964
 Mit Erhard voran
 Gesellschaftspolitische Initiativen der CDU/CSU
- e) Januar 1965 Parteitag der Phrasen Die SPD nach Karlsruhe
- f) März 1965
 Die große Gemeinschaftsaufgabe
 Vertriebenen- und Flüchtlingspolitik der CDU/CSU

15 weitere Rednerdienste sind in Vorbereitung und werden nach dem Bundesparteitag ausgeliefert.

Informationsdienste

Die Partei verfügt über folgende Periodica:

a) "Deutsches Monatsblatt"

Auflage: 160 000

Erscheinungsweise: monatlich

"Union in Deutschland"

Auflage: 28 000

Erscheinungsweise: wöchentlich

"Frau und Politik" Auflage: 7000

Erscheinungsweise: monatlich "Evangelische Verantwortung"

Auflage: 23 500

Erscheinungsweise: monatlich "Kulturpolitische Informationen"

Auflage: 1500

Erscheinungsweise: 14tägig "CDU-Information" und "Stichwort zum Wochenende"

Auflage: 4000

Erscheinungsweise: wöchentlich

"CDU-information zur Verteidigungspolitik"

Auflage: 3800

Erscheinungsweise: monatlich

b) "Deutschland-Union-Dienst"

Auflage: 1000

Erscheinungsweise: 5 x wöchentlich

"Der Heimatvertriebene - Der Flüchtling"

Auflage: 750

Erscheinungsweise: 14tägig

"Union-Auslandsdienst"

in Deutsch, Französisch und Englisch

Erscheinungsweise: wöchentlich

"CDU-Pressemitteilungen"

c) Für Wirtschaft, Gewerbe und Industrie:

"Das Wirtschaftsbild"

"Der Wirtschaftsbrief"

"Der Mittelstandsbrief"

"Der Kontaktbrief für Verbraucherfragen"

Für die Landwirtschaft:

"Der Agrarbrief"

Für Arbeitnehmergruppen:

"Der Betriebsrätebrief"

Auflage: 25 000

Erscheinungsweise: monatlich

"Personalrätebrief"

Auflage: 4000

Erscheinungsweise: monatlich

"Polizei-Informationen"

Erscheinungsweise: monatlich

Die Dienste wurden durchweg graphisch neu gestaltet.

8. Wahlhlifen

a) Die Wahlergebnisse seit 1945 wurden in Verbindung mit statistischen Daten der letzten Volksbefragung in wissenschaftlich begründeten Analysen für die Bundestagswahlkreise, die Kreisgebiete und einzelnen Gemeinden erarbeitet. Diese sozialen und statistischen Analysen sind allen Kreisverbänden zur Verfügung gestellt worden.

Zur Erkundung der öffentlichen Meinung und aligemeiner sozialer Probleme wurden mehrere Repräsentativumfragen sowie eine Reihe von psychologischen Untersuchungen und Tests durchgeführt, zahlreiche Untersuchungen betreut und ausgewertet. Die Verbände haben einen Leitfaden zur Erstellung eigener sozialer und statistischer Analysen erhalten. Ferner wurde ein kleiner Leitfaden für. Kandidaten durch Wahlkampf und Werbung unter dem Titel "20 Schritte zum Wahlsieg" ausgearbeitet und zur Verfügung gestellt.

b) Vertrauensleute

Mit dem Jahre 1963 hat die Bundespartei in der langfristigen Vorbereitung auf die Bundestagswahlen ihr Vertrauensleutesystem neu aufgebaut. Die Vertrauensleute werden regelmäßig mit "Union in Deutschland" beliefert.

- c) Bei der Durchführung der Kommunalwahlen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen am 27. 9. 1964 in Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland am 25. 10. 1964 und der Landtagswahl in Baden-Württemberg am 26. 4. 1964 hat die Bundespartei sowohl beratend wie auch mit bestimmten Einzelmaßnahmen helfend eingegriffen.
- d) Der Wahlkampfplan und die Wahlkampfkonzeption für die Bundestagswahl sind in zahlreichen Sitzungen der Parteiführung und in Fachgremien erarbeitet worden.

Die Vorarbeiten für die **Gestaltung** der einzelnen Werbemittel sind nahezu abgeschlossen.

Für die technische Ausrüstung auf bestimmten Gebieten hat die Bundespartei den Verbänden Hilfen geboten.

Die Streupläne für Plakatierung, Insertion und andere Wahlkampfmittel sind ausgearbeitet.

e) Mit diesem Bundesparteitag legt die Bundespartei die ersten 6 Bildbroschüren vor.

Der Bundesvorstand hat Beschlüsse gefaßt, die einen rationellen zentralen Bundesrednereinsatz bis zum Wahltag gewährleisten.

Anlage

Bundesparteitag 1965
Berechnung der Delegiertenzahlen gem. § 20 des Statuts per 30. 9. 1964

	Wählerstim men 1961	- Del.	Mit- glieder	Del.	Del. insges.
Nordbaden	438 030	6	10 280	11	17
Südbaden	432 523	6	13 373	14	20
Berlin	594 615¹)	8	12 851²)	13	21
Braunschweig	196 773	3	3 071	4	7
Bremen	115 493	2	1 369	2	4
Hamburg	380 613	6	2 624	3	9
Hannover	1 154 425	16	16 414	17	33
Hessen	1 003 279	14	19 555	20	34
Oldenburg	185 758	3	5 123	6	9
Rheinland	2 469 454	33	61 925	62	95
Rheinland-Pfalz	964 270	13	32 957	33	46
Saar	284 255	4	14 395	15	19
Schleswig-Holstein	569 216	8	16 124	17	25
Westfalen	2 061 099	28	56 712	57	85
WürttembHohenz.	402 098	6	6 624	7	13
Nord-Württemberg	626 615	9	8 447	9	18
Exil-CDU		_			75
Oder-Neiße			_	_	20
	11 878 516	165	281 844	290	550

Davon 448 389 Stimmen bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus in West-Berlin im Februar 1963 und 146 226 Stimmen bei der Stadtverordnetenwahl 1946 im Ost-Sektor Berlins.

²⁾ Einschließlich der 5000 Mitglieder in Ost-Berlin

4. Tag

Mittwoch, 31. März 1965

3. Plenarsitzung

Rechenschaftsbericht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Bonn, den 25. März 1965

An die Delegierten des Parteitages der CDU 1965 Düsseldorf

Beiliegend überreiche ich Ihnen im Namen der Bundestagsfraktion eine schriftliche Ausarbeitung über unsere Arbeit.

Rainer Barzel

Bericht über die Arbeit der Bundestagsfraktion der CDU/CSU — Vierte Legislaturperiode (1961 – 1965) –

Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU hat auch in der vierten Legislaturperiode des Bundestages beachtliche Leistungen aufzuweisen. Unsere Arbeit kann sich sehen lassen. Alle Schichten unseres Volkes haben daraus Nutzen gezogen. Auf die Phase des Wiederaufbaues in den ersten drei Legislaturperioden des Bundestages folgten jetzt der soziale Ausbau und die kulturelle Ausgestaltung.

Wir haben große Gemeinschaftsaufgaben nicht selten im Alleingang angepackt und gelöst. Schwierigkeiten — sei es in der Koalition oder auf dem Felde der Außenpolitik — haben die Fraktion der CDU/CSU nicht davon abhalten können, ihre sachliche Arbeit fortzusetzen. Wir sind dabei unseren Grundkonzeptionen treu geblieben. Die Soziale Marktwirtschaft, verbunden mit einer modernen Sozialordnung, haben wir in der Gesetzgebungsarbeit praktiziert und verwirklicht. Der Beweis für die Richtigkeit unserer Arbeit ist nicht zuletzt die weitgehende Kapitulation der sozialistischen Ideologie vor unserer Konzeption.

Unsere Gesetzgebungsarbeit hatte innenpolitisch folgende Schwerpunkte:

- 1. Die Sozialreform geht weiter. Der Gesamtaufwand der Sozialleistungen in Bund, Ländern und Gemeinden betrug 1964 55,3 Milliarden DM gegenüber 42,7 Milliarden 1961. Die Leistungen sind über den Prozentsatz des Bruttosozialprodukts hinaus gestiegen. Sie betrugen 1964 13,6 Prozent. In ihren Sozialleistungen steht die Bundesrepublik an der Spitze vergleichbarer westlicher Nationen. Die vier Rentenanpassungsgesetze dieser Legislaturperiode haben die Renten um über 30 Prozent erhöht. Die reale Steigerung liegt sogar bei 32,5 Prozent. Das ist eine in der Weit einmalige soziale Leistung, die nicht zuletzt auf dem Arbeitsfleiß des deutschen Volkes beruht.
- 2. Die Steuerlast der Bürger der Bundesrepublik wurde durch das Steueränderungsgesetz 1964 (1. Teil) um weitere 3,2 Milliarden DM gesenkt. Damit wurden weitere 1,1 Millionen Steuerpflichtige der unteren Einkommensstufen von der Lohnsteuer befreit. Jetzt zahlen 8.4 Millionen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik keine Steuer mehr. Durch das 2. Steueränderungsgesetz wird ab 1. Januar 1966 eine weitere Steuersenkung von 460 Millionen DM in Kraft treten, was insbesondere den Empfängern von Pensionen und den alten Menschen zugute kommt.
- Für den Straßenbau in der Bundesrepublik wurden 1964 9,5 Milliarden DM aufgebracht, während es 1951 nur 1,2 Milliarden DM waren. Durch die weitgehende Zweckbindung der Mineralölsteuer hat die

CDU/CSU durchgesetzt, daß dem modernen Straßenbau als Gemeinschaftsaufgabe Vorrang gegeben wird.

- 4. In den vergangenen vier Jahren wurden wiederum rund 2 Millionen neue Wohnungen gebaut. (Bisher insgesamt über 8 Millionen.) Der gleichzeitig in die Wege geleitete Abbau der Wohnungszwangswirtschaft wurde verbunden mit dem Einbau sozialer Klausein zum Schutze der finanzschwachen Mieter. Besonderer Vorrang wurde der Förderung des Baues von Eigenheimen und Eigentumswohnungen eingeräumt.
- 5. Auf dem Gebiete der Gesellschaftspolitik wurde vor allem eine Verbesserung des Kindergeldes und Ausbildungsbeihilfen erreicht. Das dritte Kind erhält 50 DM, das vierte 60 DM und jedes weitere Kind 70 DM. Auch für das zweite Kind einer Drei- oder Mehrkinderfamilie werden jetzt monatlich 25 DM gezahlt. Die Einkommensgrenze von 600 DM, die bisher galt, ist aufgehoben. Für die Zweikinderfamilie bleibt es vorläufig bei einer Einkommensbegrenzung, die jedoch auf 7800 DM Jahreseinkommen angehoben wurde. Eine Ausbildungszulage in Höhe von 40 DM monatlich wird für alle Kinder gezahlt, die zwischen der Vollendung des 15. und des 27. Lebensjahres eine weiterbildende Schule oder Hochschule besuchen. In Familien mit nur einem Kind gibt es diese Ausbildungshilfe im Regelfall nicht, wohl aber z. B. wenn die Mutter des Kindes alleinsteht.
- 6. In der Landwirtschaftspolitik wurden im Rahmen der vier Grünen Pläne von 1962 bis 1965 rund 8 Milliarden DM zur Verbesserung der Agrarstruktur und zur Aufbesserung der Einkommen der landwirtschaftlichen Bevölkerung zur Verfügung gestellt. Im Hinblick auf die kommende Getreidepreissenkung in der EWG wurden für 1965 840 Millionen DM zugesagt. 1966 wird der Einkommensausfall der deutschen Landwirtschaft mit zusätzlichen 1,3 Milliarden DM aus geglichen.
- 7. Die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand wurde weiter ausgebaut. Insgesamt wurden von 1959 bis 1963 6,8 Milliarden DM prämienbegünstigt gespart, für die der Bund 1,35 Milliarden DM Prämien zahlte. Neu eingeführt wurden eine Staffelung der Sparprämien von 20 bis 30 Prozent und der prämienfähigen Sparhöchstbeträge. Im Höchstfall erhält ein Sparer mit mehr als 5 Kindern einen Prämiensatz von 480 DM, wenn er 1600 DM jährlich spart. Zu den vermögensbildenden Gesetzen gehören auch das 312 DM-Gesetz und die Teilprivatisierung der VEBA, die in Kürze vom Bundestag verabschiedet werden.

Einzelheiten der gesetzgeberischen Maßnahmen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bis zum 19. März 1965.

Vom Deutschen Bundestag wurden insgesamt 308 Gesetze in der vierten Legislaturperiode verabschiedet. Davon allein 262 Vorlagen der Bundesregierung und der CDU/CSU-Fraktion. 13 Entwürfe wurden interfraktionell erarbeitet, und nur sieben verabschiedete Gesetze gingen auf eine Initiative der SPD zurück.

In den Ausschüssen des Bundestages befinden sich noch 186 Vorlagen. Hiervon stammen 102 Vorlagen von der Bundesregierung und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Zu den wichtigen Gesetzen, die noch nicht verabschiedet sind, gehört die Notstandsregelung. Hier ist ausschließlich der Widerstand der SPD verantwortlich zu machen.

Nach eingehender Beratung in der Fraktion und den zuständigen Arbeitskreisen wurden unter anderem folgende Gesetze verabschledet, wobei wegen der Fülle des Stoffes nur die wichtigsten, geordnet nach Arbeitskreisen, erwähnt werden:

Arbeitskreis I. Allgemeines und Rechtsfragen

- Gesetz über die Neueinteilung der Wahlkreise, das durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts notwendig wurde.
- Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung. Folgende wesentliche Bestimmungen wurden neu geregelt: Die Untersuchungshaft, die Rechtsstellung des Beschuldigten und des Verteidigers, das Hauptverfahren, das Zwischenverfahren und das Vorverfahren.
- Zweites Gesetz zur Sicherung des Straßenverkehrs. Danach kann ein Verkehrssünder, wenn er zu Gefängnis oder Geldstrafe verurteilt worden ist, Fahrverbot erhalten. Der bisherige Übertretungstatbestand der Trunkenheit im Verkehr ist zu einem Vergehenstatbestand umgewandelt worden.
- 4. Das Dritte Besoldungserhöhungsgesetz brachte für die Beamten wesentliche Verbesserungen ihrer Bezüge. Im einfachen Dienst betrugen sie zum Teil 16 v. H. und im höheren Dienst bis zu 7 v. H. Durch das Vierte Besoldungserhöhungsgesetz ist ab 1. Oktober 1964 eine Anhebung um weitere 8 Prozent (für Bund, Bahn und Post = 1,3 Milliarden DM jährlich) in Anpassung an das Volkseinkommen erreicht worden. Durch dieses Gesetz ist es gelungen, eine gleiche Höhe der Beamtenbesoldung in Bund und Ländern sicherzustellen. Als Grundsatz diente, die Beamtenschaft und die Angehörigen des öffentlichen Dienstes angemessen an der Entwicklung des Volkseinkommens zu beteiligen. Eine bundeseinheitliche Regelung aller beamtenrechtlichen und besoldungspolitischen Fragen ist von der CDU/CSU-Fraktion gefordert worden.
- 5. Neben den linearen Erhöhungen der Gehälter ist vor allem auch durch die sogenannte Harmonisierungsnovelle bei den unteren und mittleren Bediensteten eine wesentliche Verbesserung erreicht worden. Das Weihnachtsgeld, die Tages- und Übernachtungsgelder sowie die Umzugskosten wurden verbessert.

 Die dritte Novelle zum Bundesrückerstattungsgesetz brachte eine Aufstockung des bisherigen Plafonds von 1,5 Milliarden DM zur Ablösung noch offener Wiedergutmachungsansprüche.

Der Arbeitskreis I und die Fraktion haben sich im Bereich des Rechts intensiv mit den drei großen Reformwerken — der Großen Strafrechtsreform, deren allgemeiner Teil noch zum Abschluß kommen wird, der Urheberrechtsreform und der Aktienrechtsreform — beschäftigt. Die CDU/CSU-Fraktion hofft, die Urheberrechtsreform und das Aktienrecht noch vor Ende der Legislaturperiode verabschieden zu können. Wegen der Notstandsgesetzgebung stehen wir noch in Auseinandersetzung mit der SPD.

Arbeitskreis II, Wirtschaft und Ernährung

A. Die Politik der Sozialen Marktwirtschaft als Verbraucherpolitik

Die Politik der Sozialen Marktwirtschaft ist in erster Linie als Verbraucherpolitik zu verstehen. Unsere Wirtschaft dient den Menschen. Die Zwangswirtschaft sozialistischer Prägung will das Gegenteil. Sie führt zur Inflation und zum Staatsbankrott. Unserer Wirtschaftspolitik ist es gelungen, die Preisstabilität im großen und ganzen im Vergleich gegenüber dem Ausland, namentlich den sozialistischen Ländern, zu erhalten. Wie schädlich staatsdirigistische Maßnahmen sein können, zeigt das Beispiel der britischen Labourpolitik, die zu einer zoll- und währungspolitischen Abkapselung Großbritanniens führte.

Zum Ausbau der Sozialen Marktwirtschaft wurden folgende gesetzgeberische Maßnahmen getroffen:

- 1. Das Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik. Es wurde ein unabhängiges Gutachtergremium mit dem Sitz in Berlin eingerichtet, das jedes Jahr ein Gutachten mit dem Zweck vorlegt, die Stabilität in der Wirtschaft und in der Währung zu gewährleisten. Seit Errichtung dieses Gremiums ist ein ruhigerer Koniunkturverlauf der Wirtschaft festzustellen.
- Ein Gestz über Zollsenkungen zur Erweiterung der Einfuhrmöglichkeiten und als Maßnahme zur Erhaltung der Preisstabilität.
- 3. Errichtung eines Warentestinstituts in Berlin.

B. Wirtschaftsordnende Maßnahmen

Wettbewerbsordnung und Monopolkontrolle sind Säulen in unserer Wirtschaftsordnung. Die CDU/CSU-Fraktion hat deshalb eine umfangreiche Untersuchung über die wirtschaftliche Konzentration in der Bundesrepublik durchführen lassen. Zu diesem Zweck wurden verabschiedet oder stehen kurz vor der Verabschiedung:

- 1. Eine Konzentrationsenguête und
- die Vorlage j\u00e4hrlicher Wirtschaftsberichte, zun\u00e4chst durch das Bundeswirtschaftsministerium und jetzt durch das Sachverst\u00e4ndigengremium.
- Ein Änderungsgesetz über den unlauteren Wettbewerb wird demnächst im Bundestag verabschiedet.
- C. Konjunkturpolitik als Instrument für die Währungsstabilität und das wirtschaftliche Wachsturn.

Unser Ziel ist Wohlstand für alle. Die Politik der CDU/CSU richtete sich deshalb immer wieder auf die Erhaltung der Vollbeschäftigung als Quelle ständigen und gesicherten Einkommens. Preis- und Währungsstabilität sind die Vorbedingungen für die Erhaltung der Kaufkraft, des Einkommens und des Sparvermögens. Die Vollbeschäftigung ist in der Bundesrepublik dank unserer Politik überhaupt nicht in Frage gestellt. Im Gegenteil, die Heranziehung zusätzlicher Arbeitskräfte ist weiterhin notwendig.

Die jährlichen Zuwachsraten des Sozialproduktes zeigen, daß über ständige Lohn- und Gehaltserhöhungen und ein sich vergrößerndes Warenangebot dieses Ziel des stetigen Wachstums gesichert wird. Preissteigerungen sind nicht immer Ausdruck einer Geldentwertung, oft beweisen sie auch die Leistungsverbesserung. Die Sorge um die Erhaltung der Kaufkraft der DM zwang die CDU/CSU-Fraktion immer wieder, Maßnahmen zu treffen, um Wirtschaft und Währung gesund zu erhalten. Es galt auch, eine importierte Inflationstendenz abzustoppen. Das war durch eine gute Zusammenarbeit unserer Bundesregierung mit der Bundesnotenbank möglich. Dazu waren folgende gesetzgeberische Maßnahmen notwendig:

- Erhöhung der Mindestreserven für Auslandsgelder und Verzinsungsbeschränkungen mit dem Zweck, den Export von kurzfristigem Geld anzuregen und den Geldimport in die Bundesrepublik zu vermindern.
- Das Couponsteuergesetz, das eine Kapitalertragssteuer von 25 v. H. auf Erträge aus festverzinslichen inländischen Wertpapieren bringt, die in ausländischem Besitz sind.
- Zusätzliche Devisenhilfe und vermehrte Schuldentilgung an das Ausland.
- Die konjunkturpolitischen Zollsenkungen mit der F\u00f6rderung der Einfuhr aus dem Gemeinsamen Markt und den \u00fcbrigen L\u00e4ndern au\u00dferhalb der EWG.
- Begrenzung der öffentlichen Ausgaben der Bundeshaushalte insbesondere 1964 und 1965 – durch Orientierung der Ausgaben nach dem Wachstum des Sozialproduktes. (Siehe auch unter III – Haushalt.)

- Bestimmte Sperren für Bauausgaben in den Bundeshaushalten seit 1962 und die Maßnahmen zur Einschränkung der Bautätigkeit.
- 7. Förderung des Stelnkohlebergbaues. Durch ein Gesetz über das Zollkontingent für feste Brennstoffe wurde der Ansatz der Kohleförderung im Rahmen der allgemeinen Energiewirtschaft sichergestellt, um den deutschen Stelnkohlebergbau an die veränderte Struktur des Energiebedarfs anzupassen. In einem weiteren Gesetz zur Förderung der Rationalisierung im Steinkohlebergbau ist die Wettbewerbssituation der deutschen Steinkohle verbessert worden.
- 8. Berlin-Hilfe-Gesetz. Dieses Gesetz verlängerte die Gesetze zur Förderung der Wirtschaft von Berlin und gewährte Steuererleichterungen für Berliner Arbeitnehmer. Damit sind die Förderungsmaßnahmen zugunsten der Berliner Wirtschaft und der Arbeitnehmer fortgesetzt worden. Die Berliner Wirtschaft läuft trotz der Errichtung der Sperrmauer auf vollen Touren, und neue Arbeitskräfte aus der Bundesrepublik konnten für Berlin gewonnen werden. Die wirtschaftliche Sicherstellung Berlins wäre ohne die Milliardenhilfe des Bundes unmöglich.

D. Mittelstandspolitik als Ordnungsfaktor

Die Bundesrepublik als gesundes Staatswesen kann nur bestehen, je breiter sie sich auf das Fundament des Mittelstandes stützen kann. Unter Mittelstandspolitik versteht die CDU/CSU nicht nur die Erhaltung des gewerblichen Mittelstandes, sondern auch ein Hineinwachsen welterer Bevölkerungsschichten in den Mittelstand. Diesem Ziel dienten folgende gesetzgeberische Maßnahmen:

- 1. Bei den vier ERP-Wirtschaftsplänen wurde in den Mittelpunkt die Förderung der mittelständischen Wirtschaft gestellt. Insgesamt wurden eine Milliarde DM Förderungsmittel für die Wirtschaft der Bundesrepublik, West-Berlins sowie für Förderung mittelständischer Projekte in Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt. Auch in den Haushaltsplänen sind Mittel zur Gewerbe- und Nachwuchsförderung, Zinszuschüsse für den Bau von Gewerberäumen und Zuschüsse zur Instandsetzung von Altwohngebäuden ausgewiesen.
- Die Änderung der Gewerbesteuer zugunsten der Mittelschichten sowie die Vergabe öffentlicher Aufträge an mittelständische Betriebe insbesondere auf dem Verteidigungssektor.
- 3. Aufbesserung der Kapitalzwangsversicherungen für Handwerker, Ärzte und Journalisten, die im Verhältnis 1:1 umgestellt wurden. Durch die Beseitigung des Stichtages konnten auch alle Sowjetzonenflüchtlinge in den Genuß der Umstellung kommen, auch wenn sie nicht den Flüchtlingsausweis C besitzen.
- Durch das Steueränderungsgesetz 1964 wurde eine Senkung der Steuerlasten der mittelständischen Einkommen herbeigeführt (Begra-

digung des Mittelstandsbogens – Steuerermäßigung von rund 800 Millionen für den Mittelstand).

E. Für eine leistungsfähige Verkehrswirtschaft

Unsere Verkehrspolitik steht im Zeichen der Zwölfjahresplanung für den Straßenbau und zwar in drei Teilplänen zu je vier Jahren. Alle Anstrengungen mußten gemacht werden, um den finanziellen Rahmen nicht nur für die Bundesautobahnen und Bundesstraßen, sondern auch für den kommunalen Straßenbau aufzustocken. Durch die Änderung des Gesetzes für die Abgaben auf Mineralöl wurde ein entscheidender Schritt zur Sicherung der Straßenbaufinanzierung getan. Insgesamt werden jährlich 9,5 Milliarden DM aufgebracht.

Anläßlich der Verabschiedung des diesjährigen Bundeshaushaltes hat die CDU/CSU-Fraktion einen Entschließungsantrag vorgelegt, der eine umfassende verkehrspolitische Konzeption sowie gezielte Vorschläge zur Sanierung der Bundesbahn aufweist.

Ziel unserer Politik ist, den Wettbewerb unter den Verkehrsträgern Schiene, Straße und Wasserweg zu regeln.

- Das Gesetz über die Umstellung der Abgaben auf Mineralöl: Zweckbindung des Mineralölsteueraufkommens für den Straßenbau und zwar für das Jahr 1964 in Höhe von 46 v. H. des Aufkommens, für 1965 48 v. H. und ab 1966 50 v. H.
- Senkung der Werkfernverkehrssteuer: Die Bef\u00forderungssteuer im Werkfernverkehr wurde von 5 Pf auf 3 Pf je Tonnenkilometer gesenkt.
- 3. Die Kontingentaufstockung im Güterfernverkehr. Sie wurde um knapp zweitausend von 22 auf 24 000 erhöht.
- Das Eisenbahnkreuzungsgesetz, das eine Neuregelung der Kostenverteilung zwischen den Baulastträgern zwecks Beseitigung der niveaugleichen Eisenbahnübergänge bringt.
- Die Liquiditätshilfe für die Bundesbahn im Bundeshaushalt 1965 über 750 Millionen DM.

Für die **Entwicklungshilfe** wurden an öffentlichen Nettoleistungen in den Jahren 1960 bis 1963 1,8 Milliarden DM von der Bundesrepublik aufgebracht.

F. Für eine gesunde Landwirtschaftspolitik

Ziel der CDU/CSU-Politik ist die Erhaltung der Leistungsfähigkeit einer gesunden deutschen Landwirtschaft. Die Opfer der Politik der wirtschaftlichen Integration Europas, die unser Volk in seiner Gesamtheit will, dürfen nicht einseitig unserer bäuerlichen Bevölkerung aufgebürdet werden. Zu einer gerechten Lastenverteillung waren folgende Maßnahmen notwendig:

- Die vier Grünen Pläne dienen der Strukturverbesserung der Landwirtschaft und einer Verbesserung des Einkommens der bäuerlichen Bevölkerung.
- Für den Einkommensausfall im Hinblick auf die bevorstehende Getreidepreisanpassung in der EWG wurden aus dem laufenden Haushalt 840 Millionen DM bereitgestellt (für die sogenannte Vorfeldbereinigung).
- Durch die verbesserte Altershilfe für Landwirte soll unter anderem die Hofübergabe erleichtert werden.

Arbeitskreis III, Haushalt, Steuern und Finanzen

Eine gesunde Haushalts- und Finanzpolitik ist das Rückgrat eines geordneten Staatswesens. Die nach dem totalen Zusammenbruch Deutschlands uns gestellten Aufgaben zwangen zu vermehrten Ausgaben von Haushalt zu Haushalt. Auf der anderen Seite mußte es unser Bestreben sein, die Ein- und Ausgaben an der Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts zu orientieren. Bei den beiden letzten Haushaltsplänen wurde das zum Prinzip erhoben. Auf lange Sicht gesehen ist jedoch eine Steuer- und Finanzreform unerläßlich.

Auf steuer- und finanzpolitischem Gebiet sind folgende Gesetze verabschiedet worden:

- 1. Durch das 1964 verabschiedete Gesetz zur Änderung des Beteiligungsverhältnisses an der Einkommen- und Körperschaftssteuer zwischen Bund und Ländern wurde erstmalig eine Regelung für vier Jahre erreicht. Von 1964 an erhält der Bund jährlich 39 v. H. der Einkommen- und Körperschaftssteuer. Für den Bund ist damit eine langfristige Finanzplanung möglich. Die auf Initiative des Bundeskanziers zustande gekommene Regelung kann die Union in Bund und Ländern als einen besonderen Erfolg verbuchen.
- 2. Durch das Steueränderungsgesetz 1964, 1. Tell, konnte die Steuerlast für die Bürger der Bundesrepublik um weitere 3,2 Milliarden DM gesenkt werden, von denen der Bund ein Drittel trägt. Durch dieses Gesetz sind 1,1 Millionen Steuerpflichtige der unteren Einkommensstufen von der Lohnsteuer befreit. Zur Zeit sind es insgesamt 8,4 Millionen Steuerpflichtige. Erstmalig ist durch das Gesetz im deutschen Steuerrecht ein Freibetrag für Arbeitnehmer in Höhe von 240 DM eingeführt worden.
- Der Bundeshaushalt 1964 wurde auf 60,3 Milliarden DM und der 1965 auf 63,9 Milliarden DM entsprechend der Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts begrenzt. Ferner wurde eine 20prozentige Sperre für bauwirksame Ansätze festgesetzt.
- Bei der Bundespost wurde die Ablieferungspflicht an den Bund um 255 Millionen DM zum Ausgleich der Gebührensenkung herabgesetzt.

Arbeitskreis IV, Arbeit und Soziales

Die CDU/CSU-Fraktion und die Bundesregierung haben die Lösung der sozialen Frage an die Spitze ihrer Politik gestellt. Mit unseren sozialen Leistungen stehen wir an der Spitze im Verhältnis zu unseren europäischen Nachbarn. Diese Leistungen sind nicht hinter dem wirtschaftlichen Wiederaufstieg zurückgeblieben und sind in Wirklichkelt noch stärker als das Sozialprodukt gewachsen. Die Zahlen sprechen für sich: 1950 wurden aus Bundesmitteln für Sozialleistungen 5,3 Milliarden DM ausgegeben. 1964 waren es mehr als das Dreifache, nämlich 17,6 Milliarden DM. Jetzt, 1965, sind es 19,3 Milliarden DM.

In der vierten Legislaturperiode wurde folgendes erreicht:

- Durch vier Rentenanpassungsgesetze wurden die Renten um über 30 Prozent (genau 32,5 Prozent) erhöht. Damit sind seit der Rentenreform im Jahre 1957 die Renten aus der Rentenversicherung um 57 Prozent gestiegen. Das bedeutet, daß ein Rentner, der 1957 200 DM Rente erhielt, heute 300 DM erhält.
- 2. Durch einen Initiativgesetzentwurf hat die CDU/CSU-Fraktion eine Neuregelung der Unfallversicherung vorgenommen. Folgende Verbesserungen sind darin enthalten: Die Dynamisierung der Unfallrenten entsprechend der Regelung bei der Rentenversicherung, eine Verbesserung der Hinterbliebenenversorgung, eine Heraufsetzung der Höchstrenten, eine Verbesserung bei Wiederherstellung der Gesundheit nach dem Arbeitsunfall und verbesserte Bestimmungen für die Unfallverhütung.
- 3. Wieder durch Initiative der CDU/CSU-Fraktion wurde eine Neuregelung der Kriegsopferversorgung vorgenommen (21. Februar 1964). Die Leistungen wurden mit einem Kostenaufwand von mehr als einer Milliarde DM verbessert. Das Gesetz regelt neu: Die Grundrentenerhöhung, die Verbesserung des Berufsschadenausgleiches, die Hinterbliebenenversorgung und eine Verbesserung bei den Elternrenten durch Fortfall der Anspruchsvoraussetzung der Ernährereigenschaft.
- Durch die 16. und 17. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz konnte eine Erh\u00f6hung der Unterhaltshilfe vorgenommen werden. Betroffen wurde insbesondere der Kreis der Selbst\u00e4ndigen. Durch eine Stichtagsverschiebung konnte auch der Kreis der Bezugsberechtigten erweitert werden.
- Durch ein Drittes Gesetz zur Änderung des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes wurden für die Spätheimkehrer neue Vergünstigungen gewährt.
 - In vier Jahren werden dafür je 50 Millionen DM aufgebracht.
- Auf Grund einer CDU/CSU-Initiative wurde erstmalig in der deutschen Sozialgeschichte ein Bundesurlaubsgesetz verabschiedet. Danach ist

- bundeseinheitlich der Mindesturlaub auf 15 Werktage jährlich festgesetzt. Nach dem 35. Lebensjahr haben Arbeitnehmer einen Anspruch auf einen Mindesturlaub von 18 Werktagen.
- 7. Zwischen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und dem Bundeskanzler wurde vereinbart, daß die Bundesregierung noch in diesem Jahr eine Sozialenquête vorlegt. Sie soll die Sozialstruktur in der Bundesrepublik untersuchen, um insbesondere die vielfältigen Überschneidungen im sozialen Leistungsrecht festzustellen. Darauf aufbauend will die Bundesregierung dann einen neuen großen Sozialplan vorlegen.
- Auf Wunsch der CDU/CSU-Fraktion soll die Bundesregierung weitere Untersuchungen über die Situation der alten Menschen in der Bundesrepublik anstellen und über die Situation der Frau im Beruf, Familie und Gesellschaft.
- Der Bundestag hat noch ein Leistungsförderungsgesetz verabschiedet, das denjenigen, die schon im Beruf stehen und sich weiterbilden wollen, helfen soll.

Arbeitskreis V, Auswärtige, Gesamtdeutsche und Verteldigungsfragen

Diese für unsere Politik so entscheidenden Fragen werden an anderer Stelle ausführlicher behandelt. Wir beschränken uns deshalb auf eine Wiedergabe von Fakten:

- Auf dem außenpolitischen Sektor die Verabschiedung zweier Vertragswerke: der deutsch-französische Freundschaftsvertrag und das Abkommen über die begrenzte Einstellung von Kernwaffenversuchen.
- Auf dem Verteidigungsgebiet die Änderung des Wehrpflichtgesetzes, die eine Heraufsetzung der Wehrdienstdauer von 12 auf 18 Monate brachte. Durch eine Änderung des Wehrsoldgesetzes wurde das Entlassungsgeld für Soldaten verbessert.
- In einem Zweiten Gesetz zur Änderung des Soldatenversorgungsgesetzes wurde die Neuordnung der Berufsförderung und der Dienstzeitversorgung der Soldaten auf Zeit neu geregelt.
- 4. Durch das Gesetz zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes wurde das Einberufungsalter von zwanzig auf achtzehn Jahre herabgesetzt. Das Lossystem wurde abgeschafft und Eignungs- und Verwendungsprüfungen eingeführt. Dieses System ist wesentlich gerechter als das frühere.

Arbeitskreis VI, Gesellschaftspolitik

Die CDU/CSU-Fraktion hat sich in der vierten Legislaturperiode der gesellschaftspolitischen Aufgaben besonders angenommen und auf diesem Gebiet eine ganze Reihe ihrer Anliegen verwirklichen können.

Das findet auch darin seinen Ausdruck, daß dieser 6. Arbeitskreis neu geschaffen wurde. Völlig neue Probleme sind in Angriff genommen worden, um, wie in der Frage der Ausbildungsbeihilfen, eine Verbreiterung der Bildungspyramide zu erreichen, die dem modernen Zeitalter gerecht wird.

im wesentlichen wurden folgende Maßnahmen getroffen:

1. Familienpolitik. Durch die Verbesserung des Kindergeldes wurde das bisher auf vier Gesetze zersplitterte Kindergeldrecht zugleich vereinheitlicht. Die Finanzierung des Kindergeldes für das dritte und weitere Kind, die bisher durch die Familienausgleichskassen erfolgte, durch den Bundeshaushalt entlastete unsere Wirtschaft um weit mehr als eine Milliarde DM. Das neue Gesetz erhöht das Kindergeld für das dritte Kind auf 50 DM, für das vierte Kind auf 60 DM und für jedes weitere Kind auf 70 DM monatlich. Kinderreiche Familien erhalten auch für das zweite Kind monatlich. 25 DM ohne Rücksicht auf die Einkommensgrenze. Für die Zweikinderfamilie wird die Einkommensgrenze in Anlehnung an die Maßnahmen des Steueränderungsgesetzes 1964 von bisher 7200 auf 7800 DM Jahreseinkommen angehoben.

Außerdem führt das Änderungsgesetz eine Ausbildungszulage In Höhe von 40 DM pro Monat für alle Kinder ein, die zwischen der Vollendung des 15. und des 27. Lebensjahres eine weiterbildende Schule oder Hochschule besuchen.

Durch das Gesetz zur Förderung eines freiwilligen Sozialen Jahres wurde jungen Menschen, die sich den sozialen Aufgaben ein Jahr widmen, die materielle Gleichstellung mit den in der Berufsausbildung Stehenden zugesichert. Alle steuerlichen Vergünstigungen und gesetzlichen Leistungen, wie Kindergeid, Unterhaltsbeihilfen, Waisenrenten usw., bleiben für die Eltern dieser Jugendlichen bzw. die Bezugsberechtigten erhalten. Damit will die CDU/CSU erreichen, daß in den Pflegeberufen in Krankenhäusern, Altersheimen, Erholungs- und Kinderheimen sowie bei der Familienhilfe ein freiwilliger Hilfsdienst geleistet wird. Das bedeutet auf keinen Fall ein "Pflichtjahr".

Unsere Auffassung vom Rang der Familie leitet uns bei allen Fragen – von der Mittelstandspolitik über Besoldungs- und Steuerfragen bis zum Strafrecht!

2. Wohnungsbaupolitik. Mit dem Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und dem Gesetz zur Änderung von Fristen dieses Abbaugesetzes wurde eine Neugestaltung des privaten Mietrechts eingeleitet. Das neue soziale Mietrecht ist das Ergebnis einer genauen Abwägung der Interessen von Mietern und Vermietern. Dem Vermieter wird die Verfügungsgewalt über sein Eigentum zurück-

gegeben, und der Mieter erhält durch Kündigungsfristen bis zu einem Jahr und das mehrfache Widerspruchsrecht gegen eine Kündigung seinen besonderen Schutz.

Mit dem Wohngeldgesetz in der Fassung vom 12. Februar 1965 wurde festgelegt, daß niemand mehr eine Wohnung oder das Eigenheim zu verlierne braucht, weil er die Miete oder die Belastung nicht aufbringen kann. Das neue Wohngeldgesetz gilt für alle Wohnungen in schwarzen und weißen Kreisen.

Durch das Raumordnungsgesetz wurde eine ausreichende gegenseitige Bindung aller öffentlichen Planungsträger erreicht.

Das Wohnungsbauänderungsgesetz ist vorwiegend auf die Versorgung der Menschen abgestellt, die besonderen Schwierigkeiten bei der Wohnraumbeschaffung gegenüberstehen, Insbesondere kinderreichen Familien, jungen Ehepaaren und alten Menschen.

Inzwischen hat die Bundesregierung ein großes Gesetzgebungswerk zur Sanierung der Städte vorgelegt.

- Gesundheitspolitik. Durch das Gesetz zur Änderung des Arzneimittelgesetzes wurden die Bestimmungen über die Verschreibung bestimmter Medikamente erweitert. Die übertriebene Werbung für Heilmittel wurde eingeschränkt.
- Kulturpolitik. Die CDU/CSU-Fraktion hat darauf verzichtet, verfassungsrechtlich umstrittene Gesetzentwürfe vorzulegen, um das Einvernehmen mit den Ländern zu erhalten.

Durch ein Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern wurde vereinbart, den weiteren Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen zu finanzieren und gemeinsam die Kosten für das Honnefer Modell, die deutsche Forschungsgemeinschaft und die Max-Planck-Gesellschaft zu tragen.

Der Bundesregierung und den Ländern wurde der Abschluß eines Verwaltungsabkommens über einen Bildungsrat vorgeschlagen, der die Voraussetzungen für eine umfassende Bildungsplanung schaffen soll.

5. Auf dem Sektor der sogenannten Gemeinschaftsaufgaben hat der Bundestag unter anderem noch auf Initiative der CDU/CSU ein Gesetz verabschiedet, das in Fortsetzung der Maßnahmen zur Luftreinhaltung weitere Vorsorgemaßnahmen vorsieht. Eingebracht wurden außerdem Gesetze zur Bekämpfung von Baulärm und zur Fortsetzung der Bemühungen um die Reinhaltung des Wassers.

Unsere Arbeit ist noch nicht abgeschlossen. Weitere Gesetzesvorhaben werden wir noch verabschieden. Auch in der CDU/CSU-Fraktion des vierten Deutschen Bundestages war es nie langweilig. Wir diskutierten lebhaft — manchmal sogar laut; aber am Schluß handeln wir gemeinsam.

Kölner Manifest 1961

Zum Vergleich dessen, was wir versprochen und gehalten haben, erhalten Sie als Anlage zu dem Arbeitsbericht den Text des Kölner Manifestes von 1961.

"Deutschland, nach dem 2. Weltkrieg verachtet und verlassen, hat in der Bundesrepublik unter Führung der Union Achtung und Freundschaft in der freien Welt erworben und Sicherheit vor dem sowjetischen Imperialismus gewonnen.

Noch aber leben siebzehn Millionen Deutsche in der Zone unter täglich neuen Bedrückungen eines fremden Gewaltregimes. Ihnen bleiben wir mit unserer ganzen politischen Arbeit leidenschaftlich verbunden.

Das deutsche Volk in der Bundesrepublik hat unter Führung der Union den konfessionellen Hader und die klassenkämpferische Zwietracht überwunden und sich aus Armut und Not zu wachsendem Wohlstand emporgearbeitet.

Die Union stellt sich in Zuversicht dem Urtell des deutschen Volkes bei der Wahl zum Bundestag am 17. September 1961.

Dem guten Recht eines jeden, aber keinem einseltigen Interesse verpflichtet, werden wir auch in Zukunft in Verantwortung vor Gott und den Menschen unsere politischen Entscheldungen treffen.

Die Christlich Demokratische Union will die Freiheit aller Deutschen, den Frieden der Welt, die Einheit des Vaterlandes,

die Einigung Europas, die Atlantische Gemeinschaft.

Sie fordert deshalb

- die Sicherheit unseres Staates und seiner Bürger vor jeder Bedrohung von außen und innen;
- das Recht auf Selbstbestimmung für alle Deutschen, die Freiheit der Hauptstadt Berlin; die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit;
- 3. die Einigung Europas und den Ausbau des Atlantischen Bündnisses;
- die allgemeine kontrollierte Abrüstung, einschließlich aller Atomwaffen:
- 5. die gemeinsame Hilfe der freien Welt für die Entwicklungsländer.

Die Christlich Demokratische Union will

die Freiheit des Bürgers, die Förderung der Familie, die freie Entfaltung der Gesellschaft, Eigentum für jeden und Wohlstand für alle, soziale Ordnung in Stadt und Land.

Sie fordert deshalb

- die Weiterführung der Sozialen Marktwirtschaft, die Beseitigung jeder marktwidrigen Konzentration, die Stärkung des Mittelstandes und der Landwirtschaft, die weitere Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge, stabiles Geld und gesunde Währung, gesichertes Sparen und weit gestreutes Eigentum, Weiterführung der Sozialreform, des sozialen Wohnungsbaues, des Prämiensparens und der Volksaktie:
- solide Ausbildung unserer Jugend von der Volksschule bis zur Universität, Ausbau der Bildungs- und Forschungseinrichtungen, familiengerechte F\u00f6rderung aller Begabten von der Fachschule bis zu den wissenschaftlichen Hochschulen durch Stipendien und Darlehen, f\u00fcr ieden die gleiche Chance nach Begabung und Neigung:
- Stärkung der Familie, Ausbau des Kindergeldes, Entlastung der Mütter, Sorge für die Alten, Förderung des Eigenheims und der Eigentumswohnung, familiennahe Kindergärten und Spielplätze;
- Bau von Sportplätzen, Turnhallen und Schwimmbädern nach dem Goldenen Plan, Schaffung und Pflege von Erholungs- und Wandergebieten:
- umfassende Raumordnung, Erneuerung unserer Städte und Dörfer, Entlastung der Ballungsgebiete, Herabsetzung der Wohndichte, mehr Grünflächen in unseren Städten, Verbesserung der Verkehrs- und Straßenverhältnisse, Lärmbekämpfung, Reinhaltung von Luft und Wasser.

Die Erfolge unseres Volkes unter der Führung der Union sind jedem sichtbar.

Wer das Erreichte nicht aufs Spiel setzen, wer unsere Zukunft sichern und wer den Weg nach oben weitergehen will, wählt die Christlich Demokratische Union Deutschlands!"

INHALT

Sonntag, 28.	März 1965		Seite
	Gedenkstunde	dgebung	5 16
Montag, 29.	März 1965		
	Eröffnung des Grußworte .	Bundesparteitages 	43
	1. Plenarsitzung Dr. Adenaue Dufhues .	r	65 70
	2. Plenarsitzun D. Dr. Gerste Aussprache	enmaier	86 99
Dienstag, 30. März 1965			
	Arbeitskreis I	Deutschland, Europa und die Welt Dr. Krone	124 138 148 162
	Arbeitskreis II	Soziale Sicherheit — stabile Wirtschaft Blank	224 238 259
	Arbeitskreis III	Gesunde Umwelt — gesunde Menschen Dr. Schwarzhaupt Lücke Dr. Seebohm Aussprache	343 353 363 374

Arbeitskreis IV	Probleme der modernen Gesellschaft
	Dr. Heck 455
	Dr. Strecker 464
	Prälat Dr. Caspar Schulte 474
	Aussprache 481
Arbeitskreis V	Schule und Ausbildung – jedem seine Chance
	Professor D. Dr. Hahn 524
	Dr. Stoltenberg 533
	Aussprache 542
Mittwoch, 31. März 1965	
3. Pienarsitzun	g
Berichte der	Arbeitskreise 628
Dr. Nierman	n 667
	676
4. Pienarsitzun	g
	r. Erhard 700
Schlußwort des Rechenschaftst Rechenschaftst	Bundesvorsitzenden Dr. Adenauer . 728 pericht der Bundespartei 1964/65 . 730 pericht der CDU/CSU Bundestags-

